Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918

Band IV: 1879–1893

Teilband 1

17. Februar 1879–28. Dezember 1882

VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

DIE PROTOKOLLE DES CISLEITHANISCHEN MINISTERRATES
1867–1918

DIE PROTOKOLLE DES CISLEITHANISCHEN MINISTERRATES 1867–1918

Herausgegeben im Auftrag des Institute for Habsburg and Balkan Studies der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

von

Franz Adlgasser und Anatol Schmied-Kowarzik

Redaktion

Anatol Schmied-Kowarzik

DIE PROTOKOLLE DES CISLEITHANISCHEN MINISTERRATES 1867–1918

BAND IV: 1879–1893
Teilband 1
17. Februar 1879–28. Dezember 1882

Herausgegeben und eingeleitet von
Anatol Schmied-Kowarzik

VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.
Angenommen durch die Publikationskommission der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW: Michael Alram, Rainer Bauböck, Andre Gingrich, Hermann Hunger, Sigrid Jalkotzy-Deger, Nina Mirnig, Renate Pillinger, Franz Rainer, Oliver Jens Schmitt, Danuta Shanzer, Waldemar Zacharasiewicz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Gefördert durch den Open Access (OA) Fonds der ÖAW.
Weiters wurde die Publikation gefördert durch die DDr. Franz-Josef Mayer-Gunthof Wissenschafts- und Forschungsstiftung.

Open Access: Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 (CC-BY 4.0)
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

Die verwendete Papiersorte in dieser Publikation ist DIN EN ISO 9706 zertifiziert und erfüllt die Voraussetzung für eine dauerhafte Archivierung von schriftlichem Kulturgut.

ISBN Print 978-3-7001-9546-7
ISBN Online 978-3-7001-9547-4
DOI PDF 10.1553/978OEAW95467
DOI Daten 10.5281/zenodo.4568291
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 2024
Lektorat: Astrid Hauer
Satz und Layout: Stephan Kurz/XɘLaTeX
aus der *EB Garamond*
Druck und Bindung: Prime Rate, Budapest

https://epub.oeaw.ac.at/9546-7
https://verlag.oeaw.ac.at
https://mrp.oeaw.ac.at

Made in Europe

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT VII

ZUR HYBRIDEN EDITION IX

EINLEITUNG XI

ARCHIVQUELLEN CXXXIX

BIBLIOGRAFIE CXLI

ABKÜRZUNGEN CLV

VERZEICHNIS VERALTETER AUSDRÜCKE CLIX

VERZEICHNIS DER TEILNEHMER AM MINISTERRAT CLXI

PROTOKOLLE UND BEILAGEN
(17. Februar 1879–28. Dezember 1882) 1

CHRONOLOGISCHES GESAMTVERZEICHNIS DER EDIERTEN PROTOKOLLE UND DOKUMENTE 553

REGISTER 569

VORWORT

Mit dem vorliegenden Teilband 1 des Bandes IV der Editionsreihe „Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918“ legt das Institute for Habsburg and Balkan Studies die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates vom 17. Februar 1879 bis zum 28. Dezember 1882 vor. Enthalten sind die Protokolle der 40 Sitzungen (219 Tagesordnungspunkte) der Übergangsregierung Stremayr und die Protokolle der ersten 405 Sitzungen (1.946 Tagesordnungspunkte) der Regierung Taaffe. Der behandelte Zeitraum umfasst eine für Cisleithanien bewegte Epoche. In diese Zeit fiel die politische, wirtschaftliche und verkehrstechnische Eingliederung der gerade okkupierten osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina in Österreich-Ungarn. Innenpolitisch war es die Zeit des Übergangs von einer zentralistischen und liberalen zu einer föderalen und konservativen Politik. Dieser Umschwung manifestierte sich 1879 im Einzug der tschechischen Abgeordneten aus Böhmen in den Wiener Reichsrat gepaart mit einer Wahlniederlage der Deutschliberalen und ihrer anschließenden Weigerung, die Regierung Taaffe mitzutragen. Folge war, dass die neue Regierung sich ausschließlich auf die föderalen und konservativen Kräfte des Reichsrates stützen und ihre Politik daher nach deren Zielen ausrichten musste. Neue Sprachregelungen in Verwaltung und Justiz – besonders die Taaffe-Stremayr'schen Sprachenverordnungen – stellten in Böhmen und Mähren als äußere Verwaltungssprache das Tschechische neben das Deutsche. 1882 kam es zur Teilung der Prager Universität in eine deutsche und eine tschechische Hochschule. Das Reichsvolksschulgesetz von 1869 wurde novelliert mit einer stärkeren Trennung der Volksschulbildung für Mädchen und Knaben, einer Verkürzung der Schulpflicht besonders auf dem Land, einer Verstärkung des kirchlichen und der regionalen Einflüsse. Auch in der Wirtschaftspolitik kam es zu einem Kurswechsel. Mit der Reform der Gewerbeordnung von 1859 wurden kleinere Gewerbebetriebe gegen die Konkurrenz der Fabriken gestärkt und Ende des Jahres 1882 begannen im Ministerrat die Diskussionen über die Sozialgesetzgebung konkretere Formen anzunehmen. Dass dies nicht schon früher der Fall war, lag am Reichsrat, der die Behandlung der von der Regierung bereits 1879 in den Reichsrat eingebrachten Gesetzentwürfe auf später verschob. Schließlich fand auch ein Umdenken in der Infrastrukturpolitik statt, indem nun einerseits das Hauptnetz der Eisenbahnen sukzessive verstaatlicht, andererseits der Ausbau der Lokalbahnen durch private Betreiber gefördert wurde. Von den insgesamt 2.165 Tagesordnungspunkten dieses Bandes haben 385 (17,7 %) den Justizpalastbrand 1927 überstanden, 379 als Brandakten, sechs in Form von Abschriften. Von den sechs Abschriften behandelt ein Tagesordnungspunkt (1880) den Ankauf der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn durch den Staat und fünf (1881) die sogenannte „Kuchelbader Schlacht“ bei Prag, eine Episode im Nationalitätenkonflikt zwischen Deutschen und Tschechen. Die Protokolle, die als Brandakten vorliegen, beginnen mit Tagesordnungspunkt IX des Ministerratsprotokolls vom 14. April 1882 und enden mit dem letzten Protokoll des Bandes, der Sitzung vom 28. Dezember 1882.

Institutionelle Heimat dieser Edition ist die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die auch die Finanzierung dieses Projektes sicherstellt. Ihr sei daher gedankt für den langen Atem, der bei Langzeitvorhaben dieser Art notwendig ist. Von ebenfalls zentraler Bedeu-

tung für die Edition ist die aktive Förderung durch die Archive, besonders das Österreichische Staatsarchiv, ebenso hervorgehoben seien aber auch das Národní archiv in Prag und das Arhiv Bosne i Hercegovine in Sarajevo. Den Mitarbeitenden dieser Häuser wie auch jenen der anderen Archive, deren Bestände genutzt wurden, danken wir für ihr ausgesprochen hilfreiches Entgegenkommen bei den Recherchen. Schließlich gilt unser Dank den Bibliothekar:innen der Österreichischen Nationalbibliothek, die es ermöglichten, auch Zeitungsbestände einzusehen, die wegen der laufenden Digitalisierung für den virtuellen Zeitungslesesaal ANNO sonst nicht zur Verfügung gestanden wären.

Wien, im Oktober 2023 Franz Adlgasser, Anatol Schmied-Kowarzik

ZUR HYBRIDEN EDITION

Der vorliegende Band erscheint wie bereits die Bände II, III/1 und VIII/1 der Editionsserie „Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918“ in hybrider Form, also gleichzeitig als gedrucktes Buch und als digitale Edition.

Die digitale Komponente ist für das Editionsprojekt der cisleithanischen Ministerratsprotokolle schon deshalb eine wichtige Bereicherung, weil sie einen durch den Justizpalastbrand 1927 stark beschädigten Archivbestand wiedergibt und dabei nicht nur die Überreste der Originalprotokolle, sondern auch Abschriften derselben und andere direkt auf die Ministerratssitzungen verweisende Quellen (wie die Vorträge von Ministern im Ministerrat) integriert. Dies gilt für den vorliegenden Band nur indirekt, er folgt dennoch der Editionslogik der Reihe. Da eine systematische Suche auch nur innerhalb des Österreichischen Staatsarchivs – von anderen Archiven ganz zu schweigen – unmöglich ist, sind Funde solcher Materialien zufällig und können als ergänzende Quellen jederzeit, also auch nach Erscheinen eines Bandes, entdeckt werden. Hier bietet die digitale Edition die Möglichkeit, solche Funde problemlos im Nachhinein an den entsprechenden Stellen einzufügen. Zudem bietet die digitale Edition mit ihren TEI-Daten einen weltweiten unkomplizierten Zugang für Menschen und Maschinen und erlaubt eine Suche über alle auf mrp.oeaw.ac.at enthaltenen Texte. Schließlich bietet diese Webapplikation auch die Darstellung aller Sitzungen der Regierungsgremien Österreichs bzw. der österreichisch-ungarischen Monarchie von 1848 bis 1918 in Form eines Kalenders, sodass die Gleich- und Ungleichzeitigkeit in der Behandlung vieler Themen sichtbar wird.

Dass neben der digitalen auch die Printedition beibehalten wird, liegt an dem Wert, der von den Herausgebern auf dieses bewährte Informationsmedium gelegt wird. Gilt für eine digitale Edition bereits ein Zeitraum von 20 Jahren als „Langzeitarchivierung“, bleiben Bücher – Lagerungsbedingungen und Sicherung der Auffindbarkeit vorausgesetzt – über Jahrhunderte erhalten. Zudem verursacht die Bereitstellung und jede Nutzung digitaler Publikationen Kosten und verbraucht Energie, ein in der Zukunft vermutlich knapper werdendes Gut. Das Lesen einmal gedruckter Bücher benötigt demgegenüber keine Energie. Die Printedition hat weitere Mehrwerte: Sie ermöglicht dreidimensionale Navigation im Buchblock, mit dem Stift in der Hand, mit eingelegten Notizzetteln, Anstreichungen, als Objekt und als Ort des Studiums. Das gedruckte Buch ermöglicht durch saubere Mikrotypografie, ideale Kontrastverhältnisse und hohe Auflösung Lesbarkeit in längeren Aufmerksamkeitsspannen. Das gedruckte Buch ist ein haptisch greifbares und sinnlich erfahrbares Ding von Gewicht. Das gedruckte Buch ist mehr als die abstrakte Information, die es enthält, wir Menschen können zum Buchobjekt einen konkreten Bezug herstellen. Mit der hybriden Publikationsweise hoffen wir den Leserinnen und Lesern die Vorteile der digitalen und der analogen Darstellung in überzeugender Form darzubringen.

Da beide Publikationsformen derselben Datenquelle entstammen, wurde die Printedition aufgrund technischer Gegebenheiten leicht angepasst. Dies betrifft insbesondere die Zitate. 1) Aus Gründen der Einheitlichkeit wurde das bisher gepflogene Vollzitat bei der Erstnennung in der Einleitung gestrichen, sodass dort in gleicher Weise wie in den Kommentaren

zu den Protokollen grundsätzlich nur Kurzzitate verwendet werden, die wie bisher in der Bibliografie auffindbar sind. 2) Verweise auf ein mehrfach in unmittelbarer Folge zitiertes Werk wurden bisher durch das Kürzel „ebd." ersetzt. Nachdem die Nachweise gedruckter Quellen nun über eine Literaturdatenbank verwaltet werden, Archivbelege jedoch nicht, musste auf das bei dazwischenstehenden Archivbelegen automatisch nicht mehr fehlerfrei erzeugbare „ebd." zugunsten des Kurzzitats verzichtet werden. 3) Schließlich kommt es auch im Bereich der Interpunktion der Literatur- und Quellenzitate zu Änderungen, um Band- und Seitenzahlen besser als bisher unterscheidbar zu machen. 4) Zur Gestaltung der Kopfregesten verweisen wir auf die Einführung „Zur Edition der cisleithanischen Ministerratsprotokolle 1867–1918" in Band I dieser Editionsreihe.

Zu einem Buch dieses Umfangs gehört auch ein Register, das mehr ist als eine Sammlung von Orts-, Personen- und Institutionsnamen, wie sie die digitale Edition als *entity links* beinhaltet. Für seine Erstellung musste die digitale Edition an die Erfordernisse eines ordentlichen zweistufigen Registers in der Druckausgabe angepasst werden.

Wladimir Fischer-Nebmaier, Klaus Koch, Stephan Kurz,
Richard Lein, Anatol Schmied-Kowarzik

EINLEITUNG

Von Anatol Schmied-Kowarzik

Regierung und ihre Minister 1879–1882 (XI): a) Die Entstehung und Entwicklung der Regierung Taaffe (XII), b) Die Minister der Regierung nach der dritten Kabinettsumbildung (XV). – Herrschaftsabsicherung (XIX): a) Mehrheiten in den parlamentarischen Körperschaften (XIX), b) Personalpolitik (XXIV). – Sprachenpolitik (XXVIII): a) Verordnungen über die äußere Amtssprache (XXIX), b) Die Teilung der Prager Universität (XXXIII), c) Sprachenfragen im Unterrichtswesen (XL). – Revision des Reichsvolksschulgesetzes (XLIII). – Religiöse Themen im Ministerrat (XLVII): a) Das Verhältnis zur griechisch-katholischen Kirche in Galizien (XLVII), b) Andere konfessionelle Themen (L). – Wirtschafts- und Sozialpolitik (LIII): a) Die Reform der Gewerbeordnung (LIII), b) Sozialpolitisch motivierte Maßnahmen (LVII), c) Landwirtschaftliche Themen (LXIII), d) Länderbank und Postsparkasse, zwei neue Geldinstitute (LXV), e) Die mit Ungarn gemeinsame Außenhandelspolitik (LXV). – Infrastrukturpolitik (LXIX): a) Übernahme der Verwaltung und Einlösung von Privatbahnen durch den Staat (LXIX), b) Der Bau neuer Staatsbahnlinien (LXXIII), c) Das Lokalbahngesetz (LXXVII), d) Weitere Eisenbahn- und andere Verkehrsthemen (LXXVIII). – Finanzpolitik (LXXXI): a) Einnahmensteigerungen (LXXXII), b) Ausgabensenkungen (LXXXVII), c) Die Budgetdebatten (XCII), d) Bank- und Staatsnoten (XCIV). – Militärgesetze (XCV): a) Wehrgesetz und Heeresorganisation (XCVI), b) Die Militärtaxe sowie die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung (C), c) Andere Militärgesetze (CIII). – Nach der Okkupation: Die Integration Bosnien-Herzegowinas (CIV): a) Die Diskussion um die Verwaltung Bosnien-Herzegowinas (CIV), b) Die Integration in den gemeinsamen Wirtschaftsraum (CVIII), c) Eisenbahnbau und andere Themen (CIX). – Unruhen (CXII): a) Die Kuchelbader Schlacht (CXII), b) Der Aufstand gegen das Wehrgesetz in Süddalmatien (CXVI), c) Die Kaiserreise nach Triest 1882 (CXXI), d) Andere Unzufriedenheitsbekundungen auf der Tagesordnung im Ministerrat (CXXIV). – Naturkatastrophen und Unglücksfälle (CXXVI). – Miszellen (CXXX): a) Zentrale Institutionen (CXXX), b) Grenzfragen (CXXXII), c) Landtagswahlperioden (CXXXIII), d) Jubiläen und Gedenktage (CXXXIII). – Die ersten drei Jahre der Regierung Taaffe (CXXXIV). – Zur Überlieferung der Protokolle (CXXXVII).

1 Regierung und ihre Minister 1879–1882

Obwohl die Regierung Adolph Fürst zu Auersperg sich auf die Deutschliberalen stützte und diese im Abgeordnetenhaus des Reichsrats über eine sehr komfortable Mehrheit verfügten, zeichneten sich ab Ende der 1870er Jahre zunehmend Schwierigkeiten zwischen Regierung und Parlament ab. So konnte der 1877 zu erneuernde Wirtschaftsausgleich mit Ungarn

nicht rechtzeitig abgeschlossen werden, weil der Reichsrat mit den Regierungsvorlagen unzufrieden war. Der Wirtschaftsausgleich von 1867 musste dreimal provisorisch verlängert werden, bevor ein neues Abkommen am 27. Juni 1878 sanktioniert werden konnte[1]. Besonders schmerzhaft für die Regierung war die Ablehnung einer Verzehrungssteuer auf Petroleum, die als neue Staatseinnahme dringend benötigt wurde und die mit Ungarn bereits akkordiert gewesen war[2]. Unhaltbar wurde die Stellung der Regierung mit der Okkupation Bosnien-Herzegowinas. Einerseits lehnten die Deutschliberalen die Vermehrung der slawischen Bevölkerung in der Monarchie ab, andererseits musste die Regierung Auersperg diese Okkupation als Folge des unmittelbaren Willens des Monarchen, zu dessen Prärogative die Außenpolitik gehörte, umsetzen. Dazwischen wurde die Regierung Auersperg aufgerieben[3] und am 15. Februar 1879 von Franz Joseph entlassen[4].

a) Die Entstehung und Entwicklung der Regierung Taaffe

Zunächst bot der Monarch dem amtierenden Finanzminister Sisinio Freiherr de Pretis v. Cagnodo als deutschliberalem Kandidaten die Regierungsbildung an. Doch erklärte dieser das Vorhaben als gescheitert, als sich unüberwindliche Differenzen zu den Deutschliberalen in der Okkupationsfrage ergaben[5]. Da Franz Joseph jedoch an seiner Außenpolitik festhielt, war die Bildung einer Regierung in Cisleithanien, die sich ausschließlich auf die Deutschliberalen stützte, nicht mehr möglich. Ziel war nun eine Koalitionsregierung der gemäßigteren Deutschliberalen mit den anderen politischen Richtungen des Abgeordnetenhauses. An einen generellen konservativen Kurswechsel war hingegen nicht gedacht, zu deutlich stand noch das Scheitern der Regierungen unter Alfred Graf Potocki und Karl Sigmund Graf v. Hohenwart zu Gerlachstein 1870/71[6] vor Augen. Daher wählte der Monarch als künftigen Ministerpräsidenten nicht den von konservativer Seite präferierten Hohenwart, sondern Eduard Graf Taaffe. Seine Aufgabe war es, eine Koalitionsregierung mit allen Parteien des Abgeordnetenhauses zu bilden, um die sogenannten Staatsnotwendigkeiten durch das Abgeordnetenhaus zu bringen, inklusive den für die Integration Bosnien-Herzegowinas notwendigen Gesetzen. Auch die deutschliberalen Kräfte sollten gewonnen werden, sie waren jedoch nicht mehr der allein dominierende Faktor, sondern nur mehr einer unter mehreren. Allerdings übernahm Taaffe nach der Entlassung Auerspergs am 15. Februar 1879 zunächst nur das Innenministerium und wurde noch nicht mit der Regierungsbildung beauftragt. Aus der zweiten Reihe sollte er zunächst nur die im Sommer 1879 anstehenden Wahlen zum Abgeord-

---

1 *Für den Zeitraum Jänner bis März 1878 mit Gesetz v. 20. 12. 1877,* Rgbl. Nr. 114/1877*; für den Zeitraum April und Mai 1878 mit Gesetz v. 29. 3. 1878,* Rgbl. Nr. 23/1878*; schließlich für Juni 1878 mit Gesetz v. 22. 5. 1878,* Rgbl. Nr. 42/1878.

2 Schmied-Kowarzik, Das teure Licht, 186 f.

3 *Auch wenn ein zentrales Ereignis im Zeitraum dieses Bandes der politische Niedergang der Deutschliberalen war und er bei den meisten der hier behandelten Themen zumindest im Hintergrund mitgedacht werden muss, kann es nicht Aufgabe dieser Einleitung sein, diesen Niedergang ins Zentrum zu stellen und ihn angemessen zu kommentieren. Hier sei aber auf wesentliche Arbeiten verwiesen, die sich damit auseinandergesetzt haben:* Judson, German Liberalism, 347–365 *und* Judson, Exclusive Revolutionaries, 193–199*, ebenso* Höbelt, Parteien und Fraktionen, 924–928 *und* Kwan, Liberalism and the Habsburg Monarchy, 91–94.

4 *Die Handschreiben aller Enthebungen und Ernennungen siehe* Wiener Zeitung. (M.) v. 16. 2. 1879.

5 *Die außenpolitische Seite wird analysiert in* Höbelt, Kornblume und Kaiseradler, 20–23.

6 Lein, Einleitung. Cmr. II, XV f.

netenhaus vorbereiten[7], um dann mit den neuen Kräften ein Übereinkommen zu finden. Ein erstes zentrales Ziel dabei war der Eintritt der tschechischen Abgeordneten aus Böhmen in den Reichsrat, die ihm seit 1863 ferngeblieben waren[8]. Um für seine Regierungspolitik einerseits die Tschechen gewinnen, andererseits auch die Deutschliberalen einbinden zu können, stellte Taaffe seine Politik unter das Motto „Versöhnung und Verständigung"[9].

Mit dem Vorsitz im Ministerrat betraut wurde zunächst der bisherige Kultus- und Unterrichtsminister Carl Edler v. Stremayr, der auch dieses Ministerium behielt. Seine Aufgabe war, die Regierungsgeschäfte bis nach den Wahlen zu führen. Abgesehen von einem Wechsel im Innenministerium (von Adolph Auersperg zu Taaffe) und dem Austritt des Ministers ohne Portefeuille Joseph Unger behielten alle anderen Minister ihre Ämter.

Am 13. Juli 1879 lagen die definitiven Wahlergebnisse vor, die für die Deutschliberalen eine herbe Niederlage waren. Sie verloren 45 Mandate (eine Reduktion von 214 auf 159). Weil nun auch die böhmischen Tschechen in das Abgeordnetenhaus einzogen (eine Vermehrung der tschechischen Mandate inklusive des föderalistischen, böhmischen Feudaladels von 9 auf 55) bedeutete dies auch einen Verlust der deutschliberalen Mehrheit im Haus[10].

Allerdings hatten die Deutschliberalen die Mehrheit nur sehr knapp verfehlt. Sie verstanden sich als Klub der Verfassungspartei – oder Verfassungstreue – und bestanden aus dem Klub der Liberalen (93 Mandate), dem Fortschrittsklub (57 Mandate) und 9 unabhängigen Abgeordneten (zusammen 159). Die andere Hälfte des Hauses setzte sich aus drei mittelgroßen und kleinen Fraktionen zusammen. Von ihnen war der Polenklub mit 58 Mandaten die größte und homogenste Gruppe[11]. Der böhmische Klub mit seinen 55 Mitgliedern bestand aus den Alt- und den Jungtschechen sowie dem böhmischen Feudaladel, die für die Wahlen eine gemeinsame Kandidatenliste erstellt hatten; er war also selbst keine homogene Fraktion, besonders angesichts des Antagonismus zwischen Alt- und Jungtschechen[12]. 30 deutsch-katholische Abgeordnete, 13 Slowenen, drei Rumänen und ein Serbe, zusammen ebenfalls 55 Abgeordnete, schlossen sich zu einem rechten Zentrum zusammen. Da die treibende Kraft hinter dieser Vereinigung der ehemalige Ministerpräsident Hohenwart war, wurde sie nach ihm Hohenwartklub genannt. Bei sechs liberalen Mandaten kam es bald zu Neuwahlen, die von regierungsfreundlichen Bewerbern gewonnen wurden. Daneben gab es noch 16 Mandate, die keinem der beiden Lager zugerechnet werden konnten. Nachdem klar geworden war, dass die deutschliberalen Klubs die Regierung nicht mitzutragen bereit waren, einigten sich Polenklub, böhmischer Klub und Hohenwartklub auf eine Regierungsunterstützung, wenn diese zu Zugeständnissen an die drei Franktionen bereit war.

---

7 *Die Reichsratswahlen kamen zur Sprache in MR. v. 17. 5. 1879/II und MR. v. 22. 5. 1879/II (liegen beide nicht ein).*

8 *Zum gescheiterten Versuch der Integration der Tschechen 1871 (Fundamentalartikel) siehe* Lein, Einleitung. Cmr. II, XLI–LX.

9 *Zu den Verhandlungen Taaffes mit den verschiedenen Parteirichtungen siehe* Rumpler, Parlament und Regierung, 745–750.

10 *Zu den Kräfteverhältnissen im Abgeordnetenhaus und zur genauen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses* siehe Höbelt, Parteien und Fraktionen, 921, 931. *Die Einschätzung unmittelbar nach den Wahlen in der liberalen* Neuen freien Presse (M.) v. 13. 7. 1879.

11 Binder, Galizien in Wien, 334 f.

12 Pokorný, Vereine und Parteien in Böhmen, 659.

Nachdem das Wahlergebnis am 11. Juli 1879 absehbar war, beriet die Übergangsregierung Stremayr über die „Demission des Kabinetts“[13], am 28. Juli 1879 traf sie sich zu ihrer letzten Sitzung, um noch einmal die Verleihung von Orden und einer Geheimratswürde zu erwirken[14]. Es war seit ihrer ersten Zusammenkunft am 17. Februar 1879 die 40. Sitzung. Am 10. August wurde dann das Demissionsgesuch Stremayrs angenommen und Taaffe mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt[15]. Das alte Kabinett blieb bis zur definitiven Regierungsbildung im Amt, die zwei Tage später erfolgte.

Mit der Ernennung des neuen definitiven Ministeriums am 12. August 1879[16] traten nun größere personelle Veränderungen ein, die dem Regierungsprogramm „Versöhnung und Verständigung“ Rechnung tragen sollten. Als liberale Minister blieben Stremayr, der weiterhin das Kultus- und Unterrichtsministerium leitete und zusätzlich anstelle von Julius Glaser Justizminister wurde, und der Minister für Landesverteidigung Julius Freiherr v. Horst – sie wurden aber von den Deutschliberalen nicht als ihre Vertreter anerkannt. Weitere Personen für Ministerposten wollten sie auch nicht zur Verfügung stellen, sodass Taaffe, um ihnen eine Tür offenzuhalten, zwei den Deutschliberalen zugerechnete Beamte mit der Leitung von Ministerien betraute: Carl Freiherr v. Korb-Weidenheim, der im Handelsministerium Johann Ritter v. Chlumecký ersetzte, und Emil Chertek, der im Finanzministerium Pretis nachfolgte. Die Konservativen waren durch Julius Graf v. Falkenhayn vertreten, der Ackerbauminister Hieronymus Graf v. Colloredo-Mannsfeld ersetzte. In seinem Amt als Minister ohne Portefeuille und mit den galizischen Agenden betraut blieb Florian Freiherr v. Ziemiałkowski. Neben ihn trat nun als zweiter Minister ohne Portefeuille Alois Freiherr v. Pražák, de facto zuständig für tschechische Agenden.

Da sich die Deutschliberalen konsequent weigerten, die Regierung zu unterstützen, war diese umso mehr auf die Zustimmung der katholisch-konservativen, feudalen und föderalen Kräfte angewiesen, die im Laufe der Zeit entsprechend mehr Gewicht in der Regierung forderten. Dies führte bis Jänner 1881 zu drei größeren Umbildungen des Kabinetts.

Die erste Umbildung erfolgte nur vier Monate nach Ernennung der Regierung Taaffe. Am 16. Februar 1880 gab Stremayr die Leitung des Kultus- und Unterrichtsministeriums ab, blieb aber Justizminister. Neuer Kultus- und Unterrichtsminister wurde Sigmund Freiherr Conrad v. Eybesfeld. Auch der erst vier Monate zuvor ernannte Chertek gab die Leitung des Finanzministeriums an Adolph Freiherr v. Kriegs-Au ab, der definitiver Finanzminister wurde[17].

Zur zweiten Umbildung kam es erneut vier Monate später am 26. Juni 1880. Minister für Landesverteidigung Horst verließ das Kabinett, ihn ersetzte Zeno Graf Welser v. Welsersheimb. Korb wurde als Handelsminister durch Alfred Ritter v. Kremer abgelöst. Stremayr ging nun auch als Justizminister, ihm folgte Moriz Freiherr v. Streit, und das Finanzministerium erlebte einen weiteren Wechsel seines Chefs. Anstelle von Kriegs-Au trat Julian Ritter v. Dunajewski in das Kabinett ein[18].

---

13 *MR. v. 11. 7. 1879/I (liegt nicht ein).*

14 *MR. v. 11. 7. 1879/I und MR. v. 28. 7. 1879 (beide liegen nicht ein).*

15 *Die beiden Handschreiben an Stremayr und Taaffe* siehe Wiener Zeitung (M.) v. 13. 8. 1879.

16 *Die entsprechenden Handschreiben in* Wiener Zeitung (M.) v. 14. 8. 1879.

17 *Thematisiert in MR. v. 14. 2. 1880/I und MR. v. 17. 2. 1880/I (liegen beide nicht ein); Handschreiben in* Wiener Zeitung (M.) v. 17. 2. 1880.

18 *Handschreiben in* Wiener Zeitung (M.) v. 27. 6. 1880*, Entlassung Kriegs-Aus in MR. v. 3. 5. 1880/I, Begrüßung der neuen Mitglieder in MR. v. 27. 6. 1880/I (liegt nicht ein).*

Die dritte Kabinettsumbildung erfolgte am 14. Jänner 1881, Kremer und Streit gingen. Neuer Handelsminister wurde Felix Freiherr Pino-Friedensthal, und der für tschechische Belange zuständige Pražák wurde mit der Leitung des Justizministeriums betraut. Damit hatte das Kabinett die Zusammensetzung erhalten, die es bis Ende 1885 unverändert behielt[19].

Nachdem der Versuch einer Zusammenarbeit mit den Deutschliberalen gescheitert war, blieb Taaffe auf die Unterstützung von drei Gruppen im Abgeordnetenhaus angewiesen: die Tschechen mit dem böhmischen Feudaladel, den Polenklub und den Hohenwartklub. Was die vielen unterschiedlichen Fraktionen zusammenhielt, war letztlich die Ablehnung der Deutschliberalen, ansonsten hatte diese heterogene Gruppe wenige Gemeinsamkeiten. Daher war Taaffes Position sehr instabil. Die Regierungsmitglieder waren nicht nur Minister, sondern auch Vertreter ihrer politischen Richtungen, um einerseits bereits im Kreise der Regierung Kompromisse zu erzielen und andererseits diese Kompromisse dann in ihren Fraktionen zu vertreten. So erwies sich die Regierungskonstellation trotz ihrer Heterogenität als beständig, und der ihr angehörende Abgeordnete Georg Lienbacher gab dieser Koalition später den sprichwörtlichen Namen „Eiserner Ring“[20].

b) Die Minister der Regierung nach der dritten Kabinettsumbildung

Als Taaffe (1833–1895) am 15. Februar 1879 zum Innenminister ernannt wurde[21], war er in der Politik längst kein Unbekannter mehr. Vom 27. Juni 1867 bis 17. April 1869 war er bereits Ministerpräsidentstellvertreter und direkt im Anschluss bis zum 15. Jänner 1870 Ministerpräsident gewesen, zusätzlich hatte er vom 7. März bis Ende 1867 die Leitung des Innenministeriums inne, im Anschluss war er bis zu seiner Entlassung als Ministerpräsident am 15. Jänner 1870 Landesverteidigungsminister und im Ministerium Potocki (12. April 1870 bis 4. Februar 1871) erneut Innenminister sowie Leiter des Ministeriums für Landesverteidigung[22]. Danach wirkte er bis zu seiner Berufung in die Übergangsregierung Stremayr als Statthalter für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck. 1867 bis 1870 saß er für den Großgrundbesitz im böhmischen Landtag und wurde von diesem in den Reichsrat gewählt. 1870 berief Franz Joseph ihn auf Lebenszeit ins Herrenhaus.

Pražák (1820–1901) hatte als Minister ohne Portefeuille die tschechischen Interessen wahrzunehmen. Er trat mit der Ernennung Taaffes zum Ministerpräsidenten am 12. August 1879 in die Regierung ein und sollte bis zum 4. August 1892 bleiben[23]. Vom 14. Jänner 1881 bis zum 11. Oktober 1888 war er auch mit der Leitung des Justizministeriums betraut. Aus zwei Gründen war Pražák für die Rolle als Vertreter der Tschechen im Kabinett prädestiniert.

---

19 *Kam zur Sprache in MR. I v. 14. 1. 1881/I (liegt nicht ein); Handschreiben in* Wiener Zeitung (M.) v. 15. 1. 1881.

20 Steinkellner, Georg Lienbacher, 169.

21 *Zu Taaffe siehe seinen Nachruf in der* Wiener Zeitung (A.) v. 29. 11. 1895; Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 2: 1268, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Taaffe | Parlament Österreich *(Zugriff 25. 2. 2023). Eine kurze Lebensskizze befindet sich auch in* Skedl, Nachlaß Taaffe, 9 ff.

22 *Zu Taaffe und seiner Regierungspolitik siehe* Malfèr, Einleitung. Cmr. I, 27, 31 f. *sowie* Lein, Einleitung. Cmr. II, XIII ff.

23 *Zu Pražák siehe seine Memoiren in* Pražák, Paměti a listář 1: 1–215*, seine Zeit als Minister* 80–129; *sein Nachruf in der* Wiener Zeitung (M.) v. 31. 1. 1901*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 2: 967 f., *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Pražák | Parlament Österreich *(Zugriff 25. 2. 2023).*

Einerseits war er in der tschechischen Politik fest verwurzelt. Er war bereits in den Reichstag von 1848/49 gewählt worden. Im Abgeordnetenhaus des Reichsrates saß er von 1861 bis 1864, schloss sich dann der tschechischen Abstinenzpolitik an. Andererseits war er Pragmatiker und betrachtete diese Abstinenzpolitik nicht als Selbstzweck. Schien es ihm opportun, gab er sie wieder auf. 1874 – nach der Wahlrechtsreform von 1873 – kehrte er wieder in den Reichsrat zurück. Er vertrat als Abgeordneter bis 1892 stets mährische Landgemeinden und wurde anschließend auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen. Durchgehend von 1861 bis 1896 war er auch Mitglied des mährischen Landtages.

Für die polnischen Interessen saß Ziemiałkowski (1817–1900) ebenfalls als Minister ohne Portefeuille in der Regierung. In dieser Eigenschaft war er bereits am 21. April 1873 in das Kabinett Adolph Auersperg geholt worden[24]. Er sollte dieses Ministeramt bis 11. Oktober 1888 innehaben. Dass Ziemiałkowski eine große politische Karriere als Minister in der Habsburgermonarchie haben würde, war bis 1865 nicht zu erahnen[25]. Seine polnisch-nationale Tätigkeit hatte ihn zuvor in ständigen Konflikt mit der Justiz gebracht. 1845 wurde er zum Tod verurteilt, dann begnadigt, 1849 nach Meran verbannt und 1864 durch ein Militärgericht zu drei Jahren Festungshaft verurteilt, 1865 aber amnestiert. Wie Pražák war auch Ziemiałkowski bereits 1848/49 Reichstagsabgeordneter gewesen und er gehörte dem galizischen Landtag 1861–1863 sowie ab 1867 an. Das Jahr 1867 brachte dann eine Wende in seinem Leben. Von nun an standen seine polnischen Interessen nicht mehr im Gegensatz zu einem Galizien in der Habsburgermonarchie. In der Frage, ob die polnischen Abgeordneten aus Galizien durch ihr Fernbleiben vom Reichsrat das neue Cisleithanien destabilisieren sollten, wie es die Tschechen taten, setzte sich Ziemiałkowski für die Beschickung des Wiener Parlaments ein und ging selbst dorthin, wo er Obmann des Polenklubs wurde; als er wegen interner Spannungen im Polenklub sein galizisches Landtagsmandat niederlegte, verlor er damit auch sein Abgeordnetenmandat. 1870 wurde er erneut in den galizischen Landtag gewählt. In das Abgeordnetenhaus des Reichsrates kehrte er erst nach den direkten Wahlen 1873 wieder zurück, dem er dann bis 1888 angehören sollte. Darauf wurde er auf Lebenszeit zum Herrenhausmitglied ernannt. Dem galizischen Landtag gehörte er noch bis 1895 an.

Ackerbauminister Falkenhayn (1829–1899) war Vertreter der katholisch-konservativen Interessen des Reichsrates, die sich im Hohenwartklub vereinigt hatten. Falkenhayn entstammte einer uradligen Familie[26]. Wie sein Vater schlug er die Militärkarriere ein, nahm an den Kämpfen 1848/49 in Italien und Ungarn teil, verließ 1857 aber die Armee, um in Oberösterreich die Verwaltung seiner Güter zu übernehmen. Hier war er 1867–1870 Mitglied des Landtages. 1879 wurde er ebenfalls in Oberösterreich in den Reichsrat gewählt, zunächst in der Städtekurie, ab 1885 durch den Großgrundbesitz. Er blieb bis zu seinem Tod Abgeordneter. Das Portefeuille des Ackerbauministeriums behielt er auch nach dem Rücktritt Taaffes in der Regierung von Alfred Fürst zu Windisch-Grätz bis zu deren Ende am 19. Juni 1895.

---

24 *Zu seiner Ernennung siehe MR. v. 8. 3. 1873/I, MR. v. 26. 3. 1873/I und MR. v. 7. 4. 1873/III.*

25 *Zu Ziemiałkowski siehe seine nachgelassene Papiere, die die Zeit bis 1873, besonders 1848 und 1863, behandeln,* Ziemiałkowski, Pamiętniki Floryana Ziemiałkowskiego, 4 Bde.*; seinen Nachruf in der* Wiener Zeitung (M.) v. 28. 3. 1900*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 2: 1466, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Ziemiałkowski | Parlament Österreich *(Zugriff 25. 2. 2023).*

26 *Zu Falkenhayn siehe seinen Nachruf in der* Wiener Zeitung (M.) v. 13. 1. 1899*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 1: 273, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Falkenhayn | Parlament Österreich *(Zugriff 25. 2. 2023).*

Die anderen vier Minister waren keine Männer der ersten Stunde. Sie kamen später hinzu. Bereits bei der ersten Regierungsumbildung am 16. Februar 1880 trat Conrad (1821–1898) in das Kabinett ein[27]. Er begann 1841 eine Beamtenkarriere, die ihn in viele Teile der Monarchie führte, so auch 1853 in die Statthalterei Temesvár, 1854 nach Mailand und 1857 als Stellvertreter des Banus nach Agram. Als weitere Stationen folgten 1861 Triest und 1865 Venedig. Nachdem er 1867 zum Landespräsidenten in Krain ernannt worden war, wurde er 1871 Statthalter in Ober- und 1872 in Niederösterreich. Hier blieb er, bis er als Kultus- und Unterrichtsminister in das Kabinett eintrat, ein Amt, das er bis zum 5. November 1885 behielt. Im Gegensatz zu den bisher besprochenen Ministerkollegen hatte Conrad außer seiner Mitgliedschaft im Krainer Landtag 1871/72 und im niederösterreichischen Landtag 1876/77 keine parlamentarische Erfahrung. Erst 1885 – bei einer Nachwahl – erhielt er ein freigewordenes Mandat der Landgemeinden der Bukowina. Da er jedoch mit seiner Entlassung als Minister wenig später zum lebenslangen Mitglied des Herrenhauses ernannt wurde, konnte er das Abgeordnetenmandat nicht lange ausüben. Conrad, dem Taaffe „die Fähigkeit zutraute, sich mit Slawen und Deutsch-Klerikalen abzufinden, dabei doch den Schein der Verfassungsmäßigkeit zu wahren“[28], vertrat in der Regierung die deutsche Position: Bewahrung der Dominanz des Deutschen als gemeinsamer Verkehrssprache im cisleithanischen Teil der Monarchie. Er konnte sich aber auch in seinen Agenden sehr oft nicht durchsetzen. So unterwarf er sich „der Anschauung der übrigen Minister“[29], als sein Verordnungsentwurf über den Nachweis der Kenntnis der deutschen Sprache in den theoretischen Staatsprüfungen an der Prager Universität „mit böhmischer Unterrichtssprache“ – wie die neu gegründete tschechische Universität offiziell bezeichnet wurde – dahingehend abgeändert wurde, dass das Fach, das in Deutsch abzulegen war, statt von der Prüfungskommission vom Prüfling zu bestimmen sei und dies auch bei einer Wiederholung aufgrund ungenügender Leistung in der deutschen Sprache[30].

Ursprünglich nicht eingeplant, rückte Dunajewski (1821–1907) am 26. Juni 1880 als Finanzminister nach, nachdem Chertek und Kriegs-Au sich jeweils nur vier Monate halten konnten[31]. Neben Ziemiałkowski war Dunajewski, der ebenfalls Mitglied des Polenklubs war, eine zweite polnische Stimme in der Regierung. Ursprünglich hatte Dunajewski eine wissenschaftliche Karriere eingeschlagen, 1861 war er zum Professor für die politischen Wissenschaften und Statistik an der Universität Krakau ernannt worden, deren Rektor er mehrfach war. Als solcher hatte er eine Virilstimme im galizischen Landtag. 1870 wurde er dann in einer Nachwahl von der Stadt Neusandec in den Landtag gewählt und, mit Einführung der direkten Reichsratswahlen, vom Wahlkreis Biała-Sandec-Wieliczka auch in den Reichsrat. 1891

---

27 *Zu Conrad siehe seinen Nachruf in der* Wiener Zeitung (A.) v. 9. 7. 1898*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 1: 164, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Conrad | Parlament Österreich *(Zugriff 25. 2. 2023).*

28 *Zit. aus* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 102.

29 *MR. v. 27. 6. 1882/I.*

30 *MR. v. 20. 5. 1882/IV und MR. v. 9. 6. 1882/XI. Pražák urteilte über ihn:* Conrad war, was seine Gesinnung betrifft, nicht besser, als Stremayer [sic!], hatte aber das für sich, dass er nicht so für die Richtung prononciert war, welcher Stremayer im Ministerium Auersperg III Ausdruck gegeben. Es war daher leichter möglich, ihn zu Koncessionen, sowohl in Beziehung auf die Schule den Konservativen und Klerikalen sowie den Nichtdeutschen zu Wunsche zu drängen*,* Pražák, Paměti a listář, 111.

31 *Zu Dunajewski siehe* Bobrzynski, Julian Dunajewski*; sein Nachruf in der* Wiener Zeitung (A.) v. 30. 12. 1907*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 1: 234, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Dunajewski | Parlament Österreich *(Zugriff 25. 2. 2023).*

legte Dunajewski sein Ministeramt nieder und trat bei den Reichsratswahlen nicht mehr an. Ein Jahr später wurde er in das Herrenhaus berufen. Dem Landtag gehörte er bis zu seinem Tod 1907 an. Als Finanzminister war sein Einfluss auf den Handlungsspielraum aller Minister und damit auf die gesamte Politik besonders groß. Sein zentrales finanzpolitisches Ziel war ein ausgeglichener Staatshaushalt, den er auch erreichte. Immer pochte er auf Haushaltsdisziplin und wusste sich der Rückendeckung Taaffes wie auch des Monarchen sicher[32]. Als es um Vorschüsse für die Gemeinden aus Staatsmitteln für das durch die Unwetter vom September und Oktober 1882 verwüstete südliche Tirol ging, verlangte Dunajewski, „dass die Vorschüsse dem Lande gegen dessen Haftung gegeben werden", weil „Vorschüsse, [wel]che vom Staate direkte den Gemeinden gegeben werden, in der Regel nicht hereinzubringen seien"[33]. 14 Tage vorher allerdings, es ging um die Höhe des Staatszuschusses für die galizischen Grundentlastungsfonds, empfahl der Finanzminister der Regierung „dem Ansinnen wegen der Gewährung eines weiteren rückzahlbaren Staatsbeitrages von [jährlich, ASK] 325.000 fl. nachzugeben"[34].

Pino (1826–1906) trat am 14. Jänner 1881 in das Kabinett ein und ersetzte als Handelsminister Kremer[35]. Wie Conrad hatte Pino sein Berufsleben im Staatsdienst zugebracht, mit Stationen in den verschiedensten Regionen der Monarchie. 1870 wurde er Landespräsident in der Bukowina, 1874 Statthalter im Küstenland und wechselte in dieser Eigenschaft 1879 nach Oberösterreich, um dem bisherigen Finanzminister Pretis Platz zu machen, da diesem bei seiner Ernennung zum Finanzminister 1871 die Rückversetzung nach Triest im Falle seiner Entlassung zugesichert worden war[36]. Sein Ministeramt legte Pino am 16. März 1886 nieder und wurde wieder Landespräsident in der Bukowina. 1890 trat er wegen eines Augenleidens, an dem er erblindete, in den dauernden Ruhestand. Im Gegensatz zu Conrad hatte Pino eine parlamentarische Karriere: 1871–1876 war er Mitglied im Bukowinaer Landtag, 1876–1881 im Landtag von Görz und Gradisca. 1871–1879 saß er zudem für einen Wahlkreis der Bukowina im Reichsrat. Als es hier 1882 zu einer Nachwahl kam, weil Michael Pithey als Voraussetzung für seine Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat sich verpflichtete, sein Abgeordnetenmandat zurückzulegen[37], wurde Pino erneut in das Abgeordnetenhaus gewählt. Hier blieb er bis 1887, seit 1885 aber auf einem Mandat aus Kärnten. Von 1887 bis 1891 saß er dann erneut im Landtag der Bukowina. Als Pino von Taaffe in das Amt des Handelsministers berufen wurde, zählte er politisch zum rechten deutschliberalen Lager[38]. Doch vertrat er in handelspolitischen Fragen oft keineswegs liberale Positionen, wie bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Zwar hatte bereits die Regierung Adolph Auersperg den Weg dahin mit dem sogenannten Sequestrationsgesetz geebnet[39]. Dieses Gesetz ermöglichte es der Regierung, Privatbahnen in Staatsverwaltung zu nehmen, wenn diese die Staatsgarantien für

---

32 *Für den Zeitraum dieses Bandes sei besonders auf die Budgetbesprechung unter Vorsitz Franz Josephs in MR. v. 4. 11. 1882/V verwiesen.*

33 *MR. I v. 29. 10. 1882/I.*

34 *MR. v. 14. 10. 1882/I – Honi soit qui mal y pense.*

35 *Zu Pino siehe seinen Nachruf in der* Wiener Zeitung (A.) v. 17. 4. 1906*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918, 2: 924, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Pino | Parlament Österreich *(Zugriff 26. 2. 2023).*

36 *MR. I v. 14. 1. 1871/I,* Cmr. III/1, Nr. 24.

37 *Zur Ernennung Pitheys und seinem Mandatsverzicht siehe MR. v. 30. 5. 1882/II.*

38 *Beitrag des Historikers Lothar Höbelt zu Pino in* Neue deutsche Biographie 20: 456.

39 *Gesetz v. 14. 12. 1877,* die garantierten Eisenbahnen betreffend*,* RGBl. Nr. 112/1877.

Dividendenauszahlungen zu lange und zu intensiv in Anspruch nahmen. Doch wurde das Gesetz bis 1880 nicht angewandt. Dies änderte sich mit der Regierung Taaffe, und Pino war hier als Handelsminister intensiv involviert. Ebenfalls in Pinos Aufgabenbereich fiel die Reform der Gewerbeordnung von 1859, die in liberalem Sinne die freie Berufswahl festschrieb. Diese wurde nun durch die Einführung von Befähigungsnachweisen eingeschränkt.

Ab 16. Februar 1880 war Welsersheimb (1835–1921) als Landesverteidigungsminister Mitglied der Regierung. Er vertrat keine Parteirichtung, er war Vertrauensmann des Monarchen. Als solcher überdauerte er alle Regierungskrisen und verließ diesen Posten erst 25 Jahre später, am 9. April 1905[40]. Seit seinem 17. Lebensjahr – als Kadett – gehörte Welsersheimb der Armee an. Er nahm am Krieg 1866 auf dem italienischen Kriegsschauplatz teil, war danach Militärattaché in Paris und 1870–1875 in Berlin. Als er in das Kabinett trat, hatte er den Rang eines Generalmajors. 1889 berief ihn Franz Joseph auf Lebenszeit ins Herrenhaus. In seinem Fall war dies allerdings nicht seine Lebenszeit, sondern die des Herrenhauses, das mit dem Ende der Monarchie 1918 aufhörte zu existieren.

Von diesen acht Mitgliedern des Kabinetts gehörten drei, Taaffe, Falkenhayn und Welsersheimb, alten gräflichen Familien an, die anderen fünf gehörten zum neueren Adel, als Freiherrn (Pražák, Ziemiałkowski, Conrad und Pino) oder Ritter (Dunajewski).

Nach der dritten Kabinettsumbildung im Jänner 1881 war von dem ursprünglichen Versuch Taaffes, die Deutschliberalen zu integrieren, nicht mehr viel übriggeblieben. Die meisten Minister standen gegen deren Anschauungen. Beim katholisch-konservativen Falkenhayn richtete sich dies besonders gegen deren gesellschafts- und wirtschaftsliberale Aspekte, bei Dunajewski, Ziemiałkowski und Pražák gegen den Zentralismus, bei Pražák zusätzlich gegen die deutsche Dominanz in Böhmen, Mähren und Schlesien. Nur Conrad und Pino passten nicht in diesen Gegenentwurf zum Deutschliberalismus, aber sie waren im Kabinett isoliert und konnten sich in kritischen Fragen nicht durchsetzen. Als Kultus- und Unterrichtsminister versuchte Conrad Deutsch als Verkehrssprache zu bewahren, Pino als Handelsminister vertrat wirtschaftsliberale Positionen. Aber beide waren kompromissbereit, eine Grundeinstellung, die sie mitbringen mussten, um sich in dieser Regierung halten zu können.

2 Herrschaftsabsicherung

a) Mehrheiten in den parlamentarischen Körperschaften

Als Taaffe am 12. August 1879 (zum zweiten Mal) das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, bildete sich im Abgeordnetenhaus – ohne sein Zutun – ein Bündnis aus föderativen, konservativen und katholischen Kräften, das bereit war, seine Politik mitzutragen, wenn im Gegenzug die Regierung ihren Interessen entgegenkam. Je deutlicher wurde, dass die deutschliberalen Gruppierungen die Regierung nicht einmal tolerieren wollten, desto abhängiger wurde Taaffe von diesem Parteienbündnis, dem Eisernen Ring[41].

---

[40] *Zu Welsersheimb siehe seinen Nachruf in* Neues Wiener Tagblatt v. 6. 2. 1921*;* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918, 2: 1387, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Welser von Welsersheimb | Parlament Österreich *(Zugriff 26. 2. 2023).*

[41] *Am 5. 11. 1879 hatte Taaffe in seinem persönlichen Vortrag an Franz Joseph noch betont, die Regierung sei* kein Parteiministerium*, das* seine Tätigkeit für beendet ansehen mußte, wenn der Beweis geliefert wäre, daß in Österreich nur ein Parteiministerium in der Lage wäre, eine wichtige Frage dieser Art *[Wehrgesetz]* durchzubringen*,* Skedl, Nachlaß Taaffe, 256. *Die Entscheidung, dass das Ministerium seine überparteiliche Stel-*

Aber das Abgeordnetenhaus konnte nur gemeinsam mit dem Herrenhaus Gesetze verabschieden, und dieses war nach den Interessen der damaligen liberalen Regierung Adolph Auerspergs geformt worden. Auch die Institutionen der Länder – die Landtage, der Gemeinderat von Wien oder Institutionen wie die Landesschulräte – konnten gegen die Interessen der Regierung arbeiten. Schließlich waren auch Beamte in der Lage, die ihnen vorgeschriebene Politik mit mehr oder weniger Elan umzusetzen. Ein Großteil von ihnen, besonders die Spitzenbeamten, verdankten ihre Ernennung den Anträgen der Vorgängerregierung.

Der zunächst wichtigste Schritt für Taaffe war, das Herrenhaus unter seine Kontrolle zu bringen. Schon nach der Ernennung der Übergangsregierung Stremayr mit dem neuen Innenminister Taaffe am 15. Februar 1879 und der Regierungserklärung am 20. Februar[42] bat Karl Fürst zu Auersperg um seine Enthebung vom Amt als Präsident des Herrenhauses, was aber zunächst noch abgelehnt wurde[43]. Am 11. und 23. September 1879 aber, Taaffe war gerade einmal einen Monat im Amt, begann die „Umfärbung" des Herrenhauses. Auf Vorschlag der Regierung ernannte Franz Joseph 14 neue Mitglieder auf Lebenszeit, am 19. beriet der Ministerrat über die Besetzung der Vizepräsidentenstellen und am 23., weil Karl Auersperg erneut um seine Enthebung gebeten hatte, auch über die des Präsidentenpostens des Hauses. Am 27. September schließlich einigte sich die Regierung auf einen Vorschlag über die Besetzung des Präsidiums, das noch am selben Tag vom Monarchen ernannt wurde; als Präsident Ferdinand Graf Trauttmansdorff-Weinsberg, Vizepräsidenten wurden Alexander Fürst Schönburg-Hartenstein und Constantin Fürst Czartoryski[44].

Damit hatte die Regierung jedoch noch keineswegs ein Herrenhaus, das ihre Politik mittragen wollte. Zum ersten Zusammenstoß kam es bereits bei der Diskussion über die dem Monarchen zu gebende Antwort auf dessen Thronrede, der sogenannten Adressdebatte[45]. Denn statt, wie es üblich war, Einigkeit zu demonstrieren, trat die Adresskommission des Herrenhauses mit zwei Entwürfen vor das Haus: einem deutschliberalen Majoritätsantrag und einem regierungsfreundlichen der Minorität. Auch wenn beide Entwürfe gänzlich unterschiedlich strukturiert waren, verhinderten letztlich nur drei Worte des Majoritätsantrags eine Zustimmung der Minorität. Es ging um die Frage, ob der „Freude", dass die Tschechen aus Böhmen ihre Abstinenzpolitik aufgegeben hatten, mit einer Kritik an dieser Abstinenz-

---

lung aufgab, fiel vermutlich in MR. I v. 9. 11. 1879/II (liegt nicht ein), das neben dem Stand der Verhandlung hinsichtlich der Wehrvorlage *auch die* Stellung der Kabinettsfrage beriet*. Auch in einer nicht protokollierten* Konferenz vom 13. April *1880 wurde über die* Demission des Gesamtministeriums *nachgedacht, diese aber verworfen. Diese Konferenz erwähnten die Minister Stremayr, Horst und Korb in ihrer Mitteilung an Taaffe v. 26. 5. 1880, dass sie um ihre Enthebung ansuchen würden,* Skedl, Nachlaß Taaffe, 257. *Über das Bemühen Taaffes, die Überparteilichkeit der Regierung zu erhalten, siehe* Pražák, Paměti a listář, 95–98.

42 Prot. Reichsrat HH. 20. 2. 1879 (85. Sitzung) 1382 *(Zuschrift) und* 1384 *(Regierungserklärung), besprochen in MR. I v. 17. 2. 1879/IV und MR. v. 20. 2. 1879/II (liegen nicht ein).*

43 *Die Angelegenheit wurde zunächst in MR. v. 10. 3. 1879/IV (liegt nicht ein) beraten, Vortrag Stremayrs v. 11. 3. 1879, der mit Verweis auf die Erledigung am 27. 9. 1879 zum KZ. 3870 – siehe dazu folgende Anm. – resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1052/1879.

44 *Ernennung neuer Mitglieder in MR. I v. 11. 9. 1879/II und MR. v. 23. 9. 1879/II, Vortrag Taaffes v. 18. 9. 1879, Ah. E. v. 20. 9. 1879,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3787/1879*; Beratung über die Vizepräsidenten des Hauses in MR. II v. 19. 9. 1879/I; und die Stelle des Präsidenten in MR. v. 23. 9. 1879/I, Beschluss über das Präsidium des Hauses in MR. v. 27. 9. 1879/I (liegen alle nicht ein). Die Bitte Karl Auerspergs um Enthebung vom Präsidentenposten des Herrenhauses nahm Franz Joseph über Vortrag Taaffes v. 23. 9. 1879 mit Ah. E. v. 27. 9. 1879 an,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3870/1879.

45 *MR. v. 20. 10. 1879/V; MR. I v. 26. 10. 1879/I, MR. v. 29. 10. 1879/I und MR. v. 31. 10. 1879/I (liegen alle nicht ein).*

politik verbunden werden sollte. Nachdem die Tschechen die Regierung unterstützten, war diese Kritik natürlich nicht im Sinne der Regierung. Die deutschliberale Mehrheit des Herrenhauses fügte hinter die Befriedigung der Anerkennung des Rechtsbodens durch die tschechischen Vertreter die Worte ein: „welchen sie betreten“[46], womit unmissverständlich ausgedrückt war, dass sie bisher nicht auf dem Rechtsboden gestanden waren. In dieser Debatte ergriff Taaffe als Herrenhausmitglied das Wort und stellte zu Ende seiner Rede fest, er werde „selbstverständlich gegen dieses Alinea stimmen“[47]. Um einen Kompromiss zu finden, bot Alexander Freiherr v. Hübner an, den Minoritätsantrag zurückzuziehen, falls diese drei Worte „welchen sie betreten“ aus dem Mehrheitsantrag gestrichen würden. Der Antrag Franz Graf Falkenhayns – des älteren Bruders des Ackerbauministers – auf namentliche Abstimmung erhöhte den Druck auf die gegen die Regierung eingestellten deutschliberalen Mitglieder des Hauses. Dennoch ging die Abstimmung mit 78 zu 59 Stimmen gegen den Antrag auf Streichung der drei Worte aus und der Majoritätsantrag wurde angenommen. Die Mehrheit hatte sich – und besonders wegen der namentlichen Abstimmung – ganz offen gegen die Regierung deklariert. In der Reihe der Personen, die gegen den Antrag Hübners gestimmt hatten, findet sich auch Caspar Graf zu Lodron-Laterano[48], der Landespräsident in Klagenfurt, und gerade sein Verhalten beschäftigte den Ministerrat speziell[49].

1879 und 1880 standen weitere Probleme mit dem Herrenhaus auf den Tagesordnungen der Ministerratssitzungen[50]. Daher musste die Regierung ihre Unterstützerbasis vermehren. Über vier Sitzungen zog sich im Jänner 1881 die Diskussion um die Auswahl neuer Herrenhausmitglieder, diesmal waren es zwölf[51]. Diese Ernennungen hatten zur Folge, dass sich nun die Themen änderten, mit denen das Herrenhaus in den Tagesordnungen des Ministerrates auftauchte, weg von liberalen hin zu konservativen Anliegen: die Grundsteuergesetznovelle und die Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes von 1869, mit dem besonders auch die Dauer der Schulpflicht verkürzt werden sollte[52]. Die einzige Herrenhausdebatte mit deutschliberalem Hintergrund, mit der sich die Regierung nun auseinandersetzen musste, war der Gesetzentwurf zur Teilung der Prager Universität, bevor er im Sinne der Regierung votiert wurde[53]. Am 12. November 1881 behandelte die Regierung die Ernennung neuer Herren-

---

46 Prot. Reichsrat HH. 27. 10. 1879 (3. Sitzung) Beilage 5.

47 *Die Adressdebatte des Herrenhauses* Prot. Reichsrat HH. 27. 10. 1879 (3. Sitzung) 17–23.

48 *Zu ihm siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 725 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie von Lodron-Laterano | Parlament Österreich *(Zugriff 1. 5. 2023).*

49 Haltung des Statthalters von Kärnten Grafen Lodron anlässlich der Abstimmung im Herrenhause über die Adresse*, MR. v. 14. 11. 1879/IV (liegt nicht ein). Zu Lodron siehe unten im Kapitel zur Personalpolitik.*

50 *Die Wehrvorlage in MR. v. 12. 12. 1879/III; das Eherecht in MR. v. 29. 4. 1880/II; die Besteuerung der Vorschusskassen in MR. v. 29. 4. 1880/IV, MR. v. 3. 5. 1880/IV und MR. v. 9. 5. 1880/II; die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren in MR. v. 14. 5. 1880/X (liegen alle nicht ein).*

51 *MR. v. 2. 1. 1881/IV; MR. v. 3. 1. 1881/V, MR. I v. 5. 1. 1881/I und MR. I v. 14. 1. 1881/II. Vortrag Taaffes v. 15. 1. 1881, angenommen mit Ah. E. v. 16. 1. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 264/1881.

52 *Der* Bericht der *Grundsteuerkommission* des Herrenhauses über die Grundsteuerpetitionen *in MR. I v. 5. 3. 1881/I; der* Antrag der *Grundsteuerkommission* des Herrenhauses bezüglich des Entwurfes wegen Abänderung der Grundsteuer-Reklamationsfristen *in derselben Sitzung, MR. I v. 5. 3. 1881/II; die Diskussion über die Schulpflicht in MR. v. 2. 4. 1881/I, MR. v. 5. 4. 1881/III, MR. v. 16. 12. 1881/I und MR. v. 15. 1. 1882/VI (alle vorstehenden Protokolle liegen nicht ein), sowie MR. v. 19. 12. 1882/IX und MR. v. 22. 12. 1882/VIII.*

53 *MR. v. 15. 1. 1882/V (liegt nicht ein). Gesetz v. 28. 2. 1882, betreffend die k. k. Karl Ferdinands-Universität in Prag,* Rgbl. Nr. 24/1882.

hausmitglieder in nur einer Sitzung, allerdings dem einzigen Tagesordnungspunkt dieser Zusammenkunft. Daraufhin ernannte Franz Joseph nun drei neue erbliche Mitglieder und elf berief er auf Lebenszeit in das Herrenhaus[54].

Als Taaffe dann am 28. Dezember 1882 die Ernennung von neuen Herrenhausmitgliedern erneut zur Sprache brachte, hielt er einleitend fest, da „es bei dem jetzigen Zustande einer gesicherten Regierungsmajorität nicht entsprechend wäre, die Opposition ohne Not zu reizen", habe er erstens vor, dass „mit der Anzahl der Ernennungen nicht um vieles weiter gegangen werde, als die Zahl der entstandenen Lücken betrage" und dass zweitens „nicht gerade Männer gewählt werden, welche prononciert zur Parteirichtung der Rechten gehören", stattdessen „genüge, solche zu ernennen, von denen man eben nur versichert sei, dass sie mit der Regierung gehen werden". Unter diesen Gesichtspunkten wurde neben einem Ersatz von vier verstorbenen Herrenhausmitgliedern nur eine Vermehrung um eine Person ins Auge gefasst[55], und die neu zu Ernennenden waren nach ausgleichenden nationalen, politischen und fachlichen Kriterien auszuwählen. Zur Ernennung des „ultrakonservativen" Theodor Maria Freiherr v. Risenfels musste Erzherzog Wilhelm vor Vortragserstattung noch gefragt werden, da Risenfels dem Deutschen Orden angehörte. Hingegen ergab sich beim liberalen Alois Czedik v. Bründlsberg eine längere Diskussion. Da Czedik jedoch Pino „schriftlich und mündlich die Zusicherung gemacht habe, in allen wichtigen Fragen mit der Regierung zu gehen und [...] derselbe weiters erklärt habe, sich im Herrenhause keiner Partei anzuschließen und überhaupt jene Haltung beobachten zu wollen, welche der Handelsminister von ihm fordern werde", und weil das Herrenhaus Eisenbahnexperten benötigte, fand sich auch für ihn eine Mehrheit[56]. Nur die Tatsache, dass für die aus Galizien zu nominierende Person noch der Statthalter Potocki zu befragen war, verschob den endgültigen Beschluss des Ministerrates[57]. Mit Ende 1881 war daher auch im Herrenhaus die Regierungsmehrheit gesichert, die in der weiteren Folge nur mehr vorsichtig und langsam ausgebaut wurde.

Am 2. Mai 1881 brachten 52 Abgeordnete einen Antrag auf Abänderung der Wahlordnung für das Abgeordnetenhaus ein[58], um die Wahlbezirke und Wahlorte der Kurie des großen Grundbesitzes, besonders in Böhmen, neu zu regeln. Zuvor war bereits ein anderer Wahlrechtsentwurf eingebracht worden, der einerseits in der Kurie des Großgrundbesitzes für den Steuerzensus die Gebäudesteuer großteils ausschließen und diese damit auf die Grundsteuer fokussieren sollte sowie andererseits den Zensus in der Kurie der Städte und der Landgemeinden auf fünf Gulden festsetzte[59]. Bisher wurde der Zensus nach den Landtagswahlordnungen von 1861 geregelt und variierte von Land zu Land. Für Städte betrug er in der Regel zehn Gulden, während er sich für die Landgemeinden hauptsächlich darüber definierte, dass der Steuerzahler zu den höchsten Steuerträgern gehörte, die zusammen zwei Drittel der Steuer-

---

54 *Vortrag Taaffes v. 14. 11. 1881, angenommen mit Ah. E. v. 19. 11. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4405/1881.

55 *Beratung in MR. v. 28. 12. 1882/III; es war eine sechste Person im Gespräch, weil* auf ein Erscheinen des schwererkrankten *Baron Hein* nicht mehr zu rechnen *sei; aber Franz Freiherr v. Hein genas und so entfiel die sechste Ernennung.*

56 *In Czediks Erinnerung liest sich seine Zustimmung zur Ernennung zum Herrenhausmitglied etwas anders, denn er glaubte,* dieser definitiven Besetzung nicht entgegentreten zu sollen, Czedik, Zur Geschichte der Ministerien I: 338.

57 *MR. v. 5. 1. 1883/III (liegt nicht ein); Vortrag Taaffes v. 8. 1. 1883, angenommen mit Ah. E. v. 12. 1. 1883,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 129/1883.

58 *Antrag Zeithammer und Genossen,* Prot. Reichsrat AH. 2. 5. 1881 (144. Sitzung) 5132, Beilage 334.

59 *Antrag Lienbacher und Genossen,* Prot. Reichsrat AH. 28. 1. 1881 (107. Sitzung) 3764, Beilage 265.

leistung der Gemeinde erbrachten. Dieser Antrag auf Vereinheitlichung des Zensus wurde erst im März 1882 in den Gesamtentwurf des Ausschusses eingearbeitet. Vermutlich, weil diese Gesetzesinitiative nicht von der Regierung ausging, kam die Wahlreform nicht oft im Ministerrat zur Sprache, zumindest soweit die Titel der Tagesordnungen darüber Rückschlüsse zulassen. Im März 1882 wurde die Frage beraten, ob die Senkung des Wahlzensus in den Städten und Landgemeinden in den Gesetzentwurf aufgenommen werden sollte. Nachdem das Gesetz vom Reichsrat votiert worden war, brachte Taaffe das Thema noch zweimal in den Ministerrat, zunächst im Juni, weil er das Gesetz nicht sofort Franz Joseph zur Sanktion vorlegen, sondern damit noch bis zum Herbst warten wollte, und danach im September, da nun die Zeit zur Vorlage gekommen war. Der Monarch sanktionierte die geänderte Reichsratswahlordnung am 4. Oktober 1882[60].

Diese Wahlrechtsänderung bewirkte dreierlei. Erstens konnte so die deutsche Dominanz in der böhmischen Kurie des Großgrundbesitzes endgültig beseitigt werden; zum Zweiten bewirkte die Fokussierung des Zensus in der Großgrundbesitzerkurie auf die Grundsteuer, dass die Gebäudesteuer nicht mehr (wie bisher) hinzugerechnet werden konnte, wodurch viele – deutschliberal wählende – Hausbesitzer in dieser Kurie ihr Wahlrecht verloren; zum Dritten reduzierte sich das Gewicht der deutschliberalen Wähler in der Kurie der Städte, weil die neuen Wahlberechtigten zum konservativen Mittelstand gehörten, zumeist Handwerker und kleinere Kaufleute. Wegen der Festsetzung des Zensus auf fünf Gulden, der in den meisten Ländern eine Ausweitung des Wahlrechts bedeutete, wurden die neu Wahlberechtigten „Fünfguldenmänner" genannt[61]. Diese Wahlreform sollte die bisherige starke Position der oppositionellen Deutschliberalen brechen. Für die Parteien hingegen, die das Kabinett Taaffe unterstützten, stellte sie einen Vorteil dar und daher auch für die Regierung. Andererseits aber bedeutete diese Wahlreform eine zusätzliche Abhängigkeit der Regierung von ihren Unterstützerparteien.

Nach Annahme der Wahlordnung für den Reichsrat Ende Mai dachte die Regierung darüber nach, eine entsprechende „Regierungsvorlage im [böhmi]schen Landtage einzubringen"[62]. Sie wurde aber in dieser Frage nicht aktiv. Als die tschechischen Abgeordneten im Landtag auf Anraten des Statthalters Alfred Freiherrn v. Kraus eine Interpellation zur Landtagswahlreform ankündigten, stieß diese Idee nicht mehr auf Gegenliebe bei Taaffe[63]. Denn mit einer klaren Befürwortung hätte sich die Regierung die Hände gebunden. Insofern forderte Taaffe den Statthalter auf, in seiner Antwort auf jeden Fall zustimmend, aber wenig konkret zu sein[64]. Dem kam Kraus nach[65]. Warum die Regierung diesem Wunsch der Tschechen gegenüber zurückhaltend war, machte Taaffe in einem Treffen „mit den Führern des Český klub" deutlich, über das er im Dezember im Ministerrat referierte: „Vom Ministerpräsidenten wurde den Herren die Notwendigkeit dargelegt, dass die Majorität und bzw. die böhmische Partei die Regierung weiters unterstütze, zugleich jedoch auch bedeutet, dass es für die

---

60 *Beraten wurde die Wahlrechtsänderung in MR. I v. 2. 3. 1882/II sowie MR. v. 5. 3. 1882/I und II (diese liegen nicht ein), in MR. v. 9. 6. 1882/III und MR. v. 26. 9. 1882/IV; Gesetz v. 4. 10. 1882,* RGBl. Nr. 142/1882.

61 UCAKAR, Demokratie und Wahlrecht, 206–209.

62 *MR. v. 9. 6. 1882/III.*

63 *MR. v. 2. 10. 1882/I und MR. v. 9. 10. 1882/I.*

64 *Weisung Taaffes an Kraus v. 2. 10. 1882, Beilage 4 zu MR. v. 2. 10. 1882/I sowie* AVA., IM., Präs., Karton 933, Sig. 31/Böhmen, Zl. 5107/1882 *und der weitere Erlass v. 9. 10. 1882 in Beilage 2 des MR. v. 9. 10. 1881/I.*

65 *Interpellation von Rieger und Genossen,* PROT. LANDTAG BÖHMEN 17. 10. 1882 (XI. Sitzung) 183 f.*, Antwort Kraus',* PROT. LANDTAG BÖHMEN 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 354 f.

Regierung Gewissenspflicht sei, zu wissen, ob sie dieser Unterstützung sicher sei, bevor sie an Se. Majestät gewisse Anträge stelle, welche zur Befriedigung der Desiderien [der] böhmischen Partei führen [s]ollen."[66] Bei diesem Treffen erklärte sich Taaffe bereit, im Landtag eine „analoge Vorlage wegen Änderung des Wahlmodus aus dem Großgrundbesitze einzubringen". In ihrer Interpellation aber hatten die Tschechen auch das Wahlrecht der Fünfguldenmänner für den Landtag gefordert[67]. Vielleicht lag es an dieser Diskrepanz – die Regierung arbeitete trotz der Zusicherung der Loyalität der Tschechen keine Wahlrechtsänderung für den böhmischen Landtag aus[68]. Den Gesetzentwurf auf Reduzierung des Wahlzensus auf fünf Gulden brachte in der Landtagssession 1884 vielmehr der deutschliberale Abgeordnete Eduard Herbst ein. Diesen Entwurf nahm der Landtag einstimmig an, er wurde aber auf Anraten der Regierung nicht sanktioniert[69]. In der nächsten Session stellte der deutschliberale Abgeordnete Ernst Edler v. Plener den Antrag erneut, der nun die Gründe der Ablehnung vom vorigen Jahr berücksichtigte. Auch dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen und diesmal sanktioniert[70].

b) Personalpolitik

Von zentraler Bedeutung war für die Regierung die Personalpolitik, besonders die Besetzung von Schlüsselpositionen der Verwaltung. Dies waren in erster Linie die Statthalter bzw. die Landespräsidenten in den Kronländern, vertraten sie doch dort die Interessen der Regierung. Die Ursachen für Wechsel waren vielfältig. Zum einen war es der Tod, wie im Falle des Statthalters in Brünn Franz Ritter Kallina v. Urbanow am 10. Juli 1880 oder des Landespräsidenten in Troppau Alexander Freiherr v. Summer am 27. April 1882. Häufig wurde eine Position auch durch die Ernennung des Amtsinhabers zum Minister frei, wie im Fall Taaffes (1879), Conrads (1880) und Pinos (1881). Umgekehrt wurden auch Minister nach ihrer Entlassung Statthalter (Pretis 1879 im Küstenland, Korb 1880 in Mähren). In der Regel führte ein freiwerdender Statthalterposten zu einem „Sesselrücken", indem diese Stellen durch andere Statthalter oder Landespräsidenten besetzt wurden, deren Stellen danach frei wurden. Neue Leute rückten fast ausschließlich als Landespräsidenten, nicht jedoch als Statthalter nach[71]. Nur wenn man keinem der üblichen Kandidaten die benötigten Fähigkeiten zutraute, griff man auf andere Personen zurück, wie Anfang Juli 1881 bei der Besetzung der Leitung der Statt-

66 *MR. v. 19. 12. 1882/I.*

67 *Siehe dazu Schreiben des Statthalters in Prag, Kraus, v. 11. 8. 1882 über dessen Gespräche in dieser Angelegenheit mit den Vertretern der Tschechen Carl Fürst zu Schwarzenberg und Clam, dann Rieger und Zeithammer,* Skedl, Nachlaß Taaffe, 393 ff.

68 *Am 23. 7. 1883 brachte Rieger einen entsprechenden Antrag in den böhmischen Landtag ein, der auch angenommen und* dem Landesausschuß zur Weiterbearbeitung *überwiesen wurde,* Urban, Der böhmische Landtag, 2030 f.

69 *Antrag Herbst und 58 Genossen,* Prot. Landtag Böhmen 27. 9. 1884 (11. Sitzung) 260 f., *Annahme,* Prot. Landtag Böhmen 16. 10. 1884 (24. Sitzung) 809 ff., *beraten in MR. v. 29. 4. 1885/III.*

70 *Antrag Plener und Genossen,* Prot. Landtag Böhmen 5. 12. 1885 (6. Sitzung) 152 f., *Annahme,* Prot. Landtag Böhmen 14. 1. 1886 (22. Sitzung) 812 ff., *publiziert als Gesetz v. 20. 5. 1886,* Lgbl. Böhmen Nr. 52/1886.

71 *Dieses Sesselrücken hatte zur Folge, dass der Ministerrat daher oft mehrere Postenbesetzungen gleichzeitig beriet, so MR. v. 15. 3. 1880/I die Statthalterposten in Wien und Brünn sowie den des Landespräsidenten in Laibach, MR. v. 25. 8. 1880/V und MR. v. 24. 9. 1880/X den des Statthalters in Brünn und des Landespräsidenten in Klagenfurt, schließlich MR. v. 27. 8. 1881/III die Leitung der Statthaltereien in Prag und Linz. Keines der Protokolle liegt ein.*

halterei in Prag. Nachdem sich kein geeigneter Zivilbeamter fand – Pino brachte sogar den 33-jährigen Statthaltereirat Olivier Marquis de Bacquehem ins Spiel – wurde mit Kraus auf einen Militär zurückgegriffen. Eine generelle Ausnahme war die Statthalterei in Zara, weil die Leitung der Zivilverwaltung in der Regel in die Hand eines Militärs gelegt wurde, der gleichzeitig auch dalmatinischer Militärkommandant war.

In einigen Fällen war ausschlaggebend für Positionswechsel aber auch die Unzufriedenheit der Regierung mit der politischen Position oder der Amtsführung des Landeschefs wie im Falle Lodrons. Er hatte eine untypische Karriere. Er war 1870 zum Landespräsidenten in Klagenfurt und noch im selben Jahr zum Statthalter in Innsbruck ernannt worden. Als Liberalen schickte Hohenwart ihn 1871 in den Ruhestand – an seine Stelle trat Taaffe, der zuvor Innenminister gewesen war –, Adolph Auersperg holte Lodron hingegen 1873 wieder zurück in den Dienst. Allerdings erhielt er keinen Statthalter-, sondern den Landespräsidentenposten in Klagenfurt, jedoch unter Beibehaltung seines Statthaltertitels[72]. Der Ministerrat vom 25. März 1879 beriet seine Pensionierung[73], er blieb jedoch im Amt. Dann fiel er aber dem Ministerpräsidenten Taaffe bei der Adressdebatte des Herrenhauses negativ auf und der Ministerrat beschäftigte sich mit der „Haltung des Statthalters von Kärnten Grafen Lodron anlässlich der Abstimmung im Herrenhause über die Adresse“[74]. Es sollte noch ein Jahr vergehen, dann wurde der nun 65-jährige Lodron erneut in den Ruhestand geschickt[75].

Knapp entging Philipp Freiherr Weber v. Ebendorf seiner Pensionierung, aber er musste immerhin Anfang Juni 1881 den Abstieg vom Statthalter von Böhmen zu dem von Oberösterreich hinnehmen, weil er der politischen Lage in Prag nicht gewachsen war. Er befand sich gerade in Karlsbad auf Kur, als am 28. Juni 1881 Tschechen aus Prag, von deutschen Burschenschaftlern provoziert, das Stiftungsfest des Studentencorps Austria im Prager Vorort Kuchelbad stürmten. Von Taaffe aufgefordert, nach Prag zurückzukehren, antwortete Weber, „dass die Ärzte die Fortsetzung seiner Kur für notwendig erachten und dass er selbst wegen seines dermaligen Gesundheitszustandes sich nicht fähig fühle, die Amtsleitung wieder aufzunehmen“. Die Amtsgeschäfte überließ er seinem Stellvertreter, Ignaz Ritter v. Grüner, der „sich als nicht entsprechend“ erwies.[76] Um die Situation wieder in den Griff zu bekommen, „werde von Sr. Majestät darauf Gewicht gelegt, dass die Leitung der politischen Verwaltung in die Hände eines geeigneten, energischen Beamten gelegt werde“[77]. Aus diesem Grund

---

72 *Siehe dazu MR. v. 4. 4. 1873/IV.*

73 *MR. v. 25. 3. 1879/VIII (liegt nicht ein).*

74 *MR. v. 14. 11. 1879/IV (liegt nicht ein). Siehe dazu auch der Vortrag Taaffes v. 5. 11. 1879 zu* a. h. eigenen Händen *in* Skedl, Nachlaß Taaffe, 255. *Die namentliche Abstimmung Lodrons im Herrenhaus* Prot. Reichsrat AH. 27. 10. 1879 (3. Sitzung) 22.

75 *Die Verleihung des Ordens der Eisernen Krone I. Klasse an ihn beschloss der MR. v. 13. 11. 1880/I und der folgende Tagesordnungspunkt II beschäftigte sich mit seinem Nachfolger, es sollte der Ministerialrat Franz Schmidt v. Zabierów werden.*

76 *MR. I v. 2. 7. 1881/I.*

77 *MR. v. 4. 7. 1881/I.*

übernahm der Präsident des Militärobergerichtes Kraus die Leitung der Statthalterei[78]. Weber wurde später nach Linz versetzt, Grüner ohne Verleihung eines Ordens pensioniert[79] und schließlich Kraus definitiv zum Statthalter in Prag ernannt[80].

Aus ähnlichen Gründen kam es auch zum Wechsel des Statthalters in Zara. Die Umsetzung des Wehrgesetzes von 1869 war in Süddalmatien damals ausgesetzt worden[81]. Nachdem nun für das neu okkupierte Bosnien-Herzegowina ein eigenes Wehrgesetz erlassen wurde, sollte auch für Süddalmatien das Wehrgesetz von 1869 aktiviert werden. Der Versuch der Durchführung einer Musterung führte zu einem großen Aufstand in Süddalmatien, der die Herzegowina mitriss und größere militärische Operationen zur Folge hatte. Im Ministerrat vom 10. November 1881 wurde daher die Ablösung des Statthalters FZM. Gabriel Freiherrn v. Rodich durch FML. Stephan Freiherrn v. Jovanović beschlossen[82]. Allerdings war „Jovanović ohnehin für Dalmatien ausersehen", wie Taaffe bereits am 4. Juli 1881, also vor Beginn des Aufstandes, festgehalten hatte[83].

Hingegen konnte Olivier Marquis de Bacquehem[84], ein Neffe von Taaffe, seine Karriere ungebremst fortsetzen. Bis 1876 stieg er zum Bezirkshauptmann auf. Nach der Okkupation Bosnien-Herzegowinas wurde er für die Dienstleistung in den okkupierten Provinzen als Beamter Cisleithaniens beurlaubt[85]. Hier war er nun in der Landesregierung tätig. 1880 kehrte er wieder in cisleithanische Dienste zurück, zuerst als Regierungsrat bei der Landesregierung in Klagenfurt, dann als Statthaltereirat in Linz. Als Anfang Juli 1881 wegen der sogenannten Kuchelbader Affäre die Leitung der Prager Statthalterei zur Disposition stand, brachte Handelsminister Pino Bacquehem in Diskussion, der aber von Taaffe mit der Begründung abgelehnt wurde, „Bacquehem habe sich als Bezirkshauptmann und als Präsidialsekretär gut bewährt, etwas anderes sei es aber, ob sich derselbe schon zum Leiter einer Statthalterei und unter solchen Umständen eigne."[86] Nicht ganz ein Jahr später wurde durch den Tod Summers im April 1882 der Posten des Landespräsidenten in Troppau frei. Nun war es Taaffe, der Bacquehem, zunächst nur für die Leitung der Landesregierung, favorisierte und auf ihm beharrte, obwohl Ziemiałkowski auf einen Polen „aufmerksam" machte, Pražák meinte, er sei „schon be[stür]zt, dass nicht jemand [au]s dem Kreise der schlesischen Beamten genommen wurde", und Conrad neben der Tüchtigkeit Bacquehems „jedoch auch dessen Jugend" betonte. So wurde Bacquehem am 6. Mai 1882 mit der Leitung der Landesregierung betraut[87]

---

78 *MR. I v. 5. 7. 1881/I, zum Leiter der Statthalterei ernannt mit Handschreiben v. 5. 7. 1881 an Taaffe,* Hhsta., Kab. Kanzlei, CBProt. B23c/1881.

79 *Versetzung Webers, MR. v. 27. 8. 1881/III (liegt nicht ein); Vortrag Taaffes v. 31. 8. 1881, Ah. E. 5. 9. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3518/1881. *Pensionierung Grüners, Vortrag Taaffes v. 6. 7. 1881, Ah. E. v. 11. 7. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2732/1881.

80 *Ernennung Kraus' zum Statthalter, MR. v. 27. 3. 1882/II (liegt nicht ein); Vortrag Taaffes v. 28. 3. 1882, Ah. E. v. 2. 4. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1309/1882.

81 *Mit Literatur zum Thema* Lein, Einleitung. Cmr. II, XXVI f.

82 *MR. v. 10. 11. 1881/I (liegt nicht ein).*

83 *MR. v. 4. 7. 1881/I.*

84 *Zu ihm siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 36 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie von Bacquehem | Parlament Österreich *(Zugriff 1. 5. 2023).*

85 *Eine Auszeichnung für Bacquehem kam zur Sprache in MR. v. 18. 4. 1879/V (liegt nicht ein).*

86 *MR. I v. 5. 7. 1881/I; hier auch in Anm. 4 und 5 die Zitate für seine Karriere ab seiner Entsendung nach Sarajewo.*

87 *MR. II v. 30. 4. 1882/I; Vortrag Taaffes v. 2. 5. 1882, Ah. E. v. 6. 5. 1882,* Hhsta, Kab. Kanzlei, KZ. 1772/1882.

und am 15. September 1882 zum Landespräsidenten ernannt[88]. Damit war Bacquehem in den Kreis derer aufgestiegen, die für die höchsten Staatsämter infrage kamen. Nach dem Rücktritt Pinos als Handelsminister übernahm zunächst interimistisch Sektionschef Carl Freiherr v. Pusswald die Leitung dieses Ministeriums. Wegen seiner Pensionierung wurde das Amt drei Monate später erneut frei[89], und diesmal wurde Bacquehem zum definitiven Handelsminister ernannt[90].

Die geänderte Personalpolitik der Regierung Taaffe gegenüber der Vorgängerregierung zeigen die erhaltenen Protokolle in drei Fällen sehr anschaulich. Der Antrag Pražák vom 20. Mai 1882 wegen Ernennung von Michael Pithey zum Oberlandesgerichtsrat in Czernowitz scheint Franz Joseph derart überrascht zu haben, dass er diese Angelegenheit im Ministerrat vom 30. Mai zur Sprache brachte. Pithey war nämlich vom Oberlandesgerichtspräsidenten nicht für diesen Posten vorgeschlagen worden, sodass nun seine Ernennung „den Anschein gewönne, als wären nicht sachliche, sondern politische Gründe für die Ernennung bestimmend gewesen". Pithey war 1866 wegen einer Disziplinaraffäre degradiert und 1877 wegen des Vorwurfs, einen Handel mit Häusern zu betreiben, die Stelle eines Oberlandesgerichtsrates in Lemberg verwehrt worden[91]. Für Pino, der Pithey aus seiner Zeit als Landespräsident der Bukowina 1871–1874 kannte, „hätte man dem Landespräsidenten [1877] darüber gewiss Schauergeschichten erzählt, zumal Pithey zu jener Zeit auf einem der damaligen Regierung gegnerischen Standpunkt gestanden war". Taaffe gab schließlich auch zu bedenken, „dass man nicht oft in die Lage komme, für einen Rumänen etwas zu tun[92]. Noch am Tag des Ministerrates, dem 30. Mai, folgte Franz Joseph dem Antrag Pražáks und ernannte Pithey zum Oberlandesgerichtsrat in Czernowitz[93].

Am 17. August 1882 beriet der Ministerrat über die Ernennung des außerordentlichen Professors der Landwirtschaftslehre und Güter-Verwaltungskunde an der böhmischen technischen Hochschule in Prag, Johann Baptist Lambl, zum ordentlichen Professor, ein Antrag, der schon seit Jahren vom Professorenkollegium dieser Hochschule gestellt wurde. Doch weil Gerüchte der Bestechlichkeit vorlagen, stand die Regierung Adolph Auersperg „damals von der Ernennung ab, ohne weiter in die Sache einzugehen oder Lambl Gelegenheit zur Rechtfertigung zu bieten", wie das Protokoll festhielt. Untersuchungen 1879, also nach der Entlassung Adolph Auerspergs, „führten zu dem Resultate, dass keine Anhaltspunkte zu einer Beschuldigung Lambls vorliegen"[94].

In beiden Fällen wurde die liberale Vorgängerregierung zumindest des sorglosen Umgangs mit unbegründeten Vorwürfen der Bestechlichkeit bezichtigt. Die dadurch entstandenen Ungerechtigkeiten sollten nun behoben werden, im Fall Pitheys explizit mit dem Hinweis auf dessen politischen Gegensatz zur damaligen Regierung.

---

88 *MR. v. 9. 9. 1882/II; Vortrag Taaffes v. 10. 9. 1882, Ah. E. v. 15. 9. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3512/1882.

89 *MR. v. 21. 3. 1886/I (liegt nicht ein).*

90 *MR. v. 23. 6. 1886/I und MR. v. 24. 6. 1886/III (liegen beide nicht ein). Zu Bacquehems weiterer Karriere siehe* Cmr. V/1*, in Vorbereitung.*

91 *MR. v. 19. 12. 1877/XII (liegt nicht ein).*

92 *MR. v. 30. 5. 1882/II.*

93 *Vortrag Pražáks v. 20. 5. 1882, Ah. E. v. 30. 5. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2079/1882.

94 *MR. v. 17. 8. 1882/VII.*

Allerdings griff die Regierung aber auch hart gegen Beamte durch, wenn sie offen liberale Sympathien bekundeten. Am 15. Juni 1882 hatte der Reichsratsabgeordnete Ernst Edler v. Plener in Eger (Böhmen) eine gegen die Regierung gerichtete Rede gehalten. Bei dem Bankett tags darauf waren der Bezirkshauptmann Joseph Veit und der Finanzbezirksdirektor Bernhard Pitter anwesend, und Pitter „toastirt auf das Zusammenwirken der Beamten mit der Bevölkerung der deutschen reichstreuen Stadt Eger“[95]. Diese Angelegenheit brachte Taaffe am 21. Juni im Ministerrat zur Sprache. Dunajewski meinte, es sei „eine sehr große Taktlosigkeit gewesen, dass die leitenden Beamten von Eger an einer Festivität teilnahmen, welche dem Abgeordneten v. Plener nach seiner tags vorher in der Egerer Handelskammer gehaltenen Rede gegeben wurde“[96]. Pitter wurde daraufhin wegen seiner politischen Haltung in die Finanzlandesdirektion nach Prag strafversetzt[97]. Bei Veit, der nicht gesprochen hatte, sollte zwar bei seiner Versetzung nach Prag der Eindruck einer Strafe vermieden werden, aber seinem unmittelbar darauffolgenden Ansuchen um Versetzung in den dauernden Ruhestand wurde entsprochen[98]. Vermutlich sollte mit dieser Aktion ein Exempel statuiert werden, nachdem die Regierungspolitik immer noch bei Teilen der liberalen Beamtenschaft auf Widerwillen, teilweise sogar passive Resistenz stieß.

Auch Karl Auersperg hatte sich nach der Zurücklegung der Präsidentschaft im Herrenhaus keineswegs vollkommen aus der Politik zurückgezogen, denn – neben seinem Sitz im Herrenhaus an sich – blieb er weiterhin Oberstlandmarschall von Böhmen, also der Vorsitzende des böhmischen Landtages und des Landesausschusses. Von hier aus führte er einen Kleinkrieg gegen die Regierung Taaffe, wie dies auch einige hochrangige Beamte oder staatliche Institutionen taten. Dabei war der Ansatzpunkt dieses Widerstandes die neue Sprachenpolitik der Regierung. Besonders sie hatte für die Regierung Taaffe eine hohe Bedeutung, war es doch gerade diese, die den Ausschlag für die Tschechen gab, in den Reichsrat einzuziehen und mit der Regierung zu gehen. Durch ein Scheitern in der Sprachenpolitik war die Politik Taaffes daher am verwundbarsten.

3 Sprachenpolitik

Die Gleichberechtigung aller nationalen Gruppen (Volksstämme) war durch Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 „über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ geschützt, besonders für die Erlernung und für den öffentlichen Gebrauch ihrer Sprachen:

> Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt.

---

95 *Siehe* Prager Tagblatt v. 17. 6. 1882.

96 *MR. v. 21. 6. 1882/III.*

97 Fa., FM., Präs., Sig. 15.1, Zl. 3328/1882.

98 *Berufung Veits zur Dienstleitung nach Prag* Národní Archiv, PM. 1881–1890, Karton 1422, Sig. 1/6/1, 5447/1882*; Versetzung in den dauernden Ruhestand* Národní Archiv, PM. 1881–1890, Karton 1422, Sig. 1/6/1, 6844/1882.

> In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.[99]

Was darunter und ganz besonders unter „ohne Anwendung von Zwang" konkret zu verstehen sei, wurde bis zum Ende der Monarchie 1918 nie durch eine für alle Kronländer gültige Rechtsnorm geregelt, weder im Gesetzes-, noch im Verordnungsweg. Letztlich bestanden schlicht die sehr unterschiedlichen Bestimmungen für einzelne Verwaltungsebenen (Kronländer, Gerichtssprengel etc.) aus der Zeit vor 1867 bis zu ihrer Abänderung fort, auch wenn sie sich nicht mit den Anforderungen des Artikels 19 deckten. Diese wurden im Bedarfsfall abgeändert, in der Regel durch Ministerialverordnungen oder -erlässe, im Falle Galiziens auch durch Landesgesetze. Hinzu kam, dass sich jemand, der sich in seinem Grundrecht verletzt fühlte, dagegen vor Gerichten Einspruch erheben konnte, letztinstanzlich beim Reichsgericht oder beim Verwaltungsgerichtshof. So entstand zum Thema der Sprachenrechte eine ausgeprägte Judikatur, die sich aber immer nur auf konkrete Fälle bezog. Nur dadurch kam eine gewisse Normsetzung durch höchstgerichtliche Entscheidungen zustande, indem hier tendenziell in vergleichbaren Situationen ähnlich entschieden wurde und die Behörden der unteren Instanzen im Sinne dieser Urteile entschieden. Allerdings änderte sich die Interpretation dieser Höchstgerichte mit der Zeit[100]. Sprachenpolitik in Cisleithanien bezog sich zum einen auf die Amtssprache, zum anderen auf die Unterrichtssprache. In beiden Bereichen wurde die Regierung Taaffe aktiv.

a) Verordnungen über die äußere Amtssprache

Bei der Amtssprache muss zwischen der inneren und der äußeren Amtssprache unterschieden werden. Die innere Amtssprache bezog sich auf die Sprachen im Verkehr der Behörden untereinander und war in allen Kronländern Deutsch, mit Ausnahme von Dalmatien und dem Küstenland, wo Italienisch, und Galizien, wo Polnisch vorgeschrieben war[101]; diesen Zustand änderte die Regierung Taaffe nicht. Die äußere Amtssprache bezog sich auf die Sprachen im Verkehr der Behörden mit der Bevölkerung, hier blieben die vor 1867 bestehenden Regelungen in Kraft. Sie unterschieden sich zudem nicht nur regional, sondern konnten auch je nach der Zuständigkeit der Ministerien differieren. Änderungen an der vor 1867 bestehenden Rechtslage ergaben sich meist aus politischen Rücksichten. So befürwortete 1872 Ministerpräsident Adolph Auersperg Zugeständnisse an die kroatische und serbische Bevölkerung Dalmatiens, weil die slawischen Abgeordneten des Kronlands „durch ihre Abstimmung über das Notwahlgesetz dem Ministerium den Sieg erringen halfen, und dadurch zu

---

99 *Staatsgrundgesetz v. 21. 12. 1867,* RGBL. Nr. 142/1867.

100 *Zu diesem Thema siehe besonders* STOURZH, Die Gleichberechtigung.

101 *Zur Einführung von Polnisch als innerer Verwaltungssprache in Galizien siehe MR. v. 28. 5. 1869/I,* CMR. II, Nr. 228.

der nunmehr eingetretenen wesentlichen Verbesserung der Situation erfolgreich beigetragen haben“[102]. Darauf wurde Serbisch-Kroatisch in der äußeren Amtssprache Dalmatiens mit einer Ministerialverordnung aufgewertet, die auch im Landesgesetzblatt publiziert wurde[103].

Um die Tschechen aus Böhmen an der Reichspolitik zu beteiligen und sie zum Einzug in das Abgeordnetenhaus zu bewegen, wurden auch hier Zugeständnisse bei der äußeren Amtssprache notwendig. Es verwundert daher nicht, dass die Regierung zügig daranging, die Regelung der äußeren Amtssprache nun in Böhmen und Mähren den Bestimmungen des Artikels 19 der Grundrechte anzupassen. Ende 1879 forderte der Tschechische Klub des Abgeordnetenhauses die „Durchführung der Gleichberechtigung der Sprachen“[104]. Deutsche und tschechische Parlamentarier einigten sich auf ihre Grundsätze, die sich prinzipiell an die Verordnung für Dalmatien 1872 anlehnten[105]. Bereits am 19. April 1880 konnte je eine Verordnung „betreffend den Gebrauch der Landessprachen im Verkehre der politischen, Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden mit den Parteien und autonomen Organen“ für Böhmen und für Mähren erlassen werden[106].

Allerdings scheint der Umstand, dass diese Verordnung nicht nur für Böhmen, sondern am selben Tag auch für Mähren erlassen werden sollte, der deutschen Seite nicht klar gewesen zu sein. Obwohl beide Verordnungen mit dem 19. April datiert waren und die Verordnung für Mähren (28. April) lange vor der für Böhmen (13. Mai) im Landesgesetzblatt erschien, hieß es am 29. April in der Neuen Freien Presse für den Vortag: „Die amtliche Brünner Zeitung publicirte heute die für Böhmen erlassene Sprachenverordnung auch für Mähren“[107]. Am 28. April trafen sich die verfassungstreuen deutschen Abgeordneten Böhmens und Mährens, um über eine Interpellation zu beraten. Sie stellte dann den Beginn eines aggressiver werdenden deutschen Widerstandes dar, der besonders von der deutschen Presse getragen wurde[108], auch durch einen Gesetzentwurf, den die Abgeordneten Ladislaus Gundaker Graf Wurmbrand-Stuppach und Genossen am 10. Mai 1880 in das Abgeordnetenhaus einbrachten, der Deutsch als Staatssprache festschreiben sollte. Diese Initiative wurde schließlich am 29. Jänner 1884 vom Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung abgelehnt[109]. Der Vorwurf der Deutschen bezog sich gerade darauf, dass die Verordnung Artikel 19 der Grundrechte verletze, weil sie beide „Landessprachen“, nicht aber die „landesüblichen Sprachen“ gleichstellte. Da die exakte Bedeutung dieser Begrifflichkeiten nie normiert worden war, handelte es sich letztlich nur um eine Interpretationsfrage. Generell wurden unter dem Begriff „Landesspra-

---

102 *MR. I v. 21. 2. 1872/III,* Cmr. III/1, Nr. 48.

103 *Zur Regelung der äußeren Amtssprache in Dalmatien siehe MR. v. 5. 4. 1872/II, Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz v. 20. 4. 1872,* Lgbl. Dalmatien Nr. 17/1872. *Siehe auch* Kalwoda, Parteien, Politik und Staatsgewalt, 280–294*, zur Regelung von 1872* 284 ff.

104 *MR. v. 13. 11. 1879/II, außerdem kam der Verordnungsentwurf noch zur Sprache in MR. v. 27. 11. 1879/VI, MR. v. 7. 1. 1880/III und MR. v. 14. 4. 1880/I (liegen alle nicht ein).*

105 Löwenbach, Die Sprachenfrage, 332.

106 *Verordnung der k. k. Minister des Innern und der Justiz v. 19. 4. 1880, für Böhmen* Lgbl. Böhmen Nr. 14*, für Mähren* Lgbl. Mähren Nr. 17*, beide ex* 1880.

107 Neue freie Presse (M.) v. 29. 4. 1880.

108 *Mit den Angriffen auf die Sprachenverordnungen beschäftigten sich MR. v. 3. 5. 1880/III, MR. v. 14. 5. 1880/X, MR. v. 21. 5. 1880/XI und MR. v. 5. 7. 1880/I, mit der* Haltung in der Frage der Sprachenverordnung *MR. v. 9. 2. 1881/VIII (liegen alle nicht ein).*

109 *Beraten in MR. v. 2. 4. 1881/II (liegt nicht ein); dazu siehe* Sutter, Sprachenverordnungen 1: 88–91. *Ablehnung des Antrags der Ausschussminorität, über den Vortrag nicht zur Tagesordnung überzugehen in namentlicher Abstimmung* Prot. Reichsrat AH. 29. 1. 1884 (325. Sitzung) 11284 f.

che“ jene Sprachen verstanden, die innerhalb eines Kronlandes geläufiger waren, unter einer „landesüblichen Sprache“ hingegen die Sprachen in den Bezirken und Gemeinden. So konnte es landesübliche Sprachen geben, die keine Landessprachen waren. Andererseits – und um diesen Punkt ging es bei der deutschen Kritik – mussten Landessprachen nicht im gesamten Kronland auch landesüblich sein[110]. Diese sogenannten Taaffe-Stremayr'schen Sprachenverordnungen blieben dann bis zum Ende der Monarchie in Kraft, abgesehen von einer zweijährigen Unterbrechung durch die Badenischen bzw. Gautsch'schen Sprachenverordnungen 1897–1899[111], auch wenn dies von den Gerichten nach 1900 sehr unterschiedlich interpretiert wurde[112].

Pražák, der seit 14. Jänner 1881 das Justizministerium leitete, sah auch für Schlesien die Zeit gekommen, die alten Regelungen aus dem Jahr 1851 durch solche zu ersetzen, die den Bestimmungen des Artikels 19 der Grundrechte entsprachen. Bisher war bei Gericht nur Deutsch zulässig, sodass „jetzt bei den Gerichten in Schlesien gar nichts [an]genommen werde, was nicht Deutsch sei, keine Beilage, kein Dokument und nicht einmal ein Taufschein“[113]. Am 9. September 1882 legte Pražák dem Ministerrat einen Erlass an das auch für Schlesien zuständige Oberlandesgericht Brünn vor, in dem in gemischtsprachigen Bezirken auch den anderen dort üblichen Landessprachen – Tschechisch und Polnisch – dieselben Rechte in der äußeren Amtssprache vor Gericht eingeräumt wurden wie der deutschen Sprache. Auch wenn „bei einer Norm, die nicht blos für die Gerichte, sondern auch für die Bevölkerung folgenreich und bindend sein soll“ der beste Weg ein Erlass durch das Landesgesetzblatt sei, sollte darauf verzichtet werden, weil diese Neuerung „zu auffallend“ sei[114]. Bacquehem, Leiter der Landesregierung, der dem Ministerrat am 9. September auch beiwohnte, wandte ein, „dass die leitenden polnischen und böhmischen Kreise durch die Verordnung nicht vollkommen befriedigt sein würden und dass dieselbe bei den Deutschen eine arge Verstimmung hervorrufen würde“. Mit diesem Einwand verhinderte Bacquehem den Erlass an das Oberlandesgericht Brünn nicht, aber bewirkte, dass er von ursprünglich 29 Seiten auf zwei Seiten reduziert wurde, indem an die Stelle einer ausführlichen Begründung lediglich eine stringente taxative Aufzählung der Bestimmungen trat[115].

Der ursprüngliche Plan, daneben auch eine Verordnung des Innenministeriums für die politischen Behörden in Schlesien zu erlassen[116], um auch hier die Gleichberechtigung der landesüblichen Sprachen festzuschreiben, wurde fallengelassen, denn, wie Bacquehem bemerkte, wenn „diese Verordnung erlassen und nicht publiziert werde, so bleibe es diesfalls beim Alten“[117]. Weil diese Verordnungen aber nicht im Landesgesetzblatt erscheinen sollten, erfolgte keine Verordnung des Innenministeriums, weil sie schlicht überflüssig gewesen wäre.

---

110 Neue freie Presse (M.) v. 28. 4. 1880.

111 *Die Sprachenverordnungen von Taaffe und Stremayr sowie jene von Badeni und Gautsch publiziert im Anhang von* Sutter, Sprachenverordnungen 1: 273–284.

112 Löwenbach, Die Sprachenfrage, 423–440.

113 *MR. v. 9. 9. 1882/I; in weiterer Folge noch beraten in MR. v. 26. 9. 1882/III, MR. v. 9. 10. 1882/II und MR. I v. 10. 10. 1882/I.*

114 *Alle Zitate aus Beilage 1 zum Protokoll des MR. v. 9. 9. 1882/I.*

115 *Der 29-seitige Entwurf in Beilage 1 von MR. v. 9. 9. 1882/I, der dann vom Ministerrat bewilligte zweiseitige Entwurf, Beilage zu MR. I v. 10. 10. 1882/I.*

116 *Beilage 2 von MR. v. 9. 9. 1882/I.*

117 *MR. v. 9. 9. 1882/I.*

Knapp zwei Jahre zuvor, am 22. Dezember 1880, hatte das Oberlandesgericht Graz einen Entscheid des krainischen Bezirksgerichts Stein vom 1. Oktober 1880 aufgehoben[118], weil es sein Erkenntnis in slowenischer Sprache, der Sprache der Eingabe, herausgegeben hatte. Dieses Erkenntnis, so das Oberlandesgericht Graz, hätte in deutscher Sprache erfolgen müssen. Mit seinem Urteil vom 16. Februar 1881 bestätigte der Oberste Gerichtshof das Urteil des Oberlandesgerichts Graz „in Erwägung, daß im Herzogthume Krain seit Einführung der a[llgemeinen] G[erichts-]O[rdnung] die deutsche Sprache ausschließlich die bei Gericht landesübliche Sprache war" und daher „der in slovenischer Sprache verfasste Erkenntnißbescheid des Bezirksgerichtes Stein [...] in formeller Beziehung mit einer von Amtswegen zu berücksichtigenden Nullität behaftet war"[119]. Am 11. März 1881 richtete daher der krainische Reichsratsabgeordnete Josef Ritter Schneid v. Treuenfeld an den Leiter des Justizministeriums eine Interpellation „um das durch diese oberstgerichtliche Entscheidung gekränkte Recht der Slovenen auf Gleichberechtigung ihrer Sprache im Amte wiederherzustellen"[120]. In seiner Antwort hielt Pražák zwar fest, dass er in die jetzt gefällten Erkenntnisse nicht eingreifen, aber „das Oberaufsichtsrecht des Justizministeriums auf dem Gebiete administrativer Maßnahmen" zur Geltung bringen werde. Zukünftig sollte es also Aufgabe des Ministeriums und nicht die der Gerichte sein, „die genaue Beobachtung der in der Sprachenfrage von Seite des Justizministeriums erlassenen, in der obigen Interpellation bezogenen Verordnungen zu überwachen"[121]. Aufgrund dieser Oberaufsicht wurde mit Erlass des Justizministeriums vom 6. Oktober 1881 dem Oberlandesgericht Graz mitgeteilt, dass das Urteil des Obersten Gerichtshofes „den Charakter einer in einem speciellen Fall erlassenen Entscheidung" habe. Damit kippte Pražák zwar das Erkenntnis des Obersten Gerichtshofs vom 16. Februar als prinzipielle Entscheidung, setzte aber keine eigene klare Interpretation der verworrenen Rechtslage für die Verwendung der slowenischen Sprache in jenen Gebieten des Oberlandesgerichtsbezirkes Graz, in denen Slowenen lebten[122].

Zur definitiven Klärung dieser Frage, so erklärte Pražák seinen Ministerkollegen[123], plane er zwar keine Gesetzesvorlage an den Reichsrat, jedoch eine erneute Verordnung an das Oberlandesgerichts-Präsidium Graz sowie eine Aufforderung an den Obersten Gerichtshof, einen Plenarbeschluss hervorzurufen. So sollte zukünftig verhindert werden, dass der Oberste Gerichtshof in der Frage der Verwendung der slowenischen Sprache vor Gericht die Regierung nochmals in Verlegenheit bringen könne, wie dies mit seiner Entscheidung vom 16. Februar 1881 für die slowenischen im Oberlandesgerichtssprengel Graz (und vom 11. Jänner

---

118 *Der gesamte Sachverhalt in* Ava., JM., Präs. 109/1881.

119 *Urteil des Obersten Gerichtshofes v. 16. 2. 1881,* Ava., JM., Präs. 109/1881.

120 *Interpellation Schneids und Genossen mit dem zitierten Urteil des Obersten Gerichtshofes v. 16. 2. 1881,* Prot. Reichsrat AH. 11. 3. 1881 (120. Sitzung) 4257 ff. *Vier Tage später erfolgte eine weitere Interpellation, von Josef Ritter v. Tonkli und Genossen, wegen eines parallelen Falles im Oberlandesgericht Triest, mit dem zitierten Urteil des Obersten Gerichtshofes v. 11. 1. 1881,* Prot. Reichsrat AH. 15. 3. 1881 (122. Sitzung) 4298 ff. *Beide Interpellationen, Schneids und Tonklis, kamen zur Sprache in MR. v. 21. 3. 1881/VII und MR. v. 30. 3. 1881/IV (beide liegen nicht ein).*

121 Prot. Reichsrat AH. (134. Sitzung) 4715.

122 *Zum Erlass des Justizministeriums siehe Interpellation von Benno Freiherr v. Taufferer und Genossen,* Prot. Reichsrat AH. 30. 11. 1881 (172. Sitzung) 6159 f.*, der behandelt wurde in MR. v. 11. 12. 1881/IV (liegt nicht ein); die Antwort erfolgte von Pražák in* Prot. Reichsrat AH. 31. 1. 1882 (187. Sitzung) 6569 ff.*, ebenso zur Interpellation von August Weeber und Genossen in dieser Angelegenheit,* Prot. Reichsrat AH. 4. 4. 1881 (136. Sitzung) 4814 f.*, beraten in MR. v. 5. 4. 1881/I (liegt nicht ein).*

123 *MR. v. 17. 4. 1882/I.*

1881 für das Küstenland) geschehen war. Nach der Zustimmung des Ministerrates wurde am 18. April 1882 die Verordnung herausgegeben und der Oberste Gerichtshof aufgefordert, einen Plenarbeschluss in dieser Frage zu fällen[124].

Dieser Ministerratsbeschluss erfolgte zwar ohne Gegenargument, aber die beiden polnischen Minister in der Regierung hielten fest, dass „die Betretung des [Ge]setzesweges zur Regelung [de]r fraglichen Angelegen[he]it nicht nur nicht am [P]latze, sondern geradezu un[z]ulässig wäre" (Ziemiałkowski) bzw. „dass er niemals [zu]stimmen könnte, dass über [d]as Meritorische der Sprachen[f]rage in Österreich mittelst eines Gesetzes entschieden würde" (Dunajewski)[125]. Die Besserstellung der Slowenen vor Gericht, deren Abgeordnete über den Hohenwartklub zur Regierungsmehrheit im Abgeordnetenhaus gehörten, sollte schlicht nicht auch den Ruthenen zuteilwerden, da dies nicht im Interesse der Polen lag, die ebenfalls über ihren Polenklub die Regierung mittrugen[126].

b) Die Teilung der Prager Universität

Am 26. Jänner 1881 stand zum ersten Mal die „Frage der Regelung der Verhältnisse der Prager Universität" auf der Tagesordnung des Ministerrates[127]. Die Regierung beriet über eine Regierungsvorlage an den Reichsrat zur Teilung der Prager Karl-Ferdinands-Universität in eine mit deutscher und eine mit „böhmischer" Vortragssprache. Damit wurde ein Antrag von František Ladislav Rieger auf Gleichberechtigung beider Sprachen an der Prager Universität aufgegriffen, den der böhmische Landtag 1866 in Form einer Aufforderung an die Regierung zur Umsetzung angenommen hatte[128]. Der Regierungsentwurf 1881 stellte einen Kompromiss tschechischer und deutscher Forderungen dar. Während die Tschechen parallele Lehrangebote an der gemeinsamen Prager Universität forderten, um nicht auf die Tradition und das Vermögen der alten Universität verzichten zu müssen, verlangten die Deutschen für die tschechische Universität eine Neugründung[129]. Die Regierung setzte sich nun für „eine Universität mit deutscher und eine Universität mit böhmischer Vortragssprache" ein, aber „unter dem gemeinsamen Namen Carolo Ferdinandea", deren Korporationsvermögen „als ein gemeinschaftliches Vermögen der beiden Universitäten, beziehungsweise der betreffenden Facultäten anzusehen" sei. Dasselbe traf auf die Stiftungen zu, „insoweit in den betreffenden Stiftungsurkunden keine gegentheiligen Bestimmungen enthalten sind"[130]. Am 11. April 1881 genehmigte Franz Joseph prinzipiell den Umbau der Universität[131] und, nach erneuten

---

124 Ava., JM., allg., Karton 908, Fasz. I H I/5–72, ad 20513/1882.

125 *MR. v. 17. 4. 1882/I.*

126 *Auf diesen Umstand verweist auch* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 60.

127 *MR. v. 26. 1. 1881/VI (liegt nicht ein). Mit dem Thema beschäftigten sich ebenfalls MR. v. 26. 2. 1881/VII, MR. v. 21. 3. 1881/IX, MR. v. 30. 3. 1881/V, MR. v. 31. 3. 1881/IX, MR. v. 1. 4. 1881/I, (liegen alle nicht ein).*

128 Prot. Landtag Böhmen 13. 1. 1866 (16. Sitzung) 30*, angenommen* Prot. Landtag Böhmen 2. 3. 1866 (39. Sitzung) 9. *Bereits MR. v. 26. 7. 1872/III und MR. v. 21. 3. 1876/I (letzterer liegt nicht ein) beschäftigte sich mit* der Gleichberechtigung beider Landessprachen an der Prager Universität*. Zur Vorgeschichte der Teilung der Prager Universität siehe* Schmied, Die altösterreichische Gesetzgebung zur Prager Universität, 18 f.

129 Die deutsche Karl-Ferdinands-Universität, Nr. 25.

130 Prot. Reichsrat AH. 16. 5. 1881 (153. Sitzung) Beilage 344.

131 *Auf Vortrag Conrads v. 2. 4. 1881 wurde der Einbringung des Gesetzentwurfes, nachdem sich der Monarch in MR. II v. 10. 4. 1881/I (liegt nicht ein) von den Ministern Aufklärungen hatte geben lassen, mit Ah. E. v. 11. 4. 1881 zugestimmt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1403/1881.

Besprechungen im Ministerrat, mit seiner Entschließung vom 5. Mai auch die Einbringung einer entsprechenden Regierungsvorlage in den Reichsrat, die dann am 15. Mai erfolgte[132]. Nachdem der Entwurf schnell das Abgeordnetenhaus passieren konnte[133], zogen sich die Verhandlungen im Herrenhaus in die Länge. Erst am 10. Februar 1882 stimmte das Herrenhaus dem Antrag des Abgeordnetenhauses gegen das Majoritätsvotum zu[134]. Der Majoritätsantrag hätte vorgesehen, dass die „bereits bestehende Universität", also die deutsche Universität, „im vollen Besitze und Genusse ihrer Vermögens- und sonstigen Rechte verbleibt"[135]. Die Verhandlungen im Herrenhaus hatten sich allerdings so sehr in die Länge gezogen, dass die ursprünglich vorgesehene Aktivierung der tschechischen Universität mit dem Wintersemester 1881/82 unmöglich war. Aus diesem Grund verschob der Gesetzentwurf des Herrenhauses den Beginn auf 1882/83. Dieser Änderung stimmte das Abgeordnetenhaus bereits am 15. Februar zu, und Franz Joseph konnte das Gesetz am 28. Februar 1882 sanktionieren[136]. Allerdings bestimmte das „Gesetz, betreffend die k. k. Karl Ferdinands-Universität in Prag" weitaus deutlicher die organisatorische Trennung beider Universitäten, als es die ursprüngliche Regierungsvorlage vorgesehen hatte.

Nur wenige Stunden bevor am 10. Februar das Universitätsgesetz vom Herrenhaus durch die Ablehnung des Majoritäts- und die Annahme des Minoritätsvotums angenommen wurde, nahm ein anderes Gesetz seine entscheidende Hürde im Abgeordnetenhaus: Mit 160 zu 146 Stimmen wurde § 1 des Gesetzes über einen neuen Petroleumzoll und die Einführung einer Petroleumbesteuerung angenommen. Dieses Ergebnis war zwar denkbar knapp, danach jedoch konnte das Gesetz schnell erledigt werden. Das Pikante dabei war, dass die tschechischen Abgeordneten, die sich zuvor an der Parlamentsdebatte nicht beteiligt hatten, geschlossen für diese Steuer stimmten, obwohl diese Steuer doch gerade die Hausindustrie in Böhmen und Mähren besonders traf. Die Neue Freie Presse sah für Regierung

---

132 *MR. v. 25. 4. 1881/X, MR. v. 26. 4. 1881/III und vermutlich auch MR. v. 14. 5. 1881/I* – Arbeitsprogramm für die laufende Reichsratssession – *(alle drei Protokolle liegen nicht ein). Vortrag Conrads v. 28. 4. 1881, Ah. E. v. 5. 5. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1823/1881. *Zuschrift Conrads an das Abgeordnetenhauspräsidium v. 15. 5. 1881,* Prot. Reichsrat AH. 16. 5. 1881 (153. Sitzung) 5535 f. *Gleich bei zwei Daten zu Ah. Entschließungen in der Angelegenheit der Prager Universität sind im Kultus- und Unterrichtsministerium Fehler unterlaufen. So wird in mehreren Schlüsseldokumenten – so auch einem au. Vortrag – die in der vorstehenden Anm. zitierte Ah. E. v. 11. 4. mit 12. 4. 1881 datiert – im Vortrag mit Bleistift auf den 11. korrigiert – und in der in dieser Anm. zitierten Zuschrift Conrads an das Abgeordnetenhaus ist von der Ah. Entschließung v. 28. 4. 1881 die Rede, dem Tag, an dem der Vortrag erstattet wurde; Franz Joseph resolvierte ihn jedoch erst am 5. 5. 1881.*

133 *Annahme in dritter Lesung* Prot. Reichsrat AH. 31. 5. 1881 (166. Sitzung) 5985.

134 Prot. Reichsrat HH. 10. 2. 1881 (55. Sitzung) 808.

135 Prot. Reichsrat HH. 9. 2. 1881 (53. Sitzung) Beilage 188.

136 *Die Verhandlungen des Reichsrats kamen zur Sprache in MR. v. 24. 5. 1881/IV, MR. v. 27. 5. 1881/II und VI, MR. II v. 7. 6. 1881/II, MR. I v. 28. 6. 1881/V, MR. I v. 6. 7. 1881/III, MR. v. 28. 7. 1881/III, MR. v. 19. 12. 1881/III und MR. v. 15. 1. 1882/V (liegen alle nicht ein); Beitritt des Abgeordnetenhauses zum Herrenhausbeschluss,* Prot. Reichsrat AH 15. 2. 1882 (194. Sitzung) 6811*; Vortrag Conrads v. 17. 2. 1882, Ah. E. v. 28. 2. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 807/1882, *publiziert als* Rgbl. Nr. 24/1882. *Die Teilung der Universität wurde schließlich über Vortrag Conrads v. 24. 3. 1882 mit Ah. E. v. 29. 3. 1882 aktiviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1267/1882. *Die Stadtvertretung von Prag und die Bezirksvertretungen dankten für das Universitätsgesetz, MR. v. 9. 3. 1882/I und MR. v. 19. 3. 1882/I (liegen nicht ein). Die Professorenernennungen waren zuvor schon beraten worden in MR. II v. 27. 12. 1881/I.*

und Tschechen in den beiden Gesetzentwürfen ein „do ut des", also einen Tauschhandel: Petroleumzoll und -steuer für die Regierung und im Gegenzug das Universitätsgesetz für die Tschechen[137].

Bereits in der Ah. Entschließung zur Errichtung einer Universität mit „böhmischer Vortragssprache" am 11. April 1881 war Conrad aufgefordert worden, „solche Normen in Vorschlag zu bringen, welche volle Gewähr dafür bieten, daß kein Studierender der Universität mit ausschließlich böhmischer Unterrichtssprache in einen Zweig der öffentlichen Praxis übertritt, ohne die vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache und die Fähigkeit, sich ihrer zu bedienen"[138]. Diese Aufforderung bezog Conrad aber nicht auf alle Studienrichtungen, sondern „zunächst und in erster Linie auf die von den Studierenden der Rechte abzulegenden theoretischen Staatsprüfungen"[139]. Darauf erteilte der Minister am 21. November 1881 dem Professorenkollegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der – noch nicht geteilten – Prager Universität den Auftrag, über den Nachweis der deutschen Sprachkenntnis für die zukünftige tschechische Fakultät zu beraten[140]. Das Professorenkollegium war sich einig, dass eine einheitliche Staatsprüfungskommission für beide Fakultäten bestehen bleiben sollte und dass die Prüfung zumindest teilweise in deutscher Sprache abzulegen sei. Uneins war sich das Kollegium aber in der Frage, ob dieser Nachweis der Sprachkenntnis ausreiche und was zu geschehen habe, wenn die Kenntnis des Deutschen als ungenügend bewertet wurde. Die Mehrheit der Professoren meinte, es solle „zur Erprobung der deutschen Sprachkenntnis neben der mündlichen Prüfung auch eine schriftliche Prüfung mittelst einer Klausurarbeit abgehalten" werden und „die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache die Reprobation der Kandidaten zur Folge haben". Im Gegensatz dazu reichte dem Minoritätsvotum der mündliche Nachweis der Sprachkenntnis aus der Staatsprüfung, und „bei Unzureichenheit der Sprachkenntnis" sollte nur „eine Nachprüfung lediglich aus dem betreffenden Fache und nur zur Erprobung der Sprachkenntnisse" stattfinden[141].

Dieser zweiten Position (nur mündliche Prüfung und keine Reprobation, sondern eine Nachprüfung im Falle ungenügender Deutschkenntnisse) schloss sich Conrad an, wollte aber, dass die Kommission, nicht der Prüfling eines aus den vier Prüfungsfächern auszuwählen hatte, das in deutscher Sprache geprüft würde. Diese Bestimmung lehnte der Ministerrat jedoch ab[142]. Daher legte Conrad am 20. Mai einen neuen Entwurf vor, mit welchem die Wahl des Faches dem Prüfling vorbehalten war. Im Falle einer Nachprüfung wegen fehlender Deutschkenntnisse sollte jedoch die Kommission berechtigt sein, „auch aus den anderen Fächern einzelne Fragen zur Beantwortung in deutscher Sprache zu stellen, um dem Kandidaten Gelegenheit zu geben, die volle Kenntnis der deutschen Sprache auszuweisen"[143], eine Forderung, die nach Conrad „das Minimum dessen wäre, was verlangt werden müsse". In

---

137 Neue freie Presse (A.) v. 10. 2. 1882, *siehe dazu* Schmied-Kowarzik, Das teure Licht, 192 f. *Zur Petroleumsteuerfrage siehe den entsprechenden Abschnitt im Kapitel über die Finanzpolitik.*

138 *Ausführungen Conrads in seinem au. Vortrag v. 15. 6. 1882 über* die Regelung der Sprache der Staatsprüfungen bei der Prüfungs-Commission in Prag, Ava., CUM., Unterricht, Präs. 758/1882.

139 *Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882,* Ava., CUM., Unterricht, Präs. 758/1882.

140 *Schreiben Conrads an Statthalter Kraus v. 21. 11. 1881,* Ava., CUM., Unterricht, Präs. 1243/1881.

141 *Ausführungen Conrads in MR. v. 20. 5. 1882/IV.*

142 *MR. v. 13. 3. 1882/I (liegt nicht ein). Diese Fassung des ersten Entwurfes geht aus Conrads Ausführungen in MR. v. 9. 6. 1882/XI hervor.*

143 *Punkt 3 der Beilage zu MR. v. 20. 5. 1882/IV.*

einer weiteren Sitzung am 9. Juni 1882[144] stand nun diese Bestimmung auf dem Prüfstand. Aber auch hier teilte der Ministerrat nicht Conrads Position. Auf Vorschlag Pražáks wurde diese Berechtigung der Kommission gestrichen und wegen des Einwandes Dunajewskis festgehalten, es seien „aus der ungenügenden Sprachkenntnis" keine anderen „Folgen für das Prüfungsergebnis zu ziehen", als diese Absolventen nicht in den Staatsdienst aufzunehmen. Nur in der Bestimmung, dass das Doktorat der Rechte der tschechischen Universität „nur dann gleiche Wirkung mit den vollkommen abgelegten Staatsprüfungen" haben sollte, „wenn jedes der Rigorosen mindestens aus einem Prüfungsfache in deutscher Sprache abgelegt worden ist"[145], setzte sich Conrad durch. Mit den vom Ministerrat gemachten Modifikationen erstattete er am 15. Juni 1882 seinen Vortrag[146].

Allerdings forderte Franz Joseph von den Ministern Rechenschaft. So fragte er sich, ob mit der Regelung, dass bei ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache „die Prüfung nur aus dem in deutscher Sprache geprüften Fache zu wiederholen sei, das Auslangen zu finden" sei[147]. Conrad beteuerte, „dass er anfänglich allerdings weiter gehen" wollte, „sich jedoch der Anschauung der übrigen Minister auf die Streichung dieser weitergehenden Forderung unterworfen" habe. Von zwei Änderungen an anderen Stellen des Textes abgesehen akzeptierte Franz Joseph schließlich aber den Verordnungsentwurf und erteilte Conrad noch am selben Tag die Ermächtigung, die Verordnung zu erlassen[148].

Obwohl sich Conrad in wichtigen Punkten nicht durchgesetzt hatte, stieß diese Regelung keineswegs auf Gegenliebe bei den Tschechen, wurde doch der Nachweis deutscher Sprachkenntnisse als Demütigung der Tschechen verstanden. So stellte Pražák schon im Ministerrat vom 20. Mai 1882 enttäuscht fest, „dass es wünschenswert gewesen wäre, [...] wenn für die Deutschen umgekehrt der Modus eingeführt würde, bei jeder Prüfung aus einem Gegenstande in böhmischer Sprache geprüft zu werden"[149]. Dem Argument hielt Welsersheimb entgegen, „der Zweck der Staatsprüfungen sei, Kandidaten für den Staatsdienst zu qualifizieren", und da sei die Kenntnis der deutschen Sprache „unbedingt erforderlich"[150]. Es handele sich also nicht um eine Frage der Gerechtigkeit oder Parität.

In der Frage der Prüfungssprache nahm für die Alttschechen Heinrich Jaroslav Graf Clam-Martinic Kontakt mit Taaffe auf. Mit dem Argument, „dass wohl sie, die Alttschechen, durch ihre Bemühungen, nicht aber die Jungtschechen durch ihren Lärm imstande seien, etwas zu erreichen"[151], sollte zumindest die Bereitschaft der Regierung ausgesprochen werden, eine Revision des Erlasses in Erwägung zu ziehen. Bei seinem Besuch in Prag Anfang Septem-

144 *MR. v. 9. 6. 1882/XI.*
145 *Punkt 5 der Beilage zu MR. v. 20. 5. 1882/IV.*
146 *Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2461/1882.
147 *MR. I v. 27. 6. 1882/I.*
148 *Ah. E. v. 27. 6. 1882 auf Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2461/1882*, publiziert als Erlass des Ministers für Kultus und Unterricht v. 29. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 95/1882.
149 *MR. v. 20. 5. 1882/IV.*
150 *MR. v. 9. 6. 1882/XI.*
151 *MR. II v. 19. 8. 1882/XI.*

ber machte Pražák den Alttschechen und den Studenten allerdings unmissverständlich klar, „dass jetzt von einer Änderung der Verordnung auf die laut gewordenen Rekriminationen hin keine Rede sein könne“[152].

Eine weitere Forderung der Tschechen war, nach der juridischen und der philosophischen auch die medizinische Fakultät zu aktivieren. Zwar war das prinzipiell vorgesehen, dennoch stand „die Aktivirung einer medizinischen Fakultät mit böhmischer Vortragssprache derzeit nicht in unmittelbarer Aussicht“, wie Conrad in seinem Vortrag vom 15. Juni 1882 über die Regelung der Prüfungssprache an der juridischen Fakultät festhielt[153]. Allerdings tauchte im Oktober 1882 ein praktisches Problem auf, das die baldige Errichtung einer tschechischen medizinischen Fakultät notwendig machte. Es war üblich, dass die naturwissenschaftlichen Vorprüfungen von den Professoren der medizinischen Fakultät unter Vorsitz ihres Dekans abgehalten wurden. Da die Naturwissenschaften zur philosophischen Fakultät gehörten, stellte sich nun die Frage, wie dies bei der tschechischen Universität praktiziert werden solle, nachdem sie ja keine eigene medizinische Fakultät hatte. Der Dekan der medizinischen Fakultät der deutschen Universität beanspruchte den Vorsitz für sich, der Statthalter schlug hingegen vor, den Vorsitz einem Tschechisch sprechenden Mitglied der deutschen medizinischen Fakultät zu übergeben, wenn weder Dekan noch Prodekan dieser Sprache mächtig sei. Conrad hingegen meinte, „dass der Vorsitz bei diesen Prüfungen ausnahmsweise bis zur Akti[vierung de]r böhmischen medizini[schen] Fakultät dem Dekan der [böhm]ischen philosophischen Fakultät [üb]erlassen werde“[154]. Diesem Antrag stimmte dann Franz Joseph zu[155]. Es stand aber bereits Ende Oktober fest, die böhmische medizinische Fakultät möglichst bald ins Leben zu rufen, damit „auf die Stimmung besänftigend gewirkt werde“[156], wie der in den Ministerrat geladene böhmische Statthalter Kraus erklärte. Nun konnte es gar nicht schnell genug gehen. Kraus schlug vor, die „Ernennungen von drei Professoren für drei praktisch-medizinische Lehrkanzeln“ bereits jetzt vorzunehmen. Ihre Ablehnung dessen begründeten die Minister mit der Unmöglichkeit, „für eine Fakultät, welche noch gar nicht bestehe, Professoren zu ernennen“, wie sich Dunajewski ausdrückte. Um aber Entgegenkommen zu zeigen, schlug Conrad vor, „Professoren mit der Bestimmung für böhmischen Vortrag an der jetzigen Fakultät zu ernennen“ sowie „diejenige der fraglichen drei Persönlichkeiten, welcher noch keine Professur bekleide, den Dr. Janovský, für eine solche Ernennung in Aussicht zu nehmen“.

Diese Zusage besänftigte die Stimmung der Tschechen aber nicht. Nach Gesprächen mit „Führern der tschechischen Partei“ erklärte Conrad eineinhalb Monate später, „dass man mit den proponierten Ernennungen in der Weise würde vorgehen können, dass die Rechtswirksamkeit der jetzt zu geschehenden Ernennungen von der Errichtung der medizinischen

---

152 *MR. v. 7. 9. 1882/VIII. MR. v. 26. 9. 1882/II beriet schließlich noch* über die Agitationen böhmischer Bezirksvertretungen gegen die Staatsprüfungsverordnung für Prag *und MR. II v. 29. 10. 1882/I neben anderen Fragen zu Böhmen auch über die Regelung der Nutzung der Gebäude bzw. Institutionen durch beide Universitäten.*

153 *Hier siehe* Ava., CUM., Unterricht, Präs. 758/1882.

154 *MR. v. 23. 10. 1882/II.*

155 *Vortrag Conrads v. 12. 10. 1882, der zunächst mit Ah. E. v. 22. 10. 1882 resolviert wurde,* diese Angelegenheit ist vorerst im Ministerrathe und Mir sodann neuerlich vorzulegen*,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3986/1882*, und seinem Vortrag v. 4. 11. 1882, mit der um die Zustimmung zu seinem Vortrag v. 12. 10. 1882 gebeten wurde, dem mit Ah. E. v. 10. 11. 1882 entsprochen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4238/1882.

156 *Dieses wie die folgenden Zitate aus MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

Fakultät an datiere“[157]. Rieger wünschte eine Aktivierung der Fakultät mit Wintersemester 1883/84. Zu diesem Zweck wurde die Bildung einer Kommission zur Vorbereitung der böhmischen medizinischen Fakultät beschlossen, die aus den zwei bereits jetzt in Prag tätigen tschechischen Professoren und zwei in Aussicht genommenen Kandidaten für die neue Fakultät sowie einem Ministerialbeamten bestehen sollte. Letztlich blieben zu Jahresende nur zwei prinzipielle Fragen offen: der Zeitpunkt der Einbringung des für die Errichtung der Fakultät notwendigen Nachtragskredits in den Reichsrat und die Frage der Räumlichkeiten der neuen medizinischen Fakultät. Nur wollte Dunajewski „eindringlich davor warnen, dass von ämtlicher Seite die Initiative zu Neubauten ergriffen werde“, und er „macht insbesondere aufmerksam, dass z. B. der Anatomiesaal ganz gut von den beiden Fakultäten zu verschiedenen Stunden benützt werden könne“. Diese Diskussionen wurden 1883 fortgesetzt[158].

Im Gegensatz zur medizinischen war eine eigene theologische Fakultät der tschechischen Universität nicht vorgesehen. Der Erzbischof von Prag, Kardinal Friedrich Fürst zu Schwarzenberg, war ein entschiedener Gegner der Teilung dieser Fakultät. Da er aber Nachteile für den Unterricht in tschechischer Sprache befürchtete, nachdem die Fakultät bei der dann nur mehr deutschen Universität verblieben war, schlug er vor, die theologische von den anderen Fakultäten abzusondern und so eine eigene theologische Universität zu gründen. Dem trat Conrad vehement entgegen, schon alleine, weil „eine Änderung in der bestehenden Einrichtung, wornach böhmische Kollegien neben den deutschen gelesen werden, durchaus nicht beabsichtigt“ sei[159]. Zwar wollte Pražák diese Idee Schwarzenbergs „nicht ganz abgewiesen“ sehen, doch Dunajewski erklärte sich mit Conrad „vollkommen einverstanden“ und schlug nur vor, den Bedenken des Kardinals „durch Errichtung neuer böhmischer Lehrkanzeln an der theologischen Fakultät“ zu begegnen. Somit sollte alles beim Alten bleiben, doch beschäftigte die Regelung der Verhältnisse den Ministerrat auch in den nächsten Jahren[160]. Erst zum Wintersemester 1891/92 sollte die tschechische Universität auch eine theologische Fakultät erhalten[161].

Die Errichtung der tschechischen Universität 1882 hatte auch eine verfassungsrechtliche Seite, denn der Rektor der Prager Universität hatte im böhmischen Landtag eine Virilstimme. Somit stellte sich mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes zur Teilung der Universität die Frage, ob nur einer der Rektoren – und welcher – oder beide zukünftig eine Virilstimme haben sollten. Den Vorschlag Pražáks, dass die beiden Rektoren „in der Ausübung des Virilstimmrechtes von Jahr zu Jahr alternierten“, damit vermieden werde, „dass man die beiden Rektoren stets in gegenüberstehenden Lagern“ sähe, lehnte der Ministerrat ab, und sprach sich für die Lösung Taaffes aus, beiden Rektoren je eine Virilstimme zuzuerkennen[162]. Nach Zustimmung des Landtages wurde das Gesetz am 6. Oktober 1882 sanktioniert[163].

---

157 *MR. v. 19. 12. 1882/I.*

158 *MR. v. 21. 2. 1883/I und MR. v. 3. 3. 1883/III.*

159 *MR. II v. 19. 8. 1882/X.*

160 *MR. v. 19. 3. 1883/VI, MR. v. 29. 3. 1883/I, MR. v. 13. 4. 1883/II, MR. v. 22. 8. 1883/III, MR. v. 6. 9. 1883/II, 28. 2. 1884/IV und 4. 6. 1884/III.*

161 *Beraten in MR. II v. 12. 4. 1890/V und MR. v. 10. 6. 1890/VIII (liegen beide nicht ein). Zu den Diskussionen über die theologische Fakultät an der tschechischen Universität in Prag siehe* Haviar, Die theologische Fakultät, 88–93.

162 *Nach einer ersten Beratung in MR. v. 17. 2. 1882/V (liegt nicht ein) behandelte das Thema MR. v. 7. 9. 1882/II.*

163 *Gesetz v. 6. 10. 1882,* Lgbl. Böhmen Nr. 54/1882.

Als daher am 26. September 1882 der Landtag zu seiner Session zusammentrat, gab es das Gesetz noch nicht. Aus diesem Grund hatte der Oberstlandmarschall – der Vorsitzende des Landtages war niemand anderer als Karl Auersperg – nur den Rektor der deutschen Universität zum Landtag geladen. Dagegen erhob der Abgeordnete Jan Kvíčala Protest, weil in der Landesordnung nur dem Rektor der Prager Universität eine Virilstimme zuerkannt worden war, somit weder dem der böhmischen noch dem einer speziell deutschen Universität. Dies verneinte Karl Auersperg und hielt außerdem fest, dass nur ihm als Oberstlandmarschall das Recht zustehe zu entscheiden, „ob der Virilstimmenberechtigte in den Landtag eintreten kann oder nicht", weil es die Aufgabe des Landtagsvorsitzenden sei, „die Landesordnung und die Geschäfts-Ordnung zu schützen". Den Protest Kvíčalas nahm Karl Auersperg hingegen nicht einmal an, weil ein Protest nur möglich war, wenn er die Geschäftsordnung betraf. Der Vorwurf Kvíčalas beziehe sich aber nicht auf die Geschäfts-, sondern die Landesordnung, womit der Protest unzulässig sei[164]. So begann die IV. Session der sechsten Wahlperiode des böhmischen Landtags wegen der ungeklärten Virilstimmenfrage der Universitätsrektoren mit einem Eklat.

Wie diese Session des böhmischen Landtages begonnen hatte, so endete sie auch: mit einem Eklat. Taaffe hatte die Schließung aller Landtage mit spätestens 23. Oktober bestimmt. Karl Auersperg wollte aber, um noch eine Vorlage durchzubringen, erst am 24. schließen. Zweimal, zuerst von der Regierung, dann „unter Berufung auf den Ah. Auftrag", wurde der Oberstlandmarschall aufgefordert, den Landtag am 23. zu schließen[165]. Allerdings ließ der Ministerpräsident den Oberstlandmarschall wissen, „dass die Abhaltung einer Abendsitzung am 23. selbstverständlich nicht ausgeschlossen ist"[166]. Ohne die Möglichkeit einer Abendsitzung zu nutzen, schloss Auersperg die Session um 1 Uhr 15 am Nachmittag und hielt in seinem Schlussplädoyer provokativ fest: „Über kaiserlichen Auftrag ist der Landtag heute zu schließen, womit er ein schnelles Ende findet und mehrfaches werthvolles Arbeitsmaterial der Kommissionen hinfällig wird."[167] Danach verließ er den Landtag ohne sich vom anwesenden Statthalter zu verabschieden, sagte eine Jagd ab und weigerte sich schließlich, beim Kronprinzen, der in Prag ein Kommando innehatte, um eine Audienz anzusuchen. Dies teilte Taaffe im Auftrag des Monarchen vertraulich dem Statthalter mit[168]. Dass Karl Auersperg danach nicht mehr politisch in Erscheinung trat, war daher gleichermaßen sein eigener Wunsch wie der Taaffes.

Die Deutschliberalen sahen in der Errichtung der Prager tschechischen Universität einen Angriff auf ihre liberale sowie die deutsche Position in der Monarchie und in Böhmen. Andererseits befriedigte die neue Universität aber auch die Tschechen nicht. Die Prüfungsordnung, die in den Staatsprüfungen der juridischen Fakultät beider Universitäten nur den Nachweis der Kenntnis der deutschen, nicht aber auch der tschechischen Sprache verlangte, stellte faktisch nicht beide Universitäten auf gleiche Ebene, sondern ordnete die böhmische der deutschen unter. Insofern war die gefundene Lösung zwar in der Lage, der Regierung für bestimmte Ziele eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu verschaffen, nicht aber zum dringend notwendigen Interessenausgleich der beiden Nationalitäten beizutragen.

---

164 Prot. Landtag Böhmen 26. 9. 1882 (I. Sitzung) 7 f.

165 *Telegramm Taaffes an Kraus v. 20. 10. 1882* – Ava., IM., Präs. Karton 933, Sig. 31/Böhmen, Zl. 5471/1882 – *und v. 21. 10. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A. Ia, Zl. 1168/1882.

166 *MR. v. 21. 10. 1882/X.*

167 Prot. Landtag Böhmen 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 371.

168 *Schreiben Taaffes an Kraus v. 30. 12. 1882,* Skedl, Nachlaß Taaffe, 395 f.

c) Sprachenfragen im Unterrichtswesen

An Sprachenfragen im Unterrichtswesen beschäftigten den Ministerrat die – bereits im vorhergehenden Abschnitt über die Teilung der Prager Universität behandelte – Kenntnis der deutschen Sprache für die Absolventen der juridischen Fakultät an der tschechischen Universität in Prag, der Deutschunterricht an den tschechischen Mittelschulen und die Errichtung von Privatschulen mit nichtdeutscher Unterrichtssprache. In der Diskussion um die Frage des Nachweises der deutschen Sprachkompetenz bei den Rigorosen an der juridischen Fakultät der neu errichteten tschechischen Prager Universität hatte Conrad in seinem Vortrag vom 15. Juni 1882 bemerkt, dass dieses Problem letztlich nicht über die Rigorosenprüfung gelöst werden könne, weil hier die Kenntnis ja nur festgestellt würde. Bessere Deutschkenntnisse seien nicht erreichbar, „so lange dem deutschen Sprachunterrichte an den böhmischen Gymnasien nicht eine größere Beachtung geschenkt wird“[169]. Ganz in diesem Sinne beantwortete Pražák auch eine Anfrage tschechischer Studenten, die befürchteten, dass sich ihr Studium wegen der Notwendigkeit des Nachweises der Beherrschung des Deutschen um ein Jahr verzögern würde: „Der Minister konnte darauf nur erwidern, dass es demnach wünschenswert sei, dass die Studierenden sich die Sprache schon früher aneignen.“[170] Als Franz Joseph den Deutschunterricht an tschechischen Gymnasien am 27. Juni 1882 zur Sprache brachte und die Regierung aufforderte, dass sie sich „mit dieser Frage noch speziell beschäftige“, erklärte Conrad allerdings, dass dies nicht einfach umzusetzen sei, stand dem doch der dritte Absatz von Artikel 19 der Grundrechte entgegen, der festhielt, dass die Erlernung einer zweiten Landessprache an öffentlichen Unterrichtsanstalten „ohne Anwendung eines Zwanges“ ermöglicht werden soll[171]. Da in dieser Frage an eine Änderung der Verfassung nicht gedacht werden konnte, wurden die Sprachkenntnisse des Deutschen letztlich der Einsicht der Schüler (bzw. deren Eltern) überlassen: „Wenn die Behörden in dieser Beziehung[172] streng vorgehen und die Leute darnach die Überzeugung gewinnen, dass sie ohne vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache nicht aufgenommen werden, werden sie sich die Erlernung der Sprache gewiss angelegen sein lassen.“[173]

Diesem Wunsch nach Ausbau des Deutschunterrichts an den tschechischen Mittelschulen stand hingegen eine andere politische Maxime entgegen: der ausgeglichene Staatshaushalt. Um das Defizit möglichst gering zu halten, erwartete Dunajewski von Conrad, „dass vom Ressort des Unter[richtsministers] nach Ermessen des Ressortministers hinsichtlich der Verteilung noch ein Gesamtabstrich per 200.000 fl. vom jetzigen Stande des pro 1883 präliminierten Erfordernisses gemacht werde“[174]. In diesem Zusammenhang wies Ziemiałkowski neben anderen Bildungseinrichtungen auch auf „verschiedene entbehrliche Gymnasien namentlich in Mähren und Böhmen“ hin, „welche nicht not[wendig] sind“. Von diesen Kürzungen waren unmittelbar die deutschsprachigen Parallelklassen des tschechischen Gymnasiums in Wallachisch Meseritsch (Mähren) betroffen, deren staatlicher Unterhaltsbei-

169 *Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2461/1882.
170 *MR. v. 7. 9. 1882/VIII.*
171 *Staatsgrundgesetz v. 21. 12. 1867,* Rgbl. Nr. 142/1867. *Ausführungen Conrads in MR. I v. 27. 6. 1882/I.*
172 *Gemeint war die Aufnahme in den Staatsdienst nur mit entsprechenden Deutschkenntnissen.*
173 *MR. v. 9. 6. 1882/XI.*
174 *MR. v. 28. 10. 1882/I.*

trag seit 1880 heruntergefahren wurde und die zum Schuljahr 1883/84 gänzlich aufgehoben wurden, was eine Ersparnis von 4.000 fl. bedeutete[175]. Ebenso wurde die Auflösung des deutschen Untergymnasiums im südostmährischen Stražnitz vorbereitet[176].

Ein anderes Thema im Ministerrat war die Bewilligung von Privatschulen, die keine Staatsausgaben nach sich zogen. Der Troppauer tschechische Schulverein „Matice Opavská" hatte am 19. März 1882 den Antrag gestellt, in Troppau ein von ihm getragenes Untergymnasium zu gründen. Dieses Gesuch lehnte Conrad mit Erlass vom 23. Juni 1882 unter anderem deshalb ab, „weil Troppau nicht die geeignete Stadt zur Errichtung einer solchen Anstalt sei"[177]. Damit schloss sich Conrad den Argumentationen des schlesischen Landesschulrates, des Landesausschusses und des Troppauer Gemeinderates an. Das Argument, dass Troppau keine „geeignete Stadt" für ein tschechischsprachiges Untergymnasium sei, bezog sich auf das von deutscher Seite immer wieder vorgebrachte stereotype Argument, die Bevölkerung habe kein Interesse an der Gleichberechtigung der Sprachen. Es wurde von den Landesbehörden auch wenige Monate später bei der Diskussion um den Erlass des Justizministeriums zur Verwendung der tschechischen und polnischen Sprache vor Gericht in Schlesien angeführt, aber – anders als zuvor von Conrad – vom Leiter des Justizministeriums Pražák verworfen[178]. Mit der Ablehnung der Errichtung einer Schule durch das Unterrichtsministerium gab sich der Verein „Matice Opavská" nicht zufrieden und wandte sich an das Reichsgericht, das mit seinem Entscheid vom 17. Oktober 1882 den Erlass Conrads aufhob, denn „das im Art. 17 gewährleistete Recht, Unterrichtsanstalten zu gründen, ist weder in örtlicher Beziehung noch durch das Vorhandensein eines wirklichen Bedürfnisses beschränkt"[179]. Als Conrad dem Ministerrat diese Entscheidung des Reichsgerichtes vortrug, räumte er selbst ein, „dass das hinsichtlich der Örtlichkeit (Troppau) gebrauchte Motiv nicht haltbar sei[180]

Vermutlich auch aufgrund dieses Erkenntnisses des Reichsgerichtes, dass „örtliche Motive nicht haltbar seien", bewilligte Conrad das Gesuch des Komenský-Schulvereins, im Wiener X. Gemeindebezirk eine private tschechische Volksschule zu errichten[181]. Dieser Ministerialerlass wurde dann zwar vom niederösterreichischen Landesschulrat einstimmig zurückgewiesen, doch war der Landesschulrat dazu gar nicht berechtigt, es ging ihm lediglich darum, ein Zeichen des Protestes zu setzen.

Daher stand auch nicht der Ministerialerlass an sich zur Diskussion im Ministerrat, sondern vielmehr, inwieweit der Statthalter in Wien Ludwig Freiherr Possinger v. Choborski ebenso dafür zur Rechenschaft gezogen werden könne, dass er als Vorsitzender des Landesschulrates diese Verhandlung über den Ministerialerlass überhaupt zugelassen habe, wie die Stadtschulräte, die gleichzeitig auch Beamte waren. Conrad war bemüht, den Vorgang herunterzuspielen. Seiner Darstellung nach wäre „eine Vorstellung des Landesschulrates an sich

---

175 *MR. v. 14. 9. 1882/I; Auflassung der deutschen Parallelklassen des tschechischen Gymnasiums in Wallachisch Meseritsch über Vortrag Conrads v. 5. 4. 1883 mit Ah. E. v. 15. 4. 1883 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1371/1883.

176 *Conrad in MR. v. 4. 11. 1882/V.*

177 *Erlass (K.) des Ministeriums für Kultus und Unterricht v. 23. 7. 1882,* Ava., CUM., Unterricht, allg., Karton 2802, Faszikulatur 13 B 1 Mittelschulen Schlesien Troppau, Zl. 9656/1882.

178 *MR. v. 9. 9. 1882/I.*

179 *Erkenntnis v. 17. 10. 1882, Zl. 203/1882,* Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. österreichischen Reichsgerichtes, VI. Teil: Enthaltend die in den Jahren 1881 und 1882 gefällten Judicate (Wien 1883) Nr. 265.

180 *MR. v. 9. 11. 1882/IX.*

181 *Erlass Conrads v. 22. 11. 1882 publiziert in* Wiener Zeitung (A.) v. 30. 11. 1882.

zulässig“ und „die Mo[vier]ung einer Vorstellung und den Anschluss an dieselbe entschuldbar“[182]. Die Ursache der unangenehmen Lage der Regierung, in einen fundamentalen Gegensatz zum Landesschulrat und zum Gemeinderat Wiens – der sich auch zu Wort gemeldet hatte – geraten zu sein, sah er vielmehr beim Komenskýverein, denn es sei von diesem „wenig klug, wenig taktvoll und wenig freundlich für die Regierung, dass ein solches Verlangen gestellt wurde, dessen Konsequenzen nicht in der Linie der Friedensförderung liegen“.

Dies sah Pražák naturgemäß anders. Was das Verlangen des Komenskývereines nach einer tschechischen Volksschule in Wien betraf, war es für ihn schwer, „so vorweg über das Bedürfnis abzuurteilen“, worüber man sich in anderen Situationen „früher immer getäuscht“ habe. Vielmehr sei „durch das Auftreten des Gemeinderates und des Landesschulrates eine Aufregung provoziert“ worden, gegen die vorgegangen werden müsse. Die anderen Minister vertraten Mittelpositionen, und entsprechend war das Resultat ein Kompromiss. Conrad hatte Possinger „zur Rechtfertigung aufzufordern“, aber von der anfänglichen Überlegung Taaffes, „dass der Minister für Kultus und Unterricht in Erwägung nehme, in welcher Weise gegen die fraglichen Beamten vorzugehen sei“, war keine Rede mehr. Über die Antwort Possingers berichtete Conrad dann am 19. Dezember 1882, worauf Conrad an diesen einen Erlass richtete, was er sich von Possingers Verhalten in solchen Fragen zukünftig erwarte[183]. Die tschechische über den Schulverein Komenský finanzierte Volksschule wurde vom Wiener Bezirksschulrat am 13. Dezember 1882 „im Prinzipe“ und am 16. September 1883 für die erste Klasse bewilligt. „Die Entscheidung über die Voraussetzungen der Genehmigung zur Eröffnung der II. und folgenden Klassen an der genannten Schule wird nachfolgen.“ Hier wurden der Komenskýschule aber erneut Schwierigkeiten bereitet, denn es „genügt die für die deutsche Sprache in dem Lehrplan eingesetzte Stundenzahl nicht“[184].

Weitere Fragen zu Unterrichtssprachen betrafen die Ausdehnung des deutschsprachigen Unterrichts des Realgymnasiums in Brody in Ostgalizien von der Unter- auf alle Schulstufen[185], weiters am 6. März 1880 die „Verfügung hinsichtlich des reichsgerichtlichen Erkenntnisses wegen Errichtung einer ruthenischen Volksschule in Lemberg“ und am 13. März desselben Jahres die „Umwandlung des italienischen Gymnasiums und der italienischen Realschule in Spalato in slawische Lehranstalten“[186].

In Sprachenfragen stellten Conrad – der die Interessen der deutschen Dominanz verteidigte – und Pražák – der die Gleichberechtigung des Tschechischen, aber auch des Slowenischen gegenüber dem Deutschen forcieren wollte – die beiden extremen Positionen der Regierung dar. Oft folgte der Ministerrat Pražák, alleine weil man besonders die Tschechen, aber doch auch die Stimmen der Slowenen für die Regierungsmehrheit benötigte. Allerdings bewirkte Conrad dennoch in vielen Fällen Kompromisse, so in der Frage der Prüfungssprache an der tschechischen Prager Universität und in der Frage der Reaktion auf die Vorgänge im niederösterreichischen Landesschulrat. Ergebnis war, dass mit den Regierungsentscheidun-

---

182 *MR. v. 4. 12. 1882/II.*

183 *MR. v. 19. 12. 1882/III.*

184 *Schreiben des Bezirksschulrates Wiens v. 13. 12. 1882, 14. 9. 1883 und v. 23. 10. 1883,* Archiv Školského Spolku Komenský ve Vídni, Karton A68, Fasz. 4*; siehe auch* Valeš, Der Schulverein Komenský, 29.

185 *Die Bestimmung des Gesetzes v. 22. 6. 1867,* Lgbl. Galizien Nr. 13/1867*, wonach die deutsche Sprache Unterrichtssprache am unteren Realgymnasium in Brody sein sollte, wurde mit Gesetz v. 8. 9. 1880,* Lgbl. Galizien Nr. 34/1880*, auf die ganz Schule ausgedehnt. Beraten in MR. v. 15. 5. 1880/II und 28. 8. 1880/III (liegen beide nicht ein).*

186 *MR. v. 6. 3. 1880/II und MR. v. 13. 3. 1880/I (beide liegen nicht ein).*

gen weder die Deutschen zufrieden waren, weil der status quo überhaupt verändert wurde, noch die Tschechen, da ihre Sprache nicht gleichberechtigt neben die deutsche gestellt wurde, die als gemeinsame Verkehrssprache von allen Staatsbeamten verlangt wurde. Ebenso wie die Teilung der Prager Universität trug auch die Sprachenpolitik im Schulbereich nicht zum Interessenausgleich der beiden Nationalitäten bei, es verschärfte nur das Gegeneinander. Der Sprachunterricht wurde zum Kampf um den nationalen Besitzstand, in dem nationale Vertreter und Vereine zu den „Guardians of the Nation" wurden[187].

4 Revision des Reichsvolksschulgesetzes

Für ihre Unterstützung der Regierung forderten die Tschechen in Sprachenfragen ihren Tribut. Dies taten auch die katholisch-konservativen Kreise in der Frage der Revision des liberalen Reichsvolksschulgesetzes von 1869[188]. Dieses hatte am 14. Mai 1879 seinen zehnten Jahrestag, zu dem der VII. allgemeine österreichische Lehrertag in Wien seinen Dank aussprach[189]. Zu diesem Zeitpunkt waren aber bereits die ersten Schritte zu einer Reform des Gesetzes in die Wege geleitet worden. Über Antrag des Landtags- und Reichsratsabgeordneten Lienbacher hatte der Salzburger Landtag ein Landesgesetz beschlossen, mit dem die achtjährige Schulpflicht „erleichtert" werden sollte. Dieser Entwurf wurde nicht sanktioniert[190], „weil eine so proponierte Schulpflichterleichterung nur im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen könnte", wie Conrad zu einem erneuten Vorstoß des Salzburger Landtages 1880 bemerkte[191]. In einer parallelen Aktion in der Session 1878 des Salzburger Landtages wurde außerdem der Antrag gestellt, auf ein Reichsgesetz zu wirken, das die Schulpflicht von acht auf sieben Jahre reduzieren sollte[192].

Mit dem Antrag Lienbachers im Reichsrat am 5. Februar 1880 sollte sein Vorstoß im Landtag, die Schulpflicht von acht auf sechs Jahre zu senken, nun durch ein Reichsgesetz verwirklicht werden[193]. In langwierigen Verhandlungen erst im Abgeordneten-, dann im Herrenhaus, schließlich zwischen ihnen blieb der Gesetzentwurf aber stecken, nachdem das Herren-

---

187 *Mit dieser Problematik des eskalierenden Kampfes besonders der Deutschen um den nationalen Besitzstand in Cisleithanien beschäftigt sich* Judson, Guardians of the Nation.

188 *Gesetz v. 14. 5. 1869,* durch welches die Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen festgestellt werden*,* Rgbl. Nr. 62/1869; *zu ihm siehe auch* Lein, Einleitung. Cmr. II, XXV. *Die Revision des Gesetzes kommt in diesem Band zur Sprache in MR. v. 27. 11. 1881/VI, MR. v. 16. 12. 1881/I, MR. v. 19. 12. 1881/III, MR. II v. 27. 12. 1881/I, MR. II v. 31. 12. 1881/I, in MR. v. 7. 1. 1882/III, MR. v. 15. 1. 1881/VI und MR. v. 26. 3. 1882/XII (liegen alle nicht mehr ein) sowie in MR. I v. 30. 4. 1882/III, MR. v. 7. 5. 1882/VII, MR. v. 19. 12. 1882/IX und MR. v. 22. 12. 1882/VIII. Danach stand diese Gesetzesvorlage noch auf der Tagesordnung von MR. v. 21. 1. 1883/II, MR. v. 18. 2. 1883/I, MR. v. 30. 4. 1883/VI und MR. v. 21. 5. 1883/II.*

189 *MR. v. 3. 6. 1879/I (liegt nicht ein). Zum Gesetz siehe MR. v. 28. 4. 1869/VI,* Cmr. II, Nr. 219*, Anm. 24.*

190 *Beschluss des Landtages* Prot. Landtag Salzburg 15. 10. 1878 (10. Sitzung) 583, Bericht des Schul-Ausschusses*; besprochen in MR. v. 31. 3. 1879/II (liegt nicht ein); Antrag auf Nichtsanktionierung mit Vortrag Stremayrs v. 31. 3. 1879, den Franz Joseph in diesem Sinne mit Ah. E. v. 4. 4. 1879 resolvierte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1330/1879.

191 *Nach Ausführungen Conrads in MR. v. 9. 6. 1882/X.*

192 *Der vom Salzburger Landtag angenommene Antrag Johann Grohs,* Prot. Landtag Salzburg 19. 10. 1878 (14. Sitzung) 848, Bericht des Schulausschusses.

193 Prot. Reichsrat AH. 5. 2. 1880 (43. Sitzung) 1222, Beilage 135*; im Sitzungsprotokoll werden Beilagen 133 und 134 genannt, der Index verweist aber auf diese Seite.*

haus zum zweiten Mal eine andere Position als das Abgeordnetenhaus vertreten hatte[194]. Dabei entschärfte das Abgeordnetenhaus den Antrag Lienbachers, indem nicht die Schulpflicht per se auf sechs Jahre gesenkt wurde, sondern Kindern auf Verlangen der Eltern gestattet wurde, nach sechs Jahren den täglichen Unterricht in Wiederholungs- und Fortbildungsunterricht von höchstens vier Stunden wöchentlich umzuwandeln. Dieser Beschluss wurde dann im Herrenhaus noch weiter eingeschränkt, insbesondere indem sie „der Schuljugend auf dem Lande, insbesondere der weiblichen Jugend, und den schulpflichtigen Kindern der ärmeren Volksclassen in Städten und Märkten Erleichterungen" bringen sollte „durch Einschränkung des Unterrichts auf ein Halbjahr, halbtägigen Unterricht oder Abendschulen"[195].

Ein zweiter Angriff auf das Volksschulgesetz erfolgte vonseiten der Kirche. Die Bischöfe Böhmens hatten am 29. Dezember 1879 in einer Eingabe ihre alten Beschwerden gegen das Volksschulgesetz wiederholt, dass es den Schulen ihren konfessionellen Charakter nehme. In dieser Angelegenheit hatte der Abgeordnete Max Menger die Regierung interpelliert, was sie zu tun gedenke, „um die durch das Vorgehen der böhmischen Bischöfe bedrohte staatliche Ordnung und Achtung vor dem Gesetze aufrecht zu erhalten". Darauf antwortete Taaffe, die Regierung werde zwar die Gesetze vollziehen, aber „da, wo sie Verbesserungen des Bestehenden auf Grundlage ihrer Erfahrungen für nothwendig erachtet, sie im administrativen oder legislativen Wege zur Geltung" bringen[196]. Als sich daher Ende 1881 herausstellte, dass der von Lienbacher angestoßene Gesetzentwurf wegen Differenzen zwischen beiden Häusern des Reichsrates nicht realisierbar war, ergriff die Regierung die Initiative und arbeitete einen eigenen Gesetzentwurf aus, den sie am 24. Jänner 1882 in das Herrenhaus einbrachte[197].

Diese Regierungsvorlage verband nun beide Strömungen: den Vorstoß zur Aufweichung der achtjährigen Schulpflicht und das Verlangen der Bischöfe nach stärkerer Konfessionalisierung. Außerdem sollten auch die Rechte der regionalen und lokalen Behörden ausgebaut werden. So war nun in § 19 vorgesehen, dass bei Festsetzung des Lehrplanes von Bürgerschulen (1. Punkt) „auf die speciellen Bedürfnisse des Schulortes und des Bezirkes Rücksicht zu nehmen" sei. Was die Schulpflicht anbelangte (§ 21), wurde der Text des Gesetzesentwurfs des Herrenhauses mit nur wenigen Abänderungen übernommen, deren wichtigste war, dass bei der Reduktion der Schulpflicht für Kinder am Land Mädchen nicht besonders hervorgehoben wurden[198]. Darüber hinaus wurde durch viele Bestimmungen der Einfluss der Kirchen auf das Schulwesen deutlich ausgebaut. So sollte (§ 1) aus der „sittlich-religiösen" Erziehung der Kinder im Reichsvolksschulgesetz nunmehr eine „religiös-sittliche" werden[199]. Konkret wurde der konfessionelle Einfluss u. a. dadurch ausgebaut, dass (§ 36)

---

194 Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1881 (183. Sitzung) 6450. *Reichsratsverhandlungen beraten in MR. v. 11. 3. 1880/III, MR. v. 29. 1. 1881/IV, MR. v. 14. 3. 1881/III, MR. v. 2. 4. 1881/III, MR. v. 5. 4. 1881/III und MR. v. 19. 12. 1881/III (liegen alle nicht ein).*

195 *Gegenüberstellung der beantragten Gesetzentwürfe beider Häuser,* Prot. Reichsrat AH. (IX. Session) Beilage 348.

196 Prot. Reichsrat AH. 18. 2. 1880 (48. Sitzung) 1259 *(Interpellation),* 1379 *(Beantwortung), beraten in MR. v. 17. 2. 1880/II (liegt nicht ein); in MR. v. 15. 3. 1880/IV stand auch das Thema auf der Tagesordnung* Eingabe der Bischöfe der Salzburger Kirchenprovinz in Betreff der Schulfrage *(liegt nicht ein).*

197 *Zuschrift Conrads v. 20. 1. 1882,* Prot. Reichsrat HH. 24. 1. 1882 (52. Sitzung) 726, Beilage 189 *nach Ermächtigung durch Ah. E. v. 14. 1. 1882 über seinen Vortrag v. 9. 1. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 180/1882. *Vorberatung der Regierungsvorlage in MR. II v. 27. 12. 1881/I, MR. II v. 31. 12. 1881/I, MR. v. 7. 1. 1882/III und MR. v. 15. 1. 1882/VI (liegen alle nicht ein).*

198 *§ 21 des Entwurfes,* Prot. Reichsrat HH. 24. 1. 1882 (52. Sitzung) Beilage 189.

199 *Gesetz v. 14. 5. 1869,* RGBl. Nr. 62/1869*, und die oben zitierte* Herrenhaus-Beilage 189.

Religionslehrer „bezüglich der Rechte und Pflichten den Hauptlehrern gleichgestellt“ und (§ 48) das Amt des Direktors, das an öffentlichen Schulen bisher „ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses“ zugänglich war, nun auf Personen beschränkt werden sollte, „welche auch die Befähigung zum Religionsunterrichte jenes Glaubensbekenntnisses nachweisen, welchem die Mehrzahl der Schüler [...] angehört“. Eine weitere Änderung betraf die Stärkung der Geschlechterrollen im Mädchenunterricht, besonders (§§ 3, 17, 30) indem Turnen nur noch für Knaben als obligater Lehrgegenstand vorgesehen war.

Diese Vorlage wurde im Herrenhaus der Unterrichtskommission zugewiesen, die bis Mai 1882 das Gesetz im Sinne der Regierung mit Ausnahme des § 21 über die – verkürzte – Schulpflicht und § 48 annahm. In den Bestimmungen des § 48 musste nicht unbedingt der Direktor, sondern nur mindestens ein Lehrer das Glaubensbekenntnis der Mehrzahl der Schüler haben. Der Antrag der Mehrheit der Unterrichtskommission zur Änderung des § 48 hätte eine entscheidende Einschränkung des konfessionellen Einflusses gegenüber dem Regierungsentwurf bedeutet. Ursache für diesen gegen die katholisch-konservativen Forderungen gerichteten Vorstoß war, dass die Mehrheit des Ausschusses noch aus liberalen Herrenhausmitgliedern bestand, die in der Ära Adolph Auersperg ernannt worden waren. Mit diesem Ergebnis konnte die klerikale Fraktion des Herrenhauses keineswegs zufrieden sein. Obwohl Conrad daher bereits am 7. Mai 1882 den Abschluss der Kommissionsberatungen dem Ministerrat mitgeteilt hatte[200], sollte es bis zum 19. Februar 1883 dauern, bis das Herrenhaus mit der zweiten Lesung begann[201]. Denn die Mehrheit der deutschliberalen Opposition in der Kommission und die Mehrheit der Unterstützer der Regierung im Herrenhaus selbst blockierten dies, indem Letztere den Kommissionsbericht zu kippen versuchte. Da also die aktuelle Mehrheit der Unterrichtskommission nicht mehr jener des Hauses entsprach und in der Kommission „zumeist principielle und hochwichtige Fragen zur Berathung und zum Austrage kommen müssen, in welcher die verschiedenen Ansichten scharf einander entgegentreten“, beantragte Franz Falkenhayn am 16. Dezember 1882, die Zahl der Kommissionsmitglieder um sieben auf 21 zu erhöhen, um die Mehrheitsverhältnisse zu drehen. Dies war jedoch nach der Schlussabstimmung der Kommission, wie Anton Freiherr Hye v. Gluneck ausführte, geschäftsordnungswidrig[202]. Dennoch wurde der Antrag Falkenhayn angenommen. Darauf traten alle bis auf ein Mitglied aus der Unterrichtskommission aus, nachdem dies zuvor bereits der Berichterstatter der Kommission, Alfred Ritter v. Arneth, getan hatte[203].

Mit der Fassung des § 48 im Regierungsentwurf war aber nicht nur die deutschliberale Mehrheit der ursprünglichen Unterrichtskommission unzufrieden. Auch „die Minorität des Ausschusses“ hatte „Bedenken, ob nicht die Proposition der Regierungsvorlage bei den Polen auf Widerstand stoßen würde“[204]. Denn dies hätte bedeutet, dass ein Lehrer mit römisch-katholischem Glauben nicht Schulleiter einer Schule mit mehrheitlich griechisch-katholischen Schülern hätte sein können. Dies hätte den polnische Einfluss auf ruthenische Schulen reduziert. Um deswegen das gesamte Gesetz nicht zu gefährden, schlug Conrad vor, „den § 48

---

200 *MR. v. 7. 5. 1882/VII.*

201 Prot. Reichsrat HH. 19. 2. 1883 (77. Sitzung) 1153.

202 Prot. Reichsrat HH. 16. 12. 1882 (68. Sitzung) 1061 f.

203 Prot. Reichsrat HH. 14. 12. 1882 (67. Sitzung) 1052 *und* 18. 12. 1882 (69. Sitzung) 1069 f.

204 *MR. v. 7. 5. 1882/VII; MR. v. 26. 3. 1882/XII (liegt nicht ein) beschäftigte sich noch mit* Propositionen für Änderungen an dem Entwurfe der Schulgesetznovelle.

lediglich unter die im § 75 zitierten Paragrafe aufzu[nehmen]", wodurch Galizien von § 48 ausgenommen werden sollte. Diese Lösung wurde dann vom Herrenhaus unter Hinzufügung Dalmatiens[205] übernommen[206].

Doch auch die neue Mehrheit des Ausschusses war mit der Regierungsvorlage keineswegs zufrieden, allen voran die Bischöfe. Deren Wortführer, der Prager Erzbischof Schwarzenberg, einigte sich mit Taaffe darauf, dass die Kritik der Bischöfe „darauf beschränkt werde, bei der Plenarverhandlung ihren prinzipiellen Standpunkt zu wahren"[207]. Abgesehen von kleinen Änderungen an Formulierungen im Regierungsentwurf bestand dieser prinzipielle Standpunkt darin, dass auf Änderungen der §§ 1, 2 und 5 (Zweck und Einrichtung der Schulen, Bestimmungen zum Religionsunterricht) verzichtet wurde. Dies aber nicht, weil die Bischöfe diese Paragrafen des Gesetzes von 1869 beibehalten wissen wollten, sondern „damit die Bischöfe, welche im Jahre 1869 bei der Beschließung der Reichs-Volksschulgesetzes nicht mitwirkten, nicht in die Lage kommen, durch ein Stimmen für die §§ 1, 2 und 5 die in diesen Paragrafen ausgedrückten Prinzipien zu billigen". Daher wurden diese drei Paragrafen von der Herrenhauskommission aus dem Regierungsentwurf gestrichen, mit dem Effekt, dass die von der Regierungsvorlage im § 1 vorgesehene Umdrehung des Auftrags der Schule von einer „sittlich-religiösen" zu einer „religiös-sittlichen" Erziehung unterblieb. Damit hatte die Gesetzvorlage ihre entscheidende Hürde im Herrenhaus genommen[208]. Der Entwurf wurde von der neuen Unterrichtskommission des Herrenhauses erneut beraten, worauf der Antrag der Kommission dem Plenum am 19. Februar 1883 vorgelegt[209] und bereits einen Tag später in 3. Lesung angenommen wurde[210]. Schon am 22. Februar kam der Gesetzentwurf in das Abgeordnetenhaus, wo er erneut heftig diskutiert wurde. Es waren die Stimmen der fünf Minister, die auch Abgeordnete waren, die hier für eine Mehrheit sorgten. Das Gesetz wurde am 28. April 1883 ohne Änderung mit einer Majorität von lediglich drei Stimmen (170: 167) angenommen[211] und trat nach der Sanktion durch Franz Joseph mit seiner Publizierung im Reichsgesetzblatt am 19. Juni in Kraft[212].

---

205 *Siehe dazu MR. v. 21. 1. 1883/II und MR. v. 18. 2. 1883/I.*

206 *Berichte der Unterrichtskommission, Gegenüberstellung des Regierungs- und des Kommissionsentwurfes, § 75,* Prot. Reichsrat HH. 19. 2. 1883 (77. Sitzung) Beilage 279. *Nach außen wurde diese Sonderstellung Galiziens damit begründet, dass dann an zu vielen Schulen jüdische Schulleiter bestellt werden müssten. Die Aussage Helmut Rumplers in seinem Beitrag* Rumpler, Parlament und Regierung, 759*, dass die griechisch-katholische Problematik in der Debatte nicht zur Sprache kam, trifft daher nicht auf den internen Diskurs in der Regierung zu. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die besonders geringe Dichte an Volksschulen im ruthenischen Gebiet Galiziens, dargestellt für das Jahr 1880 bei* Judson, The Habsburg Empire, 307 f.

207 *MR. v. 19. 12. 1882/IX, Mitteilung der Bestätigung der Übereinkunft nach Rücksprache Schwarzenbergs mit den Bischöfen in MR. v. 22. 12. 1882/VIII.*

208 *Mit der Volksschulgesetznovelle beschäftigte sich das nächste Mal MR. v. 21. 1. 1883/II.*

209 *Kommissionsberatungen besprochen in MR. v. 21. 1. 1883/II und MR. v. 18. 2. 1883/I.*

210 Prot. Reichsrat HH. 16. 12. 1882 (68. Sitzung) 1220 f.

211 Prot. Reichsrat AH. 22. 2. 1883 (268. Sitzung) 9210, 28. 4. 1883 (307. Sitzung) 10695 f.

212 *MR. v. 30. 4. 1883/VI beschloss, den Gesetzentwurf Franz Joseph zügig vorzulegen, was mit Vortrag Conrads v. 1. 5. 1883 geschah, der mit Ah. E. v. 2. 5. 1883 im Sinne des Antrages resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1637/1883*; das Gesetz publiziert als* Rgbl. Nr. 53/1883. *Im MR. v. 21. 5. 1883/II klärte Conrad den Monarchen auf, wie er in der Durchführung des Gesetzes vorzugehen gedenke.*

Wie mit den Tschechen in der Frage der Aktivierung der böhmischen medizinischen Fakultät, so gelang der Regierung Ende 1882 auch eine Einigung mit den konservativen Kreisen bei deren zentralen Anliegen, der deutlichen Erhöhung des konfessionellen Einflusses auf die Volksschulen und der faktischen Verkürzung der Schulpflicht für Kinder am Land und der „unbemittelten Volksclassen in Städten und Märkten“[213].

5 Religiöse Themen im Ministerrat

Themen mit unmittelbarem Bezug zu Religionsfragen standen, abgesehen von Besetzungen frei gewordener Bischofssitze und Auszeichnungen an höhere geistliche Würdenträger, nur wenige auf der Tagesordnung des Ministerrates. Dennoch hatte besonders die Frage des Umgangs mit der griechisch-katholischen Kirche in Galizien eine zentrale Bedeutung.

a) Das Verhältnis zur griechisch-katholischen Kirche in Galizien

Als am 1. Februar 1882 der Bezirkshauptmann des galizischen Bezirks Zbaraż mitteilte, dass von 552 Einwohnern des Dorfes Hnilice małe 129 vom griechisch-katholischen zum griechisch-orthodoxen Glauben übertreten wollten, schrillten in der galizischen Statthalterei und bei der Regierung die Alarmglocken. Sofort wurden die Behörden tätig. Bereits am 3. Februar leitete die galizische Statthalterei beschlagnahmte Briefe an die Oberstaatsanwaltschaft in Lemberg weiter, am 7. Februar teilte der Statthalter diesen Sachverhalt Conrad mit. Am 10. folgte bereits ein Bericht über die ersten Erhebungen, von denen Conrad dann mit seinem Vortrag vom 15. Februar Franz Joseph berichtete. Der Monarch nahm sie am 17. zur Kenntnis[214].

Dieser Vorfall führte zunächst zu einer Untersuchung „wider Olga Hrabar und Genoßen wegen panslawischer Agitationen“[215]. Der Prozess endete am 29. Juli 1882 mit der Verurteilung von vier der elf Angeklagten, die wegen Ruhestörung zu Strafen zwischen drei Monaten einfachen bis acht Monaten schweren Kerkers verurteilt wurden. Hochverrat konnte nicht nachgewiesen werden. Zu den Freigesprochenen gehörte auch Hrabar[216]. Nicht der Prozess selbst stand im Ministerrat auf der Tagesordnung. Anlass war ein Schreiben des Oberprokurators der heiligen Synode in St. Petersburg, Konstantin Petrowitsch Pobedonoszew, welches er dem Botschafter Österreich-Ungarns, Anton Graf Wolkenstein-Trostburg, offiziell übergeben hatte[217]. In seinem Schreiben entkräftete Pobedonoszew den Vorwurf, die Angeklagten hätten mit ihm gegen Österreich-Ungarn konspiriert. Dieses Schreiben enthielt, wie Pražák – als Leiter des Justizministeriums – ausführte, „verletzende Anwürfe wider die

---

213 *§ 21 des Gesetzes v. 2. 5. 1883,* RGBl. Nr. 53/1883.

214 *Schreiben Potockis v. 7. und 10. 2. 1882 an Conrad, letzteres mit einer Abschrift des Schreibens Potockis v. 10. 2. 1882 an Taaffe und einer Abschrift eines Schreibens des Oberstaatsanwalts in Lemberg an Potocki v. 3. 2. 1882, Conrads Vortrag v. 15. 2. 1882 mit Ah. E. v. 17. 2. 1882 in* AVA., CUM., neuer Kultus, Präs. 162/1882.

215 *Deutsche Übersetzungen der bei Durchsuchungen gefundenen belastenden Briefe der Angeklagten finden sich im Promemoria Potockis v. 10. 6. 1882, einliegend in* HHSTA., admin. Reg., F 28, Karton 11, Fasz. Griechisch-katholische Kirche 1880–1911, 1–15, 7 (1. Teil), fol. 200–263.

216 *Siehe dazu das Konvolut* HHSTA., PA. XL, Liasse X, Ruthenenprozess in Lemberg (gegen Olga Hrabar und Genossen) 1882, Nr. 56 B*; das Urteil in* DIE PRESSE v. 30. 7. 1882*; dazu auch* GOTTSMANN, Rom und die nationalen Katholizismen, 240 ff. *Eine sehr kurze und einseitig die Position des Papstes vertretende Darstellung findet sich auch in* KORCZOK, Die griechisch-katholische Kirche, 139.

217 *MR. v. 26. 9. 1882/VI.*

Politik der Regierung und das Vorgehen ihrer Organe". Daher wurde das Schreiben im Prozess nicht zugelassen, worauf „Pobedonoszew alle anschuldigenden Momente seiner ersten Schrift zurückzog und eine neue Darlegung produzierte, welche sich lediglich über die tatsächlichen Prozessmomente erging"[218]. Nachdem das Schreiben Pobedonoszews „soeben in den Blättern verhandelt und teilweise entstellt werde", einigte sich der Ministerrat, unter welchen Bedingungen „eine Berichtigung von Regierungswegen" stattzufinden hätte.

Die „verletzenden Anwürfe" Pobedonoszews, die Pražák bewogen, das erste Schreiben im Prozess nicht zuzulassen, bezogen sich nicht auf die Monarchie und die Regierungspolitik an sich, sondern auf die Aussage, es sei „der Neid und der Fanatismus der Polen (welche leider freie Hand in der Administration Galiziens haben), welche dieses Manöver gegen die ruthenische Nationalität unternahmen"[219]. Es sei dahingestellt, welche Motivation Pobedonoszew zu dieser Stellungnahme bewog. Außer Zweifel steht aber, dass die Politik der Polonisierung in Galizien einen zentralen Anteil an der Unzufriedenheit der Ruthenen mit ihrer griechisch-katholischen Kirche hatte[220]. Diese Unzufriedenheit stand durchaus auf realem Boden. So teilte die Neue Freie Presse über die Einvernahme von Hrabar und ihren Mitangeklagten mit: „Da von den Untersuchungsrichtern keiner der ruthenischen Sprache mächtig ist, hat die Mehrzahl der Inhaftirten es vorgezogen, in deutscher Sprache einvernommen zu werden."[221]

Über die Ursachen des versuchten Übertritts der 129 Einwohner von Hnilice małe führte Conrad in seinem au. Vortrag vom 15. Februar 1882 auch an, „dass diese Vorkommnisse kaum denkbar wären, wenn sich alle griech. kathol. Seelsorger ihre Pflichten stets gegenwärtig halten und an Glaubenseifer, Sittenreinheit und Menschenliebe ihren Pfarrlingen voranleuchten, und zu deren religiösen und sittlichen Erziehung das ihrige beitragen würden"[222]. Diese Kritik richtete sich besonders gegen den griechisch-katholischen Basilianerorden, dessen Aufgabe die Schulpflege war; er habe sich „fast vollständig von [dies]er seiner Aufgabe entfe[r]nt, sei überhaupt in arge[m] Verfall und sei dessen Disziplin gänzlich gelockert"[223]. Bereits am 25. Dezember 1881 hatte der Ordensprovinzial für Galizien, Clemens Sarnicki – ein Pole, der zum griechisch-katholischen Glauben übergetreten war –, eine Reform des Ordens vorgeschlagen, und ab Februar 1882 begannen im Vatikan konkrete Beratungen[224], deren Ergebnis der päpstliche Nuntius, Monsignore Serafino Vannutelli, Ende April Außenminister Gustav Graf Kálnoky de Kőrös-Patak übergab[225]. Das für die Novizenausbildung zuständige Kloster Dobromil sollte der Leitung der Jesuiten unterstellt werden. Dieser Vorschlag

---

218 *Das zweite Schreiben (Abschrift) Pobedonoszews v. 16. 7. 1882 (4. 7. 1882 nach Julianischem Kalender) an Wolkenstein, einliegend in Bericht Wolkensteins v. 16/4. 7. 1882,* Hhsta., PA. XL, Liasse X, Ruthenen-Prozess in Lemberg (gegen Olga Hrabar und Genossen) 1882, Nr. 56 B.

219 *Deutsche Übersetzung des Schreibens Pobedonoszews an Wolkenstein v. 22. 6. 1882 (Julianischer Kalender 10. 6. 1882) in Beilage zu MR. v. 26. 9. 1882/VI.*

220 *Dies führte Potocki auch in seinem Schreiben an Conrad v. 7. 2. 1882 an,* Ava., CUM., neuer Kultus, Präs. 162/1882. *Ein Mittel der Polonisierungspolitik war die Vernachlässigung der Schulbildung in Ostgalizien; siehe dazu* Himka, Galician Villagers, 59–66.

221 Neue freie Presse (M.) v. 10. 2. 1882.

222 *Vortrag Conrads v. 15. 2. 1882,* Ava., CUM., neuer Kultus, Präs. *(K.)* 151*, resolvierter Vortrag* 162 *beide ex* 1882.

223 *MR. v. 7. 5. 1882/XI.*

224 Gottsmann, Rom und die nationalen Katholizismen, 232.

225 *Memorandum Vannutellis v. 10. 4. 1882,* Hhsta., PA., admin. Reg., F 28, Karton 11, Beilage in Bericht des Botschafters am Heiligen Stuhl, Paar Nr. 14 E, fol. 36 f.

stieß aber sowohl bei den griechisch-katholischen Würdenträgern Galiziens wie im Ministerrat auf ein geteiltes Echo. Neben Zustimmung sahen andere den Erfolg alleine dadurch in Gefahr, dass in der ruthenischen Bevölkerung ein Antagonismus gegen „die römisch-katholische [Gei]stlichkeit und insbesondere gegen die Jesuiten" bestehe[226]. Daher beschloss der Ministerrat, „der Kurie unter einem zu bemerken, ob es nicht möglich wäre, die Regenerierung durch griechisch-katholische Weltgeistliche zu bewirken". Dennoch unterstellte Papst Leo XIII. am 12. Mai 1882 mit seiner Bulle „Singulare Praesidium" die Ausbildung der Novizen der Basilianer im Kloster Dobromil polnischen Jesuiten. Vorgabe war, die Ordensregeln nicht anzutasten, „die Ordensverfassung aber den neuen Zeitverhältnissen" anzupassen[227]. Die Jesuiten sollten die Novizenausbildung des Basilianerordens noch bis 1904 leiten[228].

Ein weiteres die griechisch-katholische Kirche betreffendes Thema des Ministerrates war die Verleihung der geheimen Ratswürde an deren Metropoliten, den griechisch-katholischen Erzbischof von Lemberg Joseph Sembratowicz. In drei Sitzungen stand zunächst die Verleihung dieser Würde auf der Tagesordnung, dann die Zurückbehaltung des entsprechenden Antrags und schließlich erneut deren Verleihung „aus Anlass der Ah. Reise Sr. Majestät nach Galizien"[229]. Der Grund, warum der ursprüngliche Vortrag für diese Auszeichnung Sembratowicz' zunächst zurückbehalten wurde, lag vermutlich darin, dass ihm von polnischer Seite und vom Vatikan Untätigkeit gegenüber russophilen Tendenzen unterstellt wurde[230]. Diese Auszeichnung war die letzte Anerkennung für Sembratowicz. Der Vorfall in Hnilice małe wurde wahrscheinlich als Bestätigung für die Vorwürfe gegen ihn gesehen. Auch wenn sich Sembratowicz in einer Konferenz zur Frage der Reform der Basilianer Anfang Mai 1882 ganz hinter den Vorschlag stellte, die Novizenausbildung den Jesuiten zu überantworten[231], wurde er am 4. September 1882 von Franz Joseph aufgefordert, sein Amt niederzulegen, und kam dieser Aufforderung umgehend nach[232].

Auch wenn Franz Joseph und die cisleithanische Regierung ähnliche Interessen wie der Vatikan verfolgten – und dem Römischen Stuhl daher freie Hand in der Frage des Basilianerordens ließen –, so stand im Gegensatz zum Vatikan für Cisleithanien nicht das Verhältnis der römisch- zur griechisch-katholischen Kirche im Vordergrund, sondern das der Ruthenen zu den Polen und, als Folge dessen, das zu Russland. Die Einstellung der Regierung zu Ruthenen und Polen änderte sich ab 1879 unter der Regierung Taaffe. Für die deutschliberale Regierung unter Adolph Auersperg war die polnische Sonderstellung Galiziens stets nur ein notwendiges Übel gewesen, um eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit für Gesetze im Verfassungsrang zu erhalten. So waren die Fragen des Wahlreformen 1872/73 eng

---

226 *MR. v. 7. 5. 1882/XI; Zusammenfassung der Konferenz Potockis mit den katholischen Würdenträgern in seinem Schreiben an Conrad v. 5. 5. 1882,* Ava., CUM, neuer Kultus, Präs. 459/1882.

227 Gottsmann, Rom und die nationalen Katholizismen, 232.

228 Adelsgruber – Cohen – Kuzmany, Getrennt und doch verbunden, 171.

229 *MR. v. 20. 10. 1879/II, MR. v. 14. 1. 1880/IV und MR. v. 3. 8. 1880/IV (liegen alle nicht ein). Sembratowicz erhielt die geheime Ratswürde über Vortrag Stremayrs v. 21. 10. 1879 mit Ah. E. v. 11. 8. 1880,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4248/1879*, nachdem Conrad mit seinem Vortrag v. 5. 8. 1880 um Genehmigung des vorgenannten Vortrages gebeten hatte; Ah. E. v. 11. 8. 1880 auf diesen Vortrag:* Erledigt sich durch meine Entschließung vom heutigen Tage über den Vortrag vom 21. Oktober 1879, Zl. 525/CUM., Hhsta., Kab. Kanzlei 3106/1880.

230 Gottsmann, Rom und die nationalen Katholizismen, 228.

231 *Schreiben Potockis an Conrad v. 5. 5. 1882,* Ava., CUM, neuer Kultus, Präs. 459/1882.

232 Gottsmann, Rom und die nationalen Katholizismen, 229.

mit der Frage der polnischen Sonderrechte verknüpft[233]. Die Regierung Taaffe benötigte jedoch die polnischen Stimmen schon für die einfache Mehrheit und konnte sich daher den polnischen Wünschen faktisch nicht entgegenstellen. So wurde Anfang 1883 bei der Novelle des Reichsvolksschulgesetzes von der Regel, dass Schulleiter die Religion der Mehrheit der Schüler haben müssen, Galizien ausgenommen, damit in Volksschulen mit mehrheitlich griechisch-katholischer und damit ruthenischer Bevölkerung römisch-katholische Polen Direktoren sein konnten. Innerhalb der Regierung Taaffe waren es mit Stremayr und Conrad auch zwei Deutschliberale, die als Minister für Kultus und Unterricht die geheime Ratswürde für Sembratowicz beantragten. Und es war Conrad, der zumindest den zaghaften Versuch unternahm, mit der Reform des Basilianerordens statt der Jesuiten griechisch-katholische Weltgeistliche zu beauftragen[234]. Nur setzte er sich hier ebenso wenig durch wie in seiner Bemühung, die Vorrangstellung der deutschen Sprache ungeschmälert zu erhalten. So wie die Regierung in den Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien die tschechische sowie im Bereich der Oberlandesgerichte Graz und Triest die slowenische Sprache im Rechtswesen, in der Verwaltung und im Unterricht aufwertete, so wirkte sie in Galizien gegenüber den Ruthenen in umgekehrter Richtung, indem sie den Schutz dieser schwächeren Bevölkerungsgruppe vor den wirtschaftlich und politisch dominanten Polen noch weiter abbaute.

b) Andere konfessionelle Themen

Im Jahr 1871 war die Einberufung einer orthodoxen Synode in Czernowitz beschlossen worden[235]. Die Synode war prinzipiell notwendig geworden, weil der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 eine Trennung der Diözesangrenzen zwischen beiden Teilen der Monarchie notwendig gemacht hatte. Die Errichtung einer eigenen Metropolie in Czernowitz 1873, der auch die beiden weiteren orthodoxen Bistümer Cisleithaniens, Zara und Cattaro in Dalmatien, unterstellt worden waren[236], machte die Einberufung der Synode nicht mehr dringlich und sie unterblieb vorerst[237]. Zehn Jahre danach beriet nun der Ministerrat über „die Frage der Einberufung überhaupt, sodann bei Zulassung des Kongresses um den Zeitpunkt

---

233 *Siehe hierzu* Koch, Einleitung. Cmr. III/1, XVII *sowie besonders MR. I v. 18. 2. 1872/I,* Cmr. III/1 Nr. 45.

234 *Conrad beantragte auch Auszeichnungen für loyale griechisch-katholische Geistliche, da* es dabei zugleich gelte, dem Vorgehen gegenüber anderen griechisch-katholischen Geistlichen im Lande eine Folie zu geben, *MR. v. 17. 8. 1882/VI. Hierbei ist auch erwähnenswert, dass der Ministerrat seine Zustimmung von der Stellungnahme Ziemiałkowskis abhängig machte, weil er der für Galizien zuständige Minister war; somit konnte der Galizienminister (der als Vertreter des Polenklubs in der Regierung saß) auch alle Fragen sämtlicher Ressorts, die Ruthenen dieses Kronlandes betrafen, wesentlich beeinflussen.*

235 *Beraten in MR. II v. 15. 6. 1868/XI und MR. v. 21. 7. 1871/VIII,* Cmr. II, Nr. 71 *und* 579 *(liegen beide nicht ein); Vortrag Josef Jirečeks (Kultus- und Unterrichtsminister) v. 28. 7. 1871, bewilligt mit Ah. E. v. 9. 8. 1871,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2763/1871.

236 *MR. v. 10. 9. 1871/I, (liegt nicht ein),* Cmr. II, Nr. 595; *die Ernennung des ersten Metropoliten (Theophil Bendella) kam zur Sprache in MR. v. 28. 1. 1873/VII,* Cmr. III/2, Nr. 147, *die des Nachfolgers von Metropolit Theoktist Blažewicz (Erzbischof 1877–1879) in MR. v. 6. 3. 1880/I (liegt nicht ein). Über Vortrag Conrads v. 8. 3. 1880 wurde Sylvester Morariu-Andriewicz mit Ah. E. v. 12. 3. 1880 zum neuen Erzbischof und Metropoliten ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 961/1880.

237 *Vermutlich beschlossen in MR. v. 20. 7. 1874/VIII (liegt nicht ein).*

der Tagung desselben, weiters um die Bestellung des landesfürstlichen Kommissärs für den Kongress, endlich um die Frage der Instruktion für den lf. Kommissär bzw. die Frage der Einschränkung []“[238]. Der Kirchenkongress tagte dann vom 26. Juli bis 10. August 1882[239].

Nach der Klärung der inneren Verwaltungsstruktur der Erzdiözese auf dem griechisch-orientalischen Kongress in Czernowitz schritt die Regierung daran, auch die „eine besonders autonome Stellung genießenden, griechisch-orientalischen Kirchengemeinden in Wien und Triest (je zwei Gemeinden in jeder dieser Städte)“ der Metropolie Czernowitz zu unterstellen. Dabei sollten die Verfügungen „zunächst für die beiden Wiener Gemeinden getroffen werden, weil für Triest noch weitere Erhebungen im Zuge seien“[240]. Am 19. März 1883 unterstellte Franz Joseph die beiden griechisch-orientalischen Kirchengemeinden zur „Heiligen Dreifaltigkeit“ und zum „Heiligen Georg“ in Wien der Metropolie Czernowitz[241]. Allerdings scheint dies tatsächlich nur bei der Gemeinde zur Heiligen Dreifaltigkeit geschehen zu sein, denn nur sie erscheint seit 1885 im Hof- und Staatshandbuch als Gemeinde des Bukowinaer Erzbistums, wie dies von 1895 bis 1897 auch für die später entstandene serbische Wiener Gemeinde des Heiligen Sava der Fall war[242]. Bei der Gemeinde zum Heiligen Georg dürfte dies deswegen nicht der Fall gewesen sein, weil sie ausdrücklich die Gemeinde türkischer Untertanen in Wien war.

Ein weiteres konfessionelles Thema im Ministerrat war ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs. Am 28. August 1881 hatte das Kultus- und Unterrichtsministerium konfessionslose Eltern verpflichtet, ihre Tochter taufen zu lassen. Diese Entscheidung wurde mit Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes am 22. April 1882 kassiert[243], weil Artikel I des Gesetzes vom 25. Mai 1868 über die Regelung interkonfessioneller Verhältnisse der Staatsbürger[244] besagte, dass Kinder der Religion ihrer Eltern folgen. Daher können konfessionslose Eltern nicht zur Taufe ihres Kindes verpflichtet werden. Conrad brachte „dieses beklagenswerte Erkenntnis des Verwaltungsgerichthofes deshalb hier zu Erwähnung, weil er beabsichtige, auch in künftigen analogen Spezialfällen wie im obigen Falle nach der vom Ministerium für Kultus und Unterricht angenommenen Norm zu ent[scheiden]“[245].

Auch der streitbare Bischof von Linz, Franz Joseph Rudigier, beschäftigte den Ministerrat[246]. Im Jahr 1861 waren dem Bischof von Linz die Einkünfte der Güter des oberösterreichischen Religionsfonds Garsten und Gleink – 35.000 bis 40.000 Gulden – gewidmet worden. Dies geriet mit den Grundrechten der Dezemberverfassung in Widerspruch, weil hier Artikel 15 bestimmte, jede anerkannte Kirche und Religionsgemeinschaft „bleibt im Besitze und Genusse ihrer für Cultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stif-

---

238 *Zitat aus MR. v. 7. 5. 1882/XII; mit dieser Angelegenheit beschäftigten sich zuvor MR. v. 7. 4. 1882/V (liegt nicht ein) und danach MR. v. 9. 6. 1882/IX.*

239 *Erwähnt in* Turczynski, Orthodoxe und Unierte, 440.

240 *MR. v. 28. 12. 1882/XI.*

241 *Vortrag Conrads v. 31. 12. 1882, Ah. E. v. 19. 3. 1883,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 121/1883.

242 *Siehe die entsprechenden Jahrgänge des* Hof- und Staatshandbuch. *Siehe dazu auch* Ransmayr, Untertanen des Sultans oder des Kaisers, 194–220.

243 Erkenntnisse Verwaltungsgericht Nr. 1384/1882, 220 f.

244 Rgbl. Nr. 49/1868.

245 *MR. v. 26. 4. 1882/IX. Erst nach der Entlassung von Kultus- und Unterrichtsminister Conrad beriet der Ministerrat wieder über* die Frage der Konfessionslosigkeit von Kindern*, MR. v. 22. 12. 1884/XI (liegt nicht ein).*

246 *Zu seiner Stellung gegen das Reichsvolksschulgesetz und dem darauffolgenden Prozess siehe* Lein, Einleitung. Cmr. II, LXVI–LXIX.

tungen und Fonde“[247]. Ihre Erträge konnten daher nicht zu anderen Aufgaben gewidmet werden, wie eben der Finanzierung des Bischofs. Das Abgeordnetenhaus hatte daher 1869 die Regierung aufgefordert, „dem Bischofe von Linz die Güter Garsten und Gleink gegen Anweisung der normalmäßigen Dotation per 12.600 fl. abzunehmen“; diese normalmäßige Dotation war seinerzeit von Kaiser Josef II. festgesetzt worden. Kultus- und Unterrichtsminister Leopold Hasner Ritter v. Artha hatte dieser Aufforderung mit seinem Erlass vom 31. Dezember 1869 entsprochen[248]. Dieser Betrag wurde dem Bischof in Form einer Papierrente in Höhe von 300.000 Gulden, verzinst mit 4,2 % – also eben jenen 12.600 Gulden –, ausgefolgt.

Rudigier akzeptierte diese Entscheidung zwar nicht, war aber machtlos. Am 20. April 1880 forderte nun das nicht mehr deutschliberal dominierte Abgeordnetenhaus die Regierung auf, die Regelung Hasners „einer eingehenden Prüfung“ zu unterziehen[249]. Dem kam Conrad nach, indem er mit Rudigier einen Kompromiss zu finden suchte. Nur langsam näherten sich beide Seiten in langwierigen Verhandlungen an[250]. Während Conrad zu Beginn der Verhandlungen anbot, die Jahresdotation auf 16.000 Gulden anzuheben, forderte Rudigier 21.943 Gulden als Wertpapiere in Höhe von 522.935 Gulden und zudem statt in einer Papier- in einer Silberrente, sowie weitere Einnahmen von netto 512 Gulden, insgesamt 22.455 Gulden. Im Gegenzug würde er die Abänderung der Regelung von 1861 hinnehmen, dies aber unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kurie und der prinzipiellen Anerkennung des Rechtsstandpunktes Rudigiers. Während Conrad „[die g]estellten Be[dingungen] für nicht akzeptabel“ hielt, beschloss die Mehrheit der Minister – Taaffe, der konservative Vertreter Falkenhayn, außerdem Pražák und Pino –, die Forderung Rudigiers in ihrer Höhe anzunehmen, „die vom Bischofe beabsichtigte Einholung der Zustimmung der Kurie seinem [Er]messen anheim zu stellen“, und „den von demselben betonten Rechtsstandpunkt des Jahres 1869 aber mit Stillschweigen zu übergehen“[251]. Dunajewski stimmte zwar nicht gegen Conrad, hatte sich aber in der Diskussion im Sinne der Annahme der Forderung ausgesprochen und erhob als Finanzminister keinen Einwand gegen diese finanzielle Mehrbelastung. Auch in dieser Frage versuchte Conrad von der liberalen und „antiklerikalen“ Regelung Hasners zu retten, was zu retten war, stand aber auch hier auf verlorenem Posten. Sogar der andere – zumindest ehemals – liberale Vertreter in der Regierung, Pino, stellte sich gegen ihn. Zieht man in Betracht, dass Dunajewski nicht mit der Mehrheit stimmte, sicherte Pino so die Annahme von Rudigiers Forderungen ab.

---

247 *Staatsgrundgesetz v. 21. 12. 1867,* Rgbl. Nr. 142/1867.

248 *Beschluss des Abgeordnetenhauses* Prot. Reichsrat AH. 8. 3. 1869 (171. Sitzung) 5155*, Vortrag Hasners v. 14. 9. 1869, Ah. E. v. 25. 9. 1869,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3490/1869*. Erlass Hasners v. 31. 12. 1869 liegt nicht ein, laut Protokollbuch* Ava., CUM., Präs. 663/1869.

249 Prot. Reichsrat AH. 20. 4. 1880 (76. Sitzung) 2490.

250 *Diese Frage kam zur Sprache in MR. v. 29. 1. 1881/III, MR. v. 9. 8. 1881/V, MR. v. 4. 1. 1882/VII, MR. v. 17. 1. 1882/II, MR. v. 12. 3. 1882/II und MR. v. 26. 3. 1882/XIII (liegen nicht ein) sowie MR. v. 26. 6. 1882/II und MR. II v. 19. 8. 1882/VII.*

251 *MR. II v. 19. 8. 1882/VII. Im Sinne dieses ihn überstimmenden Mehrheitsbeschlusses erstattete Conrad am 20. 8. 1882 Vortrag und mit Ah. E. v. 25. 8. 1882 wurde er ermächtigt, eine entsprechende Änderung der Dotation des Linzer Bischofs in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3326/1882*. Das Abgeordnetenhaus stimmte den Änderungen im Rahmen eines Nachtragskredites zu,* Prot. Reichsrat AH. 7. 3. 1883 (277. Sitzung) 9548 f.*, dem sich das Herrenhaus im Rahmen des Staatsvoranschlages für 1883*

Weitere Themen zur römisch-katholischen Kirche betrafen fast ausschließlich Besetzungen von verwaisten Bischofssitzen, so die von Leitmeritz[252] und Brünn[253]. Eine besondere Rolle spielte die Anerkennung der Rechte des neuen Fürstbischofs von Breslau. Er wurde über Zustimmung des preußischen Königs ernannt, zu seinem Bistum gehörte aber auch das österreichische Schlesien und damit verbunden der Sitz im cisleithanischen Herrenhaus und im schlesischen Landtag. Die Problematik dieser grenzüberschreitenden Zuständigkeit zeigte sich bei Fürstbischof Heinrich Förster, der wegen seines Widerstandes gegen die Kirchengesetze Fürst Otto v. Bismarcks 1875 nach Cisleithanien geflohen und in Preußen abgesetzt worden war. Seither residierte er auf Schloss Johannesberg in Österreichisch-Schlesien. Nach seinem Tod am 20. Oktober 1881 beriet der Ministerrat über die „Frage der Dismembration des Breslauer Bistums", also die Abtrennung der österreichisch-schlesischen Teile vom preußischen Fürstbistum Breslau[254]. Dafür, dass dies nicht geschah, dankte der neue Breslauer Fürstbischof, Robert Herzog[255].

6 Wirtschafts- und Sozialpolitik

Als die Regierung Taaffe 1879 ihr Amt antrat, waren die Folgen des Börsenkrachs von 1873 immer noch nicht überwunden. Dies musste die von Deutschliberalen geprägte Wirtschaftspolitik, sowohl vor wie auch nach diesem Ereignis, massiv infrage stellen. Unmittelbar aktiv wurde die Regierung im Bereich der Sozialpolitik durch den Ausbau von Arbeiterrechten in der Gewerbeordnung. Zunächst war keine grundlegende Abkehr von den wirtschaftsliberalen Werten geplant. Je stärker Taaffe aber durch die Weigerung der deutschliberalen Parteien zur Zusammenarbeit genötigt war, sich auf konservative Kräfte zu stützen, desto stärker war seine Regierung gezwungen, auch deren antiliberale Wirtschaftsauffassungen zu übernehmen[256].

a) Die Reform der Gewerbeordnung

Bereits in seiner Thronrede am 8. Oktober 1879 hatte Franz Joseph die „Revision der Gewerbegesetze mit Beachtung der seit Erlassung der Gewerbeordnung gewonnenen Erfahrungen" erwähnt[257]. Eine solche Novelle war im Handelsministerium schon seit den 1870er Jahren in Verhandlung, aber nie in den Reichsrat eingebracht worden. Am 24. November 1879 legte Handelsminister Korb dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf „betreffend die Ab-

---

anschloss, Prot. Reichsrat HH. 12. 4. 1883 (78. Sitzung) 1264. *Sanktionierung über Vortrag Conrads v. 13. 4. 1883 mit Ah. E. v. 16. 4. 1883,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1392/1883*, publiziert als Finanzgesetz v. 16. 4. 1883,* Rgbl. Nr. 47/1883.

252 *MR. v. 26. 3. 1882/XI (liegt nicht ein), MR. v. 21. 4. 1882/III und MR. I v. 30. 4. 1882/II.*

253 *MR. v. 21. 4. 1882/IV und MR. I v. 30. 4. 1882/I.*

254 *MR. II v. 8. 11. 1881/XIV (liegt nicht ein).*

255 *Auf Vortrag Conrads v. 29. 3. 1882 nahm Franz Joseph die Ernennung Herzogs mit Ah. E. v. 3. 4. 1882 zur Kenntnis,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1329/1882*. Den Dank brachte der Ministerrat dem Monarchen* im Wege des Ministerratsprotokolles zur Ah. Kenntnis*, MR. v. 17. 8. 1882/III.*

256 *Herbert Matis beschreibt die Leitbilder der* „Ära *Taaffe*" *als die* Wiederherstellung einer christlichen, auf dem Gleichgewicht der Stände beruhenden Weltordnung, Matis, Leitlinien, 47.

257 *Thronrede vor beiden Häusern des Reichsrates v. 8. 10. 1879,* Prot. Reichsrat AH. Beilage 1*, mit den Gewerbegesetzen war das Kaiserliche Patent v. 20. 12. 1859 gemeint, mit dem eine neue Gewerbeordnung erlassen worden war,* Rgbl. Nr. 227/1859.

änderung und Ergänzung der Gewerbeordnung" vor, der zwar „nicht das ganze Gesetz neu formulirt", dessen Bestimmungen aber, „ohne in der successive vorzunehmenden Revision der Gewerbeordnung einen Stillstand eintreten zu lassen, zunächst nur jene Partien herausgreifen, deren Regelung besonders wünschenswerth und dringlich erscheint"[258]. Der Entwurf war nicht entsprechend der Gewerbeordnung strukturiert und umfasste drei Titel: I. Gewerbliches Hilfspersonale, II. Gewerbeinspektoren und III. Gewerbliche Hilfskassen sowie Normativbestimmungen für registrierte gewerbliche Hilfskassen[259]. Besonders dringlich sah es die Regierung also an, das Sechste Hauptstück der Gewerbeordnung zu novellieren, das sich mit dem gewerblichen Hilfspersonal beschäftigte. Ein Reformschwerpunkt lag bei den (nun in gewerbliche Hilfskassen umbenannten) Unterstützungskassen, die von einem Paragrafen (§ 85) auf 16 Artikel anwuchsen, wozu noch Normativbestimmungen für diese Kassen mit 60 Paragrafen hinzukamen. Zusätzlich war die Schaffung der Institution der Gewerbeinspektoren vorgesehen. Allerdings blieb dieser Gesetzentwurf im Ausschuss hängen. Korbs Nachfolger Kremer zog den Entwurf im Dezember 1880 wieder zurück und brachte gleichzeitig einen neuen ein[260].

Im Gegensatz zur alten Regierungsvorlage handelte es sich bei der neuen um eine Gesamtrevision der Gewerbeordnung, die nicht nur das Sechste, sondern auch die anderen Hauptstücke umfasste. Auch dieser neue Regierungsentwurf strukturierte das Gesetz neu. Die ersten beiden Hauptstücke der Gewerbeordnung wurden in einem I. Abschnitt zusammengeführt, während statt des Sechsten Hauptstückes über das Hilfspersonal die drei Teile

---

258 *Vorberaten in MR. II v. 3. 10. 1879/II, MR. 8. 10. 1979/VI und MR. v. 10. und 11. 11. 1879/I (liegen alle nicht ein). Nach Ermächtigung durch Ah. E. v. 23. 11. 1879 über Vortrag Korbs v. 14. 11. 1879* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4597/1879 –, *Zuschrift Korbs v. 24. 11. 1879,* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1879 (17. Sitzung) 356, *Regierungsentwurf in* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1879 (17. Sitzung) Beilage 63, Motive, 40. *Warum die Regierung Taaffe besonders auf die soziale Frage Wert legte, auch über die Regierungsumbildungen hinweg, ist bis heute nicht geklärt. Generell wird vermutet, dass es einerseits die Sozialgesetzgebung Bismarcks in Deutschland zur Eindämmung sozialistischer Ideen, andererseits konservativ-soziale Überlegungen eines Karl Freiherr v. Vogelsang – und mit ihm der mit der Frage der Arbeiterunfallversicherung (1882) betraute Sektionsrat im Justizministerium Emil Steinbach – waren, die als Ursache für diese Politik angesehen werden,* Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, 481 ff. *Diese Feststellungen kratzen aber nur an der Oberfläche. Gänzlich unbeantwortet ist bisher, woher Vogelsangs Ideen kamen und wieso diese gleichzeitig auch im preußisch-protestantisch dominierten Deutschland politisch umgesetzt wurden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Vogelsang, 1848–1850 politisch aktiver Gutsbesitzer in Mecklenburg, sicherlich das – damals zweibändige – Werk des ebenfalls in Mecklenburg tätigen Ökonomen Johann Heinrich v. Thünen kannte. Im zweiten Band, das im Todesjahr Thünens 1850 erschien, formulierte dieser, was heute als* goldene Lohnregel *bekannt ist, dass der Lohn immer mit der Produktivität steigen müsse,* Thünen, Der isolierte Staat 2. *Auf seine Ideen geht auch die erste deutsche Arbeitszeitbeschränkung (1848 in Mecklenburg) zurück,* Schumacher-Zarchlin, Zur Geschichte des Normalarbeitstages. *Die Einbeziehung der wirtschaftstheoretischen Ideen in die Entstehungsgeschichte der Sozialgesetzgebung in Cisleithanien, aber auch in Deutschland, ist bis heute als Desiderat anzusehen.*

259 *Regierungsentwurf in* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1879 (17. Sitzung) Beilage 63. *Zur Entstehung der Reform des Hauptstückes VI der Gewerbeordnung siehe* Ebert, Die Anfänge der modernen Sozialpolitik, bes. Kapitel VI.

260 *Wie mit dem alten Gesetzentwurf umzugehen sei und die Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes besprachen MR. v. 14. 1. 1880/V, MR. v. 26. 5. 1880/VII, 27. 6. 1880/IV, MR. v. 23. 11. 1880/VIII, MR. v. 26. 11. 1880/VI, MR. v. 28. 11. 1880/III und MR. v. 29. 11. 1180/II (liegen alle nicht ein); über Vortrag Kremers v. 1. 12. 1880 wurde mit Ah. E. v. 6. 12. 1880* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4646/1880 – *der alte Entwurf wurde zurückgezogen und der neue in den Reichsrat eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) 3529.

der ersten Regierungsvorlage als Abschnitte VI (Gewerbliches Hilfspersonal), VII (Gewerbeinspektoren) und VIII (Gewerbliche Hilfskassen) aufgenommen wurden. Dem Regierungsentwurf waren wie dem vorangegangenen Entwurf Normativbestimmungen für diese Kassen angehängt. Ziel der zweiten Vorlage war also nicht ein prinzipielles Abweichen von den Zielen des ersten Entwurfes. Die Ursache für den neuen Entwurf war vielmehr, dem vom Abgeordnetenhaus geäußerten Wunsch zu entsprechen, „daß es sich bei dem Zusammenhange, welcher zwischen den einzelnen Theilen der Gewerbeordnung besteht, empfehlen würde, die Revision der Gewerbeordnung in ihrem ganzen Umfange einheitlich vorzunehmen“[261].

Die Verhandlungen im Gewerbeausschuss, dem das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf zuwies, zogen sich in die Länge, und mit der zweiten Lesung konnte erst am 6. Dezember 1882 begonnen werden[262]. Die Ausschussvorlage glich einerseits die Regierungsvorlage wieder dem zu novellierenden Gesetz an und teilte andererseits die Regierungsvorlage in zwei separate Gesetzentwürfe. Unmittelbar vorgelegt wurden nur die Revision der Hauptstücke I, II, III, IV und VII, während das VI. Hauptstück – also das über die Hilfsarbeiter, deren Hilfskassen und die Gewerbeinspektoren – noch in Verhandlung des Ausschusses blieb[263]. Gerade der Abschnitt also, den die Regierung als „besonders wünschenswerth und dringlich“ bezeichnet hatte, wurde zurückgestellt, während nur die nachgereichten Teile, die es dem Haus ermöglichen sollten, „die Revision der Gewerbeordnung in ihrem ganzen Umfange einheitlich vorzunehmen“, abgeschlossen wurden.

Sah die Regierungsvorlage an der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der Gewerbeordnung keine Änderung vor, griff der Ausschussentwurf hier intensiv ein. Die bestehende Gewerbeordnung – und mit ihr die Regierungsvorlage – teilte die Gewerbe im § 1 in freie und konzessionierte. Zusätzlich fügte der Ausschuss als dritte Kategorie die handwerksmäßigen Gewerbe ein, „bei denen es sich um Fertigkeiten handelt, welche die Ausbildung im Gewerbe durch Erlernung und längere Verwendung in demselben erfordern und für welche diese Ausbildung in der Regel ausreicht“. Dies bedeutete einen massiven Eingriff in die bestehende Gewerbeordnung – und so auch in die Regierungsvorlage. Denn für die Errichtung eines handwerksmäßigen Betriebes war nun ein Befähigungsnachweis vorgesehen. Ein solcher war mit der Gewerbeordnung 1859 durch die Aufhebung der handwerklichen Korporationen – der Innungen oder Zünfte – bewusst abgeschafft worden. Genossenschaften – als Nachfolger der alten Korporationen – waren beschränkt worden auf Regelung interner Streitigkeiten, Klärung von Konflikten mit anderen Genossenschaften, Förderung von Fachschulen, Gründung von Hilfskassen für ihre Mitglieder und Unterstützung der Handels- und Gewerbekammern sowie der Staatsverwaltung[264]. Diesen Aufgaben fügte der Ausschussentwurf wieder die Regelung des Lehrlingswesens hinzu (Ausschussentwurf § 114 b). Eine weitere Änderung war die Regionalisierung der Genossenschaften, die nun direkt am Ort ihre Aufgaben wahrnehmen konnten. Hatten sie bisher mit der „Mitwirkung in allen Vorkehrungen

---

261 Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) Beilage 253, Motive 78.

262 Prot. Reichsrat AH. 6. 12. 1882 (244. Sitzung) 8490. *Die Ausschussberatungen kamen zur Sprache in MR. v. 30. 1. 1882/V und 8. 2. 1882/V (beide liegen nicht ein), der dem Abgeordnetenhaus vorzulegende Ausschussentwurf in MR. II v. 23. 11. 1882/I.*

263 Prot. Reichsrat AH. 6. 12. 1882 (244. Sitzung) Beilage 580, *Begründung der Teilung der Vorlage dort in* Motive, 1-4.

264 *Gewerbeordnung, Siebtes Hauptstück (Genossenschaften),* Rgbl. Nr. 227/1859.

der öffentlichen Verwaltung" (Gewerbeordnung § 114 f) nur einen beschränkten übertragenen Wirkungskreis, sollten sie nun mit der Regelung und Kontrolle der Lehrlingsausbildung einen autonomen Wirkungskreis erhalten[265].

Diese Änderungen akzeptierte Pino im November 1882, wenn auch ungern, weil „von den vielen und weitgehenden Forderungen der Gewerbetreibenden wenigstens der Befähigungsnachweis nicht würde abgeschlagen werden können". Er hielt es „bei der heutigen Lage der Dinge geradezu für unmöglich, diesfalls auf dem Standpunkte der Regierungsvorlage zu verbleiben"[266]. Auch wenn sich die meisten Minister für ein Eingehen auf diese Forderungen aussprachen, zeigten sich zwischen liberaleren und konservativen Argumentationen deutliche Differenzen. So hatten die konservativen Mitglieder keine Bedenken, von der alten Regierungsposition bedingungslos abzugehen. Falkenhayn etwa bemerkte, er sei schon immer der Ansicht gewesen, „dass die Regierung die Sache der Forderung des Befähigungsnachweises zur ihrigen mache". Taaffe gab neben dem Hinweis auf das starke Drängen aus dem Parlament, aber auch angesichts der Beschlüsse des Gewerbetages in Wien, der vom 12. bis 14. November 1882 getagt hatte[267], zu bedenken, dass, „wenn die Regierung jetzt gegen die Forderung Front machen sollte, die Stellung im Abgeordnetenhause geradezu zu einer unmöglichen würde". Auch für Pražák und Ziemiałkowski waren die Beschlüsse des Gewerbetages ausschlaggebend für ihre Zustimmung zum Befähigungsnachweis.

Pino und Conrad, die neben Dunajewski einen wirtschaftsliberalen Standpunkt vertraten, lehnten diesen Nachweis zwar nicht ab, hatten jedoch gewisse Bedenken. Für Conrad waren die Beschlüsse des Gewerbetages „ein Notschrei [d]es kleinen Gewerbes, welches von der Industrie erdrückt wurde". Allerdings sei nicht die Industrie Ursache der Probleme, sondern die fehlende Ausbildung im „kleinen Gewerbe". Er glaube daher, „dass für die Regierung bei der Zugestehung des Befähigungsnachweises wesentlich nur der Gesichtspunkt maßgebend sein könne, das kleine Gewerbe durch eine bessere Ausbildung zu kräftigen", wogegen „andere Gesichtspunkte wie Einschränkung der Konkurrenz usw. für sie nicht maßgebend sein können". Ziel habe daher die Förderung des Gewerbeschulwesens zu sein. Wenn ausreichend Schulen vorhanden wären, könne „der in Alinea 4 des § 24 der Vorlage erwähnte Nachweis der Befähigung durch ein Zeugnis über den mit Erfolg zurückgelegten Besuch einer gewerblichen Unterrichtsanstalt" erbracht werden. Damit wäre aber wieder die Aufwertung der Genossenschaften untergraben worden. Dieser Position „neigte" auch Pino „zu".

Die einzige klare Ablehnung eines Befähigungsnachweises kam von Dunajewski. Die Probleme der Gewerbetreibenden lägen nicht im fehlenden Befähigungsnachweis, sondern vielmehr darin, „dass das kleine Gewerbe schlechter arbeite, als es könnte und dass die Gewerbsleute weniger sparen, als sie sollten". Außerdem war eine Ursache – und hier stimmte er Conrad zu –, „dass die Industrie mit den natürlichen und vom Staate selbstverständlich nicht [zu ändern]den Faktoren einer [höhe]ren Arbeitsleistung und ei[n]er größeren Kapitalskraft auf das Kleingewerbe drücken". Aber dies sei schlicht nicht zu verhindern, und Dunajewski fragte, „ob sich die Regierung nicht eine moralische Verantwortung für die künftige Entwicklung der Dinge auflade, wenn sie jetzt die Erwartung wachrufe, dass sich die Verhältnisse des Handwerkerstandes nunmehr bessern werden".

---

265 *Siehe dazu auch den Kommentar in* Heller, Kommentar zur Gewerbeordnung 2: 1344–1372.

266 *MR. II v. 23. 11. 1882/I, ebenso die folgenden Zitate der Minister.*

267 *Zum Zweiten österreichischen Gewerbetag in Wien, 12. bis 14. 11. 1882, siehe* Wiener Zeitung (A.) v. 13. 11. 1882 *und* (M.) v. 14. 11. 1882.

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt in der Diskussion vom 23. November war die Frage der Vertretung der Meister und Gesellen in den Genossenschaften. Der dem Abgeordnetenhaus dann vorgelegte Ausschussentwurf sah eine Genossenschaftsversammlung der Gewerbeinhaber und eine getrennte Gesellenversammlung vor. Beide hatten aus ihrer Mitte Vertretungen in die Vorstände der Krankenkassen (§ 121 c) zu wählen, wobei die Gehilfen wegen ihrer größeren Beitragsleistung zwei Drittel und die Gewerbetreibenden ein Drittel der Mitglieder des Vorstandes beschicken sollten. Die schiedsgerichtlichen Ausschüsse (§ 122) waren hingegen paritätisch zu besetzen.

Der Ministerrat beschloss am 23. November, „dass von Seite der Regierung für die Forderung des Befähigungsnachweises eingetreten, den übrigen Propositionen des Entwurfes aber nicht entgegengetreten werde“[268]. Am 6. Dezember 1882 legte der Ausschuss seinen Bericht dem Abgeordnetenhaus vor, der ihn bereits am 18. Dezember in dritter Lesung annahm[269]. Das Herrenhaus nahm zwar am Abgeordnetenhausbeschluss viele Änderungen vor[270], die aber in der Regel inhaltlich nur geringfügig eingriffen, oder nur stilistischer Art bzw. Korrekturen waren. Das Herrenhaus stimmte am 15. Februar 1883 in dritter Lesung zu und leitete diese neue Fassung an das Abgeordnetenhaus, das dem Herrenhausbeschluss ohne Änderung beitrat[271]. Somit konnte Franz Joseph das Gesetz „betreffend die Änderung und Ergänzung der Gewerbeordnung“ am 15. März 1883 sanktionieren[272]. Letztlich stellte dieses Gesetz eine zweifache Niederlage der Regierung gegenüber den sie unterstützenden Parteien des Abgeordnetenhauses dar. Die erste Niederlage war die Einführung der Kategorie der „handwerksmäßigen Betriebe“ für die zukünftig Befähigungsnachweise notwendig waren. Dabei konnte die Regierung den Befähigungsnachweis an sich leichter akzeptieren, das Problem war vielmehr, dass mit der Verwaltung des Nachweises die Genossenschaften betraut wurden und nicht die Gewerbeschulen[273]. Die zweite Niederlage bestand darin, dass der Sechste Teil der Gewerbeordnung über die Hilfsarbeiter, dessen Reform die Regierung als besonders dringend angesehen hatte und den sie ursprünglich zuerst behandelt wissen wollte, vom Abgeordnetenhaus zurückgestellt wurde. Ende 1882, als sich die Verhandlungen um Änderungen der anderen Teile der Gewerbeordnung ihrem Ende näherten, bereitete die Regierung die Parlamentsberatungen für das Sechste Hauptstück erst vor.

b) Sozialpolitisch motivierte Maßnahmen

Die vom Reichsrat votierten Änderungen an der Gewerbeordnung stellten eine Kehrtwende in der bisherigen wirtschaftsliberalen Laissez-Faire-Politik dar. Dabei war aber weniger die Regierung als der Reichsrat die treibende Kraft, wie gerade bei der Aufwertung der Genossenschaften in der Gewerbeordnung gezeigt worden ist.

---

268 *Darstellung der Diskussion des MR. II v. 23. 11. 1882/I auch in* Jenks, Austria under the Iron Ring, 181 f.

269 Prot. Reichsrat AH. 18. 12. 1882 (256. Sitzung) 8870.

270 *Siehe die Gegenüberstellungen des Abgeordnetenhausbeschlusses und des Entwurfs der Herrenhauskommission,* Prot. Reichsrat HH. 14. 2. 1883 (71. Sitzung) Beilage 277.

271 *Zustimmung des Herrenhauses in dritter Lesung,* Prot. Reichsrat HH. 15. 2. 1883 (72. Sitzung) 1143*; Beitritt des Abgeordnetenhauses* Prot. Reichsrat AH. 27. 2. 1883 (270. Sitzung) 9260 f.

272 *Die Gewerbeordnung kam noch zur Sprache in MR. v. 21. 1. 1883/IX und MR. v. 11. 3. 1883/V. Mit Vortrag Conrads vom 11. 3. 1883 wurde das Gesetz mit Ah. E. v. 15. 3. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 982/1883.

273 *Da es nur in Cisleithanien zu dieser Revitalisierung der Genossenschaften kam, spricht der österreichische Historiker Ernst Hanisch von einem österreichischen Sonderweg,* Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 101.

Vermutlich verhielt es sich ähnlich in der Frage der Verbesserung der Lage des kleinen Grundbesitzes. Hier brachte zwar Falkenhayn Anträge in den Ministerrat ein[274], doch scheint sich dieser nicht auf konkrete Maßnahmen geeinigt zu haben. Stattdessen erfolgte am 4. Dezember 1880 eine Interpellation von Hohenwart „und Genossen", zu denen die Mitglieder des konservativen Hochadels im Abgeordnetenhaus zählten. Darin drückten sie ihre Ungeduld wegen der Untätigkeit der Regierung aus, denn obwohl sie „der hohen Regierung die nöthige Zeit zur Vorbereitung ihrer Maßnahmen" gegönnt hatten, waren dem Abgeordnetenhaus „solche Vorlagen bisher nicht zugekommen". Für Hohenwart stand außer Frage, „daß nur durch schleunige und energische legislative Maßnahmen der österreichische Bauernstand, der ein so wesentliches Element der wirthschaftlichen Kraft der Monarchie bildet, von den ihm drohenden Ruine gerettet und neuerdings befestigt werden kann"[275].

Um die Beantwortung dieser Interpellation rang der Ministerrat eineinhalb Monate[276], sodass Taaffe erst am 25. Jänner 1881 antworten konnte[277]. Letztlich zeigt die Antwort die Zerrissenheit der Regierung zwischen einer wirtschaftsliberalen und einer feudalistisch-antikapitalistischen Position. Zum einen erklärte Taaffe als Ursache der Probleme der „landwirtschaftlichen Bevölkerung" den „Uebergang von der auf den landwirthschaftlichen Besitzungen betriebenen Naturalwirthschaft zur Geldwirthschaft" – wesentlich also die Grundentlastung von 1848/49[278] –, die Änderung der Erbfolge bei Bauerngütern 1868[279] und die Aufhebung der Beschränkungen ihrer Teilbarkeit und ihres Verkaufes 1868/69[280]. Diese Maßnahmen hätten eine steigende Verschuldung am Land gefördert[281] und so mit der „durch eine einseitige Pflege des mobilen Capitals verschärfte Krise des Jahres 1873" den Bauernstand nachhaltig geschädigt. Mit dieser Erklärung unterstrich Taaffe die feudal-konservative Kritik an der wirtschaftsliberalen Politik seit 1848 und besonders seit 1868. Allerdings hielten sich die Maßnahmen, welche die Regierung nach Taaffes Ausführungen bereits gesetzt hatte und die sie „demnächst" setzen wollte, vollkommen im Rahmen einer wirtschaftsliberalen Politik. Taaffe zählte auf:

- das Viehseuchengesetz – weiter unten behandelt –;
- einen Gesetzentwurf zur Regelung der Zusammenlegung und Teilung von Grundstücken[282];

---

274 *MR. v. 13. 7. 1880/IV, 13. 11. 1880/IV, 28. 11. 1880/IV, 29. 11. 1880/III (liegen alle nicht ein).*

275 Prot. Reichsrat AH. 4. 12. 1880 (98. Sitzung) 3440.

276 *MR. v. 9. 12. 1880/II, MR. II v. 13. 12. 1880/II, MR. v. 15. 1. 1881/IV, MR. v. 17. 1. 1881/IX und MR. v. 23. 1. 1881/II (liegen alle nicht ein).*

277 Prot. Reichsrat AH. 25. 1. 1881 (106. Sitzung) 3729 ff.

278 *Grundentlastung, siehe dazu MR. v. 4. 3. 1848/V,* Öмr. II/1, Nr. 28; *kaiserliches Patent über die Aufhebung des Untertanenverbandes v. 4. 3. 1849,* Rgbl. Nr. 152/Ergänzungsband.

279 *Erbfolge, beraten in MR. v. 17. 2. 1868/VII, MR. v. 4. 4. 1868/IX, MR. v. 20. 5. 1868/I und MR. v. 22. 6. 1868/II (liegen alle nicht ein),* Cmr. II, Nr. 19, 34, 58 *und* 74*, Gesetz v. 27. 6. 1868,* Rgbl. Nr. 79/1868.

280 *Freigabe des Verkaufs von Bauerngütern, Einbringung einer Gesetzesvorlage in alle Landtage beschlossen in MR. II v. 2. 7. 1868/V, Annahme der Landtagsbeschlüsse in MR. v. 20. 9. 1868/VI, MR. v. 1. 10. 1868/II, MR. v. 11. 10. 1868/VI, MR. v. 27. 10. 1868/VI und MR. v. 28. 10. 1868/II (liegen alle nicht ein),* Cmr. II, Nr. 80, 109, 113, 123, 135 *und* 136; *beispielsweise* Lgbl. Steiermark Nr. 17/1868*, Gesetz v. 24. 9. 1868, sowie als letztes dieser Gesetze* Lgbl. Böhmen Nr. 152/1869*, Gesetz v. 20. 12. 1869.*

281 *Schon die Übergangsregierung Stremayr hatte sich mit der* Aufnahme eines Landesanlehens zur Besserung der bäuerlichen Kreditverhältnisse *beschäftigt, MR. v. 17. 5. 1879/IV.*

282 *Beraten in MR. v. 9. 1. 1880/II, MR. v. 4. und 5. 2. 1880/I, MR. v. 11. 12. 1880/V, MR. v. 14. 5. 1881/II, MR. v. 17. 5. 1881/III (liegen alle nicht ein) sowie MR. v. 21. 4. 1882/XII. Erneut beraten in MR. v. 23. 5. 1883/IX. Ein entsprechendes Landesgesetz für Vorarlberg zur Erschwerung der Grundstücksteilung war gerade mit dem*

- ein Gesetz zur Senkung von Erbschaftsgebühren[283];
- mit der Gesetzinitiative zur Vereinfachung geringwertiger Nachlassenschaften, um Kosten zu vermeiden, waren vermutlich Erleichterungen bei der sogenannten Legalisierung, der notariellen Beglaubigung von Unterschriften, gemeint[284];
- Gebührenerleichterungen bei Umschuldungen von höher zu niedriger verzinsten Krediten[285];
- Regelungen der Eisenbahntarife, damit der „Transport landwirthschaftlicher Producte billiger bewerkstelligt werden" könne[286];
- Beteiligung des Staates an Meliorationen[287];
- Förderung landwirtschaftlicher Fachschulen durch den Staat, deren Finanzierung aber prinzipiell Aufgabe der Länder war.

Zwei weitere von Taaffe angeführte Maßnahmen zum Schutz der notleidenden „landwirtschaftlichen Bevölkerung" beschäftigten den Ministerrat besonders intensiv: zum einen die Förderung von Vorschusskassen und Kreditvereinen, zum anderen die „Zusammenfassung und Verbindung der Einzelnen in eine Organisation".

Die Förderung von Vorschusskassen und Kreditvereinen erfolgte einerseits durch die Reduktion der Erwerbs- und Einkommensteuer für diese[288], andererseits auch durch die Ausweitung der Begünstigung bei Stempel- und unmittelbaren Gebühren, die bisher privaten Vorschusskassen zugutekam, die auf Gemeinde- und Landesgesetzen beruhten[289]. Für diese Förderung hatte Pino wenig Verständnis, weil „er die vielfach geschonten Konsumvereine überhaupt nicht so sehr berücksichtigungswürdig erachten könne, da er von der besonders wohltätigen Wirkung derselben keineswegs überzeugt sei"[290]. Er stimmte daher – wie auch

---

Hinweis um nicht jetzt, wo eben über die Frage der Teilbarkeit Verhandlungen im Schoße der Regierung schweben, in der Frage ein Präjudiz zu schaffen, *Franz Joseph zur Nichtsanktionierung empfohlen worden, MR. II v. 19. 8. 1882/V; auch eine Landesinitiative Oberösterreichs kam im Ministerrat zur Sprache, MR. v. 24. 4. 1880/II (liegt nicht ein).*

283 *Eine erste Vorlage zur Änderung der Stempel- und unmittelbaren Gebühren (in die auch die Erbschaftsbesteuerung fiel), war am 28. 10. 1879 im Reichsrat eingebracht worden,* Prot. Reichsrat AH. 28. 10. 1879 (7. Sitzung) 136, *enthielt aber keine Gebührenerleichterungen im Erbfall bäuerlicher Besitzungen. Dieser Gesetzentwurf wurde aber wieder zurückgezogen; der am 14. 3. 1881 neu eingereichte Entwurf enthielt diesmal im § 6 solche Erleichterungen,* Prot. Reichsrat AH. 14. 3. 1881 (121. Sitzung) Beilage 301*; am 24. 11. 1881 legte die Regierung eine revidierte Fassung vor,* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1881 (171. Sitzung) 6118*; der Gesetzentwurf wurde nicht erledigt. Diese Gesetzentwürfe wurden besprochen in MR. v. 22. 10. 1879/I, MR. v. 29. 11. 1880/I, MR. II v. 5. 3. 1881/I und MR. v. 16. 11. 1881/VIII (liegen alle nicht ein).*

284 *Mit dem Thema der Legalisierungsvereinfachung beschäftigten sich MR. v. 10. 10. 1879/I, MR. v. 5. 11. 1879/IX und MR. v. 15. 3. 1880/V (liegen alle nicht ein) sowie MR. I v. 1. 6. 1882/V, Gesetz v. 4. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 67/1882.

285 *MR. v. 25. 4. 1881 (liegt nicht ein), Gesetz v. 11. 6. 1881,* Rgbl. Nr. 59/1881.

286 Prot. Reichsrat AH. 25. 1. 1881 (106. Sitzung) 3730 f. *Eisenbahntarife kamen nur in Bezug auf Verhandlungen mit Ungarn im Ministerrat zur Sprache.*

287 *MR. v. 31. 3. 1881/X, MR. v. 7. 5. 1881/V und MR. v. 14. 5. 1881/III (liegen alle nicht ein), erneut beraten in MR. v. 17. 5. 1884/IV, Gesetz v. 30. 6. 1884,* Rgbl. Nr. 116/1884.

288 *Gesetz v. 27. 12. 1880,* Rgbl. Nr. 151/1880.

289 *Gesetz v. 27. 12. 1880,* Rgbl. Nr. 1/1881, *die Angelegenheit kam zur Sprache in MR. II v. 11. 9. 1879/I, MR. v. 9. 1. 1880/V, MR. v. 14. 1. 1880/VI, MR. v. 30. 3. 1880/IV, MR. v. 23. 4. 1880/VIII, MR. v. 26. 4. 1880/X, MR. v. 29. 4. 1880/IV, MR. v. 3. 5. 1880/IV, MR. v. 9. 5. 1880/II und MR. v. 2. 2. 1881/I (keines dieser Protokolle liegt ein).*

290 *MR. v. 2. 10. 1882/VI.*

die anderen Minister – dem Antrag des Finanzministers zu, die Bitte des I. Niederösterreichischen Arbeiter-Consumvereins in Neuhaus um die Erlassung seiner Steuerschuld abzulehnen.

Zur „Zusammenfassung und Verbindung der Einzelnen in eine Organisation" brachte die Regierung Gesetzentwürfe zur Bildung von Bezirksgenossenschaften und Landeskulturräten in den Landtagen ein, wobei die Entwürfe für Galizien[291], Tirol[292], Salzburg[293], Vorarlberg[294], Böhmen (nur Bezirksvorschusskassen)[295] und Istrien[296] im Ministerrat besprochen wurden. Ausgiebig wurden ebenfalls die Statuten des böhmischen Landeskulturrates beraten[297].

Auch wenn Taaffe viele Maßnahmen zur Rettung des Bauernstandes in seiner Rede als Initiativen der Regierung bezeichnet hatte, gingen die meisten jedoch letztlich nicht von der Regierung selbst aus, sondern wurden durch Anfragen aus dem Reichsrat angestoßen: So die Reform des Landeskulturrates in Böhmen durch eine Petition mehrerer landwirtschaftlicher Vereine vom 4. Juli 1879, deren Beantwortung der Abgeordnete Georg Fürst Lobkowicz monierte und deren Behandlung der Ackerbauminister zusagte[298].
Reformanstöße kamen aber keineswegs nur aus konservativen Reihen. So gab der deutschliberale Abgeordnete August Weeber den Anstoß zur Regulierung von Kreditgeschäften. Bestehende Wucherregulierungen waren 1868 abgeschafft worden[299]. Diese sollten nun zwar nicht wieder eingeführt werden, aber die vollkommene Freiheit doch begrenzt werden. Weeber legte dem Abgeordnetenhaus am 9. Oktober 1879 einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf „betreffend die Zinsen und Nebenleistungen bei Creditgeschäften" vor, weil „jenen unredlichen Vorgängen bei Creditgeschäften entgegengetreten werden muß, welche die finanziellen und socialen Verhältnisse insbesondere in den Kreisen der Kleingewerbe und der Landbevölkerung bereits so tief erschüttert haben"[300]. Dies setzte nun die Regierung un-

---

291 *Für Galizien MR. v. 27. 6. 1880/II und MR. v. 1. 7. 1880/IX (liegen beide nicht ein).*

292 *Für Tirol MR. v. 17. 8. 1881/VIII, MR. v. 16. 9. 1881/III und MR. v. 2. 11. 1881/III (liegen alle nicht ein); Gesetz v. 8. 11. 1881,* Lgbl. Tirol und Vorarlberg Nr. 35/1881.

293 *Für Salzburg, gemeinsam mit Vorarlberg, MR. v. 12. 9. 1881/V (liegt nicht ein).*

294 *Für Vorarlberg MR. v. 12. 9. 1881/V (gemeinsam mit Salzburg) und MR. I v. 31. 12. 1881/XI (liegen nicht ein) sowie MR. v. 9. 6. 1882/VI, zwei vom Landtag beschlossene Entwürfe nicht sanktioniert.*

295 *Für Böhmen MR. v. 6. 3. 1882/IV (liegt nicht ein), Gesetz v. 22. 3. 1882* betreffend die Errichtung von landwirthschaftlichen Bezirksvorschußkassen, Lgbl. Böhmen Nr. 26/1882.

296 *Für Istrien MR. v. 21. 6. 1882/V und MR. v. 9. 11. 1882/VIII sowie MR. 25. 7. 1883/I (liegt nicht ein) und 21. 12. 1882/IV; Gesetz v. 8. 9. 1884,* Lgbl. Küstenland Nr. 36/1884.

297 *Statuten des Landeskulturrats für Böhmen behandelt in MR. v. 24. 10. 1879/II, MR. II v. 23. 12. 1879/VI, MR. v. 27. 12. 1879/IV, MR. v. 19. 1. 1880/III, MR. 26. 5. 1880/II und MR. v. 31. 3. 1880/VI (liegen alle nicht ein), Kundmachung des k. k. Statthalters für Böhmen v. 15. 1. 1880,* Lgbl. Böhmen Nr. 3/1880*, die bereits wenige Monate später mit Kundmachung des Statthalters v. 4. 6. 1880 abgeänderte wurden,* Lgbl. Böhmen Nr. 29/1880*; vorher kam der böhmische Landeskulturrat zur Sprache in MR. II v. 17. 3. 1873/XII sowie – nicht einliegend – MR. v. 28. 5. 1875/I; später in MR. v. 26. 8. 1884/II; siehe auch MR. v. 30. 3. 1895/V,* Cmr. V/1, Nr. 121.

298 Prot. Reichsrat AH. 21. 10. 1879 (5. Sitzung) *Anfrage* 83*, Beantwortung durch Falkenhayn* 24. 10. 1879 (9. Sitzung) 111 f.

299 *Aufhebung bisheriger Wuchergesetze mit Gesetz v. 14. 6. 1868,* Rgbl. Nr. 62/1868; *beraten in MR. v. 28. 2. 1868/V und MR. v. 8. 6. 1868/V (liegen beide nicht ein),* Cmr. II, Nr. 23 und 67; *dazu auch* Lein, Einleitung. Cmr. II, XXIV f. *Zur Vorgeschichte siehe* Kletečka – Koch, Einleitung. Ömr. V/6, XXV f. *und* Malfèr, Vertragsfreiheit oder Wucherschutz.

300 *Gesetzentwurf* Prot. Reichsrat AH. 9. 10. 1879 (1. Sitzung) Beilage 3*; Antragsbegründung Weebers in* Prot. Reichsrat AH. 17. 10. 1879 (4. Sitzung) 64 f.

ter Zugzwang, und sie reichte im Abgeordnetenhaus am 27. Oktober 1879 einen eigenen Regierungsentwurf nach[301]. Im zuständigen Ausschuss verschmolzen beide Diskussionen. Erst nach langwierigen Verhandlungen und nachdem das Abgeordnetenhaus die Änderungen des Herrenhauses akzeptiert hatte, wurde das inzwischen vollkommen neu gestaltete Gesetz am 20. Mai 1881 vom Reichsrat angenommen und am 28. Mai sanktioniert[302]. Das Gesetz „betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften" wurde auch kurz Wuchergesetz genannt. Dieses Gesetz bezeichnete Justizminister Viktor Ritter v. Hochenburger zu Beginn des Ersten Weltkriegs – anlässlich der Ausweitung des Wucherbegriffes vom Kredit- auch auf den Sachwucher – als „schon immer unzureichend"[303]. Neben dem Ausbau der Rechte des Schuldners arbeitete die Regierung auch am Gläubigerschutz. Das dem Reichsrat vorgelegte Gesetz wurde am 16. März 1884 sanktioniert[304].

Der Versuch der Regierung, mit der Revision der Gewerbeordnung eine „zeitgemäße Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Hilfsarbeitern"[305] einzuführen, zeigt ihre Bereitschaft zu sozialpolitischen Reformen. Es war der Reichsrat – und hier speziell das Abgeordnetenhaus –, der die Novellierung des Sechsten Hauptstückes der Gewerbeordnung zurückstellte. Damit war das Thema aber keineswegs ad acta gelegt worden. Als Pino am 23. November 1882 über den Bericht des Gewerbeausschusses des Abgeordnetenhauses im Ministerrat referierte, meinte er abschließend, dass es, sollte diese Parlamentskammer die bisher ausgesparten Themen der Gewerbeordnungsnovelle, Hauptstück VI über die Hilfsarbeiter, zur Sprache bringen, „gut wäre, zu sagen, dass die Regierung dieses Kapitel sowie das der Fabriksinspektoren in Behandlung zu nehmen bereit sei". Voraussetzung sei allerdings „die Einbringung eines Gesetzes über die Haftpflicht bei Unfällen"[306]. Außerdem kündigte er eine Enquête „behufs der Beratung der Prinzipien für Invaliditätsversorgung der Arbeiter" an[307]. Elf Tage später legten der Leiter des Justizministeriums Pražák und der Sektionsrat im Justizministerium Emil Steinbach das Memorandum „Zur Haftpflichtfrage" vor[308]. Alle Minister erkannten die Notwendigkeit einer Haftpflicht der Unternehmer bei Unfällen an, nur Falkenhayn hielt sie „für eine Frage, die bei uns insoferne noch nicht reif für eine Regelung im Wege der Gesetzgebung sei, als in den Massen das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung noch nicht empfunden werde"[309]. Zudem solle man, „anstatt sich diesfalls [an di]e deutsche Gesetzgebung an[zule]hnen", sich „das bei uns schon eingelebte und bewährte Institut der

---

301 *Bereits die Übergangsregierung Stremayr beschäftigte sich mit der Wucherfrage, MR. v. 15. 3. 1879/IX und MR. v. 21. 3. 1879/II (beide liegen nicht ein); MR. v. 10. 10. 1879/I (liegt nicht ein) beriet über die baldige Einbringung eines Wuchergesetzes; Ermächtigung zur Einbringung in den Reichsrat mit Ah. E. v. 26. 10. 1879 über Vortrag Stremayrs v. 24. 10. 1879,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4280/1879*; Zuschrift Stremayrs an das Abgeordnetenhaus v. 27. 10. 1879,* Reichsrat AH. 28. 10. 1879 (7. Sitzung) 118.

302 *Besprochen in MR. v. 17. 1. 1881/VIII, MR. v. 20. 1. 1881/V, MR. v. 7. 5. 1881/III und MR. v. 24. 5. 1881/III (liegen alle nicht ein); Annahme des Herrenhausbeschlusses durch das Abgeordnetenhaus* Reichsrat AH. 20. 5. 1881 (157. Sitzung) 5715*; über Vortrag Pražáks v. 25. 5. 1881 mit Ah. E. v. 28. 5. 1881 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2128/1881*; publiziert als Gesetz v. 28. 5. 1881,* Rgbl. Nr. 47/1881.

303 *MR. v. 5., 6. und 7. 10. 1914/I,* Cmr. VIII/1, Nr. 21.

304 *Mit ihm beschäftigten sich MR. v. 29. 11. 1879/VIII und MR. v. 11. 12. 1880/VI (beide liegen nicht ein); das Thema kam im Ministerrat nicht mehr zur Sprache, Gesetz v. 16. 3. 1884,* Rgbl. Nr. 36/1884.

305 *Formulierung aus der Thronrede vor beiden Häusern des Reichsrates v. 8. 10. 1879,* Prot. Reichsrat AH. Beilage 1.

306 *MR. II v. 23. 11. 1882/I.*

307 *Der unmittelbar folgende Tagesordnungspunkt, MR. II v. 23. 11. 1882/II.*

308 *2. Beilage zu MR. v. 4. 12. 1882/III.*

309 *MR. v. 4. 12. 1882/III.*

Bruderladen, welches die fraglichen Versorgungszwecke bei den Gewerkschaften schon jetzt nahezu vollkommen versieht, zum Vorbilde zu nehmen". Doch mit dieser gegenüber dem Versicherungswesen skeptischen Position blieb der Ackerbauminister alleine. Allerdings verhinderte er, dass die zu seinem Ministerium ressortierenden Bergarbeiter in diese Reform gleich zu Beginn mit einbezogen wurden.

Wieder wenige Tage später, am 13. Dezember, legte dann Falkenhayn einen Gesetzentwurf wegen Normierung von „Arbeitszeit und Sonntagsruhe bei Bergarbeitern" vor[310], der auch „die Verwendung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen" beschränkte. Diese Initiative des Ackerbauministers fiel in eine Zeit von Streikbewegungen, die beispielsweise auch am 30. April 1882 in einem Ministerrat unter Vorsitz des Monarchen angesprochen wurden[311]. Dem Gesetzentwurf stimmten die Minister ohne große Diskussion zu. Zuvor hatte sie Pino auf deren „ganze Tragweite" aufmerksam gemacht; denn für den Handelsminister stand außer Frage, dass „es in der Folge nicht möglich sein werde, einer Festsetzung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe auch hinsichtlich der übrigen Arbeiter auszuweichen", und indem die Regierung „den vorliegenden Entwurf einbringe, sich damit zugleich schon für die gedachte weitere Reform engagiere". Der Gesetzentwurf Falkenhayns wurde, nach Zustimmung des Monarchen, umgehend in das Abgeordnetenhaus eingebracht und konnte – nach längeren Diskussionen im Parlament – am 21. Juni 1884 sanktioniert werden[312]. Darauf fügte Pino entsprechende Regelungen auch in die Novelle des Sechsten Hauptstückes der Gewerbeordnung ein[313].

Ebenfalls zu den sozialen Maßnahmen gehören die Novellen der Personensteuern (Erwerbsteuer, Aktiensteuer, Rentensteuer und Personaleinkommensteuer)[314]. Weil aber „eine angemessene Erhöhung der Staatseinnahmen zur Deckung der an die Finanzen herantretenden, unabweislichen erhöhten Anforderungen" erzielt werden musste, stellte sich der Regierung auch die Frage, ob die Steuerträger „eine solche Erhöhung gleichmäßig vertragen oder nicht"[315]. Somit wurde die Steuerfrage durchaus auch als soziale Frage aufgefasst. Es war Landesverteidigungsminister Welsersheimb, der diesen Sachverhalt in der Beratung über die große Reform der Personensteuern am zweiten Tag der Debatte, am 30. November 1882, in aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, sodass seine Ausführungen kommentarlos stehen gelassen werden können:

> Der Standpunkt des Ministers für Landesverteidigung sei:
>
> a) Trachten, die Besteuerung möglichst ergiebig zu machen, nicht nur, um laufende Erfordernisse zu decken, sondern auch Kredit für Kriegszeiten zu sparen.

---

310 *MR. v. 13. 12. 1882/VI.*

311 *MR. I v. 30. 4. 1882/III, Anm. 20.*

312 *Gesetz* über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, dann über die tägliche Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbaue, *publiziert als* RGBL. Nr. 115/1884.

313 *MR. v. 9. 4. 1883/V.*

314 *Zu ihr siehe auch in Kapitel 8 zur Finanzpolitik.*

315 *Motivenbericht zum Gesetzentwurf,* durch welche einige gesetzliche Bestimmungen über die Stempel- und unmittelbaren Gebühren abgeändert werden, PROT. REICHSRAT AH. 28. 10. 1879 (7. Sitzung) Beilage 41.

b) Vorsorge zu treffen, dass die schwere Belastung der Steuerträger in einer Weise geregelt werde, damit nicht die Begünstigung der Herrschaft des Kapitalismus eine Bewegung fördere und zu Krisen führe, in welchen die bewaffnete Macht gegen die eigene Bevölkerung zur Bekämpfung einer Frage gebraucht werden müsste, welche durch Waffengewalt doch nimmermehr zu lösen sein wird.[316]

c) Landwirtschaftliche Themen

Eine besondere Reformtätigkeit legte die Regierung Taaffe auf landwirtschaftlichem Gebiet an den Tag. Viele Landesgesetze wurden abgeändert oder neu beschlossen. Nachdem ein cisleithanienweites Binnenfischereigesetz vom Reichsrat nicht umgesetzt wurde – es sollte erst 1885 zustande kommen[317] – wurde die Binnenfischerei über Landesgesetze geregelt. Diese kamen in 14 Tagesordnungspunkten zur Sprache[318]; achtmal standen Landesgesetze für Wildschonung auf der Tagesordnung[319], siebenmal zu Aufforstungen oder den Forstschutz, fünfmal zu Jagdkarten, viermal zum Feldschutz, dreimal zur Unkrautbekämpfung[320] und dreimal Gesetze zur Bekämpfung der Phylloxera, der Reblaus. Drei Tagesordnungspunkte beschäftigten sich mit der Viehzucht, zwei davon sind wegen eines Landesgesetzes für Istrien über „das Halten und Weiden von Ziegen" erhalten[321].

Ein Thema, das die Regierung Taaffe von ihrer Vorgängerin übernommen hatte, war ein Gesetzeskomplex zur Tierseuchenbekämpfung. Dieser Komplex bestand aus drei Gesetzen, von denen der Reichsrat in seiner 1879 endenden V. Legislaturperiode nur zwei erledigen konnte. Das vom Reichsrat votierte Gesetz zur Desinfektion von Eisenbahnwagen und Schiffen nach Viehtransporten erhielt am 19. Juli 1879 die kaiserliche Sanktion[322]. Auch das Gesetz „betreffend die Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten" nahm der Reichsrat an[323], es wurde allerdings zunächst Franz Joseph nicht zur Sanktion vorgelegt[324]. Ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Rinderpest blieb allerdings unerledigt und wurde von der Übergangsregierung Stremayr wieder zurückgezogen[325], dann aber von der Regierung Taaffe

316 *MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I.*

317 *Ein Binnenfischereigesetz wurde beraten in MR. v. 18. 1. 1874/X und MR. v. 18. 11. 1874/IV; MR. v. 3. 5. 1879/II setzte sich mit der Zurückziehung des Regierungsentwurfes auseinander, MR. v. 14. 6. 1880/II mit der Einbringung solcher Gesetze in die Landtage; eine Interpellation, die eine Gesetzvorlage für den Reichsrat forderte, kam zur Sprache in MR. v. 17. 11. 1880/VIII und MR. v. 9. 2. 1881/IV (alle Protokolle liegen nicht ein).*

318 *Von diesen sind drei erhalten, MR. v. 9. 6. 1882/V, MR. II v. 19. 8. 1882/IV (beide betrafen die Steiermark) und MR. v. 9. 11. 1882/VII (Galizien).*

319 *Zwei Tagesordnungspunkte sind erhalten, MR. v. 25. 7. 1882/III und MR. v. 3. 11. 1882/VII (beide Istrien).*

320 *MR. v. 31. 7. 1882/VI (Niederösterreich) ist erhalten.*

321 *MR. v. 25. 7. 1882/II und MR. v. 29. 11. 1882/V.*

322 *Beraten in MR. v. 26. 6. 1879/X (liegt nicht ein); Gesetz v. 19. 7. 1879,* RGBL. Nr. 108/1879.

323 *Innenminister Lasser brachte die drei Gesetzentwürfe über seinen Vortrag v. 14. 11. 1877 aufgrund der Ah. E. v. 20. 11. 1877* – HHSTA., Kab. Kanzlei 4053/1877 – *in das Abgeordnetenhaus ein,* PROT. REICHSRAT AH. 27. 11. 1877 (312. Sitzung) 10297 f. *Das Gesetz zur Bekämpfung ansteckender Tierseuchen wurde durch das Abgeordnetenhaus* – PROT. REICHSRAT AH. 22. 2. 1879 (426. Sitzung) 13602 – *und durch das Herrenhaus* – PROT. REICHSRAT HH. 16. 5. 1879 (94. Sitzung) 1481 – *angenommen.*

324 *Beraten von der Regierung in MR. v. 22. 8. 1879/V (liegt nicht ein).*

325 *MR. v. 25. 3. 1879/XI (liegt nicht ein).*

dem neuen Reichsrat wieder vorgelegt, der es nun schnell erledigte. Es wurde darauf gemeinsam mit dem bereits 1879 vom Reichsrat votierten Tierseuchengesetz am 29. Februar 1880 sanktioniert[326].

Allerdings ergab sich das Problem, dass die angedrohten Höchststrafen bei Verletzung der Seuchenbestimmungen zu hoch waren, um als – im rechtlichen Sinne – Übertretungen zu gelten, sie mussten als Vergehen eingestuft werden. Daher waren auch nicht die Bezirks- sondern die Landes- und Kreisgerichte erstinstanzlich zuständig. Und dies wieder führte zu einer Überlastung ebendieser Gerichte. So wurden im ersten Dreivierteljahr nach Inkrafttreten des Gesetzes 5.326 Anzeigen aufgrund der Viehseuchengesetze erstattet, davon 2.032 alleine in Wien[327]. Um nun die Landes- und Kreisgerichte zu entlasten, wurde in einer Novelle der Staatsanwaltschaft das Recht zugestanden, Fälle auch an Bezirksgerichte zu überweisen, mit der Folge, dass dann die Höchststrafen entsprechend reduziert werden mussten. Diese Änderung der beiden Viehseuchengesetze wurde am 24. Mai 1882 sanktioniert[328].

Die neuen Viehseuchengesetze machten auch eine Reform des Zentralviehmarktes St. Marx in Wien notwendig[329]. Zur Führung der Fleischkassa stand die Regierung in Verhandlung mit der kurz zuvor gegründeten Länderbank, die allerdings „zur Führung der Geschäfte der Wiener Vieh- und Fleischmarktkassa auch eine besondere Aktiengesellschaft" gründen können wollte. Dieser Wunsch führte im Ministerrat zu Diskussionen[330]. Eine Entscheidung kam 1882 nicht zustande, die Beratungen setzten sich in den folgenden Jahren fort[331].

---

326 *Die Neueinbringung des Rinderpestgesetzes stand auf der Tagesordnung von MR. v. 16. 9. 1879/II (liegt nicht ein). Es wurde über Vortrag Taaffes v. 27. 9. 1879 nach Ermächtigung durch Ah. E. v. 30. 9. 1879* – Hhsta., Kab. Kanzlei 3932/1879 – *als erster Regierungsentwurf der neuen Session dem Abgeordnetenhaus vorgelegt,* Prot. Reichsrat AH. 9. 10. 1879 (1. Sitzung) 4*; Annahme durch das Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 1. 12. 1879 (21. Sitzung) 511 f. – *und durch das Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 17. 12. 1879 (11. Sitzung) 86. *Nach Beratung in MR. v. 24. 2. 1880/I Vortrag Taaffes v. 24. 2. 1880 für beide Gesetzentwürfe, Ah. E. v. 29. 2. 1880,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 786/1879*; das Gesetz* betreffend die Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten *wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 35/1880*, das Gesetz* betreffend die Abwehr und Tilgung der Rinderpest *als* Rgbl. Nr. 37/1880.

327 *Erläuternde Bemerkung in* Prot. Reichsrat AH. 10. 12. 1881 (178. Sitzung) Beilage 412.

328 *Beraten in MR. v. 16. 11. 1881/V, MR. II v. 1. 12. 1881/III und MR. II v. 14. 3. 1882/IV (alle drei liegen nicht mehr ein) sowie MR. v. 20. 5. 1882/II. Vortrag Pražáks v. 3. 12. 1881 zur Einbringung in den Reichsrat, Ah. E. v. 8. 12. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4658/1881. *Einbringung in das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 10. 12. 1881 (178. Sitzung) 6303*; Annahme der Änderungen des Herrenhauses durch das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 10. 5. 1882 (234. Sitzung) 8199*; Vorlage mit Vortrag Pražáks v. 20. 5. 1882 zur Sanktion, die mit Ah. E. v. 24. 5. 1882 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2052/1882*; Gesetz publiziert als* Rgbl. Nr. 51/1882.

329 *MR. v. 22. 1. 1881/VI und MR. v. 16. 11. 1881/IX (liegen nicht ein).*

330 *MR. v. 12. 7. 1882/I, ebenfalls beraten in MR. v. 25. 7. 1882/I.*

331 *Siehe MR. II v.26. 10. 1883/II.*

d) Länderbank und Postsparkasse, zwei neue Geldinstitute

In die Anfangsjahre der Regierung Taaffe fiel die Gründung zweier bedeutender Geldinstitute. Am 15. Oktober 1880 erhielt die französische Société de l'Union générale die Bewilligung zur Gründung der k. k. privilegierten Länderbank[332]. Ihre Bewerbung um die Führung der Fleischkassa am Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx beschäftigte den Ministerrat, wie im vorstehenden Abschnitt dargestellt wurde.

Das andere Geldinstitut war die Postsparkasse, die mit dem Gesetz vom 28. Mai 1882 gegründet wurde[333]. Dieses Institut unterstand dem Handelsministerium und diente kleineren Anlegern[334]. So war die Höchstsumme der Einlagen 300 Gulden und einschließlich nicht abgehobener Zinsen und Zinseszinsen 1.000 Gulden[335]. Im Verordnungsweg wurde die konkrete Umsetzung des Gesetzes geregelt[336] und am 9. Jänner 1883 Adolph Fürst Schwarzenberg als Vorsitzender des Beirates zum Präsidenten des Postsparkassenamtes ernannt[337]. 1883 setzten sich die Beratungen über weitere Regelungen dieses Amtes fort[338].

e) Die mit Ungarn gemeinsame Außenhandelspolitik

Mit der Sanktionierung des Wirtschaftsausgleichs zwischen Cisleithanien und Ungarn am 27. Juni 1878[339] war das gemeinsame Zollgebiet für zehn Jahre, bis Ende 1887, verlängert worden. Daher mussten sich beide Teile der Monarchie auf eine gemeinsame Außenhandelspolitik und damit auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Handelspartnern einigen. Der Wirtschaftsausgleich von 1878 bedeutete auch eine Kehrtwende von der zuvor betriebenen Freihandels- zu einer Schutzzollpolitik. Die Freihandelspolitik beruhte auf individuellen Handelsabkommen mit anderen Staaten, sodass die Zollsätze für dieselben Waren in der Ein- und Ausfuhr je nach Staat variierten. Oft wurde einem Handelspartner die sogenannte Meistbegünstigungsklausel, also die Zollsätze des Staates mit den meisten Begünstigungen gewährt. Einem allgemeinen Zolltarif waren nur jene Staaten unterworfen, mit denen gar keine Handelsabkommen bestanden. Er diente sozusagen als Strafzoll. Im Gegensatz zum Freihandel baute eine Schutzzollpolitik gerade auf dem allgemeinen Zolltarif auf, der damit von der Ausnahme zur Regel wurde. In den Diskussionen rückte dieser allgemeine Zolltarif daher ins Zentrum des Interesses.

---

332 *Ihre Gründung wurde beraten in MR. v. 14. und 15. 10. 1880/I, die Ernennung von Ludwig Graf Wodzicki zum Gouverneur der Bank in MR. v. 17. 11. 1880/IV, die Ausgabe weiterer 200.000 Aktien in MR. v. 9. 8. 1881/VIII, MR. v. 10. 8. 1881/I, MR. v. 27. 11. 1881/V, MR. I v. 1. 12. 1881/I und MR. v. 16. 12. 1881/I (alle genannten Protokolle liegen nicht ein).* Mit Rücksicht auf die nicht freundliche Haltung der bestehenden Credit-Institute zur Regierung, die doch ganz in den Händen von politischen Gegnern des mit der Thronrede 1879 inaugurierten Systems waren*, so beschreibt Pražák die Ursachen der Gründung der Länderbank,* war es natürlich, dass der Finanzminister wünschen mußte, dass ein neues Institut in's Leben trete, das nicht von den Gegnern der Regierung geleitet wurde*,* Pražák, Paměti a listář, 104.

333 *Der Gesetzentwurf seiner Errichtung wurde beraten in MR. v. 2. 3. 1881/VII, MR. II v. 25. 10. 1882/II und MR. v. 31. 10. 1882/IV (liegen alle nicht ein) sowie MR. v. 23. 5. 1882/IX.*

334 *Zur Gründung der Postsparkasse siehe* März – Socher, Währung, 351.

335 *Artikel 7 des Gesetzes v. 28. 5. 1882,* Rgbl. Nr. 56/1882.

336 *Beraten in MR. v. 7. 9. 1882/IX, Verordnung des Handelsministeriums v. 10. 10. 1882,* Rgbl. Nr. 163/1882.

337 *MR. v. 28. 12. 1882/VI; Vortrag Pinos v. 5. 1. 1883, Ah. E. v. 9. 1. 1883,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 104/1883.

338 *MR. v. 30. 6. 1883/VIII (liegt nicht ein).*

339 *Für Cisleithanien Gesetz v. 27. 6. 1878,* Rgbl. Nr. 62/1878. *Zu den Verhandlungen des gesamten Wirtschaftsausgleichs siehe* Schmied-Kowarzik, Die Verhandlungen zum Ausgleich 1878.

Der seit 1868 mit dem Norddeutschen Bund bzw. ab dessen Gründung mit dem Deutschen Reich bestehende Handelsvertrag war Ende 1877 ausgelaufen[340]. Für 1878 wurde er provisorisch verlängert[341], während für 1879 ein neuer Handelsvertrag geschlossen wurde, der jedoch auch nur ein Jahr in Kraft bleiben sollte[342]. Ursache für die provisorischen Regelungen war, dass die Interessen beider Staaten weit auseinanderlagen[343] und keinen definitiven Kompromiss zuließen[344]. Ein wesentlicher Aspekt der Abmachungen mit Deutschland waren die Verhandlungen mit Ungarn über das weitere Vorgehen. Diese Beratungen mit Ungarn beschäftigten die Regierung Taaffe intensiv[345]. Der auf ein Jahr befristete Handelsvertrag vom 16. Dezember 1878 wurde abermals, wenn auch nur teilweise, für ein weiteres halbes Jahr verlängert[346], danach trat an die Stelle dieses Handelsvertrages eine einjährig befristete Handelskonvention, die aber nur die Verlängerung prolongierte[347]. Erst am 23. Mai 1881 kam dann ein neuer Handelsvertrag zustande, der mit 1. Juli 1881 in Kraft trat und bis Ende 1887, also dem Ende des österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsbündnisses, befristet war[348].

Besonderen Wert legten Österreich-Ungarns Regierungen auf die Abschaffung des sogenannten Veredlungsverkehrs. Damit wurde die Möglichkeit bezeichnet, ausländische Rohstoffe oder Halbfabrikate zollfrei ins Land zu lassen, um sie hier weiterzuverarbeiten – zu „veredeln", wie es genannt wurde – und dann in einer bestimmten Frist wieder ins Ausland auszuführen. Da weitaus mehr Rohstoffe/Vorprodukte Österreich-Ungarns in Deutschland weiterverarbeitet wurden als umgekehrt, wirkte diese Regelung netto als Hemmnis besonders der cisleithanischen Industrie. Auf Wunsch der Monarchie wurde daher im Handelsvertrag von 1881 der über Erlaubnisscheine abgewickelte Veredlungsverkehr mit 31. Dezember 1881 abgeschafft, diese Frist dann aber noch bis Ende 1882 verlängert[349]. Der Veredlungsverkehr ohne Erlaubnisschein, der sogenannte „kleine Veredlungsverkehr", blieb aber weiterhin aufrecht[350]. Ende 1882 wollte Cisleithanien auch den kleinen Veredlungsverkehr auslaufen lassen. Der Wunsch, ein entsprechendes Gesetz dem Reichsrat vorzulegen, scheiterte jedoch, weil Ungarn auf einer Regelung im Verordnungsweg bestand. Aber auch diese Verordnung

---

340 *Handels- und Zollvertrag mit Preußen v. 9. 3. 1868,* RGBL. Nr. 52/1868. *Beraten in MR. v. 23. 2. 1868/I und MR. v. 24. 3. 1868/VIII (liegen beide nicht ein),* CMR. II, Nr. 21 *und* 31.

341 *Kundmachung v. 22. 12. 1877,* RGBL. Nr. 115/1877. *Damit wurde gemeinsam mit dem deutschen auch der französische Handelsvertrag verlängert.*

342 *Handelsvertrag zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich v. 16. 12. 1878,* RGBL. Nr. 1 *ex* 1879.

343 *Siehe dazu* SCHMIED-KOWARZIK, Die Verhandlungen zum Ausgleich 1878, 143 f.

344 *Zu den Verhandlungen siehe* HÖBELT, Die Handelspolitik, 564 ff.

345 *MR. v. 8. 10. 1879/V, MR. v. 5. 11. 1879/X, MR. II v. 9. 11. 1879/VII, MR. v. 11. 11. 1879, Tagesordnungspunkte III, IV und V, MR. v. 12. 4. 1880/IV, MR. v. 15. 12. 1880/IV, MR. v. 3. 1. 1881/III, MR. v. 21. 3. 1881/III, MR. v. 5. 4. 1881/II, MR. v. 12. 4. 1881/I, MR. v. 29. 4. 1881/I, MR. v. 4. 5. 1881/III, MR. v. 7. 5. 1881/I, MR. v. 13. 5. 1881/VIII, MR. v. 18. 5. 1881/I und MR. v. 21. 5. 1881/I (keines dieser Protokolle liegt ein).*

346 *Kundmachung des Gesamtministeriums v. 31. 12. 1879,* RGBL. Nr. 1 *ex* 1880.

347 *Handelskonvention zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich v. 11. 4. 1880,* RGBL. Nr. 64/1880.

348 *Handelsvertrag zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich v. 23. 5. 1881,* RGBL. Nr. 64/1881.

349 *Diese Angelegenheit kam zur Sprache in MR. v. 19. 12. 1881/VI (liegt nicht ein); Gesetz v. 24. 12. 1881,* RGBL. Nr. 148/1881; *umgesetzt mit der Verordnung des Gesamtministeriums v. 30. 12. 1881,* RGBL. Nr. 151/1881.

350 *Beraten in MR. v. 13. 6. 1881/III (liegt nicht ein); Gesetz v. 16. 6. 1881,* RGBL. Nr. 65/1881; *umgesetzt mit der Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels v. 28. 6. 1881,* RGBL. Nr. 67/1881.

kam nicht zustande, „weil die ungarische Regierung schließlich auch einer solchen verordnungsweisen Anordnung nicht zugestimmt habe“[351]. Der kleine Veredlungsverkehr blieb daher auch über 1882 bestehen[352].

In jeweils nur einer Sitzung besprach der Ministerrat die Handelsverträge mit Spanien, Frankreich und Italien[353]. Ein Salzlieferungsvertrag mit Montenegro[354] stand ebenso auf der Tagesordnung wie ein Handelsvertrag und eine Donau-Schifffahrtskonvention mit Serbien[355].

Was die neuen von den alten Handelsverträgen unterschied, war das Fehlen von Zollbestimmungen. Die Handelsverträge regelten nur mehr Verfahrensfragen bei Streitigkeiten, gewisse Ausnahmeregelungen wie den Marktbesuch und Ähnliches. Die Zollsätze wurden generell in allgemeinen, für alle Staaten gültigen Zolltarifen geregelt. Dies erlaubte nunmehr eine gezielte Schutzpolitik für die heimische Produktion und gab die Möglichkeit, die Zollsätze aller Güter jederzeit zu ändern, ohne dabei Handelsverträge kündigen zu müssen. Bereits mit dem Wirtschaftsausgleich von 1878 war auch der allgemeine Zolltarif neu geregelt worden[356], doch erwiesen sich seine Sätze für eine tatsächliche Schutzzollpolitik in den Folgejahren als nicht ausreichend, da Ungarn zu diesem Zeitpunkt noch für Industriegüter auf relativ geringen Sätzen und bei vielen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten auf der Zollfreiheit bestand. Daher begannen bald darauf Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zur Revision des allgemeinen Zolltarifs, deren Ergebnis dann den beiden Parlamenten vorgelegt wurde[357].

Der neue Zolltarif sollte auch die eigenen Adriahäfen fördern, denn ein Großteil der Kolonialwaren kam bisher via Hamburg in die Monarchie. Um nun den Import in die eigenen Häfen zu verlagern, wurde für solche Importgüter ein Zollnachlass (Detaxe) zugestanden. Bei Kaffee ergaben sich jedoch zwischen den cisleithanischen und den ungarischen Interessen Differenzen. Weil der Zollsatz für Kaffee von 24 auf 40 Gulden für 100 kg sehr deutlich

---

351 *MR. v. 19. 12. 1882/XI, siehe davor MR. v. 12. 12. 1882/I.*

352 *Dies wurde mit der Kundmachung der Ministerien der Finanzen und des Handels v. 19. 12. 1882* in Erinnerung gebracht, RGBL. Nr. 174/1882.

353 *Mit Spanien MR. v. 26. 11. 1880/I (liegt nicht ein), Handels- und Schifffahrtsvertrag v. 3. 6. 1880 (ratifiziert am 22. 2. 1881),* RGBL. Nr. 29/1881. *Mit Frankreich MR. II v. 8. 11. 1881/VIII (liegt nicht ein); die bestehende provisorische Handelskonvention v. 20. 1. 1879* – RGBL. Nr. 25/1879 – *wurde mit den Verordnungen der Minister des Handels und der Finanzen v. 7. 11. 1881* – RGBL. Nr. 126/1881 – *und v. 7. 2. 1882* – RGBL. Nr. 16/1882 – *verlängert, danach am 7. 11. 1881 (ratifiziert am 24. 2. 1882) erneut durch eine provisorische Handelskonvention ersetzt,* RGBL. Nr. 43/1882. *Mit Italien MR. v. 6. 3. 1882/XIII (liegt nicht ein) wegen* Loslösung einiger im Handelsvertrage gebundener Artikel *des am 27. 12. 1878 (ratifiziert am 28. 1. 1879) geschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrags mit Italien,* RGBL. Nr. 11/1879.

354 *MR. v. 5. 11. 1879/V (liegt nicht ein).*

355 *Nach einer prinzipiellen Beratung über die nach der Okkupation Bosnien-Herzegowinas zu befolgende zukünftige Handelspolitik mit den Balkanstaaten in MR. v. 23. 2. 1879/XIV besprachen die Minister die Beziehung zu Serbien in MR. v. 10. 3. 1879/X, MR. v. 6. 4. 1879/XI, MR. v. 23. 4. 1879/I, MR. v. 30. 4. 1879/II, MR. v. 18. 9. 1880/I, MR. v. 24. 9. 1880/III und MR. v. 9. 4. 1881/IV (liegen alle nicht ein); Handelsvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Serbien v. 6. 5. 1881 (ratifiziert am 27. 5. 1882),* RGBL. Nr. 84/1882; *Schifffahrtskonvention zwischen Österreich-Ungarn und Serbien v. 22. 2. 1882 (ratifiziert am 27. 5. 1882),* RGBL. Nr. 85/1882.

356 *Gesetz v. 27. 6. 1878,* RGBL. Nr. 67/1878.

357 *Thema in MR. v. 16. 1. 1880/I, MR. v. 15. 12. 1880/IV (prinzipielle Beratung), MR. II v. 17. 8. 1881/III, MR. v. 11. 12. 1881/IV, MR. v. 4. 1. 1882/IV, MR. v. 15. 1. 1882, Tagesordnungspunkte II und IX, MR. v. 8. 2. 1882/I, MR. v. 11. 2. 1882/IV, MR. II v. 2. 3. 1882/III und MR. II v. 14. 3. 1882/X (alle Protokolle liegen nicht ein) sowie MR. v. 17. 4. 1882/IV, MR. v. 21. 4. 1882/IX und MR. v. 20. 5. 1882/I.*

erhöht worden war[358], bemühte sich der Zolltarifausschuss des Abgeordnetenhauses, im Gegenzug zumindest die Detaxe anzupassen. Statt drei Gulden für 100 kg Kaffee, auf die sich die beiden Regierungen geeinigt hatten, wollte das Abgeordnetenhaus fünf Gulden Nachlass. Am 17. April 1882 meinte Pino noch erwartungsvoll: „Vielleicht gehe Un[g]arn nur ein gegen ein weiteres Äquivalent, nachdem [vo]m ursprünglich begehrten Vollzoll abgegangen wurde und Ungarn bisher als Äquivalent nur eine Detaxe für rohen Reis erhalten habe. Die Sache werde also bei der morgigen Verhandlung mit den ungarischen Ministern entschieden werden müssen."[359] Doch sollte es bei der Kaffee-Detaxe von drei Gulden bleiben.

Gerade die Zollnachlässe bei Einfuhr über die eigenen Adriahäfen bewog Außenminister Kálnoky, sich gegen sie auszusprechen, weil „bei einer solchen Stellungnahme gegenüber den Interessen Deutschlands unsere politischen Beziehungen zu Deutschland leiden dürften"[360]. Dieser Einwand änderte aber nichts an der Entscheidung. Der Zolltarif wurde nach der Zustimmung des Reichsrates – und des ungarischen Reichtages – einschließlich der entsprechenden Zollnachlässe bei der Einfuhr über See am 25. Mai 1882 vom Monarchen sanktioniert[361].

Ein weiteres den Außenhandel betreffendes Thema bezog sich auf das gemeinsame Zollgebiet an sich, denn die Grenzen Österreich-Ungarns waren nicht mit denen des Zollgebietes deckungsgleich. So bestanden mehrere Zollausschlüsse. Brody als Grenzstadt zu Russland und mehrere Adriahäfen waren nicht in das Zollgebiet integriert. Weiters bildete Dalmatien mit den Quarnerischen Inseln ein eigenes Zollgebiet, und schließlich lag auch das okkupierte Bosnien-Herzegowina noch außerhalb des gemeinsamen Zollgebietes. Alle diese Gebiete wurden mit Ausnahme der Hafenstädte Triest und Fiume, die weiterhin außerhalb des Zollgebietes blieben, nun in das österreichisch-ungarische Zollgebiet aufgenommen[362]: die Zollausschlüsse[363], Dalmatien[364] und Bosnien-Herzegowina[365].

Die mit Ungarn gemeinsame Außenhandelspolitik war somit geprägt durch die Verhandlungen für einen Handelsvertrag mit Deutschland, die Erneuerung des allgemeinen Zolltarifs und die Vereinigung fast aller Gebiete Österreich-Ungarns in ein gemeinsames Zollgebiet.

---

358 *Die Kaffeezollerhöhung kam in MR. II v. 14. 1. 1881/IV (liegt nicht ein) zur Sprache.*

359 *MR. v. 17. 4. 1882/IV. Zuvor war der Kaffeezoll beraten worden in MR. II v. 14. 1. 1881/IV.*

360 *MR. v. 21. 4. 1882/IX.*

361 *Gesetz v. 25. 5. 1882,* RGBL. Nr. 47/1882.

362 *Dies geschah für die Zollausschlüsse in Istrien und Dalmatien mit Gesetz v. 20. 12. 1879,* RGBL. Nr. 137/1879; *für Brody mit Gesetz vom selben Tag,* RGBL. Nr. 138/1879; *der Einbeziehung der zu Ungarn gehörenden kroatischen Zollausschlüsse wurde mit Gesetz ebenfalls v. 20. 12. 1879.* RGBL. Nr. 140/1879 *zugestimmt und für Bosnien-Herzegowina datierte das Gesetz* betreffend die Herstellung eines gemeinsamen Zollverbandes *auch v. 20. 12. 1879,* RGBL. Nr. 136/1879.

363 *Beraten in MR. v. 23. 9. 1879/VI, MR. v. 16. 10. 1879/I (inklusive Bosnien-Herzegowina), MR. v. 20. 10. 1879 (ungarische Adriahäfen), MR. v. 12. 12. 1879 und MR. v. 19. 12. 1879 Tagesordnungspunkte V (Brody) und VI (Einführung der Verzehrungssteuern Bier, Branntwein und Zucker in den nun integrierten Zollausschlüssen), alle Protokolle liegen nicht ein.*

364 *MR. v. 1. 3. 1880/III (liegt nicht ein).*

365 *MR. v. 23. 4. 1879/I, MR. v. 30. 4. 1879/II, MR. v. 6. 10. 1879/II, MR. v. 10. 10. 1879/II, MR. v. 13. 11. 1879/VI und MR. v. 14. 11. 1879/II (liegen alle nicht ein).*

7 Infrastrukturpolitik

Am 18. November 1879 beschäftigte sich die Regierung mit der prinzipiellen Ausrichtung ihrer Eisenbahnpolitik[366]. Dabei handelte es sich zum einen um die „Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen" und zum anderen um die „Frage der Sekundärbahnen". Auch wenn die Regierung Auersperg in beiden Fällen bereits die Weichen in die nun einzuschlagende Richtung gestellt hatte, so bedeutete die Politik des Kabinetts Taaffe mit deren Umsetzung doch einen Bruch gegenüber der Vorgängerregierung.

a) Übernahme der Verwaltung und Einlösung von Privatbahnen durch den Staat

1854 hatte Österreich beschlossen, sich aus finanziellen Gründen aus dem staatlichen Bahnbau zurückzuziehen. Gleichzeitig hatte es begonnen, die im Staatsbesitz befindlichen Bahnlinien zu privatisieren. Am 1. Jänner 1855 wurden die ersten Linien an die (private) Staatseisenbahn-Gesellschaft verkauft, und mit der Veräußerung der gerade fertiggestellten Linie Wien–Triest an die Südbahn-Gesellschaft wurde 1858 dieser Prozess abgeschlossen. Um die Motivation privater Investoren zu steigern, sowohl Staatsbahnlinien zu kaufen als auch neue Strecken zu bauen, bot der Staat den privaten Betreibern und Investoren verschiedene Begünstigungen: eine 90- statt zuvor 50-jährige Privilegiumsdauer, diverse Steuer- und Gebührenbefreiungen – z. B. beim Erwerb der Trassen – und Zollreduktionen für Güter des Eisenbahnbedarfs[367]. Im Zentrum aber stand eine Zinsgarantie von 5 %, die der Staat in Form eines Darlehens der Bahngesellschaft über deren Verlangen zahlen musste, wenn die Gewinne der Bahn unter einer solchen 5 %igen Dividende blieben. Spätere Gewinne der Gesellschaft über 5 % sollten dann zur Rückzahlung der Staatsdarlehen verwendet werden[368]. Nachdem ab dem Börsenkrach 1873 die Bahnen teilweise defizitär arbeiteten, musste der Staat den Bahngesellschaften größere Zinsgarantiedarlehen zahlen. Ende 1878 hatte der Staat insgesamt 148 Millionen Gulden an Darlehen für Zinsgarantien vergeben, zudem waren 24,5 Millionen Gulden an Zinsen angefallen, die die Gesellschaften wegen fehlender Einnahmen noch nicht hatten begleichen müssen, sodass die Gesellschaften dem Staat 172,5 Millionen Gulden oder über 23.000 Gulden pro Eisenbahnkilometer schuldeten.

Da vollkommen unklar war, wann dieser Zustand enden würde, zog die Regierung Auersperg 1877 mit dem sogenannten Sequestrationsgesetz die Notbremse[369]. Dieses Gesetz ermöglichte es der Regierung, Privatbahnen in Staatsverwaltung zu übernehmen. Bei Bahnen, die sich über die Dividendenaufstockung auch die Bedeckung von Betriebskostenabgängen vom Staat hatten zahlen lassen, war die Regierung dazu unmittelbar berechtigt (§ 2), bei Bahnen, die „mehr als die Hälfte des garantierten Reinerträgnisses jährlich in Anspruch genommen" hatten, wenn die Gesellschaft dies fünf Jahre hintereinander getan hatte (§ 4). Zudem musste die Regierung seit Beginn der 1870er Jahre mehrfach den Bau von im

366 *MR. II v. 18. 11. 1879/I; mit der Frage der Verstaatlichung von Privateisenbahngesellschaften hatte sich zuvor bereits MR. v. 5. 11. 1879/XI und danach MR. v. 28. 9. 1880 beschäftigt (keines der drei Protokolle liegt ein).*

367 *MR. v. 21. und 28. 3. und 16. 5. 1854/I,* Ömr. III/3, Nr. 211; *Verordnung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten v. 14. 9. 1854,* Rgbl. Nr. 238/1854.

368 *Diese Zinsgarantie erwähnt die in der vorhergehenden Anm. zitierte Verordnung nur als Möglichkeit, siehe dazu* Pigerle, Die garantierten Eisenbahnen.

369 *Gesetz v. 14. 12. 1877 die garantierten Eisenbahnen betreffend,* Rgbl. Nr. 112/1877. *Beraten in MR. v. 29. 9. 1876/X, MR. v. 10. 11. 1876/XI, MR. II v. 23. 11. 1876/II und MR. v. 11. 12. 1877/IV (alle Protokolle liegen nicht ein).*

Staatsinteresse gelegenen Strecken insolventer Bahngesellschaften selbst ausführen[370]. Das Streckennetz der Staatsbahnen, das 1870 lediglich 13 km betragen hatte, war auf diese Weise bis Ende 1878 auf 876 km angewachsen[371].

Doch obwohl die Privatgesellschaften die Zinsgarantie weiter in Anspruch nahmen, unternahm die Regierung Auersperg wenig, um das Sequestrationsgesetz auch praktisch anzuwenden. Lediglich die niederösterreichische Südwestbahn, die Süd- und Westbahn miteinander verband, war vom Staat 1878 übernommen worden[372].

Diese Politik änderte sich nun mit der Regierung Taaffe nach „der Annahme des Prinzips der Verstaatlichung der Eisenbahnen“[373] grundlegend. Nun begannen Beratungen wegen der Übernahme der Kronprinz-Rudolf-Bahn[374] und der Erzherzog-Albrecht-Bahn[375] in staatliche Verwaltung, die dann 1884 gesetzlich geregelt wurden. Die Verwaltung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn wurde hingegen schon 1881 der cisleithanischen Regierung übertragen, und gleichzeitig wurde über deren Ankauf verhandelt[376]. Dass mit dem Gesetz vom 23. Dezember 1881 lediglich von einer „eventuellen Einlösung“ die Rede war, lag an der ungeklärten Frage der Rückzahlung der Prioritätsobligationen. Bevor die Elisabethbahn tatsächlich in Staatsbesitz überging, sollte die private Bahngesellschaft die Differenzen mit den Gläubigern klären[377]. Bis zu einem solchen – für Cisleithanien zufriedenstellenden – Abkommen zwischen der Betreibergesellschaft und den Besitzern der Prioritätsobligationen blieb die Übernahme in den Staatsbesitz offen. Mit der Übernahme der Verwaltung der Bahn bediente die Regierung auch die jährlichen Dividendenzahlungen in Höhe von fünf Millionen Gulden sowie alle Zins- und Schuldrückzahlungen. Spätestens 1911 musste die Bahn dann in den Staatsbesitz übergehen, und ab 1912 waren die Aktien über 40 Jahre sukzessive einzulösen, wofür Jahresausgaben von etwa vier Millionen Gulden veranschlagt waren. Um die Jahresbelastung bis 1911 zu senken, arbeiteten Handels- und Finanzminister einen alternativen Tilgungsplan aus, der aber schließlich durch höhere Zahlungen in den späteren Jahren zu einer Gesamtmehrbelastung von 51 Millionen Gulden führte[378]. Wegen der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Handelsministerium, das diese Änderung im Verordnungsweg in Kraft

---

370 *Ein Gesetzentwurf für Kredite des Eisenbahnbaus und von Vorschusskassen wurde beraten in MR. v. 6. 11. 1873/I und 11. 12. 1873/IV (liegen nicht ein), Gesetz v. 13. 12. 1873,* RGBL. Nr. 162/1873; *Spezialkredit für Eisenbahnbauten im Jahr 1875 MR. II v. 16. 11. 1874/V und MR. v. 7. 3. 1875/XII (liegen nicht ein), Gesetz v. 10. 3. 1875,* RGBL. Nr. 21/1875; *Spezialkredit für das Jahr 1876 MR. v. 3. 3. 1876/IV (liegt nicht ein), Gesetz v. 13. 3. 1876,* RGBL. Nr. 47/1876; *Spezialkredit für das Jahr 1877 MR. v. 10. 11. 1876/VIII und MR. v. 27. 3. 1877/IV (liegen nicht ein), Gesetz v. 14. 4. 1877,* RGBL. Nr. 30/1877.

371 PIGERLE, Die garantierten Eisenbahnen, 292.

372 *MR. v. 5. 11. 1877/IV und 1. 7. 1878/II (beide liegen nicht ein), Gesetz v. 5. 7. 1878,* RGBL. Nr. 88/1878. *Zum Beginn der sogenannten zweiten Staatsbahnära siehe* BACHINGER, Das Verkehrswesen, 292–295.

373 *MR. v. 9. 11. 1880/IV, der sich mit den* Verhandlungen wegen Erwerbung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn für den Staat *beschäftigte.*

374 *MR. II v. 23. 12. 1879/V (liegt nicht ein).*

375 *MR. v. 13. 7. 1880/VI und MR. v. 21. 7. 1880/II (beide liegen nicht ein).*

376 *§ 1 des Übereinkommens v. 24. 12. 1880 und 28. 1. 1881 mit der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn, das dem Gesetz v. 23. 12. 1881 angehängt ist,* RGBL. Nr. 141/1881. *Die Einlösung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn behandelten neben MR. v. 9. 11. 1880/IV auch die nicht einliegenden Protokolle des MR. v. 20. 12. 1880/III, MR. v. 22. 12. 1880/II, MR. v. 29. 12. 1880/IX, MR. v. 26. 1. 1881/IV, MR. v. 5. 2. 1881/IV, MR. v. 19. 12. 1881/VI, MR. v. 21. 1. 1882/VIII und MR. v. 5. 2. 1881/IV.*

377 *Art. 1, Abs. 2 des Gesetzes v. 23. 12. 1881,* RGBL. Nr. 141/1881.

378 *MR. v. 2. 10. 1882/VIII.*

setzen wollte, und dem Finanzministerium, das meinte, die Angelegenheit müsse durch ein Gesetz geregelt werden, kam dieses Abkommen aber zunächst nicht zustande. Es wurde erst 1890 im Gesetzgebungsweg umgesetzt[379].

Nachdem sich die Regierung prinzipiell für ein Staatsbahnsystem entschieden hatte, stellte sich ihr mit der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn als erster größerer Linie unmittelbar die Frage, wie zukünftig diese Staatsbahnen organisiert werden sollten[380]. Ein Diskussionspunkt war, ob die gesamte Betriebsorganisation zentral von Wien aus oder dezentral von lokalen Direktionen mit einer nur koordinierenden Oberbehörde erfolgen sollte[381]. Einer definitiven Lösung wurde diese Frage 1882 noch nicht zugeführt[382]. Zunächst errichtete man eine Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb, zu deren Präsident – und zum Sektionschef extra statum im Handelsministerium – der vormalige Generaldirektor der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn, Czedik, ernannt wurde[383]. Da der Staat diese Bahngesellschaft aber noch nicht definitiv erworben hatte, blieb sie weiterhin eine private Gesellschaft und in ihrem Verwaltungsrat saß auch Czedik. Da er aber als Präsident der Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb nun im Staatsdienst stand, „müsste er in Gemäßheit der Ah. Anordnung vom 5. November 1859 die Verwaltungsratsstelle niederlegen". Allerdings, so erklärte Pino seinen Kollegen am 15. November 1882, „erscheine es aber im staatlichen Interesse förderlich, wenn Czedik fortan im Verwaltungsrate bleibe, weil er daselbst als Vertrauensmann der Regierung und wegen seines Einflusses bei einer Reihe von noch zu regelnden Verhältnissen gute Dienste leisten könne"[384]. Aus diesem Grund durfte Czedik trotz seines Beamtenstatus im Verwaltungsrat der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn bleiben[385].

Um den Privateisenbahngesellschaften generell die Umwandlung ihrer alten in neue Eisenbahn-Prioritätsobligationen zu erleichtern, wurden die Gesellschaften von den Gebühren für die neu auszugebenden Obligationen und Urkunden befreit[386]. Dieses Gesetz war allerdings bis Ende 1881 befristet und wurde im Anschluss nicht unmittelbar verlängert. Erst am 15. November 1882 beantragte Finanzminister Dunajewski ein neues Gesetz, weil „die Verhältnisse, welche zu [diesem Gesetze den Grund lieferte]n, [n]och fortdauern und durch die Gebührenerleichterungen insbesondere auch Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über Verstaatlichung von Eisenbahnen beseitigt werden"[387]. Zudem sollten mit dem neuen Gesetz die Bedingungen zur Umwandlung weiter erleichtert werden. Dem stimmte der Ministerrat

---

379 *MR. v. 25. 1. 1890/XI (liegt nicht ein); Gesetz v. 16. 3. 1890,* RGBL. Nr. 39/1890.

380 *MR. v. 11. 2. 1882/VI (liegt nicht ein).*

381 *MR. v. 16. 2. 1881/VI (liegt nicht ein) behandelte das Thema* Stellungnahme gegenüber dem Resolutionsantrage des Abgeordneten *Hausner* auf Dezentralisation der Eisenbahnleitungen*. Diese Resolution konnte im Index (Stichpunkte Eisenbahn, Hausner und Resolutionen) in* PROT. REICHSRAT AH. *Session IX (1879–1885) nicht gefunden werden. Die Bemerkung in* KOLMER, Parlament und Verfassung 3: 76*, die* parlamentarische Agitation für die Dezentralisation der Eisenbahnverwaltung begannen die Polen*, ist wohl auch auf diesen Antrag zurückzuführen, gehörte Hausner doch dem Polenklub an.*

382 *Fortsetzung der Frage der Organisation der Staatsbahnen (*Wegen der Dezentralisation der Eisenbahnverwaltung bezüglich Galiziens*) in MR. v. 4. 5. 1883/III.*

383 *MR. v. 21. 6. 1882/IX, Vortrag Pinos v. 21. 6. 1882, Ah. E. v. 24. 6. 1882,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2520/1882.

384 *MR. v. 15. 11. 1882/VIII.*

385 *Vortrag Pinos v. 15. 11. 1882, Ah. E. v. 21. 11. 1882,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 4369/1882.

386 *MR. v. 27. 5. 1880/II (liegt nicht ein); Gesetz v. 11. 6. 1880,* RGBL. Nr. 81/1880.

387 *MR. v. 15. 11. 1882/V.*

zu, und Dunajewski konnte seinen bereits eine Woche zuvor fertiggestellten Gesetzentwurf Franz Joseph mit der Bitte vorlegen, den Entwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen. Dazu wurde der Finanzminister kurz darauf vom Monarchen ermächtigt[388].

Auch mit der Österreichischen Staatseisenbahn-Gesellschaft stand die Regierung in Verhandlung, aber ursprünglich nicht wegen einer Einlösung, sondern einer Vereinigung dieser Bahn mit der ihr gehörenden Brünn–Rossitzer Bahn[389]. Als Gegenleistung wurde von der Bahngesellschaft eine Statutenänderung gefordert, deren Ziel es war, sie zu einer „Verzichtleistung auf die Staatsgarantie oder mindestens ein Zugeständnis hinsichtlich der Verminderung derselben" sowie dazu zu bewegen, „dass in Zukunft nicht mehr sowohl Inländer als Ausländer, sondern nur Inländer (Staatsbürger der beiden Ländergebiete der Monarchie) im exekutiven [Eisenba]hndienste der Gesellschaft [sol]lten verwendet werden können"[390]. Das Recht ausländischer Gesellschaftsbeamter war der Bahn 1855 eingeräumt worden, da sie mehrheitlich in französischem Besitz war.

In diese Verhandlungen platzte die Nachricht, dass Ungarn kurz vor einem Abkommen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft stehe, das es Ungarn erlaubte, die dort gelegenen Linien der Gesellschaft bereits 1895 einlösen zu können, obwohl das 1855 erteilte Privilegium eigentlich eine Dauer von 90 Jahren hatte. Von diesem ungarischen Alleingang wurde die cisleithanische Regierung sichtlich überrumpelt. Handelsminister Pino konnte „begreiflicherweise zur Sache nicht Stellung nehmen, bevor er sich nicht über Inhalt und Tragweite der fraglichen Vereinbarungen Aufklärung verschafft hatte" und erst „nachdem von Seite der ungarischen Regierung mit [] [Prä]liminarvertrag mi[tgeteilt] wurde, wurde der Gegenstand im Handelsministerium studiert"[391]. Verärgert überlegten die Minister in Wien, durch eine Verweigerung ihrer Zustimmung den Vertrag zu verhindern, entschieden sich aber schließlich dafür, ihm „zuzustimmen unter einzelnen Ablehnungen und unter Bedingungen für unsere Interessen". Aufgrund dieses ungarischen Abkommens nahm die Gesellschaft dann den Namen „Österreichisch-Ungarische Staatseisenbahn-Gesellschaft" an[392]. Nun stellte Pino gegenüber der Bahngesellschaft als neue Forderung auf, die cisleithanischen Linien der Bahn ebenfalls bereits 1895 einlösen zu können. Auf dieser Basis kam dann ein Protokollar-Übereinkommen mit der Gesellschaft zustande, das den Forderungen der Regierung weitge-

---

388 *Vortrag Dunajewskis v. 9. 11. 1882, Ah. E. v. 23. 11. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4386/1882*; Zuschrift Dunajewskis v. 29. 11. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8473*; fortgesetzt in MR. v. 17. 5. 1883/VI.*

389 *Dieses Recht wurde der Gesellschaft zunächst prinzipiell mit Gesetz v. 7. 6. 1877,* Rgbl. Nr. 49/1877 *– beraten in MR. v. 13. 12. 1876/III, MR. v. 11. 5. 1877/II und MR. v. 4. 6. 1877/IV (liegen nicht ein) – zugestanden, und mit der Kundmachung des Handelsministeriums v. 21. 12. 1879,* Rgbl. Nr. 149/1879 *– beraten in MR. v. 6. 4. 1878/VII und MR. v. 6. 12. 1879/II (liegen nicht ein) – realisiert.*

390 *MR. v. 9. 11. 1882/II, zuvor beraten in MR. II v. 8. 11. 1881/XII (liegt nicht ein); eine weitere zu diesem Komplex gehörende Besprechung war MR. v. 23. 7. 1881/XIV (liegt nicht ein) wegen einer* Konzession von fünf Lokalbahnlinien für die österreichische Staatseisenbahn-Gesellschaft.

391 *MR. II v. 1. 6. 1882/I.*

392 *Vertrag der ungarischen Regierung mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft 8. 6. 1882, der über Vortrag des ungarischen Ministers für öffentliche Arbeit und Kommunikation, Ordódy, v. 26. 10. 1882 mit Ah. E. v. 6. 11. 1882 angenommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4200/1882.

hend entsprach, insbesondere in der Frage des prinzipiellen Einlöserechts ab 1895. Nur in der Frage der Anstellung ausländischer Beamter wollte „die Gesellschaft lieber vom ganzen Übereinkommen abstehen, als in die Änderung" einzugehen[393].

Als Pino die Diskussionen mit Ungarn über dessen Abkommen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft im Ministerrat referierte, kritisierte er letztlich die auf das Privatbahnsystem setzende Eisenbahnpolitik Österreichs seit 1854, die Cisleithanien ab 1867 fortgesetzt hatte. Ungarn, das bereits 1867 wieder in den Staatseisenbahnbau eingestiegen war, besaß ein deutlich größeres Staatsbahnnetz (1.133 km im Jahr 1875 und 4.212 km im Jahr 1886[394]) als Cisleithanien mit seinen (1882) weniger als eintausend Kilometern, das gerade erst wieder mit einer gezielten Staatsbahnpolitik begonnen hatte. „Ungarn könne aber vermöge der Kraft, die ihm der Besitz eines ausgedehnten Staatsbahnnetzes verleiht", die Staatsbahn-Gesellschaft „zu gewissen Vertragsabmachungen zwingen", führte Pino aus. Cisleithanien hingegen „habe diese Kraft nicht und könnte daher, solange sie nicht ein entsprechendes Netz von Staatsbahnen in Händen habe, nicht in gleicher Weise auftreten"[395]. Insbesondere konnte Ungarn dadurch seine Interessen in der Tarifpolitik auch bei den Privatbahnen für deren Strecken in Cisleithanien durchsetzen.

b) Der Bau neuer Staatsbahnlinien

Ein weiteres Thema der neuen Staatseisenbahnpolitik betraf den Bau neuer Linien als Staatsbahnen. 1879 schlugen Versuche fehl, für den Bau der Arlbergbahn als Verbindungslinie zwischen den Tiroler Linien der Südbahn und der privaten Vorarlberger Bahn ein Konsortium unter Beteiligung von Schweizer und französischem Kapital zustande zu bringen[396]. Ungarn verlangte für die Zustimmung zum Bau Kompensationen in Form der Erhöhung der Zucker- und Petroleumsteuer sowie Konzessionen beim deutschen Handelsvertrag[397]. Daher entschloss sich die Regierung, die Arlbergbahn auf eigene Kosten als Staatsbahn zu bauen[398]. Der Bau wurde schnell in Angriff genommen, sodass „wegen der großen Fortschritte, die der Bau der Arlbergbahn genommen habe, ein Nachtragskredit von zwei Millionen [Gulde]n pro 1882 erforderlich sei"[399]. Ohne die bewilligte Gesamtsumme zu erhöhen, wurde die für dieses Jahr freigegebene Summe von 5,5 Millionen Gulden[400] auf 7,5 Millionen erhöht[401].

---

393 *MR. v. 9. 11. 1882/II. Das Übereinkommen wurde über Vortrag Pinos v. 13. 11. 1882 mit Ah. E. v. 1. 12. 1882 zur Kenntnis genommen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4503/1882.

394 *Daten für 1875 in* Deutsche Eisenbahn-Statistik XXVI (1875) *und für 1886 in* Gonda, Geschichte der Eisenbahnen in Ungarn, 406.

395 *MR. II v. 1. 6. 1882/I.*

396 *MR. v. 11. 6. 1879/VI und MR. v. 26. 6. 1879/IV (beide liegen nicht ein).*

397 *MR. II v. 17. 7. 1879/VI, MR. v. 22. 8. 1879/VI und MR. v. 5. 11. 1879/X (alle Protokolle liegen nicht ein).*

398 *Die Einbringung und Sanktionierung des Gesetzes v. 7. 5. 1880,* Rgbl. Nr. 48/1880*, wurde beraten in MR. 21. 1. 1880/I; ein zusätzlicher Kredit, um mit Linien- und Tunnelbau beginnen zu können, in MR. v. 24. 2. 1880/VII und MR. v. 26. 5. 1880/V, Gesetz v. 30. 5. 1880,* Rgbl. Nr. 58/1880*; schließlich beschäftigte sich MR. v. 16. 7. 1880/I noch mit* einer Anfrage des Eigentümers des „Tagblatt" Szeps wegen Überreichung einer Offerte betreffend die Kapitalsbeschaffung für den Bau der Arlbergbahn*. Keines der genannten Protokolle liegt ein. Der Herausgeber des Wiener Tagblatts Moriz Szeps hatte enge Kontakte nach Frankreich,* Öbl. 14: 149 f.

399 *MR. v. 25. 11. 1882/V.*

400 *Kapitel 27, Titel 9 des Finanzgesetzes für das Jahr 1882 v. 29. 3. 1882,* Rgbl. Nr. 33/1882.

401 *Gesetz v. 26. 12. 1882,* Rgbl. Nr. 181/1882.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Arlbergbahn stand auch die Übernahme der privaten Vorarlberger Bahn in den Staatsbetrieb am 1. Juli 1882, für den „angesichts der baldigen Vollendung der Arlbergbahn der geeignete Zeitpunkt" gekommen war[402].

Noch in der 1879 endenden V. Legislaturperiode forderte der Abgeordnete Sigmund Ritter v. Kozłowski von der Regierung Aufklärung, warum sie den 1872 und 1873 durch Gesetze beschlossenen Ausbau des westgalizischen Eisenbahnnetzes[403] nicht umsetze. Die Antwort des damaligen Handelsministers Chlumetzký war noch ganz im Stil der alten Privatbahnpolitik gehalten. Die für den Bau eingeräumten Begünstigungen seien „nicht so geartet gewesen, um Unternehmungen, welche die volle Gewähr für die entsprechende Ausführung des Baues geboten hätten, zu einer ernsten Concessionswerbung zu veranlassen", besonders weil „jede Belastung des Staatsschatzes mit neuen Garantieleistungen thunlichst zu vermeiden" sei[404]. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode forderte Kozłowski die Regierung erneut auf, den Eisenbahnbau in Galizien zu intensivieren[405]. Der Druck dazu wurde mit der Forderung polnischer Abgeordneter „als Preis für die Zustimmung zur Arlbergbahn" erhöht[406]. Unmittelbar nach Sicherstellung des Baus der Arlbergbahn beschäftigten daher mehrere große galizische Eisenbahnprojekte den Ministerrat.

Dazu gehörte besonders die „galizische Transversalbahn". Dieses Bauprojekt war im eigentlichen Sinne keine geschlossene Transversalbahn, es handelte sich vielmehr um den Bau der dazu noch fehlenden Teile. Mit dem Bau der Strecken Saybusch–Neusandec, Grybów–Zagórz und schließlich Stanislau–Husiatyn sollte eine durchgehende Eisenbahnlinie durch das südliche Galizien von der mährischen bis zur russischen Grenze entstehen. Bereits 1872 und 1873 – mit einer etwas anderen Streckenführung – wurde der Regierung die Ermächtigung erteilt, besondere Begünstigungen anzubieten, um Privatinvestoren für den Bau zu finden[407]. Der Ausführung machte jedoch der Börsenkrach 1873 einen Strich durch die Rechnung, einmal, weil nun das Kapital fehlte und zum anderen, weil die Regierung Adolph Auersperg weder Mittel noch Interesse hatte, den Eisenbahnbau durch Gewährung von Zinsgarantien zu fördern. Daher kam dieses Projekt nicht zur Ausführung.

1880 wurde ein neuer Anlauf zum Bau der Bahn unternommen. Die erste Beratung im Ministerrat beschäftigte sich mit „Begünstigungen seitens des Landes Galizien hinsichtlich des Ausbaues der galizischen Transversalbahn"[408]. Es folgten Diskussionen um das in den Reichsrat einzubringende Gesetz[409]. Vermutlich war ein Gegenstand der Debatte die Frage, ob die Strecken als Privatbahn oder als Staatsbahn zu bauen seien. Der mit Schreiben Pinos vom 4. April 1881 in den Reichsrat eingebrachte Gesetzentwurf sah in Artikel I auf jeden

---

402 *MR. v. 24. 6. 1882/III. Vortrag Pinos v. 24. 6. 1882, Ah. E. v. 30. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2570/1882.

403 *Gesetz v. 29. 6. 1872 zum Bau westgalizischer Bahnen,* RGBl. Nr. 106/1872*; und Gesetz v. 22. 4. 1873 wegen Gewährung größerer Zugeständnisse bei Konzessionsbewilligung,* RGBl. Nr. 60/1873.

404 *Interpellation Sigmund Ritter v. Kozłowskis*, Prot. Reichsrat AH. 28. 3. 1879 (433. Sitzung) 13843 f.*; beraten in MR. v. 17. 4. 1879/VIII (liegt nicht ein); Beantwortung durch Handelsminister Chlumecký,* Prot. Reichsrat AH. 23. 4. 1879 (444. Sitzung) 14260 f.

405 Prot. Reichsrat AH. 9. 3. 1880 (55. Sitzung) 1685, Beilage 158.

406 *MR. v. 14. 2. 1880/VI (liegt nicht ein).*

407 *Die Frage der Privatinvestoren zu machenden Konzessionen kam zuletzt zur Sprache in MR. I v. 3. 2. 1873/I und MR. v. 12. 3. 1873/VII.*

408 *MR. v. 29. 6. 1880/III (liegt nicht ein).*

409 *MR. v. 15. 12. 1880/V, MR. v. 17. 12. 1880/VIII, MR. v. 21. 3. 1881/V, MR. v. 4. 5. 1881/II, MR. v. 13. 5. 1881/IX, MR. II v. 7. 6. 1881/III (Trassenrevision) und MR. v. 19. 12. 1881/VI (alle Protokolle liegen nicht ein).*

Fall den Weg der „Erteilung der Concession“ vor, zu deren Bau der Staat einen unverzinslichen Vorschuss von acht Millionen Gulden leisten wollte[410]. Nachdem aber der Eisenbahnausschuss „gleich von vornherein den Staatsbau“ forderte, erklärte sich Pino „sofort mit der Änderung einverstanden und vertrat dieselbe auch im Parlamente“[411]. Der vom Ausschuss modifizierte Entwurf sprach dann auch davon, dass die Bahn „auf Staatskosten herzustellen“ sei[412]. In diesem Sinne konnte Franz Joseph schließlich Ende 1881 das vom Reichsrat verabschiedete Gesetz ebenso wie ein galizisches Landesgesetz sanktionieren, das eine Beitragsleistung des Landes zum Bau der Bahn von einer Million Gulden und für die „Bedeckung der Auslagen für die Aenderung der Richtung und die Umlegung der öffentlichen nicht ärarischen Strassen“ von 100.000 Gulden zusagte[413]. Für das zu diesem Zweck aufzunehmende Landesanlehen wurden die Interimsscheine, Teilschuldverschreibungen und Kupons von der Stempelgebühr befreit[414]. Die Bedeutung der Transversalbahn lag besonders darin, dass sie die großen galizischen Erdölfelder verkehrstechnisch erschloss. An deren Anbindung an das Eisenbahnnetz hatte dann auch Ungarn großes Interesse. Vielleicht liegt darin der Grund, dass sich der Ministerrat bereits am 16. September 1881, also noch bevor die Bewilligung zum Bau der Transversalbahn parlamentarisch erledigt war, mit einem Streckennutzungsübereinkommen (Péagevertrag) dieser vorläufig nur projektierten Bahn mit der Ersten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn beschäftigte[415]. Die Teilstrecken der Transversalbahn wurden zwischen 1884 und 1885 eröffnet.

Am 16. Mai 1882 beriet der Ministerrat dann über die Frage, ob die Bauvergabe für die galizische Transversalbahn für jeden Arbeitsbereich an Einzelunternehmer im Wege von Einheitspreisen erfolgen, oder ob damit ein Generalvertreter beauftragt werden solle, der „das ganze Baugeschäft von der Grundeinlösung angefangen bis zur Fertigstellung der Bahn“ abzuwickeln habe[416]. Die Entscheidung fiel zugunsten eines Generalunternehmers, denn dies „vereinfache die staatliche Aufsicht, die bei der Vergebung an Einzelunternehmer einen teueren Aufsichtsapparat erfordere“. Diese Entscheidung hatte ein juristisches Nachspiel. Denn der Abgeordnete Ignaz Ritter v. Kamiński strengte gegen Carl Freiherrn v. Schwarz, der als Generalunternehmer beauftragt worden war, eine Zivilklage auf Zahlung von 625.000 fl. an. Denn „es sei seinem Einflusse auf die maßgebenden Regierungsorgane gelungen, die Regierung zu bestimmen“, wie es der Antrag des Abgeordneten Joseph Kopp und Genossen für einen Untersuchungsausschuss gegen Kamiński formulierte, „die Regelung des Baues der Galizischen Transversalbahn im Wege der Generalunternehmung“ auszuschreiben. Zudem habe Kamiński Schwarz über die anderen Angebote informiert, „damit dieser das günstigste Offert stelle, ohne daß der Preis zu sehr gedrückt werde“[417]. Diese Affäre sollte den Ministerrat dann in den Jahren 1883 und 1884 beschäftigen[418]. Sie ist im Zusammenhang mit der Entscheidung des Ministerrates für die Bauvergabe über einen Generalunternehmer einerseits durch

---

410 Prot. Reichsrat AH. 5. 4. 1881 (137. Sitzung) 4817, Beilage 323.
411 Konta, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs, 292.
412 Prot. Reichsrat AH. 21. 5. 1881 (158. Sitzung) Beilage 349.
413 *Gesetz v. 28. 12. 1881,* Rgbl. Nr. 150/1881. *Gesetz vom selben Tag,* Lgbl. Galizien Nr. 5 *ex* 1882.
414 *MR. v. 7. 5. 1882/III; Gesetz v. 6. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 72/1882.
415 *MR. v. 16. 9. 1881/IV (liegt nicht ein).*
416 *MR. v. 16. 5. 1882/I.*
417 Prot. Reichsrat AH. 8. 2. 1883 (263. Sitzung) Beilage 648. *Siehe dazu auch in der Rubrik* Gerichtssaal Neues Wiener Tagblatt v. 4. 2. 1883.
418 *Die Kamińskiaffäre kam dann zuerst in MR. II v. 7. 2. 1883/I zur Sprache.*

den Vorwurf der Beeinflussung der „maßgebenden Regierungsorgane“ interessant, andererseits dadurch, dass sich der Ministerrat dreimal mit der Veröffentlichung der Unterlagen, die Kamiński in seiner Zivilklage als Belege seiner Behauptungen beigelegt hatte, und mit der Veröffentlichung der Untersuchungsprotokolle beschäftigte[419].

Zu den großen Eisenbahnprojekten für Galizien gehörte ebenfalls der Bau von Anschlusslinien an die galizische Transversalbahn. Die Beratungen dazu begannen mit der „Frage der Sicherung der Eisenbahnlinie Saybusch–Czacza“[420]. Nachdem der in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf Ende April 1882 immer noch im Eisenbahnausschuss steckte, wurde die Regierung von höchster Stelle aufgefordert, Druck auf den Ausschuss auszuüben: „[Se. Majes]tät geruhen zu [beme]rken, dass Allerhöchstdiesel[be]n insbesondere auf die Abzweigungen der galizischen Transversalbahn Gewicht legen, weil dieselben in militärischer Hinsicht sehr wichtig seien.“[421] Am 23. Mai 1882 sah sich Landesverteidigungsminister Welsersheimb „veranlasst, zur Anregung zu bringen, ob nicht dahin gewirkt werden könne, dass die Vorlage wegen der Herstellung von Abzweigungen der galizischen Transversalbahn noch in diesem Sessionsabschnitte zur Erledigung gebracht werde“[422]. Dem hielt jedoch Handelsminister Pino entgegen, dass es nicht möglich sei, die Sache „im [Abgeordnetenh]ause zu urgie[ren, wei]l es sich dabei, bei der [de]r Erledigung noch im jetzigen Sessionsabschnitte abgeneigten Stimmung des Liechtenstein'schen Klubs, leicht ereignen könnte, dass unmittelbar vor der Vertagung des Hauses die Regierungsmajorität gesprengt würde“. Das Gesetz wurde erst im folgenden Sessionsabschnitt mit dem Beitritt des Herrenhauses zum Abgeordnetenbeschluss erledigt und dann von Franz Joseph sanktioniert[423].

Ein drittes galizisches Eisenbahnprojekt war die Vollendung der bereits 1871 konzessionierten Eisenbahnlinie Lemberg–Stryi–Skole–Beskid[424], die in Ungarn Anschluss an eine Bahnlinie nach Munkács finden sollte. Auch hier wurde wegen militärischer Interessen auf den Bau gedrängt. Aber da es sich um eine Verbindungsbahn zwischen Ungarn und Cisleithanien handelte, musste der Bau zunächst mit dem anderen Teil der Monarchie koordiniert werden. Ungarn schlug vor, dass die ungarische Nordostbahn-Gesellschaft „diese Bahn im Vereine mit einigen entsprechenden Anschlusslinien als gemeinsame Bahn zur Herstellung und zum Betriebe gegen eine von beiden Staaten zu leistende Zinsengarantie übernehme“[425]. Obwohl auch Kriegsminister Artur Graf v. Bylandt-Rheydt „dieses Projekt als bei der Stellungnahme der ungarischen Regierung einzig zum Ziele führend“ bezeichnete, war es für die cisleithanische Regierung nicht annehmbar. Zum einen stehe es „im Widerspruche mit dem jetzt zur Geltung gekommenen Systeme“, dem Staatsbahnsystem, zum anderen aber würde dadurch Ungarn in die Lage versetzt, „[durch Lah]mlegung des Ve[rkehrs auf d]en galizischen Bahnen und namentlich der Transversalbahn den Verkehr von Osten her über Ungarn

---

419 *MR. v. 16. 2. 1883/II sowie die nicht einliegenden Protokolle von MR. II v. 11. 12. 1884/I und MR. v. 22. 12. 1884/VI.*

420 *MR. v. 2. 4. 1881/I, MR. v. 26. 7. 1881/VII und MR. v. 9. 3. 1882/VII (diese liegen nicht ein) sowie MR. v. 23. 5. 1882/XI.*

421 *MR. I v. 30. 4. 1882/III.*

422 *MR. v. 23. 5. 1882/XI.*

423 Prot. Reichsrat HH. 17. 2. 1883 (73. Sitzung) 1149*; letzte Beratung in MR. v. 24. 1. 1883/III, nach der Sanktion publiziert als Gesetz v. 28. 2. 1882,* RGBl. Nr. 22/1883. *Der Liechtenstein'sche Klub war eine katholisch-konservative Abspaltung aus dem Hohenwart'schen Klub, siehe* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 219–223.

424 *Konzessionsurkunde v. 22. 10. 1871,* RGBl. Nr. 135/1871.

425 *MR. v. 14. 9. 1882/II.*

und nach der Richtung zur See auf dem kürzesten Wege über Fiume abzulenken". Pino bevorzugte vielmehr, dass Cisleithanien „die galizische Teilstrecke als Staatsbau unter der Voraussetzung herstelle, dass auch von ungarischer Seite die Anschlusslinie gesichert werde". Erst im nächsten Jahr behandelte der Ministerrat das Thema erneut[426]. Schließlich kam Anfang 1882 auch das Staatsbahnprojekt einer kurzen Linie von Triest nach Herpelje im Triester Hinterland zur Sprache[427].

Mit der Entscheidung der Regierung Taaffe zu einer Staatseisenbahnpolitik kam nach einem Jahrzehnt Stillstand wieder Bewegung in den Eisenbahnbau.

c) Das Lokalbahngesetz

Am 13. Oktober 1879 stellte der Deutschliberale Heinrich Reschauer mit 33 weiteren Abgeordneten den Antrag zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, um in Gebieten, „die durch den Bau von Secundärbahnen dem ökonomischen Niedergange entrissen würden, die Herstellung solcher Bahnanlagen" zu ermöglichen[428]. Dem zu diesem Zweck gewählten Eisenbahnausschuss wurde dann auch die mit Zuschrift von Handelsminister Korb vom 28. November 1879 in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Regierungsvorlage „betreffend die Zugeständnisse und Begünstigungen für Localbahnen" zugewiesen[429]. Anlass für dieses Gesetz war zum einen die Tatsache, dass das Hauptbahnnetz „bis auf wenige zur Ergänzung erforderlichen Hauptlinien, welche voraussichtlich vom Staate mit bedeutendem Kostenaufwande herzustellen sein werden, nahezu als vollendet anzusehen ist", und zum anderen, dass sich das Kapital „von der Finanzirung und Durchführung größerer Eisenbahnunternehmungen fast ganz zurückgezogen hat". Daher sei ein Interesse privater Investoren nur mehr „in jenen Fällen zu erwarten, wo diese Eisenbahnunternehmungen von den Interessenten nicht in der Absicht auf gewinnbringenden Handel mit den neu zu creirenden Effecten, sondern zunächst nur im Hinblicke auf die Errichtung bestimmter, selbstständiger Verkehrszwecke ins Leben gerufen werden, eine Voraussetzung, die füglich wohl nur bei Localbahnen mit geringeren, ganz oder zum Theile von den Interessenten selbst aufzubringenden Anlagekosten zutrifft"[430]. Anders formuliert, Privatinvestoren konnten nicht mehr für große Bahnprojekte gewonnen werden, weil aus der Spekulation mit Eisenbahnaktien zu wenig Gewinn zu erwarten war, sondern nur mehr für kleinere Bahnen, bei denen das Interesse des Investors stärker darauf lag, mithilfe der Bahn seine eigenen Unternehmen besser an das überregionale Bahnnetz anzubinden. Die Bahn sollte hier also weniger selbst die Dividende generieren als Mittel zum Zweck dafür sein, indem die neuen Linien die dadurch angebundenen Unternehmen profitabler machten.

Dazu wurden zum einen technische und finanzielle Erleichterungen geschaffen: geringere Beschränkungen der Fahrtgeschwindigkeit als auf Hauptbahnen, Befreiung von Stempelgebühren für Verträge und Aktienausgabe und von der Erwerb- und Einkommensteuer für bis zu 30 Jahre. Außerdem waren Zuschüsse des Staates zum Bau möglich. Zinsgarantien gab es aber keine mehr. Das Gesetz wurde durch den Reichsrat angenommen und am 25.

---

426 *MR. v. 18. 2. 1883/III.*

427 *MR. v. 19. 3. 1882/VI (liegt nicht ein).*

428 Prot. Reichsrat AH. 14. 10. 1879 (2. Sitzung) Beilage 7.

429 Prot. Reichsrat AH. 29. 11. 1879 (20. Sitzung) Beilage 64*; beraten in MR. II v. 23. 11. 1879/IV (liegt nicht ein).*

430 Prot. Reichsrat AH. 29. 11. 1879 (20. Sitzung) Beilage 64, Begründung 4.

Mai 1880 sanktioniert[431] und war bis 31. Dezember 1882 befristet. Da beim Eisenbahnbau immer auch das Militär mitzureden hatte und den Bahngesellschaften teilweise sehr teure Verpflichtungen auferlegen konnte[432], behandelte der Ministerrat auch „die Stellungnahme des Reichskriegsministeriums in Fällen von Ansuchen um Vorkonzessionen für Lokalbahnen“[433]. Die Verlängerung des Gesetzes bis Ende 1884 erfolgte mit Gesetz vom 26. Dezember 1882[434].

In der hier behandelten Periode beschäftigten sich 44 Tagesordnungspunkte mit Lokalbahnen, davon 20 mit Bahnen in Böhmen, zwölf in Mähren, je vier in Nieder- und in Oberösterreich, zwei in Galizien und je einer im Küstenland und in Tirol[435].

d) Weitere Eisenbahn- und andere Verkehrsthemen

1882 behandelte der Ministerrat zweimal das Thema der Wiener Stadtbahn[436]. Dieses Projekt, mit dem die Bahnhöfe Wiens miteinander verbunden und Zweiglinien zu den Vorstädten Wiens erbaut werden sollten, war bereits in den frühen 1870er Jahren ins Auge gefasst worden, wurde aber aufgrund des Börsenkrachs zunächst nicht weiterverfolgt[437]. 1880 wurde ein neuer Anlauf für eine Privatbahn unternommen. Das Handelsministerium und die Statthalterei in Wien sprachen sich für das Projekt der englischen Ingenieure James C. Bunton und Joseph Fogerty aus[438]. Der Wiener Gemeinderat, der sich auch zu äußern hatte, bat mehrfach um Fristerstreckung für seine Antwort, um dann am 21. März 1882 zu erklären, dass er „zwar im Prinzipe für die Anlage einer Stadtbahn sei, [dass] er jedoch derzeit [keinem] der vorliegenden Projekte zustimme, da mit der Ausführung der Stadtbahn gleichzeitig auch die Regulierung der Wien und die Auflassung der Linienwälle zu verbinden wäre“[439]. Pino schlug nun seinen Kollegen vor, man solle trotz der ablehnenden Haltung des Wiener Gemeinderates den nächsten Schritt der Konzessionierung setzen und „mit der Konzessionsprüfung unter der Bedingung des Nachweises der Geldbeschaffung vorgehen“, obwohl „die Konzessionserteilung momentan einen Sturm in der Öffentlichkeit hervorrufen würde“. Dem traten die meisten Minister aber entgegen, weil sie nicht gegen den ausgesprochenen Wunsch der Gemeinde Wien vorgehen wollten. Vielmehr sollten zunächst die Konzessionäre „[ihr Sta]dtbahnprojekt [dem Regu]lierungsprojekte der Gemeinde“ anpassen, das dann erneut

---

431 *Gesetz v. 25. 5. 1880,* RGBl. Nr. 56/1880*; beraten in MR. v. 14. 5. 1880/VI (liegt nicht ein).*

432 *Zum Einfluss des Militärs auf Bahnbauten siehe MR. v. 23. 4. 1872/II, über die* Konzessionserteilung für die Bahn Braunau–Strasswalchen*,* CMR. III/1, Nr. 72.

433 *MR. v. 10. 10. 1881/IV (liegt nicht ein).*

434 Gesetz v. 26. 12. 1882, RGBl. Nr. 180/1882*; auf der Tagesordnung von MR. v. 15. 11. 1882/IX.*

435 *Von diesen 44 Protokollen sind elf erhalten, eines für Böhmen (MR. II v. 10. 5. 1882/I), sechs für Mähren (MR. v. 23. 5. 1882/V, MR. II v. 27. 6. 1882/IV, MR. II v. 10. 10. 1882/I, MR. v. 12. 12. 1882, Tagesordnungspunkte II und III, und MR. v. 19. 12. 1882/X), drei für Niederösterreich (MR. II v. 27. 6. 1882/IV und MR. v. 25. 7. 1882, Tagesordnungspunkte V und VI) und eines für Galizien (MR. II v. 27. 6. 1882/IV).*

436 *MR. v. 26. 6. 1882/III und MR. v. 25. 7. 1882/VII.*

437 *Zur Entstehungsgeschichte der Wiener Stadtbahn siehe* KOESTLER, Die Wiener Stadtbahn *und* GRÖGER, Die unvollendeten Stadtbahnen *sowie* GRÖGER, Die Wiener Gürtelbahn.

438 *Protokoll der Beratung im Handelsministerium v. 16. 6. 1882,* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1018/1881. *Protokoll v. 10. 9. 1881 bis 5. 4. 1882 der Kommission der Statthalterei,* AVA., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 11892/1882.

439 *MR. v. 26. 6. 1882/III. Zur am Wiener Linienwall eingehobenen Verzehrungssteuer siehe* HAUER, Die Verzehrungssteuer *sowie* HAUER – GIERLINGER – NAGERLE – ALBRECHT – USCHMANN – MARTSCH, Die Wiener Verzehrungssteuer.

dem Gemeinderat vorzulegen sei. Am 7. Juli 1882 beschloss der Gemeinderat dann, einen eigenen Entwurf für die Stadtbahn und die Wienfluss-Regulierung ausarbeiten zu lassen, womit das Stadtbauamt beauftragt wurde. Der Wunsch Pinos, den Bau der Stadtbahn zügig in Angriff zu nehmen – und zwar auf Basis des Angebotes Bunton und Fogerty –, zerschlug sich daher[440].

Weitere Eisenbahnthemen, mit denen sich der Ministerrat auseinandersetzte, waren in der Zeit der Übergangsregierung Stremayr ein Staatsvorschuss in Höhe von 75.000 fl. für die Mährische Grenzbahn[441], die Erhöhung der Zinsgarantie für die Kaschau–Oderberger Bahn[442] und die Verlängerung der staatlichen Donauuferbahn von der Stadlauer Brücke bis Kaiserebersdorf[443].

Seit Ernennung Taaffes zum Ministerpräsidenten standen bis Ende 1882 auf der Tagesordnung des Ministerrats noch die Bestellung eines Regierungsvertreters im Verwaltungsrat der Pilsen–Priesener Bahn[444], die böhmisch-mährische Transversalbahn von der ungarischen zur bayerischen Grenze, deren Baukosten so hoch waren, dass keine privaten Investoren gefunden werden konnten, für die aber auch der Staat das Geld nicht hatte[445], die Privilegiumsverlängerung der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn[446], die Verlängerung der Steuerfreiheit der Südbahn und die „Verwendung des Kaufschillingsrestes der Südbahn zur Defizitsdeckung“[447]. Ein weiteres Thema waren Landesgesetze zur Herstellung und Erhaltung von Eisenbahn-Zufahrtsstraßen[448].

Um den internationalen Güteraustausch zu erleichtern, fanden in Bern zwischen 20. September und 10. Oktober 1881 Konferenzen statt, an denen sich neben der Schweiz und den gemeinsam auftretenden Cisleithanien und Ungarn unter anderem auch Frankreich, Italien und die Niederlande, nicht jedoch das Deutsche Reich beteiligten. Ziel war es, dass sich die beteiligten Staaten auf Normen einigten, beispielsweise international vereinheitlichte Frachtbriefe, um die bisher langwierigen Zollbehandlungen zu beschleunigen. Das Ergebnis der Konferenz war ein weitgehender Kompromiss, zu dem allerdings viele Staaten, darunter auch Cisleithanien und Ungarn, Vorbehalte angemeldet hatten. Diese sollten in einer Schlusssitzung ausgeräumt werden[449]. Um die Einigung zu beschleunigen, erklärten mehrere Staaten, „dass sie von ihren Vorbehalten abstehen und in die En-bloc-Annahme eingehen

---

440 *Fortsetzung in MR. v. 12. 1. 1883/I; erst 1892 erfolgte der Baubeginn der Wiener Stadtbahn, die dann erst 1898 eröffnet werden sollte.*

441 *MR. v. 17. 4. 1879/VII (liegt nicht ein), Gesetz v. 21. 4. 1879,* RGBL. Nr. 69/1879*; ein weiterer Staatsvorschuss wurde beraten, MR. v. 6. 12. 1879/III (liegt nicht ein), ein entsprechender Gesetzentwurf aber nicht in den Reichsrat eingebracht.*

442 *MR. v. 11. 6. 1879/VIII (liegt nicht ein); Gesetz v. 20. 6. 1879,* RGBL. Nr. 92/1879.

443 *MR. v. 21. 3. 1879/III, MR. v. 17. 5. 1879/VII; Gesetz v. 1. 6. 1879,* RGBL. Nr. 86/1879*; in MR. v. 21. 1. 1882/VIII wurde dann auch die* Änderung im Staatsvoranschlage pro 1882 *für die Donauuferbahn besprochen.*

444 *MR. II v. 27. 9. 1879/VI (liegt nicht ein).*

445 *MR. v. 14. 2. 1880/VIII und MR. v. 9. 3. 1882/VIII (beide liegen nicht ein).*

446 *MR. v. 16. 2. 1881/I und MR. v. 25. 4. 1881/VIII (beide liegen nicht ein).*

447 *MR. v. 2. 6. 1880/I (liegt nicht ein).*

448 *MR. v. 14. 5. 1880/VIII und MR. v. 23. 7. 1881/I (Kärnten), MR. v. 31. 5. 1880/VI (Galizien) und MR. v. 1. 4. 1882/II (Niederösterreich), keines liegt ein.*

449 *MR. v. 15. 11. 1882/X; Mitteilung des Resultats der Konferenz durch Schreiben* des *Schweizer Bundesrates v. 14. 10. 1881 an das Außenministerium,* HHSTA., admin. Reg., F 34 S.R., Karton 360, Zl. 22–20/2–19/1881–1883.

wollen, wenn auch wir auf unseren Vorbehalt verzichten“[450]. Wie auch sein ungarisches Pendant sprach sich der cisleithanische Ministerrat für einen Verzicht auf den Vorbehalt aus, „zumal wir darauf hier auch umso leichter verzichten können, als die Frage des Wagenregulatives bei der heuer in Bern abgehaltenen Konferenz in Sachen der technischen Einheit im Eisenbahnwesen zur Sprache gebracht wurde und dort im künftigen Jahre zu verfol[gen sein] werde“. Schließlich beriet der Ministerrat auch darüber, ob das Kriegsministerium „behufs Geltendmachung allfälliger militärischer Anschauungen von der Konvention in Kenntnis zu setzen“ sei[451], kam aber zu dem Ergebnis, „dass der Inhalt desselben keinen Anlass gebe, um von militärischer Seite ein Bedenken geltend zu machen“. Allerdings sah sich Welsersheimb veranlasst, „von seinem Standpunkte das ausdrückliche Verlangen zu stellen, dass die Sache dem Reichs[k]riegsministerium mitgeteilt werde“[452].

Das Handelsministerium verfolgte dabei nicht nur das Ziel, den internationalen Eisenbahnfrachtverkehr an sich zu erleichtern, sondern auch, der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Deutschen Reich entgegenzutreten. So kommentierte Pino die Einigung, es sei „die s[einer]z[eit] von unserem Delegierten mit Geschick u[nd] Erfolg angestrebte Isolierung des Deutschen Reiches in der That zur Wahrheit geworden und wird es nur noch von einem gleich umsichtigen Vorgehen bei der Schluss-Conferenz abhängen, die gewonnenen Resultate dauernd zu sichern“[453]. Das Thema kam noch dreimal im Ministerrat zur Sprache, bevor 1890 das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr zustande kam, deren ratifizierte Urkunden zwei Jahre später ausgewechselt wurden[454]. Zu den Mitunterzeichnern gehörte 1890 dann auch das Deutsche Reich.

Andere zwischenstaatliche Eisenbahnthemen beschäftigten sich mit dem ungarischen Vorschlag „für den Abschluss einer Eisenbahntarifvereinbarung mit Deutschland“[455], mit einem „Operat für die Verhandlungen à quatre mit Serbien, Türkei und Bulgarien wegen der Eisenbahn gegen Konstantinopel und Salonich“[456], besonders intensiv aber mit einer Eisenbahnkonvention mit Serbien, die am 9. April 1880 zustande kam[457]. Zu bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnthemen siehe im Kapitel zu Bosnien-Herzegowina.

Neben Eisenbahn- standen auch Schifffahrtsfragen auf der Tagesordnung des Ministerrates. Im Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 (Artikel XXIX, 6. Absatz) war Österreich-Ungarn auch die Ausübung der Schifffahrts- und Sanitätspolizei im Montenegro zugeschlagenen Hafen von Antivari übertragen worden, deren Durchführung am 25. März 1879 vom

---

450 *Anfrage (Abschrift) der Schweizer Gesandtschaft v. 9. 10. 1882,* AVA., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 33986/1882.

451 *MR. v. 15. 11. 1882/X.*

452 *MR. v. 18. 11. 1882/III.*

453 *Schreiben (K.) Pinos an Pražák v. 5. 12. 1882,* AVA., VA., HM. (III E), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 39653/1882.

454 *MR. v. 7. 7. 1886/VII, MR. II v. 13. 6. 1888/II und MR. v. 23. 5. 1891/VI (alle Protokolle liegen nicht ein); Internationales Übereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr v. 14. 10. 1890 (von Österreich-Ungarn ratifiziert am 5. 12. 1891, Austausch der ratifizierten Urkunden in Bern am 30. 9. 1892), publiziert als* RGBL. Nr. 186 *ex* 1892.

455 *MR. II v. 7. 12. 1879/I (liegt nicht ein).*

456 *MR. v. 29. 6. 1880/II (liegt nicht ein).*

457 *MR. v. 23. 4. 1879/I, MR. v. 30. 4. 1879/II, MR. I v. 19. 5. 1879/V, MR. v. 11. 6. 1879/V, MR. v. 17. 7. 1879/II, MR. II v. 27. 9. 1879/VIII, MR. v. 3. 3. 1880/I und MR. v. 12. 4. 1880/I (keines der Protokolle liegt ein); Eisenbahnkonvention v. 9. 4. 1880 (julianischer Kalender 28. 3. 1880; ratifiziert durch Franz Joseph am 8. 6. 1880),* RGBL. Nr. 80/1880.

Ministerrat besprochen wurde[458]. Der Berliner Vertrag hatte auch eine Additionalakte zur Folge, um ihn in Einklang mit der Schifffahrtsakte für die Donaumündung zu bringen, die am 28. Mai 1881 unterzeichnet wurde[459]. Die Übergangsregierung Stremayr beriet ein Gesetz über die Registrierung der Seehandelsschiffe[460] und die „Amnestie für Seeleute der Handelsmarine, welche sich des Vergehens der Entweihung von österreichischen Handelsschiffen schuldig gemacht haben“[461]. Auf der Tagesordnung der Regierung Taaffe standen dann eine Regierungsvorlage „betreffend die Einhebung einer Abgabe von dem Personen- und Reisegepäckstransporte auf Eisenbahnen und Dampfschiffen“, die aber nicht Gesetzeskraft erhielt[462], die „Zustimmung zu Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Lloydgesellschaft mit der türkischen Regierung wegen Ankaufes von türkischen Schiffen behufs Fahrten unter türkischer Flagge“[463] und die Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Josef Michael Teuschl und Genossen „wegen Unterstützung ausländischer Schifffahrtsunternehmungen seitens Ungarns“[464]. Ein Thema zur Flussschifffahrt war die „Vorlage betreffend den mit Deutschland abgeschlossenen Elbe-Schifffahrtsvertrag“[465].

Am 15. Jänner 1882 interpellierte der istrianische Abgeordnete und Landeshauptmann Franz Vidulich die Regierung, den Schiffsbau und die Schifffahrt zu fördern[466]. Darauf legte Pino nach eingeholter Ermächtigung durch den Monarchen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vor, durch den Dampfer für die Seefahrt, die im Inland erbaut wurden, von der Erwerb- und Einkommensteuer befreit werden sollten. Nach der Annahme des Gesetzes durch den Reichsrat wurde es am 29. Mai 1883 sanktioniert[467] und war bis Ende 1887 befristet.

8 Finanzpolitik

Franz Joseph hatte in seiner Thronrede bei der Eröffnung der VI. Legislaturperiode des Reichsrates am 8. Oktober 1879 die „Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt“ als eine zentrale Aufgabe der Finanzpolitik bezeichnet. Dies war zwar eine stereotype Forderung – und das bis heute. Wie wichtig es aber Franz Joseph 1879 war, unterstrich die Ergänzung, dass Einsparungen „auch das Kriegsbudget umfassen“ sollten, allerdings mit der Einschränkung „soweit dies mit der Machtstellung und Sicherheit des Reiches vereinbar erscheint“[468]. Damit wurde der Beitrag des Militärs zur Herstellung des ausgeglichenen

---

458 *MR. v. 25. 3. 1879/X (liegt nicht ein).*

459 *MR. II v. 2. 7. 1881/III (liegt nicht ein); Zusatzakte zur Schifffahrtsakte für die Donaumündung v. 2. 11. 1865 (unterzeichnet am 28. 5. 1881),* RGBl. Nr. 113 *ex* 1882.

460 *MR. I v. 17. 2. 1879/VII und MR. v. 3. 5. 1879/III (liegen beide nicht ein); Gesetz v. 7. 5. 1879,* RGBl. Nr. 65/1879.

461 *MR. v. 18. 4. 1879/IV (liegt nicht ein).*

462 *MR. v. 22. 10. 1879/III (liegt nicht ein).*

463 *MR. II v. 2. 11. 1879/II (liegt nicht ein).*

464 *MR. II v. 9. 11. 1879/VIII und MR. v. 11. 11. 1879/VI (liegen beide nicht ein).*

465 *MR. v. 12. 4. 1880/IV (liegt nicht ein);*

466 *MR. v. 15. 1. 1882/III (liegt nicht ein).*

467 *MR. v. 26. 4. 1882/III; Vortrag Pinos v. 26. 4. 1882, Ah. E. v. 30. 4. 1882,* HHStA., Kab. Kanzlei 1715/1882*; Annahme durch den Reichsrat (Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 7. 4. 1883 (291. Sitzung) 9976*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH, 7. 5. 1883 (80. Sitzung) 1294*, Sanktionierung über Vortrag Pinos v. 17. 5. 1883 mit Ah. E. v. 29. 5. 1883,* HHStA., Kab. Kanzlei 2018/1883*; publiziert als Gesetz v. 29. 5. 1883,* RGBl. Nr. 99/1883.

468 *Thronrede Franz Josephs v. 8. 10. 1879,* Prot. Reichsrat AH. *und* HH. Beilage 1.

Staatshaushalts vollständig relativiert. Denn die Armee verursachte alleine durch die dauerhafte Dislozierung eines Armeekorps nach Bosnien-Herzegowina Zusatzkosten von etwa acht Millionen Gulden[469], rund 9 % der bisherigen Militärausgaben. Aber auch ohne diesen Okkupationskredit lag das von den Delegationen bewilligte Militärbudget 1883 um 8 % über dem von 1878, zusammen wurden dem Militär 1883 17 % mehr Gelder bewilligt als 1878 (nach Abzug der eigenen Einnahmen des Kriegsministeriums 1878 101 und 1883 119 Millionen Gulden)[470]. Vergleicht man den Voranschlag 1883 mit dem von 1878[471] – im cisleithanischen Budget war immer auch der Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben enthalten –, so stiegen die Ausgaben um 16,3 % (von 423 auf 492 Millionen Gulden). Generell waren daher die Zivil- gegenüber den Militärausgaben etwas weniger gestiegen.

a) Einnahmensteigerungen

In der Thronrede am 8. Oktober 1879 hieß es, dass ein Weg zur Deckung des Abgangs „durch Vermehrung der Einnahmen" geschehen solle[472]. Daher beschäftigten sich die Regierung und der Reichsrat mit einigen Steuergesetzen. Noch in der alten Legislaturperiode war ein neues Grundsteuergesetz zustande gekommen[473]. Mit ihm wurde das Vorgängergesetz vom 24. Mai 1869[474] abgeändert, aber doch in seinem Prinzip beibehalten. So wurde nicht die Höhe der Besteuerung mit dem Gesetz festgeschrieben, sondern eine Grundsteuerhauptsumme, die dann über den Reinertrag – d. i. der vom Rohertrag verbleibende Überschuss unter gewöhnlichen Bedingungen – von Kommissionen auf die Länder, Bezirke, Gemeinden und einzelnen Grundbesitzer verteilt wurde. Alle 15 Jahre hatte eine Revision des Reinertrages und damit auch der Steueraufteilung stattzufinden. Nicht dieses Prinzip, sondern nur einige Verfahrensbestimmungen waren 1879 abgeändert worden. Damit war die Mehrheit des neuen Reichsrates jedoch unzufrieden und revidierte die Bestimmungen. Diese Änderungen

469 *Alleine für den Monat Dezember 1879 beantragte das Militär 1,6 Millionen Gulden, MR. v. 13. 11. 1879/V (liegt nicht ein). MR. v. 19. 12. 1879/II und 13. 5. 1881 (beide liegen nicht ein) berieten über die Belassung von Truppen im Okkupationsgebiet. Zum sogenannten Okkupationskredit siehe beispielsweise den II. Beschluss* betreffend das außerordentliche Heereserfordernis für die Commanden, Truppen und Anstalten in Bosnien und der Hercegovina und im Limgebiete für das Jahr 1883, Prot. Delegation RR. 18. 11. 1882 (5. (Schluss-) Sitzung) 189.

470 *Für 1878 Beschluss betreffend den gemeinsamen Staatsvoranschlag für das Jahr 1878,* Prot. Delegation RR. 7. 6. 1878 (14. Sitzung) 370*; für 1883 neben dem eben zitierten II. auch der I. Beschluss* betreffend den Voranschlag des gemeinsamen Staatshaushaltes der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1883, Prot. Delegation RR. 18. 11. 1882 (5. (Schluss-) Sitzung) 181.

471 *Finanzgesetz für das Jahr 1878 v. 30. 3. 1878,* Rgbl. Nr. 27/1878; *Finanzgesetz für das Jahr 1883 v. 16. 4. 1883,* Rgbl. Nr. 47/1883.

472 *Thronrede Franz Josephs am 8. 10. 1879,* Prot. Reichsrat AH. *und* HH. Beilage 1.

473 *Gesetz v. 6. 4. 1879,* Rgbl. Nr. 54/1879; *beraten in MR. v. 23. 3. 1878/II und MR. v. 11. 6. 1878/III sowie in diesem Band MR. v. 6. 4. 1879/VIII (liegen alle nicht ein).*

474 *Gesetz v. 24. 5. 1869,* Rgbl. Nr. 88/1869*; beraten in MR. v. 7. 12. 1868/I (liegt nicht ein) und MR. v. 15. 5. 1869/VIII,* Cmr. II, Nr. 151, 225.

betrafen drei Bereiche: den Verfahrensprozess zur Bestimmung der Steueraufteilung[475], die Reklamationsfristen[476] und das Aufteilungsverfahren der Hauptsumme[477]. Die Hauptsumme an sich verblieb unverändert bei 37,5 Millionen Gulden jährlich (Artikel I).

Mit dieser Novellierung der Grundsteuer wurden daher die dringend benötigten Mehreinnahmen nicht erreicht. Dies erhoffte Finanzminister Chertek dagegen über eine „Ergänzungssteuer" zu erreichen, die „ihrem Zwecke gemäß nur im Jahre 1880 eingehoben werden soll"[478]. Diesen Zweck definierte § 1 des Entwurfes: „Zur theilweisen Bedeckung des im Jahre 1880 sich ergebenden Abganges im Staatshaushalte wird als außerordentliche Abgabe eine Ergänzungssteuer im Betrage von vier Millionen Gulden eingehoben."[479] Einkommen ab 1.400 fl. sollten in einer nach oben offenen Skala mit dieser Steuer belegt werden, wobei nach der Klasseneinteilung (§ 4) der unterste Steuersatz mit 9 fl. für Einkommen von 1.400 bis 1.600 fl. etwa 0,6 % des Einkommens ausmachte und am Ende, mit Einkommen ab 105.000 fl., 2,7 bis 2,9 % erreichte[480]. Je nach berechneter Steuerleistung und nach Erhebung der Einkommen sollte eine Vermehrung oder Verminderung der Steuersätze eintreten, um das Ziel der Einnahme von vier Millionen Gulden zu erreichen (§ 5). Dieser Gesetzentwurf blieb jedoch bereits im Steuerausschuss hängen und wurde am 5. März 1880 von Cherteks Nachfolger Kriegs-Au wieder zurückgezogen[481]. Parallel zur Ergänzungs- wurde auch eine Transportsteuer auf „Personen- und Reisegepäcktransporte auf Eisenbahnen und Dampfschiffen" eingebracht, ebenfalls mit dem Ziel der Deckung des Defizits 1880. Auch sie erreichte nicht die zweite Lesung des Abgeordnetenhauses[482].

Hingegen wurden die Gebäudesteuern (Hauszins- und Hausklassensteuer), die bereits Finanzminister Dunajewski dem Abgeordnetenhaus vorlegte[483], novelliert. Sie standen im Zusammenhang mit der Grundsteuer. Im Gegensatz zu dieser hatten sie keine festgeschriebene Einnahmenhöhe, sondern genau geregelte Steuersätze. Die größte Änderung trat für Tirol und Vorarlberg ein, die bisher der Gebäudesteuer nicht unterlagen, nun aber miteinbezogen wurden. Neben diesen beiden Ländern wurden auch für andere Länder und Orte Übergangsfristen bestimmt, in denen die Steuer sukzessive auf die volle Höhe gesteigert wurde. Mit einigen Änderungen nahm der Reichsrat das Gesetz „betreffend einige Abänderungen der Gebäudesteuergesetze" an, das am 9. Februar 1882 sanktioniert werden konnte[484].

---

475 *MR. v. 22. 10. 1879/V, MR. v. 1. 12. 1879/VI, MR. II v. 7. 12. 1879/IV, MR. v. 9. 12. 1879/I, MR. v. 12. 12. 1879/II, MR. v. 7. 1. 1880/I, MR. v. 9. 1. 1880/VI und MR. v. 23. 1. 1880/III (keines der Protokolle liegt ein), Gesetz v. 28. 3. 1880,* RGBL. Nr. 34/1880.

476 *MR. v. 5. 7. 1880/II, MR. v. 3. 1. 1881/II, MR. v. 23. 1. 1881/III, MR. I v. 5. 3. 1881, Tagesordnungspunkte I und II, MR. v. 25. 3. 1881/VII (alle Protokolle liegen nicht ein), Gesetz v. 30. 3. 1881,* RGBL. Nr. 25/1881.

477 *MR. v. 22. 6. 1880/II, MR. v. 5. 2. 1881/VII und MR. v. 2. 6. 1881/VIII (liegen alle nicht ein); Gesetz v. 7. 6. 1881,* RGBL. Nr. 49/1881.

478 *Nach Beratung in MR. v. 22. 10. 1879/IV und MR. v. 23. 10. 1879/III (liegen beide nicht ein) persönlich von Chertek im Abgeordnetenhaus eingebracht,* PROT. REICHSRAT AH. 28. 10. 1879 (7. SITZUNG) 137.

479 PROT. REICHSRAT AH. 28. 10. 1879 (7. SITZUNG) Beilage 38.

480 *In* SANDGRUBER, Traumzeit für Millionäre *wurden Personen mit einem Jahreseinkommen ab 100.000 K als (Kronen-)Millionäre berechnet.*

481 *Beraten in MR. I v. 28. 2. 1880/II (liegt nicht ein).* PROT. REICHSRAT AH. 5. 3. 1880 (53. SITZUNG) 1576*; der Gesetzentwurf wurde noch beraten in MR. v. 7. 1. 1880/I und MR. I v. 20. 2. 1880/II (liegen beide nicht ein).*

482 *MR. v. 28. 10. 1879/II (liegt nicht ein),* PROT. REICHSRAT AH. 28. 10. 1879 (7. SITZUNG) 137, Beilage 39.

483 *Beraten in MR. v. 8. 11. 1880/IV, MR. v. 9. 3. 1880/II und 4. 2. 1882/II (keines liegt ein); Regierungsvorlage* PROT. REICHSRAT AH. 30. 11. 1880 (96. SITZUNG) Beilage 226.

484 *Gesetz v. 9. 2. 1882,* RGBL. Nr. 17/1882.

Die Steuerberechnung erfolgte mit Anfang 1882. Die Einnahmen stiegen nur langsam an. Während das Finanzgesetz von 1878 Einnahmen aus den alten Gebäudesteuern in Höhe von 23,5 Millionen Gulden erwartete, waren es 1883 25,2 Millionen und zusätzlich eine Einnahme von 1,3 Millionen durch eine im Gesetz enthaltene „[f]ünfpercentige Steuer vom Ertrage hauszinssteuerbefreiter Gebäude". 1885 sollten die Einnahmen dieser Steuern mit 26,4 und 1,4 Millionen Gulden präliminiert werden[485].

Wegen der zunehmenden Abhängigkeit der Regierung Taaffe von Tschechen, Polen und den konservativen Kreisen im Reichsrat trug auch die Steuerpolitik antiliberale Züge. Zur Deckung der Staatsausgaben sollten stärker als bisher Einkommen nach ihrer Höhe herangezogen werden, besonders Börsengewinne (mobiles Kapital), die auf konservativer Seite für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wurden, in der Cisleithanien seit dem Börsenkrach steckte. Allerdings, so urteilte Gustav Kolmer, der die Entwicklung sehr stark von deutschliberaler Seite betrachtete, vermied es die Regierung zunächst, „bei ihrer Geldnot und der wirtschaftlichen Depression den Geldmarkt durch hohe Besteuerung des mobilen Kapitals ihren Geldbedürfnissen noch schwerer zugänglich zu machen"[486]. Denn dieser Geldmarkt wurde in den ersten Jahren nach der Okkupation Bosnien-Herzegowinas besonders benötigt.

Erst Ende 1882 legte Dunajewski dem Reichsrat vier Vorlagen für Personensteuern vor. Sie betrafen eine reformierte Erwerb- und eine reformierte Einkommensteuer, nun Personaleinkommensteuer genannt, und außerdem eine Aktien- sowie eine Rentensteuer – eine Steuer auf Zinsgewinne –, die beide bisher in der Einkommensteuer integriert waren[487]. Die Einkommensteuer war 1848 bis 1850 in mehreren Etappen eingeführt worden und erweiterte die bereits seit 1829 bestehende Erwerbsteuer zu einer Besteuerung aller Einkommen[488]. Mit der von Dunajewski vorgeschlagenen Reform dieser Personensteuern wurde aus der bisherigen Doppel- letztlich eine Viergleisigkeit, wobei besonders die Erwerbsteuer zusätzlich noch in die Subkategorie der selbstständigen und unselbstständigen Erwerbseinkommen geteilt und bei der Rentensteuer die Zinsleistungen aus Staatsobligationen ausgenommen waren. Auch wenn diesen Vorlagen letztlich zugestimmt wurde, zeigen die Diskussionen im Ministerrat insgesamt Kritik an diesem wenig homogenen Besteuerungssystem. So wurde besonders bemängelt, dass die Personaleinkommensteuer auch das ohnehin bereits über den Grund- und Gebäudebesitz versteuerte Einkommen erneut belastete. Letztlich änderte der Ministerrat nur die beiden Tarifskalen der Erwerbsteuer ab, indem die Sätze der selbstständigen Einkommen (Tarif A) ab 4.100 fl. etwas angehoben, während jene der unselbstständigen Arbeit (Tarif B) ab Einkommen von 7.000 fl. etwas reduziert wurden, sodass nun die selbstständigen Einkommen auch in den höheren Kategorien etwas stärker als die unselbstständigen belastet waren[489]. Dennoch blieb Landesverteidigungsminister Welsersheimb, der sich „in so wichtiger Frage auch über die Ressortgrenzen des bloßen Kartätschentums hinaus" zu Wort mel-

---

485 *Finanzgesetz für das Jahr 1878 v. 30. 3. 1878,* RGBL. Nr. 27/1878*; Finanzgesetz für das Jahr 1883 v. 16. 4. 1883,* RGBL. Nr. 47/1883*; Finanzgesetz für das Jahr 1885 v. 26. 3. 1885,* RGBL. Nr. 28/1885.

486 KOLMER, Parlament und Verfassung 3: 185.

487 *MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I.*

488 *Zur Einführung der Einkommensteuer siehe besonders MR. v. 27. 10. 1849/II,* ÖMR. II/1, Nr. 196*; kaiserliches Patent v. 29. 10. 1849,* RGBL. Nr. 439/Ergänzungsband. *Siehe besonders auch* BRANDT, Neoabsolutismus 1: 444–457.

489 *Siehe die aufgrund des Einspruchs des Ministerrates korrigierten Tarifskalen A und B in der 2. Beilage zum MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I.*

dete, mit seiner Meinung alleine, dass „der Perzentsatz für das Einkommen, welches auf mit Risiko verbundene Arbeit – sei selbe physischer oder geistiger Natur – beruht, auf ein gewisses Maß beschränkt werde, welches hinter jenem wesentlich zurückbleibt, das den Besitz, den Genuss und die reine Spekulation treffen soll und kann“[490]. Die vier Gesetzentwürfe wurden mit Zuschrift Dunajewskis vom 4. Dezember 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebracht[491]. Allerdings konnte die Regierungsmehrheit des Hauses für diese Entwürfe nicht gewonnen werden, sie wurden daher nicht votiert. Die Reform der Personensteuern sollte erst 1896 gelingen, indem alle zu einer einzigen Steuer, der Personaleinkommensteuer, zusammengefasst wurden[492].

Eine weitere Einnahmequelle wurde in den Verzehrungssteuern gesehen, einerseits in der Erhöhung der Zuckersteuer und andererseits in der Einführung einer Besteuerung von Petroleum. In diesen Steuerfragen konnte Cisleithanien aber nur im Einvernehmen mit Ungarn vorgehen, weil sie in beiden Teilen zwar jeweils eigene Einnahmen waren, die jedoch nach gemeinsam festzulegenden Regelungen zu behandeln waren[493]. Insofern waren die Beratungen im Ministerrat geprägt durch die Diskussionen mit Ungarn. Nach den prinzipiellen Entscheidungen, die der Ministerrat in einem mit „Steuervorlagen zur Defizitbedeckung. Petroleumsteuer und Zuckersteuer“ übertitelten Tagesordnungspunkt fällte[494], fanden die Beratungen über beide Steuerobjekte getrennt voneinander statt. Die Zuckersteuer wurde wegen der Differenzen mit Ungarn erst nach langwierigen Beratungen[495] mit Gesetz vom 18. Juni 1880 um etwa 10 % angehoben, bei getrockneten Rüben von 73 Kreuzern auf 80 Kreuzer pro 100 kg. Gleichzeitig wurde auch das durch die Steuer und die Zolleinnahmen zu erreichende Reinerträgnis, das für die Betriebsperiode 1878/79 sechs Millionen Gulden und jährlich um 500.000 Gulden steigend bis 10,5 Millionen ausmachen sollte, angehoben auf zehn Millionen in der Betriebsperiode 1880/81, steigend um 400.000 Gulden bis 12,8 Millionen[496].

Am 13. Mai 1880 beantragte der Abgeordnete Felix Graf Vetter von der Lilie, „daß auf internationalem Wege die Beseitigung der in anderen Staaten bestehenden Prämie auf den Export von Zucker angestrebt werde“ und „daß womöglich schon im Jahre 1881 ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher die Besteuerung des Rübenzuckers in Oesterreich-Ungarn von der Erzeugungsperiode 1886/87 ab nach der Menge des Erzeugnisses regelt“[497]. Die Verzehrungssteuern, so auch die auf Zucker, wurden bereits mit der Produktion eingehoben.

---

490 *MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I.*

491 Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8474.

492 *Gesetz v. 25. 10. 1896,* RGBl. Nr. 220/1896*; siehe dazu MR. v. 4. 3. 1895/VIII, Anm. 14,* Cmr. V/1, Nr. 113. *Zur Personaleinkommensteuer von 1896 siehe* Pammer, Inequality in Imperial Austria, 1911, 15 ff.

493 *Nach § 2 Punkt 2 des Gesetzes v. 21. 12. 1867,* RGBl. Nr. 146/1867*,* die Gesetzgebung über die mit der industriellen Produktion in enger Verbindung stehenden indirecten Abgaben*, die sich auf die Verzehrungssteuern von Bier, Branntwein und Zucker sowie seit 1882 auch auf Petroleum bezogen.*

494 *MR. v. 17. 9. 1879/II, zuvor war bereits in MR. v. 22. 8. 1879/VI die Zucker- und Petroleumsteuer besprochen worden (beide Protokolle liegen nicht ein).*

495 *MR. I v. 18. 9. 1879/III, MR. II v. 19. 9. 1879/II, MR. v. 23. 9. 1879/VIII, MR. v. 24. 9. 1879/I, MR. v. 30. 9. 1879/IV, MR. v. 29. 4. 1880/III, MR. v. 2. 5. 1880/III, MR. v. 9. 5. 1880/IV, MR. v. 17. 6. 1880/VI und MR. v. 1. 7. 1880/V (keines dieser Protokolle liegt ein).*

496 *Gesetz v. 18. 6. 1880,* RGBl. Nr. 74/1880. *Das vorherige Steuerausmaß war bei der Einführung der metrischen Maße festgelegt worden, Artikel 1, Punkt C des Gesetzes v. 18. 5. 1875,* RGBl. Nr. 84/1875; *das zu erzielende Reinerträgnis davor bestimmte das Gesetz v. 27. 6. 1878,* RGBl. Nr. 71/1878.

497 Prot. Reichsrat AH. 13. 5. 1880 (95. Sitzung) 3320.

Die gezahlte Steuer wurde dann über den Preis vom Produzenten auf die Käufer übertragen. Dies betraf jedoch nur den im eigenen Zollgebiet abgesetzten Zucker, während für den exportierten Zucker die bereits gezahlte Steuer dem Produzenten rückvergütet wurde. Wegen der europaweiten Schutzzollbewegung, deren Ziel ja der Ausschluss fremder Erzeugnisse von den heimischen Märkten war, weiteten die Zuckerexportländer ihre Rückvergütungen zu einem System von Exportprämien aus, indem den Exporteuren höhere Beträge rückvergütet wurden, als sie zuvor an Steuern bezahlt hatten. Faktisch übernahm die Staatskasse einen Teil der erhöhten Zollausgaben der Unternehmen, damit deren Produkte auf fremden Märkten konkurrenzfähig bleiben konnten. Dieses System stand zwar 1880 erst an seinem Beginn, aber gerade die Zucker exportierenden Länder waren sich schnell bewusst, dass damit zum einen der Schutzzoll seine Wirkung verfehlen musste und zum zweiten die Zollmehreinnahmen in die erhöhten Prämienzahlungen fließen mussten. Somit bezweckte der Antrag Vetter zweierlei. Einerseits sollte eine internationale Lösung für das kostspielige System aus Schutzzoll und Zuckerexportprämie gefunden werden. Andererseits sollte durch die Besteuerung des Endproduktes und nicht der Produktion das ebenfalls kostspielige System aus Einhebung der Steuer auf die gesamte Produktion und Rückvergütung der gezahlten Steuer für die exportierten Mengen beseitigt werden. Wenige Monate nachdem das neue Zuckersteuergesetz in Cisleithanien und Ungarn beschlossen worden war, beschäftigte sich der Ministerrat mit dem Antrag Vetters: „Frage der Änderung der Rübenzuckerbesteuerung. Teilnahme an einer internationalen Konferenz über die Frage der Zuckerexportprämien.“[498] Es sollte noch bis 1903 dauern, bis in Brüssel eine Zuckerkonvention zustande kam, die in Europa einerseits die Zuckerexportprämien abschaffte und andererseits die Zollsätze regelte[499].

Bereits die Regierung Adolph Auersperg hatte versucht, mit dem neuen Wirtschaftsausgleich 1878 eine mit Ungarn gemeinsame Verzehrungssteuer auf Petroleum einzuführen, war damit aber am Widerstand des Abgeordnetenhauses gescheitert[500]. Um diese Einnahmequelle dennoch für den Staat zu erschließen, unternahm Finanzminister Chertek einen weiteren Versuch und legte dem Abgeordnetenhaus am 28. Oktober 1879 den ein Jahr zuvor abgelehnten Gesetzentwurf erneut vor[501]. Zwei Jahre später musste allerdings sein Nachfolger Dunajewski den Entwurf wieder zurückziehen, um eine weitere parlamentarische Ablehnung zu verhindern. Stattdessen brachte er gleichzeitig einen modifizierten Entwurf ein[502]. Dieser Gesetzentwurf konnte dann zügig verabschiedet werden und erhielt mit der Ah. Entschließung vom 25. Mai 1882 die kaiserliche Sanktion[503]. Gemeinsam mit diesem Besteuerungsgesetz wurden auch die Zollsätze für raffiniertes Petroleum angehoben, während die für Rohöl relativ niedrig blieben.

---

498 *MR. v. 1. 10. 1880/I (liegt nicht ein).*

499 *Vertrag v. 5. 3. 1902 (ratifiziert am 31. 1. 1903), betreffend die Zuckergesetzgebung,* RGBL. Nr. 25 *ex* 1903.

500 *MR. v. 5. 9. 1875/IV und MR. v. 18. 1. 1878/I (beide liegen nicht ein).*

501 *Beraten in MR. v. 6. 10. 1879/III, MR. v. 22. 10. 1879/II, MR. v. 6. 10. 1880/I, MR. v. 28. 11. 1880/II, MR. v. 3. 12. 1880/IV, MR. v. 31. 10. 1881/I, MR. v. 13. 11. 1881/I, MR. v. 16. 11. 1881/II und MR. v. 19. 11. 1881/IV (alle Protokolle liegen nicht ein). Gesetzentwurf mit der Rede Dunajewskis in das Abgeordnetenhaus eingebracht,* PROT. REICHSRAT AH. 28. 10. 1879 (7. Sitzung) 136 f., Beilage 40.

502 *Zurückziehung des alten und Einbringung des neuen Entwurfes,* PROT. REICHSRAT AH. 12. 12. 1881 (179. Sitzung) 6324, Beilage 415.

503 *MR. v. 20. 5. 1882/I; das im Reichsgesetzblatt publizierte Gesetz datierte auf den 26. 5. 1882,* RGBL. Nr. 55/1882. *Dazu – auch wegen des Konnexes mit der Teilung der Prager Universität – siehe* SCHMIED-KOWARZIK, Das teure Licht, 189–194.

Kaum war das Gesetz zur Petroleumbesteuerung vom Reichsrat votiert worden, ergriff die Regierung auch die Initiative zur Regulierung und Förderung des Erdölabbaus, indem dieser in das Bergrecht integriert werden sollte[504]. Eine weitere Maßnahme in diese Richtung war mit dem Bau der galizischen Transversalbahn die Anbindung der galizischen Erdölgebiete an das Eisenbahnnetz[505].

Bei Branntwein wurden nur die Regelungen der vereinfachten Pauschalierungsversteuerung ausgeweitet[506]. Nicht gemeinsam mit Ungarn zu regeln war die Besteuerung von Kunstwein[507] – sie wurde neu eingeführt[508] – und Fleisch, wobei hier die Steuerbestimmungen aber unverändert blieben[509]. Deutlich angehoben wurde auch der Spielkartenstempel[510]. Mit allen Steuererhöhungen gelang es der Regierung, die Einnahmen bis 1883 um 16 % gegenüber dem Voranschlag von 1878 zu erhöhen (von 400 auf 464 Millionen Gulden).

b) Ausgabensenkungen

Nicht nur über Einnahmensteigerungen, auch durch Ausgabensenkungen sollte das Defizit im Staatshaushalt reduziert werden: „Eine erhebliche Herabminderung der Staatsausgaben ist durch Vereinfachung der Verwaltung in einzelnen Zweigen des öffentlichen Dienstes“ zu erreichen, hielt schon die Thronrede vom 8. Oktober 1879 fest[511]. Dieses große Ziel wurde jedoch nicht erreicht, vielmehr lagen die Gesamtausgaben Cisleithaniens 1883 um 16,3 % über denen von 1878, die Ausgabensteigerung war daher etwas größer als jene der Einnahmen (16 %). Allerdings waren die Zivilausgaben etwas weniger gestiegen als die Einnahmen, da mit den Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten auch die oben beschriebenen um 17 % gestiegenen Militärausgaben einbezogen waren.

Die Ausgaben entwickelten sich in den einzelnen Ressorts sehr unterschiedlich. Besonders das Handelsministerium sticht mit einer Erhöhung seiner Ausgaben um 150 % hervor. Dies war aber ausschließlich auf die neue Staatsbahnpolitik zurückzuführen. Die Eisenbahnausgaben stiegen von 3,7 auf 40 Millionen Gulden. Dem stand – außerhalb des Handelsressorts – jedoch ein Rückgang der Ausgaben für Zinsgarantien (von 21 auf 14 Millionen Gulden) gegenüber, außerdem stiegen die Einnahmen aus dem Staatseisenbahnbetrieb von 1,4 auf 16,7 (mit Einrechnung des galizischen Beitrags zu ihrer Transversalbahn von 1,1 waren es 17,8) Millionen Gulden. Während netto 1878 also 23,3 Millionen Gulden für Eisenbahnen ausgegeben worden waren, waren es 1883 mit 36,2 Millionen um 55 % mehr[512]. Um 40 % erhöhte Ausgaben wies auch das Finanzministerium aus (von 72 auf 101 Millionen Gulden), was aber besonders auf die Änderungen der Verzehrungssteuerrestitution im Ausgleich von 1878 zurückzuführen war (die veranschlagten Ausgaben stiegen von acht auf 26 Mil-

504 *MR. v. 16. 5. 1882/VII. Eine weitere Begleiterscheinung der Einbeziehung Erdöls in das Bergrecht war eine staatliche statistische Erfassung der Produktion, Gesetz v. 11. 5. 1884,* RGBL. Nr. 71/1884.

505 *Zur galizischen Transversalbahn siehe oben das Kapitel über den Bau neuer Staatsbahnlinien.*

506 *MR. v. 16. 10. 1879/II, MR. v. 26. 4. 1880/IX und MR. v. 2. 2. 1881/IV (liegen alle nicht ein), Gesetz v. 19. 5. 1884,* RGBL. Nr. 63/1884.

507 *Zum Kunstwein siehe* REITLECHNER, Naturwein und Kunstwein.

508 *MR. v. 2. 2. 1881/III und MR. v. 26. 3. 1882/VII (liegen nicht ein), Gesetz v. 30. 3. 1882,* RGBL. Nr. 45/1882.

509 *MR. v. 26. 3. 1882/IX (liegt nicht ein).*

510 *MR. v. 17. 11. 1880/XIII und MR. v. 8. 4. 1881/I (beide liegen nicht ein); Gesetz v. 15. 4. 1881,* RGBL. Nr. 43/1881.

511 *Thronrede v. 8. 10. 1879,* PROT. REICHSRAT AH. *und* HH. Beilage 1.

512 *Den steigenden Anteil der Eisenbahnausgaben am Budget erwähnt* MATIS, Österreichs Wirtschaft, 319.

lionen Gulden). Neben der Anhebung der Restitutionsleistung im Zolltarif beruhte diese Steigerung auch darauf, dass sie ab 1879 nicht mehr zwischen beiden Teilen der Monarchie nach dem Quotenschlüssel (70 : 30), sondern nach dem Produktionsschlüssel der Verzehrungssteuergüter aufgeteilt wurde. Da Cisleithanien weit über 70 % der Verzehrungssteuergüter herstellte, bedeutete diese Regelung eine deutliche Verschiebung der Restitutionszahlungen zulasten Cisleithaniens. Auch das Ministerratspräsidium zeigte Mehrausgaben von 13,4 % (von 0,9 auf eine Million Gulden), zurückzuführen auf die Errichtung einer Presseabteilung der Regierung, des Telegrafenkorrespondenzbüros (1883 veranschlagt mit 94.000 fl.). Die Unterrichtsabteilung des Kultus- und Unterrichtsministeriums verfügte 1883 über 14 % mehr Geld als 1878 (Zunahme von 10,7 auf 12,2 Millionen Gulden).

Gerade das Unterrichtswesen war in den Verhandlungen im Ministerrat für das Budget 1883 eine zentrale Angriffsfläche, nicht nur für Dunajewaski als Finanzminister, sondern auch für Ziemiałkowski und Pražák, denen sich auch der Ministerpräsident anschloss. Für Ziemiałkowski, der hier tonangebend war, ging es darum, „dass man jene Anstalten, welche nicht not[wendig] sind, aufhebt", denn „so werde man dadurch nebst ausgiebiger Ersparung zugleich auch noch mehr Mittel für die notwendigen Anstalten erlangen"[513]. Die „nicht notwendigen Anstalten" waren für ihn neben der Hochschule für Bodenkultur und der Universität in Czernowitz, „welche ein ganz künstliches Gewächs sei und keinem Bedürfnisse entspreche", auch „verschiedene entbehrliche Gymnasien namentlich in Mähren und Böhmen, endlich die Lehrerbildungsanstalten, von denen ohne jede Beeinträchtigung des Zweckes die Hälfte aufgelassen werden könnte". Franz Joseph, der sonst sehr sparsam mit Randbemerkungen in Ministerratsprotokollen war, hielt sich mit seinen Zustimmungsbemerkungen nicht zurück und ergänzte die Ausführungen Ziemiałkowskis mit „sehr richtig, auch einige technische Hochschulen". Als der Monarch dies am 4. November 1882 im Ministerrat selbst zur Sprache brachte, assistierte ihm der Mährer Pražák, „dass die technische Hochschule in Brünn ganz gut aufgelassen werden könnte"[514].

Allerdings ging es den polnischen und tschechischen Ministern keineswegs um Einsparungen im Bildungsbereich, vielmehr dienten sie als Argumentationsbasis für ihre eigentlichen Anliegen. Als Conrad das Thema der „Errichtung und Erweiterung von Staatsmittelschulen, dann wegen Übernahme und Subventionierung von Kommunalmittelschulen" zur Sprache brachte[515], hielt Dunajewski fest, er sei „der Anschauung, dass in Böhmen und Mähren sich zu viele, namentlich zu viele deutsche Mittelschulen befinden", und Pražák erklärte, „dass es entsprechend und das beste Korrektiv wäre, [wen]n die Mittelschulen ganz aus dem Reichsbudget ausgeschieden und in die Landesbudgets übernommen würden". Neben Einsparungen über die Auflassung von weniger frequentierten deutschen Bildungseinrichtungen – siehe dazu weiter oben bei der Sprachenpolitik – sollte das Unterrichtsressort zumindest in längerer Perspektive durch die Auslagerung der Schulfinanzierung vom Staats- in die Landesbudgets, also durch die Föderalisierung der Schulpolitik, entlastet werden. Letztlich blieb es bei wenigen und finanziell kaum ins Gewicht fallenden Einsparungen wie der Auflassung der deutschen Parallelklassen im tschechischen Gymnasium in Wallachisch Me-

513 *MR. v. 28. 10. 1882/I.*
514 *MR. v. 4. 11. 1882/V.*
515 *MR. v. 28. 10. 1882/II.*

seritsch in Mähren[516]. Erst nach dem Wechsel im Amt des Kultus- und Unterrichtsministers von Conrad zu Paul Gautsch v. Frankenthurn am 5. November 1885 wurde ein weiterer Anlauf zu einer Reform des Unterrichtswesens unternommen, der aber diesmal deutsche und tschechische Schulen traf: „Auflassung des Staatsgymnasiums in Freiberg [in Mähren] und Nichtzuerkennung des Öffentlichkeitsrechtes für ein etwa daselbst zu errichtendes Kommunalgymnasium mit böhmischer Unterrichtssprache“[517]. Generell war aber von Einsparungen auf Kosten der Hochschule für Bodenkultur, der Universität Czernowitz oder der technischen Hochschule in Brünn keine Rede mehr. Das Unterrichtsbudget stieg auch in den folgenden Jahren weiter, von 1883 bis 1885 gemäß dem Voranschlag um 7,7 % (von 12,2 auf 13,1 Millionen Gulden)[518].

In der Debatte um das Budget äußerte sich Ziemiałkowski auch zu den Einsparungsmöglichkeiten in den Verwaltungszweigen der Justiz und der Finanzen und stellte damit letztlich die infolge der Revolution von 1848 vollzogene Verstaatlichung der Verwaltung wieder einmal infrage: „Der Minister macht in dieser Beziehung zunächst wieder auf die Abschaffung der dritten Instanzen für Rekursentscheidungen und auf die Steuereinhebung durch die autonomen Organe aufmerksam.“[519] Gerade die Abschaffung der dritten Instanz in der Rechtsprechung hätte die Einheitlichkeit der Rechtsprechung infrage gestellt und diese damit föderalisiert. Die Steuereinhebung durch autonome Organe hätte hingegen ein Schritt in das Ständewesen vor 1848 bedeutet, da die wesentliche Aufgabe der Stände ja die Einhebung der direkten Steuern gewesen war. Dass diese Vorschläge zur Auslagerung von Staatsaufgaben im Unterrichts-, Justiz- und Finanzwesen auf die Länder – oder andere autonome Organe – zu einer Entlastung der Staatskasse geführt hätten, muss aber bezweifelt werden. Denn diese zusätzlichen Landesaufgaben waren ja weiterhin zu finanzieren, wenn nicht durch den Staat, so durch die Länder, sodass es mit der Übertragung dieser neuen Aufgaben ebenso zu einer Neuverteilung der Einnahmen zwischen Staat und Ländern hätte kommen müssen, was ab den 1890er Jahren durch Zweckwidmung von Einnahmen aus den Verzehrungssteuern für die Landeshaushalte auch geschah. Insofern waren diese Reformansätze für strukturelle Lösungen der einnahmeseitigen Sanierung des Defizits wenig brauchbar.

Das Bemühen Dunajewskis, das Defizit möglichst gering zu halten, betraf aber nicht nur das Budget selbst, sondern auch andere außerordentliche Ausgaben. Eingebrachten Nachtragskrediten anderer Minister hatte der Finanzminister in der Regel bereits zugestimmt[520], während einige Bauvorhaben sich selbst finanzierten[521]. In zwei Fällen aber – in den erhaltenen Protokollen – kam es zu solch einem Einvernehmen im Vorfeld nicht. Das eine Mal ging es um einen Vorschuss von 100.000 fl. „für die Triester Aus[s]tellung à conto der künftigen [Einnahmen]“[522]. Aus Anlass der 500-jährigen Zugehörigkeit Triests zur Habsburgermonar-

---

516 *MR. v. 14. 9. 1882/III. Zur Schließung der deutschen Parallelklassen im tschechischen Gymnasium Wallachisch Meseritsch siehe oben im Kapitel zu den Sprachenfragen im Unterrichtswesen.*

517 *MR. v. 20. 7. 1886/VIII (liegt nicht ein).*

518 *Finanzgesetz für das Jahr 1883 v. 16. 4. 1883,* RGBL. Nr. 47/1883*; Finanzgesetz für das Jahr 1885 v. 26. 3. 1885,* RGBL. Nr. 28/1885.

519 *MR. v. 28. 10. 1882/I.*

520 *So die Nachtragsforderungen Conrads in MR. v. 21. 4. 1882/VII und MR. II v. 10. 5. 1882/II, die Pinos in MR. v. 25. 11. 1882/V; den Nachtragskredit in MR. v. 15. 11. 1882/VI brachte Dunajewski selbst ein.*

521 *So die Finanzierung des Baus eines neuen Ackerbauministeriums durch den Verkauf des alten Gebäudes, MR. v. 16. 5. 1882/V.*

522 *MR. v. 26. 4. 1882/I.*

chie sollte eine Gewerbeausstellung stattfinden, für die am 23. April 1882 das Ausstellungskomitee um den Vorschuss gebeten hatte[523]. Gegen diese Forderung wandte nun der Finanzminister ein, „so politisch die fragliche Ausstellung [auch] sein möge, so sei sie jedenfalls nur ein Privatunternehmen, für welche er sich nicht berechtigt halten könne, aus Staatsmitteln einen Vorschuss [z]u leisten". Da die anderen Minister der Meinung waren, dass das Gelingen der Ausstellung ein Politikum sei, beugte sich Dunajewski, aber weil „er als Finanzminister sich nicht herbeilassen könnte, die Anweisung lediglich von Regierungswegen vorzunehmen", musste Pino das Geld über eine Gesetzesvorlage vom Reichsrat erbitten[524].

Hingegen ließen die Unwetter, die Tirol im September und Oktober 1882 heimsuchten, keine Zeit für vorherige Absprache mit dem Finanzminister. Der Statthalter in Innsbruck, Bohuslav Freiherr v. Widmann, teilte den Ministern mit, dass „in Landtagskreisen" eine Kreditoperation des Landes geplant sei, „um Subventionen zu erteilen für Bachregulierungen, Ufersicherungen, Herstellung von Wegen und Brücken, für welche Herstellungen die Gemeinden aufzukommen hätten, von denen jedoch bei den obwaltenden Umständen keinerlei Last übernommen werden könne". Daher dürfte nun der Landtag mit der Bitte kommen, „dass der Staat erstlich gleichfalls mit einer Subventionssumme beispringe und dass er weiters über das, was ihm als Geschenk zu geben möglich ist, hinaus Vorschüsse aus Staatsmitteln gewähre"[525]. Dieser Punkt stieß nun bei Dunajewski auf Ablehnung. Er wollte staatliche Gelder nicht direkt den Gemeinden geben, weil diese Vorschüsse dann „in der Regel nicht hereinzubringen seien". Daher wurden die Vorschüsse dem Land Tirol für seine Gemeinden nur „gegen dessen Haftung" gegeben, sodass das Land, nicht aber der Staat auf das Geld verzichten müsse, wenn es bei den Gemeinden „nicht hereinzubringen" sei.

Weniger sparsam zeigte sich Dunajewski hingegen in der Frage der Grundentlastungsfonds für Ost- und Westgalizien. Mit Ah. Patent vom 7. September 1848 und kaiserlichem Patent vom 4. März 1849 war der Untertänigkeitsverband aufgehoben und die Entlastung des bäuerlichen Besitzes geregelt worden[526]. In Galizien war dies bereits mit dem Patent vom 17. April 1848 wegen Aufhebung der Robot geschehen. Die Ablösefrage wurde hier dann auch getrennt von den übrigen Ländern mit dem kaiserlichen Patent vom 15. August 1849 speziell geregelt[527]. So wurde „für Galizien eine aparte Bestimmung über die Entschädigungsleistung getroffen, indem ein von den Untertanen zu leistendes Entschädigungsdrittel nicht aufgenommen wurde"[528]. Stattdessen wurden die gesamten Ablösekosten vom Staatsschatz übernommen. Allerdings wurde ca. die Hälfte der jährlichen Leistungen (2,625 von 5,5 Millionen Gulden) nur als unverzinslicher Vorschuss des Staates für die mit der Abwicklung der Ablösung gebildeten galizischen Grundentlastungsfonds betrachtet. Dieser unverzinsliche

---

523 *Anfrage des Ausstellungskomitees an Pino mit Telegramm v. 23. 4. 1882, Weiterleitung mit Schreiben (K.) Pinos an Dunajewski v. 24. 4. 1882,* Ava., HM., allg., Fasz. 4a, Karton 396, Zl. 13152/1882.

524 *Gesetz v. 31. 5. 1882,* Rgbl. Nr. 61/1882.

525 *MR. I v. 29. 10. 1882/I. Der Medizinstudent Viktor Malfèr hielt in seinen Erinnerungen – auf Basis seines Tagebuches – fest:* 5. Okt. Statthalter Baron Widmann beschaut den [Auer-]Bach; Versprechungen, Fondazione Museo storico del Trentino, Archivio, Carte Malfèr, Faszikel „Ein Menschenleben" (= Erinnerungen von Dr. Viktor Malfèr sen.), Bogen 9, 5. 10. 1882. *Zu dem Unwetter in Tirol siehe unten das Kapitel über Naturkatastrophen und Unglücksfälle.*

526 *Allerhöchstes Patent v. 7. 9. 1848,* Pgv., Nr. 112/1848*; kaiserliches Patent v. 4. 3. 1849,* Rgbl. Nr. 152/Ergänzungsband.

527 *Patent v. 17. 4. 1848, publiziert in* Lemberger Zeitung v. 15. 5. 1848*; kaiserliches Patent v. 15. 8. 1849,* Rgbl. Nr. 361/Ergänzungsband.

528 *MR. v. 1. 7. 1882/I.*

Vorschuss machte 1882 bereits über 75 Millionen Gulden aus. Dessen Rückzahlungsmodalitäten waren jedoch nie geregelt worden. Nun sollte die Frage der galizischen Grundentlastung prinzipiell auf Basis eines von Ziemiałkowski ausgearbeiteten Planes definitiv geregelt werden: Die bisher angefallenen staatlichen Vorschüsse (die 75 Millionen Gulden) seien vom Staatsschatz abzuschreiben, dafür aber seien bis 1897 die jährlichen staatlichen Vorschüsse um 525.000 auf 2,1 Millionen Gulden zu reduzieren, sodass nun die Differenz direkt aus den galizischen Landeseinnahmen zu zahlen sei. Mit Ablauf des Jahres 1898 hätte dann Galizien die Vorschüsse an den Staat rückzuerstatten. Diese Regelung bezeichnete Dunajewski als Mittelweg zwischen den Extremen, „das Land habe 75 Millionen vom Staat genommen, es müsse daher dieselben zurückzahlen" und der Staat sei verpflichtet „alle Entschädigung zu zahlen".

Doch mit diesem Angebot war der Landesausschuss Galiziens keineswegs zufrieden, da das Land künftig jährlich 525.000 fl. selbst zu tragen hätte. In den Verhandlungen verlangte der Landesausschuss daher einen weiteren jährlichen Zuschuss von 325.000 fl., sodass die jährlichen Lasten Galiziens nur mehr 200.000 fl. betragen würden. Weil die Regierungsvorlage im galizischen Landtag „absolut nicht durchzubringen wäre", führte Dunajewski aus, „scheine es ihm notwendig, doch noch ein weiteres Zugeständnis zu machen, obwohl er obige Forderung als zu weit gehend erachte, und möchte der Finanzminister proponieren, dem Ansinnen wegen der Gewährung eines weiteren rückzahlbaren Staatsbeitrages von 325.000 fl. nachzugeben". Damit setzte er sich durch, obwohl Conrad dagegen Einwände erhob[529].

Dunajewski maß folglich mit zweierlei Maß. Trotz anerkannter politischer Notwendigkeit sprach er sich vehement gegen einen Vorschuss für die Triester Gewerbeausstellung aus, und den von einer Überschwemmung schwer geschädigten Tiroler Gemeinden wollte er einen Vorschuss nur gegen Haftung des Landes gewähren, weil die Rückzahlungen durch die Gemeinden ihm zu unsicher schienen. Hier war die Rücksicht auf den Staatsschatz der Boden seiner Argumentation. Gegenüber Galizien aber zeigte er sich sehr spendabel. Neben der Abschreibung von 75 Millionen Gulden und einer jährlichen Zahlung von unverzinsten Vorschüssen von 2,1 Millionen Gulden zugunsten Galiziens über 14 Jahre (1883 bis 1897) war es schließlich maßgeblich er, der die Forderung des Landesausschusses nach einer Aufstockung des jährlichen Vorschusses um weitere 325.000 fl. im Ministerrat durchzusetzen half. Seine berüchtigte Sparsamkeit machte an den Grenzen seines Heimatlandes Halt.

529 *MR. v. 14. 10. 1882/I.*

c) Die Budgetdebatten

Das jährliche Budget bestand aus zwei getrennt voneinander bestimmten Teilen: dem gemeinsamen Budget (den Ausgaben für die Außenpolitik, das gemeinsame Militär und für deren Finanzverwaltung) und dem cisleithanischen Budget. Das cisleithanische Budget enthielt neben den eigenen Einnahmen und Ausgaben auch den Quotenanteil der gemeinsamen Ausgaben.

Der gemeinsame Ministerrat[530] beschloss den gemeinsamen Voranschlag, der den Delegationen vorzulegen war. Bei diesen Sitzungen waren beide Regierungen durch ihre Ministerpräsidenten und Finanzminister vertreten. Die Beratungen fanden meist im September/Oktober statt, kurz bevor die Delegationen zusammentraten. Von dem Ergebnis dieser Beratungen informierten Ministerpräsidenten und Finanzminister der beiden Regierungen dann ihre jeweiligen Ministerkollegen. Erst danach, aber noch vor dem Beschluss der Delegationen arbeitete der jeweilige Finanzminister mit jedem der Fachminister einzeln deren Einnahmen und Ausgaben aus und führte sie zu einem Gesamtvoranschlag zusammen. Dieser Gesamtvoranschlag wurde dann im Ministerrat beraten und nach dessen Zustimmung, nach erhaltener Vorsanktion durch den Herrscher und nach dem von den Delegationen bewilligten gemeinsamen Budget dem Reichsrat bzw. dem ungarischen Reichstag vorgelegt. Der Grund für diese Nachreihung der beiden Staatsbudgets hinter die Regelung des gemeinsamen Budgets lag darin, dass das gemeinsame Budget über die Quote von beiden Teilen der Monarchie zu tragen war und für die beiden Parlamente eine nicht mehr zu hinterfragende Ausgabengröße des jeweiligen Budgets darstellte. Die gemeinsamen Ausgaben machten etwa 18 % der gesamten Ausgaben Cisleithaniens und Ungarns aus.

Insofern wurden das cisleithanische und ungarische Budget des Folgejahres immer erst gegen Jahresende fertiggestellt und dann den Parlamenten vorgelegt. Selbst ohne größere parlamentarische Schwierigkeiten konnte daher ein Finanzgesetz nicht rechtzeitig zu Jahresbeginn erledigt sein, sodass immer sogenannte Budgetprovisorien die Zeit bis zur Sanktionierung des Finanzgesetzes überbrücken mussten. Schließlich ergab sich während eines Budgetjahres immer die Notwendigkeit von sogenannten Nachtragskrediten, also im Finanzgesetz nicht vorgesehene Ausgaben, denen der Reichsrat nachträglich seine Bewilligung erteilte. Da diesen Ausgaben aber keine zusätzlichen Steuereinnahmen entgegenstanden, stimmte der Reichsrat immer auch einer entsprechenden Kreditaufnahme zu. Dieser Ablauf – Informierung über das den Delegationen vorzulegende gemeinsame Budget, Besprechungen des eigenen Budgets, Budgetprovisorien und Nachtragskredite – wiederholte sich jedes Jahr: 1879[531],

530 *Siehe dazu die Reihe der* Gmr.

531 *Gemeinsames Kriegsbudget: MR. v. 15. 10. 1878/I; cisleithanisches Budget: MR. v. 5. 10. 1878/V, MR. v. 21. 10. 1878/XI sowie MR. v. 22. 5. 1879/I; Budgetprovisorien: MR. v. 22. 12. 1878/VIII sowie MR. v. 10. 3. 1879/XI und MR. v. 17. 4. 1879/III; Finanzgesetz für 1879 v. 22. 5. 1879,* Rgbl. Nr. 68/1879. *Nachtragskredite: MR. II v. 5. 11. 1878/III, MR. v. 28. 12. 1878/V, MR. v. 26. 1. 1879/III und MR. v. 6. 2. 1879/III sowie MR. v. 3. 3. 1879/IV. Keines der genannten Protokolle liegt ein.*

1880[532], 1881[533], 1882[534] und 1883[535]. Nur 1881 dachte der Ministerrat über die „Einbringung auch des Budgets für das Jahr 1883 in der nächsten Reichsratssession" nach[536]; es kam aber nicht dazu.

Zwar hatten die Budgetdebatten gerade für die tschechischen und die polnischen Interessengruppen und deren Vertreter im Ministerrat eine besondere Bedeutung durch den Einfluss auf die zukünftige Ausrichtung der Unterrichtspolitik, sollte damit doch die Dominanz der deutschen Unterrichtsanstalten in Böhmen und Mähren reduziert und das Schulwesen insgesamt föderalisiert werden. Prinzipiell aber ging es um die Beseitigung des Defizits, das infolge der Okkupation Bosnien-Herzegowinas 1878 in die Höhe geschnellt war, wie bereits bei der Entwicklung der Militärausgaben dargelegt worden ist. Um dieses Defizit für 1882 – ohne allfällige Nachtragskredite – zu senken, forderte Dunajewski die Minister zu einer Reduzierung ihrer Ausgaben von insgesamt einer Million Gulden auf. Sein Ressort übernahm davon 300.000 fl., im Unterrichtsbereich wurden 200.000 fl. gestrichen, Innen-, Justiz- und Ackerbauministerium übernahmen je 100.000 fl., sodass die Ausgaben – im Wesentlichen durch das Verschieben von Ratenzahlungen für Staatsbauten – zumindest im Voranschlag wenn auch nicht um eine Million, so doch um 800.000 fl. gesenkt werden konnten[537].

Zur Bekämpfung des Defizits hatte Franz Joseph Ende 1881 die Einberufung einer Ersparungskommission angeordnet[538]. Sie sollte Vorschläge für Einsparungen im Verwaltungsapparat ausarbeiten. Ihr Präsident Hohenwart und ihre Mitglieder wurden Anfang 1882 er-

---

532 *Gemeinsames Kriegsbudget: MR. v. 10. 10. 1879/III und MR. v. 16. 10. 1879/IV; gemeinsamer Nachtragskredit: MR. II v. 13. 9. 1880/V sowie dessen Belastung des Budgets 1883 MR. v. 26. 9. 1882/VI (liegt ein); cisleithanisches Budget: MR. v. 19. 8. 1879/II, MR. II v. 29. und 30. 8. 1879/I, MR. II v. 3. 10. 1879/I, MR. v. 23. 10. 1879/I, MR. I v. 23. 11. 1879/II – wegen der Bezüge des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Adolph Auersperg –, MR. v. 8. 4. 1880/IX und MR. v. 6. 5. 1880/I; Budgetprovisorien: MR. II v. 23. 11. 1879/III, MR. v. 29. 11. 1879/I, MR. v. 1. 3. 1880/VII und MR. v. 23. 11. 1880/II; Finanzgesetz für 1880 v. 28. 5. 1880,* Rgbl. Nr. 53/1880. *Nachtragskredite: MR. v. 1. 12. 1879/V, MR. v. 5. 2. 1880/IV, MR. II v. 28. 2. 1880/III, MR. v. 1. 3. 1880/III, MR. v. 3. 3. 1880/III, MR. v. 11. 3. 1880/VI, MR. v. 22. 3. 1880/VI und MR. v. 23. 4. 1880/III. Keines der genannten Protokolle liegt ein.*

533 *Gemeinsames Budget: MR. v. 24. 9. 1880/II und MR. v. 1. 10. 1880/II; cisleithanisches Budget: MR. v. 20. 10. 1880/IX, MR. v. 23. 11. 1880/VII, MR. v. 17. 12. 1880/VII und MR. v. 2. 6. 1881/VIII; Budgetprovisorien: MR. v. 26. 11. 1880/V, MR. v. 11. 12. 1880/VII, MR. I v. 13. 12. 1880/V, MR. I v. 5. 3. 1881/III, MR. v. 30. 3. 1881/II und MR. v. 13. 5. 1881/I; Finanzgesetz für 1881 v. 7. 6. 1881,* Rgbl. Nr. 51/1881. *Nachtragskredite: MR. v. 22. und 23. 10. 1880/I, MR. v. 28. 12. 1880/III, MR. v. 17. 1. 1881/IV und MR. v. 23. 1. 1881/I. Keines der genannten Protokolle liegt ein.*

534 *Gemeinsames Budget: MR. v. 14. 9. 1881/II und MR. v. 23. 9. 1881/I; cisleithanisches Budget: MR. v. 12., 13. und 16. 8. 1881/I, MR. v. 22. 10. 1881/I und MR. v. 26. 3. 1882/VIII; Budgetprovisorien: MR. v. 30. 11. 1881/I und MR. II v. 27. 12. 1881/IV; Finanzgesetz für 1882 v. 29. 3. 1882,* Rgbl. Nr. 33/1882. *Nachtragskredite: MR. v. 21. 1. 1882/VIII, MR. v. 4. 2. 1882/X, MR. v. 15. 2. 1882/III, MR. v. 17. 2. 1882, Tagesordnungspunkte VI und XI, MR. v. 26. 3. 1882/I (alle bisher erwähnten Protokolle liegen nicht ein); außerdem MR. v. 21. 4. 1882/VII, MR. II v. 10. 5. 1882/II, MR. v. 15. 11. 1882/VI und MR. v. 25. 11. 1882/V.*

535 *Gemeinsames Budget: MR. v. 26. 9. 1882/VII; cisleithanisches Budget: MR. v. 28. 10. 1882/I, MR. v. 31. 10. 1882/I, MR. v. 4. 11. 1882/V und MR. v. 9. 11. 1882/X; Budgetprovisorien, die 1882 noch zur Sprache kamen: MR. I v. 23. 11. 1882/I und MR. v. 19. 12. 1882/XV; Finanzgesetz für 1883 v. 16. 4. 1883,* Rgbl. Nr. 47/1883. *Ein Nachtragskredit für die Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät in Prag wurde beraten in MR. v. 19. 12. 1882/I.*

536 *MR. II v. 18. 6. 1881/IX (liegt nicht ein).*

537 *MR. v. 28. 10. 1882/I.*

538 *MR. v. 29. 6. 1880/V, MR. v. 21. 7. 1880/III und MR. I v. 8. 11. 1881/I (liegen nicht ein); Vortrag Taaffes v. 8. 11. 1881, Ah. E. v. 12. 11. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4328/1881.

nannt[539]. Diese Kommission erbat sich die „Erteilung von Auskünften über den Geschäftsstand und die Geschäftsverhältnisse im Ministerium“[540]. Die von der Ersparungskommission geforderten Informationen zur Arbeitsbelastung der einzelnen Referenten waren jedoch für den Finanzminister so tiefgreifend, dass die zur Beantwortung aufzubringende „Arbeit gleichfalls einen außerordentlichen Aufwand an Zeit und Mühe erheischen würde, ohne daß dadurch der Zweck: der Ersparungs-Commission einen tieferen Einblick in die Thätigkeit des Finanzministeriums zu gewähren, – erreicht würde“, wie Dunajewski der Kommission mitteilte[541]. Davon informierte der Minister seine Kollegen, „weil er glaube, dass es zweckmäßig sein dürfte, wenn in dieser Beziehung ein gleichmäßigeres Vorgehen der Ministerien der Ersparungskommission gegenüber stattfände“. Die Kommission sollte ihre Vorschläge dann Mitte 1884 vorlegen, die aber nie umgesetzt wurden. Kolmer kommentierte, dass diese Kommission „nur das Mitleid ihrer Freunde und den Spott ihrer Gegner hervorgerufen habe“[542].

Auch wenn die Arbeit der Ersparungskommission keine praktischen Resultate brachte, so gelang es Dunajewski doch, dass das Defizit bis zum Voranschlag für 1883 zumindest strukturell nicht stieg. Ausschlaggebend dafür waren aber weniger die Einsparungen als vielmehr die Massenkonsumsteuern: die Anhebung der Zuckersteuer, die Einführung der Petroleumsteuer und der neue schutzzöllnerische Zolltarif. Auch die Gebäudesteuer, die das Geldkapital treffen sollte, steigerte die Einnahmen. Hingegen scheiterte der Versuch der Reform der direkten Personensteuern, die Ende 1882 in den Reichsrat eingebracht wurde.

d) Bank- und Staatsnoten

In der Monarchie kursierten zwei Arten an Geldscheinen: die Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank und das Staatspapiergeld, das vom gemeinsamen Finanzministerium ausgegeben wurde. Es war mit dem Gesetz vom 5. Mai 1866 entstanden, als die bisherigen Banknoten zu 1 und 5 fl. auf den Staatsschatz übernommen, also von Bank- in Staatsnoten umgewandelt wurden[543].

Um die „Verfälschung“ dieser papierenen Geldzeichen zu erschweren, sollten sie ab 1881 eingezogen und durch Noten mit neuem Design ersetzt werden. Dies kam am 23. Jänner 1880 im Ministerrat zur Sprache[544]. Daraufhin wurden in den folgenden Jahren die Geldscheine sukzessive ersetzt, zuerst die Banknoten[545], später auch das Staatspapiergeld[546]. Bei der Herausgabe der neuen Banknoten ergab sich jedoch das Problem, dass bei der Erneuerung des Bankprivilegiums 1878 in Artikel 82 festgehalten worden war, die Banknoten seien auf bei-

---

539 *Bestellung Hohenwarts als Präsidenten in MR. v. 4. 1. 1882/II; Vortrag Taaffes v. 4. 1. 1882, Ah. E. v. 8. 1. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 105/1882*; Ernennung der Mitglieder MR. v. 21. 1. 1882/I; beide Protokolle liegen nicht ein.*

540 *MR. v. 21. 6. 1882/XII.*

541 *Beilage 6 zu MR. v. 21. 6. 1882/XII.*

542 *MR. v. 27. 6. 1884/I; Zitat aus* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 328.

543 *MR. v. 22. 4. 1866/I,* Ömr. VI/2, Nr. 65*; Gesetz v. 5. 5. 1866,* Rgbl. Nr. 51/1866.

544 *MR. v. 23. 1. 1880/I (liegt nicht ein).*

545 *Zu 10 fl. Erlass des Finanzministeriums v. 24. 12. 1880,* Rgbl. Nr. 148/1880*; zu 100 fl. Erlass des Finanzministeriums v. 20. 10. 1881,* Rgbl. Nr. 119/1881*; zu 1.000 fl. Erlass des Finanzministeriums v. 17. 8. 1882,* Rgbl. Nr. 111/1882.

546 *Zu 5 fl. Erlass des Finanzministeriums v. 28. 9. 1881,* Rgbl. Nr. 111/1881*; zu 1 fl. Erlass des Finanzministeriums v. 24. 9. 1882,* Rgbl. Nr. 136/1882*; zu 50 fl. Erlass des Finanzministeriums v. 14. 5. 1884,* Rgbl. Nr. 64/1884.

den Seiten „mit dem Wappen der österreichisch-ungarischen Monarchie [zu] versehen“[547]. Allerdings konnten sich beide Teile der Monarchie in den folgenden Jahren nicht auf ein gemeinsames Wappen einigen[548]. Um zu vermeiden, dass die ab 1880 ausgegebenen neuen Banknoten im Widerspruch zu den statutenmäßigen Bestimmungen stünden, einigten sich der cisleithanische und der ungarische Finanzminister mit der Bank, die Verpflichtung der Notenbank, „wonach die Anweisung dieser Bank (Banknoten) mit dem Wappen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu versehen sind, hat bis auf Weiteres nicht in Ausführung zu kommen“[549]. Das 1887 erneuerte Privilegium der Oesterreichisch-ungarischen Bank enthielt dann diesen Passus nicht mehr[550]. Es sollte bis 1915 dauern, bevor sich beide Teile der Monarchie auf ein gemeinsames Wappen einigen konnten[551].

Die Herausgabe der neuen 10-Gulden-Banknoten führte zu einem weiteren Problem. Denn die neuen Geldscheine, die auf der einen Seite in ungarischer und auf der anderen Seite in deutscher Sprache beschriftet waren, wurden – vermutlich auf ihrer deutschen Seite – vielfach von privater Seite in den verschiedenen Landessprachen überschrieben bzw. überstempelt[552]. Über die Frage, wie mit diesen „verfälschten“ 10-Gulden-Banknoten und dann – prophylaktisch – mit den später ausgegebenen neuen 5-Gulden-Staatsnoten umzugehen sei, beschäftigte mehrfach den Ministerrat. Beschlossen wurde ein Erlass an die Staatskassen, der die Einziehung dieser überschriebenen Banknoten anordnete, während für die Staatsnoten eine analoge Verordnung des gemeinsamen Finanzministers erfolgte[553]. Danach tauchte das Thema nicht mehr im Ministerrat auf. Erst mit der Einführung der neuen Kronengeldscheine nach 1900 wurde bestimmt, dass bei den neuen Geldscheinen auf der „deutschen Seite“ die untere Randverzierung den Nennwert der Note „in den acht verschiedenen Landessprachen enthält“[554].

9 Militärgesetze

Der Okkupationsfeldzug 1878 beschäftigte den Ministerrat in den folgenden Jahren, einerseits wegen der langfristigen Kosten für den Unterhalt eines Armeekorps als Besatzung in diesen Provinzen, andererseits wegen militärischer Reformen in der bewaffneten Macht, die sich aufgrund der Erfahrungen aus diesem Feldzug als notwendig herausgestellt hatten.

---

547 *Artikel 82 der Statuten der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Gesetz v. 27. 6. 1878,* RGBL. Nr. 66/1878.

548 *Verhandlungen zur Frage des Wappens und des damit zusammenhängenden Wappensiegels der Oesterreichisch-ungarischen Bank kamen zur Sprache in MR. v. 19. 9. 1878/VII, MR. v. 25. 9. 1878/XIII, MR. I v. 2. 10. 1878/II und MR. v. 27. 10. 1878/I (liegen alle nicht ein).*

549 *Auch dies war Thema des (nicht einliegenden) MR. v. 23. 1. 1880/I; Gesetz v. 28. 3. 1880,* RGBL. Nr. 33/1880. *Dazu* PRESSBURGER, Das österreichische Noteninstitut 2/1: 188. *Zur Ausgestaltung der Banknoten siehe* AULINGER, Vom Gulden zum Euro, 123 f.

550 *Artikel 82 der Statuten der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Gesetz v. 21. 5. 1887,* RGBL. Nr. 51/1887.

551 *Siehe dazu MR. v. 10. 9. 1915/I,* CMR. VIII/1, Nr. 67.

552 *Siehe dazu ausführlich* PRESSBURGER, Das österreichische Noteninstitut, 224–233 *und* URBAN, Die tschechische Gesellschaft 1: 519 f.

553 *Für die 10-Gulden-Banknoten MR. II v. 18. 6. 1881/I, MR. v. 20. 6. 1881/I, MR. v. 13. 7. 1881/V, MR. v. 28. 7. 1881/V und MR. v. 9. 8. 1881/II, der Erlass zitiert in* PRAGER TAGBLATT v. 14. 8. 1881*; für die 5-Gulden-Staatsnoten MR. v. 16. 9. 1881/II und MR. v. 23. 9. 1881/II (keines der Protokolle liegt ein).*

554 *Beschreibung der 10-Kronen-Note in Verordnung des Finanzministeriums v. 10. 8. 1901,* RGBL. Nr. 123/1901. *Die entsprechende Beschreibung bei der Neuherausgabe der anderen Banknoten, die Staatsnoten wurden mit der Währungsreform eingezogen.*

a) Wehrgesetz und Heeresorganisation

Mit einem Wehrgesetz werden rechtliche Bestimmungen festgeschrieben, wie das Militär in Friedens- und Kriegszeiten personell ergänzt und erhalten wird. Im Gegensatz dazu bestimmt die Organisation des Militärs dessen innere Struktur. Beides, Wehrgesetz und Heeresorganisation, beschäftigte den Ministerrat in der Zeit von 1879 bis 1882.

Als 1868 ein neues Wehrgesetz eingeführt wurde, hatte dieses Gesetz an sich zwar eine unbegrenzte Geltungsdauer, aber zwei Paragrafen liefen nach zehn Jahren aus: § 11 – der die Kriegsstärke des stehenden Heeres und der Kriegsmarine mit 800.000 Mann festlegte – und § 13 – der die Aufteilung des Rekrutenkontingents auf beide Teile der Monarchie bestimmte[555]. Im Jahr 1878 gelang es aber nicht, eine Einigung zwischen beiden Teilen der Monarchie herzustellen, worauf die Bestimmungen der §§ 11 und 13 zunächst nur provisorisch für das Jahr 1879 verlängert wurden[556]. Weil in der Zeit der Übergangsregierung Stremayr – die ersten 40, allerdings nicht erhaltenen, Protokolle dieses Bandes – dieses Thema nicht auf der Tagesordnung des Ministerrates stand, war die Zeit für Taaffe nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten im August 1879 bereits sehr knapp geworden. Zunächst galt es, eine Einigung mit Ungarn herzustellen, damit beide Regierungen ihren Parlamenten idente Gesetzesvorlagen präsentieren konnten. Im Ministerrat ging es zunächst um die „Feststellung der Prinzipien der Vorlage wegen des Wehrgesetzes“[557], danach standen die Verhandlungen mit dem Kriegsminister und Ungarn auf der Tagesordnung[558]. Das Ergebnis, das Landesverteidigungsminister Horst mit seiner Zuschrift vom 9. Oktober 1879 dem Abgeordnetenhaus vorlegte, sah keine Änderung der Bestimmung von 1868 vor, sondern verlängerte sie nur bis Ende 1889[559].

Allerdings stieß die Gesetzesvorlage sofort auf Schwierigkeiten im Parlament, denn die damals noch gehegte Hoffnung Taaffes, zumindest Teile der Deutschliberalen für seine Politik gewinnen zu können, erwies sich als falsch. Da es aber noch keine gegen die Deutschliberalen gerichtete Regierungsmehrheit im Abgeordnetenhaus gab, drohte das Wehrgesetz schnell zu scheitern, und die Regierung dachte deswegen bereits Anfang November über ihre Demission nach[560]. Allerdings bildete sich eine konservativ-föderalistische Parlamentsmehrheit (Tschechischer, Polen- und Hohenwartklub), die auf der einen Seite die Regierung unterstützte und als Gegenleistung auf der anderen Seite in ihren Anliegen die Förderung der Regierung erhielt[561]. Doch die Verhandlungen zogen sich weiterhin in die Länge und wurden mit der Forderung vermischt, nicht nur die beiden §§ 11 und 13 zu verlängern, sondern auch einige Punkte des Wehrgesetzes zu ändern. Die Berücksichtigung dieser Forderungen sagte

---

555 *Gesetz v. 5. 12. 1868,* RGBl. Nr. 151/1868.

556 *Gesetz v. 31. 12. 1878,* RGBl. Nr. 3/1879*; beraten in MR. v. 2. 11. 1877/II, MR. v. 13. 12. 1877/I, MR. v. 16. 12. 1878/X und MR. v. 22. 12. 1878/X (liegen alle nicht ein). Das ungarische Gesetz publiziert als* GA. XXXI/1878.

557 *MR. v. 4. 9. 1879/I und MR. I v. 5. 9. 1879/I (beide liegen nicht ein).*

558 *MR. II v. 18. 9. 1879/I und MR. v. 30. 9. 1879/V (beide liegen nicht ein).*

559 PROT. REICHSRAT AH. 15. 10. 1879 (3. Sitzung) 50, Beilage 11.

560 *MR. I v. 9. 11. 1879/II (liegt nicht ein). Siehe dazu oben im Kapitel über die Mehrheiten in den parlamentarischen Körperschaften.*

561 *MR. v. 13. 11. 1879/III (liegt nicht ein) behandelte das Thema* Einberufung sämtlicher Obmänner der verschiedenen Klubs des Abgeordnetenhauses nebst dessen Präsidium zu einer Besprechung in Betreff der Wehrgesetzvorlage.

die Regierung für ein später einzubringendes eigenes Gesetz zu[562]. Auch in Budapest war der Reichstag mit der Vorlage unzufrieden, sodass dort der ungarische Ministerpräsident eine Erklärung abgab, die dann Gesprächsstoff im cisleithanischen Ministerrat war[563]. Schließlich ergriff Taaffe als Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus das Wort, wofür ihm Horst dankte, und Taaffe rechtfertigte diesen Schritt im Ministerrat[564]. Dennoch strich das Abgeordnetenhaus den § 2 des Gesetzes, der die Verlängerung des § 13 des Wehrgesetzes bestimmte, sodass die Aufteilung des Rekrutenkontingentes zwischen beiden Teilen der Monarchie offenblieb. Doch auch nach der Annahme im Abgeordnetenhaus[565] war das Problem für die Regierung keineswegs überwunden, denn das Herrenhaus verfügte noch über eine deutschliberale Mehrheit[566]. Letztlich zeigte sich das Herrenhaus aber staatstragend und fügte sogar den § 2 wieder ein. Es brachte die Vorlage damit wieder auf den Stand der Regierungsvorlage zurück[567]. Nachdem Abgeordneten- wie Herrenhaus in einer zweiten Verhandlungsrunde auf ihren unterschiedlichen Beschlüssen beharrten, kam es schließlich am 18. Dezember 1879 zu einer gemeinsamen mündlichen Verhandlung beider Häuser, in welcher der Beschluss des Herrenhauses, also die ursprüngliche Regierungsvorlage, akzeptiert wurde[568]. Das Gesetz erhielt – nachdem es auch in Ungarn verabschiedet worden war – am 20. Dezember 1879 die Sanktion des Monarchen[569].

Kaum waren die §§ 11 und 13 bis Ende 1889 verlängert, schritt die Regierung daran, „mehrere Paragraphe des Wehrgesetzes vom 5. December 1868“ abzuändern, wie sie ihren Gesetzentwurf übertitelte[570]. Die Ursachen für die Novelle des Wehrgesetzes waren vielfältig. Zum einen wurden Bestimmungen durch ein neues Vokabular präzisiert. So sprach beispielsweise § 15 des Gesetzes von 1868 unter Punkt a) davon, dass die Landwehr durch „die Einreihung der Reservemänner“ ergänzt werde, während es in der Novelle nun hieß „durch die Übersetzung der Reservemänner“; bei Punkt b) dieses Paragrafen hieß es im Gesetz „durch unmittelbare Eintheilung der Wehrpflichtigen“, in der Novelle hingegen „durch die unmittelbare Einreihung von Stellungspflichtigen“[571]. Zum anderen reagierte man auf schlechte Erfahrungen mit bestimmten Regelungen. So wurde im § 4 die Dienstzeit in der Kriegsmarine von drei auf vier Jahre verlängert, dafür aber die Reserve von sieben auf fünf Jahre reduziert; in § 31 wurde hingegen die jährliche Stellung von „April bis Mai“ auf die Zeit „März bis April“ vorverlegt.

Der dritte und bei weitem größte Änderungskomplex ergab sich aus den Problemen, die sich im Okkupationsfeldzug herausgestellt hatten. So wurde ein Minimalersatz für die Landwehr fixiert und für die Ersatzreserve eine achtwöchige Ausbildungszeit vorgeschrieben. Wei-

---

562 *MR. v. 14. 11. 1879, Tagesordnungspunkte I und III, MR. I v. 18. 11. 1879/II, MR. II v. 23. 11. 1879/I und MR. v. 27. 11. 1879/I (diese Protokolle liegen nicht ein).*

563 *MR. v. 29. 11. 1879/VII (liegt nicht ein).*

564 *MR. v. 1. 12. 1879/I, MR. v. 6. 12. 1879/I und MR. I v. 7. 12. 1879/I (alle drei Protokolle liegen nicht ein).*

565 Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1879 (26. (Abend-)Sitzung) 682.

566 *MR. I v. 7. 12. 1879/IV und MR. v. 12. 12. 1879/III (beide liegen nicht ein).*

567 Prot. Reichsrat HH. 13. 12. 1879 (10. Sitzung) 76, Beilage 19.

568 *Bericht über die Verhandlung im Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat HH. 20. 12. 1879 (33. Sitzung) 865–882.

569 *Gesetz v. 20. 12. 1879,* Rgbl. Nr. 145/1879*; in Ungarn* Ga. LI/1879.

570 *MR. v. 26. 2. 1880/I, MR. v. 12. 4. 1880/VII, MR. v. 17. 11. 1880/XII, MR. v. 15. 10. 1881/VIII, MR. v. 22. 10. 1881/II und MR. v. 19. 12. 1881/II (keines der Protokolle liegt ein).*

571 *§ 15, Punkte a) und b) des Gesetzes v. 5. 12. 1868,* Rgbl. Nr. 151/1868*;* Prot. Reichsrat AH. 23. 4. 1880 (79. Sitzung) Beilage 180.

ters wurde mit § 21 der Kreis der Berechtigten der Einjährig-Freiwilligen, die nach ihrer aktiven Dienstpflicht zu Reserveoffizieren wurden, deutlich ausgebaut. Darüber hinaus wurden für Mediziner Sonderbestimmungen aufgenommen, um im Mobilisierungsfall über mehr Militärärzte zu verfügen. Den mit Ungarn ausgehandelten Gesetzentwurf legte Ziemiałkowski – in Vertretung Horsts – dem Abgeordnetenhaus am 23. April 1880 vor[572].

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Mit einigen Änderungen an der Regierungsvorlage wurde das Gesetz vom Abgeordnetenhaus am 14. Dezember 1881 – seit der Einbringung am 23. April 1880 waren 20 Monate vergangen – angenommen[573]. Die Verhandlung im Herrenhaus, das inzwischen eine regierungsfreundliche Mehrheit besaß, verlief dagegen wesentlich schneller, und es nahm die Fassung des Abgeordnetenhauses im März 1882 an[574]. Bis zur Sanktion sollte es aber noch bis 2. Oktober 1882 dauern, denn diese sollte für beide Gesetze, das cisleithanische und das ungarische, gleichzeitig geschehen, und außerdem mussten vorher noch die Durchführungsverordnungen festgelegt werden. Gemeinsam mit der Zustimmung zur Durchführungsverordnung erteilte der Ministerrat am 26. September 1882 auch sein Einverständnis zur Einholung der Sanktion zum Gesetz[575]. Auch wenn Horsts Nachfolger, Welsersheimb, dieses Gesetz von cisleithanischer Seite mit ausgehandelt hatte, kritisierte er im Ministerrat die bei seiner Ernennung zum Minister „bereits eingebrachte" Wehrgesetznovelle scharf:

> Er hielt die Vorlage, die er vorfand, von Haus aus für sehr unvollkommen und vom allgemeinen wie vom speziell militärischen Standpunkte vieles zu wünschen lassend. Dieselbe wurde aber eben als das Summum des infolge langer und schwieriger Verhandlungen namentlich auch mit der kgl. ung. Regierung Erzielbaren dargestellt, für dessen Durchbringung nun auch die beiderseitigen Regierungen einstehen mussten.[576]

Ebenso war Welsersheimb auch mit den Durchführungsbestimmungen nicht zufrieden. Zwar gelang es, den ungarischen Versuch in den Verhandlungen abzuwehren, „den Wirkungskreis des Reichskriegsministeriums zugunsten des Landesverteidigungsministeriums zu beschränken, Letzterem die entscheidende Stimme in Fragen über den Stand des Heeres einzuräumen, und die Interessen der Landwehr gegen jene des stehen[den] Heeres in erste Linie zu ste[lle]n"[577]. Doch gerade die Erweiterung des Zugangs zum Einjährig-Freiwilligen-Recht sah Welsersheimb sehr kritisch, weil dies „zur Verschlechterung des ohnehin schon jetzt nicht durchwegs vorzüglichen Materials für Einjährig-Freiwillige führen müsse". Aus diesem Grund und wegen der unterschiedlichen Durchführungsverordnungen in beiden Teilen der Monarchie bezüglich der Verteilung der Rekruten zwischen gemeinsamer Armee und den Landwehren betonte der Minister, dass er „keine moralische Verantwortung trage und auch nicht übernehme"[578]. Nach der Zustimmung des Ministerrates zu dieser Verordnung

---

572 Prot. Reichsrat AH. 23. 4. 1880 (79. Sitzung) 2583. *Siehe dazu* Wagner, Die k. (u.) k. Armee, 491 f.
573 Prot. Reichsrat AH. 14. 12. 1881 (181. Sitzung) 6387, Beilage 423.
574 Prot. Reichsrat AH. 30. 3. 1882 (60. Sitzung) 911.
575 *MR. v. 26. 9. 1882/IX; Gesetz v. 2. 10. 1882,* Rgbl. Nr. 153/1882*; in Ungarn* Ga., XXXIX/1882.
576 *MR. v. 26. 9. 1882/IX.*
577 *Zitat MR. v. 26. 9. 1882/IX, dies gelang in GMR. v. 24. 9. 1882 und GMR. v. 25. 9. 1882,* Hhsta., PA. XL, RMRZ. 307 *und* 308*, beide ex* 1882.
578 *Zitat MR. v. 26. 9. 1882/IX.*

wurde nachträglich noch zu § 54 die Bestimmung aufgenommen, die „Ersatzreservisten sind bezüglich der Entlassung zum Zwecke der Auswanderung gleich wie die Reservemannschaft zu behandeln“[579].

Ebenfalls aufgrund der Erfahrungen des Okkupationsfeldzuges ergab sich die Notwendigkeit einer Reform der Heeresorganisation, worüber der Ministerrat durch Welsersheimb jedoch nur informiert wurde, aber selbst kein Mitspracherecht besaß, besonders weil „ein erhöhtes Rekrutenkontingent nicht in Anspruch zu nehmen sein werde, und dass der Heeresaufwand nach durchgeführter Reorganisation wohl in einzelnen Budgettiteln, nicht aber im Ganzen des Ordinariums eine Veränderung bzw. Erhöhung der Ansprüche an die Staatsfinanzen mit sich bringen solle“[580]. Auch wenn es später noch zu weiteren Reformen kommen sollte, so wurde hier doch die Basis der Organisation der Infanterie gelegt, die bis 1914 Bestand haben sollte. Mit ihr wurde durch die Reduktion der Bataillone pro Regiment von fünf auf vier sowie der Umwandlung von acht Jägerbataillonen in zwei Infanterieregimenter zu je vier Bataillonen nicht nur die Anzahl der Infanterieregimenter, sondern damit auch die mit den Regimentern korrespondierende Einteilung der Militärergänzungsbezirke von 80 auf 102 vermehrt[581].

Diese Veränderungen besonders bei der Infanterie und den Ergänzungsbezirken hatten zur Folge, dass sich einige 5. Bataillone und einige Jägerbataillone in neuen Regimentern wiederfanden, die sich von nun an aus dem anderen Teil der Monarchie rekrutierten. Für Cisleithanien stellte dies kein Problem dar, weil es hierzu keine gesetzlichen Bestimmungen gab. Hingegen enthielt § 32 des ungarischen Wehrgesetzes eine Bestimmung, die das cisleithanische Pendant nicht kannte: In Ungarn durften die in die gemeinsame Armee eingereihten Wehrpflichtigen „mit alleiniger Ausnahme der Sanitäts-Truppen, ausschließlich in die ungarischen Truppen eingetheilt werden“[582]. Aus diesem Grund suchte der ungarische Ministerpräsident Kálmán Tisza v. Borosjenő bei Franz Joseph um die Einbringung eines Gesetzentwurfes im ungarischen Reichstag an, mit dem „die ausnahmsweise Eintheilung einiger Bataillone ungarischer Infanterieregimenter, in die neu zu bildenden und vom Jahre 1883 angefangen nicht aus den Ländern der ungarischen Krone zu ergänzenden Infanterie-Regimenter“ ausgesprochen werden sollte. Einen Tag, nachdem die Ermächtigung am 2. November 1882 Tisza erteilt worden war, stand dieses Thema auch schon im cisleithanischen Ministerrat auf der Tagesordnung[583]. Denn neben der „ausnahmsweisen“ Bewilligung, dass die nun in cisleithanischen Einheiten Eingereihten der Stellungsjahrgänge 1873 bis 1882 bis zu ihrem Austritt aus der gemeinsamen Armee weiter zu ihren alten Bataillonen gehören durften, sollte im § 2 auch die umgekehrte Bestimmung aufgenommen werden, mit der Ungarn es den Einwohnern Cisleithaniens ermöglichen wollte, in ungarischen Bataillonen Dienst zu tun.

Welsersheimb beabsichtigte in einem Schreiben an Kriegsminister Bylandt „gegen dieses einseitige Vorgehen insbesondere aber bezüglich des § 2 des Entwurfes Verwahrung einzulegen“. Dieses Schreiben fand die Zustimmung des Ministerrates. Das Gesetz an sich konnte

---

579 *Besprochen in MR. v. 28. 10. 1882/V; die Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung v. 1. 11. 1882 wurde publiziert als* RGBL. Nr. 154/1882.

580 *MR. v. 24. 6. 1882/I.*

581 *Die Bestimmungen für die Infanterie publiziert als Zirkularverordnung v. 11. 12. 1882, Abteilung 2, Nr. 8071,* NORMAL-VERORDNUNGSBLATT DES K. K. HEERES 1882, 367 und Beilage.

582 *§ 32 des* GA. XL/1868*, der mit § 8* GA. XXXIX/1882 *ersetzt wurde, aber in diesem Punkt unverändert blieb.*

583 *MR. v. 3. 11. 1882/IV.*

dadurch nicht verhindert werden, war es doch nach ungarischer Rechtslage notwendig. Aber § 2 wurde gestrichen, denn weder das cisleithanische noch das ungarische Wehrgesetz verbot das Dienen von Einwohnern Cisleithaniens in ungarischen Regimentern[584].

b) Die Militärtaxe sowie die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung

Mit dem cisleithanischen und dem ungarischen Wehrgesetz von 1868 war die allgemeine Wehrpflicht in Österreich-Ungarn eingeführt worden. Dem trugen die Versorgungsgesetze von 1875 keine Rechnung, weil hier nur Ansprüche auf Pension und Invalidenversorgung von Personen behandelt wurden, die sich zu einer längeren Dienstzeit verpflichtet hatten[585]. Nicht berücksichtigt war daher die Masse der Soldaten des neuen Heeres, die Wehrpflichtigen, sowie deren Hinterbliebene im Falle des Todes eines Soldaten. Ursache war, dass bei länger dienenden Soldaten im Falle einer Heirat die Ehefrauen für sich und ihre Kinder auf staatliche Unterstützungen verzichten mussten und sie diese nur über Gnadengesuche erhalten konnten. Wehrpflichtige hingegen wurden mit Beendigung ihrer aktiven Dienstzeit wieder zu Zivilisten, die in ihrer Familienplanung nicht den Regeln des Militärs unterworfen waren.

Zur Durchführung der Okkupation Bosnien-Herzegowinas wurden nun die Reservisten von mehr als drei Armeekorps einberufen, von denen bei den militärischen Operationen etwa 1.000 starben und 4.000 verwundet wurden[586]. Gegenüber diesen Opfern und ihren Hinterbliebenen musste der Staat Verantwortung übernehmen. Dies führte in der vorletzten Sitzung des Abgeordnetenhauses der 1879 endenden Legislaturperiode zu dem Beschluss, der die Regierung aufforderte, die in § 55 des Wehrgesetzes von 1868 zur Invalidenversorgung zwar vorgeschriebene, aber noch nicht eingeführte Militärtaxe nun umzusetzen. Mit dieser Taxe sollte dreierlei finanziert werden: erstens der Einschluss aller Invaliden, auch jener aus der bisher nicht berücksichtigten Masse der Wehrpflichtigen, in die Invalidenversorgung unter gleichzeitiger Aufbesserung der Verpflegssätze; zweitens sollten auch Witwen und Waisen versorgt und schließlich Familien der einberufenen Reservisten unterstützt werden, da diese für die Dauer des Reservedienstes ihr Einkommen aus dem Zivilberuf verloren[587].

Auf diese Initiative reagierend setzte sich die Regierung Taaffe umgehend mit dem nun zu kreierenden Militärtaxgesetz auseinander[588], das sie anschließend dem Abgeordnetenhaus vorlegte[589]. Steuerpflichtig sollten alle männlichen Personen sein, die zum Militärdienst untauglich oder von ihm befreit waren oder vor Ende der Dienstpflicht auswanderten, sofern sie nicht mittel- und erwerbslos waren. Die Taxe wurde in acht Klassen geteilt, wobei in der 1. Klasse jährlich 80 fl., in der 8. 1 fl. zu entrichten war (§ 16). Die Einteilung erfolgte nach den Vermögensverhältnissen, war jedoch kryptisch definiert: Als Anhaltspunkt hatte zu dienen, dass die Einteilung unter die ersten sieben Klassen „nicht unter jenem Classensatze bemessen werden darf, welcher der nach dem Verhältnisse der Zahl der im gemeinsamen Haushalte lebenden Kinder und beziehungsweise Enkel von dem vierten Theile der Jahresschuldigkeit

584 Ga. XLII/1882.
585 *Siehe dazu* Hsia, Victims' State, 30–39.
586 Die Occupation Bosniens, Beilage 12, X.
587 Prot. Reichsrat AH. 15. 5. 1879 (459. Sitzung) 14761, Beilage 970.
588 *MR. v. 23. 9. 1879/VII, MR. III v. 3. 10. 1879/I, MR. v. 6. 10. 1879/I, MR. v. 8. 10. 1879/IV, MR. v. 20. 10. 1879/I und MR. v. 5. 11. 1879/VII (keines der Protokolle liegt ein).*
589 Prot. Reichsrat AH. 6. 11. 1879 (11. Sitzung) 248, Beilage 44.

an directen Steuern entfallenden Quote zunächst entspricht". Von den Einnahmen waren jährlich 1,142.530 fl. in einen speziellen Fonds einzuzahlen[590] (§ 6), dessen Zweck die Aufbesserung der Invalidenversorgung war. Mehreinnahmen waren zur Versorgung hilfsbedürftiger Witwen und Waisen sowie für die Unterstützung von hilfsbedürftigen Familien mobilisierter Reservisten zu verwenden. Dabei regelte § 8 die Aufbesserung der Invalidenversorgung und die §§ 10 und 11 die Unterstützung von Familienmitgliedern im Falle der Mobilisierung, während § 9 die Versorgung von Witwen und Waisen auf ein später zu erlassendes eigenes Gesetz verwies[591].

Neben einigen Richtigstellungen nahm der Wehrausschuss an diesem Gesetz drei zentrale Änderungen vor: Zunächst erweiterte er den Kreis der Bezugsberechtigten um einberufene Landsturmmänner, die in der Regierungsvorlage unberücksichtigt geblieben waren. Dann vermehrte er die Taxklassen auf zehn, wobei die erste Klasse nun 100 fl. zu zahlen hatte. Schließlich versuchte der Ausschuss, die Taxbemessung klarer zu formulieren, wobei noch der Zusatz eingefügt wurde, dass „die Einreihung jedoch je nach Maßgabe der gesammten übrigen zu berücksichtigenden Verhältnisse (Vermögen, Erwerb, reines Einkommen) in eine entsprechend höhere oder niederere Classe erfolgen kann"[592]. Allerdings wurde dieser Bericht vom Abgeordnetenhaus wieder zurück an den Ausschuss verwiesen.

Die darauf folgende neue Vorlage des Ausschusses strukturierte das Gesetz grundsätzlich neu. Es sah nun 14 Taxklassen vor, ohne allerdings den Höchstsatz von 100 fl. anzuheben (§ 3). Als Bemessungsgrundlage waren nun statt 25 nur noch 10 % der direkten Steuerleistung vorgesehen[593]. Außerdem wurden einerseits die den cisleithanischen Anteil für den gemeinsamen Unterstützungsfonds übersteigenden Militärtaxeinnahmen zur allgemeinen Staatseinnahme und andererseits die „Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien von Mobilisierten" zu einer Staatsaufgabe erklärt. Das Abgeordnetenhaus entkoppelte damit die Leistungen von den Taxeinnahmen. Das Abgeordnetenhaus nahm am 12. Mai 1880 diese Neufassung an, der das Herrenhaus schnell beitrat, sodass es am 13. Juni sanktioniert werden konnte[594].

Auch in Ungarn wurde ein Militärtaxgesetz verabschiedet, das sich aber besonders darin vom cisleithanischen Gesetz unterschied, dass die unterste Taxklasse 3 fl. betrug und die Taxhöhe mit dem Einkommensgesetz korrespondierte[595]. Voll Bedauern musste Welsersheimb 1882 dem Monarchen erklären, nach Abzug der Unterstützungen habe Ungarn vom Taxgesetz „einen beträchtlichen Überschuss, während wir im ersten Jahre ein Defizit von 600.000 fl. hatten". Ursache sei, „dass unser Minimalsatz mit 1 fl. zu niedrig gegriffen scheine und dass auch die Taxeintreibung durch die politischen Behörden manches zu wünschen übrig lasse"[596]. Zudem überließ das ungarische Gesetz nicht nur die Witwen- und Waisenversorgung einem zukünftigen Gesetz (§ 9 a), wie dies in Cisleithanien der Fall war, sondern

---

590 *Diese Summe war der cisleithanische Anteil von insgesamt zwei Millionen Gulden entsprechend seines Rekrutenanteils, den anderen Teil (857.470 fl.) hatte Ungarn einzuzahlen.*

591 Prot. Reichsrat AH. 6. 11. 1879 (11. Sitzung) 248, Beilage 44.

592 Prot. Reichsrat AH. 27. 4. 1880 (82. Sitzung) Beilage 142.

593 Prot. Reichsrat AH. 11. 5. 1880 (93. Sitzung) Beilage 203.

594 *Die Parlamentsberatungen waren Thema in MR. v. 9. 2. 1880/IV, MR. v. 24. 2. 1880/VI, MR. v. 26. 2. 1880/I, MR. v. 3. 3. 1880/II, MR. v. 26. 4. 1880/VI, MR. v. 2. 5. 1880/IV und MR. v. 31. 5. 1880/X (alle Protokolle liegen nicht ein); Votierung des Gesetzentwurfes durch das Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 12. 5. 1880 (94. Sitzung) 3257*;* Prot. Reichsrat HH. 25. 5. 1880 (25. Sitzung) 286*; Gesetz v. 13. 6. 1880,* Rgbl. Nr. 70/1880.

595 *§ 10 von* Ga. XXVII/1880.

596 *MR. v. 4. 11. 1882/V.*

auch die Versorgung der Familien der Einberufenen (§ 9 b). 1881 und 1882 folgten in Cisleithanien sechs Durchführungsverordnungen, wodurch die Einteilung der Taxpflichtigen in die 14 Klassen sowie das Prozedere bei Auswanderung eines Taxpflichtigen von einem Teil der Monarchie in den anderen geregelt wurde[597].

Mit diesem Gesetz war aber nur die Pflichtigkeit und Einhebung der Taxe selbst sowie die Versorgung der Invaliden und der Familien der eingezogenen Reservisten bestimmt worden. Für Witwen und Waisen bedeutete das Gesetz nur die Ankündigung, dass ihre Ansprüche in einem späteren Gesetz geregelt werden sollten. Aus diesem Grund forderte das Abgeordnetenhaus die Regierung gleichzeitig mit der Annahme des Militärtaxgesetzes auf, „baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes einzubringen, durch welches die Art der Versorgung hilfsbedürftiger Witwen und Waisen von Angehörigen des stehenden Heeres, der Kriegsmarine und der Landwehr, sowie des Landsturmes, welche vor dem Feinde gefallen oder in Folge von Verwundungen oder von Kriegsstrapazen gestorben sind, geregelt wird“[598]. Für die Übergangszeit bis zur Verabschiedung eines Hinterbliebenengesetzes gewährte § 22 des Taxgesetzes den Hinterbliebenen provisorisch sechs Monate nach dem Tod des Soldaten die Fortzahlung der erhaltenen Mobilisierungsunterstützung.

Zwar hatte die Regierung für einen entsprechenden Gesetzentwurf „die Regelung der im § 16 des Taxgesetzes vorgesehenen Versorgungsfrage bereits beschlossen“, sie konnte „jedoch nicht einseitig vorgehen“, sondern musste „daher die Entschließung der ungarischen Regierung abwarten“[599]. Diese Verhandlungen zogen sich jedoch in die Länge und wurden schließlich wegen des Todes des ungarischen Landesverteidigungsministers Béla Szende am 18. August 1882 unterbrochen. Besondere Brisanz erhielt dieses Gesetz wegen des Ende 1881 losgebrochenen Aufstandes in der Herzegowina und in Süddalmatien. Zur Unterdrückung der Aufstände wurden mehr als 62.000 Mann eingesetzt, darunter viele Reservisten, und im Verlauf der Kämpfe starben 73 Soldaten, während 255 verwundet wurden[600]. Aus diesem Grund entschloss sich Welsersheimb mit einer provisorischen und einseitigen cisleithanischen Regelung vorzupreschen, damit für die Witwen und Waisen der eingezogenen Soldaten „auch nach Ablauf der sechsmonatlichen Frist und bis zum Inslebentreten des definitiven Versorgungsgesetzes die ihnen bisher nach der Reservistenversorgung zukommenden Bezüge aus dem Taxfonds verabfolgt werden“[601]. Am 20. Mai 1882 wurde das Gesetz dem Abgeord-

---

597 *Behandelt in MR. v. 25. 3. 1881/VIII (*Durchführungsverordnung zum Militärtaxgesetze. Taxerlag Auswanderungsverdächtiger*), Protokoll liegt nicht ein; Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung und des Finanzministeriums v. 20. 3. 1881,* RGBL. Nr. 26/1881. *Mit der Verordnung derselben Ministerien v. 15. 3. 1882,* RGBL. Nr. 44/1882*, wurden die Bestimmungen der Einteilung in die Taxklassen faktisch angehoben.*

598 *Bericht des Wehrausschusses,* PROT. REICHSRAT AH. 11. 5. 1880 (93. Sitzung) Beilage 203.

599 *MR. v. 4. 5. 1882/IX. Dieses Gesetz kam zum ersten Mal zur Sprache in MR. v. 24. 1. 1882/II (*Frage der Durchführung des Militärtaxgesetzes hinsichtlich der Familien der jetzt einberufenen Reservisten*). Protokoll liegt nicht ein.*

600 *Zur Truppenstärke siehe Beilage II,* DER AUFSTAND IN DER HERCEGOVINA, VII–XV*; die Verluste* XVI–XXIII.

601 *MR. v. 16. 5. 1882/VIII.*

netenhaus vorgelegt, am 23. Mai von ihm und am 26. vom Herrenhaus angenommen und schließlich am 7. Juni sanktioniert[602]. Bis zum Zustandekommen eines definitiven Militärversorgungsgesetzes sollte es allerdings noch bis 1887 dauern[603].

c) Andere Militärgesetze

Zu Ende der 1879 auslaufenden V. Legislaturperiode kam noch das sogenannte Bequartierungsgesetz zustande. In langwierigen Verhandlungen von 1869 bis 1878 hatten sich beide Teile der Monarchie auf einen Entwurf geeinigt[604], der 1878 dann in den Reichsrat eingebracht und noch im Mai 1879 verabschiedet wurde[605]. Ein weiteres Thema waren rechtliche Lücken in der Behandlung von mobilisierten Volksschullehrern, wie ihre Wiederverwendung nach Mobilisierungsende oder die Behandlung ihrer Dienstwohnungen während der Mobilisierung. Da dies Angelegenheiten der Kronländer waren, kamen einige diesbezügliche Landesgesetze im Ministerrat zur Sprache[606]. Auch das Thema einberufener Ärzte beschäftigte ihn[607], ebenso wie – während der Unterdrückung des Aufstands in der Herzegowina und in Süddalmatien – die „Frage des Fortdienens der im Staatdienste stehenden, ausgedienten Landwehroffiziere" und die „Behandlung der aus dem jetzigen Anlasse zur Militärdienstleistung einberufenen Zivilstaatsbediensteten hinsichtlich ihrer Bezüge"[608]. Eine Militärstrafprozessordnung wurde beraten, ohne dass die Vorverhandlungen zu Resultaten führten[609].

Darüber hinaus beschäftigte sich der Ministerrat noch mit weiteren militärischen Gesetzen. Eines betraf das Schießstandwesen[610]. Dabei trug Welsersheimb Bedenken, es in den Reichsrat einzubringen, „solange die nationalen Verhältnisse noch auf dem Standpunkte einer solchen Bewegung seien, bei der er aus der Organisierung des Schießstandswesens [So]rg[en] für [die Ordnung im] Frieden schöpfen müsste"[611]. Andere Gesetzesinitiativen Welsersheimbs kamen Ende 1882 erstmals zur Sprache: eine Novelle des Pferdestellungsgesetzes[612] und, nach Erledigung der Änderungen am Wehrgesetz, ein neues Landwehrgesetz[613]. Für die Landwehr, die in erster Linie, ohne allzu große Einmischungen des Kriegsministeri-

---

602 *Eingebracht* Prot. Reichsrat AH. 22. 5. 1882 (238. Sitzung) 8329*; Annahme durch das Abgeordnetenhaus*, Prot. Reichsrat AH. 23. 5. 1882 (239. Sitzung) 8371*, und das Herrenhaus,* Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1032*; obwohl am 7. 6. sanktioniert, publiziert als Gesetz v. 10. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 76/1882.

603 *Gesetz v. 27. 4. 1887,* Rgbl. Nr. 41/1887. *Zu ihm siehe* Hsia, Victims' State, 44; *es stand in MR. I v. 7. 2. 1883/I das nächste Mal auf der Tagesordnung.*

604 *MR. v. 11. 9. 1871/V* – Cmr. II, Nr. 596 –*, MR. 27. 2. 1872/II* – Cmr. III/1, Nr. 52 –*, MR. II v. 16. 5. 1873/IX, MR. v. 18. 7. 1873/I, sowie (nicht einliegend) MR. v. 26. 12. 1873/I, MR. 31. 5. 1875/VII, MR. v. 7. 6. 1875/I, MR. II v. 18. 10. 1875/VII, MR. v. 7. 4. 1876, MR. v. 13. 4. 1876/I, MR. v. 27. 12. 1876/V, MR. v. 1. 5. 1877/I und MR. v. 7. 12. 1877/III.*

605 *MR. v. 23. 1. 1878/I, MR. v. 31. 3. 1879/V und MR. v. 30. 5. 1879/I (liegen nicht ein), Gesetz v. 11. 6. 1879,* Rgbl. Nr. 93/1879.

606 *MR. v. 23. 2. 1879/XII (Niederösterreich), MR. v. 23. 2. 1879/XIII und MR. v. 10. 3. 1879/III (Galizien), MR. v. 14. 10. 1880/IV (Bukowina) sowie MR. v. 23. 11. 1880/XI (Dalmatien), alle Protokolle liegen nicht ein.*

607 *MR. v. 31. 3. 1879/VI (liegt nicht ein).*

608 *MR. v. 15. 10. 1881/IV und MR. v. 4. 2. 1882/IX (beide liegen nicht ein).*

609 *MR. I v. 23. 11. 1879/IV und MR. v. 27. 9. 1880/II (beide liegen nicht ein).*

610 *MR. v. 8. 10. 1880/VIII (liegt nicht ein).*

611 *MR. v. 18. 11. 1882/VI.*

612 *MR. v. 2. 10. 1882/IX, erneut beraten in MR. v. 9. 1. 1883/IV.*

613 *MR. v. 18. 11. 1882/VI, Beratung fortgesetzt in MR. v. 9. 1. 1883/V.*

ums oder Ungarns, in Welsersheimbs Verantwortung lag, fand der Minister viele lobende Worte. Um diese billige „Armee von mehr als 100.000 Mann Landwehr, von der man hoffen könne, dass sie im ernsten Momente eine wirkliche Unterstützung sein werde", so meinte er am 28. Oktober 1882, „können uns die anderen Staaten beneiden"[614]. Ebenfalls beraten wurde ein neues Landsturmgesetz[615], dessen Bestimmungen „sich aber an die über die Landwehr anschließen, daher naturgemäß die Landwehrreform vorausgehen müsse"[616].

In der Zeit der Übergangsregierung Stremayr und in den ersten Jahren der Regierung Taaffe konnten mit Bequartierungs-, Wehr- und Militärtaxgesetz wichtige Militärgesetze sowie die Heeresreform erledigt werden. Dies waren Etappenschritte für weitere darauf aufbauende Gesetze, wie das Landwehr-, das Landsturm- und das Pferdestellungs- oder das Militärversorgungsgesetz, deren Konkretisierung 1882 erst begannen. Je mehr diese Gesetze auf Kompromissen beider Teile der Monarchie beruhten, desto langwieriger war die Entscheidungsfindung. So begannen sie beim Bequartierungsgesetz 1869, 1878 konnte der Gesetzentwurf dann den Parlamenten vorgelegt und schließlich 1879 verabschiedet werden. Ähnlich verhielt es sich mit dem Versorgungsgesetz Hinterbliebener von gestorbenen Soldaten, das erst 1887 zustandekam. Relativ schnell erfolgte hingegen die Einigung bei der Revision des Wehrgesetzes. Die Beratungen mit Ungarn begannen 1877 und konnten trotz Regierungswechsels und Beginn einer neuen Legislaturperiode in Cisleithanien 1882 abgeschlossen werden.

10 Nach der Okkupation: Die Integration Bosnien-Herzegowinas

Das zentrale Thema der Regierung in den ersten Jahren des in diesem Band behandelten Zeitraums war die Eingliederung des gerade okkupierten Bosnien-Herzegowina in die Doppelmonarchie. Im Zentrum standen die Fragen des Aufbaus der Verwaltung, des Einschlusses der Provinzen in das österreichisch-ungarische Zollgebiet und die verkehrstechnische Erschließung des Landes. Gleichzeitig waren beide Teile der Monarchie darauf bedacht, möglichst viel Einfluss auf die Politik in Bosnien-Herzegowina auszuüben, ohne dabei aber finanzielle Verpflichtungen einzugehen.

a) Die Diskussion um die Verwaltung Bosnien-Herzegowinas

Aufgrund des Artikels XXV des Berliner Vertrages von 1878 wurden die Provinzen des Osmanischen Reiches Bosnien und Herzegowina von Österreich-Ungarn besetzt, was am 20. Oktober 1878 abgeschlossen war[617]. Unmittelbar danach stand im Zentrum der Überlegungen die Frage, wie die Verwaltung dieser Provinzen organisiert werden sollte. Diese Beratungen begannen bereits unter der Regierung Auersperg. Dabei ging es zuerst um den Aufbau einer provisorischen Zivilverwaltung. Mit Ah. Entschließung vom 16. September 1879 wurde eine „bosnische Kommission" eingerichtet, in der die drei gemeinsamen Ministerien sowie Dele-

614 *MR. v. 28. 10. 1882/I.*

615 *MR. v. 12. 4. 1880/VIII, MR. v. 24. 9. 1880/I und MR. v. 8. 10. 1880/VIII (liegen nicht ein), danach MR. I v. 7. 2. 1883/I.*

616 *MR. v. 18. 11. 1882/VI.*

617 *Berliner Vertrag v. 13. 7. 1878,* RGBl. Nr. 43/1879. *Mit den Vorbereitungen und der Eroberung beschäftigten sich MR. v. 13. 5. 1878/I, MR. v. 9. 7. 1878/III, MR. v. 19. 8. 1878/I und MR. v. 23. 8. 1878/II (liegen nicht ein).*

gierte der cisleithanischen und ungarischen Regierung vertreten waren. Ihre Aufgabe bestand „in erster Linie in der Ausarbeitung eines Entwurfes des provisorischen Wirkungskreises des Armee-Commandanten in Bosnien und in der Herzegowina, sowie jenes der Commission selbst“[618]. Dies geschah innerhalb eines Monats. Mit Ah. Entschließung vom 29. Oktober 1878 wurde der „provisorische Wirkungskreis der Commission für die Angelegenheiten Bosnien's und der Herzegowina“ und der „provisorische Wirkungskreis des Chefs der Landesregierung in Bosnien und der Herzegowina“ bestimmt[619]. § 1 des Wirkungskreises der Landesregierung ordnete diese dem gemeinsamen Ministerium unter, und § 1 des Wirkungskreises der bosnischen Kommission definierte diese als „berathendes Organ in allen wichtigeren Angelegenheiten der Administration Bosnien's und der Herzegowina und zur Evidenzhaltung des Ganges der Verwaltung dieser Länder“.

Diese Organisation erwies sich jedoch als zu schwerfällig. Sie wurde am 26. Februar 1879 dahingehend abgeändert, dass nur mehr das gemeinsame Finanzministerium mit der Verwaltung der okkupierten Provinzen im Namen des gemeinsamen Ministeriums betraut wurde, und dass sich die Tätigkeit der bosnischen Kommission „nur auf die Abgabe von Gutachten über prinzipielle Fragen, Organisationsentwürfe und jene Angelegenheiten zu beschränken habe, bei welchen die vorgängige meritorische Mitwirkung beider Regierungen notwendig erscheint“[620]. Die bosnische Kommission trat dann am 27. Mai 1879 zu ihrer 34. und damit letzten Sitzung zusammen, in der sie den III. Teil des IV. Hauptstückes des Strafgesetzbuches beriet[621].

Danach schlossen sich im Ministerrat Verhandlungen über die rechtliche Regelung der Beziehung der okkupierten Provinzen zu beiden Teilen Österreich-Ungarns an. Dabei handelte es sich um je ein in Cisleithanien und in Ungarn zu verabschiedendes Gesetz, das den Einfluss beider Teile der Monarchie auf die Politik Bosnien-Herzegowinas regelte. Mit der Übernahme des Vorsitzes durch Stremayr begann sich der Ministerrat mit dem Thema zu beschäftigen[622] und setzte seine Beratungen unter Taaffe weiter fort. Die Gesetze kamen schließ-

---

618 *Die Ah. E. selbst konnte nicht gefunden werden, sie und die Aufgabenstellung der bosnischen Kommission sind dem Protokoll ihrer ersten Sitzung am 25. 9. 1878 entnommen,* Hhsta., PA. XL, Liasse IX A, Karton 208, fol. 1 v. *Am Vortag der Sitzung zeigte Außenminister Gyula Graf Andrássy v. Csíkszentkirály und Krasznahorka ihre geplante Zusammenkunft mit Vortrag v. 24. 9. 1879 an, der mit Ah. E. v. 25. 9. 1878 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3370/1878.

619 *Diese Fragen wurden beraten in MR. v. 19. 9. 1878/VI und MR. v. 15. 10. 1878/V (liegen nicht ein); genehmigt über Vortrag Andrássys v. 24. 10. 1878 mit Ah. E. v. 29. 10. 1878,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3802/1878, *der* provisorische Wirkungskreis des Chefs der Landesregierung in Bosnien und der Hercegovina *publiziert als* Lgbl. Bosnien-Herzegowina 1878–1880, I. Band, 10*; die Darstellung in* Eichler, Das Justizwesen Bosniens, 114 *zu den Ah. Entschließungen v. 16. 9. und 25. 9. 1878 ist nicht ganz korrekt, als mit Ah. E. v. 16. 9. 1878 – siehe oben zitiertes Protokoll der bosnischen Kommission v. 25. 9. 1878 – und nicht mit Ah. E. v. 25. 9. 1878 die bosnische Kommission ins Leben gerufen wurde. Mit letzterer Ah. E. wurde nur die Anzeige der ersten Zusammenkunft zur Kenntnis genommen.*

620 *Vortrag der drei gemeinsamen Minister v. 24. 2. 1879, Ah. E. v. 26. 2. 1879,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 857/1879.

621 *Protokoll der* 34. Sitzung der Commission für die Angelegenheiten Bosnien's und der Herzegowina *v. 27. 5. 1879,* Hhsta., PA. XL, Liasse IX A, Karton 208, fol. 204–208 *und* 222–226. *Regesten der Protokolle publiziert in* Dekodiranje arhiva [Archiventschlüsselung].

622 *MR. v. 9. 1. 1879/IV, MR. I v. 17. 2. 1879/V, MR. I v. 26. 2. 1879/I, MR. v. 3. 3. 1879/I, MR. v. 10., 11. und 15. 3. 1879/I, MR. v. 23. 4. 1879/I und MR. v. 1. 5. 1879/I (keines der Protokolle liegt ein).*

lich im Februar 1880 zustande[623]. Im § 1 wurden die Regierungen beider Teile der Monarchie „ermächtigt, beziehungsweise angewiesen", auf die Verwaltung dieser Provinzen „unter verfassungsmäßiger Verantwortung Einfluß zu nehmen". Ebenso bestimmten die folgenden Paragrafen den Einfluss der beiderseitigen Regierungen und Parlamente beim Bau von Eisenbahnen, bei der Kreditaufnahme und bei der Umsetzung der Bestimmungen des Zoll- und Handelsbündnisses in den okkupierten Provinzen. Jede Änderung des „Verhältnisses dieser Länder zur Monarchie" wurde von „der übereinstimmenden Genehmigung der Legislative der beiden Theile der Monarchie" abhängig gemacht. Dabei war nach § 3 die „Verwaltung dieser Länder so einzurichten, daß die Kosten derselben durch die eigenen Einkünfte gedeckt werden". War dies nicht möglich, etwa wenn das Land Kredite für Investitionen aufnehmen wollte, bedurfte dies der Zustimmung beider Regierungen, oder, wenn auch beide Teile der Monarchie finanziell involviert waren, der beiden Parlamente[624]. Mit der rechtlichen Integration der Provinzen in die Doppelmonarchie wurden auch die österreichisch-ungarische Konsulartätigkeit und deren Gerichtsbarkeit in diesen Gebieten überflüssig und sie wurde aufgehoben[625].

Um möglichst schnell und effektiv auf eine Zivilverwaltung zurückgreifen zu können, entsandten beide Teile der Monarchie Beamte nach Bosnien-Herzegowina, um die Lokalverwaltung aufzubauen und heimische Beamte in die Verwaltungspraxis einzuführen. Zu diesem Zweck wurden Beamte zunächst für zwei Jahre beurlaubt. 1881 konnte ein drittes und 1882 ein viertes Jahr usw. angehängt werden[626]. Diese Beamten sollten auch bei den zu reformierenden bzw. den neu zu kreierenden Gesetzen mitwirken. Denn nicht nur die Verwaltung an sich, auch alle rechtlichen Normierungen wurden umgebaut. So beschäftigte sich der Ministerrat auch mit der „Beratung der bosnischen Kommission wegen Einführung eines Strafgesetzes in Bosnien und der Herzegowina"[627]. Dezidiert für seine Verdienste beim Aufbau des Bergwesens in Bosnien-Herzegowina stimmte der Ministerrat der Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an Ludwig Jaroljmek zu, der ihm von Franz Joseph am 1. August 1882 verliehen wurde[628]. Für andere Beamte bedeutete die Verwendung in Bosnien-Herzegowina mit ihrer Rückkehr nach Cisleithanien einen Sprung in der Karriere, wie bei dem bereits erwähnten Bacquehem, der nach seiner Verwendung in der Landesregierung in Sarajewo von der Bezirks- in die Landesverwaltungen wechselte: 1880 wurde er Regierungs-

---

623 *MR. v. 22. 8. 1879/IV, MR. II v. 27. 9. 1879/VII, MR. I v. 3. 10. 1879/II, MR. v. 8. 10. 1879/II, MR. v. 16. 10. 1879/VI, MR. v. 23. 10. 1879/II (die letzten beiden Protokolle behandelten die Frage, ob das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf mit einer Zweidrittelmehrheit verabschieden müsse), MR. 11. 11. 1879/II, MR. 19. 11. 1879/I, MR. I v. 23. 11. 1879/I und MR. v. 27. 11. 1879/III. Diese Protokolle liegen alle nicht ein; Gesetz v. 22. 2. 1880,* RGBL. Nr. 18/1880*; in Ungarn* GA. VI/1880*, für Bosnien-Herzegowina publiziert als* LGBL. BOSNIEN-HERZEGOWINA 1878–1880, I. Band, 8 f.

624 *Die* Übung der Einflussnahme der beiderseitigen Regierungen auf die Richtung und Prinzipien der Verwaltung *Bosniens beriet MR. v. 20. 10. 1880/VIII (liegt nicht ein).*

625 *MR. v. 21. 2. 1880/IV (liegt nicht ein).*

626 *Siehe dazu* HHSTA., Kab Kanzlei, KZ. 4298/1878, KZ. 559/1881 *und* 1459/1882*, diese letzte Verlängerung kam auch zur Sprache in MR. II v. 2. 3. 1882/II (liegt nicht ein). Auch ein fünftes Jahr wurde 1883 möglich gemacht,* HHSTA., Kab Kanzlei, KZ. 1169/1883*. Diese Beurlaubung wird erwähnt bei* SCHMID, Bosnien und die Hercegovina, 60.

627 *MR. v. 17. 4. 1879/VI (liegt nicht ein). Siehe dazu* EICHLER, Das Justizwesen Bosniens, 149–153.

628 *MR. v. 25. 7. 1882/IV.*

rat in Kärnten, 1881 Statthaltereirat in Oberösterreich und schließlich 1882 zuerst Leiter der schlesischen Landesregierung und dann definitiver Landespräsident. 1886 sollte er dann Handelsminister werden[629].

In der Vorbereitung auf die kommende Delegationssession beschäftigten sich die gemeinsamen Ministerratssitzungen vom 23. und 24. Oktober 1882[630] ganz besonders mit der Frage, wie die gemeinsamen Minister mit einer möglichen Anfrage aus einer der Delegationen bezüglich einer Annexion von Bosnien-Herzegowina umgehen sollten. Am 23. Oktober einigten sich die gemeinsamen Minister mit beiden Ministerpräsidenten darauf, dass, wenn „in den Delegationen die Frage der Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina angeregt werden sollte, die Discussion über diesen Gegenstand einfach abzulehnen" sei, wie der Außenminister den Beschluss in der Sitzung am folgenden Tag dem Monarchen zusammenfasste[631]. Dieses Vorgehen genehmigte Franz Joseph, hielt aber in aller Deutlichkeit fest, er geruhe „zugleich jedoch darauf hinzuweisen, daß Seitens der Regierung möglichst bald daran gegangen werden müsse, eine Einigung über die endgiltige Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina zu erzielen". Er fuhr fort:

> Man könne sich nicht verhehlen, daß eine Consolidirung der Verhältnisse in den beiden Ländern erst dann ermöglicht sein werde, wenn durch die Annexion derselben eine unzweifelhaft legale Basis für das Vorgehen der Regierung geschaffen würde. Aber auch wenn die Annexion ins Leben treten sollte, sei eine vollkommene Klarheit über die künftige Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina, beziehungsweise über die Art ihrer Einfügung in die Monarchie schon aus dem Grunde wichtig, um bei allen Maßnahmen in den occupirten Ländern für jene Einverleibungsmodalität, für welche man sich entscheiden würde, vorarbeiten zu können.[632]

Über die darauffolgenden Besprechungen der gemeinsamen Minister mit den beiderseitigen Ministerpräsidenten und Finanzministern, die möglicherweise nicht protokolliert wurden, referierte Taaffe in der Sitzung des cisleithanischen Ministerrates am 15. November 1882[633]. Zwei Konzepte standen zur Beratung: jenes des Außenministeriums und jenes der ungarischen Regierung[634]. Der Vorschlag des Außenministeriums wollte Bosnien und die Herzegowina im Falle der Annexion zu einem Reichsland machen „ohne sie als solches zu bezeichnen". Für dieses Gebiet sollte dann ein eigener gemeinsamer Minister eingesetzt werden und die Delegationen sollten dafür zuständig sein. Im Gegensatz dazu schlug die ungarische Regierung vor, die beiden Provinzen nach dem Quotenschlüssel (70 : 30) zwischen beiden Teilen der Monarchie zu teilen. Dieser Vorschlag stieß auf vehemente Ablehnung Taaffes, weil „ohne Rücksicht auf historische oder ethnografische Momente lediglich nach dem Maßstabe des bestehenden Beitragsschlüssels zu den gemeinsamen Auslagen die Aufteilung eines Ländergebietes stattfinden" solle. Dunajewski assistierte Taaffe, als er meinte, „dass es sich bei einer

---

629 *Sein Name fiel mehrfach im Ministerrat, MR. v. 18. 4. 1879/V (liegt nicht ein), MR. I v. 5. 7. 1881/I, MR. II v. 30. 4. 1882/I und MR. v. 9. 9. 1882/II.*

630 *GMR. v. 23. 10. 1882, RMRZ. 309 und GMR. v. 24. 10. 1882, RMRZ. 310,* Hhsta., PA. XL, Karton 293.

631 *GMR. v. 24. 10. 1882, RMRZ. 310,* Hhsta., PA. XL, Karton 293.

632 *GMR. v. 24. 10. 1882, RMRZ. 310,* Hhsta., PA. XL, Karton 293.

633 *MR. v. 15. 11. 1882/II.*

634 *Konzept des Außenministeriums, Entwurf eines Gesetzes für beide Teile der Monarchie vom Oktober 1882,* Hhsta., PA. I, Karton 459, Liasse IX: Bosnien-Herzegowina, fol. 23 v–26 v*; Konzept der ungarischen Regierung vom Jänner 1883,* fol. 29 v–50 v.

Zuteilung von Ländergebieten nicht bloß um den Boden, der sich allerdings mathematisch zerteilen lasse, sondern wesentlich auch um den Menschen handle". Daher schlug Taaffe in den Konferenzen vor, dass „bis zu einer einvernehmlich vereinbarten definitiven Neugestaltung vorläufig das durch das bosnische Gesetz vom 22. Februar 1880 statuierte Verhältnis auch nach der Annexion weiter zu bestehen habe". Mit dieser Position war der Ministerrat einverstanden und wurde „die Mitteilung des Ministerpräsidenten zur befriedigenden Kenntnis genommen"[635]. Zur Annexion kam es allerdings damals nicht, sie wurde aber Mitte der 1890er Jahre erneut im gemeinsamen Ministerrat beraten und erfolgte erst nach der Jungtürkischen Revolution 1908[636].

b) Die Integration in den gemeinsamen Wirtschaftsraum

Neben dem Aufbau der Verwaltung waren die Verhandlungen mit Ungarn über die Integration der okkupierten Provinzen in den gemeinsamen Wirtschaftsraum ein zweites intensiv behandeltes Thema zu Bosnien-Herzegowina[637]. Denn um Teil des Zollgebietes werden zu können, mussten die Bestimmungen des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsausgleichs auch in Bosnien-Herzegowina Anwendung finden: also die Regelungen des Außenhandels, der gemeinsamen Verzehrungssteuern (Bier, Branntwein und Zucker, ab 1882 auch Petroleum) und der Staatsmonopole (Salz, Tabak, Lotto und – als Monopol der Militärverwaltung – Schießpulver). Ebenso war die Währung der Monarchie, der Gulden österreichischer Währung, in den okkupierten Provinzen einzuführen und das Privilegium der Oesterreichisch-ungarischen Bank auf sie auszudehnen. Dabei war ein Mitspracherecht Bosnien-Herzegowinas bei der gemeinsamen Wirtschaftspolitik nicht vorgesehen, lediglich „im Falle besondere Bedürfnisse Bosniens und der Herzegowina eine ausnahmsweise Berücksichtigung bei den erwähnten Normen erheischen, werden diese nach Einvernehmung der Landesverwaltung Bosniens und der Herzegowina zu erlassen sein"[638]. Für eine Übergangsfrist wurde zwischen Österreich-Ungarn und Bosnien-Herzegowina eine Zwischenzolllinie eingerichtet (§ 15 des Gesetzes vom 20. Dezember 1879, das die Herstellung eines Zollverbandes Österreich-Ungarns mit Bosnien-Herzegowina regelte), die am 16. Juli 1882 aufgehoben wurde[639]. Eine Besonderheit war das sogenannte Zollaversum, eine Abfindung für entgangene Zolleinnahmen. Denn die bosnisch-herzegowinischen Zolleinnahmen wurden „für Rechnung des gemeinsamen Zollgefälles" eingehoben. Dies widersprach jedoch den Bestimmungen der Konvention

---

635 *MR. v. 15. 11. 1882/II.*

636 *Siehe dazu GMR. v. 26. 8. 1896/I,* Gmr. V, Nr. 3*; GMR. v. 19. 8. 1908 und GMR. v. 10. 9. 1908,* Gmr. VI, Nr. 3 *und* 4*, über deren Ergebnis der cisleithanische Ministerrat informiert wurde in MR. v. 3. 10. 1908/I (liegt nicht ein).*

637 *Noch unter der Regierung Auersperg MR. v. 6. 1. 1879/XIV; unter Stremayr MR. v. 23. 4. 1879/XIV, MR. v. 6. 4. 1879/XI, MR. v. 23. 4. 1879/I und MR. v. 30. 4. 1879/II; schließlich unter Taaffe MR. v. 23. 9. 1879/VI, MR. v. 6. 10. 1879/II, MR. v. 10. 10. 1879/II, MR. v. 16. 10. 1879/I, MR. v. 13. 11. 1879/VI und MR. v. 14. 11. 1879/II. Keines der angeführten Protokolle liegt ein. Aufnahme beider Provinzen in den gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Gesetz v. 20. 12. 1879,* Rgbl. Nr. 136/1879*; in Ungarn* Ga. LII/1879*; in Bosnien-Herzegowina Erlass des gemeinsamen Ministeriums v. 23. 12. 1879* betreffend die Einbeziehung von Bosnien und der Hercegovina in das allgemeine österreichisch-ungarische Zollgebiet*,* Lgbl. Bosnien-Herzegowina 1878–1880, III. Band, II. Teil, 45–50.

638 *§ 3 des Gesetzes v. 20. 12. 1879,* Rgbl. Nr. 136/1879. *Zur wirtschaftlichen Eingliederung Bosnien-Herzegowinas in das gemeinsame österreichisch-ungarische Zollgebiet siehe* Wessely, Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina, 532 f.

639 *Kundmachung der Ministerien der Finanzen und des Handels v. 30. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 96/1882.

mit der Türkei, nach der die Einnahmen der Provinzen – zu denen auch die Zolleinnahmen zählten – für sie zu verwenden seien[640]. Als Ausgleich erhielt Bosnien-Herzegowina daher jährlich 600.000 fl. als Abfindung (Aversum) für die ihm entgangenen Zolleinnahmen[641].

Am 15. April 1881 waren mit gleichen Gesetzen für Cisleithanien und Ungarn die seit 1850 bestehenden Spielkarten- und Kalenderstempel angehoben worden[642]. § 2 hielt fest, dass die seit 1868 bestehende Regelung, wonach die Versteuerung „in der Reichshälfte erfolgt, wo die Erzeugung oder die Einfuhr aus dem Auslande stattfindet und daß bei einer Ueberführung in die andere Reichshälfte keine weitere Versteuerung Platz greift"[643]. Eine entsprechende Bestimmung für Bosnien-Herzegowina war 1881 nicht notwendig, da es ja eine Zwischenzolllinie gab; es „bestehe das Verhältnis wie zum Auslande". Mit der Aufhebung derselben galt es nun auch für Kalender und Spielkarten „dieses Ver[hältnis her]zustellen, wie es [zwisc]hen den beiden Reichs[hä]lften besteht"[644]. Unter der Voraussetzung, dass in Bosnien-Herzegowina „ein mit unserem Gesetze gleichartiges Spielkartennormal eingeführt werde"[645], wurde die in Bosnien-Herzegowina gezahlte Stempelgebühr für dort erzeugte oder dorthin über die gemeinsame Zollgrenze eingeführte Spielkarten und Kalender in die Gebühren eingerechnet, die in Cisleithanien und in Ungarn anfielen[646].

In den sogenannten paktierten Angelegenheiten, die entsprechend der Ausgleichsgesetze von 1867 zwar getrennt verwaltet, aber von Cisleithanien und Ungarn gemeinsam festgelegt wurden, erhielt Bosnien-Herzegowina mit der Okkupation kein wie auch immer geartetes Mitspracherecht, obwohl auch diese Provinzen alle Regelungen umzusetzen hatten. Lediglich beim Wunsch nach abweichenden Bestimmungen war eine „Einvernehmung" (kein Einvernehmen, sondern lediglich eine Anhörung) zugestanden worden. Diese Frage wurde erneut bei den Diskussionen um das nach der Annexion 1908 zu erlassende Landesstatut dieser Provinzen beraten[647].

c) Eisenbahnbau und andere Themen

Der dritte im Ministerrat behandelte Themenkomplex war die Verlängerung der im Juni 1879 fertiggestellten Bahnstrecke Bosanski Brod–Zenica[648] nach Sarajewo[649]. Während die Schmalspurstrecke Bosanski Brod–Zenica vom Militär auf Kosten des Okkupationskredits in einfachster und kostengünstiger Bauweise hergestellt worden und entsprechend auch nur wenig leistungsfähig war, sollte die Strecke Zenica–Sarajewo zwar auch als Schmalspurbahn

---

640 *Artikel III der Konvention zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei v. 21. 4. 1879,* Bernatzik, Verfassungsgesetze, Nr. 196. *Ihre amtliche Verlautbarung – die nicht erfolgte – wurde beraten in MR. v. 20. 5. 1879/II (liegt nicht ein).*

641 *§ 13 des Gesetzes v. 20. 12. 1879,* RGBl. Nr. 136/1879.

642 Gesetz v. 15. 4. 1881, RGBl. Nr. 43/1881*; in Ungarn* GA. XXVII/1881.

643 *§ 41 der Verordnung des Finanzministeriums v. 2. 10. 1868,* RGBl. Nr. 135/1868.

644 *MR. v. 21. 4. 1882/II.*

645 *Dies geschah mit der Verordnung des gemeinsamen Ministeriums v. 7. 7. 1882,* LGBl. Bosnien-Herzegowina Nr. 120/1882.

646 *Gesetz v. 8. 6. 1882,* RGBl. Nr. 99/1882. *In Ungarn wurde diese Bestimmung nicht im Gesetzeswege erlassen.*

647 *Siehe dazu* Schmied-Kowarzik, Einleitung. GMR. VI, 85 f.

648 *Noch beraten unter Auersperg in MR. v. 6. 1. 1879/XIV (liegt nicht ein).*

649 *MR. I v. 17. 7. 1879/I, MR. v. 27. 12. 1879/III, MR. v. 14. 2. 1880/V, MR. v. 2. 5. 1880/V, MR. v. 22. 6. 1880, MR. v. 29. 6. 1880/I, MR. v. 9. 7. 1880/II, MR. v. 27. 9. 1880/I, MR. v. 8. 10. 1880/VII, MR. v. 20. 10. 1880/VII, MR. v. 28. 10. 1880/IX, MR. v. 17. 11. 1880/XIV, MR. v. 15. 12. 1880/II und MR. v. 21. 3. 1881/II (alle Protokolle liegen nicht ein).*

gebaut werden, aber deutlich leistungsfähiger sein. Zudem war sie so zu konzipieren, dass sie später in eine Normalspurbahn umgewandelt werden könne[650]. Da die für den Kredit notwendigen Zinsleistungen von den Provinzen nicht alleine getragen werden konnten, waren Zahlungen beider Teile der Monarchie notwendig, sodass hier die Gesetzgebungen in Wien und Budapest dem Kreditgeschäft und damit dem Bahnbau selbst zustimmen mussten, was auch geschah. Die Gesetze erhielten im Februar 1881 die Sanktion[651]. Die Strecke konnte dann im August 1882 eröffnet werden. Auch die zukünftige Betriebsführung der bosnischen Bahnen[652] und die Pensionsregeln der Beamten dieser sogenannten Bosnabahn[653] beschäftigten den Ministerrat.

Zwei Bosnien-Herzegowina betreffende religionspolitische Themen wurden auch besprochen. Am 23. September 1879 handelte es sich um „Verhandlungen wegen Unterordnung der griechisch-orientalischen Christen in den okkupierten Ländern unter den Metropoliten in Belgrad“[654]. Dies, wie auch die in Diskussion stehende Alternative, die griechisch-orientalischen Bistümer unmittelbar dem Patriarchen im ungarischen Karlóca zu unterstellen, wurde nicht umgesetzt. Stattdessen wertete man das Bistum Sarajewo zu einem Erzbistum auf, dem alle Bistümer in Bosnien-Herzegowina unterstellt wurden. Nominell unterstand das Erzbistum aber weiterhin unmittelbar dem Patriarchen von Konstantinopel[655]. Das zweite Thema war eine Interpellation des Reichsratsabgeordneten Clam über einen Erlass des bosnischen Bezirksamtes Wisoko, der es Muslimen verbot, zum christlichen Glauben überzutreten[656]. In seiner Antwort auf diese Interpellation am 10. Mai 1880 stellte Taaffe klar, dieser Erlass der Bezirksbehörde stehe „in vollem Widerspruche mit dem klaren Sinne der Belehrung, welche die Landesregierung den Behörden zu ertheilen für nothwendig befunden hatte, weßhalb der erwähnte Bezirksvorsteher diesfalls zur Verantwortung gezogen und wegen der den Absichten der Landesregierung geradezu widersprechenden Interpretation auch bereits aus der bosnischen Verwaltung entfernt“ worden war[657]. Das gemeinsame Ministerium erblickte „in der Enthaltung der Behörden von jeder Einwirkung auf das gegenseitige Verhältniß der in Bosnien nebeneinander stehenden Religionen und Glaubensbekenntnisse und in der Sicherstellung der vollen Freiheit in Glaubensfragen, das einzige Mittel, um die Ruhe der Gemüther zu erhalten und die Verhältnisse sich friedlich entwickeln zu lassen“. Daher seien Religionsübertritte rein durch die „betreffenden geistlichen Vorstehungen, also des Odža und Imam, und des betreffenden christlichen Seelsorgers“, abzuwickeln.

---

650 *Siehe dazu* Die k. k. Bosna-Bahn.

651 *Gesetz v. 4. 2. 1881* über den Ausbau der Bosnatal-Bahn von Zenica nach Sarajevo, RGBl. Nr. 9/1881; *für Ungarn* GA. I/1881.

652 *MR. v. 7. 10. 1881/IV (liegt nicht ein).*

653 *MR. II v. 2. 7. 1881/IV und MR. v. 4. 1. 1882/VI (liegen beide nicht ein).*

654 *MR. v. 23. 9. 1879/IV (liegt nicht ein).*

655 Turczynski, Orthodoxe und Unierte, 445. *Das Konkordat Österreich-Ungarns mit dem Patriarchen von Konstantinopel v. 28. 3. 1880 abgedruckt in* Schneller, Die staatsrechtliche Stellung, 56–60.

656 *MR. I v. 8. 5. 1880/IV (liegt nicht ein); Interpellation* Prot. Reichsrat AH. 16. 3. 1880 (60. Sitzung) 1892.

657 *Dieses und die folgenden Zitate aus* Prot. Reichsrat AH. 10. 5. 1880 (92. Sitzung) 3169 ff., hier 3170.

Ein Thema kam trotz seiner Bedeutung nur einmal im Ministerrat zur Sprache: das provisorische Wehrgesetz[658], mit dem in Bosnien-Herzegowina die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde[659]. Dieses Gesetz war schon alleine deshalb problematisch, weil Österreich-Ungarn durch den Berliner Vertrag ja nur mit der Verwaltung der Provinzen beauftragt worden war, sie aber weiterhin Teil des Osmanischen Reiches blieben. Nun war es – wie die Verordnung der Landesregierung festhielt – „Seine Majestät der Kaiser und König", der befahl (§ 1 des provisorischen Wehrgesetzes): „Alle wehrfähigen Landesangehörigen Bosniens und der Hercegovina sind verpflichtet, an der Vertheidigung des Landes und der Monarchie, welche diesen von ihr verwalteten Ländern Schutz und Sicherheit gewährt, persönlich theilzunehmen." Dass damit die Monarchie letztlich die Grenze des durch die Okkupation Zulässigen überschritt, bestätigte bereits Hans Schneller in seiner Dissertation an der Juridischen Fakultät der Universität Berlin 1892: „Mit Ausnahme des Wehrgesetzes ist keine der erwähnten Thatsachen [die in dem Werk behandelt wurden] geeignet, der Souveränität der Türkei über die in Rede stehenden Provinzen ernstlich Abbruch zu thun; und auch die Ausübung der Militärhoheit durch Oesterreich-Ungarn kann unmöglich die gänzliche Vernichtung des bestehenden Souveränitätsverhältnisses zur Folge haben, wenngleich sie – wie wir zugeben müssen – eine ernste Gefährdung derselben bildet."[660] Eine ähnliche Meinung vertrat auch Ferdinand Schmid in seinem Standardwerk aus dem Jahr 1914 über die Verwaltung Bosnien-Herzegowinas:

> Tatsächlich bildeten die bosnisch-herzegowinischen Truppen von Anfang an einen Bestandteil der gemeinsamen Wehrmacht der Monarchie, da ihre Angehörigen schon nach dem provisorischen bosnischen Wehrgesetze vom Jahre 1881 (§ 1) nicht nur zur Verteidigung dieser Länder, sondern der gesamten Monarchie verpflichtet waren.[661]

---

658 *MR. v. 25. 3. 1881/I (liegt nicht ein).*

659 *Das am 24. 10. 1881 sanktionierte provisorische Wehrgesetz,* Lgbl. Bosnien und Herzegowina Nr. 236/1881*, das mit Verordnung der Landesregierung für Bosnien und der Herzegowina v. 4. 11. 1881 kundgemacht wurde,* Lgbl. Bosnien und Herzegowina Nr. 235/1881*; zur Geschichte der bosnisch-herzegowinischen Truppen siehe* Hinterstoisser – Neumayer – Schmidl – Wohnout, Des Kaisers Bosniaken.

660 Schneller, Die staatsrechtliche Stellung, 212.

661 Schmid, Bosnien und die Hercegovina, 103.

11 Unruhen

Im Zeitraum, den dieser Band behandelt, kam es zu drei größeren politischen Unruhen: 1881 entluden sich die nationalen Differenzen zwischen Deutschen und Tschechen in der sogenannten Kuchelbader Schlacht, die sich schnell auf Prag ausweitete und drohte, ganz Böhmen zu erfassen; 1881/82 kam es in Süddalmatien und auch in der Herzegowina zu einem aktiven Widerstand gegen die Umsetzung bzw. Einführung der Wehrpflicht; und 1882 kam es während der 500-Jahr-Feierlichkeiten des Anschlusses Triests an die Habsburgermonarchie zu zwei Attentaten.

a) Die Kuchelbader Schlacht

Am 26. Juni 1881 begann das 20. Stiftungsfest des am 23. Februar 1861 gegründeten Prager akademischen Studentencorps „Austria". Es bestand aus 13 „Burschen", drei „Füchsen" und sieben außerordentlichen Mitgliedern[662]. Zu dem Fest waren neben den vollzählig erschienenen Prager deutschen Studentenverbindungen Abordnungen der Verbindungen aus Cisleithanien sowie einige Vertreter von Verbindungen aus Deutschland gekommen. Dieses Stiftungsfest fand in einer politisch aufgeheizten Situation statt. Nur kurze Zeit zuvor, am 11. April, hatte Franz Joseph die Teilung der Prager Universität bewilligt. Um die aufgeheizte Stimmung nicht eskalieren zu lassen, forderte die Prager Polizeidirektion das Rektorat der Prager Universität bereits am 19. Juni „wegen einer gereizten Spannung zwischen der czechoslavischen Bevölkerung und der deutschen Verbindungs-Studenten" auf, „auf die deutschen Studenten, welche Burschenschaften oder Verbindungen angehören, gefälligst einwirken zu wollen, daß sie durch provokatisches Benehmen nicht Anlaß zu Ausschreitungen geben mögen"[663]. Das Stiftungsfest wurde jedoch, besonders in Toastreden[664], gerade für politische Manifestationen genutzt. Einem Aufruf der Prager Zeitung Národní listy folgend, überfielen darauf am 28. Juni Tschechen die deutschen Studenten in dem nahe Prag gelegenen Kuchelbad. Die deutschen Studenten flohen darauf zurück nach Prag[665] und es gab Verletzte. In den folgenden Tagen weiteten sich die Auseinandersetzungen auf Prag aus.

Die lokalen Ordnungskräfte waren im Dauereinsatz. Weil daher „die k. k. Sicherheitswache in Folge mehrtägiger, continuirlicher Anstrengung erschöpft in ihrer Diensttauglichkeit erlahmen dürfte", erbat die Polizeidirektion vom Generalkommandopräsidium in Prag „nur für den Bedarfsfall zur Bewältigung größerer Ruhestörungen innerhalb des Polizei-Rayons vom morgigen Tage angefangen, eine Militärbereitschaft gefälligst beistellen zu wollen"[666]. Dieses mit 30. Juni datierte Schreiben wurde erst am 2. Juli expediert, denn diese Anfrage stellte ein Politikum dar. Die Notwendigkeit „mit aller Energie und eventuell mit Militärge-

---

662 *Zum Beginn des Stiftungsfests siehe* Prager Tagblatt v. 27. 6. 1881*; Angaben zum Corps* Verzeichnis der in Prag bestehenden deutschen Studentenverbindungen (Burschenschaften, Corps), Národní archiv, PP. 1882–1887, Karton 1024, Sig. St20/1.

663 *Schreiben (K.) der Prager Polizeidirektion an das Rektorat der k. k. Universität v. 19. 6. 1881,* Národní archiv, PP. 1882–1887, Karton 1024, Sig. St20/1, Zl. 4839/1881.

664 Prager Tagblatt v. 28. 6. 1881.

665 *Zum Verlauf der Ereignisse siehe Disziplinaruntersuchung (Abschrift) der Prager Universität* aus Anlaß der am 28. Juni l. J. in *Kuchelbad* bei Prag gegen deutsche Couleurstudenten vorgefallenen Excesse, Národní archiv, PM. 1881–1890, Karton 1526, Sig. 6/1/3, Zl. 5554/1881.

666 *Schreiben (K.) der Prager Polizeidirektion an das Generalkommando-Präsidium hier v. 30. 6. 1881,* Národní archiv, PP. 1882–1887, Karton 1024, Sig. St20/1, Zl. 5165/1881.

walt gegen weiter vorkommende Exzesse einzuschreiten" stand für Taaffe – und auch den Monarchen – außer Frage. Aber zu diesem Zeitpunkt führte Kronprinz Rudolf in Vertretung des abwesenden FML. Johann Freiherr v. Dumoulin den Befehl über die Truppen in Prag. Dass aber der Kronprinz den Befehl zum Einsatz von Militär gegen die Zivilbevölkerung gebe, war für Franz Joseph ausgeschlossen, und er ordnete daher an, dass „anstelle des durchlauchtigsten Kronprinzen ein anderer General den Befehl über die Truppen in Prag übernehme". Darauf kehrte Dumoulin frühzeitig nach Prag zurück und übernahm wieder das Kommando[667]. Der „Bedarfsfall" trat nicht ein, das Militär musste keine „Militärbereitschaft beistellen". Für den 4. Juli konnte das Prager Tagblatt berichten: „Die Straßen unserer Stadt tragen wieder ihre gewohnte Physiognomie und es herrscht vollkommene Ruhe."[668]

Bereits am 2. Juli 1881 hatte Franz Joseph gefordert, „daß die arretierten Exzedenten schnell und exemplarisch gestraft werden"[669]. Am 13. August wurde gegen drei Tschechen, die keine Akademiker waren, Anklage wegen öffentlicher Gewalttätigkeit erhoben[670], die am 19. September mit zwei Schuldsprüchen, einer fünfmonatigen und einer dreimonatigen schweren Kerkerstrafe, und einem Freispruch endeten[671]. Der Senat der Prager Universität – noch war die Trennung der Universität nicht erfolgt, der Senat daher deutsch dominiert – verwies vier tschechische Studenten für immer, einen auf vier und einen auf zwei Semester von der Universität, zwei erhielten Verweise. Dem Rektor der tschechischen technischen Hochschule wurde mitgeteilt, dass sich sieben Studenten an den Ausschreitungen beteiligt hatten, und der Advokatenkammer wurde das Verhalten eines seiner Mitglieder angezeigt[672]. Schließlich empfahl der akademische Senat noch ein Vorgehen gegen den tschechischen akademischen Leseverein, da er „bei der Theilnahme an dem Kuchelbader Excesse verdächtig" erschien, doch ergaben die Untersuchungen der Polizei keine Hinweise in diese Richtung[673].

In den ersten Julitagen beschäftigte sich der Ministerrat täglich mit den „Prager Exzessen"[674]. Dabei standen aber weniger die „Exzesse" selbst im Vordergrund, sondern die Probleme mit der Statthalterei. Statthalter Weber befand sich gerade zur Kur in Karlsbad und folgte dem Wunsch des Monarchen, nach Prag zurückzukehren, aus gesundheitlichen Gründen

---

667 *MR. I v. 2. 7. 1881/I.*

668 Prager Tagblatt v. 5. 7. 1881.

669 *Telegramm (K.) Franz Josephs an Taaffe v. 2. 7. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A, Sig. IV, Fasz. Telegramme über Prager Exzesse, Zl. 1229/1882.

670 *Bericht der Prager Oberstaatsanwaltschaft v. 16. 8. 1881, Abschrift von Beilage 3 zu MR. v. 17. 8. 1881/IV,* Ava., Ministerratsprotokolle, Karton 41*; den Tatbestand* öffentliche Gewalttätigkeit *behandelte § 87 StG, das mit Patent v. 27. 5. 1852,* Rgbl. Nr. 117/1852*, kundgemacht worden war.*

671 Prager Abendblatt v. 19. 9. 1881.

672 *Die Aussage des tschechischen Historikers Otto Urbans, in das gerichtliche Nachspiel dieser Affäre seien* keine tschechischen Studenten verwickelt *gewesen* – Urban, Die tschechische Gesellschaft 1: 520 –*, stimmt nur für die staatlichen Gerichte, nicht aber für die universitären Institutionen.*

673 *Disziplinaruntersuchung (Abschrift) der Prager Universität* aus Anlaß der am 28. Juni l. J. in Kuchelbad bei Prag gegen deutsche Couleurstudenten vorgefallenen Excesse*,* Národní archiv, PM. 1881–1890, Karton 1526, Sig. 6/1/3, Zl. 5554/1881*; Schreiben des Prager Polizeidirektors Stejskals an das Präsidium der Prager Statthalterei v. 22. 7. 1881,* Národní archiv, PM. 1881–1890, Karton 1526, Sig. 6/1/3, Zl. 5876/1881. *Der Leseverein, Akademický čtenářský spolek, wurde 1889 wegen eines Glückwunsches an französische Studenten anlässlich des Gedenkjahres des Sturms auf die Bastille aufgelöst; zu ihm siehe* Pokorný, Vereine und Parteien in Böhmen, 632. *Zur Untersuchung der Universität siehe* Herrlein, Die „Kuchelbader Schlacht".

674 *MR. v. 1. 7. 1881/I (liegt nicht ein), MR. I v. 2. 7. 1881/I, MR. v. 3. 7. 1881/I, MR. v. 4. 7. 1881/I und MR. v. 5. 7. 1881/I, außerdem MR. I v. 6. 7. 1881/I (dieses Protokoll liegt nicht ein) und MR. I v. 8. 7. 1881/I sowie die folgenden nicht einliegenden Sitzungen: MR. v. 23. 7. 1881, Tagesordnungspunkte VI und VII, MR. v. 26. 7.*

nicht[675]. Hingegen bezog Vizestatthalter Grüner klar eine pro-deutsche Position[676]. Damit war er aus Sicht Taaffes nicht der richtige Mann, „zumal auch die von Seiten der Verfassungspartei für Prag beabsichtigten Zusammenkünfte irgendein entsprechendes Einschreiten erheischen dürften“[677]. Der Grund, warum Taaffe Grüner nicht trauen konnte, liegt auf der Hand. Die Position Taaffes, der seine Ministerpräsidentschaft gerade der politischen Integration der Tschechen mit ihrem Einzug ins Abgeordnetenhaus verdankte und sich in seiner Politik wesentlich auf sie stützte, war durch diese Ausschreitungen geschwächt worden. Der auf deutschliberaler Seite stehende Grüner war daher die falsche Person für die Leitung der Statthalterei. Taaffe erhielt von Statthaltereisekretär Alois Hofmann die vertrauliche Mitteilung, „daß rücksichtlich der Studentenexzesse in Prag in nationalen Kreisen die Überzeugung herrsche, daß dieselben nur eine geplante Fortsetzung der Demonstrationen seien, welche von deutscher Seite bisher gegen die gegenwärtige Regierung in Szene gesetzt wurden und welche den Zweck haben sollen, das Fiasko der von E[uer] E[xzellenz] inaugurirten Politik darzuthun“[678]. Auch der mit der Leitung der Prager Polizeidirektion beauftragte Franz Ritter v. Stejskal schickte Taaffe ein vertrauliches Schreiben gleichen Inhalts und am 4. Juli ein „der früheren Darlegung homogenes“ Schreiben[679]. Ebenfalls am 4. Juli schickte Stejskal jedoch auch eine offizielle Mitteilung über den Weg der Statthalterei, also vermittels Grüner, mit dem entgegengesetzten Inhalt, in dem es hieß, „daß die deutschen Studenten zu Provokationen weder gehetzt wurden, noch überhaupt Excesse provoziren wollten“[680]. Bereits am Folgetag, dem 5. Juli, wurde, nachdem kein ziviler Beamter von den Ministern als geeignet befunden wurde, auf Wunsch Franz Josephs der Präsident des Militärobergerichtes, Kraus, zum Leiter der Statthalterei ernannt und Grüner am 11. Juli in den dauernden Ruhestand versetzt[681].

Vor der Kulisse dieser „Kuchelbader Schlacht“ tobte ein zweiter Kampf zwischen der Regierung und den Deutschliberalen um die Deutung dieser Ereignisse. „In den schärfsten Worten verurtheilten die Wiener Blätter die bedauerlichen Excesse in Kuchelbad“, vermeldete das deutschliberale Prager Tagblatt am 1. Juli[682]. Der Wiener Gemeinderat verabschiedete in seiner Sitzung am 1. Juli zwei Dringlichkeitsanträge zu den „Prager Exzessen“, einen von 67 Gemeinderäten, die der Entrüstung „über die in letzter Zeit wiederholt vorgefallenen Deutschenhetze in Prag und Umgebung“ Ausdruck gab, und einen der Mitglieder der „äu-

---

*1881/VI, MR. v. 28. 7. 1881/IV und MR. v. 17. 8. 1881, Tagesordnungspunkte III (*Verständigungsaktion des Statthalters*, Abschrift der Beilage ist erhalten) und IV (Berichte der Oberstaatsanwaltschaft Prag, Abschriften der Beilagen sind erhalten).*

675 *MR. I v. 2. 7. 1881/I.*

676 *Siehe dazu die Schilderung der Ereignisse durch den Zeugen im Prozess Gustav Adolph Elbogen v. 18. 9. 1881,* Prager Tagblatt v. 20. 9. 1881.

677 *MR. I v. 2. 7. 1881/I.*

678 *Schreiben (K.) Hofmanns an Taaffe v. 28. 6. 1881,* Národní archiv, PMT., Karton 15, Zl. g.P. 63/1881.

679 *MR. I v. 5. 7. 1882/I.*

680 Národní archiv, PMT., Karton 15, Zl. g.P. 68/1881.

681 *Besprochen in MR. I v. 5. 7. 1882/I.*

682 Prager Tagblatt v. 1. 7. 1881.

ßersten Linken“[683], wie das offizielle Protokoll der Gemeinderatssitzung festhielt, „ähnlichen Inhalts“[684]. Allerdings beinhaltete diese zweite Resolution keineswegs nur eine Kritik an den Tschechen, sondern zielte direkt auf die Regierung:

> Der Gemeinderath wolle sein tiefstes Bedauern über jene Vorfälle aussprechen und der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben, daß bald solche Maßnahmen ergriffen werden, welche den unerträglichen Zuständen der jetzigen Regierungspolitik ein Ende zu setzen geeignet erscheinen. Wird angenommen.[685]

Aus diesem Grund war die Regierung bemüht, durch Konfiszierung von Zeitungen die nach außen dringenden Informationen zu kontrollieren. Das offizielle Protokoll des Gemeinderates reduzierte den für die Regierung brisanten Antrag der äußersten Linken auf einen Antrag „ähnlichen Inhalts“, und außerdem hatte Taaffe „sonach abends noch dem Staatsanwalte die Weisung zugehen lassen, diejenigen der heutigen Morgenblätter zu konfiszieren, welche etwa den Wortlaut der fraglichen Resolution brächten“[686]. So erging es auch einer Wiedergabe eines Artikels des Pester Lloyd[687]. Dieser Pressekrieg ebbte aber bald ab. Ein Grund wird gewesen sein, „daß die Redactionen der czechischen Journale sich gegenüber den czechisch-feindlichen Berichten der deutschen Blätter über die Prager Excesse zu der Taktik geeinigt haben sollen, keine Repliken zu bringen, weil die natürliche Folge nichts anderes wäre, als ein womöglich noch vehementerer Federkrieg gegen die Czechen“[688]. Das Prager Tagblatt, das über die Exzesse zwischen 27. Juni und 7. Juli 1881 ausführlich berichtet hatte, teilte das Gerichtsurteil am 19. September nur mehr in einer kleinen Randbemerkung in seiner Abendausgabe mit[689].

Doch nicht nur die Regierung und die Deutschliberalen rangen um die „richtige“ Lesart der Ereignisse. Ein paralleles Ringen fand zwischen Alt- und Jungtschechen statt. In einem vertraulichen Bericht, den Statthaltereisekretär Hofmann verfasst hatte, teilte er Taaffe mit, dass Rieger im Vorfeld des Stiftungsfestes über die Polizeidirektion versucht hatte, mäßigend

---

683 *Die äußerste Linke war eine Fraktion im Wiener Gemeinderat, die sich 1878 mit Linken und Wirtschaftspartei zur Vereinigten Linken zusammenschloss, sich aber Anfang 1881 wieder neu konstituierte. Sie setzte sich u. a. für die Ausweitung des Wahlrechts ein,* Seliger – Ucakar, Wien. Politische Geschichte 1: 595 f.

684 Berichte über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 1. 7. 1881 (48. Sitzung) 838.

685 *Handschriftliches Protokoll zu den beiden Punkten der Dringlichkeitsanträge, im Bürgermeisterexemplar dem offiziellen Protokoll vorgebunden,* Wstla., Sig. 1.6.1 (Gemeinderat) B6 (Sitzungsprotokolle), 2. Ex.

686 *MR. I v. 2. 7. 1881/I.*

687 *Artikel in* Pester Lloyd (M.) v. 2. 7. 1881. *Die Steigerung der konfiszierten Zeitungen durch diese Affäre zeigen* Amtsvortrag der eingelangten Anzeigen über die mit Beschlag und Verbot belegten Zeitschriften für den Monat Juni 1881 *v. 31. 7. 1881 und der entsprechenden Amtsvortrag v. 5. 9. 1881 für den Monat Juli 1881 sowie der Amtsbericht v. 28. 2. 1882 für den Monat Dezember mit einer Gesamtdarstellung des Jahres,* Ava., JM., allg., legislative Angelegenheiten, Sig. I P 6/2, Post 104, Zl. 11.156/1881 *und* Post 107, Zl. 13674/1881 *sowie* Post 128, Zl. 3160/1882.

688 Národní archiv, PMT., Karton 15, Zl. g.P. 69/1881.

689 *Besonders ausführlich in* Prager Tagblatt v. 30. 6. 1881*; das Urteil, wie bereits zitiert, in* Prager Abendblatt v. 19. 9. 1881. *Urban urteilt, die* Schlacht*, könne* in gewisser Weise als klassisches Modell des Funktionierens chauvinistischer Politik dienen*,* Urban, Die tschechische Gesellschaft 1: 520.

auf die deutschen Studenten einzuwirken[690]. Rieger vermutete als Drahtzieher hinter dem Angriff den Redakteur Josef Barták von der Zeitung Národní listy, die dem Jungtschechen Julius Grégr gehörte[691]. Rieger lehnte auch die Bitte einer Gruppe tschechischer Studenten, „er möge sich bei der Interpellations-Beantwortung über die Juni-Exceße im Abgeordnetenhause in Wien der czechischen Studenten annehmen", „rundweg" ab. Folge war, und dies war dem Polizeipräsidenten eine Mitteilung an die Statthalterei wert, dass der Tochter Riegers von den tschechischen Studenten verweigert wurde, den akademischen Ball 1882 als Vortänzerin zu eröffnen[692].

Schließlich gab es noch ein viertes Ringen. Denn mit diesen „Exzessen" und dem Frontalangriff, den die Deutschliberalen damit auf die Regierung unmittelbar unternahmen, zeigte sich deren Schwäche. Dies wiederum nutzten die drei Regierungsparteien, um Taaffe enger an sich zu binden. So berichtete Hofmann Taaffe bereits am 28. Juni 1881 über Äußerungen Riegers gegenüber mehreren „intimen Freunden":

> Das ewige Lavieren und Schwanken E[urer] E[xzellenz] nach allen Seiten hin müße endlich ein Ende nehmen. Zu dieser Überzeugung seien nach Rieger's Nachrichten alle hervorragenden Mitglieder der 3 Clubs der Reichsraths-Majorität gekommen. Durch den von E[uer] E[xzellenz] in den letzten Berathungen des Herrenhauses eingeschlagenen Standpunkt und durch die unvermuthet erfolgte Schließung desselben – hätten E[ure] E[xzellenz] selbst diese Krise heraufbeschworen und werde dieselbe zu Beginn des Reichsrathes in aller Schärfe hervortreten. Was geschehen werde, wisse er (Rieger) nicht; doch sei es möglich, dass die Entscheidung auch noch früher erfolge und zwar von Seite der Krone, nachdem die Hofkreise mit der gegenwärtig geschaffenen Situation gleichfalls nicht zufrieden seien.[693]

Inwieweit die Aktivitäten Taaffes in der Kuchelbader Affäre, die er und die Regierung nun an den Tag legten, auf diesen Bericht und den Druck der Majorität des Abgeordnetenhauses zurückzuführen sind, ist unklar. Eine Regierungsumbildung trat jedoch nicht ein und die drei Klubs unterstützten mit ihrer Mehrheit im Abgeordnetenhaus die Regierung auch weiterhin.

b) Der Aufstand gegen das Wehrgesetz in Süddalmatien

Die Kuchelbader Schlacht war noch nicht geschlagen, da deutete sich bereits ein anderer Konflikt an. Mit der Entscheidung, auch die Einwohner Bosnien-Herzegowinas zur Verteidigung des Landes und der Monarchie heranzuziehen und ein Wehrgesetz zu erlassen, wurde ebenfalls beschlossen, die Wehrpflicht, die in den süddalmatinischen Wehrkreisen Cattaro und Ra-

---

690 *Darstellung in Schreiben (K.) des Präsidiums der Prager Statthalterei an Taaffe v. 1. 7. 1881,* Národní archiv, PMT., Karton 15, Zl. g.P. 66/1881. *Diese Aussage deckt sich mit dem bereits zitierten Schreiben der Polizeidirektion an das Rektorat der Prager Universität v. 19. 6. 1881,* Národní archiv, PP. 1882–1887, Karton 1024, Sig. St20/1, Zl. 4839/1881.

691 *Zur Národní listy und Julius Grégr siehe mit weiterführender Literatur* Sekera, Das tschechische Pressewesen, 1993–1997.

692 *Schreiben Stejskals an die Statthalterei Prag v. 18. 1. 1882,* Národní archiv, PM. 1881–1890, Karton 1526, Sig. 6/1/3, Zl. 520/1882. *Von den beiden Töchtern Riegers, Marie (27 Jahre alt) und Libussa (21 Jahre alt), war wohl die jüngere Tochter gemeint.*

693 *Schreiben (K.) Hofmanns an Taaffe v. 28. 6. 1881,* Národní archiv, PMT., Karton 15, Zl. g.P. 63/1881.

gusa seit 1870 sistiert gewesen war, jetzt umzusetzen[694]. Dass die beiden süddalmatinischen Kreise bisher von der Wehrpflicht ausgenommen gewesen waren, lag an dem mehrmonatigen Aufstand der Bevölkerung 1869/70, um die Erfassung der wehrpflichtigen Bevölkerung zu verhindern. Darauf war die Wehrpflicht zwar nicht aufgehoben worden, aber auf ihre Umsetzung wurde verzichtet. Nun sollte – gleichzeitig mit der Einführung der Wehrpflicht in Bosnien-Herzegowina – diese auch in den süddalmatinischen Wehrkreisen Cattaro und Ragusa umgesetzt werden[695]. Am 11. Mai 1881 wurde die Stellung im Wehrkreis Ragusa für den Juli 1881 angeordnet, und schon am 13. Juni beschäftigten den Ministerrat „[e]ventuelle Maßnahmen im Falle der Renitenz gegen die Durchführung des Wehrgesetzes hinsichtlich der Distrikte von Ragusa und Cattaro“[696]. Am 12. Juli wurde dann die Stellung im Wehrkreis Cattaro für den Oktober kundgemacht[697]. Ab November stand darauf das Thema Süddalmatien permanent auf der Tagesordnung des Ministerrates[698].

Im Gegensatz zu 1869/70 sollte diesmal durchgegriffen werden, daher kam es schnell zu einem Wechsel in der Person des Statthalters und Militärkommandanten in Dalmatien. FML. Rodich – der den Aufstand von 1869/70 durch Nachgeben friedlich beigelegt hatte – musste gehen, an seine Stelle trat der im Okkupationsfeldzug erprobte FML. Jovanović[699]. Ende November 1881 begann der Aufstand in Süddalmatien, der sich im Dezember auf die Herzegowina ausweitete. Es sollte bis Ende Mai 1882 dauern, ehe „kein Gegner gefunden“ werden konnte[700]. Die Aufständischen waren großteils nach Montenegro geflohen. Um die Militäroperationen nicht frühzeitig bekanntzugeben, beriet der Ministerrat die „Einschärfung der Weisungen bezüglich Hintanhaltung von Pressmitteilungen über militärische Dispositionen“[701].

Am 15. Februar 1882 wurde aufgrund des § 429 der Strafprozessordnung von der dalmatinischen Statthalterei „die Einleitung des standrechtlichen Verfahrens im ganzen Umkreise der politischen Gemeinde Risano und in der Fraktion Orahovac der politischen Gemeinde

---

694 *Das provisorische Wehrgesetz für Bosnien-Herzegowina v. 24. 10. 1881,* Lgbl. Bosnien und Herzegowina Nr. 236/1881. *In Süddalmatien, das bis 1868 von der Wehrpflicht ausgenommen war, wurde mit Artikel III des Wehrgesetzes v. 5. 12. 1868 die Wehrpflicht in der Landwehr eingeführt,* Rgbl. Nr. 151/1868. *Zur Sistierung des Wehrgesetzes in Süddalmatien siehe* Wagner, Die k. (u.) k. Armee, 628 f.

695 *Bereits MR. v. 3. 8. 1880/I (liegt nicht ein) beschäftigte sich mit einer Zeitungsmeldung über die Einführung der Landwehrpflicht in Süddalmatien und MR. v. 28. 2. 1881/I (liegt nicht ein) mit den dort neu zu errichtenden Landwehrbataillonen.*

696 *Kundmachungen der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 11. 5. 1881,* Lgbl. Dalmatien Nr. 17/1881*; MR. v. 13. 6. 1881/I (liegt nicht ein). Auch wenn die beiden Aufstandsbewegungen parallel und verzahnt miteinander stattfanden und militärisch zusammen gesehen wurden, behandelte der Ministerrat fast nur den Aufstand in Süddalmatien. Die Ereignisse in der Herzegowina kamen zumindest in den Titeln der Tagesordnungspunkte nicht vor.*

697 *Kundmachungen der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 12. 7. 1881,* Lgbl. Dalmatien Nr. 24/1881.

698 *MR. II v. 8. 11. 1881/VI, MR. v. 10. 11. 1881/I, MR. v. 16. 11. 1881/VI, MR. II v. 1. 12. 1881/V, MR. v. 8. 12. 1881/IX, MR. v. 19. 12. 1881/I, MR. I v. 27. 12. 1881/I, MR. v. 7. 1. 1882/I, MR. I v. 11. 1. 1882/III, MR. v. 17. 1. 1881/I, MR. v. 27. 1. 1882/IX und MR. II v. 2. 3. 1882/IV (keines der Protokolle liegt ein) sowie MR. v. 4. 5. 1882/I.*

699 *MR. v. 10. 11. 1881/I (liegt nicht ein).*

700 Der Aufstand in der Hercegovina, 42 f. *und* 191.

701 *MR. II v. 14. 3. 1882/V (liegt nicht ein).*

Cattaro" kundgemacht[702]. Allerdings schränkte die Regierung ohnehin nur kurze Zeit später die Grundrechte ein, sodass die Statthalterei ihre Kundmachung wieder zurückzog[703]. Parallel dazu brachte Pražák am 16. Februar einen Gesetzentwurf für eine „Ausnahmsgerichtsbarkeit" in den Reichsrat ein, mit dem für vier Monate Strafverfahren in den Bezirkshauptmannschaften Cattaro, Metković und Ragusa an die Militärgerichte übertragen werden sollten. Nach Annahme durch den Reichsrat wurde das Gesetz am 28. Februar sanktioniert[704]. Es wurde – weil der Reichsrat nicht versammelt war – mit Notverordnung vom 25. Juni um weitere sechs Monate verlängert[705]. Diese Notverordnung legte Pražák verfassungsgemäß dem Reichsrat nach dessen Zusammentritt gemeinsam mit einem Gesetzentwurf zur erneuten Verlängerung der Ausnahmsgesetzgebung um sechs Monate vor. Beidem stimmte der Reichsrat zu[706]. Während in den Bezirkshauptmannschaften Metković und Ragusa die Zuständigkeit der Militärgerichte Mitte 1883 endete, blieb sie in Cattaro noch bis Mitte 1885 bestehen[707]. Schließlich beriet der Ministerrat auch die Einstellung der Geschworenengerichte in Süddalmatien, da Verfahren vor Geschworenen tendenziell öfter in Freisprüchen endeten oder niedrigere Strafen verhängt wurden[708]. Weil aber kaum Fälle anhängig waren oder „mangels der Habhaftwerdung [d]er Täter noch nicht so weit [r]eif seien, um zur Verhandlung gebracht werden zu kö[n]nen", schien es Pražák „[jetzt] nicht angemessen, mit [de]r Maßregel der Einstellung vorzugehen"[709]. Dies änderte sich jedoch nach dem Aufstand, denn es „stehe nämlich die Eventualität in nicht ferner Aussicht, dass eine bedeutende Zahl von Aufständischen zurückkehre und die strafgerichtliche Untersuchung in vielen der oben erwähnten Fälle, welche der Gerichtsbarkeit der Geschwornen zugewiesen sind, teils aufgenommen, teils fortgeführt und zum Abschlusse gebracht werde"[710]. Daher beschloss der Ministerrat die Einstellung der Geschworenengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro für ein Jahr[711] und legte dem Reichsrat im Dezember Rechenschaft darüber ab[712]. Die Geschworenengerichte blieben hier, jährlich verlängert, noch bis Juni 1890 eingestellt[713].

---

702 *Kundmachung der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 15. 2. 1882,* Lgbl. Dalmatien Nr. 6/1882. *§ 429 der Strafprozessordnung, Gesetz v. 23. 5. 1873,* Rgbl. Nr. 119/1873*, gestattete das standrechtliche Verfahren* in der Regel nur in Fällen des Aufruhrs, wenn die übrigen Mittel zu dessen Unterdrückung nicht ausreichten.

703 *Verordnung des Gesamtministeriums v. 6. 3. 1882,* Rgbl. Nr. 26/1882*; Kundmachung der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 9. 3. 1882,* Lgbl. Dalmatien Nr. 13/1882. *Diese Angelegenheit wurde beraten in MR. v. 11. und 12. 2. 1882/I (liegt nicht ein).*

704 *Gesetz v. 28. 2. 1882,* Rgbl. Nr. 22/1882*; beraten in MR. v. 14. 2. 1882/I, MR. v. 15. 2. 1882/I, MR. II v. 20. 2. 1882/IV und MR. v. 28. 2. 1882/I (alle Protokolle liegen nicht ein).*

705 *MR. v. 4. 5. 1882/II, MR. v. 13. 6. 1882/III (Erwähnung), und MR. v. 21. 6. 1882/VII; kaiserliche Verordnung v. 25. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 82/1882.

706 *MR. v. 29. 11. 1882/II und MR. v. 19. 12. 1882/XIV; Zuschrift Pražáks an das Abgeordnetenhaus v. 4. 12. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8473*; Kundmachung der Genehmigung der kaiserlichen Verordnung durch das Gesamtministerium am 20. 12. 1882,* Rgbl. Nr. 177/1882*; Verlängerung der Ausnahmsgerichte bis Ende Juni 1883 mit Gesetz v. 24. 12. 1882,* Rgbl. Nr. 178/1882.

707 *Letzte Verlängerung mit Gesetz v. 22. 12. 1884,* Rgbl. Nr. 199/1884.

708 *Zur Kritik an der zu milden Geschworenengerichtsbarkeit siehe* Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts, 629.

709 *MR. v. 17. 4. 1882/II.*

710 *MR. v. 13. 6. 1882/III.*

711 *Verordnung des Gesamtministeriums v. 20. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 77/1882.

712 *MR. v. 25. 11. 1882/VIII.*

713 *Zuletzt mit Gesetz v. 26. 5. 1889,* Rgbl. Nr. 83/1889.

Die anfallenden militärischen Kosten – nicht nur in der Herzegowina, auch in Süddalmatien – waren eine gemeinsame Ausgabe und mussten daher von den Delegationen bewilligt werden. Für zwei Nachtragskredite in Höhe von zusammen 21,7 Millionen Gulden traten die Delegationen zweimal – vom 28. Jänner bis 6. Februar 1882 zu ihrer XV. und vom 15. bis 27. April 1882 zur XVI. Session – zusammen[714]. In den Krediten waren Kosten zur Herstellung von Befestigungsbauten zur zukünftig besseren Sicherung des südlichen Dalmatiens enthalten, nicht jedoch einige vom Kriegsminister geforderte Gendarmeriekasernen und Wegherstellungen, die Cisleithanien alleine zu tragen hatte. Obwohl prinzipiell Landessache, sah die Regierung „[ausna]hmswei[se] []s es gerechtfer[tigt an,] den Reichsrat heran[zuziehen,] und dies umso mehr, als das Land auch nicht in der Lage wäre, diese Kosten zu bestreiten". Jovanović wurde aufgefordert, „die erforderlichen Daten zur Verfassung und Motivierung der Vorlage der k. k. Regierung vorzulegen"[715]. Die vom Statthalter beantragten Kosten überstiegen aber die seinerzeit vom Kriegsminister geforderte Summe, indem nun „teilweise Bauten auf solchen Punkten, an welchen auch vom gemeinsamen Ministerium Militärbauten vorgenommen werden wollen", beantragt wurden[716]. Die am 30. April 1882 geforderte Aufklärung[717] beantwortete Jovanović erst am 6. Juni und damit zu spät für das in den Reichsrat eingebrachte Gesetz für einen entsprechenden Kredit. Dieser enthielt nur die vom Kriegsminister veranschlagten Kosten von 210.000 fl. für Gendarmeriekasernen und 145.000 fl. für Wegherstellungen[718]. Den Antrag Jovanovićs vom 6. Juni nach Mehrforderungen beantwortete Welsersheimb am 21. Juni und auf dessen Nachfrage am 30. Juli erneut dahingehend, dass die bewilligten Kosten von 355.000 fl. nicht überschritten werden dürften[719]. Dennoch beantragte der Statthalter am 9. November 1882 erneut mehr Gelder für Unterkünfte, die aufgrund der Vermehrung der Gendarmerie notwendig geworden seien. Doch auch diesmal lehnte Welsersheimb eine Übernahme weiterer Kosten durch den Staat ab. Die erforderlichen Mehrausgaben hatte Dalmatien zu tragen[720].

Besondere Probleme bei dem Aufstand bereitete Montenegro. Die Berichte des dortigen diplomatischen Vertreters der Monarchie, des Ministerresidenten in Cetinje Gustav Freiherr v. Thömmel, kamen bereits im Februar 1882 zur Sprache[721]. Als sich der Sieg der Armee abzeichnete, flohen immer mehr Aufständische über die Grenze nach Montenegro, und es stellte sich die Frage, wie mit diesen Flüchtlingen umzugehen sei[722]. Jovanović hatte beantragt, sie zu expatriieren und ihren Besitz zu konfiszieren, und dieser Position schloss sich Welsersheimb an. Auch wenn die anderen Minister eine solche Lösung begrüßten, konnte sie praktisch nicht umgesetzt werden. Zum einen hatte Montenegro weder Interesse noch die wirtschaftlichen Kapazitäten, die Neuankömmlinge auf Dauer aufzunehmen. Das arme

---

714 *Für die XV. Session MR. v. 4. 1. 1881/I, MR. v. 15. 1. 1882/IV und MR. v. 17. 1. 1882/I (liegen nicht ein); für die XVI. Session MR. v. 14. 4. 1882/IX.*

715 *MR. v. 6. 3. 1882/IX und MR. I v. 14. 3. 1882/II (beide liegen nicht ein) sowie MR. v. 14. 4. 1882/IX.*

716 *MR. v. 16. 5. 1882/IX; zu diesen Mehrforderungen siehe auch MR. v. 7. 5. 1882/IX.*

717 *Weisung Welsersheimbs an den Statthalter in Zara, Jovanović, v. 30. 4. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 913/1882.

718 *Der vom Reichsrat bewilligte Gesetzentwurf wurde über Vortrag Welsersheimbs v. 2. 6. 1882 mit Ah. E. v. 6. 6. 1882 sanktioniert,* Ka., MKSM., Fasz. 65–1/4–2/1882*, publiziert als* Rgbl. Nr. 64/1882.

719 *Erlass (K.) Welsersheimbs an Jovanović v. 21. 6. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 1238/1882*, und Weisung v. 30. 7. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 1466/1882*; beraten in MR. v. 21. 6. 1882/X.*

720 *MR. I v. 23. 11. 1882/III.*

721 *MR. v. 11. 2. 1882/I und MR. I v. 20. 2. 1882/I (beide liegen nicht ein).*

722 *Behandelt in MR. v. 4. 5. 1882/I, MR. v. 7. 5. 1882/X, MR. I v. 10. 5. 1882/I, MR. v. 23. 5. 1882/II, MR. v. 26. 5. 1882/I und MR. v. 30. 5. 1882/I.*

Land würde Geld fordern, das Cisleithanien zu geben aber nicht bereit war. Zudem gab es auch keine rechtliche Handhabe für die Konfiszierungen. Daher schlug Außenminister Kálnoky im Ministerrat vom 30. Mai 1882 vor, die Flüchtlinge aus Süddalmatien – der Crivoscie, wie das Gebiet um die Bocche di Cattaro genannt wurde – zwar zur Rückkehr aufzufordern, ihnen aber keine Amnestie anzubieten, wie dies für die Flüchtlinge aus der Herzegowina geschehen sei. Warum die Süddalmatiner im Gegensatz zu den Herzegowinern nicht amnestiert werden sollten, erläuterte Franz Joseph: „Nicht nur die in staatsbürgerlicher Beziehung und hinsichtlich der vorausgegangenen Verhältnisse obwaltende Verschiedenheit recht[fertigen] [] [Crivosc]ianern [] während die [anderen Aufst]ändischen nur in [wenigen] Ausnahmsfällen jene [U]nmenschlichkeiten begingen, welche bei den Crivoscianern in Regel vorkommen“[723]. Entsprechend wurde Jovanović instruiert, die Flüchtlinge aus Süddalmatien zwar zur Rückkehr aufzufordern, ihnen aber keine Amnestie anzubieten[724].

Letztlich waren der dalmatinische Landtag und der Landesausschuss mit diesem harten Vorgehen der Regierung alles andere als glücklich. So behandelte der Ministerrat eine „Vorstellung der dalmatinischen Reichsratsabgeordneten bezüglich der Aktivierung der Landwehr in Dalmatien“ am 11. Februar 1882[725]. Die ablehnende Haltung des Landesausschusses gegen das harte Durchgreifen der Regierung in Süddalmatien zeigte sich auch in dessen Erklärung, warum das Land nicht für die zusätzlichen Ausgaben für Gendameriekasernen aufkommen wollte. Der Ausschuss erklärte, „dass die Gendarmerievermehrung nicht wegen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern wegen der Durchführung des Wehrgesetzes erfolgt sei“[726].

Dreimal beriet der Ministerrat über die Einberufung des dalmatinischen Landtages zu einer Session 1882. Das erste Mal war das Thema der Vorschlag von Jovanović, den Landtag 1882 nach Spalato einzuberufen, weil die Lage in der Landeshauptstadt Zara wegen nationaler Differenzen zwischen Italienern und Kroaten unsicher sei[727]. Die beiden anderen Male war das Thema, ob der Landtag 1882 überhaupt zusammentreten müsse, was schließlich verneint wurde[728]. Der dalmatinische Landtag wurde in diesem Jahr tatsächlich nicht einberufen.

Um die Ursachen der Probleme besonders in Süddalmatien kennenzulernen, unternahm Falkenhayn vom 20. September bis 13. Oktober 1882 eine Reise durch Dalmatien, deren Ergebnisse er – für die einzelnen Ministerien – in einem Memorandum festhielt, das den Ministerrat beschäftigte[729]. Schließlich berieten die Minister am 14. September 1882 über Ordensauszeichnungen für Beamte, die sich während des Aufstandes verdient gemacht hatten[730].

---

723 *MR. v. 30. 5. 1882/I.*

724 *Erlass (Abschrift) Taaffes an Jovanović v. 9. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2322/1882*; der entsprechende Aufruf an die Flüchtlinge mit der nicht publizierten Kundmachung des Statthalters v. 20. 6. 1882, deren Zusammenfassung einliegt in* Ava., JM., Präs 144/1882.

725 *MR. v. 11. 2. 1882/II (liegt nicht ein).*

726 *MR. I v. 23. 11. 1882/III.*

727 *MR. v. 26. 5. 1882/II.*

728 *MR. v. 21. 10. 1882/VIII und MR. I v. 23. 11. 1882/IV.*

729 *MR. v. 14. 10. 1882/VII, MR. v. 21. 10. 1882/XI und MR. v. 4. 11. 1882/II.*

730 *MR. v. 14. 9. 1882/I. Zum Aufstand in der Herzegowina und in Süddalmatien siehe* Koller – Clewing, Bosnien und die Herzegowina im Spannungsfeld.

c) Die Kaiserreise nach Triest 1882

Im Jahr 1882 jährte sich die Unterwerfung der Stadt Triest unter die Herrschaft der Habsburger zum 500. Mal. Zu diesem feierlichen Anlass war eine Kaiserreise ins Küstenland geplant, und die Stadt ging daran, eine große Gewerbeausstellung zu organisieren. Das Ausstellungskomitee hatte bereits 1881 um die Möglichkeit eines staatlichen Vorschusses von 100.000 fl. angesucht, der aus den Einnahmen der Ausstellung zurückzuzahlen sei[731]. Diesen Vorschuss erbat das Komitee schließlich am 23. April 1882, um ein Scheitern der Ausstellung zu verhindern, das „im Wunsche der Italianissimi gelegen sei“[732]. Allerdings waren die projektierten Einnahmen aus der Ausstellung die einzige vom Komitee gebotene Sicherheit für die Rückzahlung des Vorschusses. Dies war Dunajewski zu unsicher, denn es „lehren doch die bei Ausstellungen gemachten Erfahrungen, dass die Erträgnisresultate oft sehr weit hinter den Annahmen zurückbleiben, daher es wohl eintreffen könne, dass die Vorschuss[s]umme nicht mehr zurücker[la]ngt werde“. Dennoch stimmte die Regierung dem Vorschuss zu. Allerdings gab der Finanzminister diese Gelder nicht direkt frei, sondern Dunajewski bestand auf einer Bewilligung im Gesetzgebungsweg durch den Reichsrat[733].

Die Ausstellung wurde zwar planmäßig am 2. August 1882 eröffnet, stand aber schon im Vorfeld unter keinem guten Stern. Eineinhalb Monate zuvor hatten die Wahlen zum Stadtrat stattgefunden, die zu einer Pattsituation von 27 zu 27 Mandataren zwischen der pro-österreichischen Partei der Patrioten und der italienischliberalen Partei der Progessionisten führten[734]. Dies bedeutete faktisch eine Wahlniederlage für die Patrioten, da sie zuvor eine deutliche Mehrheit gehabt hatten. Zwar wurde das amtierende Stadtoberhaupt, Richard Bazzoni, erneut zum Podestà gewählt, allerdings mit dem Nebeneffekt für die „Patrioten“, nun im Ratsplenum in der Minderheit zu sein, weil der Podestà nicht stimmberechtigt war[735].

In Anspielung auf diese politische Konstellation war es für die Neue Freie Presse „ein glücklicher Gedanke, gerade die Form einer Ausstellung und nicht irgend eine andere banale Festlichkeit für diese Gelegenheit vorzuschlagen“, denn „die Ausstellung bildet gewissermaßen ein neutrales Gebiet, wo die kleinen Farbennüancen des Patriotismus, von welchen bisweilen aus Triest berichtet wird, ganz und gar verschwinden müssen“[736]. Wie sehr der Redakteur hierbei irrte, sollte sich bereits am Tag nach der Eröffnung der Ausstellung zeigen. Am 3. August warf ein Attentäter eine Bombe in den Festzug des Veteranenvereins, der auf dem Weg zur Huldigung des gerade per Bahn angekommenen Erzherzogs Carl Ludwig war[737]. Es gab einige Verletzte. Am 19. August berieten die Minister über die Konsequenzen. Im Raum stand die Auflösung des Stadtrates „und die interimistische Übertragung der Verwaltung an einen kaiserlichen Kommissär“[738]. Beides könne aber, so die Meinung der Minister, erst nach

731 *MR. II v. 18. 6. 1881/VIII (liegt nicht ein). Zur Triester Aussellung siehe bereits vorne im Kapitel über die Ausgabensenkungen.*

732 *MR. v. 26. 4. 1882/I.*

733 *Gesetz v. 31. 5. 1882,* Rgbl. Nr. 61/1882.

734 Die Presse (Erstes Abendblatt) v. 19. 6. 1882. *Zur* Società del Progresso *siehe* Marušič, Die Vereinstätigkeit, 553.

735 *Die Wahl Bazzonis 1879 zum Podestà war Thema in MR. I v. 19. 5. 1879/I und MR. v. 20. 5. 1879/I (beide liegen nicht ein); seine bevorstehende Wahl 1882 behandelte MR. v. 10. 7. 1882/I.*

736 Neue freie Presse (M.) v. 4. 7. 1882.

737 Wiener Zeitung (A.) v. 3. 8. 1882*, Vortrag Taaffes v. 10. 8. 1882 über die Ereignisse, den Franz Joseph mit Ah. E. v. 12. 8. zur Kenntnis nahm,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3167/1882.

738 *MR. I v. 19. 8. 1882/I.*

der Ausstellung erfolgen. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob der Besuch Franz Josephs nicht abgesagt werden solle. Hier wurde kein Beschluss gefasst. Darauf reiste Taaffe nach Triest, um sich selbst von der Situation in der Stadt einen Eindruck zu machen. Die „für und gegen den Ah. Besuch sprechenden Momente" brachte er darauf dem Monarchen vor, habe „sich jedoch nicht für berufen erachtet, einen au. Antrag zu stellen"[739]. Franz Joseph hatte „indessen beschlossen, die Reise nach Triest zu unternehmen und werden an der Ah. Reise auch Ihre Majestät die Kaiserin teilnehmen".

Der Aufenthalt wurde dann vollends zum Desaster. Im Vorfeld hatte Dunajewski die schwersten Bedenken gegen einen Besuch Franz Josephs in Triest geäußert. Doch war es „nicht etwa eine Petarde, die er besorge, aber bei den einmal bewegten Wogen könne man hinsichtlich irgendeiner unliebsamen das patriotische Gefühl störenden Demonstration doch nicht ganz sicher sein"[740]. Die Gefahr war aber weit konkreter als nur eine „das patriotische Gefühl störende Demonstration".

Am 16. September 1882, einen Tag vor der Ankunft des Monarchen in Triest, war Guglielmo Oberdan verhaftet und bei ihm eine Bombe sichergestellt worden. Oberdan war ein italienischer Nationalist, der seinen eigentlichen Geburtsnamen, Wilhelm Oberdank, italienisiert hatte. Während also die Bombe Oberdans sichergestellt werden konnte, gelang es Donato Ragosa, eine zweite Bombe nach Triest zu bringen und einen Tag später, am 17. September, ein Attentat auf Franz Joseph zu verüben. Die Bombe verfehlte zwar das Ziel, aber zwei Personen fielen dem Angriff zum Opfer[741]. Der Attentäter konnte entkommen. Nicht von dem Attentat, nur über die Verhaftung Oberdans berichteten die Zeitungen.

Die beiden Anschläge vom 3. August und 17. September zeigten den Kontrollverlust des Staates in Triest nur zu deutlich. Während seines Besuches in Triest nach dem Anschlag vom 3. August zur Einschätzung der Lage hatte Taaffe den Podestà darauf hingewiesen, dass „[man au]ch von allen Krei[sen] eine Unterstützung der Polizei" erwarten könne[742]. Das war offensichtlich nicht eingetreten. Während Ragosa nach Italien fliehen konnte und hier später von einem Geschworenengericht freigesprochen wurde, befand sich Oberdan, der selbst kein Attentat verübt hatte, weil er ja vor dessen Ausführung verhaftet worden war, in österreichischem Gewahrsam.

An ihm sollte nun ein Exempel statuiert werden. Da Oberdan als österreichisch-ungarischer Soldat desertiert war, wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt. Angeklagt wegen Hochverrats war das Todesurteil bei einem Schuldspruch obligatorisch[743]. Das „vermutlich bevorstehende Todesurteil" veranlasste den Statthalter im Küstenland, Pretis, „wiederholt" um die Begnadigung Oberdans zu bitten, „indem zu besorgen stünde, dass dann aus dieser Persönlichkeit ein politischer Märtyrer geschaffen würde"[744]. Im Ministerrat stimmten zwar alle Kabinettsmitglieder darin überein, dass „das Ministerium nicht berufen sei, einen Antrag zu stellen". Doch in der Einschätzung der Lage waren die Meinungen geteilt. Taaffe und Wel-

739 *MR. v. 23. 8. 1882/V.*
740 *MR. I v. 19. 8. 1882/I.*
741 Alexander, The Hanging of Wilhelm Oberdank.
742 *MR. v. 23. 8. 1882/V.*
743 *§ 335 des Militärstrafgesetzbuches schrieb bei Hochverrat vor* auf die Todesstrafe durch den Strang zu erkennen*, Patent v. 15. 1. 1855,* RGBl. Nr. 19/1855.
744 *MR. v. 31. 10. 1882/III.*

sersheimb vertraten die Ansicht, „dass keine genügenden Gründe vorhanden seien, der Justiz nicht freien Lauf zu lassen“, während Pino und Pražák Argumente für die Begnadigung vorbrachten.

Dunajewski argumentierte zwar gegen die Begnadigungsgesuche von Pretis, aber nicht, weil er das Todesurteil an sich befürwortete. Er nutzte diese Angelegenheit vielmehr zu einem Frontalangriff gegen den Statthalter. Hier scheint eine persönliche Aversion gegen Pretis bestanden zu haben. Pretis war als ein Vorgänger Dunajewskis von 1872 bis 1879 Finanzminister gewesen und gehörte als Liberaler dem gegnerischen politischen Lager an.

Ziemiałkowski und Falkenhayn äußerten sich – soweit es der Protokollführer festgehalten hatte – nicht, und Conrad war bei der Sitzung nicht anwesend. Aber es ging bei dieser Beratung nicht darum, einen Beschluss zu fassen, sondern nur, bezüglich der Entscheidung des Monarchen das Für und Wider abzuwägen. Vermutlich waren es die weit auseinanderlaufenden Meinungen, die Franz Joseph bewogen, diese Angelegenheit selbst erneut im Ministerrat zur Sprache zu bringen[745]. Die Argumente beider Seiten wiederholten sich, nur Dunajewski argumentierte weniger gegen Pretis, sondern nun eher für eine Begnadigung, Conrad, der diesmal anwesend war, sprach sich auch dafür aus. Ziemiałkowski schwieg – vermutlich, weil es keine Galizien betreffende Angelegenheit war – und Falkenhayn enthielt sich der Stimme. Ohne Schlussstatement Franz Josephs endete die Protokollführung dieses Ministerrates.

Genau genommen stand die Frage, ob Franz Joseph Oberdan begnadigen solle, gar nicht zur Diskussion. Denn weil „es sich hier um ein militärgerichtliches Urteil handle, hänge die Entscheidung nicht von Sr. Majestät ab“, Franz Joseph stand nämlich das Begnadigungsrecht gar nicht zu. Denn nach der für den Militärprozess geltenden peinlichen Kriminalgerichtsordnung vom 31. Dezember 1768 war der Gerichtsherr nicht der Monarch, sondern der jeweilige Militärkommandant[746], und nur dieser konnte auch begnadigen. Die Frage, über die im Ministerrat sinniert wurde, war daher, ob Franz Joseph dem Militärkommandanten eine Begnadigung empfehlen solle. Denn es war allen klar, dass ohne eine solche Empfehlung der Militärkommandant das Todesurteil vollziehen lassen würde. Franz Joseph entschied sich schließlich dafür, wie Taaffe empfohlen hatte, „dass der Justiz freier Lauf gelassen werde“[747]. Am 20. Dezember 1882 wurde Oberdan gehenkt.

Nicht erst mit seiner Initiative für eine Begnadigung Oberdans hatte sich der Statthalter des Küstenlandes, Pretis, bei Taaffe und anderen Regierungsmitgliedern unbeliebt gemacht, besonders bei Dunajewski. Für ihn fehlte „Pretis die nötige Voraussicht und die nötige Kenntnis der Stimmung“, womit seinem „[Ur]teil über die [dortigen] Verhältnisse und Stim[mu]ngen man nicht mehr vertrauen könne“[748]. Es verwundert daher nicht, dass Dunajewski die Bitte des Statthalters, den bei Kaiserreisen üblichen „Ordensregen“ auch dem Küstenland zukommen zu lassen, gänzlich ablehnte. „Der Finanzminister könnte höchstens zustimmen, dass man jene Beamten, welche zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Verhinderung von Attentaten gewirkt haben, berücksichtige. Im Übrigen aber wäre er dafür, die Auszeichnungsanregungen wenigstens für vorläufig ruhen zu lassen.“[749] Taaffe teilte im Prinzip diese Position. Dies zeigte sich darin, dass er erst nach den von Pretis

745 *MR. v. 4. 11. 1882/IV.*
746 Mischler – Ulbrich, Österreichisches Staatswörterbuch 3: 569–597.
747 *MR. v. 4. 11. 1882/IV.*
748 *MR. I v. 19. 8. 1882/I.*
749 *MR. v. 14. 10. 1882/II.*

„bereits in drei Berichten vorgebrachten Auszeichnungsanregungen" bereit war, diese dem Ministerrat vorzulegen. Ganz vermeiden konnte man Auszeichnungen zwar nicht, aber, so führte der Ministerpräsident aus, „was von den beiden Vorrednern angedeutet wurde, gebe jedoch gewiss Beweggrund ab, die Auszeichnungsanträge zu restringieren, was ihm sehr entsprechend scheine". Im Klartext bedeutete dies, dass die 118 Auszeichnungsanträge Pretis' „– und die Sache dürfte noch nicht abgeschlossen sein –" sowohl in der Menge als auch im Grad der Auszeichnung zu reduzieren seien. Es wurde ein (Streich-)Komitee, bestehend aus Taaffe und den gemäßigteren Ministern Pino und Conrad gebildet. Gleichzeitig forderte man den Landespräsidenten von Kärnten auf, entsprechende Anträge zu stellen, da Franz Joseph dort auf seiner Reise ins Küstenland Station gemacht hatte. Die 118 Anträge von Pretis, die 50 Ordensverleihungen, 46 Verdienstkreuze, drei Erhebungen in den Freiherrnstand, vier Nobilitierungen und 15 Titel oder Anerkennungen mit 31 „sehr hohen Auszeichnungen" umfassten, reduzierte das Komitee und dann das Plenum des Ministerrates um 67 auf 51: 21 Ordensauszeichnungen, 18 Verdienstkreuze, einen Freiherrnstand, zwei Erhebungen in den Adelsstand und neun weitere Anerkennungen, von denen neun sehr hohe Auszeichnungen waren[750].

Die Anträge des Kärntner Landespräsidenten erfuhren dagegen kaum Reduktionen. Sieben von neun beantragen Ordensverleihungen, wobei eine Streichung damit begründet wurde, dass es sich um einen Ausländer handle, dessen Berücksichtigung die Verleihung insgesamt verzögern würde, sowie alle 14 Anträge auf Verleihung von Verdienstkreuzen wurden befürwortet. Beide Auszeichnungsanträge, für das Küstenland und für Kärnten, nahm Franz Joseph am 13. November 1882 an[751].

Von einer Session des Gemeinderates als Landtag von Triest wurde 1882 ebenso Abstand genommen, wie dies auch beim Landtag von Dalmatien der Fall war[752].

Dass Oberdan mit seiner Hinrichtung zum Märtyrer stilisiert würde, war ein zentrales Argument derer, die sich für seine Begnadigung ausgesprochen hatten. Dies sollte sich bewahrheiten, gilt er doch bis heute als einer der großen Helden des Risorgimento[753].

d) Andere Unzufriedenheitsbekundungen auf der Tagesordnung im Ministerrat

Neben diesen drei im Ministerrat sehr intensiv behandelten Ereignissen beschäftigten andere Unruhen den Ministerrat nur sehr sporadisch. Zweimal handelte es sich um eine „Studentendemonstration in Wien und dagegen zu treffende Vorkehrungen". Studenten hatten vor der Wohnung des katholisch-konservativen Salzburger Abgeordneten Lienbacher demonstriert. Infolge wurde die „akademische Lesehalle" geschlossen[754]. Ein anderes Mal stand auf der Tagesordnung: „Vorgehen in Bezug auf die Emanation der Wanderversammlung des ‚Deutschen Vereines' von Wien in Purkersdorf. Einschreiten überhaupt gegen Zustimmungserklärungen zu gesetzwidrigen Demonstrationen"[755].

---

750 *MR. v. 31. 10. 1882/II.*

751 *Vortrag Taaffes v. 9. 11. 1882, Ah. E. v. 13. 11. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4267/1882*; der Beschluss wurde mitgeteilt in MR. v. 15. 11. 1882/I.*

752 *MR. v. 21. 10. 1882/VIII, MR. I v. 23. 11. 1882/IV und MR. v. 13. 12. 1882/IV.*

753 Pignataro, Il primo volontario.

754 *MR. v. 26. 2. 1881/VI und MR. v. 2. 3. 1881/I (beide liegen nicht ein). Zu den Vorkommnissen siehe* Die Presse v. 28. 2. 1881.

755 *MR. v. 13. 7. 1881/I (liegt nicht ein).*

Auch ein Krakauer und ein Wiener Sozialistenprozess kamen zur Sprache[756]. Arbeiterunruhen wie Streiks wurden dagegen kaum beraten[757], obwohl sie keineswegs selten oder unbedeutend waren[758]. Am Rande kam ein böhmischer Bergarbeiterstreik unter dem Tagesordnungspunkt „Bezüglich der vom Reichsrate in diesem Sessionsabschnitte noch zu erledigenden Angelegenheiten“[759] zur Sprache. Neben dem repressiven Einsatz von Militär wurden die Streikenden von der Prager Statthalterei damit beschwichtigt, dass die Regierung ein Gesetz zur Sonntagsruhe im Bergbau vorbereite. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde dann Ende 1882 vom Ministerrat verhandelt[760].

Ein Tagesordnungspunkt zu Arbeiterunruhen ist erhalten. Am 9. November 1882 setzte sich der Ministerrat mit den „Ausschreitungen durch Zusammenrottungen am Neubau in Wien“ auseinander[761]. Wegen der Auflösung der Schuhmachergewerkschaft wegen des Besitzes verbotener Bücher kam es über mehrere Tage zu abendlichen Versammlungen, die mit Polizei und Militärassistenz „zerstreut“ wurden. Am 8. November „wurden seitens der Polizei Warnungsplakate veröffentlicht“ und für den Folgetag, den Sitzungstag des Ministerrates, war geplant „noch schärfere Proklamationen“ zu erlassen und „unter einem für heute auch eine größere Militärmacht“ bereitzuhalten. Als nächster Schritt „träte an die Regierung die Aufgabe der Anordnung von Ausnahmsverfügungen heran“. Um seine Ministerkollegen darauf vorzubereiten, brachte Taaffe diese Angelegenheit in den Ministerrat. Von der tatsächlichen Notwendigkeit ging der Ministerpräsident aber nicht aus – und er sollte recht behalten.

Den Grund dieser „Zusammenrottungen“ vermutete Taaffe keinesfalls im Verbot der Schuhmachergewerkschaft selbst. Weil sich „mitten in dem Haufen anständig gekleidete Persönlichkeiten befanden und von Damen, welche in Einspännern angefahren kamen, Zigarren verteilt worden sein sollen“, vermutete Taaffe, „dürfte die Sache wohl auch im Konnexe mit der Wahlagitation gegen Dr. Kronawetter, den man von Seite seiner Gegner als Sozialisten hinstellte, gewesen sein“. Ferdinand Kronawetter war ein klubfreier und sozial engagierter Abgeordneter, der immer wieder Anliegen von Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus zur Sprache brachte. Bei sozialpolitischen Themen stimmte er öfters mit der konservativen Regierung gegen die deutschliberale Opposition[762]. Er hatte im September 1882 einen von ihm angestrengten Ehrenbeleidigungsprozess gegen die Neue Freie Presse verloren und darauf sein Abgeordnetenmandat, das er für den Wahlbezirk Wien 8 (Josefstadt, benachbart zu Neubau) innehatte, niedergelegt, trat aber bei der darauf notwendigen Nachwahl wieder an. Für diese Wahl, so sind die Ausführungen Taaffes zu verstehen, hatten die liberalen Gegner Kronawetters die Schuhmachergehilfen in Neubau zu den Demonstrationen angestachelt, um die Angst der bürgerlichen Kreise – nur sie waren ja wahlberechtigt – vor den Arbeitern zu schüren. Diese Unruhen diskreditierten so Kronawetter und seinen Einsatz für soziale Themen.

---

756 *Zur radikalen Arbeiterbewegungen siehe besonders* Staudacher, Sozialrevolutionäre und Anarchisten.

757 *MR. v. 15. 3. 1879/VI, MR. v. 6. 4. 1879/IV und MR. v. 18. 4. 1880/II – sozialistische Umtriebe und der Prozess in Krakau –; MR. v. 9. 2. 1881/IX* – Sozialistenprozess in Wien *–; MR. v. 19. 8. 1880/I* – Über eine beabsichtigte Arbeiterdemonstration in Wien – *(liegt nicht ein).*

758 *Der Historiker William Alexander Jenks meinte sogar:* The historian who sifts through what remains of the reports that came to Taaffe in his capacity as Minister of the Interior is left with the feeling that social radicalism preoccupied the thought of all of the empire's chief executives and police, Jenks, Austria under the Iron Ring, 158.

759 *MR. I v. 30. 4. 1882/III, siehe hier auch Anm. 20.*

760 *MR. v. 13. 12. 1882/VI.*

761 *MR. v. 9. 11. 1882/I.*

762 Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 379 *und* 432.

Die Nachwahl fand am 8. November statt, danach ebbten die Unruhen schnell ab. Kronawetter unterlag seinem Kontrahenten Franz Edlen v. Stourzh mit 602 gegen 795 Stimmen[763]. Erst bei den Reichsratswahlen 1885 konnte er das Mandat der Josefstadt wiedererlangen.

Ein bedeutender Anschlag im Ausland, der im Ministerrat Erwähnung fand, war die Ermordung des russischen Zaren Alexander II. am 13. März 1881[764]. Besprochen wurden „polizeiliche Maßnahmen anlässlich der Katastrophe".

12 Naturkatastrophen und Unglücksfälle

1879 fiel die Herbsternte generell, besonders aber im Küstenland schlecht aus, in „Görz und noch mehr in Istrien wird über eine complette Mißernte von allen Halmfrüchten sehr geklagt", wie die Wiener landwirtschaftliche Zeitung berichtete[765]. Darauf bereiste Falkenhayn die beiden Kronländer, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Der Ministerrat beschäftigte sich mit dieser Reise[766] sowie mit einem Gesetzentwurf „betreffend die Gewährung von Vorschüssen aus Staatsmitteln zur Beschaffung von Saatgetreide für die durch Nothstand heimgesuchten Gegenden der Markgrafschaft Istrien und der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradisca" bis zum Betrag von 60.000 fl.[767], wovon zunächst 10.000 fl. als Vorschuss bewilligt wurden[768].

Die größte Naturkatastrophe im Zeitraum dieses Bandes waren die Unwetter, die Kärnten und vor allem das südliche Tirol in zwei Phasen, vom 14. bis 16. September sowie vom 27. und 28. Oktober 1882, heimsuchten. Unmittelbar nach der ersten großen Überschwemmung einigte sich der Ministerrat darauf, Tirol unverzüglich Gelder in Höhe von 500.000 fl., davon 200.000 „zur geschenkweisen Verwendung", und Kärnten 200.000 fl., davon 50.000 ohne Rückzahlung, zur Verfügung zu stellen. Da der Reichsrat nicht versammelt war, wurden diese Gelder durch eine Notverordnung[769] freigegeben. Dabei blieb Taaffe mit dem „Geschenk" von 200.000 fl. für Tirol hinter der Bitte des Tiroler Statthalters Widmann zurück, der um mindestens 300.000 fl. angesucht hatte. Diese Reduktion begründete Taaffe: „wenn er in seiner Proposition hinsichtlich der geschenksweisen Zuwendung nicht so weit gehe, als es der Statthalter und der Landeshaupt[mann] [] [, so weil] er [sich von] dem Gesichtspunkte leiten lasse, dass die Regierung bei einer Verfügung nach § 14 der Verfassung nicht mehr tun sollte, als unumgänglich notwendig sei". Er fügte aber hinzu: „Wenn später die Reichsvertretung weiter gehen wollte, würde er von seinem Standpunkte aus nicht dagegen sein."[770] Da

---

763 Wiener Zeitung (M.) v. 9. 11. 1882.

764 *MR. v. 14. 3. 1881/I (liegt nicht ein).*

765 Wiener landwirtschaftliche Zeitung v. 18. 10. 1879.

766 *MR. I v. 9. 11. 1879/III, MR. v. 21. 11. 1879/IV und MR. v. 27. 11. 1879/VII (liegen alle nicht ein).*

767 *MR. v. 11. 11. 1879/VII, MR. v. 13. 11. 1879/I und MR. v. 29. 11. 1879/IV (liegen alle nicht ein); Gesetz v. 3. 12. 1879,* Rgbl. Nr. 135/1879.

768 *MR. v. 2. 1. 1880/I (liegt nicht ein).*

769 *Sogenannte kaiserliche Verordnung aufgrund § 14 des Gesetzes v. 21. 12. 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung abgeändert wird,* Rgbl. Nr. 141/1867. *Siehe dazu bereits vorne im Kapitel über die Ausgabensenkungen.*

770 *MR. v. 26. 9. 1882/I.*

§14 die Anwendung einer Notverordnung ausschloss, wenn es sich um eine „dauernde Belastung des Staatsschatzes" handelte, gab es 1882 anscheinend Skrupel, ihn zur Ausgabe von Geldern zu verwenden. Diese Skrupel sollten ab 1897 sukzessive schwinden[771].

Weil die Sache sehr dringend war, sollte die Publikation dieser Verordnung innerhalb eines Tages erfolgen. Allerdings war die rechtliche Voraussetzung für eine Notverordnung nicht gegeben, denn sie musste von allen Ministern unterschrieben werden, und es konnte die „ausdrückliche Zustimmung der beiden im heutigen Ministerrate [nich]t anwesenden Minister nich[t] mehr eingeholt werden". Um eine Verzögerung dennoch zu vermeiden, wurden „dieselben doch als Unterzeich[n]er der Verordnung in die Publikation" aufgenommen[772]. Insofern trifft das den Unterschriften von Falkenhayn und Conrad angehängte m.p. (manu propria, eigenhändig) am Ende der Notverordnung schlicht nicht zu[773].

Statthalter Widmann hielt sich gerade in Wien auf, um die notwendigen Maßnahmen mit den Regierungsmitgliedern zu koordinieren, als sich die zweite Unwetterfront über Tirol entlud. Der im Beisein des Statthalters abgehaltene Ministerrat erhöhte als ad-hoc-Maßnahme die nicht rückzahlbare Summe auf die gesamten bewilligten 500.000 fl. und beschloss zur Aufnahme der Schäden Tirol zehn zusätzliche Beamte, teilweise durch Versetzungen aus anderen Kronländern, zur Verfügung zu stellen. Kärnten, wo die Schäden nach den Septemberunwettern sich bereits als weniger gravierend herausgestellt hatten und das im Oktober kaum betroffen war, erhielt dagegen keine Erhöhung der staatlichen Zuwendungen[774].

In der weiteren Diskussion, die sich in späteren Sitzungen fortsetzte, wurden die Maßnahmen für Tirol und die Aufteilung ihrer Kosten zwischen dem Land und dem Staat besprochen. Zunächst ging es um das entsprechende Tiroler Landesgesetz, das in einer außerordentlichen Session vom Landtag verabschiedet wurde[775], und danach um die Zustimmung des Reichsrats zu den beiden Notverordnungen und um einen Gesetzentwurf, der die gesamtstaatlichen Lasten bewilligte[776]. Eine weitere Maßnahme, wofür die Regierung aber die Zustimmung Ungarns benötigte, war die Aufhebung des Getreidezolls für die Einfuhr von Italien nach Tirol, weil die eigene Ernte großteils vernichtet war und die Verkehrsverbindungen nach Norden durch die Unwetter unterbrochen waren. Erst nach langem Zögern und nachdem Franz Joseph zusicherte, „den ungarischen Ministerpräsidenten zur Zustimmung zu veranlassen"[777], konnte die zollfreie Einfuhr umgesetzt werden[778].

---

771 *Zur späteren Verwendung des § 14 siehe* Fischer-Nebmaier – Schmied-Kowarzik, Einleitung. Cmr. VIII/1, CIV ff.

772 *MR. v. 26. 9. 1882/I.*

773 *Kaiserliche Verordnung v. 26. 9. 1882,* Rgbl. Nr. 130/1882.

774 *MR. I v. 29. 10. 1882/I; kaiserliche Verordnung v. 30. 10. 1882,* Rgbl. Nr. 152/1882.

775 *Neben MR. I v. 29. 10. 1882/I noch beraten in MR. v. 4. 11. 1882/I, MR. I v. 23. 11. 1882/V und MR. v. 25. 11. 1882/I; Gesetz über das Landesanlehen v. 18. 12. 1882,* Lgbl. Tirol und Vorarlberg Nr. 3 *ex* 1883.

776 *MR. v. 29. 11. 1882/I, MR. v. 4. 12. 1882/I und MR. v. 12. 12. 1882/IV. Den kaiserlichen Verordnungen stimmte der Reichsrat zu, was mit der Kundmachung des Gesamtministeriums v. 12. 3. 1883 publiziert wurde,* Rgbl. Nr. 28/1883. *Der am 15. 12. 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf* – Prot. Reichsrat AH. (251. Sitzung) 8715 – *wurde am 3. 2. 1883 wieder zurückgezogen,* Prot. Reichsrat AH. (262. Sitzung) 9044. *Das neu eingebrachte Gesetz erhielt die Sanktion am 13. 3. 1883,* Rgbl. Nr. 31/1883.

777 *MR. v. 4. 11. 1882/I.*

778 *MR. v. 26. 9. 1882/XII und MR. v. 15. 11. 1882/XI; Verordnung des Ministeriums des Handels und der Finanzen v. 17. 11. 1882,* Rgbl. Nr. 162/1882.

Die Diskussionen im Ministerrat legen aber auch tiefer gehende Probleme im Zusammenhang mit diesen Unwettern offen. So beinhaltete die Hilfe für Tirol unter anderem die „Gewährung eines Betrages von einer Million Gulden zur Verwendung für nicht rückzahlbare Unterstützungen sowie zu Aufforstungen“[779]. Die Schutzwirkung der Gebirgswälder war also durchaus bekannt, nur wurden sie anscheinend in „normalen“ Zeiten, in denen deren Pflege lediglich als Kostenfaktor wahrgenommen wurde, vernachlässigt. Ähnlich verhielt es sich mit Schutzbauten an Flüssen. In der Regel wurden hier die Kosten zwischen den Anrainergemeinden, dem Land und dem Staat gedrittelt. Dies bedeutete aber auch, dass solche Bauten nur umgesetzt werden konnten, wenn sich alle Beteiligten den Bau auch leisten konnten oder wollten. Dabei hatten die Anrainergemeinden zusätzlich ihr Drittel unter sich aufzuteilen. Somit war stets die Zustimmung aller Beteiligten notwendig, mit der Folge, dass die Bewilligung für solche Maßnahmen meist sehr schleppend erfolgte. So beschäftigten zwei Etsch-Regulierungen den Ministerrat über viele Jahre[780].

Schließlich wurden auch aus diesem Anlass Orden für Verdienste während der Überschwemmungen verliehen[781]. Von Interesse in diesem Zusammenhang ist der Vorschlag des Statthalters, der Präsidentin des patriotischen Frauenhilfsvereins in Bozen, Leopoldine Freiin v. Waideck, die Ah. Zufriedenheit auszusprechen. Darin sah Taaffe eine „formelle Schwierigkeit“, weil „es nicht gut anginge, wenn der Freiin v. Waideck bloß einfach mit anderen die Ah. Zufriedenheit ausgedrückt würde, während andererseits doch wieder kein solcher Anlass vorliege, um hier mit einem Ah. Handschreiben“ vorzugehen[782]. Während für Männer ein diffiziles System vorhanden war, das auf den Rang in der Gesellschaft, die Stellung in der bürokratischen Hierarchie und die Verdienste Rücksicht nehmen konnte, gab es für Frauen kaum Auszeichnungsmöglichkeiten. Der einzige bestehende Frauenorden, der Sternkreuzorden[783], war ein Ehrenzeichen für die Hofgesellschaft. Für Verdienste wie hier für karitatives Engagement bei der Unwetterhilfe konnte Frauen (und auch Männern) als unterste Stufe nur die Ah. Zufriedenheit ausgesprochen bzw. Verdienstkreuze verliehen werden, oder aber sie konnten als sehr hohe Auszeichnung ein Ah. Handschreiben erhalten, wie die noch lebende Ehefrau Erzherzog Johanns Anna Gräfin v. Meran am 29. Juni 1882 für ihre Verdienste um das Rote Kreuz[784]. Zwischenstufen gab es nur für Männer, nicht aber für Frauen.

Eine Katastrophe ganz anderer Art ereignete sich am 8. Dezember 1881. Während einer Vorstellung kam es zum Brand des Wiener Ringtheaters, wobei in den Flammen über 900 Menschen starben. Bereits einen Tag später erfolgte die Zuschrift Dunajewskis an das Abgeordnetenhaus wegen eines Gesetzentwurfes „betreffend einen Credit von 50.000 fl. behufs Linderung der Nothlage der durch den Brand des Ringtheaters in Wien Beschädigten“, und Taaffe begründete den Entwurf in der Sitzung des Hauses am 10. Dezember 1881[785]. Erst am 11. Dezember wurde der Ministerrat darüber informiert und erteilte nachträglich beidem,

---

779 *MR. v. 12. 12. 1882/IV.*

780 *MR. v. 2. 9. 1878/V, MR. II v. 17. 2. 1879/IV, MR. v. 17. 4. 1879/IV, MR. v. 22. 3. 1880/III und MR. v. 27. 5. 1880/I (liegen alle nicht ein) sowie MR. v. 13. 12. 1882/VII.*

781 *MR. v. 22. 12. 1882, Tagesordnungspunkte I und II.*

782 *MR. v. 22. 12. 1882/II.*

783 *Der Elisabeth-Orden sollte erst 1898 gegründet werden.*

784 *MR. v. 21. 6. 1882/XI.*

785 Prot. Reichsrat AH. 10. 12. 1881 (178. Sitzung) 6298*, das am 12. 12. 1881 sanktionierte Gesetz wurde publiziert als* RGBl. Nr. 138/1881.

Gesetzentwurf und Rede, seine Zustimmung[786]. Zum „Gedächtnis der Brandopfer" ordnete Franz Joseph am 24. Dezember 1881 die Errichtung einer Stiftung an, die mit dem Gesetz vom 8. April 1882 von Stempel- und unmittelbaren Gebühren befreit wurde. Ebenfalls befreit von diesen Gebühren waren die aufgrund des Brandes „stattfindenden Vermögensübertragungen und bücherliche Eintragungen". Dadurch wurde den Erben der Brandopfer die Erbschaftsgebühr erlassen[787].

Das juristische Nachspiel der Katastrophe beschäftigte den Ministerrat am 7. Mai 1882. Das Vorgehen der Polizei stieß auf scharfe Kritik der Öffentlichkeit, da damit „die Autorität der Sicherheitswache beim Publikum untergraben" würde. Pražák als Leiter des Justizministeriums bemerkte, „dass er schon bei der Einleitung des Prozesses den betreffenden Organen nahegelegt habe, die Autorität der Behörden zu schonen"[788]. Als Folge des Brandes war der Wiener Polizeipräsident Wilhelm Freiherr Marx v. Marxberg pensioniert worden. An seiner Stelle war Carl Ritter Krticzka v. Jaden zunächst mit der Leitung der Polizeidirektion betraut und später zum definitiven Polizeipräsidenten ernannt worden[789]. Dabei gab Taaffe seinen Plan auf, „an die Spitze dieser Behörde in Zukunft eventuell nur einen Beamten der V. Rangklasse fungieren zu lassen", weil die „mittlerweile durch den Ringtheaterprozess herbeigeführte Erschütterung des Ansehens und der Autorität der Polizei" es notwendig mache, „mit aller Anstrengung auf die Wiederherstellung der Autorität hinzuwirken, weshalb auch der Chef der Stelle mit der entsprechenden hervorragenden Position bekleidet werden müsse". Krticzka wurde daher als Polizeipräsident mit den höheren „systemmäßigen Bezügen der IV. Rangsklasse"[790] angestellt.

Eine weitere Folge des Ringtheaterbrandes waren Änderungen der Bauvorschriften für Theater. Dabei handelte es sich um eine Länderangelegenheit. In Niederösterreich waren bereits am 1. Juli 1882 Änderungen im Verordnungswege erlassen worden, und am 15. Dezember 1882 konnte auch ein vom Landtag votiertes Gesetz sanktioniert werden. Es war „bestimmt, das Supplement zu bilden zu der vom Statthalter in Niederösterreich bezüglich der Theater erlassenen Verordnung und harmoniere mit der Tendenz und der Richtung derselben, indem darnach für die Staatsbehörden der entsprechende Einfluss auch in Fragen der baulichen Zustände der Theater beansprucht wird"[791].

Nicht seinen Weg auf die Tagesordnung des Ministerrates fand der Brand des Prager (tschechischen) Nationaltheaters am 12. August 1881, wenige Monate vor dem Ringtheaterbrand. Nur die „Anträge wegen Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für Prag anlässlich der Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen und anlässlich der Vollendung des Baues des böhmischen Nationaltheaters" berieten die Minister am 18. Juni 1881[792]. Das Gebäude war nämlich erst zwei Monate vor dem Brand, am 11. Juni, frühzeitig zu Ehren der Vermäh-

---

786 *MR. v. 11. 12. 1881/I (liegt nicht ein).*

787 *Gesetz v. 8. 4. 1882,* RGBl. Nr. 39/1882*; beraten in MR. v. 30. 1. 1882/II (liegt nicht ein).*

788 *MR. v. 7. 5. 1882/I; zum Brand des Ringtheaters und dem folgenden Prozess siehe* MIKOLETZKY, Der Brand des Wiener Ringtheaters.

789 *MR. v. 3. 1. 1882/II (liegt nicht ein); MR. v. 1. 6. 1882/II.*

790 *Vortrag Taaffes v. 3. 6. 1882, Ah. E. v. 8. 6. 1882,* HHStA., Kab. Kanzlei 2264/1882.

791 *MR. v. 7. 9. 1882/IV als Ergänzung der Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtum Österreich unter der Enns v. 1. 7. 1882* betreffend die Bedingungen zur Veranstaltung theatralischer Vorstellungen in neuen Theatergebäuden sowie Bedingungen für Einrichtung und Betrieb der *Theater* überhaupt und die Überwachung der genauen Einhaltung derselben, LGBl. NIEDERÖSTERREICH Nr. 54/1882; *das Gesetz v. 15. 12. 1882 wurde publiziert als* LGBl. NIEDERÖSTERREICH Nr. 68/1882.

792 *MR. I v. 18. 6. 1881/I (liegt nicht ein).*

lung von Kronprinz Rudolf mit Stephanie, der Tochter des belgischen Königs Leopold II., eröffnet und danach für die Endarbeiten wieder geschlossen worden. So wurde durch den Brand zwar das Gebäude zerstört, aber Menschen kamen nicht ums Leben[793].

13 Miszellen

Einige Fragen, mit denen sich der Ministerrat beschäftigte, waren zwar nur Randthemen, betrafen aber wichtige Institutionen, interessante juristische Fragen oder bemerkenswerte Ereignisse. Hierzu zählen die höchsten Gerichtshöfe, Grenzfragen, die Frage der Landtagswahlperiode sowie Jubiläen und Gedenktage.

a) Zentrale Institutionen

Einige Male stand das Reichsgericht auf der Tagesordnung des Ministerrates. Beraten wurde die Besetzung der Stelle des Präsidenten (Josef Unger) und des Vizepräsidenten (Carl Habietinek)[794] sowie von Richtern[795]. In der Sitzung vom 1. April 1882 beschloss der Ministerrat, dass der Ministerpräsident und nicht der Präsident des Reichsgerichtes den Reichsrat von der Besetzung von Richterstellen informiere[796]. Dagegen protestierte dessen Präsident Unger, was aber der Ministerrat verwarf[797]. Als darauf Unger diese Ablehnung „nicht akzeptieren" zu können glaubte[798], stimmte der Ministerrat dem Vorschlag Pražáks zu, „auf diese [Z]uschrift keine weitere Ant[wo]rt mehr zu geben"[799]. Erwähnenswert ist auch die vom Ministerrat behandelte „Frage der Mitteilung Ah. resolvierter au. Vorträge und der Mitteilung von internen Amtsakten überhaupt an das Reichsgericht"[800].

Auch der Verwaltungsgerichtshof beschäftigte den Ministerrat mehrfach. Zum einen ging es um die Besetzung des Präsidentenpostens (Richard Graf Belcredi)[801] und von erledigten Ratsstellen[802]. In der Frage der Ernennung der Sekretäre ergab sich jedoch ein Kompetenzkonflikt zwischen dem Verwaltungsgerichtshof und der Regierung. Bei der Errichtung dieses Gerichtshofes 1876[803] waren die drei Hofsekretäre von Franz Joseph auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt worden. Dennoch vertrat nun der Verwaltungsgerichtshof die Meinung, dass die Besetzung dieser Stellen analog zum Obersten Gerichtshof ihm zustehe[804]. Diese Position teilte zwar Pražák nicht, schlug aber dennoch vor, dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes das Recht der Ernennung der Hofsekretäre zuzugestehen, „weil nicht

---

793 *Nach Urban* löschten die Flammen, die im Hochsommer 1881 das *Nationaltheater* zerstörten, paradoxerweise für eine gewisse Zeit die nationalen Leidenschaften, Urban, Die tschechische Gesellschaft 1: 520.

794 *MR. v. 17. 1. 1881/VII (liegt nicht ein).*

795 *MR. I v. 18. 11. 1879/I, MR. v. 9. 2. 1881/VI, MR. v. 26. 2. 1881/III, MR. v. 22. 4. 1881/II (Ersatzmänner), MR. II v. 27. 12. 1881/II und MR. v. 1. 4. 1882/III (keines der Protokolle liegt ein).*

796 *MR. v. 1. 4. 1882/IV (liegt nicht ein).*

797 *MR. v. 14. 4. 1882/VIII (Tagesordnungspunkt liegt nicht ein).*

798 *Schreiben (Abschrift) Ungars an Taaffe v. 18. 4. 1882, Beilage zu MR. v. 21. 4. 1882/VIII.*

799 *MR. v. 21. 4. 1882/VIII.*

800 *MR. v. 19. 12. 1879/VII (liegt nicht ein).*

801 *MR. I v. 9. 9. 1881/I (liegt nicht ein).*

802 *MR. v. 30. 3. 1880/V, MR. v. 25. 8. 1880/V, MR. v. 9. 12. 1880/IV, MR. v. 20. 1. 1881/I und MR. v. 27. 3. 1882/I (keines der Protokolle liegt ein).*

803 *Gesetz v. 22. 10. 1875,* Rgbl. Nr. 36 *ex* 1876.

804 *§ 16 des organischen Statuts des Obersten Gerichtshofes v. 7. 8. 1850,* Rgbl. Nr. 325/1850.

zu verkennen sei, dass die Ungleichheit derartiger Einrichtungen bei den höchsten Gerichtshöfen leicht zu Missverständnissen, Kränkungen und unliebsamen Vergleichungen Anlass geben könne, welche nach Tunlichkeit zu vermeiden, im Interesse des Ah. Dienstes gelegen sein dürfte“[805].

Ein weiteres den Verwaltungsgerichtshof berührendes Thema war die „Disziplinarbehandlung der richterlichen Beamten und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand“[806]. Eine Regelung war bereits im Zuge der Errichtung des Gerichtshofes 1876 angekündigt, aber bisher noch nicht umgesetzt worden. Unstrittig in den Diskussionen 1881/82 zwischen Justizministerium und Verwaltungsgerichtshof war, dass sich diese Regelung an die Bestimmungen für den Obersten Gerichtshof anlehnen sollte. Nur wollte der Verwaltungsgerichtshof die Angelegenheit in einem Gesetz geregelt sehen, während es für Pražák außer Zweifel stand, dass hier eine Verordnung ausreichend sei. Außerdem vertrat der Verwaltungsgerichtshof die Meinung, dass sowohl die Mitglieder des Gerichtshofs als auch die richterlichen Beamten und Hilfsbeamten in gleicher Weise wie jene des Obersten Gerichtshofes behandelt werden sollten. Die Integration der richterlichen Hilfsbeamten beim Obersten Gerichtshof, so führte hingegen Pražák aus, habe „seinen Grund darin, dass es sich sowohl bei den selbstständigen Richtern als auch bei den richterlichen Hilfsbeamten um Beamte mit richterlicher Qualifikation handle“. Im Gegensatz dazu sei bei den Hilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofs eine „richterliche [Qualifika]tion gar nicht erforderlich“. Daher „wären also in dem proponierten Verordnungsentwurfe anstatt der Worte: ‚richterliche Beamte des Verwaltungsgerichtshofes‘ stets die Worte ‚Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes‘ zu setzen“[807]. Nach Zustimmung des Ministerrates wurde die Disziplinarordnung des Verwaltungsgerichtshofes im Sinne Pražáks erlassen, wobei die Gleichstellung lediglich der Mitglieder und nicht auch der Hilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofes mit dem Obersten Gerichtshof erfolgte, jedoch nicht durch ein Gesetz, sondern im Verordnungsweg[808]. Diese Verordnung blieb aber „bis zum Beginne des künftigen Jahres in suspenso“, wie der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Belcredi vermerkte[809].

Der Oberste Gerichtshof war nur wegen der Besetzung von Senatspräsidenten Thema im Ministerrat[810]. In der Sitzung vom 26. Juni 1882 wurde für eine Stelle der ehemalige Justizminister im Ministerium Hohenwart, Carl Habietinek, dem Monarchen vorgeschlagen, wobei „Habietinek mit Rücksicht auf seinen Rang als quieszierter Minister an erster Stelle der Senatspräsidenten rangiert werde“[811]. Habietinek war darauf sowohl Erster Senatspräsident am Obersten Gerichtshof wie auch Vizepräsident des Reichsgerichts. Die „Frage der Systemisierungsregelung der Hofratsstellen am Obersten Gerichtshofe“ behandelte der Ministerrat am 10. April 1882[812].

---

805 *MR. v. 19. 8. 1882/VIII; Vortrag Taaffes v. 25. 8. 1882, Ah. E. v. 29. 8. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3368/1882.

806 *MR. v. 13. 6. 1881/IV, MR. v. 3. 10. 1881/II und MR. v. 7. 1. 1882/II (keines liegt ein) sowie MR. II v. 19. 8. 1882/IX.*

807 *MR. II v. 19. 8. 1882/IX.*

808 *Verordnung des Gesamtministeriums v. 28. 10. 1882 wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 151/1882.

809 *Rückseitenvermerk Belcredis auf der Verordnung,* Archiv Vwgh., Präs. 155/1882.

810 *MR. v. 9. 2. 1881/V (liegt nicht ein) und MR. v. 24. 6. 1882/II.*

811 *MR. v. 24. 6. 1882/II. Vortrag Pražáks v. 29. 6. 1882, Ah. E. v. 4. 7. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2619/1882.

812 *MR. I v. 10. 4. 1881/III (liegt nicht ein).*

Schließlich beriet der Ministerrat auch eine Reform des Obersten Rechnungshofes, der den Namen „Staatsrechnungshof“ erhalten sollte[813]. Eine entsprechende Regierungsvorlage wurde zwar vom Abgeordneten-, nicht aber vom Herrenhaus angenommen[814].

b) Grenzfragen

Aufgrund des Artikels XXIX des Berliner Vertrages von 1878 war Österreich-Ungarn berechtigt, das südlich von Cattaro liegende Gebiet von Spizza seinem Kronland Dalmatien anzuschließen. Dies wurde mit dem Gesetz vom 15. April 1879 vollzogen[815]. Danach wurde aus diesem neu erworbenen Gebiet eine Ortsgemeinde gebildet[816].

Eine weitere Grenzfrage, mit der sich der Ministerrat beschäftigte, betraf den in der Militärgrenze an der Grenze zu Krain gelegenen Sichelburger Distrikt und die Ortsgemeinde Marienthal[817]. Diese Gebiete waren im 16. Jahrhundert von Krain zur Ansiedlung von Flüchtlingen, die aus den vom osmanischen Reich besetzten Gebieten kamen, zur Verfügung gestellt worden und so Teil der Militärgrenze geworden[818]. Als die Militärgrenze dann von 1871 bis 1882 sukzessive in den ungarischen Teil der Monarchie eingegliedert wurde, forderte Cisleithanien die Rückgabe des Sichelburger Distriktes sowie Marienthals[819]. Ungarn erkannte das Recht Krains prinzipiell an[820]. Am 14. Oktober 1882 konnte Taaffe den Ministern mitteilen, dass Ungarn bereits eine Grenzregulierungskommission gebildet habe. Von cisleithanischer Seite wurde als Vorsitzender Hohenwart bestimmt, „dem zugleich die Verhältnisse Krains besonders bekannt seien“[821]. Diese Frage kam am 29. April 1885 erneut zur Sprache[822], wurde aber bis zum Ende der Monarchie nie geklärt.

Schließlich wurde auch die Stadterweiterung Triests beraten. Ein entsprechendes Gesetz wurde am 1. April 1882 sanktioniert, aber erst 1885 publiziert[823].

---

813 *MR. v. 20. 1. 1881/IV, MR. v. 8. 2. 1882/I (beide liegen nicht ein); erhalten sind MR. II v. 3. 11. 1882/I und MR. v. 18. 11. 1882/V; schließlich noch MR. 10. 3. 1886/II und MR. v. 10. 5. 1886/I (beide liegen nicht ein).*

814 *Eingebracht in das Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 30. 1. 1883 (261. Sitzung) 8994, Beilage 636, *hier angenommen* Prot. Reichsrat AH. 31. 3. 1884 (359. Sitzung) 12485, Beilage 849 *und im Herrenhaus der* vereinigenden politischen und finanziellen Commission *zugewiesen,* Prot. Reichsrat HH. 4. 4. 1884 (91. Sitzung) 1437 f.

815 *Berliner Vertrag,* Rgbl. Nr. 43/1879*; Gesetz v. 15. 4. 1879,* Rgbl. Nr. 59/1879.

816 *Gesetz v. 6. 10. 1880,* Lgbl. Dalmatien Nr. 55/1880*; das Thema Spizza stand auf der Tagesordnung von MR. v. 6. 4. 1879/VII, MR. v. 20. 9. 1879/III, MR. v. 13. 7. 1880/III und MR. v. 24. 9. 1880/VII (keines der Protokolle liegt ein).*

817 *MR. v. 22. 1. 1881/IX, MR. v. 26. 4. 1881/V, MR. I v. 7. 6. 1881/I, MR. I v. 6. 7. 1881/II und MR. v. 14. 9. 1881/I (diese liegen nicht ein) und MR. v. 14. 10. 1881/VI.*

818 *Promemoria (Abschrift) des Sekretärs des historischen Vereins für Krain August Dimitz v. 9. 1. 1870,* Ava., IM. Präs., Karton 384, Sig. 9, Zl. 7141/1881.

819 *Das Gesetz über die Änderung der Quotenbestimmungen wegen der Eingliederung der Militärgrenze in den ungarischen Teil der Monarchie wurde im Gesetz v. 8. 6. 1871 die Prüfung der Ansprüche Krains auf das Gebiet bestimmt worden,* Rgbl. Nr. 49/1871.

820 *Vortrag Taaffes v. 2. 1. 1882, Kenntnisnahme mit Ah. E. v. 8. 1. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 106/1882.

821 *MR. v. 14. 10. 1881/VI.*

822 *MR. v. 29. 4. 1885/II. Diese Grenzfrage unter nationalpolitischen Aspekten betrachtet in* Rahten, Kulturidentität, 1006.

823 *MR. v. 19. 3. 1882/III (liegt nicht ein); Gesetz v. 1. 4. 1882,* Lgbl. Küstenland Nr. 8 *ex* 1885.

c) Landtagswahlperioden

Eine immer wieder aufkommende Frage betraf die Berechnung der Wahlperiode der Landtage, die vom Zeitpunkt der Wahl oder vom Beginn der ersten Landtagssession berechnet werden konnte. So wurde der Krainer Landtag „im Juli [18]77 gewählt und trat am 12. September 1878 zusammen“[824]. Je nach Interpretation endete die Wahlperiode entweder 1883 oder 1884. Weil nun 1883 die 600-jährige „Jubiläumsfeier des Anschlusses Krains an das Ah. Kaiserhaus“ begangen werden sollte, „zu welcher Feier Se. Majestät nach Krain zu kommen beabsichtigen“, wandte sich der Landespräsident des Kronlandes an Taaffe. Bei einer Berechnung der Wahlperiode von der Wahl 1877 aus würden die Neuwahlen 1883 „unmittelbar vor die Jubiläumsfeier“ fallen. Er bat daher um eine frühzeitige Auflösung des Landtages. Die Frage der Wahlperioden der Landtage war zuvor bereits dreimal im Ministerrat besprochen worden, 1876, 1878 und 1882[825]. 1876 und 1878 hatte der Ministerrat beschlossen, die Perioden vom ersten Zusammentritt des Landtags zu berechnen. Diesen Standpunkt lehnte Dunajewski im April 1882 allerdings bezüglich der Landtagswahlen in Galizien vehement ab und tat dies auch im Oktober dieses Jahres in Bezug auf Krain. Daher ließ Taaffe den von ihm präferierten Weg, den bisherigen Usus beizubehalten, fallen, allerdings ohne dabei dem Finanzminister zuzustimmen. Es musste also eine Lösung gefunden werden, die beiden Positionen gerecht wurde. Dies war die Auflösung des Landtages noch vor Ende der vom Zeitpunkt der Wahlen her berechneten und daher früher endenden Wahlperiode. Damit war zwar Conrad nicht einverstanden, weil in Krain „die Auflösung auf einen großen Teil der Bevölkerung einen ungünstigen Eindruck machen würde“, dennoch beschloss der Ministerrat „die Auflösung des Krainer Landtages in Aussicht zu nehmen und wird als Zeitpunkt des Vorgehens mit der Maßregel Frühjahr 1883 ins Auge gefasst“[826].

Ohne dass ein förmlicher Beschluss in der Sitzung gefasst wurde, scheint das Fazit der Konferenz gewesen zu sein, prinzipiell beim bisherigen Usus, der Berechnung der Wahlperiode vom ersten Zusammentritt des Landtags an, zu bleiben, außer der Wunsch nach einer alternativen Berechnung gehe vom konkret betroffenen Landtag aus[827]. Dabei wurde die Schaffung eines Präzedenzfalls umgangen, indem man formell den Landtag frühzeitig auflöste.

d) Jubiläen und Gedenktage

Die Silberhochzeit Franz Josephs mit Elisabeth am 24. April 1879 beschäftigte auch den Ministerrat bezüglich des Empfangs von Deputationen, Auszeichnungen, Begnadigungen oder Stiftungen. Für die Stiftung von Stipendien dankten schließlich die Universitäten[828]. Weitere Jubiläen betrafen die Zugehörigkeit der Kronländer zur Habsburgermonarchie. Erwähnt wurden bereits die Feierlichkeiten der 500-jährigen Zugehörigkeit Triests 1882 zur Monar-

824 *MR. v. 21. 10. 1882/VII.*

825 *MR. v. 1. 7. 1876/I, MR. v. 4. 2. 1878/I sowie – im Zeitraum dieses Bandes liegend – MR. v. 1. 4. 1882/I (diese Protokolle liegen nicht ein).*

826 *MR. v. 21. 10. 1882/VII, Beratung fortgesetzt in MR. v. 22. 3. 1883/I.*

827 *Darauf deuten Bemerkungen Taaffes hin,* dass er allerdings die Auflösung des galizischen Landtages in Aussicht nehme, nachdem man dort die Meinung der Berechnung der Landtagsperiode nach der Mandatsdauer zu teilen scheine. Von anderen Landtagen sei diese Meinung noch nicht aufgetaucht.

828 *MR. v. 10. 3. 1879, Tagesordnungspunkte VI, VII und VIII, MR. v. 31. 3. 1879/III, MR. v. 3. 5. 1879/IV und MR. v. 7. 1. 1880/IV (alle Protokolle liegen nicht ein).*

chie, das im Schatten des Attentats auf Franz Joseph und der Hinrichtung Oberdans (Kaiserreise nach Triest 1882) stand, und die 600-jährige Zugehörigkeit Krains 1883, die zur frühzeitigen Auflösung des Landtags führte (Landtagswahlperiode). Kurz vor das Krainer 600-jährige Herrschaftsjubiläum fiel dasjenige Nieder- und Oberösterreichs. Mit diesen beiden Ländern hatte Rudolf I. seine Söhne Albrecht und Rudolf am 27. Dezember 1282 belehnt. Am 25. November 1882 beriet der Ministerrat über die Bitte des niederösterreichischen Landtages und des Episkopats des Erzbistums Wiens, aus diesem Anlass dem Monarchen ihre Loyalität bekunden zu dürfen. Weil „es nicht am Platz wäre, von seiner [Taaffes] Seite in dieser Angelegenheit einen au. Antrag zu stellen", wollte der Ministerpräsident „daher nur die Angelegenheit sowie die Anfrage des Landmarschalls zur Ah. Kenntnis Sr. Majestät bringen, damit Se. Majestät die Ah. Entscheidung fällen könne"[829]. Der Monarch stimmte diesen Huldigungen zu und die feierlichen Empfänge fanden am 27. Dezember 1882 statt. Die Wiener Zeitung berichtete ausführlich über die Huldigungsreden und die Antworten des Monarchen[830]. Schließlich brachte der Ministerrat Franz Joseph im Wege des Protokolls „den Ausdruck der au. Huldigung der Vertretung der Hochschule für Bodenkultur anlässlich des 600-jährigen Jubiläums des Ah. Kaiserhauses" zur Kenntnis[831].

Bei Betrachtung dieser Huldigungen am 27. Dezember 1882 darf allerdings nicht vergessen werden, dass eine Woche zuvor, am 20. Dezember, Oberdan gehängt worden war. Was Pino am 31. Oktober 1882 nur auf das 500-jährige Jubiläum Triests bezog, gilt daher auch generell für das gesamte Jahr: „Außerdem schiene es ihm penibel, die Feier des 500-jährigen Anschlusses Triests an das Ah. Kaiserhaus mit einem Justifizierungsakte enden zu lassen."[832]

14 Die ersten drei Jahre der Regierung Taaffe

In den ersten Jahren von Taaffes zweiter Ministerpräsidentschaft kamen eine Reihe von wichtigen Gesetzen und Verordnungen zustande oder wurden in die Wege geleitet, die als Ergebnis des Regierungswillens Taaffes verstanden werden. Es ist aber auffallend, dass bei vielen dieser gesetzlichen Regelungen die Regierung gar nicht die treibende Kraft, bei vielen nicht einmal mittelbar beteiligt war. Sie gingen vielmehr aus dem Reichsrat hervor, bevor sie schließlich unter Befürwortung der Regierung die Sanktion des Monarchen erhielten. Darunter befinden sich sehr zentrale Gesetzesinitiativen wie das Wahlgesetz, die Revision des Volksschulgesetzes oder das – vom deutschliberalen Abgeordneten Weeber ausgehende – Wuchergesetz. Die Regierung brachte andere Gesetzesvorlagen in den Reichsrat ein oder erließ entsprechende Verordnungen, an denen zwar einzelne Regierungsmitglieder ein unmittelbares Interesse hatten, nicht aber die Regierung als Gesamtinstitution. Es waren dies Zugeständnisse an die sie tragenden Parteien des Abgeordnetenhauses. Dies betraf die Gesetzesinitiative zur Teilung der Prager Universität ebenso wie die Taaffe-Stremayr'schen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren 1880 oder die Justizministerialverordnungen Pražáks 1882 zur Verwendung der slowenischen Sprache vor Gericht in den Oberlandesgerichtssprengeln von Graz und Triest und zur Verwendung der tschechischen und polnischen Sprache vor Gericht in Schlesien.

---

829 *MR. v. 25. 11. 1882/II.*

830 Wiener Zeitung (A.) v. 27. 12. 1882.

831 *MR. v. 28. 12. 1882/VIII.*

832 *MR. v. 31. 10. 1882/III; im MR. v. 4. 11. 1882/IV äußerte sich Dunajewski ähnlich:* so möchte er zu bedenken geben, ob es gut sei, nachdem man den 500-jährigen Anschluss Triests an das Ah. Kaiserhaus mit einer solennen Feier beging, diese Feier mit einem so traurigen Nachakte schließen zu lassen.

Unmittelbar interessierten die Regierung die militärischen Gesetze (Verlängerung der §§ 11 und 13 des Wehrgesetzes 1879, Revision des Wehrgesetzes 1882 mit dessen Umsetzung in Süddalmatien), die politische, wirtschaftliche und verkehrstechnische Integration Bosnien-Herzegowinas, die „Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte“[833] mit den damit zusammenhängenden Finanzgesetzen und schließlich Änderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese bezogen sich besonders auf eine gezielte Politik der Verstaatlichung der Eisenbahnen, den sozialpolitischen Ausbau der Gewerbeordnung (Abschnitt VI über die Hilfsarbeiter) und die Regulierungen von Arbeitszeiten sowie von Frauen- und Kinderarbeit. Will man die unmittelbaren Ziele der Regierung Taaffe definieren, so handelt es sich zum einen um die sogenannten Staatsnotwendigkeiten, also die anstehenden mit Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten (Militär und Bosnien-Herzegowina) sowie Agenden, die zum Bereich des Staatshaushalts gehörten (Budget und Steuern). Zum anderen waren es Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Depression, die Cisleithanien seit dem Börsenkrach 1873 im Griff hielt (Eisenbahnverstaatlichung und Soziales). Für die Erreichung dieser Ziele war die Regierung bereit, die Wünsche der parlamentarischen Unterstützer in der Sachpolitik (Sprachen-, Bildungs- und Wahlrechtsfragen) mitzutragen.

Dass es sich dabei nur allzu oft um Kompromisse handelte, zeigte sich u. a. an der Unzufriedenheit der Tschechen mit den Sprachenverordnungen oder den Regelungen zur tschechischen Universität in Prag, da diese Maßnahmen zwar die tschechische Sprache aufwerteten, sie aber keineswegs der deutschen gleichstellten. Allerdings mussten nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die Regierung bei ihren Wünschen Abstriche machen. So scheiterte die Reform der Personensteuern (Erwerb-, Aktien-, Renten- und Personaleinkommensteuer) bereits an der Hürde des Steuerausschusses des Abgeordnetenhauses.

Besonders deutlich zeigten sich Differenzen zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit bei der Reform der Gewerbeordnung, die letztlich zustande kam, aber nur, weil die Regierung bereit war, ihre Interessen zurückzustellen. Bereits am 24. November 1879, zu Beginn der neuen Legislaturperiode, legte Handelsminister Korb dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf zur Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vor, mit dem die Rechte der Arbeiter ausgebaut, die Institution der Gewerbeinspektoren geschaffen und die gewerblichen Hilfskassen samt Musterordnung festgelegt werden sollten. Weitere Änderungen der Gewerbeordnung wurden zunächst nicht verfolgt, wie „die Förderung der gewerblichen Interessen, insbesondere durch Kräftigung des Kleingewerbes“[834], weil die Lösung der Arbeiterfrage „besonders wünschenswerth und dringlich“ erschien[835]. Nachdem aber im Ausschuss des Abgeordnetenhauses über ein Jahr kein Fortschritt zu verzeichnen war, musste der neue Handelsminister Kremer den Entwurf wieder zurückziehen, brachte aber einen neuen ein[836]. Dieser berücksichtigte das Verlangen des Abgeordnetenhauses „bei dem Zusammenhange,

---

833 *Thronrede vor beiden Häusern des Reichsrates v. 8. 10. 1879,* Prot. Reichsrat AH. Beilage 1.

834 *Thronrede vor beiden Häusern des Reichsrates v. 8. 10. 1879,* Prot. Reichsrat AH. Beilage 1.

835 *Regierungsentwurf der Reform der Gewerbeordnung,* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1879 (17. Sitzung) Beilage 63, Motive, 40.

836 *Wie mit dem alten Gesetzentwurf umzugehen sei und die Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes besprachen MR. v. 14. 1. 1880/V, MR. v. 26. 5. 1880/VII, 27. 6. 1880/IV, MR. v. 23. 11. 1880/VIII, MR. v. 26. 11. 1880/VI, MR. v. 28. 11. 1880/III und MR. v. 29. 11. 1180/II (liegen alle nicht ein); über Vortrag Kremers v. 1. 12. 1880 wurde mit Ah. E. v. 6. 12. 1880* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4646/1880 – *der alte Entwurf zurückgezogen und der neue in den Reichsrat eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) 3529.

welcher zwischen den einzelnen Theilen der Gewerbeordnung besteht", die „Revision der Gewerbeordnung in ihrem ganzen Umfange einheitlich vorzunehmen"[837]. Das von Franz Joseph dann am 15. März 1883 sanktionierte Gesetz des Reichsrates „betreffend die Änderung und Ergänzung der Gewerbeordnung"[838] unterstrich aber keineswegs den Zusammenhang aller Teile der Gewerbeordnung. Denn das Gesetz vom 15. März 1883 regelte zuerst nur alle Teile ausgenommen das VI. Hauptstück über die Hilfsarbeiter. Ausgerechnet der Teil, den die Regierung für „besonders wünschenswerth und dringlich" hielt, wurde zurückgestellt und erst am Ende der VI. Legislaturperiode vom Reichsrat 1885 parlamentarisch erledigt[839]. Zudem entsprach das vom Reichsrat 1883 votierte Gesetz über die Änderung der anderen Abschnitte der Gewerbeordnung keineswegs den Richtlinien, auf die sich die Regierung ursprünglich geeinigt hatte: Am 23. November 1882 musste sie ihren vorherigen Standpunkt durch Ministerratsbeschluss förmlich aufheben, wobei diese Entscheidung besonders Pino, Conrad und Dunajewski schwerfiel, da diese Reform mit der klaren Aufwertung der berufsständischen Korporationen eine fundamentale Abkehr von der bisherigen liberalen Gewerbeordnung bedeutete[840]. Nur der konservative Minister des Kabinetts, Falkenhayn, hielt mit Befriedigung fest, diese Forderung des Abgeordnetenhauses nach Aufwertung der Korporationen sei immer schon seine Position gewesen. Insofern macht die Diskussion um die Gewerbeordnung deutlich, dass die Regierung abseits der Staatsnotwendigkeiten durchaus kompromissbereit und flexibel war.

Die Regierung konnte sich in der Wirtschaftspolitik dann ohne Abstriche durchsetzen, wenn es eine Interessengemeinschaft mit den Regierungsparteien gab, wie in der Frage des Einstiegs in das Staatseisenbahnsystem. Denn Bau und Betrieb der großen Hauptlinien waren seit 1873 den Privatinvestoren zu wenig lukrativ mit der Folge, dass der Eisenbahnbau sehr schleppend voranschritt, worunter besonders Galizien litt. Dieser Stillstand konnte nur durch staatliche Initiativen durchbrochen werden.

Somit verfolgte die Regierung Taaffe in den ersten Jahren letztlich drei Ziele: erstens die Staatsnotwendigkeiten durchzusetzen, zweitens die Wirtschaftskrise von 1873 zu überwinden und drittens ihre Regierungsmehrheit im Abgeordnetenhaus zu erhalten. Dass sich die Regierung dabei auf den Eisernen Ring aus Tschechen, Polen und einem konservativen Sammelbündnis stützte, war nicht das ursprüngliche Ziel der Regierung gewesen, die eigentlich mit einer Politik der „Versöhnung und Verständigung" zumindest Teile der Deutschliberalen nicht als Regierungsunterstützer verlieren, die Polen halten und die Tschechen und die Konservativen gewinnen wollte. Da sich die deutschliberalen Klubs, die fast die Hälfte aller Mandate im Abgeordnetenhaus innehatten, der Regierung aber komplett verweigerten, machte dies die Regierung vom Eisernen Ring abhängig. In vielen Fragen musste die Regierung ihre eigentlich deutschen und liberalen Standpunkte aufgeben, wie in der Frage der Staatsprüfungen an der juridischen Fakultät der tschechischen Universität in Prag oder in den Diskussionen um die Reform der Gewerbeordnung.

---

837 Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) Beilage 253, Motive 78.

838 *Die Gewerbeordnung kam noch zur Sprache in MR. v. 21. 1. 1883/IX und MR. v. 11. 3. 1883/V. Mit Vortrag Conrads vom 11. 3. 1883 wurde das Gesetz mit Ah. E. v. 15. 3. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 982/1883.

839 *Gesetz v. 8. 3. 1885,* Rgbl. Nr. 22/1885.

840 *MR. II v. 23. 11. 1882/I.*

Der Versuch der Deutschliberalen, mit ihrer Verweigerungspolitik die Regierung Taaffe zu unterwerfen, gelang zwar, aber die Regierung unterwarf sich nicht dem Wunsch der Deutschliberalen und demissionierte, sondern sie unterwarf sich dem Eisernen Ring. Somit entpuppte sich der scheinbare deutschliberale Sieg über Taaffe als Bumerang, dem die Deutschliberalen schließlich selbst zum Opfer fielen: parteipolitisch durch ihre Zersplitterung und das Abdriften in deutschnationale Fahrwasser, und inhaltlich, indem liberale Bollwerke, wie das Reichsvolksschulgesetz von 1869 oder die Entmachtung der Zünfte in der Gewerbeordnung von 1859, nun von Taaffe geopfert wurden[841], um die parlamentarische Mehrheit des Eisernen Rings für die Regierung zu erhalten[842].

15 Zur Überlieferung der Protokolle

Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates wurden 1927 Opfer des Justizpalastbrandes, der große Teile des Bestandes vernichtet hat. Von den im Zeitraum 17. Februar 1879 bis 28. Dezember 1882 abgehaltenen 445 Ministerratssitzungen fanden 40 in der Zeit der Übergangsregierung Stremayr und 405 unter Ministerpräsident Taaffe statt. Die letzte Sitzung unter dem Vorsitz Stremayrs fand am 28. Juli 1879 statt, die erste mit Taaffe als Ministerpräsident am 19. August 1879. Die 40 Protokolle der Übergangsregierung Stremayr hatten 219 Tagesordnungspunkte, von denen keiner erhalten geblieben ist. Die 405 Protokolle während der Ministerpräsidentschaft Taaffes bis Ende 1882 hatten 1.946 Tagesordnungspunkte, von denen sechs vollständig in Abschriften und 379 im Original als Brandakten, zusammen also 385 erhalten geblieben sind. Somit sind von allen 2.165 Tagesordnungspunkten dieses Bandes 17,7 % vorhanden.

Bei den sechs Abschriften handelt es sich um einen Tagesordnungspunkt aus dem Jahr 1880, der vom Handelsministerium angefertigt wurde und die „Verhandlungen wegen Erwerbung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn für den Staat" betraf[843], und fünf Tagesordnungspunkte aus dem Jahr 1881, die sich mit der „Kuchelbader Schlacht" und ihren politischen Folgen beschäftigten. Bei den Letzteren handelte es sich um Abschriften, die der tschechische Historiker und Archivar Karel Kazbunda in der Zwischenkriegszeit anfertigen ließ. Abschriften davon stellte er wiederum nach dem Brand des Justizpalastes der Republik Österreich zur Verfügung. Heute befinden sie sich im Bestand „Ministerratsprotokolle" des Allgemeinen Verwaltungsarchivs des Österreichischen Staatsarchivs[844].

---

841 Cohen, The Politics of Ethnic Survival, 106 ff.

842 *Diese Reduktion des Zerfalls der Deutschliberalen selbst und ihre Radikalisierung in Richtung Deutschnationalismus auf ihre Verweigerungshaltung gegenüber der Politik Taaffes in der ersten Zeit seiner Regierung greift natürlich zu kurz. Die eigentliche Ursache war die Wirtschaftskrise, die nach dem Börsenkrach einsetzte und die mit der deutschliberalen Politik unter Adolph Auersperg nicht überwunden werden konnte – dazu* Hanisch – Urbanitsch, Die Prägung, 59–62. *Dadurch aber, dass sie sich der neuen Ausrichtung der Politik verweigerten, beschleunigten sie ihren Machtverfall – inhaltlich, indem den großen liberalen Errungenschaften (Reichsvolksschulgesetz, Gewerbeordnung) die liberale Ausrichtung genommen wurde, institutionell, indem Wahlrechtsänderungen für neue Mehrheiten sorgten, und personell, indem Liberale aus den Entscheidungsinstanzen und der Verwaltung verschwanden. Diese deutschliberale Ohnmacht gegenüber dem Wandel ab 1879 wird in den Ministerratsprotokollen deutlich, und auf diese gilt es hier besonders hinzuweisen.*

843 *MR. v. 9. 11. 1880/IV,* Ava., HM., Präs., Karton 837, Fasz. Ministerratsprotokolle.

844 *MR. I v. 2. 7. 1881/I, MR. v. 3. 7. 1881/I, MR. v. 4. 7. 1881/I, MR. v. 5. 7. 1881/I und MR. v. 8. 7. 1881/I,* Ava. Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR).

Die erhaltenen Originalprotokolle beginnen mit Tagesordnungspunkt IX der Sitzung vom 14. April 1882 und bilden danach einen geschlossen erhaltenen Bestand bis zum Ende dieses Bandes (Sitzung vom 28. Dezember 1882). Auch wenn bei einigen Protokollen die Brandstellen größer sind, in keinem Fall sind sie so gravierend, den Gedankenfluss und das Verständnis des besprochenen Inhalts insgesamt zu stören.

Brandstellen wurden da, wo sich die fehlenden Stellen inhaltlich oder aufgrund von regelmäßigen Floskeln ergaben, in [eckigen Klammern], dort, wo sie sich aufgrund von Quellen rekonstruieren ließen, unter Angabe der Quelle, aber ohne eckige Klammern ergänzt.

Somit fehlen für viele wichtige im Ministerrat besprochene Themen alle Tagesordnungspunkte, etwa den Verwaltungsaufbau Bosnien-Herzegowinas oder dessen Integration in das gemeinsame Verwaltungsgebiet betreffend. Bei anderen Themen sind nur die Beratungen in den letzten Sitzungen vorhanden, etwa bezüglich der Änderung des Wehrgesetzes 1882 oder der Wahlreform 1882. Schließlich umfasst eine dritte Gruppe Themen, wo wir den Beginn der Auseinandersetzung in den erhaltenen Tagesordnungspunkten erfahren, die aber erst später zu einem Abschluss kamen, besonders die Unfallversicherung und die Regelung der Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit. Diese Einleitung verfolgt die Regierungstätigkeit zum einen anhand der erhaltenen Protokolle und zeichnet zum anderen, wo die Protokolle nicht erhalten geblieben sind, diese anhand der Verzeichnisse der Tagesordnungspunkte zumindest kursorisch, gestützt auf andere gedruckte Quellen wie die Parlamentsprotokolle nach.

Die Protokolle April 1882 bis Ende des Jahres zeigen eine Regierung, die sich mit Sachthemen beschäftigte und nicht mit sich selbst. Dies wurde besonders dadurch ermöglicht, dass die einzelnen Minister ihren Platz hatten, kannten und diesen nicht infrage stellten: Jeder spielte die ihm zugewiesene Rolle, von den einflussreichen Ministern wie Pražák oder Dunajewski bis zu den fast ohnmächtigen wie Pino und besonders Conrad. Diese verließen dann auch als erste die Regierung, Conrad am 5. November 1885 und wenige Monate nach ihm, am 16. März 1886, Pino.

ARCHIVQUELLEN

(Hier verwendete Abkürzungen der Archive und ihrer Bestandteile werden in Klammern angeführt; werden hier keine Abkürzungen verwendet, wird dies durch (–) kenntlich gemacht.)

Österreichisches Staatsarchiv

- Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA.)
  - Inneres
    - Hofkanzlei (–)
    - Ministerratspräsidium (–)
    - Ministerratsprotokolle (–)
    - Ministerium des Innern (IM.)
  - Justiz
    - Justizministerium (JM.)
  - Unterricht und Kultus
    - Ministerium für Kultus und Unterricht (CUM.)
  - Landwirtschaft
    - Ackerbauministerium (AckM.)
  - Handel
    - Handelsministerium (HM.)
  - Verkehrsarchiv (VA.)
    - Handelsministerium Verkehr, Signatur III E (HM. III E)
- Finanz- und Hofkammerarchiv (FA.)
  - k. k. (cisleithanisches) Finanzministerium (FM.)
- Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHSTA.),
  - Diplomatie und Außenpolitik
    - Politisches Archiv (PA.)
    - Administrative Registratur (admin. Reg.)
    - Sonderbestände, Nachlässe, Familien- und Herrschaftsarchive (SR.)
  - Kabinettsarchiv
    - Kabinettskanzlei (Kab. Kanzlei)
    - Korrespondenz-Akten (Korr. A)
    - Kurrent-Billeten-Protokoll (CBProt.)
    - Ungarische Ministerkonferenzprotokolle (deutsche Übersetzung) (–)
- Kriegsarchiv (KA.)
  - Allerhöchster Oberbefehl
    - Militärkanzlei Sr. Majestät des Kaisers (MKSM.)
  - Zentralstellen
    - Kriegsministerium (KM.)
    - k. k. Ministerium für Landesverteidigung (MfLV.)

Národní archiv [Nationalarchiv], Tschechische Republik (–)

České Místodržitelství Praha, prezídium [Böhmische Statthalterei Prag, Präsidium] (PM)
České Místodržitelství Praha, prezídium, tajné [Böhmische Statthalterei Prag, Präsidium, geheim] (PMT)
Policejní ředitelství Prahe I, prezídium [Polizeidirektion Prag I, Präsidium] (PP)
Vrchní státní zastupitelství [Oberstaatsanwaltschaft] (VSZ)

Arhiv Bosne i Hercegovine (–)

Gemeinsames Finanzministerium (GFM.)

Büro Bosnien-Herzegowina (–)

Niederösterreichisches Landesarchiv (Nöla.)

Statthalterei Wien, Präsidium (–)

Wiener Stadt- und Landesarchiv (Wstla.)

Sig. 1.5.2, Präsidium, Präsidialbüro (–)
Sig. 1.6.1, Gemeinderat (–)

Archiv des Verwaltungsgerichtshofes (Archiv Vwgh.)

Fondazione Museo Storico Del Trentino, Archivio (–)

Carte Malfèr (–)

Archiv Školského Spolku Komenský ve Vídni [Archiv des Komenský-Schulvereins in Wien] (–)

BIBLIOGRAFIE

1. Handbücher und lexikalische Hilfsmittel

Adlgasser Franz, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918: konstituierender Reichstag 1848–1849. Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon, 2 Bde. (= Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 33; Wien 2014); überarbeitete Version: https://www.parlament.gv.at/recherchieren/personen/parlamentarierinnen-ab-1848/parlamentarier-1848-1918.

Australian Dictionary of Biography, 20 Bde. (Melbourne 1966–2012).

Bazin Germain, Histoire de l'histoire de l'art. De Vasari à nos jours (1987). https://deu.archinform.net/arch/23206.htm.

Biographie nationale de Belgique: vie des hommes et des femmes illustres de la Belgique, depuis les temps les plus reculés jusqu' à nos jours, hg. André van Hasselt, 16 Bde. (Bruxelles 1966–1986).

Brockhaus' Konversations-Lexikon, 16 Bde. (Leipzig – Berlin – Wien [14]1894–1896).

Czeike Felix (Hg.), Das große Groner Wien-Lexikon, 5 Bde. (Wien – München – Zürich 1992–1997).

Hof- und Staats-Handbuch der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1882/1883/1885 (Wien [1882/1883/1885]).

Le dictionnaire des peintres belges du XIVe siècle à nos jours: Depuis les premiers maîtres des anciens Pays-Bas méridionaux et de la Principauté de Liège jusqu'aux artistes contemporains, 3 Bde. (Bruxelles 1995).

Meyers Grosses Konversations-Lexikon, 20 Bde. (Leipzig [6]1902–1908).

Mischler Ernst – Ulbrich Joseph (Hg.), Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, 4 Bde. (Wien [2]1905–1909).

Neue deutsche Biographie, bisher 27 Bde. (Berlin 1953–1999).

Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, 16 Bde. (Wien 1957–2022).

Öbl. siehe Österreichisches Biographisches Lexikon.

Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–2010 (2. überarbeitete Auflage – online) https://www.biographien.ac.at/oebl?frames=yes.

Röll Victor (Hg.), Enzyklopädie des Eisenbahnwesens, 10 Bde. (Berlin – Wien [2]1912–1923).

Thieme Ulrich, Becker Felix (Hg.), Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler. Von der Antike bis zur Gegenwart, 37 Bde. (Leipzig 1907–1950).

Wurzbach Constant v., Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. Enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche 1750 bis 1850 im Kaiserstaate und in seinen Kronländern gelebt haben, 60 Bde. (Wien 1856–1891).

2. Gesetzes- und Aktensammlungen

Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Österreich (Wien 1849–1852); Fortsetzung: Reichsgesetzblatt für das Kaiserthum Österreich (Wien 1853–1869); Fortsetzung: Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder (Wien 1870–1918).

Berichte über die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Bericht über die Verhandlungen des krainischen Landtages zu Laibach [zit. als Prot. Landtag Krain].

Bernatzik Edmund, Die Österreichischen Verfassungsgesetze (Leipzig ²1911).

Brzopisna izvješća [...] zasjedanja zemaljskoga Sabora Dalmatinskoga [zit. als Prot. Landtag Dalmatien].

Cmr. siehe Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918.

Dekodiranje Arhiva. Strategije čitanja arhivske građe na primjeru Komisije za poslove Bosne i Hercegovine (1878.–1879.) [Archiventschlüsselung. Lesestrategien für Archivbestände am Beispiel der Kommission für die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegovina (1878–1879)] herausgegeben von Amila Kasumović und Sandra Biletić (Sarajevo 2024).

Deutsche Eisenbahn-Statistik XXVI (1875).

Die Ergebnisse der Volkszählung und der mit derselben verbundenen Zählung der häuslichen Nutzthiere vom 31. Dezember 1880, Heft 1: Die Bevölkerung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nach Aufenthalt und Zuständigkeit (= Oesterreichische Statitik 1, Wien 1882).

Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918 [zit. als Cmr.], I: 1867, 19. Februar 1867–15. Dezember 1867, herausgegeben von Stefan Malfèr, mit einer Einführung zur Edition von Thomas Kletečka, Stefan Malfèr und Anatol Schmied-Kowarzik (Wien 2018); II: 1. Jänner 1868–21. November 1871, herausgegeben von Thomas Kletečka und Richard Lein (Wien 2022); III/1: 25. November 1871–23. April 1872, herausgegeben von Klaus Koch (Wien 2022); VIII/1: 23. Juli 1914–22. November 1916, herausgegeben von Wladimir Fischer-Nebmaier, eingeleitet von Wladimir Fischer-Nebmaier und Anatol Schmied-Kowarzik (Wien 2023).

Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918 [zit. als Gmr.] I/1: 1867–1870, bearbeitet von Éva Somogyi (Budapest 1999); I/2: 1870–1871, bearbeitet von Éva Somogyi (Budapest 2011); IV: 1883–1895, bearbeitet von István Diószegi (Budapest 1993); V: 1896–1907, bearbeitet von Éva Somogyi unter Mitarbeit von Inge Sieghart (Budapest 1991); VI: 1908–1914, bearbeitet von Anatol Schmied-Kowarzik, mit einem Vorwort von Éva Somogy; [VII: 1914–1918 siehe Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918). Eingeleitet und zusammengestellt von Miklós Komjáthy (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II, Quellenpublikationen 10, Budapest 1966)].

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867 [zit. als Ömr.], Einleitungsband: Ministerrat und Ministerratsprotokolle 1848–1867. Behördengeschichtliche und aktenkundliche Analyse von Helmut Rumpler (Wien 1970); I: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848, 20. März 1848–21. November 1848, bearbei-

tet und eingeleitet von Thomas Kletečka (Wien 1996); II/1: Das Ministerium Schwarzenberg, 5. Dezember 1848–7. Jänner 1850, bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka (Wien 2002); II/2: Das Ministerium Schwarzenberg, 8. Jänner 1850–30. April 1850, bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka und Anatol Schmied-Kowarzik unter Mitarbeit von Andreas Gottsmann (Wien 2005); II/3: Das Ministerium Schwarzenberg, 1. Mai 1850–30. September 1850, bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka und Anatol Schmied-Kowarzik unter Mitarbeit von Andreas Gottsmann (Wien 2006); II/4: Das Ministerium Schwarzenberg, 4. Juni 1851–5. April 1852, bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka und Anatol Schmied-Kowarzik (Wien 2013); II/5: Das Ministerium Schwarzenberg, 14. Oktober 1850–30. Mai 1851, bearbeitet und eingeleitet von Thomas Kletečka unter Mitarbeit von Anatol Schmied-Kowarzik; III/1: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 14. April 1852–13. März 1853, bearbeitet von Waltraud Heindl, mit einer Einleitung von Friedrich Engel-Janosi (Wien 1975); III/2: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 15. März 1853–9. Oktober 1853, bearbeitet von Waltraud Heindl, mit einem Vorwort von Gerald Stourzh (Wien 1979); III/3: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 11. Oktober 1853–19. Dezember 1854, bearbeitet von Waltraud Heindl, mit einem Vorwort von Gerald Stourzh (Wien 1984); III/4: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 23. Dezember 1854–12. April 1856, bearbeitet von Waltraud Heindl, mit einem Vorwort von Helmut Rumpler (Wien 1987); III/5: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 26. April 1856–5. Februar 1857, bearbeitet und eingeleitet von Waltraud Heindl (Wien 1993); III/6: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 3. März 1857–29. April 1858, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 2014); III/7: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 4. Mai 1858–12. Mai 1859, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 2015); IV/1: Das Ministerium Rechberg, 19. Mai 1859–2./3. März 1860, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 2003); IV/2: Das Ministerium Rechberg, 6. März 1860–16. Oktober 1860, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 2007); IV/3: Das Ministerium Rechberg, 21. Oktober 1860–2. Februar 1861, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 2009); V/1: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 7. Februar 1861–30. April 1861, bearbeitet von Horst Brettner-Messler, mit einer Einleitung von Friedrich Engel-Janosi (Wien 1977); V/2: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 1. Mai 1861–2. November 1861, bearbeitet von Stefan Malfèr, mit einem Vorwort von Gerald Stourzh (Wien 1981); V/3: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 5. November 1861–6. Mai 1862, bearbeitet von Stefan Malfèr, mit einem Vorwort von Helmut Rumpler (Wien 1985); V/4: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 8. Mai 1862–31. Oktober 1862, bearbeitet von Horst Brettner-Messler und Klaus Koch, mit einem Vorwort von Helmut Rumpler (Wien 1986); V/5: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 3. November 1862–30. April 1863, bearbeitet von Stefan Malfèr, mit einem Vorwort von Helmut Rumpler (Wien 1989); V/6: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 4. Mai 1863–12. Oktober 1863, bearbeitet von Thomas Kletečka und Klaus Koch, mit einem Vorwort von Helmut Rumpler (Wien 1989); V/7: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 15. Oktober 1863–23. Mai 1864, bearbeitet von Thomas Kletečka und Klaus Koch, mit einem Vorwort von Helmut Rumpler (Wien 1992); V/8: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 25. Mai 1864–26. November 1864, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 1994); V/9: Die Ministerien Erzherzog Rainer

und Mensdorff, 9. Dezember 1864–11. Juli 1865, bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfèr (Wien 1997); VI/1: Das Ministerium Belcredi, 29. Juli 1865–26. März 1866, bearbeitet von Horst Brettner-Messler, mit einer Einleitung von Friedrich Engel-Janosi (Wien 1971); VI/2: Das Ministerium Belcredi, 8. April 1866–6. Februar 1867, bearbeitet von Horst Brettner-Messler, mit einer Einleitung von Friedrich Engel-Janosi (Wien 1973).

Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, Jg. VI (1882).

Gmr. siehe Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918.

Ga. siehe Landesgesetze.

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich ob der Enns [zit. als Lgbl. Oberösterreich].

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Böhmen (1864–1866); Fortgesetzt: Landes-Gesetz-Blatt für das Königreich Böhmen (1867–1918) [zit. als Lgbl. Böhmen].

Gesetz- und Verordnungsblatt für die gefürstete Grafschaft Tirol und das Land Vorarlberg [zit. als Lgbl. Tirol und Vorarlberg].

Gesetze und Verordnungen der Landesbehörden für das österreichisch-illirische Küstenland (bestehend aus der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradica, der Markgrafschaft Istrien und der reichsunmittelbaren Stadt Triest mit ihrem Gebiet) [zit. als Lgbl. Küstenland].

Gesetze und Verordnungen im Justiz-Fache. Für die Deutschen Staaten des Oesterreichischen Monarchie für die Jahre 1780–1848 [zit. als Jgv.], 14 Bde. (Prag/Wien 1780–1848]).

Heller Emil, Kommentar zur Gewerbeordnung und zu ihren Nebengesetzen, Bd. 2 (Wien 1912).

Jgv. siehe Gesetze und Verordnungen im Justiz-Fache.

Landesgesetz- und Regierungsblatt für das Kronland Oesterreich unter der Enns (1849–1851); Fortgesetzt: Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns (1863–1918) [zit. als Lgbl. Niederösterreich].

Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für Dalmatien [zit. als Lgbl. Dalmatien].

Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für das Herzogthum Kärnten [zit. als Lgbl. Kärnten].

Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für das Herzogthum Salzburg [zit. als Lgbl. Salzburg].

Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Herzogthum Steiermark [zit. als Lgbl. Steiermark].

Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau [zit. als Lgbl. Galizien].

Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für die Markgrafschaft Mähren [zit. als Lgbl. Mähren].

Landesgesetzblatt für das Herzogthum Krain [zit. als Lgbl. Krain].

Landesgesetze [Ungarns] für das Jahr 1879/1880 [zit. als Ga.] (Budapest 1879/1880).

Landtags-Blatt über die Sitzungen des mit Allerhöchstem Patente vom [...] einberufenen mährischen Landtages [zit. als Prot. Landtag Mähren].

Lgbl. siehe Gesetz- und Verordnungsblatt (Böhmen/Oberösterreich/Tirol und Vorarlberg; Gesetze und Verordnungen (Österreichisch-Illirisches Königreich); Landes-Gesetz und Regierungsblatt (Niederösterreich); Landes- Gesetz- und Verordnungsblatt (Dalmatien/Galizien/Kärnten/Mähren/Salzburg); Landesgesetz- und Verordnungsblatt (Steiermark); Landesgesetzblatt (Krain); Sammlung der Gesetze und Verordnungen (Bosnien-Herzegowina).

Normalien der k. k. Landes-Gendarmerie, Jg. 1861.

Ömr. siehe Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867.

Pertrattazioni [...] della Dieta provinciale della Principesca Contea di Gorizia e Gradisca redatte sulle annotazioni stenografiche [zit. als Prot. Landtag Görz und Gradisca].

Pgv. siehe Sr. k. k. Majestät Franz des Ersten politische Gesetze und Verordnungen.

Prot. Delegation RR. siehe Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegation des Reichsrates.

Prot. Konstituierende Nationalversammlung 1919/20 siehe Stenographische Protokolle über die Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Prot. Landtag siehe Bericht über die Verhandlungen (Krain); Brzopisna izvješća (Dalmatien); Landtags-Blatt (Mähren); Pertrattazioni (Görz und Gradiska); Resoconti Stenografici (Istrien); Stenograficzne Sprawozdania (Galizien); Stenographische Berichte (Böhmen/Schlesien/Tirol); Stenographische Protokolle (Bukowina/Kärnten/Niederösterreich/Steiermark); Stenographische Sitzungsprotokolle (Vorarlberg); Verbali della Dieta Provinciale (Triest); Verhandlungen (Salzburg).

Prot. Reichsrat AH. siehe Stenographische Protokolle über die Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Prot. Reichsrat HH. siehe Stenographische Protokolle über die Sitzung des Herrenhauses.

Protokoll der im k. k. Ackerbau-Ministerium vom 12. bis incl. 16. December 1881 abgehaltenen commissionellen Berathung in Angelegenheit der Errichtung des Wiener Schlachtviehmarktes (Wien 1882).

Resoconti Stenografici della sedute della Dieta Provinciale dell'Istria [zit. als Prot. Landtag Istrien].

Rgbl. siehe Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt.

Sammlung aller k. k. Verordnungen und Gesetze vom Jahre 1740 bis 1780, die unter der Regierung des Kaiser Joseph des II. theils noch ganz bestehen, theils zum Theile abgeändert sind, als ein Hilfs- und Ergänzungsbuch zu dem Handbuche aller unter der Regierung des Kaisers Joseph II. für die k. k. Erbländer ergangenen Verordnungen und Gesetze in einer chronologischen Ordnung [zit. als Theresianisches Gesetzbuch], 9 Bde. (Wien 1786–1789).

Sammlung der Gesetze und Verordnungen für Bosnien und die Hercegovina [zit. als Lgbl. Bosnien-Herzegowina].

Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. österreichischen Reichsgerichtes, III. Theil [VI. Theil]: Enthaltend die in den Jahren 1876 und 1877 [1881 und 1882] gefällten Judicate (Wien 1878 [1883]).

Sr. k. k. Majestät Franz des Ersten politische Gesetze und Verordnungen für sämmtliche Provinzen des Oesterreichischen Kaiserstaates, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, Bde. 28–63 (1807–1835); Fortsetzung: Sr. k. k. Majestät Ferdinand des Ersten politische Gesetze und Verordnungen für sämmtliche Provinzen des Oesterreichischen Kaiserstaates, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, Bde. 64–76 (1836–1848) [zit. als Pgv.].

Statuten der kais. Kön. privilegierten Österreichischen Länderbank (Wien 1916).

Stenograficzne Sprawozdania [...] Selmu Krajowegu Królestwa Galyciyi i Lodomoryi wraz Wielkiem Księstwem Krakowskiem [zit. als Prot. Landtag Galizien].

Stenographische Berichte des böhmischen Landtages [zit als Prot. Landtag Böhmen].

Stenographische Berichte des Landtages für die gefürstete Grafschaft Tirol [zit als Prot. Landtag Tirol].

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des schlesischen Landtages [zit. als Prot. Landtag Schlesien].

Stenographische Protokolle des Bukowinaer Landtages [zit. als Prot. Landtag Bukowina].

Stenographische Protokolle [...] des kärntnerischen Landtages zu Klagenfurt [zit. als Prot. Landtag Kärnten].

Stenographische Protokolle des niederösterreichischen Landtages [zit. als Prot. Landtag Niederösterreich].

Stenographische Protokolle über die Sitzungen der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich 1919 und 1920 [zit. als Prot. Konstituierende Nationalversammlung 1919/20].

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates [zit. als Prot. Reichrat AH.].

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Herrenhauses des österreichischen Reichsrates [zit. als Prot. Reichrat HH.].

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des steierm. Landtages [zit. als Prot. Landtag Steiermark].

Stenographische Sitzungsberichte der [...] Landtags-Session in Vorarlberg zu Bregenz [zit als Prot. Landtag Vorarlberg].

Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegation des Reichsrates [zit. als Prot. Delegation RR.].

Theresianisches Gesetzbuch siehe Sammlung aller k. k. Verordnungen und Gesetze vom Jahre 1740 bis 1780.

Verbali della Dieta Provinciale di Trieste [zit. als Prot. Landtag Triest].

Verhandlungen des österreichischen Reichstages nach der stenographischen Aufnahme, 5 Bde. (Wien [1848]).

Verhandlungen des Salzburger Landtages [zit. als Prot. Landtag Salzburg].
Verordnungsblatt für das k. k. Heer, Normal-Verordnungen, Jg. 1882.
Verordnungs-Blatt für den Dienstbereich des k. k. österreichischen Finanzministeriums, Jg. 1882.
Verordnungsblatt für die Verwaltungszweige des österreichischen Handelsministeriums, Jg. 1855.
Wiener Communal-Kalender und Städtisches Jahrbuch XXII (1884).

3. Memoiren und Tagebücher

Pražák Alois, Paměti a listář Dra. Aloise Pražáka 1: Několik poznámek úvodních, životopisný nástin Dra A. Pražáka (1820–1901), paměti Dra Al. Pražáka (1848–1900), historické doklady (1868–1892) [Erinnerungen und Korrespondenz von Dr. Alois Pražák 1: Einige einleitende Anmerkungen, ein biografischer Abriss von Dr. A. Pražák (1820–1901), Memoiren von Dr. Al. Pražák (1848–1900), historische Dokumente (1868–1892)], hg. Kameníček František (Prahe 1926).
Ziemałkowski Florian, Pamiętniki Floryana Ziemałkowskiego [Erinnerungen von Florian Ziemałkowski], 4 Bde., hg. Ziemałkowska Helena Dylewski (Kraków 1904).

4. Zeitgenössische Publizistik

Astfalck Cæsar, Der Tiroler Getreidezoll als Hemmschuh der Approvisionirung, des Handels, der Gewerbe und der Landwirthschaft; als Förderer der Verarmung des Landes. Ein Versuch die Getreidezollfrage klar zu stellen, nebst Vorschlägen, sie in gedeihlicher Weise zu lösen (Innsbruck 1872).
Benndorf Otto, Niemann Georg, Reisen in Lykien und Karien (Wien 1884).
Der Aufstand in der Hercegovina, Süd-Bosnien und Süd-Dalmatien 1881–1882: Nach authentischen Quellen dargestellt in der Abtheilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegs-Archivs (Wien 1883).
Die deutsche Karl-Ferdinands-Universität in Prag unter der Regierung Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I. (Prag 1899).
Die Kammer Teschen. Domäne Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Friedrich, Herzog von Teschen (Teschen 1898).
Die k. k. Bosna-Bahn in ihrer Entwicklung 1879–1889 (Sarajevo 1889).
Die Occupation Bosniens und der Hercegovina durch k. k. Truppen im Jahre 1878. Nach authentischen Quellen (Wien 1879).
Eichler Eduard, Das Justizwesen Bosniens und der Hercegovina (Wien 1889).
Gay du Borgeal Hilaire, La Garde Européenne en Égypte (Genéve 1884).
Illustrirter Katalog der ersten Internationalen Kunst-Ausstellung im Künstlerhause (Wien 1882).
Reitlechner Karl, Naturwein und Kunstwein. In: Populäre Vorträge aus allen Fächern der Naturwissenschaft XVI (1876), 49–87.
Schatzmayer Emil, Die Kaiserreise durch Dalmatien in den Monaten April und Mai 1875. Geographisch-historisch-statistische Beschreibung der von S. M. Franz Joseph I. besuchten Städte, Ortschaften, Gemeinden und Inseln Dalmatiens aus authentischen Quellen (Zara 1875).

Schneller Hans, Die staatsrechtliche Stellung von Bosnien und der Herzegowina (Leipzig 1892).
Schumacher-Zarchlin Hermann, Zur Geschichte des Normalarbeitstages, eingeleitet von Dr. Rudolph Meyer. In: Zeitschrift für Social- und Wirtschaftsgeschichte 6 (1898), 1–35.
Sonklar Edler v. Innstaedten Karl, Von den Überschwemmungen. Enthaltend: Allgemeine Beschreibung, Chronik der Überschwemmungen und Mittel der Abwehr (Wien – Pest – Leipzig 1883).
Thünen Johann Heinrich v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirthschaft und Nationalökonomie, Bd. 2: Der naturgemäße Arbeitslohn und dessen Verhältniß zum Zinsfuß und zur Landrente (Rostock 1850).

5. Zeitungen und Zeitschriften

Die Presse.
Gads danske magasin 7 (1912).
Kikeriki.
Lemberger Zeitung.
Montags-Revue aus Böhmen.
Neue Freie Presse.
Neues Wiener Tagblatt.
Pester Lloyd.
Prager Tagblatt.
Wiener Allgemeine Zeitung.
Wiener Landwirtschaftliche Zeitung.
Wiener Zeitung.

6. Sekundärliteratur

Adelsgruber Paulus, Cohen Laurie, Kuzmany Börriers, Getrennt und doch verbunden. Grenzstädte zwischen Österreich und Russland 1772–1918 (Wien – Köln – Weimar 2011).
Alexander Alfred, The Hanging of Wilhelm Oberdank (London 1977).
Arce Javier, Olmos Romera Ricardo (Hg.), Historiografía de la arqueología y de la historia antigua en España (siglos XVIII–XX): congreso internacional, Madrid, 13–16 diciembre 1988 (Madrid 1991).
Aulinger Barbara, Vom Gulden zum Euro. Geschichte der österreichischen Banknoten (Wien – Köln – Weimar 2000).
Bachinger Karl, Das Verkehrswesen. In: Wandruszka Adam, Urbanitsch Peter, Brusatti Alois (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1914 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973), 278–322.
Bahse, Moritz Ferdinand: https://natlib.govt.nz/records/36144659
Binder Harald, Galizien in Wien. Parteien, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie XXIX, Wien 2005).

Bobrzynski Michal, Julian Dunajewski. Charakterystyka historyczna [Julian Dunajewski. Historische Charakteristik] (Kraków 1908).
Brusanowski Paul, Rumänisch-orthodoxe Kirchenordnungen (1786–2008). Siebenbürgen – Bukowina – Rumänien (Köln – Weimar – Wien 2011).
Cohen Gery B., The Politics of Ethnic Survival. Germans in Prague, 1861–1914 (= Central European Studies, West Lafayette, Indiana 2006).
Czedik Alois Freiherr v., Zur Geschichte der Ministerien 1861–1916, Bd. 1 (Teschen – Wien – Leipzig 1917).
de Beaulieu Caroline (Pseudonym), Ferdinand Gaillard, maître graveur (1834–1887) (Paris 1888).
Dolinar Stefan, Die Elektrische Bahn Mödling–Vorderbrühl (Wien 1884).
Ebert Kurt, Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich. Die Taaffesche Sozialgesetzgebung für die Arbeiter im Rahmen der Gewerbeordnungsreform (1879–1885) (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 15, Wien 1975).
Gatterer Claus, Erbfeindschaft. Italien – Österreich (= Europäische Perspektiven, Wien – München – Zürich 1972).
Gonda Josef, Geschichte der Eisenbahnen in Ungarn. In: Geschichte der Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie, Bd. III (Wien – Teschen – Leipzig 1898), 353–562.
Gottsmann Andreas, Rom und die nationalen Katholizismen in der Donaumonarchie. Römischer Universalismus, habsburgische Reichspolitik und nationale Identitäten 1878–1914 (Wien 2010).
Gröger Roman Hans, Die amerikanische Eisenbahn in Wien. Die Geschichte der Wiener Tramway-Gesellschaft bis 1873 (Wien 2022).
Gröger Roman Hans, Straßenbahn, Stellwagen, U-Bahn. Die Kommunalisierung des Verkehrs unter Karl Lueger (Wien 2021).
Gröger Roman Hans, Die unvollendeten Stadtbahnen. Wiener Schnellverkehrsprojekte aus den Akten des Österreichischen Staatsarchivs (Innsbruck – Wien – Bozen 2010).
Gröger Roman Hans, Viele Planungen für eine Lösung. In: Camilleri Carla, Gröger Roman Hans, Jernej Bettina, Rosenbichler Sandra, Winkler Thomas (Hg.), Schienenwege in die Moderne. Die Wiener Stadtbahn und Otto Wagners Architektur (Wien 2019), 11–25.
Gröger Roman Hans, Die Wiener Gürtelbahn. Das Projekt von Joseph Fogerty (Wien 2023).
Hamburger Alfred, Der gewerbliche Rechtsschutz in Österreich (Patent, Marken- und Musterschutz) (Wien ²1912).
Hanisch Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (= Österreichische Geschichte, Wien 1994).
Hanisch Ernst, Urbanitsch Peter, Die Prägung der politischen Öffentlichkeit durch die politischen Strömungen. In: Rumpler Helmut, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1918 VIII/1: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Wien 2006), 15–111.
Hauer Friedrich, Die Verzehrungssteuer 1829–1913 als Grundlage einer umwelthistorischen Untersuchung des Metabolismus der Stadt Wien (= Social Ecology Working Paper 129, Wien 2010).

Hauer Friedrich, Gierlinger Sylvia, Nagerle Clara, Albrecht Jonas, Uschmann Till, Martsch Maximilian, Die Wiener Verzehrungssteuer. Auswertung nach einzelnen Steuerposten (1830–1913) (= Social Ecology Working Paper 134, Wien 2012).

Haviar Thomas, Die theologische Fakultät an der deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag 1848 bis 1918 (phil. Dipl.-Arb., Wien 2000).

Herrlein Jürgen, Die „Kuchelbader Schlacht" des Jahres 1881 aus der Sicht der akademischen Untersuchungsbehörde der Universität Prag. In: Knops Kai-Oliver, Bamberger Heinz Georg, Hölzle Gerrit (Hg.), Zivilrecht im Wandel. Festschrift für Peter Derleder zum 75. Geburtstag (Berlin – Heidelberg 2015) 189–210.

Himka John-Paul, Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century (Edmonton 1988).

Hlavac Franz, Die Armeeorganisation der Jahre 1881–1883 in der Donaumonarchie. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 27 (1974), 238–275.

Höbelt Lothar, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (München 1993).

Höbelt Lothar, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat. In: Rumpler Helmut, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus (Wien 2000) 895–1006.

Hofstätter Ernst, Beiträge zur Geschichte der österreichischen Landesaufnahmen. Ein Überblick der topographischen Aufnahmeverfahren, deren Ursprünge, ihrer Entwicklungen und Organisationsformen der vier österreichischen Landesaufnahmen, 2 Bde. (Wien 1989).

Hölzl Andrea Barbara, Die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn 1867–1918, Bd. 1 (phil. Diss., Graz 1989).

Hsia Ke-Chin, Victims' State. War and Welfare in Austria, 1868–1925 (Oxford – New York 2022).

Jenks William A., Austria under the Iron Ring 1879–1893 (Charlottesville 1965).

Judson Pieter M., Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian Empire, 1848–1914 (= Social history, popular culture, and politics in Germany, Ann Arbor, Michigan 1996).

Judson Pieter M., German Liberalism in Nineteenth-Century Austria: Clubs, Parties and the Rise of Bourgeois Politics (PhD, New York 1987).

Judson Pieter M., Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria (Cambridge, Massachusetts – London 2006).

Judson Pieter M., The Habsburg Empire. A New History (Cambridge, Massachusetts – London 2016).

Jungwirth Mathias, Haidvogel Gertud, Hohensinner Severin, Waidbacher Herwig, Zauner Gerald, Österreichs Donau. Landschaft – Fisch – Geschichte (Wien 2014).

Kalwoda Johannes, Parteien, Politik und Staatsgewalt in Dalmatien (1900–1918). Zur Wechselwirkung zwischen staatlicher Verwaltung und parlamentarischer Vertretung (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 38, Wien, im Druck).

Koestler Hugo, Die Wiener Stadtbahn. In: Geschichte der Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie, Bd. I/II (Wien – Teschen – Leipzig 1898), 427–466.

Koller Markus, Clewing Konrad, Bosnien und die Herzegowina im Spannungsfeld von „Europa“ und „Außereuropa“. Der Aufstand in der Herzegowina, Südbosnien und Süddalmatien (1881–1882). In: Maner Hans-Christian (Hg.), Grenzregionen der Habsburgermonarchie im 18. und 19. Jahrhundert (Münster 2005) 197–216.

Kolmer Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich von 1848–1904, Bd. 3: 1879–1885 (Graz 1972, fotomechanischer Nachdruck der Ausgabe Wien – Leipzig 1905).

Konta Ignaz, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs. Vom Jahre 1867 bis zur Gegenwart. In: Geschichte der Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie I/II (Wien – Teschen – Leipzig 1898), 1–426.

Korczok Anton, Die griechisch-katholische Kirche in Galizien (= Quellen und Studien. Fünfte Abteilung: Religionswissenschaften 1, Berlin 1921).

Kupka Peter Friedrich, Das Localbahnwesen. In: Geschichte der Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie I/II (Wien – Teschen – Leipzig 1898), 467–520.

Kwan Jonathan, Liberalism and the Habsburg Monarchy 1862–1895 (Basingstoke 2013).

Löwenbach Jan, Die Sprachenfrage bei den Gerichten in Böhmen und ihre gesetzliche Grundlage. In: Čechische Revue 2 (1908), 321–332, 423–441.

Malfèr Stefan, Vertragsfreiheit oder Wucherschutz (im Druck).

Marušič Branko, Die Vereinstätigkeit im österreichischen Küstenland (Triest, Görz-Gradisca, Istrien). In: Rumpler Helmut, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1918 VIII/1: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Wien 2006), 541–585.

März Eduard, Socher Karl, Währung und Banken in Cisleithanien. In: Wandruszka Adam, Urbanitsch Peter, Brusatti Alois (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1914 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973), 323–368.

Matis Herbert, Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik. In: Wandruszka Adam, Urbanitsch Peter, Brusatti Alois (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973) 29–67.

Matis Herbert, Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I (Berlin 1972).

Melville Ralph, Adel und Revolution in Böhmen. Strukturwandel von Herrschaft und Gesellschaft in Österreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 95, Abteilung Universalgeschichte, Mainz 1998).

Mikoletzky Juliane, Der Brand des Wiener Ringtheaters 1881 und die Folgen. In: Ferrum. Nachrichten aus der Eisenbibliothek, Stiftung der Georg Fischer, Schaffhausen AG 69 (1997), 59–68.

Moll Martin, Militärgerichtsbarkeit in Österreich (ca. 1850–1945). In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs (2016), 324–344.

Olechowski Thomas, Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918. Ein Beitrag zur österreichischen Mediengeschichte (Wien 2004).

Pammer Michael, Inequality in Imperial Austria, 1911. In: Working Papers in Economic and Social History Department of Social and Economic History Johannes Kepler University Linz 4 (2018) 3–20.

Pelesz Julian, Geschichte der Union der Ruthenischen Kirche mit Rom von der ältesten Zeit bis auf die Gegenwart, Bd. 2: Von der Wiederherstellung der Union der ruthenischen Kirche mit Rom von 1595 bis auf die Gegenwart (Würzburg – Wien 1881).

Pigerle Mathias, Die garantierten Eisenbahnen Österreichs. Ihre Entwicklung und der Staatsaufwand für dieselben in Folge der Ertrags-Garantie. In: Statistische Monatsschrift VI (1880), 289–312.

Pignataro Roberto, „Il primo volontario". Il mito di Guglielmo Oberdan e la Grande guerra. In: Qualestoria. Rivista di storia contemporanea, Jahrgang XLII (2014), 131–154.

Pokorný Jiří, Vereine und Parteien in Böhmen. In: Rumpler Helmut – Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1914 VIII/1: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Wien 2006), 609–703.

Pressburger Siegfried, Das österreichische Noteninstitut 1816–1966, Bd. 2/1 (Wien 1969).

Rahten Andrej, Kulturidentität als nationalpolitischer Integrationsfaktor bei den Slowenen. In: Gottsmann Andreas, Rumpler Helmut, Wedrac Stefan (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 X/1: Das kulturelle Leben. Akteure – Tendenzen – Ausprägungen (Wien 2021) 985–1036.

Ransmayr Anna, Untertanen des Sultans oder des Kaisers. Struktur und Organisationsformen der beiden Wiener griechischen Gemeinden von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis 1918 (Göttingen 2018).

Rockel Irina, Wilhelm Gentz (= Preußische Köpfe 31, Göttingen 1997).

Rumpler Helmut, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (= Österreichische Geschichte 8, Wien 1997).

Rumpler Helmut, Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914. In: Rumpler Helmut – Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentarismus (Wien 2000), 667–894.

Saigne Guy, Léon Bonnat – le portraitiste de la IIIe République. Catalogue raisonné des portraits (Paris 2017).

Sandgruber Roman, Traumzeit für Millionäre: die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910 (Wien 2013).

Schmid Ferdinand, Bosnien und die Hercegovina unter der Verwaltung Österreich-Ungarns (Leipzig 1914).

Schmied Erich, Die altösterreichische Gesetzgebung zur Prager Universität. Ein Beitrag zur Geschichte der Prager Universität bis 1918. In: Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern. Vorträge des Collegium Carolinum in Bad Wiesse vom 26. bis 28. November 1982 (= Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum XII, München 1984), 11–23.

Schmied-Kowarzik Anatol, Das teure Licht. Die Diskussion um Steuer und Zollsätze von Mineralöl in Cisleithanien 1878 bis 1899. In: Baráth Magdolna, Szekér Nóra, Bacher Dieter (Hg.), Ügynökhistóriák a Lajtán innen és túl: hírszerzéstörténeti tanulmányok (Budapest – Pécs 2020).

Schmied-Kowarzik Anatol, Die Verhandlungen zum zweiten wirtschaftlichen Ausgleich von 1878 zwischen Österreich und Ungarn (phil. Dipl.-Arb., Wien 1996).

Schuermans Brigitte, Jean Robie 1821–1910 (Bruxelles 2007).

Sekera Martin, Das tschechische Pressewesen. In: Rumpler Helmut, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Wien 2006), 1977–2036.

Seliger Maren, Ucakar Karl, Wien. Politische Geschichte 1740–1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik 1: 1740–1895 (= Geschichte der Stadt Wien 1, Wien 1985).

Simon Gerhard, Konstantin Petrovič Pobedonoscev und die Kirchenpolitik des Heiligen Sinod 1880–1905 (= Kirche im Osten 7, Göttingen 1969).

Skedl Arthur (Hg.), Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe (Wien – Berlin – Leipzig – München 1922).

Spangenberger Norbert, Zwischen Orient und Okzident. Die griechisch-katholische Kirche in Galizien und Siebenbürgen im Spannungsfeld nationaler Identität und religiöskultureller Selbstverortung im 19.-20. Jahrhundert. In: Innsbrucker Diskussionspapiere zu Politik, Religion und Kunst 41 (März 2011), 1–17.

Staudacher Anna, Sozialrevolutionäre und Anarchisten. Die andere Arbeiterbewegung vor Hainfeld. Die Radikale Arbeiter-Partei Österreichs (1880–1884) (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 39, Wien 1988).

Steinkellner Friedrich, Georg Lienbacher. Salzburger Abgeordneter zwischen Konservatismus, Liberalismus und Nationalismus 1870–1896 (= Publikationen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte II/14, Wien – Salzburg 1984).

Stourzh Gerald, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918 (Wien 1985).

Sutter Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer, Bd. 1 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 46, Graz – Köln 1960).

Thonemann, Familie: http://thonemann.name/deutsch/site/chronik3a.html

Turczynski Emanuel, Orthodoxe und Unierte. In: Wandruszka Adam, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IV: Die Konfessionen (Wien 1985), 399–488.

Ucakar Karl, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 24, Wien 1985).

Urban Otto, Der böhmische Landtag. In: Rumpler Helmut, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1914 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus (Wien 2000), 1991–2055.

Urban Otto, Die tschechische Gesellschaft 1848–1918, 2 Bde. (= Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 2, Böhlau 1994).

Valeš Vlasta, Der Schulverein Komenský. 150 Jahre Tschechisches Schulwesen in Wien – Školský spolek Komenský. 150 let českého školství Vídni (Wien 2020).

Verlaine Paul, Œuvres Complètes de Paul Verlaine, Bd. 5 (Paris 1949).

Wagner Walter, Die k. (u.) k. Armee. Gliederung und Aufgabenstellung. In: Wandruszka Adam, Urbanitsch Peter (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 V: Die bewaffnete Macht (Wien 1987).

Welan Manfried, Ebner Paulus, Die k. k. Hochschule für Bodencultur 1872–1918. In: Welan Manfried, Ebner Paulus (Hg.), Die Universität für Bodenkultur. Von der Gründung in die Zukunft 1872–1997 (Wien – Köln – Weimar 1997), 21–64.

Wessely Kurt, Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina. In: Wandruszka Adam, Urbanitsch Peter, Brusatti Alois (Hg.), Die Habsburger Monarchie 1848–1914 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973), 528–566.

ABKÜRZUNGEN

A.	Abendpost, Abendausgabe
ABGB.	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abt.	Abteilung
abw.	Abwesend
AckM.	Ackerbauministerium
Admin. Reg.	Administrative Registratur
Ag.	Allergnädigst
AH.	Abgeordnetenhaus
Ah.	Allerhöchst
Ah. E.	Allerhöchste Entschließung
allg.	Allgemein
Anm.	Anmerkung
anw.	anwesend
ao.	außerordentlich
apost.	apostolisch
Art.	Artikel
au.	alleruntertänigst
AVA.	Allgemeines Verwaltungsarchiv
bA.	beglaubigte Abschrift
Bd., Bde.	Band, Bände
BdE.	Bestätigung der Einsicht
BdR.	Bestätigung des Rückempfangs
CBProt.	Kurrentbillettenprotokolle
cisl. MR.	cisleithanischer Ministerrat
CMR.	Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918
CUM.	Ministerium für Kultus und Unterricht
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
d. i.	das ist
Diss.	Dissertation
d. J.	dieses Jahres
d. M.	dieses Monats
Dr.	Doktor
etc.	et cetera
Ew.	Eurer
f.	folgende Seite
FA.	Finanzarchiv
Fasz.	Faszikel
ff.	folgende Seiten
FHKA.	Finanz- und Hofkammerarchiv
fl.	Gulden (florin; dafür auch fr.)
FM.	Finanzministerium
FML.	Feldmarschallleutnant
fol.	Folio

fr.	Gulden (siehe fl.)
FZM.	Feldzeugmeister
GA., Ges. Art.	Gesetzartikel
GdC., GdK.	General der Kavallerie
GM.	Generalmajor
GMR.	Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918
g. P.	geheimes Protokoll
GZ.	Grundzahl
Hg., hg.	Herausgeber, herausgegeben
HH.	Herrenhaus
HHStA.	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
HM.	Handelsministerium
IM.	Innenministerium/Ministerium des Innern
JGV.	Gesetze und Verordnungen im Justizfach
JM.	Justizministerium
JStr.	Jüngerer Staatsrat
K.	Konzept
KA.	Kriegsarchiv
Kab. Kanzlei	Kabinettskanzlei
kgl.	königlich
kgl. ung.	königlich ungarisch
k. k.	kaiserlich-königlich
KM.	Kriegsministerium
k. u. k.	kaiserlich und königlich
KZ.	Kabinettszahl
lf.	landesfürstlich
LGBl.	Landesgesetzblatt
Lit., lit.	Litera
l. J.	laufenden Jahres
l. M.	laufenden Monats
M.	Morgenausgabe, Morgenpost
MK.	Ministerkonferenz
MKSM.	Militärkanzlei Sr. Majestät des Kaisers
MfLV.	Ministerium für Landesverteidigung
MR.	Ministerrat
MRZ.	Ministerratszahl
NÖLA.	Niederösterreichisches Landesarchiv
Nr.	Nummer
o. D.	ohne Datum
o. J.	ohne Jahr
ÖMR.	Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867
o. O.	ohne Ort
o. Z.	ohne Zahl
P.	Protokollführer
PA.	Politisches Archiv
p. a.	per anno
PGV.	Politische Gesetze und Verordnungen
phil.	philosophisch(e)

Präs.	Präsidium (Präsidialakten)
PROT.	Protokolle
RFM.	Reichsfinanzministerium
RG.	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RR.	Reichsrat
RS.	Reinschrift
Se.	Seine
Sr.	Seiner
SR.	Sonderreihe
TOP	Tagesordnungspunkt
u.	und
ung.	ungarisch(er)
ung. MR.	ungarischer Ministerrat
usf.	und so fort
usw.	und so weiter
v.	von, vom
VA.	Verkehrsarchiv
vgl.	vergleiche
VS.	Vorsitz
Z., Zl.	Zahl
z. B.	zum Beispiel
zit.	zitiert

VERZEICHNIS VERALTETER AUSDRÜCKE

(Das Verzeichnis enthält Ausdrücke, deren Bedeutung aus dem Textzusammenhang nicht hervorgeht oder von der heute üblichen abweicht. Sachbegriffe sind im Rahmen des Kommentars erklärt.)

Adjunkt	zugeteilter Beamter, Amtsgehilfe
alterieren	ändern
Annuitäten	Jahreszahlungen
Äquivalent	Vergütung, Entschädigung
Arrogation	Anmaßung
Aversum	Abfindung
Dislokation	Verteilung (von militärischen Einheiten)
disponibel	verfügbar
domizilieren	wohnhaft, ansässig sein
ediktale Zitation	gerichtliche Vorladung einer Person mit unbekanntem Wohnort
Emanation	Ausfluss, hier eine vom Monarchen ausgehende Entscheidung
Exemtion	Befreiung von Personen oder Institutionen von bestimmten Lasten und Pflichten.
Exidierung	Ausscheidung
eximieren	herausnehmen
Expatriierung	Ausbürgerung
Expedition	Forschungsreise, hier auch Ausfertigung eines Schreibens
Expropriation	Enteignung
extra statum	außer der Reihenfolge, außerordentlich
Gerechtsame	Rechte
gerieren, sich gerieren	benehmen, sich aufführen
gradim	schrittweise
Handelsgärntner	Handelsgärtner
in merito	inhaltlich, in der Sache
in suspenso	unentschieden, in Zweifel
Inaugurierung	feierliche Einweihung, Einsetzung
Ingerenz	Einmischung, Einfluss
Inkonvenienz	Unannehmlichkeit, Unbequemlichkeit
insinuieren	einflüstern, anregen
insurgieren	agitieren, aufhetzen
Insurrektion	Aufstand, Aufruhr
Intimidation	Einschüchterung
inveterieren	veralten, hier lange bestehen, eingefleischt sein
Kautelen	rechtliche Sicherheitsvorkehrungen, Schutzklauseln
Kommassation	Grundstückzusammenlegung, Flurbereinigung
Kommisseration	Mitleid
Kompelle	Nötigungsmittel, zwingender Beweggrund
Konventikel	geheime oder nicht genehmigte Versammlung
Konventionalstrafe	vertraglich festgelegter Schadenersatz
Kotierung	Notierung
Marktfieranten	von Markt zu Markt ziehende Händler

mequine	kleinlich, hier detailliert
meritorisch	inhaltlich, in der Sache
Motion	Antrag, Vorschlag
Movierung, auch Motion	Bewegung, hier Einbringung oder Unterstützung einer Forderung in eine beschließende Körperschaft (Parlament, Landesschulrat)
palliativ	ummantelnd, Hilfsmittel seiend
perhorreszieren	verabscheuen, verwerfen
Petarde	Explosivkörper, Bombe
Petit, Pl. Petita	Gesuch, Wunsch
post expeditum	nach Ausfertigung
Präklusionstermin, auch Präklusivtermin	Termin, nach dessen Ablauf Rechtsansprüche auslaufen
Präliminare	Voranschlag
Präliminarvertrag	vorläufiger Vertrag, Vorvertrag
präliminieren	veranschlagen, vorläufig feststellen
prävalieren	überwiegen
Primogenitur	vom Erstgeborenen fortgesetzte Hauptlinie einer Familie
principiis obsta	wehret den Anfängen
Progressivsystem	nach bestimmten Regeln steigernd
Propinationsrecht	Recht zur Erzeugung und zum Ausschank alkoholischer Getränke
Punktation	Vorvertrag, Vertragsentwurf
quieszieren	zeitweilig in den Ruhestand versetzen
Quinquennalzulagen	Gehaltssteigerung alle fünf Jahre
Rekrimination	Gegenbeschuldigung
Remonstration	Einwand, Gegenvorstellung
Repartition	Neuaufteilung
resolvieren	einen Beschluss fassen, beschließen
restitutio in integrum	Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand
Restitution	Rückerstattung
Restriktionen	Einschränkung, Begrenzung
restringieren	einschränken, begrenzen
saisieren	beschlagnahmen
Saisierung	Beschlagnahme
Sekundogenitur	vom Zweitgeborenen einer Familie ausgehende Nebenlinie
Sequester	bestellter Verwalter eines beschlagnahmten Gutes
sequestrieren	beschlagnahmen, zwangsverwalten
Sequestrierung, auch Sequestration	Beschlagnahme, Zwangsverwaltung
Sommation	Aufforderung
statutarisch	gesetzmäßig, satzungsgemäß
stipulieren	versprechen, zusagen, eine Übereinkunft erzielen
sub spe rati	in Erwartung der Genehmigung
Sukkurs	Hilfe, Unterstützung, Beistand
Sukkus	die Essenz, das Wesentliche
systemisieren	Planstelle im Staatsdienst schaffen
Votant	Stimmführer

VERZEICHNIS DER TEILNEHMER AM MINISTERRAT

17. Februar 1879–28. Dezember 1882

In den Protokollen sind die Sprecher oft nicht namentlich, sondern nur in ihrer amtlichen Funktion genannt; zur Identifizierung dieser Teilnehmer am Ministerrat bringt das folgende Verzeichnis eine nach Rang und Behördenstatus gegliederte Übersicht der Teilnehmer jener Sitzungen, deren Protokoll ganz oder teilweise erhalten ist.

Ordentliche Mitglieder des Ministerrates

Ministerpräsident
- Carl Edler v. Stremayr (15. 2. 1879 bis 12. 8. 1879)[1]
- Eduard Graf Taaffe (12. 8. 1879 bis 11. 11. 1893)

Minister des Innern
- Taaffe (15. 2. 1879 bis 11. 11. 1893)[2]

Minister für Kultus und Unterricht
- Stremayr (25. 11. 1871 bis 16. 2. 1880)[3]
- Sigmund Freiherr Conrad v. Eybesfeld (16. 2. 1880 bis 5. 11. 1885)

Justizminister
- Julius Glaser (25. 11. 1871 bis 12. 8. 1879)
- Stremayr (12. 8. 1879 bis 26. 6. 1880)
- Moriz Freiherr v. Streit (26. 6. 1880 bis 14. 1. 1881)
- Alois Freiherr v. Pražák (14. 1. 1881 bis 11. 10. 1888)[4]

Finanzminister
- Sisinio Freiherr de Pretis v. Cagnodo (15. 1. 1872 bis 12. 8. 1879)
- Emil Chertek (12. 8. 1879 bis 16. 2. 1880)[4]
- Adolph Freiherr v. Kriegs-Au (16. 2. 1880 bis 26. 6. 1880)
- Julian Ritter v. Dunajewski (26. 6. 1880 bis 2. 2. 1891)

Handelsminister
- Johann Ritter v. Chlumecký (25. 11. 1871 bis 12. 8. 1879)
- Carl Freiherr v. Korb-Weidenheim (12. 8. 1879 bis 26. 6. 1880)[4]
- Alfred Edler v. Kremer (26. 6. 1880 bis 14. 1. 1881)
- Felix Freiherr Pino-Friedensthal (14. 1. 1881 bis 16. 3. 1886)

Ackerbauminister
- Hieronymus Graf v. Colloredo-Mannsfeld (25. 11. 1871 bis 12. 8. 1879)
- Julius Graf v. Falkenhayn (12. 8. 1879 bis 19. 6. 1895)

---

1 Zum Vorsitzenden im Ministerrat ernannt.
2 Ab 12. 8. 1879 mit der Leitung des Ministeriums betraut.
3 Vom 12. 8. 1879 bis 16. 2. 1880 mit der Leitung des Ministeriums betraut.
4 Mit der Leitung des Ministeriums betraut.

Minister für Landesverteidigung
Julius Freiherr v. Horst (23. 3. 1872 bis 26. 6. 1880)
Zeno Graf Welser v. Welsersheimb (26. 6. 1880 bis 9. 4. 1905)

Minister ohne Portefeuille
Florian Freiherr v. Ziemałkowski (21. 4. 1873 bis 1. 10. 1888)
Pražák (12. 8. 1879 bis 4. 8. 1892)

Gemeinsame Minister, die fallweise den Ministerratssitzungen beigezogen wurden

Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußern
Gustav Graf Kálnoky de Kőrös-Patak

Leiter und Vertreter von Zentral- und Provinzialstellen, die fallweise den Ministerratssitzungen beigezogen wurden

Statthalter von Böhmen
Alfred Freiherr v. Kraus

Statthalter von Tirol und Vorarlberg
Bohuslav Freiherr v. Widmann

Leiter der schlesischen Landesregierung
Oliver Marquis de Bacquehem

Bezirkshauptmann in Spalato
Sigmund Freiherr v. Conrad

Fachreferenten, die fallweise den Ministerratssitzungen beigezogen wurden

Ministerium des Innern
Gustav Freiherr v. Kubin (Sektionschef)
Joseph v. Medvey (Ministerialrat)
Mathias Freiherr v. Rotky (Ministerialrat)
Franz Ritter v. Schrötter (Ministerialrat)

Ministerium für Kultus und Unterricht
Karl Fidler (Sektionschef)
Eduard Ritter v. Gniewósz-Olexow (Ministerialrat)
Benno Ritter v. David (Sektionsrat)

Ministerium der Justiz
Ernst Giuliani (Ministerialrat)
Carl Krall (Sektionsrat)
Emil Steinbach (Sektionsrat)

Finanzministerium
Moriz Freiherr Ender v. Mallenau (Sektionschef)
Maximilian Chiari (Sektionsrat)
Heinrich Ritter v. Auerhammer (Ministerialrat)
Wilhelm Grognet d'Orleans (Ministerialrat)
Hilarius Ritter v. Habdank-Hankiewicz (Ministerialrat)
Johann Bayer (Sektionsrat)

Ernst Ellinger (Sektionsrat)
Carl Huber (Hofrat)

Handelsministerium
Franz Arnt (Sektionschef)
Heinrich Ritter v. Wittek (Ministerialrat)
Béla Freiherr v. Weigelsperg (Ministerialsekretär)

Ackerbauministerium
Anton Ritter v. Rinaldini (Ministerialrat)
Johann Lhotsky (Bergrat)
Max Vladimir Ritter v. Beck (Ministerialvizesekretär)

PROTOKOLLE UND BEILAGEN

Nr. 1 Ministerrat, Wien, 17. Februar 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski; abw. Mannsfeld.

I. Begrüßung des neugebildeten Kabinetts durch den Vorsitzenden im Ministerrate. II. Die bei der Präsentation des Ministeriums im Abgeordnetenhause abzugebende Erklärung. III. Einberufung der Delegationen. IV. Die in der nächsten Sitzung des Herrenhauses abzugehende Regierungserklärung. V. Wegen eines Gesetzesentwurfes über die hinsichtlich der provisorischen Verwaltung Bosniens und der Herzegowina nötigen Verfügungen. VI. Frage der Eröffnung der aus den Pestgegenden kommenden Briefe behufs deren Desinfizierung. VII. Neuerliche Einbringung des Gesetzentwurfes über die Registrierung der Seehandelsschiffe. VIII. Wegen der Publikation des Berliner Vertrages.

KZ. 12 – MRZ. 11

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 2 Ministerrat, Wien, 17. Februar 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Pensionsbezüge für den vom Amte enthobenen Minister Dr. Unger. II. In Betreff der im Abgeordnetenhause abzugebenden Regierungserklärung. III. Zurückziehung und neuerliche Einbringung im Reichsrate in modifizierter Form des Gesetzentwurfes betreffend Begünstigungen für die Unternehmung der Bewässerung des Gebietes von Monfalcone. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Etschregulierung von der Passermündung bis Sacco.

KZ. 13 – MRZ. 12

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 3 Ministerrat, Wien, 20. Februar 1879

P. Klaps; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Horst.

I. Beantwortung der beiden Interpellationen der Abgeordneten Dr. Herbst und Wolfram in Betreff der Katastrophe in Teplitz und Dux. II. Die im Herrenhause abzugebende Erklärung anlässlich der Neubildung des Kabinetts.

KZ. 14 – MRZ. 13

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 4 Ministerrat, Wien, 23. Februar 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Anschluss Serbiens an die Wiener Kommissionsbeschlüsse puncto Pestgefahr. Eigenmächtige Anordnungen der ungarischen Regierung in Seequarantäneangelegenheiten. II. Umwandlung der Wiener Postkommission in eine permanente Kommission. III. In Betreff Nichtzulassung eines Beschlusses des Vorarlberger Landtages betreffend Einsetzung eines ständigen Ausschusses zur Beratung der Abänderung der Gemeinde- und Landtagswahlordnung. IV. Frage des Empfangs der Deputationen anlässlich der Feier des 25. Jahrestages der Ah. Vermählung Ihrer k. u. k. Majestäten. Frage der Stadtbeleuchtung Wiens aus diesem Anlasse. V. Wegen Sanktionierung des vom schlesischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Supplierung von Lehrstellen an Volksschulen. VI. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend ein Substitutionsnormale für Volks- und Bürgerschulen. VII. Wegen Sanktionierung des vom kärtnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über Supplierung der Lehrstellen an Volksschulen. VIII. Wegen Sanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung einer Doppelbürgerschule am rechten Murufer in Graz. IX. Wegen Sanktionierung zweier vom galizischen Landtage beschlossener Gesetzentwürfe über Abänderung des Artikels 29 des Lehrergesetzes und über Abänderung des Absatzes d) des Artikels 50 desselben Gesetzes. X. Wegen Sanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend einige Abänderungen des Lehrergesetzes. XI. Wegen Sanktionierung des vom kärtnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Bezüge der Volksschullehrer im Falle einer Mobilisierung. XII. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Verhältnisse der zum aktiven Militärdienste einberufenen Volks- und Bürgerschullehrer. XIII. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Regelung der Verhältnisse der zur aktiven Militärdienstleistung einberufenen Volksschullehrer. XIV. Handelspolitische Frage bezüglich der Balkanländer. Regelung der handelspolitischen Verhältnisse zu Serbien. Einbeziehung Bosniens, der Herzegowina und Dalmatiens in den Zollverband. XV. Frage der Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Zschock und Genossen betreffend die handelspolitischen Beziehungen zu den Balkanländern. XVI. Frage der Errichtung eines österreichisch-ungarischen Konsulats in Kiew. XVII. Erwirkung von Ordensauszeichnungen für die bayrischen Eisenbahnbeamten Otto Böhm und Friedrich Fischer. XVIII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Einverleibung einiger Güter in das gräflich Potocki'sche Fideikommiss Lańcut. XIX. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Errichtung eines Pekuniarfideikomisses für die gräfliche Familie Thun. XX. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Titularbergrat Friedrich v. Mialovich. XXI. Bemessung der Bezüge des zum Präsidenten des Obersten Rechnungshofes ernannten Fürsten Adolf Auersperg.

KZ. 15 – MRZ. 14

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 5 Ministerrat, Wien, 26. Februar 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

[I.] Frage der Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Einflussnahme der beiderseitigen Parlamente auf die provisorische Verwaltung Bosniens und der Herzegowina.

KZ. 16 – MRZ. 15

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 6 Ministerrat, Wien, 26. Februar 1879 – Protokoll II

P. Klaps; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. In Betreff des Zeitpunktes der Einberufung der Landtage. II. Internationale Konvention betreffend die Maßregeln gegen die Ausbreitung der Phylloxera.

KZ. 17 – MRZ. 16

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 7 Ministerrat, Wien, 3. März 1879

P. Artus; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Pretis, Horst, Ziemiałkowski; abw. Chlumecky, Mannsfeld.

I. Frage der gesetzlichen Regelung der Angelegenheit der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Mitteilung der hierüber in Budapest stattgefundenen gemeinsamen Beratungen. II. Mitteilung über das Auffinden der Teplitzer Urquelle. III. Mitteilung eines Berichtes des Polizeidirektors in Krakau über die jüngsten Vorkommnisse daselbst. Petardenlegung usw. IV. Einholung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung von Nachtragskrediten für 1879 in Gesamtbelaufe von 166.500 fl.

KZ. 18 – MRZ. 17

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 22. März 1879.

Nr. 8 Ministerrat, Wien, 10. März 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski; abw. Mannsfeldes

I. Wegen Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Sektionschef am Obersten Rechnungshofe Ignaz Ritter v. Kaiser. II. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Regelung der Verhältnisse der zur Militärdienstleistung einberufenen Volksschullehrer. III. Bezüglich Nichtsanktionierung des vom oberösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Nachtragsbestimmungen zu dem Gesetze über Landesschulfondsbeiträge aus Verlassenschaften. IV. Über die Bitte des Fürsten Carl Auersperg um Enthebung von dem Posten eines Präsidenten des Herrenhauses. V. Frage der Ausschreibung der Ergänzungswahlen für die jüngst erledigten Reichsratsmandate. VI. Deputationsempfang anlässlich der Ah. Jubiläumsfeier. Frage des Empfanges von Adelsdeputationen aus den Provinzen. VII. Wegen Auszeichnungen aus Anlass der Ah. Jubiläumsfeier. VIII. Frage der Begnadigungen anlässlich der Ah. Jubiläumsfeier. IX. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandesgerichtsrat Franz Janatsch in Krakau. X. Vorgang in der Zoll- und Handelskonferenz betreffend die Verhandlungen mit Serbien zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen. XI. Einbringung der Vorlage eines provisorischen Finanzgesetzes für den Monat April 1879. Zugleich Erwirkung der Autorisation zur Vornahme der Finanzoperation für den Bedarf des Jahres 1879.

KZ. 20 – MRZ. 18

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 2. April 1879.

Nr. 9 Ministerrat, Wien, 10., 11. und 15. März 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld (anwesend am 15.3).

[I.] Gesetzentwurf betreffend die Wahrnehmung und Sicherung der Rechte und Interessen beider Reichshälften bei der Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina.

KZ. 21 – MRZ. 19

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 2. April 1879.

Nr. 10 Ministerrat, Wien, 15. März 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Wegen Anordnung einer allgemeinen öffentlichen Sammlung für die Verunglückten Szegedins. II. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate angenommenen Gesetzentwurfes betreffend Rückzahlung des den in Tachau durch Überschwemmung Beschädigten gewährten Staatsdarlehens. III. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate angenommenen Gesetzentwurfes betreffend Rückzahlung der den durch Überschwemmungen heimgesuchten Gegenden Böhmens gewährten Staatsvorschüsse. IV. Wegen Ablehnung des vom oberösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend das Einspruchsrecht der Gemeinden gegen Eheschließungen. V. Zur Frage der Einberufung der Landtage. Galizischer Landtag, böhmischer Landtag. VI. Aufenthalt des Ministers des Innern in Krakau. Die dortigen polizeilichen Vorkommnisse.

Sozialistische Umtriebe. VII. Au. Dank des Eduard Ritter v. Haas für die Ag. Verleihung des Sternes zum Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens. VIII. Haltung der Regierung in Sachen des Legalisierungszwanges. IX. Wucherfrage. Haltung bezüglich derselben. X. Haltung der Regierung in der Frage der Reform des Rechnungs- und Kontrollwesens.

KZ. 25 – MRZ. 20

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 2. April 1879.

Nr. 11 Ministerrat, Wien, 21. März 1879

P. Klaps; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Steudel wegen der Vorkehrungen zur Verhinderung der Ausbreitung von Seuchen durch die aus Bosnien und der Herzegowina zurückkehrenden Pferde und Fuhrwerke. II. Beantwortung der Interpellationen der Abgeordneten Schöffel und Dr. Promber wegen der Maßregeln gegen den Wucher. III. Einholung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend den Ausbau der Donauuferbahn. IV. Au. Dank des Tuchfabrikanten in Bielitz Carl Traugott Förster für die Ag. Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes.

KZ. 26 – MRZ. 21

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 2. April 1879.

Nr. 12 Ministerrat, Wien, 25. März 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; außerdem anw. Kubin; abw. Horst.

I. Besetzung des katholischen Bischofsitzes in Cattaro. Nominierung des Dr. Kasimir Forlani. II. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Teilung von Gebäuden nach materiellen Anteilen. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate über Veräußerung von unbeweglichem Staatseigentum. IV. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für Verdienste in Bezug auf die zwischen der Finanzverwaltung und der Gruppe der Boden-Credit-Anstalt abgeschlossenen Kreditgeschäfte. V. Erwirkung des Freiherrnstandes für den Generaldirektor der Tabakregie Jacob Ritter Merkl v. Reinsee. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Finanzministerium Johann Ritter v. Neubauer. VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularsektionsrat im Finanzministerium Ludwig Malfatti de Rohrenbach ad Dezza. VIII. Wegen Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Statthalter und Landespräsidenten in Kärnten, Caspar Grafen Lodron, anlässlich der Pensionierung desselben. IX. Über die Wahl der Farben für den Anstrich der Flaggenstange einer Konsularflagge. X. Über die Durchführung der durch den Berliner Vertrag übernommenen Ausübung der Schifffahrts- und Sanitätspolizei im Hafen von Antivari. XI. Über die Haltung in Bezug auf die Vorlage über die Abwehr der Rinderpest.

KZ. 27 – MRZ. 22

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1879.

Nr. 13 Ministerrat, Wien, 26. März 1879

P. Artus; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

[I.] Begebung der 100-Millionen-Goldrente nominal zur Bedeckung des voraussichtlichen Bedarfes für 1879.

KZ. 28 – MRZ. 23

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1879.

Nr. 14 Ministerrat, Wien, 31. März 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Gesetzes über Vergütung der Reise- und Zehrungsauslagen der Mitglieder Landes- und Bezirksschulräte. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom Salzburger Landtages beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Erleichterungen in der achtjährigen Schulpflicht. III. Wegen Ah. Empfanges einer galizischen Adelsdeputation anlässlich der Ah. Jubelfeier Ihrer k. u. k. Majestäten. IV. Wegen der seitens der ungarischen Regierung geschehenden Inhibierung der Ausfuhr von Blei und Bleiprodukten nach Serbien. V. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Wedl und Genossen betreffend die der Sanktionierung des Einquartierungsgesetzes entgegenstehenden Hindernisse. VI. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Vošnjak und Genossen wegen Entlassung der im aktiven Militärdienste in Bosnien und Herzegowina verwendeten Reserveärzte. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Seidl und Genossen betreffend den Vorgang bei der Heranziehung von Reservemännern zur aktiven Dienstleistung.

KZ. 31 – MRZ. 24

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1879.

Nr. 15 Ministerrat, Wien, 6. April 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Wegen Nichtsanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung des Normalschulfondsbeitrages und die Einführung eines Schulbeitrages aus Verlassenschaften. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Professor der österreichischen Geschichte an der Grazer Universität Dr. Franz Krones. III. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Herausgeber der Zeitschrift „Kikeriki“ Oskar Franz Ebersberg. IV. Über Vorkehrungen gegen die Ausbreitung nihilistischer und sozialistischer Bestrebungen. V. Wegen Prävalierung des Freiherrenstandes seitens der Familie Buschmann. VI. Wegen Einbringung einer Vorlage in Betreff Gewährung eines Staats-

darlehens per 120.000 fl. an die Gemeinde Teplitz. VII. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Einverleibung von Spizza in Dalmatien. VIII. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Grundsteuer (Grundsteuernovelle). IX. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landesgerichtspräsidenten in Czernowitz Moriz Ritter v. Auffenberg. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberbergverwalter in Brandeis Johann Reich. XI. Urgierung der Aufstellung einer Zollgrenze an der südlichen Grenze Bosniens gegen Novi Pazar.

KZ. 32 – MRZ. 25

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1879.

Nr. 16 Ministerrat, Wien, 17. April 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Besetzung des Krakauer Bistums; Nominierung des Albin Ritter v. Dunajewski. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberrechnungsrat im Finanzministerium Adolf Rosmus. III. Einbringung einer Vorlage betreffend das Budgetprovisorium für den Monat Mai d. J. IV. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Regulierung des Etschflusses von der Passermündung bis Sacco sowie wegen Sanktionierung der den Gegenstand der Etschregulierung betreffenden vier Tiroler Landesgesetze. V. Wegen Einigung mit Ungarn in Sachen des Abschlusses eines Vertrages mit Deutschland über gegenseitige Rechtshilfe. VI. Über die Beratung der bosnischen Kommission wegen Einführung eines Strafgesetzes in Bosnien und der Herzegowina. VII. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung eines Staatsvorschusses für die mährische Grenzbahn. VIII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Ritter v. Kozłowski und Genossen in Betreff des Ausbaues des westgalizischen Eisenbahnnetzes. IX. Wegen Einbringung einer Gesetzesvorlage betreffend Konzessionserteilung für den Bau einer Sekundärbahn von Časlau nach Zawratetz.

KZ. 33 – MRZ. 26

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 17 Ministerrat, Wien, 18. April 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Über die Haltung in den mit der Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Serbien zusammenhängenden Fragen. II. Frage der Ausübung der Seepolizei in Klek. III. Wegen eines für einen Straßenzug in den Gmundner Forsten benötigten Kredites von 10.000 fl. IV. Amnestie für Seeleute der Handelsmarine, welche sich des Vorgehens der Entweihung von österreichischen Handelsschiffen schuldig gemacht haben. V. Wegen beabsichtigter Ah. Auszeichnungen

für die bei der Landesregierung in Sarajewo in Verwendung stehenden Ministerialrat Rotky, Bezirkshauptmann Marquis Bacquehem und Redakteur Johann Lukeš. VI. Wegen Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Hofrat beim Obersten Rechnungshofe Heinrich Freiherrn Fellner v. Feldegg. Frage der Kontrasignatur von Ernennungen beim Obersten Rechnungshofe.

KZ. 35 – MRZ. 27

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 18 Ministerrat, Wien, 20. April 1879

P. Artus; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld; außerdem anw. Matzinger, Kubin.

I. Haltung der Regierung gegenüber den im Abgeordnetenhause beantragten Resolutionen, den Wiener Stadterweiterungsfonds und den Versatzamtsfonds in Wien betreffend. II. Einholung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Gewährung eines unverzinslichen Darlehens von 120.000 fl. für die Stadt Teplitz.

KZ. 34 – MRZ. 28

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 19 Ministerrat, Wien, 23. April 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski; abw. Glaser, Mannsfeld.

I. Präzisierung der Haltung der Regierung für die gemeinsamen Verhandlungen über die Fragen der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, der Regelung der Handelsbeziehungen mit Serbien, der orientalischen Bahnen und der Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in den Zollverband der Monarchie. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Pfeifer und Genossen betreffend die Institution der Steuerexekutoren.

KZ. 36 – MRZ. 29

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 20 Ministerrat, Wien, 30. April 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser, Horst.

I. Wegen Ordensauszeichnungen aus Anlass des von der Gemeinde Wien zur Feier des 25. Jahrestages der Vermählung Ihrer Majestäten bereiteten Festes. II. Betreffend die gemeinsamen Verhandlungen in Sachen der Verwaltung und der Zolleinbeziehung Bosniens und der Herzegowina, dann der Handelsbeziehungen zu Serbien und der Eisenbahnfrage.

KZ. 37 – MRZ. 30

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 21 Ministerrat, Wien, 1. Mai 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser, Horst.

I. Über den Gesetzentwurf betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Rückzahlungsmodalitäten für die Joachimsthaler Branddarlehen.

KZ. 39 – MRZ. 31

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 22 Ministerrat, Wien, 3. Mai 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser.

I. Über die Frage der Schließung des Reichsrates, insbesondere über die Frage, ob ein feierlicher Schluss mit Thronrede stattfinden solle. II. Zurückziehung des Fischereigesetzentwurfes. Regelung der Fischereirechte. III. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Registrierung der Seehandelsschiffe. IV. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Gebührenbegünstigung für die aus Anlass der Ah. Vermählungsjubelfeier von Sr. Majestät errichteten Stiftungen.

KZ. 40 – MRZ. 32

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 8. Mai 1879.

Nr. 23 Ministerrat, Wien, 9. Mai 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Präsidenten des Landesgerichtes in Troppau Johann Edlen v. Valenzi. II. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksrichter in Eipel Dr. Philipp Müller. III. Wegen Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Hofrat und Professor Dr. Thöl in Göttingen. IV. Au. Dank des Professors Dr. Carl Binding in Leipzig für die Ah. Auszeichnung mit dem Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens. V. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Vereinigung mehrerer Realitäten mit dem Lańcuter gräflich Potocki'schen Fideikommisse. VI. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung des Friedrich Graf Thun-Hohenstein'schen Pekuniarfideikommisses. VII. Entwurf einer Thronrede für die feierliche Schließung des Reichsrates.

KZ. 41 – MRZ. 33

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 24 Ministerrat, Wien, 10. Mai 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Differenz mit der ungarischen Regierung in Betreff der Bestimmung des Wirkungskreises für die in Budapest zu errichtenden Betriebsdirektionen der gemeinsamen Transportunternehmungen. II. Ordensauszeichnungen für Beamte der Verkehrsanstalten aus Anlass der im verflossenen Jahre stattgehabten Mobilisierung. III. Verquickung der Persönlichkeit des Vizepräsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses Gabriel Várady mit dem Strafprozesse Schweizer – Sonnenberg.

KZ. 42 – MRZ. 34

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 25 Ministerrat, Wien, 14. Mai 1879

P. Artus; VS. Kaiser; anw. Stremayr, Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

[I.] Frage des feierlichen Schlusses der Reichsratssession. Entwurf der Ah. Thronrede.

KZ. 43 – MRZ. 35

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 26 Ministerrat, Wien, 17. Mai 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Wegen Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Abt des Zisterzienserstiftes Lilienfeld, Alberik Heidmann. II. Auflösung des Reichsrates und Anordnung der Neuwahlen. III. Wegen Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularstatthaltereirat und Bezirkshauptmann Andreas Seidler. IV. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Aufnahme eines Landesanlehens zur Besserung der bäuerlichen Kreditverhältnisse. V. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung eines unverzinslichen Staatsdarlehens an die Stadtgemeinde Teplitz. VI. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Rückzahlung der den Beschädigten in Joachimstal gewährten Staatsvorschüsse. VII. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend den Ausbau der Donauuferbahn. VIII. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Sekundärbahn Časlau–Zawratetz. IX. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Sekundärbahn Chodau–Neudek. X. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Entwurfes des Finanzgesetzes für das Jahr 1879. XI. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes über Veräußerung von unbeweglichem Staatseigentum (ärarische Grundfläche in Triest). XII. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Begünstigungen für die Bewässerung von Monfalcone. XIII. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Briefgeheimnisses auf Fälle der Desinfizierung von Briefen. XIV. Erwirkung des Geheimen Ratswürde für die beiden Oberlandesgerichtspräsidenten Franz Rossi-Sabatini in Zara und Moriz Freiherrn v. Streit in Brünn. XV. Frage der Besetzung des Postens eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Krakau. XVI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Direktor der Männerstrafanstalt in Graz Eduard Miglitz. XVII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Generalinspektor der Staatstelegrafen Victor Grafen v. Wimpffen. XVIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Postkassendirektor in Wien, Anton Stöckl. XIX. Über den Entwurf eines mit Deutschland abzuschließenden Legalisierungsvertrages.

KZ. 44 – MRZ. 36

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 27 Ministerrat, Wien, 19. Mai 1879 – Protokoll I

P. Klaps; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Im Betreff der Wahl des Richard Bazzoni zum Podestà in Triest. II. Wegen Ag. Verleihung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse an die Sektionschefs des Ministeriums des Innern Franz Edlen v. Matzinger und Gustav Kubin. III. Antrag auf Ablehnung des Beschlusses des Salzburger Landtages wegen Unterstützung der Klosterschulen aus dem Landesfonds. IV. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes wegen Abänderung §§ 22, 24 und 46 der Gemeindewahlordnung. V. In Betreff der mit der Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Serbien zusammenhängenden Eisenbahnfrage.

KZ. 45 – MRZ. 37

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 28 Ministerrat, Wien, 19. Mai 1879 – Protokoll II

P. Klaps; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

[I.] Auszeichnungsanträge für patriotische Leistungen aus Anlass der Mobilisierung im Jahre 1878.

KZ. 46 – MRZ. 38

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 29 Ministerrat, Wien, 20. Mai 1879

P. Artus; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld; außerdem anw. Pino, Kubin; abw. Chlumecky (dienstlich).

I. Frage der Bestätigung der Wahl Bazzonis zum Podestà von Triest. II. Frage der amtlichen Verlautbarung der Konvention mit der Türkei wegen Bosniens und der Herzegowina.

KZ. 47 – MRZ. 39

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 30 Ministerrat, Wien, 22. Mai 1879

P. Artus; VS. Kaiser; anw. Stremayr, Taaffe, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser (beurlaubt), Horst (vom Erscheinen Ag. dispensiert).

I. Staatsvoranschlag für 1879. Differenzen zwischen den Regierungsvorlagen und den Beschlüssen des Reichsrates. II. Zeitpunkt der Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Ausschreibung der Neuwahlen. Vorgehen.

KZ. 48 – MRZ. 40

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 31 Ministerrat, Wien, 23. Mai 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld; außerden anw. Chertek; abw. Glaser.

[I.] Über ein Arrangement betreffend die Hereinbringung eines bei der Allgemeinen Österreichischen Baugesellschaft aushaftenden Steuerrückstandes durch Abtretung von der Gesellschaft gehörenden Grundstücken an den Staat.

KZ. 49 – MRZ. 41

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Juni 1879.

Nr. 32 Ministerrat, Wien, 30. Mai 1879

P. Artus; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser, Chlumecký, Horst (beurlaubt).

[I.] Erwirkung der Ah. Sanktion für das Militäreinquartierungsgesetz.

KZ. 50 – MRZ. 42

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Juli 1879.

Nr. 33 Ministerrat, Wien, 3. Juni 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser, Horst.

I. Au. Dank des Lehrertages anlässlich der Feier des 10-jährigen Bestandes des Reichsvolksschulgesetzes. II. Frage einer Ah. Auszeichnung für den Brünner Landesgerichtspräsidenten Friedrich Freiherrn d'Elvert anlässlich der Pensionierung desselben. III. Wegen Sanktionierung der von den Landtagen in Mähren und in Schlesien beschlossenen Gesetzentwürfe betreffend die Aufhebung der mährisch-schlesischen Findelanstalt. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat und Finanzdirektor in Troppau Carl Wessely. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Fabriksbesitzer Gustav Trenkler in Reichenberg. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ingenieur Julius Freiherrn v. Schwarz. VII. Wegen Sanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Bienenzucht.

KZ. 51 – MRZ. 43

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Juli 1879.

Nr. 34 Ministerrat, Wien, 11. Juni 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Glaser, Horst.

I. Wegen Besetzung der erledigten fürstbischöflichen Sitze zu Trient und Brixen. II. Wegen Ah. Auszeichnungen für verdienstliche Leistungen in der Schulaufsicht und im Lehrerbildungswesen. III. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ministerialsekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht Dr. Carl German. IV. Wegen der von der ungarischen Regierung beabsichtigten Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Vorstand des Bergamtes in Zalathna Anton Hauch. V. In Angelegenheit des Entwurfes der mit Serbien abzuschließenden Eisenbahnkonvention. VI. In Angelegenheit der von der Schweiz angeregten Subventionsbeteiligung der Schweiz und eventuell Frankreichs für den Ausbau der Arlbergbahn. VII. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Erhöhung der Staatsgarantie für die Kaschau–Oderberger Bahn.

KZ. 53 – MRZ. 44

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Juli 1879.

Nr. 35 Ministerrat, Wien, 26. Juni 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski; außerdem anw. Kubin, Blumfeld; abw. Glaser, Horst, Mannsfeld.

I. Frage des Farbenanstrichs für die Stangen der Konsularflagge. II. Notifizierung des Bestandes einer bosnisch-herzegowinischen Telegrafenverwaltung an die in London tagende Telegrafenkonferenz. III. Frage der Anregung der Donauregulierung am Eisernen Tore und den Katarakten gelegentlich einer stattfindenden Theiß- und Donauregulierungsenquête in Budapest. IV. Zur Haltung Frankreichs in der Frage der Arlbergbahn. V. Änderung des Statusverhältnisses der Ministerialräte und Sektionsräte in den Ministerien. VI. Wegen Nichtsanktionierung der vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwürfe betreffend Vermehrung der Landtagsmitglieder. VII. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Regelung der Bergöl- und Bergwachsproduktion. VIII. Einbringung einer Gesetzesvorlage im Krainer Landtage wegen Tragung der Kosten für Amtshandlungen über verspätet angemeldete Servitutsrechte. IX. Wegen Nichtsanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes einer Feuerpolizei- und einer Feuerwehrordnung für das Herzogtum Salzburg. X. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen. XI. Frage der Erhaltung der Achentaler Straße in Tirol.

KZ. 54 – MRZ. 45

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Juli 1879.

Nr. 36 Ministerrat, Wien, 9. Juli 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski; abw. Horst, Mannsfeld.

I. Erwirkung des Großkreuzes des Leopoldordens für den Fürstbischof von Breslau, Dr. Heinrich Förster. II. Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Fürstbischof von Lavant, Maximilian Stepischnegg, und des Kommandeurkreuzes des Leopoldordens für den Bischof von St. Pölten, Matthäus Binder. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Professor an der theologischen Fakultät in Innsbruck, Dr. Gustav Bickell. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Prior des Augustinerkonventes in Böhmisch Leipa, Anton Cajetan Posselt. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Landesgerichtspräsidenten des Wiener Handelsgerichtes Carl Wagner, dann des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Kreisgerichtspräses in Wiener Neustadt, Gustav Klier. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat bei der Finanzlandesdirektion in Wien, Ignaz Freiherrn v. Buschmann. VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Direktor der Boden-Credit-Anstalt Theodor Taussig. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Bankier und gewesenen Bankdirektor Johann N. Scanavi. IX. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Rechnungsrat in Finanzministerium Franz Erben. X. Einholung der Ah. Ermächtigung zur Bauausführung der Lokomotivbahn von Ebersdorf nach Würbenthal. XI. Wegen Zustimmung zu den von der ungarischen Regierung beabsichtigten Anträgen wegen Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an die Bahnbediensteten Leopold Czermak, Johann Kramer, Franz Kronraft, Johann August Heylmann und Adolf Ritter v. Bogusz. XII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kaufmann in New York, Eduard Neuss. XIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Carl Haardt v. Hartenthurn und des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularsektionsrat Johann Edlen v. Steinbauer-Seydel. XIV. Einholung der Ah. Sanktion für den vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Schonung des Wildes. XV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Titularsektionschef Dr. Carl Lemayer und des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Ritter v. Hermann.

KZ. 55 – MRZ. 46

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph. Schönbrunn,] 20. Juli 1879.

Nr. 37 Ministerrat, Wien, 11. Juli 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Horst.

[I.] Demission des Kabinetts.

KZ. 56 – MRZ. 47

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph. Schönbrunn,] 20. Juli 1879.

Nr. 38 Ministerrat, Wien, 17. Juli 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

[I.] Frage des Ausbaues der schmalspurigen Eisenbahn Brod–Sarajewo in der Linie Zenica–Sarajewo.

KZ. 57 – MRZ. 48

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph. Schönbrunn,] 20. Juli 1879.

Nr. 39 Ministerrat, Wien, 17. Juli 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Glaser, Chlumecky, Pretis, Horst, Ziemiałkowski, Mannsfeld.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Hilfsämterdirektor im Ministerium für Kultus und Unterricht, Regierungsrat Josef Schönbach. II. Über die Unterhandlungen mit Serbien in Betreff der Eisenbahnanschlüsse. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den französischen Kapitän Boudeau. IV. Resultate der Geschäftsgebarung des Hauses Liebig im Jahre 1878. V. Wegen Erwirkung des Ritterstandes für den Konsul in Brüssel Raphael Bauer. VI. Die von Ungarn anlässlich des Baues der Arlbergbahn zu begehrenden Kompensationen.

KZ. 58 – MRZ. 49

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 40 Ministerrat, Wien, 28. Juli 1879

P. Jaeger; VS. Stremayr; anw. Taaffe, Chlumecky, Ziemiałkowski, Mannsfeld; abw. Pretis, Horst[a].

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Ministerium des Innern Dr. Ottokar von Weingartner. II. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Badearzt in Karlsbad, Dr. Gallus Ritter v. Hochberger. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den portugiesischen Handelsmann, Ambrogio Gomes Jasmin. IV. Erwirkung des Würde eines Geheimen Rates für den Sektionschef in Ackerbauministerium Julius Freiherrn v. Schröckinger.

KZ. 65 – MRZ. 50

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

---

[a] *Glaser wurde weder als an- noch als abwesend angeführt.*

Nr. 41 Ministerrat, Wien, 19. August 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Vorkehrungen in Bezug auf die Presse. Insbesondere Vorgehen gegen die „Neue Freie Presse". II. Zusammenstellung des Budgets, Zeitpunkt der Einbringung desselben. Zeitpunkt der Einberufung des Reichsrates. III. In Betreff der Ernennung des Dr. Glaser zum Generalprokurator. IV. Wegen Einbringung im Reichsrate des mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages vom 14. Mai 1879 wegen gegenseitiger Gewährung des Armenrechtes.

KZ. 66 – MRZ. 51

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 42 Ministerrat, Wien, 22. August 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Herausgeber des Witzblattes „Kikeriki", O. F. Ebersberg. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Obmann der Bezirksvertretung in Řičany, Ritter v. Mayersbach. III. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Propst des Stiftes Herzogenburg, Norbert Zach. IV. Mitteilung des vereinbarten Gesetzentwurfes betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. V. In Betreff des Zeitpunktes der Einberufung des Reichsrates. Tierseuchengesetz. Komitee zu dessen Vorberatung. VI. Frage der Einbringung des Gesetzentwurfes wegen der Arlbergbahn in Verbindung mit Kompensationsverhandlungen mit Ungarn. Frage der Erhöhung der Zucker- und der Petroleumsteuer. VII. Beschleunigung der Beschlussfassung über beim Reichsrate einzubringende Vorlagen. Ah. Thronrede. Frage der neuen Gestaltung der Ministerien für Ackerbau und Handel.

KZ. 67 – MRZ. 52

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 43 Ministerrat, Wien, 29. August 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

[I.] Wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate, betreffend die Bewilligung zur Vereinigung des Priesslgutes mit dem Herrlich v. Stubenberg'schen Fideikommisse in Steiermark.

KZ. 69 – MRZ. 53

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 44 Ministerrat, Wien, 29. und 30. August 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

[I.] Frage der Feststellung des Budgets für 1880. Defizit und dessen Bedeckung. Frage der Steuerreform. Frage der Herabminderung des Kriegsbudgets.

KZ. 70 – MRZ. 54

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 45 Ministerrat, Wien, 3. September 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek[a].

I. Frage des Einmarsches in das Sandschak Novi Pazar. II. Wegen des für die vorübergehende Besetzung des Sandschaks Novi Pazar benötigten Mehraufwandes der Kriegsverwaltung.

KZ. 71 – MRZ. 55

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 46 Ministerrat, Wien, 3. September 1879 – Protokoll II

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

I. Komiteeberatungen über die Vorlagen an den Reichsrat. II. Telegrafische Vertrauenskundgebung aus Böhmen.

KZ. 72 – MRZ. 56

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 47 Ministerrat, Wien, 4. September 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

[I.] Feststellung der Prinzipien der Vorlage wegen des Wehrgesetzes.

KZ. 73 – MRZ. 57

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

---

[a] *Ziemiałkowski wurde weder als an- noch als abwesend angeführt.*

Nr. 48 Ministerrat, Wien, 5. September 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

[I.] Fortsetzung der Beratung über die Feststellung der Prinzipien der Vorlage wegen des Wehrgesetzes.

KZ. 74 – MRZ. 58

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 49 Ministerrat, Wien, 5. September 1879 - Protokoll II

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

[I.] Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat bei dem Verwaltungsgerichtshofe, Josef Friedrich Ott.

KZ. 75 – MRZ. 59

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 20. September 1879.

Nr. 50 Ministerrat, Wien, 11. September 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

I. Verzichtleistung des Grafen Mannsfeld auf die Ministerpension. II. Berufung von erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern in das Herrenhaus.

KZ. 76 – MRZ. 60

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 51 Ministerrat, Wien, 11. September 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Ziemiałkowski.

I. Zur Frage der Regelung des Versicherungswesens und des Vorschusskassenwesens. II. Behandlung der vom früheren Abgeordnetenhause herrührenden Resolutionen und Interpellationen. III. Regelung der handelspolitischen Beziehungen mit Frankreich. IV. Aktionsprogramm für die handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland. V. Bezüglich der Proposition der ungarischen Regierung auf Aufschiebung der definitiven Regelung der Kriegsstandsfrage.

KZ. 77 – MRZ. 61

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 52 Ministerrat, Wien, 16. September 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Kubin.

I. Feststellung des Entwurfes eines Rinderpestgesetzes. II. Frage der Sanktionierung des allgemeinen Tierseuchengesetzes. III. Regelung der Verhältnisse in den Enklaven von Klek und Sutorina. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Rückzahlungstermine der anlässlich Borkenkäferverheerung gewährten Vorschüsse. V. Au. Dank des Oberlandesgerichtsrates Josef Tacchi für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Generaladvokaten Leopold Cramer. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ehrendomherrn und Pfarrer Michael Lengauer. VIII. Handelspolitische Aktion gegenüber Deutschland.

KZ. 78 – MRZ. 62

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 53 Ministerrat, Wien, 17. September 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Über die Beziehungen des Ministerialrates Ritter v. Hamm und des Beamten Heinrich Ehrenberger zur „Neuen Freien Presse“. II. Steuervorlagen zur Defizitbedeckung. Petroleumsteuer und Zuckersteuer.

KZ. 79 – MRZ. 63

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 54 Ministerrat, Wien, 18. September 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den polnischen Schriftsteller Kraszewski. II. Verfügung in Bezug auf die publizistische Verbindung des Ministerialrates des Ackerbauministeriums Dr. Ritter v. Hamm mit der „Neuen Freien Presse“. III. Frage der Zuckersteuer.

KZ. 80 – MRZ. 64

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 55 Ministerrat, Wien, 18. September 1879 – Protokoll II

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Feststellung des Textes der dem Reichskriegsministerium und der ungarischen Regierung mitzuteilenden Vorlagen bezüglich des Wehrgesetzes.

KZ. 81 – MRZ. 65

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 56 Ministerrat, Wien, 19. September 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Entwurf der Ah. Thronrede.

KZ. 82 – MRZ. 66

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 9. Oktober 1879.

Nr. 57 Ministerrat, Wien, 19. September 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Wegen der Vizepräsidentenstellen für das Herrenhaus. II. Festsetzung des Termines für die Einberufung des Reichsrates. III. Zuckersteuerfrage.

KZ. 83 – MRZ. 67

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 11. Oktober 1879.

Nr. 58 Ministerrat, Wien, 20. September 1879

P. Artus; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Einberufung des Reichsrates auf den 7. Oktober l. J. II. Entwurf der Ah. Thronrede. III. Stand der Verhandlungen wegen der administrativen Maßregeln aus Anlass der Einverleibung von Spizza.

KZ. 84 – MRZ. 68

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 11. Oktober 1879.

Nr. 59 Ministerrat, Wien, 23. September 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Wegen Enthebung des Fürsten Carl Auersperg vom Posten eines Präsidenten des Herrenhauses. II. Veröffentlichung der Liste der neuen Herrenhausmitglieder. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend Verlängerung der Gebühren- und Stempelfreiheit bei Arrondierung von Grundstücken. IV. Bezüglich der Verhandlungen wegen Unterordnung der griechisch-orientalischen Christen in den okkupierten Ländern unter den Metropoliten in Belgrad V. Frage des Hafenamtes in Antivari. VI. Einbeziehung des Okkupationsgebietes und der Zollausschlüsse in den Zollverband Ausgleichung bezüglicher Differenzen. VII. Frage der Übereinstimmung der beiderseitigen Militärtaxgesetze. VIII. Zuckertag. Zuckersteuerfrage.

KZ. 85 – MRZ. 69

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 11. Oktober 1879.

Nr. 60 Ministerrat, Wien, 24. September 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Zuckersteuer. Verhandlungen mit der ungarischen Regierung darüber. Ersatz für den eventuellen Ausfall der Zuckersteuer.

KZ. 86 – MRZ. 70

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 11. Oktober 1879.

Nr. 61 Ministerrat, Wien, 27. September 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Ernennung des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Herrenhauses. II. Einschaltung des auswärtigen Passus in den Entwurf der Ah. Thronrede.

KZ. 87 – MRZ. 71

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 11. Oktober 1879.

Nr. 62 Ministerrat, Wien, 27. September 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Kubin.

I. Schlussredaktion des Rinderpest-Gesetzentwurfes. Einbringung desselben. II. Über den Antrag auf Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für das abtretende Mitglied des Reichgerichtes, Hofrat Johann Kiechl. III. Über die Anregung zur Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Pfarrer in Kaiser-Ebersdorf, Aloys Nickl. IV. Landsturm-Gesetzentwurf. Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium darüber. V. Unterstellung der Schützenvereine rücksichtlich ihrer Tätigkeit unter das Landesverteidigungsministerium. VI. Bestellung des Dr. Ritter v. Forster zum Verwaltungsrate als Regierungsvertreter bei der Pilsen–Priesener Bahn. VII. Wegen Motivenbericht für den Gesetzentwurf betreffend die Administration Bosniens und der Herzegowina. VIII. Eisenbahnkonvention mit Serbien. Festhalten an der Bahnanschlussfrage.

KZ. 88 – MRZ. 72

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 11. Oktober 1879.

Nr. 63 Ministerrat, Wien, 30. September 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Adolf Kaschenreuther. II. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den infulierten Prälaten und Domdechant Panschab in Brünn. III. Angelegenheit der Ausprägung montenegrinischer Kriegsmedaillen. IV. Frage der Ersatzsteuern für die Zuckersteuer behufs Defizitsbedeckung. V. Referat über die Differenzpunkte rücksichtlich der Wehrgesetzreform.

KZ. 89 – MRZ. 73

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 64 Ministerrat, Wien, 3. Oktober 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Zeitpunkt des Einbringens des Gesetzentwurfes in Betreff der Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Bewilligung der Ah. Hofstaatsdotation in der bisherigen Ziffer für weitere 10 Jahre.

KZ. 90 – MRZ. 74

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 65 Ministerrat, Wien, 3. Oktober 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Vorlage des Finanzgesetzes und des Staatsvoranschlags. Defizitsdeckung. Abänderung eines Passus in der Thronrede. II. Gewerbegesetzreform mit Bezug auf die diesfällige Erwähnung in der Thronrede.

KZ. 93 – MRZ. 75

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 66 Ministerrat, Wien, 3. Oktober 1879 – Protokoll III

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Militärtax-Gesetzvorlage. Explikation der Zweckbestimmung: Aufbesserung der Invalidenversorgung.

KZ. 94 – MRZ. 76

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 67 Ministerrat, Wien, 6. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Mitteilung über die Ergebnisse der Besprechung mit den ungarischen Ministern über die Vorlage wegen Einführung der Militärtaxemodifikation der Ah. Thronrede. II. Mitteilung über die Ergebnisse der Besprechung mit den ungarischen Ministern über die Vorlage wegen der Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in das allgemeine Zollgebiet. III. Mitteilung über die Ergebnisse der Besprechung mit den ungarischen Ministern über die Vorlage wegen Erhöhung der Petroleumsteuer.

KZ. 95 – MRZ. 77

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 68 Ministerrat, Wien, 8. Oktober 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Adelsstandes für den Gymnasialprofessor Dr. Hermann Suttner. II. Modalität der Einbringung der zunächst vor den Reichsrat zu bringenden Vorlage. Frage des Motivenberichtes für die Vorlage betreffend die Administration Bosniens und der Herzegowina. III. Motivenbericht für den Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Kriegsstandes. IV. Neu formulierter Militärtax-Gesetzentwurf. V. Wegen endlicher Fixierung des Beginnes der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. VI. Gewerbegesetzreform. Kapitel über die Genossenschaften. VII. Komiteeeinsetzung zur Beratung einer Verordnung über die sprachlichen Verkehrsverhältnisse bei Gerichten und politischen Behörden.

KZ. 96 – MRZ. 78

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 69 Ministerrat, Wien, 10. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Baldige Einbringung der Regierungsvorlagen betreffend den Wucher und den Legalisierungszwang. II. Ungarische Propositionen wegen einigen Änderungen des Gesetzentwurfes betreffend die Herstellung eines gemeinsamen Zollverbandes mit Bosnien und Herzegowina. III. Standpunkt der Vertreter der k. k. Regierung bei den Verhandlungen über das Militärbudget pro 1880.

KZ. 97 – MRZ. 79

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 21. Oktober 1879.

Nr. 70 Ministerrat, Wien, 16. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Einholung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung im Reichsrate der Gesetzentwürfe a) wegen der Zolleinigung mit Bosnien und der Herzegowina, b) wegen Einbeziehung von Istrien und Dalmatien in das Zollgebiet, c) wegen Aufhebung des Zollausschlusses in Brody, d) wegen Einführung der Verzehrungssteuer vom Biere, Zucker etc. in den bisherigen Zollausschlüssen. Gesetzentwurf wegen Notifikation an den Reichsrat über die Verfügungen bezüglich der bisherigen Zollausschlüsse in den Ländern der ungarischen Krone. II. Übernahme der Einbringung des Gesetzentwurfes in Betreff der Branntwein-Verschleißsteuer von Seite des Handelsministers. III. Versetzung des Sektionschefs v. Nördling in den Ruhestand. IV. Mitteilung der Resultate der gemeinsamen Ministerberatungen über das Heeresbudget pro 1880. V. Mitteilung der Maßregeln gegen die Rinderpest an der steirisch-kroatischen Grenze. Entsendung des pensionierten Direktors des Tierarzneiinstitutes Röll dahin. VI. Vorläufige Erörterung der Frage, ob zur Annahme des Gesetzentwurfes betreffend die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina die Zweidrittelmajorität von der Regierung als notwendig anerkannt werden müsse.

KZ. 98 – MRZ. 80

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 71 Ministerrat, Wien, 20. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Referenten der Grundsteuer-Landeskommission in Prag, Statthaltereirat Eduard Ritter v. Perger. II. Erwirkung der geh. Rathswürde für den griechisch-unierten Metropoliten in Lemberg, Sembratowicz. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksrichter Ladislaus Malek in Kladno. IV. Erlass in Betreff von Maßregeln wegen der „Siebenbürger"-Ehen. V. Mitteilung des Präsidenten über die Vorgänge in den Adressausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. VI. Einholung der Ah. Genehmigung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Zustimmung zu der Einbeziehung der ungarischen Zollausschlüsse (ohne Fiume) in das allgemeine Zollgebiet. VII. Prinzipielle Besprechung der Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Grafen Consolati und Genossen betreffend die Schutzmaßregeln infolge des Auftretens der Phylloxera in Italien. VIII. Prinzipielle Besprechung der Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Neumayr und Genossen betreffend die Grenzsperre in Deutschland gegen die Einfuhr von hierländigem Vieh und die Beseitigung der hohen deutschen Zölle für landwirtschaftliche Produkte.

KZ. 99 – MRZ. 81

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 72 Ministerrat, Wien, 21. Oktober 1879

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Bärnfeind und Genossen in Betreff der Verbreitung der Rinderpest in Krain und Steiermark. II. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Graf Consolati und Genossen in Betreff des Auftretens der Reblaus an der Grenze Tirols.

KZ. 100 – MRZ. 82

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 73 Ministerrat, Wien, 22. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Einholung der Ah. Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes über die Änderung einiger gesetzlicher Bestimmungen über die Stempel- und unmittelbaren Gebühren. II. Einholung der Ah. Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes wegen Erhöhung des Einfuhrzolles und Einführung einer Verbrauchssteuer von Mineralöl und wegen Herabsetzung der Verzehrungssteuer bei der Einfuhr von Mineralöl in Wien. III. Einholung der Ah. Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Einhebung einer Abgabe von dem Personen- und Reisegepäckstransporte auf Eisenbahnen und Dampfschiffen. IV. Einholung

der Ah. Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die für das Jahr 1880 einzuhebende Ergänzungssteuer. V. Einholung der Ah. Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderungen des Gesetzes vom 6. April 1879 über die Regelung der Grundsteuer. VI. Einholung der Ah. Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend den Ausschank und den Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken. VII. Erwirkung des Orden der Eisernen Krone III. Klasse für den in den Ruhestand übertretenden Berghauptmann Kronig.

KZ. 101 – MRZ. 83

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 74 Ministerrat, Wien, 23. Oktober 1879

P. Artus; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Besprechung des Budgets pro 1880. Notwendigkeit allerseitiger möglichster Ersparungen. II. Besprechung der Frage der Zweidrittelmajorität für die Gesetzvorlage über die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina. III. Ag. Zugeständnis Sr. k. u. k. apost. Majestät, dass das Ah. persönliche Einkommen Sr. Majestät sowie jenes der Mitglieder des. Ah. Kaiserhauses von der temporären Einkommen-(Ergänzungs-)Steuer für 1880 nicht freigelassen werde.

KZ. 103 – MRZ. 84

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 75 Ministerrat, Wien, 24. Oktober 1879

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Kreditgeschäften. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Fürst Lobkowicz und Genossen betreffend die Reform des Landeskulturrates für Böhmen. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Neumayr und Genossen betreffend die Grenzsperre bezüglich der Vieheinfuhr nach Deutschland und wegen Ermäßigung der darauf gelegten hohen Zölle.

KZ. 104 – MRZ. 85

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 76 Ministerrat, Wien, 26. Oktober 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Haltung der Regierung in der Verhandlung des Herrenhauses über die Adresse.

KZ. 105 – MRZ. 86

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. November 1879.

Nr. 77 Ministerrat, Wien, 26. Oktober 1879 – Protokoll II

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Meinungsverschiedenheit mit Ungarn in Betreff der Aufhebung des Appreturverkehres nach Deutschland. Reise des Handelsministers nach Budapest zur Lösung dieser Frage. II. Mitteilung des Leiters des Finanzministeriums über die im Finanzexposé zu erwähnenden Punkte betreffend die Ersparnisse beim Heereserfordernisse, dann betreffend Steuerprojekte.

KZ. 106 – MRZ. 87

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 17. November 1879.

Nr. 78 Ministerrat, Wien, 28. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; abw. Stremayr (wegen Unwohlseins).

I. Abänderung des § 8 des Militärtaxgesetzes (Zulagen zu Ruhegenüssen). II. Ah. Auftrag zur Weglassung der Bestimmung wegen Ausnahme Sr. Majestät und der Mitglieder des Ah. Kaiserhauses von der Transportsteuer. III. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Neumayr und Genossen (wegen Viehausfuhrverbot und Beschränkung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte überhaupt nach Deutschland).

KZ. 107 – MRZ. 88

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 17. November 1879.

Nr. 79 Ministerrat, Wien, 29. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Haltung der Regierung in der Adressdebatte des Abgeordnetenhauses.

KZ. 108 – MRZ. 89

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 17. November 1879.

Nr. 80 Ministerrat, Wien, 31. Oktober 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Weitere Haltung der Regierung in der Adressdebatte des Abgeordnetenhauses.

KZ. 109 – MRZ. 90

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 17. November 1879.

Nr. 81 Ministerrat, Wien, 2. November 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Chertek; abw. Horst, Pražák.

[I.] Frage der Zusicherung an die Parlamente künftiger offizieller Notifikationen über Personaländerungen in den gemeinsamen Ressorts. Erwiderung der diesfälligen Zuschrift des kgl. ung. Ministerpräsidenten.

KZ. 110 – MRZ. 91

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 17. November 1879.

Nr. 82 Ministerrat, Wien, 2. November 1879 – Protokoll II

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Chertek; abw. Horst, Pražák.

I. Einholung der Ah. Sanktion für den von beiden Häusern des Reichsrates angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Ah. Hofstaatsdotation. II. Zustimmung zu Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Lloydgesellschaft mit der türkischen Regierung wegen Ankaufes von türkischen Schiffen behufs Fahrten unter türkischer Flagge. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ehrendomherren und Pfarrdechant in Haselbach, Eduard Pollak. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Maler Gebhard Flatz in Bregenz.

KZ. 111 – MRZ. 92

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 17. November 1879.

Nr. 83 Ministerrat, Wien, 5. November 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat und Landessanitätsreferenten in Prag, Dr. Josef Franz Hoser. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Titularhofrat Eugen v. Adda in Prag. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberfinanzrat und Finanzbezirksdirektor in Budweis, Johann Gerstenberger. IV. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für dem Stande der Grundsteuerträger angehörige Mitglieder der Bezirksschätzungskommissionen aus Oberösterreich, Steiermark, Krain und Schlesien. V. Salzlieferungsvertrag mit Montenegro. VI. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Abt des Benediktinerstiftes Raigern, Günther Johann Kaliwoda. VII. Einbringung des Militärtax-Gesetzentwurfes in Ungarn und hier. VIII. Haltung der Regierung in der Kunstweinfrage. IX. Regierungsvorlagen behufs Erzielung von Erleichterungen in Sachen der Legalisierung von Tabularurkunden. X. Verhandlungen mit Ungarn in Bezug auf die Differenzen wegen der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Ungarische Kompensationen für die Arlbergbahn. XI. Einleitung von Studien über die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen.

KZ. 112 – MRZ. 93

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 26. November 1879.

Nr. 84 Ministerrat, Wien, 9. November 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Stand der Verhandlung hinsichtlich der bosnischen Verwaltungsvorlage. II. Stand der Verhandlung hinsichtlich der Wehrvorlage. Stellung der Kabinettsfrage. III. Reise des Ackerbauministers nach Istrien aus Anlass des Notstandes daselbst.

KZ. 113 – MRZ. 94

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. November 1879.

Nr. 85 Ministerrat, Wien, 9. November 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erhöhung der Dotation für Zöglinge des höheren Priesterbildungsinstitutes zu St. Augustin in Wien. II. Majestätseingabe der Bischöfe wegen Maßregeln zur Behebung des Priestermangels. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Staatsanwalt in Przemyśl, Dr. Josef Prachtel v. Morawianski. IV. Verhalten im Ausschusse über den Antrag wegen Erlassung einer Dienstpragmatik für Staatsbeamte. V. Haltung in der Frage wegen Reform des Zeitungsstempels. VI. Frage der Ausprägung von Kriegsmedaillen für den Fürsten von Montenegro. VII. Interpellation der Abgeordneten Schwab und Genossen wegen Beiziehung von Fachmännern zu einer Zoll- und Handelskonferenz behufs Grundlagen für einen Handelsvertrag mit Deutschland. VIII. Interpellation der Abgeordneten Teuschl und Genossen wegen Unterstützung ausländischer Schifffahrtsunternehmungen seitens Ungarns.

KZ. 114 – MRZ. 95

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. November 1879.

Nr. 86 Ministerrat, Wien, 11. November 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Korb, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn.

I. In Sachen der Notifkation an die Parlamente von Personalveränderungen in den gemeinsamen Ressorts. II. Korrespondenz mit der ungarischen Regierung wegen Änderungen an der Vorlage betreffend die Verwaltung Bosniens. III. Ansinnen des Ministers des Äußern wegen Bekanntgabe der Positionen, bei welchen behufs Handelsvertragsabschlusses mit Deutschland Konzessionen gemacht werden könnten. IV. Betreffend die Schwierigkeiten, die für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland wegen der Frage des Verbotes der Beschlagnahme von Eisenbahn-Fahrbetriebsmitteln erwachsen dürften. Kuponsstreit-Kompetenzgesetz. V. Beantwortung der Interpellation Schwab und Genossen betreffend die Beziehung von Fachmännern zur Vorbereitung der Grundlagen für einen Handelsvertrag mit Deutschland. VI. Beantwortung der Interpellation Teuschl und Genossen betreffend die angebliche Unterstützung ausländischer Schifffahrtsunternehmungen seitens Ungarns. VII. Notstandsinterpellationen. Verteilung von Saatgetreide in Istrien.

KZ. 115 – MRZ. 96

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. November 1879.

Nr. 87 Ministerrat, Wien, 10. und 11. November 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn (nur am 10. November), Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Gesetzentwurf betreffend Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung.

KZ. 116 – MRZ. 97

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. November 1879.

Nr. 88 Ministerrat, Wien, 13. November 1879

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Korb, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn.

I. Interpellationsbeantwortung wegen der Vorkehrungen zur Linderung des herrschenden Notstandes; Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Gewährung von Vorschüssen aus Staatsmitteln für Istrien und Görz zu obigem Zwecke. II. Ansuchen einer Deputation des tschechischen Klubs des Abgeordnetenhauses um eine Ah. Audienz in Betreff der Durchführung der Gleichberechtigung der Sprachen. III. Einberufung sämtlicher Obmänner der verschiedenen Klubs des Abgeordnetenhauses nebst dessen Präsidium zu einer Besprechung in Betreff der Wehrgesetzvorlage. IV. Mitteilung einer Äußerung des Nuntius in Betreff der Besetzung der erledigten Bischofsstühle in Tirol. V. In Betreff eines vom Reichskriegsminister verlangten Vorschusses von 1,600.000 fl. zur Bestreitung des Okkupationserfordernisses im Dezember l. J. VI. Mitteilung über die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Einbeziehung von Bosnien und Herzegowina in das österreichisch-ungarische Zollgebiet im Ausschusse des Abgeordnetenhauses.

KZ. 117 – MRZ. 98

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. November 1879.

Nr. 89 Ministerrat, Wien, 14. November 1879

P. Artus; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Korb, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn (dienstlich abwesend).

I. Stand der parlamentarischen Verhandlungen über die Wehrvorlage. II. Stand der parlamentarischen Verhandlung über die Vorlage wegen Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in das allgemeine Zollgebiet. III. Frage des Zeitpunktes des Einbringens der Wehrgesetznovelle. IV. Haltung des Statthalters von Kärnten Grafen Lodron anlässlich der Abstimmung im Herrenhause über die Adresse. V. Ausschreitungen der „Neuen Freien Presse" anlässlich der Vermählung Seiner Majestät des Königs von Spanien und des „Wiener Tagblatt" anlässlich des Besuches Sr. kaiserlichen Hoheit des Großfürsten-Thronfolgers von Russland hier. Entsprechendes Vorgehen dagegen.

KZ. 118 – MRZ. 99

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. November 1879.

Nr. 90 Ministerrat, Wien, 18. November 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Korb, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn.

I. Zur Ernennung eines ständigen Mitgliedes des Reichsgerichtes wird Dr. Anton Rintelen vorgeschlagen. II. Situation bezüglich der Wehrvorlage. III. Behandlung der Eingabe der Reichsratsabgeordneten aus Böhmen und Mähren an Se. Majestät wegen Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung. IV. Stellung der Rechten des Abgeordnetenhauses zu den Vorlagen behufs Bedeckung des Defizits.

KZ. 119 – MRZ. 100

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Dezember 1879.

Nr. 91 Ministerrat, Wien, 18. November 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Korb, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn.

[I.] Eisenbahnpolitik der Regierung. Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Frage der Sekundäreisenbahnen.

KZ. 120 – MRZ. 101

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Dezember 1879.

Nr. 92 Ministerrat, Wien, 19. November 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Korb, Pražák, Chertek; abw. Horst (im Wehrausschusse des Abgeordnetenhauses), Falkenhayn (dienstlich abwesend).

[I.] Stand der parlamentarischen Verhandlung über den Gesetzentwurf betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Amendements im ungarischen Abgeordnetenhause zu § 1.

KZ. 121 – MRZ. 102

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Dezember 1879.

Nr. 93 Ministerrat, Wien, 21. November 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Chertek; abw. Korb.

I. Korrespondenz mit der ungarischen Regierung wegen der Textierung der bosnischen Vorlagen. II. Bezüglich der von der kgl. ung. Regierung beabsichtigten Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Schriftsteller Adolf Nassau. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Advokaten Dr. Moriz Münzer in Brünn. IV. Ankündigung der Berichterstattung seitens des Ackerbauministers über die Bereisung der Notstandsgebiete im Küstenlande.

KZ. 122 – MRZ. 103

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Dezember 1879.

Nr. 94 Ministerrat, Wien, 23. November 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Neues ungarisches Amendement zu § 1 der Vorlage betreffend die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. II. Standpunkt der Regierung im Budgetausschusse gegenüber der dort angeregten Frage des Ausmaßes der Bezüge des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Fürsten Auersperg. III. Erklärung des Justizministers in Bezug auf die von Dr. Rieger im Abgeordnetenhause zur Sprache gebrachten Ernennung von drei der böhmischen Sprache angeblich nicht genügend mächtigen Oberlandesgerichtsräten. IV. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Nitsche und Genossen betreffend das Zustandekommen der Militär-Strafprozessordnung.

KZ. 125 – MRZ. 104

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Dezember 1879.

Nr. 95 Ministerrat, Wien, 23. November 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Haltung der Regierung bezüglich der Wehrgesetzvorlage. Proposition des Obmannes des liberalen Klubs des Abgeordnetenhauses. II. Wegen Bedeckung eines Gehaltsteiles von 1.200 fl. für den Professor an der Hochschule für Bodenkultur, Dr. Philipp Zöller. III. Einbringung der Vorlage betreffend Budgetprovisorium für die ersten drei Monate des Jahres 1880. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Zugeständnisse und Begünstigungen für Lokalbahnen.

KZ. 126 – MRZ. 105

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 13. Dezember 1879.

Nr. 96 Ministerrat, Wien, 27. November 1879

P. Artus; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Vorgehen bezüglich des Wehrgesetzes. II. Zeitpunkt der Einberufung der Delegationen. III. Ungarischer Zusatz zu § 1 der Vorlage betreffend die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina. IV. Wahrung der Rechte der Ah. Exekutive in Bezug auf Beamtenernennungen anlässlich der Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Rieger wegen Ernennung von drei Oberlandesgerichträten in Prag und in etwaigen künftigen Fällen. V. Frage der Defizitbedeckung. Stand der Steuervorlagen. VI. Promemoria der böhmischen Reichsratsabgeordneten betreffend administrative Verfügungen hinsichtlich der böhmischen Sprache in Amt und Schule. VII. Bericht des Ackerbauministers über seine Bereisung von Görz und Istrien anlässlich des Notstands. Vorschläge wegen Arbeiten für Flussregulierungen und Straßenherstellungen; Erleichterungen hinsichtlich der Steuereinteilung.

KZ. 127 – MRZ. 106

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. Dezember 1879.

Nr. 97 Ministerrat, Wien, 29. November 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend das Budgetprovisorium für die ersten drei Monate des Jahres 1880. II. Einholung der Ah. Ermächtigung zu provisorischen Ausschreibung und Einhebung der zur Deckung der Landesbedürfnisse in den einzelnen Kronländern erforderlichen Landesumlagen für das Jahr 1880 in dem pro 1879 festgesetzten Ausmaße. III. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Obratschai betreffend die Regulierung des Oderflusses. IV. Ah. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung von Vorschüssen aus Staatsmitteln zur Linderung des Notstandes in Istrien und Görz. V. Frage des Zeitpunk-

tes der Einberufung der Delegationen. Frage eines Kompromisses für die Delegationswahlen. VI. Frage der Erlassung einer Novelle zum Beamtengehaltsgesetze betreffend die Behandlung demissionierter Minister. VII. In Betreff der vom ungarischen Ministerpräsidenten anlässlich der Wehrgesetzverhandlungen im ungarischen Abgeordnetenhause über die Initiative des Parlamentes zu Abänderungsanträgen abgegebenen Erklärung. VIII. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Schwab betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Anfechtung von Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner. IX. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Notar. Dr. Ferdinand Pröll in Linz. X. Ah. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes vom 3. März 1868 über die Gebühren- und Stempelfreiheit bei Arrondierung von Grundstücken. XI. Ah. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Rückzahlung der anlässlich der Borkenkäferverheerungen im Böhmerwalde gewährleisteten Vorschüsse. XII. Betreffend den Antrag des Referenten des Kunstweinausschusses wegen Erlassung von Normen über künstlich erzeugte, weinartige Getränke.

KZ. 128 – MRZ. 107

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. Dezember 1879.

Nr. 98 Ministerrat, Wien, 1. Dezember 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Eintreten der Regierung bei der Debatte über die Wehrvorlage. Frage, ob der Ministerpräsident bei der ersten Debatte im Abgeordnetenhause sprechen solle. II. Delegationswahlen. Kompromissaussichten. III. Besetzung des Bistums Veglia. IV. Wegen Übernahme von Zivilbediensteten des Staatsgestüts Radautz in die Militärgestütsbranche. V. Frage der Einbringung eines Nachtragskredites behufs Errichtung eines zweiten Siemens'schen Destillierofens in Cilli. VI. Über die Anträge des Subkomitees des Steuerausschusses behufs Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Grundsteuer.

KZ. 129 – MRZ. 108

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. Dezember 1879.

Nr. 99 Ministerrat, Wien, 6. Dezember 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Pusswald.

I. Danksagung an den Landesverteidigungsminister für die Vertretung der Regierung in der Wehrgesetzdebatte. II. Wegen Übertragung der die Brünn–Rossitzer Eisenbahn betreffenden Konzession an die österreichische Staatsbahngesellschaft. III. Bezüglich Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung eines Staatvorschusses für die mährische Grenzbahn.

KZ. 130 – MRZ. 109

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. Dezember 1879.

Nr. 100 Ministerrat, Wien, 7. Dezember 1879 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Über die Gründe, welche den Ministerpräsidenten veranlassten, in der Wehrgesetzdebatte zu sprechen. II. Drängen der ungarischen Regierung wegen Erledigung der bosnischen Verwaltungsvorlage. III. Frage der Wahl des Präsidenten für die diesseitige Delegation. IV. Frage des Verhaltens der Regierung für den Fall der Nichtdurchbringung der Wehrvorlage.

KZ. 131 – MRZ. 110

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. Dezember 1879.

Nr. 101 Ministerrat, Wien, 7. Dezember 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Pusswald (bei I).

I. Ungarischer Vorschlag für den Abschluss einer Eisenbahntarifvereinbarung mit Deutschland. II. Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Rechnungsoffizial des Ackerbauministeriums Anton Hirschler. Frage der Erwerbung der Staatsbürgerschaft beim Eintritte eines Ausländers in den österreichischen Staatsdienst. III. Frage, ob dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses das Recht zusteht, einem Minister den Ordnungsruf zu erteilen. IV. Frage der Haltung der Regierung in Bezug auf die Grundsteuernovelle.

KZ. 132 – MRZ. 111

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 27. Dezember 1879.

Nr. 102 Ministerrat, Wien, 9. Dezember 1879

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

[I.] Besprechung der Haltung der Regierung in der Frage der Grundsteuernovelle.

KZ. 135 – MRZ. 112

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 103 Ministerrat, Wien, 12. Dezember 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Zuschrift an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses wegen Wahrung des Standpunktes, dass einem Minister der Ordnungsruf nicht erteilt werden könne. II. Stand der Grundsteuerfrage. III. Haltung der Regierung bei der Herrenhausverhandlung über die Wehrvorlage. IV. Die Übertragung aller landesfürstlichen öffentlichen Präsentationsrechte für kirchliche Ämter und Pfründen an das Kultusministerium. V. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit. VI. Urgierung der Einbringung einer Vorlage wegen Notstandsbauten am Isonzo. VII. Termin des Wiederzusammentrittes des Reichsrates nach den Weihnachtsferien. VIII. Wegen Sanktionierung der die Einbeziehung der Zollausschlüsse betreffenden Gesetzentwürfe.

KZ. 137 – MRZ. 113

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 104 Ministerrat, Wien, 19. Dezember 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Menger und Genossen betreffend die Einberufung des schlesischen Landtages. II. Wegen Belassung eines Teiles der im Jahre 1880 in die Reserve eintretenden Mannschaft bei Truppenteilen im Okkupationsgebiete. III. Au. Dank des Abtes von Raigern Günther Johann Kaliwoda für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens. IV. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Universitätsprofessor in Innsbruck, Dr. Johann Peyritsch. V. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung des Zollausschlusses von Brody. VI. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Einführung der Verzehrungssteuer für Bier, Branntwein und Zucker in den Zollausschlüssen von Istrien, Dalmatien und Brody. VII. Frage der Mitteilung Ah. resolvierter au. Vorträge und der Mitteilung von internen Amtsakten überhaupt an das Reichsgericht.

KZ. 138 – MRZ. 114

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 105 Ministerrat, Wien, 23. Dezember 1879 – Protokoll I

P. Artus; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung der taxfreien Verleihung des Freiherrnstandes an Emanuel Ritter v. Styrczea. II. Inanspruchnahme des Ministeriums des Äußern wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Historienmaler Astolfi in Triest. III. Erwirkung der ausnahmsweisen Verleihung des Ritterstandes aufgrund der Statuten des Ordens der Eisernen Krone an Alexander Daninos in Triest. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Leiter der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation in Wien, Ignaz Moser. V. Besprechung der Stellung der Regierung der Rechten gegenüber bei dem Wiederzusammentreten des Reichsrates. Grundsteuernovelle. Bosnisches Verwaltungsgesetz. Böhmisches Memorandum. Börsensteuerprojekte der Rechten. Gedanken wegen Erhöhung der Gebühren bei Übertragungen von Mobilarwerten.

KZ. 139 – MRZ. 115

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 106 Ministerrat, Wien, 23. Dezember 1879 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Ausgabe von Wechselbanketten in böhmischer und polnischer Sprache. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberfinanzrat bei der Finanzlandesdirektion in Brünn Josef Göttinger. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Finanzrat der Bukowinaer Finanzdirektion, Andreas Lippert. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den pensionierten Finanzrat Adolf v. Haumeder in Innsbruck. V. Sequestration der Rudolfsbahn. VI. Erlassung eines neuen Statuts für den Landeskulturrat für das Königreich Böhmen.

KZ. 140 – MRZ. 116

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 107 Ministerrat, Wien, 27. Dezember 1879

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Zara, Petar Ritter Abelić v. Melada. II. Über die hinsichtlich der handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland zu erlassenden eventuellen Verfügungen. III. Bezüglich der Interpellation der Abgeordneten Dominik Vitezić und Genossen wegen des Ausbaues der Bahnstrecke Sissek–Novi. IV. Spezialberatung über das Statut betreffend den Landeskulturrat für Böhmen.

KZ. 141 – MRZ. 117

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 108 Ministerrat, Wien, 2. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Chertek; außerdem anw. Kubin; abw. Stremayr (verhindert wegen Todesfalls in der Familie), Korb (beurlaubt).

I. Gewährung eines Vorschusses aus Staatsmitteln von 10.000 fl. von Regierungswegen für Notstandsabhilfe in Görz und Istrien. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Uferschutzbauten am unteren Isonzo. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Heinrich Kaditsch.

KZ. 1 – MRZ. 1

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 109 Ministerrat, Wien, 7. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn, Korb.

I. Mitteilungen über die Grundsteuerfrage und über die Einkommenergänzungssteuer. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Mauthner und Genossen in Betreff der Volkszählung im Jahre 1880. III. Ergebnis der Kommissionsberatung über das Memorandum betreffend die Gleichberechtigung der böhmischen Sprache bei Behörden und Gerichten. IV. Au. Dank der Universitäten für die Kaiserjubiläumsstipendien. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Erzdechant in Bischofteinitz Franz Suchy.

KZ. 2 – MRZ. 2

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Jänner 1880.

Nr. 110 Ministerrat, Wien, 9. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Pražák, Chertek; abw. Falkenhayn, Korb.

I. Expeditionsentwurf an die Landesbehörden bezüglich der vorläufigen Verfügung hinsichtlich des Sprachmemorandums. II. Beendigung der Kommissionsarbeiten über Kommassationsgesetze. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Monti und Genossen betreffend die Dauer der Schwurgerichtssessionen in Zara. IV. Über einen Gesetzentwurf betreffend die Exekution auf die Bezüge der im öffentlichen Dienste stehenden Personen. V. Einbringung zweier Gesetzentwürfe betreffend Erleichterungen in Besteuerung der Vorschusskassen und Kreditvereine. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Nachtragsbestimmungen zu den Grundsteuer-Regelungsgesetzen.

KZ. 3 – MRZ. 3

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 1. Februar 1880.

Nr. 111 Ministerrat, Wien, 13. und 14. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Kubin, Grosser.

[I.] Über die Vorlage betreffend die Eröffnung von Krediten zur Linderung des Notstandes.

KZ. 6 – MRZ. 4

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 1. Februar 1880.

Nr. 112 Ministerrat, Wien, 14. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den gewesenen Bürgermeister von Bozen Josef Schueler. II. Anerkennung des Adels für den Kanzleioffizial Fridolin Moser in Klagenfurt. III. Haltung der Regierung gegenüber dem Lienbacher'schen Antrage auf Abänderung der Bestimmungen der Strafprozessordnung über die staatsanwaltschaftlichen Funktionen bei den Bezirksgerichten. IV. Wegen Zurückbehaltung des Antrages auf Verleihung der Geheimen Ratswürde an den griechisch-katholischen Metropoliten Sembratowicz in Lemberg. V. Bezüglich des Antrages auf Öffentlichkeit der Ausschussberatungen über die Gewerbegesetzvorlage. VI. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Max Menger und Genossen in Betreff der Besteuerung der Vorschussvereine.

KZ. 8 – MRZ. 5

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 1. Februar 1880.

Nr. 113 Ministerrat, Wien, 16. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Wegen Einberufung einer Zoll- und Handelskonferenz behufs Revision des autonomen Zolltarifes. II. Frage der Besetzung zweier Ministerialratssekretärs-Stellen im Ackerbauministerium mit Rücksicht auf das Präliminare pro 1880.

KZ. 9 – MRZ. 6

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 1. Februar 1880.

Nr. 114 Ministerrat, Wien, 19. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Wegen Ressortverfügungen, welche im Zusammenhange stehen mit den in Tirol an der Grenze gegen Italien zu treffenden Vorkehrungen. II. Frage der Staatsunterstützung für die Beteiligung an der Weltausstellung in Melbourne. III. Wegen Abänderung des § 8 des Statuts für den Landeskulturrat für Böhmen.

KZ. 11 – MRZ. 7

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 10. Februar 1880.

Nr. 115 Ministerrat, Wien, 21. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Pusswald.

[I.] Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend den Bau der Arlbergbahn.

KZ. 13 – MRZ. 8

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 10. Februar 1880.

Nr. 116 Ministerrat, Wien, 23. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Wappenfrage hinsichtlich der Banknoten. Anfertigung neuer Staatsnoten. II. Wegen Erwirkung Ah. Auszeichnungen für Mitglieder der Bezirksschätzungskommission. III. Haltung in der Debatte über die Grundsteuernovelle.

KZ. 14 – MRZ. 9

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 10. Februar 1880.

Nr. 117 Ministerrat, Wien, 26. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák; außerdem anw. Kubin; abw. Chertek (durch Krankheit verhindert).

[I.] Einbringung einer Vorlage betreffend die Erfolgung eines Vorschusses per 500.000 fl. an die Landesvertretung von Galizien behufs Ankaufs von Saatgetreide für Notleidende.

KZ. 15 – MRZ. 10

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 10. Februar 1880.

Nr. 118 Ministerrat, Wien, 27. Jänner 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák; abw. Chertek (durch Krankheit verhindert).

I. Wahl neuer außerordentlicher Mitglieder für die statistische Zentralkommission. Agitation wegen Erlassung eines neuen Volkszählungsgesetzes. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Statthaltereisekretär in Lemberg, Eduard Erlacher v. Khay. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat und Landessanitätsreferenten in Graz, Dr. Ferdinand Ritter v. Scherer. IV. Erwirkung des Ritterstandes für den Gutsbesitzer Michael Bitterl Edlen v. Tessenberg.

KZ. 16 – MRZ. 11

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 10. Februar 1880.

Nr. 119 Ministerrat, Wien, 4. und 5. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Rinaldini.

[I.] Feststellung und Einbringung der Kommassationsgesetzentwürfe.

KZ. 18 – MRZ. 12

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Februar 1880.

Nr. 120 Ministerrat, Wien, 5. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek; außerdem anw. Rinaldini.

I. Wegen Ah. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Eröffnung von Notstandskrediten. II. Wegen Ah. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Vereinigung des Priesslgutes mit dem Herrlich v. Stubenberg'schen Fideikommisse. III. Wegen ah. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Feststellung und Aushebung der Rekrutenkontigente im Jahre 1880. IV. Wegen Einbringung einer Nachtragsdotation für die Eisenbahnen Neuberg–Mariazell und Unterdrauburg–Wolfsberg. V. Haltung gegenüber dem Ausschussentwurfe über den Kunstwein.

KZ. 19 – MRZ. 13

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Februar 1880.

Nr. 121 Ministerrat, Wien, 9. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Chertek.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Generalinspektor der Generalinspektion für Eisenbahnen, Regierungsrat Sigmund Steingraber. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Professor an der technischen Hochschule und Direktor der Normaleichungskommission, Ministerialrat Dr. Joseph Herr. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberstaatsanwalt in Brünn, Albert Jantsch. IV. Haltung gegenüber den Propositionen auf Abänderung des Militärtax-Gesetzentwurfes.

KZ. 20 – MRZ. 14

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 3. März 1880.

Nr. 122 Ministerrat, Wien, 14. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák; abw. Chertek.

I. Mitteilung über die Ministerveränderungen in den Ressorts für Kultus und Unterricht und der Finanzen. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Direktor der Theresianischen Akademie, Alexander Ritter v. Pawlowski. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ministerialvizesekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht, Paul Gautsch v. Frankenthurn. IV. Frage der Herstellung der im militärischen Interesse notwendigen Telegrafenlinien in Südtirol. V. Frage des Ausbaues der Bahnlinie Sissek–Novi. Weiters Frage des Anschlusses an die serbischen Bahnen. VI. Der von den polnischen Abgeordneten als Preis für die Zustimmung zur Arlbergbahn gewünschte Ausbau der Karpatenbahnen. VII. Beantwortung der Interpellation Klaić und Genossen betreffend Unregelmäßigkeiten im Lloyddienste. VIII. Beantwortung der Interpellation Gudenau und Genossen betreffend die böhmisch-mährische Transversalbahn. IX. Beantwortung der Interpellation Fürst Windisch-Grätz und Genossen betreffend die Verhältnisse der Arbeiter beim k. k. Montanwerke in Idria.

KZ. 24 – MRZ. 15

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 3. März 1880.

Nr. 123 Ministerrat, Wien, 17. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Korb (durch Krankheit verhindert).

I. Bezüglich der Begrüßung der beiden neuernannten Minister. II. Beantwortung der Interpellation Dr. Max Menger und Genossen betreffend die Eingabe der böhmischen Bischöfe wegen Reform der Schulgesetze. III. Form der Mitteilung über die neuen Ministerernennungen in den beiden Häusern des Reichsrates.

KZ. 25 – MRZ. 16

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 3. März 1880.

Nr. 124 Ministerrat, Wien, 21. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au.

I. Besetzung der Stelle eines Finanzlandesdirektors in Dalmatien. II. Haltung der Regierung hinsichtlich der behufs Defizitsbedeckung eingebrachten Steuervorlagen. III. Besetzung des Postens eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Prag. IV. In Betreff Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in Bosnien und der Herzegowina.

KZ. 26 – MRZ. 17

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 4. März 1880.

Nr. 125 Ministerrat, Wien, 24. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Kubin.

I. Sanktionierung der Tierseuchen-Gesetzentwürfe. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Sanitätskonzipisten, kaiserlichen Rat Dr. Alois Witowsky. III. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Schutzbauten am Isonzo. IV. Wegen des Gesetzentwurfes betreffend Exekution auf die Bezüge öffentlicher Bediensteter. V. Frage der Einbringung des Strafgesetzentwurfes. VI. Die Absetzung des Militärtax-Gesetzentwurfes von der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. VII. Wegen des Kredites für die Inangriffnahme des Baues der Arlbergbahn.

KZ. 27 – MRZ. 18

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 4. März 1880.

Nr. 126 Ministerrat, Wien, 26. Februar 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au.

I. Arbeitsprogramm für den Reichsrat. Frage der Behandlung des Militärtax-Gesetzentwurfes und Einbringung der Wehrgesetznovelle. II. Über die in Tirol einzuleitenden Maßnahmen zur Begegnung einer etwaigen feindlichen Aktion an der italienischen Grenze. III. Erwirkung des Sternes zum Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens für den Titularhofrat Dr. Carl. Ritter v. Porenta in Triest. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Staatsanwalt in Pilsen Johann Zatschek und Frage der Remunerierung des Oberingenieurs Franz Maurus. V. Haltung gegenüber der etwaigen Forderung auf Einbringung einer Vorlage wegen Konstituierung der Pfarrgemeinden.

KZ. 28 – MRZ. 19

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. März 1880.

Nr. 127 Ministerrat, Wien, 28. Februar 1880 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Horst.

I. Frage von Personalveränderungen in den Statthalterposten mit Rücksicht auf die Besetzung des Wiener Postens und die Neubesetzung des Postens des Statthalters in Brünn. II. Zurückziehung des Entwurfes betreffend die Ergänzungssteuer.

KZ. 29 – MRZ. 20

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. März 1880.

Nr. 128 Ministerrat, Wien, 28. Februar 1880 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Pusswald; abw. Horst.

I. Einholung der Ah. Genehmigung für die Konzessionsurkunde betreffend den Bau und Betrieb der Eisenbahn Časlau–Zawratetz. II. Über die in Krakau stattfindende Strafverhandlung gegen Waryński und 34 Mitglieder der sozialrevolutionären Gesellschaft. III. Staatssubvention im Wege des Nachtragskredites für das Kommunalgymnasium in Jungbunzlau.

KZ. 31 – MRZ. 21

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. März 1880.

Nr. 129 Ministerrat, Wien, 1. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Auerhammer; abw. Horst.

I. Frage des Anschlusses an die serbischen Bahnen. II. Zurückziehung der Regierungsproposition betreffend die Aufnahme eines in Annuitäten rückzahlbaren Darlehens für die Vollendung öffentlicher Bauten. III. Nachtragskredit behufs Bestreitung der durch die Einbeziehung Dalmatiens in den Zollverband veranlassten Kosten. IV. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Bärnfeind und Genossen und der Abgeordneten Obratschai und Genossen betreffend die Sanktionierung der Rinderpestgesetzes. V. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Matuš und Genossen betreffend die durch das Austreten der Moldau und Elbe zugefügten Schäden. VI. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Obentraut und Genossen betreffend die Aktivierung der internationalen Sanitätskommission. VII. Vorlage wegen Budgetprovisoriums für die Monate April und Mai 1880 in Verbindung mit einer Kreditoperation zur Bedeckung des Defizits. VIII. Mitteilung des Erfordernisses für die Beitragsleistung zum gemeinsamen Aufwande pro 1880 an das Abgeordnetenhaus.

KZ. 32 – MRZ. 22

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. März 1880.

Nr. 130 Ministerrat, Wien, 3. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; Wittek.

I. Frage des Anschlusses an die serbischen Bahnen. Forderung tarifarischer Konzessionen. II. Frage der Erledigung des Militärtax-Gesetzentwurfes. III. Wegen Nachtragskrediten für Gehalte disponibler Forstbeamten und für die Aufstellung eines Zinkofens in Cilli.

KZ. 33 – MRZ. 23

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. März 1880.

Nr. 131 Ministerrat, Wien, 6. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Horst.

I. Besetzung des Stuhles des griechisch-orientalischen Erzbischofes in Czernowitz. II. Verfügung hinsichtlich des reichsgerichtlichen Erkenntnisses wegen Errichtung einer ruthenischen Volksschule in Lemberg. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Titularsektionschef im Ministerium für Kultus und Unterricht Dr. Gustav Heider. IV. Betreffend die Volkszählung nach Sprachen. V. Gesetzentwurf wegen Bedeckung des Bauaufwandes pro 1880 für die Arlbergbahn. VI. Fühlungnahme mit der Majorität des Abgeordnetenhauses hinsichtlich der Steuervorlagen.

KZ. 35 – MRZ. 24

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1880.

Nr. 132 Ministerrat, Wien, 11. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Horst.

I. Frage der häuslichen Religionsübungen der Anhänger eines gesetzlich nicht anerkannten Religionsbekenntnisses. Frage der diesfälligen Anwendung des Versammlungsrechtes. II. Anerkennung der Herrenhuter Brüderkirche. III. Haltung in der Frage der Schulpflichterleichterungen. IV. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Leopoldordens für die Hofräte am Obersten Gerichtshofe Otto Ritter v. Schubert und Thomas Pazelt. V. Änderung des Vorganges bei Verlängerung von Gnadengaben. VI. Nachtragskredite des Ackerbauministeriums.

KZ. 36 – MRZ. 25

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1880.

Nr. 133 Ministerrat, Wien, 13. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Kriegs-Au, abw. Korb.

[I.] Wegen Umwandlung des italienischen Gymnasiums und der italienischen Realschule in Spalato in slawische Lehranstalten.

KZ. 37 – MRZ. 26

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1880.

Nr. 134 Ministerrat, Wien, 15. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Horst, Korb.

I. Veränderungen in Posten der Landeschefs. Besetzung der Statthalterposten in Wien und Brünn und des Postens des Landespräsidenten in Krain. II. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ministerialrat im Ministerium des Innern, Dr. Franz Schneider. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Haase und Genossen wegen angeblicher Verfolgung evangelischer Glaubensgenossen in Böhmen. IV. Eingabe der Bischöfe der Salzburger Kirchenprovinz in Betreff der Schulfrage. V. Haltung in der Frage des Legalisierungszwanges. VI. In Betreff der in Leipzig erschienen Broschüre „Der Weg bergab".

KZ. 38 – MRZ. 27

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1880.

Nr. 135 Ministerrat, Wien, 17. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Bažant; abw. Stremayr, Horst.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Hausarzt am Theresianum, Dr. Andreas Pleninger. II. Änderung in der Stelle des Schulreferenten beim Landesschulrate in Mähren. Frage der Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Statthaltereirat Winterholler. III. Haltung in Bezug auf die Verhandlungen mit Deutschland behufs Regelung der handelspolitischen Beziehungen.

KZ. 41 – MRZ. 28

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1880.

Nr. 136 Ministerrat, Wien, 22. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Stremayr, Horst.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes im böhmischen Landtage betreffend Erläuterung des böhmischen Schulerrichtungsgesetzes (Bürgerschulen). II. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Abt des Benediktinerstiftes St. Lambrecht, Alexander Setznagel. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Einräumung finanzieller Begünstigungen für die Anlehnen der Etschregulierungsgenossenschaften. IV. Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurf betreffend Steuerfreiheit für Neu-, Zu- und Umbauten. V. Modalität der Begebung der 20 Millionen Goldrente. VI. Nachtragskredit für Unterstützung der Beteiligung an der Weltausstellung in Melbourne. VII. Frage der Bewilligung von Krediten für Flussregulierungen in Galizien. System der Flussregulierungen.

KZ. 42 – MRZ. 29

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1880.

Nr. 137 Ministerrat, Wien, 30. März 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Stremayr, Horst, Korb.

I. Wegen der Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den gewesenen Bürgermeister von Lemberg Alexander Jasiński. II. Wegen Ah. Auszeichnungen für im Auslande lebende Staatsangehörige, welche sich um die Wohltätigkeitsaktionen im Interesse der Verunglückten Szegedins verdient gemacht haben. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landestierarzt in Steiermark, Dr. Heinrich Klingan. IV. Abkommen mit dem Prager Eisenhüttenvereine hinsichtlich eines Schuldrestes an die Staatsvorschusskasse. Stand der Vorschusskassenaktion. Transaktion wegen sofortiger Rückzahlung des beim Hause Liebig aushaftenden Vorschussrestes. V. Vorläufige Besprechung der Besetzung der beim Verwaltungsgerichtshofe erledigten Ratsstelle.

KZ. 44 – MRZ. 30

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1880.

Nr. 138 Ministerrat, Wien, 8. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Horst.

I. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Posch und Genossen betreffend Verfügungen des Grazer Oberlandesgerichtes hinsichtlich der Erhebungen zur Anlegung neuer Grundbücher. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Kreisgerichtspräsidenten in Neutitschein, Johann Chemlař. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-

Joseph-Ordens für den Landesgerichtsrat in Tarnów, Johann Danecki. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Generaladvokaten Dr. Theodor Ritter v. Frey. V. Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Landesgerichtspräsidenten in Prag, Gustav Ritter v. Ludwig. VI. Differenz hinsichtlich des Vorschlages auf Ernennung des Landesgerichtsrates Piasecki zum Oberlandesgerichtsrate in Lemberg. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Russ und Genossen betreffs Einbringung eines Gesetzentwurfes zum Schutze der kurörtlichen Gesamtinteressen. VIII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Gewährung eines Darlehens an die Teplitz-Ossegger Kohlengewerksgesellschaft. IX. Haltung der Regierung in der Generaldebatte über das Budget im Abgeordnetenhause.

KZ. 46 – MRZ. 31

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1880.

Nr. 139 Ministerrat, Wien, 12. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Pusswald, Arnt; abw. Stremayr, Horst.

I. Eisenbahnkonvention mit Serbien und Frage der formellen Behandlung derselben. II. Wegen Außerkraftsetzung der Konzession für die Eisenbahnlinie Mlatz–Karlsbad–sächsische Grenze. III. Provisorische Verlängerung des Status quo der handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland. IV. Wegen Einbringung der Vorlage betreffend den mit Deutschland abgeschlossenen Elbe-Schifffahrtsvertrag. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Görzer Landtage betreffend die Beitragsleistung des Landesfonds zu den Schulauslagen. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Bischof von Przemyśl, Mathias Hirschler. VII. Einbringung der Vorlage betreffend die Wehrgesetznovelle. VIII. Einbringung eines Gesetzentwurfes über den Landsturm.

KZ. 47 – MRZ. 32

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1880.

Nr. 140 Ministerrat, Wien, 14. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Horst.

[I.] Wegen Erlassung einer Verfügung über den Gebrauch der Landessprachen im Verkehre der politischen und Gerichtsbehörden mit den Parteien und autonomen Organen in Böhmen und Mähren.

KZ. 48 – MRZ. 33

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. April 1880.

Nr. 141 Ministerrat, Wien, 18. April 1880

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Stremayr, Horst.

I. Situation gegenüber der Abstimmung des Abgeordnetenhauses über den Dispositionsfonds. Frage der Demissionierung des Ministeriums. II. Betreffend den Ausgang des Krakauer Sozialistenprozesses. III. Über den Antrag auf eine Ah. Auszeichnung für den Präsidenten des Prager Landesgerichtes Ritter v. Ludwig.

KZ. 49 – MRZ. 34

Ah. E. fehlt.

Nr. 142 Ministerrat, Wien, 20. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, abw. Stremayr, Horst, Kriegs-Au.

I. Beantwortung der Interpellation Dr. Promber, Klinkosch und Genossen wegen Verweigerung der Beförderung eines Telegrammes betreffend die Nachricht der Demission des Ministeriums. II. Haltung der Regierung im Legitimationsausschusse hinsichtlich der Frage des Großgrundbesitz-Wahlrechtes der Besitzer landtäflicher Häuser in Linz.

KZ. 50 – MRZ. 35

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 23. April 1880.

Nr. 143 Ministerrat, Wien, 23. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Ender; abw. Stremayr, Horst.

I. Wegen eines Ausgleiches mit der Strakonitzer Steinkohlengewerkschaft Moravia behufs Abstoßung des auf der Gewerkschaft haftenden Staatsvorschussrestes. II. Gewährung eines Notstandsvorschusses von 8.000 fl. zum Ankaufe von Saatkartoffeln im Bezirke Oberradkersburg. III. Nachtragskreditsforderung behufs Unterstützung des vom niederösterreichischen Gewerbevereine errichteten technologischen Museums. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Sektionschef im Handelsministerium, Carl Ritter v. Pusswald. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularsektionsrat im Handelsministerium, Johann Ritter v. Obentraut. VI. Fassung der Beantwortung der Interpellation Dr. Promber, Klinkosch und Genossen betreffend die Zurückweisung eines die Demission des Ministeriums betreffenden Telegrammes. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Rohrmann und Genossen wegen Abfuhr des Düngers aus den Viehtransportwägen in Oświęcim. VIII. Frage der Beantwortung der Interpellation über die Staatsvorschusskassen-Gebarung und der Interpellation wegen Handhabung des Verbotes des Übertrittes der Mohammedaner zum Christentume. IX. In Sachen der Haltung der Wiener Presse und des Vorgehens gegen ihre Ausschreitungen. X. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Vorstand der Forst- und Domänendirektion in Innsbruck, Hofrat Hermann Hradeczky. XI. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Graf Harrach und Genossen betreffend den Schulbesuch und den Unterricht schulpflichtiger böhmischer Kinder in Wien. XII. Mitteilung eines Berichtes des deutschen Konsuls in Sarajewo an die deutsche Regierung über die jetzige Lage in Bosnien.

KZ. 52 – MRZ. 36

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 26. April 1880.

Nr. 144 Ministerrat, Wien, 26. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Kubin; abw. Stremayr, Horst.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Abänderung des Anhanges der Reichsratswahlordnung in Betreff der Wahlbezirke Z. Z. 24 und 25. Landgemeinden in Galizien. II. Wegen Instruierung des Statthalters in Oberösterreich hinsichtlich der Haltung gegenüber der im Landtage bevorstehenden Verhandlung über die Freiteilbarkeit von Grund und Boden. III. Ah. Auszeichnungen anlässlich der bevorstehenden Enthüllung des Beethovenmonumentes. IV. Wegen Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Sektionschef im Ministerium des Innern, Rudolf Ritter v. Breisky. V. Ah. Auszeichnungen aus Anlass des österreichischen Sängerfestes. VI. Über einige vom Ausschusse beabsichtigte Abänderungen des Militärtax-Gesetzentwurfes. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Schwab und Genossen betreffend Zollbehandlung von Schaf- und Ziegenfellen. VIII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Isbary und Genossen wegen verschiedener Zollbehandlung der Pottasche. IX. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Zallinger und Genossen bezüglich der steuerfreien Branntweinerzeugung. X. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Sturm und Genossen betreffend die Vorschusskassen.

KZ. 54 – MRZ. 37

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 29. April 1880.

Nr. 145 Ministerrat, Wien, 29. April 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Kubin; abw. Horst.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den als Präsidenten des Appellhofes in Alexandrien fungierenden Hofrat des Obersten Gerichtshofes, Dr. Alois Lapenna. II. Haltung der Regierung gegenüber den in der Herrenhauskommission beabsichtigten Anregungen betreffend die Reform des Eherechtes. III. Resultat der Expertise über die Zuckersteuer. IV. Haltung gegenüber den Bestrebungen der Finanzkommission des Herrenhauses hinsichtlich des Gesetzentwurfes über Abänderung der Besteuerung der Vorschusskassen und Kreditvereine. V. Haltung der Wiener Presse. Notwendigkeit des Einschreitens gegen dieselbe.

KZ. 55 – MRZ. 38

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 1. Mai 1880.

Nr. 146 Ministerrat, Wien, 2. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Baumgartner; abw. Horst.

I. Zum Einschreiten gegen die Wiener Journale. II. Über einen Artikel der Triester Zeitung. III. Einbringung einer Novelle betreffend Abänderung der Rübenzuckerbesteuerung. IV. Budgetmäßige Präliminierung der Invalidenversorgung aus der Militärtaxe. V. Modus des Vorgehens hinsichtlich der Ausbaues der Eisenbahn von Zenica nach Sarajewo.

KZ. 56 – MRZ. 39

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 4. Mai 1880.

Nr. 147 Ministerrat, Wien, 3. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad,; abw. Horst, Kriegs-Au.

I. Frage der Substituierung des Finanzministers. II. Frage der Schließung des Reichsrates. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Wolfrum und Genossen betreffend die Verordnung über den Gebrauch der Landessprachen im Verkehre der Behörden mit den Parteien in Böhmen und Mähren. IV. Haltung im Herrenhause hinsichtlich des Entwurfes über Besteuerung der Vorschusskassen.

KZ. 57 – MRZ. 40

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 6. Mai 1880.

Nr. 148 Ministerrat, Wien, 6. Mai 1880

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Ender; abw. Horst, Kriegs-Au.

[I.] Einholung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung des Gesetzentwurfes behufs Deckung des Abganges im Staatsvoranschlage.

KZ. 58 – MRZ. 41

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 7. Mai 1880.

Nr. 149 Ministerrat, Wien, 8. Mai 1880 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; abw. Horst, Kriegs-Au.

I. Zur Frage, ob der Reichsrat vertagt oder geschlossen werden solle. II. Einberufung der Landtage. Festsetzung des Einberufungstermines. III. Vornahme neuer Delegationswahlen. IV. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Richard Graf Clam und Genossen in Betreff eines angeblich in Bosnien erlassenen Verbotes des Übertrittes der Mohammedaner zum Christentume.

KZ. 61 – MRZ. 42

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 11. Mai 1880.

Nr. 150 Ministerrat, Wien, 8. Mai 1880 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; abw. Horst, Kriegs-Au.

I. Wegen Erwirkung je des Ritterkreuzes des Leopoldordens für die Oberstaatsanwälte Hofrat Prokop Ritter v. Jarosch in Prag und Hofrat Dr. Gustav Hattingberg in Wien. II. Wegen Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Fabriksbesitzer in Strakonitz, Josef Fürth.

KZ. 62 – MRZ. 43

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 13. Mai 1880.

Nr. 151 Ministerrat, Wien, 9. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Kubin, Chertek; abw. Horst, Kriegs-Au.

I. Über die seitens der Regierung hinsichtlich der Frage des Großgrundbesitzwahlrechtes der Besitzer landtäflicher Häuser in Linz einzunehmende Haltung. II. Haltung im Herrenhause hinsichtlich der Vorlage über die Besteuerung der Vorschusskassen. III. Bezüglich der dem Herrenhause mitzuteilenden Auskünfte über die Gebarung der Staatsvorschusskassen. IV. Wegen Erwirkung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung der Zuckersteuernovelle.

KZ. 63 – MRZ. 44

Ah. E. fehlt; ging an Se. Majestät am 15. Mai 1880.

Nr. 152 Ministerrat, Wien, 14. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Kubin, Ender; abw. Horst, Kriegs-Au.

I. Ansuchen des galizischen Landesausschusses um Gewährung eines Darlehens aus dem galizischen Grundentlastungsfonds. II. Aufnahme eines Hypothekaranlehens behufs Erweiterung des Schulgebäudes für die Staatsgewerbeschule in Brünn. III. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Universitätsprofessor Hofrat Dr. Carl Sigmund Ritter v. Ilanor in Wien. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den

Erzdechant Franz Schramm in Hochpetsch. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Berghauptmann in Prag, Johann Lindner. VI. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Zugeständnisse und Begünstigungen für Lokalbahnen. VII. Ausgleich wegen Abstoßung des auf der Rakonitzer Steinkohlengewerkschaft aushaftenden Staatsvorschussrestes. VIII. Wegen Nichtsanktionierung des vom Kärtnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Herstellung und Erhaltung der Eisenbahn-Zufahrtsstraßen. IX. Neuerliche Festsetzung des Termines für die Landtagseinberufung. X. Sprache des Leitartikels der „Neuen Freien Presse". Die in demselben Blatte enthaltene Mitteilung betreffend die Sprachverordnung beim Obersten Gerichtshofe. Agitationen gegen die Sprachenverordnung und Vorkehrungen dagegen. Eventuelle Darlegungen über die Verordnung im Herrenhause. XI. Frage der Abänderung der Landtagswahlordnungen hinsichtlich der Wahlorte in der Städtegruppe.

KZ. 64 – MRZ. 45

Ah. E. fehlt.

Nr. 153 Ministerrat, Wien, 15. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Harrasowsky; abw. Kriegs-Au.

I. Über einen vom Oberlandesgerichtspräsidenten in Krakau aus Anlass eines Einschreitens der Gemeinde Biała hinausgegebenen Erlass hinsichtlich der Sprache, in welcher die Grundbücher anzulegen und fortzuführen seien. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes im galizischen Landtage betreffend die Änderung des Landesgesetzes von 22. Juni 1867 über die Unterrichtssprache an Volks- und Mittelschulen in Bezug auf das Realgymnasium in Brody.

KZ. 65 – MRZ. 46

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 154 Ministerrat, Wien, 18. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Stremayr, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Kubin; abw. Horst, Kriegs-Au.

[I.] Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Landtagswahlordnung für das Königreich Böhmen.

KZ. 66 – MRZ. 47

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 155 Ministerrat, Wien, 21. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Kubin, Harrasowsky; abw. Stremayr.

I. Wegen Remunierung des Bildhauers Gadomski für die Erteilung von Unterricht in der Plastik an der Krakauer Kunstschule. II. Bezüglich des Gesuches der Stadtgemeinden Pilsen, Pisek und Klattau um zweisprachige Einrichtung der Staatsgewerbeschule in Pilsen. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Olmützer Domkapitular Vincenz Freiherrn v. Ehrenberg. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Direktor des Altstädter Gymnasiums in Prag, Schulrat Dr. Mathias Kawka. V. Zurückziehung des Vorhabens auf Erlassung einer Verordnung behufs Abänderung des Entscheidungsrechtes über streitige Kirchenkonkurrenzfragen. VI. Zustimmung zur beabsichtigten Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Leiter der Finanzprokuratur in Sarajewo, Dr. Ludwig Thomann Edlen v. Montalmar. VII. Wegen Nichtsanktionierung von fünf vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwürfen betreffend Änderung der Gemeindeordnung und des Bezirksvertretungsgesetzes. VIII. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes einer Bauordnung für Krakau. IX. Wegen Nichtsanktionierung des vom schlesischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes einer neuen Bauordnung für Schlesien. X. Wegen Sanktionierung des vom Tiroler Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der §§ 1 und 14 der Gemeindewahlordnung (Wahlrecht der Hilfspriester). XI. Über die Agitationen gegen die für Böhmen und Mähren erlassene Sprachenverordnung.

KZ. 67 – MRZ. 48

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 156 Ministerrat, Wien, 26. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Stremayr.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat und Polizeidirektor in Prag, Franz Cihlarz. II. Genehmigung zweier Abänderungen in den Bestimmungen des Statuts für den Landeskulturrat für Böhmen. III. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung eines Darlehens an die Besitzer der Dux-Ossegger Kohlenwerke. IV. Nichtgenehmigung eines Beschlusses des Tiroler Landtages betreffend die Bildung einer Genossenschaft behufs Regulierung des Zillerbaches. V. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Bestreitung des Erfordernisses pro 1880 für den Bau der Arlbergbahn. VI. Au. Dank der Frau Honorine Lukasiewicz für die Ag. Zuwendung der goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft. VII. Zusammentritt der Ministerialkommission für die Revision der Gewerbegesetzgebung.

KZ. 68 – MRZ. 49

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 157 Ministerrat, Wien, 27. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Stremayr.

I. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend finanzielle Begünstigungen für die Etschregulierungsanlehen. II. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Gebührenerleichterungen bei Konvertierung von Eisenbahn-Prioritätsobligationen. III. Sanktionierung des Entwurfes betreffend das Finanzgesetz pro 1880.

KZ. 69 – MRZ. 50

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 158 Ministerrat, Wien, 31. Mai 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; außerdem anw. Kubin, Pusswald; abw. Stremayr.

I. Wegen Erteilung der Konzession für die Eisenbahn von Bozen nach Meran. II. Beantragung des Landtagsabgeordneten Albert Rhomberg zum Landeshauptmannstellvertreter in Vorarlberg. III. Über den im Tiroler Landtage einzubringenden Gesetzentwurf wegen Einreihung der Achentaler Straße in die Kategorie der Konkurrenzstraßen. IV. Wegen Nichtsanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Hereinbringung von Geldforderungen an Gemeinden und Konkurrenzverbände. V. Wegen Nichtsanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Entwurfes einer Bauordnung für die Stadt Görz. VI. Stellungnahme der Regierung in der Frage der Verpflichtung der Eisenbahnen zur Beitragsleistung für die Eisenbahn-Zufahrtstraßen in Galizien. VII. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat bei der Statthalterei in Triest, Dr. Victor Pozzi. VIII. Stellvertretung des Finanzministers während des Urlaubs desselben. IX. Wegen Auflösung der bosnischen Kommission. X. Wegen Sanktionierung des Militärtax-Gesetzentwurfes. XI. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hauptmünzdirektor, Hofrat Alois Czaslavsky.

KZ. 70 – MRZ. 51

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 159 Ministerrat, Wien, 2. Juni 1880

P. Stummer; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad, Kriegs-Au; abw. Stremayr.

I. Wegen Verlängerung der Steuerfreiheit der Südbahn. II. Nichtsanktionierung des kärntnerischen Landesgesetzes betreffend die Glanregulierung.

KZ. 71 – MRZ. 52

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 16. Juni 1880.

Nr. 160 Ministerrat, Wien, 7. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Rotky; abw. Stremayr, Horst, Kriegs-Au.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes im oberösterreichischen Landtage betreffend die Abänderung der §§ 8 und 13 des Schulaufsichtsgesetzes. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Abt des Benediktinerstiftes St. Paul, Augustin Duda. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den preußischen Kommerzienrat Rudolf Bartsch. IV. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Präsidenten des Handels- und Seegerichtes in Triest, Josef Ritter v. Sandrinelli. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Sektionsrat des Ministerratspräsidiums, Johann Lidl. VI. Erwirkung des Adels für den Grundbesitzer Anton Dottori in Ronchi. VII. Beantragung des Advokaten Dr. Joseph Tonkli zum Landeshauptmannstellvertreter in Görz. VIII. Wegen der Unterlassung eines Vorschlages für die Besetzung des Postens eines Landeshauptmannstellvertreters in Salzburg. IX. Über das Ansuchen des Gauverbandes der deutschen Turnvereine von Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande um Abänderung der Verbandsatzungen.

KZ. 72 – MRZ. 53

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. Juni 1880.

Nr. 161 Ministerrat, Wien, 11. Juni 1880

Anwesenheitsliste fehlt, Tagesordnung, Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung, HHStA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1873.

I. Weiters hinsichtlich der Frage der Besetzung des Postens eines Landeshauptmannstellvertreters in Salzburg. II. Wegen Erwirkung des Leopoldordens, Ritterkreuzes, für die Hofräte des Obersten Rechnungshofes Karl Ritter v. Zwölf und Joseph Freiherr v. Lichtenthurn und des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Sektionsrat des Obersten Rechnungshofes, Franz Xaver Langhammer. III. Franz-Joseph-Orden für den Bergrat Josef Czermak in Idria. IV. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Erzeugung und den Verkauf von Kunstwein. V. Eiserne Krone III. Klasse für den Oberfinanzrat in Triest, Jakob Kauch. VI. Beeidigung des Bischofs von Veglia, Dr. Franz Feretich. VII. Franz-Joseph-Orden für den Dompropst des Kollegialstifts Mattsee, Josef Dum. VIII. Über die Wahl des Alois Tormanek in den deutschen Ortsschulrat in Pilsen.

KZ. 73 – MRZ. 54

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. Juni 1880.

Nr. 162 Ministerrat, Wien, 14. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Thun-Hohenstein, Harrasowsky, Rinaldini; abw. Stremayr, Kriegs-Au.

I. Die Verhältnisse belangend das Präsidium im Salzburger Landtage. Frage der Wahl eines neuen Landeshauptmannes und dessen Stellvertreters. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes in den Landtagen betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern.

KZ. 74 – MRZ. 55

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 24. Juni 1880.

Nr. 163 Ministerrat, Wien, 15. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; außerdem anw. Pusswald; abw. Stremayr, Kriegs-Au.

I. Konzessionserteilung für den Bau und Betrieb der Sekundärbahnen von Linz nach Kremsmünster und von Hullein nach Kremsier. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kaufmann Adolf Dittrich in Prag. III. Antrag wegen Besetzung der Posten des Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters in Salzburg. IV. Hinsichtlich einer vom Statthalter in Tirol abzugebenden Erklärung über die Absicht der Regierung, in der nächsten Session des Tiroler Landtages eine Volksschul-Gesetzvorlage einzubringen.

KZ. 75 – MRZ. 56

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Juli 1880.

Nr. 164 Ministerrat, Wien, 17. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Pražák, Conrad; abw. Stremayr, Kriegs-Au.

I. Zur Antragstellung wegen Besetzung der Posten des Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters in Salzburg. II. Wegen Besetzung des Postens eines Polizeidirektors in Prag. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Regierungsrat bei der Polizeidirektion in Prag, Adam Forster. IV. Erwirkung der Würde eines Geheimen Rates für den Großgrundbesitzer in Galizien, Wilhelm Grafen Siemieński-Lewicki. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Titularsektionschef des Landesverteidigungsministeriums, Josef Franz Ritter v. Astrenberg. VI. Wegen Sanktionierung der Rübenzuckersteuer-Novelle. VII. Erwirkung der Würde eines Geheimen Rates für den Fürstbischof v. Gurk, Dr. Valentin Wiery.

KZ. 76 – MRZ. 57

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Juli 1880.

Nr. 165 Ministerrat, Wien, 18. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Korb, Conrad; abw. Stremayr, Pražák, Kriegs-Au.

[I.] Personalbehandlung des Generalinspektors der Staatstelegrafen Victor Grafen Wimpffen.

KZ. 77 – MRZ. 58

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Juli 1880.

Nr. 166 Ministerrat, Wien, 22. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Horst, Ziemiałkowski, Pražák, Conrad; außerdem anw. Pusswald; abw. Stremayr, Falkenhayn, Korb, Kriegs-Au.

I. Ausbau der Bahnlinie von Zenica nach Sarajewo. Einbringung einer Gesetzesvorlage in den beiderseitigen Legislativen. II. Wegen Beantwortung der im mährischen Landtage von Dr. Promber und Genossen gestellten Interpellation betreffend die Richtigstellung der Reinertragsschätzung behufs Feststellung der Grundsteuer-Ertragshauptsumme für Mähren.

KZ. 78 – MRZ. 59

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 18. Juli 1880.

Nr. 167 Ministerrat, Wien, 27. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin.

I. Begrüßung der neuen Minister. Hinsichtlich der Beziehungen der Ministerien zu Organen der Presse. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes im galizischen Landtage über Kumulativvorschusskassen für Gemeinden. III. Wegen Beantwortung der von den Abgeordneten Dr. Graf und Genossen im Tiroler Landtage gestellten Interpellation betreffend den Zeitpunkt für die Abhaltung der Waffenübungen der Landesschützen. IV. Wegen Beantwortung der vom Abgeordneten Nicole im niederösterreichischen Landtage gestellten Interpellation betreffend die Einbringung des Entwurfes eines vollständigen Gewerbegesetzes. V. Wegen Sistierung der Wasserauspumpung aus den Dux-Ossegger Kohlenbergwerken. VI. Frage der Zurückziehung des im oberösterreichischen Landtage eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der §§ 8 und 13 des Schulaufsichtsgesetzes (Strafverfügungen gegen Ortsschulräte). VII. Verordnung betreffend das Verbot der Bewerbung um ausländische Staatsstipendien und der Annahme solcher.

KZ. 81 – MRZ. 60

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 19. Juli 1880.

Nr. 168 Ministerrat, Wien, 29. Juni 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Angelegenheit des Ausbauers der Eisenbahn von Zenica nach Sarajewo. II. Operat für die Verhandlungen à quatre mit Serbien, Türkei und Bulgarien wegen der Eisenbahn gegen Konstantinopel und Salonich. III. Begünstigungen seitens des Landes Galizien hinsichtlich des Ausbaues der galizischen Transversalbahn. IV. Ankauf der zu Zwecken des böhmischen Staatshengstendepots gemieteten Brož'schen Realitäten in Panenská bei Prag. V. Einberufung der Budgetersparungskommission.

KZ. 82 – MRZ. 61

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 19. Juli 1880.

Nr. 169 Ministerrat, Wien, 1. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Chertek.

I. Beantwortung einer im steiermärkischen Landtage von den Abgeordneten Duchatsch und Genossen gestellten Interpellation betreffend das Vorgehen bei Steuernachlässen. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Titularlandesgerichtsrat und Bezirksrichter Johann Fischer in Müglitz. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Verweser der Pfarre St. Laurenz am Schottenfelde in Wien, Pater Urban Loritz. IV. Geburtstagsbeglückwünschung des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates Freiherrn v. Schmidt. V. Erlassung einer kaiserlichen Verordnung nach § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung behufs Erteilung der Ermächtigung zur Erstreckung des im Rübenzucker-Steuergesetze vorgeschriebenen Termines für die Kundmachung der Pauschalierungsmaßstäbe der Betriebsperiode 1880–1881. VI. Dankesvotum des Tiroler Landtages für die Verschiebung der Waffenübungen der Landesschützen. VII. Zustimmung zu der von der ungarischen Regierung beabsichtigten Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Journalisten und Mitarbeiter des „Fremdenblatt", Isidor Pollak. VIII. Frage der Schließung des böhmischen Landtages. IX. Nachträgliche Bemerkungen des Ackerbauministers zu dem Gesetzentwurfe betreffend Kumulativvorschusskassen für Galizien.

KZ. 83 – MRZ. 62

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 170 Ministerrat, Wien, 5. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin; abw. Welsersheimb.

I. Frage der Schließung des böhmischen Landtages. Instruktion für die Haltung des Statthalters in der Debatte über die Sprachenverordnung. II. Beantwortung einer Interpellation des Bukowinaer Landtages in Betreff der Wahl der Mitglieder der Grundsteuer-Reklamationskommission. III. Beantwortung einer von dem Abgeordneten Graf Zedtwitz und Genossen im böhmischen Landtage gestellten Interpellation über die Verwendung der Überschüsse der Schulbezirkskassen.

KZ. 84 – MRZ. 63

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 171 Ministerrat, Wien, 9. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Streit, Welsersheimb, Kremer; abw. Ziemiałkowski, Conrad, Dunajewski.

I. Schließung des Triester Landtages. II. Zusammentritt der Kommission für die Feststellung der Ausführungsmodalitäten und der Kosten der Bahn Zenica–Sarajewo. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den pensionierten Oberstleutnantauditor Josef Lux in Mödling. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den niederösterreichischen Landesbuchhalter Josef Dworžak. V. Die Erhebungen hinsichtlich der Verhältnisse betreffend die Quellen des Teplitzer Beckens. VI. Frage der Teilnahme der Minister am Schützenfeste.

KZ. 85 – MRZ. 64

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 172 Ministerrat, Wien, 13. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Streit, Welsersheimb, Kremer; außerdem anw. Kubin, Lemayer; abw. Ziemiałkowski, Conrad, Dunajewski.

I. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Vizebürgermeister in Brünn, Johann Alexander Herlth. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirkshauptmann in Tarnobrzeg, Stanislaus Jakubowicz. III. Einbringung einer Regierungsvorlage im dalmatinischen Landtage betreffend die Konstituierung der Ortsgemeinde Spizza. IV. Antrag des Ackerbauministers betreffend die Lage des kleinen Grundbesitzes. V. Beantwortung der von den Abgeordneten Romanowicz und Genossen im galizischen Landtage gestellten Interpellation betreffend Reform der Wahlordnung für die Handelskammern in Galizien. VI. Wegen der Betriebsübernahme der Albrechtsbahn. VII. Über den Rekurs des Universitätsprofessors Dr. Franz Brentano in Wien betreffend die Verweigerung der Dispens von dem Ehehindernisse der höheren Weihen.

KZ. 86 – MRZ. 65

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 173 Ministerrat, Wien, 16. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; abw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Streit.

I. Beantwortung einer Anfrage des Eigentümers des „Tagblatt", Szeps, wegen Überreichung einer Offerte betreffend die Kapitalsbeschaffung für den Bau der Arlbergbahn. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Vizepräsidenten des Wiener Landesgerichtes, Hofrat Dr. Franz Miessriegler.

KZ. 87 – MRZ. 66

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 174 Ministerrat, Wien, 21. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; abw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Streit.

I. Frage der Schließung des galizischen Landtages. II. Übernahme des Betriebes der Albrechtsbahn. III. Einsetzung der Ersparungskommission. IV. Erlassung einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Anstellung von Unteroffizieren. V. Notizen über den Studentenkommers in der Schützenhalle.

KZ. 88 – MRZ. 67

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 175 Ministerrat, Wien, 28. Juli 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; abw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Streit.

I. Erwirkung der Ah. Auszeichnungen aus Anlass des ersten österreichischen Landesschießen in Wien. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den gewesenen Bürgermeister in Innsbruck, Dr. Josef Dinter. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Finanzministerium, Franz Lysek. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Titularlandesgerichtsrat Johann Schlager in Tulln. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandesgerichtsrat Dr. Johann Hitzinger in Wien.

KZ. 89 – MRZ. 68

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 176 Ministerrat, Wien, 3. August 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Kremer; abw. Ziemiałkowski, Conrad, Streit, Dunajewski.

I. Über die Zeitungsnachricht betreffend die Regelung der Frage der Heranziehung der Bewohner der Distrikte Ragusa und Cattaro zur Landwehrdienstpflicht. II. Erwirkung der Anerkennung des Ritterstandes für den Privaten Heinrich Maurer in Wien. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Industriellen Heinrich Schanzer in Tarnów. IV. Frage der Verleihung von Ah. Auszeichnungen aus Anlass der Ah. Reise Sr. Majestät nach Galizien. Nunmehrige Erstattung des au. Antrages wegen Verleihung der Geheimen Ratswürde an den griechisch-katholischen Erzbischof Sembratowicz in Lemberg. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Vizepräsidenten des Lemberger Landesgerichtes, Carl Lidl. VI. Erwirkung einer dekorativen Auszeichnung für den Präsidentenstellvertreter des Wiener Trabrennvereines, Franz Rückauf. VII. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes des schlesischen Landtages betreffend die Ausfolgung von für drei Jahre giltigen Jagdkarten.

KZ. 90 – MRZ. 69

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 177 Ministerrat, Wien, 11. August 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Pražák, Conrad, Welsersheimb, Kremer; abw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Streit, Dunajewski.

I. Frage der Ausschmückung der ärarischen Gebäude aus Anlass des Festes zur Feier des 50-jährigen Geburtstages Sr. Majestät. II. Regelung der Verhältnisse des Olmützer Domkapitels. III. Organisierung der theologischen Fakultät in Krakau. IV. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Erläuterung des Schulerrichtungsgesetzes hinsichtlich der Schulbezirke für Bürgerschulen. V. Wegen Sanktionierung des vom mährischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Gleichstellung der Gehaltsbezüge der Unterlehrerinnen mit jenen der Unterlehrer. VI. Wegen Sanktionierung des vom mährischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der §§ 51 und 55 des Schulerrichtungsgesetzes hinsichtlich des Schulgeldes. VII. Wegen Nichtsanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des § 9 des Gesetzes über den Landesschulfonds. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Abt des Benediktinerstiftes zu Braunau in Böhmen, Dr. Johann Rotter. IX. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Pfarrer Mathias Poppenberger in Wien. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Afrikareisenden Dr. Emil Holub. XI. Wegen Einbringung zur verfassungsmäßigen Behandlung des mit Belgien abgeschlossenen Vertrages wegen gegenseitiger Gewährung des Armenrechtes.

KZ. 91 – MRZ. 70

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 178 Ministerrat, Wien, 13. August 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Kremer; abw. Ziemiałkowski, Streit, Welsersheimb, Dunajewski.

I. Über die von Seite der ungarischen Regierung beabsichtigte Erwirkung Ah. Auszeichnungen für die Funktionäre der Südbahngesellschaft Friedrich Julius Schüler und Samuel Hahn. II. Über die Majestätseingabe der Bischöfe um Abhilfe des Priestermangels.

KZ. 93 – MRZ. 71

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 179 Ministerrat, Wien, 19. August 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Kremer; abw. Ziemiałkowski, Streit, Dunajewski.

I. Über eine beabsichtigte Arbeiterdemonstration in Wien. II. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Schulerrichtungsgesetzes hinsichtlich der Basis für die Schulumlagen. III. Wegen der Bestellung eines Kustosadjunkten am österreichischen Museum für Kunst und Industrie. IV. Erwirkung der Ah. Konzession zum Baue und Betriebe einer Lokaleisenbahn von Peček nach Zasmuk. V. Erwirkung der Ah. Konzession zum Baue und Betriebe einer Lokaleisenbahn von Smidar nach Hochwessely. VI. Erwirkung der Ah. Konzession zum Baue und Betriebe einer Lokaleisenbahn von Kaschitz nach Schönhof. VII. Vertretung des Handelsministers während seines Urlaubes im Monate August.

KZ. 94 – MRZ. 72

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 180 Ministerrat, Wien, 25. August 1880

P. Stummer; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb; abw. Ziemiałkowski, Kremer, Dunajewski.

I. Erwirkung der Ah. Sanktion des Beschlusses des niederösterreichischen Landtages vom 18. Jänner 1880, womit Letzterer dem von beiden Häusern des Reichsrates angenommenen Gesetzentwurfe betreffs der Bewilligung eines fixen Staatsbeitrages für die vom Lande Niederösterreich übernommenen ärarischen Straßen bestimmt. II. Einholung der Ah. Sanktion des vom oberösterreichischen Landtage beschlossenen Armengesetzes. III. Wegen Aufforderung der Landeschefs auf den Besuch der Gewerbefachschulen in aufklärender Weise einzuwirken. IV. Errichtung einer Staatsrealschule mit böhmischer Unterrichtssprache in der Landeshauptstadt Brünn. V. Vorläufige Besprechung wegen Besetzung des Statthalterpostens von Mähren, des demnächst in Erledigung kommenden Postens des Landespräsidenten in Kärnten, dann einiger Ratsstellen bei den Länderstellen und der beim Verwaltungsgerichtshofe erledigten Ratsstelle.

KZ. 95 – MRZ. 73

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 181 Ministerrat, Wien, 28. August 1880

P. Stummer; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb; abw. Ziemiałkowski, Kremer, Dunajewski.

I. Konzessionserteilung für die projektierte Lokalbahn von Chodan nach Neudek in Böhmen. II. Wegen Erteilung der Konzession zum Baue und Betriebe einer Lokalbahn von der Station Zauchtl der k. k. priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn nach Neutitschein in Mähren. III. Wegen Erwirkung der Ah. Sanktion des Gesetzentwurfes betreffend die Unterrichtssprache am Staats- und Obergymnasiums in Brody.

KZ. 96 – MRZ. 74

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 182 Ministerrat, Wien, 11. September 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Streit, Dunajewski; abw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Kremer.

I. Au. Antrag auf Ernennung des Freiherrn v. Korb zum Statthalter in Mähren. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Finanzprokurator in Wien, Hofrat Hermann Freiherrn v. Gödel-Lannoy.

KZ. 97 – MRZ. 75

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 183 Ministerrat, Wien, 13. September 1880 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; abw. Falkenhayn, Pražák, Conrad.

I. Wegen Pensionierung des Vizepräsidenten und Finanzlandesdirektors in Prag, Moriz Ritter v. Czikann und Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für denselben. II. Vorschlag wegen Versetzung des Sektionschefs im Finanzministerium Emil Freiherrn v. Chertek auf den Posten eines Vizepräsidenten und Finanzlandesdirektors in Prag.

KZ. 98 – MRZ. 76

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Schönbrunn, 27. September 1880.

Nr. 184 Ministerrat, Wien, 13. September 1880 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin; abw. Falkenhayn, Pražák, Conrad.

I. Frage der Einberufung des niederösterreichischen Landtages behufs der Votierung einer Hilfeleistung des Landes für die durch Elementarunfälle Betroffenen. II. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes, womit der Stadt Prag die Aufnahme eines Anlehens von zwei Millionen Gulden zu Schulbauzwecken bewilligt wird. III. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Erläuterung und Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeinde- und Gemeindewahlordnung und des Bezirksvertretungsgesetzes für Böhmen hinsichtlich Anrechnung der Zuschläge zu den direkten Steuern. IV. Wegen Nichtsanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 19 des Bezirksvertretungsgesetzes. V. Wegen Ausfolgung des quotenmäßigen Beitrages für ein gemeinsames Nachtragserfordernis von 350.000 fl. für Truppenunterkunfts- und Straßenherstellungen im Limgebiete. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularoberfinanzrat in Innsbruck, Johann Fink.

KZ. 99 – MRZ. 77

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 12. Oktober 1880.

Nr. 185 Ministerrat, Wien, 18. September 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; abw. Falkenhayn.

I. Haltung für die Verhandlungen in der Zoll- und Handelskonferenz hinsichtlich der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien und hinsichtlich der Donaufrage. II. Besetzungsvorschlag für die Oberlandesgerichts-Präsidentenstelle in Brünn. III. Wegen Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Unterstaatssekretär im ägyptischen Finanzministerium, Blum Pascha. IV. Wegen Hinausgabe eines Erlasses an die Landeschefs zur Abforderung einer Äußerung derselben über die Reform der Verwaltung.

KZ. 101 – MRZ. 78

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 12. Oktober 1880.

Nr. 186 Ministerrat, Wien, 24. September 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin.

I. Landsturmfrage. Prinzipien. Taktik des Vorgehens. II. Über die in Budapest hinsichtlich des gemeinsamen Budgets gepflogenen Beratungen. III. Bericht über die Verhandlungen der Zoll- und Handelskonferenz in Budapest bezüglich des serbischen Handelsvertrages und der Do-

naufrage. IV. Einberufung des niederösterreichischen Landtages zu einer außerordentlichen Session. V. Wegen Sanktionierung des vom oberösterreichischen Landtag beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Aufnahme eines Darlehens von 200.000 fl. durch die Stadtgemeinde Linz behufs eines Beitrages zum Baue der Kremstalbahn. VI. Wegen Ah. Genehmigung der vom steiermärkischen Landtage gefassten Beschlüsse betreffend die Einhebung von indirekten Auflagen zur Bedeckung des Defizits im Landesbudget für 1881. VII. Wegen Sanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Konstituierung der Gemeinde Spizza. VIII. Wegen Sanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 18 der Gemeindewahlordnung für Dalmatien. IX. Nichtsanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 12 der Gemeindewahlordnung für Vorarlberg. X. Eindruck der Ernennung des Freiherrn v. Korb zum Statthalter in Mähren. Frage der Besetzung des Postens des Landespräsidenten in Kärnten. XI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den französischen Oberforstrat Gabriel Demontzey.

KZ. 105 – MRZ. 79

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 12. Oktober 1880.

Nr. 187 Ministerrat, Wien, 27. September 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin.

I. Wegen Finalisierung der Vorlage betreffend den Ausbau der Bosnatalbahn von Zenica nach Sarajewo. II. Über einige Differenzpunkte betreffend den Entwurf einer Militär-Strafprozessordnung. III. Wegen Behandlung des Zirkularerlasses betreffend die Verwaltungsreform. IV. Wegen Sanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffs Abänderung des § 26 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes. V. Wegen Einschreitens gegenüber Parteitagsemanationen.

KZ. 106 – MRZ. 80

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 188 Ministerrat, Wien, 28. September 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Aktionsprogramm des Handelsministers. Insbesondere Verstaatlichung der Eisenbahnen. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Realitätenbesitzer in Mödling, Franz X. Prutsch. III. Wegen Sanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Änderung des § 12 des Feldschutzgesetzes. IV. Wegen Sanktionierung des vom oberösterreichischen Landtages beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Änderung des Gesetzes über die Schonzeit des Wildes. V. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Hintanhaltung und Vertilgung der Schmarotzerpflanze Kleeseide.

KZ. 107 – MRZ. 81

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 189 Ministerrat, Wien, 1. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; abw. Conrad.

I. Frage der Änderung der Rübenzuckerbesteuerung. Teilnahme an einer internationalen Konferenz über die Frage der Zuckerexportprämien. II. Mitteilung der nun festgestellten Ziffer des Voranschlages des Reichskriegsministeriums für 1881.

KZ. 108 – MRZ. 82

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 190 Ministerrat, Wien, 4. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den k. k. Bergrat und Bergdirektor in Witkowitz, Albert Andrée. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landesgerichtsrat in Lemberg, Leon Budzynowski.

KZ. 109 – MRZ. 83

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 191 Ministerrat, Wien, 6. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Possinger (bei Punkt II); abw. Welsersheimb.

I. Über die vom ungarischen Finanzminister ausgesprochene Erklärung in Betreff der diesseitigen Zusicherung wegen Durchbringung der Petroleumsteuervorlage. II. Frage des Einschreitens gegenüber dem auf den deutsch-österreichischen Parteitag Bezug nehmenden Beschlusse des Wiener Gemeinderates.

KZ. 110 – MRZ. 84

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 192 Ministerrat, Wien, 8. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski, abw. Falkenhayn.

I. Wegen Ah. Genehmigung des vom Krainer Landtage gefassten Beschlusses wegen Einhebung 18 %iger Normalschulfonds-Landesumlage. II. Wegen Sanktionierung des vom schlesischen Landtage angenommenen Gesetzentwurfes betreffend die Regelung der Personal- und Dienstesverhältnisse des der bewaffneten Macht angehörigen Lehrstandes an den öffentlichen Volks-

schulen. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Landesschulinspektor Dr. Ernst Gnad in Triest. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberrealschuldirektor Schulrat Dr. Valentin Teirich in Wien. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Subsenior des Benediktinerstiftes Admont, Pater Moriz v. Angelis. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den fürstbischöflichen Generalvikar, Dechant und Pfarrer in Teschen, Franz Śniegon. VII. Stand der Verhandlungen betreffend den Gesetzentwurf über den Ausbau der Bosnatalbahn. VIII. Über die Entwürfe betreffend die Regelung des Schießstandswesens und den obligatorischen Landsturm.

KZ. 111 – MRZ. 85

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 193 Ministerrat, Wien, 14. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat und Präsidentenstellvertreter der Polizeidirektion in Wien, Anton Weiß. II. Wegen der beabsichtigten Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hofsekretär des Obersten Rechnungshofes, Karl Ritter v. Schurda. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat am Obersten Gerichtshofe, Adolf Popelka. IV. Wegen Sanktionierung des vom Bukowinaer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Personal- und Dienstverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen Volksschullehrer. V. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes, womit das Landesgesetz wegen Regulierung des Göllersbaches außer Kraft gesetzt wird. VI. Wegen Sanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend einige Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern. VII. Wegen Sanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die fernere Erhaltung der Ennsregulierungsbauten. VIII. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Verteilung und Erleichterung der Einquartierungslast.

KZ. 113 – MRZ. 86

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 194 Ministerrat, Wien, 14. und 15. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer (nur am 14., am 15. krank), Dunajewski; außerdem anw. Schmidt (nur am 15. anwesend).

[I.] Wegen Konzessionierung der k. k. privilegierten Länderbank.

KZ. 115 – MRZ. 87

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 195 Ministerrat, Wien, 15. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Kubin; abw. Kremer.

I. Zirkularerlass an die Landesstellen betreffend Gutachtens über die Reform der Verwaltung. II. Fühlungnahme mit dem Vetrauensmännerkomitee der Rechten des Abgeordnetenhauses.

KZ. 114 – MRZ. 88

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 196 Ministerrat, Wien, 20. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Mitteilung über die Teilnahme der Minister an der Vertrauensmännerversammlung der Rechten. II. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzesentwurfes betreffend Abänderung des Landesgesetzes über die Orts- und Bezirksschulbehörden. III. Wegen weiterer Zugestehung von Unterstützungsgenüssen aus dem gräflich Windhag'schen Stipendienfonde an die Schwestern Katharina und Anna v. Kirchstetter. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Regierungsrat und Generalinspektor der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen, Eugen Hörner. V. Erwirkung des Sternes zum Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens für den Betriebsdirektor der Bayrischen Verkehrsanstalten, Heinrich v. Bachauser. VI. Wegen Beantragung der Ernennung des Hofrates und Finanzlandesdirektors in Innsbruck Benjamin Possaner v. Ehrenthal zum Sektionschef im Finanzministerium und wegen Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Ministerialrat im Finanzministerium, Andreas Ritter v. Baumgartner. VII. Wegen Ausgleichung bzw. Überbrückung der Differenz beim Gesetzentwurfe über den Ausbau der Bosnatalbahn betreffend die Verwendung des Bahnerträgnisses zur Tilgung des Baukapitales. VIII. Übung der Einflussnahme der beiderseitigen Regierungen auf die Richtung und Prinzipien der Verwaltung Bosniens. IX. Anberaumung der Beratung zur Austragung der Budgetdifferenzen.

KZ. 116 – MRZ. 89

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 197 Ministerrat, Wien, 22. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Enthebung des niederösterreichischen Landesmarschalls Abt Helferstorfer von dem Landmarschallsposten. Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für denselben. Neubesetzung der Posten der Landtagsfunktionäre. II. Wegen Sanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Erlassung einer Feuerpolizei- und Feuerwehrordnung.

KZ. 117 – MRZ. 90

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 198 Ministerrat, Wien, 22. und 23. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Auerhammer, Borutzky (am 23. Oktober), Held.

[I.] Austragung der Ersparungsdifferenzen zur Feststellung des Voranschlages für 1881.

KZ. 118 – MRZ. 91

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 199 Ministerrat, Wien, 23. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Ziemiałkowski, anw. Falkenhayn, Pražák, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Ender; abw. Taaffe (von Sr. Majestät nach Budapest berufen), Conrad.

I. Wegen Sanktionierung des vom oberösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern. II. Wegen Sanktionierung des vom dalmatischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Aufforstung der zur Waldkultur bestimmten Grundstücke. III. Über das Gesuch der Boden-Credit-Anstalt um Genehmigung eines mit Treffern dotierten Verlosungsplanes für die Ausgabe von mit 3 % verzinslichen Kommunalobligationen im Betrage von 40 Millionen Gulden.

KZ. 122 – MRZ. 92

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 200 Ministerrat, Wien, 28. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer; abw. Dunajewski (befand sich über Ah. Befehl in Budapest).

I. Wegen Sanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 37 des Schulerrichtungsgesetzes. II. Wegen Sanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung des Normalschulfonds-Beitrages und Einhebung eines Schulbeitrages aus Verlassenschaften. III. Wegen Aufnahme der Kongregation von der Auferstehung unseres Herrn Jesu Christi, zunächst in Galizien. IV. Verfügung hinsichtlich der Leitung der statistischen Zentralbehörde. Reform des statistischen Dienstes. V. Wegen Sanktionierung des vom Bukowinaer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Sektionschef des Ackerbauministeriums Ernst Ritter Weber v. Ebenhof. VII. Vorgehen gegenüber der Stellungnahme Ungarns in Sachen der Elbeakte. VIII. Vorgehen gegenüber der Haltung Ungarns in der Angelegenheit der Regulierung des Eisernen Tores an der Donau. IX. Definitive Vereinbarung des Gesetzentwurfes über den Ausbau der Bosnatalbahn.

KZ. 123 – MRZ. 93

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 201 Ministerrat, Wien, 30. Oktober 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Harrasowsky; abw. Conrad.

I. Wegen Sanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Festsetzung eines Servitutenanmeldungstermines für den Bezirk Montafon. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Finanzlandesdirektor in Brünn, Hofrat Heinrich Inquart. III. Expertise hinsichtlich der Verkaufsfähigkeit des Brüxer Kohlenwerkes. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberrechnungsrat Rudolf Lubich in Lemberg. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Beschränkung der Exekution auf die Bezüge der im öffentlichen Dienste stehenden Personen.

KZ. 124 – MRZ. 94

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 202 Ministerrat, Wien, 3. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Feingehaltstoleranz bei der Ausprägung der Goldmünzen. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend ein Übereinkommen mit dem ungarischen Ministerium wegen Vermehrung der Kupferscheidemünzen. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Großhändler in Prag, Anton Kukuk. IV. Erwirkung des Adelsstandes für den Rechtskonsulenten der Oesterreichisch-ungarischen Bank Zeno Pogłodowski. V. Einbringung des Gesetzentwurfes wegen Aushebung der Rekrutenkontingente im Jahre 1881. VI. Über den Antrag auf Ernennung des Landesgerichtsrates in Zara Josef Piperata zum Rate des dalmatinischen Oberlandesgerichtes.

KZ. 125 – MRZ. 95

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 203 Ministerrat, Wien, 8. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Auerhammer, Huber; abw. Welsersheimb.

I. Antrag auf Einberufung des Reichsrates für den 30. November 1880. II. Erledigung von Beschwerden gegen den Vorgang bei Feststellung der Wählerlisten für den oberösterreichischen Großgrundbesitz anlässlich der Reichsratsnachwahlen aus demselben. III. Feststellung des Finanzgesetzentwurfes für 1881. IV. Einbringung von Gebäudesteuervorlagen.

KZ. 126 – MRZ. 96

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 204 Ministerrat, Wien, 9. November 1880

RS. fehlt; Abschrift von Tagesordnungspunkt IV; Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung: HHStA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1880.
P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Wittek; abw. Welsersheimb.

I. Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Beitragsleistung der aus einem anderen Lande übertretenden Volksschullehrer zur Pensionskasse. II. Erwirkung der Ah. Sanktion für zwei vom dalmatinischen Landtage beschlossene Gesetzentwürfe betreffend Erhöhung der Dienstesbezüge der Volksschullehrer und betreffend den Beitrag der Gemeinden zum Landesschulfonds. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Professor an der Lemberger Universität, Dr. Lorenz Zmurko. IV. Verhandlungen wegen Erwerbung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn für den Staat.

KZ. 127 – MRZ. 97

[I. – III. fehlt.]

IV. *Quelle: Abschrift in* AVA., HM., Präs., Karton 837, Fasz. Ministerratsprotokolle.

Der Handelsminister referiert über die bezüglich der Erwerbung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn eingeleiteten Verhandlungen[1]. Gemäß der bei der Annahme des Prinzips der Verstaatlichung der Eisenbahnen[2] vom Ministerrate erhaltenen Ermächtigung, mit den Bahnen in Verhandlung zu treten, wurden sofort Verhandlungen mit der Südbahn und Kaiserin-Elisabeth-Westbahn begonnen. Mit der Südbahn, bei welcher es sich übrigens nur um die Gewährung von Tariferleichterungen handelte, sei es bisher zu keinem Resultate gekommen.

Hingegen haben die Verhandlungen mit der Westbahn eine wesentliche Annäherung ergeben und seien soweit gediehen, dass in den nächsten Tagen entweder ein Abschluss oder der Abbruch werde ins Auge gefasst werden müssen.

Weshalb die Verstaatlichung, wenn eine solche ernsthaft angestrebt wird, mit der Westbahn zu beginnen komme, liege auf der Hand. Durch die Gewinnung der Westbahn werde vor allem die Verbindung von Wien aus mit der Rudolfsbahn[3] und mit der Niederösterreichischen Staatsbahn[4] erlangt; hiedurch sichern wir uns den freien Verkehr mit der Schweiz, mit Frankreich und Süddeutschland und machen die Arlbergbahn zu dem, was sie sein soll[5]. Hiedurch allein bekommen wir in tarifpolitischer Beziehung eine maßgebliche Stellung, sowohl

---

1 *Die Frage der Verstaatlichung von Bahnlinien war zur Sprache gekommen in MR. v. 5. 11. 1879/XI, MR. II v. 18. 11. 1879/I und MR. v. 28. 9. 1880/I (alle liegen nicht ein).*

2 *Mit dem Thema der Verstaatlichung von Privatbahnen (Gesetz v. 14. 12. 1877,* die garantierten Eisenbahnen betreffend*, das sogenannte Sequestrationsgesetz,* RGBl. Nr. 112/1877*) beschäftigten sich besonders MR. v. 10. 11. 1876/XI, MR. II v. 23. 11. 1876, MR. v. 6. 2. 1877/X, MR. v. 11. 3. 1877/X und MR. v. 11. 12. 1877/IV (liegen alle nicht ein).*

3 *Die Kronprinz-Rudolf-Bahn war mit 1. 1. 1880 in staatliche Verwaltung übergegangen, beraten in MR. II v. 23. 12. 1879/V (liegt nicht ein); siehe dazu den entsprechenden Artikel in* RÖLL, Enzyklopädie des Eisenbahnwesens VII: 2. *In MR. v. 11. 1. 1884/VII kam ihre Verstaatlichung zur Sprache.*

4 *Die Niederösterreichischen Staatsbahnen bestanden aus der Linie St. Pölten–Leobersdorf samt Zweigbahnen. Ihre Konzessionierung und Geldmittelbeschaffung zum Bau aus Staatskosten wurde beraten in MR. v. 9. 5. 1874/IX, MR. I v. 29. 10. 1874/II, MR. v. 7. 2. 1876/XI und MR. v. 3. 3. 1876/XVI (liegen alle nicht ein).*

5 *Zur Vorarlberger Bahn siehe MR. v. 24. 6. 1882/III.*

der Schweiz und Süddeutschland als Ungarn gegenüber[6]. Je länger man aber zögert, und je mehr der Bau der Arlbergbahn vorschreitet, desto teurer und wertvoller werde die Kaiserin-Elisabeth-Westbahn.

Die Bahn sei auch, was sehr ins Gewicht fällt, nicht etwa notleidend, sondern vollständig aktiv, und zwar geben die Hauptlinien sowie die ungarantierten Nebenlinien erhebliche Überschüsse. Für die garantierten Linien Salzburg–Tirol und Linz–Budweis ändere sich in dem bisherigen Verhältnisse nichts, wenn der Staat die Bahn erwirbt.

Die Unterhandlungen hatten den Zweck ein Übereinkommen zustande zu bringen, das dem Staate sofort es ermöglicht, den Betrieb der Elisabeth-Westbahn zu übernehmen, aber gleichzeitig die Bedingungen festsetzt, unter welchen der Staat später, sobald der Kuponstreit mit den deutschen Prioritätsbesitzern beglichen sein werde, in das Eigentum der Bahn eintreten könne.

Es stelle sich dieser Vorgang deshalb als unabweislich heraus, weil, solange der Kuponstreit nicht beendigt sei, es gerade im Interesse der Begleichung dieses Konfliktes nicht gut wäre, wenn der Staat anstelle der Gesellschaft als Eigentümer auftreten würde. Die Bedingungen, unter welchen ein solches Übereinkommen von der Regierung in Aussicht genommen würde, seien folgende:

1. Übernahme durch den Staat aller Aktiven und Passiven der Gesellschaft, einschließlich aller Reserve- und Spezialfonds, welche Fonds sehr bedeutend seien.
2. Übernahme durch den Staat der Zahlung der Kupons und der Tilgung der Prioritäten.
3. Bezahlung der Kupons der Aktien der Tiroler Linien und der Linz–Budweiser Linie in demselben Ausmaße wie bisher, das ist, mit 5 % in Silber.
4. Bezahlung der Kupons der Hauptlinie Wien–Salzburg–Passau, der zuletzt mit 10 fl. 50 kr. (per 200 fl. Conventionsmünze) eingelöst wurde, mit 11 fl.

Aufgrund dieser Vorschläge fanden längere Verhandlungen statt, aus denen sich die Möglichkeit einer Verständigung erkennen ließ. Der Verwaltungsrat stelle jedoch folgende Forderungen[7]:

1. Zahlung von 12 fl. per Kupon der Hauptlinie statt 11 fl.
2. Zusicherung eines Pauschalbetrages von 50.000 fl. jährlich für Verwaltungsratsspesen für die Dauer von 10 Jahren.
3. Übernahme der Valutadifferenz aus den eventuellen Vergleiche mit den deutschen Prioritätsbesitzern im Betrage von 105.000 fl.
4. Zusicherung der Option an die Aktionäre auf den Umtausch der gegenwärtigen Aktien in auf den Bahnkörper intabulierte und amortisable 5 % Goldtitres zum Kurse von 10 fl. Gold für 12 fl. Papier, also mit Zugrundelegung eines Agios von 20 %. Und zwar solle für diesen Umtausch der Termin von vier Jahren festgesetzt werden.

Diesen Forderungen gegenüber habe sich der Handelsminister bisher ablehnend verhalten.

Nachdem die Ansicht des Finanzministers, mit dem er hierüber das Einvernehmen gepflogen habe, mit der Einlösung der Kupons der Aktien I. Emission nicht höher als bis 17 fl. 50 kr. zu gehen zu gehen wäre, wolle er sich strenge darnach halten, wenngleich er bei solcher

---

6 *Zur stärkeren Position Ungarns in Eisenbahnfragen wegen der stärker ausgebauten Staatsbahnen siehe die Wortmeldung Pinos in MR. v. 1. 6. 1882/I.*

7 *Im Oktober 1880 fanden mit der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn* vertrauliche Vorbesprechungen statt*, Erwähnung in* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1754/1880.

Haltung nicht ganz ohne Besorgnis des Misserfolges sei. Denn die Rechnungen zeigen, dass selbst bei 12 fl. per Kupon das Geschäft noch immer für den Staat vorteilhaft sei, und zwar pekuniär vorteilhaft im Vergleiche zu seinem gegenwärtigen Verhältnisse zur Gesellschaft. Von den eisenbahnpolitischen Vorteilen wolle er nicht sprechen, die ein solches Angebot jedenfalls rechtfertigen würden. Bei den deutschen und ungarischen Bahnen stelle sich die Bewertung des Kupons viel höher.

Was die Forderung wegen der Option betreffe, so sei dies der wesentliche Punkt nach dem Preise des Kupons. Finanziell würde der seinerzeitige Umtausch der Aktien in Eisenbahntitres mit Goldzinsen sehr zu empfehlen sein. Ohne dies zuzugestehen, halte er einen Abschluss mit 17 fl. 50 kr. per Kupon für ganz unmöglich. Er sei umso mehr hievon überzeugt, da er in einem Punkte der Gesellschaft unbedingt entgegentreten müsste. Es sei dies die Festsetzung eines fixen Termines für den Eintritt des Optionsrechtes ohne Rücksicht auf die Erledigung des Kuponstreites. Denn er müsse die Ausübung des Optionsrechtes jedenfalls abhängig machen von der Beendigung des Kuponstreites. Gelänge es hierüber mit dem Verwaltungsrat sich zu verständigen, so wäre die größte Schwierigkeit beseitigt, misslinge dies, so müsste man, um zu einem Abschlusse zu kommen, für den Kupon ein höheres Angebot machen als 17 fl. 50 kr.

Mit Rücksicht auf den Wunsch des Finanzministers, die Ziffer von 17 fl. 50 kr. für den Kupon der Hauptlinien festzuhalten, müsse daher der Ausgang darin gesucht werden, dass eine Modalität gefunden werde, die es ermöglicht, die Option auf Goldtitres in Aussicht zu stellen, wobei jedoch das Optionsrecht erst eintritt nach Beendigung des Kuponstreites.

Ministerialrat Ritter v. Wittek legt hinsichtlich des Punktes der Kuponeinlösung dar, dass wenn selbst auf die Forderung der Einlösung des Kupons der Aktien I. Emission mit 12 fl. (gegenüber der jetzt faktisch bezahlten 5 %igen Dividende per 10 fl. 50 kr.) eingegangen würde, die Bedingungen der Einlösung an sich und im Vergleiche zu ähnlichen Operationen keineswegs als ungünstige sich darstellen. Ein nahes Vergleichsobjekt bilde die Theißbahn, welche unlängst von der ungarischen Regierung übernommen wurde[8] und welche beiläufig dieselben Verkehrsbedingungen habe wie die Westbahn.

Der ungarische Staat zahle für die Theißbahnaktie eine Dividende von 7,35 % = 14 fl. 70 kr. Und damit um 1,4 % mehr als die Bahn im Durchschnitte des letzten Quinquenniums faktisch getragen hat (5,95 %). Die Einlösung des Kupons der Elisabethbahnaktie mit 12 fl. würde eine Verzinsung mit 5,7 %, also nur um 0,7 % mehr betragen als die 5 %ige Durchschnittsdividende der letzten fünf Jahre.

Ein Vergleich mit den Einlösungen der Magdeburg–Halberstädter-Bahn, der Köln–Mindner-Bahn und der rheinischen Eisenbahn[9] zeige, dass auch diese Bahnen mit absolut höheren Beträgen eingelöst wurden. Wurde nicht die faktisch gezahlte Dividende, sondern der zur Dividendenzahlung verfügbare Reinertrag in Anschlag gebracht, so ergebe sich, dass die Elisabethbahn eine weit höhere Dividende, als sie in den letzten Jahren ausfolgte, hätte zahlen können, die sie aus Rücksicht der Vorsorge den Reservefonds zuführte. Zu diesen Zwecken wurden in den letzten drei Jahren durchschnittlich 550.000 fl. reserviert, was einer

---

8 *Zur Ursache der Verstaatlichung der Theißbahn 1880 siehe* Gonda, Geschichte der Eisenbahnen in Ungarn, 401.

9 *Zur parallel zu Cisleithanien sich vollziehenden Verstaatlichung der preußischen Bahnlinien siehe* Röll, Enzyklopädie des Eisenbahnwesens VIII: 121.

Superdividende von 2 fl. 75 kr. per Aktie und somit der Erhöhung der Jahresdividende auf 1 fl. 25 kr. entsprochen hätte. Die Bahn sei jedenfalls in der Lage, durch ihre eigene Ertragsfähigkeit die aus dem Ankauf für den Staat erwachsenden Lasten zu bedecken.

In dieser Richtung zeige eine im Handelsministerium durchgeführte Berechnung, dass die Lasten des Ankaufs gegenüber jenen der Staatsgarantie selbst bei einer Dividende von 12 fl. für die Aktie I. Emission und bei Annahme von Durchschnittsziffern für die Nebeneinnahmen (ungarantierte Linien etc.), welche den ungünstigsten Verhältnisse Rechnung tragen, in den ersten zehn Jahren bis zum Jahre 1891 einen Abgang von höchstens 25.000 fl. ergeben, indes für die spätere Zeit beträchtliche Ersparnisse zu gewärtigen seien.

Werden den angenommenen Konstanten und wesentlich ungünstigere Ziffern die faktischen Ergebnisse des Jahres 1879 substituiert, so stehe einer faktischen Nettogarantie-Jahreslast von 2,917.000 fl. im Ankaufsfalle eine Nettozahlung von 2,742.000 fl. gegenüber, was ein Ersparnis von 174.000 fl. bedeute. Zu einem ähnlichen Ergebnisse gelange man, wenn man die mathematischen Jahreslasten des Gesamtanlagekapitals, welches einschließlich einer schwebenden Kapitalspost von 900.000 fl. mit Ende 1880 173,700.000 fl. beträgt und woraus sich die 5,1 %ige Jahreslast mit 8,860.000 fl. berechnet, in Vergleichung bringt mit dem garantierten und sonstigen Reinertrage des Unternehmens von 9,290.000 fl. Hiernach erübrigt für die Bestreitung der im Ankaufsfalle über die 5,1 %ige Annuität zu übernehmenden Lasten, welche bei 12 fl. Aktiendividende 455.000 fl. erreichen, ein verfügbarer Jahresbetrag von 430.000 fl., mithin ein unbedeckter Rest von nur 25.000 fl.

Ministerialrat Ritter v. Wittek macht ferner auf die Vorteile aufmerksam, welche bei dem Anbot von in Gold verzinslichen Titres an die Aktionäre in finanzieller Hinsicht für den Staat zu erzielen sein dürften. Derselbe wäre bei Annahme einer Konversion der Aktien I. Emission auf einen Nominalbetrag von 190 fl. Gold und der Aktien II. und III. Emission auf 160 fl. Gold gegenüber der Zahlung von 12 fl. Noten und beziehungsweise 10 fl. Silber auf 172.000 fl. zu beziffern.

Der Finanzminister erklärt, dass er mit Rücksicht auf das bereits anerkannte Prinzip sowie in Anbetracht der volkswirtschaftlichen Vorteile, welche die Erwerbung der Elisabeth-Westbahn darbiete, für die beabsichtigte Transaktion sei.

Was die Bedingungen derselben anbelange, so müsste sich der Finanzminister für den Fall, als heute schon die Bedingungen für den Vertragsabschluss endgiltig festgesetzt werden sollten, noch eine nähere aktenmäßige Prüfung der Sache vorbehalten. Anders wäre es jedoch, wenn es jetzt nur gelte, eine Basis für die weiteren Verhandlungen aufzustellen, und dem Ministerrate die Genehmigung des Vertragsentwurfes noch vorbehalten bliebe.

Unter letzterer Voraussetzung würde der Finanzminister zustimmen, dass eventuell auch bis zum Einlösungsbetrage von 12 fl. für den Kupon der Aktie I. Emission hinausgegangen würde, falls die übrigen Bedingungen entsprechend gestaltet würden und wenn überhaupt die der Berechnung zugrunde liegende Annahme richtig sei, dass in Zukunft die Verwaltung der Bahn nicht kostspieliger sein werde als jetzt. In dieser Beziehung möchte der Finanzminister versichert sein, ob nicht durch die Übernahme der Bahn an sich (er wolle von den 500.000 fl. für Verwaltungsratspesen absehen) die Verwaltungskosten sich erhöhen dürften und ob nicht dieserhalb für die Zentralleitung ein Handelsministerium ein Materialaufwand sich herausstellen würde.

Hinsichtlich des Punktes des Umtausches der Aktien in goldverzinsliche Eisenbahntitres macht der Finanzminister darauf aufmerksam, dass abgesehen von der Terminsfrage die Modalität des Umtausches in besondere Erwägung zu nehmen sein werde und müsste er sich jedenfalls eine entsprechende Einflussnahme auf die Formulierung der diesbezüglichen Verpflichtung vorbehalten.

Der Handelsminister bemerkt, dass es sich allerdings jetzt nur um die Feststellung der Bedingungen handle, welche als Basis für die weiteren Verhandlungen mit der Gesellschaft dienen sollen, und dass daher die definitive Genehmigung des Vertragsentwurfes jedenfalls dem Ministerrate noch vorbehalten bleibe. Hinsichtlich der vom Finanzminister aufgeworfenen Frage über die künftigen Kosten der Verwaltung bemerkt der Handelsminister, dass man allerdings in den ersten zehn Jahren an den Verwaltungsratskosten nichts ersparen werde, da der auszuwerfende Spesenbetrag von 50.000 fl. beiläufig den jetzigen betreffenden Kosten entspreche. Was aber die Verwaltung im Übrigen anbelange, so werde sie sich in der Staatsregie nicht nur nicht kostspieliger, sondern bedeutend billiger gestalten müssen. Unter den jetzigen Verhältnissen müsse die Elisabeth-Bahn wegen der verschiedenen Nebenlinien und Nebenbetriebe eine siebenfache Betriebsrechnung führen. Unter der Staatsverwaltung werde sich die Rechnungsführung zusammenlegen lassen. Eine weitere Ersparung werde sich aber erzielen lassen durch die Zusammenlegung der Elisabeth-Bahn mit der Rudolfsbahn. Man berechne die diesfällige Ersparung mit einem Betrage von 150.000 fl. bis 200.000 fl. Wenn der Handelsminister auch die Errichtung eines so bedeutenden Ersparungsergebnisses in Zweifel ziehe, so sei es doch gewiss, dass die Verwaltung sich jedenfalls billiger gestalten werde. Dergleichen werde für die Zentralleitung ein höherer Auswand nicht erforderlich sein.

Die Geschäfte der Zentralleitung werden bei der Staatsregie nicht größer sein können, als sie es jetzt seien. Ja, bei der Zusammenlegung der Elisabeth-Bahn mit der Rudolfsbahn werden sich die bezüglichen Zentralleitungsgeschäfte sogar vermindern müssen.

Was die Bedingungen anbelange, so nehme er Akt von der Erklärung des Finanzministers, bei der Kuponseinlösung äußerstenfalls bis 12 fl. zu gehen, obwohl er selbst bei der weiteren Verhandlung trachten wolle, womöglichst bei der Basis von 17 fl. 50 kr. zu bleiben.

Bezüglich des Punktes der Goldtitres erkenne er die Wichtigkeit der vom Fianzminister betonten Modalität des Umtausches vollkommen an und habe er deshalb vor, sich mit dem Finanzminister hinsichtlich der Formulierung dieses Punktes in das spezielle Einvernehmen zu setzen.

Der Handelsminister erbittet sich demnach die Ermächtigung des Ministerrates zur Weiterführung der Verhandlungen im Einvernehmen mit dem Finanzminister auf Basis der Zugestehung der Kuponeinlösung mit 17 fl. 50 kr. und äußerstenfalls mit 12 fl. sowie der Zugestehung des Aktienumtausches in Goldtitres mit dem, dass hinsichtlich der Formulierung der Modalität dieses Umtausches eine vorherige Vereinbarung zwischen ihm und dem Finanzminister getroffen werde sowie endlich, dass er und der Finanzminister zu einer Vertragsabschließung auf der vorgedachten Basis vorbehaltlich der weiteren Genehmigung schreiten könne.

In der Diskussion erklärt sich Minister Dr. Ziemiałkowski auf das Wärmste für die Transaktion und in Anbetracht dessen, dass man bei einer notwendigen Maßregel selbst Opfer nicht scheuen dürfe, auch dafür, dass für die Kuponeinlösung eventuell bis auf 12 fl. gegangen werde.

Der Ackerbauminister erklärt sich dafür, mit dem Vorbehalte, dass mit der Annahme des Prinzipes der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht unbedingt ausgesprochen sei, dass der Staat die übernommenen Bahnen auch in eigenem Betriebe haben müsse.

Minister Dr. Pražák stimmt für die Transaktion und auch für die eventuelle Kuponseinlösung mit 12 fl. unter der Voraussetzung, dass bei den Übernahmsbedingungen das Recht des Staates auf Übernahme der Bahn am Ende der Konzession entsprechend in Berechnung gezogen werde. Würde hinsichtlich des Umtausches der Aktien in Goldtitres das Optionsrecht der Regierung vorbehalten, so könnte man dafür hinsichtlich der Kuponseinlösung selbst über den Betrag von 12 fl. hinausgehen.

Der Minister für Kultus und Unterricht und der Justizminister erklären sich für die Transaktion mit der eventuellen Einlösung der Kupons um 12 fl.

Sonach wird dem Handelsminister vom Ministerrat einhellig die erbetene Ermächtigung erteilt[10].

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 205 Ministerrat, Wien, 13. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone I. Klasse für den Statthalter Caspar Grafen Lodron.[1] II. Vorschlag wegen Besetzung der Stelle eines Landespräsidenten in Kärnten. III. Erwirkung des Titels eines Statthalterei-Vizepräsidenten für den Hofrat bei der Statthalterei in Linz, Lothar Fürsten Metternich. IV. Über die zu ergreifenden Maßregeln um dem Niedergange der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zu steuern. V. Vorschlag wegen Ernennung eines Finanzdirektors für Krain. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Generalsekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Gustav Leonhardt. VII. Wegen Sanktionierung

---

10 *Die Frage der Verstaatlichung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn war noch Thema in MR. v. 20. 12. 1880/III, MR. v. 22. 12. 1880/II und MR. v. 28. 12. 1880/IX (liegen nicht ein). Gegenstand war das Übereinkommen der Regierung mit der Bahn* betreffend die Betriebs-Übernahme und eventuelle Einlösung der *Kaiserin Elisabeth-Bahn* durch den Staat*, das am 24. 12. 1880 unter Vorbehalt der Zustimmung des Ministerrates geschlossen wurde und dem am 28. 12. 1880 der Ministerrat seine Zustimmung gab,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1805/1880*. Der entsprechende vom Reichsrat zu votierende Gesetzentwurf kam zur Sprache in MR. v. 26. 1. 1881/IV und MR. v. 5. 2. 1881/IV (liegen nicht ein). Das Gesetz v. 23. 12. 1881 war – nach Annahme durch den Reichsrat auf Vortrag Pinos v. 19. 12. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4909/1881 – *mit Ah. E. v. 23. 12. 1881 sanktioniert worden,* Rgbl. Nr. 141/1881*. In MR. v. 19. 12. 1881/VI und MR. v. 11. 2. 1882/VI (liegen nicht ein) wurde die Organisierung des Staatseisenbahnbetriebes auf den westlichen Staatsbahnen und vom Staat betriebenen Privatbahnen beraten, Verordnung des Handelsministeriums v. 26. 2. 1882,* Rgbl. Nr. 25/1882*. Entsprechend der hier vertretenen Position des Ministerrates hielt Artikel I des genannten Gesetzes fest,* die Einlösung der Kaiserin Elisabeth-Bahn durch den Staat hat jedoch nur dann stattzufinden, wenn ausreichende Sicherheit dafür geboten ist, daß den Staat als Uebernehmer der bücherlich haftenden Prioritätsobligationenschuld keine größere Belastung treffen kann, als jene, welche sich ergeben würde, falls den Besitzern der Prioritätenobligationen das Recht eingeräumt wird, entweder die fünfpercentige Verzinsung und Rückzahlung ihrer Prioritätenobligationen zum Nennwerthe österreichischer Währung Silber oder deren Verzinsung mit 8,85 Reichsmark und Rückzahlung mit 177 Reichsmark für je 100 fl. österreichischer Währung Silber des Nennwerthes zu begeben*. Die Diskussion um diese Prioritätsschuld kam erneut zur Sprache in MR. v. 2. 10. 1882/VIII.*

1 *Bis 1870 Statthalter in Innsbruck, 1873–1880 Landespräsident in Klagenfurt.*

des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 42 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer. VIII. Wegen Sanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Supplierungsgebühren für Volksschullehrer. IX. Wegen Ah. Genehmigung des Beschlusses des Krainer Landtages betreffend die Einhebung einer 15 %igen Normalschulfonds-Umlage für 1881.

KZ. 128 – MRZ. 98

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 206 Ministerrat, Wien, 17. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Chiari; abw. Conrad.

I. Frage der Anwartschaft auf die seinerzeit dem Fürsten Lamberg verliehene erbliche Mitgliedschaft des Herrenhauses. II. Wegen Sanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die zeitliche Befreiung von Bauführungen von den Umlagen zur Gebäudesteuer. III. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für das Mitglied des Reichsgerichtes, Hofrat Alois Ritter v. Hackher zu Hart. IV. Wegen Ernennung des Grafen Wodzicki zum Gouverneur der Länderbank. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Zustimmung zu den Beschlüssen des Krainer Landtages betreffend die Zuschläge für die Deckung des Grundentlastungserfordernisses. VI. Wegen Sanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Änderung des Gesetzes für die Kultur des Laibacher Moorgrundes. VII. Wegen Sanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei. VIII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Tausche und Genossen betreffend die Einbringung eines Binnenfischereigesetzes. IX. Über den Vorschlag wegen Ernennung des Landesgerichtsrates Josef Piperata zum Rate des dalmatinischen Oberlandesgerichtes. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hilfsämterdirektor des Oberlandesgerichtes in Graz, Oswald Strassnigg. XI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Staatsanwalt in Prag, Oberlandesgerichtsrat Johann Rapp. XII. Motivenbericht zu dem Entwurfe betreffend die Abänderung des Wehrgesetzes. XIII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrat über den Spielkartenstempel. XIV. Einbringung des Gesetzentwurfes über den Ausbau der Bosnatalbahn.

KZ. 130 – MRZ. 99

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 22. Dezember 1880.

Nr. 207 Ministerrat, Wien, 23. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin, Schmidt, Weigelsperg.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Stadtrat Heinrich Legler in Prag. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend das Finanzprovisorium für das I. Quartal 1881. III. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Anwendung breiter Radfelgen. IV. Frage der Übernahme

der Verwaltung der Enklaven von Klek und Sutorina. V. Wegen Sanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Personal- und Dienstverhältnisses der militärdienstpflichtigen Volksschullehrer im Mobilisierungsfalle. VI. Erwirkung der geheimen Ratswürde für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Franz Grafen Coronini. VII. Haltung bei der Einbringung des Budgets im Abgeordnetenhause. VIII. Referat über die Kommissionsberatung betreffend die Gewerbeordnung.

KZ. 131 – MRZ. 100

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 208 Ministerrat, Wien, 26. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Schmidt, Weigelsperg.

I. Einbringung des mit Spanien abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrages. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Ermächtigung zur Verfügung der Einschränkung der Konsulargerichtsbarkeit in Ägypten auf die Dauer bis zu 10 Jahren. III. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Abt des Benediktinerstiftes Gries, Adalbert Regli. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kreuzherrenordens-Kommandeur und Pfarrer in Brüx, Johann Hrdlička. V. Über den Beisatz betreffend die Berücksichtigung der Steueränderungen im Gesetzentwurfe über das Budgetprovisorium. VI. Festsetzung der Fassung des Entwurfes der Gewerbeordnung. Frage der Einbringung des ganzen Entwurfes.

KZ. 132 – MRZ. 101

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 209 Ministerrat, Wien, 28. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Wegen der in Tirol beabsichtigten Niederlassung von Mitgliedern der aus Frankreich ausgewiesenen Ordenskongregationen. II. Verhältnis zu Ungarn bezüglich der Petroleumsteuer. Absicht der Einführung einer Verbrauchsabgabe für Petroleum in Ungarn. III. Weitere Verhandlung über die Frage der Einbringung des Entwurfes der Gewerbeordnung. IV. Über die legislativen Maßnahmen behufs Hebung der Verhältnisse der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung.

KZ. 133 – MRZ. 102

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 210 Ministerrat, Wien, 29. November 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Zurückziehung der in der letzten Session eingebrachten Gebührennovelle. II. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Gewerbeordnung. III. Über die gesetzlichen Maßnahmen, um dem Niedergange der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zu steuern.

KZ. 134 – MRZ. 103

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 211 Ministerrat, Wien, 3. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin.

I. Behandlung des zu Madrid abgeschlossenen internationalen Vertrages betreffend die Ausübung des Schutzrechtes in Marokko. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Gründung und Erhaltung eines Viehseuchenfonds. III. Abschreibung von Rückständen an Urbarialschuldigkeiten und Unterstützungsvorschüssen der ehemaligen Untertanen der Staats- und Fondsherrschaften in Galizien. IV. Beantwortung einer Zuschrift des ungarischen Finanzministers betreffend die Petroleumsteuervorlage und die Einführung einer inneren Verbrauchsabgabe auf Petroleum in Ungarn. V. Erwirkung der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularhofrat und Oberfinanzrat Dr. Guido Schosserer. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Börsesensal Josef Gesselbauer. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Lloydagenten Heinrich Baldini in Korfu. VIII. Stellungnahme gegenüber Ungarn hinsichtlich der dort beabsichtigten Einführung neuer Verbrauchsabgaben. IX. Wegen Besetzung der erledigten Stelle eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Zara. X. Erhebungen in Absicht auf die Ernennung einiger erblicher Herrenhausmitglieder.

KZ. 135 – MRZ. 104

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 212 Ministerrat, Wien, 9. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Russ und Genossen betreffend Pressberichtigung, Konfiskationen und Verfolgung von Pressdelikten. II. Feststellung des Ideenganges für die Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Graf Hohenwart und Genossen betreffend die Verhältnisse der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Regierungssekretär bei der Landesregierung in Klagenfurt, Rudolf Praxmarer. IV. Wegen der ins Auge zu fassenden Besetzung zweier Ratsstellen beim Verwaltungsgerichtshofe. V. Besetzung der Stelle eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Zara.

KZ. 136 – MRZ. 105

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 213 Ministerrat, Wien, 11. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Rinaldini.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Bürgermeister in Olmütz, Josef v. Engel. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Forstmeister in Bolechow, Carl Mikolasch. III. Gutachten der Experten in Betreff der ärarischen Kohlenwerke nächst Brüx. IV. Über den vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend Einführung von Jagdkarten. V. Umarbeitung des Kommassationsgesetzentwurfes. VI. Einbringung der Gesetzentwürfe betreffend Anfechtung von Rechtshandlungen zahlungsunfähiger Schuldner und betreffend Schutz der Gläubiger gegen benachteiligende Handlungen der Schuldner. VII. Auslegung des § 1 des Gesetzentwurfes betreffend das Finanzprovisorium hinsichtlich der Berechtigung zur Einhebung der Grundsteuer vom 1. Jänner 1881 ab nach den bestehenden Gesetzen.

KZ. 137 – MRZ. 106

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 214 Ministerrat, Wien, 13. Dezember 1880 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin.

I. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Meissler und Genossen betreffend Zensurierung von Vereinsreden und der Interpellation der Abgeordneten Posch und Genossen betreffend Verbot einer Bauernversammlung in Gmunden. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Gemeindeumlage und Landeszuschlag zur Erwerb- und Einkommensteuer der Eisenbahnunternehmungen. III. Agitationen in Betreff der Ausstattung des Kronprinzen. Frage der Ablehnung des Festes im Opernhause. IV. Tagung einer Versammlung zur Durchführung der Parteitagsbeschlüsse. V. Frage des Vorgehens im Falle eines gegen die Rekrutenbewilligung oder gegen das Steuerprovisorium abgegebenen Votums des Statthalters Freiherrn v. Pretis. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Advokaten Dr. Lothar Johanny in Wien. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Russ und Genossen betreffend Pressberichtigungen und Konfiskationen von Druckschriften.

KZ. 138 – MRZ. 107

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 215 Ministerrat, Wien, 13. Dezember 1880 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Haltung gegenüber dem Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. II. Über die Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Graf Hohenwart und Genossen betreffend die Verhältnisse der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung.

KZ. 139 – MRZ. 108

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 2. Jänner 1881.

Nr. 216 Ministerrat, Wien, 15. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Kubin.

I. Über die Beschlüsse des Salzburger Landtages wegen Subventionierung von an Klosterschulen lehrtätigen Ordenspersonen. II. Über die Ausschussmodifikation am Gesetzentwurfe betreffend die Bosnatalbahn. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Landesgerichtsvizepräsidenten Carl Mathes in Linz. IV. Erklärungen des Handelsministers im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses hinsichtlich der Zollpolitik und des Abschlusses eines definitiven Handelsvertrages mit Deutschland. V. Frage des Ausbaues der galizischen Transversalbahn.

KZ. 140 – MRZ. 109

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 15. Jänner 1881.

Nr. 217 Ministerrat, Wien, 17. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Au. Dankesdarbringung des Gemeinderates von Wien für die Ah. Spenden anlässlich der Ablehnung des Festes im Opernhause. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Dr. Alfred Biesiadecki in Lemberg und des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Primararzt Dr. Franz Klemann in Wien. III. Wegen Enthebung des Grafen Ludwig Wodzicki von dem Posten eines Landmarschalls in Galizien und Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone I. Klasse für denselben. IV. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Stadtpräsidenten in Krakau, Dr. Nikolaus Zyblikiewicz. V. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Ausfolgung von Jagdkarten. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend Quinquennalzulagen für die Professoren der Staatshebammenschulen. VII. Berichtigung der Angaben des Abgeordneten Neuwirth über den Zeitpunkt der Fertigstellung des Budgets. VIII. Weiteres über die Frage der galizischen Transversalbahn.

KZ. 141 – MRZ. 110

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 15. Jänner 1881.

Nr. 218 Ministerrat, Wien, 20. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Wittek.

I. Frage der Vertagung des Reichsrates während der Weihnachtsferien. II. Betreffend Zeitungsmitteilungen über interne Regierungsvorgänge. III. Betreffend das Übereinkommen wegen der Betriebsübernahme und Einlösung der Elisabeth-Westbahn durch den Staat.

KZ. 142 – MRZ. 111

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 12. Jänner 1881.

Nr. 219 Ministerrat, Wien, 22. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Schriftsteller Eduard Mautner. II. Übereinkommen betreffend die Verstaatlichung der Elisabeth-Westbahn.

KZ. 143 – MRZ. 112

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 15. Jänner 1881.

Nr. 220 Ministerrat, Wien, 28. Dezember 1880

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski; außerdem anw. Wittek.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat und Leiter der Bezirkshauptmannschaft Trient, Franz v. Negri. II. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Aushebung der Rekrutenkontingente im Jahre 1881. III. Einbringung eines Nachtragskredites behufs Bestreitung der Aufbesserung der Mannschaftskost bei der Landwehr. IV. Bestreitung der Auslagen zur Aufbesserung der Mannschaftskost für die in dem Ressort des Ackerbauministeriums zu versorgende Militärmannschaft. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Vizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank Wilhelm Ritter v. Lukam. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den gewesenen Präsidenten der Advokatenkammer in Bozen, Dr. Eduard v. Larcher zu Eisegg. VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandgerichtsrat in Lemberg, Ignaz Zborowski. VIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hilfsämter-Oberdirektor des Obersten Gerichtshofes, Friedrich Schindler. IX. Betreffend die ministerielle Genehmigung des Übereinkommens wegen Betriebsübernahme und Einlösung der Elisabeth-Westbahn durch den Staat.

KZ. 144 – MRZ. 113

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. [Franz Joseph.] Wien, 12. Jänner 1881.

Nr. 221 Ministerrat, Wien, 2. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Wegen Versehung des Postens eines Finanzlandesdirektors in Brünn. II. Wegen Besetzung des Postens eines Finanzdirektors in Troppau. III. Über die Einbringung des Entwurfes einer Zivilprozessordnung im Reichsrate. IV. Frage der Ernennung neuer Herrenhausmitglieder.

KZ. 1 – MRZ. 1

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 222 Ministerrat, Wien, 3. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Ausdruck Ah. Anerkennung über die Tätigkeit des Ministeriums. II. Grundsteuerangelegenheit. Frage der Bewilligung der Bauernversammlungen. III. Stand der Verhandlungen mit Hinblick auf den Abschluss eines Handelsvertrages mit Deutschland. IV. Frage der Erhöhung des Rekrutenkontingents für Tirol infolge der Verstärkung des Kaiserjägerregimentes. V. Frage der Ernennung neuer Herrenhausmitglieder.

KZ. 3 – MRZ. 2

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 223 Ministerrat, Wien, 5. Jänner 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

[I.] Feststellung der Vorschlagsliste für die Erneuerung von Herrenhausmitgliedern.

KZ. 2 – MRZ. 3

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 224 Ministerrat, Wien, 5. Jänner 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den gräflichen Clam-Gallas'schen Forstmeister Anton Clemens Hub in Reichenberg. II. Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Ministerialrat im Handelsministerium, Dr. Johann Bažant.

KZ. 4 – MRZ. 4

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 225 Ministerrat, Wien, 13. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Streit, Welsersheimb, Kremer, Dunajewski.

[I.] Demission des Gesamtministeriums.

KZ. 5 – MRZ. 5

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 226 Ministerrat, Wien, 14. Jänner 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Pino; abw. Streit, Kremer.

I. Nichtannahme der Demission des Gesamtministeriums. Ausfüllung der durch den Austritt des Justizministers und des Handelsministers im Ministerium eintretenden Lücken. II. Erstattung des au. Antrages wegen Ernennung von Herrenhausmitgliedern.

KZ. 6 – MRZ. 6

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 227 Ministerrat, Wien, 14. Jänner 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Pino; abw. Streit, Kremer.

I. Erwirkung des Adelsstandes für den früheren Finanzlandesdirektor in Zara, Hofrat Johann Franz Böhm. II. Wegen Ernennung des Sektionsrates im Finanzministerium Carl Huber zum Finanzlandesdirektor in Innsbruck. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Landesverteidigungsministerium, Friedrich Maltz v. Maltenau. IV. Note an den ungarischen Finanzminister in Angelegenheit der Kaffeezollerhöhung.

KZ. 7 – MRZ. 7

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 228 Ministerrat, Wien, 15. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die tauschweise Überlassung des ärarischen sogenannten Welschen Hofes in Kuttenberg an die Gemeinde Kuttenberg. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den ehemaligen Professor am Gymnasium zu Kremsmünster, Pater Romuald Land. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für

den kaiserlichen Rat und Inhaber einer Privathandelsschule in Wien, Ignaz Pazelt. IV. Weiterer Entwurf für die Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Graf Hohenwart und Genossen betreffend die Verhältnisse der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung.

KZ. 8 – MRZ. 8

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 229 Ministerrat, Wien, 17. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Breisky, Auerhammer.

I. Wegen Nichtsanktionierung des vom Tiroler Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Feuerpolizei- und Feuerwehrordnung. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Obratschai und Genossen betreffend die Regulierung des Oderflusses. III. Erwirkung des Adelsstandes für den Vorstand des Rechnungsdepartements der Bukowinaer Landesregierung, Regierungsrat Wilhelm Klimesch. IV. Einbringung von Nachtragskrediten zu dem Staatsvoranschlage pro 1881. V. Bemerkungen des Ministerpräsidenten anlässlich der ersten Versammlung des ergänzten Ministeriums. VI. Ah. Auszeichnung für den Präsidenten des Reichsgerichtes Carl Freiherrn v. Krauß anlässlich der Enthebung desselben von seinem Posten. VII. Vorschlag für die Ernennung eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten des Reichsgerichtes. VIII. Haltung bezüglich des Wuchergesetzentwurfes. IX. Festsetzung des Entwurfes für die Beantwortung der Interpellation Hohenwart.

KZ. 9 – MRZ. 9

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 230 Ministerrat, Wien, 20. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Verdin.

I. Vorschlag für die Besetzung des Landmarschallpostens in Galizien. II. Wegen Besetzung der zwei am Verwaltungsgerichtshofe erledigten Ratsstellen. III. Über den zwischen dem Ärar und Conte Franz Borelli hinsichtlich des Lehens Vrana schwebenden Rechtstreit. IV. In Betreff einer Vorlage über die Organisierung des Obersten Rechnungshofes. V. Weiters zur Haltung hinsichtlich des Wuchergesetzentwurfes.

KZ. 10 – MRZ. 10

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 231 Ministerrat, Wien, 22. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Wegen Besetzung der zwei beim Verwaltungsgerichtshofe erledigten Ratsstellen. II. Erwirkung der Geheimratswürde für den Senatspräsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Julius Freiherr v. Fierlinger. III. Erwirkung der Geheimen Ratswürde für den Grafen Alfons Mensdorff-Pouilly. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend Abänderung der Reichsratswahlordnung, Wahlbezirke in Galizien. V. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Foregger und Genossen in Betreff der Maßnahmen der ungarischen Regierung gegen die Ausbreitung der Rinderpest. VI. Beantwortung der Interpellationen der Abgeordneten Proskowetz und Genossen und der Abgeordneten Obratschai und Genossen betreffend die Verhältnisse am Wiener Schlachtviehmarkte. VII. Wegen Sanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Amtshandlungskosten bei verspäteten Servitutenanmeldungen. VIII. Wegen Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 17 der Landesordnung. IX. Frage der Inkorporierung des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal in die Königreiche Kroatien und Slawonien. X. Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Greuter wegen der Übertragungsgebühren bei den Güterankäufen anlässlich der Reichsratswahlen im Jahre 1872 in Böhmen.

KZ. 11 – MRZ. 11

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 232 Ministerrat, Wien, 23. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; nicht vermerkt: Welsersheimb.

I. Die Inanspruchnahme von Nachtragskrediten. II. Über den Entwurf für die Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Graf Hohenwart und Genossen betreffend Verhältnisse der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. III. Grundsteuerfrage.

KZ. 12 – MRZ. 12

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 233 Ministerrat, Wien, 26. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Gutsbesitzer Eduard Weissmann. II. Wegen Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den in Odessa ansässigen österreichischen Staatsangehörigen Stefan Vucetich v. Bielitz. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat und Finanzdirektor in Triest, Georg Freiherrn v. Plenker. IV. Abänderung des § 6 des Protokolles betreffend die Übernahme der Westbahn. V. Äußerungen des Handelsministers im Budgetausschusse. VI. Frage der Regelung der Verhältnisse der Prager Universität.

KZ. 13 – MRZ. 13

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 234 Ministerrat, Wien, 29. Jänner 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Lemayer, Harrasowsky.

I. Erwirkung der Würde eines Geheimen Rates für den Landespräsidenten in Schlesien, Alexander Freiherrn v. Summer. II. Wegen Sanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Anlegung der Grundbücher. III. Regelung der Dotationsverhältnisse des Bistums Linz. IV. Anträge des Schulausschusses betreffend die Dauer der Schulpflichtigkeit.

KZ. 14 – MRZ. 14

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 235 Ministerrat, Wien, 2. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Baumgartner.

I. Au. Dank des Zentralvereines der Freunde der böhmisch-mährischen Vorschusskassen für die Ag. Erlassung des Gesetzes betreffend die Steuererleichterungen für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vorschusskassen. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Gutsbesitzer Josef Stonawski in Strzebowitz. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Belegung der Kunstweinerzeugung mit der Verzehrungssteuer. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes in Absicht auf die unter die Pauschalierung fallenden Brennereien. V. Beharren der ungarischen Regierung auf die Einführung einer inneren Verbrauchsabgabe von Kaffee. VI. Steuereingänge im Jahre 1880. VII. Frage der Einbringung des Strafgesetzentwurfes.

KZ. 15 – MRZ. 15

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 236 Ministerrat, Wien, 5. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Mayer.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberkommissär der Wiener Polizeidirektion, Friedrich Heide. II. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Ägypten. III. Erwirkung des Adels für den gewesenen Notar Dr. Philipp Olschbauer in Wien. IV. Wegen Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Betriebsübernahme und eventuelle Einlösung der Elisabeth-Westbahn. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Gebührenbefreiungen für Stiftungen aus Anlass der Feier des 50. Geburtstagsfestes Sr. Majestät und der Vermählungsfeier des Kronprinzen. VI. Resultat der Begebung von Notenrente durch die Boden-Credit-Anstalt. VII. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Feststellung der Grundsteuerhauptsumme.

KZ. 16 – MRZ. 16

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 237 Ministerrat, Wien, 9. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Chiari; abw. Conrad (im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses).

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die den Personen der bewaffneten Macht im Mobilisierungsfalle zukommenden Steuerbefreiungen. II. Wegen Erwirkung Ah. Auszeichnungen für den Gutsbesitzer Leo Herzel, den Bauunternehmer Georg Bucher und den Ingenieur Dominik Heim. III. Über die Frage, ob dem zum Rate am Verwaltungsgerichtshofe ernannten Freiherrn v. Lemayer der Titel und Charakter eines Sektionschefs verblieben sei. IV. Wegen nunmehriger Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Tausche und Genossen betreffend die Einbringung eines Fischereigesetzes. V. Wegen Besetzung der am Obersten Gerichtshofe erledigten Senatspräsidentenstelle. VI. Wegen Ernennung zweier Mitglieder des Reichsgerichtes. VII. Mitteilung hinsichtlich der Verhandlungen über die Silberausprägung. VIII. Haltung in der Frage der Sprachenverordnung. IX. Sozialistenprozess in Wien.

KZ. 17 – MRZ. 17

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 238 Ministerrat, Wien, 16. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Studium der Frage des Privilegiums der Nordbahn. II. Frage der Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Fux und Genossen betreffend die Verzollung der Znaimer Tonwaren an der deutschen Grenze. III. Wegen Sicherung der Gehalts- und Pensionsbezüge für den zum Leiter der Sektion für Färberei etc. an das technologische Gewerbemuseum in Wien zu berufenden Louis Liechti. IV. Betreffend die in Ungarn für den Warenverkehr einzuführende statistische Gebühr. V. Wegen Einbringung des mit England abgeschlossenen Übereinkommens betreffend die wechselseitige Unterstützung hilfsbedürftiger Seeleute. VI. Stellungnahme gegenüber dem Resolutionsantrage des Abgeordneten Hausner auf Dezentralisation der Eisenbahnleitungen. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bergrat und Oberberginspektor der Nordbahn, Leopold Fiedler. VIII. Erhebungen über den Abgeordneten Neuwirth. IX. Promemoria über die Wünsche der Mitglieder des Herren- und des Abgeordnetenhauses aus der Bukowina.

KZ. 18 – MRZ. 18

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 239 Ministerrat, Wien, 20. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Kubin; abw. Pino.

I. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 34 des Gesetzes über die Aufhebung des Propinationsrechtes in Galizien. II. Über den vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf wegen Hereinbringung von Geldforderungen gegen Bezirke und Gemeinden. III. Haltung der Regierung in Bezug auf die Vorgänge bei der Wahl des Reichsratsabgeordneten Puzyna. IV. Frage der Verwendung des Kaufschillingsrestes der Südbahn zur Defizitsdeckung.

KZ. 19 – MRZ. 19

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 240 Ministerrat, Wien, 26. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Militzer.

I. Frage der Errichtung eines Telefonnetzes in Wien. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Aufhebung der in Triest bestehenden Hafen- und Lotsengebühr. III. Vorschlag für die Besetzung der erledigten Stelle eines ständigen Mitgliedes des Reichsgerichtes. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den fürsterzbischöflichen Ordinariatssekretär in Wien, Konsistorialrat Wenzel Kaindl. V. Urgierung der Erhebungen aus den staatsanwaltschaftlichen Akten über den Abgeordneten Neuwirth. VI. Studentendemonstration in Wien und dagegen zu treffende Vorkehrungen. VII. Enquêtekommission in Sachen der Prager Universität.

KZ. 20 – MRZ. 20

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 241 Ministerrat, Wien, 28. Februar 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; abw. Pino.

[I.] Errichtung der Landwehrbataillons in Süddalmatien.

KZ. 21 – MRZ. 21

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 17. März 1881.

Nr. 242 Ministerrat, Wien, 2. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Studentendemonstrationen. Auflösung der akademischen Lesehalle. II. Wegen der beabsichtigen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den in Rom ansässigen österreichischen Staatsangehörigen Ferdinand Appel. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Anrechenbarkeit der Supplentendienstzeit an Mittelschulen. IV. Einbringung eines

Gesetzentwurfes im Krainer Landtage betreffend Regelung der Überwachung des Schulbesuches an der k. k. Werkesschule in Idria und an anderen mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestatten Privatschulen. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Primararzt und Universitätsprofessor in Wien, Dr. Leopold Dittel. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Propst in Pöltenberg, Johann N. Mayer. VII. Haltung bezüglich des Antrages der Abgeordneten Lenz und Genossen betreffend die Postsparkassen.

KZ. 22 – MRZ. 22

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 23. März 1881.

Nr. 243 Ministerrat, Wien, 5. März 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Mayer.

I. Bericht der Grundsteuerkommission des Herrenhauses über die Grundsteuerpetitionen. II. Antrag der Grundsteuerkommission des Herrenhauses bezüglich des Entwurfes wegen Abänderung der Grundsteuer-Reklamationsfristen. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Finanzprovisorium für April 1881. IV. Erwirkung des Adels für den Oberfinanzrat Rudolf Sowa in Brünn.

KZ. 24 – MRZ. 23

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 23. März 1881.

Nr. 244 Ministerrat, Wien, 5. März 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Chiari.

[I.] Einbringung einer neuen Gebührennovelle.

KZ. 25 – MRZ. 24

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 31. März 1881.

Nr. 245 Ministerrat, Wien, 9. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Instruierung des in den Wahlreformausschuss zu entsendenden Regierungsvertreters. II. Lage bezüglich des Gebäudesteuer-Gesetzentwurfes.

KZ. 26 – MRZ. 25

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 31. März 1881.

Nr. 246 Ministerrat, Wien, 10. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Proskowetz und Genossen betreffend Maßnahmen gegen Hochwasserschäden. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Beer, Schmidt und Genossen betreffend den Notstand im Bezirke Römerstadt. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Kopp und Genossen betreffend Vollzug eines Reichsgerichtserkenntnisses hinsichtlich Abschaffung zweier Persönlichkeiten aus Innsbruck. IV. Frage der Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Reschauer und Genossen wegen Verbotes des anlässlich der Lessingfeier beabsichtigten Fackelzuges und der Absingung eines Liedes. V. Wegen Erwirkung einer Ah. Ordensauszeichnung für den in Odessa ansässigen österreichischen Staatsangehörigen Alfred Trabotti. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Erweiterung des gräflich Gołuchowski'schen Fideikommisses. VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandesgerichtsrat Johann Kolitscher in Krakau. VIII. Teilnahme an der Pariser Münzkonferenz.

KZ. 27 – MRZ. 26

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 31. März 1881.

Nr. 247 Ministerrat, Wien, 14. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Polizeiliche Maßnahmen anlässlich der Katastrophe in St. Petersburg. II. Über den Gesetzentwurf der ungarischen Regierung betreffend die Einführung der Zivilehe für Ehen zwischen Christen und Israeliten. III. Stempelbefreiung der Gesuche um Schulpflichterleichterungen. IV. Verordnungen betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch aus Amerika.

KZ. 28 – MRZ. 27

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 31. März 1881.

Nr. 248 Ministerrat, Wien, 19. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; abw. Pino.

I. Vorschlag wegen Besetzung des Erzbischofssitzes in Wien. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes im böhmischen Landtage wegen Abänderung des § 33 des Schulaufsichtsgesetzes für Böhmen. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Professor an der technischen Hochschule in Wien, Leopold Hauffe. IV. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Foregger, Heilsberg und Genossen wegen des Umfanges der Stellungsbezirke in Steiermark.

KZ. 29 – MRZ. 28

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 29. März 1881.

Nr. 249 Ministerrat, Wien, 21. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Gross, Chiari.

I. Änderung des Personalstatus am Obersten Rechnungshofe. II. Wegen Entrichtung der Stempelgebühr von den Verträgen über die Bauvergebung der Eisenbahnstrecke Zenica–Sarajewo. III. Über die handelspolitische Richtung der Regierung mit Rücksicht auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. IV. Wegen Konzessionierung der Lokaleisenbahnlinien Nimburg–Jičín, Königgrätz–Wostroměř und Miroschau–Blowitz. V. Frage der Sicherung der galizischen Transversalbahn. VI. Einbringung der Konvention mit England wegen wechselseitiger Unterstützung hilfsbedürftiger Seeleute. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten v. Schneid und Genossen und Dr. Tonkli und Genossen wegen des Gebrauches der slowenischen Sprache bei den Gerichten in Krain und im Küstenlande. VIII. Wegen Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Stellvertreter des Direktors der mährischen Landesmanipulationsämter, Eduard Vodnářík. IX. Prager Universitätsfrage.

KZ. 30 – MRZ. 29

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 31. März 1881.

Nr. 250 Ministerrat, Wien, 25. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Über den Entwurf eines provisorischen Wehrgesetzes [für Bosnien] und die Herzegowina. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den pensionierten Statthalterei-Hilfsämterdirektor in Innsbruck, Franz Schmid. III. Vorfragen bezüglich des Abschlusses einer Viehseuchenkonvention mit Deutschland. IV. Beschluss des Salzburger Landtages über die Abänderung der Geschäftsordnung für den Landtag. V. Über einen Gesetzentwurf der ungarischen Regierung betreffend Staatsbegünstigungen für die Industrie in Ungarn. VI. Kreditoperation behufs Bedeckung des Abgangs im Staatshaushalte pro 1881 (bezüglicher Gesetzentwurf). VII. Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Grundsteuer-Reklamationsfristen. VIII. Durchführungsverordnung zum Militärtaxgesetze. Taxerlag Auswanderungsverdächtiger. IX. Vorschlag wegen Besetzung des fürstbischöflichen Stuhles von Gurk.

KZ. 31 – MRZ. 30

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 14. April 1881.

Nr. 251 Ministerrat, Wien, 30. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Verdin.

I. Ausgleichsangelegenheit mit dem Conte Borelli hinsichtlich des Lehens Vrana. II. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend das Finanzprovisorium für April und Mai 1881. III. Antrag auf Ernennung des gewesenen Justizministers Freiherrn v. Streit zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Wien. IV. Wegen der Beantwortung der Interpellationen der Abgeordneten Ritter v. Schneid und Dr. Tonkli und Genossen über den Gebrauch der slowenischen Sprache bei den Gerichten in Krain und im Küstenlande. V. Wegen Erledigung der Prager Universitätsfrage.

KZ. 32 – MRZ. 31

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 13. April 1881.

Nr. 252 Ministerrat, Wien, 31. März 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Rinaldini.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberingenieur Josef Bradáczek. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Fürnkranz und Genossen betreffend Fürsorge wegen der elementaren Unglücksfälle. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Magg und Genossen betreffend die Wasserwerksanlagen in Putzmannsdorf. IV. Interpellation der Abgeordneten Müller und Genossen wegen Unzukömmlichkeiten beim Bergbaue. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Direktor der Innerberger Hauptgewerkschaft, Franz Sprung. VI. Wegen Änderung am Statute des Landeskulturrates für Böhmen. VII. Vorgehen hinsichtlich der an den Finanzminister gerichteten, auf Ressortvorkehrungen bezugnehmende Interpellationen. VIII. Bezüglich der Frage der Abänderung des § 33 des böhmischen Schulaufsichtsgesetzes hinsichtlich der Bestimmung der sprachlichen Abgrenzung des Sprengels der Bezirksschulinspektoren. IX. Prager Universitätsfrage. X. Betreffend den Entwurf eines Meliorationsgesetzes.

KZ. 33 – MRZ. 32

Ah. E. Erledigung. [Franz Joseph.] Wien, 13. April 1881.

Nr. 253 Ministerrat, Wien, 1. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Entwurf einer Ah. Entschließung betreffend die Verfügungen hinsichtlich der Prager Universität.

KZ. 34 – MRZ. 33

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. April 1881.

Nr. 254 Ministerrat, Wien, 2. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Frage der Sicherung der Eisenbahnlinie Saybusch–Czacza. II. Haltung der Regierung in Angelegenheit der Sprachenfrage gegenüber dem Antrage Wurmbrands. III. Die seitens der Regierung im Schulausschusse des Herrenhauses bezüglich der Schulpflichtfrage beobachtete Haltung.

KZ. 35 – MRZ. 34

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. April 1881.

Nr. 255 Ministerrat, Wien, 5. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Über die Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Weber und Genossen betreffend die bei der Beantwortung der Interpellationen der Abgeordneten Ritter v. Schneid und Dr. Tonkli und Genossen hinsichtlich der administrativen Maßnahmen des Justizministeriums abgegebenen Erklärungen. II. Haltung in Bezug auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. III. Haltung bei der Herrenhausdebatte über die Schulpflichtdauer.

KZ. 36 – MRZ. 35

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. April 1881.

Nr. 256 Ministerrat, Wien, 8. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Wegen Erwirkung der Ah. Sanktion für die Gesetzentwürfe: betreffend den Verkauf des Welschen Hofes in Kuttenberg; betreffend den Spielkartenstempel; betreffend Gebührenbefreiung für aus Ah. Anlässen errichtete Stiftungen; betreffend Kreditoperation für die Deckung des Abganges im Jahre 1881. II. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Großhändler und Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Vincenz Miller Ritter v. Aichholz. III. Frage der Vorlage des Vertrages mit Marokko, betreffend die Ausübung des Schutzrechtes in Marokko, an den Reichsrat.

KZ. 37 – MRZ. 36

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. April 1881.

Nr. 257 Ministerrat, Wien, 9. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Kalchberg; abw. Falkenhayn (verhindert wegen der Teilnahme an der Preisverteilung für die Mastviehausstellung).

I. Verfügung wegen Unterlassung der Ausschmückung und Beleuchtung der ärarischen Gebäude auf Staatskosten bei den Feierlichkeiten anlässlich der Vermählung Sr. k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Linz, Johann Wimhölzel. III. Konzession zur Errichtung eines Telefonnetzes in Wien. IV. Haltung in Bezug auf den Abschluss eines Handelsvertrages mit Serbien. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Präsidenten des Kreisgerichtes in Stanislau, Titularhofrat Thomas Ozurewicz. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den vormaligen Präsidenten der Advokatenkammer in Salzburg, Dr. August Prinzinger. VII. Wegen Nichtsanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Sicherstellung der Zahlung von Gemeindeschulden. VIII. Beschlüsse des Tiroler Landtages wegen Auflassung der Findelanstalt in Innsbruck und wegen Wiedererrichtung einer Landesgebäranstalt in Alle Laste.

KZ. 38 – MRZ. 37

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 26. April 1881.

Nr. 258 Ministerrat, Wien, 10. April 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Vorschlagsliste für die Erwirkung von Geheimen Ratswürden aus Anlass der Feier der Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen. II. Gesetzentwurf wegen Abänderung des § 33 des Schulaufsichtsgesetzes für Böhmen. III. Frage der Systemisierungsregelung der Hofratsstellen am Obersten Gerichtshofe.

KZ. 39 – MRZ. 38

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 30. April 1881.

Nr. 259 Ministerrat, Wien, 10. April 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Teilung der Prager Universität. II. Parlamentarische Zeiteinteilung.

KZ. 40 – MRZ. 39

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 30. April 1881.

Nr. 260 Ministerrat, Wien, 12. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Bažant.

[I.] Frage des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland.

KZ. 41 – MRZ. 40

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 30. April 1881.

Nr. 261 Ministerrat, Wien, 21. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Erteilung der Konzession für die Lokaleisenbahnlinien Wimburg–Jičín, Königgrätz–Wostroměř, Miroschau–Nezvěstice und Nusle–Modřan.

KZ. 42 – MRZ. 41

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 7. Mai 1881.

Nr. 262 Ministerrat, Wien, 21. und 22. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Gesamtliste der aus Anlass der Feier der Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen zu erwirkenden Ah. Auszeichnungen. II. Bezüglich der vom Bürgermeister in Wien anlässlich der Vermählungsfeierlichkeiten beabsichtigten Auszeichnungsanregungen. III. Erwirkung Ah. Auszeichnungen für das Herrenhausmitglied Otto Freiherrn v. Apfaltrern und für den Landeshauptmannstellvertreter in Krain, Dr. Johann Bleiweis. IV. Anregung der Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für Eugen Bontoux. V. Wegen Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Direktor der Ersten Norddeutschen Bank in Hamburg, Peter Rauers.

KZ. 43 – MRZ. 42

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 7. Mai 1881.

Nr. 263 Ministerrat, Wien, 22. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Matzinger; abw. Pino.

I. Wegen Enthebung des Hofrates Ritter v. Kaltenegger von der Stelle eines Landeshauptmannes in Krain. II. Wegen Besetzung der Stelle eines Ersatzmannes für das Reichsgericht. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die zunächst vorzunehmende Kunstausschmückung des neuen Parlamentsgebäudes.

KZ. 44 – MRZ. 43

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 14. Mai 1881.

Nr. 264 Ministerrat, Wien, 25. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Chiari, Baillet-Latour.

I. Gesetzentwurf wegen Gebührenerleichterung bei Konvertierung von Hypothekarforderungen. II. Frage der Erbringung einer Gesetzesnovelle wegen Nichterforderlichkeit einer Vorrechtsabtretung bei Konvertierungen ohne Lastenalterierung. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Sektionschef im Finanzministerium, Dr. Moriz Ritter v. Ender. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Präsidenten des Kreisgerichtes in Steyr, Michael Weismayr. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Kreisgerichtspräsidenten Josef Theodor Watzel und Dr. Hermann Ellenberger-Röthlein. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksrichter in Arnau, Franz Braun. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Direktor des Wiener Zivilgerichtsdepositenamtes, Josef Rothmann. VIII. Angelegenheit der Prüfung des Nordbahnprivilegiums. IX. Besetzung der Pfarre Meran durch den Provisor Sebastian Glatz. X. Gesetzliche Behandlung der Prager Universitätsfrage.

KZ. 45 – MRZ. 44

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 14. Mai 1881.

Nr. 265 Ministerrat, Wien, 26. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, David.

I. Die Bewegung bezüglich des ungarischen Gesetzes über die Einhebung einer statistischen Gebühr. II. Vorschlag für die Besetzung des Postens eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Innsbruck. III. Gesetzvorlage über die Regelung der Rechtsverhältnisse und der Studienordnung an der Prager Universität. IV. Umfrage an die Landtage über die Frage der Reform des Heimatsgesetzes. V. Frage der Zugehörigkeit des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal.

KZ. 46 – MRZ. 45

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 14. Mai 1881.

Nr. 266 Ministerrat, Wien, 29. April 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland (Ratifikationstermin, Fleischdurchfuhr). II. Wegen der im volkswirtschaftlichen Ausschusse abzugebenden Erklärungen hinsichtlich des ungarischen Gesetzes über die statistische Gebühr. III. Anregung wegen Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für die Fabrikanten Michael Matschenko und Josef Schaller. IV. Wegen einer Ah. Auszeichnung für den griechisch-orientalischen Bischof in Cattaro, Gerasim Petranović. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dr. Marino Freiherrn v. Lapenna.

KZ. 47 – MRZ. 46

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 14. Mai 1881.

Nr. 267 Ministerrat, Wien, 4. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erörterungen in Parlamentskreisen bezüglich des ungarischen Gesetzes über die Einführung einer statistischen Gebühr. II. Haltung des Eisenbahnausschusses betreffend das Projekt für die galizische Transversalbahn. Frage des Staatsbaues. III. Berliner Handelsvertragsverhandlungen. IV. Beantwortung von Interpellationen der Abgeordneten Kowalski und Graf Harrach wegen angeblicher Inkorrektheiten bei der Volkszählung. V. Wegen Errichtung einer Webeschule in Wien. VI. Kredit für den Bau eines Gerichts und Gefangenenhauses in Suczawa. VII. Erwirkung v. Ah. Auszeichnungen durch das ungarische Ministerium für den Generaldirektor der Südbahn, Dr. Friedrich Julius Schüler und für den Generaldirektor der Länderbank, Samuel Hahn.

KZ. 48 – MRZ. 47

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 28. Mai 1881.

Nr. 268 Ministerrat, Wien, 7. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Zustimmung zum Abschlusse des Handelsvertrages mit Deutschland. II. Feststellung des Meliorationsgesetzentwurfes. III. Annahme der Wuchergesetzvorlage nach den Beschlüssen des Herrenhauses im Wuchergesetzausschusse des Abgeordnetenhauses.

KZ. 49 – MRZ. 48

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 28. Mai 1881.

Nr. 269 Ministerrat, Wien, 13. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad (wegen Unwohlsein).

I. Einbringung eines Finanzprovisoriums für den Monat Juni 1881. II. Ah. Auszeichnungen anlässlich der Vollendung des Baues des Justizpalastes in Wien. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberingenieur im Ministerium des Innern, Anton Bäumel. IV. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Dr. Weeber und Genossen betreffend die Antwortserteilung auf die Interpellationen der Abgeordneten Schneid und Tonkli. V. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Lloydkapitän Germano Ragusin. VI. Erwirkung der Ah. Konzession für die Lokalbahn Stauding–Stramberg. VII. Wegen Beibehaltung der Mannschaften bei den Trainabteilungen im Okkupationsgebiete im Präsenzstande über den Zeitpunkt der Reserveübersetzung. VIII. Nichtzustandekommen eines Zoll- und Handelsvertrages mit Deutschland. Frage der Dauer eines abzuschließenden Meistbegünstigungsvertrages. IX. Herstellung der galizischen Transverbalbahn durch Staatsbau.

KZ. 53 – MRZ. 49

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 28. Mai 1881.

Nr. 270 Ministerrat, Wien, 14. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Rinaldini.

I. Arbeitsprogramm für die laufende Reichsratssession. II. Frage der Priorität der zu Zwecken der Kommassation gegebenen Darlehen vor den Hypothekarforderungen. III. Einbringung eines Meliorationsgesetzentwurfes (Gesetzentwurf betreffend die Förderung der Landeskultur auf dem Gebiete des Wasserbaues).

KZ. 54 – MRZ. 50

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 28. Mai 1881.

Nr. 271 Ministerrat, Wien, 17. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Wegen Nichtsanktionierung der vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Entwürfe neuer Bauordnungen für die Stadt Wien und für das Land Niederösterreich. II. Auszeichnungsanträge für Salzburg aus Anlass der Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen. III. Kommassationsgesetzentwurf. Insbesondere Feststellung des § 44 desselben.

KZ. 55 – MRZ. 51

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 31. Mai 1881.

Nr. 272 Ministerrat, Wien, 18. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Bažant; abw. Conrad.

[I.] Die weiteren Aktionen in Bezug auf den Abschluss eines Meistbegünstigungsvertrages mit Deutschland.

KZ. 56 – MRZ. 52

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 31. Mai 1881.

Nr. 273 Ministerrat, Wien, 21. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] Meistbegünstigungsvertrag mit Deutschland. Parlamentarische Behandlung hier und in Ungarn.

KZ. 57 – MRZ. 53

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 31. Mai 1881.

Nr. 274 Ministerrat, Wien, 24. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Pino; nicht erwähnt Dunajewski.

I. Auszeichnungen für Wien aus Anlass der Vermählungsfestlichkeiten. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Forstinspektor in Trient, Johann Rieder. III. Sanktionierung des Wuchergesetzentwurfes. IV. Stellungnahme in Bezug auf das Gesetz betreffend Prager Universität.

KZ. 58 – MRZ. 54

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 11. Juni 1881.

Nr. 275 Ministerrat, Wien, 27. Mai 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; abw. Welsersheimb (verhindert wegen Teilnahme an einer militärischen Konferenz bei Sr. Majestät).

I. Aufforderung an die Präsidien beider Häuser des Reichsrates zur Vornahme der Delegationswahlen. II. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Auspitz und Genossen wegen der den akademischen Senaten der Universitäten Wien etc. in Angelegenheit der Prager Univer-

sität erteilten Rügen. III. Frage der Publizierung der Ernennung des Abtes Ganglbauer zum Erzbischofe von Wien. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Magistratsrat Alexander Krenn in Wien. V. Mittel für die Beobachtung des im Jahre 1882 stattfindenden Durchganges der Venus durch die Sonne. VI. Über die Haltung der Regierung gegenüber dem Gesetzentwurfe über die Prager Universität.

KZ. 59 – MRZ. 55

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 17. Juni 1881.

Nr. 276 Ministerrat, Wien, 2. Juni 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Frage der Vertagung des Reichsrates vor Erledigung der die Rechte interessierenden Vorlagen. II. Einfügung des Antrages auf Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Gemeinderat Dr. Lueger in die Auszeichnungsliste für Wien anlässlich Vermählungsfestlichkeiten. III. Pensionsbehandlung des Titular-Hilfsämterdirektors im Ministerratspräsidium, Ludwig Pittner. IV. Wegen Konzessionierung der Lokalbahn von Stauding nach Stramberg als einer normalspurigen Bahn. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Sektionsrat im Handelsministerium, Rudolf Freiherrn v. Lilienau. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Dompropst Franz Zenotty in St. Pölten. VII. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 5 des Gesetzes über die Gehalte der Mittelschulprofessoren. VIII. Wegen Sanktionierung des Finanzgesetzentwurfes und des Staatsvoranschlages für 1881 und des Gesetzentwurfes über die Grundsteuer-Hauptsumme.

KZ. 60 – MRZ. 56

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 17. Juni 1881.

Nr. 277 Ministerrat, Wien, 7. Juni 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

[I.] Ergebnis der vorläufigen Verhandlung mit der ungarischen Regierung in Angelegenheit des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal.

KZ. 61 – MRZ. 57

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juni 1881.

Nr. 278 Ministerrat, Wien, 7. Juni 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Frage der internationalen Vorkehrungen gegen die sozialrevolutionären Umtriebe, speziell Frage einer internationalen Vereinbarung dahin, dass das Verbrechen des Mordes in keinem Falle als ein politisches Delikt angesehen werde. II. Vorbereitende Schritte in Bezug auf die Errichtung der böhmischen Abteilung der Prager Universität. III. Vornahme der Trassenrevision für die galizische Transverbalbahn. IV. Erwirkung des Adels für den Prokuraführer des Hauses Sina, Adalbert Riedlechner. V. Sanktionserwirkung für die Gesetzentwürfe betreffend die den Personen der bewaffneten Macht im Mobilisierungsfalle zukommenden Gebühren- und Steuerbefreiungen und betreffend die Gebührenerleichterungen bei Konvertierung von Hypothekarforderungen.

KZ. 62 – MRZ. 58

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juni 1881.

Nr. 279 Ministerrat, Wien, 13. Juni 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

I. Eventuelle Maßnahmen im Falle der Renitenz gegen die Durchführung des Wehrgesetzes hinsichtlich der Distrikte von Ragusa und Cattaro. II. Sanktionserwirkung für den Gesetzentwurf betreffend die künstlerische Ausschmückung des Reichsratsgebäudes und das Mehrerfordernis für die Beheizungs- und Ventilationsanlage. III. Sanktionserwirkung für den Gesetzentwurf betreffend die Wirksamerhaltung der Bestimmungen über den Veredlungsverkehr mit dem deutschen Zollgebiete. IV. Verordnung betreffend die Disziplinarbehandlung der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes.

KZ. 63 – MRZ. 59

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juni 1881.

Nr. 280 Ministerrat, Wien, 18. Juni 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

[I.] Anträge wegen Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für Prag anlässlich der Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen und anlässlich der Vollendung des Baues des böhmischen Nationaltheaters.

KZ. 64 – MRZ. 60

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juni 1881.

Nr. 281 Ministerrat, Wien, 18. Juni 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; abw. Conrad.

I. Angelegenheit der Überschreibung bzw. Überstempelung der neuen Zehn-Gulden-Banknoten mit Wertbezeichnungen in anderen Sprachen. II. Frage der Erwirkung einer neuerlich Ah. Auszeichnung für Carl Freiherrn v. Tinti. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Finanzprokurator in Lemberg, Hofrat Dr. Eduard Ritter v. Podlewski. IV. Einbringung einer Regierungsvorlage im Vorarlberger Landtage betreffend Wählerlistenbasis im Falle von Ergänzungswahlen für den Landtag. V. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den serbischen Posten- und Telegrafendirektor Mladen Radoykovitch. VI. Erwirkung von Ordensauszeichnungen für die französischen Ministerialfunktionäre Demoustier de Fredilly und Gaston Bozérian. VII. Erwirkung der Ah. Sanktion für den Gesetzentwurf betreffend den Ausschank, Kleinverschleiß und Handel mit gebrannten geistigen Getränken. VIII. Wegen Gewährung einer Staatssubvention für die aus Anlass der Feier des 500-jährigen Anschlusses Triests an Österreich in Triest zu veranstaltende Industrie- und landwirtschaftliche Ausstellung. IX. Einbringung auch des Budgets für das Jahr 1883 in der nächsten Reichsratssession.

KZ. 65 – MRZ. 61

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 282 Ministerrat, Wien, 20. Juni 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Freiberg, Verdin; abw. Conrad.

I. Die an die ungarische Regierung in Angelegenheit der Überschreibung der neuen Zehn-Gulden-Banknoten zu richtende Zuschrift. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandesgerichtsrat Ludwig v. Rechtenberg-Ambros. III. Frage der Überstellung des Telegrafenkorrespondentenbüros in das Ressort des Ministerratspräsidiums. IV. Abschluss des Ausgleiches mit Conte Borelli hinsichtlich des Lehens Vrana.

KZ. 66 – MRZ. 62

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 283 Ministerrat, Wien, 28. Juni 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; abw. Welsersheimb.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberbaurat Franz Tomek. II. Enthebung des Dr. v. Bossi-Fedrigotti von dem Posten eines Landeshauptmannes von Tirol und Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für denselben. III. Sanktionserwirkung für den Gesetzentwurf betreffend Zustiftung von Realitäten zu dem gräflich-Gołuchowski'schen Fideikommiss. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Ferdinand Adamek. V. Hinausschiebung des Aktivierungstermines für die beiden Fakultäten der böhmischen Universität in Prag. VI. Pensionsbehandlung des Hofrates und Professors Dr. Ritter v. Hochstetter und Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für denselben.

KZ. 67 – MRZ. 63

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 25. Juli 1881.

Nr. 284 Ministerrat, Wien, 28. Juni 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; abw. Welsersheimb.

[I.] Fragestellung an die Landtage im Betreff der Reform der Verwaltung.

KZ. 74 – MRZ. 64

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 285 Ministerrat, Wien, 1. Juli 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Fidler; abw. Conrad, Welsersheimb.

I. Über die Exzesse in Prag. II. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kaufmann Hugo Schönberger in Wien.

KZ. 68 – MRZ. 65

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 286 Ministerrat, Wien, 2. Juli 1881 – Protokoll I

RS. fehlt; Abschrift, AVA., Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR); *Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung,* HHSTA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1881.
P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 2. 7.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] In Angelegenheit der Prager Exzesse

KZ. 69 – MRZ. 66

Protokoll des zu Wien am 2. Juli 1881 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident macht weitere Mitteilungen in Bezug auf die Prager Ereignisse[1]. Vom Statthaltereipräsidium in Prag werde berichtet, dass vom akademischen Senate der Prager Universität kein Beschluss wegen einer Immediateingabe an Se. Majestät gefasst worden sei[2]. Der Ministerpräsident teilt mit, dass er, nachdem er gestern von dem Inhalte der die Prager Ereignisse betreffenden Resolution der äußersten Linken des Wiener Gemeinderates[3] Kenntnis erlangt hatte, sich sogleich mit dem Statthalter und dem Leiter der Polizeidirektion in Verbindung gesetzt habe. Die Verhandlung des Statthalters mit dem Bürgermeister sei fruchtlos gewesen, da der Bürgermeister nicht den Mut hatte, dem Ansinnen der äußersten Linken entgegenzutreten[4]. Der Ministerialpräsident habe sonach abends noch dem Staatsanwalte die Weisung zugehen lassen, diejenigen der heutigen Morgenblätter zu konfiszieren, welche etwa den Wortlaut der fraglichen Resolution brächten. Die Konfiskation sei allerdings nicht vollständig und durchgreifend nur hinsichtlich der Postexemplare bewerkstelligt worden[5].

---

1 *Fortsetzung von MR. v. 1. 7. 1881/I (liegt nicht ein). Die gereizte Stimmung zwischen Deutschen und Tschechen wegen der Diskussionen um die Teilung der Prager Universität führte am 28. 6. 1881 zu einem Überfall von Tschechen auf das Stiftungsfest des Studentencorps Austria in Kuchelbad. Dieses Ereignis – aus seiner Erinnerung – hielt Erwin Egon Kisch in seinem Artikel* Die Kuchelbader Schlacht *fest,* PRAGER TAGBLATT v. 8. 6. 1930. *Mit Vortrag v. 30. 6. 1881 erstattete Taaffe Franz Joseph Bericht, den dieser mit Ah. E. v. 1. 7. 1881 zur Kenntnis nahm,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2658/1881.

2 *Dieser Bericht konnte in den Beständen des* AVA., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg.*, wie auch in* NÁRODNÍ ARCHIV, PM *und* PMT. *nicht gefunden werden.*

3 *Als Tagesordnungspunkt 5 befindet sich in* BERICHTE ÜBER DIE ÖFFENTLICHEN SITZUNGEN DES GEMEINDERATHES DER K. K. REICHSHAUPT- UND RESIDENZSTADT WIEN 1. 7. 1881 (48. Sitzung) 838 *eine Kurzfassung des Beschlusses über den Resolutionsantrag der äußersten Linken; ein handschriftliches und mit Siegel versehenes Sitzungsprotokoll mit einer Langfassung dieses Tagesordnungspunktes ist in das Rathausexemplar der Gemeinderatsprotokolle gebunden worden,* WSTLA., Sig. 1.6.1 (Gemeinderat) B6 (Sitzungsprotokolle), 2. Ex.

4 *Zu diesen Gesprächen konnte in den Beständen des* AVA., Ministerratspräsidium*, in denen des* IM., Präs. *und* allg.*, des* NÖLA., Statthalterei, Präs.*, des* WSTLA., Stadtarchiv, leitende Ämter, Präsidium *sowie der* WIENER LANDES-POLIZEIDIREKTION, Amtsbibliothek (Archiv) *nichts gefunden werden.*

5 *Die Weisung an die Staatsanwaltschaft Wien konnte in den Beständen des* AVA., Ministerratspräsidium*, in denen des* IM., Präs. *und* allg. *sowie des* JM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden. Die Steigerung der Beschlagnahme an Zeitungen geht hervor aus dem* Amtsvortrag der eingelangten Anzeigen über die mit Beschlag und Verbot belegten Zeitschriften für den Monat Juni 1881 *v. 31. 7. 1881 und den entsprechenden Amtsvortrag für den Monat Juli 1881 v. 5. 9. 1881 sowie dem Amtsbericht für den Monat Dezember mit einer Gesamtdarstellung des Jahres v. 28. 2. 1882,* AVA., JM., allg., legislative Angelegenheiten, Sig. I P 6/2, Post 104, Zl. 11156/1881 *und* Post 107, Zl. 13674/1881 *sowie* Post 128, Zl. 3160/1882.

Minister Dr. Pražák betont, dass leider das Pressgesetz selbst einem wirksamen Konfiszierungsvorgehen im Wege stehe, indem § 17 des Gesetzes nur anordne, dass zugleich mit dem Beginne der Austeilung oder Versendung des Journals ein Exemplar bei der Behörde zu hinterlegen sei[6]. Man könne daher selbst beim raschesten Vorgehen eines durchgreifenden Erfolges nicht sicher sein. Der Minister gedenke daher, eine Novelle zum Pressgesetze zu proponieren, wornach bestimmt würde, dass die Hinterlegung des Blattes bei der Sicherheitsbehörde eine bestimmte Zeit (etwa eine Stunde) vor der Ausgabe der übrigen Exemplare zu geschehen habe[7].

Der Handelsminister bemerkt, dass jetzt nur durch ein schon vorbereitetes Verfahren mittelst vorläufiger Ausfertigung des Konfiskationsblanketts und Zurückhaltung der Ausgabe aufgrund desselben, also durch ein nur in außerordentlichen Fällen mögliches Verfahren, mit welchem dem Pressgesetze gleichsam Gewalt angetan werde, erfolgreich vorgegangen werden könne.

Der Ministerpräsident bemerkt, ein Zeichen dafür, dass die fragliche Resolutionsangelegenheit eine gemachte Sache war, sei der Umstand, dass darüber im Gemeinderate keinerlei Diskussion stattfand. In Gemeinderatskreisen sei übrigens bei diesem Anlasse die Frage der eventuellen Auflösung des Gemeinderates besprochen worden und sei die Anschauung darüber die, dass ein solcher Akt nur erwünscht wäre, weil man dann bei den Neuwahlen Gelegenheit hätte, in den Wahlreden gegen die Regierung loszudonnern. Es schiene dem Ministerpräsidenten in der Tat nicht geraten, mit der Auflösung des Wiener Gemeinderates vorzugehen, erstlich wegen des eben erwähnten Umstandes, zumal man bei dem Wahlrummel das Moment ausbeuten dürfte, dass die Regierung wohl den deutschen Wiener Gemeinderat maßregle, während sie den tschechischen Prager Gemeinderat ungeschoren lasse, andererseits aber auch aus dem Grunde, weil bei einer Auflösung im jetzigen Momente nicht einmal der Bürgermeister, da dessen Funktionsdauer auch eben jetzt ablaufe[8], fortfunktionieren könnte und daher für die Verwaltung ein kaiserlicher Kommissär bestellt werden müsste, was eine besondere Unzukömmlichkeit wäre und wie eine verschärfte Maßregel aussehen würde. Der Ministerpräsident werde übrigens auf den Punkt der Behandlung des fraglichen Gemeinderatsbeschlusses noch zurückkommen. Dass es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine kombinierte Sache handle, gehe ferner aus folgenden Umständen hervor:

Der Ministerpräsident habe die Mitteilung erhalten, dass man auch in Steiermark durch Provozierung der Slawen eine nationale Aufhetzung zu machen beabsichtige. Infolgedessen habe er an den Statthalter in Steiermark einen Erlass gerichtet, worin derselbe auf die Sache aufmerksam gemacht und aufgefordert wird, zunächst tendenziösen nationalen Provokationen vorzubeugen und eventuelle Bewegungen mit allem Nachdruck niederzuhalten[9].

---

6 *Gesetz v. 17. 12. 1862,* RGBL. Nr. 6 *ex* 1863.

7 *Eine entsprechende Gesetzesinitiative konnte in den Beständen des* AVA., JM., Präs *und* allg. *nicht gefunden werden.*

8 *Erst mit Schreiben v. 26. 7. 1881 teilte Taaffe Possinger mit, dass Franz Joseph die Wiederwahl Julius Ritter v. Newalds zum Wiener Bürgermeister bestätigt habe; am 4. 8. 1881 unterzeichnete dieser die Eidesformel,* NÖLA., Statthalterei, Präs., Fasz. P 10 ad 2084/1881.

9 *Die Mitteilung aus der Steiermark und der Erlass Taaffes an den Statthalter in Steiermark, Guido Freiherr Kübeck zu Kübau, konnten in den Beständen des* AVA., Ministerratspräsidium *sowie des* IM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

Noch bezeichnender sei ein heute im „Pester Lloyd" erscheinender, in der allerheftigsten Weise und mit dem allerschärfsten Ausdrücken gegen die Politik der jetzigen Regierung losziehender Artikel, dessen Inhalt bereits in einer an die „Deutsche Zeitung" gerichteten Depesche vorliege. Der Ministerpräsident bringt den Artikel nach der Depesche zur Verlesung und hebt als besonders bezeichnend den Schlusspassus desselben hervor, welcher lautet:

„Dieser Artikel ist deshalb von größter Wichtigkeit, weil er die Ansicht der hiesigen Regierung wiedergibt, welche nicht nur an dem Treiben der Tschechen Missfallen findet, sondern auch der ganzen Versöhnungspolitik über kurz oder lang entgegentreten wird, falls nicht, wie in bestunterrichteten Kreisen verlautet, sehr wesentliche Änderungen im österreichischen Kabinette schon in nächster Zeit vor sich gehen werden."[10]

Selbstverständlich habe der Ministerpräsident Anordnung getroffen, dass eine allfällige Reproduktion dieses Artikels konfisziert werde[11]. Der Ministerpräsident macht Mitteilung von dem Ah. Befehle Sr. Majestät, dass eine Vorkehrung getroffen werde, damit anstelle des durchlauchtigsten Kronprinzen ein anderer General den Befehl über die Truppen in Prag übernehme. Nach nunmehriger Eröffnung des Reichskriegsministers wurde bereits FML. Baron Dumoulin hiezu beordert und reise derselbe heute Abend nach Prag ab[12].

Zufolge Ah. Auftrages Sr. Majestät habe der Ministerpräsident ferner an den beurlaubten Statthalter Baron Weber die Aufforderung gerichtet, nach Prag zurückzukehren und vorläufig die Amtsleitung wieder zu übernehmen. Die Antwort des Baron Weber laute aber dahin, dass die Ärzte die Fortsetzung seiner Kur für notwendig erachten und dass er selbst wegen seines dermaligen Gesundheitszustandes sich nicht fähig fühle, die Amtsleitung wieder aufzunehmen[13]. Bei dieser Lage der Dinge und nachdem der Statthaltereivizepräsident Grüner sich als nicht entsprechend erweise[14], müsse der Ministerpräsident sich eine andere Verfügung hinsichtlich der Leitung der Statthalterei vorbehalten, zumal auch die vonseiten der Verfassungspartei für Prag beabsichtigten Zusammenkünfte irgendein entsprechendes Einschreiten erheischen dürften. Bei der über diese Frage gepflogenen Diskussion wird von den Ministern übereinstimmend die Anschauung zum Ausdruck gebracht, dass es notwendig sei, sogleich eine feste Hand für die Leitung der Statthalterei zu gewinnen und dass diese

---

10 *Der vom* Pester Lloyd (M.) v. 2. 7. 1881 *veröffentlichte Artikel endete mit einem anderen Schlussabsatz:* Denn sie*, die Studentenexzesse,* sind wichtig als Symptome des krankhaften Prozesses, von welchem Österreich ergriffen ist. Die Jungen tragen auf den Markt und verdolmetschen in ihrer Weise, was die Alten in politischen Konventikeln als Lehren des Heils ersonnen haben.

11 *Die Anordnung Taaffes konnte in den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidium *sowie des* IM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

12 *Mit Handschreiben an Kronprinz Rudolf und an Kriegsminister Bylandt v. 6. 4. 1882 war Rudolf zum Kommandanten der 18. Infanteriebrigade ernannt worden, dessen Stab in Prag lag,* Ka., MKSM. 70–1/16/1881*, und die zur 9. Truppendivision gehörte. Sie wurde von FML. Johann Freiherr v. Dumoulin kommandiert. Wegen einer Dienstreise und eines sechswöchigen Urlaubs Dumoulins hatte Rudolf am 25. 6. 1881 vertretungsweise das Divisionskommando übernommen,* Prager Tagblatt v. 26. 6. 1881*. Diesen Urlaub trat Dumoulin dann nicht an, sondern übernahm nach der Dienstreise wieder das Kommando,* Prager Tagblatt v. 5. 7. 1881.

13 *Zu Philipp Weber Freiherr v. Ebendorf siehe* Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich 33: 214. *Der Schriftwechsel mit Weber konnte weder in* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PM. *und* PMT. *gefunden werden.*

14 *Zu Ignaz Ritter v. Grüner siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 383 f., *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Grüner (parlament.gv.at) *(Zugriff 24. 9 2021). Seine Pensionierung wurde beschlossen in MR. I v. 5. 7. 1881/I, siehe dort Anm. 12.*

Aufgabe jedenfalls einem Beamten übertragen werden müsste[a]. Der Ministerpräsident teilt endlich mit, dass Se. Majestät anzuordnen geruht haben, dass gegen die arretierten Exzedenten schnellstens die Strafverhandlung eingeleitet werde[15]. Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums teilt mit, dass er heute bereits die diesbezügliche Anordnung erlassen habe[b,16].

Der Ministerpräsident behält sich vor, die entsprechenden Meldungen an Se. Majestät zu machen. Er eröffnet ferner dem Ministerrate seine Absicht, der Statthalterei die Weisung zu erteilen, mit aller Energie und eventuell mit Militärgewalt gegen weiter vorkommende Exzesse einzuschreiten.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilungen des Ministerpräsidenten genehmigend zur Kenntnis[17].

Wien, 2. Juli 1881. Taaffe.

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 287 Ministerrat, Wien, 2. Juli 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Rechnungsdirektor Johann Gabriely. II. Neusystemierung des Personalstandes des Handelsministeriums. IIII. Behandlung der am 28. Mai d. J. abgeschlossenen Additionalakte betreffend die Herstellung des Einklangs der Schifffahrtsakte für die Donaumündungen mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages. IV. Betreffend das Pensionsnormale für die Bediensteten der Bosnabahn. V. Konzessionierung einer Lokalbahn von Kremsier über Zdounek nach Zborowitz. VI. Konzessionierung einer Lokalbahn von einem Punkte der Elisabeth-Bahn zwischen Vöcklabruck und Timelkam nach Kammer am Attersee. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberinspektor der Staatseisenbahn-Gesellschaft, Heinrich Bella.

KZ. 75 – MRZ. 67

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

---

[a] *Anmerkung des Abschreibers* Poznámka císaře [Bemerkung des Kaisers]: Sehr richtig.

[b] *Randbemerkung des Kaisers* bitte die Durchführung der Anordnung unausgesetzt zu überwachen. Franz Joseph.

[15] *Telegramm (K.) Franz Josephs an Taaffe v. 2. 7. 1882,* HHStA., Kab. Kanzlei, Korr. A, Sig. IV, Fasz. Telegramme über Prager Exzesse, Zl. 1229/1882 *mit dem Wortlaut* Ihr heutiges Telegramm erhalten und mit Ihrem Vorgehen einverstanden. Bitte dahin zu wirken, daß die arretierten Exzedenten schnell und exemplarisch gestraft werden.

[16] *Ein diesbezüglicher Erlass konnte in den Beständen des* AVA., JM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden; die Akten der Oberstaatsanwaltschaft in Prag, nach* NÁRODNÍ ARCHIV, VSZ., Index 1881 *in* Sig. III a-13–62 *die* Zl. 3302, 3312, 3402, 3474, 3579, 3687, 3852, 4029, 4199, 4364 *und* 5223*, alle ex* 1881*, liegen nicht ein.*

[17] *Ein entsprechender Erlass konnte weder in* AVA., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* NÁRODNÍ ARCHIV, PM. *und* PMT. *gefunden werden. Mit Schreiben des Generalkommandos in Prag an die Prager Polizeidirektion v. 3. 7. 1881 wurde mitgeteilt, dass stets ein Bataillon der Polizei zur Verfügung stehe,* NÁRODNÍ ARCHIV, PP., Karton 1024, Sig. St 20/1, Zl. 5263/1881*. Fortsetzung der Angelegenheit in MR. v. 3. 7. 1882/I.*

Nr. 288 Ministerrat, Wien, 3. Juli 1881

RS. fehlt; Abschrift, AVA., Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR)*; Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung,* HHSTA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1881.
P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 3. 7.); anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Fidler; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] In Angelegenheit der Prager Ereignisse.

KZ. 70 – MRZ. 68

Protokoll des zu Wien am 3. Juli 1881 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident bringt in Angelegenheit der Prager Ereignisse[1] zunächst zur Verhandlung die Frage der Suspendierung der Vorlesungen an der Prager Universität, nachdem nun der diesbezügliche Bericht der Statthalterei eingelangt sei[2]. Sektionschef Fidler teilt den wesentlichen Inhalt des Berichtes des akademischen Senates mit. Der Senat rechtfertigt darin die Verfügung der vorläufigen Suspendierung der Vorlesungen und begründet seinen Antrag auf Schließung der Vorlesungen für das laufende Semester überhaupt. Der Senat besorgt, dass es bei der Abhaltung von Vorlesungen und beziehungsweise der Ansammlung der Studenten an der Universität zu Exzessen im Universitätsgebäude selbst kommen könnte und glaubt, dass die Entlassung der Studenten in ihre Heimat das geeignetste Mittel sei, um weiteren Reibungen vorzubeugen. Am Schlusse des Berichtes wird gesagt, dass der Senat auch die Frage einer Immediateingabe an Se. Majestät in Erwägung gezogen habe und dass diese Frage für eine besondere kommissionelle Prüfung reserviert wurde. Darnach scheint es also richtig, dass vom Senate eine Immediateingabe noch nicht beschlossen wurde.

Die Statthalterei befürwortet in ihrem Berichte die Schließung der Vorlesungen aus den Gründen des akademischen Senates, indem sie bemerkt, dass ohnehin kaum mehr zehn Vorlesungstage geboten wären und die Abhaltung der Prüfungen selbstverständlich nicht beirrt würde. Auch berichtet die Statthalterei, dass es an den technischen Hochschulen zu keinen Exzessen gekommen sei, indem sie den Umstand hervorhebt, dass die beiden technischen Hochschulen voneinander lokal weit entfernt sind. In der von Seite des Ministeriums für Kultus und Unterricht nun hinauszugebenden Erledigung soll folgendes gesagt werden:

Die Vorlesungen sind in diesem Semester nicht wieder aufzunehmen. Die Professoren werden ermächtigt, schon vom heutigen Tage an die Frequenzbestätigungen zu erteilen und kann dabei von der Vorschrift Umgang genommen werden, dass die Studierenden hiezu persönlich erscheinen. Die übliche Abhaltung der Prüfungen und Rigorosen wird durch den Schluss der Vorlesungen nicht beirrt. Die vom Senate beschlossene Disziplinaruntersuchung gegen die schuldtragenden Studierenden ist schleunigst durchzuführen. Hinsichtlich der Frage der Immediateingabe wird aufmerksam gemacht, dass der akademische Senat als Behörde seine Bitten und Anliegen nur im Wege der gesetzten Behörde vorbringen könne.

---

1 *Fortsetzung des MR. v. 2. 7. 1881/I.*

2 *Mit Telegramm v. 30. 6. 1881 hatte der akademische Senat der Prager Universität Conrad mitgeteilt, er werde die Vorlesungen suspendieren und deren definitive Schließung beantragen; mit Telegramm (K.) Conrads vom selben Tag wurde der Statthalter in Prag Weber zur Stellungnahme aufgefordert,* AVA., CUM., Unterricht, Präs. 737/1881. *Bericht von dessen Stellvertreter Grüner v. 1. 7. 1881 – mit dem in Folge referierten Bericht des akademischen Senats der Universität Prag v. 2. 7. 1881 in* AVA., CUM, Unterricht, Präs. 747/1881.

Vom Ministerrate wird die in diesem Sinne proponierte Erledigung zur Kenntnis genommen[3].

Der Ministerpräsident bringt weiters zur Sprache die vonseiten der Verfassungspartei in Prag veranstalteten Versammlungen. Gestern habe über Dr. Schmeykals Veranlassung eine Plenarversammlung des Verfassungsvereines stattgefunden, welche gleichsam als eine Vorversammlung anzusehen komme zu der für heute von Schmeykal einberufenen Versammlung deutscher Abgeordneter aus Böhmen[4]. Ein Verbot dieser heute stattfindenden Versammlung auszusprechen, schien dem Ministerpräsidenten gesetzlich nicht zulässig, da sie nicht als allgemein zugängliche Versammlung im Sinne des § 2 des Versammlungsgesetzes veranstaltet werde, sondern nur als eine private Zusammenkunft erscheine. Hingegen habe er sich veranlasst gesehen, der allfälligen Aktion dieser Versammlung entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sollte ein Beschluss im Sinne der Aufforderung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gefasst werden, so müsste zunächst eine solche Arrogation morgen durch die „Wiener Abendpost" und die „Prager Zeitung" entschieden zurückgewiesen werden, indem gesagt würde, dass die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sache der Regierung sei, die Regierung sich ihrer Pflicht und Aufgabe bewusst sei und eine diesfällige Einmischung Unberufener eine unstatthafte Sache sei[5].

Sollten aber Resolutionen im Sinne der ehemaligen Parteitagsresolutionen oder der Resolution des Wiener Gemeinderates gefasst und veröffentlicht werden wollen, so wäre den diesfalls beabsichtigten Publikationen entgegenzutreten. Der Ministerpräsident habe deshalb die Statthalterei in Prag heute Früh angewiesen[6], erstlich zu sorgen, dass es anlässlich der Versammlung zu keinen Unruhen komme, und zweitens die Veranlassung zu treffen, dass die Veröffentlichung von Resolutionsbeschlüssen der Versammlung durch die Zeitungen mittels Konfiskationseinschreitens inhibiert werde. Nachdem der Ministerpräsident diese Verfügung getroffen hatte, habe er von Sr. Majestät ein Telegramm erhalten, mit welchem Se. Majestät fragen, ob die Versammlung nicht zu verbieten wäre und weiters gegenüber den Versammlungsbeschlüssen eben jene Beobachtungsmomente andeuten, von welchen er (Ministerpräsident) soeben Erwähnung gemacht habe[7].

In der sich entspinnenden Diskussion wird übereinstimmend anerkannt, dass in dem Falle, als die Versammlung lediglich als eine private Zusammenkunft erscheine und als sie nicht etwa eine durch Gäste erweiterte Versammlung des Verfassungsvereines darstelle, eine

---

3 *Mit Erlass Conrads v. 3. 7. 1881 wurde das Rektorat der Universität Prag angewiesen, nach dem Beschluss des Ministerrates vorzugehen,* Ava., CUM., Unterricht, Präs. 747/1881. *Am 11. 7. 1882 legte der akademische Senat dem Statthalter in Prag, Kraus, das Ergebnis (Abschrift) der Untersuchung vor,* Národní Archiv, PM. 1881–1890, Karton 1526, Sig. 6/1/3, Zl. 5554/1882.

4 *Zu der Plenarversammlung der Verfassungspartei und der Rede Schmeykals siehe* Prager Tagblatt (Erste Beilage) v. 3. 7. 1881*, zu der Konferenz der deutsch-böhmischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten* Prager Tagblatt v. 4. 7. 1881.

5 *Die Resolution der Abgeordneten erschien in* Prager Tagblatt v. 5. 7. 1881*, die Entgegnung in* Wiener Zeitung (A.) v. 4. 7. 1881.

6 *Die Anweisung Taaffes an die Statthalterei in Prag konnte weder in den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PM. *und* PMT. *gefunden werden.*

7 *Telegramm (K.) Franz Josephs an Taaffe v. 3. 7. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A, Sig. IV, Fasz. Telegramme über Prager Exzesse, Zl. 1229/1882 *mit dem Wortlaut* Ich gebe zu erwägen, ob Versammlung der Verfassungspartei in Prag im jetzigen Augenblick angezeigt ist, und ob dieselbe nicht untersagt werden

Untersagung allerdings nicht eintreten könne. Bis jetzt und auch nach der Intention und dem Interesse der Einberufer könne man nur auf den Charakter einer privaten Versammlung schließen.

Der Handelsminister ist übrigens der Ansicht, dass auch zu einer unter besonderen Umständen, wie die obwaltende, einberufene Privatzusammenkunft ein Regierungskommissär entsendet werden könne und dass sich eine solche Intervention durch die außerordentlichen lokalen Verhältnisse rechtfertigen ließe.

Es wird sonach, in der Absicht, um einerseits den wahren, nur von der Lokalbehörde zu erhebenden Charakter der Versammlung zu erfahren und andererseits auf die diesfällige Intervention aufmerksam zu machen, vom Ministerrate beschlossen, dass von Seite des Ministerpräsidenten an die Statthalterei in Prag die Anfrage gerichtet werde, „ob von Seite der Sicherheitsbehörde zu den gestern und heute stattgefundenen Versammlungen des Verfassungsvereines ein Regierungskommissär entsendet wurde."[8]

Der Ministerpräsident regt ferner an, die für hier in Wien zu ergreifenden Vorsichten, damit allfällige aus Prag kommende Telegramme über Reden und Resolutionen, wenn schon nicht an sich zurückbehalten, so doch insoferne ins Auge gefasst werden, dass von Seite der Staatsanwaltschaft die Konfiszierung der betreffenden Blätter in wirksamer Weise bewerkstelligt werden könne.

Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums trifft von der Ministerkonferenz aus durch ein Schreiben an den Staatsanwalt die Anordnung, dass sich die Staatsanwaltschaft zu obigen Behufe mit dem Telegrafendirektor in Verbindung setze[9].

Wien, am 3. Juli 1881. Taaffe.

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

---

könnte, auch die Rolle, die Schmeikal nach Zeitungen spielt, scheint mir unstatthaft. Zu Handeln und für Ordnung zu sorgen, haben nur die Behörden, aber dieses sollte mit Entschiedenheit gegenüber beiden Parteien geschehen.

8 *Der Erlass an die Statthalterei in Prag konnte weder in den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PM. *und* PMT. *gefunden werden.*

9 *Der Erlass Pražáks an die Staatsanwaltschaft konnte in den Beständen des* Ava., JM. Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden. Zu den Unterlagen der Oberstaatsanwaltschaft in Prag siehe MR. I v. 2. 7. 1881/I, Anm. 16. Bereits am 2. 7. 1881 hatte Taaffe Grüner mitgeteilt, dass zwei Mitarbeiter der offiziellen Prager Zeitung* mit zu den Absendern jener Sensations-Telegramme gehören*; infolgedessen wies Grüner den Obertelegrafendirektor an,* alle von den genannten beiden Personen [...] aufgegebenen Telegramme einzusenden*,* Národní Archiv, PMT., Karton 15, g.P. 67/1881. *Zur Entwicklung der Zeitungsbeschlagnahmungen siehe in MR. I v. 2. 7. 1881/I, Anm. 5. Fortsetzung des Themas in MR. v. 4. 7. 1881/I.*

Nr. 289 Ministerrat, Wien, 4. Juli 1881

RS. fehlt; Abschrift, AVA., Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR)*; Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung,* HHSTA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1881.
P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 4. 7.); anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] In Angelegenheit der Prager Ereignisse. Frage der Wahl eines Statthaltereileiters.

KZ. 71 – MRZ. 69

Protokoll des zu Wien am 4. Juli 1881 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident setzt den Ministerrat in Kenntnis von der in einem Ah. Privatschreiben Sr. Majestät an ihn ausgesprochenen Ah. Willensmeinung Sr. Majestät bezüglich der Prager Ereignisse und der Bewältigung der dortigen Unruhen[1]. Darnach sei es der entschiedene Wille Sr. Majestät, dass die vollständige Ordnung in Prag baldigst um jeden Preis hergestellt werde und werde von Sr. Majestät darauf Gewicht gelegt, dass die Leitung der politischen Verwaltung in die Hände eines geeigneten, energischen Beamten gelegt werde. In weiterer Linie geruhen Se. Majestät darauf aufmerksam zu machen, ob nicht bei den obwaltenden Umständen und zum Behufe der Herstellung der Ordnung eine zeitweilige Beschränkung der freiheitlichen Rechte im Sinne des Gesetzes vom 5. Mai 1869 anzuordnen wäre[2]. Der Ministerpräsident erinnert, dass bereits in der vorgestrigen Ministerkonferenz hervorgehoben wurde, dass es bei dem Umstande, als Baron Weber jetzt nicht nach Prag zurückkehren wolle und Vizepräsident Grüner, wie die Erfahrungen zeigen und wie auch allseits bestätigt werde, nicht die entsprechende Energie besitze[3], die Notwendigkeit vorhanden sei, für die Leitung der Statthalterei eine andere geeignete Persönlichkeit zu gewinnen. In Anbetracht nun auch der Ah. Willensmeinung Sr. Majestät wegen der baldigen Herstellung der Ordnung werde jetzt vor allem hinsichtlich der Leitungsfrage zur Tat geschritten werden müssen.

Was die Frage der zeitweiligen Ausnahmsverfügungen von den bestehenden Gesetzen anbelange, so scheine es bei dem Umstande, als nach § 1 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 der Umfang der Ausnahmsverfügungen von vornherein genau festzusetzen sei, äußerst schwierig, gleich vom Zentrum aus die den obwaltenden lokalen Verhältnissen entsprechende Anordnung zu treffen, zumal mit Ausnahmsverfügungen schon der Natur der Sache nach sowie mit Rücksicht auf die eventuelle Rechtfertigung nur so weit zu gehen sei, als es die Verhältnisse geboten erscheinen lassen. Der normale Gang in derlei Fällen sei daher dieser, dass von der betreffenden Lokalbehörde ein Antrag über das Maß der gebotenen Beschränkungen erstattet werde und dass dann darauf basiert die präzisierte Ausnahmsanordnung des Gesamtministeriums erfließt. Bei den gegenwärtig in Bezug auf die Leitung der politischen Verwaltung in Prag bestehenden Verhältnissen müsse aber, bevor ein solcher Antrag abverlangt werden könne, erst die für eine entsprechende Leitung geeignete Persönlichkeit gefunden werden. Deshalb fasse der Ministerpräsident den Vorgang in der Weise ins Auge, dass zunächst ein

---

1 *Fortsetzung des MR. v. 3. 7. 1881/I. Das Privatschreiben Franz Josephs an Taaffe konnte in den Beständen des* HHSTA., Kab.Kanzlei *und des* AVA., Ministerratspräsidium *nicht gefunden werden.*

2 *Gesetz v. 5. Mai 1869,* RGBL. Nr. 66/1869*, über Einschränkungen der Grundrechte des Staatsgrundgesetzes v. 21. 12. 1867,* RGBL. Nr. 142/1867.

3 *Zum Verbleib Webers in Karlsbad und der fehlenden Energie Grüners siehe MR. v. 2. 7. 1881/I, Anm. 13 und 14.*

neuer Statthaltereileiter ernannt werde, dass dieser sodann aufgefordert werde, die ihm erforderlich scheinenden Ausnahmsverfügungen zu beantragen, während ihm beordert werde, bis zur Erlassung einer Ausnahmsanordnung im Sinne des Gesetzes vom 5. Mai 1869 die bestehenden Gesetze zur mittlerweiligen Aufrechterhaltung der Ordnung auf das Strengste zu handhaben. Die strengeren Maßnahmen dürften jedenfalls geraten sein. Denn, wenn es momentan ruhiger sei, so sei eine neue Anfachung immer noch zu gewärtigen. Auch finde, wie ihm berichtet werde, jetzt ein Zuzug von allerlei Gesindel nach Prag statt[4].

Was nun die Wahl einer Persönlichkeit für die Leitung der Statthalterei anbelange, so habe der Ministerpräsident nach sorgfältiger Umschau unter den mit Rücksicht auf ihre Rangstellung diesfalls in Betracht zu nehmenden Beamten der Statthaltereien und des Ministeriums des Innern niemanden finden können, der für die vorhandene Aufgabe entsprechend zu erachten wäre. Einen Moment habe der Ministerpräsident an den Sektionschef im Ministerium des Innern, Freiherrn v. Kubin gedacht. Derselbe sei in der Administration tüchtig bewandert, seiner Gesinnung nach höchst objektiv, ein wahrer und echter österreichischer Beamter. Doch sei derselbe erstlich jetzt auf Urlaub abwesend und benötige er in der Tat wegen seiner durch Überanstrengung angegriffenen Gesundheit der Erholung. Andererseits aber musste der Ministerpräsident auch in Erwägung nehmen, dass, wenn auch Freiherr v. Kubin als Sektionschef im Ministerium ausgezeichnet wirke, derselbe niemals Gelegenheit gehabt habe, sich in einer höheren Stellung in der Exekutive zu erproben. Die gegenwärtigen Zustände in Prag erheischen einen Mann, der mit aller Energie einzugreifen und zugleich Autorität geltend zu machen imstande ist und dessen sonstige Qualitäten solche sind, dass durch seine Berufung keine der Nationalitäten vor den Kopf gestoßen wird. Da sich im Kreise der höheren Beamten gegenwärtig kein Mann mit solchen Eigenschaften vorfindet, so bleibe nichts übrig, als auf einen General zu greifen und habe der Ministerpräsident daher den FML. Freiherrn v. Jovanović ins Auge gefasst[5]. Vom Freiherrn v. Jovanović werde man nicht sagen können, dass man diese Wahl getroffen habe, um die Tschechen zu treten. Andererseits aber sei von Jovanović anzunehmen, dass er auf dem Wege der Herstellung der Ordnung sich durch keine nationalen Rücksichten beirren lassen werde. Nachdem Jovanović ohnehin für Dalmatien ausersehen sei, so könne er ganz gut jetzt nur als Statthaltereileiter nach Prag berufen werden, von wo er dann, da Dalmatien bis etwa zum Spätherbste erledigt werden dürfte, direkt als Statthalter nach Zara gesendet werden könnte. Bis dahin werden in Prag wohl wieder normale Zustände eingetreten sein und sei es Zeit, bis dahin, wenn Freiherr v. Weber inzwischen voraussichtlich um seine Pensionierung angesucht haben werde, einen anderen Statthalter für Böhmen zu finden.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, es wäre besser gewesen, wenn man die Leitung einem Beamten hätte übergeben können. Nachdem aber kein geeigneter Beamter zu finden sei, so erachte er die Wahl des Ministerpräsidenten für angemessen. Der Ackerbauminister ist gleichfalls mit der Proposition einverstanden und hält dabei insbesondere den Umstand für wertvoll, dass man Jovanović, nachdem dessen Bestimmung für Dalmatien bekannt sei, beim Eintritte dieses Erledigungsfalles in unauffälliger Weise werde entheben können. Minister Dr. Pražák glaubt, dass Jovanović den Böhmen keine Persona ingrata sein dürfte.

---

4 *Die ruhige Lage berichtete die* Wiener Zeitung (A.) v. 4. 7. 1881.

5 *Zu Stephan Freiherrn v. Jovanović siehe* Öbl. 3: 138.

Der Handelsminister bedauert auch, dass kein politischer Beamter gefunden werden konnte. Beim Abgange eines solchen erscheine aber die Wahl Jovanovićs vollkommen gerechtfertigt. Derselbe sei energisch, habe Kenntnisse in der Administration und endlich lasse sich wegen des vom Ackerbauminister hervorgehobenen Momentes dessen provisorische Bestellung gut durchführen. Die Situation, die zur Wahl eines Generals nötige, zeige, dass man es, und das sei eben in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen, verabsäumt habe, dafür zur sorgen, dass ein Nachwuchs geeigneter Persönlichkeiten für leitende Posten herangezogen werde. Der Handelsminister kann daher angesichts des vorliegenden, drastischen Falles nur betonen, dass es von hoher Wichtigkeit sei, dieser Frage ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und für die Zukunft diesfällige Vorsorge zu treffen. Sonach erklärt sich der Ministerrat mit der Wahl des FML. Freiherrn v. Jovanović einhellig einverstanden und wird der Ministerpräsident ermächtigt, diese Proposition behufs der Ah. Ermächtigung, mit Jovanović darüber zu sprechen, vorläufig Sr. Majestät au. vorzutragen[6].

Minister Dr. Pražák berichtet über die Intervention der Wiener Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Nachrichten über die Prager Abgeordnetenversammlung. Infolge derselben sei aus den bezüglichen Berichten eine bedenkliche Stelle eliminiert worden. Der Ministerpräsident wird den Statthalter in Wien beauftragen, auf die etwaigen Emanationen der heute in Wien zusammentretenden Abgeordnetenversammlung aufmerksam zu sein. Der Finanzminister regt an die Veröffentlichung eines authentischen Berichtes über die sämtlichen Vorgänge in Prag[7].

Wien, am 4. Juli 1881. Taaffe.

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

---

6 *Den Ministerratsbeschluss teilte Taaffe dem Monarchen mit Telegramm v. 4. 7. 1882 mit,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A, Sig. IV, Fasz. Telegramme über Prager Exzesse, Zl. 1229/1882.

7 *Neben dem Bericht der* Wiener Zeitung (A.) v. 4. 7. 1881 *erschien auch ein Bericht über den Wechsel in der böhmischen Statthalterei,* Wiener Zeitung (A.) v. 6. 7. 1881. *Fortsetzung in MR. v. 5. 7. 1881/I.*

Nr. 290 Ministerrat, Wien, 5. Juli 1881 – Protokoll I

RS. fehlt; Abschrift, AVA., Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR); *Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung*, HHSTA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1881.
P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 5. 7.); anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] In Angelegenheit der Prager Ereignisse. Antrag auf die Ernennung des FML. Kraus zum Leiter der Statthalterei in Prag.

KZ. 72 – MRZ. 70

Protokoll des zu Wien am 5. Juli 1881 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident teilt mit, dass auf die au. Anfrage wegen Erlangung der Ah. Ermächtigung zu einer Rücksprache mit dem FML. Freiherrn v. Jovanović bezüglich der Leitung der Prager Statthalterei Se. Majestät in der Ah. Erwiderung geruht haben[1], aufmerksam zu machen, dass FML. Freiherr v. Jovanović möglicherweise gegenüber dem kommandierenden General in Prag in eine falsche Stellung geraten könnte, während andererseits kein Anlass vorliege, auch einen Wechsel im Generalkommando eintreten zu lassen. Se. Majestät geruhen nochmals auf die Wahl eines Beamten zurückzukommen, zugleich aber auch auf den Präsidenten des Militärobergerichtes FML. Ritter v. Kraus[2] hinzudeuten und endlich auszusprechen, dass wenn niemand anderer geeignet befunden würde, an Jovanović heranzutreten wäre. Die Frage stehe für den Ministerpräsidenten nun so: ist es unbedingt notwendig an Jovanović heranzutreten oder erscheint nicht gerade FML. Ritter v. Kraus als eine geeignete Persönlichkeit?

FML. v. Kraus sei ein Böhme von Geburt, jedoch fern von jeder politischen Parteistellung, ein ruhiger und energischer Mann, zugleich als Jurist und vermöge seiner früheren Dienstleistung im Auditoriate sowie vermöge der Verwendung in der Militärkanzlei Sr. Majestät mit dem Amtswesen vertraut. Insbesondere spräche für Kraus der Umstand, dass derselbe in der Ah. Militärkanzlei durch viele Jahre eine Vertrauensstellung eingenommen habe und ihm deshalb die Ah. Intentionen Sr. Majestät bekannt seien. Der Ministerpräsident wäre der unmaßgeblichen Meinung, an Kraus heranzutreten, und erbitte er sich hiezu die Zustimmung des Ministerrates.

Der Handelsminister möchte in Anbetracht dessen, dass in außerordentlichen Fällen auch außerordentliche Maßregeln gerechtfertigt seien, zu erwägen geben, ob nicht doch ein sonst als geeignet erkannter, wenngleich noch jüngerer und in niedriger Rangstellung stehender Beamter z. B. der Regierungsrat Marquis Bacquehem[3] zu wählen und unter gleichzeitiger Ernennung zum Hofrate mit der Leitung der Statthalterei zu betrauen wäre.

---

1 *Fortsetzung dieser Angelegenheit von MR. v. 4. 7. 1881/I. Telegramm (K.) Franz Josephs an Taaffe v. 4. 7. 1882,* HHSTA., Kab. Kanzlei, Korr. A, Sig. IV, Fasz. Telegramme über Prager Exzesse, Zl. 1229/1882*, in dem der Monarch die Frage stellte:* Ein tüchtiger energischer Beamter wäre besser, ist denn in den Ministerien Niemand zu finden?

2 *Zu Alfred Freiherr v. Kraus siehe* ÖBL. 4: 220 f.

3 *Zu Olivier Marquis de Bacquehem siehe* ÖBL. 1: 42*, 1886–1893 Handels- und 1893–1895 Innenminister.*

Der Ministerpräsident betont, dass es wohl etwas ganz Außerordentliches wäre, Bacquehem in dieser Weise so schnell avancieren zu lassen. Bacquehem habe sich als Bezirkshauptmann und als Präsidialsekretär gut bewährt[4], etwas anderes sei es aber, ob sich derselbe schon zum Leiter einer Statthalterei und unter solchen Umständen eigne.

Der Handelsminister hält dafür, dass, wenn man sonach auf Kraus griffe, es jedenfalls entsprechend wäre, demselben einen Beamten als Präsidialsekretär beizugeben, welcher unbeeinflusst von vorhergegangen Tatsachen und Handlungen sei und von dem man sonach die Versicherung haben könne, dass er ganz den Intentionen des Ministeriums folge. Vielleicht wäre Bacquehem für diese Verwendung zu wählen[5].

Der Ministerpräsident ist mit der Inaussichtnahme der Beigebung eines solchen Beamten prinzipiell einverstanden, möchte jedoch hinsichtlich der Persönlichkeit der etwaigen Auswahl durch den künftigen Leiter nicht vorgreifen. Der Ministerpräsident ersucht nun um die Meinungsäußerung bezüglich der Wahl des FML. v. Kraus und betont, dass für Kraus auch der Umstand spreche, dass von demselben vermöge seiner diesfälligen speziellen Eignung eine genaue und sichere Erhebung des Herganges der Prager Ereignisse zu erwarten sei. Er werde später noch auf die Wichtigkeit einer solchen, unparteiischen Erhebung zurückkommen.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski ist mit der Wahl des FML. v. Kraus einverstanden. Da es bei der Wahl eine Hauptbedingung sei, dass jeder Schein einer Parteilichkeit vermieden werde, so sei FML. v. Kraus dem FML. Freiherrn v. Jovanović noch vorzuziehen, nachdem ersterer in politischer Beziehung gar niemals genannt worden sei.

Der Ackerbauminister hält dafür, dass Kraus sowohl vom Standpunkte der Unparteilichkeit aus, als auch wegen seiner Fähigkeiten und Kenntnisse geeignet erscheine. Insbesondere dürfte Kraus, der sich diesfalls seinerzeit in Italien seine Sporen verdient habe, der geeignete Mann sein, um eine genaue Erhebung der Ursachen und der Veranlassungen der Exzesse zu bewerkstelligen.

Minister Dr. Pražák bemerkt, dass er in Ermanglung eines Beamten den FML. v. Kraus dem FML. Freiherrn v. Jovanović vorziehe, weil Kraus eine Persönlichkeit sei, die von keiner Partei für sich reklamiert werden könne.

Sonach wird vom Ministerrate einhellig beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ermächtigen, mit FML. v. Kraus wegen der Übernahme des Posten Rücksprache zu pflegen.

---

4 *Bacquehem war mit Handschreiben an Ministerpräsident Adolph Auersperg v. 28. 8. 1878 nach Sarajewo entsendet worden* – Hhsta., Kab. Kanzlei, Kurrent-Billeten-Protokoll B29c/1878 – *und auf Vortrag Taaffes v. 30. 10. 1880 mit Ah. E. v. 7. 11. 1880 zum Regierungsrat bei der Landesregierung in Kärnten ernannt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4215/1880.

5 *Bacquehem wurde mit Ah. E. v. 10. 10. 1881 zum Statthaltereirat in Linz ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3871/1881.

Der Ministerpräsident bringt weiters zur Sprache einen Umstand, welcher zeige, wie notwendig es sei, einen unparteiischen Mann zu finden, um den genauen Ursprung der Ereignisse zu untersuchen[6]. Er habe vom Polizeidirektor in Prag, Hofrat Stejskal,[7] schon anfänglich eine Mitteilung erhalten, woraus hervorgeht, dass von gewissen Elementen der deutschliberalen Partei die Exzesse gleichsam angelegt und geschürt worden seien[8]. Nun habe er an Stejskal privat das Ersuchen richten lassen, dass derselbe Daten zur Erhärtung jener seiner Angaben mitteilen möge. Infolgedessen habe Stejskal unterm 4. Juli l. J. an den vom Ministerpräsidenten diesfalls verwendeten Mittelsmann ein der früheren Darlegung homogenes und die ursprüngliche Anschauung Stejskals belegendes Schreiben gerichtet[9]. Der Ministerpräsident teilt dem Ministerrate den Inhalt dieses Schreibens mit und legt den Brief im Originale dem Protokolle bei[a].

Gleichzeitig erhielt aber der Ministerpräsident durch die Statthalterei einen vom selben Tage (4. Juli d. J.) datierten, ämtlichen Bericht des Hofrates Stejskal, in welchem Stejskal über den Hergang der Prager Ereignisse gerade das Gegenteil von dem sage, was er im obigen Briefe ausspreche. Der Ministerpräsident teilt diesen Bericht dem Ministerrate mit und legt denselben gleichfalls im Originale dem Protokolle bei[b] . Der Ministerpräsident bemerkt, dass er vorläufig privat den Hofrat Stejskal zur Rechtfertigung dieses Widerspruches aufgefordert habe[10]. Endlich teilt der Ministerpräsident dem Ministerrate den weiters im Originale dem Ministerratsprotokolle beiliegenden Brief Dr. Riegers mit[c ,11].

---

a *Abschrift der Beilage liegt der Protokollabschrift nicht bei.*

b *Abschrift der Beilage liegt der Protokollabschrift nicht bei.*

c *Abschrift der Beilage liegt der Protokollabschrift nicht bei.*

6 *Mit Schreiben v. 5. 7. 1881 fragte Grüner den Leiter der Polizeidirektion Prag, Stejskal, ob* ganz unbedenkliche Zeugen der vorgefallenen Excesse in *Kuchlbad* bekannt sind*, die dann* protokollarisch einzuvernehmen *seien, wobei* eine Stellung von Fragen unterlassen werden könnte und die betreffenden Persönlichkeiten lediglich zu ersuchen wären, die Vorfälle, von denen dieselben Zeugen waren, in allgemein erzählender Form zu Protokoll zu geben*; als Zeugen bezeichnete Stejskal am 8. 7. 1881 Statthaltereirat Carl Schlachta und Statthaltereisekretär Camill Hoffmeister, ihre Einvernehmungsprotokolle liegen nicht ein,* Národní Archiv, PP., Karton 1024, Sig. St 20/1, Zl. 5402/1881.

7 *Zu Franz Ritter v. Stejskal siehe* Öbl. 13: 202.

8 *Diese inoffiziellen Schreiben Stejskals konnten weder in* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PP. *gefunden werden; allerdings berichtet hierüber ein Schreiben (K.) des Statthaltereisekretärs im Präsidialbüro, Alois Hofmann, an Taaffe v. 28. 6. 1881,* Národní Archiv, PMT., Karton 15, g.P. 63/1881.

9 *Auch dieses inoffizielle Schreiben Stejskals konnte weder in* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PP. *gefunden werden; doch auch hier findet sich ein Schreiben (K.) Hofmanns an Taaffe, das die Aussagen des zuvor genannten Schreibens enthält, datiert mit 5. 7. 1881,* Národní Archiv, PMT., Karton 15, g.P. 69/1881.

10 *Schreiben Stejskals an die Statthalterei in Prag v. 4. 7. 1882,* Národní Archiv, PMT., Karton 15, g.P. 68/1881. *Die private Aufforderung Taaffes an Stejskal um Aufklärung des Widerspruches wurde weder im* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PP. *gefunden. Zur Antwort Stejskals siehe MR. v. 8. 7. 1881/I.*

11 *Das Schreiben Riegers konnte in* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

Der Handelsminister bemerkt, aus der Haltung Stejskals gehe hervor, dass dieser Mann nicht den Mut seiner Überzeugung habe, indem er es nicht gewagt habe, im offiziellen Berichte das auszusprechen, wovon er nach seinem Privatbriefe offenbar überzeugt war. Möglicherweise dürfte auch hinsichtlich der offiziellen Berichterstattung eine Influenzierung stattgefunden haben.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, besonders auffallend sei, dass der offizielle Bericht so warm für das Interesse der anderen Richtung gehalten sei. Die Darstellung mache den Eindruck eines Artikels der „Neuen Freien Presse". Wenn Stejskal schon nicht den Mut der Überzeugung habe, so brauchte er doch nicht im offiziellen Berichte für die entgegenstehende Auffassung warm zu plädieren.

Der Finanzminister bemerkt, wenn man den offiziellen Bericht lese, so müsse man sich füglich fragen, was denn die Alttschechen für einen Zweck verfolgen wollten. Das, was ihnen nach dem Berichte insinuiert werde, stehe ja im direkten Gegensatze zu ihren Interessen. Andererseits müsse man sich fragen, warum die Polizei, wenn sie die Urheber kannte, nicht gegen sie einschritt. Es sei Tatsache, dass in gewissen Beamtenkreisen die Meinung herrsche, dass man die gegenwärtige Regierung nicht zu fürchten brauche. Das Verhalten in Prag gebe Beleg dafür. Nur wenn man zur geeigneten Zeit entschieden vorgehe, werde man diese bedenkliche Meinung verschwinden machen. Der Finanzminister möchte deshalb den Ministerpräsidenten bitten, dass gleichzeitig mit der Ernennung eines neuen Statthaltereileiters die Pensionierung des Vizepräsidenten Grüner verfügt werde, damit man sehe, dass die Regierung ernst mache.

Der Handelsminister bestätigt das Vorhandensein der vom Finanzminister gekennzeichneten Meinung. Sie komme daher, dass man an den Bestand der Regierung nicht glaube. Die Unterlassung entschiedenen Vorgehens werde dahin gedeutet, dass der Regierung untersagt sei, manches zu tun.

Die Konferenz wird unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Konferenz teilt der Ministerpräsident mit, dass er soeben mit FML. v. Kraus wegen der Übernahme der Statthalterei Rücksprache gepflogen habe. Der Ministerpräsident habe als Aufgabe für die Leitung in den Hauptzügen hingestellt: Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, die Gesetze strenge zu handhaben, nach allen Seiten hin unparteiisch vorzugehen und endlich den Ursprung der Exzesse zu ergründen. FML. v. Kraus habe Bedenken geäußert, ob er geeignet sein werde, dieser Anforderung zu entsprechen, schließlich jedoch erklärt, dass er sich dem Ah. Befehle unterordnen und im Falle der Berufung bestrebt sein wolle, mit allen seinen Kräften zu wirken. In formeller Beziehung hält der Ministerpräsident dafür, so vorzugehen, dass FML. v. Kraus aus seinem Posten als Präsident des Militärobergerichtes nicht austrete, sondern als solcher mit der Leitung der Statthalterei betraut werde. Weiters beabsichtige der Ministerpräsident die Verfügung, dass dem Statthalter Baron Weber sein Urlaub auf unbestimmte Zeit verlängert werde. Endlich will der Ministerpräsident mit der Pensionierung des Statthaltereivizepräsidenten Grüner vorgehen. Der Ministerpräsident proponiert demnach, Sr. Majestät den aus der Anlage ersichtlichen au. Antrag[d] telegrafisch zu unterbreiten, wozu der Ministerrat die Ermächtigung ausspricht[12].

---

[d] *Eine Abschrift des telegrafischen Antrags liegt der Protokollabschrift als Beilage 4 bei.*

[12] *Telegramm Taaffes an Franz Joseph v. 5. 7. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A, Sig. IV, Fasz. Telegramme über Prager Exzesse, Zl. 1229/1882. *Mit Handschreiben v. 5. 7. 1881 an Taaffe wurde Kraus mit der Leitung der Prager Statthalterei betraut,* Hhsta., Kab. Kanzlei, CBProt. B23c/1881. *Weber wurde nach der Bera-*

Wien, am 5. Juli 1881. Taaffe.

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 291 Ministerrat, Wien, 5. Juli 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

I. Konzessionierung der Lokalbahn Časlau–Močovice. II. Konzessionierung der Lokalbahn Königshain–Schatzlar. III. Konzessionierung der Lokalbahn Olmütz–Namiescht–Czelechowitz und Ungarisch Hradisch–Ungarisch Brod.

KZ. 76 – MRZ. 71

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

Nr. 292 Ministerrat, Wien, 6. Juli 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; abw. Welsersheimb.

I. In Angelegenheit der Prager Ereignisse. Personalverfügungen. II. Erklärung der ungarischen Regierung betreffend die prinzipielle Anerkennung der Ansprüche Krains auf den Sichelburger Distrikt und die Gemeinde Marienthal. III. Wegen Bestimmung des Aktivierungstermines für die böhmische Universität in Prag. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Vizepräsidenten und Finanzdirektor in Wien, Anton Pelikan v. Plauenwald.

KZ. 73 – MRZ. 72

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 24. Juli 1881.

---

tung in MR. v. 27. 8. 1881/III (liegt nicht ein) über Vortrag Taaffes v. 31. 8. 1881 mit Ah. E. 5. 9. 1881 bei Verleihung des Ordens der Eisernen Krone I. Klasse zum Statthalter in Linz ernannt, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3518/1881. *Die Pensionierung Grüners erfolgte mit Ah. E. v. 11. 7. 1881 auf den Vortrag Taaffes v. 6. 7. 1881,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2732/1881. *Dass ihm dabei die Ah. Zufriedenheit ausgedrückt wurde, war als scharfe Kritik gedacht, da bei höheren Beamten in der Regel die Verleihung eines höheren Ordens erfolgte. Kraus wurde unter Verleihung der Würde eines geheimen Rates durch Ah. E. v. 2. 4. 1882 über Vortrag Taaffes v. 28. 3. 1882 – nach der Beratung in MR. v. 27. 3. 1882/II (liegt nicht ein) – zum Statthalter in Prag ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1309/1882. *Die* Prager Exzesse *kamen erneut zur Sprache in MR. I v. 6. 7. 1881/I (liegt nicht ein) und MR. I v. 8. 7. 1881/I.*

Nr. 293 Ministerrat, Wien, 6. Juli 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Rotky; abw. Welsersheimb.

[I.] Konzessionierung einer Aktiengesellschaft unter der Firma: „Österreichisch-Alpine Montangesellschaft".

KZ. 79 – MRZ. 73

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juli 1881.

Nr. 294 Ministerrat, Wien, 8. Juli 1881 – Protokoll I

RS. fehlt; Abschrift, AVA. Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR); *Wortlaut und Datum der Ah. Entschließung,* HHSTA., Kabinettskanzlei, Protokoll 1881.
P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 8. 7.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] In Angelegenheit der Prager Ereignisse.

KZ. 77 – MRZ. 74

Protokoll des zu Wien am 8. Juli 1881 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident kommt auf die in der Ministerkonferenz vom 5. Juli d. J. besprochene Berichterstattung des Prager Polizeidirektors zurück[1]. Infolge der an Hofrat Stejskal gerichteten privaten Aufforderung, sich wegen des Widerspruches zwischen seinen Privatberichten und seiner offiziellen Berichterstattung zu rechtfertigen, habe Hofrat Stejskal in einem Privatschreiben Aufklärung gegeben. Der Ministerpräsident teilt dieses Schreiben dem Ministerrate mit und legt dasselbe im Originale dem Ministerratsprotokolle bei[a].

Wenn auch aus diesem Schreiben eine erschöpfende und durchwegs einleuchtende Erklärung nicht hervorgehe, so wolle der Ministerpräsident damit doch die Rechtfertigung als gegeben und die Sache als beigelegt betrachten, indem er den Rest der Inkonsequenz auf Konto der damals in Prag herrschenden Aufregung und der in Folge teilweise Platz gegriffenen Verwirrung setze. Was die Amtshandlung Stejskals anbelange, so müsse der Ministerpräsident dieselbe als vollkommen entsprechend bezeichnen[b,2].

---

a *Eine Abschrift des Schreibens liegt der Protokollabschrift bei.*

b Poznámka císaře [Bemerkung des Kaisers]: Sehr richtig.

1 *MR. v. 5. 7. 1881/I, zu dieser Angelegenheit siehe dort Anm. 8 und 9. Die Sitzung zu dem Thema der* Prager Exzesse *unmittelbar vor dieser Sitzung, MR. v. 6. 7. 1881/I, liegt nicht mehr ein.*

2 *Nach Beratung in MR. v. 12. 9. 1881/III (liegt nicht ein) beantragte Taaffe mit Vortrag v. 14. 9. 1881, Stejskal, der Leiter der Prager Polizeidirektion und Titularhofrat war, zum Direktor dieser Polizeidirektion zu ernennen und ihm den wirklichen Hofratstitel zu verleihen. Franz Joseph entsprach dem Antrag mit Ah. E. v. 19. 9. 1881,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3655/1881.

Der Ministerpräsident bringt weiters zur Sprache eine in der heutigen Nummer des „Wiener Tagblatt" enthaltene Mitteilung, in welcher in umständlicher Weise erzählt wird, dass der Grund der Weigerung des Statthalters Baron Weber, nach Prag zurückzukehren, darin gelegen gewesen sei, dass sich ein Widerstreit zwischen den vom Statthalter Baron Weber und zwischen den vom Ministerpräsidenten erteilten Instruktionen bezüglich des Einschreitens gegen die Prager Exzesse ergeben habe und dass darüber zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Statthalter ein lebhafter Depeschenwechsel stattgefunden habe[3]. Nachdem es sich hier um gänzlich erdichtete Sachen handle, denn der Ministerpräsident sei mit dem Statthalter Baron Weber nur bezüglich der dem Ministerrate bekannten Momente bezüglich der einfachen Aufforderung zur Rückkehr nach Prag und bezüglich der Mitteilung über die Bestimmung des FML. v. Kraus in Verbindung getreten, so beabsichtige er in der „Wiener Abendpost" erklären zu lassen, dass die fraglichen Nachrichten des „Tagblatt" zur Gänze unwahr seien.

Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums teilt mit, dass er über die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung gegen die Exzedenten in Prag bereits einen Bericht erhalten habe, woraus zu entnehmen sei, dass man energisch einschreite. Der Minister habe den Oberlandesgerichtspräsidenten beauftragt, auf die Beschleunigung der Prozesse einzuwirken. Auch habe er die Anordnung getroffen, dass vom Oberstaatsanwalte von acht zu acht Tagen an ihn (Minister) berichtet werde. Er hoffe demnach, bald Näheres mitteilen zu können[4].

Der Ministerrat nimmt diese Mitteilung genehmigend zur Kenntnis[5].

Wien, am 8. Juli 1881. Taaffe.

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juli 1881.

---

3 Neues Wiener Tagblatt v. 8. 7. 1881.

4 *Der Bericht an Pražák und seine Weisung an den Oberlandesgerichtspräsidenten sowie den Oberstaatsanwalt konnte in den Beständen des* JM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden; zur Aktenlage der Oberstaatsanwaltschaft in Prag siehe MR. I v. 2. 7. 1881/I, Anm. 16.*

5 *Die Entgegnung auf den Artikel des Wiener Tagblatts erfolgte in der Wiener Abendpost, der Abendausgabe der* Wiener Zeitung (A.) v. 8. 7. 1881. *Die Berichte des Oberstaatsanwalts zu den Verfahren wegen des* Prager Exzesses *kamen zur Sprache in MR. v. 23. 7. 1881/VI, MR. v. 26. 7. 1881/VI und MR. v. 17. 8. 1881/IV, die abschließenden Berichte in MR. v. 23. 9. 1881/VI sowie die Interpellation im Abgeordnetenhaus der Abgeordneten Klier und Genossen in MR. v. 9. 12. 1881 und MR. v. 11. 12. 1881/III. In MR. v. 17. 8. 1881/III stand der Bericht Kraus'* zur Anbahnung einer Verständigung zwischen beiden Parteien in *Böhmen auf der Tagesordnung. Schließlich wurde in MR. v. 23. 9. 1881/VIII über die* Reorganisation der Studentenverbindungen *beraten. Alle diese Protokolle liegen nicht ein. Zwar nicht das Protokoll, aber die Beilagen 1 bis 3 des MR. v. 17. 8. 1881 sind als Abschriften überliefert,* Ava. Ministerratsprotokolle, Karton 17 (neu), 37 (alt) (Abschriften ČSR). *Beilage 1, Privatschreiben des Leiters der Statthalterei Prag Kraus an Taaffe v. 16. 8. 1881, bezieht sich auf Tagesordnungspunkt III, in der Kraus seine Schritte zur Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen darlegt. Zu Tagesordnungspunkt IV, die Strafuntersuchungen betreffend, Beilage 2* Auszug aus den am 3. und 8. August 1881 eingelangten, bis zum 30. Juli resp. 6. August reichenden Berichten der Prager Oberstaatsanwaltschaft betreffend die in Prag vorgefallenen Excesse *und Beilage 3* Auszug aus dem am 16. August 1881 eingelangten bis 13. August 1881 reichenden Berichte der Prager Oberstaatsanwaltschaft betreffend die Prager Excesse. *Gegen drei Personen wurde wegen der am 27., 28. und 30. 6. 1881 stattgefundenen Exzesse in Kuchelbad und Prag Anklage nach § 87 des Strafgesetzes erhoben, bei allen anderen Beschuldigten das Verfahren aber eingestellt.*

Nr. 295 Ministerrat, Wien, 8. Juli 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Militzer; abw. Conrad, Welsersheimb.

[I.] Konzession zur Legung eines Kabels von Triest nach Korfu.

KZ. 78 – MRZ. 75

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juli 1881.

Nr. 296 Ministerrat, Wien, 13. Juli 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski, Pino; abw. Conrad, Welsersheimb.

I. Vorgehen in Bezug auf die Emanation der Wanderversammlung des „Deutschen Vereines" von Wien in Purkersdorf. Einschreiten überhaupt gegen Zustimmungserklärungen zu gesetzwidrigen Demonstrationen. II. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Ministerialrat Mathias Waniek Ritter v. Domyslow. III. Wegen Nichtsanktionierung des vom Dalmatiner Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Aufstellung beeideter Fischereiwächter. IV. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate genehmigten Übereinkommens mit England betreffend wechselseitige Unterstützung hilfsbedürftiger Seeleute. V. In Angelegenheit der überstempelten oder überschriebenen Zehn-Gulden-Banknoten.

KZ. 80 – MRZ. 76

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. Juli 1881.

Nr. 297 Ministerrat, Wien, 23. Juli 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Pino; abw. Welsersheimb, Dunajewski.

I. Wegen Sanktionierung des vom kärtnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Eisenbahnzufahrtsstraßen. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Polizeipräsidenten Wilhelm Ritter Marx v. Marxberg. III. Ah. Auszeichnungen für Beamte der Wiener Polizeidirektion. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat und Polizeidirektor in Triest, Carl Pichler Edlen v. Deeben. V. Antrag auf Wiederbesetzung des Postens eines Landeshauptmannes in Tirol. VI. Berichte über die strafgerichtlichen Untersuchungen wegen der Prager Exzesse. VII. In Angelegenheit des Aufrufes der Professoren Randa, Kvíčala und Tomek an die böhmische Studentenschaft in Prag. VIII. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den römisch-katholischen Bischof in Cattaro, Dr. Casimir Forlani. IX. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Konsistorialrat Johann Brem in Wien. X. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Landesschulinspektor in Troppau, Gustav Zeynek. XI. Regelung der Verwaltung des gewerblichen Bildungswesens. XII. Über den im oberösterreichischen Landtage eingebrachten Gesetzentwurf betreffend Strafverfügungen gegen pflichtsäumige Ortsschulräte. XIII. Projekt eines internationalen Übereinkommens wegen einer gleichartigen Gesetzgebung über Arbeit in Fabriken. XIV. Konzession von fünf Lokalbahnlinien für die österreichische Staatseisenbahngesellschaft.

KZ. 81 – MRZ. 77

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 298 Ministerrat, Wien, 26. Juli 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Vorgehen im Falle eines Austrittes der Linken aus dem Reichsrate. Nichtauflösung des Krainer Landtages. II. Einberufung der Landtage. III. Behandlung der internationalen Konvention vom 24. Mai 1881 betreffend die Regelung der türkisch-griechischen Grenzfrage. IV. Bericht über die Ausschreitungen in Königgrätz. V. Wegen einer in Melk beabsichtigen Delegiertenversammlung der Studentenkorps. Frage des Einschreitens gegen die Studentenverbindungen überhaupt. VI. Weiterer Bericht über das Einschreiten der Prager Exzesse. VII. Wegen des Baues der im militärischen Interesse gelegenen Anschlusslinien an die galizische Transversalbahn. VIII. Frage der gesetzlichen Regelung des Schulwesens in Tirol. IX. Über den Reichsratsbeschluss betreffend Kreditbewilligung für eine Webeschule in Wien. X. Vorschlag zur Wiederbesetzung des Postens eines Vizepräsidenten der Finanzlandesdirektion in Wien.

KZ. 82 – MRZ. 78

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 299 Ministerrat, Wien, 28. Juli 1881

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Besprechung einiger allgemeiner Fragen. II. Über die au. Vorträge des Ministers für Kultus und Unterricht wegen Ernennung des Privatdozenten Dr. Lotheissen zum ao. Professor für neuere französische Literatur an der Wiener Universität und wegen Grundankaufes für den Bau einer böhmischen Lehrerinnenbildungsanstalt in Prag. III. Wegen des Aktivierungstermines für die böhmische Abteilung der Prager Universität. IV. Über die Prager Zustände. V. Frage der Überschreibung der Zehn-Gulden-Banknoten.

KZ. 83 – MRZ. 79

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 300 Ministerrat, Wien, 30. Juli 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb; abw. Ziemiałkowski, Dunajewski, Pino.

I. In Angelegenheit des Einschreitens gegen den „Deutschen Verein" in Wien wegen der Purkersdorfer Wanderversammlung. II. Termin für die Einberufung des steiermärkischen Landtages. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Carl Ritter Krticzka von Jaden. IV. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern im Görzer Landtage.

KZ. 84 – MRZ. 80

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 301 Ministerrat, Wien, 9. August 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Pražák, Conrad, Dunajewski; außerdem anw. Breisky; abw. Ziemiałkowski, Falkenhayn (auf einer Dienstreise), Welsersheimb, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberrechnungsrat Adolf Raab. II. Erlass an die Staatskassen in Betreff der absichtlich veränderten Banknoten. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Professor Regierungsrat Emanuel Ringhoffer. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Universitätsprofessor Dr. Maximilian Ritter v. Vintschgau. V. Stand der Verhandlungen bezüglich der Dotation des Bistums Linz. VI. Wegen Nichtsanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Straßenpolizeiordnung. VII. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über die Aufhebung des Propinationsrechtes in Lemberg und Einbringung eines bezüglichen neuen Entwurfes. VIII. Über das Ansuchen der Länderbank um Genehmigung der Ausgabe von weiteren 200.000 Stück Aktien vor erfolgter Volleinzahlung der Aktien erster Emission.

KZ. 85 – MRZ. 81

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 302 Ministerrat, Wien, 10. August 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Pražák, Conrad, Dunajewski; außerdem anw. Steinbach, Bayer, Wacek; abw. Ziemiałkowski, Falkenhayn (auf einer Dienstreise), Welsersheimb, Pino.

[I.] Zusicherung der Genehmigung einer zweiten Aktienemission seitens der Länderbank.

KZ. 86 – MRZ. 82

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 303 Ministerrat, Wien, 17. August 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Pino; außerdem anw. Breisky, Rinaldini; abw. Ziemiałkowski, Welsersheimb, Dunajewski.

I. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für die Mitwirkung bei der Ausarbeitung des Versicherungsregulativs. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Anton Nobile Da Mosto. III. Bericht des Statthaltereileiters in Prag über die Anbahnung einer Verständigung zwischen den beiden Parteien in Böhmen. IV. Berichte der Prager Oberstaatsanwaltschaft über die Untersuchungen anlässlich der Prager Exzesse. V. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landesgerichtspräsidenten Franz Ritter v. Babitsch. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Deutschen Ordenspriester Vincenz Manderla. VII. Frage der Behandlung der Kinder konfessionsloser Eltern hinsichtlich des Religionsbekenntnisses. VIII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Tiroler Landtage über Errichtung von Bezirksgenossenschaften der Landwirte und eines Landeskulturrates in Tirol. IX. Nichtsanktionierung eines vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes eines Feldschutzgesetzes und Einbringung eines bezüglichen neuen Entwurfes daselbst.

KZ. 87 – MRZ. 83

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 304 Ministerrat, Wien, 27. August 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Conrad, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Breisky; abw. Ziemiałkowski, Falkenhayn (auf einer Dienstreise), Pražák, Dunajewski.

I. Sanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Bauordnung für die Stadt Graz. II. Sanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Feuerpolizeiordnung für Krain. III. Vorschlag wegen Versetzung des Statthalters Freiherrn v. Weber auf den Statthalterposten in Linz. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone I. Klasse für denselben und Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Statthaltereivizepräsidenten Lothar Fürsten Metternich. IV. Wegen der vom istrianischen Landtage beabsichtigen Einbringung eines Gesetzentwurfes im istrianischen Landtage, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Bestreitung des Aufwandes für das Volksschulwesen. V. Sanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Gesetzes über die Errichtung, Erhaltung und den Besuch der Volksschulen. VI. Basis für die Verhandlungen mit Ungarn über die Tarifsrevision.

KZ. 88 – MRZ. 84

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 29. September 1881.

Nr. 305 Ministerrat, Wien, 9. September 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; abw. Falkenhayn (auf einer Dienstreise), Welsersheimb.

I. Vorschlag wegen Besetzung des Postens eines Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. II. Vorschlag wegen Besetzung der Stelle des Landeshauptmannes in Krain.

KZ. 90 – MRZ. 85

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 306 Ministerrat, Wien, 9. September 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Freiberg; abw. Falkenhayn (auf einer Dienstreise), Welsersheimb.

I. Einbringung von Gesetzentwürfen in den Landtagen in Böhmen und Mähren betreffend Abänderung der Realschulgesetze. II. Anerkennung für den Superintendenten Carl Samuel Schneider. III. Ressortsüberstellung des Telegrafenkorrespondenzbüros in das Ressort des Ministerratspräsidium.

KZ. 91 – MRZ. 86

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 307 Ministerrat, Wien, 12. September 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Breisky; abw. Welsersheimb.

I. Wegen Nichtsanktionierung eines vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Erlassung von Bauvorschriften für 29 Stadtgemeinden Galiziens. II. Wegen Nichtsanktionierung eines von Bukowinaer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Arbeiterpolizeiordnung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten. III. Wegen Ernennung des Leiters der Prager Polizeidirektion Hofrat Franz Ritter v. Stejskal zum wirklichen Hofrate und Polizeidirektor in Prag. IV. Konzessionierung der Lokalbahn von Zlonitz nach Hospozin. V. Einbringung von Gesetzentwürfen betreffend Errichtung von Bezirksgenossenschaften der Landwirte und eines Landeskulturrates in den Landtagen von Vorarlberg und Salzburg.

KZ. 92 – MRZ. 87

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 308 Ministerrat, Wien, 14. September 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Breisky, Auerhammer; abw. Welsersheimb[a].

I. Befragung des Krainer Landtages wegen des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal. II. Besprechung des Voranschlages über den gemeinsamen Staatshaushalt pro 1882. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Triester Landtage betreffend die Karstaufforstung im Triester Stadtgebiete.

KZ. 93 – MRZ. 88

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 309 Ministerrat, Wien, 12., 13. und 16. September 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad (am 12. und 13. 9.), Welsersheimb (am 16. 9.), Dunajewski, Pino; außerdem anw. Auerhammer.

[I.] Zusammenfassung des Resultates der Verhandlungen über die Reduzierung der Präliminarsätze einzelner Ressorts für den Staatsvoranschlag pro 1882.

KZ. 94 – MRZ. 89

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 310 Ministerrat, Wien, 16. September 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Wittek; abw. Conrad.

I. Frage der Regelung der Verhältnisse hinsichtlich der galizischen Grundentlastungsschuld. II. Über die vom Reichsfinanzministerium beabsichtigte Hinausgabe einer Verordnung betreffend die Überschreibung der neu auszugebenden 5-Gulden-Staatsnoten. III. Wegen beabsichtigter Änderung des Gesetzentwurfes über den Landeskulturrat im Tiroler Landtage. IV. Wegen Abschlusses eines Péagevertrages zwischen der galizischen Transversalbahn und der Ersten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn.

KZ. 95 – MRZ. 90

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

---

[a] *Bemerkung des Kaisers:* Sehr zu bedauern, dass der Landesverteidigungsminister bei der Beratung des gemeinsamen Budgets nicht gegenwärtig war, umso mehr, als Ministerialrat Auerhammer sich zum Vortrage vollkommen unfähig erwiesen hat. Franz Joseph m.p.

Nr. 311 Ministerrat, Wien, 23. September 1881

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

I. Mitteilung über die bei den gemeinsamen Ministerkonferenzen stattgefundene endgiltige Festsetzung des Voranschlages über den gemeinsamen Haushalt pro 1882. II. In Betreff der Hinausgabe einer Verordnung wegen der Überschreibung der neuen 5-Gulden-Staatsnoten. III. Frage der Ernennung des Landeshauptmannstellvertreters in Krain. IV. Erlassung einer Verordnung betreffend das Verbot der Einfuhr von Trauben usw. aus Italien wegen der dort herrschenden Phylloxera. V. Wegen Einbringung eines Entwurfes des Krönungsgesetzes im galizischen Landtage. VI. Mitteilungen über die anlässlich der Kuchelbader Affäre erfolgten Verurteilungen. VII. Mitteilung über die Zustände in Istrien. VIII. Wegen Reorganisierung der Studentenverbindungen.

KZ. 96 – MRZ. 91

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 312 Ministerrat, Wien, 28. September 1881

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Matzinger (bei I); abw. Conrad, Dunajewski.

I. In Betreff der Fortsetzung der Donauregulierung. II. Wegen Ah. Verleihung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse an den Titularsektionsrat im Ministerium des Innern, Johann Maldoner. III. Gesetzentwurf wegen Abänderung des Landesgesetzes in Niederösterreich betreffend die Schonzeit des Wildes. IV. Konzessionserteilung für den Bau einer Lokalbahn von Potscherad nach Wurzmes in Böhmen. V. Zustimmung der ungarischen Regierung zur Erlassung der Verordnung betreffend das Verbot der Einfuhr von Trauben aus Italien wegen der dort herrschenden Reblaus.

KZ. 97 – MRZ. 92

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 13. Oktober 1881.

Nr. 313 Ministerrat, Wien, 3. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb; abw. Dunajewski, Pino.

I. Vier Anträge wegen Verleihung der Geheimratswürde. II. Verordnung betreffend die Anwendung des richterlichen Disziplinargesetzes auf die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes. III. Frage der Instruierung der Landeschefs von Böhmen und Mähren hinsichtlich der in den Landtagen dieser beiden Länder eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung der Realschulgesetze. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Domherrn in Wien, Franz Kornheisl.

KZ. 98 – MRZ. 93

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 314 Ministerrat, Wien, 7. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Schrötter, Schneider; abw. Ziemiałkowski.

I. Einbringung eines Gesetzesentwurfes im Reichsrate wegen Gebührenbefreiung für ein von der Stadt Triest behufs Errichtung von Lagerhäusern aufzunehmendes Anlehen. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den pensionierten Kassadirektor Franz Hammer. III. Ansuchen des Fürsterzbischofes von Wien, Ganglbauer, wegen Gewährung eines Vorschusses und Zuwendung der Gebührenquote des fatierten Einkommens des Erzbistums während der Interkalarzeit. IV. Frage der künftigen Betriebsführung der bosnischen Bahnen. V. Maßregeln zur Absperrung der Grenze gegen Russland und Rumänien behufs Verhinderung der Viehseuche.

KZ. 103 – MRZ. 94

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 315 Ministerrat, Wien, 10. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Ziemiałkowski.

I. Wegen Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Bezirkshauptmänner Victor Ritter v. Pfersmann und August Freiherrn v. Czapka. II. Bezüglich der vom Ministerium des Äußern beabsichtigten Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Handelskammerpräsidenten in Konstantinopel, Siegfried Adler. III. Wegen einer Gnadengabe für den Kapitän Peter Lusina. IV. Über die Stellungnahme des Reichskriegsministeriums in Fällen von Ansuchen um Vorkonzessionen für Lokalbahnen. V. In Angelegenheit der Feststellung des Militärzinstarifes.

KZ. 104 – MRZ. 95

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 316 Ministerrat, Wien, 15. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bürgermeister in Lundenburg, Hermann Hirsch v. Kuffner. II. Frage der Schließung des böhmischen Landtages mit Rücksicht auf die Realschulgesetznovelle. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularsektionsrat im Finanzministerium, Franz Freiherrn v. Riefel. IV. Frage des Fortdienens der im Staatdienste stehenden, ausgedienten Landwehroffiziere. V. Einbringung des Strafgesetzentwurfes. VI. Ermächtigung für die Regierung zur Verlängerung der provisorischen Handelskonvention mit Frankreich. VII. Die Angelegenheit der Änderung in der Führung des handelspolitischen Referates im Handelsministerium. VIII. Stellungnahme in Angelegenheit der Wehrgesetznovelle.

KZ. 106 – MRZ. 96

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 317 Ministerrat, Wien, 17. Oktober 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák (ließ sich wegen sehr bedenklicher Erkrankung seines Sohnes entschuldigen).

[I.] Besetzung des römisch-katholischen Bischofssitzes in Przemyśl.

KZ. 107 – MRZ. 97

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 318 Ministerrat, Wien, 17. Oktober 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák (wegen Erkrankung seines Sohnes verhindert).

I. Frage der Errichtung eines Telefonnetzes für die Ministerien und Zentralstellen in Wien. II. Künftige Regelung des Appreturverfahrens. III. Die Zolltarifsrevision.

KZ. 108 – MRZ. 98

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 319 Ministerrat, Wien, 19. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák (ließ sich wegen sehr bedenklicher Erkrankung seines Sohnes entschuldigen).

I. Wegen Konzessionierung einer Lokalbahn von Brandeis über Czelakowitz noch Mochow. II. Wegen Erlassung einer Verordnung zur Ausführung des § 15 des Gesetzes von 19. April 1872 über die Verleihung von Anstellungen an ausgediente Unteroffiziere.

KZ. 109 – MRZ. 99

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 320 Ministerrat, Wien, 22. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Auerhammer.

I. Einbringung des Voranschlages und des Entwurfs des Finanzgesetzes für 1882. II. Frage des Zeitpunktes der Einberufung des Reichsrates. Stellungnahme hinsichtlich der Wehrgesetznovelle.

KZ. 110 – MRZ. 100

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 321 Ministerrat, Wien, 25. Oktober 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Besprechung einiger aktueller Fragen. II. Vortrag über ein Majestätsgesuch mehrerer Insassen von Kimpolung, Wama und Sadowa in der Bukowina. Zustand der bäuerlichen Wirtschaftsverhältnisse in jenen Gegenden. III. Anliegen der Gemeinde Neukirchen in Oberösterreich wegen Gewährung einer Fristverlängerung zum Baue des dortigen Schulhauses.

KZ. 112 – MRZ. 101

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 12. November 1881.

Nr. 322 Ministerrat, Wien, 25. Oktober 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bürgermeister von Levico, Dr. Erhard Ognibeni. II. Beratung des Gesetzentwurfes über die Einführung der Postsparkassen.

KZ. 113 – MRZ. 102

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 22. November 1881.

Nr. 323 Ministerrat, Wien, 31. Oktober 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák, Conrad.

I. Stand der Verhandlungen in Angelegenheit der Petroleumsteuerfrage. II. Frage der Bedeckung der aus Anlass einer Mobilisierung der Zivilstaatsverwaltung erwachsenden Auslagen. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Finanzministerium, Wilhelm Gross. IV. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Einführung der Postsparkassen. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Buchhändler Anton Schumacher in Innsbruck. VI. In Angelegenheit der Handelskonvention mit Frankreich.

KZ. 115 – MRZ. 103

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 22. November 1881.

Nr. 324 Ministerrat, Wien, 2. November 1881

P. Klaps; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák, Conrad.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirkshauptmann Joseph Seifert. II. Frage der Besetzung des Statthalterspostens in Mähren durch Grafen Friedrich Schönborn. III. In Betreff der Ah. Sanktionierung des vom Tiroler Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes wegen Bildung von Bezirksgenossenschaften der Landwirte und Errichtung eines Landeskulturrates.

KZ. 114 – MRZ. 104

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 22. November 1881.

Nr. 325 Ministerrat, Wien, 8. November 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák.

[I.] Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Verwaltungseinrichtungen behufs Erzielung von Ersparungen im Staatshaushalte.

KZ. 116 – MRZ. 105

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 22. November 1881.

Nr. 326 Ministerrat, Wien, 8. November 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Pražák.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Eduard Ritter v. Gniewosz-Olexów. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Regierungsrat Joseph Rossiwall. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Universitätsbibliothekar Dr. Carl Estreicher. IV. Wegen einer Ah. Auszeichnung für den Ingenieur Eugène Armengaud. V. Wegen Ah. Auszeichnungen für Italiener anlässlich der internationalen geografischen Ausstellung in Venedig. VI. In Bezug auf die Durchführung der Landwehraufstellung im Cattareser Bezirke. VII. Wegen Einbringung im Reichsrate der mit Serbien abgeschlossenen Konsular-, Rechtshilfe- und Verlassenschaftskonventionen. VIII. Handelsvertragsabschluss mit Frankreich. IX. Konzession einer Lokalbahn von Jaroslau nach Sokal. X. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberpostdirektor Adolf Koch v. Langentreu. XI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hafenvizekapitän Wilhelm Freiherrn v. Handel-Mazzetti. XII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den bayerischen Bahnhofsinspektor Peter Muffat. XIII. Statutenänderung der k. k. priv. Staatseisenbahngesellschaft. XIV. Frage der Dismembration des Breslauer Bistums.

KZ. 117 – MRZ. 106

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 327 Ministerrat, Wien, 10. November 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Falkenhayn, Pražák.

I. Vorgänge hinsichtlich der Landwehrdurchführung in Dalmatien. Anträge wegen des Wechsels in der Person des Statthalters. II. Frage der Führung der österreichisch-ungarischen Handelsflagge seitens österreichischer Handelsschiffe am Bodensee.

KZ. 118 – MRZ. 107

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 328 Ministerrat, Wien, 12. November 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Wegen Ernennung von Herrenhausmitgliedern.

KZ. 119 – MRZ. 108

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 329 Ministerrat, Wien, 13. November 1881

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Tisza, Szapáry, Kemény.

[I.] In Angelegenheit der zwischen den beiderseitigen Regierungen hinsichtlich der Petroleumsteuer bestehenden Differenzen.

KZ. 121 – MRZ. 109

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 330 Ministerrat, Wien, 16. November 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Huber, Chiari; abw. Conrad.

I. Dankeserklärung an den Finanzminister und Beglückwünschung desselben anlässlich des Finanzexposés. II. Resultat der gemeinsamen Ministerkonferenz über die Petroleumsteuer. III. Wegen Sanktionierung des vom Tiroler Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Wahlrechtserweiterung der Seelsorgegeistlichkeit in den mit Statut versehenen Städten Tirols. IV. Wegen Sanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Einführung von Jagdkarten. V. Bezüglich der Überweisung der Behandlung der

Tierseuchengesetz-Vergehen an die Bezirksgerichte. VI. Vorgänge in Dalmatien und Haltung der Regierung in der Frage. VII. Über das Majestätsgesuch der Associazione marittima di Ragusa um gnadenweise Revision der Einkommensteuerbemessung. VIII. Einbringung einer Nachtragsvorlage zur Vorlage der Gebührennovelle. IX. Maßnahmen hinsichtlich des Wiener Viehmarktes.

KZ. 120 – MRZ. 110

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 331 Ministerrat, Wien, 19. November 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Baumgartner.

I. Erwirkung des Adels für den Realitätenbesitzer Carl August Christian Schik. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksarzt Dr. Anton Werle. III. Formulierung des Beschlusses des Ministerrates hinsichtlich der Bedeckung der aus Anlass einer Mobilisierung der Zivilstaatsverwaltung erwachsenden Auslagen. IV. Über die hinsichtlich der Petroleumsteuer im Reichsrate einzubringenden Propositionen. V. Desiderien, Neuerrichtung, Übernahme und Subventionierung von Mittelschulen.

KZ. 122 – MRZ. 111

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 332 Ministerrat, Wien, 27. November 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberbaurat Carl Baubela. II. Einbringung im Reichsrate der mit Frankreich abgeschlossenen Handelskonvention. III. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung des Appreturverkehrs. IV. Herstellung eines ärarischen Postgebäudes in Wien. V. In Sachen der Beantwortung der Interpellation über die Aktienemission der Länderbank. VI. Haltung bezüglich des Lienbacher'schen Schulantrages und bezüglich der Mittelschuldesiderien.

KZ. 123 – MRZ. 112

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 333 Ministerrat, Wien, 30. November 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; abw. Welsersheimb.

[I.] Einbringung eines Budgetprovisoriums für das I. Quartal 1882.

KZ. 128 – MRZ. 113

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Dezember 1881.

Nr. 334 Ministerrat, Wien, 1. Dezember 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Beantwortung der Interpellation betreffend die Länderbank.

KZ. 124 – MRZ. 114

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. Dezember 1881.

Nr. 335 Ministerrat, Wien, 1. Dezember 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat am Verwaltungsgerichtshofe Franz Ritter v. Skulski. II. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Verwendung von Privathengsten zum Beschälen. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend das Verfahren bei Tierseuchen-Gesetzvergehen. IV. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Przemyśler römisch-katholischen Dompropst Joseph Hoppe. V. Mitteilungen über die Vorgänge in Dalmatien. VI. Wegen Ah. Genehmigung des Beschlusses des krainischen Landtages wegen Einhebung der Normalschulfonds-Umlage für 1882. VII. Herstellung eines Gebäudes für die böhmische Lehrerinnenbildungsanstalt etc. in Prag und Ankauf des Grundes hiefür.

KZ. 125 – MRZ. 115

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. Dezember 1881.

Nr. 336 Ministerrat, Wien, 4. Dezember 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Auerhammer, Huber.

I. Ansuchen des steiermärkischen Landesausschusses um Übergabe des steiermärkischen Lehrerpensionfonds in die Verwaltung des Landes. II. Ausschuss des Abgeordnetenhauses über die Angelegenheit der angeblichen Beleidigung einiger Abgeordneter durch die Äußerungen des Ministers Dr. Pražák. III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Afrikareisenden Ernst Marno und Dr. Oskar Lenz. IV. Vorlage wegen der durch die Delegationsbeschlüsse eingetretenen Änderungen im Etat für gemeinsame Angelegenheiten bezüglich des Staatsvorschlages für 1882. V. In Sachen der zwischen Josef Studentowicz und Maria Landreuter beabsichtigten Eheschließung. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate über Grundsteuernachlässe bei Unglücksfällen.

KZ. 126 – MRZ. 116

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. Dezember 1881.

Nr. 337 Ministerrat, Wien, 8. Dezember 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Titular-Oberrechnungsrat Ludwig Meerwald. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Betriebsleiter der Albrechtbahn, Ladislaus Ritter v. Klosowski. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Betriebsleiter der Ersten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn, Leopold Ritter v. Błazowski. IV. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landeshauptmann in Kärnten, Dr. Johann Stieger. V. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung des Propinationsrechtes in Lemberg. VI. Über das Prinzip der künftigen Aktiengesetzgebung. Beantwortung der bezüglichen Interpellation. VII. Haltung bezüglich der Frage der Einführung von Ärztekammern. VIII. Bezüglich der Beantwortung der Klier'schen Interpellation über die Exzesse in Böhmen. IX. Mitteilungen hinsichtlich der Vorgänge in Dalmatien.

KZ. 127 – MRZ. 117

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 23. Dezember 1881.

Nr. 338 Ministerrat, Wien, 11. Dezember 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad (wegen schwerer Erkrankung seiner Tochter).

I. Nachträgliche Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung der Kreditvorlage für die Hinterbliebenen der beim Brande des Ringtheaters Verunglückten sowie zu den vom Ministerpräsidenten hinsichtlich des Brandunfalles abgegebenen Erklärung. II. Programm der vom Abgeordnetenhause vor Weihnachten zu erledigenden Angelegenheiten. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Klier und Genossen über die Ausschreitungen in Böhmen. IV. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Taufferer und Genossen in Angelegenheit der Gerichtssprache in Krain. V. Frage der Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Lienbacher und Genossen betreffend Einbringung eines Aktiengesetzes. VI. Wegen Einholung der Ah. Ermächtigung zur Einbringung der Zollrevisionsvorlage. Frage des Zeitpunktes der Einbringung.

KZ. 129 – MRZ. 118

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 8. Jänner 1882.

Nr. 339 Ministerrat, Wien, 16. Dezember 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Bezüglich der Abstimmungen im Herrenhause über die Schulfrage und im Abgeordnetenhause über die Länderbankfrage. II. Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Lienbacher und Genossen betreffend die Einbringung eines Aktiengesetzes. III. Berichtigung hinsichtlich der Konfiskation einer Warnung vor dem Ankauf der Serbenlose.

KZ. 130 – MRZ. 119

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 8. Jänner 1882.

Nr. 340 Ministerrat, Wien, 19. Dezember 1881

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Über die Vorgänge in Dalmatien. II. Weitere Haltung hinsichtlich der vom Abgeordnetenhause votierten Wehrgesetznovelle. III. Haltung in Angelegenheit des Gesetzentwurfes über die Teilung der Prager Universität sowie Angelegenheit der Frage der Volksschulgesetzrevision. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Regierungsrat Dr. Alois Šembera. V. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den kgl. sächsischen Oberstaatsanwalt Karl Theodor Hoffmann. VI. Wegen Sanktionierung der Gesetzentwürfe: über den Bau der galizischen Transversalbahn, über die Übernahme der Elisabeth-Westbahn, über die Aufhebung der Hafenlotsengebühr in Triest, über den Veredlungsverkehr mit dem deutschen

Zollgebiete. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Begünstigungen für den Pensionsverein für Landpostbedienstete. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Professor an der Krakauer Universität Regierungsrat Dr. Thomas Bratranek. IX. Wegen Sanktionierung der Landesgesetzentwürfe betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern in Mähren, betreffend die Karstaufforstung im Triester Stadtgebiete, betreffend die Erhaltung der Gailregulierungsbauten in Kärnten. X. Mitteilung über die Fleischapprovisionierungsenquête in Wien.

KZ. 131 – MRZ. 120

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 8. Jänner 1882.

Nr. 341 Ministerrat, Wien, 27. Dezember 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Jovanović, Kubin, Grosser, Peck; abw. Falkenhayn.

[I.] Frage der Ergreifung von Ausnahmsmaßnahmen in Dalmatien.

KZ. 132 – MRZ. 121

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 8. Jänner 1882.

Nr. 342 Ministerrat, Wien, 27. Dezember 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Arnt; abw. Falkenhayn.

I. Wegen Professorenernennungen für die Universität Prag und wegen der Volksschulgesetz-Revisionsvorlage. II. Vorschlag wegen Ernennung zweier ständiger Mitglieder des Reichsgerichtes. III. In Sachen des Abschlusses mehrerer Konventionen mit Rumänien. IV. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend das Finanzprovisorium für das I. Quartal 1882 und des Gesetzentwurfes betreffend die Einlösung des Lehens Vrana. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den nordamerikanischen Marineoffizier Linienschiffskapitän Reynolds. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Verkehrsinspektor der Südbahngesellschaft, Friedrich Arthur Freiherrn v. Wetzlar. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Direktor der niederösterreichischen Staatsbahnen, Karl Zeiner. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titularsektionsrat im Handelsministerium, Béla Freiherrn v. Weigelsperg. IX. Frage der Regelung des Hausierwesens und Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Kompetenz der Behörde bei Übertretungen des Hausiergesetzes.

KZ. 133 – MRZ. 122

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Jänner 1882.

Nr. 343 Ministerrat, Wien, 31. Dezember 1881 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Einbringung des Gesetzentwurfes wegen Repartition der Rekrutenkontingente und Aushebung der Kontingente für 1882. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Genehmigung des Umlagenperzentes für die Landesbeiträge zum Grundentlastungsfonds in Krain. III. Verfügung wegen eines vom liberalen Bezirksvereine in Ried gefassten Beschlusses. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse für den Statthaltereivizepräsidenten Ritter v. Zaleski und des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Grafen Badeni. V. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Ergänzung der Gemeindeordnung für Wien. VI. Wegen Sanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Vermögenssteuerzirkulars. VII. Wegen Sanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Regelung des Schulbesuches an der k. k. Werksschule in Idria. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Professor Dr. Andreas Kornhuber. IX. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Professor Dr. Max. Leidesdorf. X. Wegen Sanktionierung der Landesgesetzentwürfe betreffend die Hebung der Rindviehzucht in Steiermark, betreffend die Vertilgung der Kleeseide in Steiermark, betreffend Einführung der Jagdkarten in Mähren, betreffend Erweiterung des Zayaregulierungskonkurrenz in Niederösterreich, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Schutz nützlicher Tierarten in Böhmen, betreffend Änderung des Forstschutzgesetzes in Dalmatien. XI. Wegen Nichtsanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Errichtung landwirtschaftlicher Bezirksgenossenschaften und eines Landeskulturrates. XII. Bezüglich des vom Bukowinaer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Rückzahlung des für Rindviehzucht gewährten Staatsvorschusses.

KZ. 134 – MRZ. 123

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Jänner 1882.

Nr. 344 Ministerrat, Wien, 31. Dezember 1881 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Ullrich, Spaun.

[I.] Grundsätze für die Revision des Reichsvolksschulgesetzes.

KZ. 135 – MRZ. 124

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Jänner 1882.

Nr. 345 Ministerrat, Wien, 4. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Spaun.

I. Frage der Kosten für die militärischen Maßnahmen in Dalmatien. II. Vorschlag wegen Besetzung der Stelle eines Präsidenten der Ersparungskommission. III. Wegen Nichtsanktionierung des vom schlesischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 3 der Dienstbotenordnung. IV. Korrespondenz mit Ungarn bezüglich Einbringung des Zolltarifes und des Sperrgesetzes hiezu. V. Wegen Konzessionierung einer Lokalbahn von der Nordwestbahnstation Kuttenberg zur Stadt Kuttenberg. VI. Bezüglich des Pensionsnormales für die Bediensteten der Bosnabahn. VII. Verhandlungen wegen der Dotation des Linzer Bistums.

KZ. 1 – MRZ. 1

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 19. Jänner 1882.

Nr. 346 Ministerrat, Wien, 7. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Über die Beratungen in Angelegenheit der dalmatinischen Frage. II. Regelung der Disziplinarbehandlung der richterlichen Beamten des Verwaltungsgerichtshofes. III. Entwurf betreffend die Revision des Reichsvolksschulgesetzes.

KZ. 2 – MRZ. 2

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 30. Jänner 1882.

Nr. 347 Ministerrat, Wien, 11. Jänner 1882 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate über die Regulierung der Donau in Niederösterreich. II. Wegen Änderung in der Leitung der Wiener Polizeidirektion. III. In Angelegenheit der Verhältnisse in Dalmatien. Frage der Ausnahmsmaßnahmen. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dechant und Pfarrer in Unterdrauburg, Matthäus Koglnig.

KZ. 3 – MRZ. 3

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 30. Jänner 1882.

Nr. 348 Ministerrat, Wien, 11. Jänner 1882 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend das Verfahren bei Todeserklärungen.

KZ. 4 – MRZ. 4

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 30. Jänner 1882.

Nr. 349 Ministerrat, Wien, 15. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Beantwortung der Interpellation Doblhammer und Genossen betreffend die Absatzverhältnisse der Viehzuchtprodukte in den Grenzprovinzen. II. Beantwortung der Interpellation Reschauer und Genossen betreffend die Zolldisparität bezüglich der Holzfasermaße zwischen unserem und dem deutschen Tarife. III. Frage der Beantwortung der Interpellation Vidulich und Genossen betreffend Maßregeln zur Hebung des Schiffbaues und der Schifffahrt. IV. In Angelegenheit der Vorgänge in der Herzegowina und in Dalmatien. Frage der Einberufung der Delegationen. V. Resultat der Beratung der Herrenhauskommission über die Vorlage wegen Teilung der Prager Universität. VI. Frage der Einbringung der Vorlage wegen Revision des Volksschulgesetzes im Herrenhause. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Dompropst Dr. Jakob Reitshammer in Linz. VIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Baurat Josef Fidler in Wien. IX. Korrespondenz mit der ungarischen Regierung betreffend Vereinbarung über die Voraussetzungen der Einbringung der Zollrevisionsvorlage.

KZ. 5 – MRZ. 5

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 7. Februar 1882.

Nr. 350 Ministerrat, Wien, 17. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Possaner.

I. Maßnahmen hinsichtlich der Herzegowina und Dalmatien. Einberufung der Delegationen. Vorkehrungen hinsichtlich der Presse. II. In Angelegenheit der Regelung der Dotation des Bistums Linz. III. Wegen Widmung der Realitäten der k. k. Kunsterzgießerei für das technologische Gewerbemuseum.

KZ. 6 – MRZ. 6

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 7. Februar 1882.

Nr. 351 Ministerrat, Wien, 21. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski außerdem anw. Pusswald; abw. Pino (wegen Unwohlseins).

I. Wegen Ernennung der Mitglieder der Ersparungskommission. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberbaurat Ludwig Zettl. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Statthaltereirat Gregor Ritter v. Smolarz. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirkshauptmann Dr. Franz Lautner. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Med. Dr. Anton Loew. VI. Erwirkung des Freiherrnstandes für den Landesgerichtspräsidenten Triest, Max Fluck Edlen v. Leidenkron. VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Sektionsrat im Justizministerium, Wilhelm Pichs. VIII. Änderung im Staatsvoranschlage pro 1882 bezüglich Budgetierung der Elisabeth-Bahn und Nachtragskredit für die Donauuferbahn. IX. Mitteilungen hinsichtlich der Vorgänge in Dalmatien. X. Bezüglich der Form der Einberufung der Delegationen.

KZ. 7 – MRZ. 7

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 26. Februar 1882.

Nr. 352 Ministerrat, Wien, 24. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; abw. Pino (wegen Unwohlseins).

I. Bericht des Börsenkommissärs über die Lage der Börse. II. Frage der Durchführung des Militärtaxgesetzes hinsichtlich der Familien der jetzt einberufenen Reservisten. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landesschulinspektor Pater Leonhard Hradil in Prag.

KZ. 8 – MRZ. 8

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 26. Februar 1882.

Nr. 353 Ministerrat, Wien, 26. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Kaiser.; anw. Taaffe, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Kálnoky, Bylandt, Szlávy.

[I.] Frage der Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien der infolge der gegenwärtigen Verhältnisse einberufenen Reservisten.

KZ. 9 – MRZ. 9

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 7. Februar 1882.

Nr. 354 Ministerrat, Wien, 30. Jänner 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Weigelsperg.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Fortdauer der Bestimmungen des Gesetzes vom 31. März 1875 über die Gebührenbefreiung bei der Löschung kleiner Satzposten. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Gebührenbefreiung der Ah. Stiftung zum Gedächtnisse der beim Ringtheaterbrande Verunglückten. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Finanzministerium, Georg Walach. IV. Beantwortung der Interpellation Vitezich und Genossen betreffend Vergütung für anlässlich der Okkupation Bosniens geleistete Fuhren. V. Reform der Gewerbegesetzgebung. Frage der Forderung des Befähigungsnachweises.

KZ. 10 – MRZ. 10

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 26. Februar 1882.

Nr. 355 Ministerrat, Wien, 4. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Auerhammer; abw. Conrad.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landestierarzt Franz Oertl. II. Wegen Sanktionierung des Gebäudesteuer-Gesetzentwurfes. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberfinanzrat Carl Felkl. IV. Definitive Besetzung der Stelle des Finanzlandesdirektors in Mähren. V. In Angelegenheit der Handelskonvention mit Frankreich. VI. Wegen Konzessionierung einer Lokalbahn Hullein–Holleschau–Bystritz. VII. In Angelegenheit der Präliminierung und Vorrechnung der Steuerrestitutionen. VIII. Wegen Sanktionierung der Landesgesetzentwürfe a) für Görz betreffend die Hebung der Fischerei in den Binnengewässern, b) für Dalmatien betreffend den Schutz des Feldgutes, c) für Niederösterreich betreffend Abänderungen des Wildschongesetzes. IX. Behandlung der aus dem jetzigen Anlasse zur Militärdienstleistung einberufenen Zivilstaatsbediensteten hinsichtlich ihrer Bezüge. X. Frage, für welches Ressort der Nachtragskredit für die Unterstützung der Reservistenfamilien zu begehren sei. XI. Wegen Nichtsanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Pflastermaut in Prag.

KZ. 12 – MRZ. 11

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 356 Ministerrat, Wien, 8. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Schuck; abw. Falkenhayn (Ich war von der Sitzung nicht avisiert. Falkenhayn).

I. Einbringung eines Sperrgesetzentwurfes anlässlich der Einbringung der neuen Zolltarifsvorlage. II. In Angelegenheit des Gesetzentwurfes betreffend den Obersten Rechnungshof. III. Haltung in der Frage des objektiven Strafverfahrens in Presssachen. IV. Beantwortung der Klier'schen Interpellation betreffend die Exzesse in Böhmen. V. In Sachen der Gewerbegesetzreform. Erklärung im Ausschusse.

KZ. 13 – MRZ. 12

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 357 Ministerrat, Wien, 11. und 12. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

[I.] Frage der Verhängung des Belagerungszustandes und Proklamierung des Standrechtes in den insurgierten Gebieten Dalmatiens.

KZ. 14 – MRZ. 13

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 358 Ministerrat, Wien, 11. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Wittek.

I. Zur Haltung Montenegros und über das Auftreten unseres dortigen Ministerresidenten. II. Eine Vorstellung der dalmatinischen Reichsratsabgeordneten bezüglich der Aktivierung der Landwehr in Dalmatien. III. Regelung der Versorgung der hilfsbedürftigen Hinterlassenen gefallener Mannschaften. IV. Wegen Einbringung der Vorlage des revidierten Zolltarifes. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksarzt Dr. Franz Turek in Sambor. VI. Organisierung des Staatsbetriebes der vom Staate übernommenen Eisenbahnen.

KZ. 16 – MRZ. 14

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 359 Ministerrat, Wien, 14. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Frage der Übertragung der Strafgerichtsbarkeit in den insurgierten Gebieten an die Militärgerichte. II. Über die Haltung der Justizbehörden in Cattaro. III. Über die Haltung der Presse.

KZ. 17 – MRZ. 15

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 360 Ministerrat, Wien, 15. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Krall.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Einführung von Ausnahmsgerichten in Dalmatien. II. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Repartition und Aushebung der Rekrutenkontingente. III. Einbringung einer Nachtragskreditforderung für die Unterstützung der Reservistenfamilien.

KZ. 18 – MRZ. 16

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 361 Ministerrat, Wien, 17. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Schallhofer.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Domscholaster in St. Pölten, Joseph Zehengruber. II. Erwirkung v. Ah. Auszeichnungen für mehrere Funktionäre der evangelischen Kirche. III. Wegen Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Pfarrer in Kaiserebersdorf, Alois Nickl. IV. Vorgehen gegenüber der vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Verweigerung der Mittel für die Abhaltung der Lehrerkonferenzen. V. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Prager Universität. Modus der Vertretung der Universität im Landtage. VI. Einbringung von Nachtragskrediten für das Ministerium für Kultus und Unterricht. VII. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Greuter und Genossen betreffend die Arbeiterverhältnisse in den Kohlwerken der Nordbahn. VIII. Erwirkung der Ah. Konzession für die Lokalbahnlinie Schönhof–Radonitz. IX. Erwirkung der Ah. Sanktionierung der Landegesetzentwürfe: für Steiermark betreffend Vervollständigung der Ennsregulierungsarbeiten, für Triest betreffend die Wildschonung, für Kärnten betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei. X. Erwirkung je des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für die gewesenen Präsidenten der Ackerbaugesellschaften in Trient und Roveredo, Anton Edlen v. Pirrini und Philipp Grafen Bosse-Fedrigotti. XI. Wegen Änderung der Nachtragskreditsforderung für die Reservistenfamilien. XII. In Angelegenheit des Gesetzentwurfes betreffend die Exekution auf die Bezüge der im öffentlichen Dienste stehenden Personen.

KZ. 19 – MRZ. 17

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 362 Ministerrat, Wien, 20. Februar 1882 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Über die Korrespondenz mit dem Minister des Äußern hinsichtlich der Meinungsäußerung über die Haltung des österreichisch-ungarischen Ministerresidenten in Montenegro.

KZ. 20 – MRZ. 18

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 5. März 1882.

Nr. 363 Ministerrat, Wien, 20. Februar 1882 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Obersekretär des deutschen Reichsgerichtes in Leipzig, Schleiger. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Polizeidirektor in Krakau, Hofrat Ritter v. Englisch. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Börsesensal Ignaz Spiro. IV. Über die Ausschussänderungen am Gesetzentwurfe betreffend die Einführung von Ausnahmsgerichten in Dalmatien.

KZ. 21 – MRZ. 19

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 17. März 1882.

Nr. 364 Ministerrat, Wien, 28. Februar 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

[I.] Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Einführung von Ausnahmsgerichten in Dalmatien und wegen Erlassung einer Verordnung zur Bestimmung des Gebietsumfanges und des Zeitpunktes der Wirksamkeit der Militärgerichte in Dalmatien.

KZ. 25 – MRZ. 20

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 17. März 1882.

Nr. 365 Ministerrat, Wien, 2. März 1882 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Grosser; abw. Conrad.

I. Ausnahmsverfügungen aufgrund des Gesetzes vom 5. Mai 1869. II. Frage der Wahlrechtserweiterung.

KZ. 26 – MRZ. 21

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 1. April 1882.

Nr. 366 Ministerrat, Wien, 2. März 1882 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

I. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Karl Schlachta. II. Wegen eines vierten Urlaubsjahres für die in Bosnien verwendeten Beamten. III. Die vom Handelsminister im Zollausschusse über den Zolltarif abzugebende Erklärung. IV. In Angelegenheit der Vorgänge in Dalmatien.

KZ. 27 – MRZ. 22

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 1. April 1882.

Nr. 367 Ministerrat, Wien, 5. März 1882

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

I. Zur Frage der Erweiterung des Reichsratswahlrechtes durch die Einbeziehung der Fünfguldenmänner. II. Wahlreformantrag Zeithammer und die Fideikommissgruppe. III. Frage der Gewährung von Differenzialzöllen für Triest. IV. Haltung der slowenischen und insbesondere der dalmatinischen Blätter.

KZ. 29 – MRZ. 23

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 1. April 1882.

Nr. 368 Ministerrat, Wien, 6. März 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; abw. Conrad.

I. Einbringung der Vorlage wegen Bedeckung des außerordentlichen Heereserfordernisses per acht Millionen und wegen Bedeckung des allgemeinen Defizits pro 1882. II. Bezüglich Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes über die Seegrenze Dalmatiens. III. Wegen Kapitalsvermehrung und Aktienkonvertierung des österreichisch-ungarischen Lloyd. IV. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung landwirtschaftlicher Bezirksvorschusskassen. V. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Aufnahme eines Landesanlehens. VI. Über eine Differenz betreffend die Auslegung des galizischen Bezirksvertretungsgesetzes hinsichtlich Entscheidung über die Bezirksvertretungswahlen. VII. Wegen Sanktionierung des vom Triester Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend den Schutz des Feldgutes. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Berghauptmann Georg Hoffmann. IX. Wegen Kosten für die Herstellung verteidigungsfähiger Gendarmeriekasernen in Dalmatien. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Waffenfabrikanten in Lüttich Jules Ancion. XI. Wegen Konzessionierung einer Lokalbahn von Schwechat nach Mannersdorf. XII. Wegen Einleitung von Verhandlungen mit Italien behufs Loslösung einiger im Handelsvertrage gebundener Artikel.

KZ. 31 – MRZ. 24

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 3. April 1882.

Nr. 369 Ministerrat, Wien, 9. März 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Wittek.

I. Au. Dank der Stadtvertretung Prags für die ag. Sanktionierung des Universitätsgesetzes. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat im Ministerium des Innern, Dr. Vincenz Ritter v. Helm. III. Vorschlag wegen Besetzung des armenisch-katholischen Erzbischofsstuhles in Lemberg. IV. Vorschlag wegen Besetzung des Bischofsitzes in Ragusa. V. Vorschlag wegen Besetzung des Bischofstuhles in Triest. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Regierungsrat und Professor Dr. Hermann Blodig. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Sicherung der westlichen Bahnabzweigungen der galizischen Transversalbahn. VIII. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend den Ausbau der böhmisch-mährischen Transversalbahn. IX. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Subventionierung der Kremstalbahn.

KZ. 32 – MRZ. 25

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 3. April 1882.

Nr. 370 Ministerrat, Wien, 12. März 1882

P. Jaeger; VS. Kaiser; anw. Taaffe, Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Gesetz über die Prager Universität. Vorkehrungen zur Sicherung der vollkommenen Erlernung der deutschen Sprache. II. Frage der Regelung der Dotationsverhältnisse des Linzer Bistums.

KZ. 34 – MRZ. 26

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 3. April 1882.

Nr. 371 Ministerrat, Wien, 14. März 1882 – Protokoll I

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. In Angelegenheit der neuerlichen Einberufung der Delegationen. II. Frage der militärischen Unterkunftsbauten in Dalmatien.

KZ. 33 – MRZ. 27

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 3. April 1882.

Nr. 372 Ministerrat, Wien, 14. März 1882 – Protokoll II

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Wegen Einbringung der internationalen Konvention betreffend die Reblaus. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den sächsischen Bergrat und Professor in Freiberg, Dr. Clemens Winkler. III. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei und Einbringung eines neuen bezüglichen Entwurfes. IV. Wegen Änderungen am Gesetzentwurfe betreffend das gerichtliche Verfahren bei den Delikten der Tierseuchengesetze. V. Wegen Einschärfung der Weisungen bezüglich Hintanhaltung von Pressmitteilungen über militärische Dispositionen. VI. Wegen Einbringung der Schifffahrtskonvention mit Serbien. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen zeitweiligen Privilegienschutzes für Objekte der internationalen Elektrizitätsausstellung. VIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Fabrikanten Johann Förster in Rumburg. IX. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Brüder Charles und Philipp Götz. X. Über die Verhandlungen im Zolltarifsausschusse. XI. Erklärung in Sachen des Versorgungsgesetzes für die Hinterbliebenen der vor dem Feinde Gefallenen. XII. Haltung gegenüber den vom Ausschusse beabsichtigten Änderungen am Kongruagesetzentwurfe. XIII. Über die Interpellation der Abgeordneten Vosnjak und Genossen betreffend den slowenischen Volksunterricht in Kärnten.

KZ. 35 – MRZ. 28

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 3. April 1882.

Nr. 373 Ministerrat, Wien, 19. März 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Conrad.

I. Au. Dank der Bezirksvertretung Kralowitz für die Ah. Sanktionierung des Gesetzes betreffend die Prager Universität. II. Wegen Erwirkung des Freiherrnstandes für den Großgrundbesitzer Johann Ritter Nádherný v. Borutin. III. Wegen Sanktionierung des vom Triester Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Erweiterung des Triester Stadtgebietes. IV. Wegen Nichtsanktionierung des vom oberösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Landesgesetzes über die Ablösung der Giebigkeiten für Kirchen, Pfarrer und deren Organe. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Stempel- und Gebührenbefreiung für die vom Aufforstungsfonds in Triest abzuschließenden Verträge. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Herstellung einer Staatsbahnlinie Herpelje–Triest.

KZ. 36 – MRZ. 29

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 3. April 1882.

Nr. 374 Ministerrat, Wien, 25. März 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Einbringung von Nachtragskrediten für die Maßregeln zur Durchführung des Rinderpestgesetzes. II. Wegen Sanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Ablösung der Geldgiebigkeiten und Naturalleistungen für Kirchen, Pfarrer und deren Organe. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Regierungsrat Jacob Hirtl. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Heinrich Ritter v. Kopetz. V. Wegen der Zuwendung des Ritterkreuzes des Leopoldordens an den Hofarzt und Hofrat Dr. Rainer Ritter v. Schmerling. VI. Wegen Nichtsanktionierung des vom Istrianer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Änderung der Wildschonvorschriften. VII. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend die Kunstweinbesteuerung. VIII. Wegen Sanktionierung des Finanzgesetzentwurfes und des Staatsvoranschlages für 1882. IX. Wegen Beantwortung einer Interpellation der Abgeordneten Dr. Menger und Genossen betreffend die Abfindungsbezirke für die Verzehrungssteuer für Fleisch. X. Wegen Überlassung der Dreifaltigkeitssäule am Graben Wien an die Stadtgemeinde. XI. Wegen Besetzung des Bischofsitzes in Leitmeritz. XII. Propositionen für Änderungen an dem Entwurfe der Schulgesetznovelle. XIII. Dotationsverhandlung mit dem Bischofe von Linz. XIV. Resultat der Verhandlungen mit Ungarn wegen Differenzialzöllen für Einfuhr von Kolonialwaren zur See.

KZ. 37 – MRZ. 30

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 18. April 1882.

Nr. 375 Ministerrat, Wien, 27. März 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Wegen Besetzung der erledigten Ratsstelle am Verwaltungsgerichtshofe. II. Wegen Ernennung des Statthaltereileiters in Prag, Freiherrn v. Kraus, zum Statthalter und der Verleihung der Würde eines Geheimen Rates an denselben. III. Wegen Verleihung der Geheimen Ratswürde an den Oberlandesgerichtspräsidenten Ritter v. Dargun in Krakau und Ritter v. Temnitschka in Prag. IV. Über den Gesetzentwurf betreffend die Exekution auf die Bezüge der im öffentlichen Dienste stehenden Personen.

KZ. 38 – MRZ. 31

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 18. April 1882.

Nr. 376 Ministerrat, Wien, 1. April 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; abw. Pražák.

I. Frage der Bemessung der Dauer einer Landtagsperiode mit Rücksicht auf den galizischen Landtag. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über die Benützung nichtärarischer Straßen für Lokalbahnen. III. Vorschlag für die Besetzung eines Mitgliedes des Reichsgerichtes. IV. In Angelegenheit der im Falle der Erledigung der Stelle eines Mitgliedes des Reichsgerichtes an den Reichsrat zu machenden Mitteilung. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dechant und Pfarrer Johann Berger. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Gymnasialdirektor Anton Fleischmann. VII. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen aus Anlass der Verstaatlichung der Westbahn.

KZ. 40 – MRZ. 32

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 18. April 1882.

Nr. 377 Ministerrat, Wien, 7. April 1882

P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski; außerdem anw. Gniewosz; abw. Pražák, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Ferdinand Kirchlehner und des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirkshauptmann Franz Ebner. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den pensionierten Bezirksarzt Dr. Joseph Maurovich. III. Wegen Sanktionierung der Zustimmung zu den Beschlüssen des Krainer Landtages wegen Deckung des Erfordernisses des Grundentlastungsfonds. IV. In Angelegenheit der Witwen- und Waisenversorgung des Militärs. V. Frage der Einberufung des vorbereitenden Kirchenkongresses der griechisch-orientalischen Erzdiözese in der Bukowina.

KZ. 41 – MRZ. 33

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph.] Wien, 2. Mai 1882.

Nr. 378 Ministerrat, Wien, 14. April 1882

RS. der Tagesordnungspunkte IX und X; Teilnehmer und Tagesordnung: AVA., Ministerratsprotokolle, Tagesordnungen.
P. Jaeger; VS. Taaffe; anw. Ziemiałkowski, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; abw. Falkenhayn, Conrad.

I. Beglückwünschung des Finanzministers zu dem Resultate der Rentenbegebung. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend ein Statut für den Kurort Krynica. III. Wegen Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung einer Musik- und Verschönerungstaxe für Mödling. IV. Wegen Nichtsanktionierung des vom Triester Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Einführung eines städtischen Zuschlages zu den Vermögensübertragungsgebühren in Triest. V. Wegen Sanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Bauordnung für 29 galizische Städte. VI. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Erneuerung der Gebührenbefreiung bei Löschung kleiner Satzposten. VII. Wegen Sanktionierung des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Exekution auf die Beamtenbezüge. VIII. Korrespondenz mit dem Präsidenten des Reichsgerichtes wegen der Mitteilung über die Erledigung von Mitgliederstellen beim Reichsgerichte. IX. Die Kreditforderungen für die militärischen Vorkehrungen im Süden. Bedeckung des Erfordernisses für Unterkunftsbauten und Wegherstellungen in Dalmatien. X. Bezüglich der moralischen Unterstützung der elektrischen Ausstellung.

KZ. 43 – MRZ. 34

[I–VIII. fehlt]

[IX.] *RS.* [] [Unter]drückung [der im] Süden der Monarchie [und] im Okkupationsgebiete [aus]gebrochenen Bewegung und teilt dem Ministerrate den aus der Anlage ersichtlichen, diesfälligen Voranschlag des Reichskriegsministers mit[a,1].

---

[a] *Die stark verbrannte Kostenaufstellung liegt dem Originalprotokoll bei.*

[1] *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 6. 3. 1882/IX und MR. v. 14. 3. 1882/II (liegen nicht mehr ein). Im Wehrgesetz v. 5. 12. 1868,* RGBL. Nr. 151/1868*, Artikel III, war den zuvor gänzlich von der Militärpflicht befreiten Einwohnern des Festlandes in Süddalmatien die Sonderstellung eingeräumt worden, ihre Wehrpflicht nur in der Landwehr leisten zu müssen. Aber auch diese Bestimmung wurde wegen des Widerstandes gegen jegliche Assentierung nicht umgesetzt. Mit der Einführung der Wehrpflicht in Bosnien-Herzegowina 1881 –* Provisorisches Wehrgesetz für Bosnien und die Hercegovina v. 24. 10. 1881, LGBL. BOSNIEN UND HERZEGOWINA Nr. 236/1881 – *wurde in der Sitzung des MR. v. 28. 2. 1881/I (liegt nicht mehr ein) auch die Umsetzung der Wehrpflicht in den südlichen Bezirken Dalmatiens beschlossen und eine Musterung mit den Kundmachungen der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 11. 5. 1881 –* LGBL. DALMATIEN Nr. 17/1881 – *und v. 12. 7. 1881 –* LGBL. DALMATIEN Nr. 24/1881 – *für den Juli und Oktober angeordnet. Zum folgenden Aufstand in Süddalmatien und im Süden Bosnien-Herzegowinas siehe* DER AUFSTAND IN DER HERCEGOVINA. *Die Situation in Dalmatien kam zur Sprache in MR. v. 13. 6. 1881/I, MR. II v. 8. 11. 1881/VI, MR. v. 10. 11. 1881/I, MR. v. 16. 11. 1881/VI, MR. II v. 1. 12. 1881/V, MR. v. 8. 12. 1881/IX, MR. v. 19. 12. 1881/I, MR. I v. 27. 12. 1881/I, MR. v. 4. 1. 1882/I, MR. v. 7. 1. 1882/I, MR. I v. 11. 1. 1882/III, MR. v. 15. 1. 1882/IV, MR. v. 17. 1. 1882/I, MR. v. 21. 1. 1882/IX, MR. v. 11. 2. 1882/II und MR. v. 3. 3. 1882/IV (alle liegen nicht mehr ein).*

In der Konferenz stellte man sich auf den Standpunkt, der vom Reichskriegsminister als notwendig erkannten [An]forderung zuzustimmen[2].

Gegenstand der besonderen Erörterung bildeten jene vom Reichskriegsminister abgesondert spezifizierten Kosten, welche fortifikatorische Bauten, Unterkunftsbauten und Wegherstellungen in Dalmatien betreffen. [] [d]er her[zustellenden] fortifikatorischen [Bau]ten hinwies, dass dieselben wesentlich Unterkunftsbauten seien, daher in Gemäßheit der Bequartierungsvorschriften auf die betreffende Reichshälfte zu übernehmen seien. Nachdem jedoch Se. Majestät die Ah. Willensmeinung dahin auszudrücken geruhten, dass diese Bauten als eigentliche Befestigungsbauten auf den gemeinsamen Etat zu übernehmen wären, wurde in diesem Sinne entschieden.

Hingegen wurde in der Konferenz entschieden, dass die Kosten für Unterkunftsbauten (verteidigbare Gendarmerieun[terkunftsbauten, Wegherstellungen)] [] [Deck]ung dieser Ko[sten an]belange, so sei es selbstverständlich, dass dieselbe vom Reichsrate bewilligt werden müsste und dass daher die Zustimmung der k. k. Regierung zur Bestreitung dieser Auslagen an die Bedingung der verfassungsmäßigen Bewilligung geknüpft bleibe. Hinsichtlich der Begründung des Aufwandes für die Gendarmerieunterkunftsbauten werde man Folgendes sagen können: Aus der Gendarmerievorschrift vom Jahre 1861[3] gehe allerdings hervor, dass für die gewöhnlichen Verhältnisse der bezüglichen Unterkunft der Landesfonds aufzukommen habe. Der vorliegende Fall lasse sich aber nicht unter [] [ausna]hmswei[se] []s es gerechtfer[tigt an,] den Reichsrat heran[zuziehen] und dies umso mehr, als das Land auch nicht in der Lage wäre, diese Kosten zu bestreiten. Vom Kompetenzstandpunkte könne kein Anstand sein, da das Reich schon öfter unter außerordentlichen Verhältnissen gewisse Auslagen übernommen habe, welche unter gewöhnlichen Verhältnissen von einem Lande zu tragen waren, und sei in einem solchen Falle ein Protest des Landes nicht zu besorgen.

Es wäre daher sofort und womöglich noch während der Beratung der Delegationen []schrift des Inhal[tes] richten, dass die k. k. [Reg]ierung im Verfolge der [g]emeinsamen Ministerkon[fe]renz beschlossen habe, dem Reichsrate sofort eine Vorlage betreffend die Bedeckung der für Gendarmerieunterkünfte und Wegbauten in Dalmatien präliminierten Auslagen zu machen, um aufgrund deren eventueller verfassungsmäßiger Bewilligung dem Reichskriegsministerium sodann die Ermächtigung zur entsprechenden Verwendung der bezüglichen Summen zuteilen zu können, weshalb das Reichskriegsministerium ersucht werde, der k. k. Regierung die er[] [Er]messen [derart] vorzugehen, dass [dem] Reichskriegsministerium [ein]fach die Ermächtigung zur [V]erwendung der bewilligten bezüglichen Summe erteilt würde, nachdem die k. k. Regierung nicht in der Lage sei, dem Reichskriegsministerium gegenüber eine entsprechende Kontrolle über die gemachten Auslagen zu üben und darum ein solcher Vorgang auch auf parlamentarische Schwierigkeiten stoßen würde.

---

2 *Die* Vorlage an die Delegationen wegen als zur Unterdrückung der Unruhe im Occupationsgebiete und in Dalmatien erforderlichen weiteren Credits *wurde beraten in GMR. v. 12. 4. 1882,* Hhsta., PA. XL, Karton 293, RMRZ. Nr. 297. *Die Finanzierung des quotenmäßigen Anteils Cisleithaniens wurde behandelt in MR. I v. 30. 4. 1882/III.*

3 Normalien der k. k. Landes-Gendarmerie, Jg. 1861, Nr. 5065, Seite 54.

Der Finanzminister proponiert daher in der Weise vorzugehen, dass die bewilligten Summen dem Statthalter in Dalmatien angewiesen werden und dass demnach dieser über die allerdings im [] [Dar]legung der Sache [sei] nicht das Reichskriegsministerium, sondern der Statthalter aufzufordern, die erforderlichen Daten zur Verfassung und Motivierung der Vorlage der k. k. Regierung vorzulegen.

Der Ministerrat schließt sich der Anschauung des Finanzministers an und wird sonach beschlossen: vom Statthalter telegrafisch die erforderlichen Daten abzufordern und an das Reichskriegsministerium die aus der Anlage ersichtliche Note zu richten[b,4].

[X.] *RS.*

[] Regier[ung] [] der Förderung []mens eine Note an [das] M[in]isterium des Äußern [be]hufs Mitteilung an die Gesandtschaften der auswärtigen Mächte des Inhaltes richten möge, dass die Regierung der Ausstellung ihre moralische Unterstützung gewähre[5]. Er wäre geneigt, diesem Wunsche des Komitees zu willfahren, falls der Ministerrat damit einverstanden wäre.

Der Ministerrat erklärt sich einverstanden[6].

Wien, am 14. April 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph. Wien, am 2. Mai 1882.

Nr. 379 Ministerrat, Wien, 17. April 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 17. 4.), Ziemiałkowski, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Falkenhayn, Conrad.

I. Zur Regelung der Sprachenfrage in den slowenischen Gebietsteilen des Oberlandesgerichtssprengels Graz. II. Frage der Einstellung der Schwurgerichte in Dalmatien. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandesgerichtsrat Hypolit Kufelkowski. IV. Stand der Verhandlungen bezüglich der Zolltarifsvorlage. V. Zugestehung der einjährigen Freiwilligen-Dienstzeit für die Hörer der Tierarzneischule in Lemberg.

---

b *Liegt stark verbrannt dem Originalprotokoll bei.*

4 *Mit Schreiben v. 14. 4. 1882 an den Statthalter in Zara, Jovanović, forderte Taaffe ihn zur Abgabe der erforderlichen Daten auf – erwähnt im Schreiben Taaffes an Welsersheimb v. 25. 4. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 913/1882. *Fortsetzung des Themas des Aufstandes in Süddalmatien in Angelegenheit der Gendarmeriekasernen in MR. v. 7. 5. 1882/IX. Die Frage der Einstellung von Schwurgerichten in Süddalmatien kam zur Sprache in MR. v. 17. 4. 1882/II, die Frage des Kriegsrechtes in MR. v. 4. 5. 1882/II und die Frage des Umgangs mit nach Montenegro Geflüchteten in MR. v. 7. 5. 1882/X.*

5 *Die Angelegenheit der Elektrizitätsausstellung kam zuvor zur Sprache in MR. v. 14. 3. 1882/VII (liegt nicht mehr ein). Die Internationale Elektrische Ausstellung in Wien war eine private Initiative. Mit Schreiben o. D. bat der Ehrenpräsident des Zentralkomitees Johann Graf Wilczek, dass 1. auswärtige Regierungen offiziell zur Beteiligung eingeladen würden, 2. dass sich Kriegsministerium, Post und Telegrafenamt effektiv an der Ausstellung beteiligten, 3. dass die cisleithanische Regierung offizielle Vertreter in das Komitee entsende,* die – ohne der Ausstellung den Privat-Charakter vollkommen zu nehmen – ihr doch ein offizielles Ansehen geben würde*, und 4. dass ausgestellte, aber noch nicht patentierte Erfindungen unter Patentschutz gestellt werden sollten,* Ava., HM., allg., Zl. 12683/1882.

6 *Ein entsprechendes Schreiben Pinos an Außenminister Kálnoky konnte in den Beständen* Ava., HM. Präs. *und* allg. *sowie dem dieses Thema behandelnden Faszikel* Hhsta., admin. Reg., F 34 S.R., Karton 351, Fasz. 15–18/1/1881–1883 *nicht gefunden werden. Fortsetzung in MR. v. 26. 4. 1882/II.*

KZ. 44 – MRZ. 35

[Protokoll des zu Wien am 17. April 1882 abgehaltenen Ministerrates] unter dem [Vorsitze Sr. Exze]llenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums referiert über die Frage der Regelung des Gebrauches der [solwenischen Sprache in den slowenischen Gebietsteilen des Oberlandesgerichtssprengels Graz] [] bezügli[chen Gesetz]esvorlage angeregt[1]. [Der Leite]r des Justizministe[riu]ms wolle aber gegenwär[ti]g von einer Gesetzesvorlage absehen, sondern nur durch eine an das Oberlandesgerichts-Präsidium in Graz zu richtende Verordnung die genaue Befolgung der für die fraglichen Gebietsteile bereits erlassenen Ministerialverordnungen vom 15. März 1862, vom 20. Oktober 1866 und vom 5. September 1867[2] einschärfen und insbesondere fordern, dass die Anordnung derselben, wornach alle in slowenischer Sprache überreichten Eingaben und so auch [] werde. Zu[dem beabsich]tige der Minister, [die] Verordnung dem Präsidenten des Obersten Gerichts[ho]fes mitzuteilen und es demselben anheimzustellen, [in] der Sache einen Plenarbeschluss des Obersten Gerichtshofes hervorzurufen. Der Minister glaube, dass durch [e]ine solche streng gehaltene Verordnung der jetzt noch [in] fraglicher Beziehung be[st]ehende Widerstand der [Ge]richte gebrochen werden [d]ürfte[3]. Sollte es aber doch [n]otwendig werden, end[lic]h mit einem Gesetze vor[z]ugehen, so möchte er ein sol[ch]es Gesetz auf nur lediglich []uches [im Ermessen] der Admi[nistrati]on liege, würde ein [solch]es Gesetz jedoch nichts [ande]res auszusprechen haben, als die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes der Regierung, derlei Anordnungen mit verbindender Kraft zu erlassen.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, nachdem der Leiter des Justizministeriums selbst jetzt von der Einbringung eines Gesetzentwurfes absehe, so müsse er (Minister Freiherr v. Ziemiałkowski) nur wünschen, dass in der anlässlich der Verordnung an den []

---

1 *In der Frage der Verwendung der slowenischen Sprache in den von Slowenen bewohnten Gebieten des Oberlandesgerichts-Bezirkes Graz hatten der Reichsratsabgeordnete Josef Ritter Schneid v. Treuenfeld und Genossen am 11. 3. 1881 an Pražák eine Interpellation zur Sicherung dieses Rechtes gerichtet* – Prot. Reichsrat AH. (120. Sitzung) 4257 ff. –*, die Pražák am 1. 4. 1881 in der Richtung beantwortete, dieses Recht zu garantieren,* Prot. Reichsrat AH. (134. Sitzung) 4715. *Die Interpellation wurde beraten in MR. v. 21. 3. 1881/VII und MR. v. 30. 3. 1881/IV; außerdem beschäftigen sich damit MR. v. 13. 5. 1881/IV und MR. v. 11. 12. 1881/IV (alle liegen nicht ein). Die Unterlagen,* Zusammenstellung jenes Materiale, welches aufgrund der hohen, teils schriftlich, teils mündlich erteilten Aufträge Sr. Exzellenz des Herrn Ministers das Substrat für die künftige Regelung des Gebrauchs der slowenischen Sprache bei den Gerichten des Grazer O[ber]L[andes]G[erichts-]Sprengels im Verkehre mit den Parteien zu bilden haben dürfte (Se. Exzellenz hat sich mir gegenüber in dem Sinne ausgesprochen, daß vorerst eben nur auf obigen Sprengel reflektirt werden solle)*, sowie die Stellungnahmen der Sektionschefs des Justizministeriums in* Ava., JM., allg., Karton 908, Sig. I H I/5–70 *und* 71, Zl. 20513/1882.

2 *Ministerialverordnung v. 15. 3. 1862,* Ava., JM., allg., Zl. 865/1862 *liegt nicht ein; Ministerialverordnung (K.) v. 20. 10. 1866,* Ava., JM., allg., Karton 908, Sig. I H I/5–24, Zl. 1861/1866*; und Ministerialverordnung (K.) v. 5. 9. 1867* Ava., JM., allg., Karton 908, Sig. I H I/5–26, Zl. 8636/1867.

3 *Zum* bestehenden Widerstand *siehe beispielsweise die Zurücknahme eines slowenisch ausgestellten Entscheides des Bezirksgerichtes Stein in Krain und die erneute Herausgabe in deutscher Sprache auf Anordnung des Oberlandesgerichtes Graz. Diese Entscheidung wurde vom Obersten Gerichtshof bestätigt,* indem die Erlassung des slovenischen Bescheides als eine von Amtswegen zu berücksichtigende Nullität angesehen *werden müsse. Dies stellte Pražák mit seinem Schreiben (K.) an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Schmerling, v. 13. 5. 1881 infrage und wies das Oberlandesgericht Graz mit Schreiben (K.) vom selben Tag an, ihn, den Minister, über den Gebrauch der Sprachen in seinem Amtsgebiet aufzuklären,* Ava., JM., Präs. 109/1881.

Freiherr v. [Ziemiałkowski] sei der Überzeu[gung,] dass die Betretung des [Ge]setzesweges zur Regelung [de]r fraglichen Angelegen[he]it nicht nur nicht am [P]latze, sondern geradezu un[z]ulässig wäre.

Der Finanzminister schließt [si]ch der Anschauung des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski an, in[de]m er betont, dass er niemals [zu]stimmen könnte, dass über [d]as Meritorische der Sprachen[f]rage in Österreich mittelst eines Gesetzes entschieden würde.

In der weiteren Dis[k]ussion wird anerkannt, dass [] Minister Freih[err v. Ziemiał]kowski, dass höch[stens ein] Gesetz erlassen wer[den] könnte, welches anordne[nen soll], dass über die Frage, ob [ei]ne Sprache als landesüblich anzusehen sei, die Verwaltungsbehörde zu entscheiden habe.

Vom Ministerrate wird das vom Leiter des Justizministeriums beabsichtigte verordnungsweise Vorgehen genehmigend zur Kenntnis genommen[4].

II. Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums bringt [] Maßregel habe [er Erhe]bungen eingeleitet[5]. [Aus] denselben gehe hervor, [da]ss von Straffällen aus An[la]ss des Aufstandes anhängig [se]ien[6]: in den Kreisgerichts[sp]rengeln Spalato und Ragusa [je] ein Fall, im Landesgerichts[sp]rengel Zara kein Fall und dass in Cattaro zwar mehrere Fälle anhängig, jedoch zumeist mangels der Habhaftwerdung [d]er Täter noch nicht so weit [r]eif seien, um zur Verhandlung gebracht werden zu kö[n]nen. Darnach hätte die Einstellung in Cattaro, wo übrigens [a]uch keine weitere Session [n]och angekündigt sei, gar [] dieses [später in Bet]racht zu nehmen[. In]des scheine es aber [jetzt] nicht angemessen, mit [de]r Maßregel der Einstellung vorzugehen. Der Minister beabsichtige daher keinen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Die Eröffnung wird zur Kenntnis genommen[7].

III. Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorha[ben, für den Oberlandesgerichtsrat Hypolit Kufelkowski in Anerkennung sei]ner 46-jährigen [treuen] und ausgezeichneten [Dien]stleistung den Orden der [Eis]ernen Krone III. Klasse zu er[w]irken und teilt aus dem In[ha]lte des diesfalls zu erstatten[de]n au. Vor[t]rages die wesentlichsten Ver[d]ienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[8].

---

4 *Mit Erlass (K. und Abschrift) Pražáks an das Oberlandesgericht in Graz v. 18. 4. 1882 wurden die oben genannten Verordnungen 1862, 1866 und 1867 erneut bestätigt und präzisiert; ebenso wurde mit Schreiben (K. und Abschrift) vom selben Tag Schmerling aufgefordert, in der Frage der* Erzielung des noch nicht hergestellten vollen Einklanges der Judikatur mit den vom Justiz-Ministerium in dieser Frage seit 20 Jahren getroffenen und nun von mir erneuerten und umfassend motivirten Verfügungen [...] einen Plenarbeschluß des k. k. Obersten Gerichtshofes hervorzurufen*,* Ava., JM., allg., Karton 908, Fasz. I H I/5–72, ad 20513/1882.

5 *Zum Aufstand in Süddalmatien siehe MR. v. 14. 4. 1882/IX. Mit Weisung (K.) v. 21. 3. 1882 war die Oberstaatsanwaltschaft Zara angewiesen worden, über die Straffälle zu berichten, die* bis zum Zeitpunkt des Beginnes der Wirksamkeit der Ausnahmsgerichte wegen solcher Delikte *angezeigt wurden,* Ava., JM., Präs. 39/1882.

6 *Bericht der Oberstaatsanwaltschaft Zara v. 5. 4. 1882,* Ava., JM., allg., Karton 919, Fasz. I J I 1-a, Zl. 5806/1882.

7 *Fortgesetzt in MR. v. 13. 6. 1882/III. Die Frage der Militärgerichtsbarkeit in Süddalmatien kam zur Sprache im MR. v. 4. 5. 1882/II.*

8 *Hypolit Kufelkowski wurde mit seiner Pensionierung über Vortrag Pražáks v. 18. 4. 1882 mit Ah. E. v. 23. 4. 1882 der Orden der Eisernen Krone III. Klasse verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1612/1882.

IV. Der Ministerpräsident befragt den Handelsminister über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Zolltarifsvorlage[9]. [] [Re]gierung [von] den Fragen über die [Differen]zialzölle für die Ein[fuhr] zur See abhänge. Die Differenzen über die Zollsätze an sich seien als beglichen anzusehen, entweder seien sie bereits definitiv ausgetragen oder sie seien solche, hinsichtlich deren Begleichung kein Anstand mehr obwaltet. In der Frage der Differenzialzölle sei nur von Bedeutung die Detaxe für Kaffee und sei man über deren Höhe eben noch nicht einig. Die ungarische Regierung wollte bisher nur eine Detaxe von 3 fl. zugeben, während man von Seite des Ausschusses[10] 5 fl. wünsche. [] sei allerdings []. Bisher habe es [sich dies]falls zurückhaltend be[nom]men. Vielleicht gehe Un[g]arn nur ein gegen ein weiteres Äquivalent, nachdem [vo]m ursprünglich begehrten Vollzoll abgegangen wurde und Ungarn bisher als Äquivalent nur eine Detaxe für rohen Reis erhalten habe. Die Sache werde also bei der morgigen Verhandlung mit den ungarischen Ministern entschieden werden müssen[11]. Gelinge es, die Detaxe für Kaffee auf 4 fl. zu bringen, so werde der Finalisierung des Gegenstandes und der Vollberatung des Tarifes nichts mehr im Wege stehen. [] der Handelmi[nister meint,] dass behufs der Ge[] Erleichterung mit Un[ga]rn vereinbart wurde, dass [in] Dalmatien eine Quantität von 100.000 Zentnern Mais und Hirse zollfrei eingeführt werden könne.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilungen des Handelsministers zur Kenntnis[12].

V. Der Landesverteidigungsminister beabsichtigt im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister[a] und dem[a] Ministerium für Kultus und Unterricht die Verfügung zu treffen, dass [die Einjährig-Freiwilligen-Dienstzeit für die Hörer der Tierarzneischule in Lemberg we]gen [der Ver]dienste als Veterinäre [zuge]standen werde[13], nachdem die Anforderungen, welche an die Schüler des Lemberger Insti[tu]tes sowohl hinsichtlich der Vorstu[f]en als der Lehr-

---

[a–a] *Einfügung Welsersheimbs.*

9 *Mit dem allgemeinen Zolltarif beschäftigten sich MR. v. 18. 1. 1880/I, MR. v. 11. 12. 1881/VI, MR. v. 11. 2. 1882/IV, MR. v. 3. 3. 1882/III und MR. II v. 14. 3. 1882/X (alle liegen nicht mehr ein). Mit Ah. E. v. 9. 2. 1882 war der Gesetzentwurf des allgemeinen Zolltarifs über Vortrag Dunajewskis v. 8. 2. 1882 in den Reichsrat eingebracht worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei 631/1882.

10 *Der Zolltarifausschuss des Abgeordnetenhauses.*

11 *In MR. v. 14. 1. 1881/IV und MR. v. 2. 2. 1881/V (beide liegen nicht ein) war der Zoll bzw. eine Verbrauchsabgabe auf Kaffee zur Sprache gekommen. Nach der prinzipiellen Zustimmung Ungarns mit Schreiben des ungarischen Ministers für Ackerbau, Gewerbe und Handel Kemény v. 3. 4. 1882 zu Differenzialzöllen* – Ava., HM., Präs. 493/1882 – *erfolgte die konkrete Einigung in Besprechungen von 17. bis 20. 4. 1882, Schreiben (K.) Pinos an Taaffe v. 21. 4. 1882,* Ava., HM. Präs. 586/1882. *Der Differenzialzoll für Kaffee sollte bei 3 fl. bleiben.*

12 *Fortsetzung des Gegenstandes wegen Bedenken des Außenministers in MR. v. 21. 4. 1882/IX. Zum Nachlass des Kaffeezolls bei Einfuhr über See und die Zollfreiheit von Getreide für Dalmatien siehe MR. v. 20. 5. 1882/I, Anm. 2.*

13 *Mit dem Wehrgesetz v. 5. 12. 1868,* Rgbl. Nr. 151/1868, *war Inländern,* welche einen solchen Bildungsgrad besitzen, der den absolvierten Studien an einem Obergymnasium, einer Oberrealschule oder einer derselben gleichgestellten Lehranstalt entspricht, *das Recht eingeräumt, bei freiwilligem Eintritt in das stehende Heer nur ein Jahr aktiv dienen zu müssen, wenn sie* sich während ihrer Dienstzeit aus eigenen Mitteln bekleiden, ausrüsten und verpflegen (bei der *Cavallerie* auch beritten machen und für den Unterhalt des Pferdes sorgen). *Über Anträge von Lehranstalten um Gleichstellung mit Obergymnasien und Oberrealschulen beschäftigte sich der Ministerrat immer wieder, so in MR. v. 9. 8. 1878/II (liegt nicht mehr ein) und danach in MR. II v. 11. 5. 1884/II (stark verbrannt).*

ziele gestellt werden, den für die Studierenden des Wiener Institutes ganz gleich sind und der ausreichende Bedarf von Veterinären für den Kriegsdienst nicht gedeckt ist, und erbitte er sich hiezu die Zustimmung des Ministerrates.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[14].

Wien, am 17. April 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph. Wien, am 2. Mai 1882.

Nr. 380 Ministerrat, Wien, 21. April 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 21. 4.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Grognet d'Orleans, Chiari, Rinaldini.

I. Wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Veräußerung des alten Generalkommandogebäudes auf der Freyung in Wien. II. Wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Gebührenbehandlung der Spielkarten und Kalender gegenüber Bosnien. III. Besetzung des Bischofsitzes in Leitmeritz. IV. Besetzung des Bischofsitzes in Brünn. V. Erwirkung des Adels für den Advokaten Dr. Burghard Joseph Barth in Wien. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den französischen Vizekonsul in Makri, Ippolito Casilli. VII. Einbringung von Nachtragskrediten für das Unterrichtsressort pro 1882. VIII. In Angelegenheit der Korrespondenz mit dem Präsidenten des Reichsgerichtes wegen der Anzeigeerstattung über die Erledigung von Mitgliederstellen beim Reichsgerichte. IX. Eröffnung an den Minister des Äußern hinsichtlich der Frage der Rückwirkung der Einführung von Zollnachlässen für Importe zur See auf die Beziehungen zu Deutschland. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberinspektor Karl Wessely und den Inspektor Wilhelm Edlen v. Thomann der Elisabeth-Westbahn. XI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Zivilingenieur Karl Pfaff. XII. Haltung in Bezug auf die vom Ausschusse beabsichtigte Amendierung des Kommassationsgesetzentwurfes.

KZ. 45 – MRZ. 36

[Protokoll des zu Wien am 21. April 1882 abgehaltenen Ministerrates un]ter dem Vorsitze [Sr. Exzel]lenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Im Auftrage des Finanzministers referiert Ministerialrat Grognet d'Orleans [] werde von [] benützt, indem [sich in] de[m]selben jetzt befinden [der] Oberste Militärgerichtshof, [da]s apostolische Feldvikariat, das Telegrafenbüro des Generalstabes und das Sanitätstruppenkommando. Da sich das Gebäude nunmehr als schadhaft und umbaubedürftig darstelle und andererseits auch von der Gemeinde wegen Verbreiterung der Teinfaltstraße die Demolierung des Gebäudes gewünscht werde, so wurde im Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium die Veräußerung des mit 255.977 fl. bewerteten Objektes mit dem ins Auge gefasst, dass der Erlös zur Herstellung eines [] zur Verfügung gestellt werde. Nachdem es sich um die Veräußerung eines den Wert von [2]5.000 fl. übersteigenden Objektes handle, sei hiezu der Gesetzesweg erforderlich[1].

---

14 *Alle Akten zu Einjährig-Freiwilligen in* Ka., MfLV., allg. *liegen nicht ein.*

1 *Für die Veräußerung von Staatseigentum, dessen Wert 25.000 fl. überstieg, war die Zustimmung des Reichsrates erforderlich, Artikel VII des Finanzgesetzes v. 7. 6. 1881,* RGBl. Nr. 51/1881.

Der Ministerpräsident fragt, was in dem Falle zu geschehen habe, wenn der aus der Veräußerung erzielte Erlös nicht hinreichte, um das erforderliche Ersatzobjekt herzustellen. Der Finanzminister hebt her[v]or, dass diesfalls eine Ah. [g]enehmigte Vereinbarung des [g]emeinsamen Ministerrates vom [8.] Juli 1872 über die Behandlung de[r] im Besitze der Militärver[w]altung befindlichen Immobilien[2] [] [allerd]ings [nur von] den gemeinsam[en Fina]nzen in Anspruch [zu] nehmen und daher die vor[he]rige Zustimmung der Delegationen für das bezügliche Mehrkostenerfordernis zu erwirken sei. Über Motion des Ministerpräsidenten erklärt der Ministerrat der Veräußerung unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass für die Herstellung des Ersatzobjektes von der diesseitigen Reichshälfte nicht mehr geleistet werde als der Erlös und der Veräußerung des alten Generalkommandogebäudes beträgt[3].

[II.] []er aus Bosnien und der Herzegowina nach Österreich []ngenden Kalender und Spielkarten. Mit Ungarn bestehe hinsichtlich der Vergebührung des in beiden Reichshälften gleichartigen Kalender- und Spielkartenstempels ein Reziprozitätsverhältnis dahin, dass die in der einen Reichshälfte geleistete Gebühr in die in der anderen Reichshälfte zu entrichtende ein[g]erechnet werde[4]. Hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina bestehe das Verhältnis wie zum Auslande.

Nachdem jedoch nunmehr die [Z]wischenzolllinie zwischen dem [O]kkupationsgebiete und der Mon[archie aufgehoben sei[5], gelte es nun für Kalender und Spielkarten] dieses Ver[hältnis her]zustellen, wie es [zwisc]hen den beiden Reichs[hä]lften besteht. Die im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung diesfalls mit dem gemeinsamen Ministerium gepflogenen Verhandlungen haben zu dem Resultate geführt, dass in Bosnien und der Herze-

---

2 *Die Vereinbarung erfolgte in GMR. v. 8. 7. 1872/I, RMRZ. 136, sie liegt als Beilage ein,* Hhsta., PA. XL, Karton 287. *In GMR. v. 26. 8. 1872/III* – Hhsta., PA. XL, Karton 287, RMRZ. 137 – *forderte Franz Joseph einen entsprechenden Vortrag von Außenminister Andrássy ein, der am 27. 8. 1872 erstattet und mit Ah. E. v. 29. 8. 1872 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3321/1872*. Dazu siehe auch GMR. v. 9. 6. 1872/II,* Hhsta., PA. XL, Karton 287, RMRZ. 127.

3 *Mit Vortrag v. 23. 4. 1882 erbat Dunajewski die Einbringung des entsprechenden Gesetzentwurfes in den Reichsrat, dem Franz Joseph mit Ah. E. v. 2. 5. 1882 zustimmte,* Hhsta, Kab. Kanzlei 1742/1882*. Nach der Annahme des Gesetzes durch beide Häuser – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 24. 5. 1882 (240. Sitzung) 8410*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1036 – *wurde der Gesetzentwurf mit Ah. E. v. 12. 6. 1882 auf Vortrag Dunajewskis v. 7. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta, Kab. Kanzlei 2318/1882*, publiziert als Gesetz v. 12. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 79/1882. *Das Thema kam erneut zur Sprache in MR. v. 3. 4. 1883/X.*

4 *Das Gesetz über Spielkartenstempel v. 15. 4. 1881,* Rgbl. Nr. 43/1881*, war behandelt worden in MR. v. 17. 11. 1880/XIII und MR. v. 8. 4. 1881/I (liegen nicht ein). Mit Verordnung des Finanzministeriums v. 2. 10. 1868,* Rgbl. Nr. 135/1868*, war das Verhältnis zu Ungarn im Hinblick auf das Stempel-, Gebühren- und Taxwesen geregelt worden.*

5 *Nachdem mit Gesetz v. 20. 12. 1879 (Cisleithanien)* – Rgbl. Nr. 136/1879 –*,* Ga. LII/1879 *(Ungarn) und Erlass des gemeinsamen Ministeriums v. 23. 12. 1879 (Bosnien-Herzegowina)* – Lgbl. Bosnien-Herzegowina 1878–1880, III. Band, II. Teil, 45–50 – *die Aufnahme Bosnien-Herzegowinas in den österreichisch-ungarischen Zollverband mit 1. 1. 1880 beschlossen worden war, wurden mit der Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels,* Rgbl. Nr. 150/1879*, und Kundmachung der Landesregierung in Sarajewo v. 12. 1. 1880 (Bosnien-Herzegowina)* – Lgbl. Bosnien-Herzegowina Seite 1878–1880, III. Band, II. Teil, 569 ff. – *die Durchführungsbestimmungen erlassen; diese bestimmte die provisorische Aufrechterhaltung der bestehenden Zolllinie zwischen Bosnien-Herzegowina und dem österreichisch-ungarischen Zollgebiet bis zur vollständigen Zollbefreiung. Diese Zwischenzolllinie wurde dann mit Kundmachung der Ministerien der Finanzen und des Handels v. 30. 6. 1882 ab dem 16. 7. 1882 aufgehoben,* Rgbl. Nr. 96/1882*, in Bosnien-Herzegowina mit Verordnung der Finanzlandesdirektion in Sarajewo v. 18. 7. 1882 rückwirkend für den 16. 7. 1882,* Lgbl. Bosnien-Herzegowina Nr. 116/1882.

gowina ein mit unserem Gesetze gleichartiges Spielkartennormale eingeführt werde sowie dass man der Herstellung des erwähnten Reziprozitätsverhältnisses zustimmte[6]. Zur Durchführung sei die Einbringung der ober[wähnten] []gung []

[] einverstanden[7].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die in der Ministerkonferenz vom 25. März 1882 bereits zur Erörterung gebrachte Frage der Besetzung des Bischofsitzes in Leitmeritz[8]. Der Statthalter in Prag habe [n]unmehr abermals mit dem Kardinal Schwarzenberg hinsicht[l]ich der Nominierung des Kreuzherrenordens-Großmeisters Dr. Schöbel[9] gesprochen und dem [K]ardinal nahegelegt, dass bei [d]er Heranziehung Schöbels [] [Schö]bel selbst [von ihm] vorgeschlagen wur[de, d]er Kardinal auch [jetz]t sich nicht gegen die Eignung Schöbels erklärt habe. Auch habe der Statthalter den Kardinal darüber beruhigt, dass keine Gefahr bestehe, dass im Falle der Ernennung Schöbels zum Bischofe die Leitung des Kreuzherrenordens in unerwünschte Hände gelangen würde. Nachdem die Haltung des Kardinals zur Angelegenheit jetzt die sei, dass derselbe nur wünsche, dass der Bischofstuhl bald besetzt werden möge, so beabsichtige der Minister mit der Vorschlagser[stattung] [] [ritt]erlichen [Kreuzher]renordens mit dem [Roten S]terne in Prag, Dr. Emanuel Schöbel, Sr. k. u. k. apost. Majestät zum Bischofe in Leitmeritz au. vorzuschlagen.

Der Ministerpräsident bestätigt, dass nach der auf ihm seitens des Statthalters gemach[t]en Mitteilung dem Kardinal Schwarzenberg jetzt nur mehr [d]aran liege, dass überhaupt [b]ald mit der Besetzung vor[g]egangen werde[10]. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski [be]merkt, wenn die Dinge n[u]nmehr so liegen, dass sich der [Ka]rdinal durch die Nominierung [] [M]inisters für [Kultus und] Unterricht zuzustimmen. Minister Graf Falkenhayn ver[bl]eibt bei seinem in der Ministerkonferenz vom 25. März 1882 abgegebenen Votum.

Minister Dr. Pražák erklärt sich für den Antrag des Ministers für Kultus und Unterricht, indem er bemerkt, dass wenn es nicht möglich sei, den Leitmeritzer Kapitularvikar Franz Demel vorzuschlagen, jedenfalls Schöbel unter den übrigen infrage gebrachten Persönlichkeiten der geeignetste Kandidat sei. Der Landesverteidigungs[minister] [] Der Han-

---

6 *Zu dem Schriftwechsel des cisleithanischen mit dem ungarischen Finanzministerium und den mit Schreiben des gemeinsamen Finanzministers Szlávy v. 10. 11. 1881 Dunajewski mitgeteilten Verordnungsentwurf für Bosnien-Herzegowina siehe die in* Fa., FM., allg. Abt. II, Sig. 25/1, Zl. 10548/1882 *eingelegten Akten.*

7 *Die Einbringung eines Gesetzentwurfes in den Reichsrat für die Behandlung des Spielkartenverkehres mit Bosnien-Herzegowina wurde über Vortrag Dunajeweskis v. 27. 4. 1882 mit Ah. E. v. 27. 4. 1882 genehmigt,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1682/1882*. Nach Zustimmung beider Häuser – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. v. 23. 5. 1882 (239. Sitzung) 8374*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1038 f. – *wurde das Gesetz über Vortrag Dunajewskis v. 2. 6. 1882 mit Ah. E. v. 8. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2263/1882*, publiziert als Gesetz v. 8. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 99/1882. *In Bosnien-Herzegowina wurde das Gesetz erlassen durch Verordnung des k. u. k. gemeinsamen Ministeriums an die Finanzlandesdirektion in Sarajewo v. 7. 7. 1882,* Arhiv Bosne i Hercegovine, GFM., Büro Bosnien-Herzegowina, Department II, Zl. 5024/1882*, publiziert als* Lgbl. Bosnien-Herzegowina Nr. 120/1882.

8 *MR. v. 25. 3. 1882/XI (liegt nicht mehr ein).*

9 *Zu Emanuel Johann B. Schöbel siehe* Öbl. 11: 4 f.

10 *Das Schreiben des Statthalters in Prag Kraus an Taaffe konnte in den Beständes des* Ava., Ministerratspräsidium *und* IM., Präs. *nicht gefunden werden. In seinem Schreiben (K.) v. 11. 12. 1881 berichtete Kraus noch über eine reservierte Meinung des Kardinalerzbischofs Schwarzenberg über Schöbel,* Národní Archiv, PMT., Karton 15, g.P. 89/1881.

delsminister spricht sich mit Rücksicht auf den Umstand, dass es dem Kardinal jetzt gleichgiltig zu sein scheine, wer ernannt werde, für den Antrag des Ministers für Kultus und Unterricht aus.

Sonach konstatiert der Ministerpräsident, dass sich die Majorität des Ministerrates für den Antrag des Ministers für Kultus und Unterricht ausgesprochen habe[11].

IV. Der Minister für Kultus [und Unterricht] [] [I. Loco der] Seminardirektor und [Profess]or an der Universität in [Pr]ag Dr. Franz Bauer[12]. II. Loco der Erzpriester, Dechant und Pfarrer zu Müglitz Johann Weinlich[13]. III. Loco der infulierte Prälat und Archidiakon des Brünner Domkapitels Augustin Kiowsky. Der Statthalter spreche sich nur gegen den an zweiter Stelle genannten Weinlich insoferne aus, als er hervorhebe, dass derselbe, welcher durch mehr als 20 Jahre Ordinariatssekretär des Erzbischofs von Olmütz gewesen sei, nur sehr kurze Zeit []igen [] Statthalter über deren Qualitäten die beste Schilderung ohne seinerseits einen bestimmten Antrag zu stellen. Allerdings bemerke der Statthalter, dass Bauer, der erst 41 Jahre zähle, noch als verhältnismäßig jung gelten müsse und dass demselben, da er der Diözese nicht angehöre, die Diözesenverhältnisse weniger bekannt seien. Hingegen hebe der Statthalter hervor, dass Kiowsky, wenngleich schon 66 Jahre alt, doch sehr rüstig sei und dass für den[s]elben die vollkommene Vertrautheit mit den Diözesenver[h]ältnissen spreche.

[] und nach[dem] vom Kardinal [Bauer] an erster Stelle [emp]fohlen wurde und sowohl [de]r Statthalter in Brünn als auch der Statthalter in Prag sich über denselben sehr günstig aussprechen, so beabsichtige er (Minister für Kultus und Unterricht) den Seminardirektor Dr. Franz Bauer Sr. k. u. k. apost. Majestät für die Ernennung zum Bischofe in Brünn au. vorzuschlagen.

Minister Dr. Pražák bemerkt, er kenne Bauer nicht näher, er glaube aber, dass man bei einer Bischofsernennung [] man in [Kiowsky] einen Kandidaten, [welche]r nicht nur die voll[kom]menste Vertrautheit mit den Diözesenverhältnissen besitze, sondern auch wegen seiner Tüchtigkeit und Würdigkeit in allen Kreisen und bei allen Parteien sehr geachtet sei. Auch habe Kiowsky eine für sein Alter seltene Rüstigkeit. Kiowsky sei, obwohl derselbe einen slawisch klingenden Namen habe, ein Deutscher, jedoch bei beiden Nationen gleich beliebt. Wie er (Minister) die Verhältnisse kenne, würde die Ernennung Kiowskys ebenso allgemeine Befriedigung erregen, [d]ie Ernennung Bauers allge[]

[Minister Frei]herr v. Ziemiałkowski [spricht s]ich mit Rücksicht dar[auf,] dass Minister Dr. Pražák die Verhältnisse wohl kennen müsse, für den Antrag desselben beziehungsweise für die Nominierung Kiowskys. Der Ackerbauminister, der Finanzminister und der Handelsminister erklären sich im gleichen Sinne, wobei der Handelsminister bemerkt, dass das Alter Kiowskys, zumal derselbe ein rüstiger Mann sei, keineswegs gegen dessen Eignung geltend gemacht werden könne, nachdem wir Beispiele haben, dass bischöfliche [] Der Landesverteidigungsminister erklärt sich [für] den Antrag des Ressortministers.

---

11 *Mit Vortrag v 23. 4. 1882 beantragte Conrad die Ernennung Schöbels zum Bischof von Leitmeritz,* HHStA., Kab. Kanzlei 1698/1882. *Fortsetzung in MR. II v. 30. 4. 1882/II.*

12 *Zu Franz Salesius Bauer siehe* ÖBL. 1: 55.

13 *Zu Johannes Nepomuk Weinlich siehe* ÖBL. 16: 72 f.

Sonach konstatiert der Ministerpräsident, dass sich die Majorität des Ministerrates für die Beantragung Kiowskys ausgesprochen habe und erklärt der Minister für Kultus und Unterricht, dass er bereit sei, in diesem Sinne den au. Vortrag zu erstatten[14].

V. Der Minister für Kultus und [U]nterricht erbittet sich die Zustim[mung der Konferenz zu seinem Vorhaben, dem Advokaten Dr. Burghard Joseph] Barth in [Wien wegen] seines verdienst[lichen] gemeinnützigen Wir[kens] und insbesondere in Wür[d]igung seiner auf die Förderung des gewerblichen Bildungswesens in den Alpenländern gerichteten ersprießlichen Tätigkeit den österreichischen Adel zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[15].

VI. Der Minister für Kultus [und Unterricht erbittet sich die Zustimmung der Konferenz zu seinem Vorhaben, für den französischen Vizekonsul in Makri und] nach Ragusa [heimatzuständi]gen Kaufmann Ippolito Casilli in Anerkennung seiner Verdienste um die glückliche Durchführung der im Auftrage der k. k. Regierung unternommenen archäologischen Expedition nach Kleinasien[16] das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Die Leistungen Casillis seien in der Tat in hohem Maße berücksichtigungswürdig. Nachdem es sich um Anerkennung von im Auslande erworbenen Verdiensten handle und das Ministerium des Äußern bereit sei, die au. Vortragserstattung [z]u übernehmen, so beabsich[ti]ge er, falls der Ministerrat [seine Zustimmung erteilt, den au. Vortrag zu erstatten. Der Mini]sterrat erklärt [sein]e Zustimmung[17].

VII. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die Einbringung von vier Nachtragskreditsforderungen des Unterrichtsressorts für 1882, nachdem der Finanzminister der Einbringung dieser Kredite zugestimmt habe[18]. Es handle sich um folgende Kredite:
a. 300.000 fl. für den Bau des Hauptgebäudes der neuen Universität in Wien. Es sei [] um die be[reits] fortgeschrittenen Teile [zu] vollenden, damit einige Lokalitäten schon im künftigen Jahre bezogen werden können. Die Beschleunigung des Baues erscheine dringend notwendig wegen des gänzlich schadhaften Bauzustandes des gegenwärtigen Universitätsgebäudes.
b. 60.000 fl. als erste Rate zur Herstellung eines Zu- und Aufbaues am pathologisch-anatomischen Institutsgebäude. Der fragliche Bau sei im Unterrichts- wie im Sanitätsinteresse dringend geboten und müsse derselbe aus Staatsmitteln hergestellt werden, []
[c. 60.000 fü]r den Ankauf [eines Bau]grundes für die Er[wei]terung des Universitäts[g]ebäudes in Krakau. Der Ankauf sei jetzt deshalb dringlich, weil sonst der Grund nicht oder nicht mehr um einen angemessenen Preis zu erlangen wäre.

---

14 *Mit Vortrag v 23. 4. 1882 beantragte Conrad die Ernennung Kiowskys zum Bischof von Brünn,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1697/1882. *Fortsetzung in MR. II v. 30. 4. 1882/I.*

15 *Mit Ah. E. v. 7. 5. 1882 wurde Burghard Josef Barth über Vortrag Conrads v. 23. 4. 1882 der österreichische Adel mit Nachsicht der Taxen verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1795/1882.

16 *Die Expedition wurde beschrieben in* Benndorf – Niemann, Reisen in Lykien und Karien. *Casilli wurde mehrfach erwähnt.*

17 *Über Vortrag des Ministers des Äußern Kálnoky v. 6. 7. 1882 wurde Ippolito Casilli mit Ah. E. v. 11. 7. 1882 der genannte Orden verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2706/1882. *Zu diesem Vortrag siehe auch Anm. 25 zu Tagesordnungspunkt XI dieses Ministerrates (MR. v. 21. 4. 1882/XI).*

18 *Das Finanzgesetz für 1882 war zuletzt beraten worden in MR. v. 26. 3. 1882/VIII (liegt nicht ein), Gesetz v. 29. 3. 1882,* Rgbl. Nr. 33/1882. *Mit Schreiben v. 19. 3. 1882 hatte Dunajewski diesen Nachtragskrediten zugestimmt,* Ava., CUM., Unterricht, allg., Faszikulatur 4G, Zl. 6843/1882.

d. 30.000 fl. als erste Rate der auf 80.000 fl. veranschlagten Herstellung eines Gebäudes für die Staatsgewerbeschule in Reichenberg. Bei der großen Frequenz der Schule und den äußerst beengten Lokalitätsverhältnissen Reichenbergs, endlich bei dem Umstande, dass von Seite der [] beabsichtige diese vier Nachtragskredite in einer Vorlage einzubringen.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[19].

VIII. Minister Dr. Pražák bringt zur Kenntnis des Ministerrates die aus der Anlage ersichtliche Erwiderung des Präsidenten des Reichsgerichtes vom 18. April 1882[a] auf die infolge des Ministerratsbeschlusses vom 14. April d. J. an denselben gerichtete Zuschrift[20] in Angelegenheit [] [de]r Weise, [wie der Prä]sident des Reichs[gerichtes sich] die am Schlusse sei[ner] Erwiderung erwähnte [A]nleitung zur praktischen [A]ustragung der Meinungs[ve]rschiedenheit denke. Er beantrage, auf diese [Z]uschrift keine weitere Ant[wo]rt mehr zu geben.

Der Ministerrat erklärt [sic]h hiemit einverstanden[21].

IX. Der Handelsminister referiert in Angelegenheit ei[ne]r vom Ministerium des [Äußern mitgeteilten Eröffnung, in der er über die Einführung der Zollnachl]ässe für gewisse Im[porte] zur See mit Rücksicht [auf] Deutschland Bedenken äußere und namentlich die Besorgnis ausspreche, dass bei einer solchen Stellungnahme gegenüber den Interessen Deutschlands unsere politischen Beziehungen zu Deutschland leiden dürften[22]. Nachdem der Handelsminister zur Äußerung hierüber aufgefordert wurde, beabsichtige er, seiner Anschauung durch die aus der Anlage ersichtliche Zuschrift an den Ministerpräsidenten Ausdruck zu geben[b]. Der Ministerpräsident erklärt, []

[Der Ministerrat erklärt] sich [hiemit] einverstanden[23].

X. Der Handelsminister beabsichtigt, infolge der von Seite des Obersthofmeisters Ihrer Majestät der Kaiserin bei ihm vorgebrachten Anregung aus Anlass der diesjährigen Reise Ihrer Majestät nach England für zwei Funktionäre der Kaiserin-Elisabeth-Bahn und zwar für den

---

[a] *Das Schreiben des Reichsgerichtspräsidenten liegt dem Protokoll bei.*

[b] *Der Entwurf des Schreibens liegt dem Protokoll bei.*

[19] *Mit Vortrag v. 19. 4. 1882 erbat Conrad die Einbringung der Nachtragskredite in den Reichsrat, was Franz Joseph mit Ah. E. v. 24. 4. 1882 genehmigte,* Hhsta, Kab. Kanzlei 1661/1882. *Nach der Annahme des Gesetzes durch beide Häuser – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 12. 5. 1882 (236. Sitzung) 8293 f., *Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 23. 5. 1882 (64. Sitzung) 983 – *wurden über Vortrag Conrads v. 28. 5. 1882 diese Nachtragskredite mit Ah. E. v. 3. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta, Kab. Kanzlei 2193/1882, *publiziert als Gesetz v. 3. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 62/1882.

[20] *Die Besetzung einer Stelle des Reichsgerichtes war zur Sprache gekommen in MR. v. 1. 4. 1882/III und MR. v. 14. 4. 1882/VIII (beide liegen nicht ein). Über Vortrag Pražáks v. 3. 4. 1882 war Georg Lienbacher mit Ah. E. v. 7. 4. 1882 zum ständigen Mitglied des Reichsgerichtes ernannt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1390/1882. *In MR. v. 1. 4. 1882/IV (liegt nicht mehr ein), wurde beschlossen, dass der Ministerpräsident und nicht der Präsident des Reichsgerichtes den Reichsrat über die Ernennung informieren solle. Mit Zuschrift v. 11. 4. 1882 teilte Taaffe dem Reichsrat die Ernennung mit,* Prot. Reichsrat AH. 18. 4. 1882 (221. Sitzung) 7736. *Dagegen protestierte der Präsident des Reichsgerichtes, Josef Unger, behandelt in MR. v. 14. 4. 1882/VIII (Tagesordnungspunkt fehlt).*

[21] *Unterlagen zu diesem Thema konnten in* Ava., JM, Präs. *und* allg. *sowie in* Ava., Justiz, Reichsgericht, Präs. *nicht gefunden werden.*

[22] *Fortsetzung der Angelegenheit des allgemeinen Zolltarifs von MR. v. 17. 4. 1882/IV. Schreiben (Abschrift) Kálnokys v. 18. 4. 1882 an Taaffe,* Ava., HM., Präs. 586/1882.

[23] *In seinem Schreiben (K.) v. 21. 4. 1882 an Taaffe, das dieser an Kálnoky weiterleiten sollte, erläuterte Pino die Notwendigkeit der Differenzialzölle zur See,* Ava., HM., Präs. 586/1882. *Die Frage der Sanktionierung des Zolltarifs wurde in MR. v. 20. 5. 1882/I beraten.*

Oberinspektor und Direktorstellvertreter Carl Wessely und den Inspektor und Leiter der Verkehrsinspektion in Wien, Wilhelm Edler v. Thomann, je das Ritterkreuz des [Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Da es sich um zwei] verdienst[liche] Funktionäre handle und [teil]t der Handelsminister aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die für dieselben sprechenden Berücksichtigungsmomente mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[24].

XI. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, im Wege des Ministeriums des Äußern für den Zivilinge[n]ieur Carl Pfaff in Hernals [] [a]ller Wei[] [Würdi]gung seiner [Verdien]ste um das Zustan[dek]ommen der im Jahre 1880 [i]m niederösterreichischen Gewerbevereine im Prater veranstalten Gewerbeausstellung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[25].

XII. Im Auftrage des Ackerbauministers referiert Ministerialrat Ritter v. Rinaldini über die im Einvernehmen [] [Amendier]ung des § 2 des [Gesetzentw]urfes, welcher Stellung[nah]me zufolge im Ausschusse die [aus] der Anlage ersichtliche Erklärung abzugeben wäre[c]. Die Mitteilung des Referenten wird zur Kenntnis genommen[26].

Wien, am 21. April 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Schönbrunn, 19. Mai 1882. Franz Joseph.

---

[c] *Stellungnahme liegt dem Protokoll bei.*

[24] *Franz Joseph verlieh den beiden Funktionären der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn mit Ah. E. v. 27. 4. 1882 über Vortrag Pinos v. 24. 4. 1882 die genannten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1681/1882.

[25] *Über Vortrag des Ministers des Äußern Kálnoky v. 6. 7. 1882 wurde Carl Pfaff mit Ah. E. v. 11. 7. 1882 der genannte Orden verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2706/1882*. Mit demselben Vortrag wurde auch die in Tagesordnungspunkt VI dieses Ministerrates besprochenen Auszeichnung verliehen, siehe Anm. 17.*

[26] *Das Kommassationsgesetz war zuvor besprochen worden in MR. v. 9. 1. 1880/II, MR. v. 4. und 5. 2. 1880/II, MR. v. 11. 12. 1880/V, MR. v. 14. 5. 1881/II und MR. v. 17. 5. 1881/III (alle liegen nicht mehr ein). Auf Ermächtigung Franz Josephs v. 12. 2. 1880 über Vortrag Falkenhayns v. 7. 2. 1880* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 542/1880 – *waren die drei als Kommassationsgesetzentwurf firmierenden Gesetzentwürfe* über die Commassation landwirtschaftlicher Grundstücke*, dann* über die Vereinigung des Waldlandes von fremden Enclaven und die Arrondierung der Waldgrenzen*, schließlich* über die Theilung gemeinschaftlicher Grundstücke und die Regulierung der bezüglichen Benützungs- und Verwaltungsverhältnisse *mit Zuschrift v. 13. 2. 1880 in das Herrenhaus des Reichsrates* – Prot. Reichsrat HH. 16. 2. 1880 (15. Sitzung) 114 – *eingebracht worden. Nachdem das Herrenhaus die Gesetzentwürfe am 17. 11. 1881 mit Änderungen angenommen hatte* – Prot. Reichsrat HH. 17. 11. 1881 (43. Sitzung) 594 ff. –*, wurden diese an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet* – Prot. Reichsrat AH. 18. 11. 1881 (169. Sitzung) 6074 f. –*, und hier in erster Lesung einem neu zu wählenden Kommassationsausschuss zugewiesen* – Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1881 (171. Sitzung) 6122 f. *Der Bericht des Ausschusses* – Prot. Reichsrat AH. 268. Sitzung, Beilage 582 – *war im Abgeordnetenhaus in der zweiten Lesung beraten worden – Beginn für das erste Gesetz* Prot. Reichsrat AH. 13. 2. 1883 (265. Sitzung) 9126*. Die Angelegenheit kam anlässlich der Frage der Sanktionierung erneut zur Sprache in MR. v. 23. 5. 1883/IX.*

Nr. 381 Ministerrat, Wien, 26. April 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 26. 4.), Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; abw. Falkenhayn.

I. Frage der Gewährung eines Staatsvorschusses von 100.000 fl. für die Triester Ausstellung à conto der Einnahmen derselben. II. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung eines zeitweiligen Privilegienschutzes für die Objekte der Elektrizitätsausstellung. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die zeitliche Befreiung von der Erwerb- und Einkommensteuer für den Schifffahrtsbetrieb zur See mit im Inlande erbauten Dampfern. IV. Erwirkung des Freiherrnstandes für den Gutsbesitzer Peter Petrinó. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bürgermeister von Korneuburg, Franz Johann Kwizda. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Baurat Paul Wasserburger. VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Bezirkshauptmann in Saaz, Statthaltereirat Adolf Spulak. VIII. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Anrechnung der Dienstzeit als Unterlehrer bei Berechnung der Dienstalterszulagen der Lehrer. IX. Bezüglich der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes betreffend die Ausschließung des Taufzwanges bei Kindern konfessionsloser Eltern. X. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Vizepräsidenten der Länderbank, August Ritter v. Skéne. XI. Bezüglich des Zeitpunktes der Einberufung der Landtage.

KZ. 46 – MRZ. 37

[Protokoll des zu Wien am 26. April 1882 abgehaltenen] Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Finanzminister referiert über das vom Triester Ausstellungskomitee bei ihm eingebrach[te] Ansuchen, für die Triester Aus[s]tellung à conto der künftigen [Einnahmen derselben einen Staatsvorschuss von 100.000 fl. zu gewähren[1].] []ung der [] politischer und dy[nastischer B]eziehung und die Ge[fahr] des sonstigen Scheiterns des Unternehmens, was in Anbetracht des [Um]fanges der bereits getroffenen Einleitungen und bei dem Umstande, als das Scheitern im Wunsche der Italianissimi gelegen sei, eine arge Verlegenheit herbeiführen und gleichsam eine Niederlage bedeuten würde. Für den Finanzminister sei die Sache sehr heiklich. Voran habe er rechtliche Bedenken gegen die Leistung eines Vorschusses unter solchen Verhältnissen. Während seiner Amtsverwaltung seien nur Vorschüsse für Landesfonds zu Zwecken der Tilgung [] und so politisch die fragliche Ausstellung [auch] sein möge, so sei sie jedenfalls nur ein Privatunternehmen, für welche er sich nicht berechtigt halten könne, aus Staatsmitteln einen Vorschuss [z]u leisten. Dann aber sei für die Rückzahlung keine Sicherung gegeben. Wenn auch das Präliminare für die Einnahmen vorsichtig und nicht übertrieben gehalten sei, so lehren doch die bei Ausstellungen gemachten Erfahrungen, dass die Erträgnisresultate oft sehr weit hinter den Annahmen zurückbleiben, daher es wohl eintreffen könne, dass die Vorschuss[s]umme nicht mehr zurücker[la]ngt werde. [] über die [der] Wirkungskrei[s hinau]sgegangen sei. Sei[ner]zeit glaubte man, mit den freiwillig gezeichneten Beträgen und mit dem von der Regierung ursprünglich gegebenen Zuschusse das

---

1 *In MR. II v. 18. 6. 1881/VIII (liegt nicht mehr ein) war eine Staatssubvention für eine aus Anlass der 500-jährigen Zugehörigkeit Triests zu Österreich geplante Industrieausstellung beraten worden. Nun suchte das Ausstellungskomitee mit Telegramm v. 23. 4. 1882 an Pino um den genannten Vorschuss an, den dieser mit Schreiben (K.) v. 24. 4. 1882 an Dunajewski weiterleitete,* AVA., HM., allg., Fasz. 4a, Karton 396, Zl. 13152/1882.

Auskommen finden zu können. Nun sehe man, dass man sich in der früheren Berechnung geirrt habe, und heiße es jetzt, dass das Werk scheitern müsse, wenn nicht mehr Mittel gewährt werden. Man könnte nach dieser Erfahrung füglich nicht verwundert sein, wenn sich die Unternehmer, nachdem sie sich bei der ersten Berechnung getäuscht haben, bei der jetzigen Berechnung abermals täuschten. [] [de]r Gebahrung schon des[halb k]eine Besorgnis haben [kön]ne, weil an der Spitze des Unternehmens geachtete, an[s]tändige und wohlhabende Leute sich befinden.

Nun meine aber der Finanzminister, [d]ass, wenn es so sei, es diesen Herren gewiss ein Leichtes sein würde, auf ihre eigene Verantwortung und gegen ihre Haftung ein Anlehen von 100.000 fl. aufzunehmen und würde er denn nichts dagegen haben, wenn allenfalls der Staat für die Verzinsung eines solchen Anlehens aufkäme. Der Finanzminister wäre also in erster Linie dafür, die [la]tenten auf diesen Weg zu []dersel[ben zu] sein hätte. [Sollte] sich aber der Minister[rat] zur Gewährung eines Vor[s]chusses aus Staatsmitteln entschließen, so bemerke er, dass er als Finanzminister sich nicht herbeilassen könnte, die Anweisung lediglich von Regierungswegen vorzunehmen, nachdem und solange der Reichsrat versammelt sei. Es müsste also in diesem Falle, und zwar von Seite des Handelsministers, eine Vorlage an den Reichsrat gebracht werden und halte der Finanzminister dafür, dass man dann auch dem Reichsrate nicht verhehlen dürfte, dass man die Rückzahlung des Vorschusses nicht für ganz sicher halte.

[] so weit gediehen und []n namentlich eine große [Rei]he von Ausstellungsanmeldungen aus dem Inlande wie aus dem Auslande eingelangt sei, geradezu für unmöglich, das Unternehmen scheitern zu lassen. Die Vereitlung wäre dann keine bloß lokale Angelegenheit mehr, sondern eine Angelegenheit der Regierung und von Rückwirkungen auf dieselbe begleitet. Er erachte es daher unter diesen einmal gewordenen Verhältnissen geradezu für notwendig, dass die Regierung für das Zustandekommen einstehe und dass sie sohin der Unternehmung durch die Gewährung des erbetenen [V]orschusses unter die Arme greife. [] dass man []hin berechtigter[weise] hoffen könne. Indessen [die] Lage sei so, dass die Regie[r]ung jedenfalls abhelfen müsse. Wenn der Finanzminister Bedenken habe, dass die Anweisung lediglich von Regierungswegen geschehe, so sei der Handelsminister mit der Einbringung einer Gesetzesvorlage einverstanden. In diesem Falle würde allerdings die dringend benötigte Hilfeleistung etwas hinausgeschoben. Doch glaube er, dass, wenn der Entwurf nur einmal eingebracht sei, das Komitee in der Lage sein werde, á conto des in Aussicht gestellten Vorschusses mittlerweile die erforderlichen Mittel zu erlangen. Doch []aß, setze sich die Regie[rung] ein, dann werde der Vor[s]chuss auch bewilligt werden.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erklärt sich mit Rücksicht darauf, dass einerseits die Ausstellungsangelegenheit schon so weit gediehen sei, dass sie nicht mehr rückgängig zu machen sei und dass andererseits der Finanzminister Bedenken trage, mit der Ausweitung des Vorschusses von Regierungswegen vorzugehen, für die Einbringung einer Gesetzesvorlage. Minister Dr. Pražák erklärt sich gleichfalls für die Einbringung [e]iner Vorlage gegen dem, dass [e]ine entsprechende Vorsorge da[]

Der [Minist]er für Kultus und [Unter]richt kann bezüglich des [di]esfalls vom Finanzminister hervorgekehrten Momentes nicht verkennen, dass die an der Spitze des Unternehmens stehenden Herren, nachdem dieselben die größten Geldkräfte Triests repräsentie-

ren, allerdings in der Lage wären, sich eventuell selbst zu helfen. Andererseits aber erscheine es absolut untunlich, die Sache jetzt scheitern zu lassen. Es würde in diesem Falle auch die Haltung der Regierungsorgane in Triest eine unmögliche werden.

Im Laufe der weiteren Dis[kussion] [] (zu Pfingsten) in [Anspruc]h genommenen Vertagung [des] Reichsrates perfekt werden dürfte, sowie ferner in Anbetracht dessen, dass die Verhandlung über die Sache im Reichsrate einige Unannehmlichkeit [v]eranlassen dürfte, es nicht entsprechender wäre, wenn mit der Unterstützung, die allenfalls vertraulich zugesagt werden könnte, bis nach der Vertagung des Reichsrates gewartet und dann der Vorschuss von der Regierung auf eigene Faust gewährt würde. Dem wird entgegengehalten, dass ein solches Vorgehen in seiner Absicht später doch durch[sc]haut werden dürfte, zumal []nierung [] benötigten Kre[dite tr]agen würde.

Sonach beschließt der Ministerrat, dass seitens des Handelsministers eine Vorlage bezüglich Gewährung eines unverzinslichen, noch in diesem Jahre zurückzahlbaren Vorschusses von 100.000 fl. zugunsten der Ausstellung in Triest im Reichsrate eingebracht werde. Weiters wird beschlossen, dass hinsichtlich der vorzugsweisen Sicherung der Rückzahlung aus den Einnahmen der Ausstellung dem Statthalter entsprechende Weisungen zu geben und demselben die Modalität der diesfäl[ligen] [][2]

[II.] Der Handelsminister teilt [mit], dass der kgl. ung. Handelsminister in merito mit der in der Ministerkonferenz vom 14. März d. J. zur Sprache gebrachten Gewährung des zeitweiligen Privilegienschutzes für die auf der internationalen Elektrizitätsausstellung in Wien 1882 zur Ausstellung gelangenden Objekte sich einverstanden erklärt habe[3] und dass er (Handelsminister) sich mit dem ungarischen Handelsminister weiter dahin vereinbart habe, dass der Text des beiderseits einzubringenden diesfälligen Gesetzentwurfes auf die prinzipielle Gewährung der Schutzzertifikate beschränkt, die ganze Durchführung aber auf den Ver[] [Ja]hre 1882 [stattfin]denden interna[tionalen] Elektrizitätsausstellung [bis] einschließlich 31. Dezember 1882 den Ausstellern auf ihr Verlangen Schutzzertifikate ausgefertigt werden, welche während der Zeit ihrer Giltigkeit die Wirksamkeit eines nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. August 1852, RGBl. Nr. 184, erworbenen Privilegiums haben[4]. Die Vollzugsvorschrift schließe sich im Wesentlichen an die Bestimmung des hinsichtlich des Schutzes der Objekte der Wiener Weltausstellung 1873 erlassenen Gesetzes vom 13. November 1872 an[5]. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Mini[sterrates] [][6]

---

2 *Handelsminister Pino beantragte mit Vortrag v. 27. 4. 1882 die Vorlage in den Reichsrat einbringen zu dürfen. Dies wurde mit Ah. E. v. 1. 5. 1882 bewilligt,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1734/1882. *Nach Annahme durch beide Häuser des Reichsrates – Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH., 12. 5. 1882 (236. Sitzung) 8289 f., *Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH, 23. 5. 1882 (64. Sitzung) 977 f. *– erhielt der Gesetzentwurf über Vortrag Pinos v. 27. 5. 1882 mit Ah. E. v. 31. 5. 1882 die Sanktion,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2156/1882*; das Gesetz v. 31. 5. 1882 publiziert als* RGBl. Nr. 61/1882. *Dieses Gesetz wurde erwähnt in MR. v. 23. 5. 1882/IX. Das bei der Eröffnung dieser Ausstellung am 2. 8. 1882 verübte Attentat war Beratungsgegenstand in MR. I v. 19. 8. 1882/I.*

3 *Fortsetzung des MR. v. 14. 4. 1882/X. Ein entsprechendes Schreiben des ungarischen Ministers für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Kemény, liegt im Bestand* Ava., HM., Präs. *und* allg. *nicht ein.*

4 *Das entsprechende kaiserliche Patent wurde zuletzt beraten in MR. v. 25. 5. 1852/IV,* Ömr. III/1 Nr. 14*, siehe auch MR. v. 20. 2. 1852/II, Anm. 3,* Ömr. II/5 Nr. 630.

5 *Zum Patentschutz für die Wiener Weltausstellung 1873 siehe MR. v. 10. 11. 1872/I,* Cmr. III/1, Nr. 122.

6 *Nach Ah. E. v. 30. 4. 1882 über Vortrag Pinos v. 26. 4. 1882 wurde der in Rede stehende Gesetzentwurf in den Reichsrat eingebracht,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1714/1882. *Wegen einer parallel in München stattfindenden Elektrizitätsausstellung – Bericht über die Schlussveranstaltung des Gesandten in München Pusswald v. 16. 10.*

III. Der Handelsminister erbittet sich mit Rücksicht auf das mit dem Finanzminister diesfalls erzielte Einverständnis die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die zeitliche Befreiung von der Entrichtung der Erwerb- und Einkommensteuer für den Betrieb der Schifffahrt zu See mit im Inlande erbauten Dampfern. Der Entwurf beziele die Gewährung einer zeitlichen Steuerbefreiung für den Schifffahrtsbetrieb mit Dampfern, die nach dem Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes im Inlande [] der Aus[stellung des be]treffenden Re[gisterbrie]fes an gerechnet, ge[lt]en. Hingegen soll von [d]ieser Begünstigung ausgenommen sein der Betrieb mit Dampfern, deren Fahrten vom Staate unterstützt werden, und mit Dampfern, welche sich bei dem Beginne der Wirksamkeit des Gesetzes schon im Bau befinden. Zu Rücksicht auf die vom Finanzminister gewünschte Beschränkung der Dauer der Wirksamkeit des Gesetzes soll endlich bestimmt werden, dass das Gesetz nur bis 31. Dezember 1887 in Kraft zu bleiben habe.

Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[7].

[IV.] [Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern] [] Petrinó um die ag. Verleihung [des] Freiherrnstandes. Der Ministerpräsident beabsichtigt in Gemäßheit des Antrages des Landespräsidenten auf die gnadenweise Verleihung des Freiherrenstandes an Peter Petrinó gegen Entrichtung der Taxe einzuraten, nachdem dem Oheime des Gesuchstellers im Jahre 1834 aus Ah. Gnade der Freiherrnstand gegen Entrichtung der Taxe unter Umständen verliehen wurde, welche auch für Peter Petrinó sprechen und die gleiche Berücksichtigung rechtfertigen. Der Ministerpräsident teilt dem Ministerrate den Inhalt [des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages mit.] [] dass für Peter [Petrinó] [] den gleichen Fa[]sprüchen wie für die bereits in den Freiherrnstand gehobenen Petrinós auch dessen persönliche Würdigkeit spreche. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[8].

V. Der Ministerpräsident teilt mit, dass Se. k. u. k. apost. Majestät von einer Deputation der Stadtvertretung Korneuburg eine Abbildung der neuerbauten [] [fr]agliche [Ka]serne [den Na]men „Kaiser-Franz-Joseph-Kaserne" führen dürfe. Aus diesem Anlasse wurde von Sr. Majestät der Ah. Wunsch ausgedrückt, dass dem Führer der Stadtdeputation, dem Bür-

---

1882, Hhsta., admin. Reg., F 34 S.R., Karton 351, Zl. 15–18/1–8/1881–1883 *–, wurde die Wiener Ausstellung auf das Jahr 1883 verschoben – Schreiben des Handelsministeriums an das Ministerium des Äußern v. 30. 5. 1882,* Hhsta., admin. Reg., F 34 S.R.,Karton 351, Zl. 15–18/1–3/1881–1883*. Die Annahme des Gesetzentwurfes im Reichsrat erfolgte erst im folgenden Jahr – Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 3. 2. 1883 (262. Sitzung) 9057*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 17. 2. 1883 (73. Sitzung) 1151. *Er wurde über Vortag Pinos v. 24. 2. 1883 mit Ah. E. v. 28. 2. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 764/1883*; publiziert als Gesetz v. 28. 2. 1883,* Rgbl. Nr. 25/1883. *Das vom ungarischen Reichstag bereits 1882 angenommene Gesetz wurde mit Ah. E. v. 19. 6. 1882 über Vortrag des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza v. 15. 6. 1882 sanktioniert* Hhsta., Kab. Kanzlei 2426/1882*. Auszeichnungsanträge anlässlich dieser Ausstellung kamen zur Sprache in MR. v. 29. 11. 1883/XI.*

7 *Bereits am 15. 1. 1882/III (liegt nicht ein) hatte der Abgeordnete Franz Vidulich die Regierung* betreffend Maßregeln zur Hebung des Schiffbaues und der Schifffahrt *interpelliert. Mit Vortrag v. 26. 4. 1882 erbat sich Pino die Zustimmung, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen, wozu er mit Ah. E. v. 30. 4. 1882 ermächtigt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1715/1882. *Nach Annahme durch beide Häuser des Reichsrates – Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 7. 4. 1883 (291. Sitzung) 9976, *Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 7. 5. 1883 (80. Sitzung) 1294 – *erhielt das Gesetz über Vortrag Pinos v. 17. 5. 1883 mit Ah. E. v. 29. 5. 1883 die Sanktion,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2018/1883*; publiziert als Gesetz v. 29. 5. 1883,* Rgbl. Nr. 99/1883.

8 *Mit Vortrag v. 3. 5. 1882 beantragte Taaffe die Verleihung des Freiherrnstandes an Petrinó gegen Entrichtung einer Taxe. Die Ah. E. v. 9. 5. 1882 erfolgte im Sinne des Antrags,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1814/1882.

germeister von Korneuburg, wenn die sonstigen Verhältnisse dies tunlich erscheinen lassen, eine Auszeichnung zugewendet werden möge. Nach den vom Ministerpräsidenten eingeleiteten Erhebungen erscheine der Bürgermeister von Korneuburg, Apotheker Franz Johann Kwizda, einer Ah. Auszeichnung vollkommen würdig und beabsichtige demnach [der Ministerpräsident für Kwizda das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der] [Minister]präsident teilt dem [Minister]rate den Inhalt des [dies]falls zu erstattenden au. Vortrages mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[9].

VI. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Stadtbaumeister Baurat Paul Wasserburger [in] Wien in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-[Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten V]erdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[10].

VII. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Bezirkshauptmann in Saaz, Statthaltereirat Adolf Spulak, in Anerkennung seiner langjährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden a.[u. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zu]stimmung[11].

VIII. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über sein Vorhaben, die Ah. Sanktion zu erwirken für den vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Anrechnung der Dienstzeit in der definitiven Anstellung als Unterlehrer bei Berechnung der Dienstalterszulagen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen[12]. Durch den Entwurf sollen die bisherigen Zweifel über []lagen in einer [die Leh]rpersonen begünsti[g]enden Weise gelöst werden. Nachdem der dadurch veranlasste Mehraufwand an Schulkosten per 43.000 fl. gegenüber einem jährlichen Aufwande von 4 Millionen Gulden als ein ganz minimaler anzusehen komme, so sehe er keinen Anlass, der wohlwollenden und klärenden Anordnung des Entwurfes entgegen zu treten.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Sanktionierungsantrage einverstanden[13].

---

9 *Auf Vortrag Taaffes v. 30. 4. 1882 wurde Kwizda mit Ah. E. 7. 5. 1882 der beantragte Orden verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1793/1882.

10 *Dem Genannten wurde mit Ah. E. v. 6. 5. 1882 auf Vortrag Taaffes v. 30. 4. 1882 das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1773/1882.

11 *Spulak erhielt den genannten Orden über Vortrag Taaffes v. 30. 4. 1882 mit Ah. E. v. 7. 5. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1792/1882.

12 *Der Gesetzentwurf war am 21. 10. 1881 vom niederösterreichischen Landtag beschlossen worden,* Prot. Landtag Niederösterreich (11. Sitzung) 303 f.

13 *Conrad legte den Gesetzentwurf mit Vortrag 28. 5. 1882 vor, der mit Ah. E. v. 3. 5. 1882 sanktioniert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1753/1882.

IX. Der Minister für Kultus [und Unterricht] []de Entschei[dung, w]elcher unter Auf[] der auf einem Mi[ni]sterratsbeschlusse basierten Entscheidung des Ministeriums für Kultus und Unterricht ausgesprochen wurde[14], dass ein Taufzwang hinsichtlich des Kindes konfessionsloser Eltern nicht statthabe. Der Minister bringe dieses beklagenswerte Erkenntnis des Verwaltungsgerichthofes[15] deshalb hier zu Erwähnung, weil er beabsichtige, auch in künftigen analogen Spezialfällen wie im obigen Falle nach der vom Ministerium für Kultus und Unterricht angenommenen Norm zu ent[scheiden] []

[Die E]röffnung des Ministers [für] Kultus und Unterricht [wi]rd vom Ministerrate zur Kenntnis genommen[16].

X. Der Finanzminister referiert über die Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Vizepräsidenten der Länderbank, August Ritter v. Skéne[17]. Der Minister hebt hervor, dass Skéne sich viele Verdienste um die österreichische Zuckerindustrie erworben habe, dass er später als Generalrat der österreichisch-[ungarischen Bank] [] eine ganz [] Tätigkeit ent[wickelt] und namentlich wäh[rend] der Krisis alles dazu beigetragen, dass die Länderbank aus derselben intakt hervorging. In politischer Beziehung habe August v. Skéne stets eine objektive Haltung eingenommen. Nachdem Skéne bereits den Orden der Eisernen Krone III. Klasse besitze, so beabsichtige der Finanzminister für denselben nunmehr das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne zu erwirken. Der Finanzminister wollte mit der Würdigung der []lich der Über[] der Westbahn für ein [Mit]glied der Unionbank eine Ah. Auszeichnung be[a]ntragt habe und diese Be[r]ücksichtigung leicht mit dem [A]nbote der Unionbank für die [R]entenübernahme in Verbindung gebracht werden und [i]n dieser Richtung zu Miss[v]erständnissen Anlass geben dürfte, so halte er es für angemessen, dass die Berücksichtigung Skénes auch jetzt schon platzgreife, zumal auch die Länderbank eine gute Offerte für die Übernahme der Rente eingebracht hatte. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[18].

[XI.] [] diesfalls [] [Lan]deshauptmännern ins [Ein]vernehmen zu setzen[19]. [Die] eingetroffenen Äußerungen gehen bezüglich der Mehrzahl der Landtage dahin, dass die Einberufung gegen Mitte September gewünscht werde. Das scheine ihm (Ministerpräsident) ganz entsprechend. In Tirol wünsche man die Einberufung gleich nach Vertagung des Reichsrates. Deshalb möchte er die Tagung der Landtage von Tirol und Istrien im Juni eintreten lassen.

---

14 *Das Thema der Matrikenführung bei Kindern konfessionsloser Eltern war zuvor zur Sprache gekommen in MR. II v. 2. 4. 1869/VII, MR. v. 5. 4. 1869/VIII, MR. v. 21. 3. 1870/III,* Cmr. II, Nr. 204, 205 *und* 347 *(alle liegen nicht mehr ein); Verordnung der Minister des Innern, des Kultus und der Justiz v. 20. 10. 1870,* Rgbl. Nr. 128/1870. *MR. v. 17. 8. 1881/VII, der ebenfalls nicht einliegt, beschäftigte sich mit der* Frage der Behandlung der Kinder konfessionsloser Eltern hinsichtlich des Religionsbekenntnisses.

15 *Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes v. 22. 4. 1882,* Erkenntnisse Verwaltungsgerichtshof Nr. 1384/1882, (220 f.).

16 *Siehe dazu den Eintrag in* Ava., JM., allg., Protokollbuch 1882 *unter Zl. 9836/1882, 15. 6. 1882:* Minist. des Innern in Betreff der vom Cultusministerium angeregten Abänderung der Minist. Verordnung vom 20. October 1870 über die innere Einrichtung u[nd] Führung der Matriken für die keiner gesetzlich anerkannten Kirche angehörigen Personen. *Akt liegt nicht ein. Fortsetzung in MR. v. 22. 12. 1884/XI (liegt nicht ein).*

17 *Zu Skéne siehe* Öbl. 12: 321.

18 *Mit seinem Vortrag v. 25. 4. 1882 suchte Dunajewski um die Verleihung des Ordens an. Dem folgte Franz Joseph mit seiner Ah. E. 28. 4. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1709/1882.

19 *Die Frage der Einberufung der Landtage war zuvor beraten worden im MR. v. 1. 4. 1882/I (liegt nicht mehr ein).*

Hinsichtlich der Tagungszeit für den galizischen Landtag sei man noch nicht entschlossen, die Tagungszeit im Herbste [] sich darnach zu [] haben, ob besondere Reg[i]erungsvorlagen ein[g]ebracht werden wollen, [w]eshalb der Ministerpräsident die Ressortminister gebeten haben wolle, sich darüber rechtzeitig zu äußern. Von Böhmen aus werde gewünscht, dass keine Regierungsvorlage eingebracht werde, weil unter den obwaltenden Verhältnissen keine entgegenkommende Tätigkeit zu erwarten wäre.

Der Minister für Kultus und Unterricht erklärt, dass er mit Rücksicht auf das eben Bemerkte wohl auch darauf werde verzichten müssen, [] weist [] dass dem galizi[schen Land]tage heuer jedenfalls [eine] Vorlage betreffend den galizi[schen] Grundentlastungsfonds werde gemacht werden müssen.

Die Eröffnungen des Ministerpräsidenten werden zur Kenntnis genommen[20].

Wien, am 26. April 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Schönbrunn, 19. Mai 1882. Franz Joseph.

Nr. 382 Ministerrat, Wien, 30. April 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Kaiser; BdE. und anw. Taaffe (30. 4.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Über den Vorschlag wegen Besetzung des Bistums Brünn. II. Über den Vorschlag wegen Besetzung des Bistums Leitmeritz. III. Bezüglich der vom Reichsrate in diesem Sessionsabschnitte noch zu erledigenden Angelegenheiten.

KZ. 48 – MRZ. 38

[Protokoll des zu Wien am 30. April 1882 abgehaltenen] Ministerrates unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

I. Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen den Vorschlag hinsichtlich der Besetzung des Brünner Bistums [] genann[ten] [] Kiowsky für die [] zum Bischofe vorzu[schla]gen[1].

Se. Majestät wollen den Gegenstand zur nochmaligen Erwägung bringen, weil es Sr. Majestät scheine, dass der vom Kardinalerzbischofe primo loco genannte und auch vom Minister für Kultus und Unterricht zuerst in Aussicht genommene Dr. Bauer vorzügliche Qualifikation besitze und für die Stelle eines Bischofes sehr geeignet sein dürfte. Dr. Bauer habe sich namentlich auch als Seminardirektor in Prag sehr gut benommen und seinerzeit bei den natio-

---

20 *In der Sitzung des Herrenhauses v. 26. 5. 1882 teilte Taaffe die Vertagung des Reichsrates mit,* Prot. Reichsrat HH. (66. Sitzung) 1044. *Die Einberufung des Reichsrates wurde in MR. v. 18. 11. 1882/I beraten. Über seinen Vortrag v. 18. 5. 1882 wurden mit Ah. E. v. 24. 5. die Landtage von Steiermark, Tirol, Vorarlberg sowie Görz und Gradisca für den 12. 6. 1882 einberufen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2044/1882, *das Patent v. 24. 5. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 48/1882. *Die Einberufung des Landtages von Dalmatien kam zur Sprache in MR. v. 26. 5. 1882/II, die des Landtages der Bukowina in MR. v. 10. 7. 1882/I, die von Istrien, Galizien und Krain in MR. v. 31. 7. 1882/I, die weiterer acht Landtage in MR. v. 23. 8. 1882/I und, gemeinsam mit der erneuten Beratung über die Einberufung des Landtages von Dalmatien, die des Landtages, gleichzeitig Gemeinderates von Triest in MR. v. 21. 10. 1882/VIII. Der galizische Grundentlastungsfonds wurde besprochen in MR. v. 1. 7. 1882/I.*

1 *Fortsetzung des Gegenstandes des MR. v. 21. 4. 1882/IV.*

nalen Skandalen im Seminare mit großer Ener[gie] [] tschechische Agitationen aufzutreten wisse. Sodann komme aber anderseits zu bedenken, dass Kiowsky schon in einem vorgeschrittenen Alter stehe und daher von ihm keine lange Wirksamkeit zu erwarten sei.

Minister Dr. Pražák erinnert, dass er für die Beantragung Kiowskys plädiert habe, weil er überzeugt sei, dass die Berufung einer Persönlichkeit von außerhalb der Diözese weder von der Geistlichkeit noch von der Bevölkerung gut aufgenommen werden würde und weil er wisse, dass Kiowsky bei allen []nnehmen. [] übrigens seiner[] [Ordin]ariatssekretär []hindenheit bewährt und [s]ei er [i]mmer energisch gewesen. [D]erselbe sei so frisch und gesund, dass man ihm sein Alter nicht ansehen würde.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass man es nicht als Prinzip hinstellen könne, dass der Bischof gerade aus der Diözese entnommen werden solle. Der Umstand, dass der Erzbischof von Olmütz den Professor Bauer an erster Stelle benenne, lege es nahe, dass es zweckmäßig sein dürfte, denselben zu wählen, da [] [Se. Ma]jestät können aller[ding]s nicht aus eigener Kenntnis der Personen sprechen. Aber es sei gewiss wünschenswert, wenn man einen tüchtigen und wirksamen Bischof bekomme, nicht nur einen bequemen.

Minister Dr. Pražák bemerkt, es würde in der Diözese jedenfalls herb empfunden werden, wenn nicht Kiowsky gewählt würde. Man hätte eigentlich annehmen müssen, dass Kiowsky vom Erzbischofe an erster Stelle genannt werden würde, nachdem es durchaus nicht richtig sei, dass dessen Gesundheitsverhältnisse irgendwie gestört seien. Kiowsky sei die Seele des Konsi[storiums] [] wünsche. [] [gen]aue Kenntnis der [Diöze]senverhältnisse sei, sei es oft nicht unzweckmäßig, wenn ein Bischof aus einer anderen Diözese genommen werde. Einen Manne, der so wie Kiowsky mit dem Klerus der Diözese verwebt und verschlungen sei, sei es in manchen Fällen schwieriger aufzutreten als einem Fremden. Dem Minister würde übrigens dieses Moment nicht entscheidend sein, wenn nicht Kiowsky schon verhältnismäßig alt wäre, während gegenwärtig die Möglichkeit geboten würde, mit Bauer einen jungen, kräftigen Mann [] Bischofe [] Brünn würde es zur [Be]setzung des kräftigen Regimes des verstorbenen Bischofes Nöttig besser sein, Bauer zu wählen, anstatt auf Kiowsky zu greifen, weil derselbe eben da sei.

Der Ministerpräsident bemerkt, er möchte es auch nicht als Prinzip gelten lassen, dass der Bischof gerade aus der Diözese genommen werden solle. Desgleichen erkenne er an, dass es besser sei, einen geeigneten jüngeren Mann zum Bischofe zu machen. Er habe sich jedoch für Kiowsky erklärt, weil ihm derselbe von den verschiedensten Seiten als [e]in Mann dargestellt wurde, der [] Ernen[] Bischofe erwarte []über allgemein [ern]iedrigt fühlen würde. Wenn es bei dieser Sachlage und bei der sonstigen auch vom Kardinalerzbischofe anerkannten Eignung Kiowskys auffallend sei, dass vom Kardinal in Olmütz zu erster Stelle Bauer genannt wurde, so dürfte sich dies einerseits daher erklären lassen, dass die Wahl Bauers wahrscheinlich vom Kardinal Schwarzenberg in Prag angeregt wurde, und dass von dieser Seite dabei vielleicht auch daran gedacht wurde, durch die Ernennung Bauers nach Brünn für [] [die Frage der Besetzung] des Brünner Bischofs[stuhl]es in Fluss kam, plötzlich das gänzlich unbegründete Gerücht auftauchte, dass Kiowsky vom Schlage gerührt worden sei und dass man von manchen Seiten die Vermutung hegte, mit diesem Gerüchte sei die Beseitigung der Kandidatur Kiowskys beabsichtigt gewesen. Der Ministerpräsident wolle mit dem Gesagten sein für Kiowsky abgegebenes Votum begründen. Bauer habe gewiss die vollkommene Eig-

nung für den Bischofssitz. Das Gleiche könne man aber auch von Kiowsky sagen. Für beide spre[c]hen Gründe und gegen keinen [] dass [Se. Majestät] Ah. [unter beid]en die Auswahl [treffen] mögen.

Der Ackerbauminister bemerkt, dass er in Anbetracht der von Minister Dr. Pražák gegebenen Darlegung von denselben Gesichtspunkten wie der Ministerpräsident geleitet sich für Kiowsky erklärt habe. Der Handelsminister erklärt, dass für ihn die von Minister Dr. Pražák vorgebrachte Darstellung der Verhältnisse sowie weiters die Rücksicht ausschlaggebend gewesen sei, dass nach den gemachten [] sei für die Ver[]ung kirchlicher Angele[gen]heiten. Der Landesverteidigungsminister erklärt, dass er wie früher sich dem Ressortminister anschließe. Besonders maßgebend seien ihm zwei Momente: erstlich dass Bauer, der als vorzüglich qualifiziert gelte, wegen seiner Jugend eine lange Dauer ersprießlichen Wirkens verspreche, zweitens der Umstand, dass derselbe vom Erzbischofe selbst an erster Linie proponiert werde und der Erzbischof gewiss die Verhältnisse und Bedürfnisse am besten kennen müsse. [] von der [] gewü[n]scht wer[de] Kiowsky votiert habe. [D]och sei es gewiss, dass beide Kandidaten ganz vorzüglich seien und für beide Gründe sprechen, weshalb auch er glaube, dass Se. Majestät nach Ah. Ermessen die Wahl treffen mögen[2].

II. Se. Majestät geruhen den Vorschlag wegen Besetzung des Leitmeritzer Bistumes zur Sprache zu bringen[3] und zunächst zu fragen, ob man wirklich versichert sei, dass sich [] [Der] Ministerpräsident kann sich diesfalls auf die Darlegung des Statthalters berufen, welcher ihm (Ministerpräsidenten) versichert habe, dass der Kardinal über diesen Punkt jetzt sich beruhigt zu haben scheine, indem derselbe lediglich das Interesse ausgesprochen habe, dass überhaupt mit der Ernennung vorgegangen werde.

Se. Majestät geruhen zu erwähnen, dass der in der Vorschlagsliste des Kardinals benannte Professor Frind sehr günstig geschildert erscheine. Allerdings sei derselbe noch [j]ung. []essen [] älteren []en, dem Leitmeritzer [Kapi]telvikar Demel eine umso empfindlichere Kränkung bereitet würde. Deshalb habe auch schon der Statthalter auf Frind von vorneherein nicht weiter reflektiert. Was Schöbel anbelange, so hätte der Kardinal denselben in Konsequenz seines früheren Vorschlages diesmal eigentlich primo loco vorschlagen müssen. Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass Allerhöchstdieselben nicht durchdrungen seien []ls, des verstorbenen [Bi]schofs Frind besitze, so würde derselbe einen guten Bischof für Leitmeritz abgeben[4].

III. Se. Majestät geruhen, die Minister hinsichtlich der noch im jetzigen Sessionsabschnitte zu erledigenden Angelegenheiten zu befragen.

---

2 *Mit Ah. E. v. 30. 4. 1882 wurde Bauer zum Bischof von Brünn ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1697/1882.

3 *Fortsetzung des Gegenstandes des MR. v. 21. 4. 1882/III.*

4 *Mit Ah. E. v. 30. 4. 1882 wurde Schöbel zum Bischof von Leitmeritz ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1698/1882.

Der Ministerpräsident hebt zunächst die Zollrevision hervor[5]. Wenn diese vom Herrenhause angenommen sein werde, [w]olle sich das Herrenhaus in [z]weiter Linie mit der Schulge[setzgebung][6] [befassen] []er [] und Erledi[gung der] Bedeckungsvorlage [für] die von den letzten De[le]gationen bewilligten Kredite[7].

Der Ackerbauminister erachtet noch für notwendig die Erledigung des Kommassationsgesetzes, für dessen Annahme nunmehr alle Aussicht vorhanden sei[8].

Der Handelsminister macht auf die Erledigung der Eisenbahnvorlagen aufmerksam. Nachdem sich bei der Generaldebatte des Ausschusses darüber keine Anstände gezeigt haben, so dürfte der Ausschuss baldigst fertig werden[9] und die Plenar[verhandlungen] []

[Se. Majes]tät geruhen zu [beme]rken, dass Allerhöchstdiesel[be]n insbesondere auf die Abzweigungen der galizischen Transversalbahn Gewicht legen, weil dieselben in militärischer Hinsicht sehr wichtig seien[10].

---

5 *Die Frage des Zolltarifs kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 21. 4. 1882/IX.*

6 *Das Volksschulgesetz war zuvor behandelt worden in MR. v. 27. 11. 1881/VI, MR. v. 16. 12. 1881/I, MR. v. 19. 12. 1881/III, MR. II v. 27. 12. 1881/I, MR. II v. 31. 12. 1881/I sowie in MR. v. 7. 1. 1882/III, MR. v. 15. 1. 1881/VI und MR. v. 26. 3. 1882/XII (alle liegen nicht mehr ein). Am 5. 2. 1880 hatte der Abgeordnete Georg Lienbacher einen Antrag zur Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 43. Sitzung, Beilage 135. *Nachdem sich Abgeordneten- und Herrenhaus über den Gesetzestext nicht einigen konnten, legte Conrad mit Vortag v. 9. 1. 1882 Franz Joseph einen Regierungsentwurf vor, der mit Ah. E. v. 14. 1. 1882 in das Herrenhaus (im Protokollbuch der Kabinettskanzlei irrtümlich Abgeordnetenhaus) eingebracht werden durfte,* Hhsta., Kab. Kanzlei 180/1882. *Dies geschah mit Zuschrift Conrads v. 20. 1. 1882,* Prot. Reichsrat HH. 24. 1. 1882 (52. Sitzung) 726. *Die Beratungen im Herrenhaus in der Frage der Religionszugehörigkeit der Schulleiter wurde behandelt in MR. v. 7. 5. 1882/VII.*

7 *Zu dem Aufstand in Süddalmatien und der Herzegowina und den zu seiner Unterdrückung notwendigen Kredit siehe MR. 14. 4. 1882/IX. Dieser Kredit war von den Delegationen mit Beschluss bewilligt worden,* Prot. Delegation RR. 26. 4. 1882 (6. Sitzung) 44, Anhang 44: Beschluss. *Die Einbringung eines Gesetzentwurfes in den Reichsrat zur Finanzierung des quotenmäßigen Anteils Cisleithaniens dieser Kosten wurde beraten in MR. v. 5. 5. 1882/I.*

8 *Zu den drei als Kommassationsgesetz bezeichneten Gesetzen siehe zuletzt MR. v. 21. 4. 1882/XII.*

9 *Hier ist vermutlich die Kremstalbahn gemeint, die zur Sprache kam in MR. v. 9. 3. 1882/IX (liegt nicht ein). Der Gesetzentwurf war über Vortrag Pinos v. 16. 3. 1882 mit Ah. E. v. 22. 3. 1882 –* Hhsta., Kab. Kanzlei 1160/1882 *– durch die Zuschrift Pinos v. 22. 3. 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebracht worden,* Prot. Reichsrat AH. 23. 3. 1882 (217. Sitzung) 7667. *Der Gesetzentwurf wurde am 28. 3. 1882 dem Eisenbahnausschuss zugewiesen,* Prot. Reichsrat AH. (220. Sitzung) 7725. *Bereits am 19. 5. 1882 konnte der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung angenommen werden,* Prot. Reichsrat AH. (237. Sitzung) 8307. *Nach Beitritt des Herrenhauses –* Prot. Reichsrat HH. 23. 5. 1882 (64. Sitzung) 989 f. *– wurde das Gesetz über Vortrag Pinos v. 25. 5. 1882 mit Ah. E. v. 29. 5. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2125/1882, *publiziert als* Rgbl. Nr. 58/1882. *Neben diesem und den folgenden beiden Bahnlinien war noch an größeren Bahnvorhaben die Böhmisch-Mährische Transversalbahn im Reichsrat in Beratung (behandelt in MR. v. 9. 3. 1882/VIII, liegt nicht ein). Ungefähr zeitgleich mit der Kremstalbahn eingebracht, dauerten bei ihr die Ausschussverhandlungen länger. Ihre Herstellung wurde erst mit Gesetz v. 25. 11. 1883,* Rgbl. Nr. 173/1883, *angeordnet.*

10 *Die in militärischem Interesse liegenden Abzweigungen der galizischen Transversalbahn kamen zur Sprache in MR. v. 2. 4. 1881/I, MR. v. 26. 7. 1881/VII und MR. v. 9. 3. 1882/VII (liegen nicht mehr ein). Pino hatte mit Ah. E. v. 25. 3. 1882 auf seinen Vortrag v. 17. 2. 1882 die Ermächtigung erhalten, den genannten Gesetzentwurf in den Reichsrat einzubringen –* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1206/1882 *–, was mit seiner Zuschrift v. 24. 3. 1882 geschehen war,* Prot. Reichsrat AH. 27. 1. 1882 (219. Sitzung) 7696. *Fortsetzung in MR. v. 23. 5. 1882/XI.*

Auf die Ah. Anfrage Sr. Majestät über den Stand der Aussichten hinsichtlich der Bahnvorlage Herpelje–Triest erklärt der Handelsminister, dass die besten Hoffnungen für die Annahme der Vorlage vorhanden seien[11]. Der Ministerpräsident erinnert, dass allerdings die Klubs sich noch nicht über die Eisen[bahnvorlagen] []den sei [] [Gese]tznovelle in die[sem Sessi]onsabschnitte nicht mehr [in] das Abgeordnetenhaus komme.

Der Landesverteidigungsminister hebt unter Hinweisung auf die diesfalls eingelangten Petitionen die Notwendigkeit hervor, noch in diesem Sessionabschnitte die gesetzliche Regelung der Versorgung der Witwen und Waisen der vor dem Feinde gefallenen Militärs zu bewerkstelligen[12]. Der Ministerrat habe sich bereits für die Einbringung einer Vorlage ausgesprochen, mit welcher die diesfällige Versorgung, soweit sie strikte [] [Landesverteidigun]gsminister an [die] ungarische Regierung gewendet, jedoch bisher keine Antwort erhalten[13]. Der Landesverteidigungsminister erlaubt sich daher, an Se. Majestät die au. Bitte zu richten, dass Allerhöchstdieselben die Gnade haben mögen, auf die ungarischen Minister huldvollst Einfluss zu nehmen, damit die Angelegenheit von dort aus möglichst bald zur Erledigung gebracht werde. Denn die Sache sei wegen der Kürze der noch übrigen Sessionszeit dringlich und für die Versorgung müsse jedenfalls noch etwas geschehen[14].

[]minister be[merkt, dass] die Arbeiten im [Hause] noch nicht entspre[chend] weit vorgeschritten sei[e]n und daher der Ausschuss selbst bis zu Pfingsten mit den Arbeiten nicht fertig werden dürfte. Es wurde deshalb auch schon die Idee angeregt, die erforderlichen Einleitungen zu treffen, damit der Ausschuss auch nach der Vertagung des Reichsrates noch in Tätigkeit bleibe[15].

---

11 *Diese Eisenbahnlinie kam zur Sprache in MR. v. 19. 3. 1882/VI (liegt nicht ein). Über Vortrag v. 21. 3. 1882 erhielt Pino mit Ah. E. v. 23. 3. 1882 die Ermächtigung, den Gesetzentwurf zum Bau dieser Linie in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1195/1882. *Dies erfolgte über Zuschrift Pinos v. 24. 3. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 27. 1. 1882 (219. Sitzung) 7696. *Nach Zustimmung beider Häuser des Reichsrates – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 7. 5. 1883 (312. Sitzung) 10852, Herrenhaus Prot. Reichsrat HH. 18. 5. 1883 (82. Sitzung) 1344 – *wurde das Gesetz über Vortrag Pinos v. 26. 5. 1883 mit Ah. E. v. 1. 6. 1883 sanktioniert* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2052/1883, *publiziert als* Rgbl. Nr. 103/1883.

12 *Die Frage der Versorgung der vor dem Feind gefallenen Witwen und Waisen wurde zuletzt beraten in MR. v. 4. 5. 1882/IX.*

13 *Mit Schreiben (K.) v. 21. 4. 1882 hatte Welsersheimb den ungarischen Landesverteidigungsminister Szende* um baldmöglichste gefällige Mittheilung der bezüglichen geschätzten Wohlmeinung *ersucht,* Ka., MfLV., Präs. 517/1882. *Dessen Antwort v. 26. 4. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 983/1882, *enthielt den Verweis, dass* bereits die Skizzierung einer solchen [Gesetzesvorlage] angeordnet *sei und Szende* hoffe, *es werde* die Übereinstimmung der kön[iglich] ung. Regierung über die Notwendigkeit der Schaffung des fraglichen Gesetzes selbst *erzielt.*

14 *Diese Frage kam zur Sprache in MR. v. 16. 5. 1882/VIII.*

15 *Der Gegenstand konnte nicht eruiert werden.*

Minister Dr. Pražák bemerkt, dass dieselbe Idee auch hinsichtlich der Arbeiten des Ausschusses über die Zivilprozessordnung[16] angeregt wurde, weil die Herren glauben, dass sie []noch []en die Vorlagen wegen Legalisierungserleichterungen[17] und wegen Erleichterungen bei Todeserklärungen[18], endlich in letzter Linie das Anfechtungsgesetz[19].

Der Ministerpräsident bemerkt, dass für den Fall, als die Streiks in den Kohlenwerksbezirken sich nicht bald beilegen sollten, Ausnahmsverfügungen eingeleitet werden müssten, worüber dann gleichfalls mittelst einer Vorlage dem Reichsrate Anzeige zu erstatten sein würde[20].

Sonach geruhen Se. [Majestät die Sitzung zu schließen].

[Wien, am 30. April 1882.] Taaffe.

---

16 *Der MR. v. 2. 1. 1881/III (liegt nicht mehr ein) hatte sich mit der Zivilprozessordnung beschäftigt. Mit Vortrag v. 3. 1. 1881 hatte Justizminister Moriz Freiherr v. Streit, Pražáks Vorgänger, den Entwurf einer Zivilprozessordnung vorgelegt, um sie in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 117/1881. *Diesen Antrag hatte Pražák mit seinem Vortrag v. 11. 4. 1881 modifiziert. Mit der Bewilligung durch die Ah. E. v. 15. 4. 1881 war damit auch Streits Vortrag resolviert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, 1549/1881. *Dieser Gesetzentwurf war mit Zuschrift Pražáks in das Abgeordnetenhaus eingebracht und in erster Lesung dem Justizausschuss zugeteilt worden,* Prot. Reichsrat AH. 28. 4. 1881 (141. Sitzung) 4906 *und* 30. 4. 1881 (143. Sitzung) 5015. *Hier wurden die Beratungen bis Ende der VI. Legislaturperiode (23. 4. 1885) nicht beendet und der Gesetzentwurf später nicht wieder eingebracht. Mitte der 1890er Jahre wurde ein neuer Versuch zur Einführung einer Zivilprozessordnung unternommen, beraten in MR. v. 30. und 31. 5. 1894/I, MR. v. 19. 8. 1894/VII, MR. v. 24. 9. 1894/X, MR. v. 7. 12. 1894/VII und MR. v. 12. 12. 1894/VII (liegen alle nicht ein),* Cmr. V/1, Nr. 60, 64, 67, 90, 91. *Erhalten geblieben ist seine Erwähnung in MR. v. 11. 6. 1895/XI,* Cmr. V/1, Nr. 139.

17 *Der Gesetzentwurf über Legalisierungserleichterungen wurde besprochen in MR. I v. 1. 6. 1882/V.*

18 *Der Gesetzentwurf über Todeserklärungen wurde im Ministerrat nicht behandelt. Er hatte über Vortrag Pražáks v. 13. 1. 1882 mit Ah. E. v. 16. 1. 1882 die Vorsanktion erhalten* – Hhsta., Kab. Kanzlei 242/1882 –, *wurde dann in das Abgeordnetenhaus eingebracht (Zuschrift v. 16. 1. 1882)* – Prot. Reichsrat AH. 20. 1. 1882 (184. Sitzung) 6474 – *und am 21. 4. 1882 in dritter Lesung unverändert angenommen,* Prot. Reichsrat AH. (222. Sitzung) 7766. *Da das Herrenhaus aber Änderungen an dem Entwurf vornahm, wurde der Gesetzentwurf erst nach Annahme dieser Änderungen durch das Abgeordnetenhaus erledigt,* Prot. Reichsrat AH. 3. 2. 1883 (262. Sitzung) 9056. *Diesen Gesetzentwurf legte Pražák mit Vortrag v. 10. 2. 1883 Franz Joseph vor, der ihn mit Ah. E. v. 16. 2. 1883 sanktionierte,* Hhsta., Kab. Kanzlei 580/1883, *publiziert als* Rgbl. Nr. 20/1883.

19 *Das sogenannte Anfechtungsgesetz, mit dem Rechtshandlungen am Vermögen eines zahlungsunfähigen Schuldners bestritten werden konnten, war zur Sprache gekommen in MR. v. 29. 11. 1879/VIII und MR. v. 11. 12. 1880/VI (beide liegen nicht mehr ein). Die Ermächtigung zur Einbringung in den Reichsrat war über Vortrag Pražáks v. 12. 12. 1880 mit Ah. E. v. 18. 12. 1880 erteilt worden,* Hhsta, Kab. Kanzlei, KZ. 4817/1880. *Erst nach dem Beitritt des Abgeordnetenhauses zur Fassung des Herrenhauses konnten die Differenzen beider Häuser beigelegt werden* – Prot. Reichsrat AH. 4. 3. 1884 (337. Sitzung) 11701. *Der Gesetzentwurf wurde mit Ah. E. v. 16. 3. 1884 auf Vortrag Pražáks v. 7. 3. 1884 sanktioniert,* Hhsta, Kab. Kanzlei, KZ. 929/1884, *publiziert als Gesetz v. 16. 3. 1884,* Rgbl. Nr. 36/1884.

20 *In MR. v. 17. 2. 1882/VII (liegt nicht ein) kam die Interpellation des Abgeordneten Josef Greuter über Arbeiterverhältnisse auf der Nordbahn* – Prot. Reichsrat AH. 3. 12. 1881 (173. Sitzung) 6165 f. – *in Verhandlung. Eine Antwort erfolgte nicht. Bei dem im Tagesordnungspunkt erwähnten Streik handelt es sich vermutlich um den Bergarbeiterstreik im nordwest-böhmischen Braunkohlerevier,* Prager Tagblatt v. 30. 4. 1882. *Nach Zusammenziehung von Militär konnte ab 1. 5. 1882 mit der Abschiebung von Streikenden begonnen werden. Die Forderungen der Streikenden wurden durch die Statthalterei in dem Sinne beantwortet, dass die Lohnhöhe durch die freie Vereinbarung nach dem ABGB. geregelt sei, dass in anderen arbeitsrechtlichen Fragen jedoch Gesetzesvorlagen vorbereitet werden und ein Gesetz zur Sonntagsheiligung demnächst publiziert würde* – Prager Tagblatt v. 2. 5. 1882. *Der entsprechende Gesetzentwurf kam in Verhandlung in MR. v. 13. 12. 1882/VI.*

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph. Schönbrunn, 19. Mai 1882.

Nr. 383 Ministerrat, Wien, 30. April 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; Bde. und anw. (Taaffe 30. 4.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Wegen Besetzung beziehungsweise Versehung der Stelle eines Landespräsidenten in Schlesien. II. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Einhebung einer Musik- und Verschönerungstaxe in Mödling. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Dr. Ferdinand Zirkel.

KZ. 47 – MRZ. 39

[Protokoll des zu Wien am 30. April 1882 abgehaltenen] Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Minister[präsidenten] Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die Erledigung des Postens eines Landespräsidenten in Schlesien[1]. Der Ministerpräsident habe [] er [] dass man [] Kreisen sehr beun[ruhigt w]ar über das Gerücht, [dass] die Landesregierung in Troppau aufgelassen und Schlesien in administrativer Beziehung mit Mähren vereinigt werden sollte[2] und habe er bei dieser Gelegenheit ersehen, dass die Leute ungemein vielen Wert auf ihre selbständige Landesverwaltung legen. Der Ministerpräsident habe in betreffenden Kreisen in dieser Richtung vollkommen beruhigt und erklärt, dass er [n]icht begreifen könne, wie ein [s]olches Gerücht habe auftauchen können. Man habe ihm [] [Der Ministerpräsident] bemerkt, dass er erstlich nicht wisse, ob die Ersparungskommission einen bezüglichen Beschluss gefasst habe, dass aber übrigens die Beschlüsse der Ersparungskommission immer nur Propositionen sein könnten, deren Annahme erst von der Regierung in Erwägung zu ziehen sein würde. Die Regierung würde aber in eine Beseitigung der selbständigen Landesadministration Schlesiens nur dann eingehen, wenn entweder die bisherige Verwaltungsmethode sich als mangelhaft darstellte oder wenn der Wunsch des Landes dahin gerichtet wäre. Nachdem aber Mängel nicht []rung [] liege für die [Regierung] kein Anlass vor, [eine Än]derung in dem beste[he]nden Verhältnisse eintreten zu lassen.

Sodann wurden dem Ministerpräsidenten auch Wünsche in Rücksicht auf die Wahl eines entsprechenden Nachfolgers des Landespräsidenten nahegelegt, namentlich dahin, dass nicht etwa ein Tscheche oder ein Pole gewählt würde[3]. Der Ministerpräsident glaubt, dass für Schlesien ein Landeschef notwendig sei, welcher nach keiner Richtung national pronunziert auftritt und von dem eine unparteiische und [] entsprechenden admi[nistra]tiven Schulung vor Augen haltend, habe er in dem Kreise der diesfalls in Betracht zu ziehenden Persönlichkei-

---

1 *Landespräsident Alexander Freiherr v. Summer war 1882 verstorben, siehe dazu* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2174/1882*, mit dem das Gesuch seiner Frau Josepha um eine Pension mit Ah. E. v. 6. 6. 1882 über Vortrag Taaffes v. 30. 5. 1882 positiv entschieden wurde.*

2 *Unterlagen zu den Diskussionen in den frühen 1880er Jahren liegen in* Ava., IM. Präs. *nicht ein. Zu Petitionen für die Selbstständigkeit Schlesiens aus dem Jahr 1871 siehe* Ava., IM., Präs., Karton 76, Nr. 42, 43, 45 *und* 46, Zl. 2741, 2742, 2787 *und* 2967*, alle ex* 1871.

3 *In den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidiums *und des* IM., Präs. *konnte zu diesem Wunsch nichts gefunden werden.*

ten Umschau gehalten und demnach sein Augenmerk auf den Statthaltereirat in Linz, Olivier Marquis de Bacquehem, gerichtet, welcher sich als Bezirkshauptmann in Böhmen und in seiner Verwendung bei der Landesregierung in Sarajewo vorzüglich bewährt und auch in der slawischen Sprache ausgebildet habe.

Da Marquis de Bacquehem nur im Range eines Statthaltereirates stehe, so beabsichtigte der Ministerpräsident den Vorgang, dass [] dann [] der Zeit der [], die er (Minister[präside]nt) übrigens nicht be[zw]eifle, zum wirklichen Lan[d]espräsidenten vorrücke. Ein solcher Vorgang scheine dem Ministerpräsidenten, nachdem es sich um einen verhältnismäßig jungen Beamten handle, ebenso zulässig wie entsprechend. Der Ministerpräsident müsse aufrichtig gestehen, dass er unter den in der entsprechenden Rangsklasse stehenden Beamten keinen gefunden habe, von dem er erwarten könnte, dass er den Anforderungen entsprechen würde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski [] Ritter v. Zaleski auf[merks]am machen. Derselbe habe allerdings einen polnischen Namen, doch habe er sich zu allen Zeiten nur als Beamter geriert und keine Parteihaltung eingenommen. Der Ministerpräsident erwidert, er sei überzeugt, dass Ritter v. Zaleski ganz objektiv sein würde, doch sei eines sicherlich, dass man Zaleski, weil derselbe ein Pole sei, bei allen seinen Handlungen alle möglichen Tendenzen imputieren würde. Auch würde Zaleski in Lemberg schwer zu ersetzen sein.

Minister Dr. Pražák erklärt, [][min]ister ist schon be[stür]zt, dass nicht jemand [au]s dem Kreise der schlesischen Beamten genommen wurde. Der Minister für Kultus und Unterricht betont die Tüchtigkeit Bacquehems, hebt jedoch auch dessen Jugend hervor.

Schließlich erklärt der Ministerrat zur Proposition des Ministerpräsidenten sowohl hinsichtlich der Wahl der Persönlichkeit als hinsichtlich des vorläufigen Ernennungsvorganges seine Zustimmung[4].

[II.] [] Gesetzentwurf des [niederös]terreichischen Landtages wegen Bewilligung der Einhebung einer Musik- und Verschönerungstaxe für die Stadtgemeinde Mödling. Es wurde damals über seinen Antrag beschlossen, auf die Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfes einzuraten[5], wobei als Motiv die Besorgnis vor Exemplifikationen hinsichtlich der anderen Sommerfrischorte in der Umgebung Wiens geltend gemacht wurde. Dem Ministerpräsidenten wurden nun mittlerweile von verschiedenen Seiten Wünsche dahingehend vorgebracht, dass der Bewilligung der fraglichen Taxe []hmen [] sich, dass we[der ein] gesetzlicher noch ein gesetzestechnischer Grund sich gegen die Einhebung der Taxe anführen lasse. Was aber Exemplifikationen anbelange, so würden dieselben aus dem Grunde so einfach nicht stattfinden können, weil ja für jeden Fall ein Landesgesetz erforderlich wäre. Endlich wurde der vorliegende Gesetzentwurf vom Landtage einstimmig beschlossen. Mit Rücksicht auf diese Momente beabsichtige er nunmehr die Sanktionie[rung] []

---

4 *Marquis de Bacquehem wurde über Vortrag Taaffes v. 2. 5. 1882 mit Ah. E. v. 6. 5. 1882 die Leitung der Landesregierung für Schlesien übertragen,* Hhsta, Kab. Kanzlei, KZ. 1772/1882. *Fortsetzung des Themas in MR. v. 9. 9. 1882/II.*

5 *Das Gesetz war in der Sitzung v. 8. 10. 1881 angenommen worden,* Prot. Landtag Niederösterreich (4. Sitzung) 116 ff. *Beraten in MR. v. 14. 4. 1882/III (Tagesordnungspunkt liegt nicht ein); mit Vortrag v. 18. 4. 1882 hatte Taaffe die Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfes beantragt,* Hhsta, Kab. Kanzlei 1639/1882. *Die Ah. Entschließung erfolgte gemeinsam und am selben Tag mit der Entschließung auf den in der folgenden Anm. zitierten Vortrag Taaffes.*

Der Ministerrat nimmt [die] Absicht des Ministerpräsidenten genehmigend zur Kenntnis[6].

III. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Hofrat am Obersten Gerichtshof Dr. Ferdinand Zirkel anlässlich der Übernahme desselben in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner langjährigen vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. [] derselbe [] aber drei [] [un]verheiratete [] und lebe in ganz [ge]ordneten Vermögensverhältnissen. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

Wien, am 30. April 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Franz Joseph. Wien, am 25. Mai 1882.

Nr. 384 Ministerrat, Wien, 4. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; Bde. und anw. (Taaffe 4. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Kubin; abw. Dunajewski.

I. In Angelegenheit der Unruhen in Pobori. II. Frage der Verlängerung der Wirksamkeit der Ausnahmsgerichte in Dalmatien. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Rechnungsrat Adolf Wallek. IV. Genehmhaltung des vom Statthalter in Dalmatien erlassenen Verbotes des Tragens fremdländischer Abzeichen. Frage der Mitteilung polizeilicher Ausnahmsanordnungen an den Reichsrat. V. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Sicherstellung der Zahlung von Gemeindeschulden. VI. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Einbringung von Forderungen an Gemeinden und Konkurrenzverbände. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Zugestehung der politischen Exekution für die galizische Landesbank. VIII. Au. Dank anlässlich der Inaugurierung des Kreisgerichtes in Wadowice. IX. Zur Frage der Versorgung der Witwen und Waisen der vor dem Feinde gefallenen Militärs.

KZ. 51 – MRZ. 40

[Protokoll des zu Wien am 4. Mai 1882 abgehaltenen] Ministerr[ates] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsiden[ten] Grafen Taaffe.

I. Der Landesverteidigungsminister macht die Mitteilung, dass er durch zwei Telegramme [] zu ni[]oße mit den []en gekommen sei[1]. Aus dieser Nachricht so[wie] aus neuerlichen Korrespondenzen unseres Ministerresidenten in Montenegro über das Hervortreten einer gewissen Bewegung und eines lebhafteren Verkehrs zwischen Montenegro und den gedachten

---

6 *Mit Vortrag v. 30. 4. 1882 erbat Taaffe die Sanktionierung des Gesetzes. Dies geschah mit Ah. E. v. 6. 5. 1882,* Hhsta, Kab. Kanzlei 1784/1882*; gleichzeitig erfolgte auf den in der vorstehenden Anm. zitierten Vortrag Taaffes v. 18. 4. 1882 ebenfalls am 6. 5. 1882 die Ah. E.* Erledigt sich durch meine Entschließung vom heutigen Tage auf Ihren Vortrag vom 30. April l. J. ad Nr. 4184. *Das Gesetz v. 6. 5. 1882 wurde publiziert als* Lgbl. Niederösterreich Nr. 50/1882.

7 *Mit Ah. E. v. 5. 5. 1882 wurde Zirkel über Vortrag Pražáks v. 1. 5. 1882 das Ritterkreuz des Leopoldordens verliehen,* Hhsta, Kab. Kanzlei 1767/1882.

1 *Zu den Unruhen in Pobori bzw. generell Süddalmatien siehe MR. v. 14. 4. 1882/IX. Die Telegramme des Statthalters in Zara, Jovanović, an Welsersheimb v. 3. 4. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 947/1882*, sowie v. 4. 5. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 955/1882.

Gebieten[2] sei zu ersehen, dass man sich daselbst wieder zu einem Renitenzversuche gegen die Entwaffnung sowie gegen die erneute Rekrutenaushebung vorbereite. Der Landesverteidigungsminister sei allerdings durch diese Erscheinungen und die [] [vom] Dezember 1881 und vom [Febr]uar 1882 zum Ausdruck [z]u bringen in der Lage war[3]. Gegenüber der vorliegenden konkreten Sachlage nun dürfte es seines Erachtens angemessen sein, vom Statthalter in Dalmatien einen Bericht über die Situation und über die von ihm zur Bewältigung derselben vorhabenden Absichten abzuverlangen und proponiert deshalb der Landesverteidigungsminister, an den Statthalter namens der Regierung die aus der Anlage ersichtliche Zuschrift zu richten[a].

Der Ministerrat erklärt sich mit der Erlassung der beantragten Zuschrift einverstanden[4].

[II.] [] mit Ende []te demnach zunächst [de]r Statthalter hinsichtlich der Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes zu befragen sein[5]. Für den Fall der Verlängerung wäre ferner zu erwägen, ob man die Verlängerung noch während der Versammlung des Reichsrates von diesem erwirken solle, was ohne Anstand ginge, oder ob die Regierung warten und dann zu geeigneter Zeit, da der Reichsrat nicht mehr versammelt sein dürfte, selbstständig in Gemäßheit des § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vorgehen solle. []selben Motiven an[]en werden dürfte, aus [sol]chen in den beiden Häusern des Reichsrates von der Minorität für die Votierung des Gesetzes die Zweidrittelmajorität gefordert wurde, indem hiefür geltend gemacht wurde, dass das Gesetz über die Einführung von Ausnahmsgerichten in Dalmatien eine Abweichung von Artikel 2 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt begreife, weil die Voraussetzung eines solchen Gesetzes, nämlich das Gesetz noch nicht vorhanden sei, welches die Fälle in voraus bestimmt, in welchen Ausnahmsgerichte zulässig sind.

---

a *Liegt dem Originalprotokoll beschädigt bei.*

2 *Das Telegramm Thömmels an Kálnoky v. 16. 4. 1882,* Hhsta., PA. LX, Interna, Liasse VIII, Karton 205, fol. 831 r *und* v. *Die Haltung Thömmels war bereits in MR. v. 11. 2. 1882/I und MR. I v. 20. 2. 1882/I (liegen nicht ein) zur Sprache gekommen.*

3 *Vermutlich verweist Welsersheimb auf eine oder mehrere seiner Ausführungen in MR. v. 1. 12. 1881/V, MR. v. 9. 12. 1881/IX, MR. v. 19. 12. 1881/I und/oder MR. v. 27. 12. 1881/I sowie seine Äußerung in MR. v. 11. 2. 1882/II (alle liegen nicht ein).*

4 *Schreiben (K.) Welsersheimbs an Jovanović v. 4. 5. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 947/1882. *Die Verlängerung der bereits verfügten Ausnahmegerichtsbarkeit kam im folgenden Tagesordnungspunkt zu Sprache, der Bau befestigter Gendarmeriekasernen in MR. v. 7. 5. 1882/IX.*

5 *In MR. I v. 11. 1. 1882/III, MR. v. 1. und 12. 2. 1882/I, MR. v. 14. 2. 1882/I, MR. v. 15. 2. 1882/I und MR. v. 28. 2. 1882/I (liegen alle nicht ein) waren Verfügungen wie die Einführung von Ausnahmegerichten beraten worden. Mit Vortrag v. 15. 2. 1882 beantragte Taaffe, einen Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen, der die Regierung ermächtigen sollte, die Strafgerichtsbarkeit in Süddalmatien für vier Monate Militärgerichten zu übertragen. Dies nahm Franz Joseph mit Ah. E. v. 16. 2. 1882 an,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 728/1882. *Der Gesetzentwurf wurde mit Zuschrift Pražáks v. 16. 2. 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 16. 2. 1882 (195. Sitzung) 6886 f. *Mit einigen Abänderungen im Strafgesetzausschuss des Abgeordnetenhauses – beraten in MR. II v. 20. 2. 1882/IV (liegt nicht ein), siehe dazu* Prot. Reichsrat AH. 196. Sitzung, Beilage 464 – *wurde der Gesetzentwurf von beiden Häusern angenommen, Abgeordnetenhaus:* Prot. Reichsrat AH. 23. 2. 1882 (196. Sitzung) 6905, *Herrenhaus:* Prot. Reichsrat HH. 28. 2. 1882 (57. Sitzung) 826. *Der Entwurf wurde über Vortrag Pražáks v. 28. 2. 1882 am selben Tag sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 890/1882, *das Gesetz v. 28. 2. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 22/1882. *Auf dieser Basis, die für vier Monate (bis Ende Juni) Gültigkeit hatte, wurden dann mit Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und für Landesverteidigung v. 28. 2. 1882 die Ausnahmsgerichte, wie die Militärgerichte nach Übertragung der Strafgerichtsbarkeit hießen, beginnend mit 6. 3. 1882 für die Gebiete der Bezirkshauptmannschaften Cattaro, Metković und Ragusa in Wirksamkeit gesetzt,* Rgbl. Nr. 23/1882.

Der Landesverteidigungs[minister] [] ihres ei[]es, ohne erst wie[der den S]tatthalter zu fragen, [ob er sich] für die Verlängerung entscheiden könne. Anbelangend den Vorgang hiebei, sei er schon aus dem Grunde dafür, abzuwarten und dann nach § 14 des Grundgesetzes über die Reichsratsvertretung selbstständig vorzugehen, weil er es an und für sich für wichtig halte, dass die Regierung sich das Recht wahre, mit der Verfügung von Ausnahmsgerichten nach § 14 vorzugehen, indem sich in Kriegsfällen [b]– auch schon vor deren tatsächlichem Eintritte –[b] die Notwendigkeit der selbstständigen Verfügung solcher Maßnahmen ergeben dürfte. Die Vorgänge bei der Be[]setzes beigelegt wurde. [Denn] in den beiden Häusern wurde nur um die Konstatierung des Stimmenverhältnisses ersucht, aber von keinem Hause wurde[b] beschlossen, dass zur Votierung des Gesetzes die Zweidrittelmajorität erforderlich sei. Ferner betont der Landesverteidigungsminister, dass eine Diskussion im Parlamente über die dalmatinischen Angelegenheiten jetzt jedenfalls [c]kaum weniger[c] unangenehmer sein würde, als sie es im Herbste bei der Rechtfertigung des Vorgehens werden könnte. Er ist daher dafür, jetzt keine Verlängerungsvorlage einzubringen, und die Verlängerung nach der Verta[gung] []

[] [Z]ustim[m]ung aus, dass [das Recht] der Regierung dies[falls] nach § 14 vorzugehen, sich nicht bezweifeln lasse und dass es andererseits nicht gut wäre, jetzt eine Diskussion über die dalmatinische Frage heraufzubeschwören. Die beiden Minister schließen sich daher dem Landesverteidigungsminister an. Minister Dr. Pražák erklärt, dass auch er der Überzeugung sei, dass das Gesetz keine Abänderung der Staatsgrundgesetze begreife. Er wollte jedoch nur aufmerksam machen auf die Inkonvenienzien, welche erwachsen könnten, wenn etwa das Herrenhaus sich für die [], wenn vorläufig für den Vorgang noch kein Beschluss gefasst würde, indem der Reichsrat möglicherweise auch noch im Juni beisammen sein könnte. Der Ministerpräsident hält auch dafür, dass man vorläufig noch keinen definitiven Beschluss zu fassen brauchte, erklärt jedoch, dass er sich der Anschauung des Landesverteidigungsministers anschließe[6].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates [dem Rechnungsrat Adolf Wallek für seine mehr] als 43-jäh[rige treue] und ersprieß[liche] Dienstleistung das Rit[ter]kreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung[7].

IV. Im Auftrage des Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin [] [Ver]fügungen aufgrund des [§ 8 des] Ausnahmsgesetzes vom 5. Mai [18]69 erlassenen Verbote des Tragens und Besitzes von Waffen in den Ge[m]einden Risano und Orahovac[8] sowie des Tragens fremdländischer Abzeichen im Bezirke Cattaro[9]. Nachdem der Statthalter über diese seine ordnungsmäßig publizierten Verfü-

---

[b–b] *Einfügung Welsersheimbs.*

[c–c] *Korrektur Welsersheimbs aus* viel.

6 *Fortsetzung der Angelegenheit in MR. v. 13. 6. 1882/III. Bestimmte vom Statthalter von Dalmatien erlassene Verbote kommen in Tagesordnungspunkt IV dieses Protokolls zur Sprache.*

7 *Mit Vortrag v. 7. 5. 1882 beantragte Taaffe, Wallek den genannten Orden zu verleihen, welchem Antrag Franz Joseph mit Ah. E. v. 14. 5. 1882 entsprach,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1897/1882.

8 *Kundmachung der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 13. 3. 1882,* Lgbl. Dalmatien Nr. 15/1882.

9 *Kundmachung der k. k. dalmatinischen Statthalterei v. 29. 3. 1882,* Lgbl. Dalmatien Nr. 22/1882.

gungen anher die Anzeige erstatte habe, gelte es in Gemäßheit des Alinea 2 des § 8 des Ausnahmsgesetzes über die Fortdauer der Anordnungen den Beschluss des Gesamtministeriums einzuholen[10].

Da die Anordnungen formell zulässig und an sich entsprechend erscheinen, so werde vom Ministerium des Innern proponiert, den Beschluss des Ministerrates dahin zu fassen, dass die Maßregeln geneh[migt] []gesetzes er[] [polizei]lichen Anordnun[gen gleic]hfalls nach § 11 des Ausnahmsgesetzes rechenschaftsweise dem Reichsrate vorzulegen seien[11]. Die Frage wurde schon gelegentlich der Beratung der allgemeinen Ausnahmsverordnung im Justizministerium verneint. Das Ministerium des Innern vertrete die gleiche Anschauung und fuße sich dabei darauf, dass das Recht der Erlassung polizeilicher Verfügungen nach § 8 nur eine Folge der angeordneten Suspension der Staatsgrundgesetze sei und dass das Ausnahmsgesetz selbst, wie namentlich die Fassung des § 10 desselben dartun, die aufgrund dieses Gesetzes getroffenen Aus[] [han]dle es sich vorliegend [um] Verbote, welche auch nach dem Waffenpatente und beziehungsweise nach § 7 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854[12] hätten erlassen werden können.

Der Ministerrat tritt der Anschauung des Ministeriums des Innern bei und erklärt sich für die Genehmigung der Verfügungen des Statthalters[13].

V. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner über den vom dalmatinischen Landtage neuerdings beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Sicherstellung der Zahlung von Gemeindeschulden[14]. [] 1880 wurde vom [Land]tage ein Gesetzentwurf be[schl]ossen, welcher die Zwangseinbringung durch Umlage auf alle exekutionsfähigen Gemeindeschulden sowohl öffentlich-rechtliche als privatrechtliche ausdehnen wollte[15]. Der fragliche Entwurf wurde nicht sanktioniert, weil derselbe neben formellen Gebrechen die Tendenz der gleichmäßigen Umfassung beziehungsweise Zwangsunterwerfung aller Schuldenverhältnisse nicht klar zum

---

10 *Nach Zustimmung des Ministerrates in seiner Sitzung am 2. 3. 1882/I (liegt nicht mehr ein) war dem Vortrag Taaffes v. 3. 3. 1882 mit Ah. E. v. 6. 3. 1882 zugestimmt worden, auf Grundlage des Gesetzes v. 5. 5. 1869 (*RGBl. Nr. 66/1869*) im Gebiet der Bezirkshauptmannschaften Cattaro, Metković und Ragusa Teile des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (*RGBl. Nr. 142/1867*) aufzuheben,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 963/1882*, die Verordnung des Gesamtministeriums v. 6. 3. 1882 publiziert als* RGBl. Nr. 26/1882. *Mit Schreiben v. 18. 4. 1882 hatte der Statthalter in Zara, Jovanović, Taaffe die Kundmachung zum Verbot des Tragens fremdländischer Abzeichen im Bezirk Cattaro mitgeteilt,* AVA., IM., Präs., Karton 862, Sig. 22/Dalmatien, Zl. 2211/1882.

11 *Gleichzeitig mit der Verordnung des Gesamtministeriums hatte Franz Joseph mit der Ah. E. v. 6. 3. 1882 (*HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 963/1882*) auch einer Mitteilung an den Reichsrat zugestimmt. Dem kam Taaffe mit Zuschrift an das Abgeordnetenhaus v. 6. 3. 1882 nach,* Prot. Reichsrat AH. 7. 3. 1882 (205. Sitzung) 7237. *Diese Mitteilung wurde vom Reichsrat genehmigend zur Kenntnis genommen, Abgeordnetenhaus:* Prot. Reichsrat AH. 27. 3. 1882 (219. Sitzung) 7698*, Herrenhaus:* Prot. Reichsrat HH. 21. 4. 1882 (61. Sitzung) 919. *Über Vortrag Taaffes v. 27. 4. 1882 wurde diese Mitteilung mit Ah. E. v. 6. 5. 1882 zur Kenntnis genommen,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 1758/1882*. Die Aufhebung dieser Verordnung des Gesamtministeriums für Metković und Ragusa kam zur Sprache in MR. v. 29. 11. 1883/I, die Verlängerung für Cattaro in Tagesordnungspunkt II desselben Ministerrates.*

12 *Kaiserliche Verordnung v. 20. 4. 1854,* RGBl. Nr. 96/1854.

13 *Den Ministerratsbeschluss teilte Taaffe Jovanović mit Schreiben (K.) v. 9. 5. 1882 mit,* AVA., IM., Präs., Karton 862, Sig. 22/Dalmatien, Zl. 2211/1882.

14 *Das vom dalmatinischen Landtag angenommene Gesetz* Prot. Landtag Dalmatien 25. 8. 1881 (II. Sitzung) 21.

15 *Angenommen in der Sitzung* Prot. Landtag Dalmatien 5. 7. 1880 (VII. Sitzung) 168*. Seine Ablehnung war in MR. v. 9. 4. 1881/VII (liegt nicht ein) besprochen worden.*

Ausdrucke brachte und demnach den nebenherigen Fortbestand der Spezialgesetze von den Jahren 1872 und 1874 einerseits teilweise faktisch bedingte, anderseits formell im Ungewissen ließ und weil ferner der im Staats[] nicht berücksichtigt []16.

[De]r nun neuerlich beschlossene Entwurf habe zwar die in formaler Beziehung gegen den Entwurf vom Jahre 1880 erhobenen Bedenken korrigiert, bleibe jedoch in meritorischer Beziehung trotz der geänderten Fassung nach beiden vorerwähnten Richtungen hin wesentlich auf dem Standpunkte des früheren Entwurfes stehen, weshalb der Ministerpräsident nicht in der Lage sei, auf die Genehmigung des vorliegenden Entwurfes einzuraten.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antrag auf Nichtsanktionierung einverstanden17.

[VI.] [Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner über den vom niederösterreich]ischen Land[tage beschlossenen] Gesetzent[wurf] betreffend die Einbrin[gung] von Forderungen an [G]emeinden und öffentliche Konkurrenzverbände18. Dieser Entwurf sei gleichfalls und zwar aus dem Grunde zur Sanktion nicht geeignet, weil nach demselben die Auferlegung von Zwangsumlagen nur in den Fällen von auf einem Privatrechtstitel beruhenden Geldforderungen und nicht auch dort, wo Zahlungsverbindlichkeiten öffentlich-rechtlicher Natur infrage stehen, an das Einverständnis der Statthalterei gebunden sein solle. Die Einwendung des Landtages, dass die Forderung der [] außerhalb des Bereiches der Autonomie liegen und grundsätzlich einen Bestandteil der staatlichen Befugnisse bilde. Auch in den bezüglichen Gesetzen der anderen Länder – ausgenommen die Spezialgesetze von den Jahren 1872 und 1874 für Dalmatien19, wo es sich übrigens nur um Forderungen aus den ohnehin im Einverständnisse mit der Statthalterei verwalteten Notstandsgeldern, dann um die bereits nach den bestehenden Gesetzen zu leistenden Spitalskosten und Schulbeiträge handelt – sei das staatliche Einverständnis für die Zwangsumlagen gewahrt20.

[VII.] [M]inister Dr. Pražák [al]s Leiter des Justizministeriums referiert über die Einbringung eines Gesetzentwurfes, womit der neuerrichteten Landesbank des Königreiches Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau21 die Berechtigung erteilt wer-

---

16 *Gesetz v. 8. 4. 1872,* Lgbl. Dalmatien Nr. 19/1872, *sowie Gesetz v. 16. 4. 1874,* Lgbl. Dalmatien Nr. 13/1874.

17 *Über Vortrag Taaffes v. 9. 5. 1882 wurde mit Ah. E. v. 18. 5. 1882 dem Gesetzentwurf die Sanktion verweigert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1952/1882. *Darauf wurde das Gesetz vom Landtag Dalmatiens ein drittes Mal beraten, unter Berücksichtigung der Kritikpunkte der Regierung beschlossen* – Prot. Landtag Dalmatien 9. 7. 1883 (IV. Sitzung) 130 – *und diesmal über Vortrag Taaffes v. 4. 9. 1883 mit Ah. E. v. 4. 9. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3334/1883*, Gesetz v. 4. 9. 1883, publiziert als* Lgbl. Dalmatien Nr. 39/1883.

18 *Annahme des Gesetzentwurfes durch den niederösterreichischen Landtag* Prot. Landtag Niederösterreich 21. 10. 1881 (11. Sitzung) 309.

19 *Siehe dazu Anm. 16 dieses Protokolles.*

20 *Mit Ah. E. v. 18. 5. 1882 wurde dem Gesetzentwurf nach Antrag Taaffes in seinem Vortrag v. 9. 5. 1882 die Sanktion nicht erteilt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1953/1882*. Das Gesetz wurde modifiziert vom niederösterreichischen Landtag erneut beschlossen,* Prot. Landtag Niederösterreich 3. 10. 1882 (2. Sitzung) 24. *Entsprechend dem Antrag Taaffes in seinem Vortrag v. 11. 12. 1882 wurde es nun mit Ah. E. v. 21. 12. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4808/1882*, Gesetz v. 21. 12. 1882, publiziert als* Lgbl. Niederösterreich Nr. 12/1883.

21 *Die Haftung des Landes Galizien und die Aufnahme eines Anlehens für die Errichtung der Landesbank war über Vortrag Taaffes v. 18. 4. 1882 mit Ah. E. v. 27. 4. 1882 erteilt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1654/1882*. Das Landesanlehen wurde kundgemacht mit Gesetz v. 27. 4. 1882,* Lgbl. Galizien Nr. 52/1882. *Die Statuten der Bank wurden publiziert mit der Kundmachung des Statthaltereipräsidiums v. 10. 9. 1882,* Lgbl. Galizien Nr. 81/1882.

den soll, Hypothekarforderungen im Wege der galizischen Exekution einbringen [zu] lassen. Nachdem die Zugestehung dieser Begünstigung in den obwaltenden Verhältnissen begründet sei und die beteiligten Ministerien einverstanden seien, erbitte er [] Zustimmung[22].

VIII. Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums teilt mit, dass anlässlich der Inaugurierung des Kreisgerichts in Wadowice am 1. Mai l. J. von den bei dieser Gelegenheit versammelten Honorationen und der Vertretung der Stadt Sr. k. u. k. apost. Majestät die au. Danksagung dargebracht wurde. Der Minister erlaubt sich dies im Wege des Ministerratsprotokolles zur Ah. Kenntnis Sr. Majestät zu bringen[23].

[IX.] [Der Landesverteidigungsminister macht Mittei]lung über [die] Regelung der [Versorg]ung der Witwen und [W]aisen der vor dem Feinde gefallenen Militärs[24]. Der Minister habe im Ausschusse erklärt, dass die Regierung die Regelung der im § 16 des Taxgesetzes vorgesehenen Versorgungsfrage bereits beschlossen habe, dass sie jedoch nicht einseitig vorgehen könne und daher die Entschließung der ungarischen Regierung abwarten müsse[25]. Der Ausschuss habe schließlich mit seiner Zustimmung beschlossen, die Regierung mit einer Re-

---

22 *Mit Vortrag Pražáks v. 5. 5. 1882 bat er um die Ermächtigung, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen. Dem wurde mit Ah. E. v. 10. 5. 1882 entsprochen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1830/1882. *Dies geschah mit Zuschrift Pinos an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 12. 5. 1882 (236. Sitzung) 8280. *Nach der Annahme des Gesetzentwurfes von beiden Häusern des Reichsrates* – Abgeordnetenhaus Prot. Reichsrat AH. 22. 5. 1882 (238. Sitzung) 8338, *Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1030 – *wurde er über Vortrag Pražáks v. 14. 6. 1882 mit Ah. E. v. 21. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2432/1882, *und das Gesetz v. 21. 6. 1882 als* Rgbl. Nr. 81/1882 *publiziert.*

23 *Das Kreisgericht war mit der Verordnung des Justizministeriums v. 27. 5. 1879 errichtet worden,* Rgbl. Nr. 85/1879, *das durch Verordnung des Justizministeriums v. 25. 1. 1882 mit 1. 5. 1882 aktiviert wurde,* Rgbl. Nr. 15/1882. *Zur Inaugurierung des Kreisgerichtes siehe* Wiener Zeitung (A.) v. 1. 5. 1882.

24 *Die Versorgung der Hinterbliebenen der während der Aufstände im Süden Bosnien-Herzegowinas und Dalmatiens gefallenen Soldaten war bereits besprochen worden in MR. v. 11. 2. 1882/III, MR. II v. 14. 3. 1882/XI und MR. v. 7. 4. 1882/IV (liegen alle nicht mehr ein). Welsersheimb hatte mit Vortrag v. 15. 2. 1882 beantragt, einen Gesetzentwurf zur Unterstützung für hilfsbedürftige Familien von Mobilisierten in Höhe von 94.000 fl. nach § 17 des Gesetzes v. 13. 6. 1880,* Rgbl. Nr. 70/1880, *in den Reichsrat einzubringen; er wurde aber mit Schreiben des MKSM. v. 17. 2. 1882 mit dem Hinweis, dass inzwischen weitere Truppen in das Aufstandsgebiet mobilisiert worden seien, beauftragt, diese Summe aufzustocken,* Ka., MKSM. 89–1/2–1/1882. *Mit dem folgenden Antrag erhöhte Welsersheimb diese Summe auf 120.000 fl., die nun mit Ah. E. v. 20. 2. 1882 genehmigt wurde,* Ka., MKSM. 89–1/2–2/1882. *Dieser Gesetzentwurf wurde aber nicht in den Reichsrat eingebracht.*

25 *Das Militärtaxgesetz, durch das die Ansprüche der Hinterbliebenen finanziert werden sollten, kam zur Sprache in MR. v. 23. 9. 1879/VII, MR. III v. 3. 10. 1879/I, MR. 6. 10. 1879/I, MR. v. 8. 10. 1870/IV, MR. v. 28. 10. 1879/I, MR. v. 5. 11. 1879/VII, MR. v. 2. 9. 1880/IV, MR. v. 24. 2. 1880/VI, MR. v. 26. 2. 1880/I, MR. v. 3. 3. 1880/II, MR. v. 26. 4. 1880/VI, MR. v. 2. 5. 1880/IV, MR. v. 31. 5. 1880/X und – wegen der Durchführungsverordnung – in MR. v. 25. 3. 1881/VIII. Alle Protokolle liegen nicht ein. Mit Ah. E. v. 1. 11. 1879 wurde Landesverteidigungsminister Horst über seinen Vortrag v. 29. 10. 1879 ermächtigt, einen Militärtaxgesetzentwurf in den Reichsrat einzubringen,* Ka., MKSM. 82–4/2–2/1879. *Dies geschah mit seiner Zuschrift v. 3. 11. 1879 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 6. 11. 1879 (11. Sitzung) 248. *Nach schwierigen Verhandlungen, auch wegen der anderen Vorstellungen in Ungarn, wurde der Gesetzentwurf von beiden Häusern beschlossen, Abgeordnetenhaus:* Prot. Reichsrat AH. 12. 5. 1880 (94. Sitzung) 3254, *Herrenhaus:* Prot. Reichsrat HH. 25. 5. 1880 (25. Sitzung) 286. *Der Entwurf wurde über Vortrag Horsts v. 31. 5. 1880 mit Ah. E. v. 13. 6. 1880 sanktioniert,* Ka., MKSM.82–2/1/1880. *Das Militärtaxgesetz v. 13. 6. 1880 wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 70/1880. *Die Protokolle der Kommission zur prinzipiellen Klärung der Frage der Behandlung der Hinterbliebenen, bestehend aus Vertretern des Kriegsministeriums, der cisleithanischen und der ungarischen Regierung, die in 16 Sitzungen vom 23. 11. bis 19. 12. 1881 tagte, in* Ka., KM., Präs. 62–3/2/1882. *Zu den Diskussionen mit der ungarischen Regierung siehe den Schriftverkehr in* Ka., MfLV., Präs. 517/1882. *§ 16 behielt die Regelung der Versorgung der Witwen und Waisen einem späteren Gesetz vor.*

solution[26] aufzufordern, erstlich das fragliche Versorgungsgesetz mit tun[lichster Beschleunigung] [] wodurch die Re[gieru]ng ermächtigt wird, [j]enen hilfsbedürftigen Angehörigen der Gefallenen, wel[c]he aufgrund des § 22 des Taxgesetzes unterstützt werden, auch nach Ablauf der sechsmonatlichen Frist und bis zum Inslebentreten des im § 16 vorgesehenen Gesetzes die unumgänglich nötige Unterstützung gegen nachträgliche Verrechnung und Genehmigung verabfolgen zu lassen. Der Landesverteidigungsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates im Falle der Annahme der Resolution im Sinne derselben die entsprechenden Einleitungen zu treffen. [][27]

[Wien, am 4. Mai 1882.] Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 6. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 385 Ministerrat, Wien, 5. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 5. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Auerhammer.

[I.] Einbringung des Bedeckungsgesetzes für die von den Delegationen bewilligten neuerlichen Okkupationskredite.

KZ. 49 – MRZ. 41

[Protokoll des zu Wien am 5. Mai 1882 abgehaltenen M]inisterrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsiden[ten] Grafen Taaffe.

[I.] Im Auftrage des Finanzministers referiert Ministerialrat Ritter v. Auerhammer über die Bedeckung der durch die Ah. sank[tionierten und von den Delegationen beschlossenen Nachtragsforderungen, von denen die diesseitige Reichshälfte 14,886.]200 fl. [zu tragen habe[1]. Der Refere]nt legt den aus der [Anla]ge ersichtlichen Bedeckungsentwurf vor[a]. Zur Bedeckung der 21 7/10 Millionen Gulden sollen 8 5/10 Millionen Gulden durch Veräußerung von gemeinsamen Aktiven und zwar 17.266 Stück Aktien der böhmischen Nordbahn und von 32.500 Stück Aktien der Franz-Joseph-Bahn beschafft werden. Von der Summe von 8 5/10 Millionen entfällt auf die diesseitige Reichshälfte ein Betrag von 5,831.000 fl., während der Rest zu 9,055.200 fl. durch Begebung von 5 % österreichischer Notenrente aufgebracht [] als Zahlungsmit[tel des] seinerzeitigen Tei[lun]gsmodus der gemeinsamen [Ak]tiven nicht präjudiziert werde.

---

[a] *Liegt mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei.*

[26] *Diese Resolution wurde nur vom Wehrausschuss des Abgeordnetenhauses und nicht vom Abgeordnetenhaus selbst beschlossen.*

[27] *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 16. 5. 1882/VIII.*

[1] *Diese Angelegenheit kam bereits zur Sprache in MR. v. 6. 3. 1882/I (liegt nicht mehr ein). Zu den Unruhen im Süden Bosnien-Herzegowinas und Dalmatiens, die den Nachtragskredit verursachten, siehe Anm. 1 zu MR. v. 14. 4. 1882/IX. GMR. v. 12. 4. 1882* – Hhsta., PA. XL, Karton 293, RMRZ. 297 – *hatte sich auf den Kredit geeinigt, dem die Delegationen am 26. 4. 1882 in ihrem Beschluss zustimmten* – Prot. Delegation RR. (6. Sitzung) Anhang VI – *und der von Franz Joseph mit Ah. E. v. 26. 4. 1882 bewilligt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1695/1882. *Der sanktionierte Beschluss der Delegationen wurde publiziert in* Wiener Zeitung (M.) v. 5. 5. 1882.

Zu Artikel III des Gesetzentwurfes hinsichtlich der Frist[e]rstreckung des Verkaufsrech[t]es einiger aus der Teilung des westgalizischen Ausgleichsfonds [h]errührenden Obligationen bemerkt der Minister für Kultus und Unterricht, dass sonach in dem Gesetzentwurfe eigentlich zwei heterogene Gegenstände zusammengefasst werden und dass die Regierung zum Verkaufe dieser letzteren Obligationen schon durch das Finanzgesetz pro 1881 ermächtigt sei[2]. [] nachträgliche [einzubringen]de Erforder[nis per] 14,886.200 fl. in den [Voranschl]schlag 1882 auf Grund[la]ge der Ausgleichsgesetze unverändert zu erfolgen habe und der Reichsrat nur über den Modus der Bedeckung zu beraten habe[3].

Was ferner die Berechtigung zum Verkaufe der im Artikel III gedachten Obligationen anbelangt, so sei diese für die Dauer des Rechnungsjahres 1881 durch den Voranschlag zweifellos gegeben, nicht so ganz über jeden Zweifel erhaben sei das Recht der Regierung auch nach der Jahreswende und könnte möglichenfalls bei Vorlage [] [wä]re der Reichsrat der [An]sicht, dass die Auslegung [d]er Regierung bezüglich des [F]inanzgesetzes pro 1881 allzu [sk]rupulös sei, so stünde es ihm [f]rei, den betreffenden Gesetz[a]rtikel auszuschneiden, woge[g]en von Seite der Regierung [e]ine Einwendung nicht erhoben werden würde, weil sie dann durch diesen Vorgang vor jedem Vorwurf gesichert wäre. Nachdem der Gesetzentwurf vollinhaltlich verlesen und die Kongruenz desselben mit dem von der ungarischen Regierung im ungarischen Reichstage eingebrachten korrespondierenden Gesetzent[wurfe] []nden Gesetz[entwurf S]r. Majestät behufs [Erwir]kung der Ah. Einbringungsgenehmigung zu unterbreiten[4].

Wien, am 5. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Schönbrunn, 19. Mai 1882. Franz Joseph.

Nr. 386 Ministerrat, Wien, 7. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 7. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Gniewósz.

I. Vorgehen beim Ringtheaterprozesse in Bezug auf die Beurteilung der öffentlichen Organe. II. Frage der Zulassung ungarischer Papiere zu Geschäftskautionen und Pflegschaftsanlagen. III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Gebührenbefreiung für die galizischen Landesanleihen zur Subvention für den Bau der Transversalbahn und zu Konvertierungszwecken.

---

2 *Das Finanzgesetz pro 1881 war in MR. v. 8. 11. 1880/III (liegt nicht mehr ein) beraten und nach der parlamentarischen Genehmigung mit Ah. E. v. 7. 6. 1881 sanktioniert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2245/1881, *Gesetz v. 7. 6. 1881, publiziert als* Rgbl. Nr. 51/1881. *Die Bemerkung Conrads bezog sich auf dessen Artikel V.*

3 *§ 11 des Gesetzes v. 21. 12. 1867,* Rgbl. Nr. 141/1867, *hielt die Zuständigkeiten des Reichsrates fest, wobei einschränkend bemerkt wurde:* soferne dieselben nicht infolge der Vereinbarung mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen diesen und den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam zu behandeln sein werden. *Hingegen bestimmte Punkt o) dieses Paragrafen als in die Zuständigkeit des Reichsrates fallend* die Gesetzgebung, betreffend die Form der Behandlung der durch die Vereinbarung mit den zur *ungarischen Krone gehörigen Ländern* als gemeinsam festgestellten Angelegenheiten. *Somit konnte der Reichsrat nicht die Höhe der Nachtragsforderung bestimmen, dies hatten zuvor bereits die Delegationen getan; der Reichsrat konnte aber die Art und Weise der Bedeckung bestimmen.*

4 *Der Vortrag Dunajewskis v. 5. 5. 1882, den Gesetzentwurf zur Finanzierung der Nachtragsforderungen des gemeinsamen Budgets in den Reichsrat einbringen zu dürfen, wurde mit Ah. E. v. 6. 5. im Sinne des Antrags resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1835/1882. *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 7. 5. 1882/IV.*

IV. Wegen Eliminierung des Artikels III aus dem Gesetzentwurfe betreffend die Bedeckung des außerordentlichen Delegationskredites. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Pfarrer in Georgswalde, Franz Schubert. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den ordentlichen Professor an der Wiener Universität, Dr. Wilhelm Hartel. VII. Bezüglich der Stellungnahme zu § 48 der Schulgesetznovelle mit Rücksicht auf Galizien. VIII. Über die im Abgeordnetenhause gestellte Anfrage wegen fortdauernder Verwendung der Reservemannschaften im Süden. IX. Über den anlässlich des Aufstandes in Pobori angeregten Bau einer verteidigungsfähigen Gendarmeriekaserne in jener Gegend. X. Bericht des Statthalters in Dalmatien über die Behandlung der Crivoscie und der geflüchteten Einwohner derselben (Güterkonfiszierung und Entziehung des Landwehrprivilegiums). XI. Wegen Regenerierung des griechisch-katholischen Basilianerordens in Galizien. XII. Wegen Einberufung des vorbereitenden Kirchenkongresses der griechisch-orientalischen Erzdiözese der Bukowina.

KZ. 52 – MRZ. 42

[Protokoll des zu Wien am 7. Mai 1882 abgehaltenen] Ministerr[ates] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräs[identen] Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident sieht sich veranlasst zur Sprache zu bringen die Art und Weise, wie beim Ringtheaterprozesse [] und der [öffentlichen Organe v]orgegangen [werde[1]. S]chon die Anklage[schrift a]tmete diesfalls einen weit über die Objektivität hinausgehenden Ton. Desgleichen sei es bei der Verhandlung. Man gehe so weit, Mitglieder der Sicherheitswache aus dem Grunde nicht zu beeiden, weil sie solche seien. Auf diese Weise werde die Autorität der Sicherheitswache beim Publikum untergraben und werde es derselben sicherlich erschwert, in Zukunft ihre Schuldigkeit zu tun. Der Ministerpräsident will daher den Leiter des Justizministeriums ersuchen, womöglichst dahin einzuwirken, []

Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák bemerkt, dass er schon bei der Einleitung des Prozesses den betreffenden Organen nahegelegt habe, die Autorität der Behörden zu schonen. Es scheinen übrigens auch vorwiegend die Journale die Verhandlung unter tendenziöser Entstellung des Verhandlungsganges so darzustellen, dass die Behörden dabei am schlechtesten wegkommen. Der Minister will es sich angelegen sein lassen, in der vom Ministerpräsidenten gewünschten Weise einzuwirken[2].

[II.] []nt [] [Justizmin]isterium sich [g]egen die Annahme [der] Staatspapiere und ga[r]antierter Prioritäten zur Anlage von Pflegschaftsgeldern, jedoch für die Duldung des von Geschäftskautionen in diesen Papieren erklärt habe[3]. Darnach beabsichtige der Finanzminister mit

---

1 *Am 8. Dezember 1881 war es zum Brand des Ringtheaters gekommen, bei dem über 900 Personen ums Leben kamen. Diese Angelegenheit stand in MR. v. 11. 12. 1881/I auf der Tagesordnung, ein Gesetzentwurf für die* Gebührenbefreiung der Ah. Stiftung zum Gedächtnisse der beim Ringtheaterbrande Verunglückten *in MR. v. 30. 12. 1881/II (beide liegen nicht ein). Zum Ringtheaterbrand und -prozess siehe* Mikoletzky, Der Brand des Wiener Ringtheaters. *Über den Beginn des Prozesses am 24. 4. 1882 hatte die* Wiener Zeitung (A.) v. 24. 4. 1882 *berichtet.*

2 *Zu der Berichterstattung der Journale siehe beispielsweise* Kikeriki v.4. 5. 1882. *Eine entsprechende Weisung konnte in den Beständen des* Ava., JM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden. Das Urteil des Ringtheaterprozesses v. 16. 5. 1882 wurde publiziert in* Wiener Zeitung (M.) v. 17. 5. 1882.

3 *Mit Schreiben v. 16. 1. 1882* – Fa., FM, Präs., Fasz. 4–3/9, Zl. 375/1882, *– v. 6. 2. 1882* – Fa., FM, Präs., Fasz. 4–3/9, Zl. 756/1882 – *und v. 11. 3. 1882 hatte der ungarische Finanzminister Gyula Szapáry Dunajewski aufgefordert,* mit vollem Nachdrucke dahin wirken zu wollen, daß die Annahme der Papiere der ungarischen Staatsschuld als Kaution, nicht bloß bei den k. k. oesterreichischen Gerichten, sondern bei allen oesterreichischen Behörden und Aemtern anstandslos erfolge und daß die diesfalls noch schweben-

Rücksicht auf die diesfalls bereits früher erzielte Zustimmung der übrigen Ministerien[4] an den kgl. ung. Finanzminister die aus der Anlage ersichtliche Zuschrift[a] zu richten und gleichzeitig auch die korrespondierenden Einleitungen zu treffen. [] das Justizministerium [ist] nicht in der Lage, etwas anderes zu tun. Nach kurzer Diskussion behält sich der Leiter des Justizministeriums eine nochmalige Erwägungnahme der Sache vor[5].

III. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Zugestehung der Gebührenbefreiung für die Interimsscheine und Teilschuldverschreibungen der vom galizischen Landessausschusse behufs der Landessubvention für den Bau der galizischen Transver[salbahn][6] [] [zu] erstatten[den au.] Vor[trag.]

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

IV. Der Finanzminister bemerkt, dass er bei einer nachträglichen Prüfung des von der Ministerkonferenz am 5. d. M. nach seinem Vorschlage genehmigten Gesetzentwurfes betreffend die Bedeckung des außerordentlichen Delegationskredites[8] die Überzeugung gewonnen ha-

---

a *Liegt mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei.*

den Verhandlungen mit größter Beschleunigung dem endgiltigen Abschlusse zugeführt werden, Fa., FM, Präs., Fasz. 4–3/9, Zl. 1365/1882. *Mit Schreiben v. 7. 4. 1882 teilte Pražák Dunajewski den oben dargestellten Sachverhalt mit,* Fa., FM, Präs., Fasz. 4–3/9, Zl. 1760/1882.

4 *Mit ihren Schreiben vom Mai 1880 teilten die anderen Minister ihre Zustimmung mit, Verordnungen zur Annahme bestimmter ungarischer Wertpapiere zu erlassen, einliegend in* Fa., FM, Präs., Fasz. 4–3/9, Zl. 756/1882.

5 *Nach Einsichtsbemerkungen Pražáks v. 27. 5. 1882 wurden die Behörden und Ämter des Finanzministeriums mit Erlass (K.) Dunajewskis v. 3. 6. 1882 zur Annahme entsprechender Wertpapiere aufgefordert; gleichzeitig erging an alle anderen Ministerien die Aufforderung (K.) entsprechende Weisungen in ihrem Amtsbereich zu erlassen und der ungarische Finanzminister wurde davon in Kenntnis gesetzt,* Fa., FM, Präs., Fasz. 4–3/9, Zl. 1760/1882. *Das Thema kam erneut zur Sprache in MR. v. 21. 6. 1886/VIII (liegt nicht ein).*

6 *Die galizische Transversalbahn war zuvor besprochen worden in MR. v. 29. 6. 1880/III, MR. v. 15. 12. 1880/V, MR. v. 17. 12. 1880/VIII, MR. v. 21. 3. 1881/V, MR. v. 4. 5. 1881/II, MR. v. 13. 5. 1881/IX, MR. II v. 7. 6. 1881/III und MR. v. 19. 12. 1881/VI (alle liegen nicht mehr ein). Über Vortrag Pinos v. 28. 3. 1881 war mit Ah. E. v. 3. 4. 1881 die Einbringung des Gesetzentwurfes zum Bau der Bahn in den Reichsrat bewilligt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1323/1881. *Mit Zuschrift Pinos v. 4. 4. 1881 wurde die Vorlage in das Abgeordnetenhaus eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 5. 4. 1881 (137. Sitzung) 4817*, und von ihm* – Prot. Reichsrat AH. 21. 5. 1881 (158. Sitzung) 5757 – *und dem Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 14. 12. 1881 (47. Sitzung) 653 – *angenommen. Mit Ah. E. v. 28. 12. 1881 wurde der Gesetzentwurf über Vortrag Pinos v. 19. 12. 1881 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4960/1881*, das Gesetz v. 28. 2. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 150/1881. *Zu dieser Bahn siehe* Konta, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs, 292 f.

7 *Mit dem galizischen Landesgesetz v. 28. 12. 1881,* Lgbl. Galizien Nr. 5 *ex* 1882*, war ein Kredit über 1,1 Millionen Gulden zum Ausbau der galizischen Transversalbahn und mit Gesetz v. 22. 3. 1882,* Lgbl. Galizien Nr. 34/1882*, ein Kredit über 1,919.400 fl. zur Konvertierung hochverzinster Landesanlehen mit besseren Bedingungen bewilligt worden. Für deren Gebührenfreiheit beantragte Dunajewski mit Vortrag v. 7. 5. 1882 die Ermächtigung zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes in den Reichsrat, die mit Ah. E. v. 12. 5. 1882 erteilt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1878/1882. *Der Gesetzentwurf wurde in das Abgeordnetenhaus mit Zuschrift Dunajewskis v. 16. 5. 1882 eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 19. 5. 1882 (237. Sitzung) 8299*, hier am 23. 5. 1882,* Prot. Reichsrat AH. (239. Sitzung) 8372*, sowie vom Herrenhaus am 26. 5. 1882,* Prot. Reichsrat HH. (66. Sitzung) 1038*, angenommen und mit Ah. E. v. 6. 6. 1882 auf den Vortrag Dunajewskis v. 1. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2248/1882*, das Gesetz v. 28. 2. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 72/1882. *In Angelegenheit ihrer Bauvergabe kam diese Bahn erneut zur Sprache in MR. v. 16. 5. 1882/I.*

8 *MR. v. 5. 5. 1882/I.*

be, dass der bei der Verhandlung des Ministerrates vom Minister für Kultus und [Unterricht] [] hineingehöre, [] sich eine solche Bestimmung nicht angemessen mit der vorliegenden Bedeckungsvorlage verquicken lassen, abgesehen davon, dass es auch fraglich sei, ob die Regierung die mit dem fraglichen Artikel intendierte Bewilligung wirklich bedürfe. Er beabsichtige daher den Artikel III aus dem Entwurfe zu eliminieren. Nachdem jedoch inzwischen der Entwurf von Sr. Majestät Ag. genehmigt wurde, würde es zur Bewirkung der fraglichen Eliminierung, falls derselben der Ministerrat zustimmte, der Ah. Ermächtigung Sr. Majestät bedürfen.

Der Ministerrat erklärt sich [] den fraglichen [Artikel aus] dem Gesetzentwur[fe weg]lassen zu dürfen[9].

V. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben für den Erzdechant und Pfarrer in Georgswalde Franz Joseph Schubert in Anerkennung seines mehr als 50-jährigen verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. []10

[VI.] Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates [z]u dem Vorhaben, für den ordentlichen Professor der klassischen Philologie an der Wiener Universität Dr. Wilhelm Hartel in Anerkennung seiner ausgezeichneten Wirksamkeit als Lehrer und auf wissenschaftlichem Gebiete den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken. Der Minister teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die für Hartel sprechenden Verdienstmomente mit, insbesondere betonend, dass Hartel auch bereits wiederholt in der Lage war, ehrenvolle Anträge zur []11

[VII.] Der Minister für Kultus und Unterricht bringt zur Kenntnis, dass die Schulgesetznovelle im Ausschusse des Herrenhauses durchberaten wurde[12]. Mit Ausnahme des § 21 wurden alle Paragrafen im Sinne der Regierungsproposition akzeptiert. Außerdem handle es sich noch auch um die Stellungnahme zu § 48, welcher fordere, dass der Leiter der Schule die Befähigung zum Religionsunterrichte jenes Glaubensbekenntnisses habe, dem die Majorität der Schüler angehöre. Die Majorität wolle diese Bestimmung dahin amendieren, dass wenigstens ein Lehrer die frag[liche] []g fallen. Nun habe [aber] auch die Minorität des Ausschusses Bedenken, ob nicht die Proposition der Regierungsvorlage bei den Polen auf Widerstand stoßen würde, insoferne aus der Anordnung gefolgert werden könnte, dass es darnach nicht anginge,

---

9 *Die Ah. Bewilligung zur Streichung des Artikels III im bereits am Vortag resolvierten Vortrag scheint mündlich erfolgt zu sein, ein entsprechender Vortrag liegt in* Hhsta., Kab. Kanzlei *nicht ein. Der mit der Zuschrift Dunajewskis v. 7. 5. 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf,* Prot. Reichsrat AH. 8. 5. 1882 (232. Sitzung) 8115*, hatte die Vollzugsklausel statt zuvor im Artikel IV nun im Artikel III,* Prot. Reichsrat AH. 232. Sitzung, Beilage 536*. Der Gesetzentwurf wurde vom Reichsrat angenommen, Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 12. 5. 1882 (236. Sitzung) 8288 f.*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 22. 5. 1882 (63. Sitzung) 940*. Der votierte Gesetzentwurf wurde über Vortrag Dunajewskis v. 5. 6. 1882 mit Ah. E. v. 8. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2265/1882*, das Gesetz v. 8. 6. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 73/1882.

10 *Den genannten Orden für Schubert beantragte Conrad mit Vortrag v. 10. 5. 1882, der Orden wurde mit Ah. E. v. 16. 5. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1935/1882.

11 *Neben anderen Auszeichnungsanträgen erwirkte Conrad mit Vortrag v. 27. 5. 1882 für Hartel die Verleihung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse, die mit Ah. E. v. 5. 6. 1882 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2222/1882.

12 *Das Volksschulgesetz kam zuletzt zur Sprache in MR. I v. 30. 4. 1882/III, siehe hier besonders Anm. 6.*

dass ein römisch-katholischer Pole Leiter einer griechisch-katholischen ruthenischen Schule sei. Der Minister wünscht daher von den Ministerkollegen aus Polen zu erfahren, welche Anschauung im Polenklub über die Frage herrsche.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass er über die bezügliche Anschauung des Polen[klubs] [] In [] habe man, da [] Bekenntnisse gleich sind, [de]n diesfälligen Unter[s]chied zwischen Römisch-Katholischen und Griechisch-Katholischen gemacht. Jetzt aber und namentlich bei den Entscheidungen[b], wie sie das Reichsgericht fasse[c], dürfte aus der fraglichen Bestimmung allerdings die Gefahr erwachsen, dass man an ruthenischen Schulen einen römisch-katholischen Schulleiter nicht zulasse. Falls der Polenklub seine (des Ministers) Bedenken teilte, wäre er dafür, den § 48 lediglich unter die im § 75 zitierten Paragrafe aufzu[nehmen] []13

VIII. Der Landesverteidigungsminister bringt vor, dass in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. dieses Monats die fortdauernde Verwendung der Reservemannschaften im Süden hervorgehoben und an die Regierung die Anfrage gestellt wurde[14], wie es sich mit der vom Kriegsminister in der Delegation angedeuteten diesfälligen neuen Organisation verhalte[15], um eine längere Verwendung der Reservisten entbehren zu können, und wann die Einberufung der Reservisten voraussichtlich ihr Ende er[reichen] [] etwa bisher [gefassten] Resultaten einer [Wehrorg]anisation seitens des [R]eichskriegsministers keinerlei Kenntnis habe und weil der Landesverteidigungsminister überhaupt glaube, dass die Frage der Dauer und eventuellen Wiederholung außerordentlicher militärischer Maßnahmen nicht von deren Erfolgen allein, sondern wesentlich auch von den Maßnahmen und Erfolgen der inneren und äußeren Politik abhänge, worüber er schon wiederholt seine Anschauungen auszusprechen Gelegenheit gehabt.

Der Ministerrat nimmt []16

IX. Der Landesverteidigungsminister teilt ferner mit, dass anlässlich eines telegrafischen Berichtes über den jüngsten Aufstand in Pobori vom Statthalter in Dalmatien der Bau einer verteidigungsfähigen Gendarmeriekaserne in jener Gegend zwischen Brajići und Maini angeregt wurde[17]. Nachdem der Landesverteidigungsminister sich kaum der Illusion hingeben könne, dass die Unruhen in Pobori die letzten gewesen sein werden, so glaube er derlei Bau-

---

b *Korrektur Ziemiałkowskis aus* Unterscheidungen.

c *Korrektur Ziemiałkowskis aus* mache.

13 *Die Haltung der Bischöfe im Herrenhaus zum Volksschulgesetz beschäftigte den MR. v. 19. 12. 1882/IX.*

14 *Anfrage des Abgeordneten Max Menger,* Prot. Reichsrat AH. 5. 5. 1882 (230. Sitzung) 8042 f.

15 *Diese Andeutung erfolgte vermutlich in den entsprechenden Ausschüssen der Delegationen. Die Heeresorganisation kam zur Sprache in MR. v. 26. 9. 1882/IX.*

16 *Da es sich bei der Frage Max Mengers nicht um eine förmliche Interpellation handelte, sondern einen Redebeitrag zu der Petition des schlesischen Landesausschusses an die Regierung, einen Gesetzentwurf zur Versorgung hilfsbedürftiger Hinterbliebener gefallener Soldaten dem Reichsrat vorzulegen, erfuhr sie keine Beantwortung. Zu dem entsprechenden Gesetzentwurf aus Anlass des Aufstandes im Süden Bosnien-Herzegowinas und Dalmatiens siehe MR. v. 16. 5. 1882/VIII. Ein Gesetzentwurf zum Einsatz der Ersatzreserve im Bedarfsfall, um nicht auf Reservemannschaften zurückgreifen zu müssen, kam zur Sprache in MR. 26. 9. 1882/X.*

17 *Fortsetzung des MR. v. 14. 4. 1882/IX. Der telegrafische Bericht Jovanović' konnte in* Ka., MfLV., Präs., *in dem die anderen den Aufstand in Dalmatien betreffenden Akten liegen, nicht gefunden werden.*

tenvorschläge nicht fallweise []stem [] sehe er von [einer] unmittelbaren Erledi[gung] des vorliegenden An[trag]es umso mehr ab, als der Aufstand der Poboraner bereits wieder beendigt ist[18].

X. Der Landesverteidigungsminister kommt nunmehr auf den aus der Anlage ersichtlichen Bericht des Statthalters FML. Freiherrn v. Jovanović vom 13. April d. J. zu sprechen[d,19].

Nach Verlesung dieses Berichtes bemerkt der Landesverteidigungsminister folgendes: [] und er auch die [Not]wendigkeit der Durchführung derselben nicht unterschätze, so müsse er doch das Wesen derselben auf das Nachhältigste befürworten, weil die vielen Opfer, die bereits gebracht wurden und die noch gebracht werden sollen, für die dauernde Herstellung geordneter Zustände nutzlos wären, wenn nicht mit der äußersten Energie auf die Etablierung definitiver, entsprechender Verhältnisse hingearbeitet würde. In Wesenheit handle es sich nach dem Berichte um zwei Punkte, erstens um die Expatriierung der renitent bleibenden Bevölkerung der Cri[v]oscie, zweitens um die Entziehung [] [gese]tzliche [Maßnahmen] erforderlich. [Der La]ndesverteidigungs[min]ister glaubt aber, dass ma[n] die Sache jedenfalls, und zwar rasch, in Angriff nehmen müsste. Es wäre damit der einzige Weg gegeben, um für die Zukunft dauernde solide Zustände herzustellen. Auch wenn es in weiterer Folge zu keiner ausgebreiteten Kolonisierung käme, wäre es schon ein Vorteil, wenn man wenigstens mit jenen wahrhaft bestialischen Elementen fertig würde. Was den zweiten Punkt anbelange, so glaube er, dass zu dessen Realisierung bezüg[lich] [] werden [und einem] Studium zu un[terziehen] sein würde.

Hinsichtlich des ersten Punktes äußert man sich dahin, dass derselbe sich mit Ideen befasse und deren unmittelbare Verwirklichung zunächst nicht gedacht werden könne, wenngleich dieselben Anregung zu einem Studium über die Mittel und Wege der Stabilisierung friedlicher Verhältnisse darbieten können.

Insbesondere aber betont Minister Freiherr v. Ziemiałkowski, dass ein Konfiszierungsgesetz in Österreich geradezu unmöglich wäre. [] § 46 des Wehr[gesetz]es[20] betreffend die Behand[lu]ng der Stellungsflüchtigen [d]as Auslangen finden könnte. [D]emnach könnten die sich der [A]ssentierung e[ntziehenden] Crivoscianer [] [punkt]uell zu [einer längeren] Dienst[zeit im gemeinsamen Heer] abgestellt werden. Auf diese Weise träfe man andererseits nur jene Elemen[t]e, welche sich dem Gesetze nicht unterwerfen wollen.

Der Landesverteidigungsminister beabsichtige, sich hierüber zunächst mit dem Reichskriegsministerium ins Einvernehmen zu setzen und dann hierüber dem Ministerrat weitere Mitteilung zu machen. [] durchgreifende Maßnahmen erheischen, und das Sprichwort „salus rei publicae suprema lex esto“ hier anzuwenden erscheine, wenn nicht das militärische Kräfteaufgebot [e]ine unabsehbare, die ganze Zukunft gefährdende Folge von Opfern ohne nachhaltigem Resultate mit sich bringen solle.

Der Ministerrat beschließt, die weitere Diskussion auf die nächste Sitzung zu verlegen[21].

---

d *Liegt mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei, Abschrift in* Ka., MfLV., Präs. 956/1882.

18 *Fortgesetzt in MR. v. 16. 5. 1882/IX. Der Bericht v. 13. 4. 1882 ist an Ministerpräsident Taaffe gerichtet.*

19 *Zu den Unruhen im Süden Dalmatiens siehe MR. v. 14. 4. 1882/IX, Anm. 1.*

20 *Gesetz v. 5. 12. 1868,* Rgbl. Nr. 151/1868.

21 *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. I v. 10. 5. 1882/I.*

XI. Der Minister für Kultus und Unterricht bringt zur Sprache die von der Kurie []ster [] [Au]fgabe vor[] Schulpflege sei, [habe sich] fast vollständig von [dies]er seiner Aufgabe entfe[r]nt, sei überhaupt in arge[m] Verfall und sei dessen Disziplin gänzlich gelockert[22]. Nachdem der Orden in solcher Lage kein gedeihliches Wirken entwickeln könne, beabsichtige die Kurie dessen Regenerierung und zwar durch Jesuiten vorzunehmen, welchen zu diesem Behufe die Leitung des Novizenklosters in Dobromil übergeben werden solle. Der Minister habe über diese Eröffnung der Kurie in Anbetracht der obwaltenden [] [G]elegenheit eine Kon[feren]z mit den Bischöfen unter Beiziehung des Provinzials des Basilianerordens gepflogen[23]. Bei dieser Konferenz wurde voraus vom Provinzial selbst betont, dass der Orden sehr im Verfall sei und dass er sich aus eigner Kraft nicht emporheben könnte, weshalb das Einwirken anderer Elemente notwendig sei. Auch erklärte der Provinzial, dass er sich von dem Wirken der Jesuiten den besten Erfolg erwarte. In gleicher Weise erklärten sich auch der griechisch-katholische Metropolit und der Vertreter des römisch-katholischen Erzbischofs für das Projekt der Kurie. Der grie[chisch-katholische] []en Eindruck []he dasselbe wegen [des gegen] die römisch-katholische [Gei]stlichkeit und insbesondere gegen die Jesuiten bestehenden Antagonismus bei den Ruthenen hervorbringen dürfte. Bei dieser Konferenz wurde auch die Frage des Ritus für die gottesdienstlichen Handlungen in dem von den Jesuiten zu leitenden Novizenkloster ventiliert und wurde diesfalls vom griechisch-katholischen Metropoliten der Ausweg ins Auge gefasst, dass die Jesuiten deshalb den Gottesdienst nach dem Gebrauche der griechischen Kirche abhalten mögen. [] proponiere er den Modus in der Weise, dass die Jesuiten die Leitung des Klosters übernehmen, sich aber in die gottesdienstlichen Funktionen nicht einlassen, sondern hiezu griechisch-katholische Weltgeistliche berufen werden.

Der Finanzminister ist für die Sache, erklärt sich aber gegen den vom Statthalter proponierten Modus, weil es eine unglückliche Idee wäre, Weltgeistliche in das Novizenkloster zu berufen, weil sich weiters schwerlich die geeigneten Weltpriester finden dürften und weil endlich voraussichtlich die Jesuiten dies nicht zugeben dürften. []iden möge, [] sondern sich [] [ü]ber die Zulassung [der] Jesuiten bzw. deren Niederlassung zu diesem Zwecke auszusprechen hätte. Der Minister für Kultus und Unterricht erklärt, dass er auch nur die Absicht hätte, die Erledigung in der Weise zu geben, dass gesagt würde, die Regierung erhebe gegen die Niederlassung der Jesuiten zu dem gedachten Zwecke keine Einwendung und stelle es der Kurie anheim, die Veranlassung zu treffen, damit daselbst die gottesdienstlichen Handlungen dem griechisch-[katholischen] [] die Niederlassung, die der Statthalter mit [e]20[e] oder 25 Jahre proponiere, auszusprechen, weil möglicherweise der Zweck der Niederlassung auch schon in kürzerer Zeit erfüllt sein könnte.

[e–e] *Brandstellen ergänzt aus Schreiben Potockis an Conrad v. 5. 5. 1882,* AVA., CUM, neuer Kultus, Präs. 459/1882.

22 *Schismatische Tendenzen in der griechisch-katholischen Kirche kamen bereits zur Sprache in MR. v. 10. 5. 1875/VII (liegt nicht ein). Das Schreiben der Kurie lag vermutlich in* AVA., CUM, neuer Kultus, Präs. 409/1882*, hier ist aber nur das erste Blatt erhalten. Zu den Klöstern des Ordens der Basilianer des Heiligen Josaphat (Ordo Sancti Basilii Magni) in Galizien siehe* PELESZ, Geschichte der Union der Ruthenischen Kirche, 1054–1057. *Die Kritik an der gelockerten Disziplin bezog sich auf die russophilen Tendenzen in den Ordensgemeinschaften der Basilianer,* SPANGENBERGER, Zwischen Orient und Okzident, 11 f.

23 *Zur Konferenz Potockis mit griechisch- und römisch-katholischen Würdenträgern sowie dem Provinzial des Basilianerordens siehe Schreiben Potockis an Conrad v. 5. 5. 1882,* AVA., CUM, neuer Kultus, Präs. 459/1882.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski hält die Regenerierung des Basilianerordens, nachdem derselbe jetzt ganz entartet sei, für unvermeidlich, teilt aber hinsichtlich des Projektes der Berufung der Jesuiten vollkommen die Besorgnisse des Bischofs Stupnicki und kann sich nur darüber wundern, dass der griechisch-katholische Metropolit bei den täglich vor seinen Augen abspielenden [] fürchtet [] ein neuer Fun[ke zur E]ntzündung von Agitation unter die ruthenische Intelligenz hineingeworfen würde. Er muss daher zu erwägen geben, ob nicht die Regenerierung durch geeignete griechisch-katholische Weltgeistliche zu bewerkstelligen wäre.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Erledigungsantrage des Ministers für Kultus und Unterricht mit dem einverstanden, der Kurie unter einem zu bemerken, ob es nicht möglich wäre, die Regenerierung durch griechisch-katholische Weltgeistliche zu bewirken[24].

[XII.] [] Rücksicht auf die über den [Geg]enstand bereits in der Ministerkonferenz vom 7. April 1882 gepflogene Erörterung über die Einberufung des vorbereitenden Kirchenkongresses der griechisch-orientalischen Erzdiözese der Bukowina[25].

Es handle sich bei der Angelegenheit um folgende Momente: um die Frage der Einberufung überhaupt, sodann bei Zulassung des Kongresses um den Zeitpunkt der Tagung desselben, weiters um die Bestellung des landesfürstlichen Kommissärs für den Kongress, endlich um die Frage der Instruktion für den lf. Kommissär beziehungsweise die Frage der Einschränkung [] [Ri]tus [] dahin, dass nach[dem Se.] Majestät die Einbe[rufun]g des vorbereitenden Kongresses zuzusichern geruht haben[26], nunmehr diese Ah. Entschließung vollzogen werden solle. Hinsichtlich des Termines soll, nachdem hiefür die kirchliche Jahreseinteilung und die landwirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtig werden müssen, neuerdings der Landespräsident befragt werden. Für die Funktion des lf. Kommissärs wurde vom Landespräsidenten der Regierungsrat v. Renney vorgeschlagen. Seitens [] Stellung Renneys so[] [d]es Umstandes, dass dersel[b]e ein Genosse der griechisch-[o]rientalischen Kirche und mit den [g]eistlichen Kreisen dieser Kir[c]he verwandt und verwebt sei, den Landespräsidenten Freiherrn v. Alesani als lf. Kommissär zu bestellen und demselben den Regierungsrate v. Renney als zweiten Kommissär beizugeben. Anbelangend den Wirkungskreis des Kongresses erinnert der Referent unter Hinweisung auf das bereits in der Ministerkonferenz am 7. April 1882 dargelegte, dass von den Hauptdesiderien der Kongresswerber die Punkte: Wahl der Bischöfe, als Sr. [Majestät] []es Kirchen[] geschlossen seien[, ob] die innere kirchliche Ver[fass]ung nach den Normen der Kirche in den Wirkungskreis der Synode falle. Mit Rücksicht hierauf müsste der lf. Kommissär dahin instruiert werden, dass diese drei Punkte keinen Gegenstand der Verhandlung des Kongresses bilden könnten.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass er sich das Votum des Ministerrates nur über die Frage der Einberufung überhaupt und weiters darüber erbitte, ob es angezeigt sei, hinsichtlich der Instruierung des lf. Kommissärs so vorzugehen, [] [wid]rigenfalls

---

24 *Mit Schreiben (K.) v. 8. 5. 1882 forderte Conrad den Minister des Äußern, Kálnoky, entsprechend dem Ministerratsbeschluss auf, die Kurie zu bitten eine Reform des Basilianerorden mit Weltpriestern zu versuchen,* Ava., CUM, neuer Kultus, Präs. 459/1882. *Mit Schreiben Papst Leos XIII. v. 12. 5. 1882 wurde an der Reform des Ordens durch die Jesuiten festgehalten,* Ava., CUM, neuer Kultus, Präs. 552/1882. *Zur Reform des Ordens in Dobromil ab 1882 siehe* Gottsmann, Rom und die nationalen Katholizismen, 231–236.

25 *Fortsetzung der Angelegenheit des MR. v. 7. 4. 1882/V (liegt nicht mehr ein).*

26 *Um dem Artikel 15 des Staatsgrundgesetzes v. 21. 12. 1867,* Rgbl. Nr. 142/1867*, Genüge zu tun, war nach der Behandlung im Ministerrat – MR. II v. 15. 6. 1868 besprach die* Petition des Abgeordneten *Hormuzaki* wegen Einberufung der griechisch-orientalischen Synode *und MR. v. 21. 7. 1871/VIII die* Wahlordnung

der Kon[gress] [sofort] aufgelöst werden würde oder ob der lf. Kommissär nur zu beauftragen wäre, sein diesfälliges Veto dann ein[z]ulegen, wenn im Laufe der Verhandlung die Diskussion auf die fraglichen Punkte geführt würde. Der Minister neigt sich letzterem Modus der Instruierung zu.

Der Handelsminister bemerkt, dass er seinerzeit als Landespräsident Bedenken gegen den Kongress geäußert habe. Der Motor der Kongressbewegung sei jedenfalls nur der, den griechisch-orientalischen Religionsfonds in seiner Verwaltung zu beeinflussen. Wenn kein Religionsfonds be[] [Se.] Majestät [die Synode] genehmigt [und die Einbe]rufung zugesi[chert;] nach den bereits getroffenen Einleitungen bleibe nichts übrig, als den Kongress als konstituierende Versammlung zuzulassen. Dabei müsse er aber als Bedingung voraussetzen, dass die Regierung entschlossen sei, bei der bisherigen Einrichtung der Verwaltung des Religionsfondes fest stehen zu bleiben und jeden Versuch der Einflussnahme des Kongresses auf diese Verwaltung abzuwehren. Hinsichtlich der Instruierung des lf. Kommissärs sei er für den Modus, dem zuzuneigen, was der Minister für Kultus und Unterricht erklärt habe, weil []

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski [b]eruft sich auf sein bei der früheren Erörterung abgegebenes Votum und bemerkt, dass man, wenn die Sache nicht mehr rückgängig zu machen sei, den Zusammentritt des Vorkongresses unter der Voraussetzung zulassen könne, dass der lf. Kommissär nachdrücklichst angewiesen werde, weder eine Beratung noch Schlussfassung über die fraglichen drei Punkte zu gestatten.

Sonach erklärt sich der Ministerrat für die Einberufung des Kongresses und für den vom Minister für Kultus und Unterricht hinsichtlich der Instruie[rung] [] Kommissärs []mert, dass [Freiherr v.] Alesani der rumä[nischen] Sprache nicht kundig [sei] und bemerkt, dass es vielleicht zweckentsprechend sein dürfte, einen lf. Kommissär aus Wien dahin zu senden, von welchem man sohin wüsste, dass er seine Instruktion unmittelbar vom Minister erhalten habe.

Der Handelsminister wäre auch für die Hinsendung eines eigenen lf. Kommissärs, da Renney wegen seiner Beziehungen nicht geeignet sei und der Landespräsident durch seine Haltung bei der bezüglichen Vorschlagserstattung seine Unlust, [] [dass auf dem] Kongresse zur Hauptsa[che] deutsch gesprochen werden dürfte und dem lf. Kommissär eventuell auch dort für die Informierung sprechkundige Beamte beigegeben werden könnten. Der Handelsminister wäre daher für die Hinsendung eines deutschen lf. Kommissärs.

Nach kurzer Diskussion über diesen Punkt erklären sich die Minister übereinstimmend dahin, dass die Wahl des lf. Kommissärs dem Ressortminister überlassen bleiben müsse[27].

Wien, am 7. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 6. Juni 1882. Franz Joseph.

---

für den Bukowinaer Kirchenkongress, Cmr. II, Nr. 71 *und* 579 *(liegen beide nicht ein) – über Vortrag des Kultus- und Unterrichtsministers Josef Jirečeks v. 28. 7. 1871 mit Ah. E. v. 9. 8. 1871 die Einberufung eines orthodoxen Kirchenkongresses in Czernowitz genehmigt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2763/1871. *In MR. v. 20. 7. 1874/VIII (liegt nicht ein) war die* Einberufung des griechisch-orientalischen Kirchenkongresses in der *Bukowina erneut beraten worden.*

27 *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 9. 6. 1882/IX.*

Nr. 387 Ministerrat, Wien, 10. Mai 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 10. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Giuliani, Krall.

[I.] Zur Frage der vom Statthalter in Dalmatien proponierten Konfiszierung der Güter der Crivoscianer. Erörterung der möglichen Maßnahmen.

KZ. 53 – MRZ. 43

[Protokoll des zu Wien am 10. Mai 1882 abgehaltenen] Minister[rates] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident bringt in Fortsetzung der in der Mi[nisterratssitzung 7. Mai] 1882[1] []propo[nierten] [Maß]nahmen und Vor[kehrungen] für die Zukunft [un]d [wend]et die Diskussion auf den [bei] der letzten Beratung noch nicht erschöpften ersten Hauptpunkt des Berichtes, welcher in dem Vorschlage der Konfiszierung der Güter der flüchtigen und strafwürdigen Crivoscianer gipfelt.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, nach dem an ihn zur Einsicht gelangten Expeditionsentwurfe des Ministeriums der Innern sei beabsichtigt, die im bezüglichen Berichte gestellten Anträge des Statthalters über die Be[] de[]altes: dass dermalen darauf nicht eingegangen werden könne und zweitens durch einen Erlass dahin, dass die Anträge mit der bestehenden Gesetzgebung nicht vereinbarlich wären, dass für eine Erwägung gesetzlicher Änderungen eine weitere Entwicklung der Dinge und Klärung der Sachlage abzuwarten wäre, nach einer angemessenen Frist Näheres zu berichten käme, und die Frage der Entziehung der Begünstigungen des Wehrgesetzes der eventuellen Rückkehr der Bevölkerung vorbehalten bliebe. Der Landesverteidigungsminister beabsichtige diesen []tere [] [n]icht zu[] zu lange schon [als Vorz]ug erscheint, um [zu ung]esäumter Ergreifu[ng] entschieden kategorischer [a]politischer und administrativer Maßnahmen aufzufordern, ohne welchen Substraten das militärische Kraftaufgebot nur eine unabsehbare, die ganze Zukunft gefährdende Folge von nachhaltig resultatlosen Opfern voraussehen lässt.“ Bezüglich der Frage des Wehrgesetzprivilegiums habe er mit Rücksicht auf das in der Ministerkonferenz vom 7. d. M. Vorgebrachte bereits das Einver[nehmen[2]] [] die Anträge des Statthalters anbelange, habe er schon bei der letzten Beratung die Notwendigkeit des sofortigen Eingehens auf den Kern der Sache an sich mit dem Hinweise betont, dass eine ausnahmsweise und kritische Situation auch ausnahmsweise Maßnahmen erheische. Sei es nun, dass man mittelst eines Gesetzes die Expatrierung und Konfiszierung ausspreche oder sei es, wenn dies aus politischen Gründen absolut untunlich wäre, dass im Wege der nach den bestehenden Gesetzen zulässigen[b] administrativen Maßnahmen eventuell durch Sequestrierung der Staat faktisch die fraglichen []nen er[].

[Der Le]iter des Justizministe[ri]um[s] Minister Dr. Pražák bemerkt, zu der förmlichen Konfiszierung, wie sie der Statthalter im Auge habe, bedürfte es eines neuen Gesetzes. Der Minister glaubt, dass es nicht am Platze wäre, einen solchen Gesetzesvorschlag einzubringen, weil er sicherlich nicht angenommen werden würde. Im administrativen Wege

---

a *Hier erster Vermerk, dass es sich um ein Zitat handelt, dessen Beginn aber nicht feststellbar ist.*

b *Korrektur Welsersheimbs aus* vorhandenen.

1 *MR. v. 7. 5. 1882/X.*

2 *Die* Frage der Aufhebung der Wehrpflichtbegünstigung für die Bewohner der Kreisgebiete Cattaro und Ragusa *wurde später erneut beraten in MR. v. 28. 2. 1887/II und MR. v. 20. 3. 1887/I (liegen nicht ein).*

biete zu einem Vorgehen allerdings noch die Ministerialverordnung vom 5. Oktober 1854 eine Handhabe[3], weil darnach in den Fällen einer Untersuchung wegen der Verbrechen des Hoch[verrats] [] der verbrecherischen [Unter]nehmung aufgewendeten Kosten zu rechnen sind, die Sequestrierung des Vermögens verfügt werden kann. Der Minister macht jedoch aufmerksam, dass diese Verordnung, weil sie doch eine Art Vermögenskonfiskation zulasse, eine solche Verurteilung erfahren habe, dass beschlossen wurde, dieselbe mit dem neuen Strafgesetze zu beseitigen. Natürlich stante lege könnte die Anwendung der Verordnung Platz greifen, sie setze jedoch die erwähnte Untersuchungseinleitung voraus und eine weitere Frage sei die, ob sich jemand finden würde, die sequestrierten Güter zu bewirtschaften. []men. [Anbelangend die] Frage der [Vorlage ei]nes Konfiszierungs[gesetzes] würde man jetzt auch [nich]t mehr die Zeit haben, ein solches durchzubringen.

Sektionschef Freiherr v. Kubin bemerkt, dass man im Ministerium des Innern von der Ansicht ausgegangen sei, dass es notwendig scheine, den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten und dass man in einer solchen Frage wegen der mitspielenden auswärtigen Rücksichten auch nicht ohne Einvernehmen mit dem Ministerium des Äußern vorgehen könnte. Man müsste sich nämlich auch [] zunächst hinsichtlich der Flüchtigen vorgehen? Solle man warten und wie lange, ob die Leute zurückkommen oder nicht? Man könnte ein Edikt erlassen und sagen, dass die, welche nicht kommen, dieser oder jener Maßregel unterworfen werden. Allein es frage sich, ob man sich der Leute würde erwehren können, wenn sie der montenegrinischen Regierung zur Last fallen. Wenn die Leute aber kommen, müssten sie existieren können, man könnte also ihre Güter doch nicht konfiszieren. Was die zur Hand seienden Maßnahmen anbelangt, so wurde das Vorgehen nach der Verordnung vom 5. Oktober 1854 schon erwähnt. Die unbefugte []e Maßre[gel, damit] der Staat die Ver[waltung] der Besitzungen in [die] Hand nehmen könnte, wäre allenfalls die, dass aufgrund der Steuerrückstände die Sequestration eingeleitet würde. Aber auch hiebei wäre es fraglich, ob man das Menschenmaterial fände, eine solche Verwaltung durchzuführen.

Der Landesverteidigungsminister hält es unter allen Umständen geboten, definitive Maßnahmen festzustellen für den Fall, als die Flüchtigen zurückkehren, und für den Fall, als sie nicht kommen. Man müsste sagen, wenn ihr [].

[Der] Handelsminister be[m]erkt, wenn nicht bedingungslos straffreie Rückkehr zugesichert werde, so werde niemand zurückkehren. Wenn man keinen Wert darauf lege, dass die Bevölkerung dort existiere, so brauche man einfach keine Amnestie zu geben und könne die wirtschaftlich wertlosen Gebiete brachliegen lassen, wobei die Regierung zugleich der Verantwortlichkeit für die Vermögensverwaltung enthoben wäre. Ein Konfiszierungsgesetz sei undenkbar, weil es nicht durchzubringen wäre. Im administrativen Wege die Sequestrierung einzuleiten, halte [] [sein]er Ansicht [nach nichts] zu tun, außer [die weni]gen zu bestrafen, wel[che] zurückkehren.

Der Minister für Kultus und Unterricht ist auch der Meinung, dass ein Konfiskationsgesetz nicht möglich wäre. Doch kann der Minister der weiteren Anschauung des Handelsministers nicht beistimmen, weil die Leute doch zurückkehren dürften. Der Minister wäre daher dafür, dass nach dem Strafgesetze mit der Einleitung der Untersuchungen vorgegangen und dann in den zulässigen Fällen die Sequestration in Gemäßheit der [] machen und auf das Einvernehmen mit den Gerichten verweisen.

---

3 *Verordnung des Justizministeriums v. 5. 10. 1854,* RGBL. Nr. 255/1854.

Der Ackerbauminister weist darauf hin, dass man im Wege der Steuerexekution, wenn man schon so vorgehen wolle, eventuell die dortigen Besitzungen dürfte erkaufen können.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dem Statthalter handle es sich darum, die Bevölkerung loszuwerden.[c] Das müsse auch der Wunsch der Regierung sein, denn wenn die Leute zurückkehren, fangen die Aufstände von Neuem an. Ein Konfiszierungsgesetz sei [] Ein[leitung einer Unter]suchung [wegen Hoch]verrat, Aufstand oder [Aufruhr] oder wegen Steuer[rück]ständen. Die Sequestration sei aber nicht anwendbar, weil man keine Sequester finden würde. Außerdem lasse sich noch denken der vom Ackerbauminister erwähnte, eventuelle Ankauf durch Exekution wegen Steuerrückständen. Das, was man von dem so Erworbenen für militärische Zwecke benötigte oder was man sich für diese Zwecke aus öffentlichen Rücksichten noch im Wege der Expropriation erwürbe, das könnte man in militärische Benützung be[] hätte keinen Zweck. Diejenigen, welche von Montenegro zurückkehren, wären von der Behörde in Empfang zu nehmen.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass die Auffangung der Rückkehrenden nicht leicht möglich wäre, man müsste dann einen Kordon an der Grenze Montenegros ziehen. Ein solcher Kordon würde aber die Verwendung von 30.000 Mann erheischen.

Der Finanzminister hält gleichfalls ein Konfiszierungsgesetz für nicht möglich. Er glaubt aber auch, dass man mit den übrigen Maßnahmen nichts Wesentliches erreichen würde. [] von [seinem Standpunkt n]icht beurtei[len kann,] inwieweit dies zu [machen] wäre. Überhaupt sollten derlei Maßnahmen vorerst mit den im Lande befindlichen Behörden beratschlagt werden.

Sektionschef v. Giuliani erörtert die Tragweite der Verordnung vom 5. Oktober 1854. Nach § 370 der Strafprozessordnung ist im Falle einer Verurteilung wegen des Verbrechens des Hochverrates, des Aufstandes oder Aufruhrs auch über die von Seite des Staates geltend gemachten Schadenersatzansprüche zu erkennen[4] und sind zu diesen Schä[den] [] aufgewendeten Ko[sten] zu rechnen. Zur Sicherstellung dieser Kosten kann nun nach der Ministerialverordnung vom 5. Oktober 1854, RGBl. Nr. 255, geschritten werden, sobald der Beschluss zur Einleitung der Untersuchung wegen obiger Verbrechen gefasst wird und kann nach Umständen die Pfändung und Sequestration des Vermögens veranlasst werden. Damit sei immerhin ein gutes Mittel gegeben, aber die Tragweite desselben für die vorliegenden Verhältnisse dürfe nicht überschätzt werden. Denn erstlich sei es zweifelhaft, ob die Verordnung auch von den Militärgerichten [] Unabsehba[rkeit] [h]andeln, da eine [Hand]lung in contumaciam [(au]ßer hinsichtlich des Verlustes der bürgerlichen Rechte) nicht möglich erscheint und sohin, solange die Beschuldigten nicht zurückkommen, ein Definitivum nicht getroffen werden kann.

Der Ministerpräsident konstatiert nunmehr aus der Diskussion, dass ein Vorgehen mit allgemeinen Maßnahmen in dem Sinne, wie sie der Statthalter im Auge habe, nicht möglich sei und dass namentlich ein Konfiszierungsgesetz untunlich wäre. Der Ministerpräsident glaubt [] der Gerichte und Steuer[behörde]n vorgehen könne.

---

[c] *Im Originalprotokoll* der.

[4] *Gesetz v. 23. 5. 1873,* RGBL. Nr. 119/1873.

Der Landesverteidigungsminister muss mit Entschiedenheit dafür eintreten, dass etwas geschehe, damit man sehe, dass die Regierung die Macht habe. Wenn es nun mit der vom Statthalter proponierten Maßregel nicht gehe, so müsse man dem Statthalter doch entschieden sagen, das sind die Mittel mit denen du vorgehen kannst.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird beschlossen, den Bericht des Statthalters dahin zu erledigen, dass dem Statthalter erklärt werde, dass auf die von [] jedoch [die verschiedene]n administra[tiven Maßna]hmen, nach welchen [er vorge]hen könne, angedeutet werden und derselbe daher [a]uf die Verordnung vom 5. [O]ktober 1854, auf den ärarischen Besitzankauf im Wege von Exe[k]ution auf Steuerrückständen und auf die Erwerbung mitt[e]lst Expropriation für militärische Zwecke aufmerksam gemacht [w]erde[5].

Wien, am 10. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 6. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 388 Ministerrat, Wien, 10. Mai 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 10. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Wegen Konzessionierung der Lokalbahnen Libáň–Bąków und Krupa–Kolleschowitz. II. Einbringung eines Nachtragskredites per 150.000 fl. für die Technische Hochschule in Wien.

KZ. 54 – MRZ. 44

[Protokoll des zu Wien am 10. Mai 1882 abgehaltenen M]inisterr[ates] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates für die Erwirkung der Ah. Konzessionierung der von der Bauunternehmung [Böhmische Commercialbahnen] [] [a]von der Station Libáň der Linie Kopidlno–Lib[a]áň der [Böhmischen Comm]ercialbahnen [a]über[a] Dětenic und Unter Bautzen nach B[ąków] (Turnau–Kralup–Prag[er] Bahn) mit einer Abzweigung von Dětenic über Dobrowitz und Semčitz nach Dobrowitz nebst Einbringung der von der Nordwestbahnstation Dobrowitz zur dortigen Zuckerfabrik führenden Fürstlich Thurn-Taxis'schen Schleppbahn, von der Station Krupa der Buštěhrader Bahn über Chrastian und Herrendorf nach Kolleschowitz[1].

[a–a] *Brandstelle ergänzt aus Gesetz v. 25. 5. 1880,* RGBL. Nr. 56/1880.

5 *Der entsprechende Erlass Taaffes v. 11. 5. 1882 an den Statthalter in Zara Jovanović – als Brandakt* AVA., IM., Präs., Karton 862, Sig. 22/Dalmatien, Zl. 2167/1882 – *liegt als Abschrift auch in* AVA., JM., Präs. 112/1882 *und in* FA., FM., Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3056, Zl. 2429/1882. *Mit Brandschäden ist er auch Beilage zu MR. v. 26. 5. 1882/I. Mit Vortrag v. 15. 5. 1882 berichtete Taaffe über die Beratungen, die mit Ah. E. v. 18. 5. 1882 mit der Bemerkung zur Kenntnis genommen wurden,* der weiteren Vortragserstattung in dieser Angelegenheit entgegen *zu sehen,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 1950/1882. *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 23. 5. 1882/II.*

1 *Zur Entstehung der Böhmischen Commerzialbahnen siehe* KONTA, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs, 293.

Die Länge der ersten Linie betrage 34 Kilometer und ihre Abzweigung 16 Kilometer, sohin zusammen 50 Kilometer. Die Länge der zweiten Li[nie] [] Bezug billigeren Brennmaterials wie Braun- und Steinkohle sowie erleichterte Zu- und [A]bfuhr von Zuckerrübe, Getreide und ferner Rüben- und Rohzuckerzufuhr für die Zuckerfabrik und Raffinerie in Dobrowitz; der Zweck der zweiten Linie: Einbeziehung der Zuckerfabrik in Kolleschowitz, des Kohlenwerkes in Herrndorf, des Sandsteinbruches in Přilep sowie anderer an der Trasse gelegenen Industrieunternehmungen in das Schienennetz. Den Linien werden die nach dem Lokalbahngesetze vom 25. Mai 1880 RGBl. Nr. 56 zulässigen finanziellen Begünstigungen gewährt[2]. Der Bautermin sei für beide [] für die [] 820.000 fl. Zusammen 2,290.000 fl. Geneh[migt]es Auslagkapital (Nominale) 2,930.000 fl.

Für die zweite Linie: Effektive Anlagekosten für die aus eigenen Mitteln herzustellende Lokalbahn 525.000 fl. und zwar mit Einschluss der Interkalarzinsen. Die Finanzierung der ersten Linie geschieht durch die Österreichische Länderbank mittelst Ausgabe von Aktien und in Gold verzinsliche Prioritäten (im Verhältnisse von 1:1). Von kommissionellen Amtshandlungen wurde die Trassenrevision anstandslos durchgeführt. []3

II. [Der Min]ister für Kultus und Unterricht erbittet sich nach erlangter Zustimmung des Finanzministers die Zustimmung des Ministerrates zur Inanspruchnahme eines Nachtragskredites von 150.000 fl. zum Staatsvoranschlage pro 1882[4] für die Einlösung von mehreren an das Gebäude der Technischen Hochschule in Wien angrenzenden Realitäten behufs Verwendung derselben zur Behebung des Raummangels bei dieser Anstalt. Der Minister betont, dass der Ankauf der fraglichen Realitäten aus dem Grunde unbedingt notwendig und dringlich sei, weil es gelte, durch die Erweiterung des [] [de]r Schü[ler] [] [Er]folg des An[] erheischen.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[5].

Wien, am 10. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 6. Juni 1882. Franz Joseph.

---

2 *Das Gesetz* betreffend Zugeständnisse und Begünstigungen für Localbahnen *war beraten worden in MR. v. 23. 11. 1879 und MR. v. 14. 5. 1880/VI (beide Protokolle liegen nicht mehr ein). Pino war auf seinen Vortrag v. 23. 11. 1879 zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes mit Ah. E. v. 27. 11. 1879 ermächtigt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4647/1879*, was mit Zuschrift Pinos v. 28. 11. 1882 an das Abgeordnetenhaus geschehen war,* Prot. Reichsrat AH. 29. 11. 1879 (20. Sitzung) 471*. Nach seiner Annahme – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 9. 3. 1880 (55. Sitzung) 1679*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 4. 5. 1880 (21. Sitzung) 199 – *legte Pino den Gesetzentwurf mit Vortrag v. 11. 5. 1880 Franz Joseph zur Sanktion vor, die dieser mit Ah. E. v. 25. 5. 1880 vollzog,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1989/1880*, das Gesetz v. 25. 5. 1880 publiziert als* Rgbl. Nr. 56/1880. *Die Verlängerung dieses Gesetzes, das Ende 1882 auslief, wurde beraten in MR. v. 15. 11. 1882/IX.*

3 *Über Vortrag Pinos v. 10. 5. 1882 wurde die Konzession zum Bau der beantragten Linien mit Ah. E. v. 17. 5. 1882 bewilligt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1959/1882 *und die Konzessionsurkunde selbst mit Ah. E. v. 25. 5. 1882 auf den Vortrag Pinos v. 20. 5. 1882 unterfertigt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2072/1882*. Kundmachung der Konzessionsurkunde in* Rgbl. Nr. 60/1882.

4 *Zuletzt besprochen in MR. v. 26. 3. 1882/VIII (liegt nicht ein). Finanzgesetz für das Jahr 1882 v. 29. 3. 1882,* Rgbl. Nr. 33/1882.

5 *Der Gesetzentwurf erhielt über Vortrag Conrads v. 5. 5. 1882 mit Ah. E. v. 9. 5. 1882 die Vorsanktion,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1822/1882 *und wurde mit Zuschrift Conrads v. 11. 5. 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 12. 5. 1882 (236. Sitzung) 8280*. Nach seiner Annahme durch den Reichs-*

Nr. 389 Ministerrat, Wien, 16. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 16. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Lhotsky.

I. Über die Art und Weise der Bauvergebung der galizischen Transversalbahn. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirkshauptmann Johann Schaffus. III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landestierarzt Wenzel Czech und für den Bezirksrat Dr. Alois Smita. IV. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landesgerichtsrat Alois Kürschner und für den Stiftshofmeister Prior Gerhard Schirnhofer. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Einverleibung von Realitäten in das fürstlich Schwarzenberg'sche Sekundogenitur-Fideikommiss. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend den Verkauf des Gebäudes des Ackerbauministeriums und die Erbauung eines neuen Amtsgebäudes. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Regelung der Gewinnungsrechte an Erdharzen in Galizien und in der Bukowina. VIII. Einbringungen eines Gesetzentwurfes betreffend die provisorische Versorgung der Hinterbliebenen der vor dem Feinde gefallenen Mannschaften. IX. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung der Kredite für Gendarmeriekasernbauten und Wegherstellungen in Dalmatien.

KZ. 55 – MRZ. 45

[Protokoll des zu Wien am 16. Mai 1882 abgehaltenen Min]isterra[tes unter dem Vorsitze] Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Handelsminister bringt [z]ur Sprache die Art und Weise der Bauvergebung der gali[z]ischen Transversalbahn[1]. [] ferner, weil [sie glaub]en, dass auf diese [Art] günstigere Bedingun[g]en erlangt würden, die andere finde die Vergebung an kleine Unternehmer vorzuziehen und werde für diesen Modus geltend gemacht, dass ein Generalunternehmer die Arbeiten doch wieder an Subunternehmer vergeben würde und daher der Gewinn des Generalunternehmers dem Staate entgehe. In letzterer Zeit wurde für den Bau von Staatsbahnen der Modus der Vergebung nach Einheitspreisen angewendet. Hiefür sei notwendig, die Detailprojekte bis in das Klein[] auf diese Weise abgesondert berechnet werden: der Unterbau, der Hochbau, die Schwellen, die Schienen und das Transportmateriale. Auch sei es bei diesem Systeme notwendig, dass die Grundeinlösung von Staatswegen vorgenommen werde. Nach diesem Modus seien mehrere Bauten mit gutem Erfolge hergestellt worden.

In früherer Zeit wurde das System der Generalunternehmung angewendet, wofür sich auch jetzt wieder Stimmen erheben. Bei diesem Systeme werde das ganze Baugeschäft von der Grundeinlösung angefangen bis zur Fertigstellung der Bahn gegen [] [Ein]heitsprei[sen] [] von den ver[wirklichten] Erfolgen abhän[gig bl]eibe. Die Generalunternehmung vereinfache die staatliche Aufsicht, die bei der Vergebung an Einzelunternehmer einen teueren Aufsichtsapparat erfordere, welcher z. B. bei der Istrianer Bahn auf 1,500.000 fl. zu stehen kam[2]. Ein weiterer Vorteil des Systems der Generalunternehmung sei, dass die Grundeinlösung von

---

rat – Abgeordnetenhaus Prot. Reichsrat AH. 24. 5. 1882 (240. Sitzung) 8411 ff.*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1034 – *wurde er mit Ah. E. v. 12. 6. 1882 auf den Vortrag Pinos v. 6. 6. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2316/1882*, und publiziert als* Rgbl. Nr. 80/1882.

1 *In Angelegenheit der Erteilung einer Gebührenbefreiung für ein Landesanlehen zum Bau dieser Bahn war die galizische Transversalbahn zur Sprache gekommen in MR. v. 7. 5. 1882/III. Siehe dort Anm. 6 zur Genese des Gesetzes zum Ausbau der Bahn v. 28. 12. 1881,* Rgbl. Nr. 150/1881.

2 *Die als Staatsbahn gebaute Istrianer Bahn war zur Sprache gekommen in MR. v. 3. 2. 1873/II.*

Privaten leichter bewerkstelligt werde als von Staatswegen und dass im ersteren Falle weniger Expropriationen vorkommen. Bei der Grundeinlösung von [] Bei der Generalunternehmung habe man die Bauvollendung gesicherter als bei der Spezialvergebung, wo man sich mit dem Detailplane jedes Objektes befassen müsse. Endlich kommen bei der Pauschalvergebung nicht so leicht Nachzahlungen vor wie bei der Einzelvergebung.

Bei der Vergebung nach Einheitspreisen habe man allerdings ein freieres Dispositionsrecht hinsichtlich einer eventuellen nachträglichen Abänderung des Planes, auch habe man den Vorteil, dass man genauer den Ausführungen im Einzelnen nachgehen könne. Jedoch erheische dies, wie gesagt, ein [] Ver[] der Han[delsminister,] bei der Verge[bung] nach Einheitspreisen [ha]ben. Doch weisen hinsichtlich des Baues der galizischen Transversalbahn zwei besondere Rücksichten auf die Betretung des Pauschalweges hin: erstens die Möglichkeit der Herabminderung der mit 3 ½ Jahren präliminierten Bauzeit auf 2 ½ oder 2 Jahre, zweitens der ihm in Aussicht gestellte Vorteil, dass bei dem gleichen präliminierten Kostenaufwande der Generalunternehmer anstatt der aus Ersparungsrücksichten für den Bau projektierten hölzernen Brücken, die Herstellung eiserner Brücken vornehm[lich] [] einer Generalunternehmung [gleich]sam aufwiegen. Noch ein weiterer Umstand komme in Betracht. Für die Einzelvergebung seien die nötigen umfangreichen Detailprojektsarbeiten noch nicht so weit vorgeschritten, um vor August d. J. zur Vergebung schreiten zu können, hingegen seien die vorhandenen Projektsarbeiten hinreichend für die sofortige Pauschalvergebung.

Nachdem der Handelsminister Grund habe zu vermuten, dass sich eine Generalunternehmung finden würde, welcher die vorerwähnten Vorteile einer entsprechenden Herabminderung der Bau[kosten] []nahme [mit einem Gener]alunter[nehmer v]orzugehen und [im Falle], als diese Vorteile [er]langt werden, den Bau im Pauschalwege zu vergeben. Werden die besonderen Vorteile nicht erlangt, so bliebe noch immer die Einschlagung des anderen Weges offen.

Obwohl die Modalität der Bauvergebung eine Sache der selbstständigen Ressortverfügung sei, so habe er doch geglaubt, mit Rücksicht auf die in Galizien und im Polenklub bestehenden gegeneinander gehenden Strömungen die Absicht seines Vorgehens hier im Ministerrate vorbringen zu sollen[3]. []heit dem Handelsminister bewahrt bleiben müsse, nach seinem eigenen Ermessen vorzugehen, dass es jedoch wünschenswert sei, dass der Bau so bald als möglich vorgenommen werde.

Der Ministerrat nimmt sonach die Absicht des Handelsministers, den Bau an eine Generalunternehmung zu vergeben, zur Kenntnis mit dem Ersuchen, dass der Handelsminister dahin wirken möge, dass der Bau baldigst in Angriff genommen werde[a,4].

---

[a] *Randbemerkung des Kaisers* sehr notwendig.

[3] *Hierbei dürfte es sich um die Vorgeschichte der sogenannten Kamiński-Affäre handeln; Ignaz Ritter v. Kamiński forderte gerichtlich eine Provision von der Firma Schwarz für die Bauvergabe, da er sich als Abgeordneter im Hause für diese Firma eingesetzt hatte,* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 407–415. *Diese Affäre kam zur Sprache in MR. II v. 7. 2. 1883/I, MR. v. 9. 2. 1883, MR. v. 12. 2. 1883/II, MR. v. 16. 2. 1883/II, MR. v. 26. 10. 1883/IV, MR. v. 8. 11. 1883/VI und MR. v. 29. 11. 1883/X, außerdem in MR. II v. 11. 12. 1884/I und MR. v. 22. 12. 1884/VI (die beiden letzteren liegen nicht ein).*

[4] *Das Projekt wurde am 25. 7. 1882 ausgeschrieben, der entsprechende Akt,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1161/1882*, liegt nicht ein. Mit Protokoll v. 18. 8. 1882 kam ein Übereinkommen zum Bau der Bahn zwischen der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen mit dem Bauträger zustande,* Ava., VA., HM. (III E),

II. Der Ministerpräsident als [Leiter des Ministeriums des Innern erbittet die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhab]en [für Johann Schaffus] anlässlich [der Übernah]me desselben [in den bl]eibenden Ruhestand, [in] Anerkennung seiner ungewöhnlich langen, mehr als 47-jährigen stets treuen und ersprießlichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[5].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates [zu dem Vorhaben für Wenzel Czech] [b]in Anerkennung seiner ersprießlichen Leistungen[b] im Veterinärfache und auf dem Gebiete der Viehzucht und für den Bezirksarzt in Ungarisch Hradisch Dr. Alois Smita in Anerkennung seines ersprießlichen Wirkens im öffentlichen Sanitätsdienste je das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

IV. Der Ackerbauminister er[bittet sich die Z]ustim[mung des] [Ministe]rrates zu [dem Vorha]ben behufs Aner[kennung] verdienstlicher Leistungen auf dem Gebiete der Landeskultur, für den Landesgerichtsrat Alois Kürschner in Troppau und für den Hofmeister des Stiftes Lilienfeld, Prior Gerhard Schirnhofer, je das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden alleruntertänigsten Vortrages die für diese beiden Persönlichkeiten sprechenden Berücksichtigungsmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

[V.] [Der Leiter des Justizministeriums, Minister Dr. Pražák,] [] Einbringung des aus der Anlage ersichtlichen Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Einverleibung von Realitäten in das bestehende fürstlich Schwarzenberg'sche Sekundogenitur-Fideikommiss[c,8]. Der Minister bemerkt, dass das Areale der einzuverleibenden Realitäten sich auf etwas mehr als 8.000 Joch belaufe und dass weder vom juristischen noch vom politischen Standpunkte gegen die beabsichtigte Vergrößerung ein Anstand obwalte, zumal hinsichtlich des politischen

---

b–b *Brandstelle ergänzt aus Ah. E. v. 25. 5. 1882 auf Vortrag Taaffes v. 19. 5. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2115/1882.

c *Der Entwurf des Gesetzes mit Brandschäden liegt dem Originalprotokoll bei.*

Präs. 1325/1882. *Mit Vortrag v. 26. 12. 1882 berichtete Pino über den Stand der Arbeiten an der Bahn, was Franz Joseph mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 zur Kenntnis nahm,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4973/1882. *Zur galizischen Transversalbahn siehe* Konta, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs, 328–338. *Die Abzweigungen dieser Bahn kamen zur Sprache in MR. v. 23. 5. 1882/XI.*

5 *Der Vortrag Taaffes v. 19. 5. 1882, mit dem er für Schaffus den genannten Orden beantragte, wurde mit Ah. E. v. 25. 5. 1882 im Sinne des Antrags resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2063/1882.

6 *Ebenfalls am 19. 5. 1882 erbat Taaffe mit Vortrag für die Genannten die erwähnten Orden. Dem entsprach Franz Joseph mit Ah. E. v. 28. 5. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2115/1882.

7 *Mit Vortrag v. 19. 5. 1882 beantragte Falkenhayn für Kürschner und Schirnhofer das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens, von denen allerdings mit Ah. E. v. 27. 5. 1882 nur Schirnhofer der Orden verliehen wurde, da Kürschner am 19. 5. 1882 verstorben war,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2088/1882.

8 *Mit Handschreiben v. 23. 12. 1881 erhielt Pražák den Auftrag, einen* gutächtlichen Vortrag *über das Gesuch Carl Fürst Schwarzenbergs zu erstatten,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Kurrentbilleten B39c/1881. *Über den Stand der Verhandlungen hatte Pražák in Vortrag v. 30. 12. 1881 berichtet, der mit Ah. E. v. 3. 1. 1882 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 36/1882.

Gesichtspunktes in Betracht komme, dass der größte Teil des zuzustiftenden Areales aus Waldungen besteht, [d]deren durch die Fideikommissierung bewirkte Gebundenheit nach jeder Richtung hin als vorteilhaft sich darstellt.[d] []

[Der Minister]rat erklärt [seine Zustimm]ung[9].

VI. Der Ackerbauminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend den Verkauf des jetzigen Gebäudes des Ackerbauministeriums und die Erbauung eines neuen Gebäudes des Ackerministeriums aus dem Erlöse des jetzigen Gebäudes[10]. Das jetzige Gebäude des Ackerbauministeriums, das [] um denselben Preis wieder verkauft werden und sei es zugleich möglich, um einen Preis, der nicht einmal ganz den Erlös erschöpfen würde, ein für den Zweck passendes neues Gebäude in der Nähe des Generalkommandogebäudes herzustellen, während, wenn man das alte Gebäude behielte, zu dessen unumgänglich notwendigen Adaptierung ein Aufwand von ca. 22.000 fl. erforderlich sein würde. Der Ministerrat erklärt sich mit der Einbringung des Entwurfes unter der Voraussetzung einverstanden, dass von Seite des Finanzministe[rs] [][11].

VII. [Im] Auftrage des Acker[baumi]nisters referiert Bergrat Lhotsky über die Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Regelung der Gewinnungsrechte an Erdharzen in Galizien und in der Bukowina[12]. Referent legt voraus dar den historischen Entwicklungsgang des vorliegenden Gesetzgebungsgegenstandes.

Während nach dem Berggesetze (§ 3) die Erdharze als zum Bergregale gehörig erklärt werden[13], wurde mit Ah. Ent[e]schließung vom 22. Jänner 1862 erklärt, dass Erdöl (Naphta) und Bergteer, wenn sie zur Gewinnun[e]g von Leuchtölen be[nü]tzt werden, keinen Gegen-

---

[d–d] *Brandstelle ergänzt aus dem in das Herrenhaus eingebrachten Gesetzentwurf,* Prot. Reichsrat HH. 22. 5. 1882 (63. Sitzung) Beilage 245.

[e–e] *Brandstelle ergänzt aus dem in das Abgeordnetenhaus eingebrachten Gesetzentwurf,* Prot. Reichsrat AH. 22. 5. 1882 (238. Sitzung) Beilage 567.

9 *Über Vortrag Pražáks v. 16. 5. 1882 wurde dieser mit Ah. E. v. 19. 5. 1882 ermächtigt, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1974/1882. *Die Zuschrift Pražáks an das Herrenhaus erfolgte am 20. 5. 1882,* Prot. Reichsrat HH. 22. 5. 1882 (63. Sitzung) 938. *Der Gesetzentwurf wurde von ihm* – Prot. Reichsrat HH. 17. 2. 1883 (73. Sitzung) 1149 – *und dem Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 8. 5. 1883 (313. Sitzung) 10909 – *angenommen. Mit Ah. E. v. 19. 5. 1883 wurde der Gesetzentwurf über Vortrag Pražáks v. 13. 5. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1822/1883*, das Gesetz v. 19. 5. 1883 publiziert als* Rgbl. Nr. 71/1883.

10 *Bis zum Umzug befand sich das Ackerbauministerium am Rudolphsplatz 13a im I. Wiener Gemeindebezirk.*

11 *Dunajewski vidierte den entsprechenden Akt des Ackerbauministeriums* – Ava., AckM., Präs. 692/1882 – *am 17. 5. 1882. Den Vortrag Falkenhayns v. 16. 5. 1882 zur Einbringung des Gesetzentwurfes resolvierte Franz Joseph genehmigend mit Ah. E. v. 17. 5. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1978/1882. *Die Zuschrift Falkenhayns v. 18. 5. 1882 wurde an das Abgeordnetenhaus übermittelt,* Prot. Reichsrat AH. 19. 5. 1882 (239. Sitzung) 8298 f. *und von ihm* – Prot. Reichsrat AH. 24. 5. 1882 (240. Sitzung) 8410 – *sowie dem Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1035 – *angenommen. Den Gesetzentwurf sanktionierte Franz Joseph mit Ah. E. v. 6. 6. 1882 über Vortrag Falkenhayns v. 3. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2243/1882*, Gesetz v. 6. 6. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 64/1882. *Das neue Gebäude wurde 1882–1883 im I. Wiener Gemeindebezirk in der Liebiggasse 5 errichtet; seit dem* Hof- und Staatshandbuch 1885, 121*, wurde dies als Adresse des Ackerbauministeriums angegeben.*

12 *Die Reform der Rechtsgrundlage der Erdölgewinnung gehört zu einem größeren Komplex, zu dem ebenfalls die Besteuerung und Verzollung von Petroleum sowie der Bau der durch das Petroleumgebiet führenden galizischen Transversalbahn gehörte. Siehe dazu* Schmied-Kowarzik, Das teure Licht.

13 *Das Berggesetz wurde kundgemacht mit Patent v. 23. 5. 1854,* Rgbl. Nr. 146/1854.

stand des Bergregales bilden[14], sonach als zum Grund und Boden gehörig betrachtet werden. Daraus entstanden alsbald jene Verhältnisse, zu deren Regelung seither wiederholt Versuche gemacht wurden. Vor etwa 10 Jahren glaubte man, die Abhilfe damit finden zu können, dass man die Gewinnung von Leuchtöl aus Erdharz wieder als Bergregale erkläre und wurde im Jahre 1873 ein auf dieser Basis verfasster Gesetzentwurf den Landtagen von Galizien und der Bukowina zur Begutachtung vorgelegt[15]. Der Bukowinaer Landesausschuss [e]in Vollmacht des Landtages stimmte zu, dagegen lehnte der galizische Landta[e]g [e]denselben ab[e] und sprach [sich dafür] aus, dass die [fragliche] Regelung auf [die] Lage der Zugehörigkeit der fraglichen Mineralien und deren Gewinnung zum Grund und Boden geschehen möge. Dieser Wunsch wurde vom galizischen Landtage seither wiederholt erneuert und kam im Jahre 1878 sogar in einem Entwurfe des galizischen Landtages zum Ausdrucke, welcher Entwurf jedoch, weil über die Basis der Ah. Entschließung vom 22. Jänner 1862 hinausgehend, nicht genehmigt wurde[16]. Im vorigen Jahre [e]wurde ein Gesetzentwurf vom galizischen Landtag[e] ausgearbeitet, dessen Prinzipien vom Landtage der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen wurden[17]. Andererseits wurde der Gegenstand auch vom Abgeordnetenhause anlässlich der Petroleumsteuer in Erwägung gezogen und die Regierung von dieser Seite zu einer Regelung nach den bergrechtlichen Normen aufgefordert[18].

Um nun einerseits den Wunsch Galiziens zu berücksichtigen und um andererseits den Reichsverhältnissen Rechnung zu tragen, welche aufgrund der Ah. Entschließung vom Jahre 1862 entstanden sind, wurde der [] [Leuch]töl, Erd[harz und Naphta] unterliegen [dem] [Ver]fügungsrechte des [Gru]ndeigentümers, doch wird die Gewinnung dieser Mineralien unter die Aufsicht der Bergbehörden gestellt. Das Gewinnungsrecht an den gedachten Mineralien kann vom sonstigen Grundeigentumsrechte abgetrennt werden, wornach ersteres ein selbständiges Vermögensobjekt bildet. Um dieses zu sichern, wird ein Naphthabuch geschaffen, in welches die Fläche des Gewinnungsfeldes als Naphthafeld eingetragen wird. Auf diese [] können angrenzende Naphthafelder zu einem ganzen bücherlich vereinigt werden. Nachdem bisher die Beschränktheit der Baufelder einen Hauptübelstand gebildet habe, könne nunmehr auf diese Weise der rationellere Großbetrieb ermöglicht werden.

---

14 *Vortrag des Vorsitzenden des Ministerrates Erzherzog Rainer v. 19. 1. 1862* wegen Ausnahmen vom Bergregale des Erdöls (Naphta) und Bergtheers und die dienst. Bitte des Landesausschusses und der Gebirgsbewohner, *der mit Ah. E. v. 22. 1. 1862 resolviert wurde,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 216/1862.

15 *Die Einholung eines Gutachtens des galizischen Landtages zu einem Reichsgesetz in dieser Angelegenheit kam zur Sprache in MR. v. 11. 12. 1873/II (liegt nicht ein). Die Vorlage der Gesetzentwürfe zur Begutachtung erfolgte mit Zuschrift des Statthalters Gołuchowski v. 17. 12. 1873 an den galizischen Landtag,* Prot. Landtag Galizien 17. 12. 1873 (10. Sitzung) 150. *Der Beschluss der Ablehnung durch den galizischen Landtag* Prot. Landtag Galizien 10. 1. 1874 (19. Sitzung) 374. *Die Regierungsvorlage* betreffend einen Gesetzentwurf über die Behandlung bituminöser Mineralien nach dem allgemeinen Berggesetz *war in den Bukowinaer Landtag eingebracht* – Prot. Landtag Bukowina 16. 12. 1873 (III. Sitzung) 27 – *und angenommen worden,* Prot. Landtag Bukowina 29. 12. 1873 (VI. Sitzung) 86.

16 *Das vom galizischen Landtag ausgearbeitete Gesetz wurde im MR. v. 26. 6. 1879/VII beraten (liegt nicht ein). Der am 18. 10. 1878 beschlossene Gesetzentwurf des galizischen Landtages,* Prot. Landtag Galizien (24. Sitzung) 801 ff.*, wurde über Vortrag Taaffes v. 30. 6. 1879 mit Ah. E. v. 7. 7. 1879 nicht sanktioniert,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 2809/1879.

17 *Landtagsbeschluss* Prot. Landtag Galizien 21. 10. 1881 (25. Sitzung) 666.

18 *Die Resolution war beschlossen worden in* Prot. Reichsrat AH. 11. 2. 1882 (191. Sitzung) 6693-6696.

Um die Assoziierung der Grubennachbarn zu fördern und zu erleichtern, sollen die Begünstigungen der Bergwerksunternehmen auch auf diese Assoziierungen übertragen werden. Aus Erfordernissen des Betriebes ist ferner die bergrechtliche Expropriation einer [] der [] sowie für [die Rechts]verhältnisse ge[eignete] Vorsorge getroffen. Der Entwurf enthalte somit nur jene Bestimmungen, welche eine Abänderung des Berggesetzes bilden oder zivilrechtlicher Natur sind. Die weiteren zur Regelung der Sache gehörigen Bestimmungen, welche den Betrieb, die Veranlegung, die Bergpolizei und die Strafgewalt der Bergbehörden begreifen, bleiben für die Landesgesetzgebung reserviert.

Minister Dr. Pražák erklärt, dass der Entwurf im Einver[nehmen mit dem Justizministerium] [] [vor]liegende Fassung des Gesetzesvorschlages keine Einwendung zu erheben habe. Es handelte sich um ein schwieriges Stück Gesetzesarbeit, doch glaube er, dass die Aufgabe vorzüglich gelöst wurde und dass der Entwurf die Prüfung aller Fachmänner aushalten werde. Was das dem Entwurfe zugrunde liegende Prinzip der Zugehörigkeit der Mineralölgewinnung zu dem Rechte an Grund und Boden anbelange, so halte er dasselbe für richtig, weil der ursprünglichen Auffassung von dem Inhalte des Eigentumsrechtes an Grund und Boden entsprechend, wornach [] [d]urch [] eines be[] Rechtes des Berg[gesetze]s und beziehungs[wei]se durch die Bergregalität sei diese naturgemäße Verbindung gelöst worden und vollends sei die Beziehung des Bergbetriebsrechtes zum Grundeigentume mit der Ablösung des Bergzehents verschwunden. Er halte es nur für angemessen, wenn der Zusammenhang zwischen dem Rechte an Grund und Boden und an den darin befindlichen Mineralien wieder hergestellt werde.

Was die vom Ackerbauministerium angeregte Fra[ge] [] sei er dafür, dass, wenn sich das Bedürfnis auch in anderen Ländern ergebe, die gleichen Grundsätze auch dort eingeführt werden. Die Gesichtspunkte des Entwurfes scheinen dem Minister überhaupt Zukunft zu haben und glaubt der Minister, dass man z. B. sehr gut getan hätte, das Bergwerkswesen in Bosnien nach den Grundsätzen zu ordnen[19], auf welchen der vorliegende Entwurf fußt, anstatt die Prinzipien unseres allgemeinen Berggesetzes einzuführen und sonach bei der Loslösung des Rechtes des Bergbetriebes vom Grundeigentumsrechte zu gestatten, dass der fossile []ber [ge]hegten Wün[schen des Kronlan]des Galizien nach[gekommen] werde. Er glaubt, [dass] der wesentlich den diesfälligen Propositionen des Landtages entsprechende Entwurf allen Anforderungen genüge, die nötig erscheinen, um den Betrieb der Erdölgewinnung zu fördern. Die Vorlage begreife richtig alles das, was von dem Gegenstande zur Kompetenz des Reichsrates gehöre. In der weiteren Diskussion wird noch die Frage ventiliert, ob der die Ergänzung des vorliegenden Entwurfes bildende Landesgesetzentwurf []

Die Minister erklären sich dahin, dass vorläufig der Landesgesetzentwurf nicht anzuschließen sei, wobei gleichwohl in Aussicht genommen bleibt, diesen Entwurf im Laufe der Verhandlung zur Mitteilung zu bringen. Schließlich erklärt sich der Ministerrat mit der Einbringung des vom Ackerbauminister proponierten Reichsgesetzentwurfes einhellig einverstanden[20].

---

19 *Das Berggesetz für Bosnien-Herzegowina v. 14. 5. 1881,* Lgbl. Bosnien und Herzegowina Nr. 230/1881.

20 *Auf Vortrag Falkenhayns v. 17. 5. 1882 erfolgte mit Ah. E. v. 21. 5. 1882 die Ermächtigung, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1984/1882. *Die Zuschrift Falkenhayns an das Abgeordnetenhaus erfolgte am 21. 5. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 22. 5. 1882 (238. Sitzung) 8330. *Der Gesetzentwurf kam erneut zur Sprache in MR. v. 4. 5. 1884/II, die Frage eines speziellen galizischen Landesgesetzes in MR. v. 12. 9. 1884/V.*

VIII. Der Landesverteidigungsminister bringt nochmals zur [Sprache die Versorgung der Hinterbliebenen der vor dem Feinde gefallenen Mannschaften[21]. Der vom Abgeordneten]hause [im Wehrausschusse] gefasste [Beschluss] enthalte die Auffor[derung]: 1.) den im § 16 [de]s Militärtaxgesetzes vorgesehenen Gesetzentwurf mit tunlichster Beschleunigung vorzulegen, 2.) ehetunlichst eine Vorlage einzubringen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, jenen Angehörigen der Gefallenen, welche aufgrund des § 22 des Taxgesetzes unterstützt werden, auch nach Ablauf der sechsmonatlichen Frist und bis zum Inslebentreten des im § 16 des Taxgesetzes vorgesehenen definitiven Versorgungsgesetzes die unumgänglich nötige Unterstützung gegen nachträgliche Verrechnung und Genehmigung [] getreten.

Was den Entwurf eines definitiven Versorgungsgesetzes anbelange, so sei die ungarische Regierung nicht in der Lage, vor Ablauf der diesjährigen Session mit einer solchen Vorlage zu kommen[22]. In dieser Beziehung werde also vorläufig zu erklären sein, dass die diesseitige Regierung in Gemäßheit ihres bereits prinzipiell gefassten Beschlusses seinerzeit in die Beratung mit der ungarischen Regierung eintreten werde. Was die mit dem zweiten Resolutionspunkte geforderte vorläufige Versorgung anbelange, so beabsichtige die ungarische Regierung diesfalls eine andere Art der Versor[gung] [] nur [] ca. 3 fl. [] [en]tfallen. [Da es] nicht möglich sein wür[de,] diese Versorgungsart hier durchzubringen, nachdem das Parlament schon eine bessere Versorgung proponiert habe, so habe er sich an die ungarische Regierung gewendet, um sie zu vermögen, der diesseitigen Versorgungsproposition beizutreten, damit dann auch, was bei der Übereinstimmung möglich wäre, die Versorgung aus dem Taxfonds geschehen könnte. Für den Fall, als die ungarische Regierung sich nunmehr dem hierseitigen Vorschlage zuneigte, erbitte er sich die Zu[stimmung, dass die Versor]gung den betreffenden Witwen und Waisen auch nach Ablauf der sechsmonatlichen Frist und bis zum Inslebentreten des definitiven Versorgungsgesetzes die ihnen bisher nach der Reservistenversorgung zukommenden Bezüge aus dem Taxfonds verabfolgt werden. Es dürfte sich dabei für hierseits im Ganzen um [f]keinen relativ bedeutenden Aufwand[f] handeln.

Der Ministerrat erklärt sich mit der bei Zutreffen der Zustimmung der ungarischen Regierung zu geschehenden Einbringung des Gesetzentwurfes unter der Voraussetzung einverstanden, dass seitens des []23.

---

f–f *Korrektur Welsersheimbs aus* einen Aufwand von ca. 1.500 fl.

21 *Fortsetzung des MR. v. 4. 5. 1882/IX.*

22 *Szende teilte Welsersheimb mit Schreiben v. 8. 5. 1882 mit, dass die Zeit bis zum Sessionsende zu knapp sei, ein entsprechendes definitives Gesetz einzubringen, und regte daher zunächst eine provisorische Regelung an,* Ka., MfLV., Präs. 983/1882.

23 *Mit Schreiben (K.) v. 19. 5. 1882 forderte Welsersheimb Szende auf, mitzuteilen, wann die Verhandlungen über ein definitives und einheitlich geregeltes Versorgungsgesetz für die gesamte Monarchie zu beschließen sei,* Ka., MfLV., Präs. 1050/1882*. In seiner Antwort v. 14. 6. 1882 überließ Szende den Zeitpunkt Kriegsminister Bylandt –* Ka., MfLV., Präs. 1265/1882*. Im Jahr 1882 fanden keine Verhandlungen mehr statt, u. a. aufgrund des Ablebens Szendes. Die Frage eines definitiven Versorgungsgesetzes wurde erneut behandelt in MR. v. 7. 2. 1883/I. Zur provisorischen Regelung wurde Welsersheimb über seinen Vortrag v. 19. 5. 1882 mit Ah. E. v. 20. 5. 1882 ermächtigt, einen Gesetzentwurf über die Versorgung hilfsbedürftiger Hinterbliebener gefallener Soldaten während der Aufstände im Süden Bosnien-Herzegowinas und Dalmatiens einzubringen,* Ka., MKSM. 89–1/2–3/1882. *Dies erfolgte mit Zuschrift Welsersheimbs an das Abgeordnetenhaus v. 20. 5. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 22. 5. 1882 (238. Sitzung) 8329*. Der Gesetzentwurf wurde vom Reichsrat angenommen, Abgeordnetenhaus:* Prot. Reichsrat AH. 23. 5. 1882 (239. Sitzung) 8371*, Herrenhaus:* Prot.

[IX.] Der Landesverteidigungsminister bringt zu Sprache die Einbringung der Vorlage wegen Bewilligung der Kredite für die in Dalmatien herzustellenden, verteidigungsfähigen Gendarmerieunterkünfte und für Wegbauten[24].

Der Minister habe den Statthalter aufgefordert, die Detailanträge über die vorzunehmenden Bauten zu erstatten. Der Statthalter habe dem Auftrage entsprochen[25], fordere aber jetzt mehr als seinerzeit bei der gemeinsamen Beratung über [] einen weit größeren als den früher präliminierten Kostenaufwand veranlassen würden, begehre, darunter teilweise Bauten auf solchen Punkten, an welchen auch vom gemeinsamen Ministerium Militärbauten vorgenommen werden wollen. Er habe infolgedessen den Statthalter auf diese Umstände und überhaupt auf die bei den fraglichen Investitionen einzunehmenden Gesichtspunkte aufmerksam gemacht und unter Hinweisung auf den früheren Forderungsstandpunkt einen erneuten Bericht abverlangt[26].

Nachdem der neuerliche [Bericht] [] mu[] [müs]se er, [wenn der] Bericht nicht [in den] nächsten beiden [Ta]gen einlangen sollte, eine Vorlage unter Zugrundelegung des seinerzeit bei der Beratung der gemeinsamen Kreditvorlage präsentierten Vorschlages auszuarbeiten und zwar in dieser Vorlage sowohl die mit der Summe von 210.000[g] fl. für Gendarmeriebauten als auch die mit der Summe von 145.000 fl. für Wegbauten präliminierten Kredite einzubringen und erbitte er sich unter der vorerwähnten Voraussetzung die Ermächtigung [].

[Der Ministerrat erklärt seine Zu]stimmung[27].

Wien, am 16. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 6. Juni 1882. Franz Joseph.

---

g *Korrektur Welsersheimbs aus* 201.000

Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1032. *Der Entwurf wurde über Vortrag Welsersheimbs v. 5. 6. 1882 mit Ah. E. v. 7. 6. 1882 sanktioniert,* Ka., MKSM. 89–1/2–4/1882, *das Gesetz v. 10. 6. 1882 [sic!] publiziert als* Rgbl. Nr. 76/1882.

24 *Fortsetzung des MR. v. 7. 5. 1882/IX.*

25 *Vermutlich handelt es sich um den Erlass des Ministerpräsidenten an den Statthalter in Zara, Jovanović, v. 14. 4. 1882 – siehe dazu MR. v. 14. 4. 1882/IX –, den Jovanović mit Schreiben (Abschrift) v. 19. 4. 1882 beantwortete,* Ka., MfLV., Präs. 913/1882.

26 *Weisung Welsersheimbs an Jovanović v. 30. 4. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 913/1882.

27 *Jovanović antwortete erst mit Schreiben v. 6. 6. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 1238/1882, *das zur Sprache kam in MR. v. 21. 6. 1882/X. Noch vor Erhalt dieses Schreibens beantragte Welsersheimb in seinem Vortrag v. 18. 5. 1882 einen Nachtragskredit von 210.000 fl. zum Bau von Gendarmeriekasernen und 145.000 fl. für Wegbauten, den er mit Ah. E. vom selben Tag in den Reichsrat einzubringen ermächtigt wurde,* Ka., MKSM. 65–1/4/1882. *Dies geschah mit Zuschrift Welsersheimbs v. 18. 5. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 19. 5. 1882 (237. Sitzung) 8300; *dieses* – Prot. Reichsrat AH. 24. 5. 1882 (240. Sitzung) 8411 – *und das Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1035 – *nahmen den Nachtragskredit an. Den Gesetzentwurf legte Welsersheimb mit Vortrag v. 2. 6. 1882 Franz Joseph zur Sanktionierung vor, der diesem mit Ah. E. v. 6. 6. 1882 entsprach,* Ka., MKSM., Fasz. 65–1/4–2/1882, *das Gesetz v. 6. 6. 1882 wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 64/1882.

Nr. 390 Ministerrat, Wien, 20. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 20. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Eventuelle Ermächtigung behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für die Gesetzentwürfe betreffend die Petroleumsteuer und den allgemeinen Zolltarif. II. Wegen Sanktionierung des Gesetzesentwurfes betreffend die Abänderung der strafrechtlichen Bestimmungen der Tierseuchengesetze. III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten v. Zallinger und Genossen betreffend den Zinsfuß der Hypothekardarlehen der Sparkassen. IV. Regelung der Sprache der Staatsprüfungen bei der Staatsprüfungskommission in Prag.

KZ. 56 – MRZ. 46

[Protokoll des zu Wien am 20. Mai 1882 abgehaltenen] Ministerra[tes] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Über Anregung des Finanzministers erteilt der Ministerrat die Ermächtigung, dass für den []ab[] vom Finanz[minister] bzw. [vom] Handelsminister [fü]r die Gesetzentwürfe betreffend die Petroleumsteuer und betreffend den allgemeinen Zolltarif bei Sr. Majestät die Ah. Sanktion erwirkt werde[1,2].

---

1 *Nachdem die Einführung einer allgemeinen Petroleumbesteuerung 1878 gescheitert und ein erster Gesetzentwurf der Regierung Taaffe zurückgezogen worden war, erfolgte 1881 ein erneuter Anlauf, mit dem sich MR. v. 31. 10. 1881/I, MR. v. 13. 11. 1881/I, MR. v. 16. 11. 1881/II und MR. v. 19. 11. 1881/IV (liegen alle nicht ein) beschäftigt hatten. Er war aufgrund der Ah. E. v. 6. 12. 1881 über Vortrag Dunajewskis v. 22. 11. 1881 –* Hhsta., Kab. Kanzlei 4628/1881 – *mit Zuschrift Dunajewskis v. 8. 12. 1881 in das Abgeordnetenhaus eingebracht worden,* Prot. Reichsrat AH. 12. 12. 1881 (179. Sitzung) 6324. *Wenn auch mit 154 gegen 133 Stimmen knapp, nahm das Abgeordnetenhaus die Besteuerung und die Zollregelung für Petroleum an,* Prot. Reichsrat AH. 11. 2. 1882 (191. Sitzung) 6692 f. *Das Herrenhaus trat diesem Beschluss ohne Änderung bei,* Prot. Reichsrat HH. 27. 3. 1882 (58. Sitzung) 859. *Der Gesetzentwurf wurde mit Vortrag Dunajewskis v. 24. 5. 1882 zur Sanktion vorgelegt, die mit Ah. E. v. 25. 5. 1882 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2104/1882. *Das Gesetz v. 26. 5. 1882 [sic: Abweichung des Datums zur Ah. E.] wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 55/1882. *Den entsprechenden vom ungarischen Reichstag angenommenen Gesetzentwurf hatte Franz Joseph ebenfalls mit Ah. E. v. 25. 5. 1882 über Vortrag des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza v. 22. 5. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2090/1882. *Dazu siehe* Schmied-Kowarzik, Das teure Licht, 189–194.

2 *Der allgemeine Zolltarif war zuvor behandelt worden in MR. v. 21. 4. 1882/IX. Zur Einbringung der Zolltarifvorlage in den Reichsrat siehe MR. v. 17. 4. 1882/IV. Der Reichsrat nahm das* Gesetz betreffend den allgemeinen Zolltarif *und den* allgemeinen Zolltarif des österreichisch-ungarischen Zollgebietes *mit dem Beitritt des Abgeordnetenhauses zu den Änderungsanträgen des Herrenhauses an,* Prot. Reichsrat AH. 24. 5. 1882 (240. Sitzung) 8409. *Gesetz und Tarif wurden auf Vortrag Pinos v. 25. 5. 1882 mit Ah. E. 25. 5. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2109/1882, *publiziert als* Rgbl. Nr. 47/1882. *Ebenso folgte Franz Joseph mit Ah. E. v. 27. 5. 1882 der Bitte Tiszas in seinem Vortrag v. 25. 5. 1882 auf Sanktionierung des entsprechenden vom ungarischen Reichstag votierten allgemeinen Zolltarifs,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2123/1882. *Die in MR. v. 17. 4. 1882/IV beratene Einfuhr von Kaffee zur See erhielt entsprechend den ungarischen Wünschen nur eine Ermäßigung von 3 fl. pro 100 kg, die reduzierte Tarifpost 2a machte 37 statt 40 fl. aus; eine zollfreie Einfuhr von Mais und Hirse nach Dalmatien – die ebenfalls am 17. 4. 1882/IV besprochen worden war – wurde nicht ausgesprochen, aber Artikel VII des Zolltarifs ermächtigte die Regierung* im Einverständnisse mit der königlich ungarischen Regierung *im Falle schlechter Ernten die Zölle für Getreide und Hülsenfrüchte außer Kraft zu setzen. Dies kam anlässlich der Flutkatastrophe in Tirol und Kärnten zur Sprache in MR. v. 26. 9. 1882/XII.*

II. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák erbittet sich und erhält die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom Reichsrate beschlo[ssenen Gesetzesentwurf betreffend die Abänderung der strafrechtlichen Bestimmungen der Tierseuchengesetze der Gesetze vom 29. Februar] 1880; RGBl. Nr. 35 und 37[3,4].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern beabsichtigt, die Interpellation der Abgeordneten v. Zallinger und Genossen betreffend den Übelstand des zu hohen Zinsfußes der Hypothekardarlehen der Sparkassen in der aus der Anlage ersichtlichen Weise zu beantworten[a].

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antwortsvorschlage einhellig einverstanden.

[] zur [] [Ein]kommensteuer [] [Pass]ivzinsen ver[] [di]eselben nicht in die [La]ge kommen dürften, den Zinsfuß der Hypothekardarlehen herabzusetzen. Es müsste also vor allem die Befreiung von der Besteuerung der Passivzinsen eintreten. Der Finanzminister bemerkt, dass leider der Umstand, dass die Darlehensgeber nicht namhaft gemacht werden, die Regierung zwinge, die Institute zu besteuern[5].

[IV.] []kommission in Prag. Es gelte, anlässlich der Aktivierung der böhmischen Universität in Prag[6] eine Regelung dahin zu treffen, dass bei den Prüfungskandidaten vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache und die Fähigkeit, sich ihrer zu bedienen sichergestellt

---

[a] *Der beschädigte Entwurf der Interpellationsbeantwortung liegt dem Originalprotokoll bei.*

[3] *Die 1880 erlassenen Tierseuchengesetze waren beraten worden in MR. v. 19. 10. 1877/I, MR. v. 14. 11. 1879/I, MR. v. 25. 3. 1879/XI, MR. v. 22. 8. 1879/V, MR. v. 16. 9. 1879/II, MR. II v. 27. 9. 1879/I und MR. v. 24. 2. 1880/I (alle liegen nicht ein). Das Gesetz zur Bekämpfung ansteckender Tierkrankheiten war mit Ermächtigung durch Ah. E. v. 20. 11. 1877 über Vortrag v. 14. 11. 1877* – Hhsta., Kab. Kanzlei 4053/1877 – *in das Abgeordnetenhaus eingebracht worden* – Prot. Reichsrat AH. 27. 11. 1877 (312. Sitzung) 10297 f. – *und durch das Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 22. 2. 1879 (426. Sitzung) 13602 – *und das Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 16. 5. 1879 (94. Sitzung) 1481 *angenommen worden. Das aufgrund obiger Ah. E. ebenfalls in den Reichsrat eingebrachte Gesetz zur Bekämpfung der Rinderpest konnte in der VIII. Session nicht erledigt werden; über Vortrag Taaffes v. 27. 9. 1879 mit Ah. E. v. 30. 9. 1879* – Hhsta., Kab. Kanzlei 3932/1879 – *wurde die Ermächtigung zur erneuten Einbringung in das Abgeordnetenhaus erteilt* – Prot. Reichsrat AH. 9. 10. 1879 (1. Sitzung) 4 – *und nach Annahme durch das Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 1. 12. 1879 (21. Sitzung) 511 f. – *und durch das Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 17. 12. 1879 (11. Sitzung) 86 – *über Vortrag Taaffes v. 24. 2. 1880 mit Ah. E. v. 29. 2. 1880 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 786/1879. *Das Gesetz* betreffend die Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten *wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 35/1880*, das Gesetz* betreffend die Abwehr und Tilgung der Rinderpest *als* Rgbl. Nr. 37/1880.

[4] *Mit der Novelle des Tierseuchengesetzes befassten sich MR. v. 16. 11. 1881/V, MR. II v. 1. 12. 1881/III sowie MR. II v. 14. 3. 1882/IV (alle drei liegen nicht ein). Der Gesetzentwurf war basierend auf Ah. E. v. 8. 12. 1881 auf den Vortrag Pražáks v. 3. 12. 1881* – Hhsta., Kab. Kanzlei 4658/1881 – *mit dessen Zuschrift v. 9. 12. 1881 an das Abgeordnetenhaus in den Reichsrat eingebracht worden,* Prot. Reichsrat AH. 10. 12. 1881 (178. Sitzung) 6303*. Mit Annahme der vom Herrenhaus vorgenommenen Änderungen votierte der Reichsrat den Gesetzentwurf,* Prot. Reichsrat AH. 10. 5. 1882 (234. Sitzung) 8199 *und erhielt über Vortrag Pražáks v. 20. 5. 1882 mit Ah. E. v. 24. 5. 1882 die Sanktion,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2052/1882*. Das Gesetz wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 51/1882.

[5] *Die Interpellation Zallinger und Genossen war im Abgeordnetenhaus eingebracht worden* Prot. Reichsrat AH. 28. 4. 1882 (224. Sitzung) 7847 ff.*, die Beantwortung erfolgte in* Prot. Reichsrat AH. 23. 5. 1882 (239. Sitzung) 8370 f.

[6] *Die Teilung der Prager Karlsuniversität in eine mit deutscher und eine mit böhmischer Vortragssprache war bereits zur Sprache gekommen in MR. v. 26. 1. 1881/VI, MR. v. 26. 2. 1881/VII, MR. v. 21. 3. 1881/IX, MR. v. 30. 3. 1881/V, MR. v. 31. 3. 1881/IX, MR. v. 1. 4. 1881/I, MR. II v. 10. 4. 1881/I, MR. v. 25. 4. 1881/X, MR.*

werde. Nachdem hinsichtlich der philosophischen Fakultät bereits die Anordnung besteht, dass jeder, welcher die Lehramtsprüfung in böhmischer Sprache ablegt, auch zu einer Prüfung aus dem deutschen Sprachfache verhalten wird und nachdem hinsichtlich der Mediziner die Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste von der Ablegung[7] [] [Sch]ule [] [d]en Staats[prüfungen] beziehen. [Für] die diesfalls einzu[fü]hrenden Anordnungen wurden das Professorenkollegium der Prager Rechtsfakultät und der Statthalter befragt[8]. In dem Professorenkollegium machte sich in einigen Punkten geschlossen eine Majoritäts- und eine Minoritätsanschauung geltend. Einig waren beide Parteien des Professorenkollegiums darin, dass eine einheitliche Staatsprüfungskommission für alle drei Staatsprüfungen aufrecht bleiben und dass bei jeder [] [deutsch]en Sprache durch teil[weise] Prüfung in derselben stattfinden solle.

In Bezug auf den Prüfungsvorgang würde von der Majorität des Professorenkollegiums auch die Forderung erhoben, dass zur Erprobung der deutschen Sprachkenntnis neben der mündlichen Prüfung auch eine schriftliche Prüfung mittelst einer Klausurarbeit abgehalten werde. Weiters sei es die Forderung der Majorität, dass die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache die Reprobation der Kandidaten zur Folge haben soll. Die Minorität wende sich gegen die Einführung schrift[licher] [] rei[] Sprachkennt[nisse. Für da]s Prüfungser[gebnis] aber beantrage [die] Minorität die Einführung eines doppelten Kalküls für Fachwissen einerseits und für Sprachkenntnis andererseits, sodass bei Unzureichenheit der Sprachkenntnis eine Nachprüfung lediglich aus dem betreffenden Fache und nur zur Erprobung der Sprachkenntnisse stattzufinden hätte. Der Statthalter erkläre sich hinsichtlich der schriftlichen Prüfungen für deren Einführung, also für die Anschauung der Majorität, akzeptiere jedoch in Bezug [] Erwägung aller [ein]schlägigen Momente proponiert der Minister die Regelung in der Weise vorzunehmen, wie es der aus der Anlage ersichtliche Verordnungsentwurf darstelle[b]. Darnach sollen folgende Gesichtspunkte gelten:

---

b *Der beschädigte Entwurf des Erlasses des Ministers für Kultus und Unterricht liegt dem Originalprotokoll bei.*

v. 26. 4. 1881/III, MR. v. 24. 5. 1881/IV, MR. v. 27. 5. 1881/VI, MR. II v. 7. 6. 1881/II, MR. I v. 28. 6. 1881/V, MR. I v. 6. 7. 1881/III, MR. v. 28. 7. 1881/III, MR. v. 19. 12. 1881/III, MR. II v. 27. 12. 1881/I, MR. v. 15. 1. 1882/V, MR. v. 17. 2. 1882/V, MR. v. 9. 3. 1882/I und MR. v. 19. 3. 1882/I (alle vorstehenden Protokolle liegen nicht ein). Mit Ah. v. 11. 4. 1881 über Vortrag Conrads v. 2. 4. 1881 wurde die Teilung der Prager Universität prinzipiell gebilligt, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1403/1881*, und mit Ah. E. v. 5. 5. 1881 auf Vortrag Conrads v. 28. 4. 1881 dieser ermächtigt, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1823/1881*. Einbringung in das Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH 16. 5. 1881 (153. Sitzung) 5535 f.*; Annahme durch das Herrenhaus, nachdem Änderungen am Beschluss des Abgeordnetenhauses vorgenommen wurden,* Prot. Reichsrat HH. 10. 2. 1882 (55. Sitzung) 808*; Beitritt des Abgeordnetenhauses zum Beschluss des Herrenhauses* Prot. Reichsrat AH 15. 2. 1882 (194. Sitzung) 6811*; Unterbreitung des Gesetzentwurfes mit Vortrag Conrads v. 17. 2. 1882, sanktioniert mit Ah. E. v. 28. 2. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 807/1882*, publiziert als* Rgbl. Nr. 24/1882*. Aktiviert wurde sie über Vortrag Conrads v. 24. 3. 1882 mit Ah. E. v. 29. 3. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1267/1882*. Die Regelung der Prüfungssprachen wurde behandelt in MR. v. 12. 3. 1882/I (liegt nicht ein).*

7 *Siehe dazu die Ausführungen Conrads zu Beginn seines au. Vortrags v. 15. 6. 1882,* Ava., CUM., Unterricht, Präs. 758/1882*. Hier ist für* die Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste *die Rede* von einer eigenen Physikatsprüfung.

8 *Mit Erlass Conrads an den Statthalter in Prag, Kraus, v. 21. 11. 1881 wurde dieser und das Professorenkollegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Prager Universität aufgefordert, zur Frage Stellung zu nehmen, wie an der Universität mit ausschließlich böhmischer Unterrichtssprache die deutschen Sprachkenntnisse nachgewiesen werden könnten,* Ava., CUM., Unterricht, Präs. 1243/1881*. Protokoll des Professorenkollegiums v. 9. 1. 1882 mit einem Minoritätsvotum, deren Schreiben an Kraus v. 18. 1. 1882 sowie das*

Der Bestand einer einheitlichen Staatsprüfungskommission; die Forderung, dass, im Falle die Prüfung in deutscher und böhmischer Sprache abgelegt wird, dieselbe mindestens aus einem Prüfungsfache (bei allen drei Staatsprüfungen) in deutscher Sprache abzulegen ist; die Folge der Reprobation [] zu be[]. [Es gelten] analoge Prüfungs[ord]nung für die Rigoro[sen], wenn das Doktorat der [b]öhmischen Universität die gleiche Wirkung mit den Staatsprüfungen haben soll. Von der Einführung einer schriftlichen Klausurarbeit, die für die theoretischen Staatsprüfungen eine anomale Einrichtung wäre, sehe er bei seiner Proposition ab.

Minister Dr. Pražák bemerkt, dass es wünschenswert gewesen wäre, die Einrichtung so zu treffen, dass in gleicher Weise auch die Deutschen bei []te zweisprachige Prü[fun]gsmethode nur auf die Böhmen berechnet sei, dann geschehen würde, wenn für die Deutschen umgekehrt der Modus eingeführt würde, bei jeder Prüfung aus einem Gegenstande in böhmischer Sprache geprüft zu werden.

Der Finanzminister wendet sich gegen die Bestimmung, wonach eine Reprobierung wegen ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache stattfinden solle. Er möchte diese Bestimmung aus der Verordnung gänzlich eliminieren und höchstens angeordnet wissen, dass im Falle einer geringen Kenntnis der deutschen Sprache [] der Ge[genstand,] welcher bei [einer Staats]prüfung in deut[scher S]prache geprüft wird, von [v]orneherein durch die Verordnung zu bestimmen, wobei so vorzugehen wäre, dass in Wesenheit Fächer des positiven Rechtes für die deutsche Prüfung gewählt würden[c].

Der Handelsminister glaubt, es sei am geeignetsten, wenn man die Wahl des Gegenstandes der deutschen Prüfung dem Kandidaten überlässt. Im Falle der konstatierten Unzureichenheit der Kenntnis der deutschen Sprache wäre der Kandidat aber in den [].

[] wird beschlossen, die Beschlussfassung über den Ver[ordnu]ngsentwurf auf eine der nächsten Sitzungen zu vertagen[d,e,9].

Wien, am 20. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

---

c *Randbemerkung Dunajewskis* [] Kenntnis [] [Be]fähigungszeugnis aus [] einem Lehrfache zu verweigern, während die Hervorhebung der mangelhaften Sprachkenntnis im Zeugnisse ein Hindernis bezüglich der Aufnahme in den praktischen Staatsdienst abgeben wird, welches hinreichen dürfte, um die Jugend anzuregen, sich die deutsche Sprache anzueignen.

d *Randbemerkung Falkenhayns* [] Text []fes, ein dieselbe [] getragen muss, nur [] erstere nur als die diesem Protokolle beiliegende, in mehreren Punkten sehr im Sinne der Diskussion abgeänderte.

e *Randbemerkung Conrads* Diese Differenz beschränkt sich lediglich auf die dem Kandidaten zugestandene Wahl des deutschen Prüfungsgegenstandes (§ 3); da ich in diesem nebensächlichen und auch in den vorliegenden Anträgen nicht ausgeschlossenen Modus keinen Umstand nehme, mich der in der Diskussion geäußerten Ansicht anzuschließen.

Schreiben Kraus an Conrad v. 9. 2. 1882, außerdem eine Bittschrift der innegefertigten Doktoren der Rechte böhmischer Nationalität *v. 29. 1. 1882 (tschechisches Original und deutsche Übersetzung) in* AVA., CUM., Unterricht, Präs. 758/1882.

9 *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 9. 6. 1882/XI.*

Nr. 391 Ministerrat, Wien, 23. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 23. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Ellinger.

I. Erbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung der Aufnahme eines Lotterieanlehens für die Gesellschaft vom Roten Kreuze. II. In Angelegenheit der Instruierung des Statthalters in Dalmatien bezüglich der Behandlung der Bewohner der Crivoscie. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Realschuldirektor Schulrat Johann Stástny in Prag. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Advokaten und Professor an der Handelsakademie in Triest, Dr. Clemens Lunardelli. V. Konzessionierung der Lokalbahn Bisenz–Gaya. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Handelsgeschäftsinhaber Gottlieb Bondy in Prag. VII. Erwirkung des Adels für den pensionierten Zentralinspektor der Carl-Ludwig-Bahn, Maximilian Luschka. VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Eisenbahndirektor Regierungsrat Max Pichler. IX. Bezüglich Sanktionserwirkung für die noch pendenten, das Ressort des Handelsministeriums betreffenden Gesetzentwürfe. X. Vorgang bezüglich der Sanktionserwirkung für vom Reichsrate unverändert beschlossene Regierungsentwürfe. XI. Frage der Erledigung der Vorlage betreffend die Herstellung der Abzweigungen der galizischen Transversalbahn.

KZ. 57 – MRZ. 47

[Protokoll des zu Wien am 23. Mai 1882 abgehaltenen] Ministerr[ates] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpr[äsidenten] Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Finanzministers referiert Sektionsrat Ellinger über [] vom []. [Es handelt] sich um die Emit[tierung] eines Lotterieanle[hens] im Betrage von sechs Millionen Gulden durch Ausgabe von 600.000 Stück Lose à 10 fl. Bei der Begebung dieses Anlehens würde der Gesellschaft vom Roten Kreuze ein Gewinn von 1,800.000 fl. zufließen, während der Rest zur Amortisierung des Anlehens und beziehungsweise zur Auszahlung der Lotterieprämien reserviert bliebe. Um die Anlehenstilgung sicherzustellen soll ein Betrag von 4,150.000 fl. Neuwert in Notenrente als Tilgungsfonds unter Kontrolle eines Aufsichts[rates] [] soll, um Sicher[heit] für einen eventuellen Kursverlust des Tilgungsfondes zu haben, aus dem Gewinnstanteile der Gesellschaft vom Roten Kreuze ein Betrag von 192.776 fl. bis zur gänzlichen Tilgung des Losanlehens reserviert bleiben und der Gesellschaft hievon nur die Zinsen insolange verabfolgt werden, als nicht der Fonds selbst ganz oder teilweise nach Erschöpfung der Kursverlustreserve zur weiteren Sicherstellung des Tilgungsfondes herangezogen werden müsste. Nur unter solchen Garantien für die Sicherstellung glaubte die Finanzverwaltung die Emittierung zugeben zu können. []n Ge[] [gr]ößerer An[lehen] werden als in [] den Jahren. [Die] Zugestehung eines solchen Lotterieanlehens bilde eine Ausnahme von den allgemeinen Lottovorschriften und insbesondere auch eine Abweichung von der Ah. Entschließung vom 28. April 1853[2], weshalb für die Bewilligung an sich der Gesetzesweg erforderlich sei. Derselbe Weg sei erforderlich für die unter einem zu gewährende Befreiung der Teilschuldverschreibungen von der Stempelpflicht.

---

1 *Mit Schreiben des Protektorstellvertreters der österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz Erzherzog Carl Ludwig v. 2. 5. 1882 an Dunajewski war die Erlaubnis zur Ausschreibung des Lotterieanlehens erbeten worden,* Fa., FM., Präs., Sig. 5.5, Karton 3049, Zl. 2244/1882.

2 *Vortrag des Finanzministers Baumgartner v. 14. 4. 1853 wegen Lotterieanlehen für wohltätige Zwecke, der mit Ah. E. v. 28. 4. 1853 bewilligt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, MCZ. 1240/1853.

Referent teilt dem Ministerrate den Inhalt [] ursprüngliche Vorschlag der Gesellschaft vom Roten Kreuze sei viel weitgehender gewesen, sodass das Finanzministerium ungeachtet der vollen Würdigung des Zweckes nicht darauf hätte eingehen können. Die nunmehr nach längeren Verhandlungen angenommene Modalität, bei welcher die Gesellschaft sich den Gesichtspunkten des Finanzministeriums fügte, gestattete, die Sache zum Abschlusse zu bringen, sodass sie, wenn die Ah. Genehmigung erlangt werde, noch jetzt dürfte im Reichsrate eingebracht werden können. Für die Finanzverwaltung war zunächst die Frage zu beantworten, ob der Zweck [] die []g Sorge [] den Losbesitzern []lichste Garantie ge[währt] werde. Diese Garantie ist durch die vom Referenten dargelegte Modalität der Sicherstellung gegeben. Indessen habe der Finanzminister der Gesellschaft vom Roten Kreuze keine Zusicherung gegeben, dass die Kotierung der Lose, worüber die Börsenkammer zu entscheiden habe, auch wirklich bewilligt werde, nachdem er nicht in der Lage wäre, die Kotierung von Regierungswegen anzuordnen.

Der Landesverteidigungsminister kann vom Standpunkte [] des Finanzministers nur dankbarst begrüßen und betonen, dass es mit Rücksicht auf den in Mitte liegenden Zweck wünschenswert erschiene, wenn es ermöglicht würde, den Entwurf noch jetzt der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen. Zur Sache selbst wolle er darauf aufmerksam machen, dass die Gesellschaft vom Roten Kreuze Aufgaben besorge, welche sonst vom Staate geleistet werden müssten, daher ein wichtiges Staatsinteresse jenen Interessen gegenüber stehe, welche von Seite der Finanzverwaltung bei der infrage stehenden Operation zu wahren sind. [] dar[] dem öf[fentlichen] [I]nteresse dienst[bar] wichtigen Zweck [u]nterstützen. Sonach erklärt sich der Ministerrat mit der Einbringung des Gesetzentwurfes einhellig einverstanden[3].

II. Der Ministerpräsident bringt zur vorläufigen Mitteilung, dass in Angelegenheit der vom Statthalter in Dalmatien in Absicht auf das weitere Vorgehen mit den Bewohnern der Crivoscie[4] und [] [mit Bezirks]hauptmann Baron Conrad in den letzten Tagen im Ministerium des Innern Besprechungen und Verhandlungen behufs detaillierter Instruierung des Statthalters über die diesfalls vom Ministerrate in Aussicht genommenen Momente gepflogen wurden[5]. Der Ministerpräsident sieht der Beendigung der bezüglichen Beratungen für die nächsten Tage entgegen, sodass er hofft, die Sache vor den nächsten Ministerrat bringen zu können.

---

3 *Vortrag Dunajewskis v. 23. 5. 1882 zur Einbringung des Gesetzentwurfes in den Reichsrat, der mit Ah. E. v. 24. 5. 1882 genehmigt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2085/1882. *Dies geschah mit Zuschrift Dunajewskis v. 24. 5. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 25. 5. 1882 (242. Sitzung) 8430. *Der Gesetzentwurf wurde hier unmittelbar beraten und bewilligt,* Prot. Reichsrat AH. 25. 5. 1882 (242. Sitzung) 8431 ff., *das Herrenhaus schloss sich diesem Votum am Folgetag an,* Prot. Reichsrat HH. 26. 5. 1882 (66. Sitzung) 1040. *Fortsetzung in MR. I v. 1. 6. 1882/V.*

4 *Fortsetzung des MR. I v. 10. 5. 1882/I.*

5 *Mit Telegramm (K.) v. 15. 5. 1882 forderte Taaffe den Statthalter in Zara, Jovanović, auf, einen* Beamten Ihres Vertrauens *nach Wien zu senden. Als solchen bezeichnete Jovanović mit Telegramm v. 16. 5. 1882 den Bezirkshauptmann von Cattaro, Conrad,* Ava., IM., Präs., Karton 862, Sig. 22/Dalmatien, Zl. 2167/1882. *Zu den Komiteebesprechungen, die vom 22. bis 25. 5. 1882 stattfanden, siehe die Referentenbemerkung des Vertreters des Finanzministeriums v. 25. 5. 1882,* Fa., FM., Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3056, Zl. 2530/1882.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass, wenn die vom Ministerpräsidenten erwähnte Angelegenheit []er Linie zur [Sprache zu] bringen beab[sichtige,] nachdem zu seiner [di]esfälligen Auffassung, [a]wenn dieselbe vom Ministerrate geteilt werden sollte[a], die Zustimmung des Reichskriegsministeriums ausgesprochen wurde[6].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben für den Direktor der böhmischen Staatsrealschule in Prag, Schulrat Johann Stástny in Anerkennung seiner hervorragenden Berufstätigkeit das [Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden] au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben für den Advokaten und Professor an der Handels- und nautischen Akademie in Triest Dr. Clemens Lunardelli in Anerkennung seiner vieljährigen ersprießlichen Tätigkeit im Lehrfache das Ritterkreuz [des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die we]sent[lichen] [Verdienst]momente mit. [Der] Ministerrat erklärt [sei]ne Zustimmung[8].

V. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Konzessionierung der Lokalbahn Bisenz–Gaya. Konzessionswerber sei Zivilingenieur Oscar Baron Lazarini in Wien. Die Länge der Lokalbahn betrage 17 Kilometer. Die []nowald na[ch] der Stadt Gaya (normalspurig). Der Zweck der Bahn sei Einbeziehung der industriereichen Stadt Gaya in das Schienennetz der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn. Das Nominalanlagekapital wurde aufgrund der mit 648.000 fl. festgesetzten effektiven Anlagekosten, bei Annahme eines Minimalemissionskurses von 80 % mit 810.000 fl. beziffert. Die Geldbeschaffung erfolge durch die Société générale des chemins de fer économiques in Brüssel und sei vorgesehen die Ausgabe von Prioritätsaktien im Betrage von $\frac{2}{5}$ des gesamten Anlagekapitales. Die finanziellen Be[dingungen] [] die Kon[zession währt] 90 Jahre. Die [Einlösung] der Bahn kann [jeder]zeit nach deren Vollendung und Inbetriebsetzung erfolgen. Von kommissionellen Amtshandlungen wurden die Trassenrevision und Stationskommission durchgeführt.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[9].

VI. Der Handelsminister bringt einen Bericht des Statthalters für Böhmen zum Vortrage, [] Gottlieb Bondy in Prag auf dem Gebiete des Handels und der vaterländischen Industrie hingewiesen und die au. Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für denselben in Anregung gebracht wird. Der Handelsminister betont die große Bedeutung, zu welcher Bondys mit Geist

---

[a–a] *Korrektur Welsersheimbs aus* bereits.

6 *Eine entsprechende schriftliche Mitteilung Bylandts konnte in den Beständen* Ka., KM., Präs. *und* Ka., MfLV., Präs. *nicht gefunden werden. Fortsetzung in MR. v. 26. 5. 1882/I.*

7 *Auf Vortrag Conrads v. 26. 5. 1882 wurde Stástny mit Ah. E. v. 2. 6. 1882 das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2175/1882.

8 *Der Vortrag Conrads v. 26. 5. 1882 wurde mit Ah. E. v. 5. 6. 1882 im Sinne des Antrags resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2221/1882.

9 *Über Vortrag Pinos v. 25. 7. 1882 wurde die Lokalbahn mit Ah. E. v. 13. 8. 1882 konzessioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 3139/1882*, die Konzessionsurkunde am 24. 8. 1882 von Franz Joseph unterzeichnet,* Hhsta., Kab. Kanzlei 3313/1882 *und publiziert als* RGBl. Nr. 128/1882.

und Geschick geleiteten industriellen Unternehmungen gelangt sind, hebt sein vielseitiges humanitäres Wirken und seine patriotische Gesinnung hervor und beantragt für denselben in Übereinstimmung mit dem Statthalter in Prag die Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens. []10.

[VII. Der Handels]minister [erbittet sich die] Zustimmung des [Minister]rates zu dem von ihm [be]absichtigten au. Antrage auf Ag. Verleihung des Adels an den pensionierten Zentralinspektor der k. k. priv. galizischen Carl-Ludwig-Bahn, Maximilian Luschka. Der Handelsminister hebt hervor, dass Luschka vom Jahre 1844 bis zum Jahre 1879 im Eisenbahndienste tätig gewesen sei und dass sich derselbe schon in seiner Stellung als Werkstättenchef der Südbahn in Laibach bei Bewältigung der schwierigen Aufgabe die bedeutenden Militär- und [] durch aufopfernde [und] umsichtige Tätigkeit hervorgetan habe. In der zuletzt von ihm bekleideten Stellung eines Zentralinspektors der galizischen Carl-Ludwig-Bahn habe sich der Genannte das besonders berücksichtigungswerte Verdienst erworben, der inländischen Maschinenindustrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes bei den Eisenbahnlieferungen die Bahn gebrochen zu haben, wodurch der heimischen Industrie ein beachtenswerter Erwerb zugeführt und Gelegenheit zur weiteren Vervollkommnung in dem erwähnten Zweige geboten wurde. []11

[VIII. Der Hand]elsminister [erbittet sich] die Zustimmung des [Minister]rates zu dem Vorha[b]en, für den Direktor der Ersten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn Regierungsrat Max Pichler in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens in dieser Stellung und insbesondere auch in Anerkennung seiner Verdienste bei der Leitung des Betriebes der beiden Staatseisenbahnlinien der Dniester Bahn und der Tarnów-Leluchówer Bahn den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung12.

[IX.] [] [Sessions]abschnittes zu erledigenden, sein Ressort betreffenden kleineren Gesetzentwürfe, wie über Postsparkassen, über den Staatsvorschuss für die Triester Ausstellung etc., falls diese Entwürfe in einer den betreffenden Regierungsvorlage konformen Gestalt beschlossen würden, die Ah. Sanktion zu erwirken.

Der Ministerrat erteilt die erbetene Ermächtigung13.

X. Der Ministerpräsident glaubt, dass es überhaupt angemessen, weil im In[teresse] [] dass bei [Fällen von auf] Regierungs[sitzungen] beschlossenen Gesetzent[wür]fen, wenn dieselben nicht hochpolitischer Natur sind und wenn vom Reichsrate keine wesentliche Änderung der Regierungsproposition vorgenommen wurde, der Ressortminister ermächtigt sei, die Ah. Sanktion zu erwirken, ohne hiezu die besondere Zustimmung des Ministerrates einzuholen, nachdem der Ministerrat die Genehmhaltung solcher Entwürfe schon bei seiner Zustimmung zur Einbringung derselben ausgesprochen hat.

---

10 *Bondy erhielt mit Ah. E. v. 31. 5. 1882 auf Vortrag Pinos v. 26. 5. 1882 den beantragten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2151/1882.

11 *Mit Ah. E. v. 10. 6. 1882 erhielt der Genannte über Vortrag Pinos v. 31. 5. 1882 taxfrei den Adelsstand,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2280/1882.

12 *Den entsprechenden Antrag stellte Pino mit Vortrag v. 26. 5. 1882, der mit Ah. E. v. 31. 5. 1882 im Sinne des Antrags resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2150/1882.

13 *Zur Triester Ausstellung siehe zuletzt MR. v. 26. 4. 1882/I. Das Gesetz über die Postsparkasse war behandelt worden in MR. v. 2. 3. 1881/VII, MR. II v. 25. 10. 1882/II und MR. v. 31. 10. 1882/IV (liegen alle nicht ein). Der Gesetzentwurf war vermittels des Vortrages Pinos v. 1. 10. 1881 aufgrund der Ah. E. v. 8. 11. 1881 –*

Der Ministerrat erklärt [seine Zustimmung][14].

XI. Der Landesverteidigungsminister sieht sich vom Standpunkte des militärischen Interesses aus veranlasst, zur Anregung zu bringen, ob nicht dahin gewirkt werden könne[b], dass die Vorlage wegen der Herstellung von Abzweigungen der galizischen Transversalbahn noch in diesem Sessionsabschnitte zur Erledigung gebracht werde[15].

Der Handelsminister bemerkt, dass die Erledigung jetzt schon aus dem Grunde nicht denkbar wäre, weil jedenfalls das Herrenhaus nicht mehr dazu käme, die []ch [] Sache, im [Abgeordnetenh]ause zu urgie[ren, wei]l es sich dabei, bei der [de]r Erledigung noch im jetzigen Sessionsabschnitte abgeneigten Stimmung des Liechtenstein'schen Klubs, leicht ereignen könnte[16], dass unmittelbar vor der Vertagung des Hauses die Regierungsmajorität gesprengt würde. Es gehe daher aus allgemeinen politischen Gründen nicht an, die Vorlage jetzt noch vor das Plenum zu bringen. Der Handelsminister bemerkt, dass an und für sich an der Annahme der vom Ausschusse einstimmig akzeptierten Vorlage wohl nicht zu [] zu nehmen kommt, sollen jedoch die technischen Vorarbeiten für die fraglichen Linien keinerlei Verzögerung erleiden und werde der Handelsminister für die Fortsetzung der Vorbereitungsarbeiten Sorge tragen[17].

Wien, am 23. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 392 Ministerrat, Wien, 26. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 26. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Bezirkshauptmann in Spalato Conrad.

I. Maßnahmen für die künftige Behandlung der Crivoscie. Diplomatische Intervention bezüglich einer Ansiedlung der Crivoscianer in Montenegro. Anwendung des § 46 des Wehrgesetzes auf die stellungsflüchtigen Süddalmatiner. II. Frage der Einberufung des dalmatinischen Landtages und der Wahl des Tagungsortes desselben.

---

b *Korrektur Welsersheimbs aus* wolle.

Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4267/1881 – *mit Zuschrift Pinos v. 16. 11. 1881 in das Abgeordnetenhaus eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 18. 11. 1881 (169. Sitzung) 6075, *hier* – Prot. Reichsrat AH. 27. 3. 1882 (209. Sitzung) 7718 – *wie im Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 23. 5. 1882 (64. Sitzung) 987 – *angenommen und über Vortrag Pinos v. 25. 5. 1882 mit Ah. E. v. 28. 5. 1882 sanktioniert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2122/1882, *publiziert als* Rgbl. Nr. 56/1882. *In Angelegenheit der Durchführungsverordnung kam dieses Gesetz erneut zur Sprache in MR. 7. 9. 1882/IX.*

14 *Solche Tagesordnungspunkte, bei denen Minister die Zustimmung des Ministerrates bei unverändert angenommenen Gesetzentwürfen einholten, wie beispielsweise MR. v. 20. 5. 1882/II, kamen von nun an nicht mehr vor. Die Zustimmung des Ministerrates wurde nur bei Änderungen des Reichsrates an dem ministeriellen Gesetzentwurf oder bei wichtigen Gesetzesvorhaben – bei denen es aber stets auch zu Änderungen kam – eingeholt.*

15 *Die Bedeutung dieser Abzweigungsbauten war bereits von Franz Joseph in MR. I v. 30. 4. 1882/III eingemahnt worden. Zur Einbringung in den Reichsrat siehe dort Anm. 10.*

16 *Zum Liechtenstein'schen Klub siehe* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 219–223.

17 *Fortsetzung in MR. v. 24. 1. 1883/III.*

KZ. 58 – MRZ. 48

[Protokoll des zu Wien am 26. Mai 1882 abgehaltenen] Minister[rates] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung die bereits in der Ministerkonferenz vom 10. dieses Monats erörterte[1] []füh[] voraussicht[lichen E]rfolges der diesfalls [ernst]lich ins Auge gefass[te]n Maßnahmen entsprechende Klarheit und Orientierung zu erlangen, habe er den Statthalter in Dalmatien aufgefordert, einen mit den Verhältnissen und zugleich mit den Intentionen des Statthalters vertrauten Beamten hierher zu senden, damit unter dessen Beiziehung über die praktische Anwendbarkeit der zur Hand seienden Mittel und Wege beraten werde. Nach Ankunft des vom Statthalter zu diesem Behufe entsandten Bezirkshauptmannes Baron Conrad [] Beratung gepflogen[2]. Der Ministerpräsident ersucht den Sektionschef Freiherrn v. Kubin, über das Resultat dieser Beratung zu informieren.

Sektionschef Freiherr v. Kubin bemerkt, dass zur Grundlage der Beratung das Ergebnis der Ministerkonferenz vom 10. d. M. und bzw. der infolge dieses Ergebnisses an den Statthalter in Dalmatien ergangene, aus der Anlage ersichtliche Erlass vom 11. d. M. Z. 2167 genommen würde, welchen Referent dem Ministerrate mitteilt[a]. Zunächst wurde in Bezug [] auf[] die Anzahl [der stellungsflüchtigen] und anwe[senden Cri]voscianer, über die [Besi]tz- und Erwerbsverhältnisse derselben und über die Eventualität der Rückkehr der Flüchtigen nähere Aufklärung zu geben und habe sich der Bezirkshauptmann hierüber vor der Kommission in der aus der Beilage 2 des Protokolles ersichtlichen Weise ausgesprochen[b]. Weiters wurde in dieser Beziehung die Frage aufgeworfen, ob in dem Falle, als die Flüchtigen zurückkehrten, ein neuerlicher Aufstand zu erwarten wäre, und habe sich Bezirkshauptmann [] aufreg[] allgemeiner Aufstand nicht mehr zu besorgen sein würde. Sonach einigte sich die Kommission bezüglich des allgemeinen Haltungsstandpunktes dahin, dass der Grundsatz aufrecht zu bleiben hätte, wornach für die Regierung keine Veranlassung vorliegt, die vom Standpunkte der bestehenden Gesetzgebung nicht zu hindernde Rückkehr der Flüchtlinge irgendwie zu begünstigen und dass gegen die straffälligen Rückkehrenden nach der vollen Strenge des Gesetzes vorzugehen wäre. Sodann wurde der vom Statthalter vorgebrachte Antrag beraten, welcher dahin geht, dass das den Wehrpflich[tigen] []nd [] insurgier[enden] [] Fraktionen für [immer entzo]gen werde. Bei diesem Punkte wurde vom Vertreter des Landesverteidigungsministeriums der beabsichtigten Anwendung des § 46 des Wehrgesetzes (Abstellung von Amtswegen zur Linie) auf die Stellungsflüchtigen der fraglichen Gebiete Erwähnung getan[3], während von den Vertretern des Justizministeriums in Zweifel gezogen wurde, ob die Anwendung des § 46 mit der im Artikel III normierten Ausnahme von der gesetzlichen Liniendienstverpflichtung vereinbar wäre. [] durch ihre [] aufrührerische Haltung das ihnen eingeräumte Privilegium verwirkt haben und dass es angemessen wäre, ihnen dasselbe zu entziehen, wozu jedoch der Gesetzesweg beziehungsweise eventuell der Weg der Anwendung des § 14 Staatsgrundgesetzes erforderlich wäre.

---

a *Liegt dem Originalprotokoll mit Brandschäden bei.*

b *Liegt dem Originalprotokoll mit Brandschäden bei.*

1 *MR. I v. 10. 5. 1882/I. Die Angelegenheit kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 23. 5. 1882/II.*

2 *Zu der Aufforderung zur Entsendung eines Beamten von Dalmatien nach Wien und den Verhandlungen mit diesem siehe MR. v. 23. 5. 1882/II, Anm. 5.*

3 *Gesetz v. 5. 12. 1868,* RGBL. Nr. 151/1868.

Weiters kamen in der Kommission die mit dem Erlasse vom 11. d. M. dem Statthalter nahegelegten, auf die Besitzenteignung abzielenden speziellen Maßnahmen zur Sprache. Hinsichtlich der Anwendung der Realexekution wegen Steuerrückständen wurde vom delegierten Bezirkshaupt[mann] [] wenige [überhaupt] und nur äu[ßerst wenig]e über ein Gulden [Ste]uern zu zahlen haben und dass bis 1880 die Steuerschuldigkeit ziemlich pünktlich entrichtet wurde, daher die Rückstände geringfügige sein dürften. Aus einer von der Bezirkshauptmannschaft Cattaro eingelangten Nachweisung[4] stelle sich in der Tat auch dar, dass in den fraglichen Gebieten nur 344 fl. (ohne Zuschläge) an Steuerrückständen aus den Jahren 1880 und 1881 datierend bestehen und seien speziell in der Obercrivoscie 146 fl. Rückstände [] in der [Unter]crivoscie [] [Rückst]and 84 fl., Schuldnerzahl 190, Rückstandsdurchschnitt für den Einzelnen 45 Kreuzer, in Oberledenice Rückstand 16 fl., Schuldner 71, Durchschnitt für den Einzelnen 23 Kreuzer, in Unterledenice und Ubli berechnet sich die Durchschnittsschuldigkeit der einzelnen Schuldner auf 38 Kreuzer und 37 Kreuzer. Rechne man zu dem Rückstande von 344 fl. noch approximativ die Zuschläge und den voraussichtlichen Rückstand des Jahres 1882, so könnte man die ganze Rückstandssumme nicht höher als auf etwa 638 fl. veranschlagen. Es wurde in der Kommission zur Erwägung ge[bracht] []füh[] die ver[]ien zur Anwen[dung zu br]ingen wäre. Es [erkl]ärte übrigens der Vertreter des Finanzministeriums, dass ungeachtet der für das Ärar keinen Erfolg versprechenden Verhältnisse vom finanziellen Standpunkte kein Anstand gegen die ihrer Intention nach politische Maßregel obwalte. Während die Minorität der Kommission der Ansicht war, den Statthalter ausdrücklichst darauf aufmerksam zu machen, dass [e]s sich empfehlen dürfte, die Durchführung der Maßregel auf die Hauptschuldigen zu beschränken, hielt die Majorität der Kommission dafür, dass [] [dems]elben anheimgestellt bliebe, in welcher Ausdehnung die Maßregel durchzuführen wäre.

In Bezug auf die Frage der Expropriation für Militärzwecke wurde übereinstimmend erkannt, dass die Maßregel keine praktische Bedeutung habe, nachdem vom Bezirkshauptmann Baron Conrad dargelegt wurde, dass weder für die bereits in Ausführung befindlichen Militärbauten eine Inanspruchnahme von Privatgründen notwendig sei, noch etwa künftighin für Schieß- und Übungsplätze eine Expropriationsveranlassung vorhanden sein würde. Was endlich die Maßregel [] vor dem [] vor dem Ein[treten der] Militärgerichtsbar[keit] begangenen Delikte von den ordentlichen Gerichten anzuwenden sei, dass es aber zweifelhaft sei, ob auch die Militärgerichte darnach unmittelbar vorgehen können. Was den Effekt der Durchführung dieser Maßregel anbelange, so wurde in der Kommission dargelegt, dass bei den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich nun darstellen, ein bedeutender Erfolg nicht zu erwarten sei. Denn erstlich würde bei der Rückkehr der Flüchtlinge oder [i]hrer Familien wegen der Unterhaltsgewährung und [] meisten Fällen gar nicht verhängt werden können. Dort aber, wo sie verhängt werden könnte, würde sie unverhältnismäßige Kosten veranlassen und bestünde namentlich die Schwierigkeit der Bestellung eines geeigneten Sequesters. Es wurde also von der Kommission erkannt, dass diese Maßregel unter den nunmehr teilweise geänderten Voraussetzungen zwar in ihrer Allgemeinheit nicht praktisch erschiene, dass jedoch die Anwendung derselben in einzelnen besonderen Fällen nicht auszuschließen wäre. Referent

---

4 *Mitteilung der Bezirkshauptmannschaft an das Ministerium des Innern in Telegramm v. 22. 5. 1882,* AVA., IM., Präs., Karton 862, Sig. 22/Dalmatien, Zl. 2672/1882.

sei für sich der Ansicht, dass diese Maßregel sowie auch die der Steuer[] [Ansc]hauung, [] außeror[dentliche] Maßregel, durch [welche] die Expatriierung der Flüchtigen oder die Konfiskation ihrer Güter verhängt würde, ausgeschlossen erscheinen.

Der Ministerpräsident bemerkt, es sei inzwischen ein Novum in der Sachlage eingetreten, indem laut der neuesten telegrafischen Nachrichten sämtliche Crivoscianer das österreichische Gebiete verlassen haben und, wie gemeldet wird, von Montenegro entwaffnet wurden[5]. Es werfe sich bei dieser Sachlage die Frage auf, ob nicht [] [defi]nitive Ansiedlung daselbst gewährt werde. Der Ministerpräsident glaubt, dass, wenn es auf diese Weise gelänge, sich der Crivoscianer für immer zu entledigen, man für diesen Zweck auch ein materielles Opfer bringen könnte. Die Sache liege jetzt nahe, weil sich die Leute mit ihren Familien bereits in Montenegro befinden und weil den rückkehrenden Aufständischen hier Strafe drohe. Würde die Ansiedlung in Montenegro gewährt, so könnten die hierländigen Besitztümer der Crivoscianer nach getroffener Vereinbarung erkauft werden, was bei dem geringen Werte der bezüglichen Güter keinen großen Aufwand er[heische.] [] Crivoscia[ner] [tei]ls als palliativ teils [auch als] allgemein anwend[bar] und genugsam wirksam erweisen, während mit der Ansiedlung dieser Bevölkerung in Montenegro die ursprüngliche Intention des Statthalters der Expatriierung derselben erfüllt wurde.

Der Landesverteidigungsminister glaubt, dass mit der Ansiedlung in Montenegro kaum eine definitive Beendigung erzielt würde, wenn[c] von dort aus die räuberischen Einfälle fortgesetzt würden. Jedenfalls wäre es aber schade um jeden Kreuzer, dem man Montenegro zu diesem Zwecke [] auch jetzt für die Ansiedlung Geld ausgegeben werden, doch wieder kommen.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass gegen eine solche Eventualität doch eine Gewähr gegeben sei, wenn die Leute von Montenegro infolge einer Vereinbarung zur Ansiedlung übernommen werden. Weiters würden ja wohl auch die jetzt vorzunehmenden Befestigungen an der Grenze ausreichen, um die Eindringenden abzuwehren. Übrigens dürften die Leute, wenn es hier nichts mehr zu rauben gebe, auch nicht einfallen.

Der Handelsminister betont auch, dass auch im Falle der [] im Auge [einen] [dipl]omatischen Schritt. [Der] Landesverteidigungsm[in]ister will nur bemerken, dass wir auch schon jetzt Grund gehabt hätten, uns an Montenegro zu halten, da es offenbar sei, dass Montenegro während der ganzen Bewegung den Aufständischen nur als Rückhalt und gleichsam als Operationsbasis gedient habe. Höchstens wenn die Ansiedlung der Crivoscianer weit weg von der österreichischen Grenze etwa in dem südöstlichen Teile Montenegros gegen Albanien zu erfolgte, könnte man sich einigermaßen[d] gesichert erachten. [] Intervention unter [der Vorau]ssetzung, dass die Ansiedlung möglichst entfernt von der österreichischen Grenze geschehe und dass die hierländigen Besitztümer der Crivoscianer abgetreten werden.

---

c *Korrektur Welsersheimbs aus* weil.

d *Einfügung Welsersheimbs.*

5 *Zu den Verhandlungen des Residenten in Cetinje Thömmel mit der montenegrinischen Regierung in dieser Angelegenheit siehe dessen Telegramme an das Kriegsministerium v. 19. 5. 1882,* Ka., KM., Präs. 51–2/92/1882 *und* 51–2/93/1882. *In der* Zusammenstellung der im laufenden Jahre nach *Montenegro* geflüchteten Herzegovecen und Bocchesen *werden für den 21. 4. 1882 5.190 Flüchtlinge ausgewiesen, davon 2.209 aus der Bocche di Cattaro und 2.981 aus der Herzegowina,* Ka., KM., Präs. 51–2/119/1882.

Bezirkshauptmann Freiherr v. Conrad macht aufmerksam auf den Bestand einer in Dalmatien in Anwendung stehenden Verordnung, worauf im Falle der Auswanderung nach Montenegro die Veräußerung diesländiger liegender Güter erzwungen werden könne. Der Minister für Kultus und Unterricht hält es nicht für richtig und findet es bedauerlich, dass der im Artikel 4 [] gegeben [] bloß die Straf[tat de]r unbefugten Aus[wande]rung sondern auch das auf dem Auswanderungspatente vorgesehene Verfahren in solchen Fällen hinfällig geworden sei[6]. Er glaube, dass der Inhalt der grundgesetzlichen Bestimmung es nicht rechtfertige, das bezügliche Verfahren als ausgeschlossen zu betrachten, zumal der Staat andererseits die Verpflichtung einer gewissen Vorsorge hinsichtlich der Güter der Ausgewanderten habe. Mindestens müsste doch eine ediktale Zitation unter Setzung bestimmter Folgen als zulässig erachtet werden. In der aktuellen Frage []

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski glaubt, dass unter diesen Umständen und wo man eigentlich nicht wisse, was man wolle, der vom Ministerpräsidenten angedeutete Schritt das einzig Praktische wäre und dass die Bewerkstelligung der Ansiedlung der Crivoscianer in Montenegro anzustreben wäre, wenn dies auch Geldopfer kostete. Allerdings dürfte die Ansiedlung nicht an der österreichischen Grenze, sondern müsste möglichst weit von derselben geschehen und weiters müsste auch die Entäußerung des hierländigen Besitzes der Crivoscianer erfolgen. Ginge Letzteres nicht mit einer Besitzabtretung, so müsste man [] als [] [t]rachten wür[de, dass die] Crivoscianer [nie m]ehr zurückkämen. Deshalb dürfte vom Standpunkt des Statthalters aus die Intervention wünschenswert sein. Es sei nur fraglich, ob eine entsprechende Ansiedlung zu erlangen sein würde.

Der Ministerpräsident leitet sodann die Diskussion auf die Frage der Entziehung des Wehrgesetzprivilegiums bzw. auf die Frage der Anwendung des § 46 des Wehrgesetzes auf die stellungsflüchtigen Crivoscianer. Der Ministerpräsident bemerkt, dass gegen die bezüg[lich] [] [Geb]iete überhaupt schon verpflichtet seien, in der Linie zu dienen, während die Crivoscianer als Angehörige des Kreises Cattaro nur gehalten seien, der Wehrpflicht in der Landwehr zu genügen, daher dieselben, weil sie überhaupt von der Liniendienstpflicht exemt seien, zu dieser auch bei der Stellung von Amtswegen nicht verhalten werden könnten.

Der Landesverteidigungsminister glaubt, die Anschauung vertreten zu können, dass die im § 46 des Wehrgesetzes hinsichtlich der Stellungsflüchtigen vorgesehene Stellung von Amtswegen zum Liniendienste auch auf die stellungsflüchtigen Angehörigen jener Gebiete [] die Wehr[pflichtigen] [der]selben „der Wehrpflicht[e] nur in der Landwehr[f] zu genügen haben." Er müsse zunächst hervorheben, dass nicht bloß die durch Artikel III des Wehrgesetzes ausdrücklich privilegierten Bewohner, sondern auch Angehörige der anderen Gebiete der Monarchie in Gemäßheit des Wehrgesetzes ihrer Wehrpflicht nur in der Landwehr zu genügen haben. Die Wehrpflichtigen der Kreise Cattaro und Ragusa seien eben von vorneherein bestimmt als solche bezeichnet, welche lediglich in der Landwehr zu dienen haben. In den anderen Gebieten ergeben sich diejenigen, welche auch [] [Konti]ngente dem[g] auf diese Weise lediglich für den Landwehrdienst [h]gesetzlich bestimmt[h]. Es genieße also in Gemäßheit und infolge der allgemeinen Bestimmungen des Wehrgesetzes eine gewisse Anzahl Wehrpflichtiger

---

e *Brandstelle ergänzt aus Artikel III des Wehrgesetzes,* RGBL. Nr. 151/1868.

f *Brandstelle ergänzt aus Artikel III des Wehrgesetzes,* RGBL. Nr. 151/1868.

g *Korrektur Welsersheimbs aus* sei alljährlich das Kontingent der.

h–h *Korrektur Welsersheimbs aus* auszuhebenden Rekruten vorgesehen.

6 *Auswanderungsgesetz kundgemacht durch das Hofkanzleidekret v. 2. 4. 1832,* PGV. Nr. 34/1832.

regelmäßig die Begünstigung, der Wehrpflicht nur in der Landwehr zu genügen. Zwischen diesen und den Süddalmatinern bestehe diesfalls der Unterschied, dass Letztere schon vorher nominativ für den Landwehrdienst bestimmt erscheinen. Ein weiterer bekräftigender Umstand sei der, dass § 46 von allen Stellungsflüchtigen überhaupt ohne Unterschied spricht. []n. Eine [solche Bestimmung] finde sich aber [im Gesetze] nicht, während das[selbe] doch eine Reihe von anderen nur die Landwehr betreffenden Bestimmungen enthält.

Abgesehen von diesen Gründen für die Anwendbarkeit des § 46 scheine das administrative Vorgehen in dieser Weise auch aus allgemeinen Gründen erwünschter als die förmliche Beseitigung des Privilegiums, weil mit der Maßregel der Stellung von Amtswegen gerade die Schuldigen getroffen werden und durch die Sprache auf diejenigen beschränkt bleibe, welche sie verdienen. Bei der förmlichen Beseitigung des Privilegiums würde erst[lich] []ei leicht über den Kreis der wirklich Strafwürdigen hinausgriffe, während man doch gerade jetzt am wenigsten Anlass hätte, an dem Privilegium jener Gebietsbewohner zu rütteln, welche unter den besonders schwierigen Verhältnissen ihrer Pflicht nachgekommen sind. Weiters würde, wenn die Sache vor den Reichsrat käme, die ganze Privilegiumsfrage überhaupt aufgewirbelt werden. Auch müssten jetzt behufs der Privilegiumsentziehung nach § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung vorgegangen werden und sei zu besorgen, dass dies einen schlechten Eindruck machen würde, weil es aussehe, als hätte [], wenn [] die von [dem Landes]verteidigungsmi[nister] vertretene Anschauung [v]orwaltete, fragte, weshalb die Regierung nicht einfach mit der zur Hand stehenden Anwendung des Wehrgesetzes vorgegangen sei. Mindestens sei die Frage, ob nach § 46 vorgegangen werden könne, kontrovers. Nachdem aber eine Reihe von Gründen für die Anwendung des § 46 spreche und die Handhabung dieses Apparates keine Schwierigkeiten mache und nachdem sich auch das Reichskriegsministerium für die Anwendung des § 46 unter der Voraussetzung erklärt habe, [i]n der Weise vorgehen zu können, dass er den bereits vorliegenden Fall und die weiteren einzelnen Fälle nach der Norm des § 46 behandle bzw. die Behörden zu dem bezüglichen Verhalten anweise. Der Minister erklärt schließlich noch, dass wenn es [i]nicht inopportun wäre, überhaupt[i] die Frage der Aufhebung des Landwehrprivilegiums für das ganze privilegierte Gebiet Süddalmatiens [j]zu behandeln, er vom allgemein-prinzipiellen Standpunkte[j] für die Aufhebung sein würde. Aber gegen die Entziehung bloß für ein kleines diesfalls schon richtig abgrenzbares Gebiet müsste er aus vorne erwähnten Gründen und auch deshalb sein, weil []

[Minister Freiherr v. Ziemiał]kowski [] der An[wendung] des § 46 des Wehr[gesetzes] sei jedenfalls kontro[v]ers. Dafür spreche insbesondere, dass § 46 von den Stellungsflüchtigen überhaupt handle und eine besondere Bestimmung hinsichtlich der Behandlung der stellungsflüchtigen Süddalmatiner im Gesetze nicht enthalten sei. Der Minister glaubt daher, dass man auf die vom Landesverteidigungsminister proponierte Lösung, zumal sie einfach sei, eingehen könne. Der Ackerbauminister ist auch dafür, weil das Gesetz keine andere Strafbestimmung für Stellungsflüchtige [kenne.] [] stellungsflüchtigen Südd[alm]atiner straflos ausgehen zu lassen. Minister Dr. Pražák muss darauf hinweisen, dass man im Justizministerium die Anwendbarkeit des § 46 in Zweifel ziehe. Der Minister glaubt jedoch, dass gegen die Anwendung keine Schwierigkeit zu machen wäre, nachdem das Wehrgesetz auch auf den Landwehrdienst Anwendung habe und das Gesetz keine besondere Bestimmung hinsichtlich der Behandlung stellungsflüchtiger Landwehrverpflichteten enthalte und nachdem der

---

[i–i] *Korrektur Welsersheimbs aus* sich seinerzeit überhaupt um.

[j–j] *Korrektur Welsersheimbs aus* handeln würde, er gerne.

Landesverteidigungsminister in der Sache selbständig im Ein[]nde [] des Justizmi[isters] [] nicht bekannt []. Der Minister für Kultus und Unterricht erklärt sich gleichfalls für Anwendung des § 46.

Der Ministerpräsident bemerkt, man habe jedenfalls eine Reihe von Gründen für die Anwendung des § 46 für sich, sodass man vorläufig ohne Besorgnis wenigstens bis zum Wiederzusammentritte des Reichs[ra]tes nach der Proposition des Landesverteidigungsministers vorgehen könne.

[] allge[] der Ergreifung spezieller Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung der Crivoscie ausgesprochenen Anschauungen werden vom Ministerrate folgende Beschlüsse gefasst:
Gegenüber den Bewohnern der Crivoscie ist im Allgemeinen an dem in der Ministerkonferenz vom 10. d. M. markierten Gesichtspunkte festzuhalten, sonach die Rückkehr der Flüchtigen nicht zu begünstigen und keine Amnestie zu gewähren.
Hinsichtlich der Maßnahmen der Steuerexekution und der Sequestrierung nach der Verordnung vom 5. Oktober 1854[7] ist dem Statthalter [k]anheimzugeben, diese Maßnahmen dort anzuwenden, wo er glaubt, von ihnen ein entsprechendes Resultat erwarten zu können.[k]
[Der Minister]präsident [wird ermäc]htigt, wegen ei[ner] [dipl]omatischen Vermitt[lu]ng zu dem Zwecke der Ermöglichung einer definitiven Ansiedlung der Crivoscianer in einem von der österreichischen Grenze entfernten Gebiete Montenegros sich an das Ministerium des Äußern zu wenden.
Der Landesverteidigungsminister wird ermächtigt, gegenüber stellungsflüchtigen Landwehrdienstverpflichteten der nach Artikel III des Wehrgesetzes privilegierten Gebiete Süddalmatiens nach § 46 des Wehrgesetzes vorzugehen[8].

[II.] [] des dalmatinischen Landtages hervorgetretenen besonderen Momente. Der Statthalter wünsche, dass in diesem Jahre entweder gar kein Landtag oder derselbe nur zu einer so kurz als möglichen Session einberufen werde[9]. Zweitens sei die Frage der Einberufung nach einem anderen Orte als nach Zara aufgetaucht, indem gegen Zara unter Hinweisung auf frühere tumultarische Vorgänge geltend gemacht werde, dass der Landtag dort nicht entsprechend geschützt wäre. Als der andere Tagungsort werde Spalato genannt. Der Ministerpräsident [] Serie [] erst im Sep[tember sta]ttfinden soll. [W]as aber die Verlegung des Landtages nach Spalato anbelange, so müsste er sich schon im Voraus dagegen erklären. Erstlich wäre dies ein Novum in der Landtagspraxis. Sodann stellen sich aber in Bezug auf den Schutz des Landtages die Verhältnisse in Spalato nur viel schlechter dar als in Zara. Er wäre daher jedenfalls eher geneigt, den Landtag gar nicht als nach einem anderen Orte einzuberufen.

Der Ministerrat [][10]

Wien, am [26.] Mai 1882. Taaffe.

---

k–k *Ergänzt aus folgendem MR. v. 30. 5. 1882/I.*

7 *Verordnung des Justizministeriums v. 5. 10. 1854,* RGBl. Nr. 255/1854.

8 *Fortsetzung in MR. v. 30. 5. 1882/I.*

9 *Die Frage der generelle Zeitplanung zur Einberufung der Landtage war bereits besprochen worden in MR. v. 26. 4. 1882/XI. Das Schreiben des Statthalters in Zara, Jovanović liegt in* AVA., IM., Präs., Sig. 31/Dalmatien *nicht ein.*

10 *Fortsetzung der Frage der Einberufung des dalmatinischen und des Triester Gemeinderates (Landtages) in MR. v. 21. 10. 1882/VIII. Die Einigung auf die Landtagssessionen – hier in Bezug auf den der Bukowina – kam zur Sprache in MR. v. 10. 7. 1882/I.*

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 393 Ministerrat, Wien, 30. Mai 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Kaiser; BdE. und anw. (Taaffe 30. 5.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kálnoky.

I. Frage der künftigen Behandlung der Bewohner der Crivoscie. II. Über den Antrag des Leiters des Justizministeriums auf die Ernennung des Landesgerichtsrates Michael Pithey zum Oberlandesgerichtsrate in Czernowitz. III. Ah. Anerkennung des Wirkens des Ministeriums.

KZ. 59 – MRZ. 49

[Protokoll des zu Wien am 30. Mai 1882 abgehaltenen] Minister[rates] unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

I. Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen zur Beratung zu bringen die Frage der Behand[lung] []ße [] An[] []t nunmehr [unter B]eiziehung des Ministers des [Äu]ßern zu besprechen[1]. [S]e. Majestät geruhen die im Protokolle der Ministerkonferenz vom 26. d. M. zusammengefassten Beschlüsse der Reihe nach in Betracht zu nehmen. Der erste Beschlussabsatz lautet: „Gegenüber den Bewohnern der Crivoscie ist im Allgemeinen an dem in der Ministerkonferenz vom 10. d. M. markierten Gesichtspunkte festzuhalten, sonach die Rückkehr der Flüchtigen nicht zu begünstigen und keine Amnestie [a]zu gewähren.“[a] []n das strafgerichtliche Verfahren einzuleiten sein werde. Der Ministerpräsident erklärt, dass dies die Intention des Ministerrates sei.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass dann nur zu wünschen wäre, wenn die Gerichte und speziell eben auch die Militärgerichte etwas kräftiger eingriffen, als dies bisher geschehen sei. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák erlaubt sich auch darauf hinzuweisen, dass wenn es sich nunmehr mit Ende Juni um die Verlängerung der Wirksamkeit der Militärgerichte han[delt][2] [] ihnen []fallen keine [] Milde walten [lassen] dürften.

Se. Majestät geruhen den zweiten Beschluss des Ministerrates vom 26. d. M. auszuführen, welcher lautet: „Hinsichtlich der Maßnahmen der Steuerexekution und der Sequestrierung nach der Verordnung vom 5. Oktober 1854 ist dem Statthalter anheimzugeben, diese Maßnahmen dort anzuwenden, wo er glaubt, von ihnen ein entsprechendes Resultat erwarten zu können.“ Der Ministerpräsident be[merkt] [] [gen]ommenen Gesichtspunkte weiche, als man nunmehr die Anwendung der fraglichen Maßnahmen nicht mehr allgemein, sondern nur für jene Fälle in Aussicht nehme, in welchen damit sowohl in politischer als in materieller Beziehung ein nennenswerter Erfolg zu erzielen sein würde.

Se. Majestät geruhen hervorzuheben, dass es nicht klargestellt sei, ob die Sequestrierungsverordnung vom 5. Oktober 1854 auch von den Militärgerichten anzuwenden komme. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák bemerkt, dass es allerdings nicht klar sei, wie es mit der Anwen[dung] []chten [].

[a–a] *Brandstellen ergänzt aus vorhergehendem MR. v. 26. 5. 1882/I.*

[1] *Fortsetzung des MR. v. 26. 5. 1882/I.*

[2] *Zur Übertragung der Zivilgerichtsbarkeit an die Militärgerichte siehe MR. v. 4. 5. 1882/II, Anm. 5, bei dem die Verlängerung ihrer Wirksamkeit beraten wurde.*

[Se.] Majestät erachten es für notwendig, dass die Anwendbarkeit in dieser Weise seitens der Militärgerichte diesen ausdrücklich mittelst eines Erlasses bekannt gegeben werde. Der geeignete Weg wäre der, dass man sich an das Reichskriegsministerium wendete, damit im Wege der oberen Militärgerichte die Anwendbarkeit angeordnet würde[3].

Se. Majestät geruhen auf den dritten Beschluss der Ministerkonferenz vom 26. d. M. zu kommen, welcher [lautet: „]ᵃDer Ministerᵃpräsident ᵃwird ermäcᵃhtigt, wegen eiᵃner diplomatischen Vermittlᵃung zu dem Zwecke der Ermöglichung einer definitiven Ansiedlung der Crivoscianer in einem von der österreichischen Grenze entfernten Gebiete Montenegros sich an das Ministerium des Äußern zu wenden."

Der Minister des Äußern Graf Kálnoky bemerkt, dass sich auch unser Ministerresident in Cetinje bereits mit der Frage der Ansiedlung der Crivoscianer in Montenegro beschäftige und dass er (Graf Kálnoky) einem diesbezüglichen Berichte entgegensehe[4]. Der Minister des Äußern würdigt das Interesse, welches die Regierung dem Zustandekommen eines solchen Arran[gements] [] auf die [Schwierigkeiten] aufmerksam [zu machen,] welche der Sache [in den] Weg treten könnten. Zunächst müsse man sich vor Auge[n] halten, dass Montenegro ein sehr armes Land sei, wenig kultivierbaren Boden habe und mit seinen Mitteln kaum ausreiche, die jetzige Bevölkerung zu erhalten. Es dürfte daher der Fürst von Montenegro vielleicht gar nicht in der Lage sein, den Leuten ein Land zu geben, von dem sie sich ernähren könnten. Andererseits sei es auch denkbar, dass man sich sogar scheute, diese rabiaten Elemente, welche Montenegro schon jetzt Verlegenheiten [] [mögli]cherweise dürfte nach der Rückkehr der auch aus Bosnien und der Herzegowina nach Montenegro Geflüchteten hinsichtlich deren Behandlung hier andere Gesichtspunkte obwalten[5], die Sache für die Ansiedlung der Crivoscianer sich etwas erleichtern, sodass diese etwa dann doch in den gegen Albanien gelegenen Gegenden untergebracht werden könnten. In Bezug auf die Stellungnahme im Allgemeinen gegenüber den flüchtigen Crivoscianern halte der Minister des Äußern den eingenommenen Standpunkt zwar gerechtfertigt, indessen schiene es ihm doch geboten, eine Art Sommation hinsichtlich ihrer Rückkehr zu er[] [Was] die Steuer[exekution] anbelange, so glaubt [der Mi]nister des Äußern [b]emerken zu sollen, dass es entsprechend wäre, Exekutionen wegen minimaler Rückstände zu vermeiden, weil es einen ungünstigen Eindruck machen würde, wenn das Ärar wegen einiger schuldiger Kreuzer den Leuten die Besitztümer wegnähme, von denen sie sich bisher ernährt haben.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass sonach in Bezug auf die Ansiedlungsfrage zunächst der Bericht des Ministerresidenten in Montenegro []ige habe, für ganz entspr[echend], damit die Leute die Folgen kennen. Wenn mit dieser Sommation keine Amnestie zugesichert werde, so bleibe es selbstverständlich, dass gegen diejenigen, welche zurückkehren, nichtsdestoweniger das strafgerichtliche Verfahren eingeleitet werde. Der Gesichtspunkt, dass gegenüber den Crivoscianern keine Amnestie Platz greife, sei begründet und sei es auch vollkommen gerechtfertigt, dass diesfalls zwischen diesen und den Aufständischen Bosniens und der Herzegowina ein Unterschied gemacht werde. Nicht nur die in staatsbürgerlicher Beziehung und hinsichtlich der vorausgegangenen Verhältnisse obwaltende Verschiedenheit

---

3 *Zusammenfassung des entsprechenden Schreiben Taaffes an Bylandt in Einsichtsakt* Ava., JM., Präs. 144/1882.

4 *Bericht (Druck) Thömmels an Kálnoky v. 4. 6. 1882,* Hhsta., PA. XL, Interna, Liasse VIII, Karton 206, fol. 160 r – 162 r.

5 *Zur unterschiedlichen Behandlung der geflüchteten Einwohner aus der Herzegowina und aus Süddalmatien nach Montenegro siehe GMR. v. 30. 7. 1882,* Hhsta., PA. XL, Karton 293, RMRZ. 303.

recht[fertigen] [] [Crivosc]ianern [] während die [anderen Aufst]ändischen nur in [wenigen] Ausnahmsfällen jene [U]nmenschlichkeiten begingen, welche bei den Crivoscianern in Regel vorkommen. Was endlich die Steuerexekutionen anbelange, so erachten Se. Majestät, dass diese Maßregel wesentlich nur von dem Gesichtspunkte einer Stellvertretung der nicht zulässigen Güterkonfiskation aufzufassen und zu handhaben sein werde, bei der Anwendung nach dieser Auffassung und nach der vorausgegangenen Aufforderungen zur Rückkehr werde sich die Maßregel anders charakterisieren. Se. Majestät finden es daher auch für notwendig, dass []ung und des Inhaltes der [Som]mation und dann hinsichtlich der Anwendung der Steuerexekution hinausgegeben werde.

Der Ministerpräsident hält die Erlassung einer Aufforderung zur Rückkehr in dem Sinne, wie ihn Se. Majestät anzudeuten geruht haben, um so entsprechender, als dabei dem Vorgehen nach der Strenge des Gesetzes kein Abbruch geschehen solle. Die Rückkehrenden werden jedenfalls der strafgerichtlichen Behandlung zu unterziehen sein, hingegen werde man auf sie nicht die ganzen Härten der Steuerexekution anwenden.

Der Minister für Kultus und [Unterricht] [] solchen [] auch für die [weiteren] Folgen sich schon [auf das] Auswanderungsge[s]etz stützen zu können, welches Gesetz er, wie er bereits in der letzten Ministerkonferenz angedeutet habe, nicht in seiner Gänze und namentlich nicht hinsichtlich des Verfahrens gegenüber unbefugt Ausgewanderten als aufgehoben ansehen könne. Der Minister rechtfertigt das diesbezügliche Einschreiten aus der der Regierung auferlegten Schutzpflicht und gibt zu bedenken, dass etwa im Falle einer Auswanderung im großen Maßstabe, wodurch ein ganzes Landesgebiet entvölkert [werde] []. Seines Erachtens könnte auf die Nichtrückkehr die Folge des Eigentumsverlustes gesetzt werden. Er sei also für die Sommation und fände es am geeignetsten, wenn der Statthalter unter Verbindung seiner Gewalten als Landeschef mit denen, welche ihm die militärische Okkupation an die Hand gebe, die Folgen nach seinem Ermessen zöge. Der Minister kann sich übrigens kaum denken, dass Montenegro, zumal dessen Verhältnisse sehr beschränkt seien, das arbeitsscheue Volk der Crivoscianer sich dort ansiedeln lassen dürfte.

Minister Dr. Pražák bemerkt, []wisse [] abgespro[chen werden] könne, als zuge[standen] werden müsse, dass [im] Falle von solchen Auswanderungen im großen Maßstabe jedenfalls Maßnahmen zu treffen wären. Doch könnte man für die Abwesenden nun Kuratoren bestellen, deren Güter bewirtschaften und endlich dieselben für die Eigentümer verkaufen. Das begreife eine lange, umständliche und für die Crivoscie kaum anwendbare Prozedur. Eine Einziehung der Güter zugunsten des Staates wäre wegen der Auswanderung nicht möglich.

Se. Majestät geruhen fer[ner] [] [M]ontenegro zu ermöglichen, [wenn] Geldopfer nicht zu scheuen wären. Der Minister des Äußern glaubt, dass Montenegro, wenn es darauf eingehe, für die Ansiedlung jedenfalls Geld verlangen würde. Der Ministerpräsident bemerkt, durch eine diesfällige Leistung an Montenegro für die Gewährung der Ansiedlung würde zugleich auch die unangenehme Seite der Steuerexekution abgeschwächt.

Se. Majestät geruhen die Frage der Entäußerung der hierländigen Besitztümer der Crivoscianer im Falle der Ansiedlung derselben in Montenegro [] von [] Bemer[kung hinweise]n, dass in Dal[matien ei]ne Verordnung in [Anwe]ndung stehe, wornach im Falle der Auswanderung nach Montenegro die Veräußerung der diesländigen liegenden Güter erzwungen werden könne.

Der Handelsminister bemerkt, dass eine alte Verordnung bestehe, wornach den Montenegrinern der Besitz liegender Güter in Österreich nicht gestattet ist[6]. Er wisse jedoch nicht, ob dieselbe jetzt noch als wirksam betrachtet werden könne. Minister Dr. Pražák ist gleich[falls] [] [be]gründet erschien. In [diesem] Falle würde man aber im Falle der Ansiedlung in Montenegro die hierländigen Besitztümer verkaufen müssen. Der Ackerbauminister betont, dass jedenfalls das Ärar die Sache in die Hand bekommen müsste, damit sich nicht wieder fremde, unliebsame Elemente ansiedeln.

Aus der weiteren Diskussion ergibt sich noch Übereinstimmung dahin, dass die eventuelle Ansiedlung in Montenegro möglichst weit von der österreichischen Grenze entfernt zu erfolgen hätte und dass dem Statthalter von dem wegen der Ansiedlung einzuleitenden [][7]

[Se. Majestät geruhen auf den vierten] Beschluss [des Ministerra]tes vom 26. Mai [zu ko]mmen, welcher lautet:

[„]Der Landesverteidigungsminister wird ermächtigt, gegenüber stellungsflüchtigen Landwehrdienstverpflichten der nach Artikel III des Wehrgesetzes privilegierten Gebiete Süddalmatiens nach § 46 des Wehrgesetzes vorzugehen."

Se. Majestät geruhen zu fragen, ob hievon dem FML. Baron Jovanović bereits Mitteilung gemacht worden sei. Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass heute anlässlich des bereits vorliegenden [] Jovanović [] obigen Anwendungs[fällen] nun als Norm für die Entscheidung in den einzelnen kommenden Fällen angenommen hat.

Se. Majestät geruhen sonach die Beratung über den Gegenstand der Behandlung der Bewohner der Crivoscie mit der Bemerkung zu schließen, dass es also bei den in der Ministerkonferenz vom 26. Mai 1882 gefassten Beschlüssen mit dem zu verbleiben habe, dass der Anwendung der in Aussicht genommenen Maßnahmen eine Aufforderung zur Rückkehr der Flüchtigen vorauszugehen habe und dass dem Statthalter für sein Vorgehen []b,[8].

[II. S]e. k. u. k. apost. Majestät geruhen zur Sprache zu bringen den Vortrag des Leiters des Justizministeriums wegen der Besetzung der Stelle des Oberlandesgerichtsrates und Leiters des Strafgerichtes beim Landesgerichte in Czernowitz[9]. Der Leiter des Justizministeriums schlage

---

b *Randbemerkung* (Der Minister des Äußern entfernt sich aus der Ministerkonferenz.)

6 *Hofdekret v. 24. 2. 1816,* Jgs. 1812–1817, Nr. 1214. *Ausführliche Darstellung der Entwicklung der Rechtslage ab Ende des 18. Jahrhunderts und den Zweifeln an der Rechtsgültigkeit gegenüber Montenegro siehe Schreiben (K.) Pražáks an Taaffe v. 13. 7. 1882,* Ava., JM., Präs 144/1882.

7 *Schreiben Taaffes v. 31. 5. 1882 an Kálnoky,* Hhsta., PA. XL, Interna, Liasse VIII, Karton 206, fol. 130 r – 132 v.

8 *Mit Erlass (Abschrift) Taaffes v. 9. 6. 1882 erhielt Jovanović die in MR. v. 26. 5. 1882 beschlossenen Weisungen, die mit Vortrag Taaffes v. 9. 6. 1882 Franz Joseph mitgeteilt und mit Ah. E. v. 13. 6. 1882 zur Kenntnis genommen wurden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2322/1882. *Zusammenfassung der Antwort Jovanović' an Taaffe, mit der er seine – nicht im* Lgbl. Dalmatien *publizierten – Kundmachung v. 20. 6. 1882 anzeigte, in* Ava., JM., Präs 144/1882. *Mit der Frage der Behandlung der Flüchtlinge aus der Crivoscie und der Herzegowina beschäftigte sich auch GMR. v. 30. 7. 1882,* Hhsta., PA. XL, Karton 293, RMRZ. 303. *In einem Erlass (Zusammenfassung) Taaffes, den das Justizministerium post expeditium am 27. 8. 1883 vidierte, wurde Jovanović mitgeteilt, dass,* nachdem ein zwingender Anlaß, die Montenegriner in Dalmatien ihres Grundbesitzes, den sie gegenwärtig innehaben können, zu berauben, nicht vorliegt, sich dießfalls noch eine zuwartende Haltung empfiehlt, Ava., JM., Präs. 269/1883.

9 *Am 20. 5. 1882 hatte Pražák einen Vortrag mit dem entsprechenden Besetzungsvorschlag vorgelegt,* Ava., JM., allg., Faszikel III Oberlandesgericht Lemberg, personale, Zl. 8712/1882. *Mit dem Vortragskonzept, laut* Ava., JM., allg., Protokollbuch 1882 *unter Zl. 7546/1882 (liegt nicht ein) unterbreitete der Oberste Gerichtshof am 7. 5. 1882 diesen Besetzungsvorschlag.*

für diese Stelle den Landesgerichtsrat in Czernowitz Reichsratsabgeordneten Michael Pithey vor, während von allen Gerichtsinstanzen primo loco der Lemberger Oberlandesgerichtsrat []en würde. Se. Majestät haben unter diesen Umständen die Besorgnis, dass es bei einem Vorgehen nach dem Antrage des Leiters des Justizministeriums den Anschein gewönne, als wären nicht sachliche, sondern politische Gründe für die Ernennung bestimmend gewesen, zumal Pithey schon im Jahre 1877 vom damaligen Justizminister Dr. Glaser für eine Oberlandesgerichtsratsstelle in Lemberg ausersehen war und infolge der vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski dawider erhobenen Einwendung die Mehrheit des Ministerrates sich gegen die Beantragung Pitheys ausgesprochen hatte[10]. Insbesondere legen Se. Majestät []ge [].

[Der Leiter] des Jusitzmini[steriums] Minister Dr. Pražák [erlau]bt sich zu bemerken, dass die Haltung des Oberlandesgerichtspräsidenten in Lemberg wie früher so auch jetzt auf die persönliche gereizte Stimmung desselben gegen Pithey zurückführen lasse. Sachlich sei dieselbe nicht begründet. Die Disziplinaraffäre, von welcher Pithey im Jahre 1866 betroffen worden war, könne nicht mehr hervorgezogen werden, nachdem Pithey nachher bereits zweimal avanciert sei[11]. Der im Jahre 1877 durchgeführte Verleumdungsprozess habe aber die Haltlosig[keit] [] bei der im Jahre 1877 wegen des Vorschlages für die Lemberger Oberlandesgerichtsrats-Stelle gepflogenen Verhandlung im Ministerrate zwei der Votanten, welche sich gegen die damalige Berücksichtigung Pitheys aussprachen, sich in dem Sinne geäußert haben, dass für einen anderen Fall und wenn es sich nicht um den Eintritt in das Gremium des Oberlandesgerichtes in Lemberg handelte, die Berücksichtigung Pitheys nicht auszuschließen wäre. Nun sei der Fall eines Avancements in Czernowitz gegeben und Pithey habe alle Eignung für den Posten. Es würde eine schwere Kränkung für denselben sein, wenn man ihn jetzt nicht berück[sichtigte] [].

[Der Ministerpr]äsident [bringt zur] Verlesung die [in der] Ministerkonferenz [am] 19. Dezember 1877 gepflogene Beratung über die damalige Kompetenz Pitheys um eine Oberlandesgerichtsrats-Stelle in Lemberg. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass er sich im damaligen Falle, wo es sich um den Eintritt Pitheys in das Oberlandesgerichtsgremium handelte, namentlich deshalb gegen den Vorschlag ausgesprochen habe, weil sich nicht nur der Präsident, sondern auch der gesamte betreffende Senat des Oberlan[desgerichtes] [] er damals gehört, dass Pithey sich mit einem förmlichen Häuserhandel beschäftigte, sodass man besorgen musste, in ihm keinen unparteiischen Richter zu erhalten, indem er bei dieser Beschäftigung leicht, ohne dass die Sachlage nach außen klar würde, in die Lage kommen könne, über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden. Was die jetzige Stelle anbelange, sei der Minister jedoch nicht in dem Falle etwas darüber zu bemerken.

Der Handelsminister bemerkt, dass ihm aus der Zeit seiner Amtswirksamkeit in der Bu[kowina][12] []esen []gkeit [] ziehen. Insbe[sondere] sei ihm auch darüber, [dass] Pithey einen über eine gewisse Grenze hinausgehenden Handel mit Häusern getrieben habe, nicht bekannt geworden. Wenn man diesfalls Gründe gehabt hätte, hätte man dem Landespräsidenten darüber gewiss Schauergeschichten erzählt, zumal Pithey zu jener Zeit auf einem der damaligen Regierung gegnerischen Standpunkt gestanden war. Eine gegnerische Stellungnah-

---

10 *Beraten in MR. v. 19. 12. 1877/XII (liegt nicht ein).*

11 *Die Signatur, zu der diese Disziplinaraffäre gehört, laut* AVA., JM. Allg, Index Bd. 346 Personalindex Galizien 1859–1871, *die* Sig. III OLG Lemberg, in genere VZ. 5, *liegt nicht ein; darunter* Zl. 5157/1864 *v. 14. 6. 1864,* Beschwerde gegen denselben [*Pithey*] wegen Nothzucht, *weiteren Anzeigen aus den Jahren 1865 und 1866 sowie* Zl. 8193/1866 *v. 4. 8. 1866,* dessen strafweise Übersetzung auf einen Adjunktenposten.

12 *Pino war 1870 bis 1876 Landespräsident in der Bukowina.*

me der Richter gegenüber der aktuellen Regierungsrichtung komme übrigens öfters [vor.] []artei mag[e]r, war aber nach dem Erachten des Handelsministers zugleich der Hauptgrund des unangenehmen und sozusagen bissigen Verhältnisses, in welches Pithey mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten und mit dem Gremium des Oberlandesgerichtes geriet. Zugleich sei Pithey dem Oberlandesgerichtspräsidenten auch persönlich nicht sympathisch. Dem Handelsminister sei es daher ganz begreiflich, dass Pithey beim Oberlandesgerichte nicht beliebt sei. Nachdem im Jahre 1877 die politische Stellung Pitheys der Regierung bekannt war und schon damals die Verhältnisse so lagen, dass der Justizminister sich veranlasst sah, Pithey []hts][] [e]rlang[t, kann er nun]mehr Oberlan[desgericht]srat werden. End[lich s]ei es wünschenswert, dass für die Stelle nicht ein Beamter aus Galizien herüber genommen werde.

Der Ministerpräsident bemerkt, auf ihn mache den größten und bestimmenden Eindruck der Umstand, dass vor fünf Jahren der damalige Justizminister Dr. Glaser die Berücksichtigung Pitheys als einen Akt der Gerechtigkeit bezeichnete und, obwohl ihm die regierungsfeindliche politische Gesinnung Pitheys bekannt war, doch warm für den[selben] [] Pithey der [er]ste der av[en]cementsfähigen Räte in Czernowitz sei und dass es wünschenswert erscheine, wenn für die Stelle nicht unmittelbar jemand aus Galizien herüber genommen werde. Der Ministerpräsident wolle gar nicht auf den Reichsrat und auf die politischen Verhältnisse reflektieren, doch zu bedenken geben, dass man gewiss erfahren haben dürfte, dass der ehemalige Justizminister Dr. Glaser sich seinerzeit warm für Pithey eingesetzt habe. Auch wolle er betonen, dass man nicht oft in die Lage komme, für einen Rumänen etwas zu tun.

Der Leiter des Justizmini[steriums Minister Dr. Pražák] [] über [] wurde. Dass Pithey [von den] Landsleuten geehrt [werd]e, bezeugen die Wahlen desselben in die Gemeindevertretung und den Reichsrat[13]. Indessen würde Pithey, wenn er die infrage stehende Stelle erlangte, sein Reichsratsmandat niederlegen.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass dies gewiss notwendig[c] wäre. Nachdem über die von Sr. Majestät gestellte Umfrage von keinem der Minister eine Bemerkung gegen den Vorschlag des Leiters des [Justizministeriums] [] [Cz]ernowitz [] dem Antrage nicht entgegen sein werden[14].

III. Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen schließlich reflektierend auf den Ausgang des Sessionsabschnittes des Reichsrates dem Ministerium Anerkennung und wärmsten Dank für die bei seiner Aktion bewährte Geduld, Ausdauer und große Konsequenz sowie die Befriedigung über die in diesem Sessionsabschnitte erzielten bedeutenden Resultate auszusprechen.

---

[c] *Korrektur Franz Josephs aus* wünschenswert.

[13] *Pithey war 1877 bis 1888 sowie 1891 bis zu seinem Tod 1892 in Czernowitz Gemeinderat; er hatte seit 1880 für einen Landwahlkreis in der Bukowina ein Mandat des Abgeordnetenhauses des Reichsrates inne, zu Pithey siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 928 f.*, auf der Homepage des Nationalrates* Kurzbiografie Pitei | Parlament Österreich.

[14] *Den Vortrag Pražáks v. 20. 5. 1882 resolvierte Franz Joseph mit Ah. E. v. 30. 5. 1882 im Sinne des Antrags,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2079/1882. *Pithey legte sein Mandat im Abgeordnetenhaus am 3. 8. 1882 nieder, das in der Nachwahl Handelsminister Pino erhielt.*

Se. Majestät können nur wünschen, dass auch die nächsten Sessionen [] [M]ajorität [für die Regierung zu erhalt]en wusste, [ohne durch] die Erzielung dieses Erfolges dem Interesse des Staates Eintrag zu tun[15].

Sonach geruhen Se. Majestät die Konferenz zu schließen.

Wien, am 30. Mai 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 394 Ministerrat, Wien, 1. Juni 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 1. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Bezüglich des Antrages des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes auf die Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Hofrat Ritter v. Schönwald. II. Wegen Ernennung des Hofrates Ritter v. Krticzka zum Polizeipräsidenten in Wien. III. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Senatspräsidenten Ritter v. Krenn. IV. Erwirkung des Großkreuzes des Leopoldordens für den Fürsterzbischof von Wien, Cölestin Ganglbauer. V. Anzeige über Sanktionierungserwirkung für die Gesetzentwürfe: betreffend das Lotterieanlehen für die Gesellschaft vom Roten Kreuze und betreffend die Legalisierungserleichterungen.

KZ. 61 – MRZ. 50

[Protokoll des zu Wien am 1. Juni 1882 abgehaltenen] Mini[sterrates] unter [dem Vorsitze Sr.]Exzellenz des Herrn [Ministerpräsidenten] Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache einen ihm von Sr. Majestät im kurzen Wege zur Äußerung zuge[kommenen] [] [Sektio]nschefs a[u.] beantragt [wer]de. Es sei ihm (Ministerpräsidenten) bei der Sache, da er gegen die beabsichtigte Charakterisierung an sich nichts erinnern könne, [n]ur die Frage entgegen getre[t]en, wie es sich hinsichtlich der Kontrasignatur solcher Ah. Auszeichnungen für Beamte des Obersten Rechnungshofes verhalte. Diese Frage wurde schon einmal im Ministerrate anlässlich der analogen Auszeichnung für den Freiherrn v. Fellner [z]ur Sprache gebracht[1]. Der Ministerpräsident teilt aus dem Ministerratsprotokolle vom [18. September 1879] [] Kontrasignatur bzw. den Z[] der Unterlassung einer Kontrasignatur bei den Ernennungs- und Charakterisierungsakten für den Obersten Rechnungshof unberührt zu lassen, so glaube der Ministerpräsident, dass auch jetzt an dem Zustande nicht zu rühren wäre. Der Ministerpräsident beabsichtigte sohin, falls der Ministerrat zustimmt, an Se. Majestät au. zu berichten, dass der Ministerrat gegen den Auszeichnungsantrag keine Einwendung habe, nachdem die Berücksichtigungswürdigkeit zunächst vom Präsidenten des Obersten Rechnungshofes beurteilt werden kann und die[] [Der Minister]rat erklärt [seine] Zustimmung[2].

---

15 *Zur Beendigung des Sessionsabschnittes des Reichsrates siehe MR. 26. 4. 1882/XI, Anm. 20. Zur kritischen Situation ab Ende 1881 im Abgeordnetenhaus für die Regierung siehe mit weiterführender Literatur* Höbelt, Parteien und Fraktionen, 935 f.

1 *MR. v. 18. 9. 1879/VI (liegt nicht ein).*

2 *Mit Vortrag v. 22. 5. 1882 hatte der Präsident des Oberstehen Rechnungshofes, Adolph Fürst zu Auersperg, die Pensionierung Schönwalds und die Verleihung des Titels und Charakters eines Sektionschefs beantragt. Dies genehmigte Franz Joseph mit Ah. E. v. 4. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2089/1882.

II. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, bei Sr. Majestät au. zu beantragen, dass der Leiter der Wiener Polizeidirektion, Hofrat Carl Ritter Krticzka v. Jaden, zum Polizeipräsidenten für Wien in der systemisierten IV. Rangsklasse ernannt werde. Die Verhältnisse drängen zur []e bewährt. Als Krticzka zum prov[isorischen] Leiter der Polizeidirektion bestellt wurde[3], habe der Ministerpräsident in Aussicht genommen, an die Spitze dieser Behörde in Zukunft eventuell nur einen Beamten der V. Rangklasse fungieren zu lassen. Die mittlerweile durch den Ringtheaterprozess herbeigeführte Erschütterung des Ansehens und der Autorität der Polizei[4] mache es notwendig, mit aller Anstrengung auf die Wiederherstellung der Autorität hinzuwirken, weshalb auch der Chef der Stelle mit der entsprechenden hervorragenden Position bekleidet werden müsse. Aus diesen Gründen und weil sonstigenfalls [] [Der Ministerrat] erklärt sei[ne Zustimmung.][5]

III. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák referiert über die Pensionierung des Senatspräsidenten am Obersten Gerichtshofe Eduard Ritter v. Krenn. Nachdem Krenn eine in jeder Beziehung vorzügliche Dienstzeit von fast 47 Jahren hinter sich habe, so beantrage der Präsident des Obersten Gerichtshofes, dass für Krenn anlässlich der Pensionierung ein besonderes Zeichen [der Anerkennung] [] der obwaltende[n Ver]hältnisse, und nachdem [er] bereits infolge des früher verliehenen Ordens der Eisernen Krone III. Klasse den Ritterstand erhalten habe, dafür für denselben jetzt das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne zu erwirken. Der Ministerrat erklärt sich hiermit einverstanden[6].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erinnert, dass nach der seit langer Zeit bestehenden Übung der Fürsterzbischof von Wien zugleich auf die Stelle eines Prälaten [des Leopoldordens] []ofes über [] unbesetzt sei, [werde] es am Platze sein, die [Vor]aussetzung herzustellen, um den jetzigen Erzbischof in die gedachte Stelle einrücken zu lassen. In Anbetracht dessen, dann mit Rücksicht auf die kirchliche Stellung und das in jeder Beziehung bewährte Wirken des Erzbischofs Cölestin Joseph Ganglbauer beabsichtige er für denselben bei Sr. Majestät das Großkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

---

3 *Die Leitung der Wiener Polizeidirektion war in MR. v. 3. 1. 1882/II beraten worden (liegt nicht ein). Mit Vortrag Taaffes v. 14. 1. 1882 war die Versetzung des Präsidenten der Wiener Polizeidirektion Wilhelm Marx Freiherr v. Marxberg in den dauernden Ruhestand und die Ernennung Krticzkas zum einstweiligen Leiter beantragt worden, die mit Ah. E. v. 20. 1. 1882 angenommen worden war,* Hhsta., Kab. Kanzlei 293/1882.

4 *Siehe dazu MR. v. 7. 5. 1882/I.*

5 *Über Vortrag Taaffes v. 3. 6. 1882 wurde Krticzka mit Ah. E. v. 8. 6. 1882 zum Präsidenten der Wiener Polizeidirektion mit den systemmäßigen Bezügen der IV. Rangsklasse ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2264/1882.

6 *Conrad beantragte mit Vortrag v. 6. 6. 1882 die Versetzung Krenns in den dauernden Ruhestand bei Verleihung der besprochenen Auszeichnung. Dem entsprach Franz Joseph mit Ah. E. v. 6. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2236/1882.

7 *Mit Vortrag Conrads v. 1. 6. 1882 wurde die Verleihung des Großkreuzes des Leopoldordens an Ganglbauer erbeten. Dem wurde mit Handschreiben an den Kanzler dieses Ordens Franz Graf Folliot de Crenneville bei gleichzeitiger Ernennung Ganglbauers zum Prälaten dieses Ordens entsprochen,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2220/1882.

[V.] [] den vom Reichsr[at be]schlossenen Gesetzentwu[rf] betreffend die Bewilligung eines Lotterieanlehens für die Gesellschaft vom Roten Kreuze[8].

Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák [a]erhält die Zustimmung des Ministerrates für[a] die Sanktionierungserwirkung für den vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurf betreffend Legalisierungserleichterungen[9].

Wien, am 1. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 395 Ministerrat, Wien, 1. Juni 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 1. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Wittek.

[I.] Über den zwischen der ungarischen Regierung und dem Pariser Komitee der Staatseisenbahn-Gesellschaft hinsichtlich der Staatseisenbahn vereinbarten Präliminarvertrag.

KZ. 62 – MRZ. 51

[Protokoll] des zu Wien am [1. Juni 1882] abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[a–a] *Ergänzung, vom Protokollführer anscheinend vergessen.*

8 *Das Lotterieanlehen der Gesellschaft vom Roten Kreuz war in MR. v. 23. 5. 1882/I beraten worden. Zur Annahme durch den Reichsrat siehe dort Anm. 3. Diesen Gesetzentwurf legte Dunajewskis mit Vortrag v. 29. 5. 1882 Franz Joseph vor, der ihn mit Ah. E. v. 3. 6. 1882 sanktionierte,* Hhsta., Kab. Kanzlei 2204/1882*. Publikation des Gesetzes v. 3. 6. 1882 als* Rgbl. Nr. 59/1882.

9 *Fortsetzung des MR. v. 15. 3. 1879/VIII, MR. v. 10. 10. 1879/I, MR. v. 5. 11. 1879/IX und MR. v. 15. 3. 1880/V (liegen alle nicht ein). Am 14. 10. 1879 brachte der Abgeordnete Granitsch einen Antrag für einen Gesetzentwurf zur Erleichterung von Unterschriften auf Privaturkunden (Legalisierungen) in das Abgeordnetenhaus ein,* Prot. Reichsrat AH. (2. Sitzung) 45*. Parallel dazu erwirkte Stremayr über seinen Vortrag v. 5. 11. 1879 mit Ah. E. v. 11. 11. 1879 eine Regierungsvorlage zu demselben Thema,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4427/1879*, die er mit Zuschrift v. 12. 11. 1879 dem Abgeordnetenhaus vorlegte,* Prot. Reichsrat AH. 14. 11. 1879 (13. Sitzung) 277*. Von diesen beiden Entwürfen* – Prot. Reichsrat AH. (2. und 13. Sitzung) Beilagen 8 und 47 – *wurde die Regierungsvorlage verworfen, der Antrag Granitsch angenommen* – Prot. Reichsrat AH. 16. 3. 1880 (60. Sitzung) 1891, Beilage 166 –*, der gemeinsam mit der angelehnten Regierungsvorlage an das Herrenhaus weitergeleitet wurde. Das Herrenhaus ging bezüglich des vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurfes zur Tagesordnung über und nahm die Regierungsvorlage mit Modifikationen an* – Prot. Reichsrat HH. 3. 5. 1880 (20. Sitzung) 171, Beilage 56/II*. Im Abgeordnetenhaus wurde der Entwurf des Herrenhauses nach langen Verhandlungen im Ausschuss nur teilweise akzeptiert* – Prot. Reichsrat AH. 28. 4. 1882 (224. Sitzung) 7817, Beilage 524*, sodass der Entwurf erneut ins Herrenhaus ging. Hier wurden die Änderungen des Abgeordnetenhauses erneut modifiziert* – Prot. Reichsrat HH. 13. 5. 1882 (62. Sitzung) 936, Beilage 228 –*, die das Abgeordnetenhaus dann übernahm,* Prot. Reichsrat AH. 25. 5. 1882 (242. Sitzung) 8449, Beilage 553*, sodass die ursprüngliche vom Abgeordnetenhaus abgelehnte Regierungsvorlage vom Reichsrat beschlossen wurde. Diesen Gesetzentwurf sanktionierte Franz Joseph mit Ah. E. v. 4. 6. 1882 über Vortrag Pražáks v. 30. 5. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2208/1882*, das Gesetz v. 4. 6. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 67/1882.

[I.] Der Handelsminister bringt zur Verhandlung die Angelegenheit des zwischen der ungarischen Regierung und dem [Pariser Komitee der Staatseisenbahn-Gesellschaft][1] [] schnei[]gen hinsicht[lich der Ve]rhältnisse und [des Be]triebes der gemein[sam]en Staatseisenbahn stipu[l]iert wurden. Die bekannt gewordenen Abmachungen haben hier in den geschäftlichen Kreisen einen außerordentlichen Eindruck gemacht und große Aufregung hervorgerufen. Der Handelsminister konnte jedoch begreiflicherweise zur Sache nicht Stellung nehmen, bevor er sich nicht über Inhalt und Tragweite der fraglichen Vereinbarungen Aufklärung verschafft hatte. Nachdem von Seite der ungarischen Regierung mit [] [Prä]liminarvertrag mi[tgeteilt] wurde[2], wurde der Gegenstand im Handelsministerium studiert und gelte es nunmehr zunächst auf die bezügliche Note der ungarischen Regierung, nach welcher dieselbe eine Einvernahme mit der diesseitigen Regierung nur hinsichtlich der eine Statutenänderung erheischenden Vertragspunkte für notwendig erachtet, zu antworten.

Ministerrat Ritter v. Wittek referiert über das Ergebnis der Prüfung des Gegenstandes und über die darnach in Aussicht zu nehmende Haltung. Referent erinnert zunächst an die Haltung, welche die ungarische Regierung einnahm, als es sich vor nicht gar langer [Zeit] [] [Transvers]albahn [und die Erste un]garisch-galizi[sche Bahn ei]nen Péagever[trag w]egen Mitbenützung ei[nes] Teiles der in Österreich gelegenen Strecke dieser Bahn abzuschließen[3]. Die ungarische Regierung beanspruchte damals, dass ein solcher Vertrag, nachdem es sich um eine gemeinsame Bahn handle, auch von ihrer Zustimmung abhängig bleibe, und wollte an diese Zustimmung eine Reihe von Bedingungen knüpfen. Unsererseits wurde aber für einen Péagevertrag solcher Art – und eben nur für eine solche Abmachung – das Territorialprinzip in Anspruch genommen, nachdem es sich hiebei um keine das Wesen [] [ge]meinsamen Unterneh[mung] angreifende Verkehrsabmachung handle. Nun nehme aber die ungarische Regierung als Territorialregierung bei dem vorliegenden Präliminarvertrage mit der Staatsbahn einen Standpunkt ein, wie weitgehend ihn die österreichische Regierung niemals angestrebt habe und wie er auch gewiss nicht dem Geiste der Ausgleichsgesetze entspreche. Die Vertragspunktationen begreifen in Wesenheit:

a) Änderung der Gesellschaftsstatuten behufs Neuorganisation der Gesellschaft auf dualistischer Basis und zwar in der Weise, dass der Sitz der Gesellschaft für die in Ungarn gelegenen Linien und anderwei[]er [die österreichischen Li]nien von [den ungar]ischen gänzlich [getrennt ge]führt werden und [soll f]ür die Führung der gesell[scha]ftlichen Agenden in Budapest ein Verwaltungsrat und eine Generaldirektion unabhängig von der Wiener Verwaltung errichtet werden.

---

1 *Die Änderung der Statuten der Staatseisenbahn-Gesellschaft war bereits zur Sprache gekommen in MR. II v. 8. 11. 1881/XIII (liegt nicht ein).*

2 *Das Schreiben des ungarischen Ministers für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen Ordódy an Pino v. 20. 5. 1882 liegt dem Ministerratsprotokoll bei, siehe Buchstabenanmerkung a. Ordódy war zu diesem Schreiben durch Beschluss des UMR. v. 17. 5. 1882/5 autorisiert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Ungarische Ministerkonferenzprotokolle (deutsche Übersetzung), KZ. XX/1882. *Eine Abschrift der Vertragspunktationen Ungarns mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft liegt in* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 751/1882.

3 *Der Péagevertrag zwischen beiden Bahngesellschaften war beraten worden in MR. v. 16. 9. 1881/IV (liegt nicht ein).*

b) Zugestehung an die ungarische Regierung, die ungarischen Linien der Bahn unabhängig von den österreichischen Linien und zwar schon von einem früheren Zeitpunkte, nämlich vom 1. Jänner 1895 an, einlösen zu können[4].
c) Überlassung an die ungarische Regierung der Linie Neu-Szöny–Bruck im Tauschwege gegen die Waagtalbahn und Ausbau dieser von Trentschin bis Sillein. [] Ge[setz]en des ungarischen [Ver]kehres, worunter auch (sub Punkt 5 lit. b der Punktation) einseitig Tarifabmachungen und Fahrordnungsbestimmungen für die österreichische Bahnstrecke Wien–Bruck stipuliert werden.

Referent verliest sodann die aus der Anlage ersichtliche Note des ungarischen Kommunikationsministers vom 20. Mai, mit welcher der Präliminarvertrag anher übermittelt wurde[a]. Hinsichtlich der Stellungnahme der diesseitigen Regierung im Allgemeinen bieten sich zwei Möglichkeiten dar. Man könne sich unter möglichst extensiver Interpretation der einschlägigen Bestimmungen der [] bei [] Stande [] [u]nd lehne da[her das ein]seitig nur zwi[schen d]er ungarischen Regierung und der Bahngesellschaft abgeschlossene Vertragswerk ab. Was wären die Folgen dieses Standpunktes? Der Vertrag enthalte eine Reihe von Punkten, welche auch ohne Vertrag zustande gebracht werden können und im Falle der Ablehnung gewiss auch so durchgeführt werden würden. So könne die ungarische Regierung zweifellos schon aufgrund des zur Durchführung des Art. XX des Zoll- und Handelsbündnisses erlassenen Gesetzes vom 27. Juni 1878 eine getrennte Rechnungsführung []repräsentanz in Budapest [ver]langen[5]. Gerade die auf diese bei den Einrichtungen bezüglichen Punkte, gegen die sich nichts tun lasse, wurden hier am meisten angegriffen, weil man in ihnen aber die Tendenz einer nationalen Umgestaltung erblickte. Die Tarifabmachungen, wodurch dem ungarischen Verkehre und dem Platze Budapest Begünstigungen gewährt werden, die dem österreichischen Exporte und Wien nicht gewährt sind, begreifen ein Gebiet von Konzessionen, die die Staatsbahn durch Kartellabmachungen jeder beliebigen Bahn zugestehen kann. Ginge es nun nicht direkt im Wege des Vertrages der Regierung, so könnte die Staatsbahn-Gesell[schaft] [] [St]aats[bahn-Gesellschaft hab]e es []n getan. End[lich könnten] derlei Kartellab[machun]gen auch geheim geschehen. Das wäre die Lage, wenn der Vertrag von uns im Ganzen abgelehnt würde.

Die zweite Möglichkeit sei, dem Vertrage zuzustimmen unter einzelnen Ablehnungen und unter Bedingungen für unsere Interessen. Unbedingt abgelehnt werden müsste, weil einen Eingriff in das staatliche Oberaufsichtsrecht der diesseitigen Regierung darstellend, die Bestimmung (Punkt 5 lit. b des Präliminarvertrages), wornach die Tarife und die Fahrordnung der österreichischen Strecke Wien–Bruck [] [von] der ungarischen Staatsver[waltung]

---

[a] *Abschrift des Schreibens des ungarischen Kommunikationsministers (mit Brandschäden) liegt dem Originalprotokoll bei.*

[4] *Mit dem Vertrag v. 1. 1. 1855 war der Staatseisenbahn-Gesellschaft der Betrieb auf den von ihr erworbenen Linien der Staatsbahnen auf 90 Jahre konzessioniert worden* – Verordnungsblatt für die Verwaltungszweige des österreichischen Handelsministeriums Nr. 20/1855 –, *das mit Übereinkommen des Finanz- und Handelsministeriums einerseits und der Staatseisenbahn-Gesellschaft andererseits v. 1. 12. 1866* – Rgbl. Nr. 7 *ex* 1867 – *faktisch um 12 Jahre verlängert wurde.*

[5] *Das Zoll- und Handelsbündnis zwischen beiden Teilen der Monarchie, in Cisleithanien Gesetz v. 27. 6. 1878,* Rgbl. Nr. 62/1878. *Artikel XX behandelte die Berechtigung, von Aktien- und andere Finanz- und Wirtschaftsinstituten Zweigstellen im anderen Teil der Monarchie zu errichten. Die Durchführung dieses Artikels XX wurde durch das Gesetz v. 27. 6. 1878,* Rgbl. Nr. 63/1878 *bestimmt, die in § 3 gemeinsame Transportunternehmungen behandelten.*

abhängig gemacht werden wollen. Diesen Punkt könnte die ungarische Regierung auch nicht aufrecht halten. Weiters müsste abgelehnt werden der auf eine paritätische Verwaltung abzielende Punkt, weil nach dem Handelsgesetze eine solche Teilung der Verwaltung nicht zulässig wäre. Es könnte also nur eine Organisation einer mit Art. XX des Zoll und Handelsbündnisses vereinbarlichen Verwaltungsrepräsentanz zugegeben werden. Weitere direkte Ablehnungen könnten nicht gemacht werden.

Was nun die Bedingungen anbelangt, die wir in unserem Interesse für das Eingehen auf die Statutenän[derungen] []über [] [d]ass auch für [den österreichi]schen Verkehr ana[loge Tar]ifbegünstigungen gewähre, dass auch der österreichischen Regierung ein früheres Einlösungsrecht zugestanden werde und endlich die Vornahme von statutarischen Änderungen dahin, dass das Prävalieren der Ausländer bei der Bahngesellschaft beseitigt werde; der ungarischen Regierung gegenüber wesentlich, dass sie sich für die Trennung der Betriebsrechnungen der Staatsbahnlinien über ihr von uns zu proponierende Grundsätze mit uns vereinige, dass sie sich ferner mit uns eine ihr vorzuschlagende Vereinbarung zu Regelung []nisse einlasse, dass sie [] die grundbücherliche Intabulierung der Prioritätsobligationenschuld der Staatseisenbahn-Gesellschaft ob den ungarischen Linien veranlasse. Das Handelsministerium habe sich dafür entschieden, den eben dargelegten zweiten Weg zu betreten und proponiere von diesem Gesichtspunkte aus der Handelsminister die aus der Beilage 2 des Protokolles ersichtliche Note an den ungarischen Kommunikationsminister zu richten[b]. Die proponierte Note wird verlesen.

Der Finanzminister gibt zunächst zu erwägen, ob es opportun sei, sich schon jetzt in eine solche meritorische [] ihrer [] [M]ai 1882 noch kei[]rt, indem sie damit [den Pr]äliminarvertrag nur „zum Zwecke der vorläufigen Orientierung eventuell schätzbaren Äußerung über die Statutenänderungen" zur Verfügung stelle. Nachdem sonach kein zwingender Grund zu einer definitiven Äußerung vorliege und wir auch kein Interesse an dem Zustandekommen des Vertrages haben, so wäre er dafür, mit der definitiven Erledigung noch abzuwarten. Meritorisch sei nicht zu leugnen, dass es dem Geiste der Ausgleichsgesetze widerspreche, wenn von der ungarischen Regierung an einem [] [Abkom]men entscheidende Än[der]ungen vorgenommen werden, ohne vorher das diesseitige Einverständnis erzielt zu haben, und weise er insbesondere auf das im § 7 Alinea 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1867, RGBl. Nr. 3 ex 1868, vorgesehene besondere Übereinkommen hin, welches Übereinkommen nach dem Tenor des Gesetzes nicht bloß lediglich die Garantieverhältnisse im Auge habe[6]. Es sei also vollkommen inkorrekt, wenn die ungarische Regierung früher den Vertrag abschließe, und dann erst an uns herantrete. Was den Vorgang anbelange, so teile er die vom Referenten vorgebrachte Anschauung über die voraussichtlichen Folgen in dem Falle, als wir dem Übereinkommen []ge[] Aber [die Errichtun]g einer beson[deren Be]triebsdirektion in [Budape]st und die Herstellung einer besonderen Rechnungsführung sei auch ohne Vertrag möglich. Auch würden wir den Ankauf der Linie Neu-Szöny–Bruck sowie auch den unsere Nordbahn schädigen-

---

b *Abschrift des Entwurfes des Schreibens an den ungarischen Kommunikationsminister (mit Brandschäden) liegt dem Originalprotokoll bei.*

6 *Gesetz v. 24. 12. 1867,* RGBL. Nr. 3 *ex* 1868 *zum Abschluss eines Übereinkommens mit Ungarn* in Betreff der Beitragsleistungen Ungarns zu den Lasten der allgemeinen Staatsschuld. *§ 7 behandelte die Zinsgarantien für Transportgesellschaften und lautete in seinem zweiten Alinea* In Betreff der beide Reichshälften durchschneidenden Eisenbahnen, namentlich der Südbahn, der Staatsbahngesellschaft [...] soll ein besonderes Übereinkommen getroffen werden.

den Bau der Strecke Trentschin–Sillein nicht hindern können. Was endlich die tarifarischen Abmachungen anbelange, so könne die Staatsbahn günstigere Tarife auch selbst zugestehen. In Anbetracht dessen sei also der Finanzminister mit dem Handelsminister dafür, dass man trachte, für die Zustimmung möglichst gün[stige] [] [ver]langen. Das Einlösungsrecht zu einem früheren Termin müsste jedenfalls in gleicher Weise auch uns gewährt werden.

Was die Garantiefrage anbelange, so sei diese Frage in Bezug auf das Hauptnetz jetzt nur akademisch, da die Bahn die Garantie nicht brauche. Die Dinge können sich aber in der Zukunft ändern. Deshalb, und da man jetzt, wo die Sache keinen praktischen Wert habe, umso leichter zustimmen könnte, wäre einfach auf die Streichung des Garantieparagrafev hinsichtlich des Hauptnetzes zu dringen. Der Finanzminister möchte aber, da die Staatsbahngesellschaft in der Lage sei, paktieren zu müssen, noch weiter gehen []ge [] Schuld [für das Ergän]zungsnetz be[tragen] acht Millionen und [jä]hrliche Garantieinanspruchnahme eine Million. Von der Schuld könnte man absehen. Aber was die laufende Garantieleistung anbelangen, so möchte er dafür sein, die Verzichtleistung auf diese Garantie der Gesellschaft als Bedingung zu stellen. Wenn sie darauf einginge, könnte man allenfalls hinsichtlich der gewünschten Organisation der Gesellschaft auf dualistischer Basis, wenn die Aufstellung einer zweifachen Verwaltung nach dem Handelsgesetze nicht möglich erscheint, so weit gehen, dass man zustimmte, dass sich für hier und [] [Gesell]schaft bildete. Das zur Haltung in der Sache. Hinsichtlich des Vorgehens sei er wie gesagt dafür, Ungarn gegenüber wenigstens mit der meritorischen Äußerung noch zurückzuhalten. Für alle Fälle möchte er aber in der Note nicht zugleich sagen, welche Konsequenzen wir hier aus dem Territorialprinzipe ziehen wollen.

Der Handelsminister bemerkt, dass es notwendig scheine, jetzt schon in die Sache meritorisch einzugehen, weil die Generalversammlung der Gesellschaft, welche über den Vertrag beschließen soll, schon am 10. Juni 1882 stattfinde. Denn wenn durch die Annahme des Vertrages einmal ein fait accompli geschaffen sei, ergebe sich eine []re, []freiheit [] hemmte. [Wenn d]ie ungarische Re[gier]ung auch in den wesentlichen Punkten ohne Vertrag vorgehen könnte, so habe sie doch ein Interesse eben an der Abschließung des Vertrages und wenn ihr jetzt unsere Bedingungen, die für Ungarn gewiss nicht inakzeptabel seien und die manche im beiderseitigen Interesse gelegenen Regelungen begreifen, bekannt gegeben werden werden, so könne sie jetzt, wo noch die Aktionsfreiheit bestehe, sich darnach einrichten, während später die geänderte Sachlage schon zu einer schrofferen [].

Ministerialrat Ritter v. Wittek bemerkt, es wäre im Sinne der Anschauung des Finanzministers allenfalls eher möglich gewesen, bis zur Mitteilung des definitiven Vertrages zu warten, wenn nicht die Mitteilung des ungarischen Kommunikationsministers vom 20. Mai 1882 vorläge. Denn angesichts dieser Mitteilung könnte die ungarische Regierung später sagen, wir haben euch den Präliminarvertrag zur Verfügung gestellt, warum habt ihr euch nicht rechtzeitig ausgesprochen, wenn ihr Bedenken hattet. Aber auch noch ein anderer Umstand komme in Betracht zu nehmen. Das Handelsamt habe Nachrichten [] könne [] Vertrage [] [vo]rfinden werde, [und d]arüber Kartellverträge geschlossen werden wollen. Man wäre also dem definitiven Vertrage gegenüber gar nicht mehr in der Lage, an gewisse Punkte anzuknüpfen, denen gegenüber wir Bedingungen machen wollen und vielleicht auch, indem wir sie jetzt rechtzeitig anbringen, durchsetzen können. Referent hebt ferner hervor, dass die Erreichung der vom Finanzminister ins Auge gefassten Verzichtsleistung auf die Garantie für das Ergänzungsnetz ganz undenkbar wäre, weil die Aktionäre niemals einen Vertrag schließen

könnten, infolgedessen, wie die Dinge [] [K]upon um 2 fl. verkü[rzt] würde. Über früheres Vorgehen bezüglich der Vornahme von Veräußerungsakten bei gemeinsamen Bahnen weist Referent darauf hin, dass der Verkauf der Linie Karlstadt–Agram hinter dem Rücken der österreichischen Regierung vollzogen wurde[7]. Andererseits wurde aber auch die Trennung des Südbahnnetzes zwischen der österreichischen und italienischen Regierung durchgeführt, ohne dass Ungarn zugestimmt hätte[8].

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski ist dafür, dass jetzt und zwar in der vom Handelsminister proponierten Weise geantwortet werde, damit das Schweigen nicht als Zustimmung aufgefasst werde und damit man [] [Ver]trag [] durchfüh[ren. Denn] es habe gewiss [ein Inte]resse daran, dass der Vertrag zustande kommt. Was wir, wenn wir zustimmen, opfern, bedeute nicht viel gegenüber den Forderungen, die wir jetzt stellen und voraussichtlich erreichen können, die uns aber sonst unerreichbar blieben. Weiters wäre er dafür, jetzt auch schon mit der Staatsbahn zu verhandeln, zumal es auch für die ungarische Regierung leichter wäre, wenn sie wisse, dass auch die Staatsbahn geneigt ist, ihrerseits [c]auf die Forderungen der hiesigen Regierung[c] einzugehen. Dabei möchte er Wert darauf legen, dass mit der Staatsbahn jedenfalls auch über die Garantiefrage ver[handelt] [] [viell]eicht doch wenigstens [möglicher]weiser Verzicht verlangt werden könnte.

Der Ackerbauminister schließt sich der Anschauung des Vorredners an. Wesentlich von Gewicht sei, dass Ungarn gegenüber der Rechtstandpunkt festgestellt werde und dass anbelangend die Staatsbahn sich dieselbe in der Tariffrage in gleicher Weise wie gegenüber Ungarn unterwerfe. Minister Dr. Pražák erklärt sich aus den vom Handelsminister erörterten Gründen für das Vorgehen nach dem Antrage desselben. Eine förmliche Trennung der Bahn, wie sie der Finanzminister angedeutet habe, oder die Auflassung der Garantie würde ohne eine Liquidierung der Gesellschaft nicht möglich sein. [] [Gese]llschaft [] die wir even[tuell nicht] hindern können, [wenn e]s uns möglich wäre, direkte analoge Abmachungen zu treffen, die dann die ungarische Regierung nicht hindern könnte, und ob man daher nicht jetzt in solcher Weise an die Staatsbahn herantreten könnte.

Der Handelsminister bemerkt, dass an und für sich rechtlich betrachtet die österreichische Regierung ebenso gut Abmachungen treffen könnte, wie sie die ungarische Regierung getroffen habe. Ungarn könne aber vermöge der Kraft, die ihm der Besitz eines ausgedehnten Staatsbahnnetzes verleiht und vermöge []eit durch Konkurrenz []den, die Staatsbahn zu gewissen Vertragsabmachungen zwingen. Die österreichische Regierung habe diese Kraft nicht

---

[c–c] *Einfügung Ziemiałkowskis.*

[7] *Zum Kauf der Linie Agram–Karlstadt durch Ungarn von der Südbahn 1880 siehe* Gonda, Geschichte der Eisenbahnen in Ungarn, 402.

[8] *Zur Trennung des Südbahnnetzes siehe MR. II v. 29. 9. 1875/I, MR. v. 27. 12. 1875/II, MR. v. 22. 5. 1876/II, MR. II v. 2. 6. 1876/III, MR. v. 21. 6. 1876/IV, MR. v. 24. 6. 1876/II und 6. 7. 1876/I; des Weiteren beschäftigte sich mit dem Thema noch MR. v. 18. 9. 1875/V, MR. v. 8. 5. 1876/X, MR. v. 14. 10. 1876/VIII und MR. v. 27. 3. 1877/V (diese letzten vier Protokolle liegen nicht ein); dazu siehe auch* Konta, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs, 253–258. *MR. II v. 24. 1. 1876/VI behandelte die Zustimmung der ungarischen Regierung zum Abkommen, MR. v. 18. 2. 1876/I neue Bedingungen der ungarischen Regierung und MR. v. 22. 2. 1876/I deren Rücknahme (alle drei liegen nicht ein). Durch Modifikationswünsche der italienischen Regierung war nun eine erneute Zustimmung Ungarns notwendig; dazu hielt der oben zitierte MR. v. 6. 7. 1876/I unter* einhelliger *Zustimmung des Ministerrates fest,* sollten wir über unser Ansinnen die Zustimmung der ungarischen Regierung nicht erlangen, müsste es dem *Außenminister* Grafen Andrássy überlassen werden, dieselbe zu erwirken.

und könnte daher, solange sie nicht ein entsprechendes Netz von Staatsbahnen in Händen habe, nicht in gleicher Weise auftreten. Was die Frage anbelange, ob man schon jetzt an die Staatsbahngesellschaft herantreten solle, so bemerke er, dass er es für geeigneter erachte, vorerst nur sich an die ungarische Regierung zu wenden, indem er glaube, dass die Gesellschaft später leichter eingehen würde.

Der Finanzminister will nur bemerken, dass wenn die ungarische Regierung bis zum 10. Juni nicht antwortet, []lage [] [So] wäre es doch gut, [auch m]it der Gesellschaft zu verhandeln, damit allenfalls die Konzessionen der Gesellschaft an die österreichische Regierung schon in derselben Generalversammlung beschlossen werden könnten. Der Minister für Kultus und Unterricht spricht sich dafür aus, dass die Note in der proponierten Weise an die ungarische Regierung abgehe. Hingegen wäre er dafür, mit der Staatsbahngesellschaft erst dann zu verhandeln, wenn dieselbe an die Regierung herangetreten sein wird und dann die Änderung der Statuten von den von der Gesellschaft [] abhängig zu machen. Der Landesverteidigungsminister kann vom Standpunkte der militärischen Interessen jede Trennung der Bahnnetze nur bedauern. Im Übrigen ist er für die entschiedene Aufrechthaltung unseres Rechtsstandpunktes und dafür, dass jetzt schon alle Mittel ergriffen werden, um unsere Interessen zu wahren.

Der Ministerrat erklärt sich für die Expedition der vom Handelsminister proponierten Note an die ungarische Regierung[9].

Wien, am 1. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 396 Ministerrat, Wien, 9. Juni 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 9. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Arnt.

I. Wegen Nichtsanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Bauordnung für Dalmatien. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über Verteilung der Gemeindegründe von Bainsizza San Lorenzo. III. Intention bezüglich des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Reichsratswahlordnung. Zuwarten bezüglich der Sanktionierung. Einbringung eines analogen Entwurfes im böhmischen Landtage. IV. In Angelegenheit des projektierten Unionvertrages zum Schutze des industriellen Eigentums. V. Neuerliche Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Hebung der Fischerei im steiermärkischen Landtage. VI. Neuerliche Einbringung einer Regierungsvorlage im Vorarlberger Landtage betreffend landwirtschaftliche Bezirksgenossenschaften und den Landeskulturrat. VII. Erwirkung Ah. Auszeichnungen für mehrere Mit-

[9] *Das entsprechende Schreiben (K.) Pinos v. 1. 6. 1882* – Ava., VA., HM (III E)., Präs. 751/1882 – *ebnete in Ungarn den Weg zum Abschluss eines Vertrages mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft v. 8. 6. 1882, dem der UMR. v. 7. 6. 1882/1 zustimmte. Ebenfalls autorisierte er den Minister für öffentliche Arbeit und Kommunikation Ordódy zu seiner Antwort an Pino, UMR. vom selben Tag, Tagesordnungspunkt 2* – Hhsta., Kab. Kanzlei, Ungarische Ministerkonferenzprotokolle (deutsche Übersetzung), KZ. XXII/1882 – *die am 18. 6. 1882 erfolgte,* Ava., VA., HM (III E)., Präs. 751/1882. *Mit Vortrag v. 26. 10. 1882 erbat der ungarische Kommunikationsminister die Zustimmung Franz Josephs zur Ratifizierung dieses Vertrages im Reichstag, dem mit Ah. E. v. 6. 11. 1882 entsprochen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4200/1882. *Fortsetzung in MR. v. 9. 11. 1882/II.*

glieder der Grundsteuer-Zentralkommission. VIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Prokuristen Moriz Dub. IX. Bestellung des Regierungskommissärs für den Bukowinaer griechisch-orientalischen Kirchenkongress. X. Über einen vom Salzburger Landtage im Jahre 1880 beschlossenen Gesetzentwurf betreffend Erleichterung der Schulpflicht. XI. Verordnung über die Ablegung der theoretischen Staatsprüfungen in deutscher und böhmischer Sprache in Prag.

KZ. 63 – MRZ. 52

[Protokoll] des zu Wien am 9. [Juni 1882] abgehaltenen Ministerrate[s] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Inneren referiert [Sektionschef Freiherr v. Kubin die Nichtsanktion für das vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Ge]setz [betreffend eine Bauo]rdnung [zu beantrage]n[1]. [Gegen] den Gesetzentwurf [sprech]en mehrfache Bedenken in administrativer Beziehung, welche die Sanktionierung desselben unzulässig erscheinen lassen. Die Bestimmung (§ 5 Absatz 4) über Bauten auf oder bei Grubenfeldern sei nicht erschöpfend, weil dabei nicht an die Zuziehung bergbaukundiger Sachverständiger gedacht sei. Weiters empfehle sich auch für solche Fälle, die Kompetenz der politischen Behörde eintreten zu lassen. Teils mangelhaft, teils unzutreffend sei die Bestimmung des § 8, wornach trotz []genden [] der Inangriffnahme von [Bau]arbeiten begonnen werden könne. Die Bestimmung des § 14, wornach im Falle der behördlichen Zurückziehung einer Baubewilligung dem Eigentümer ein Schadenersatz zugesichert wird, sei zu weitgehend, weil hier füglich nur von einem Vorbehalte der Geltendmachung eventueller Entschädigungsansprüche gesprochen werden könnte. Die Bestimmung des § 61, wornach der Eigentümer sich stets der Entscheidung über einen Rekurs der Verschönerungskommission zu fügen hätte, begreife eine unzulässige Verletzung der Rechte des Bauherrn. Die Bestimmung des § 64 über den Vorgang bei öffentlichen []ungen [] habe. [Ein wese]ntlicher Mangel des [Entwur]fes bestehe darin, dass [in d]emselben des der Staatsverwaltung aus dem Titel der Staatsaussicht nach der Gemeindeordnung zustehenden Aufsichtsrechtes nicht gedacht sei.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antrage auf Nichtsanktionierung des Entwurfes einverstanden[2].

II. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner über die Absicht des Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums [des Innern] [] zu beantragen, dass dem [vom] Görzer Landtage beschlossenen Gesetzesentwurfe über die Verteilung der Gemeindegründe von Bainsizza San Lorenzo die Ah. Sanktion nicht erteilt werde. Gegen den Entwurf lassen sich in meritorischer Beziehung keine Anstände erheben, aber es finden sich in demselben viele formelle Inkorrektheiten, wie z. B. ungenaue Arealsbezeichnungen, die Anführung bereits gelöschter Steuernummern, die veraltete Einbeziehung des Kriegszuschlages zur Grund- und Gebäude-

---

1 *Annahme des Gesetzentwurfes durch den dalmatinischen Landtag* Prot. Landtag Dalmatien 3. 9. 1881 (V. Sitzung) 95.

2 *Der Vortrag Taaffes v. 20. 6. 1882 auf Nichtsanktionierung wurde mit Ah. E. v. 24. 6. 1882 antragsgemäß resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2489/1882. *Die Bauordnung Dalmatiens wurde im Ministerrat nicht mehr beraten. Nach der erneuten Nichtsanktionierung eines weiteren Gesetzentwurfes des Landtages –* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1809/1885 *–, wurde schließlich ein dritter Entwurf mit Ah. E. v. 15. 2. 1886 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 683/1886, *das Gesetz publiziert als* Lgbl. Dalmatien Nr. 11/1886.

steuer usw. Inkorrektheiten, welche bei der Durchführung zu Anständen führen würden, welche aber von dem jetzt zusammentretenden Landtage leicht entsprechend korrigiert werden können. []3

[III. Der Min]isterpräsident [bringt] zur Kenntnis des Ministerrates seine Intentionen hinsichtlich des vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Reichsrats-Wahlordnung4. Der Ministerpräsident erinnert, dass die mit diesem Entwurfe akzeptierte Änderung des Wahlmodus für den Großgrundbesitz in Böhmen jene Idee zur Basis habe, welche in dem von der Regierung seinerzeit im böhmischen Landtage eingebrachten Entwurfe betreffend die Abänderung des diesfälligen Wahlmodus für den Landtag zum Ausdrucke gebracht worden war5. Die damalige Vorlage unterschied [] nur insofern von dem je[tzi]gen Reichsratsbeschlusse, als man mit der Landtagsvorlage keinen besonderen Wahlkörper für das Fideikommiss in Aussicht genommen hatte. Wie bekannt, sei der Landtag über jene Regierungsvorlage zur Tagesordnung übergegangen6.

Nachdem nunmehr die bezügliche Abänderung für die Reichsratswahlordnung vom Reichsrate beschlossen wurde, glaube er, dass damit das Motiv gegeben sei, in der Sache abermals an den Landtag heranzutreten. Er beabsichtige deshalb, in der diesjährigen Session wieder einen diesfälligen, sich jedoch hinsichtlich des Standpunktes an den Reichsratsbeschluss anschließenden Entwurf im böhmischen Landtage einzubringen. Der Ministerpräsident neh[me] []ehen [] sei nicht zu [] der jetzige Land[tag w]erde jedenfalls darüber wieder zur Tagesordnung übergehen. Aber dann werde der Regierung dadurch die Handhabe geboten, den Landtag aufzulösen. Wenn die Auflösung auch nicht unmittelbar darauf erfolge, so könne man sie sich über diesen Anlass vorbehalten.

Was weiters die Erwirkung der Ah. Sanktion für die vom Reichsrate beschlossene Abänderung der Reichsratswahlordnung anbelange, so beabsichtige er damit bis zum Herbste zuzuwarten. Erstlich möchte er sodann die geschehene Sanktionierung zum unmittelbaren Anlasse nehmen, [] Regierungsvorlage im [böhmi]schen Landtage einzubringen. Ein weiterer Grund des Zuwartens liege in dem Umstande, dass es im Falle des Inslebentretens einer Erweiterung des Wahlrechtes üblich sei, den betreffenden Vertretungskörper aufzulösen, um den neuen Wählerkreisen Gelegenheit zur Geltendmachung ihres Wahlrechtes zu verschaffen, und dass daher voraussichtlich nach der Sanktion die Auflösung des jetzigen Abgeordnetenhauses moviert werden dürfte. Erfolge also die Sanktionierung der Wahlrechtsabänderung

---

3 *Dem in der Sitzung des Görzer Landtages v. 11. 6. 1880 beschlossenen Gesetzentwurf* – Prot. Landtag Görz und Gradiska (III. Sitzung) 21 – *wurde über Vortrag Taaffes v. 12. 6. 1882 mit Ah. E. v. 17. 6. 1882 die Sanktion nicht erteilt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2384/1882. *Der weitere modifizierte Gesetzentwurf, der im Ministerrat nicht mehr zur Sprache kam, wurde mit Ah. E. v. 14. 2. 1885 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 206/1885, *publiziert als* Lgbl. Küstenland Nr. 4/1885.

4 *Die Änderung der Reichsratswahlordnung, die auch Änderungen für Galizien zum Inhalt hatte, war besprochen worden in MR. v. 2. 3. 1882/II und MR. v. 5. 3. 1882, Tagesordnungspunkte I und II (liegen alle nicht ein). Der vom Abgeordneten Zeithammer gestellte Antrag zur Abänderung einiger Bestimmungen der Reichsratswahlordnung* – Prot. Reichsrat AH. 2. 5. 1881 (144. Sitzung) 5132, Beilage 334 – *wurde vom Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 23. 3. 1882 (218. Sitzung) 7694 – *und Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 24. 5. 1882 (65. Sitzung) 1020 – *angenommen.*

5 *Beraten in MR. v. 18. 5. 1880/I (liegt nicht ein); Zustimmung Franz Josephs über Vortrag Taaffes v. 27. 5. 1880 mit Ah. E. v. 2. 6. 1880,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2101/1880*; eingebracht in den böhmischen Landtag* Prot. Landtag Böhmen 10. 6. 1880 (III. Sitzung) 32.

6 *Beschluss zum Übergang zur Tagesordnung mit 135 zu 79 Stimmen* Prot. Landtag Böhmen 26. 6. 1880 (XII. Sitzung) 277.

erst im September, so werde es vermöge der Zeitlage einleuchten, dass eine Auflösung des Abgeordnetenhauses noch im Jahre 1882 untunlich sei und bleibe der Regierung Raum zur Überlegung, []

[Der Ministerrat] nimmt [die Ausführungen] des Minister[präsiden]ten zur Kenntnis[7].

IV. Im Auftrage des Handelsministers referiert Sektionschef Arnt in Angelegenheit des projektierten Unionvertrages zum Schutze des industriellen Eigentums. Referent legt dar, dass die Idee einer diesfälligen internationalen Einigung während der Pariser Ausstellung im Jahre 1878 angeregt[8] und in einem Fachkongresse beraten wurde, dass dann aufgrund eines von einem Exekutivkomitee entworfenen Programmes die Sache von den einzelnen Staaten [] 1880 eine auch von Österre[ich] und Ungarn beschickte Konferenz von Regierungsdelegierten in Paris zustande kam, aus welcher Konferenz das vorliegende Projekt eines Unionvertrages vom 20. November 1880 hervorging[9]. An der Unterzeichnung des Vertragsprojektes haben 18 Regierungen, elf europäische und sieben außereuropäische (amerikanische), teilgenommen. Deutschland hatte jedoch die Beschickung der Konferenz abgelehnt. Der Vertrag, der eine Union der teilnehmenden Staaten zum wirksamen Schutze des industriellen Eigentums bezwecke, enthalte 19 Artikel und teilen sich dessen Bestimmungen a) in solche, welche allen Arten industriellen Eigentums gemeinsam sind, dann b) in solche, welche sich nur auf das Privile[gium] [] Bestimmun[gen] [] vom Vertrage auf[].

Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern hinsichtlich der aus dem industriellen Eigentume verwachsenden Rechte in jedem Unionsstaate (Artikel 2). Die ordnungsmäßige Hinterlegung in einem Unionsstaate gewährt innerhalb einer bestimmten Frist das Prioritätsrecht in jedem anderen Staate der Union (Artikel 4). Gewährung eines zeitweiligen Schutzes für die auf offiziellen oder offiziell anerkannten internationalen Ausstellungen exponierten Gegenstände des industriellen Eigentums (Artikel 11). Einrichtung eines Spezial[] das industrielle Eigentum mit einem Zentraldepot für Erfindungspatente, Marken, Muster und Modelle und in möglicher Verbindung mit einem offiziellen periodischen Blatte für die Interessen des industriellen Eigentums (Artikel 12). Errichtung eines internationalen Büros der Union mit der wesentlichen Aufgabe eines Auskunftsbüros, dann der Herausgabe eines internationalen Blattes und Bearbeitung der Statistik des internationalen Eigentums (Artikel 13). Der jährliche Beitrag Österreich-Ungarns für die Kosten des Internationalen Büros würde sich ca. auf 3.375 Francs. belaufen. Als Spezialbestimmung für Erfindungspatente werde auf [w]enn der [a]Patentinhaber die[a] in einem an[a]deren Staa[a]te der Union er[a]zeugte[a]n Gegenstände importiert, vorausgesetzt, dass er das Privilegium jedenfalls im Inlande ausübt (Artikel 5). Für

---

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach Artikel 5 der Vereinbarungen betreffend die Internationale Union v. 20. 3. 1883,* RGBL. Nr. 266/1908.

[7] *Fortgesetzt in der Frage der Reichsratswahlordnung in MR. v. 26. 9. 1882/IV und in der Frage der Wahlordnung zum böhmischen Landtag, die nicht in die Landtagssession 1882 eingebracht wurde, in MR. v. 2. 10. 1882/I.*

[8] *Zur Pariser Weltausstellung 1878 siehe* KRETSCHMER, Geschichte der Weltausstellungen, 110–120. *Sie beschäftigte MR. II v. 2. 6. 1876/IV, MR. v. 5. 3. 1877/X, MR. v. 11. 3. 1877/VIII und, wegen Auszeichnungen, MR. v. 20. 1. 1879 sowie MR. v. 2. 2. 1879/I (liegen alle nicht ein). Zur Vorgeschichte des auf dieser Weltausstellung angeregten internationalen Vertrages zum Schutz des industriellen Eigentums siehe* HHSTA., admin. Reg., F 34 S[onder]R[eihe], Karton 271, Fasz. 19–6 (1878–1880).

[9] *Das Protokoll zu diesem Unionsprojekt erhielt Außenminister Kálnoky mit Schreiben des Botschafters in Paris Beust v. 31. 3. 1881, das er mit seinem Schreiben (K.) v. 19. 4. 1882 an die Handelsminister weiterleitete,* HHSTA., admin. Reg., F 34, Karton 353, Fasz. 19–5/1–2 (1881–1883).

Marken, Muster, Modelle und Firmen werden als Spezialbestimmungen folgende aufgestellt: Schutz jeder im Ursprungslande ordnungsmäßig hinterlegten Marke in jedem Lande der Union, wenn die Marke dort deponiert wurde (Artikel 6). Die Beschaffenheit des Erzeugnisses, auf welchem die Marke angebracht werden soll, kann kein Hindernis ihrer Hinterlegung sein (Artikel 7). Schutz der Firmen in al[b]len Unionsstaaten ohne[b] Erfordernis der Hinterlegung (Artikel 8). Recht zur Beschlagnahme der Erzeugnisse mit unberechtigten Marken oder Firmen bei der Einfuhr (Artikel 9 und 10). Das Vertragsprojekt, wie es vorliege, erscheine vom Standpunkte des Handelsministeriums akzeptabel, zumal bei der Fassung desselben die von den österreichischen Delegierten bei der Konferenz geltend gemachten Gesichtspunkte berücksichtigt wurden.

Nach dem Abschlusse des Vortragsprojektes sei jedoch insoferne ein Novum eingetreten, als die deutsche Regierung uns gegenüber erklärte, dem Vertrage gleichfalls beitreten zu wollen, wenn derselbe in einigen Punkten[10] [] hierü[ber mit Österre]ich-Ungarn [auseinan]der zu setzen. [Bei der] Prüfung der Bedenken Deutschlands, worüber ein Meinungsaustausch mit Ungarn stattfand[11], habe sich ergeben, dass zwei der von Deutschland relevierten Punkte lediglich auf einer missverständlichen Auffassung beruhen, während zwei andere Punkte, welche sich auf die Artikel 2 und 5 des Vertragsentwurfes beziehen, solcher Art seien, dass dem Bedenken Deutschlands lediglich durch eine deutlichere Stilisierung vollkommen abgeholfen werden könne. In dieser Beziehung sei nur mehr mit Ungarn eine Vereinbarung über die zu ändernde Stilisierung der Artikel [] [da]nach die weiteren Schritte [ein]zuleiten, welche zur Perfektionierung des Unionvertrages unter Beitritt Deutschlands führen sollen. Der Handelsminister beabsichtige, indem er sich dieserhalb an Ungarn wende, zugleich die Erklärung auszusprechen, dass die k. k. Regierung mit dem übrigen Inhalte des Unionvertragsentwurfes einverstanden sei, weshalb hiezu um die Zustimmung des Ministerrates beziehungsweise um die Zustimmung zu den dargelegten Vertragsprinzipien gebeten werde.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[12].

---

b–b *Brandstelle ergänzt nach Artikel 7 der Vereinbarungen betreffend die Internationale Union v. 20. 3. 1883,* RGBl. Nr. 266/1908.

10 *Schreiben des deutschen Botschafters in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß zu Köstritz an Kálnoky v. 20. 5. 1881,* HHStA., admin. Reg., F 34, Karton 353, Fasz. 19–5/1–3 (1881–1883).

11 *Über den Meinungsaustausch mit Ungarn konnten im Bestand* AVA., HM. Präs. *und* allg. *keine Unterlagen gefunden werden. Mit Schreiben v. 22. 12. 1881 teilte Pino Kálnoky die* mit dem kgl. ung. Handelsministerium vereinbarten Anschauungen über die Bedenken der deutschen Regierung *mit,* HHStA., admin. Reg., F 34, Karton 353, Fasz. 19–5/1–9 (1881–1883).

12 *Mit Schreiben (K.) v. 12. 6. 1882* – AVA., HM., Präs. 1816 ex 1880 – *und Schreiben (K.) v. 24. 7. 1882* – AVA., HM., Präs. 1179/1882 – *bat Pino den ungarischen Kollegen Kemény um Zustimmung zu dem entsprechend abgeänderten Vertragsentwurf. In seiner Antwort v. 28. 8. 1882 teilte Kemény mit, dass die prinzipielle Zustimmung der ungarischen Regierung zu diesem Vertrag* auf einem Missverständnis beruhen müsse, indem die *kgl. ung. Regierung* eine selbst bloß prinzipielle Zustimmung bisher nicht abgegeben *hat und* auch heute noch nicht in der Lage *sei,* dem Entwurfe weder im Prinzipe beizustimmen, noch Abänderungsanträge zu formulieren, AVA., HM., Präs. 1377/1882. *Die Internationale Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums und die internationale Markenregistrierung kam daher am 20. 3. 1883 ohne Österreich-Ungarn zustande. Die Angelegenheit wurde erneut beraten in MR. v. 3. 5. 1902/IX und 31. 10. 1908/XVII (liegen nicht ein). Erst nach dem Übereinkommen mit Deutschland zum gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz v. 17. 11. 1908,* RGBl. Nr. 267/1908, *trat Österreich-Ungarn der Union bei, publiziert als* RGBl. Nr. 266/1908. *Zum Patentrecht in Österreich-Ungarn siehe* HAMBURGER, Der gewerbliche Rechtsschutz.

Der Minister für Kultus und Unterricht sieht sich bei dieser Gelegenheit veranlasst, [] [Sektions]chef Arnt teilt [mit, dass] der Entwurf eines [Priv]ilegiengesetzes im Handelsministerium bereits die erste Lesung passiert habe[13] .

V. Der Ackerbauminister beabsichtigt, die Regierungsvorlage betreffend die Hebung der Fischerei neuerdings im steiermärkischen Landtage einzubringen. Der Landtag ging im Jahre 1880 über dieselbe Vorlage zur Tagesordnung über mit der Motivierung, dass durch die Annahme des Entwurfes das Zustandekommen eines [] die Form gerückt werden [wür]de, und mit der Bitte um Republizierung des alten Fischereipatentes vom Jahre 1771[14]. Nachdem die Arbeiten bezüglich des definitiven Fischereigesetzes bereits so weit vorgeschritten seien, dass die Einbringung eines Entwurfes derselben vielleicht schon in der nächsten Reichsratssession geschehen könne,[15] und nachdem für eine mittlerweilige administrative Regelung durch den infrage stehenden Landesgesetzentwurf besser vorgesorgt werden könne, als durch die Republizierung der alten Vorschriften, so glaubt der Ackerbauminister, dass der Landtag, wenn ihm dies nunmehr klargelegt werde, jetzt doch, dem Beispiele der anderen Landtage folgend, in den Entwurf eingehen dürfte, zumal [].

[Der Ministerrat] erklärt [sich mit dem] Vorhaben des Acker[baumi]nisters einverstanden[16].

VI. Der Ackerbauminister beabsichtigt ferner im Vorarlberger Landtage abermals einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Bezirksgenossenschaften der Landwirte und eines Landeskulturrates einzubringen[17]. Der über die vorjährige diesbezügliche Vorlage vom Landtage beschlossene Entwurf konnte nicht sanktioniert werden, weil der Landtag die Vertreter der Regierungsbehörden aus dem Landeskulturrate eliminiert wissen wollte. [] prinzipiell für die mit [dem] Regierungsentwurfe proponierten Institutionen ausgesprochen hatte, so glaubt der Ackerbauminister, annehmen zu können, dass derselbe jetzt unter Würdigung der Gründe der Ablehnung des vorjährigen Landtagsbeschlusses in eine entsprechende zur Ge-

---

13 *Gemeint sind die sechs Referentenberatungen des Gesetzentwurfes zwischen 17. 4. und 15. 5. 1882. Mit Schreiben (K.) v. 1. 9. 1882 an seinen ungarischen Kollegen Kemény trat Pino in die Verhandlungen mit Ungarn ein. Sitzungsprotokolle und der Entwurf des Schreibens in* Ava., HM., Präs. 1386/1882*. Ein Privilegiengesetz kam nicht zustande, aber mit Gesetz v. 27. 12. 1893,* Rgbl. Nr. 191/1893*, wurde der diese Materie behandelnde Artikel XVI des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn geändert; beraten in MR. v. 3. 10. 1893/VI (liegt nicht ein).*

14 *Der Gesetzentwurf war auf Vortrag Falkenhayns v. 15. 6. 1880 mit Ah. E. v. 18. 6. 1880 in den steiermärkischen Landtag eingebracht worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2359/1880*. Dieser ging darüber zur Tagesordnung über,* Prot. Landtag Steiermark 6. 6. 1880 (16. Sitzung) 348 f. *Es wurde um die Einführung des Fischereipatentes v. 21. 3. 1771,* Theresianisches Gesetzbuch, VIII, Nr. 2200/1771, *gebeten.*

15 *Zum in den Reichsrat einzubringenden Gesetzentwurf wegen Regelung der Fischerei in Binnengewässern in ganz Cisleithanien siehe MR. v. 27. 1. 1883/II.*

16 *Mit Vortrag v. 12. 6. 1882 erbat Falkenhayn die Ermächtigung zur Einbringung des Fischereigesetzes, die er mit Ah. E. v. 15. 6. 1882 erhielt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2359/1882*. Der Entwurf wurde dem Landeskulturausschuss zugewiesen,* Prot. Landtag Steiermark 26. 6. 1882 (7. Sitzung) 47. *Siehe dazu* Jungwirth – Haidvogel – Hohensinner – Waidbacher – Zauner, Österreichs Donau, 209–218. *Fortgesetzt in MR. II v. 19. 8. 1882/IV.*

17 *Ein entsprechender Gesetzentwurf war bereits in MR. v. 12. 9. 1881/V und MR. v. 31. 12. 1881/XI besprochen worden (liegen beide nicht ein), der Gesetzentwurf des Landtages,* Prot. Landtag Vorarlberg 21. 6. 1880 (VII. Sitzung) 46*, aber mit Ah. E. v. 9. 1. 1882 über Vortrag Falkenhayns v. 4. 1. 1882 nicht sanktioniert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 140/1882.

nehmigung geeignete Beschlussfassung eingehen dürfte, zumal mit der Fassung der jetzigen Regierungsvorlage den vorjährigen Wünschen des Landtages auch teilweise entgegengekommen werde.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Absicht des Ackerbauministers einverstanden[18].

[VII.] [] [Grundsteuer]-Zen[tralkommission[19], wel]che sich bei [] derselben und [so a]uch im Komitee der Kom[mission] besonders hervorgetan haben, Ah. Auszeichnungen zu erwirken, und zwar habe er vor, folgende Ordensverleihungen au. zu beantragen: Den Stern zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens für den Landeshauptmann in Vorarlberg, Karl Grafen Belrupt[20]; das Ritterkreuz des Leopoldordens für den Gutsbesitzer und Reichsratsabgeordneten Emanuel Freiherrn v. Spens-Booden[21]; den Orden der Eisernen Krone III. Klasse für den großherzoglich-tos[c]kanischen Wirtschaftsrat Vinzenz[c] Alter; für den Realitätenbesitzer und Reichsratsabgeordneten Adolph Ritter Streer v. Streeruwitz[22], für den gräflich Waldstein'schen Forstrat Ferdinand Fiscali, für den Advokaten und Obmann der Bezirksvertretung in Budweis, Dr. Wendelin Rziha; endlich das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens für den fürstlich Schwarzenberg'schen Forstmeister Karl Heirowsky. Der Minister erbittet sich zu diesem Vorhaben die Zustimmung des Ministerrates. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[23].

VIII. Der Finanzminister erbittet sich ferner die Zustim[mung für den Prokuristen Moriz Dub den Franz-Jose]ph-Or[den] [zu erwi]rken. [Der Finanzmin]ister teilt die über [Dub] gegebenen behördlichen Auskünfte mit und bemerkt, dass Dub, der gleichsam den guten Geist des Hauses Rothschild repräsentiere, anlässlich der Rentenbegebung sehr gute Dienste geleistet und wesentlich zur Herstellung der Verbindung der Finanzverwaltung mit dem Hause Rothschild beigetragen habe. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[24].

IX. Der Minister für Kultus und Unterricht bringt mit Beziehung auf die in der [] l. J. auch zur Sprache ge[brachte] Frage der eventuellen Entsendung eines Regierungsvertreters von hier aus zu dem Kirchenkongresse der griechisch-orientalischen Diözese der Bukowina[25] zur Mitteilung, dass er nicht in der Lage sei, eine entsprechende Persönlichkeit von hier aus entsenden zu können, da der für die Aufgabe einzig vollkommen geeignete Hofrat Professor

---

[c–c] *Brandstelle ergänzt aus Vortrag Dunajewskis v. 11. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2349/1882.

18 *Am 12. 6. 1882 erstattete Falkenhayn den entsprechenden Vortrag, der mit Ah. E. v. 16. 6. 1882 im Sinne des Antrags resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2370/1882. *Der Gesetzentwurf wurde vom Vorarlberger Landtag nicht angenommen,* Prot. Landtag Vorarlberg 12. 10. 1882 (VII. Sitzung) 48.

19 *Zur Reform der Grundsteuer siehe MR. I v. 29. 10. 1882/I, Anm. 12, sowie MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I, Anm. 2.*

20 *Zu Carl Graf Belrupt-Tissac siehe* Öbl. 1: 67.

21 *Zu Emanuel Freiherr v. Spens-Booden siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1184 f. – Kurzbiografie Spens-Booden (parlament.gv.at) *(Zugriff 27. 9. 2021).*

22 *Zu Adolph Streer Ritter v. Streeruwitz siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1237 f. – Kurzbiografie Streer (parlament.gv.at) *(Zugriff 27. 9. 2021).*

23 *Über Vortrag Dunajewskis v. 11. 6. 1882 wurden den Genannten mit Ah. E. v. 15. 6. 1882 die beantragten Orden verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2349/1882. *MR. v. 13. 12. 1882/I behandelte Ordensverleihungen aus Anlass der Beendigung der Grundsteuer-Regulierungsangelegenheiten; siehe auch MR. v. 15. 11. 1882/VII.*

24 *Den entsprechenden Vortrag Dunajewskis v. 9. 6. 1882 resolvierte Franz Joseph mit Ah. E. v. 12. 6. 1882 genehmigend,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2319/1882.

25 *Fortsetzung des MR. v. 7. 5. 1882/XII.*

v. Zhishman bei den betreffenden Kreisen in der Bukowina nicht beliebt sei und daher schon von vorneherein Anstoß erregen würde. Es bleibe daher nichts übrig, als den Landespräsidenten selbst mit den Funktionen des Regierungskommissärs zu betrauen.

Der Handelsminister begreift, dass Zhishman bei den [] [ü]brigens []en in die []nen und angewie[sen] werden, den Kongress wirklich zu leiten. Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass dem Regierungskommissär ganz genaue Instruktionen gegeben werden sollen.

Der Ministerrat nimmt die Eröffnung des Ministers für Kultus und Unterricht zur Kenntnis[26].

X. Der Minister für Kultus und Unterricht teilt mit, dass ihm noch ein vom Salzburger Landtage im Jahre 1880 [] [we]gen Erleichterung der S[chul]pflicht, womit eine Modifikation der durch § 21 des Reichsvolksschulgesetzes[27] normierten achtjährigen Schulpflicht bezweckt werde, vorliege[28]. Dieser Entwurf sei wesentlich gleichlautend mit einem im Jahre 1878 von demselben Landtage beschlossenen Gesetzentwurfe, welcher aus dem Grunde nicht sanktioniert wurde, weil eine so proponierte Schulpflichterleichterung nur im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen könnte[29]. Der Minister beabsichtige jedoch über den Entwurf vom Jahre 1880 vorläufig keinen au. Antrag zu stellen und den Gegenstand lediglich ruhen zu lassen, nachdem jetzt die Reform des Reichsvolksschulgesetzes im Zuge sei[30]. Er mache von diesem seinem Vorhaben dem Minister[rate] []von der [] akzeptierten []kt, dass es nicht an[ge]he, die Entscheidung über einen vom Landtage beschlossenen Gesetzentwurf bis über die nächstfolgende Landtagssession hinauszuschieben.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Ministers für Kultus und Unterricht zur Kenntnis[31].

XI. Der Minister für Kultus und Unterricht bringt abermals zur Verhandlung die in der Ministerkonferenz vom 20. Mai l. J. nicht ausgetragene Angelegenheit der zu erlassenden Verordnung über die [] [Staats]prüfungen in deutscher [und] böhmischer Sprache in Prag[32]. Nachdem er sich laut des dem Ministerratsprotokolle vom 20. Mai l. J. beiliegenden Verordnungsentwurfes hinsichtlich des Punktes 3 der Verordnung dahin gefügt habe, dass dem Kandidaten die Wahl des Prüfungsfaches in deutscher Sprache überlassen werde, so werde es sich also nur um die Schlussfassung über Punkt 4 des Verordnungsentwurfes betreffend die Reprobierung im Falle ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache handeln. Der Minister proponiere nunmehr für Punkt 4 folgende Fassung:

---

26 *Mit Ah. E. v. 19. 6. 1882 wurde über Vortrag Conrads v. 10. 6. 1882 der griechisch-orientalische Kirchenkongress für den 26. 7. 1882 nach Czernowitz einberufen und der Landespräsident der Bukowina Hieronimus Freiherr v. Alesani zum Regierungskommissär ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2418/1882*. Der Kongress endete am 10. 8. 1882,* Wiener Zeitung (M.) v. 11. 8. 1882.

27 *Reichsvolksschulgesetz, Gesetz v. 14. 5. 1869,* Rgbl. Nr. 62/1869. *Die entsprechenden Ministerratsprotokolle sind verbrannt. Es wurde erwähnt in MR. v. 28. 4. 1869/VI,* Cmr. II, Nr. 219*, siehe da Anm. 24, ebenso* Lein, Einleitung. Cmr. II, XXV f.

28 *Beschluss in* Prot. Landtag Salzburg 10. 7. 1880 (17. Sitzung) 1009.

29 *Der Gesetzentwurf wurde angenommen in* Prot. Landtag Salzburg 15. 10. 1878 (10. Sitzung) 583*, beraten in MR. v. 31. 3. 1879/II (liegt nicht ein), Franz Joseph vorgelegt mit Vortrag Stremayrs v. 31. 3. 1879, der die Nichtsanktionierung empfahl, was mit Ah. E. v. 4. 4. 1879 geschah,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1330/1879.

30 *Zur Reform des Volksschulgesetzes siehe MR. I v. 30. 4. 1882/III, Anm. 6.*

31 *Ein in der Kabinettskanzlei protokollierter Vortrag wurde nicht erstattet. Die Frage eines Landesvolksschulgesetzes in Salzburg kam erneut zur Sprache in MR. II v. 9. 4. 1884/I.*

32 *Fortsetzung des MR. v. 20. 5. 1882/IV.*

„Wenn die Prüfungskommission die Kenntnis der deutschen Sprache bei einem Kandidaten als ungenügend [d]beurteilt, so hat dieser die Prüfung in deutscher Sp[d]rache zu [d]wiederholen.[d] [Die] Kommission ist jedoch [berec]htigt, bei dieser wiederholten Prüfung auch aus den anderen Fächern einzelne Fragen zur Beantwortung in deutscher Sprache zu stellen, um dem Kandidaten Gelegenheit zu geben, die volle Kenntnis der deutschen Sprache auszuweisen."

Der Minister glaubt, dass dies das Minimum dessen wäre, was verlangt werden müsse. Auch entspreche diese Fassung so ziemlich dem diesfälligen Votum der Minorität des Professorenkollegiums.

Der Finanzminister bemerkt, es sei eine totale Verkennung des Wesens der Institution []r wissenschaftlichen [] wie es die Staatsprüfung sei, [die] Kenntnis aus dem Gegenstande mit der Kenntnis der Sprache in Verbindung zu bringen und aus der ungenügenden Sprachkenntnis Folgen für das Prüfungsergebnis zu ziehen. Es lasse sich solches auch schwer durchführen, weil die Professoren bei jenen Kandidaten, welche im Gegenstand selbst wohl bewandert sind, hinsichtlich der Mängel der Sprachkenntnis regelmäßig durch die Finger sehen dürften. Man könne die Sache naturgemäß nur so einrichten, dass die Sprachkenntnis besonders klassifiziert werde und dass dann derjenige, welcher ein schlechtes Kalkül aus der deutschen Sprache aufweise, von den Behörden nicht in den Staatsdienst aufgenommen werde. []

[] [A]h. [E. v.] 11.[e] April 1881[33], [] [Uni]versitätserrich[tung] geordnet wurde, dass eben bezüglich der Staatsprüfungen solche Normen vorzuschlagen seien, welche Gewähr dafür bieten, dass kein Studierender der böhmischen Universität in einen Zweig der öffentlichen Praxis übertritt, ohne die vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache sowie die Fähigkeit, sich derselben zu bedienen, nachgewiesen zu haben. Wenn nach der vom Finanzminister entwickelten Anschauung vorgegangen würde, so würde dieser Ah. Anordnung nicht entsprochen.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt [] der Zweck der Staatsprüfungen sei, Kandidaten für den Staatsdienst zu qualifizieren und dass, nachdem der Staat Anstalten erhält, um sich die Heranbildung der Staatsdiener zu sichern und nachdem die deutsche [f]als gemeinsame Verkehrs[f]sprache für den Staatsdienst unbedingt erforderlich sei, es auch angemessen erscheine, wenn schon der Erfolg der Staatsprüfung von der entsprechenden Kenntnis der deutschen Sprache abhängig gemacht werde.

Der Finanzminister bemerkt, die Differenz der Anschauungen bestehe nur in der Frage, welches Mittel zu ergreifen sei, um den Effekt zu bewirken. Übrigens hebt der Minister hervor, dass die Staatsprüfun[gen] []ung [] [m]üsse, um [] nur die Studien [fortsetze]n und vollenden zu können.

Minister Dr. Pražák glaubt, es wäre ausreichend, mit Punkt 4 lediglich anzuordnen, dass bei ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache die Prüfung aus den in deutscher Sprache geprüften Fächern zu wiederholen sei. Der zweite Absatz der Proposition des Ministers für Kultus und Unterricht gehe weiter, als es notwendig sei.

[d–d] *Brandstelle sinngemäß ergänzt nach Erlass des Ministers für Kultus und Unterricht v. 29. 6. 1882,* RGBL. Nr. 95/1882.

[e] *Im Protokoll irrtümlich 12. April 1881.*

[f–f] *Einfügung Welsersheimbs.*

[33] *Zur Ah. E. v. 11. 4. 1882 siehe MR. v. 20. 5. 1882/IV, Anm. 6.*

Der Handelsminister bemerkt, der Zweck sei, dass die in den Staatsdienst Eintretenden der deutschen Sprache [] vollkommen mächtig [sein müssen, da]mit man nicht Staatsdiener bekomme, welche die deutsche Sprache nicht handhaben können und damit nicht die im Interesse des Staates wichtige Freizügigkeit der Beamten behindert sei. Um diese Sicherung zu erlangen, sei es am besten, diejenigen in den Staatsdienst nicht aufzunehmen, welche nicht die vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache nachweisen. Wenn die Behörden in dieser Beziehung streng vorgehen und die Leute darnach die Überzeugung gewinnen, dass sie ohne vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache nicht aufgenommen werden, werden sie sich die Erlernung der Sprache gewiss angelegen sein lassen. Dieses Mittel, strenge [] sich [] vom Finanz[minister Be]merkte ereignen, [] durch die Finger sieht.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass das vom Handelsminister betonte Mittel ganz entsprechend neben der Vorsorge bei den Staatsprüfungen zur Sicherung des Zweckes werde beitragen können. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erklärt sich mit Minister Dr. Pražák für die Weglassung des zweiten Absatzes der Proposition des Ministers für Kultus und Unterricht.

Der Ministerpräsident ist auch für die Weglassung des zweiten Absatzes der für Punkt 4 vorge[]hten Proposition [] [Be]hörden strenge angewiesen w[er]den, in der vom Handelsminister dargelegten Weise und zwar schon bei der ursprünglichen Annahme in die Praxis vorzugehen, damit man sich nicht allenfalls später aus Kommisserationsgründen zu einer nachsichtigeren Behandlung verleiten lasse.

Sonach beschließt der Ministerrat, dass im Punkt 4 des Verordnungsentwurfes nur der erste Absatz der Proposition des Ministers für Kultus und Unterricht aufgenommen werde. Desgleichen wird der übrige Inhalt des Verordnungsentwurfes genehmigt[34].

Wien, am 9. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 27. Juni 1882. Franz Joseph.

Nr. 397 Ministerrat, Wien, 13. Juni 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 13. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; abw. Welsersheimb.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Brünner Stadtrat, Joseph Wolf. II. Erwirkung des Titels und Charakters eines Senatspräsidenten für den Rat des Verwaltungsgerichtshofes, Joseph Friedrich Ritter v. Ott. III. Einstellung der Geschworenengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dechant und Pfarrer, Ludwig Theuille. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Abt Norbert Sychrawa. VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Sektionsrat Viktor Freiherrn v. Kalchberg. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Generalsekretär der Rudolfsbahn, Ludwig Ritter v. Nunnenmacher. VIII. Bezüglich eines offiziösen Kommuniqués hinsichtlich des Aktiengesetzentwurfes.

KZ. 64 – MRZ. 53

---

[34] *Am 15. 6. 1882 erstattete Conrad den entsprechenden Vortrag,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2461/1882. *Fortgesetzt in MR. I v. 27. 6. 1882/I.*

[Protokoll] des zu Wien am 13. [Juni 1882] abgehaltenen Ministerrate[s] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern beabsichtigt für den in den Ruhestand tretenden [a]Stadtrat beim Brünner Gemeinderat und gewesenen Po[a]lizei[a]kommissär daselbst Joseph[a] Wolf in Aner[kennung] [seine]r mehr als [][-jährigen] sehr eifrigen und [erspr]ießlichen öffentlichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Außer der Berücksichtigungswürdigkeit Wolfs gehe der Ministerpräsident auch aus dem Grunde auf diese vom Bürgermeister in Brünn beim Statthalter vorgebrachte Auszeichnungsanregung gerne ein, weil dies der erste diesbezügliche Antrag sei, mit welchem der Bürgermei[ster] [] der Statthalt[er bei]trat und man dem Wunsche des Bürgermeisters umso leichter willfahren könne, als der Antrag keinen politischen Hintergrund habe. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[1].

II. Der Ministerpräsident referiert über die neuerliche Anregung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes für den rangältesten Rat dieses Gerichtshofes Joseph Friedrich Ritter v. Ott den Titel und Charakter eines Senatspräsidenten zu erwirken. Die schon anlässlich der letzten Besetzung einer Ratsstelle am Verwaltungsgerichts[hofe] []m 27. [] [dem rangält]eren [Hofrat] vorbehalten. Es [wurde da]mals gegen die Berücksichtigungswürdigkeit Otts nichts vorgebracht und wurde für ein vorläufiges Zuwarten in der Sache vornehmlich auch die Rücksicht für den Freiherrn v. Lemayer geltend gemacht, welcher bereits bei seinem Übertritte zum Verwaltungsgerichtshofe die Umwandlung des Titels und Charakters eines Sektionschefs in den Titel und Charakter eines Senatspräsidenten vergeblich angestrebt hatte. Nachdem nun einige Zeit vorübergegangen sei und vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes neuerdings die Auszeichnung [] angeregt [wurde und nach]dem ferner von einem Re[chts]anspruche Lemayers auf den Titel und Charakter eines Senatspräsidenten wohl keine Rede sein könne und die Regierung anderseits bei der augenscheinlich nicht ruhenden politischen Betätigung Lemayers gewiss keinen Anlass habe, gegenüber Lemayer eine besondere Rücksicht zu üben, so glaube der Ministerpräsident nunmehr in Gemäßheit des Antrages des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes vorgehen zu sollen und erbitte er sich hiezu die Zustimmung des Ministerrates.

Der Minister für Kultus und Unterricht will nur bemerken, dass Freiherr v. Lemayer mit dem Ministerium für Kultus und Unterricht in keinem Verkehre [] sei, im Be[darfsfall solc]he Berücksichti[gungs]anträge zu stellen [und n]achdem sich der Präsident nicht veranlasst gesehen habe, für die Vertretung im Vorsitze in erster Linie Lemayer ins Auge zu fassen, so sei der Minister nicht dagegen, dass auf den Antrag des Präsident eingegangen werde.

Der Ministerrat erklärt sonach zu dem Vorhaben des Ministerpräsidenten seine Zustimmung[2].

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach Vortrag Taaffes v. 15. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2446/1882.

1 *Mit Vortrag v. 15. 6. 1882 erbat Taaffe den besprochenen Orden, der Wolf mit Ah. E. v. 21. 6. 1882 verliehen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2446/1882.

2 *Über Vortrag Taaffes v. 14. 6. 1882 wurde Ott der entsprechende Titel und Charakter mit Ah. E. v. 18. 6. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2395/1882.

III. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák re[feriert] [] über die [vorzu]nehmende Verfügung [wegen] Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für den Kreisgerichtssprengel Cattaro[3] und bringt zur Begründung eines diesfälligen Vorgehens Nachstehendes vor: Der Oberstaatsanwalt in Zara, im Einverständnisse mit dem dortigen Oberlandesgerichtspräsidenten und mit dem Statthalter von Dalmatien, habe schon um die Mitte Dezembers 1881 den Antrag an das Justizministerium gestellt, die Tätigkeit der Geschwornengerichte in Cattaro zeitweilig aufgrund des Gesetzes vom 23. Mai 1873, RGBl. Nr. 120, und zwar für alle denselben zugewiesenen strafbaren Handlungen einzustellen[4]. []sollen, [weil nur eine gerin]ge Zahl [an Justizfä]llen im Stadium [ihrer E]rhebungen vorhan[d]en war, deren Verbindung mit dem Aufstande nachgewiesen erschien, und bei dem Umstande, als es sich teils um unbekannte, teils um flüchtige oder verborgene Täter handelte, es voraussichtlich zu Hauptverhandlungen vor Geschwornen für die verschiedenen betreffenden Fälle demnächst nicht kommen konnte und überhaupt wegen des sich ausdehnenden Aufstandes zu einem wirkungsvollen Strafverfahren keine Aussicht noch bestanden hatte.

Späterhin, als die Ausnahmsmilitärgerichte mit dem Gesetze [vom] 28. Februar 1882 [RGBl. Nr. 22][5] für die Gerichtssprengel Sp[a]lato, Ragusa und Cattaro eingeführt wurden[6], trat neuerdings die Frage über die Behandlung jener Straffälle heran, welche vor Beginn der Wirksamkeit der Militärgerichte sich ereignet hatten, und daher gemäß § 4 des zitierten Gesetzes eventuell auch der Zuständigkeit der Geschwornengerichte unterworfen bleiben. Es wurde behufs Klärung dieser Angelegenheit der Oberstaatsanwalt zur Berichterstattung über die in Rede stehenden Straffälle, welche bei dem Kreisgerichte in Cattaro anhängig waren, aufgefordert. Aus dem vom Oberstaatsanwalte infolge dieses Auftrages vorgelegten [] [Ver]ahren [] zur Ge[] [der Ge]richtsbarkeit [solche]r Fälle anhängig gemacht worden war, dass jedoch noch die einleitenden Schritte bezüglich 33 zur Anzeige gebrachter, noch nicht näher erforschter strafbarer Handlungen der gleichen Kategorie vorgenommen wurden.

Da aus einer weiteren Mitteilung des genannten Oberstaatsanwaltes das Justizministerium in Erfahrung brachte, dass seit dem 3. Dezember 1881 bei dem Kreisgerichte Cattaro keine Schwurgerichtssession stattgefunden hatte, noch auch bis Mitte April 1882 mangels hiezu reif gewordener [] Straffälle eine [] für eine solche Session in [Aus]sicht stand, so hielt das Justizministerium es für zweckmäßig, vor Beschlussfassung über die weiters zu ergreifenden Maßnahmen, von dem Oberstaatsanwalte nach gepflogener Rücksprache mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten und nach Einvernehmung des Staatsanwaltes und Kreisgerichtspräsidenten in Cattaro sein neuerliches Gutachten über die derzeitige Notwendigkeit einer zeitweiligen Einstellung der Geschwornengerichtsbarkeit bei dem Kreisgerichte in Cattaro dem Justizministerium vorzulegen, und unter einem die näheren tatsächlichen Aufklärungen über die Natur der oben erwähnten [] [von] der da[maligen An]gelegenheit ha[be er ()Minister Dr. Pražák) [im] Ministerrate am 17. April 1882 Mitteilung gemacht.

---

3 *Fortsetzung der Angelegenheit v. MR. v. 17. 4. 1882/II.*

4 *Mit dem Gesetz v. 23. 5. 1882,* RGBL. Nr. 120/1873*, war die zeitweise Einstellung der Geschworenengerichte geregelt worden. Der Antrag des Oberstaatsanwaltes v. 15. 12. 1881* AVA., JM, allg., Sig. I J I 1-a, Karton 919, Zl. 20167/1881.

5 *Gesetz v. 28. 2. 1882,* RGBL. Nr. 22/1882.

6 *Zur Einführung der Ausnahmegerichte in Süddalmatien siehe MR. v. 4. 5. 1882/II, Anm. 5.*

Der Oberstaatsanwalt in Zara habe sonach am 28. April 1882 unter Wiederholung seines Antrages auf Einstellung der Tätigkeit der Geschwornengerichte in Cattaro ein detailliertes Verzeichnis der anhängigen Schwurgerichtsfälle eingesendet[7], insoferne dieselben mit der Insurrektion im dortigen Sprengel im Zusammenhange sich befinden. Bei Einsichtnahme dieses Verzeichnisses habe das Justizministerium ersehen, dass unter der Gesamtzahl von 51 [Fä]llen erst be[i einem ein]zigen derselben die Einleitung der Voruntersuchung mit Untersuchungshaft von dem Staatsanwalte in Cattaro beantragt war, ohne dass jedoch der Erfolg dieses Antrages angegeben erschien, während alle anderen Straffälle noch im Stadium der Vorerhebungen, bei der Mehrzahl mit unbekannten oder nur mutmaßlichen Tätern sich befanden. Zufolge dessen wurde der Oberstaatsanwalt in Zara mit Erlass vom 13. Mai 1882 angewiesen, zu berichten, sobald bei mehreren der vorne bezeichneten Fälle das Strafverfahren bis zur Erfahrung der Anklage gediehen sein würde. In der Tat sei dies bei drei Fällen noch im Laufe des Monats Mai erfolgt[8].

[] der nun – wie [] – bewirkten Unterdrückung des Aufstandes stehe nämlich die Eventualität in nicht ferner Aussicht, dass eine bedeutende Zahl von Aufständischen zurückkehre[9], und die strafgerichtliche Untersuchung in vielen der oben erwähnten Fälle, welche der Gerichtsbarkeit der Geschwornen zugewiesen sind, teils aufgenommen, teils fortgeführt und zum Abschlusse gebracht werde. Sollten sohin alle diese Delikte schwerster Natur vor den Geschwornen zur Verhandlung gelangen, so stände mit Recht zu befürchten, dass bei den in Süddalmatien diesfalls [obwa]ltenden und []ten Ereignisse gewiss nur [ver]schärften Verhältnissen die Unbefangenheit und Unparteilichkeit der Geschwornen den stärksten Gefahren ausgesetzt, ja wahrscheinlich vollends lahmgelegt werden würde. Die unheilvollen Wirkungen, die aus ungerechtfertigt freisprechenden Erkenntnissen für das ganze Land, für die Regierung, für das Rechtsbewusstsein, die Achtung vor Gesetz und Pflicht und für die allgemeine Sicherheit sich ergeben müssten, bedürfen aber wohl keiner näheren Ausführung. Deshalb habe der Minister sich nunmehr veranlasst gesehen, die zur Durchführung der Einstellung der Geschwornengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro erforderlichen [] aber[].

[Der Oberste] Gerichtshof habe []m 9. d. M. sich dahin erklärt, dass derselbe aufgrund der mitgeteilten Aktenstücke vollkommen die Ansicht teile, es seien im Sprengel des Kreisgerichtes Cattaro solche Tatsachen hervorgetreten, welche es zur Sicherung einer unparteiischen und unabhängigen Rechtsprechung als notwendig erscheinen lassen, dass „[b]die Wirksamkeit der Geschwornengerichte im Sprengel des genannten Kreisgerichtes hinsichtlich aller ihnen zugewiesenen strafbaren Handlungen in Sinne des § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 eingestellt werde."[10] Nachdem somit die Bedingung der Anhörung des Obersten [Gerichtshofes] [] [propo]niere er mit der Einstell[ungs]verordnung des Gesamtministeriums in der aus der Anlage ersichtlichen Form vorzugehen[c].

---

b *Im Original fehlt das Anführungszeichen.*

c *Verordnungsentwurf liegt mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei.*

7 *Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft v. 28. 4. 1882 an Pražák,* AVA., JM, allg., Sig. I J I 1-a, Karton 919, Zl. 7123/1882.

8 *Erlass (K.) Pražáks v. 13. 5. 1882,* AVA., JM, allg., Sig. I J I 1-a, Karton 919, Zl. 7123/1882. *Einer der abverlangten Berichte der Oberstaatsanwaltschaft Zara v. 25. 5. 1882,* AVA., JM, allg., Sig. I J I 1-a, Karton 919, Zl. 8589/1882.

9 *Die Frage der Rückkehr von Flüchtlingen kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 30. 5. 1882/I.*

10 *Das Schreiben des Obersten Gerichtshofes an Conrad v. 9. 6. 1882 konnte in den Beständen* AVA., JM, Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

In Gemäßheit des Gesetzes vom 23. Mai 1873 könne die zeitweise Einstellung der Geschworenengerichte längstens auf die Dauer eines Jahres erfolgen. Zugleich ordne aber das Gesetz an, dass, wenn in einem Gebiete die Wirksamkeit der Geschworenengerichte durch Verordnung eingestellt wurde, diese Einstellung daselbst auf dem Verordnungswege weder verlängert noch vor der nächsten Wiedereröffnung der Sitzungen des Reichsrates erneuert werden könne. Um daher bei Annahme einer kürzeren Einstellungsdau[e]r später nicht etwa gehemmt [z]u sein, habe er geglaubt mit dem Verordnungsentwurfe [] der Ein[stellung in] dem Sprengel [Cattaro] gerechtfertigt, da in den Sprengeln Ragusa und Spalato, wo nur je ein vor die Geschwornen kommender Fall vorliege, kein Anlass zu einer Ausnahmsverfügung gegeben sei. Die Regierung sei verpflichtet, nach dem Zusammentritte des Reichsrates die Verordnung unter Darlegung der Gründe beiden Häusern vorzulegen.

Der Ministerrat erklärt sich mit der proponierten Einstellung der Geschwornengerichte für den Kreisgerichtssprengel Cattaro einverstanden und wird der Leiter des Justizministeriums ermächtigt, wenn Se. Majestät geruht haben werden, [] das Minister[ratspro]tokoll die Absicht des [Minis]teriums zur Ah. Kenntnis zu nehmen, mit der Kundmachung der Verordnung vorzugehen[11].

Minister Dr. Pražák bringt anknüpfend hieran zur Anregung die Verlängerung der Militärgerichtsbarkeit in Dalmatien, nachdem deren Dauer jetzt nur bis Ende Juni l. J. ausgesprochen sei. Nach kurzer Diskussion einigt sich der Ministerrat dahin, die eventuelle Verlängerung der Militärgerichtsbarkeit auf weitere sechs Monate, d. i. bis Ende des Jahres 1882, in Aussicht zu nehmen. Der Ministerpräsident wird deshalb zunächst an den Statthalter in Dalmatien die [] Einwen[dungen] [] habe[12].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Dechant und Pfarrer in Schwaz, Ludwig Theuille, der bereits eine 62-jährige Priesterlaufbahn hinter sich habe und nun das 50-jährige Jubiläum seiner Wirksamkeit als Dechant feiere, das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[13].

[V. Der Minister für Kultus] und Unterricht erbittet [sich die] Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Landesprälaten und Abt des Prämonstratenserstiftes in Selau, Norbert Sychrawa, in Anerkennung seines 54-jährigen priesterlichen und seines 25-jährigen Wirkens als Stiftsabt das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[14].

---

11 *Franz Joseph erteilt die Zustimmung zur Einstellung der Geschworenengerichte im Kreisgerichtssprengel noch vor Kenntnisnahme dieses Ministerratsprotokolls (Ah. E. 21. 7. 1882), denn mit der Verordnung des Gesamtministeriums v. 20. 6. 1882 wurden dort die Geschworenengerichte eingestellt,* RGBl. Nr. 77/1882. *In MR. v. 25. 11. 1882/VI wurde die Rechtfertigung für diese Maßnahme gegenüber dem Reichsrat besprochen.*

12 *Fortsetzung von MR. v. 4. 5. 1882/II. Das Schreiben Taaffes an den Statthalter in Zara Jovanović konnte in* AVA., IM., Präs. *nicht gefunden werden. Fortgesetzt in MR. v. 21. 6. 1882/VII.*

13 *Conrad erwirkte mit Vortrag v. 13. 6. 1882 für Theuille den Orden, der ihn mit Ah. E. v. 16. 6. 1882 erhielt,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 2393/1882.

14 *Ebenfalls mit Ah. E. v. 16. 6. 1882 verlieh Franz Joseph über Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882 dem Genannten das Ritterkreuz des Leopoldordens,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 2392/1882.

VI. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Sektionsrat im Handelsministerium Viktor Freiherrn v. Kalchberg in Anerkennung seiner aus[gezeichneten] [] [T]arifsver[handlungen] und bei der [Verhandlu]ng des Zolltarifes den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[15].

VII. Der Handelsminister beabsichtigt ferner für den Generalsekretär der Rudolfsbahn Ludwig Nunnenmacher Ritter v. Röllfeld in Anerkennung seiner vorzüglichen Tätigkeit im Eisenbahndienste und speziell in Anerkennung der von demselben bei der Übernahme der Rudolfsbahn[16] im entschiedenen Interesse des Staates geleisteten Dienste das Ritterkreuz des Franz-Joseph-[Ordens zu erwirken]. Nachdem von Seite des [Be]triebsverwalters der Rudolfsbahn für Nunnenmacher der Orden der Eisernen Krone III. Klasse beantragt werde und von Seite des Statthalters andererseits erklärt werde, dass kein Anlass zur Beantragung einer Auszeichnung vorliege, wähle er (Handelsminister) mit der Beantragung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens gleichsam die Mitte zwischen diesen beiden Auffassungen, indem er betone, dass vom Standpunkte des Handelsministeriums reichliche Momente für die Berücksichtigung Nunnenmachers gegeben seien.

Der Ministerpräsident befürwortet das Auszeichnungsvorhaben, nachdem demselben die ausgezeichneten Dienste Nunnenmachers bereits aus []17.

[VIII.] Der Finanzminister [regt] an, ob nicht in Anbetracht der in Aussicht genommenen Einbringung eines Aktiengesetzes und um den Werbungen um Bankkonzessionen zu begegnen durch ein offiziöses Kommuniqué auszusprechen wäre, dass man weitere Bankkonzessionen nicht mehr erteilen werde.

Nach kurzer Diskussion behält sich der Ministerpräsident vor, von der Vereinskommission eine Mitteilung darüber, wie weit die Beratung des Aktiengesetzentwurfes in derselben gediehen sei, abzuverlangen und [] Kommuniqué zu veranlassen[18].

Wien, am 13. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

---

15 *Mit Vortrag Pinos v. 15. 6. 1882 wurde Kalchberg der beantragte Orden mit Ah. E. v. 19. 6. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2414/1882.

16 *Die Übernahme der Verwaltung der Rudolfsbahn durch den Staat kam zur Sprache in MR. v. 23. 12. 1879/V (liegt nicht ein). Dies zeigte Handelsminister Korb mit Vortrag v. 30. 12. 1879 an, der mit Ah. E. v. 1. 1. 1880 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 5129/1879. *Die Verstaatlichung der Rudolfsbahn kam zur Sprache in MR. v. 11. 1. 1884/VII.*

17 *Der Genannte erhielt den über Vortrag Pinos v. 16. 6. 1882 beantragten Orden mit Ah. E. v. 19. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2415/1882.

18 *Das Aktiengesetz kam zur Sprache in MR. v. 8. 12. 1881/VI, MR. v. 11. 12. 1881/V und MR. v. 16. 12. 1881/II (liegen nicht ein). Das Schreiben Taaffes an die Vereinskommission liegt in* Ava., Ministerratspräsidium *nicht ein. Fortgesetzt in MR. v. 13. 12. 1882/VIII.*

Nr. 398 Ministerrat, Wien, 21. Juni 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 21. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung je des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für die Landesausschussbeisitzer in Prag, Ottokar Zeithammer und Dr. Johann Volkelt. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Obersanitätsrat Dr. Schneller. III. Teilnahme der leitenden Beamten in Eger an dem zu Ehren v. Pleners veranstalteten Bankette. IV. Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Ministerialrat Dr. v. Blumfeld im Ackerbauministerium. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Errichtung landwirtschaftlicher Bezirksgenossenschaften und eines Landeskulturrates im Istrianer Landtage. VI. Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberlandesgerichtspräsidenten Freiherrn v. Streit. VII. Verlängerung der Militärgerichtsbarkeit in Dalmatien. VIII. Anordnung wegen Annahme ungarischer Wertpapiere für Geschäftskautionen. IX. Wegen Ernennung des pensionierten Sektionschefs Alois v. Czedik zum Sektionschef extra statum im Handelsministerium und Präsidenten der Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb in Wien. X. In Angelegenheit der Gendarmerieunterkunftsbauten in Dalmatien. XI. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für Mitglieder der Gesellschaft vom Roten Kreuze. XII. Erteilung von Auskünften über die Geschäftsverhältnisse der Ministerien an die Ersparungskommission.

KZ. 65 – MRZ. 54

Pr[otokoll] des zu Wien am [21. Juni 1882] abgehaltenen Ministerrate[s] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident referiert über einen Bericht des Statthalters in Böhmen, mit welchem beantragt wird, für den Landesausschussbeisitzer [Ottokar Zeithammer] und Lan[desausschussbei]sitzer Dr. Johann [Volkelt] den Orden der Eiser[ne]n Krone III. Klasse zu erwir[ke]n. Der Ministerpräsident teilt dem Ministerrate den vollen Inhalt des Berichtes mit. Der Ministerpräsident erklärt, dass er geneigt sei, auf die beiden Auszeichnungsanträge des Statthalters einzugehen, nachdem er die Anschauung des Statthalters über die Berücksichtigungswürdigkeit beider Persönlichkeiten teile. Was Zeithammer anbelange, so betone der Ministerpräsident, dass er es auch in politischer Rücksicht für angemessen erachte, denselben jetzt zu berücksichtigen, weil die aus internen Regierungs[] [Aufsc]hiebung [] der Abänderung der Reichs[rats]swahlordnung in den Kreisen der tschechischen Abgeordneten etwas unangenehm berührt habe. Die gleichzeitige Berücksichtigung des der deutschen Parteirichtung angehörigen Volkelt werde aber darlegen, dass die Regierung bei Auszeichnungserwirkungen nicht parteimäßig vorgehe. Was die vom Statthalter zunächst hinsichtlich Zeithammers berührte Frage der Auszeichnungsmotivierung betreffe, so glaube der Ministerpräsident, dass eine Motivierung der Auszeichnung nach außen hin überhaupt nicht notwendig erscheine, daher auch die Motivierung mit den Verdiensten als Landesausschussbeisitzer entfallen könne. Die Intention der Aus[gezeinung] [] [ausgezei]chnet wer[de].

[Der M]inisterrat erklärt sich mit dem Vorhaben des Ministerpräsidenten einverstanden[1].

---

1 *Den beiden Genannten wurde mit Vortrag Taaffes v. 23. 6. 1882 der mit Ah. E. v. 28. 6. 1882 verliehene Orden erwirkt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2537/1882.

II. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben für den Obersanitätsrat Dr. Joseph Schneller in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens auf dem Gebiete der öffentlichen Sanitätspflege den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichen Verdienstmomente mit.

[Der Ministerrat erklärt] seine Zustimmung[2].

III. Der Ministerpräsident kommt zu sprechen auf die Teilnahme des Bezirkshauptmanns sowie des Finanzbezirksdirektors in Eger an dem vom Kaufmännischen Vereine in Eger zu Ehren des Abgeordneten Dr. v. Plener veranstalteten Bankette, bei welchem vom Finanzbezirksdirektor Pitter auch ein Toast ausgebracht wurde[3]. Der Ministerpräsident habe sich veranlasst gesehen, dem Vorgange nachzugehen und habe er darüber den aus der Anlage ersichtlichen brieflichen Bericht des Statthalters vom 20. d. M. erhalten, mit welchem zugleich die Aufklärungsaufforderung des Statthalters an den Bezirkshauptmann, Statthalterei[rat Joseph Veit] [] des []erde. [Der Minister]präsident bringt [den Inhalt] dieser drei Schriftstücke [zur Verl]esung[a].

Der Finanzminister bemerkt, dass er über seine Anfrage an den Statthalter denselben Bericht des Bezirkshauptmanns als Aufklärung erhalten habe[4]. Er wolle sich gerade nicht an dem Toast Pitters stoßen, weil die Worte verschieden gedeutet werden können. Aber jedenfalls sei es eine sehr große Taktlosigkeit gewesen, dass die leitenden Beamten von Eger an einer Festivität teilnahmen, welche dem Abgeordneten v. Plener nach seiner tags vorher in der Egerer Handelskammer gehaltenen Rede gegeben wurde[5]. [] Antrage des Statthalters h[insicht]lich des Bezirkshauptmannes Gnade vor Recht ergehen lassen wollen, so würde es auch für ihn (Finanzminister) nicht leicht möglich, hinsichtlich des Oberfinanzrates Pitter etwas anderes zu tun, obgleich er glaube, dass es angemessen wäre, ein solches Verhalten mit einer Übersetzung zu strafen.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er höchstens gegenüber dem Bezirkshauptmanne mit einer Ausstellung vorgehen könnte. Nachdem derselbe beim Bankette nicht gesprochen habe, wäre die Verfügung einer Übersetzung etwas zu weitgehend, zumal Statthaltereirat Veit die Stelle eines überwachenden Bezirkshauptmannes in Eger einnehme. Jedenfalls solle aber demselben [] hält [] zu treffen [] noch in Überle[gung zu] nehmen.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Sachverhaltes zur Kenntnis[6].

---

[a] *Das Schreiben des Statthalters von Böhmen an den Bezirkshauptmann von Eger v. 18. 6., dessen Antwort vom 19. 6. und der Bericht des Statthalters an den Ministerpräsidenten liegen unvollständig und mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei.*

[2] *Den Orden erhielt Schneller durch Ah. E. v. 29. 6. 1882 über Vortrag Taaffes v. 23. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2552/1882.

[3] *Zu dem Bankett am 16. 6. 1882 siehe* Prager Tagblatt v. 17. 6. 1882*, mit dem Toast Pitters* auf das Zusammenwirken der Beamten mit der Bevölkerung der deutschen reichstreuen Stadt *Eger*.

[4] *Schreiben des Statthalters in Prag Kraus an Dunajewski v. 20. 6. 1882,* Fa., FM., Präs., Sig. 15.1, Zl. 3328/1882.

[5] *Die Rede Pleners in der Handelskammer von Eger am 15. 6. 1882* mit Hinweglassung der confiscationsgefährlichen Stellen *in* Prager Tagblatt v. 17. 6. 1882.

[6] *Auf Vorschlag (K.) Kraus' v. 27. 7. 1882, wurde Veit* ohne jedoch diesen wie gesagt stets tadellos verhaltenen und sehr tüchtigen Beamten, der nur ohne Wissen und Willen gefehlt hat, als strafweise gemaßregelt erscheinen zu lassen – Národní Archiv, PM. 1881–1890, Karton 1422, Sig. 1/6/1, Zl. 5373/1882 –*, mit Schreiben Taaffes an Kraus v. 29. 6. 1882 zur Dienstleitung in die Statthalterei Prag berufen,* Národ-

IV. Der Ackerbauminister beabsichtigt, für den Ministerialrat im Ackerbauministerium Dr. Ferdinand Edlen v. Blumfeld den Titel und Charakter eines Sektionschefs zu erwirken und teilt zur Begründung seines Vorhabens dem Ministerrate den Inhalt des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages mit.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

[V.] [Der Ackerbauminister] erbittet sich die Zustimmung [des] Ministerrates zu dem Vorhaben, einen dem bezüglichen Landesgesetze für Tirol wesentlich gleichlautenden Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Bezirksgenossenschaften der Landwirte und eines Landeskulturrates im Istrianer Landtage einzubringen[8]. Die nächste Veranlassung, eine Regelung der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in dieser Weise anzubahnen, liege in dem Umstande, dass die Istrianer Landwirtschaftsgesellschaft in Rovigno faktisch aufgehört habe, der Förderung der bezüglichen Interessen zu dienen. Nachdem der Landesausschuss von Istrien sich bereits im Ganzen und Großen mit dem einzubringenden Entwurfe einverstanden erklärt habe, so [] [a]uf []ge dahin [geändert we]rde, dass die Be[zirksgeno]ssenschaften ihren Sitz [am Ha]uptorte des Bezirkes haben müssen, habe er nicht willfahrt, weil es nicht notwendig sei, diesfalls der Wahl der Bezirksgenossenschaftsbildungen vorzugreifen, wobei für ihn (Ackerbauminister) auch der Umstand in Betracht fiel, dass die Hauptorte des Bezirkes fast nur Sitze der italienischen Bevölkerung bilden.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[9].

VI. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák erbittet sich die Zustimmung des [Ministerrates] zu [dem Vorha]ben, für den Oberlandesgerichtspräsidenten in Wien, Dr. Moriz Freiherrn v. Streit, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt zur Begründung dieses Antrages dem Ministerrate den Inhalt des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages mit.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[10].

VII. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák referiert über die Verlängerung der Militärgerichtsbarkeit in Dalmatien auf weitere [sechs Monate][11] [] sich [für die Verlän]gerung auf [längere Da]uer ausgespro[chen ha]e. Die Verlängerung müsse jetzt im Wege einer kaiserlichen Verordnung nach § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung ver-

---

ní Archiv, PM. 1881–1890, Karton 1422, Sig. 1/6/1, Zl. 5447/1882. *Auf seine, Veits, Bitte wurde er aber mit Schreiben Taaffes an Kraus v. 7. 8. 1882 in den dauernden Ruhestand versetzt,* Národní Archiv, PM. 1881–1890, Karton 1422, Sig. 1/6/1, Zl. 6844/1882. *Hingegen wurde Kraus von Dunajewski mit Schreiben (K.) v. 1. 7. 1882 angewiesen, Pitter strafweise wegen seiner politischen Haltung von Eger nach Prag zu versetzen,* Fa., FM., Präs., Sig. 15.1, Zl. 3328/1882.

7 *Mit Vortrag v. 22. 6. 1882 beantragte Falkenhayn den Titel und Charakter eines Sektionschefs an Blumfeld, die ihm mit Ah. E. v. 25. 6. 1882 verliehen wurden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2509/1882.

8 *Gesetz v. 8. 11. 1881,* Lgbl. Tirol und Vorarlberg Nr. 35/1883. *Der Tiroler Gesetzentwurf war zur Sprache gekommen in MR. v. 17. 8. 1881/VIII und in MR. v. 2. 11. 1881/II (liegen nicht ein).*

9 *Der Gesetzentwurf wurde von Falkenhayn über seinen Vortrag v. 22. 6. 1882 mit Ah. E. v. 28. 6. 1882 –* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2548/1882 – *in den Landtag von Istrien eingebracht,* Prot. Landtag Istrien 21. 8. 1882 (II. Sitzung) 9. *Fortsetzung in MR. v. 9. 11. 1882/VIII.*

10 *Der Orden wurde entsprechend dem Antrag des Vortrags Pražáks v. 22. 6. 1882 mit Ah. E. v. 25. 6. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2502/1882.

11 *Fortsetzung des MR. v. 4. 5. 1882/II.*

fügt werden und könne dieser Weg hinzu anstandslos betreten werden, nachdem keiner der im gedachten § 14 erwähnten Fälle vorliege, welche der Erlassung der in diesem Paragrafe vorgesehenen Verordnung im Wege stünde[12].

Wenn der Ministerrat dieser Auffassung zustimme, so proponiere der Minister für die zu erlassende kaiserliche Verordnung die aus der Anlage[b] ersichtl[liche] Form sowie [die in] der weiteren Anlage an die Hauptverfügung anschließende Verordnung der beteiligten Ministerien betreffend die Bezeichnung des Gebietsumfanges der weiteren Wirksamkeit der Militärgerichte[c], welcher Umfang nach dieser Proposition derselbe bleiben solle, wie der in der Verordnung vom 28. Februar 1882 RGBl. Nr. 23[13] für bisher normierte. Endlich erbitte sich der Minister die Ermächtigung, nach Herablangung der Ah. Genehmigung sogleich mit der Publizierung dieser Anordnungen vorzugehen.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Auffassung des Leiters des Justizministeriums und mit den vom ihm propo[nierten] [] [hin]sicht[lich der Regier]ungsvor[lage die erbetene] Ermächtigung[14].

VIII. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák teilt dem Ministerrate mit die von ihm nunmehr zu erlassende, aus der Anlage ersichtlich Anordnung betreffend die Annahme ungarischer Wertpapiere für Geschäftskautionen[d].

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis[15].

IX. Der Handelsminister macht [dem] Ministerrate [Mitteilung] von seiner Absicht, den pro[vi]sorischen Vorstand der Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb, pensionierten Sektionschef und gewesenen Generaldirektor der Kaiserin-Elisabeth-Bahn Alois v. Czedik[16] für die Ernennung zum Präsidenten der Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb in Wien au. in Vorschlag zu bringen[17]. Alois v. Czedik habe aus seiner früheren Stellung als Sektionschef einen Pensionsanspruch. Nachdem bei der Berufung desselben zum Präsidenten der Staatseisenbahnbetriebs-Direktion demselben aus dem Titel der Dienstleistung in dieser neu einzunehmenden Stellung eine Vermehrung des bisherigen Pensionsanspruches nicht er[wachsen] [] [G]rün[den] [] [da]hin zu tref[fen, dass Cze]dik im Falle einer [wichtige]n Dienstleistung

---

b *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

c *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 3 bei.*

d *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 4 bei.*

12 *Zu § 14 des Staatsgrundgesetzes v. 21. 12. 1867,* RGBl. Nr. 141/1867*, und seinen einschränkenden Bestimmungen siehe Einleitungen der Bände ab* CMR V/3.

13 *Zur Entstehung dieser Verordnung v. 28. 2. 1882,* RGBl. Nr. 23/1882*, sowie ihrer Rechtsgrundlage, dem Gesetz vom selben Tag,* RGBl. Nr. 22/1882*, siehe MR. v. 4. 5. 1882/II, Anm. 5.*

14 *Der Vortrag Pražáks v. 21. 6. 1882, mit dem eine kaiserliche Verordnung zur Verlängerung der Übertragung der Strafgerichtsbarkeit in den im § 2 des Gesetzes* RGBl. Nr. 22/1882 *aufgezählten Fällen von den Zivil- an die Militärgerichte um weitere sechs Monate beantragt wurde, wurde mit Ah. E. v. 25. 6. 1882 im Sinne des Antrags resolviert,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2503/1882*, die kaiserliche Verordnung publiziert als* RGBl. Nr. 82/1882*, in der XXVIII. Ausgabe, die am 27. 6. 1882 versendet wurde. Die Vorlage dieser kaiserlichen Verordnung an den Reichsrat wurde besprochen in MR. v. 29. 11. 1882/II.*

15 *Fortsetzung dieser Angelegenheit von MR. v. 7. 5. 1882/II. Erlass (K. und Lithografie) des Justizministeriums an die Oberlandesgerichte v. 20. 6. 1882,* AVA., JM., allg., Faszikel I E I/3-b (Ungarn), Zl. 9084/1882.

16 *Zu Alois Czedik v. Bründlsberg siehe* ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 175 f. – Kurzbiografie Czedik (parlament.gv.at) *(Zugriff 1. 10. 2021).*

17 *Mit der* Organisierung des *Staatsbetriebes der vom Staate übernommenen Eisenbahnen beschäftigte sich MR. v. 11. 2. 1882/VI (liegt nicht ein).*

in der jetzt zu betretenden Stellung den darnach entfallenden größeren Pensionsanspruch erlange. Um dies zu bewirken, wolle er au. beantragen, dass Czedik gleichzeitig mit der Ernennung zum Präsidenten der Staatseisenbahnbetriebs-Direktion als Sektionschef reaktiviert bzw. zum Sektionschef extra statum im Handelsministerium ernannt werde.

Der Ministerrat erklärt sich einverstanden[18].

X. Der Landesverteidigungsminister macht Mit[teilung] in Angelegenheit der Korres[pon]denz mit dem Statthalter in Dalmatien hinsichtlich der daselbst herzustellenden Gendarmerieunterkünfte, wofür ein Betrag von 210.000 fl. bewilligt wurde[19]. Der Minister erinnert an die von ihm bereits gemachte Mitteilung, dass der Statthalter infolge der ersten Aufforderung zur Detailbegründung der bezüglichen Bauten einen das ursprüngliche Präliminare übersteigenden Antrag, wornach sich die Kosten für die Bauten auf 270.000 fl. belaufen würden, eingebracht hatte. Infolge des daraufhin dem Statthalter gegebenen erneuten Auftrages mit der Weisung, sich innerhalb der []heren [] und dazu [den weiteren] Anforderungen [wegen] des Antrages des Be[z]irkshauptmannes in Cattaro gestellt[20]. Um die Sache endlich in Ordnung zu bringen, damit man zu den Bauausführungen schreiten könnte, beabsichtige der Landesverteidigungsminister, den aus der Anlage ersichtlichen Erlass an den Statthalter in Dalmatien zu richten[e].

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Landesverteidigungsministers zur Kenntnis[21].

XI. Der Landesverteidigungsminister beabsichtigt behufs [Anerkenn]ung der [Leistungen] um das Zustandekommen u[nd] die Konstituierung der Gesellschaft vom Roten Kreuze sowie in Anerkennung der von der Gesellschaft anlässlich der diesjährigen Ereignisse im Süden entwickelten Tätigkeit[22] für einige durch ihre Leistungen besonders hervorragende Persönlichkeiten der Gesellschaft Ah. Auszeichnungen zu erwirken und zwar: für Carl Freiherrn

---

e *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 5 bei.*

18 *Pino beantragte mit Vortrag v. 21. 6. 1882 die Ernennung Czediks als bisherigen provisorischen Leiter zum Präsidenten der Direktion für Staatseisenbahnbetrieb in Wien bei gleichzeitiger Ernennung zum Sektionschef extra statum im Handelsministerium, dem Franz Joseph mit Ah. E. v. 24. 6. 1882 folgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2520/1882. *Seine gleichzeitige Stellung im Verwaltungsrat der (privaten) Kaiserin-Elisabeth-Westbahn kam zur Sprache in MR. v. 15. 11. 1882/VIII. Seine Ernennung zum Herrenhausmitglied auf Lebenszeit in MR. v. 28. 12. 1882/III.*

19 *Der Gegenstand kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 16. 5. 1882/IX. Zur Bewilligung der 210.000 fl. siehe dort Anm. 27.*

20 *Schreiben des Statthalters in Zara Jovanović an Welsersheimb v. 6. 6. 1882 mit einliegendem Schreiben des Berirkshauptmanns von Cattaro Conrad v. 11. 5. und 1. 6. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 1238/1882.

21 *Der Erlass (K.) erging an Jovanović am 21. 6. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 1238/1882. *Jovanović legte mit Schreiben v. 9. 7. 1882 eine ausführliche Begründung der größeren Gelderfordernisse vor; er erhielt jedoch von Welsersheimb die ausdrückliche Weisung (K.) v. 30. 7. 1882, dass der gesetzlich bewilligte Maximalbetrag von 210.000 fl. keinesfalls überschritten werden dürfe,* Ka., MfLV., Präs. 1466/1882. *Die Frage der Kosten der Gendarmeriekasernen kam zur Sprache in MR. I v. 23. 11. 1882/III.*

22 *Gemeint ist die Tätigkeit des Roten Kreuzes in den Kämpfen zur Niederschlagung des Aufstandes in der Herzegowina und in Süddalmatien.*

v. Tinti[23] eines geheimen Rates, für Anna Gräfin v. Meran[24] ein Zeichen Ah. Anerkennung nach dem Ah. Ermessen Sr. Majestät, für den pensionierten Statthaltereirat Ritter v. Fuchs das Komturkreuz des Franz-Jo[f]seph-Ordens, für den Oberlandesgeric[f]htsrat Bibus[f] den Orden[f] der Eisernen Krone III. Klasse, [für de]n kaiserlichen Rat Suchanek und für den Major Sluka je den Adel, endlich für den Advokaten Dr. Egger das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.

Der Minister teilt zur Begründung dieser Anträge dem Ministerrate die in dem diesfalls zu erstattenden au. Vortrage angeführten Berücksichtigungsmomente mit und bemerkt, dass er eine große Reihe von Auszeichnungsanregungen bis auf diese Liste reduziert habe und daher weiter für einige andere Persön[lichkeite]n nur noch [den Aus]druck der Ah. Anerkennung erwirken wolle.

Der Ministerpräsident bringt zunächst zur Verhandlung den Antrag wegen der Berücksichtigung des Freiherrn v. Tinti. Ein Antrag wegen der diesfälligen Auszeichnung Tintis sei gerade schon vor einem Jahre in der Ministerkonferenz vom 18. Juni 1881 vom Landesverteidigungsminister eingebracht worden. Schon damals wurden die Verdienste Tintis anerkannt. Aber es wurden politische Gründe gegen die Berücksichtigung desselben geltend gemacht, denen der Ministerrat beipflichtete. Es handle sich daher heute nicht so sehr um die Prüfung der Verdienstlichkeit als um die Erwägung[, ob diese Gründe] heute [noch in der] Weise maß[geblich seien], um die Berück[sichtigun]g Tintis nicht zulässig erscheinen zu lassen. Außerdem komme heuer noch der Umstand hinzu, dass jetzt die Auszeichnung Tintis mit anderen Auszeichnungsanträgen in Verbindung stehe und dass somit die Berücksichtigung der Anderen gleichsam von der Berücksichtigung des an der Spitze stehenden Tinti abhängig sei. Der Ministerpräsident will eine offene Betrachtnahme der Sache und teilt deshalb aus dem Ministerratsprotokolle vom 18. Juni 1881 die über den vorjährigen Antrag des Landesverteidigungsministers gepflogene [Minister]ratsverh[andlung] mit, zugleich auch anordne, dass das Ministerratsprotokoll vom 18. Juni 1881 bei der Unterbreitung der heutigen Ministerratsverhandlung an Se. Majestät derselben angeschlossen werde[g,25]. Der Ministerpräsident stellt zur Erwägung anheim, ob auch heute die Sachlage eine solche sei, dass einer jetzigen Auszeichnung Tintis dieselbe Deutung gegeben werden könnte, welche im vorigen Jahre zu besorgen war.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, das ablehnende Votum im vorigen Jahre sei durch die politischen Momente begründet gewesen. Jetzt habe sich aber die Situation geändert. Erstlich habe sich Tinti im Laufe des letzten [Jahres der Opposition e]nthal[ten und –] dieser Um[stand falle n]och mehr ins [Gewic]ht – habe die Regierung jetzt eine solche Stellung, dass niemand glauben würde, die Auszeichnung sei gegen den Wunsch des Ministeriums erfolgt oder von demselben aus Schwäche beantragt worden. Deshalb erklärt

---

f–f *Brandstelle ergänzt nach Vortrag Welsersheimbs v. 21. 6. 1882,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 2547/1882.

g *Liegt dem Originalprotokoll nicht bei.*

23 *Zu Carl Freiherrn v. Tinti, 1880 dem Mitbegründer und Präsidenten des Österreichischen Roten Kreuzes, siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1294 – Kurzbiografie Tinti (parlament.gv.at) *(Zugriff 2. 10. 2021).*

24 *Zu Anna Gräfin v. Meran, geborene Pochl, der verwitweten Ehefrau Erzherzog Johanns, siehe* Basch-Ritter, Anna Pochl.

25 *MR. I v. 18. 6. 1881/I, mit dem* Anträge wegen Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für Prag anlässlich der Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen und anlässlich der Vollendung des Baues des böhmischen Nationaltheaters *behandelt wurde. Das Protokoll liegt nicht ein.*

sich der Minister jetzt für die Berücksichtigung Tintis. Der Ackerbauminister, der Minister für Kultus und Unterricht, Minister Dr. Pražák und der Handelsminister schließen sich den Argumenten des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski an und sprechen sich gleichfalls für die jetzige Auszeichnung Tintis aus. Außer[dem sehe] Minister Dr. Pražák dafür auch das Moment der notwendigen Auszeichnungsberücksichtigung der übrigen in Aussicht genommenen Persönlichkeiten. Der Finanzminister erklärt, dass er bei seinem im vorigen Jahre abgegebenen Votum verbleibe, zumal es in der Tat scheine, dass Tinti in jedem Jahre neuerdings ausgezeichnet werden wolle. Der Ministerpräsident erklärt sich in Anbetracht der geänderten Verhältnisse und des Umstandes, dass sich Tinti im verflossenen Jahre jedes aktiven oppositionellen Vorgehens enthalten habe, für dessen Auszeichnungsberücksichtigung. [] [An]trag.

[Weiters] erklärt sich der [Minister]rat einhellig für den Antrag betreffend die Erwirkung einer besonderen Ah. Anerkennung für die Gräfin Anna v. Meran und stimmt der Minister zugleich der Anschauung des Ministerpräsidenten bei, dass die geeignete Form für eine der Gräfin v. Meran zuzuwendende Berücksichtigung ein an dieselbe unmittelbar zu richtendes Ah. anerkennendes Handschreiben sein dürfte.

Es wird sonach der Antrag bezüglich der Berücksichtigung des Statthaltereirates Ritter v. Fuchs zur Verhandlung gebracht. [Der Mini]ster für [Kultus] und Unterricht bemerkt, dass er dem Antrage wegen der Berücksichtigung Tintis aus den heute dafür vorgebrachten Argumenten und dann auch in Rücksicht auf die Parität mit dem Präsidenten der ungarischen Gesellschaft gerne zugestimmt habe. Desgleichen sei auch eine besondere Würdigung der der Gesellschaft gewidmeten, geradezu hingebungsvollen Tätigkeit der Gräfin v. Meran gewiss sehr am Platze. Hingegen möchte der Minister dafür sein, von jeder weiteren Auszeichnung abzusehen und für die anderen Persönlichkeiten höchstens den Ausdruck der Ah. Anerkennung zu erwirken. Der Minister sehe jetzt keinen triftigen Anlass, mit den proponierten Auszeichnu[ngsanträgen hervorzutreten] []hung [und will aus diesem] Grund fort[während her]vortretenden [Aspira]tionen einen Riegel vorgeschoben wissen. Seines Erachtens dürfte allenfalls dann, wenn sich die Gelegenheit für eine größere Aktion der Gesellschaft ergeben haben werde, der Zeitpunkt gekommen sein, um mit solchen Auszeichnungsberücksichtigungen vorzugehen. Der jetzige Anlass erscheine ihm nicht hinreichend bedeutsam.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass es sich hier nicht bloß etwa um vom Präsidium der Gesellschaft ausgegangene Anträge, sondern auch um Anträge handle, welche bereits seit zwei Jahren [in] den betreffenden [Minis]terien vorliegen. Der Landesverteidigungsminister habe ohnehin eine große Sichtung der umfangreichen Anträge vorgenommen und die Berücksichtigungen auf ein Minimum reduziert, sodass er an seinen verhältnismäßig bescheidenen Propositionen festhalten müsse und dies umso mehr, als man auch in anderen Ressorts mit Auszeichnungen nicht gar so zurückhaltend sei. Der Minister betont, dass es sich bei der Sache um eine freiwillige Tätigkeit handle und dass die Auszeichnungen notwendig seien, um die Opferwilligkeit anzuregen. Ferner sei es wichtig, der diesfälligen Tätigkeit auch in Friedenszeit Beachtung zuzuwenden, weil es notwendig sei, []hend []ich verfol[ge die Gesel]lschaft einen Zweck, [der eine] staatliche Aufgabe begreife und dessen Verfolgung andernfalls dem Staate sehr viel Geld und Mühe kosten würde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski plädiert auch für die weiteren Berücksichtigungsanträge des Landesverteidigungsministers. Wenn man schon Beamte auszeichne, um sie in ihrer Tätigkeit anzuregen, so sei eine diesfällige Anregung hier umso mehr am Platze, wo es

sich um eine freiwillige Tätigkeit handle. Der Ackerbauminister, [Mini]ster Dr. Pražák, der [Finanz]minister und der Handelsminister erklären sich gleichfalls auch für die weiteren Auszeichnungsanträge. Ebenso spricht sich der Ministerpräsident dafür aus, mit Rücksicht auf den schon vorne erwähnten Zusammenhang dieser Auszeichnungen mit der Berücksichtigung Tintis, ferner weil die Anträge verhältnismäßig bescheiden seien und er (Ministerpräsident) endlich auch gerne jede Gelegenheit ergreife, um den Landesverteidigungsminister in seinem schwierigen Ressort zu unterstützen.

Der Ministerrat erklärt sonach auch zu den bezüglich Fuchs, Bibus, Suchanek, Sluka [und Egger] []26

XII. Der Finanzminister bringt zur Sprache die von der Ersparungskommission an die einzelnen Ministerien und so auch an das Finanzministerium unterm 9. April und 7. Juni gerichteten Ersuchen wegen Erteilung von Auskünften über den Geschäftsstand und die Geschäftsverhältnisse im Ministerium[27]. Der Finanzminister beabsichtigt das letztere Ersuchen der Ersparungskommission hinsichtlich der Darstellung der Geschäftsverhältnisse aufgrund einer im Finanzministerium diesfalls gepflogenen kommissionellen Beratung [in] der aus der An[lage ersic]htlichen Weise zu beantwor[te]n[h] und bringe er dieses Antwortvorhaben aus dem Grunde hier zur Sprache, weil er glaube, dass es zweckmäßig sein dürfte, wenn in dieser Beziehung ein gleichmäßigeres Vorgehen der Ministerien der Ersparungskommission gegenüber stattfände.

Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, dass der Antwortentwurf des Finanzministers den einzelnen Ministern zugesendet werde, damit sich dieselben, insoferne nicht schon in anderer Weise geantwortet wurde, bei der der Ersparungskommission zu gebenden Antwort darnach richten können. Insbesondere einigen sich aber die Minister dahin, dass [] [Be]amten [] Erspa[rungskommissi]on der geeig[nete M]odus wäre und dass der Ersparungskommission die diesfällige Bereitwilligkeit zu erklären sei[28].

Wien, am 21. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

---

h *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 6 bei.*

26 *Welsersheimb erstattete am 21. 6. 1882 den Vortrag mit den hier besprochenen Auszeichnungsanträgen, die Franz Joseph mit Ah. E. v. 29. 6. 1882 genehmigte. Gräfin Meran erhielt – entsprechend der Ah. Weisung durch Bleistiftnotiz* An die *Gräfin Meran* ist ein Handschreiben auszufertigen und mir zu unterlegen – *mit selbem Datum der Ah. E. das hier angesprochene Handschreiben,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2547/1882.

27 *Die Gründung der Ersparungskommission kam zur Sprache in MR. v. 29. 6. 1880/V, MR. v. 21. 7. 1880/III und MR. I v. 8. 11. 1881/I (liegen nicht ein). Sie wurde über Vortrag Taaffes v. 8. 11. 1881 mit Ah. E. v. 12. 11. 1881 kreiert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4328/1881. *Die Bestellung seines Präsidenten wurde beraten in MR. v. 4. 1. 1882/II und die seiner Mitglieder in MR. v. 21. 1. 1882/I (liegen nicht ein). Ernennung Hohenwarts zum Präsidenten über Vortrag Taaffes v. 4. 1. 1882 mit Ah. E. v. 8. 1. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 105/1882. *Das oben erwähnte Schreiben v. 9. 4. 1882* – Fa., FM., Präs., Sig. 14.11, Zl. 1790/1882 – *liegt nicht mehr ein. Das Schreiben v. 7. 6. 1882,* Fa., FM., Präs, Sig. 14.1, Karton 3055, 2910/1882.

28 *Mit Schreiben (K.) v. 26. 6. 1882 schickte Dunajewski der Ersparungskommission die hier besprochene Antwort,* Fa., FM., Präs, Sig. 14.1, Karton 3055, 2910/1882.

Nr. 399 Ministerrat, Wien, 24. Juni 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 24. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; BdE. und abw. Conrad.

I. Mitteilung über eine geplante Heeresorganisation. II. Wegen Besetzung zweier Senatspräsidentenstellen am Obersten Gerichtshofe. III. Wegen Übernahme der Vorarlberger Bahn in den Staatsbetrieb.

KZ. 66 – MRZ. 55

Protok[oll] des zu Wien am 24. Jun[i 1882] abgehaltenen Ministerrate[s] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Landesverteidigungsminister teilt mit, dass der Reichskriegsminister ihm sowie dem Vertreter des ungarischen [Landesverteidigungsministeriums] [] [Heeresorganis]ation [mitgeteilt habe,] deren Grundzü[ge und Konse]quenzen demnächst [Gegen]stand einer gemeinsamen Ministerkonferenz zu bilden haben würden[1]. Als Motive für die fragliche Maßnahme werden angeführt:
1. dass die Ergebnisse der letzten Volkszählung eine Veränderung der Rekrutenrepartitionsverhältnisse mit sich gebracht haben[2];
2. dass das Interesse der Vereinfachung der Mobilisierung eine tunlichste Territorialisierung der Streitkräfte und Anstalten erfordern;
3. dass die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina die Formation eines hiefür bestimmten Spezialkorps unter entsprechend geregelter Partizipation aller Länder der Monarchie angemessen erscheinen lasse[3].

---

1 *Diese Reform wurde mit Vortrag des Kriegsministers Bylandt v. 3. 6. 1882 in die Wege geleitet; dazu fanden am 10. und 11. 6. 1882 Beratungen unter dem Vorsitz Franz Josephs statt, bevor er den Vortrag mit Ah. E. v. 12. 6. 1882 resolvierte,* Ka., MKSM. 38–3/2/1882. *Mit dieser Ah. E. wurde Bylandt beauftragt, dem gemeinsamen Ministerrat* eine Novelle zum Wehrgesetz, betreffend die temporäre Heranziehung der Ersatz-Reserve zum Präsenzdienste *vorzutragen. Mit Schreiben (K.) Bylandts v. 17. 6. 1882 setzte er davon Welsersheimb und den ungarischen Landesverteidigungsminister Béla Szende in Kenntnis,* Ka., KM., Präs. 45–16/4/1882. *Hier auch das Memorandum, das die* Motive für die fragliche Maßnahme *aufzählt; Franz Joseph vermerkte auf dem Briefkonzept mit Bleistift* Ich würde rathen, das Memorandum dem *ungarischen Landesvertheidigungs-Ministerium* nicht zu übergeben, da man vor Indiscretionen nicht sicher wäre. Als Grundlage der Besprechung kann es jedoch sehr nützlich dienen. *Mit der Heeresorganisation beschäftigten sich GMR. v. 29. 6. 1882 und GMR. v. 30. 6. 1882,* Hhsta., PA. XL, Karton 293, RMRZ. 302 *und* 303. *Zur Notwendigkeit dieser Reform siehe* Wagner, Die k. (u.) k. Armee, 395 ff.

2 *Volkszählung v. 31. 12. 1880, deren Ergebnisse für Cisleithanien 1882 publiziert wurden in* Die Ergebnisse der Volkszählung 1880 *in den Bänden I und II, wobei Band I das 1., 2. und 3., der II. Band das 4. und 5. Heft umfasste. Da Cisleithanien und Ungarn zum gemeinsamen Heer und der Kriegsmarine entsprechend ihrem Bevölkerungsverhältnis beitrugen, bedeutete die Volkszählung eine Verschiebung der einzuziehenden Rekruten zwischen beiden Teilen der Monarchie. Von dem mit 800.000 Mann festgestellten Kriegsstand des stehenden Heeres und der Kriegsmarine sollten nach den Ergebnissen der Volkszählung 1870 aus Cisleithanien 470.784 Mann und 329.216 Mann aus Ungarn kommen (Gesetz v. 24. 2. 1872,* Rgbl. Nr. 15/1872*). Dieses Verhältnis verschob sich mit der Volkszählung 1880 auf 468.586 Mann aus Cisleithanien und 331.414 aus Ungarn (Gesetz v. 16. 2. 1882,* Rgbl. Nr. 19/1882*). So hatten die aus Cisleithanien kommenden Einheiten einen reduzierten Rekrutennachschub, während er für die ungarischen Einheiten zunahm.*

3 *Mit 1. 1. 1883 wurde die bisherige Territorialeinteilung des Heeres (Generalate, Generalkommanden – davon eines mit Sitz in Sarajewo – und Militärkommanden) aufgelöst und durch 15 Korpskommenden – das XV. Korps in Sarajewo – und das Militärkommando Zara für Dalmatien ersetzt,* Wagner, Die k. (u.) k. Armee, 395, *sowie für die gesamte Reform* Hlavac, Die Armeeorganisation.

Die Reorganisation begreife []tlich die Neufor[mation von] 22 Infanterieregimentern [zu] vier Bataillons aus den 5. Bataillons der 80 bisherigen Regimenter und acht Jägerbataillons – eine demgemäße neue Ergänzungsbezirkseinteilung mit Berücksichtigung der veränderten Kontingentsrepartition – eine neue Militärterritorialeinteilung und -organisation, die Bildung des bosnischen Okkupationskorps aus einer Anzahl Regimenter und einzelner Bataillons sämtlicher neuer Armeekorpsbezirke, und die infolge dieser Maßnahmen durchgreifenden Dislokationsänderungen.

Der Minister enthalte sich des näheren Eingehens auf die bezüglichen Maßnahmen, welche auch ihm nur in allgemeinen Zügen mitgeteilt wurden, sowie auch ausdrücklich jedweder Erörterung der Frage, inwiefern die ange[gedachten Reformen als not]wendig [anzusehen sind] und diese Än[derungen den] Zweck zu erfül[len] mögen – es sei vorauszusetzen, dass die hiefür verantwortliche Heeresverwaltung die notwendigerweise sehr vielseitige, eingehende Studien erfordernde Frage reichlich erwogen – und von dem Überwiegen der Vorteile über die zweifellos damit verbundenen mannigfachen Komplikationen, Schwierigkeiten und Bedenken – namentlich bezüglich der Übergangsperiode bis zur vollendeten Durchführung – die Überzeugung gewonnen habe. Die Anordnung der Heeresorganisation stehe ausschließlich der Krone zu, und die Teilnahme sowie die Verantwortlichkeit der Staatsregierungen erstrecke sich lediglich auf die [Be]handlung der Frage, [inwie]fern die erforderliche Bewilligung der Mittel an Menschen, Geld und Material sowie die bestehenden Gesetze und Einrichtungen dabei tangiert werden[4].

Was nun diese Punkte betrifft, so resultiere aus den Mitteilungen des Kriegsministers, dass infolge der geplanten Reorganisation ein erhöhtes Rekrutenkontingent nicht in Anspruch zu nehmen sein werde, und dass der Heeresaufwand nach durchgeführter Reorganisation wohl in einzelnen Budgettiteln, nicht aber im Ganzen des Ordinariums eine Veränderung bzw. Erhöhung der Ansprüche an die Staatsfinanzen mit sich bringen solle. Für die Durchführung der Reorganisation selbst hoffe der Kriegsminister im laufenden Jahre durch anderweitige Ersparnisse ohne Mehrkosten aufkommen zu [können[5]. Dag]egen wür[de die] Reorganisation []kte bedingt. Eine Änderung im Wehrgesetze[6] wäre wohl speziell wünschenswert, um bei erforderlichen teilweisen Standeserhöhungen auch außerhalb eines förmlichen Kriegsfalles – wie solche heuer für die Aktion im Okkupationsgebiete und in Süddalmatien platzgegriffen – die Mannschaften der Reserve tunlichst schonen und in erster Linie auf die jüngeren Jahrgänge der Ersatzreserve greifen zu können. Eine Hauptaufgabe der Mitwirkung werde bei der Durchführung der ziemlich ausgedehnten Dislokationsänderungen und Neudislokationen an die Regie[r]ung herantreten, und diesbe[z]üglich müsse bemerkt wer-

---

4 *§ 1b des Gesetzes v. 21. 12. 1867,* RGBL. Nr. 146/1867*, auch publiziert in* BERNATZIK, Verfassungsgesetze, Nr. 138.

5 *Aufgrund der Ah. E. v. 12. 6. 1882 – siehe Anm. 1 dieses Protokolles – wurden für dieses Jahr Waffenübungen beschränkt und Manöver und Truppenkonzentrationen sollten unterbleiben oder waren* nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Geld-Mittel zu regeln*, Befehlsschreiben (Abschrift) Bylandts v. 4. 7. 1882,* KA., MKSM. 38–3-2/1882.

6 *Wehrgesetz v. 5. 12. 1868,* RGBL. Nr. 151/1868*, Verlängerung der Gültigkeit der §§ 11 und 13 mit Gesetz v. 20. 12. 1879,* RGBL. Nr. 145/1879. *Die hier besprochene Verlängerung und deren Verhandlungen mit Ungarn kamen zur Sprache in MR. v. 4. 9. 1879, MR. I v. 5. 9. 1879/I, MR. II v. 18. 9. 1879/I, MR. v. 30. 9. 1879/V, MR. v. 13. 11. 1879/III, MR. v. 14. 11. 1879/III, MR. II v. 23. 11. 1879/I, MR. v. 27. 11. 1879/I, MR. v. 29. 11. 1879/VII und MR. v. 6. 12. 1879/I (liegen alle nicht ein).*

den, [] das leider bestehe[nde Rekru]tierungsgesetz viele Schwierigkeiten und wenig Gewähr zu bieten vermag, welch Letztere daher nur für den guten Willen, die Anforderungen der Kriegsverwaltung nach Möglichkeit zu unterstützen, geboten werden könnte.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Landesverteidigungsministers zur Kenntnis[7].

II. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák referiert über die Wiederbesetzung zweier am Obersten Gerichtshofe erledigter Senatspräsidentenstellen[8]. Als Bewerber würden für die Stellen in Betracht genommen: von Mitgliedern des Obersten [Gerichtshofes Freiherrn v. Lapenna, Ritter v. Schubert] und Ritter [v. Patzelt], [s]odann von außer[halb] der vormalige Justizminister, geheime Rat, Vizepräsident des Reichsgerichtes Dr. Carl Habietinek und der Vizepräsident des Wiener Oberlandesgerichtes Dr. Ritter v. Keller. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes mache für die beiden Stellen folgenden Vorschlag: 1. Freiherrn v. Lapenna, 2. Ritter v. Schubert, 3. Ritter v. Patzelt, wornach also die rangältesten Mitglieder des Obersten Gerichtshofes proponiert werden.

Hinsichtlich Habietinek zieht der Präsident bei demselben unter Hinweisung auf frühere bezügliche Äußerungen jene besondere Eignung in Zweifel, die sich nur aus einer länge[ren] praktischen Aus[übung des] Richteramtes ergebe, anerkennt jedoch, das Habietinek umfassende juristische Kenntnisse besitze und dass der Ernst, die Würde und die Mäßigung desselben Bürgschaft für eine unparteiische Ausübung des Richteramtes bieten dürften. Während auf diese Weise die Bewerbung Habietineks in den Berücksichtungskreis gestellt werde, hebe der Präsident andererseits hervor, dass eine Berücksichtigung Popelkas oder Kellers gegenüber den rangälteren Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes für diese letzteren kränkend wäre.

Bei dieser Lage der Dinge und nachdem andererseits die vorgeschlagenen rangältesten Hofräte Schubert und Patzelt beide bereits das 70. Lebensjahr weit überschritten und eine Dienstzeit von schon [a]50 Jahren[a] []nstellen [] [Senats]präsidenten [den Hofrat] Lapenna und für die andere Stelle den geheimen Rat Dr. Habietinek au. vorzuschlagen. Zugleich beabsichtige er für den Fall der Ag. Ernennung Habietineks für denselben, wenn er sich keinen höheren Pensionsanspruch erwerben sollte, die Ah. Gnade der eventuellen Wiederzuwendung der jetzigen Pension von 6.000 fl. sowie weiters die Ah. Ermächtigung zu erwirken, dass Habietinek mit Rücksicht auf seinen Rang als quieszierter Minister an erster Stelle der Senatspräsidenten rangiert werde.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[9].

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach au. Vortrag (K.) Pražáks v.29. 6. 1882,* Ava., JM., Präs. 149/1882.

[7] *Ab August 1882 wurden die Organischen Bestimmungen für die einzelnen Bereiche des Heeres von Bylandt beantragt und genehmigt, die für die Infanterie mit Vortrag Bylandts v. 16. 11. 1882 (Ah. E. v. 30. 11. 1882),* Ka., MKSM. 38–3/23–1/1882*; publiziert als Zirkularverordnung v. 11. 12. 1882, Abteilung 2, Nr. 8071,* Verordnungsblatt für das k. k. Heer, Normal-Verordnungen, Jg. 1882, 367 und Beilage. *Die Reform zur Heranziehung der Ersatzreserve zur Dienstleistung im Frieden kam zur Sprache in MR. v. 26. 9. 1882/X.*

[8] *Am 18. 5. 1882 war Senatspräsident Theobald Freiherr v. Rizy verstorben und Eduard Ritter v. Krenn pensioniert worden, siehe dazu und zu den folgenden Ausführungen im Protokoll das Schreiben des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Schmerling v. 19. 6. 1882,* Ava., JM., Präs. 149/1882.

[9] *Den Vorschlag unterbreitete Pražák mit Vortrag v. 29. 6. 1882, den Franz Joseph mit Ah. E. v. 4. 7. 1882 annahm,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2619/1882.

[III.] Der Handel[sminister] erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben der Betriebsübernahme der Vorarlberger Bahn, nachdem bei dem Umstande der fortlaufenden Inanspruchnahme der Staatsgarantie und bei einem jährlichen Betriebsdefizite von 61.000 fl. die Voraussetzungen des Gesetzes vom 14. Dezember 1877[10] gegeben seien und nachdem jetzt wegen des Bestandes der Direktion für den Staatseisenbahn-Betrieb[11] und angesichts der baldigen Vollendung der Arlbergbahn[12] der geeignete Zeitpunkt für die Übernahme der Bahn in den Staatsbetrieb gekommen sei.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung unter der Voraussetzung, dass von Seite des Finanzministeriums, an welches der [][13]

[Wien, am] 24. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 400 Ministerrat, Wien, 26. Juni 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw., Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; anw. (Taaffe); außerdem anw. Wittek.

I. Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Ministerialrat Ferdinand Ritter v. Erb. II. Mitteilung über die Verhandlung des Handelsministers mit dem Bischofe von Linz bezüglich der Dotation des Linzer Bistums. III. In Angelegenheit der Wiener Stadtbahn.

KZ. 69 – MRZ. 56

Protokol[l] des zu Wien am 26. Juni [1882] abgehaltenen Ministerrate[s] unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern beabsichtigt für den rangältesten Ministerialrat [Ferdinand Ritter v. Erb] den [Titel und Charakter] eines [Sektionschefs zu] erwirken. Ritter v. [Er]b sei bereits länger als 12 Jahre Ministerialrat. Nachdem derselbe in seiner jetzigen Verwendung im Ministerium des Innern seit drei Jahren sich in jeder Beziehung hervorgetan und als ein tüchtiger und unparteiischer Beamter bewährt und den Minis-

---

10 *Gesetz v. 14. 12. 1877 die garantierten Eisenbahnen betreffend,* RGBl. Nr. 112/1877 *(beraten in MR. v. 11. 12. 1877/IV, liegt nicht ein), die die Regierung ermächtigte den Betrieb von Eisenbahnen zu übernehmen, die einen Staatskredit zur Deckung ihres Defizits in Anspruch nahmen.*

11 *In MR. v. 21. 6. 1882/IX war die Ernennung des Präsidenten der Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb beraten worden.*

12 *Der Bau der Arlbergbahn war zuvor beraten worden in MR. v. 11. 6. 1879/VI, MR. v. 26. 6. 1879/IV, MR. II v. 17. 7. 1879/VI, MR. v. 22. 8. 1879/VI, MR. v. 5. 11. 1879/X, MR. v. 21. 1. 1880/I, MR. v. 14. 2. 1880/VI, MR. v. 24. 2. 1880/VII, MR. v. 6. 3. 1880/V und MR. v. 26. 5. 1880/V (alle Protokolle liegen nicht ein). Mit Gesetz v. 7. 5. 1880,* RGBl. Nr. 48/1880, *wurde die Regierung zum Bau der Arlbergbahn und mit Gesetz v. 30. 5. 1880,* RGBl. Nr. 58/1880 *zu einem Kredit in Höhe von 2,1 Millionen Gulden* behufs Inangriffnahme des Tunnels durch den Arlberg und der Strecke Innsbruck–Landeck *ermächtigt.*

13 *Mit Vortrag v. 24. 6. 1882 zeigte Pino die Übernahme des Betriebes der Vorarlberger Bahn durch den Staat mit 1. 7. 1882 an, was mit Ah. E. v. 30. 6. 1882 zur Kenntnis genommen wurde,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 2570/1882.

terpräsident wirklich unterstützt habe, so halte er sich für verpflichtet, für denselben von Sr. Majestät obige Berücksichtigung zu erbitten. Die Absicht des Ministerpräsidenten wird vom Ministerrate genehmigend zur Kenntnis genommen[1].

[II.] Der Handelsminister [refe]riert über die von ihm im Auftrage des Ministerrates mit dem Bischofe von Linz in Angelegenheit der Dotation des Linzer Bistumes gepflogene Verhandlung[2]. Als Grundlage der Verhandlung diente ein vom Ministerium für Kultus und Unterricht angefertigter Entwurf einer Erklärung, in welcher der Standpunkt zum Ausdruck gebracht worden war, der zuletzt von der Ministerkonferenz als Ausgleichsbasis angenommen wurde.

Der Bischof ging in Wesenheit auf den proponierten Ausgleichsstandpunkt ein, verlangte jedoch einige Modifikationen[3]. Zunächst wolle der Bischof bezüglich der Kapitalsdotation, []ssen [] pro her[] dass ihm an[statt der] gebotenen 500.000 fl. in [No]tenrente ein Betrag von 522.000 fl., und zwar in Silberrente, gegeben werde. Dies würde gegenüber dem Anbote der Regierung eine Erhöhung der Kapitalsdotation von 26.334 fl. bedeuten. Weiters wolle sich der Bischof in der Ausgleichserklärung die Zustimmung des Heiligen Stuhles vorbehalten. Endlich wolle derselbe eine Art Rechtsverwahrungsausdruck neben dem Verzichte in das Instrument aufgenommen wissen.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Handelsministers zur Kenntnis und gibt neuerdings dem Wunsche [Aus]druck, dass die Angelegenheit zur baldigen Finalisierung gebracht werde, weshalb der Minister für Kultus und Unterricht ersucht wird, in einer der nächsten Ministerkonferenzen über den Gegenstand zu referieren[4].

III. Der Handelsminister referiert in Angelegenheit der Wiener Stadtbahnfrage[5]. Projekte für eine Wiener Stadtbahn wurden eingebracht von den englischen Ingenieuren James C. Bunton und Josef Fogerty und dann von der Wiener Baugesellschaft im Vereine mit dem Wiener Bankvereine[6]. Eigentlich greifbar, technisch und finanziell ernstlich zu [] [anf]angs

---

1 *Mit Vortrag Taaffes v. 26. 6. 1882 wurde für Erb diese Auszeichnung erbeten, die mit Ah. E. v. 2. 7. 1882 verliehen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2583/1882.

2 *Die Frage der Dotierung des Linzer Bistums war bereits behandelt worden in MR. v. 29. 1. 1881/III, MR. v. 9. 8. 1881/V, MR. v. 4. 1. 1882/VII, MR. v. 17. 1. 1882/II, MR. v. 12. 3. 1882/II und MR. v. 26. 3. 1882/XIII (liegen alle nicht ein). Aufgrund einer Aufforderung der Regierung durch das Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 8. 3. 1869 (171. Sitzung) 5155 – *waren Rudigiers Einnahmen durch den Entzug der Einnahmen aus den Gütern des oberösterreichischen Religionsfonds Ende 1869 durch einen Erlass des damaligen zuständigen Ministers Hasner geschmälert worden; dass Hasner dabei den Weg eines Erlasses, nicht aber eines Gesetzes wählte, nahm das Abgeordnetenhaus – mit anderen Mehrheitsverhältnissen – 1880 zum Anlass, die Regierung aufzufordern, die Regelung 1869 zu überprüfen,* Prot. Reichsrat AH. 20. 4. 1880 (76. Sitzung) 2490. *Mit Vortrag v. 24. 2. 1882 hatte Conrad diese Angelegenheit Franz Joseph vorgetragen. Der Vortrag wurde Taaffe mit der Ah. Anweisung v. 12. 3. 1882 übergeben,* brevi manu dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe zur Behandlung im Sinne des im heutigen Ministerrathe von mir beschlossenen*, zu der Taaffe vermerkte* Vortrag und Akten übernommen Taaffe 13. 3.*,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 864/1882.

3 *Schreiben des Linzer Bischofs Rudigier v. 24. 6. 1882 – ohne Adressaten* – Ava., CUM., neuer Kultus, Präs. 1031/1882.

4 *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. II v. 19. 8. 1882/VII.*

5 *Zur Wiener Stadtbahn siehe* Koestler, Die Wiener Stadtbahn, 427–466*, sowie* Gröger, Die unvollendeten Stadtbahnen.

6 *Mit Schreiben (K.) Pinos an die Konzessionswerber Alexander Ewens und Eduard Jenkins (die ihre Rechte später an Bunton und Fogerty abtraten) v. 30. 6. 1880 erhielten sie das Recht, technische Vorarbeiten durchzuführen,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 285, Zl. 20495/1880 *(die sechs Monate gültige*

[] vertre[tenen Weg des] Konsortiums. [Von den P]rojektanten wurde die Konzession zur Vornahme der technischen Vorarbeiten erworben. Diese Vorarbeiten wurden durchgeführt. Es wurde sodann die Trassenrevision angeordnet, bei welcher sich keine Anstände ergaben[7]. Auch wurden Auskünfte über die Persönlichkeiten der Projektanten eingeholt und lauteten diese Auskünfte günstig. Der Wiener Gemeinderat, um sein Gutachten über die Anlage einer Stadtbahn befragt, zögerte lange mit seiner Äußerung und gab diese endlich dahin ab[8], dass der Gemeinderat zwar im Prinzipe für die Anlage einer Stadtbahn sei, [dass] er jedoch derzeit [keinem] der vorliegenden Projekte zustimme, da mit der Ausführung der Stadtbahn gleichzeitig auch die Regulierung der Wien und die Auflassung der Linienwälle zu verbinden wäre. Bei der vom Handelsminister über beide Projekte veranlassten kommissionellen Verhandlung erklärte man sich übereinstimmend erstlich dafür, dass die Anlage einer Stadtbahn höchst wünschenswert sei, zweitens sprach man sich für das Projekt Bunton-Fogerty und gegen das andere Projekt aus. In gleicher Weise sprach sich auch die Statthalterei aus[9].

Nachdem inzwischen die Angelegenheit in der Öffentlichkeit viel Staub aufwirbelte und eine verschiedenartige Beurteilung erfuhr, sah sich []ch [] sonst her[] [W]iener Persön[lichkeiten ein]zuberufen[10], um deren Gutachten darüber zu hören, ob die Stadtbahn überhaupt wünschenswert sei und ob deren Herstellung der Wienregulierung und der Regierung der Linienwälle präjudizieren würde. Die Enquête erklärte sich für die unverweilte Ausführung des Projekts Bunton-Fogerty, nachdem durch die Durchführung desselben weder der Regulierung der Wien noch der Regulierung der Linienwälle präjudiziert würde. Insbesondere erklärten sich Baron Felder und Baron Engerth dahin, dass man in der Sache unbedingt vorwärts gehen möge, da es gelte, für die Gegen[wart] zu arbeiten. Infolgedessen habe nun der Handelsminister mit den Konzessionswerbern Bunton und Fogerty Verhandlungen in der Richtung eingeleitet, ob sich dieselben hinsichtlich des projektierten Unternehmens allen von der Staatsregierung in technischer und sonstiger Beziehung zu stellenden Bedingungen unterwerfen wollen[11]. Nachdem die Unternehmer die Bereitwilligkeit

---

Berechtigung wurde mehrfach verlängert). Die entsprechende Neubewilligung für die Wiener Baugesellschaft Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Zl. 21895/1881*, liegt nicht ein. Zu den Plänen Fogertys* Gröger, Die unvollendeten Stadtbahnen, 54–57; Gröger, Viele Planungen, 16–19.

7 *Ein Trassenplan der Wiener Baugesellschaft liegt ihrem Schreiben v. 31. 1. 1882 bei,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 3821/1882*, der Trassenplan von Bunton und Fogerty für die Abzweigungen auf der Strecke Rossauer Station bis Spittelau zu Nord- und Nordwestbahnhof in ihrem Schreiben an Pino v. 5. 4. 1882,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 28076/1882*. Hier befinden sich auch die in der Statthalterei aufgenommenen Protokolle im August 1882 zur Trassenrevision dieses Planes.*

8 *Zweimal, am 21. 12. 1881 – mitgeteilt durch das Schreiben der Statthalterei Wien v. 28. 12. 1881,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 773/1882 – *und v. 27. 2. 1882 – mitgeteilt durch das Schreiben der Statthalterei Wien v. 1. 3. 1882* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 7225/1882 – *bat die Gemeinde Wien um Aufschub ihrer Stellungnahme zum Bahnprojekt. Mitteilung der Gemeindebeschlüsse mit Schreiben der Gemeinde Wien an die Statthalterei Wien v. 21. 3. 1882,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 11892/1882.

9 *Protokoll der Beratung im Handelsministerium v. 16. 6. 1882,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1018/1881. *Schreiben der Statthalterei Wien v. 12. 4. 1882, mit dem Protokoll der zwischen 10. 9. 1881 bis 5. 4. 1882 tagenden Kommission der Statthalterei,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 11892/1882.

10 *Das Enquêteprotokoll v. 18. 5. 1882,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 16803/1882.

11 *Schreiben (K.) Pinos v. 29. 5. 1882 an Bunton und Fogerty,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 39, Karton 328, Zl. 16803/1882.

der diesfälligen Unterwerfung erklärt hatten, wurde der Entwurf einer Konzessionsurkunde vereinbart, wornach alle im staatlichen und im öffentlichen Interesse überhaupt erforderlichen Garantien gegeben werden[12].

Ministerialrat Ritter v. Wittek referiert über den wesentlichen Inhalt der Konzessionsurkunde [] Donau[] [A]spernbrücke, [] [be]ziehungsweise von der Radetzkybrücke längs des Wienflusses bis zum Gumpendorfer Schlachthause, dann zur Währinger Linie innerhalb der Gürtelstraße zurück zur Brigittabrücke (Ringbahn) mit Abzweigungen zur
1. Kaiser-Franz-Joseph-Bahn,
2. Nordwestbahn, Nordbahn und Donauuferbahn,
3. Wiener Verbindungsbahn,
4. Südbahn,
5. Kaiserin-Elisabeth-Bahn und nach Hietzing.

Die Länge der Ringbahn betrage zirka 13 Kilometer. Das Nominalanlagekapital werde auf 50 Millionen veranschlagt, wovon die Hälfte in Aktien und die Hälfte in [Pri]oritäten begeben w[erde] könne, jedoch darf die Ausgabe der Prioritätsobligationen erst nach Vollendung und Inbetriebnahme der Strecke Hauptzollamt–Elisabethbahn mit den Abzweigungen nach Meidling und Hietzing erfolgen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Nachweis der gesicherten Geldbeschaffung bzw. Nachweis der erfolgten Zeichnung des gesamten Aktienkapitals binnen längstens neun Monaten nach der bedingungsweise zu erteilenden Ah. Konzession zu erbringen. Die finanziellen Begünstigungen sind die nach dem Lokalbahngesetze zulässigen Steuer- und Gebührenbefreiungen. Als Bautermin sind festgesetzt für die Strecke Hauptzollamt–Kaiserin-Elisabeth-Bahn []l vier Jahre. [Die Kaution] beträgt eine [Millio]n und zwar zur Sicherstellung sowohl der Bautermine als auch bezüglich des Geldbeschaffungswesens. Die Konzessionsdauer ist auf 90 Jahre festgestellt. Das Einlösungsrecht der Staatsverwaltung beginnt 25 Jahre nach Betriebseröffnung der ganzen Ringbahn.

Als spezielle Bestimmungen bzw. Bedingungen kommen weiters folgende hervorzuheben:
§ 5) Anwendung aller jetzt bekannten und etwa künftig zu entdeckenden technischen Vorkehrungen beim Bau und Betriebe behufs tunlichster Hintanhaltung einer Belästigung durch Geräusch, Rauch, Kohlen- [un]d Funkenflug.
§ 6) Die Staatsverwaltung besitzt das Recht der jederzeitigen Mitbenützung der konzessionierten Bahn für den Verkehr zwischen den an diesfalls anschließenden, jetzt oder künftig im Staatsbetriebe befindlichen Bahnen gegen entsprechende Vergütung.
§ 8) Das österreichische oder ungarische Staatsbürgerschaftsrecht bildet ein Erfordernis für Beamte des exekutiven Dienstes. Der Betriebsdirektor muss österreichischer Staatsbürger sein.
§ 11) Bei allfälliger Einstellung des Baues der Bahn oder Nichteinhaltung der Bautermine kann entweder die Konzession an einen anderen Unternehmer erteilt werden oder der Bau auf Staatskosten ausgeführt oder endlich auf Gefahr und Kosten der Konzessio[näre] []gen [] sich der [] [ge]samten Vermö[gens der Konzes]sionäre schadlos halten, außerdem verfällt die Kaution als Konventionalstrafe.

---

12 *Zustimmung Buntons und Fogertys im Protokoll über die Verhandlungen zwischen ihnen und dem Handelsministerium v. 16. 6. 1882 samt dem Entwurf der Konzessionsurkunde,* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1018/1882.

Sämtliche Materialien, Fahrbetriebsmittel etc. sind aus dem Inlande zu beschaffen. Die Tarife unterliegen der jeweiligen Genehmigung der Regierung und ist der Personenbeförderungsdienst an der Bahn so einzurichten, dass alle zehn beziehungsweise alle fünf Minuten ein Zug abzugehen hat, auch sind eventuell Arbeiterzüge mit ermäßigten Fahrpreisen einzuführen. Die Leistungen für die Postanstalten sind weitergehend als gewöhnlich. Referent betont, dass die [offi]ziellen Kautelen st[renger] seien, als sie in irgendeiner anderen Konzessionsurkunde bisher gesetzt wurden und dass sie überhaupt das Schärfste begreifen, was man diesfalls bedingen könne. Insbesondere wurde auch die vis major in Bezug auf politische Ereignisse strenge definiert und auf das Ereignis eines europäischen Krieges, in dem Österreich und England verwirklicht wären, eingeengt.

Der Handelsminister möchte demnach aufgrund des eben erörterten Instrumentes mit der Konzessionsprüfung unter der Bedingung des Nachweises der Geldbeschaffung vorgehen. Er müsse erwähnen, dass bei der bezüglichen Beratung in der Kommission des Wiener Ge[meinderates] []sich[]ung ei[] die Gemeinde [bei der Kon]zessionserteilung mitzusprechen hätte. Diesen Standpunkt, welcher dem Gesetze widerspricht, könne die Staatsverwaltung nicht annehmen. Die Regierung sei unzweifelhaft berechtigt, mit der Konzessionierung einer Eisenbahn selbständig vorzugehen. Die Gemeinde sei als Interessent gefragt worden und habe auch bei der kommissionellen Verhandlung Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt zu wahren. Wenn sie dies hiebei nicht getan habe, so habe die Regierung deshalb keinen Grund, sich in ihrem kompetenzmäßigen Vorgehen behindern zu lassen. Übrigens [we]rde die Gemeinde b[ei der] politischen Begehung noch Gelegenheit haben, ihre Wünsche, soweit es dann noch tunlich sei, geltend zu machen. Der Handelsminister verhehlt sich nicht, dass die Konzessionserteilung momentan einen Sturm in der Öffentlichkeit hervorrufen würde. Aber er sei auch überzeugt, dass, wenn die Regierung die jetzt gegebene Gelegenheit der Herstellung eines Stadtbahnnetzes nicht ergriffe, man ihr später sicherlich einen Vorwurf daraus machen würde. Gewiss werde, wenn die Konzessionierung erfolge und der erste Lärm verlaufen sein werde, alsbald eine Stimmung vollkommener Befriedigung über die Sache eintreten. Nachdem es sich um ein wichtiges für eine Großstadt []gt []ewisser [] [zurüc]khalten lassen.

Der Finanzminister gibt zu bedenken, dass das Bahnunternehmen, gegen welches sich die Gemeindevertretung ausgesprochen habe, doch nur ein lokales Interesse der Stadt Wien ausmache. Er sieht nicht ein, welches Interesse die Staatsregierung haben könne, in einer solchen lokalen Angelegenheit gegen den Willen der Stadtvertretung vorzugehen und möchte deshalb zu bedenken geben, ob es zweckmäßig sei, ob es sich politisch rentiere, einen solchen Schritt über den Gemeinderat hinaus zu tun. Weiters besorgt der Finanzminister, ob nicht durch die Aufbringung von 50 M[illionen] der hiesige Geldmarkt empfindlich berührt werden könnte.

Der Handelsminister erwidert, dass es sich erstlich bei der Sache nicht bloß um die Stadt Wien, sondern auch um ein wesentliches Interesse der Vororte handle, welche Vororte zusammen eine Bevölkerung von 300.000 Seelen haben und welche das Zustandekommen der Bahn wünschen. Die Großkommune Wien habe sich übrigens nicht prinzipiell gegen die Stadtbahn ausgesprochen, aber die Voraussetzungen, an welche dieselbe ein solches Werk geknüpft wissen wolle, bedeuten, wenn man die Kosten der Wienregulierung einerseits und die Frage der Vereinigung der Vororte mit der Gemeinde Wien anderseits ins Auge fasse, eine Hinaus[]denken, [werde es unbedin]gt in Wien mit [dem Gem]einderate zu tun haben, welcher keineswegs auf der Höhe seiner Aufgabe stehe. Aber auch abgesehen von allem diesem

müsse er betonen, dass die Stadtbahn an sich kein bloß lokales Interesse sei, sondern insoferne auch ein Staatsinteresse begreife, als sie ein Mittel der Verkehrsentwicklung bilde und die Förderung des Verkehres den Staatsaufgaben zuzurechnen komme. Anbelangend die Geldbeschaffung, so bemerke der Handelsminister, dass das ganze Kapital in England aufgebracht werden solle und dass gar nicht die Kotierung der Papiere in Österreich begehrt werde.

Der Minister für Kultus und [Un]terricht hegt bei der vorh[an]denen Sachlage und angesichts des Votums des Gemeinderates gleichfalls Bedenken gegen das vom Handelsminister proponierte Vorgehen. Man wolle etwas nachahmen, was in anderen Städten bestehe. Es scheine ihm bei der Frage der Einführung einer solchen Einrichtung vor allem wichtig, sich darüber klar zu werden, ob die Voraussetzungen, welche anderwärts für das Unternehmen bestehen, auch hier gegeben seien. Zunächst falle die Bedürfnisfrage ins Gewicht. In der Vorsorge für zukünftige Bedürfnisse sei es geraten, vorsichtig zu sein. Wir haben ein trauriges Beispiel in dem Vorgange bei den Wohnungsbauten in Wien. Das Wohnungsbedürfnis, das man []zte[] [Wo]hnungen [] [dass] sich da das Ka[pital dem] Unternehmen zugewendet, welches keinem Bedürfnisse entsprach. Dem Minister scheine es nun zunächst sehr fraglich, ob für eine Stadtbahn schon das Bedürfnis vorhanden sei. Ein weiteres sei die Frage, ob eine solche Bahn auch dem Typus der Stadt entspreche. In dieser Beziehung müsse wohl dem Votum der Stadtvertretung Gewicht beigemessen werden. Diese habe sich aber dagegen ausgesprochen. Endlich betont der Minister, dass nicht alle Gemeinderäte bloß aus Opposition sich gegen das Projekt ausgesprochen haben und dass von vielen Seiten aus sachlichen [Grün]den dagegen angekämpft wurde. Der Minister möchte deshalb glauben, dass der Ministerrat doch in Überlegung zu nehmen hätte, ob nicht die Gründe des Gemeinderates solche seien, deren Wichtigkeit auch die Regierung anerkennen müsse. Speziell möchte er nur hervorheben, dass die Regulierung des Wienflusses gewiss wichtiger sei als die Herstellung einer Stadtbahn.

Der Handelsminister bemerkt, dass die Bedürfnisfrage bei verschiedenen Unternehmungen nach verschiedenen Gesichtspunkten beurteilt werden müsse. Hinsichtlich der Wohnungsbauten könne die vorhandene Bevölkerung und deren mögliche Vermehrung in Rechnung gezogen [werden.] []ln [] einen Ver[] müsse man [] Straße bauen. Er [erinn]ere daran, wie man seinerzeit gegen das Bedürfnis des Tramwayverkehres gesprochen habe. Heute transportiere die Tramway 22 Millionen Individuen[13]. Die Stadtbahn solle dem Bedürfnisse des Zirkularverkehrs, des Verkehres der Vorstädte unter sich dienen, einem Verkehrsbedürfnisse, dem die gegenwärtigen Verkehrsmittel, welche wesentlich nur einen Radialverkehr vermitteln, nicht entsprechen. Übrigens sei die Erwägung der Bedürfnisfrage hinsichtlich des Kapitalaufwandes Sache der Unternehmung. Der Handelsminister ist überzeugt, dass die Errichtung der [Sta]dtbahn die Wienregu[lierung för]dern und die Lösung der Frage der Linienwälle beschleunigen werde. Wenn man die Sache jetzt hinausschiebe und damit die Unternehmer verliere, werde man weder eine Wienregulierung noch eine Auflassung der Linienwälle noch eine Stadtbahn haben.

Minister Dr. Pražák bemerkt, dass es ihm doch bedenklich scheine, gegen den Willen der Stadtvertretung vorzugehen, zumal auch in der vom Handelsminister veranstalteten Enquête viele Stimmen sich gegen das Projekt aussprachen. Es handle sich um ein Werk, das

---

13 *Zu den Anfängen der des Straßenbahnwesens in Wien bis 1873 siehe* Gröger, Die amerikanische Eisenbahn in Wien*; zur Situation in den 1880er Jahren* Gröger, Straßenbahn, Stellwagen, U-Bahn, 13 f.

nach seiner Größe und Bedeutung fast über die Grenze eines Lokalbahnnetzes hinausgehe. Wenn man [] Sa[] [A]bgeordne[te] []ge, so hielte er [es für dement]sprechend, wenigstens die Zustimmung der Gemeinde Wien abzuwarten.

Der Ackerbauminister glaubt, dass es vom politischen Standpunkte gut wäre, mit der Sache wenigstens etwas zuzuwarten. Es herrsche jetzt in sehr weiten Kreisen eine unangenehme Stimmung in Bezug auf das Stadtbahnprojekt und möchte er deshalb nicht raten, jetzt eine Bewegung herauszuforden. Der Handelsminister bemerkt, dass ein bedeutender Faktor Wiens, der Gewerbeverein, welcher einen sehr weiten Kreis begreife, sich für die Stadtbahn aus[ge]sprochen habe.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, es handle sich doch um ein Unternehmen, welches zum Nutzen der Stadt Wien geschaffen werden solle. Wenn die Regierung die Hand biete, ein Werk ins Leben zu rufen, mit dem sie die Interessen der Stadt zu fördern beabsichtige, so werde sie nur einer Staatsaufgabe gerecht. Er möchte sich daher nicht gegen die Absicht des Handelsministers wenden. Der Finanzminister will zu erwägen geben, ob man nicht etwa so vorgehen könnte, dass man nochmals an den Gemeinderat herantreten, ihm die Konzessionierungsabsicht mitteile und ihn auffordere, binnen eines Präklu[sionstermines] []ung habe.

[Der Mini]sterpräsident hält die Durchführung des Stadtbahnprojektes für wichtig und wünschenswert, ist aber auch der Meinung, dass es nicht anginge, jetzt gegen den ausgesprochenen Willen der Gemeinde vorzugehen. Die politische Situation scheine ihm diesfalls schwer ins Gewicht zu fallen. Es wurden seit dem Bestande dieser Regierung fortwährend Versuche gemacht, die Gemeinde Wien gegen das Ministerium aufzuhetzen. Bisher hatten diese Anstrengungen keinen Erfolg. Jetzt stehe ein ausdrücklicher Beschluss der Gemeinde dem proponierten Regierungsvorgehen ent[ge]gen und man hätte im [Falle] des Vorgehens Anlass, zu sagen, dass die Regierung gegen den Wunsch der Gemeinde in einer Sache verfügt habe, die doch in erster Linie die Gemeinde Wien betreffe. Damit würden dem Gemeinderate die Waffen gegen das Ministerium in die Hand gegeben. Man müsse nur die gewöhnliche Stimmung der Wiener in Betracht ziehen. Wenn es sich auch um ein Werk handle, von dem man in Zukunft Erfolg erwarten könne, so lassen sich die Leute gegen eine Neuerung immer leicht aufbringen, namentlich wenn man dabei Gelegenheit habe, die Regierung in den Angriffskreis hineinzuziehen. Insbesondere das gegenwärtige Ministerium finde sich einer solchen Aktion gegenüber in einer doppelt schwierigen Lage. []en [] [gegen den] aus[drücklichen W]unsch der Ge[meinde a]ufzutreten. Deshalb hält der Ministerpräsident dafür, dass es jedenfalls notwendig sei, noch in irgendeiner Form an den Gemeinderat heranzutreten, um dessen Zustimmung zur Sache zu erlangen. Der Ministerpräsident ist überzeugt, dass, wenn sich auf diese Weise die Sache so darstellen werde, als bliebe die Durchführung von der Zustimmung der Gemeinde abhängig, sich alsbald eine Agitation für die Sache regen würde. Es wird eine kurze Diskussion über die mögliche Form des Herantretens an [die] Gemeinde Wien gepf[logen].

Der Handelsminister erklärt schließlich, dass er sich den Argumenten des Ministerpräsidenten unterwerfen wolle und stellt demnach für das weitere Vorgehen folgende Proposition: Wolle man mit Aussicht auf Erfolg nochmals an die Gemeinde herantreten, so werde man an dem vorliegenden Konzessionsinstrumente bzw. an dem Projekte jene Modifikationen bewirken müssen, welche, wie ihm bekannt sei, die hauptsächlichsten diesfälligen Desiderien der Gemeinde bilden. Man werde bewirken müssen, dass sich die Konzessionäre bei

der Durchführung der Stadtbahn den Bedingungen []lt, sodass [diese ihr Sta]dtbahnprojekt [dem Regu]lierungsprojekte der Gemeinde anpasse. Weiters werde man eine Änderung des Bahnprojektes dahin bewirken müssen, dass die Bahn nicht, wie jetzt beabsichtigt, die Schwarzenbergbrücke und die Elisabethbrücke mittelst eines Viaduktes überfahre, sondern dass sie diese beiden Objekte unterfahre[a]. Deshalb werde man also zunächst mit den Konzessionären zu dem Behufe in Verhandlung treten müssen, damit sie sich diesen Bedingungen und bzw. Modifikationen unterwerfen. Gehen die Konzessionäre darauf nicht ein, so müsste [sei]tens der Regierung [das] Projekt überhaupt fallen gelassen werden. Unterwerfen sich die Konzessionäre, dann wäre mit dem geänderten Konzessionsprojekte an die Gemeinde heranzutreten. Man müsste in der bezüglichen Zuschrift an den Gemeinderat betonen, dass die Regierung zwar das unzweifelhafte Recht der Konzessionserteilung habe, dass sie aber mit Rücksicht auf das Interesse der Stadt bei dem fraglichen Unternehmen und nachdem sie nunmehr auch den Desiderien der Gemeinde hinsichtlich des Bahnprojektes Rechnung getragen habe, die Gemeinde auffordern, sich über das Konzessionsprojekt zu äußern. Es müsste beim Vorgehen der Tenor eingehalten werden, dass []ste [], dass die [Werber auf] das wie ge[wünscht modi]fizierte Konzessionsprojekt eingehen dürfte. Würde sie sich trotzdem ablehnend verhalten, so hätte die Regierung neuerlich in Erwägung zu nehmen, ob sie ungeachtet des ablehnenden Votums der Gemeinde die Konzession erteile oder nicht.

Der Ministerrat erklärt zu dieser Proposition für das weitere Vorgehen seine Zustimmung[14].

Wien, am 26. Juni 1882[b].

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 401 Ministerrat, Wien, 27. Juni 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Kaiser; BdE. und anw. (Taaffe 27. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

[I.] Über die zu erlassende Verordnung wegen der sprachlichen Anforderungen bei den Staatsprüfungen in Prag.

KZ. 71 – MRZ. 57

Protokoll des zu Wien am 27. Juni 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

---

[a] *Randbemerkung Pinos* Wenn diese Unterfahrung sich nach der neuerdings zu veranlassenden Studie überhaupt als durchführbar in technischer und verkehrlicher Beziehung herausstellen sollte.

[b] *Unterschrift fehlt.*

[14] *Nachdem am 30. 6. 1882 – Protokoll v. 30. 6. 1882 über eine Besprechung des Handelsministerium s mit dem Vertreter Bunton und Fogerty – die Konzessionswerber den Bedingungen zugestimmt hatten, wurde der Bürgermeister von Wien, Eduard Uhl, von Pino mit Schreiben (K.) v. 1. 7. 1882 aufgefordert, einen neuen Beschluss des Gemeinderates über das Stadtbahnprojekt zu erwirken,* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1030/1882. *Fortgesetzt in MR. v. 25. 7. 1882/VII.*

[I.] Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen als den Gegenstand der Verhandlung zu bezeichnen die zu er[lassende Verordnung wegen der sprachlichen Anforderungen] bei [den Staatsprüfungen] in Prag[1]. []keit des Gegenstan[des wünschen] Se. Majestät noch die Minister darüber hören, auch haben Se. Majestät zu dem vorliegenden Verordnungsentwurfe einige Bemerkungen zu machen. In dem bezüglichen Vortrage des Ministers für Kultus und Unterricht[2] werde betont, dass das Ziel der vollen Sicherung der Kenntnis der deutschen Sprache bei den Staatsdienstaspiranten nur dann zu erreichen sein werde, wenn man dem deutschen Sprachunterrichte an den böhmischen Gymnasien eine größere Beachtung zugewendet haben werde. Se. Majestät haben es schon bei einer früheren Gelegenheit als dringend geboten bezeichnet, dass Vorsorge getroffen werde, damit die [] [Sch]ule die vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache aneignen, sodass sie mit dieser Kenntnis bereits ausgerüstet an die Universität treten[3]. Se. Majestät erachten es für notwendig, dass sich die Regierung mit dieser Frage noch speziell beschäftige.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass es heuer wohl kaum möglich sein würde, mit einem solchen Regelungsversuche zu kommen und dass man hiefür eine etwas günstigere Zeit werde abwarten müssen. Es würde übrigens für den Zweck nicht genügen, wenn die deutsche Sprache an den böhmischen Gymnasien bloß als obligater Lehrgegenstand eingeführt würde, es müssten auch andere Lehrgegenstände [] wer[de die vollko]mmene Erler[nung der] deutschen Sprache [kaum] anders als auf diese Weise zu erreichen sei, dann werde der Boden geebnet sein, um auch die Schwierigkeit zu überbrücken, welche sich jetzt mit Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger darbietet[4]. Die endlich allen einleuchtenden Konsequenzen dieser Bestimmung werden sodann den Eltern Anlass geben, gegen dieselbe anzukämpfen.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass in Böhmen auch auf nationaler Seite eingesehen werde, dass schon in der Mittelschule das Entsprechende geschehen müsse und dass die Vorsorge bei den Staatsprü[fungen] [] [Unterr]icht die Schüler schon mit der [K]enntnis der deutschen Sprache an die Universität kommen. In diesem Sinne habe sich auch Professor Gindely dem Ministerpräsidenten gegenüber ausgesprochen[5]. Der Ministerpräsident teilt die Anschauung des Ministers für Kultus und Unterricht, dass die Leute endlich dazu kommen werden. Denn schon jetzt melden sich in Böhmen Leute zur Konzeptspraxis, welche eine ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache mitbringen.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass bei den Realschulen wohl die Regelung im Wege der Landesgesetzgebung gehe, während dies bei den Gymnasien nicht der Fall sei. Jedenfalls werde sich die Re[gierung] [] [Se. Majestät geruhe]n, auf [den vorliegenden Ver]ordnungs[entwurf] übergehend, zu be[m]erken, dass sich der Vorschlage des Ministeriums wesentlich in der Mitte zwischen den Vorschlägen der Majorität und der Minorität des Prager Professorenkollegiums halte. Se. Majestät geruhen aus dem Majoritätsgutachten die Vorschlä-

---

1 *Fortsetzung des MR. v. 9. 6. 1882/XI.*

2 *Der Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2461/1882.

3 *In der Frage der Einführung einer Prager Universität mit böhmischer Vortragssprache leitete Franz Joseph die Sitzungen des MR. II v. 10. 4. 1881/I, MR. v. 28. 7. 1881/III und MR. v. 12. 3. 1882/I.*

4 *Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes v. 21. 12. 1867,* Rgbl. Nr. 142/1867*, der bestimmte,* in den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.

5 *Zu Anton Gindely, Univ.-Prof. in Prag, siehe* Öbl. 1: 411 f.

ge hervorzuheben, dass bei der judiziellen Staatsprüfung die Prüfung mindestens aus zwei Gegenständen in deutscher Sprache abgelegt werden solle, und dass bei jeder der Staatsprüfungen zur Erprobung der deutschen Sprachkenntnisse auch eine schriftliche Prüfung erfolgen soll.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass [] schriftlichen Prüfung deshal[b] habe absehen zu sollen geglaubt, weil sich die von ihm betreffenden Fachmänner übereinstimmend gegen eine solche Einrichtung, welche bei theoretischen Staatsprüfungen ein Unikum wäre, ausgesprochen haben. Erstlich würde es einen unangenehmen Eindruck machen, die Kandidaten in Prag anders zu behandeln als an den übrigen Universitäten. Sodann würde es schwierig sein, eine Klausur in solcher Weise durchzuführen, wie sie wohl bei der praktischen Staatsprüfung entsprechend gehandhabt werden könne. Endlich haben die Fachleute erklärt, dass die Anfertigung eines Aufsatzes in einer Sprache noch keine Gewähr für die Handhabung der Sprache im Verkehre gebe und dass der, wel[cher] [] der [das Können im Gespräch] zeige, die [Sprache eben]falls auch im Schrei[ben be]meistere. Was den Vorschlag der deutschen Prüfung aus zwei Gegenständen der judiziellen Staatsprüfung anbelange, so komme die Anordnung des Verordnungsentwurfes ziemlich auf dasselbe hinaus, indem damit ausgesprochen werde, dass Handels- und Wechselrecht, Zivilprozess und Verfahren außer Streitsachen, dann Strafrecht und Strafprozess als je einfach zu betrachten seien.

Se. Majestät geruhen auf die Bestimmung des Punktes 4 des Verordnungsentwurfes betreffend die Wirkung der ungenügenden Kenntnis der deutschen Sprache auf den Prüfungserfolg zu kommen und zu fragen, [] Minoritätsgutachten des Professorenkollegiums sich annähernden Anordnung, dass in diesem Falle die Prüfung nur aus dem in deutscher Sprache geprüften Fache zu wiederholen sei, das Auslangen zu finden glaube. Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass er anfänglich allerdings weiter gehen und noch die Bestimmung hinzufügen wollte, dass bei der Wiederholungsprüfung auch aus anderen Fächern Fragen zur Beantwortung in deutscher Sprache gestellt werden können. Er habe sich jedoch der Anschauung der übrigen Minister auf die Streichung dieser weitergehenden Forderung unterworfen, weil er den praktischen Nutzen doch nicht so hoch anschlagen konnte [] wiederho[lt, und zwar in] dem einen [Fach in] Gegenwart der gan[zen Prüf]ungskommission abgelegt werden müsse.

Se. Majestät geruhen ferner die Differenz hervorzuheben, welche zwischen den Gutachten der Majorität und der Minorität des Professorenkollegiums auch hinsichtlich des an der böhmischen Universität zu erlangenden Doktorgrades bestehe. Während die Majorität diesfalls besondere Kautelen außerhalb der Doktoratsprüfungen geschaffen wissen wolle, gehe das Gutachten der Minorität dahin, dass die bestehende gleiche Wirkung des Doktorats mit den Staatsprüfungen aufrecht erhalten bleibe.

Der Minister für [Kultus] und Unterricht bemerkt, dass er an der Bestimmung, wornach die zweite und dritte Staatsprüfung durch die Rigorosen ersetzt werden könne, bloß rücksichtlich der böhmischen Universität nicht habe rütteln wollen, dass er aber bei diesem Anlasse die diesfällige Trennung der Staatsprüfungen von den Rigorosen im Allgemeinen ins Auge gefasst und darüber auch bereits Erhebungen eingeleitet habe. Wenn auch die schon eingelangten Äußerungen der Professorenkollegien aller anderen Universitäten sich gegen diese Trennung erklären, möchte er sich dieselbe für die Zukunft doch vorbehalten. Damit aber inzwischen die vorliegenden Anordnungen über die Ablegung der Staatsprüfungen in Prag

nicht illusorisch ge[]n, dass [bei der böhmi]schen Universi[tät das] Doktorat der Rech[te nur] dann gleiche Wirkungen mit den Staatsprüfungen habe, wenn jedes der Rigorosen mindestens aus einem Prüfungsfache in deutscher Sprache abgelegt worden ist.

Se. Majestät geruhen zu betonen, dass in dem Verordnungsentwurfe keine Bestimmung über die Wirkung der ungenügenden Kenntnis der deutschen Sprache bei den Rigorosen enthalten sei. Wenn die Rigorosen an die Stelle der Staatsprüfungen treten können, so müsse bei denselben folgerecht doch für die gleichen Garantien vorgesorgt sein wie bei den Staatsprüfungen. Der Minister für Kultus und Unterricht g[laubt, dass] man wohl werde zu verstehen haben, dass die Prüfung auch aus dem bezüglich deutsch zu prüfenden Fache mit gutem Erfolge abgelegt sein müsse.

Se. Majestät erachten, dass es jedoch notwendig sei, hierüber volle Klarheit zu schaffen, damit nicht im Wege des Doktorats Leute qualifiziert werden, welche die allgemeine Bedingung hinsichtlich der Kenntnis der deutschen Sprache nicht erfüllen. Se. Majestät glauben daher, dass die Bestimmung des Punktes 5 des Verordnungsentwurfes etwa dahin zu amendieren wäre, dass nach den Worten: „aus einem Prüfungsfache in deutscher Sprache“ die Worte: „mit gutem Erfolge“ eingefügt würden. Se. Majestät geruhen mit[] Wahl, [was in deutscher Sp]rache zu prüf[en sei,] dem Kandidaten [überla]ssen werde, notwendig und entsprechend erscheine? Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass dieser Punkt wohl erwogen worden sei. Man habe aber erkannt, dass es eine zu weit gehende Härte wäre, wenn man der Prüfungskommission die Wahl überließe. Eine Garantie sei auch damit gegeben, dass alle Mitglieder der Prüfungskommission über den Erfolg der Prüfung aus diesem einen Gegenstand zu urteilen haben.

Se. Majestät geben endlich zu erwägen, ob es notwendig sei, den Schlussabsatz des Verordnungsent[wurfes, in] welchem gesagt werde, da[ss] die in diesem Erlasse zur Erprobung der Kenntnis der deutschen Sprache festgestellten Modalitäten derzeit als das „Minimum“ anzusehen seien, um das Ziel zu erreichen. Es sehe so aus, als wollte man sich damit gleichsam entschuldigen, dass man nicht mehr tue. Se. Majestät erachten daher, dass es angemessen sein dürfte, diesen Schlussabsatz zu streichen. Die Minister einschließlich des Ministers für Kultus und Unterricht neigen sich übereinstimmend der Ansicht zu, dass der Schlussabsatz als überflüssig zu streichen sei. Der Minister Dr. Pražák glaubt, dass sich die Sache jedenfalls so gestalten dürfte, dass [] Sprache [] auch die [böhmische]n Kollegien an der deutschen Universitätsabteilung hören werden.

Se. Majestät erachten das Hören der Fächer auf beiden Universitätsabteilungen für absolut notwendig und wünschen, dass dahin gewirkt werde, sowie dass auch die Professoren keine Schwierigkeiten machen. Der Finanzminister glaubt, dass schon das pekuniäre Interesse die Professoren abhalten dürfte, Schwierigkeiten zu machen. Der Ministerpräsident glaubt, dass insbesondere zu wünschen wäre, wenn von den Studierenden der böhmischen Universität so viel als [mög]lich Kollegien an der deutschen Universität besucht würden. Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, auch die Regelung der Lokalitätenfrage, wornach jetzt in beiden Universitätsgebäuden Vorlesungen beider Universitätsabteilungen stattfinden sollen, werde die Annäherung erleichtern.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass die zu erlassende Verordnung allerdings das Minimum bedeute und dass dies mit Festigkeit durchgeführt werden müsse. Es werden jedoch alle Anordnungen Illusion bleiben, wenn nicht schon an den Mittelschulen für die vollkommene Erler[nung der deutschen Sprache Vorsorge getroffen werde.]

[Daraufhin geru]hen Se. [Majestät di]e Konferenz zu schließen[6].

Wien, am 27. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 402 Ministerrat, Wien, 27. Juni 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 27. 6.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den zweiten Bürgermeister-Stellvertreter in Salzburg, Dr. Peter Poschacher. II. Au. Dank des Abtes Sychrawa für die Ah. Auszeichnung mit dem Ritterkreuze des Leopoldordens. III. Erwirkungen von Ah. Auszeichnungen für fremdländische Ausstellungskommissäre bei der Internationalen Kunstausstellung. IV. Konzessionierung mehrerer Lokalbahnen. V. Wegen Herstellung eines ärarischen Postgebäudes neben dem Hauptzollamte in Wien.

KZ. 70 – MRZ. 58

Protok[oll] des zu Wien am 27. Juni 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben für den zweiten Bür[germeister-Stellvertreter in Salzburg Dr. Peter Poschach]er [aufgrund seines] vieljähri[gen verdiens]tlichen Wirkens [das] Ri[tter]kreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[1].

II. Der Minister für Kultus und Unterricht erlaubt sich im Wege des Ministerratsprotokolles zur Ah. Kenntnis Sr. k. u. k. apost. Majestät zu bringen die durch den Statthalter anher geleitete Bitte des Abtes [des] Prämo[nst]ratenser[stiftes] in Selau, Norbert Sychrawa, seinen au. Dank für die ihm durch die Ag. Verleihung des Ritterkreuzes des Leopoldordens zuteil gewordene Ah. Auszeichnung an die Stufen des Ah. Thrones gelangen lassen zu wollen[2].

---

6 *Der Vortrag Conrads v. 15. 6. 1882 wurde von Franz Joseph am 27. 6. 1882 mit den Worten resolviert* Ich ertheile Ihnen die angesuchte Ermächtigung. In dem beiliegenden VerordnungsEntwurfe habe Ich Correkturen vorgenommen, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2461/1882. *Ausgebessert sind die beiden im Ministerrat angesprochenen Stellen. Die Verordnung wurde publiziert als Erlass des Ministers für Kultus und Unterricht v. 29. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 95/1882. *Das Thema kam erneut zur Sprache in MR. II v. 19. 8. 1882/XI.*

1 *Den Vortrag erstattete Taaffe am 3. 7. 1882, er wurde mit Ah. E. v. 11. 7. 1882 antragsgemäß resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2707/1882.

2 *Die Ordensverleihung war besprochen worden in MR. v. 13. 6. 1882/V.*

III. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die vom Präsident der Internationalen Kunstausstellung erstatteten Vorschläge wegen Erwirkung Ah. Auszeichnung für einige der seitens der fremden Regierungen entsendeten Ausstellungs[kommissäre] []fe [] [L]ändern [] [fol]gende Persönlich[keiten:][3]
a. Frankreich
1. Georg Lafenestre[4], inspecteur des beaux arts in Paris, Generalkommissär der französischen Ausstellung, vorgeschlagen für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
2. Henri Gindicelli, Beamter des französischen Ministeriums, Souskommissär der französischen Ausstellung, vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
b. Belgien
für welches im Ganze vier Kommissäre fungieren,
3. De Rongé[5], conseiller à la cour de cassation, président du cercle artistique à Bruxelles, Präsident der Austellungskomm[ission;] vorgeschlagen für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne.
4. J. Robie[6], Maler, Vizepräsident des cercle artistique in Brüssel, Mitglied der Ausstellungskommission, vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
c. Spanien
5. Franz Tubino[7], anerkannter Kunsthistoriker, Sekretär der kgl. Akademie der Künste in Madrid, vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
d. Schweden
6. C. G. Hellqvist[8], Maler (domiziliert in München), vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens. Hellqvist ist der Maler des großen Historiengemäldes „Die Brand-[schatzung Wisbys durch König Waldemar Atterdag".]
[e.] Norwegen
7. Müller Morton[9], Maler, domiziliert in Düsseldorf, ist der Maler des ausgestellten berühmten Bildes „Norwegischer Waldsee"; vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
f. Deutschland
für welches im Ganzen elf Ausstellungskommissäre fungieren.
8. Professor Andreas Achenbach[10], Maler, Hauptvorstand der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft in Düsseldorf; vorgeschlagen für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne.

---

3 *Die „I. Internationale Kunstausstellung im Künstlerhause" war am 1. 4. 1882 eröffnet worden und dauerte bis zum 30. 9. 1882. Mit Schreiben v. 16. 5. 1882 leitete Taaffe Conrad den Antrag Zichys weiter,* Ava., CUM, Präs. 538/1882*, der Antrag selbst liegt dem Akt nicht bei. Der Katalog der Ausstellung wurde unter dem Titel* Illustrirter Katalog der Internationalen Kunst-Ausstellung *veröffentlicht.*

4 *Zu Georges Lafenestre siehe* Verlaine, Œuvres Complètes de Paul Verlaine 5: 439–448.

5 *Zu Pierre-Jean de Rongé siehe* Biographie nationale Belgique 20: 8 f.

6 *Zu Jean Baptiste Robie siehe* Schuermans, Jean Robie.

7 *Zu Francesco Maria Tubino y Oliva siehe* Arce – Olmos Romera, Historiografía de la arqueología y de la historia antigua en España, 59–63.

8 *Zu Carl Gustaf Hellquist siehe* Neue deutsche Biographie 50: 268 f.

9 *Zu Morton Müller siehe* Thieme – Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler. Von der Antike bis zur Gegenwart 25: 244.

10 *Zu Andreas Achenbach siehe* Thieme – Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler. Von der Antike bis zur Gegenwart 1: 42.

9. Professor Wilhelm Gentz[11], Maler [und] Mitglied des Senates [der] Akademie der bildenden Künste in Berlin; vorgeschlagen für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
10. Heinrich Deiters[12], Maler, Stellvertreter des Hauptvorstandes der Deutschen Kunstgenossenschaft in Düsseldorf für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
11. L. Gedon[13], Bildhauer, betraut mit dem Arrangement der deutschen Ausstellung, domiziliert in München, vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.
g. Dänemark
12. Pietro Krohn[14], Maler, Akadamieinspektor des kgl. Theaters in Kopenhagen, Kommissär für Dänemark, vorgeschlagen für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.

[] zu hoch []nen, nachdem [sich fer]ner mit Ausnahme von zwei Persönlichkeiten durchwegs nur Künstler und der Mehrzahl nach um solche ersten Ranges handle, so beabsichtige er die proponierte Liste an das Ministerium des Äußern mit dem Ersuchen zu leiten, wegen der Erwirkung der beantragten Auszeichnungen das Weitere veranlassen zu wollen und erbitte er sich hiezu die Zustimmung des Ministerrates. Der Minister glaubt, dass es dem mit der Veranstaltung periodischer internationaler Ausstellungen verfolgten Zwecke sehr förderlich sein werde, wenn durch die Verleihung Ah. [Aus]zeichnungen an die bei [diesem Un]ternehmen hervorragend beteiligten Persönlichkeiten gezeigt werde, dass man der Sache Bedeutung beimesse und besondere Aufmerksamkeit zuwende.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[15].

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt ferner, dass auch aus diesem Anlasse für Inländer einige Auszeichnungsanregungen vorgebracht wurden, dass er jedoch sich vorläufig nicht veranlasst sehe, nach dieser Richtung etwas zu tun. Für die an der Spitze des Komitees stehenden Graf Edmund[a] Zichy und Dumba[16] dürfte er vielleicht seinerzeit die Ah. Anerkennung beantragen. Der Ministerpräsident erklärt, dass er vollständig einverstanden []ig []diesem Anlasse [] die Beteiligung des Inlandes an der Ausstellung keineswegs eine solche sei, dass man sich zu einer besonderen Würdigung veranlasst sehen könnte[17].

IV. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Konzessionierung mehrerer Lokalbahnen, und zwar beabsichtige er nachstehende Konzessionserteilungen zu erwirken:
A. Lokalbahn: Pohl–Wallachisch Mesertisch–Wsetin mit Abzweigung zur Glasfabrik Kras[n]a. Konzessionswerber sei die Österreichische Lokaleisenbahngesellschaft in Prag. [] von der [b]Nordbahn[b]station Pohl vorherrschend südlich über Poruba, Löschna, Krasna, Wal-

---

a *Im Text irrtümlich Emanuel.*

b–b *Brandstelle ergänzt nach der Konzessionsurkunde,* RGBL. Nr. 117/1882.

11 *Zu Wilhelm Gentz siehe* ROCKEL, Wilhelm Gentz.

12 *Zu Heinrich Deiters siehe* THIEME – BECKER, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler. Von der Antike bis zur Gegenwart 8: 566.

13 *Zu Lorenz Gedon siehe* NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE 49: 258–263.

14 *Zu Pietro Köbke-Krohn siehe* Gads danske magasin 7 (1912): 252–261.

15 *Im Außenministerium wurden einige Ordensvorschläge aufgewertet. Diese Anträge wurden mit weiteren in MR. v. 7. 9. 1882/V beratenen Auszeichnungsvorschlägen zum Vortrag gebracht. Zur Erledigung siehe dort Anm. 23.*

16 *Zu Edmund Grafen Zichy v. Vásonykeő siehe* WURZBACH, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich 60: 14 *und zu Nikolaus Dumba* ÖBL. 1: 203.

17 *Ein Ordensantrag für – nicht diese, sondern zwei andere – Inländer anlässlich dieser Ausstellung wurde ebenfalls besprochen in MR. v. 7. 9. 1882/V.*

lachisch Meseritsch und Jablunka nach Wsetin mit Abzweigung zur Glasfabrik bei Krasna; die Länge der Bahn betrage 37,5 Kilometer. Die Anlagekosten belaufen sich effektiv auf 1,900.000 fl., das Nominalanlagekapital auf 2,100.000 fl. Die Geldbeschaffung geschehe durch Ausgabe von Aktien der Lokaleisenbahngesellschaft ohne Obligationen. Die Konzessionsbestimmungen seien die bei Lokalbahnen üblichen. Zweck der Lokalbahn sei: Einbeziehung der Städte Wallachisch Meseritsch und Wsetin und deren Umgebung mit bedeutenden Industrien: weltberühmte Thonetsche Fabriken von Möbeln aus gebogenem Holze, gleichartige Fabrik von Kohn, mehrere Glasfabriken, Zündhölzchenfabrik, Dampfbrettsägen, Mühlen, Branntwein[] dann []aftliche und [] [Gü]terkomplex (Kinskische Domäne); erleichterte Abfuhr von Brenn- und Bauholz[18].

B. Für eine von der Lokomotivfabrik Krauß & Comp. in München und Linz projektierte Lokalbahn (Dampftramway) von Hietzing nach Perchtoldsdorf in der Länge von 10 Kilometern. Die als Straßenbahn auszuführende, normalspurige Lokalbahn (Dampftramway) geht von Hietzing nächst der Penzinger Kettenbrücke über Lainz, Speising, Mauer und Rodaun nach Perchtoldsdorf. Zweck der Bahn sei Erleichterung des Personenverkehres in die genannten Sommerfrischen Wiens und zwischen denselben. Die Geldbeschaffung geschehe mittelst Bil[dung] ein[er] Aktienges[ellschaft] und Ausgabe von Aktien al pari. Ausgabe von Prioritätsobligationen bleibt ausgeschlossen. Die Ziffer des bisher noch nicht festgesetzten Nominalanlagekapitales unterliegt der Genehmigung der Staatsverwaltung. Die finanziellen Begünstigungen seien die nach dem Lokalbahngesetz zulässigen Steuer- und Gebührenbefreiungen. Der Konzessionär ist auf die Dauer von zwei Jahren berechtigt zur Herstellung der Fortsetzung der Bahn von Hietzing nach Gaudenzdorf, falls diese Verbindung nicht binnen einem Jahre als Teilstrecke der Wiener Gürtelbahn sichergestellt sein sollte[19].

C. Für eine von der privilegierten Südbahngesellschaft projektierte normalspurige Lokalbahn [c]von der[c] Süd[c]bahnstation Liesing in[c] westlicher [c]Richtung üb[c]er Perchtoldsdorf und Rodaun nach Kaltenleutgeben. Der Zweck der Bahn sei die Hebung und Erleichterung des Lokalverkehres. Die Vermehrung des Gesellschaftskapitales durch Ausgabe besonderer Titres sei vorläufig nicht in Aussicht genommen. Die Baukosten, deren Ziffer der Genehmigung der Staatsverwaltung vorbehalten bleibt, finden ihre Deckung in disponiblen Fonds der Gesellschaft. Die finanziellen Begünstigungen sind die nach dem Gesetze vom 25. Mai 1880 für Lokalbahnen zulässigen Steuer- und Gebührenbefreiungen. Die Baubetriebsrechnung ist für diese Lokalbahn getrennt zu führen. Die sonstigen Begünstigungen sind die [üblichen.][20]

[c–c] *Brandstelle ergänzt nach der Konzessionsurkunde,* RGBL. Nr. 116/1882.

18 *Mit Vortrag v. 17. 7. 1882 beantragte Pino die Konzessionierung der Bahn, die mit Ah. E. v. 27. 7. 1882 erteilt wurde,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2936/1882. *Die Urkunde legte Pino mit Vortrag v. 7. 8. 1882 vor, mit Ah. E. v. 13. 8. 1882 wurde sie mit Franz Josephs* Namensfertigung versehen *retourniert,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3140/1882*, die Konzessionsurkunde v. 27. 7. 1882 publiziert als* RGBL. Nr. 117/1882.

19 *Die Erteilung der Konzession wurde mit Vortrag Pinos v. 29. 7. 1882 erbeten und mit Ah. E. v. 30. 7. 1882 erteilt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2994/1882 *und die mit Vortrag Pinos v. 7. 8. 1882 vorgelegte Urkunde mit Ah. E. v. 11. 8. 1882 unterschrieben zurückgesandt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3119/1882*; die Konzessionsurkunde v. 30. 7. 1882 publiziert als* RGBL. Nr. 118/1882.

20 *Mit Ah. E. v. 21. 7. 1882 wurde über Vortrag Pions v. 17. 7. 1882 die Konzessionierung erteilt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2875/1882*, und die mit Vortrag Pinos v. 27. 7. 1882 vorgelegte Urkunde unterschieben (Ah. E. v. 1. 8. 1882),* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2998/1882*, die Konzessionsurkunde v. 21. 7. 1882 publiziert als* RGBL. Nr. 116/1882.

D. Für die von dem Zivilingenieur Oscar Baron Lazarini projektierte Lokalbahn Bisenz–Gaya in der Länge von 17 Kilometern. Die Trasse gehe von der Nordbahnstation Bisenz über Wrazow, Wlkosch und Kunewald nach Gaya. Zweck der Bahn sei die Herstellung einer Schienenverbindung der bisher außer dem Verkehr gelegenen, industriereichen Stadt Gaya mit der Nordbahn und die Einbeziehung der an der Trasse gelegenen Kohlenlager in das Verkehrsnetz. Die Geldbeschaffung geschehe nach der Finanzierungserklärung der Societé générale de chemins de fer économique in Brüssel mittelst Bildung einer Aktiengesellschaft und Ausgabe von Aktien (Stamm- und Prioritätsaktien, letztere [d]bis zum Betrage von $\frac{3}{5}$ des Nominalanlagekapitals). Die effektiven Baukosten[d] sind [d]mit 648.000 fl.[d] festgesetzt, wel[ches daher] einem Nominalanlagekapital von 810.000 fl. bei Annahme eines Emissionskurses von 80 % gleichkommt. Die finanziellen Begünstigungen sind die nach dem Gesetze vom 25. Mai 1880 zulässige Steuer- und Gebührenbefreiung. Der Staatsverwaltung steht das Recht der Mitbenützung dieser Bahn für die im Staatsbetriebe befindlichen Bahnen zu[21].

E. Für die von Oskar v. Lazarini projektierte Lokalbahn St. Pölten–Traismauer (Traisental) in der Länger von 19 Kilometern. Die Lokalbahn zweigt vom öffentlichen Ende der Station St. Pölten ab und führt am linken Traisenufer über Viehofen, Radlberg, Herzogen[burg] nach []ttersfel[]r. Zweck der Bahn sei die E[in]beziehung des dichtbevölkerten industriereichen und fruchtbaren Traisentales in das Schienennetz. Die Geldbeschaffung geschieht laut Finanzierungserklärung der Société générale des chemins de fer économiques in Brüssel mittelst Bildung einer Aktiengesellschaft und Ausgabe von Aktien (Stamm- und Prioritätsaktien, Letztere bis zum Betrage von $\frac{3}{5}$ des Nominalanlagekapitales). Den mit 560.000 fl. veranschlagten effektiven Baukosten entspricht ein Nominalanlagekapital bei Annahme eines Minimalemissionskurses von 80 % im Betrage von 700.000 fl. Spezielle Verpflichtungen habe der Konzessionär 1.) zur eventuellen Herstellung der Fortsetzung von Traismauer nach Tulln und Krems; 2.) zur Einräu[mung] [] [fin]anziel[len Begünstigun]gen seien [die üb]lichen nach dem Lokalbahngesetze vom 25. Mai 1880[22].

Der Ministerrat erklärt zu den Konzessionsprojekten sub A bis E seine Zustimmung[23].

V. Der Handelsminister bringt abermals zur Sprache die behufs der Unterbringung mehrerer jetzt in Privatgebäuden eingemieteter Büros der Postverwaltung sowie speziell zur Einrichtung des Paketabgabsdienstes erforderliche Herstellung eines ärarischen Postgebäudes in der Nähe des Hauptzollamtes[24]. Er habe bereits im vorigen []en Plan entwickelt, den Bau durch Intervention eines Institutes gegen Tilgung der Kosten in Annuitäten, welche beiläufig dem jährlichen jetzigen Mietzinse für die eingemieteten Büros gleichkämen, herzustellen. Damals waren die Mittel eines Pensionsinstitutes für das bezügliche Arrangement in Aussicht genommen worden und hatte der Ministerrat mit Rücksicht auf die früher gegen solche Bauherstellungsmodalitäten im Abgeordnetenhause gehegten Bedenken gewünscht, dass er

---

[d–d] *Brandstelle ergänzt nach der Konzessionsurkunde,* RGBL. Nr. 128/1882.

[21] *Über Vortrag Pinos v. 25. 7. 1882 erteilte Franz Joseph mit Ah. E. v. 13. 8. 1882 die Konzession,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3139/1882*, unterschrieb die Urkunde, die ihm Pino mit Vortrag v. 19. 8. 1882 vorgelegt hatte, und schickte sie mit Ah. E. v. 24. 8. 1882 zurück,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3313/1882*. Die Konzessionsurkunde v. 13. 8. 1882 wurde publiziert als* RGBL. Nr. 128/1882.

[22] *Die Konzessionierung der Bahnstrecke, erweitert bis Tulln, wurde erneut beraten in MR. v. 23. 4. 1884/XII.*

[23] *Zu den Kommentaren für die einzelnen Bahnlinien siehe die entsprechenden Anm. bei den einzelnen Passagen A bis E.*

[24] *Die Angelegenheit stand bereits auf der Tagesordnung von MR. v. 27. 11. 1881/IV (liegt nicht ein).*

(Handelsminister) über die Sache mit der Majorität des Abgeordnetenhauses in Fühlung trete. Bei dieser Gelegenheit wurde die Schwierigkeit der Hypothezierung des gewährten Baukredites releviert, zumal es nicht tunlich erschiene, die [] [ersch]weren []en. [Seitdem hab]en sich die Voraussetzungen der Baukreditgewährung geändert, indem die Erste Österreichische Sparkasse in Wien den Kredit gewähren wolle, ohne eine Hypothezierung zu verlangen, weil die Sparkassa für ein solches Geschäft nicht verpflichtet sei, die Hypothezierung zu begehren. Wenn aber das Erfordernis der Hypothezierung wegfalle, so sei der Handelsminister überzeugt, im Abgeordnetenhause keinem Anstande zu begegnen[25].

Die Herstellungskosten des Gebäudes belaufen sich auf 350.000 fl. und soll dieser Aufwand in 25 Annuitäten per 24.680 fl. getilgt werden, während die jetzigen jährlichen Mietzinse 27.505 fl. betragen. Es [] mit der Annuitätenzahlung noch ein jährliches Ersparnis von 2.825 fl. erzielt und werden außerdem mit dem Gebäude die jetzt nicht vorhandenen Räumlichkeiten für den Paketdienst beschafft. Der Handelsminister erbitte sich demnach die Zustimmung des Ministerrates zur Einholung der Ah. Ermächtigung behufs des Abschlusses des bezüglichen Vertrages mit der Sparkasse vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung sowie weiters zur Einstellung des entsprechenden Annuitätsbetrages in das nächstjährige Budget.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[26].

Wien, am 27. Juni 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 403 Ministerrat, Wien, 1. Juli 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Ziemiałkowski; BdE. und anw. (Ziemiałkowski 1. 7.), Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Medvey; BdE. und abw. (Taaffe 7. 7.); abw. Welsersheimb.

I. Über die Regelung der Verhältnisse der galizischen Grundentlastungsfonds. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberingenieur der Staatseisenbahn-Gesellschaft Anton Feldbacher.

KZ. 72 – MRZ. 59

Protok[oll] des zu Wien am 1. Juli 18[82] abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministers Freiherr v. Ziemiałkowski.

[I.] Der Vorsitzende, Minister Freiherr v. Ziemiałkowski, bringt zur Sprache die Angelegenheit der Regelung der galizischen [Grundentlastungsfonds, da Graf Taaffe vor sei]ner Abreise [ihn (Frei]herrn v. Ziemiałkowski) ermächtigt habe, den Gegenstand in der Abwe-

---

25 *Zu den Verhandlungen mit der Ersten Österreichischen Sparkasse konnte in den Beständen* Ava., HM., Präs. *und* allg. *sowie* Ava., Handel, Post *nichts gefunden werden.*

26 *Pino erbat sich mit Vortrag v. 26. 7. 1882 die Genehmigung zum Bau des Postgebäudes, der genehmigend mit Ah. E. v. 30. 7. 1882 resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2993/1882. *Die Einbringung des entsprechenden Gesetzentwurfes in den Reichsrat kam zur Verhandlung in MR. v. 21. 2. 1883/VIII. Das Postpaketbestellamt konnte 1885 in der Vorderen Zollamtsstraße 1 bezogen werden,* Czeike, Historisches Lexikon Wien 4: 584.

senheit des Ministerpräsidenten im Ministerrate zur Verhandlung zu bringen[1]. Zur Regelung der seit 20 Jahren schwebenden Frage der passiven Grundentlastungsfonds sowie wegen der Übergabe der Verwaltung der Fonds an die Landesvertretung solle nunmehr zunächst mit dieser ein Übereinkommen getroffen werden, um sodann mit der Sache vor den Reichsrat kommen zu können[2].

Ministerialrat v. Medvey referiert über den Stand der Angelegenheit, indem er zunächst die historische Entwicklung der galizischen Grundentlas[tungs]verhältnisse darlegt. Für Galizien war hinsichtlich der Grundentlastung von vorneherein eine andere Basis gegeben als für die übrigen Länder. Mit dem Patente vom 17. April 1848, mit welchem die Robot in Galizien aufgehoben wurde, wurde gesagt, dass die Entschädigung der Staat leisten werde[3]. Als es zur Ausführung des allgemeinen Patentes vom 7. September 1848 kam[4], wurde in der Tat mit dem Patente vom 15. August 1849 für Galizien eine aparte Bestimmung über die Entschädigungsleistung getroffen, indem ein von den Untertanen zu leistendes Entschädigungsdrittel nicht aufgenommen wurde[5]. Das aber, was für das Entfallen dieses Drittels gleichsam hätte Ersatz bilden sollen, die Ein[]den [] [Se]rvituten, [] zur Durchführung []. Die Grundentlastung ging ziemlich langsam vor sich. Während derselben und bis zur Vollendung der Operationen bis zum Jahre 1857 wurden vom Staate zum Zwecke der Grundentlastung Staatsvorschüsse im Gesamtbetrage von 9,547.560 fl. 54 5/10 Kreuzer verabfolgt. Als es sich im Jahre 1857 um die Feststellung des Tilgungsplanes der Grundentlastungschuld handelte und bei dem Entwicklungsgange der diesfälligen Verhältnisse in Galizien sich die Unmöglichkeit darbot, die Verpflichteten zur Leistung jenes Drittels der Schuld heranzuziehen, welches von den Verpflichteten in den an[deren] Ländern getragen wurde, so wurde vom Ministerium des Innern beantragt, die Frage der Rückzahlung der bis dahin gegebenen Staatsvorschüsse in suspenso zu belassen und den galizischen Grundentlastungsfonds eine der Hälfte des jährlichen Tilgungserfordernisses von 5,521.374 fl. beiläufig entsprechende Jahresdotation von 2,500.000 fl. als Subvention aus dem Staatschatze bis zur Tilgung der Grundentlastungsschuld zuzugestehen. Das Finanzministerium glaubte jedoch, dass der bezügliche Beitrag nur unter Vorbehalt des Rückzahlungsanspruches geleistet werden könne.

Auf Basis letzter Anschauung wurde mit Ah. Entschließung vom 13. Oktober 1857[6] angeordnet, dass zur Deckung [] aus [den Staatseinnahm]en per 2,500.000 fl. [unter Vorbeh]alt des Rückzahlungs[an]spruches und unter einstweiliger Suspendierung der Rückzahlung und Verzinsung der bis 1857 gegebenen Vorschüsse geleistet werde. In den 60er Jahren wurde nun anlässlich der Frage der Übergabe der Verwaltung der galizischen Grundentlas-

---

1 *Die galizischen Grundentlastungsfonds (je einer für West- und für Ostgalizien) kamen zur Sprache in MR. v. 25. 6. 1878/XI, MR. v. 25. 9. 1878/X und MR. v. 14. 5. 1880/I (liegen alle nicht ein).*

2 *Die Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes in den Reichsrat kam zur Sprache in MR. v. 16. 1. 1883/I.*

3 *Das Patent v. 17. 4. 1848 wurde publiziert in der* Lemberger Zeitung v. 15. 5. 1848. *Siehe dazu die Beratungen in MR. v. 17. 4. 1848/I, MR. v. 20. 4. 1848/VIII, MR. v. 26. 4. 1848/II, MR. v. 7. 5. 1848/V und MR. v. 8. 5. 1848/I,* Ömr. I, Nr. 14, 16, 20, 30 *und* 31. *Zur Grundentlastung in Galizien 1848 siehe* Melville, Adel und Revolution, 176–189.

4 *Das in MR. v. 24. 8. 1848/IV und MR. v. 15. 9. 1848/XII,* Ömr. I, Nr. 111 *und* 120*, besprochene Allerhöchste Patent v. 7. 9. 1848,* Pgv., Nr. 112/1848.

5 *Kaiserliches Patent v. 15. 8. 1849,* Rgbl. Nr. 361/Ergänzungsband*, behandelt in MR. v. 6. 8. 1849/I,* Ömr., II/1, Nr. 138.

6 *Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen v. 22. 10. 1857,* Rgbl. Nr. 202/1857. *Diese Frage war beraten worden in MR. v. 20. 8. 1857/I,* Ömr. III/6, Nr. 415.

tungsfonds an die Landesvertretung im galizischen Landtage die Frage der Grundentlastungsschuld releviert und der Standpunkt vertreten, dass die ganze Schuld eigentlich eine Beitragsleistung begreife, zu der der Staat verpflichtet war und dass demnach auch die Regelung so erfolgen müsse, dass die Beiträge als förmliche Staatssubvention [ge]leiste[t] werden. Im Jahre 1868 wurde von der Regierung in Punktation[en], welche an den galizischen Landtag geleitet wurden, der Standpunkt eingenommen, dass die Beiträge vom Jahre 1868 an als Staatssubvention, also als nicht rückzahlbar, geleistet werden sollen, dass jedoch auf die bis dahin gegebene Summe von ca. 37 Millionen, weil sie ein gemeinsames Aktivum bilden, vorläufig nicht verzichtet werde[7]. Es kam jedoch damals, weil der galizische Landtag zur Regierungsproposition Modifikationen beschloss, zu keiner Erledigung der Sache[8]. Neuerlich wurde von der Regierung die Sache im Jahre 1874 in Anregung genommen und wollte man damals hinter den Standpunkt vom Jahre 1868 zurückgehen[9], indem man [] und [] Landes[schuld] getilgt wissen wollte. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski ein Memoire ausgearbeitet, in welchem dargelegt wurde, dass die fragliche aus den Vorschüssen und Beitragsleistungen des Staates erwachsene Schuld an sich als keine solche und daher als nicht rückzahlbar angesehen werden könne[10]. Infolgedessen unterblieb bis jetzt die Erledigung der Regelungsfrage.

Nunmehr solle wesentlich auf der Basis der vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski vertretenen Rechtsanschauung ein Übereinkommen mit dem galizischen Landtage wegen Über[g]abe der Verwaltung der Grundentlastungsfonds wegen Regelung der Grundentlastungsschuld in der Weise getroffen werden, dass die bisherigen Staatsvorschüsse und Beiträge zusammen per 75,172.560 fl. 54 5/10 Kreuzer abgeschrieben werden und dass vom Jahre 1883 an eine nicht rückzahlbare jährliche Staatssubvention im Betrage von 2,100.000 fl. erfolgt werde. Der bezügliche aus der Anlage ersichtliche Übereinkommensentwurf[a] wurde im Einvernehmen mit dem Finanzministerium festgestellt. Der Referent teilt den Entwurf dem Ministerrate mit.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt: Wie bereits vom Referenten erwähnt, wurde mit dem Patente vom 17. April 1848 die Robot in Galizien mit dem aufgehoben, dass []. Anlässlich [des Patentes vo]m 7. September [1848 wurde] von den polnischen Abgeordneten schon im Reichstage gegen die allgemeine Ausdehnung derselben sowie speziell gegen die Anordnung der Entschädigungsleistung aus den Provinzmitteln Protest erhoben, indem gesagt wurde, dass in Galizien die Robot schon aufgehoben sei und die Entschädigung aus Staatsmitteln zugesichert wurde. Indessen schließe auch das Gesetz vom 7. September 1848 keineswegs die Eventualität aus, dass der Staat in der einen oder anderen Provinz ganz oder zum Teile die Grundentlastungsentschädigung werde leisten müssen. Durch die Bestimmung, dass diese

---

[a] *Liegt mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei.*

[7] *Dies beschäftigte die Sitzungen von MR. v. 11. 2. 1868/IV, MR. II v. 2. 7. 1868/VII, MR. v. 31. 7. 1868/VI und MR. v. 21. 12. 1868/VII (liegen nicht ein). Einbringung in den galizischen Landtag* Prot. Landtag Galizien 22. 8. 1868 (1. Sitzung) 3.

[8] *Annahme durch den galizischen Landtag* Prot. Landtag Galizien 9. 10. 1868 (33. Sitzung) 889.

[9] *Beraten in MR. v. 5. 9. 1874/V und MR. v. 21. 9. 1874/I (liegen nicht ein).*

[10] *Die dem Landesverteidigungsminister Julius v. Horst – wie den anderen Regierungsmitgliedern vermutlich auch – mitgeteilten* Bemerkungen zur galizischen Grundentlastungsfrage *Ziemiałkowskis v. 6. 9. 1874 liegen in* Hhsta., SR. Nachlass Julius v. Horst, Karton 5, S-1: Studien & Denkschriften & Einsendungen & Entwürfe.

Entschädigung aus „den Mitteln der Provinz“ zu geschehen h[abe, soll]te nur gewahrt werden, dass nicht eine Provinz mit ihren Mitteln für eine andere aufzukommen habe. Dies erhellt aus den damaligen Verhandlungen. Als nämlich Dr. Smolka, welcher den Zusatzantrag gestellt hatte: „ist baldigst eine billige Entscheidung aus Staatsmitteln zu bestimmen“[11] gegen den Antrag des Berichterstatters der Kommission, Lasser: dass die Entschädigung „durch Vermittlung des Staates“ geschehen soll[12], die Einwendung erhob, dass dies kein rein stilistischer, sondern ein prinzipieller Verbesserungsantrag sei, erklärte Lasser in seinem und der Mitglieder der Kommission Namen „dass damit kein Gedanke im Rückhalte verbunden sei, aus welchen Mitteln der Entschädigungsfonds kreiert werden wird, sei hier ganz weggelassen.“[13] [] Sitzung vom [5. September] 1848 (stenografischer Bericht Seite 238 und 239) sagte der Berichterstatter des Ausschusses Lasser anlässlich der Frage des Abgeordneten Borrosch: „Wer die Entschädigung zu leisten habe?“ „Die Kommission wird Vorschläge an das Haus zu bringen haben, aus welchen Mitteln die einzelnen Provinzen die auf sie entfallende Entschädigung zu leisten haben. Ich für meine Person bin überzeugt, dass für die eine oder die andere Provinz kein anderer Ablösungsmodus übrigbleibt, als durch den Staat. Die Fassung des Kollektivamendements schließt also keineswegs die Entschädigung durch den Staat aus.“[14]

Die besondere Lage Galiziens wurde mit dem Ausführungspatente vom [4. März] 1849 anerkannt[15], indem man dieses Patent mit Rücksicht auf das Patent vom 17. April 1848 für Galizien nicht anwendbar erklärte. Auch im speziellen Patente für Galizien vom 15. August 1849 werde von einer Provinzialfondsbildung nichts gesagt. Es werde damit nur angeordnet, dass die Entschädigung aus den Staatskassen vollständig zu erfolgen sei und jene ehemaligen Untertanen, welche im Genusse der Dienstbarkeiten verbleiben wollen, jenen Teilbetrag der Entschädigung, welchen dieselben nach dem Patente vom 17. April 1848 an die Grundherrschaften zu leisten hatten, an die Staatskassen zu entrichten haben. Später erst wurde die Aufbringung der Entschädigungsmittel durch Steuerzuschläge []es Servitu[tenentgeltes] wurde aber gänz[lich fall]en gelassen. Als nun im Jahre 1857 die Tilgungsfrage herantrat, sah man wohl ein, dass das Land unmöglich die ganze Entschädigungsleistung übernehmen könne, nachdem eine Leistung der Untertanen entfallen war. Allerdings wurde, nachdem der damalige Finanzminister aus finanziellen Rücksichten dies für damals beantragen zu sollen glaubte, für die mit der Ah. Entschließung vom 13. Oktober 1857 gewährte Beitragsleistung des Staates jährlicher 2,500.000 fl. der Rückzahlungsanspruch vorbehalten. Doch lasse die damals zugleich wegen des Servitutenentgeltes Ah. angeordnete Erhebung und das später im Jahre [] von Sr. Majestät ausgesprochene Missfallen über die vom Ministerium selbstständig angeordnete Auflassung des Servitutenentgeltes[16] darauf schließen, dass Se. Majestät bei der Ah. Genehmigung des Antrages auf den Vorbehalt der Rückzahlbarkeit der Jahresbeiträge vorausgesetzt haben dürften, dass das Servitutenentgelt einen Fonds zur Rückzahlung der Vorschüsse bilden werde. Die jährlichen Staatsbeiträge per 2,500.000 fl. bildeten übrigens auch

---

11 Verhandlungen des österreichischen Reichstages 31. 8. 1848 (34. Sitzung) 153.

12 Verhandlungen des österreichischen Reichstages 30. 8. 1848 (33. Sitzung) 127.

13 Verhandlungen des österreichischen Reichstages 31. 8. 1848 (34. Sitzung) 168.

14 Verhandlungen des österreichischen Reichstages 5. 9. 1848 (37. Sitzung) 238 f.

15 *Beraten in MR. v. 28. 12. 1848/IX, MR. v. 6. 1. 1849/XVIII, MR. v. 8. 1. 1849/I, MR. v. 12. 2. 1849/III, MR. v. 28. 2. 1849/III und MR. v. 4. 3. 1849/V,* Ömr. II/1, Nr. 10, 12, 13, 18, 27 und 28. *Patent v. 4. 3. 1849,* Rgbl. Nr. 152/Ergänzungsband.

16 *Der Minister des Innern musste sich in MR. v. 20. 4. 1858/I auf Ah. E. v. 9. 1. 1858 dafür rechtfertigen, dass er das Servitutenentgelt aufgehoben hatte,* Ömr. III/6, Nr. 447.

nur beiläufig, nämlich nicht vollständig, den Ersatz für das in den andern Ländern von den Untertanen gezahlte Drittel und musste das Land seit 1858 behufs Deckung des Tilgungserfordernisses jährlich ca. 300.000 fl. über das Landesdrittel leisten, [] [U]mständen und [weil das] Land an dem Entgange des Untertanendrittels nicht schuld sei, fehle jeder Titel, dem Lande das Äquivalent dieses Entganges aufzubürden.

Der Finanzminister bemerkt, es seien drei verschiedene Ansichten über die Frage herrschend. Die eine, die der liberalen Opposition, sage, das Land habe 75 Millionen vom Staat genommen, es müsse daher dieselben zurückzahlen. Wenn schon die Rechtsfrage dahin evident wäre, so wäre es für das Land materiell ganz unmöglich, eine solche Zahlung zu leisten. Die zweite Anschauung deduziere aus dem Inhalte des Patentes vom 17. August 1848 [und] aus der Art und der Tendenz seiner Verlautbarung, dass der Staat verpflichtet sei, alle Entschädigung zu zahlen, sodass also das Land noch vom Staate einen Rückersatz zu fordern hätte. In der Mitte zwischen diesen beiden Extremen liege aber die Anschauung, dass die Staatsbeiträge keine Schuld des Landes bilden können und dass daher die Rückstände abzuschreiben und die weiteren Beiträge als Subventionen zu leisten seien. Gegen die Abschreibung der bis 1868 geleisteten Beiträge lasse sich der Einwand der Zentralaktiveneigenschaft dieser Beiträge wohl nicht grundhältig erheben, weil diesfalls immer das Territorialprinzip gegolten habe und von unserer Seite auch niemals daran ge[]enbür[]n verabfolgt [werde]. Die Vorlage stehe wesentlich auf dem Standpunkte der dem Landtage schon im Jahre 1868 gemachten Proposition. Man dürfte damit daselbst ohnehin einen schwierigen Stand haben, nachdem die Staatssubvention für die Zukunft jährlich eine halbe Million weniger betragen solle. Indessen sei ein anderer, Galizien mehr begünstigender Ausweg für die Regelung nicht möglich.

Das Prinzip des Übereinkommensentwurfes wird vom Ministerrate gutgeheißen.

Bei der Detailberatung des Entwurfes beantragt Minister Freiherr v. Ziemiałkowski dem Punkte 1 des Übereinkommens die aus der Beilage 2 ersichtliche Fassung zu geben[b]. Diese von ihm proponierte Abänderung bezwecke nämlich, die Bezeichnung „Schuld“ für die geleisteten Staatsbeiträge zu vermeiden, weshalb er lediglich die Zuflüsse mit den ihnen in den bezüglichen Verfügungen gegebenen Bezeichnungen als „Vorschüsse“ und „unverzinsliche Beiträge“ angeführt wissen wolle. Wenn man, wie es in dem vom Referenten vorgelegten Entwurfe heiße, sage: „Die dem Staate gegenüber bestehende Schuld wird abgeschrieben“, so werde damit die Anerkennung der Schuld ausgedrückt. Nachdem der Landtag diesfalls stets einen anderen Standpunkt eingenommen habe und [] [ihm mit d]em Über[einkommen ein V]erzicht auf ei[nen restl]ichen Beitrag von 525.000 fl. für die weitere Tilgungsdauer auferlegt werden solle, so scheine es schwer, dem Landtage auch noch die Anerkennung der nun abzuschreibenden Beiträge als Schuld zuzumuten. Die von ihm (Minister Freiherr v. Ziemiałkowski) proponierte Fassung dürfte die Annahme des Übereinkommens erleichtern, während damit in der Sache, da ja der Staat auf die Rückzahlung verzichte, keine Änderung geschehe.

---

b *Liegt mit Brandschäden dem Originalprotokoll bei.*

Nach kurzer Diskussion erklären sich sämtliche Minister mit der vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski für Punkt 1 proponierten Fassung [ein]verstanden. Die übrigen Bestimmungen des Übereinkommensentwurfes werden nach der Vorlage akzeptiert[17].

II. Der Handelsminister beabsichtigt, aus Anlass der Ah. Reisen Sr. Majestät mit einigen Auszeichnungsanträgen für Eisenbahnbedienstete vorzugehen und erbittet sich zu diesem Behufe die Zustimmung des Ministerrates zum Vorhaben, für den Oberingenieur und Heizhauschef der privilegierten österreichischen Staatseisenbahn-Gesellschaft in Wien, Anton Feldbacher, welcher bereits mehr als 40 Jahre im Eisenbahndienste stehe und stets eine eifrige und dem österreichischen Ei[senbahnwesen] [] [Ri]tterkreuz [des Franz-Joseph-]Ordens zu [erwirken]. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[18].

Wien, am 1. Juli 1882. Ziemiałkowski.
Gesehen. Taaffe. 7. Juli [1882.]

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 404 Ministerrat, Wien, 10. Juli 1882

RS.; P. Klaps; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 10. 7.), Ziemiałkowski, Pražák, Dunajewski; abw. Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb, Pino.

I. Wegen Einberufung des Landtages in der Bukowina für die ersten Tage des Monats August. II. In Angelegenheit der Bestätigung der Wahl des Dr. Richard Bazzoni als Podestà in Triest. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Direktor des Zentraltaxamtes, Hofrat Georg Zimmermann.

KZ. 73 – MRZ. 60

Protokoll des zu Wien am 10. Juli 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident als Minister des Innern bringt ein Schreiben des Landespräsidenten in der Bukowina zur Ver[lesung,][1] [] [der]selbe []eist, welche [die Einberu]fung des Bukowi[naer La]ndtages für die ersten Tage des Monats August sehr erwünscht erscheinen lassen. Se. k. u. k. apost. Majestät haben nämlich mit der Ah. Entschließung vom 19. Juni 1882 den Kirchenkongress für die griechisch-orientalische Bukowinaer erzbischöfliche Diözese auf den 26. Juli 1882 nach Czernowitz Ag. einzuberufen[2] und hiebei den Ah. Willen

---

17 *Mit Ah. E. v. 31. 8. 1882 erhielt Taaffe auf seinen Vortrag v. 25. 8. 1882 die Ermächtigung, den Gesetzentwurf über die galizischen Grundentlastungsfonds in den galizischen Landtag einbringen zu dürfen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3374/1882. *Dies geschah mit Zuschrift Potockis v. 9. 9. 1882,* Prot. Landtag Galizien 11. 9. 1882 (4. Sitzung) 30. *Das Thema wurde fortgesetzt in MR. v. 14. 10. 1882/I.*

18 *Mit Vortrag v. 1. 7. 1882 beantragte Pino mit weiteren Auszeichnungen für andere Bahnbedienstete für Feldbacher das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens. Entsprechend wurden mit Ah. E. v. 11. 7. 1882 die Auszeichnungen verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2709/1882.

1 *Zuvor war die Einberufung des dalmatischen Landtages zur Sprache gekommen, MR. v. 26. 5. 1882/II. Schreiben des Landespräsidenten in Czernowitz, Alesani, an Taaffe v. 8. 7. 1882,* Ava., IM., Präs., Karton 939, Sig. 31/Bukowina, Zl. 3578/1882.

2 *Siehe dazu MR. v. 9. 6. 1882/IX.*

bekanntzugeben geruht, dass der Kongress seine Aufgabe in kürzester Zeit löse und zwar seine Verhandlungen ohne Unterbrechung führe und spätestens binnen 14 Tagen, das ist bis zum 8. August, beendige. Viele Kongressmitglieder seien gleichzeitig Landtagsabgeordnete und müssten daher die bereits für Juli und August beabsichtigt gehabte Badereise ganz aufgeben, wenn der Landtag erst im September einberufen werden würde, da die Zwischenzeit dann zu kurz ausfallen würde. Auch sei eine Kollision zwischen den Beratungen des Kongresses und jenen des Landtages nicht zu befürchten, da erfahrungsgemäß die ersten 8 Tage eines Landtages mit der Wahl der Ausschüsse usf. vergehen. Was die Arbeiten des Landtages anbelangt, so habe sich derselbe in der heurigen Session lediglich in den Voranschlägen für das Jahr 1883 und mit den Rechnungsabschlüssen für das Jahr 1881 [] [a]Brückenma[a]utge[a]bühr[a] []en und würde [er seine] Tätigkeit jedenfalls zwischen dem 15. und 20. August schließen können. Der Landespräsident berufe sich auch darauf, dass der Landeshauptmann sowohl als auch der griechisch-orientalische Erzbischof und Metropolit als Vorsitzender des Kongresses mit der Einberufung des Bukowinaer Landtages für den 1. August vollkommen einverstanden sind und dass der Landesausschuss bis dahin mit sämtlich einzubringenden Landtagsvorlagen fertig sein wird. Der Ministerpräsident glaubt, unter diesen Umständen bei Sr. k. u. k. apost. Majestät die Erlassung des diesbezüglichen [ka]iserlichen Patentes au. beantragen zu sollen, zumal angenommen werden kann, dass, wenn dem vielseitig geäußerten Wunsche entsprechend der Landtag auf diese Zeit einberufen werden würde, auch die Arbeiten schnell erledigt und die Verhandlungen baldigst beendigt sein werden.

Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden[3].

II. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern teilt der Konferenz ein Schreiben des Statthalters in Triest mit[4], zufolge welchem es jetzt, nachdem die Neuwahlen für den Triester Stadtrat, zugleich Landtag, durch[] des Podestà []rden wird. [Da] mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, dass der bisherige Podestà, Dr. Richard Bazzoni, mit überwiegender Majorität zum Podestà wiedererwählt werden wird[5], und da derselbe während der letzten dreijährigen Funktionsdauer ein korrektes Benehmen beobachtet und keinen Anlass zu unliebsamen Wahrnehmungen gegeben habe, so habe Statthalter Freiherr v. Pretis geglaubt, schon jetzt um die Erwirkung der Ah. Bestätigung bitten zu sollen, zumal es von besonderem Werte sei, dass die Ah. Bestätigung der Wahl Bazzonis noch vor der Vornahme der bevorstehenden Munizipaldelegationswahl erfolge und dass schon bei dieser Wahl der neue Bürgermeister den Vorsitz im Stadtrate übernehmen könne. Der Ministerpräsident glaubte nun, die Ah. Bestätigung wohl nicht früher einholen zu können, als bis nicht die Wahl auch wirklich stattgefunden hat. Heute habe nun die Wahl stattgefunden, weshalb er (Ministerpräsident) sich zunächst die Zustimmung des Ministerrates einhole, übrigens den

---

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach* Prot. Landtag Bukowina 1. 8. 1882 (I. Sitzung) 1.

[3] *Mit Vortrag v. 12. 7. 1882 beantragte Taaffe die Einberufung des Landtages der Bukowina für den 1. 8. 1882 nach Czernowitz, was mit Ah. E. v. 18. 7. 1882 auch genehmigt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2806/1882. *Die Einberufung erfolgte mit kaiserlichem Patent v. 18. 7. 1882,* Rgbl. Nr. 104/1882. *In MR. v. 31. 7. 1882/I wurde die Einberufung der Landtage von Istrien, Galizien und Krain beraten.*

[4] *Das Schreiben des Statthalters in Triest Pretis liegt in* Ava., IM., Präs. Sig. 11 *nicht ein.*

[5] *Die Bestätigung Bazzonis zum Podestà von Triest nach den Wahlen 1879 war besprochen worden in MR. I v. 19. 5. 1879/I und MR. v. 20. 5. 1879/I (liegen beide nicht ein).*

au. Vortrag bereits habe vorbereiten lassen, sodass derselbe heute noch abgehen und die Ah. Bestätigung, um deren Ag. Bekanntgabe im telegrafischen Wege gebeten wird, bis morgen erfolgen könne. [] [Zustimm]ung []en.

Die Konferenzmitglieder nehmen diese Mitteilung zustimmend zur Kenntnis[6].

III. Der Finanzminister teilt der Konferenz seine Absicht mit, für den mit dem Titel und Charakter eines Hofrates bekleideten Oberfinanzrat und Direktor des Zentraltax- und Gebührenbemessungsamtes in Wien, Georg Zimmermann, ein sichtbares Zeichen der Ah. Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung erwirken zu wollen. Zimmermann diene im 32. [Ja]hre und habe sich als Leiter des ihm anvertrauten wichtigen Amtes wie auch in seiner früheren langjährigen Dienstleistung stets auf das Vorzüglichste bewährt. Ebenso habe derselbe auch als Landtagsabgeordneter von Niederösterreich unbeschadet seiner eigentlichen Berufspflicht in verschiedenen Landesangelegenheiten namentlich in Schulsachen sehr Ersprießliches geleistet und durch seine korrekte und vermittelnde Haltung die Interessen des Landes und der Regierung in anerkennenswerter Weise zu fördern gestrebt. Der Statthalter als Finanzlandesdirektor stelle nun hinsichtlich des Auszeichnungsgrades einen alternierenden Antrag, nämlich das Ritterkreuz des Leopoldordens oder den [Orden der Eisernen Krone III. Klasse.] [] [leiten]der Sek[tionschef des Finanzmin]isteriums, [habe für] den höheren Grad, [d]as Ritterkreuz des Leopoldordens plädiert. Der Finanzminister glaube nun sich für den minderen Grad, den Orden der Eisernen Krone III. Klasse aussprechen zu sollen, da Zimmermann bloß Titularhofrat ist und sonst noch mit keiner Ordensdekoration geziert ist.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass wohl hier zunächst in Berücksichtigung zu ziehen komme, dass Zimmermann nicht wirklicher Hofrat, sondern nur mit dem Titel und Charakter eines solchen bekleidet ist, dann dass er noch keinen österreichischen Orden besitze und dass er endlich in Aktivität [bl]eibe und noch fortdiene. Wenn nun die erste Auszeichnung der Leopoldorden wäre, was würde dann eventuellen Falles für ein Auszeichnungsgrad nachfolgen müssen. Graf Taaffe glaubt, sich daher im Sinne des Antrages des Finanzministers für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse aussprechen zu müssen. Die übrigen Konferenzmitglieder treten dieser Ansicht gleichfalls bei[7].

Wien, am 10. Juli 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 405 Ministerrat, Wien, 12. Juli 1882

RS.; P. Klaps; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 12. 7.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski; außerdem anw. Rotky; abw. Conrad, Welsersheimb, Pino.

I. Entwurf einer neuen Marktordnung für den Wiener Zentralviehmarkt zu St. Marx, nebst dem diesfalls mit der Länderbank abzuschließenden Übereinkommen. II. Verleihung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Ministerialrat Ritter v. Schauenstein im Ackerbauministerium anlässlich seiner Pensionierung.

---

6 *Die Bestätigung Bazzonis nach der Wahl 1882 erfolgte über Vortrag Taaffes v. 10. 7. 1882 mit Ah. E. v. 11. 7. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2761/1882.

7 *Den Vortrag Dunajewskis v. 10. 7. 1882 resolvierte Franz Joseph im Sinne des Antrags mit Ah. E. v. 17. 7. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2796/1882.

KZ. 74 – MRZ. 61

Protokoll des zu Wien am 12. Juli 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ackerbauminister bringt zur Sprache den Entwurf einer neuen Marktordnung [für den Wiener Zentralviehmarkt zu St. Marx[1] und] das [nebstdem mit der] Länderbank[2] [diesfalls] abzuschließende Übereinkommen[3]. Wie bekannt müsse die Regelung der Marktordnung infolge des Viehseuchengesetzes erfolgen[4]. Angesichts der hinsichtlich der Fleischapprovisionierung so vielseitig bestandenen Übelstände sei auch die Notwendigkeit eingetreten, eine eigene Enquête zu diesem Behufe einzuberufen. Dieselbe habe auch stattgefunden[5] und seien sodann aufgrund des bei diesen Beratungen hervorgebrachten Materiales die weiteren Verhandlungen zwischen den betreffenden Ministerien und mit den diesfalls interessierten Körperschaften gepflogen worden[6]. Über die Marktordnung sei [a]uch eine Einigung erzielt worden. Anders verhalte es sich jedoch mit dem diesfalls mit der Länderbank wegen Führung der Geschäfte der Wiener Fleischmarktkassa abzuschließenden Übereinkommen. Zunächst sei die Bestimmung getroffen worden, dass die Errichtung einer solchen Kassa von einem bereits bestehenden Geldinstitute übernommen werde. Schon vor einem Jahre seien verschiedene Versuche gemacht worden, diesfalls mit diversen Instituten anzuknüpfen. Nirgends jedoch sei der Mut vorhanden gewesen, darauf einzugehen. Nur die Länderbank habe die Errichtung dieser Fleischkassa unter gewissen Bedingungen zu übernehmen sich bereit

---

1 *Der Wiener Viehmarkt kam zur Sprache in MR. v. 22. 1. 1881/VI und MR. v. 16. 11. 1881/IX (liegen nicht ein). Mit Schreiben (K.) Falkenhayns v. 21. 11. 1881 hatte er den Ministerien des Innern und des Handels, der niederösterreichischen Statthalterei, dem Bürgermeister von Wien und ausgewählten Landwirten sowie Fachmännern die Notwendigkeit der Reform der Marktordnung des Wiener Zentralviehmarktes mitgeteilt,* Ava., AckM., Präs. 1271/1881. *Siehe hier auch die Beweggründe zu dieser Initiative in den Referentenbemerkungen zu Beginn des Aktes.*

2 *Nach der Beratung in MR. v. 14. und 15. 10. 1880/I (liegt nicht ein) wurde – auf Ermächtigung durch Franz Joseph,* Wiener Zeitung (M.) v. 17. 10. 1880 – *mit Erlass des Innenministeriums v. 15. 10. 1880 der Société de l'Union générale in Paris die Bewilligung erteilt, die k. k. priv. österreichische Länderbank zu errichten – Beschreibung der Vorgänge in* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4405/1880*; der entsprechende Akt* Ava., IM., allg., Zl. 17121/1880*, konnte in den Beständen des Ministeriums nicht gefunden werden. Die Länderbank teilte mit Schreiben o. D. an das Finanzministerium ihre Protokollierung beim Handelsgericht in Wien am 13. 11. 1880 mit, was das Finanzministerium mit Schreiben (K.) v. 20. 11. 1880 zur Kenntnis nahm,* Fa., FM., Präs., Sig. 8.2, Zl. 5971/1880. *Die Ernennung von Ludwig Graf Wodzicki zum Gouverneur der Bank wurde beraten in MR. v. 17. 11. 1880/IV, die mit Ah. E. v. 21. 11. 1880 auf Vortrag Dunajewskis v. 17. 11. 1880 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4405/1880.

3 *Entwurf des Übereinkommens mit der Länderbank,* Ava., HM., allg., Sig. 15, Karton 756, Zl. 18496/1882.

4 *Gesetz v. 29. 2. 1880,* Rgbl. Nr. 35/1880. *Es wurde beraten in MR. v. 19. 10. 1877/I, MR. v. 14. 11. 1877/I, MR. v. 6. 6. 1878/I, MR. v. 12. 1. 1879/VI, MR. v. 25. 3. 1879/XI, MR. v. 16. 9. 1879/I, MR. II v. 27. 9. 1879/I, MR. v. 21. 10. 1879/I und MR. v. 1. 3. 1880/IV (alle Protokolle liegen nicht ein). Vortrag Lassers v. 14. 11. 1877 zur Einbringung des Entwurfes des Viehseuchengesetzes in den Reichsrat, bewilligt mit Ah. E. v. 20. 11. 1877,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4053/1877*; Einbringung des Gesetzentwurfes in das Abgeordnetenhaus mit Zuschrift Innenminister Lassers,* Prot. Reichsrat AH. 27. 11. 1877 (312. Sitzung) 10297 f.*; Annahme durch das Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 14. 5. 1879 (458. Sitzung) 14733 f. *und durch das Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 16. 5. 1879 (94. Sitzung) 1481*; Sanktion auf Vortrag Taaffes v. 24. 2. 1880 mit Ah. E. v. 29. 2. 1880,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 786/1880.

5 *Siehe dazu das* Protokoll der im k. k. Ackerbau-Ministerium vom 12. bis incl. 16. December 1881 abgehaltenen commissionellen Berathung in Angelegenheit der Errichtung des Wiener Schlachtviehmarktes (Wien 1882)*, einliegend in* Ava., HM., allg., Sig. 15, Karton 756, Zl. 86/1882.

6 *Der ausgearbeitete Gesetzentwurf* Ava., HM., allg., Sig. 15, Karton 756, Zl. 18496/1882.

erklärt. Diese Bedingungen seien nun die Differenzen, welche ihn (den Ackerbauminister) [] brin[]. [Im] betreffenden Übereinkommen mit der Länderbank sei ein Punkt enthalten, welcher bei der darüber von der ständigen Vereinskommission abgehaltenen Beratung von der Majorität als bedenklich erklärt und daher abgelehnt wurde. Derselbe gehe nämlich dahin, dass der Länderbank das Recht eingeräumt werde, zur Führung der Geschäfte der Wiener Vieh- und Fleischmarktkassa auch eine besondere Aktiengesellschaft zu bilden[7]. Für ein solches Zugeständnis fehle jedoch die Opportunität. Der Ackerbauminister glaubt nun, dem entgegnen zu sollen, dass es bei der Bildung einer Aktiengesellschaft zum vorgesteckten Ziele sich nicht um die Gründung einer Bank im engeren Sinne, sondern um ein Approvisionierungsinstitut handle. Diesem Charakter des Institutes gegenüber müsse aber der Umstand, dass zu dem Zwecke desselben auch Kreditgeschäfte in einer bestimmten Richtung, nämlich zur Förderung des Hauptzweckes der Approvisionierung und des geregelten Marktverkehres, betrieben werden sollen, in den Hintergrund treten. Die Eigenartigkeit und Wichtigkeit der Geschäfte rechtfertige in ausreichendem Maße die Gründung eines besonderen Institutes zur Besorgung derselben. Auch die Befürchtung, dass im Falle der Übertragung der Führung der Geschäfte an ein der Regierung nicht genehmes Institut erfolgen könnte, erscheine zu weitgehend. Eine Garantie sei in dem Umstande gegeben, [dass ein diesfälliges] Über[einkommen mit der] Länder[bank] an die Marktord[nung] gebunden wäre. Seiner (des Ackerbauministers) Ansicht nach spreche die Opportunität dafür, dass der betreffenden Bank die Möglichkeit geboten werde, das Geschäft zu übertragen, d. h. eine eigene Gesellschaft dafür zu gründen.

Der Ministerpräsident bemerkt, es sei hervorgehoben worden, dass so eine Bank nur dann bestehen könne, wenn sie auch Bankgeschäfte hiemit verbinden und unternehmen kann. Daher sei zunächst auf die Länderbank Rücksicht zu nehmen, da dieselbe jedenfalls die Sache wohlfeiler und besser machen könne als eine neue, die wahrscheinlich [wi]eder nur darauf ausginge, einen Gründungsgewinn einzuheimsen. Eine solche neue Gesellschaft zu gründen, das sei nun eben der Anlass, umso mehr, als dann derlei Geschäfte der Regierung in die Schuhe geschoben würden, sehr viel Geschrei darüber erhoben und noch mehr Kapital seitens der Opposition daraus geschlagen würde. Bei der Länderbank stünde die Sache anders, da sie die Garantie bieten könnte, dass so etwas nicht geschehe, auch wenn sie eine eigene Gesellschaft dafür gründen würde, und weil schließlich ein schon bestehendes konsolidiertes Institut auch die weitere, größere Garantie für die entsprechende Besorgung der Geschäfte dieser Kassa bieten würde. Eine große Vorsicht in diesem Falle zu üben, sei unbedingt [erforderlich, damit] eine [Bank in keiner W]eise machen [könne, was] sie wolle. Er (Ministerpräsident) müsse sich daher gegen die Opportunität des beanspruchten Zugeständnisses aussprechen, um so mehr als bisher mit Festigkeit an dem Prinzipe festgehalten wurde, keine neue Bank zu gründen, und eine Ausnahme hievon nur in den Fällen der dringendsten Notwendigkeit zu machen. Für das Ministerium des Innern sei es daher schwer, eine solche Konzession zu geben, und könnte dasselbe auch der Einräumung des Rechtes der Übertragung der bezüglichen Geschäfte eine bereits bestehende Gesellschaft nur unter der Bedingung nicht entgegentreten, wenn diese Übertragung an die Bedingung der Zustim[m]ung der Regierung gekn[üpft] sein wird.

---

7 *Punkt 14 des geplanten Abkommens mit der Länderbank,* AVA., HM., allg., Sig. 15, Karton 756, Zl. 18496/1882.

Der Leiter des Justizministeriums ist der Meinung, dass die Ansichten der beiden Ministerien wohl nicht so weit auseinander gingen, dass nicht eine Vereinbarung zu erzielen sein dürfte. Es handle sich ja nur um eine richtige Formulierung. Was den Vorbehalt der Genehmigung der Regierung anbelangt, so könne derselbe wohl von der Länderbank nicht zurückgewiesen werden. Es müsse ja doch jede Art Konzession von der Regierung ausgehen. Auf die Bemerkung des Finanzministers, dass man beides trennen und zwar vor der Abschließung des in Rede stehenden Übereinkommens die Marktordnung feststellen könne, erwidert der Ministerpräsident, [] [rech]tliche [Voraussetzung für] die Aktivi[erung der pr]ojektierten Marktordnung sei, und eine solche Marktordnung von der Regierung gar nicht proponiert werden könnte, wenn sie nicht früher die Sicherheit hat, dass tatsächlich ein Institut bereit ist, die Marktkassa zu errichten. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski und der Finanzminister stimmen gleichfalls in der Ansicht überein, dass die Giltigkeit der Übertragung der Führung der Geschäfte von der Genehmigung der Regierung abhängig zu machen und in einem Vertrage eine Konzession nicht im Vorhinein zu geben ist. Es hätte demnach eine andere Formulierung dieses Punktes erwählt zu werden, wodurch [di]e Länderbank in die Lage [ge]setzt würde, das Geschäft zu übernehmen, und zwar nach ihren Statuten.

Über Aufforderung des Ministerpräsidenten liest der Ministerialrat im Ministerium des Innern Freiherr v. Rotky den betreffenden § 6 der Statuten der Länderbank vor, der lautet: „Die k. k. priv. österr. Länderbank ist berechtigt, industrielle, landwirtschaftliche, kommerzielle und sonstige das öffentliche Wohl fördernde volkswirtschaftliche Unternehmungen aller Art zu errichten oder sich an deren Errichtung zu beteiligen; behufs Begründung und Betreibung solcher Unternehmungen Aktien- oder Aktienkommanditgesellschaften zu errichten oder die Umgestaltung bestehender [a]Unternehmungen in Aktien- oder Aktienkommanditgesellscha[a]ften [a]zu bewirken und[a] für alle der[a]artigen Unte[a]rnehmungen und [a]Gesell[a]schaften Aktien und Obligationen auszugeben."

Nachdem sich hierüber noch eine längere Diskussion entsponnen hat, reassumiert der Ministerpräsident die ganze Verhandlung dahingehend, dass der Ministerrat den Vortrag des Unterrichtsministers zur Kenntnis genommen, die allfälligen Bedenken hervorgehoben und beschlossen hat, dass ein Komitee aus Vertretern der Ministerien des Innern, der Justiz und[b] für Ackerbau zusammentrete, um mit Rücksicht auf die in den Statuten der Länderbank enthaltenen Bestimmungen eine entsprechende Formulierung des beanständeten Punktes 14 des [Üb]ereinkommens zu veranlassen[8].

II. Als weiteren Gegenstand bringt der Ackerbauminister einen Auszeichnungsantrag zum Vortrage und zwar in Betreff der Ag. Verleihung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Ministerialrat im Ackerbauministerium Anton Ritter v. Schauenstein anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand. Schauenstein habe allerdings erst eine anrechenbare 35-jährige Dienstzeit, allein ein akutes Herzleiden erlaube ihm nicht mehr, länger seinen Dienstesobliegenheiten nachzugehen. Was seine Fähigkeiten anbelangt, so sei dessen Abgang []in [] gleich vor[]. Als Auszeichnungsgrad sei das Komturkreuz des Franz-Joseph-

---

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach den wortgleichen Ausführungen aus § 6 c) der* Statuten der kais. Kön. privilegierten Österreichischen Länderbank (Wien 1916).

[b] *Streichung durch Falkenhayn* der Finanzen.

[8] *Protokoll der Sitzung der oben beschlossenen Kommission v. 17. 7. 1882,* Ava., AckM., Präs. 1085/1882. *Fortgesetzt in MR. v. 25. 7. 1882/I.*

Ordens gewählt worden, weil er bereits mit dem Ritterkreuze des Leopoldordens ausgezeichnet ist[9]. Zudem sei dies nicht das erste Mal, dass einem Ministerialrate ein solcher Ordensgrad zuteilwerde. Auch haben Se. k. u. k. apost. Majestät über eine au. mündliche Anfrage hin sich nicht dagegen auszusprechen geruht. Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden, unter dem Vorbehalte, dass dies aber in Hinkunft nicht zur Norm werde[10].

Wien, am 12. Juli 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 21. Juli 1882. Franz Joseph.

Nr. 406 Ministerrat, Wien, 19. Juli 1882

RS.; P. Klaps; VS. Falkenhayn; BdE. und anw. (Falkenhayn 19. 7.), Conrad, Pino; BdE. und abw. (Taaffe 23. 7.); abw. Ziemiałkowski, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski.

I. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Landesgesetzes vom 25. Oktober 1877, womit die §§ 6 und 7 des Landesgesetzes vom 17. Jänner 1870 zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes an den öffentlichen Volksschulen abgeändert wurden. II. Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Dechant des Wyschehrader Kapitels, Johann Berkowetz.

KZ. 75 – MRZ. 62

Protokoll des zu Wien am 19. Juli 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ackerbauministers Grafen Falkenhayn.

I. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über den vom Salzburger Landtage in der letzten Session beschlossenen [Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Landes]ge[setzes vom 25. Ok]tober 1877 Nr. 37[1] [w]omit die §§ 6 und 7 [des] Landesgesetzes vom 17. Jänner 1870 zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes an den öffentlichen Volksschulen[2] abgeändert wurden[3]. Infolge des Landesgesetzes für Salzburg vom 24. November 1863, betreffend das Schulpatronat und die Kostenbestreitung für die Lokalitäten der Volksschulen[4], ist das Schulpatronat des Stiftes Mattsee entfallen und das mit diesem Patronate verbunden gewesene Präsentationsrecht für die Schuldienste in den Gemeinden Seeham und Obertrum auf diese Gemeinden übergegangen. Durch das Landesgesetz vom 17. Jänner 1870 zur Regelung [d]er Rechtsverhältnisse des Lehrstandes an den öffentlichen Volksschulen und durch den die Pflicht der Gemeinden zur Herstellung und Erhaltung der Schullokalitäten normierenden § 37 des Landesgesetzes vom 10. Jänner 1870 zur Regelung

---

9 *War beraten worden in MR. v. 1. 7. 1878/IX (liegt nicht ein).*

10 *Schauenstein erhielt mit Ah. E. v. 18. 7. 1882 den in Vortrag Falkenhayns v. 13. 7. 1882 beantragten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2811/1882.

1 *Das Gesetz v. 25. 10. 1877,* Lgbl. Salzburg Nr. 37/1877*, war beraten worden in MR. v. 19. 10. 1877/IV (liegt nicht ein).*

2 *Gesetz v. 17. 1. 1870,* Lgbl. Salzburg Nr. 12/1870*; die Einbringung entsprechender Gesetze in die Landtage war beraten worden in MR. v. 13. 7. 1869/VII, siehe hier besonders Anm. 16,* Cmr. II, Nr. 242.

3 *Der Gesetzentwurf war beschlossen worden in der Sitzung des Landtages* Prot. Landtag Salzburg 12. 10. 1881 (5. Sitzung) 1088.

4 *Gesetz v. 24. 11. 1863*, Lgbl. Salzburg Nr. 21/1863. *Siehe dazu MR. v. 2. 11. 1863/I,* Ömr. V/7, Nr. 411.

der Errichtung, der Erhaltung und des Besuches der öffentlichen Volksschulen[5], ist das erwähnte Präsentationsrecht der beiden genannten Gemeinden tatsächlich unberührt geblieben und erst infolge des Landesgesetzes vom 25. Oktober 1877, womit die §§ 6 und 7 des Landesgesetzes vom 17. Jänner 1870 zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes abgeändert wurden, haben die genannten Gemeinden das Präsentationsrecht verloren und ist [] [auf den] Landesfürsten[a] [üb]ergegangen. [Von die]sem werden auch gegenwärtig nach dem Landesgesetze vom 5. November 1880[6] außer den Kosten für die Schullokalitäten, deren Beheizung, Beleuchtung und Reinigung und für die Lehrerwohnung alle sachlichen Bedürfnisse der Volksschulen und die Bezüge des Lehrpersonales bestritten.

Der Landtag (Majorität) habe nun in diesem Gesetze eine Unbilligkeit erblickt gegenüber den Gemeinden Seeham und Obertrum, da dieselben die gesamten Baukosten für ihre Schulen ohne Inanspruchnahme eines Patronatsbeitrages bestritten haben und zur Behebung dieser Unbilligkeit den eing[an]gs erwähnten Gesetzentwurf beschlossen. Nach diesem Gesetzentwurfe solle das Landesgesetz vom 25. Oktober 1877 durch den Zusatz einer Ausnahmsbestimmung dahin abgeändert werden, dass den Gemeinden Seeham und Obertrum das Präsentationsrecht zu bleiben habe.

Er (Minister für Kultus und Unterricht) könne nun für diesen Gesetzentwurf die Ah. Sanktion nicht beantragen, da eine solche Ausnahme zugunsten von ein paar Gemeinden schon wegen der daraus folgenden Konsequenzen nicht zu begründen, noch weniger aber nach dem heutigen Standpunkte der Reichsvolksschul-Gesetzgebung zulässig wäre. Zunächst komme ja in Be[tracht] [] Ge[meinden die Kosten] der Her[stellung und Er]haltung ih[rer Schulen] nicht aufgrund des Patronates, welches durch das Gesetz vom 24. November 1863 gänzlich entfallen und nicht auf die Gemeinden übergegangen ist, zu bestreiten haben, sondern ihnen dies gleich allen übrigen Gemeinden des Landes aufgrund des dem Wortlaute nach mit dem Gesetze vom 5. November 1880 geänderten § 37 des Schulerrichtungsgesetzes vom 10. Jänner 1870 obliegt. Ebenso würde, bei dem jetzt bestehenden Erhaltungsmodus der Schulen in Salzburg, wo die Gehalte usf. der Lehrer von den Gemeinden nicht bestritten werden, ein Präsentations[r]echt derselben, dem im § 50 des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 ausgesprochenen Grundsatze widerstreiten[7]. Es erscheine daher nicht gerechtfertigt, zwei einzelnen Gemeinden ausnahmsweise eine Begünstigung zuzuwenden, welche gewiss zu Klagen Anlass bieten würde. Abgesehen übrigens von diesen sachlichen Bedenken würden selbst auch schon die diesem Gesetzentwurfe anhängenden formellen Gebrechen dessen Sanktionierung nicht geeignet erscheinen lassen. So enthalte unter anderem die Überschrift des Gesetzes eine ganz unpassende und unrichtige Bezeichnung. Dieselbe lautet: „Gesetz, womit der § 7 usf. durch einen ‚Zusatzantrag' [b]abgeändert wird".[b] [Es sei] nicht rich[tig, dass §] 7 des Gesetzes [vom 25. Okto]ber 1877 abgeändert werden soll, sondern der fünfte Absatz des Artikel I dieses Gesetzes. Mit einem Worte, es könne dies als eine höchst schleuder-

---

[a] *Brandstelle ergänzt nach* Lgbl. Salzburg Nr. 37/1877.

[b–b] *Brandstelle ergänzt nach Gesetzentwurf des Salzburger Landtages* Prot. Landtag Salzburg 26. 9. 1881 (2. Sitzung) 582.

5 *Gesetz v. 10. 1. 1870,* Lgbl. Salzburg Nr. 11/1870*, die Einbringung entsprechender Gesetze in die Landtage war beraten worden in MR. v. 13. 7. 1869/VI, siehe hier bes. Anm. 14,* Cmr. II, Nr. 242.

6 *Gesetz v. 5. 11. 1880,* Lgbl. Salzburg Nr. 11/1880*, beraten in MR. v. 28. 10. 1880/I (liegt nicht ein).*

7 *Zum Reichsvolksschulgesetz v. 14. 5. 1869,* Rgbl. Nr. 72/1882.

hafte Arbeit bezeichnet werden. Unter solchen Umständen sehe sich der Minister für Kultus und Unterricht bemüßigt, bei Sr. k. u. k. apost. Majestät den au. Antrag zu stellen, diesem Gesetzentwurfe die Ah. Sanktion nicht zu erteilen.

Die übrigen Konferenzmitglieder erklären sich damit einverstanden[8].

[II.] Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich weiters die Zustimmung der Konferenz zu seinem Vorhaben, bei Sr. k. u. k. apost. Majestät die Ag. Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Dechant des Wyschehrader Kollegialkapitels, Johann Berkowetz, zu beantragen. Der Genannte werde als ein frommer, pflichtgetreuer Mann von ehrenhaftem Charakter und wissenschaftlicher Bildung bezeichnet, welcher nebstdem eine korrekte staatsbürgerliche Haltung und einen makellosen Lebenswandel beobachtet und sich stets als ein Förderer und Wohltäter der Schule und hilfreicher Freund der Armen bewährt hat. In solchem Sinne sprechen [sich] der [Statthalter von] Böhmen sowie [der Erz]bischof Kardinal Schwarzenberg aus. Berkowetz erscheine daher mit Rücksicht auf seine um Staat und Kirche erworbenen Verdienste einer Ah. Auszeichnung würdig. Die übrigen Konferenzmitglieder erteilen dem Minister für Kultus und Unterricht ihre Zustimmung zu diesem Auszeichnungsantrage[9].

Wien, am 19. Juli 1882. Falkenhayn.
Gesehen. Taaffe. 23. 7.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

Nr. 407 Ministerrat, Wien, 25. Juli 1882

RS.; P. Klaps; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 25. 7.), Falkenhayn, Pino; außerdem anw. Rotky, Beck; abw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski.

I. In Angelegenheit der Marktordnung für den Wiener Viehzentralmarkt zu St. Marx, insbesondere wegen des mit der Länderbank abzuschließenden Übereinkommens wegen Errichtung und Haltung der Fleischkassa. II. Regierungsvorlage für den Istrianer Landtag betreffend das Halten und Weiden von Ziegen. III. Regierungsvorlage für den Istrianer Landtag über die Schonung des Wildes. IV. Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an die Oberbergkommissäre Christian Mlady und Ludwig Jaroljmek. V. In Betreff der Konzessionierung der Lokalbahn (mit elektrischem Betriebe) von Mödling nach Vorderbrühl, eventuell Hinterbrühl. VI. In Betreff der Konzessionierung einer Lokalbahn von Wittmannsdorf nach Ebenfurth. VII. Mitteilung über den Stand der Stadtbahnfrage. VIII. Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Rechnungsrat Johann Winkler.

KZ. 76 – MRZ. 63

Protokoll des zu Wien am 25. Juli 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

---

8 *Mit Vortrag Conrads v. 20. 7. 1882 wurde die Nichtsanktionierung des Salzburger Gesetzentwurfes beantragt, dem Franz Joseph mit Ah. E. v. 26. 7. 1882 folgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2932/1882.

9 *Mit Ah. E. v. 22. 7. 1882 verlieh Franz Joseph dem Genannten über Vortrag Conrads v. 21. 7. 1882 den beantragten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2904/1882.

I. Der Ackerbauminister berichtet über die vom Ministerrate mit Beschluss vom 12. Juli 1882[1] []es [] [de]r Ministerien des [a]Inn[a]ern, der Justiz [a]und für Ack[a]erbau zusammengesetzten Komitee über die Bewilligung des Punktes 14 des zwischen der k. k. Regierung und der privilegierten Österreichischen Länderbank abzuschließenden Übereinkommens betreffend die Errichtung und Führung der Geschäfte der Wiener Vieh- und Fleischmarktkassa auf dem Zentralviehmarkte in St. Marx[2]. In der erwähnten Ministerratssitzung sei nämlich beschlossen worden, dass der fragliche Punkt 14 in der früheren Fassung, in welcher er tatsächlich eine Konzessionserteilung enthalte, nicht annehmbar erscheine und dergestalt zu formulieren sei, dass der Länderbank [nu]n zwar die Möglichkeit, für die Geschäfte der Vieh- und Fleischmarktkassa eine Aktiengesellschaft zu gründen oder diese Geschäfte an ein bestehendes Unternehmen zu übertragen, offen gelassen, hiefür jedoch die Genehmigung der Regierung vorbehalten werde. Um diesen Intentionen zu entsprechen, habe die Kommission folgende Formulierung des Punktes 14 beschlossen:

„Sollte die k. k. privilegierte Österreichische Länderbank in der Folge aufgrund des § 6 lit. b und c ihrer Statuten beabsichtigen, zur Führung der Geschäfte der Wiener Vieh- und Fleischmarktkassa einer besonderen Aktiengesellschaft [b]zu bilden oder sollte sie dieses Geschäft mit den in der Marktordnung und[b]diesem [b]Übereinkomm[b]en gegründe[b]ten Rec[b]hten und Pflichten an ein schon bestehendes Unternehmen übertragen wollen, so hat sie hiefür die besondere Genehmigung der Regierung einzuholen."

Der Ackerbauminister bemerkt hiezu, dass dies so ziemlich das Entgegengesetzte von dem sei, was mit der Länderbank vereinbart war[3]. Es sei eben nicht vorauszusehen, was Letztere tun wird.

Der Ministerpräsident meint, dass, nachdem mit der Länderbank über diese Fassung noch nicht gesprochen worden ist, es nunmehr Hauptsache wäre, für den Fall, als die obige Formulierung vom [Ministerrat] angen[ommen werde,] die Länderbank zu fragen, [ob] sie darauf eingeht oder nicht. Wenn nicht, wäre zu erwägen, was dann zu geschehen hat. Auf die Proposition des Ackerbauministers, dass das Übereinkommen seinem ganzen Inhalte nach vorgelesen werde und auf die Bemerkung des Ministerpräsidenten, dass, wenn auch in den letzten Ministerratssitzungen gegen dasselbe im Allgemeinen kein Anstand, sondern nur ein solcher gegen den § 14 erhoben wurde, er nichts dagegen habe, wird das ganze Übereinkommen nach dem aus der Anlage ersichtlichen Wortlaute[c] von dem Ministerialvizesekretär [].

[Der Ackerbau]minister denkt [sich diese]n Vorgang so, dass [er] die in Rede stehende Formulierung des § 14 der Länderbank mitteilen und dieselbe auffordern werde, möglichst bald eine Antwort darauf zu erteilen. Wenn die Länderbank annimmt, so sei die Sache ohnehin in Ordnung. Anders stünde es, wenn dieselbe ablehnt, darauf einzugehen. Da entstünde die Frage, ob es besser sei, diesbezüglich vorerst mit einer anderen Bank aufgrund derselben Bedingungen zu verhandeln oder die Marktordnung zunächst an die Kommune zu leiten und

---

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach MR. v. 12. 7. 1882/I.*

[b–b] *Brandstelle ergänzt nach Kommissionsprotokoll v. 17. 7. 1882,* AVA., AckM., Präs. 1085/1882.

[c] *Das Konzept des Entwurfes liegt dem Originalprotokoll bei.*

[1] *Fortsetzung des MR. v. 12. 7. 1882/I.*

[2] *Protokoll der Sitzung dieses Komitees v. 17. 7. 1882,* AVA., AckM., Präs. 1085/1882.

[3] *Die bisherige Vereinbarung mit der Länderbank befand sich laut* AVA., AckM., Präs., Protokollbuch 1882 *in Akt 758/1882, der nicht einliegt.*

be[züg]lich der Fleischmarktkassa [zu] erklären, dass diesfalls ein öffentlicher Konkurs ausgeschrieben werden wird. Der Ackerbauminister glaube, sich der letzten Alternative hinneigen zu sollen.

Der Ministerpräsident ist der Ansicht, dass nicht schon jetzt bindende Beschlüsse zu fassen wären, weil man eben nicht wisse, ob die Länderbank Ja sagen wird. Erst dann, bis die Antwort erfolgt sein wird, wäre zu einem weiteren Beschlusse zu schreiten, bis dahin aber sich freie Hand zu behalten. Der Ackerbauminister würde also, im Falle als die Länderbank Modifikationen wünschen sollte, diese Angelegenheit nochmals vor den []schrei[]uern.

Der Handelsminister ist dafür, dass, wenn schon einmal so weit gegangen würde, die Proposition zuerst der Länderbank gemacht werde, da, wie die Sache jetzt steht, wohl auch zu erwarten ist, dass dieselbe darauf eingeht. Sie könne ja doch eine eigene Gesellschaft gründen. Sollte die Länderbank hingegen absolut Nein sagen, dann muss er (Handelsminister) sich auch der Ansicht zuneigen, dass nicht mit einer zweiten Gesellschaft unterhandelt werde, sondern dass sofort ein Konkurs ausgeschrieben werde.

[N]ach weiterer Dis[kussion] nimmt die Konferenz das mit der Länderbank abzuschließende Übereinkommen mit dem § 14 in der vorgelegten Formulierung zur Kenntnis und beschließt ferner noch, dass die Länderbank nunmehr aufgefordert werde, sich über die Annahme des geänderten Punktes 14 zu erklären. Im Falle sie diese Formulierung akzeptiert, ist die Marktordnung an die Kommune Wien zur Einvernehmung hierüber zu leiten. Sollte die Länderbank mit Modifikationen akzeptieren wollen, so ist darüber die Entscheidung des Ministerrates einzuholen. Im Falle der Ablehnung des Übereinkommens seitens [der Länderbank] []es [Überna]hme der Ge[schäfte] der Vieh-Fleisch-Marktkassa betreffenden Übereinkommens an die Gemeinde zu leiten und sohin nach erfolgter Äußerung der Gemeinde die Gewinnung eines Geldinstitutes zu dem gedachten Zwecke im Wege der Konkursausschreibung zu versuchen[4].

II. Der Ackerbauminister beabsichtigt, sich die Ah. Ermächtigung zu erbitten, in der nächsten Session des Landtages von Istrien einen Gesetzentwurf [betre]ffend das Halten [und] Weiden von Ziegen zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen. Anlässlich von Verhandlungen über einzelne Fälle, welche die Anwendung der küstenländischen Gubernialverordnung vom 13. Juli 1844, betreffend die Ziegenhaltung und Ziegenweiden[5], zum Gegenstande hatten, seien die Ministerien des Innern und des Ackerbaues zur Überzeugung gelangt, dass es angezeigt wäre, die Frage der Ziegenhaltung und Ziegenweide für Istrien auf landesgesetzlichem Wege neu zu regeln und dies einerseits, um den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen und Bestrebungen auch in dieser Fra[ge besser zu entsprechen, als es heute] der Fall [sei, and]erseits, um das [Bedürf]nis der in eben dieser Richtung bestehenden Normen zu dem Forstgesetz und zu dem Feldschutzgesetze einer Klärung zuzuführen[6]. Die Beschaffenheit Istriens schließe nämlich die Notwendigkeit des Ziegenhaltens und Ziegenweidens

---

4 *Mit Schreiben (K.) Falkenhayns v. 26. 7. 1882 wurde die Länderbank aufgefordert, zu den im Ministerrat beschlossenen Modifikationen Stellung zu nehmen,* AVA., AckM., Präs. 1085/1882. *Nach* AVA., AckM., Präs., Protokollbuch 1883 *nahm die Länderbank diese Modifikationen unter* Zl. 1503/1883 *an, der Akt selbst liegt nicht ein. Fortsetzung der Angelegenheit in MR. v. 31. 7. 1883/VI (liegt nicht ein) und MR. v. 3. 9. 1883/III.*

5 *Die küstenländische Gubernialverordnung v. 13. 7. 1844 unter Zl. 7507/1844 konnte in den Beständen* AVA., Inneres, Hofkanzlei, allg., Karton 685, Sig. IV G 2 Illyrien *(inklusive Küstenland) nicht gefunden werden.*

6 *Eine Aufzeichnung der Verhandlungen konnte nicht gefunden werden. Der entsprechende Akt wurde vom Ministerium des Innern am 7. 7. 1882 vidiert,* AVA., AckM., Landeskultur, 8163/1882.

vollkommen aus, da im ganzen Lande keine Gemeinde ist, die nicht in hinreichender Ausdehnung solches Terrain besitzen würde, welches zum Weiden von Großvieh geeignet ist. Die wenigen, meist nur isolierten felsigen Partien, welche dies nicht gestatten würden, seien territorial [ohn]e Bedeutung, übr[igens] aber nur durch übermäßige Holzung und Ziegenweide der Holzproduktion abgerungene absolute Waldböden.

Die Konferenz erteilt ihre Zustimmung[7].

III. Der Ackerbauminister beabsichtigt ferner, auch noch die Ah. Ermächtigung sich zu erbitten, im Landtage Istriens eine Regierungsvorlage über die Schonung des Wildes einzubringen, über welche er bereits mit dem Ministerium das Einvernehmen gepflogen hat. Die Konferenz erteilt [ihre Zustimmung][8].

IV. Der Ackerbauminister erbittet sich die Zustimmung der Konferenz, bei Sr. k. u. k. apost. Majestät die Ag. Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an die Oberbergkommissäre Christian Mlady und Ludwig Jaroljmek in au. Antrag bringen zu dürfen. Mlady hat sich unter den äußerst schwierigen Verhältnissen, die infolge des im Februar 1879 geschehenen Wassereinbruches im Döllinger Schachte bei Dux und des damit in Zusammenhang stehenden Ausbleibens der [Tep]litzer Urquelle [sich] ausgebildet haben, als ein sehr tatkräftiger und sachkundiger Beamter bewährt, der die bergbaulichen Interessen mit gleicher Gewissenhaftigkeit wie die mit denselben häufig kollidierenden anderen öffentlichen Interessen in Berücksichtigung zu ziehen versteht.

Was Jaroljmek anbelangt, so verwendet sich für denselben nebst dem Landeschef für Bosnien und Herzegowina auch der gemeinsame Reichsfinanzminister, indem sie auf die Verdienstlichkeit hinweisen, welche sich derselbe durch die Organisierung der Berghauptmannschaft, durch die Einführung des neuen Berggesetzes, der neuen Bergwerksteuern, Berggerichtsnormen und [] [über]haupt [du]rch [Regelung d]er für den [Bergwerk]sbesitz erforderlichen bergrechtlichen Grundlagen und die Einführung einer ordnungsmäßigen Geschäftsgebarung im Okkupationsgebiet erworben hat.

Die Konferenz erklärt sich damit einverstanden[9].

V. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung der Konferenz zur Konzessionierung einer Lokalbahn mit elektrischem Betriebe auf selbständigem, schmalspurigem Bahnkörper von Mödling nach Vorderbrühl, eventuell Hinterbrühl. [Der] Konzessionwerb[er sei die] Südbahngesellschaft. Der Zweck der Lokalbahn ist vorzugsweiser Personenverkehr der Landbewohner; die Baukosten, welche mit 300.000 fl. beziffert erscheinen, werden aus den eigenen Mitteln der Gesellschaft vorläufig ohne Titresemission beschafft, die Konzessionsertei-

---

7 *Auf seinen Vortrag v. 26. 7. 1882 wurde Falkenhayn mit Ah. E. v. 5. 8. 1882 ermächtigt, den Gesetzentwurf in den Istrianer Landtag einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3058/1882. *Dies geschah,* Prot. Landtag Istrien 26. 8. 1882 (IV. Sitzung) 23. *Fortsetzung in MR. v. 29. 11. 1882/V.*

8 *In MR. v. 26. 3. 1882/VI (liegt nicht ein) war das vom Istrianer Landtag angenommene Landesgesetz* – Prot. Landtag Istrien 27. 8. 1881 (III. Sitzung) 18 – *zur Sprache gekommen, das über Vortrag Falkenhayns mit Vortrag v. 24. 3. 1882 mit Ah. E. v. 4. 4. 1882 nicht sanktioniert worden war,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1358/1882. *Auf Basis dieses Ministerratsbeschlusses wurde die erneute Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes mit Vortrag Falkenhayns v. 26. 7. 1882 beantragt und mit Ah. E. v. 3. 8. 1882 bewilligt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3036/1882. *Fortsetzung in MR. v. 9. 11. 1882/VII.*

9 *Den Vortrag Falkenhayns v. 26. 7. 1882 resolvierte Franz Joseph im Sinne des Antrags mit Ah. E. v. 1. 8. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2999/1882.

lung soll aufgrund des Lokalbahngesetzes vom 25. Mai 1880, RGBl. Nr. 56[10], und in sinngemäßer Anwendung des Eisenbahnkonzessionsgesetzes und der für Lokomotiveisenbahnen geltenden Bestimmungen erfolgen; für den Fall der Umwandlung in eine Lokomotiveisenbahn ist die Festsetzung der Bedingungen analog jenen für Liesing–Kaltenleutgeben[11] vorgesehen, die Steuer- und [Gebührenbefreiungen werden] nach dem [Lokalbahngeset]ze behandelt.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Konzessionsprojekte unter Vorbehalt der Zustimmung des Finanzministers einverstanden[12].

VI. Der Handelsminister erbittet sich weiters die Zustimmung des Ministerrates behufs der Konzessionierung der Lokalbahn Wittmannsdorf–Ebenfurth. Der Konzessionswerber Paul Ritter v. Schöller bezweckt die Einbeziehung der Mühlindustrie aus Ebenfurth und Umgegend sowie [ein]e direkte Verbindung [der] niederösterreichischen Staatsbahnen mit dem ungarischen Bahnnetze. Das effektive Erfordernis ohne Fahrbetriebsmittel beträgt 1,030.000 fl. und soll durch Aktien zum Emissionskurse von mindestens 90 % beschafft werden, sonach Nominalkapital 1,144.000 fl. ohne Prioritäten. Als finanzielle und sonstige Begünstigungen werden die üblichen Steuer- und Gebührenbefreiungen und Betriebserleichterungen nach Maßgabe des Lokalbahngesetzes verlangt. Die Betriebsführung hätte durch den Staat auf Basis der Selbstkosten zu erfolgen, worüber bereits eingehende bindende Abmachungen bestehen. Ebenso bliebe dem Staate die []ig[]ten des Kon[zessionär]s.

Der Handelsminister bemerkt hiezu, dass seitens der Wiener Handelskammer gelegentlich der Trassenrevision abermals die seinerzeit auch vom Abgeordnetenhause (in Form einer Resolution) angeregte Frage der Kompensation dieser Bahnkonzession gegenüber der ungarischerseits zu bewirkenden Donauregulierung bei Gönyű angeregt worden sei[13]. Infolge der Verhandlungen anlässlich der Vereinbarungen Ungarns mit der österreichischen Staatseisenbahn-Gesellschaft[14] habe sich der Standpunkt der k. k. Regierung insoferne [ge]ändert, als die ungarische Regierung bereits eine ihren Interessen ausreichend Rechnung tragende neue Verbindung mit Wien und nach Westen sichergestellt hat und somit die in Rede stehende Verbindung von Ebenfurth an die niederösterreichischen Staatsbahnen füglich nicht mehr als ausreichendes Konzessionsobjekt zur Erreichung anderer Vorteile (Donauregulierung bei Gönyű usf.) angesehen werden kann. Wegen der untergeordneten Bedeutung der Bahn als Verbindungslinie (Transitbahn) gegenüber den oben angedeuteten lokalen Zwecken und mit Rücksicht auf die beim Betriebe in Aussicht genommenen Er[] vor[] [Ba]hnprojekt.

Die Konferenz erklärt sich mit der Konzessionierung einverstanden[15].

---

10 *Zum Lokalbahngesetz von 1880 siehe MR. II v. 10. 5. 1882/I, Anm. 2.*

11 *Konzessionsurkunde v. 21. 7. 1882,* RGBL. Nr. 116/1882.

12 *Über Vortrag Pinos v. 3. 8. 1882 genehmigte Franz Joseph mit Ah. E. v. 23. 8. 1882 die Konzession zum Bau und Betrieb der Tramwaybahn,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3291/1882*, die Konzessionsurkunde wurde mit Vortrag Pinos v. 1. 9. 1882 vorgelegt und unterschieben mit Ah. E. v. 6. 9. zurückgestellt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3449/1882*. Die Konzessionsurkunde wurde publiziert als* RGBL. Nr. 131/1882. *Zur Bahn Mödling–Vorderbrühl siehe* DOLINAR, Die Elektrische Bahn Mödling–Vorderbrühl.

13 *Annahme der Resolution* PROT. REICHSRAT AH. 13. 3. 1880 (58. Setzung) 1795.

14 *Zu den Verhandlungen eines Abkommens Ungarns mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft siehe MR. II v. 1. 6. 1882/I.*

15 *Über Vortrag Pinos v. 27. 7. 1882 wurde mit Ah. E. v. 15. 8. 1882 die Konzession zum Bau und Betrieb der Lokalbahn bewilligt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3175/1882*, Rückstellung der unterschriebenen Konzessionsurkunde, die mit Vortrag Pinos v. 20. 8. 1882 vorgelegt wurde, mit Ah. E. v. 2. 9. 1882,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3403/1882*. Die Konzessionsurkunde wurde publiziert als* RGBL. Nr. 129/1882.

VII. Der Handelsminister teilt der Konferenz die von ihm in Angelegenheit der Stadtbahnfrage weiters eingeleiteten Schritte mit. Im Sinne des diesfalls am 26. Juni 1882 gefassten Ministerratsbeschlusses habe er unterm 1. Juli 1882 ein Schreiben an den Bürgermeister von Wien mit der Aufforderung gerichtet[16], einen Beschluss des Gemein[der]ates darüber [zu fassen], ob derselbe geneigt ist, das Wienfluss-Regulierungsprojekt binnen sechs Monaten ausarbeiten zu lassen, indem gleichzeitig die Geneigtheit ausgesprochen wurde, den Bewerbern um die Konzession für eine Stadtbahn die Verpflichtung aufzuerlegen, dass dieselben ihr Projekt rücksichtlich der im Bereich des Wienflusses auszuführenden Strecke der Eisenbahn mit dem Wienfluss-Regulierungsprojekte in volle Übereinstimmung bringen beziehungsweise die dem Ergebnisse der Trassenrevision in Aussicht genommene Bahntrasse derart verlegen, dass dieselbe der wann immer erfolgenden Durchführung des festgestellten Wienfluss-Regu[lierungsprojektes] []in [] [Es wurde] auch die [Andeutu]ng gegeben, dass den im Schoße des Gemeinderates geltend gemachten ästhetischen und anderweitigen Bedenken bei der Konzessionsverleihung werde Rechnung getragen werden.

Auf dieses Schreiben hat der Bürgermeister von Wien unterm 8. l. M. die Antwort erteilt[17] und zwar dahingehend, dass er dem oben ausgesprochenen Wunsche gemäß diesen Erlass der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung im Gemeinderate unterzogen und der Letztere in seiner Plenarversammlung vom 7. d. [M.] denselben [die] Aufrechthaltung seines Beschlusses vom 17. März 1882 bezüglich der ihm zur Begutachtung übermittelten Stadtbahnprojekte zur Kenntnis genommen hat. Der Gemeinderat habe ferner beschlossen, infolge dieser Aufforderung ein Wienfluss-Regulierungsprojekt in Verbindung mit der Stadtbahnfrage und unter Benützung der Resultate der tagenden Wienflussexpertise mit aller Beschleunigung ausarbeiten zu lassen und dem Handelsministerium vorzulegen. Demzufolge habe der Bürgermeister unter einem den diesbezüglichen Auftrag an das Stadtbauamt ergehen lassen. Am Schlusse des Ant[wortschreibens wurde von der Stadtverwa]lt[ung dem Wunsche] Au[sd]ruck [verliehen, dass b]ei der end[gültigen] Erledigung dieser Angelegenheit den berechtigten Wünschen und Interessen der Stadt Wien Rechnung getragen werde.

Der Handelsminister glaubt noch vorausschicken zu sollen, dass er vorher die Konzessionäre einvernehmen ließ, ob sie sich den oberwähnten Bedingungen fügen würden, worauf dieselben in einer Nachtragsbestimmung sich dazu bereit erklärt haben. In dem diesfalls mit den Konzessionären im Handelsministerium am 30. Juni 1882 aufgenommenen Protokolle sei nun einverständlich mit denselben [aufge]setzt worden, dass dem § 3 des Konzessionsentwurf[es] als 4. Absatz die nachstehende Bestimmung eingeschalten werde[18]:

„Die Konzessionäre verpflichten sich, in dem Falle, als ihnen noch vor Ablauf des Jahres 1882 ein von den zuständigen Faktoren endgiltig festgestelltes Projekt für die Regulierung des Wienflusses mitgeteilt werden sollte, das Projekt der im Bereiche des Wienflusses auszuführenden Strecke der den Gegenstand dieser Konzessionsurkunde bildenden Eisenbahn mit dem Wienfluss-Regulierungsprojekte in Übereinstimmung zu bringen beziehungsweise die Bahntrasse derart zu verlegen, dass dieselbe mit dem Wienfluss[d]regulierungsprojekte im Einklange

16 *Fortsetzung des MR. v. 26. 6. 1882/III. Das Schreiben (K.) Pinos an den Wiener Bürgermeister Eduard Uhl v. 1. 7. 1882 in* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1030/1882.

17 *Schreiben des Wiener Bürgermeisters an Pino v. 8. 7. 1882,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1097/1882.

18 *Das Protokoll in* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1030/1882. *Die folgende zitierte Stelle in Punkt 1 des Protokolls.*

steht. Falls die vorhin bezeichnete Mitteilung an die Konzessionäre noch Ende Oktober 1882 erfolg[d]en soll[d]te, wird[d] die Frist zur Vorlage des Detailprojektes bezüglich der im Bereich des Wienflusses auszuführenden Bahnstrecke verhältnismäßig verlängert werden."

Die Konzessionäre haben sich ferner auch bereit erklärt, in Beziehung auf eine Veränderung in der Höhenlage des Niveaus in der Teilstrecke zwischen dem Hauptzollamte und dem Gumpendorfer Schlachthause in Berücksichtigung der mehrfach zum Ausdruck gebrachten ästhetischen Anforderungen wegen Freilassung des Prospektes auf [den] Schwarzenberg[platz und] die Karlskirche eingehend[e] Studien durchführen zu lassen. Der Handelsminister wolle der Konferenz vorläufig nur eine Mitteilung über die Sachlage geben, ohne sich schon jetzt diesfalls einen Beschluss zu erbitten. Wohl wäre es erwünscht, dass dies geschehe, weil die Konzessionäre schon einer Antwort harren und die Sache sonst auf eine unbestimmte Zeit verschoben werden könnte. Er (Handelsminister) hoffe jedoch, dass der Ministerrat im Monate August sich noch der Sache bemächtigen werde.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass nach dem, was man hört, wohl in der frag[lichen Sache sich sc]hon [im Gemeindera]te von Wien [eine gänzlich] andere An[schauung] gebildet habe, [we]shalb es geraten erscheint, mit der diesbezüglichen Beschlussfassung, wenn es nicht gerade notwendig ist, lieber zuzuwarten und dieselbe zu verschieben, weil sonst wieder viele schwankend werden könnten, wenn sie erfahren, dass sich die Regierung sofort schon der Sache bemächtigt hat. Der Handelsminister meint, dass er dann auch schon mit bestimmteren Anträgen in die Richtung werde kommen können, was den fraglichen Konzessionären zuzugestehen sein wird[19].

[VIII.] Der Ministerpr[äsident] beabsichtigt, bei Sr. k. u. k. apost. Majestät für den Rechnungsrat der niederösterreichischen Statthalterei Johann Winkler anlässlich der von ihm erbetenen Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung die Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens au. zu erbitten. Winkler, welcher im Jahre 1840 als Rechnungspraktikant der niederösterreichischen Staatsbuchhaltung seine Beamtenlaufbahn begann und im Jahre 1869 zum Rechnungsrate bei der niederösterreichischen Statthalterei ernannt wurde, habe am 5. l. M. bereits [] [t]ätig[] [R]echnungswe[sen und sich] als ein [äuß]erst gewissenhafter, sehr eifriger und pflichtgetreuer Beamter bewährt.

Die Konferenz erklärt sich hiermit einverstanden[20].

Wien, am 25. Juli 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

---

d–d *Brandstelle ergänzt nach dem Protokoll der Verhandlung mit den Vertretern der Konzessionäre v. 30. 6. 1882,* Ava., VA., HM (III E), Präs. 1030/1882.

19 *Der Gemeinderat Wien beschloss in seiner Sitzung v. 29. 12. 1882 – dem zitierten Akt beigelegter Zeitungsausschnitt der* Wiener Zeitung (M) v. 30. 12. 1882*) – die Annahme der von seinem Bauamt ausgearbeiteten Wienflussregulierung, die Annahme der vorgelegten Stadtbahntrasse und eine eigene städtische Bewerbung um den Bau dieser Bahn,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1018/1882. *Fortgesetzt in MR. v. 12. 1. 1883/I.*

20 *Winkler wurde der Orden mit Ah. E. 2. 8. 1882 nach Vortrag Taaffes v. 27. 7. verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3012/1882.

Nr. 408 Ministerrat, Wien, 31. Juli 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 31. 7.), Falkenhayn, Welsersheimb; BdE. und abw. Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino.

I. Einberufung der Landtage von Istrien, Galizien und Krain. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dr. Josef Wurzel in Jungbunzlau und für den Landesrechnungsdirektor Carl Bachmann in Prag. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dr. Franz Ladinser in Linz. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Gemeinderäte Matzenauer, Boschan und Streit, für den Magistratsrat Peyfuss und für den Polizeioberkommissär Mitteis in Wien. V. Erwirkung des Freiherrnstandes für den Großgrundbesitzer Adolf Ritter v. Seidler. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes im niederösterreichischen Landtage betreffend Vertilgung von Unkräutern und Pilzträgern. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im galizischen Landtage betreffend Einquartierungserleichterungen. VIII. Urlaubsabwesenheit und Vertretung des Landesverteidigungsministers.

KZ. 77 – MRZ. 64

Protokoll des zu Wien am 31. Juli 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern referiert über die weitere Einberufung einiger Landtage[1]. [] An[] Grundsatz [] hinsichtlich des Zeit[punk]tes der Einberufung der Landtage nach Tunlichkeit auf die diesfalls geäußerten Wünsche Rücksicht zu nehmen. Im Verfolge dieses Gesichtspunktes wären demnach zunächst die Landtage von Istrien, Galizien und Krain einzuberufen und zwar wären annähernd an die ausgesprochenen Wünsche als Einberufungstermine anzuordnen für den Landtag von Istrien der 20. August und für die Landtage von Galizien und Krain der 4. September. Jedoch möchte der Ministerpräsident proponieren, dass die Einberufung dieser drei Landtage durch ein Ah. Patent verfügt werde. Die Einberufung der noch [üb]rig bleibenden Serie der [La]ndtage für die zweite Hälfte September wäre einer späteren Verfügung vorzubehalten. Der Ministerpräsident erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zur au. Beantragung der Einberufung der Landtage von Istrien, Galizien und Krain zu den vorerwähnten Terminen.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[2].

II. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern beabsichtigt infolge des Antrages des Statthalters für einige Persön[lichkeiten Zeichen A]h. [Gnade] zu er[wirken] und zwar handle es sich hiebei um keinerlei Berücksichtigung von politischem Beigeschmacke, sondern lediglich um die Würdigung von Verdiensten für gemeinnütziges Wirken. Darunter wolle er Ordensauszeichnungen und zwar je das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens beantragen für den Großgrundbesitzer und Advokaten Dr. Josef Wurzel in Jungbunzlau und für den Landesrechnungsdirektor Carl Bachmann in Prag. Ersterer habe sich namentlich durch hingebendes und opferwilliges Wirken im Schulwesen hervorgetan. Letzterer zeichne sich durch eine langjährige, unermüdl[ich]e Betätigung auf dem Ge[bie]te des Armenwesens aus.

---

1 *Die Einberufung des Landtages der Bukowina war beraten worden in MR. v. 10. 7. 1882/I.*

2 *Mit Ah. E. v. 8. 8. 1882 genehmigte Franz Joseph die mit Vortrag Taaffes v. 3. 8. 1882 beantragte Einberufung der Landtage von Galizien, Istrien und Krain,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3076/1882. *Die Einberufung erfolgte mit Patent v. 8. 8. 1882,* Rgbl. Nr. 110/1882. *In MR. v. 23. 8. 1882/I wurde die Einberufung weiterer acht Landtage besprochen.*

Der Ministerrat erklärt sich mit den Antragsabsichten des Ministerpräsidenten einverstanden[3].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Präsidenten der allgemeinen Sparkassa und Leihanstalt in Linz, Dr. Franz Ladinser, in Anerkennung seiner vieljährigen ersprießlichen gemeinnützigen Tätigkeit das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus [dem Inhalte des diesfalls] zu [erstattenden a]u. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[4].

IV. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern beabsichtigt für einige Persönlichkeiten in Wien, einerseits wegen Verdiensten auf kommunalem und humanitärem Gebiete und anderseits wegen verdienstlicher Betätigung im Hilfskomitee für die beim Brande des Ringtheaters[5] Verunglückten und in der Theater[sic]herheitskommission Ah. Auszeichnungen zu erwirken, und zwar habe er vor, je die Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens zu beantragen für die Gemeinderäte Josef Matzenauer, Georg Eduard Boschan, Architekt Andreas Streit, dann für den Magistratsrat Carl Peyfuss, endlich für den Polizeioberkommissär Robert Mitteis. Der Ministerpräsident hebt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die für die Berücksichtigung dieser Persönlichkeiten sprechenden näheren Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

[V. Der Ministerpräsiden]t re[feriert ferner über] die vom [Reichs]finanzminister vorgebrachte Anregung der Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Großgrundbesitzer in Niederösterreich Adolf Ritter v. Seidler. Derselbe wurde vor zwölf Jahren als Mitglied des Gemeinderates und Direktor der Anglo-österreichischen Bank mit dem Orden der Eisernen Krone III. Klasse ausgezeichnet[7] und lebe seit zehn Jahren von allen Geschäften zurückgezogen, sich nur auf humanitärem Gebiete betätigend. Auch sei Seidler in der Krachperiode nicht engagiert gewesen[8]. Neuestens habe Seidler einen namhaften Betrag, wenn der Ministerpräsident nicht irre, die Summe von 120.000 fl. für Zwecke der bos[ni]schen Verwaltung dem Reichsfinanzminister zur Verfügung gestellt. Unter diesen Umständen und nachdem der Reichsfinanzminister auf eine neuerliche Auszeichnungsberücksichtigung Seidlers besonderen Wert lege, wolle der Ministerpräsident auf die Anregung eingehen. Der Reichsfinanzminister bezeichne als den erwünschten Auszeichnungsgrad eine solche Ah. Auszeichnung, mit welcher die Verleihung des Freiherrnstandes verbunden ist. Nachdem sonach die Freiherrnstandsverleihung als die von Seidler erstrebte Berücksichtigung gelten könne, so gedenke der Ministerpräsident, lediglich die Ag. Verleihung des [Freiherrnstandes dessel]ben [au.] zu bean[tragen.] Er erbitte sich da[her die] Zustimmung des Ministerrates zu dem diesfälligen Antragsvorgehen für den Fall, als die von ihm requirierten und bisher noch nicht eingelangten behördlichen Äußerungen über Seidler entsprechend lauten.

---

3 *Die Orden wurden über Vortrag Taaffes v. 4. 8. 1882 mit Ah. E. v. 10. 8. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3094/1882.

4 *Mit Ah. E. v. 10. 8. 1882 wurde der Orden nach Antrag im Vortrag Taaffes v. 4. 8. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3093/1882.

5 *Zum Brand des Ringtheaters siehe MR. v. 7. 5. 1882/I, Anm. 1.*

6 *Den Vortrag Taaffes v. 4. 8. 1882 resolvierte Franz Joseph mit Ah. E. v. 10. 8. 1882 im Sinne des Antrags,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3095/1882.

7 *Besprochen in MR. v. 23. 9. 1870/IX (liegt nicht ein).*

8 *Gemeint ist die Spekulation, die 1873 zum Börsenkrach geführt hatte.*

Der Ministerrat erklärt unter dieser Voraussetzung seine Zustimmung[9].

VI. Der Ackerbauminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes im niederösterreichischen [Land]tage betreffend [die Vertilg]ung von Unkräutern und Pilzträgern. Der Entwurf wurde vom niederösterreichischen Landesausschusse gewünscht und basiere auf dem diesfalls von fachmännischer Seite und von den berufenen Körperschaften abgegebenen Gutachten[10]. Hinsichtlich der Anzahl der zu vertilgenden Unkräuter, über die analogen Gesetze für Böhmen und Steiermark[11] hinausgehend, stimme der Entwurf in der sonstigen Fassung mit den Anordnungen dieser Gesetze überein. Das Einverständnis mit dem Ministerium des Innern sei erzielt.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[12].

[VII. Der Minister für Landesverteidigung erbittet die] Zu[stimmung des Minist]errates [zu dem Vo]rhaben der Ein[brin]gung eines Gesetzentwurfes im galizischen Landtage, womit in Ausführung des § 23 des Einquartierungsgesetzes[13] Bestimmungen zur möglichst gleichmäßigen Verteilung und Erleichterung der bleibenden Einquartierung getroffen werden[14]. Der Entwurf gipfle darin, dass den Beistellern von Notkasernen gewisse Aufzahlungen aus dem Landesfonds zur normierten Gebühr gewährt werden, und dass weiters an Kasernbauunternehmer in den nächsten zehn Jahren Vorschüsse bis zur Höhe von 30.000 fl. aus dem Landes[fonds] erteilt werden. Der Gegenstand der Einquartierungserleichterungen wurde schon im vorigen Jahre im galizischen Landtage besprochen. Dabei wurde zwar der Standpunkt der Gebührаufzahlung nicht akzeptiert, jedoch bestimmt, dass der Landtag durch drei Jahre alljährlich 60.000 fl. für Darlehen an Kasernbauunternehmer verwenden könne, und ferner beschlossen, die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf über die gleichmäßige

---

9 *Seidler erhielt auf den Vortrag Taaffes v. 7. 8. 1882 mit Ah. E. 12. 8. 1882 den Freiherrnstand verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3120/1882.

10 *Das Gutachten und der Wunsch des niederösterreichischen Landesausschusses konnte in den Beständen des* Ava., AckM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

11 *Für Böhmen das in MR. v. 28. 9. 1880/V (liegt nicht ein) beratene Gesetz v. 13. 10. 1880* behufs Hintanhaltung und Vertilgung der Schmarotzerpflanze Kleeseide (Cuscuta), Lgbl. Böhmen Nr. 78/1880*; für Steiermark das Gesetz v. 9. 1. 1882* betreffend Vertilgung von Kleeseide, Ackerdistel, des Sauerndorn- (Berberitzen-) und des Kreuzdorn-Strauches, Lgbl. Steiermark Nr. 10/1882*, behandelt in MR. I v. 31. 12. 1881/X (liegt nicht ein).*

12 *Mit Vortrag v. 2. 8. 1882 erbat Falkenhayn die Ermächtigung zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes in den niederösterreichischen Landtag, dem Franz Joseph mit Ah. E. v. 9. 8. 1882 entsprach,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3091/1882*. Nach Annahme durch den Landtag* – Prot. Landtag Niederösterreich 18. 10. 1882 (8. Sitzung) 167 – *wurde es über Vortrag Falkenhayns v. 20. 12. 1882 mit Ah. E. v. 2. 1. 1883 sanktioniert* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 5036/1882 – *und publiziert als Gesetz* behufs Hintanhaltung und Vertilgung der Schmarotzerpflanze Kleeseide (Cuscuta), Lgbl. Niederösterreich Nr. 31/1883.

13 *Das Gesetz v. 11. 6. 1879*, Rgbl. Nr. 93/1879 *war als gemeinsam mit Ungarn zu regelnde Angelegenheit lange und oft beraten worden: MR. v. 16. 5. 1873/IX und MR. v. 18. 7. 1873/I sowie die nicht einliegenden Protokolle des MR. I v. 26. 12. 1873/I, MR. v. 31. 5. 1875/VII, MR. v. 7. 6. 1875/I, MR. v. 18. 10. 1875/VII, MR. v. 7. 4. 1876/I, MR. v. 13. 4. 1876/I, MR. v. 27. 12. 1876/VI, MR. v. 1. 5. 1877/I, MR. v. 20. 9. 1877/XI, MR. v. 11. 12. 1877/III, MR. v. 23. 1. 1878/I, MR. v. 31. 3. 1879/V und MR. v. 30. 5. 1879/I.*

14 *§ 23 des Einquartierungsgesetzes v. 11. 6. 1879,* Rgbl. Nr. 93/1879*, besagte,* die bleibende Einquartierung *sei* [...] eine Last, welche [...] von dem ganzen betreffenden Königreiche oder Lande zu tragen ist und für welche von der Militär-Verwaltung die durch dieses Gesetz festgesetzte Vergütung geleistet wird.

Verteilung der Einquartierungslast vorzulegen[15]. Der Darlehensbeschluss des Landtages begreife eine nur dürftige Unterstützung. Nachdem aber gegen die von der Regierung ins Auge gefassten Aufzahlungen []viel[] Vorge[hen aufge]fordert wurde, [so] dürfte es trotzdem immerhin möglich sein, den Regierungsstandpunkt durchzubringen, dessen Tendenz mit dem übereinstimme, was diesfalls bereits in andern Ländern beschlossen wurde[16].

Der Ministerrat erklärt sich mit der Einbringung des Gesetzentwurfes unter der Voraussetzung einverstanden, dass von Seite des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski gegen das Einbringungsvorhaben keine Einwendung erhoben werde[17].

VIII. Der Landesverteidigung[sminister] bringt zur Anz[eige], [da]ss er von jetzt ab 14 Tage sich von Wien entfernen wolle und deshalb ersuche, dass die allenfalls für die laufende Geschäftsführung erforderliche Vertretung von einem der in Wien anwesenden Minister übernommen werden möge. Die Anzeige wird zur Kenntnis genommen und erklärt sich der Ackerbauminister zur vorläufigen Vertretung des Landesverteidigungsministers bereit[18].

Wien, am 31. Juli 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

Nr. 409 Ministerrat, Wien, 17. August 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 17. 8.), Pražák, Conrad, Pino; abw. Ziemiałkowski, Falkenhayn, Welsersheimb, Dunajewski.

I. Erwirkung der Würde eines Geheimen Rates für den Bischof in Spalato, Marcus Calogerà. II. Vorschlag wegen Besetzung des erledigten Bischofsstuhles von Parenzo-Pola. III. Au. Dank der Stadtvertretung Reichenberg wegen des Neubaues für die Staatsgewerbeschule daselbst und au. Dank des Fürstbischofs von Breslau, Dr. Herzog, anlässlich der Installation in die hierländigen Bistumstemporalien. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Akademiedirektor Dr. Alwens in Graz. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Rechnungsrat Joseph Pizzala in Wien. VI. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die griechisch-katholischen Pfarrer Nicolaus Lewicki und Zeno Ritter v. Korczak-Korytyński. VII. Wegen Ernennung des außerordentlichen Professors an der böhmischen Technischen Hochschule in Prag, Dr. Johann Lambl, zum ordentlichen Professor. VIII. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Leopoldordens für die Hofräte am Obersten Gerichtshofe, Dr. Johann Scholz und Alexander v. Achbaur.

KZ. 80 – MRZ. 65

---

15 *Beschluss des Landtages,* Prot. Landtag Galizien 21. 10. 1881 (25. Sitzung) 665*, die Darlehensregelung zum Kasernenbau wurden publiziert als Kundmachung des Landesausschusses v. 25. 11. 1881,* Lgbl. Galizien Nr. 61/1882.

16 *Die Einquartierungserleichterungen waren geregelt worden von Niederösterreich mit Gesetz v. 25. 10. 1880,* Lgbl. Niederösterreich Nr. 30/1880 *und von Tirol mit Kundmachung des Statthalters v. 12. 8. 1880,* Lgbl. Tirol und Vorarlberg Nr. 36/1880.

17 *Fortsetzung dieser Angelegenheit in MR. v. 23. 8. 1882/IV.*

18 *Hierzu konnte in den Beständen des* Ava., AckM. *sowie des* Ka., MfLV.*, jeweils* Präs. *und* allg. *nichts gefunden werden.*

Protokoll des zu Wien am 17. August 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Minister für Kultus und Unterricht beabsichtigt zufolge des Antrages des Statthalters in Dalmatien für [den Bischof in Spalato Marcus Calogerà die Würde e]ines geheimen Rates zu erwirken. Der Minister hebt hervor, dass Calogerà bereits seit 26 Jahren als Bischof in pflichteifrigster Weise wirke und sich stets durch eine regierungsfreundliche Haltung und eminent patriotische und dynastische Gesinnung hervorgetan habe. Speziell habe sich aber derselbe in jüngster Zeit dadurch verdienstlich gemacht, dass er durch seinen entscheidenden Einfluss den im Interesse der Regierung sehr günstigen Ausfall der letzten Gemeindewahlen in Spalato bewirkte. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[1].

II. Der Minister für Kultus [und] Unterricht referiert über [d]ie Besetzung des erledigten Bischofstuhles von Parenzo-Pola. Von den Bischöfen der Kirchenprovinz schlagen drei, nämlich der Erzbischof von Görz, der Bischof von Triest und der Fürstbischof von Laibach, in erster Linie für die Stelle vor den Domherrn und Direktor des Zentralseminars in Görz, Dr. Alois Zorn[2]. In zweiter Linie werden von zwei Bischöfen der Domherr in Veglia, Dr. Johann Bolmarčić, und der Kuratkanonikus in Montona, Hieronymus Franco, vorgeschlagen. Der Bischof von Veglia mache die Triester Domherren Dr. Johann Šust[3] und Andreas Sterk namhaft. Der Statthalter beantrage die Ernennung des von der Mehrheit der Bischöfe der Kirchenprovinz in erster Linie benannten Domherrn Dr. Zorn, indem er denselben []ten hält. [Der Minist]er schließe sich der [Anschau]ung der Mehrheit der Bischöfe und des Statthalters an und beabsichtige daher, die Ernennung des Domherrn Dr. Zorn zum Bischofe von Parenzo-Pola au. zu beantragen, zumal Zorn auch wegen seiner entsprechenden Sprachkenntnisse sowie wegen seiner Objektivität in politischer Beziehung als besonders geeignet erscheine.

Der Handelsminister kann nur wünschen, dass Dr. Zorn, dem, wie er wisse, der Ehrgeiz zur Erlangung einer so hohen kirchlichen Würde fremd sei, die Stelle auch annehme. Jedenfalls würde mit Zorn die glücklichste Wahl getroffen.

Der Ministerrat erklärt [sich] mit dem Antragsvorhaben des Ministers für Kultus und Unterricht einverstanden[4].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht erlaubt sich im Wege des Ministerratsprotokolles zur Ah. Kenntnis Sr. k. u. k. apost. Majestät zu bringen den au. Dank der Stadtvertretung von Reichenberg für die von Sr. Majestät Ag. genehmigte Herstellung eines Neubaues

---

1 *Mit Vortrag Conrads v. 18. 8. 1882 wurde die Auszeichnung für Calogerà beantragt und mit Ah. E. v. 23. 8. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3299/1882.

2 *Zu Alois Zorn siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1472, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Zorn | Parlament Österreich *(Zugriff 12. 10. 2021).*

3 *Zu Johann Šust siehe* Öbl. (2. überarbeitete Auflage – online), Šust (Schust), P. Janez (Johannes) (1831–1896), Geistlicher.

4 *Über Vortrag Conrads v. 19. 8. 1882 wurde Šust mit Ah. E. v. 24. 8. 1882 zum Bischof von Parenzo-Pola ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3300/1882.

für die Staatsgewerbeschule in Reichenberg[5], ferner den anlässlich der Installation des Breslauer Fürstbischofes Dr. Robert Herzog in die hierländigen Bistumstemporalien von diesem Fürstbi[schofe] [] [fü]r die [ihm] zuteil geworde[ne] [A]h. Gnade[6].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den pensionierten Direktor der Akademie für Handel und Industrie in Graz, Dr. Friedrich Alwens, in Anerkennung seines vieljährigen vorzüglichen Wirkens an dieser Anstalt das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

[V.] Der Minister für Kultus und Unterricht beabsichtigt infolge der vom Handelsminister gegebenen Anregung für den Rechnungsrat bei der Direktion der administrativen Statistik und Leiter der handelsstatistischen Abteilung dieser Direktion, Joseph Pizzala, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die näheren Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[8].

VI. Der Minister für Kultus und Unterricht beabsich[tigt] [] für [den Titulatur-]Konsistorialrat und griechisch-katholischen Pfarrer in Turka, Nikolaus Lewicki, dann für den griechisch-katholischen Pfarrer in Waręż, Zeno Ritter v. Korczak-Korytyński, in Anerkennung ihrer um Kirche und Staat erworbenen Verdienste je das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Beide haben sich durch ein vorzügliches priesterliches Wirken verdienstlich gemacht und zeichnen sich namentlich auch durch ihre vollkommen korrekte und loyale Gesinnung sowie auch durch das Bestreben aus, das Gefühl der Liebe, Treue und Dankbarkeit gegen Se. Majestät und das Ah. Herrscherhaus bei ihren Pfarrlingen wach und rege zu erhalten. Der Statthalter lege be[son]deren Wert auf die Berücksichtigung dieser beiden Persönlichkeiten, zumal es dabei zugleich gelte, dem Vorgehen gegenüber anderen griechisch-katholischen Geistlichen im Lande eine Folie zu geben[9]. Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antragsvorhaben des Ministers für Kultus und Unterricht unter der Voraussetzung einverstanden, dass dagegen von Seite des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski keine Einwendung erhoben werde[10].

---

5 *Zur Bewilligung des Neubaus der Staatsgewerbeschule in Reichenberg siehe MR. v. 21. 4. 1882/VII, Punkt d.*

6 *Am 20. 10. 1881 war der Breslauer Bischof Heinrich Förster gestorben, zu ihm siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 293, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Förster | Parlament Österreich (Zugriff 12. 10. 2021). *Förster war 1875 von den preußischen Behörden abgesetzt worden und residierte nun in den in Cisleithanien gelegenen Teilen des Bistums. Nach seinem Tod beriet MR. II v. 8. 11. 1881/XIV (liegt nicht ein) über die Frage der Trennung der cisleithanischen und preußischen Teile des Breslauer Bistums. Mit Ah. E. v. 3. 4. 1882 hatte Franz Joseph die ihm über Vortrag Conrads v. 29. 3. 1882 mitgeteilte Ernennung Robert Herzogs – auch in den cisleithanischen Teilen des Bistums – zur Kenntnis genommen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1329/1882*, das Dankschreiben im Akt einliegend.*

7 *Der Orden wurde Alwens mit Ah. E. v. 24. 8. 1882 über Vortrag Conrads v. 18. 8. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3301/1882.

8 *Die im Vortrag Conrads v. 19. 8. 1882 beantragte Ordensverleihung wurde mit Ah. E. v. 25. 8. 1882 umgesetzt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3319/1882.

9 *Im Zusammenhang mit dem Vorbildcharakter dieser beiden Pfarrer siehe MR. v. 7. 5. 1882/XI, der sich mit der Reform des Basilianerordens beschäftigte.*

10 *Der Akt, auf dem vermutlich Ziemiałkowski seine Zustimmung vermerkt hat* – Ava., CUM, Präs. 852/1882 – *liegt nicht ein; beiden griechisch-katholischen Pfarrern wurde die genannten Orden über Vortrag Conrads v. 21. 8. 1882 mit Ah. E. v. 30. 8. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3384/1882.

VII. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die von ihm beabsichtigte au. Antragstellung, dass der außer[ordentliche Professor an der] böhmi[schen Technisch]en Hochschule in [Prag, Dr.] Johann Baptist Lambl, zum ordentlichen Professor an dieser Anstalt ernannt werde. Er bringe die Angelegenheit aus dem Grund vor den Ministerrat, weil, als die Ernennung Lambls zum ordentlichen Professor schon im Jahre 1876 angeregt wurde[11], der bezügliche Antrag damals im Ministerrate auf Hindernisse stieß, indem Gerüchte über die Bestechlichkeit Lambls zur Erwähnung gebracht wurden. Man stand damals von der Ernennung ab, ohne weiter in die Sache einzugehen oder Lambl Gelegenheit zur Rechtfertigung zu bieten.

Indessen wurde seither fast alljährlich vom Professorenkollegium der Antrag, Lambl zum ordentlichen Professor zu [er]nennen, erneuert[12]. Schon die über den bezüglichen im Jahre 1879 gestellten und vom Statthalter befürworteten Antrag des Professorenkollegiums eingeleiteten besonderen Erhebungen hinsichtlich der Begründung des über Lambl verbreiteten Gerüchtes führten zu dem Resultate, dass keine Anhaltspunkte zu einer Beschuldigung Lambls vorliegen[13]. Neuerlich wurden durch den jetzigen Statthalter in Böhmen wieder Erhebungen eingeleitet und berichte der Statthalter, dass kein einziger Fall der Bestechlichkeit Lambls sichergestellt werden konnte und dass das gedachte Gerücht seine Entstehung teils einem gewissen Antagonismus, teils der Charaktereigentümlichkeit Lambls, an seinen einmal []it festzuhal[ten,] []nken dürfte. Unter diesen Umständen und nachdem Lambl als Fachmann und Professor einen ausgezeichneten Ruf besitze und nachdem ferner die von Lambl versehene Lehrkanzel die eines ordentlichen Professors sei, beabsichtige der Minister mit dem vorerwähnten Antrage vorzugehen und erbitte er sich hierüber die Anschauung des Ministerrates.

Dem Handelsminister erscheinen insbesondere die wiederholten Ernennungsanträge des Professorenkollegiums von Gewicht, weil diese bezeugen, dass die Kollegen Lambls, welche mit ihm in näherer Verbindung stehen, den Gerüchten über [un]ehrenhafte Handlungen Lambls [ke]inen Glauben schenken.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Vorhaben des Ministers für Kultus und Unterricht einverstanden[14].

VIII. Der Leiter des Justizministeriums Dr. Pražák beabsichtigt infolge des von dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes vorgebrachten Antrages, für die Hofräte am Obersten Gerichtshofe Dr. Johann Scholz und Alexander v. Achbaur in Anerkennung ihrer vieljährigen

---

11 *Beraten in MR. v. 6. 3. 1876/VI (liegt nicht ein). In seinem Schreiben v. 26. 1. 1882 hielt Dunajewski fest, dass* von der Ministerkonferenz am 6. März 1876 ein negativer Beschluß gefaßt worden ist*,* Ava., CUM., allg., Unterricht, Karton 1115, Sig. 102, Zl. 15440/1882.

12 *Siehe dazu beispielsweise die Protokolle (Übersetzungen) des Lehrkörpers des böhmischen polytechnischen Instituts zu Prag v. 9., 10. und 23. 10. 1877,* Ava., CUM., allg., Unterricht, Karton 1115, Sig. 102, Zl. 18970/1877*; auf dem Akt ist vermerkt* Erledigt sich vorläufig mit No. 10438 ex 1879*, diese Zahl liegt jedoch nicht ein.*

13 *Der Statthalter in Prag, Kraus, hielt in seinen Schreiben an Conrad v. 24. 5. 1880 und 14. 7. 1882 fest, dass* kein einziger Fall der Bestechlichkeit des Genannten sicher festgestellt werden konnte*,* Ava., CUM., allg., Unterricht, Karton 1115, Sig. 102, Zl. 15440/1882.

14 *Lambl wurde über Vortrag Conrads v. 31. 8. 1882 mit Ah. E. v. 9. 9. 1882 zum ordentlichen Professor der Landwirtschaft an der böhmischen Technischen Hochschule in Prag ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3461/1882.

und vorzüglichen Dienstleistung je das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Scholz diene 43 Jahre, Achbaur 51 Jahre, beide seien sehr verdienstvolle Beamte [des] [] [Obe]rsten Gerichts[hofes]. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[15].

Wien, am 17. August 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

Nr. 410 Ministerrat, Wien, 19. August 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 19. 8.), Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino, BdE. und abw. Ziemiałkowski, Welsersheimb.

[I.] Die Vorkommnisse in Triest und die zu ergreifenden Maßnahmen.

KZ. 81 – MRZ. 66

Protokol[l I] des zu Wien am 19. August 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident sieht sich veranlasst, die Vorkommnisse in Triest zur Sprache zu bringen und teilt dem Mi[nisterrate] [] [R]eferat [mit[a],[1]. Dem] Vortrage dieses Refer[ates] fügt der Ministerpräsident Nachstehendes bei:

Aus dem Ganzen sei mit Sicherheit zu entnehmen, dass die Absicht der Irredenten dahin gerichtet sei, das Werk und den Erfolg der Triester Ausstellung zu vereiteln[2]. Nicht vielleicht die Verübung von Gewalttätigkeiten, sondern vor allem die Erregung von Angst und Schrecken scheine beabsichtigt zu sein. Schon der Petardenwurf vom 2. d. M. dürfte hauptsächlich letztere Tendenz und nicht die Zufügung von Verletzungen im Auge gehabt haben[3]. Ganz klar gehe die eigentliche Absicht der Irredenten aus dem Vorfalle der gestern in Triest saisierten Sendung hervor. Die [Auffind]ung einer unter solcher [Ad]resse und unter solchen Umständen aufgegebenen Sendung musste von den dahinter stehenden getriebenen Elementen wohl vorausgesehen werden und war offenbar berechnet. Der Zweck der Beunruhiger wurde aber vollständig erreicht, als nun der ganze Saisierungsvorfall, worüber er (Minister-

---

[a] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage bei.*

[15] *Den Genannten wurde das Ritterkreuz des Leopoldordens mit Ah. E. v. 22. 8. 1882 über Vortrag Pražáks v. 19. 8. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3289/1882.

[1] *Am 18. 8. 1882 waren auf einem aus Venedig kommenden Dampfer des österreichischen Lloyd in einem Koffer* Proclamationen und Geschosse, welche zur Störung der gestrigen Feier bestimmt gewesen sein dürften, *entdeckt worden,* Wiener Zeitung (M.) v. 19. 8. 1882.

[2] *Zur Frage eines Staatsvorschusses für die Triester Ausstellung siehe zuletzt MR. v. 26. 4. 1882/I.*

[3] *Am Abend des 2. 8. 1882, dem Tag der Eröffnung der Triester Ausstellung, marschierte der Veteranenverein zu Ehren des anwesenden Erzherzogs Carl Ludwig auf. Auf dem Weg wurde auf den Festzug eine Bombe geworfen, die den Präsidenten des Vereins, Wilhelm Räcke, leicht, andere schwer verletzte. Ungeachtet dessen setzte Räcke den Zug fort,* Wiener Zeitung (A.) v. 3. 8. 1882. *Von diesen Ereignissen berichtete Taaffe Franz Joseph mit Vortrag v. 10. 8. 1882, der mit Ah. E. v. 12. 8. zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3167/1882.

präsident) höchlichst betroffen sei, durch aus Triest an die Zeitungen gesendete Telegramme zur allgemeinen Publikation gelangte. Auf solche Weise wurde das, was die feindseligen Elemente wollen, die Abschreckung des Publikums, bewirkt.

Was das Vorgehen der Behörden in Triest in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Ordnung sowie auch in Bezug auf die Hintanhaltung übertriebener Demonstrationen in pa[] [da]ss [] [jed]enfalls ihre Schul[digkeit geta]n. [B]eklagen müsse er aber, dass der Statthalter und die Behörden überhaupt sich früher in dem Sanguinismus wiegten, dass die Ausstellung ungestört ablaufen werde[4].

Was das Vorgehen für die Zukunft anbelange, so werde man in Erwägung zu nehmen haben, ob eine solche Stadtvertretung wie die heutige noch weiter belassen werden könne, welche Maßregeln in dieser Beziehung anzuwenden, in welcher Form und endlich zu welchem Zeitpunkte ein strenges Einschreiten Platz zu greifen haben werde. Der Statthalter von Triest habe während seiner letzten Anwesenheit in Wien[5] auch schon dahin reflektiert, dass der []der letzten Stadtv[ertret]ungswahlen ein energisches Vorgehen gegen den Stadtrat dessen Auflösung und die interimistische Übertragung der Verwaltung an einen kaiserlichen Kommissär erheischen dürfte, dass aber mit einer solchen Maßregel jedenfalls nicht vor Beendigung der Ausstellung vorzugehen wäre[6]. Nachdem der Statthalter der Anschauung war, dass die Ausstellung ohne Störung verlaufen werde, wollte der Ministerpräsident demselben nicht entgegentreten, um nicht beim Eintritte störender Ereignisse dem Anwurfe zu begegnen, dass durch das Einschreiten der Regierung gegen den Stadtrat der ruhige Verlauf der Ausstellung beeinträchtigt würde. Ferner musste in dieser Beziehung auch das Moment der abzuhaltenden patriotischen Jubiläumsfeier des Anschlusses [Triests an die Monarchie] ge[dacht werden,] dass von Sr. [Majestät da]s Ah. Erschei[nen] zu dieser Feier zugesagt wurde, und es musste daher erwogen werden, dass wenn die Auflösung des Stadtrates vor der Abhaltung der Feier und vor dem Ah. Besuche Sr. Majestät geschähe, keine ordentliche Vertretung vorhanden wäre, um Sr. Majestät im Namen der Stadt die Huldigung darzubringen. Nichtsdestoweniger gebe es der Ministerpräsident nunmehr der Beurteilung des Ministerrates anheim, ob jetzt sogleich angesichts der Ausstellung und der angekündigten Ankunft Sr. Majestät gegen die Stadtvertretung einzuschreiten oder ob diesfalls noch zu warten wäre.

Dass überhaupt das strenge []m statthaben müsse, s[o] se[i sei]ne Überzeugung, weil man den Irredenten Festigkeit zeigen müsse. Was aber den Zeitpunkt anbelange, so sei seine persönliche Meinung, jetzt noch zu warten, um kein Odium für den weiteren Verlauf der Dinge auf die Zentralregierung zu lasten. Später möchte er sodann die zu ergreifenden Maßnahmen im Vereine mit dem hierher zu berufenden Statthalter beraten und im Einverständnisse mit demselben durchgeführt wissen. Denn wenn das Einverständnis des Statthalters mit

---

4 *Ein Hinweis auf die Position des Statthalters im Küstenland, Pretis, konnte in den Beständen des* Ava., IM., Präs. *nicht gefunden werden.*

5 Wiener Zeitung (M.) v. 20. 7. 1882 *berichtete von der Ankunft Pretis,* Wiener Zeitung (M.) v. 21. 7. 1882 *von seiner Audienz bei Franz Joseph.*

6 *Die Wahlen zum Triester Stadtrat bzw. Landtag, die Mitte Juni 1882 stattfanden, gingen in einem Patt aus mit 27 Stimmen für die pro-österreichischen sogenannten Patrioten zu 27 Stimmen für die pro-italienischen sogenannten Progressionisten. Nachdem der aus der Mitte der Abgeordneten gewählte Vorsitzende des Landtages, der Podestà, seine Stimme im Plenum verlor – zu seiner Bestätigung siehe MR. v. 10. 7. 1882/II –, erhielt dadurch die Gegenpartei die Mehrheit im Landtag,* Die Presse (Erstes Abendblatt) v. 19. 6. 1882.

dem, was geschehen solle, vorhanden sein werde, so glaube er erwarten zu können, dass der Statthalter bei der Durchführung auch mit dem gehörigen Eifer, dem gehörigen Takt und dem gehörigen guten Willen vorgehen werde.

[Der Fin]anzminister [hat] nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass auch ihm gegenüber der Statthalter Baron Pretis, als es sich um die Subventionierung der Ausstellung und um die Bewilligung der auch nach der Anschauung des Baron Pretis selbst fast über die Grenze des Möglichen hinausgehenden Zugeständnisse für die Ausstellungslotterie handelte, mit Nachdruck die politischen Gründe geltend gemacht habe und dabei immer mit vollster Sicherheit für das Gelingen der Ausstellung eingetreten sei. Der Minister sei, weil er sich auf die Anschauung des Statthalters verlassen musste, eingegangen. Aber schon vor der Ausstellung wurden namentlich im „Pester Lloyd" Stimmen laut, dass in Triest dem Aus[stellun]gswerke mit einer gewiss[e]n Kühle begegnet werde[7]. Die Ereignisse haben nunmehr bewiesen, dass der Statthalter nicht richtig vorausgesehen habe. Ohne den sonstigen Eigenschaften und Kenntnissen des Freiherrn v. Pretis nahetreten zu wollen, sei es für den Finanzminister nun klar, dass dem Freiherrn v. Pretis die nötige Voraussicht und die nötige Kenntnis der Stimmung mangle. Er habe nichts gegen die Hierherberufung des Statthalters zur Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen. Aber er glaube, dass man sich auf das Urteil eines Mannes nicht werde verlassen könne, der sich bis jetzt so arg getäuscht und von einem gewissen Vorurteile für das Ausstellungswerk eingenommen gezeigt habe. Der Finanzminister glaubt sogar, dass ein Mann []e, [] [Ur]teil über die [dortigen] Verhältnisse und Stim[mu]ngen man nicht mehr vertrauen könne. Um größere Sicherheit hinsichtlich der im Vereine mit dem Statthalter zu beratenden Maßnahmen zu haben, möchte der Finanzminister es unter diesen Umständen daher ratsam finden, wenn der Ministerpräsident vorher eine Persönlichkeit seines Vertrauens nach Triest entsendete, welche nach der an Ort und Stelle gewonnenen Überzeugung über die Lage der Zustände zu berichten hätte. Darüber, dass im Momente ein Einschreiten gegen die Stadtvertretung nicht Platz greife, stimme er mit dem Ministerpräsidenten überein. In Bezug auf den Umstand [des zu]gesagten und zuges[icherten] Ah. Besuches Sr. Majestät in Triest möchte er indessen doch überlegt wissen, ob nicht bei den jetzt sich anders darstellenden Verhältnissen das Ministerium die Lage gegeben erkennen dürfte, um Sr. Majestät die nunmehr gegen den beabsichtigten Besuch sprechenden Bedenken au. vorzulegen. Es sei nicht etwa eine Petarde, die er besorge, aber bei den einmal bewegten Wogen könne man hinsichtlich irgendeiner unliebsamen das patriotische Gefühl störenden Demonstration doch nicht ganz sicher sein. Er (Finanzminister) wenigstens würde sich ein Gewissen daraus machen, jetzt Sr. Majestät den fraglichen Besuch einzuraten.

Der Minister für Kultus und Unterricht teilt die An[sicht seines Vorredners] [] Ab[]ten und findet [es ebenso] beklagenswert, dass von Seite der Triester Behörden der Vorfall der gestrigen Saisierung in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Es sei offenbar, dass von den klugen Agitatoren bei der Sache gerade darauf hingearbeitet wurde, um die Saisierung durch die Polizei geschehen zu lassen. Indem sonach durch die Veröffentlichung des Vorfalles der Zweck der Agitatoren erreicht wurde, habe sich die Polizei zugleich diesen gegenüber lächerlich gemacht. Vom andern Gesichtspunkte aus betrachtet, diene ein solches Vorgehen nur dazu, den polizeilichen Verfolgungszwecken entgegenzuarbeiten. Der Minister muss daher wünschen, dass den Behörden in Triest []ge Weisungen gege[ben we]rden, solche Veröffent-

---

7 *Ein entsprechender Artikel im Pester Lloyd konnte von Juli bis zu Beginn der Ausstellung nicht gefunden werden.*

lichungen ihrer Erfolge, wodurch zugleich ihre Aktionen entweder lächerlich oder unnütz werden, zu unterlassen. Was die erwähnte Maßregel der Auflösung der Stadtvertretung anbelange, so halte er sie auch schon an und für sich geboten, weil jetzt bei den gleichgeteilten Stimmen beider Parteien die jedesmalige Entscheidung lediglich in die Hand des Podestà[8] gelegt sei und der Exodus einer Partei die Aktion der Stadtvertretung lahmlegen könne, bei solchen Zuständen aber an ein gedeihliches Wirken nicht zu denken sei. Auch dürften konkrete administrative Anlässe vorhanden sein, um darauf gestützt mit der Auflösung vorgehen zu können. Was den weiteren diesbe[züglichen] []e[] []en Regierungs[kommissär] zu bestellen, sondern vorläufig sogleich eine Neuwahl zu veranlassen. Möglicherweise brächte dieser Modus schon eine bessere Vertretung. Gelänge es so aber nicht, dann wäre nach der abermaligen Auflösung der Vertretung erst ein Regierungskommissär zu bestellen, unter dessen Ägide sodann die Vornahme neuerlicher Wahlen für später einzuleiten wäre. Nach solchem Vorgange dürfte für den Regierungskommissär auch der geeignete Boden geebnet sein. Mit dem Vorgehen der Auflösung möchte er bis nach Beendigung der Ausstellung gewartet wissen, damit die oppositionellen Elemente jetzt nicht gereizt würden.

Der Handelsminister [t]eilt hinsichtlich der Veröffentlichung des letzten Saisierungsfalles ganz die Anschauung des Vorredners. Es sei unbegreiflich, dass die Polizei vergessen konnte, dass die Publizierung des fraglichen Erfolges die Wirkung einer geworfenen Petarde haben müsse. Was die Auflösung des Stadtrates anbelange, so bestehe die Hauptschwierigkeit dabei in dem Umstande, dass nach dem Statute im Falle der Auflösung der Vertretung die sogenannte Stadtratsdelegation fortfungiere und dass es zweifelhaft sei, ob auch diese Delegation aufgelöst und ihr Wirkungskreis einem Regierungskommissär übertragen werden könne. Andererseits werde es aber bei der jetzigen Lage der Dinge und bei der politischen Stellung des jetzigen Po[destà] [] zu [] [wen]n die Wahlein[] in die Hände eines Regierungskommissärs gelegt werden könne. Der Zeitpunkt zur Vornahme der Auflösung werde auch nach seiner Meinung erst gekommen sein, wenn die Ausstellung beendet sein werde. Man könnte hiebei am besten so vorgehen, dass man die Mitglieder der konservativen Partei veranlasste, ihre Mandate niederzulegen, indem dann die Beschlussunfähigkeit der Vertretung von selbst den Anlass böte, mit der Auflösung vorzugehen, ohne dass die Regierung als die veranlassende Hand erschiene. Sodann müsste man aber durch eine, wenn auch vielleicht gewaltsame Interpretation des Statuts zugleich [die D]elegation ihres Man[date]s verlustig erklären, was jetzt umso leichter ginge, als die konservative Partei vier Mitglieder in der Delegation habe und man sich nach dem Austritte der Konservativen auf die Beschlussunfähigkeit der Delegation berufen könn[e]. Was den Ah. Besuch Sr. Majestät anbelange, so glaube der Handelsminister nicht, dass sich dabei etwas Störendes ereignen dürfte.

Minister Dr. Pražák teilt in Bezug auf die Veröffentlichung des letzten Saisierungsaktes sowie in Bezug auf das Vorgehen gegenüber dem Stadtrat und den Zeitpunkt des Einschreitens die Anschauung der beiden Vorredner und hält es insbesondere für wichtig, dass die Einleitung [] der Aktion der [] in Triest bemerkt der Minister, dass gegen die Verhafteten die Untersuchung eingeleitet wurde, dass aber bis jetzt noch nichts Greifbares wider die habhaft gewordenen Persönlichkeiten vorgebracht werden konnte. Für ein im betreffenden Falle energisches Vorgehen bürge die Persönlichkeit des dortigen Landesgerichtspräsidenten.

---

8 *Als Podestà war Richard Bazzoni nach seiner Wahl mit Ah. E. v. 11. 7. 1882 bestätigt worden, siehe dazu MR. v. 10. 7. 1882/II.*

Der Ackerbauminister schließt sich hinsichtlich des Vorgehens gegenüber dem Triester Stadtrat vollkommen der Anschauung des Handelsministers an. Was die Bemerkungen des Finanzministers hinsichtlich der vertrauensseligen An[sc]hauung des Statthalters über [den V]erlauf der Ausstellung [anbe]lange, so könne er dem hinzufügen, dass die diesfällige rosige Anschauung des Statthalters auch jetzt noch fortzudauern scheine. Denn der Statthalter habe jetzt bei ihm die Veranstaltung eines internationalen Weinkongresses auf der Ausstellung angeregt und zugleich zu diesem Zwecke um eine Subvention von 200[b] fl. ersucht[9]. Der Ackerbauminister glaube nach dem heute Vorgebrachten wohl auch den Intentionen der Ministerkollegen zu entsprechen, wenn er dieses Ansuchen des Statthalters ablehnend beantworte[10].

Der Ministerpräsident konstatiert die prinzipielle Zustimmung der Konferenzmitglieder zu den für die Zukunft in Triest zu ergreifenden Maßnahmen. [] den Befehlen [Sr. Maje]stät richten.

Der Ministerpräsident bringt schließlich noch zur besonderen Erwägung den Antrag des Statthalters wegen Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Präsidenten des Triester Veteranenvereines Wilhelm Räcke[11]. Gewiss habe sich Räcke durch seine unerschrockene, couragierte Haltung und Geistesgegenwart hervorgetan und dadurch zur Vermeidung einer großen Gefahr beigetragen[12]. Unter normalen Verhältnissen würde er daher nicht Anstand genommen haben, auf einen Auszeichnungsantrag gleich einzugehen. Indessen müsse er aber vor Augen halten, dass [Räcke] eine Persönlichkeit sei, [di]e nach der anderen Richtung hin wieder sehr provokatorisch auftrete und dass es daher zu bedenken sei, ob man jetzt, wo man jede Provokation vermeiden wolle, eine solche Persönlichkeit auszeichnen solle. Der Ministerpräsident wäre deshalb dafür, in der Sache vorläufig zuzuwarten und allenfalls erst später nach neuerlicher Einvernehmung des Statthalters vorzugehen.

Anders wäre es vielleicht gewesen, wenn man ganz unmittelbar nach dem Vorfalle über einen telegrafischen Antrag des Statthalters mit der Auszeichnung vorgegangen wäre, anders sei es jetzt, wo man auch schon mit den anderen Eindrücken und mit den jenem Vorfall folgenden Ereignissen rechnen müsse []i[]n einverstan[den,] Räcke habe sich sehr gut und mutvoll benommen. Aber das Auftreten dieses Mannes im Vereine mit anderen sei, weil speziell das Deutschtum hervorkehrend, ein solches, dass es nicht bloß die Irredenten, sondern auch die gutgesinnten Italiener froissiere. Der Minister für Kultus und Unterricht ist gleichfalls der Anschauung des Ministerpräsidenten, insbesondere, weil er besorgt, dass durch die Auszeichnung auch andere induziert werden könnten, ebenso provokatorisch vorzugehen. Auch die übrigen Minister schließen sich der [Anscha]uung des Ministerpräsidenten an[13].

Wien, am 19. August 1882. Taaffe.

Ah. E. [Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.] Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

---

b *Im Originalprotokoll irrtümlich* 2.000.

9 *Schreiben des Statthalters in Triest Pretis an Falkenhayn v. 14. 8. 1882,* AVA., AckM., Präs. 1186/1882.

10 *Die Frage des Weinkongresses in Triest kam erneut zur Sprache in MR. v. 23. 8. 1882/V.*

11 *Das Ansuchen Pretis konnte in den Beständen des* AVA., IM., Präs. *nicht gefunden werden.*

12 *Zur* unerschrockenen, couragierten Haltung und Geistesgegenwart *Räckes siehe oben Anm. 3.*

13 *Die Ereignisse in Triest, die Frage, ob Franz Joseph nach Triest reisen solle, und die Ordensangelegenheit Räcke kamen erneut zur Sprache in MR. v. 23. 8. 1882/V.*

Nr. 411 Ministerrat, Wien, 19. August 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 19. 8.) Falkenhayn, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; BdE. und abw. Ziemiałkowski, Welsersheimb.

I. Über die Aufteilung der bis Ende 1867 erteilten Ärarialvorschüsse an Grundentlastungsfonds. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kontrollor der Staatsschuldenkassa, August Müller. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Gymnasialdirektor Schulrat Dr. Hermann Pick. IV. Wegen Sanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei. V. Wegen Nichtsanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 2 des Landesgesetzes über die Teilbarkeit der Grundstücke. VI. Wegen der Dienstübernahme des Finanzrates Schindler in das Ressort des Ackerbauministeriums. VII. Regelung der Dotation des Linzer Bistums. VIII. Frage der Ernennung der Hofsekretäre beim Verwaltungsgerichtshof. IX. Regelung der Disziplinarbehandlung der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes. X. Frage der Ausscheidung der theologischen Fakultät der Universität Prag zu einer selbstständigen Anstalt. XI. Wünsche der Alttschechen in Bezug auf die Prüfungsverordnung für die Prager Universität.

KZ. 82 – MRZ. 67

Protokoll II des zu Wien am 19. August 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Finanzminister referiert in Angelegenheit der Aufteilung der den Grundentlastungsfonds der beiden Reichs[teile] []ung in der [] bis Ende 1867 er[teilten] Ärarialvorschüsse. Der Minister habe schon gelegentlich der Beratung über die im galizischen Landtage einzubringenden Vorlage[1] wegen Abschreibung der dem galizischen Grundentlastungsfonds gewährten Vorschüsse, worunter sich auch die zu den Zentralaktiven zählenden, bis Ende 1867 erfolgten Vorschüsse per 36,713.719 fl. befinden, bemerkt, dass bei den zwischen den beiderseitigen Finanzverwaltungen bisher über die Zentralaktiven und -passiven gepflogenen Verhandlungen bezüglich der Staatsvorschüsse an Grundentlastungsfonds die Aufteilung nach dem Territorialprinzipe in Aussicht genommen worden sei. Um nunmehr angesichts der Abschreibung der galizischen [Grund]entlastungsvorschüsse diesfalls Klarheit und freie Hand zu erlangen, habe er sich an die ungarische Regierung bzw. an den ungarischen Finanzminister mit der Anfrage gewendet, ob von Seite der ungarischen Regierung gegen die diesfällige Anwendung des Territorialprinzipes ein Einwand erhoben werde[2].

Darauf wurde nun mit Zuschrift des ungarischen Finanzministers vom 12. d. M. nach eingeholter Zustimmung des ungarischen Ministerrates im Namen der kgl. ung. Regierung eröffnet[3], dass die ungarische Regierung mit der von Seite der k. k. Regierung beabsichtigten Aufteilung der den Grundentlastungsfonds in der Zeitperiode bis Ende 1867 erteilten Ärarialvorschüsse nach dem Territorialprinzipe in der Voraussetzung einverstan[den sei, wenn das

---

1 *Siehe dazu MR. v. 1. 7. 1882/I.*

2 *Nach mündlichen Besprechungen teilte Dunajewski seinem ungarischen Kollegen Szapáry mit Privatschreiben (K.) v. 3. 7. 1882 mit, ein Übereinkommen mit Ungarn auf Basis des Territorialprinzips – und nicht dem des Quotenverhältnisses – zu schließen, dem Szapáry mit Privatschreiben v. 15. 7. 1882 zustimmte; erst danach richtete Dunajewski am 30. 7. 1882 eine offizielle Anfrage an ihn,* Fa., FM., Präs., Sig. 16.6, Zl. 3910/1882.

3 *Sitzung des UMR. v. 10. 8. 1882/4,* Hhsta, Kab. Kanzlei, Ungarische Ministerkonferenzprotokolle (deutsche Übersetzung), KZ. XXIX/1882. *Schreiben Szapárys an Dunajewski v. 12. 8. 1882,* Fa., FM., Präs., Sig. 16.6, Zl. 4185/1882.

von der ungari]schen Re[gierung akze]ptierte Prinzip [in die]sem Falle als für beide Teile bindend betrachtet, und dass demnach gegen die von Seite der k. k. Regierung beabsichtigten Dispositionen über die fraglichen Ärarialvorschüsse von Seite der ungarischen Regierung keinerlei Einwand erhoben werden werde.

Der Finanzminister beabsichtige nun dem entgegen der ungarischen Regierung unter Berufung auf den Beschluss des diesseitigen Ministerrates zu erklären, dass die Aufteilung der in Rede stehenden Vorschüsse nach dem Territorialprinzipe auch von Seite der k. k. Regierung endgiltig angenommen werde.

Der Ministerrat erklärt sich mit dieser Erklärung einverstanden[4].

[II.] Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Kontrollor der Staatsschuldenkassa August Ludwig Müller anlässlich der Pensionierung desselben in Anerkennung seiner treuen und vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[5].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Direktor des Staatsgymna[siums in Salzburg, Schulrat Dr. Hermann Pick, anlässlic]h [der Pensionier]ung desselben [in Aner]kennung seiner vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken, und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die näheren Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

IV. Der Ackerbauminister erbittet sich und erhält die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom steiermärkischen Landtage in wesentlicher Übereinstimmung mit der Regierungsvor[lage] beschlossenen Gesetzes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern[7].

V. Der Ackerbauminister referiert über den vom Landtage Vorarlbergs beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des § 2 des Landesgesetzes vom 15. Oktober 1868 über die Teilbarkeit der Grundstücke[8]. Der Gesetzentwurf bezwecke eine neue Modalität für die Teilungsvorgänge, welche zugleich eine Teilungserschwerung involviert. Der Statthalter und die beteiligten Ministerien sprechen sich teils aus wirtschaftlichen, teils aus Kompetenz- und teils aus technischen Gründen gegen die Sanktionierung aus. Der [Minister spricht sich] aus gleich[en Gründen gegen] die Sanktionierung [aus, und] in Übereinstimmung mit der An-

---

4 *Den Ministerratsbeschluss teilte Dunajeweski seinem ungarischen Kollegen mit Schreiben (K.) v. 19. 8. 1882 mit,* FA., FM., Präs., Sig. 16.6, Zl. 4185/1882.

5 *Dunajewski beantragte mit Vortrag v. 19. 8. 1882 die behandelte Ordensverleihung, die mit Ah. E. v. 28. 8. 1882 erfolgte,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3355/1882.

6 *Die Auszeichnung verlieh Franz Joseph über Vortrag Conrads v. 21. 8. 1882 mit Ah. E. v. 30. 8. 1882,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3381/1882.

7 *Fortsetzung des MR. v. 9. 6. 1882/VI. Der vom steiermärkischen Landtag angenommene Gesetzentwurf –* PROT. LANDTAG STEIERMARK 5. 7. 1880 (13. Sitzung) 174 – *wurde mit Ah. E. v. 2. 9. 1882 auf Vortrag Falkenhayns v. 20. 8. 1882 sanktioniert,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3406/1882. *Das Gesetz wurde publiziert als* LGBL. STEIERMARK Nr. 11/1883.

8 *Gesetz v. 15. 10. 1868,* LGBL. TIROL UND VORARLBERG Nr. 46/1868. *Die Änderung dieses Gesetzes war vom Vorarlberger Landtag beschlossen worden,* PROT. LANDTAG VORARLBERG 19. 10. 1881 (IX. Sitzung) 82.

schauung des Justizministeriums vornehmlich aus dem Grunde, um nicht jetzt, wo eben über die Frage der Teilbarkeit Verhandlungen im Schoße der Regierung schweben, in der Frage ein Präjudiz zu schaffen.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antrage auf Nichtsanktionierung des Entwurfes einverstanden[9].

VI. Der Ackerbauminister bringt zur Sprache die von Seite des Finanzministers urgierte Übernahme in das Ressort des Ackerbauministeriums des ehemaligen Forstlehran[stalte]ndozenten, nunmehrigen Mitgliedes der Grundsteuerkommission in Graz, Carl Schindler[10]. Der Minister bemerkt, dass nach dem Ah. genehmigten Status des Forstpersonales die Zahl der Forstmeister in der siebten Rangsklasse von elf auf neun reduziert wurde, dass aber auch jetzt noch nicht der reduzierte Status erreicht sei. Da Schindler vermöge seiner Rangsklasse bei der Übernahme in das Forstpersonale zum Forstmeister ernannt werden müsste, so wäre also der Ackerbauminister genötigt, trotzdem noch der erniedrigte Status nicht erreicht sei, die Ernennung eines Forstmeisters extra statum vorzunehmen. Deshalb, und weil politische Rücksichten für die Dienstübernahme des ein Reichsratsmandat aus Böhmen besitzenden und als Abgeordneten zur Re[gierung zählenden Schindl]er [geltend gem]acht werden, [bringe] er die Sache vor den Ministerrat.

In einer kurzen Diskussion über diesen Gegenstand wird in Erwägung gebracht, ob bei diesen Umständen nicht doch mit der Quieszierung des normal nicht unterzubringenden Schindler vorzunehmen wäre und wird in Aussicht genommen, hinsichtlich des politischen Momentes vorläufig mit maßgebenden Elementen des böhmischen Klubs in Fühlung zu treten. Demnach wird die Beschlussfassung über den Gegenstand in suspenso belassen[11].

[VII.] Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die neuerlichen durch den Handelsminister mit dem Bischofe von Linz gepflogenen Verhandlungen über die Regelung der Bischofsdotation[12]. Darnach wollte der Bischof auf den Ausgleichsantrag der Regierung unter wesentlich folgenden Modifikation eingehen:
a) mache der Bischof ausdrücklich den Vorbehalt der Einwilligung der Kurie;

---

9 *Zu dem erwähnten Reichsgesetz siehe MR. v. 21. 4. 1881/XII, besonders Anm. 26. Den Vortrag Falkenhayns v. 20. 8. 1882 resolvierte Franz Joseph im Sinne des Antrages und sanktionierte den Vorarlberger Gesetzentwurf nicht,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3383/1882.

10 *Übernahme der Forstwirtschaftlichen Agenden vom Finanz- an das Ackerbauministerium,* Lein, Einleitung. Cmr. II, LXXX f.

11 *Mit Schreiben (K.) v. 7. 6. 1882 hatte Dunajewski Falkenhayn um Übernahme Schindlers in das Ackerbauministerium gebeten,* Fa., FM. Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3056, Zl. 2868/1882*, das Falkenhayn aber mit Schreiben v. 26. 6. 1882 aus den hier angeführten Gründen ablehnte,* Fa., FM. Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3057, Zl. 3326/1882*. Mit Schreiben (K.) v. 19. 7. 1882 wies Dunajewski auf die Möglichkeit hin, Schindler zunächst extra statum im Ackerbauministerium unterzubringen,* Fa., FM. Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3057, Zl. 3326/1882*. Am 15. 10. 1882 (K.), also nach diesem Ministerrat, urgierte Dunajewski bei Falkenhayn eine Antwort,* Fa., FM. Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3057, Zl. 5124/1882*. Danach wurde über Vortrag Falkenhayns v. 9. 12. 1882 mit Ah. E. v. 19. 12. 1882 die Übernahme Schindlers als Forstrat extra statum mit dem Hinweis genehmigt,* Sie haben jedoch auf baldige Unterbringung desselben auf einen systemisierten Posten bedacht zu nehmen, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4784/1882.

12 *Fortsetzung des MR. v. 26. 6. 1882/II.*

b) wolle der Bischof in der Urkunde auch die Bemerkung enthalten wissen, dass er an und für sich das Recht auf das ganze am 31. Dezember 1869 besessene Dotationsvermögen hätte[13];
c) verlange der Bischof anstatt des angebotenen Dotationskapitales per 500.000 fl. in Notenrente ein solches von 522.935 fl. in Silberrente.

[Er halte die g]estellten Be[dingungen] für nicht akzeptabel. Der Vorbehalt der Einwilligung der Kurie sei unstatthaft, weil nach den bestehenden Gesetzen bei vermögensrechtlichen Fragen der Bistümer eine Ingerenz der Kurie nicht Platz greife und die Regierung daher ihre Aktion nicht von der Zustimmung eines bei der Sache nicht berechtigten Faktors abhängig machen könne.

Die Betonung des Rechtsstandpunktes sei nicht am Platze, weil der Rechtsanspruch für den Bischof nicht bestehe und es sich nunmehr um einen Ausgleich auf Basis der Billigkeit handle und weil eine solche Verwahrung doch möglicherweise spätere Konsequenzen nach sich ziehen könne.

Was die Forderung des höheren Kapitales anbelange, müsse man erstlich bedenken, dass das Anbot der Regierung schon ein Dotationsausmaß begreife, welches die Dotation anderer Bistümer weit überrage. Sodann falle für ihn der Umstand ins Gewicht, dass die begehrte Summe von 522.935 fl. dem im Jahre 1869 vorhanden gewesenen Kapitalsstande in Grundentlastungsobligationen nominell entspricht und demnach die Forderung eben dieser Summe die Tendenz ausdrückt, auf den Rechtsstandpunkt vom Jahre 1869 zurückzukommen, und zu demonstrieren, dass eine völlige restitutio in integrum eingetreten sei[14]. Der Minister sei demnach dafür, dass, nachdem der Bischof auf das frühere Anbot der Regierung nicht eingehe, die Regelung der Realdotation bis auf einen künftigen Nachfolger im Bistum verscho[ben werde,] falls eine Erhö[hung der] Gelddotation bis auf [].000 fl. gewährt werde.

Der Finanzminister glaubt, dass man sich an den Vorbehalt der Einwilligung der Kurie nicht zu stoßen hätte, da es sich hiebei []sten [] um die von Seite des Bischofes für sich einzuholende Bewilligung der Kurie handle und man daher die Sache lediglich so zu behandeln brauchte, dass man es dem Bischofe überlässt, die von seinem Standpunkte aus für sein Handeln notwendig erscheinende Einwilligung des Heiligen Stuhles zu erlangen. Was weiters die Wahrung des Rechtsstandpunktes anbelange, so habe dieselbe bei dem gleichzeitigen Verzichte auf das Recht keine Bedeutung und könne daher [die] Gewissenswahrung des Bischofes ohne Beeinträchtigung der Sache hingenommen werden. Es dürfte sich daher nach der Ansicht des Finanzministers lediglich darum handeln, zu erwägen, ob man die geforderte Summe des Dotationskapitales geben solle.

Auch der Ministerpräsident, der Handelsminister und Minister Dr. Pražák sprechen sich dahin aus, dass die Rechtsverwahrung und der Vorbehalt der Einwilligung der Kurie als interne Momente für das Handeln des Bischofes nicht in Betracht gezogen zu werden brauchten, insoferne, was die Einwilligung der Kurie anbelange, es lediglich dem Bischofe überlassen werde, sich mit der Kurie diesfalls für seinen Standpunkt ins Reine zu setzen und nicht der Vergleichs[] gemacht [].

---

13 *Das Abgeordnetenhaus hatte 1869 gefordert* – Prot. Reichsrat AH. 8. 3. 1869 (171. Sitzung) 5145–5155 – *die Dotation des Bischofs von Linz Rudigier auf 12.600 fl. zu beschränken. Die Ankündigung des Kultus- und Unterrichtsministers Hasner in seinem Vortrag v. 14. 9. 1869 wurde mit Ah. E. v. 25. 9. 1869 zur Kenntnis genommen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3490/1869. *Der Erlass Hasners v. 31. 12. 1869, laut Protokollbuch* Ava., CUM., Neuer Kultus, Präs. 663/1869*, liegt nicht ein.*

14 *MR. v. 1. 3. 1869/V (liegt nicht ein),* Cmr. II, Nr. 190.

Der Handelsminister bemerkt, dass die vom Bischofe geforderte Summe, wenn sie gleich nominell dem Kapitalstande vom Jahre 1869 entspreche, doch essentiell hinsichtlich des Erträgnisses nicht an den damaligen Kapitalstand hinanreiche, da der Bischof die Summe nicht in Grundentlastungsobligationen, sondern in Silberrente fordere. Um die leidige Angelegenheit zu finalisieren, wäre daher der Handelsminister dafür, der Kapitalsforderung des Bischofes nachzugeben, und stellt daher den Antrag: die Kapitalsdotation auf die begehrte Summe von 522.935 fl. in Silberrente festzustellen, die vom Bischofe beabsichtigte Einholung der Zustimmung der Kurie seinem [Er]messen anheimzustellen und den von demselben betonten Rechtsstandpunkt des Jahres 1869 aber mit Stillschweigen zu übergehen.

Dieser Antrag wird mit Zustimmung des Ministerpräsidenten, des Ackerbauministers, des Ministers Dr. Pražák und des Handelsministers zum Beschlusse erhoben[15].

VIII. Minister Dr. Pražák referiert namens des Ministerpräsidenten über die Frage der Ernennung der Hofsekretäre beim Verwaltungsgerichtshofe[16]. Bei der ersten Besetzung der Stellen für den Verwaltungsgerichtshof wurde von Sr. Majestät mit Ah. [Entschließung vom 5. Juni 1876] [] drei daselbst []en Hofsekretäre vorgenommen[17]. Durch die am 3. April l. J. erfolgte Ernennung des mit dem Titel und Charakter eines Sektionsrates ausgezeichneten Hofsekretärs Adam Freiherrn v. Budwinski zum Rate des Verwaltungsgerichtshofes[18] ist eine der bei diesem Gerichtshofe systemisierten Hofsekretärsstellen der siebten Rangklasse vakant geworden und gelangt nunmehr zur neuerlichen Besetzung.

In einer an den Ministerpräsidenten gerichteten Zuschrift vom 10. Juni d. J. hat der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes mitgeteilt[19], dass die zur Beratung und Antragstellung in dieser Angelegenheit einberufene Personalkommission des genannten Gerichtshofes [ei]nstimmig den Beschluss gefasst hat, mit Rücksicht auf § 10 des Gesetzes vom 22. Oktober 1875 für den Verwaltungsgerichtshof und Punkt 3 Absatz 1 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 4. August 1876, Nr. 95 RGBl., sowie in Beachtung des § 16 des organischen Statutes für den Obersten Gerichtshof vom 7. August 1850, Nr. 325 RGBl., zur Besetzung der Stelle, als in der Kompetenz des Gerichtshofes selbst gelegen, den Konkurs auszuschrei-

---

15 *Auf seinen Vortrag v. 20. 8. 1882 wurde Conrad mit Ah. E. v. 25. 8. 1882 ermächtigt, im Sinne des Ministerratsbeschlusses vorzugehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3326/1882. *Mit Ah. E. ebenfalls v. 25. 8. 1882 erledigte sich auch der Vortrag Conrads v. 24. 2. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 864/1882. *Zu diesem siehe MR. v. 26. 6. 1882/II, Anm. 2.*

16 *Die Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes wurde beraten in MR. II v. 3. 2. 1873/V, MR. I v. 8. 2. 1874/X, MR. v. 30. 11. 1874/X, MR. II v. 13. 12. 1874/XII, MR. v. 5. 9. 1875/VI, MR. v. 2. 12. 1875/XVII, MR. v. 25. 3. 1876/III, MR. v. 9. 6. 1876/III und MR. v. 19. 7. 1876/X. Mit Ausnahme des erstgenannten liegen diese Protokolle nicht ein. Es war nach Annahme durch den Reichsrat – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 18. 3. 1875 (133. Sitzung) 4700*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 23. 3. 1875 (35. Sitzung) 608 – *über Vortrag von Ministerpräsident Adolph Auersperg v. 18. 10. 1875 mit Ah. E. v. 22. 10. 1875 sanktioniert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4326/1875*, publiziert als* Rgbl. Nr. 36 *ex* 1876*. Verordnung des Gesamtministeriums v. 4. 8. 1876 über die innere Einrichtung und über das dort anzustellende Personal,* Rgbl. Nr. 95/1876.

17 *Beraten in MR. I v. 2. 6. 1876/I (liegt nicht ein). Die Dienststellen des Verwaltungsgerichthofes waren vom Ministerpräsidenten, Adolph Auersperg, über seinen Vortrag v. 2. 6. 1876 mit Ah. E. v. 5. 6. 1876 besetzt worden, darunter drei Hofsekretärsstellen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2118/1876.

18 *Besprochen in MR. v. 27. 3. 1882/I (liegt nicht ein). Vortrag Taaffes v. 29. 3. 1882, Ah. E. v. 3. 4. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1324/1882.

19 *Schreiben (K.) des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Richard Graf Belcredi v. 10. 6. 1882 an Taaffe,* Archiv Vwgh., Präs. 103/1882.

ben[20], welche Ausschreibung auch tatsächlich erfolgt ist, wie auch die infolge derselben eingelangten Kompetenzgesuche von dem Verwaltungsgerichtshof entgegengenommen wurden. Im Hinblick auf den Umstand jedoch, dass bei der Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes im Jahre 1876 Se. Majestät nicht bloß die Präsi[dentenstelle di]eses Gerichts[hofes ernan]nten[21], wurde sei[] des genannten Gerichtshofes mit der Besetzung der erledigten Hofsekretärsstelle aus dem Grund innegehalten, weil nach Ansicht des Verwaltungsgerichtshofes keine volle Klarheit darüber herrsche, ob die bei der Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes im Jahre 1876 vorgenommenen Ah. Ernennungen sich nur deshalb auf die Sekretärsstellen ausdehnten, weil damals der Gerichtshof erst zu aktivieren war, oder ob noch ein anderer Grund dazu vorlag. Der Gerichtshof hielt sich jedoch für verpflichtet, seine Rechtsanschauung hinsichtlich des diesfälligen Ernennungsrechtes des Verwaltungsgerichtshofes zu begründen und wurde das dem Ministerpräsidenten über[mi]ttelt, diese Frage betreffende Rechtsgutachten zuerst von der Personalkommission und sodann von der Plenarversammlung des Gerichtshofes einstimmig angenommen[22].

Diese Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichtshofes stützt sich außer auf die Analogie mit dem Obersten Gerichtshofe, bei welchem übrigens die Ernennung der Hofsekretäre derzeit nicht mehr dem Plenarsenate, sondern in Gemäßheit der Ah. Entschließung vom 5. Mai 1854 dem ersten Präsidenten zusteht[23], vornehmlich darauf, dass im § 10 Absatz 3 des Gesetzes vom 22. Oktober 1875, Nr. 36 RGBl., für 1876 die Bestimmung enthalten ist: „Die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes werden auf Vorschlag des Ministerrates vom Kaiser ernannt", während Punkt 3 Absatz 1 der Verordnung [über seine innere Einrichtung] zu [deren Publizier]ung die Ermächti[gung] Sr. Majestät durch die Ah. Entschließung vom 4. August 1876 erfolgt ist, besagt: „Die Besetzung derjenigen Dienstposten des Verwaltungsgerichtshofes, für welche die Ernennung nicht Sr. Majestät vorbehalten ist, erfolgt im Wege der Konkursausschreibung durch den Verwaltungsgerichtshof selbst."[24] Da man unter „Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes" nach dem ganzen Inhalte des Gesetzes vom 22. Oktober 1875 nur die Präsidenten und Räte des Gerichtshofes verstanden werden können, so wird aus den angeführten beiden Vorschriften in dem Rechtsgutachten gefolgert, dass die Besetzung der Hofsekretärsstellen durch den Gerichtshof selbst zu[steh]e.

Referent glaubt, dass man zwar den Ausführungen des Rechtsgutachtens darin beistimmen könne, dass man unter den „Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes" die Hofsekretäre nicht verstanden werden können; dennoch scheine es ihm, dass die Konklusionen dieses Gutachtens als zutreffend nicht erachtet werden können. In dem Rechtsgutachten wurde nämlich nach seiner Ansicht nicht genügend berücksichtigt, dass nach Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 145 RGBl., über die Ausübung der Regierungs-

---

20 *Organisches Statut des Obersten Gerichtshofes v. 7. 8. 1850,* RGBL. Nr. 325/1850.

21 *Am selben Tag wie die Dienststellen war mit Ah. E. 5. 6. 1876 der Präsident ernannt worden (Vortrag von Ministerpräsident Auersperg v. 2. 6. 1876)* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 2117/1876*, behandelt in MR. I v. 2. 6. 1876/II (liegt nicht ein).*

22 *Rechtsgutachten Lemayers v. 24. 5. 1882 und Protokoll der Personalkommission v. 24. 5. 1882,* ARCHIV VWGH., Präs. 98/1882 *sowie Protokoll (K.) des Plenarsenats des Verwaltungsgerichtshofes v. 5. 6. 1882,* ARCHIV VWGH., Präs. 103/1882.

23 *Wurde nicht im Ministerrat beraten. Vortrag des Justizministers Karl Krauß v. 20. 3. 1854, Ah. E. v. 5. 5. 1854,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 932/1854.

24 *MR. v. 19. 7. 1876/X (liegt nicht ein), Vortrag des Ministerpräsidenten Adolph Auersperg v. 31. 7. 1876, Ah. E. v. 4. 8. 1876,* HHSTA., Kab. Kanzlei Nr. 2878/1876*, publiziert als Verordnung des Gesamtministeriums v. 5. 8. 1878,* RGBL. Nr. 95/1876.

und Vollzugsgewalt, womit auch Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 144 RGBl., über die richterliche Gewalt in Übereinstimmung steht, die Besetzung aller Ämter in allen Zweigen[25] []. An dieser [grun]dgesetzlichen Bestimmung etwas zu ändern, lag keineswegs in der Absicht des Gesetzes vom 22. Oktober 1875, und der § 10 desselben enthält im dritten Absatze nur die Anwendung dieses staatsgrundgesetzlichen Grundsatzes auf einen bestimmten Fall, durch dessen besondere Regelung im Gesetze ausgeschlossen ist, dass die Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes, also der Präsidenten und Räte desselben, von Sr. Majestät dem Ministerrate oder einem Minister überlassen werde. Durch diese Bestimmung sei aber nach seiner Ansicht durchaus nicht ausgeschlossen, dass Se. Majestät auch die Ernennung anderer Beamten des Verwaltungsgerichtshofes sich vor[be]hielten, und hiemit stimmt die angeführte Vorschrift des Punktes 3 der Verordnung vom 5. August 1876, Nr. 95 RGBl., vollkommen überein, wornach nur die Besetzung derjenigen Dienstposten durch den Verwaltungsgerichtshof selbst erfolgt, für welche die Ernennung nicht Sr. Majestät vorbehalten ist. Dieser Ah. Vorbehalt ist aber eben dadurch erfolgt, dass Se. Majestät sich bestimmt gefunden haben, die Hofsekretäre des Verwaltungsgerichtshofes bei Aktivierung derselben zu ernennen, und diesem Ah. Vorbehalt gegenüber entbehre die Ansicht des Verwaltungsgerichtshofes nach seinem Ermessen der Begründung. Dies war auch die Meinung der früheren Regierung, welche in dem au. Vortrage vom [31. Juli 1876] [] werde durch [den ange]führten Punkt 3 (der am 5. August 1876 erlassenen Verordnung) die Bestimmung des § 10 des Gesetzes vom 22. Oktober 1875 in der Richtung präzisiert, „dass klargestellt wird, dass auch die Hofsekretäre des Verwaltungsgerichtshofes gleich den in der siebten Rangklasse systemisierten Sekretären von den Ministerien von Sr. Majestät ernannt werden, welcher Vorgang bereits bei der ersten Besetzung dieser Stellen tatsächlich eingehalten worden ist."

Wenn Referent nun auch glaube, dass mit Rücksicht auf diese Momente der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes nicht beigetreten werden könne, so möchte er in Hinblick auf die sowohl von dem Präsidenten [des] Verwaltungsgerichtshofes als auch von diesem Letzteren selbst angerufene Analogie mit den Entrichtungen beim Obersten Gerichtshofe demnach proponieren, dass Se. Majestät au. gebeten werde, die fraglichen Ernennungen dem Verwaltungsgerichtshofe zu überlassen. Er sehe sich zu diesem Antrage namentlich aus dem Grunde veranlasst, weil nicht zu verkennen sei, dass die Ungleichheit derartiger Einrichtungen bei den höchsten Gerichtshöfen leicht zu Missverständnissen, Kränkungen und unliebsamen Vergleichungen Anlass geben könne, welche nach Tunlichkeit zu vermeiden im Interesse des Ah. Dienstes gelegen sein dürfte.

Der Ministerrat erklärt [] zu dem An[trag des]selben einhellig seine Zustimmung[26].

IX. Minister Dr. Pražák referiert ferner namens des Ministerpräsidenten über die in den Ministerkonferenzen vom 13. Juni und 3. Oktober 1881 und 7. Jänner 1882 bereits zur Sprache gebrachten Frage der Regelung der Disziplinarbehandlung der Mitglieder und bzw. der richterlichen Beamten des Verwaltungsgerichtshofes[27]. Der frühere Antrag des Verwaltungs-

---

25 *Beide Staatsgrundgesetze v. 21. 12. 1867,* RGBL. Nr. 144 *und* 145*, beide ex* 1867.

26 *Den Vortrag Taaffes v. 25. 8. 1882, mit dem die Ernennung der Hofsekretäre des Verwaltungsgerichtshofes von diesem selbst beantragt wurde, nahm Franz Joseph mit Ah. E. v. 29. 8. 1882 an,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3368/1882*, dem Verwaltungsgerichtshof mitgeteilt mit Schreiben Taaffes v. 2. 9. 1882,* ARCHIV VWGH., Präs. 135/1882.

27 *Die Protokolle der Sitzungen von MR. v. 13. 6. 1881/IV, MR. v. 3. 10. 1881/II und MR. v. 7. 1. 1882/II liegen nicht ein.*

gerichtshofes bzw. des Präsidenten desselben ging dahin[28], die in Gemäßheit des § 11 des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtshof zu regelnde Disziplinarbehandlung [m]ittelst einer Verordnung zu [r]egeln, in welcher einleitend gesagt werden sollte, dass die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Mai 1868, RGBl. Nr. 46[29], welche für die richterlichen Beamten des Obersten Gerichts- und Kassationshofes gelten, auch auf die richterlichen Beamten des Verwaltungsgerichtshofes (also auf die Mitglieder des Gerichtshofes und die Hilfsbeamten) sinngemäße Anwendung zu finden haben. Vom Ministerrate wurde aber in der Konferenz vom 13. Juni 1881 erkannt, dass sich in Gemäßheit des § 10 des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtshof die Anwendung des richterlichen Disziplinargesetzes nur auf die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes, nämlich die Präsidenten und Räte und nicht auch auf die Hilfsbeamten erstrecken könne und []en []sse[].

Nunmehr liege ein neuerlicher Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vor[30]. Derselbe gehe erstlich dahin, den Entwurf eines Gesetzes einzubringen, durch welches angeordnet werden soll, dass die Bestimmungen, welche das richterliche Disziplinargesetz vom 21. Mai 1868 über richterliche Hilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofes (Schriftführer) Anwendung zu finden haben. Weiters werde eine den früheren Propositionen analoge Disziplinarverordnung proponiert, deren Erlassung von der Genehmigung beziehungsweise Gesetzwerdung des behufs der Einbeziehung der Hilfsbeamten vorgeschlagenen Gesetzentwurfes abhängig zu bleiben hätte. Als wesentlich neu gegenüber dem früheren Vorschlage erscheint in diesem Disziplinarverordnungsentwurfe die Bestimmung des § 5, wornach jene Verfügungen, welche nach dem richterlichen Disziplinargesetze der Justizminister allein treffen kann, hinsichtlich der richterlichen Hilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofes dem Ministerpräsidenten nur im Einverständnisse mit dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes zustehen sollen. Darüber, dass eine Verordnung betreffend die Anwendung des Gesetzes vom 21. Mai 1868, Nr. 46 RGBl., auf die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes zu erlassen sei, könne kein Zweifel sein.

Hingegen lassen sich, was die Ausdehnung dieser Verordnung auf die Konzeptshilfsbeamten des genannten Gerichts[hofes] []lung [] Reichs[] liegenden Gesetzes[la]ge anbelange, erhebliche Bedenken nicht unterdrücken. Einerseits erscheine es misslich, wegen ganz weniger Personen und ohne dass ein Gebot unbedingter Notwendigkeit hierfür vorliegt, die Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren überhaupt in Anspruch zu nehmen, zumal dadurch möglicherweise langdauernde und mit dem Zwecke selbst in keinem Verhältnisse stehende Verhandlungen hervorgerufen werden könnten. Andererseits bestehe aber das bereits in der Ministerkonferenz vom 13. Juni 1881 hervorgekehrte Bedenken, dass die Einbeziehung der Konzeptshilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofes unter die Bestim[m]ungen des Gesetzes vom 21. Mai 1868 nicht den Intentionen des Gesetzes vom 22. Oktober 1875 entspricht[31], da nach § 11 dieses letzteren Gesetzes nur die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes nach den für richterliche Beamte bestehenden Vorschriften zu behandeln seien und als Mitglie-

---

28 *Schreiben (K.) des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Carl Freiherr v. Stählin an Taaffe v. 2. 12. 1880 mit Verordnungsentwurf (K.),* Archiv VwGH., Präs. 102/1880.

29 *Gesetz v. 21. 5. 1868 über die Disziplinarbehandlung, Versetzung und Pensionierung richterlicher Beamter,* RGBl. Nr. 46/1868.

30 *Schreiben (K.) Belcredis an Taaffe v. 10. 11. 1881 mit Verordnungsentwurf (K.),* Archiv VwGH., Präs. 136/1881.

31 *Zur Entstehung dieses Gesetzes, die Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes betreffend, siehe Anm. 16 zum vorstehenden Tagesordnungspunkt.*

der dieses Gerichtshofes sicherlich nur die Präsidenten und Räte angesehen werden können. Denn wenn, wie in der Ministerkonferenz vom 13. Juni 1881 betont wurde, das Gesetz vom 21. Mai 1868 sich nicht bloß auf die selbstständigen richterlichen Hilfsbeamten der ordentlichen Gerichte erstrecke, so habe dies seinen Grund darin, dass es sich sowohl bei den selbstständigen Richtern als auch bei den richterlichen Hilfsbeamten um Beamte mit richterlicher Qualifikation handle [] richterliche [Qualifika]tion gar nicht erforderlich, und während auf die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes, für welche auch nur zum Teile die richterliche Qualifikation erforderlich sei, das Gesetz vom 21. Mai 1868 aus dem Grunde zur Anwendung kommen müsse, weil ihnen richterliche Funktionen übertragen seien, fehle es bei den Konzeptshilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofes an jedem Anlasse für die Anwendung des bezeichneten Gesetzes.

Mit Rücksicht auf diese Erwägungen wären also in dem proponierten Verordnungsentwurfe anstatt der Worte: „richterliche Beamte des Verwaltungsgerichtshofes" stets die Worte „Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes" zu setzen. Ferner hätte der aufgenommene [] § 5 des [E]ntwurfes, nachdem auch hinsichtlich des danach für erforderlich erklärten Einverständnisses des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes im 3. Abschnitte des Gesetzes vom 21. Mai 1868 keine Analogie vorhanden sei, in Wegfall zu kommen. Nach diesen Modifikationen würde die zu erlassende Verordnung die aus der Anlage ersichtliche Form erhalten[a]. Endlich hätte es von der Gesetzesvorlage wegen Anwendung des Gesetzes vom 21. Mai 1868 auf die Konzeptshilfsbeamten des Verwaltungsgerichtshofes sein Abkommen zu finden. Zu der in diesem Sinne einzunehmenden Haltung erbitte er sich namens des Ministerpräsidenten die Zustimmung des Ministerrates[32]. []

X. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache das vom Kardinal Fürsten Schwarzenberg an den Minister für Kultus und Unterricht gerichtete Memoire bezüglich der theologischen Fakultät in Prag und ersucht den Minister für Kultus und Unterricht, über die diesfälligen Wünsche des Kardinals zu referieren[33].

Der Minister für Kultus und Unterricht legt dar, dass der in der fraglichen Eingabe vorgebrachte Wunsch des Kardinals wesentlich dahingehe, dass die theologische Fakultät gleichsam als eigene Hochschule selbständig und unabhängig von dem bisherigen Universi[tät]sverbande gestellt werde. Der Kardinal komme zu diesem Begehren, weil er einerseits die Teilung der theologischen Fakultät perhorresziere, andererseits aber die Besorgnis zu hegen scheine, dass die Fakultät in ihrer Verbindung mit der deutschen Universität hinsichtlich der bisherigen sprachlichen Einrichtung Änderungen unterzogen werden könnte, bei welchen die Erwerbung der beiderseitigen sprachlichen Qualifikationen für die Theologen beeinträchtigt werden könnte. Der Minister bemerkt, dass letztere Besorgnisse, auf welchen der Kardinal sein Begehren aufbaue, nicht begründet seien. An jenen Fakultäten der deutschen Universität, welche nicht entsprechende Fa[] an [der böh]mischen und theologischen Fakultät sei eine Änderung in der bestehenden Einrichtung, wornach böhmischen Kollegien neben

---

[a] *Der Verordnungsentwurf liegt dem Originalprotokoll bei.*

[32] *Die Verordnung des Gesamtministeriums v. 28. 10. 1882 wurde publiziert als* RGBl. Nr. 151/1882. *Diese Verordnung blieb nach Aktenvermerk Belcredis* bis zum Beginne des künftigen Jahres in suspenso, ARCHIV VWGH., Präs. 155/1882.

[33] *Das Memoire des Fürstbischofs Schwarzenberg, das Conrad mit Schreiben des Statthalters in Prag Kraus v. 8. 6. 1882 erhalten hatte* – AVA., CUM, Unterricht, Präs. 655/1882 – *liegt nicht ein.*

den deutschen gelesen werden, durchaus nicht beabsichtigt. Es werde daher die theologische Fakultät keineswegs zu einer rein deutschen gemacht, sondern werden an derselben nach wie vor die Kollegien in deutscher, böhmischer und lateinischer Sprache gelesen werden. Der Minister gedenke deshalb unter Widerlegung der Besorgnisse des Kardinals, die Bitte desselben ablehnend zu erledigen, nachdem kein Grund und kein Bedürfnis vorhanden sei, neben den bereits bestehenden zwei Universitäten durch die Exzidierung der theologischen Fa[kultä]t noch eine dritte Univer[sitä]t in Prag zu schaffen.

Minister Dr. Pražák macht auf den selbständigen Bestand der theologischen Fakultät in Olmütz aufmerksam und möchte daher den Gedanken der Ausscheidung der Prager theologischen Fakultät zu einem selbstständigen Ganzen wenigstens für die Zukunft nicht ganz abgewiesen haben. Der Finanzminister bemerkt, dass Olmütz nicht zu vergleichen sei, weil dort die anderen Fakultäten bis auf die theologische weggefallen seien. Er erklärt sich mit dem Minister für Kultus und Unterricht vollkommen einverstanden, zumal er es auch in politischer Beziehung für gefährlich erachten müsste, wenn die böhmische Universi[tätsvorlage von der Re]gierung [in das Pa]rlament gebracht werde. Den allfälligen Besorgnissen des Kardinals könne ja eventuell durch Errichtung neuer böhmischer Lehrkanzeln an der theologischen Fakultät begegnet werden.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Anschauung des Ministers für Kultus und Unterricht einverstanden[34].

XI. Der Ministerpräsident bringt zur Erwähnung die in alttschechischen Kreisen nach den ihm gegenüber vorgebrachten Äußerungen des Grafen Clam[35] herrschende Stimmung über die Prüfungsverordnung für die Prager Universität[36]. Aus allem gehe hervor, dass [die] Alttschechen ihrerseits keine [Sch]wierigkeiten erhoben hätten und dass sie mit der Haltung und dem Vorgehen der Jungtschechen durchaus nicht einverstanden seien, dass sie aber jetzt, nachdem der Lärm gemacht wurde[37], fürchten, ihre Popularität zu verlieren, wenn sie in der Sache nicht doch etwas erwirkten. Sie wünschen daher, dass ihnen durch irgendein Entgegenkommen der Regierung Gelegenheit geboten würde, dem Volke gegenüber zu zeigen, dass wohl sie, die Alttschechen, durch ihre Bemühungen, nicht aber die Jungtschechen durch ihren Lärm imstande seien, etwas zu erreichen. Ohne ein Konkretes für die Modifikation vorzubringen, gehe in Wesenheit ihr Wunsch beiläufig dahin, dass gesagt werden könne, die Regierung [] ma[]er, dass ein An[lass] gefunden werde, dass sich der Senat der böhmischen Universität mit der Angelegenheit im Hinblicke auf eine etwaige zukünftige Modifikation beschäftige.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, jetzt an eine Änderung der Verordnung zu denken, wäre für die Regierung ein ganz unmöglicher Standpunkt. Allerdings könnte man aufklärend sagen, dass der Gegenstand ein seiner Natur nach variabler und das heutige Vorgehen durch die gegenwärtigen Mittelschulverhältnisse bedingt sei, dass daher

---

34 *Mit Schreiben (K.) v. 18. 8. 1882 [sic!] teilte Conrad Schwarzenberg die im Ministerrat getroffene Entscheidung mit,* Ava., CUM, Unterricht, Präs. 655/1882. *Fortgesetzt in MR. v. 19. 3. 1883/VI.*

35 *Zu Heinrich Jaroslav Graf Clam-Martinitz siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 158, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Clam-Martinic | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022)*

36 *Fortsetzung der Frage der Staatsprüfung an der Universität mit böhmischer Vortragssprache in Prag des MR. I v. 27. 6. 1882/I.*

37 *Siehe* Montags-Revue aus Böhmen v. 14. 8. 1882.

die den Verhältnissen angepasste Anordnung sich auch mit den Verhältnissen ändern könne. [Wa]s die Jungtschechen eigen[tlich] wollen, dass auch die deut[sch]en Studenten die Kenntnis [d]er tschechischen Sprache auswei[sen], gehöre jedenfalls nicht in diese sich auf die böhmische Universität beziehende Ver[ord]ung.

Minister Dr. Pražák glaubt, dass der Lärm gegen die Verordnung sich bald legen werde. Er wisse übrigens, dass die Professoren der böhmischen Universität gewillt seien, für die Sache einzutreten und dass sie hoffen, durch ihren Einfluss weitere Aufhetzungen zu vereiteln. Der Finanzminister müsste jedenfalls davor warnen, dass man jetzt lediglich infolge des Lärms, bevor noch so viel Zeit vorübergegangen ist, um sich[b] [] zu []ern[] tue.[38]

Wien, am 19. August 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

Nr. 412 Ministerrat, Wien, 23. August 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 23. 8.) Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Kubin; BdE. und abw. Ziemiałkowski, Dunajewski.

I. Wegen Einberufung weiterer acht Landtage. II. Wegen Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die öffentliche Armenpflege in den Gemeinden. III. Wegen Regelung der Bezüge des Universitätsprofessors Dr. Schipper. IV. Bezüglich der Einbringung des Gesetzentwurfes über Einquartierungserleichterungen im galizischen Landtage. V. Die Verhältnisse in Triest. Reise Sr. Majestät dahin. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für Wilhelm Räcke. Frage der Abhaltung eines internationalen Weinkongresses in Triest. VI. Anwerbungsabsichten des ägyptischen Generals Della Sala.

KZ. 83 – MRZ. 68

Protokoll des zu Wien am 23. August 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern [referiert Sektionschef Freiherr v.] Kubin [über weite]re Tagungseinbe[rufun]g von Landtagen[1]. [Von] den zehn Landtagen, für [die] bisher die Tagung noch nicht anberaumt wurde, sollten nunmehr die Landtage von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg, Kärnten, Böhmen, Mähren und Schlesien einberufen werden, und zwar beabsichtige der Ministerpräsident als Einberufungstermin für diese Landtage den 26. September au. zu beantragen, nachdem dieser Termin hinsichtlich aller dieser Landtage fast ganz genau mit den von den betreffenden Landeschefs nach Einvernehmung der Landesausschüsse geäußerten Wünschen übereinstimme. Dieser Termin scheine auch sonst entsprechend, nachdem die Delegationen erst nach d[em] 20. Oktober einberufen werden dürften, eine Tagungsdauer von vier Wo-

---

b *Bleistiftnotiz Franz Josephs* Sehr richtig.

38 *Fortgesetzt in MR. v. 7. 9. 1882/VIII.*

1 *In MR. v. 31. 7. 1882/I war die Einberufung der Landtage von Istrien, Galizien und Krain besprochen worden.*

chen in der Regel genüge und eine solche Dauer heuer auch für den böhmischen Landtag ausreichen dürfte, woselbst diesmal nur die Erledigung der streng geschäftlichen Angelegenheiten der Landesverwaltung beabsichtigt werde.

Sonach bleibe nur noch die Erledigung der Tagungsfrage für die Landtage von Triest und Dalmatien übrig. Beim Triester Landtage werde man jedenfalls bis nach der Ausstellung warten müssen. Ebenso solle die Einberufung des Dalmatiner Landtages erst später erwogen werden, nachdem der Statthalter beantragt habe, den dortigen Landtag entweder zu einer sehr späten Zeit des Jahres oder heuer [gar nicht einzuberufen.

Der Ministerr]at erklärt [sich mit] dem Einberufungsan[trag]e für die oben angeführten acht Landtage einverstan[den[2].]

II. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner über den vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die öffentliche Armenpflege der Gemeinden[3]. Dieser dem für Oberösterreich bestehenden Armengesetze nachgebildete Entwurf[4] wäre in seiner ganzen Tendenz und Richtung nach zur Sanktion wohl geeignet, wenn derselbe nicht die in § 59 aufgenommene Bestimmung enthielte, wornach es den Gemeinden freigestellt wird, Krankenkassen für Dienstboten, Arbeiter, Gewerbsgehilfen, Lehrlinge usw. zu errichten. Indem die Fassung dieser Bestimmung nicht ausschließe, dass der obligatorische Beitritt zu solchen Kassen in Anspruch genommen werden könne, so stelle sich dieselbe in teilweise Kollision zu den nach der Gewerbeordnung und nach dem Berggesetze schon normierten Beitragsverpflichtungen zu gewerblichen Unterstützungskassen respektive Bruderladen. Andererseits werde durch eine solche Anordnung der mittelst der neuen Gewerbeordnung beabsichtigten Reglung des gewerblichen Unterstützungswesens präjudiziert. Deshalb gehe es wegen dieser Bestimmung nicht an, den Entwurf zur Ah. Sanktion zu empfehlen und werde beabsichtigt, dem Landtage für § 59 die Annahme einer Fassung nahezulegen, welche kollidierende oder präjudizierende Wirkungen [vermeide.]

[Der Ministerr]at erklärt sich [mit d]em Nichtsanktionierungs[a]ntrage einverstanden[5].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht bringt infolge Ah. Auftrages Sr. Majestät zur Sprache die Angelegenheit der Regelung der Bezüge des ordentlichen Professors der englischen Philologie an der Wiener Universität, Dr. Jacob Schipper[6]. Im Jahre 1876 wurde Dr. Schipper zum ordentlichen Universitätsprofessor mit den systemmäßigen Bezügen und mit

---

2 *Auf Vortrag Taaffes v. 24. 8. 1882 wurden mit Ah. E. v. 27. 8. 1882 die acht genannten Landtage für den 26. 9. 1882 einberufen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3339/1882*, das entsprechende Patent wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 120/1882. *In MR. v. 21. 10. 1882/VIII wurde die Einberufung der Landtage von Triest und Dalmatien behandelt.*

3 *Annahme durch den niederösterreichischen Landtag* Prot. Landtag Niederösterreich 22. 10. 1881 (12. Sitzung) 360 f.

4 *Gesetz v. 5. 9. 1880,* Lgbl. Oberösterreich Nr. 12/1880.

5 *Mit Vortrag v. 25. 8. 1882 beantragte Taaffe die Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfes, dem mit Ah. E. v. 31. 8. 1882 entsprochen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3393/1882*. Der Gesetzentwurf wurde mit Änderung der bemängelten Stellen in der Landtagssession 1882 erneut beschlossen,* Prot. Landtag Niederösterreich 16. 10. 1882 (6. Sitzung) 115*, und über Vortrag Taaffes v. 7. 12. 1882 mit Ah. E. v. 15. 12. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4697/1882*, das Gesetz publiziert als* Lgbl. Niederösterreich Nr. 13/1883.

6 *Mit Vortrag v. 12. 8. 1882 hatte Conrad diese Angelegenheit Franz Joseph vorgetragen, der diesem mit Ah. E. v. 22. 8. 1882 den Auftrag erteilte,* diese Angelegenheit im Ministerrate vorzutragen und Mir sodann mit dem Beschluße desselben wieder vorzulegen, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3246/1882.

dem ernannt, dass demselben eine zehnjährige Dienstzeit „behufs der sogleichen Einrückung in die Quinquennalzulagen“ und behufs der Pensionsbemessung angerechnet werde[7]. Zugleich wurde dem Professor Schipper für die Leitung des Seminars für englische Sprache vom Ministerium ein Honorar von jährlichen 1.000 fl. ausgeworfen, sodass dessen Gesamtbezüge die Summe von 4.400 fl. erreichten. Im Jahre 1877 suchte Professor Schipper an, dass ihm die Remuneration für die Seminarsleitung per 1.000 fl. in seinen Gehalt einbezogen werde. Darauf wurde mit Ah. Entschließung vom 1. Jänner 1878 verfügt, dass dem Professor Schipper „eine nach Maßgabe der Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen verhältnismäßig einzuziehende, in die Pension einrechenbare Personalzulage von 1000 fl.“ gegen Einstellung des früheren Seminarhonorars bewilligt werde[8]. Die an diese Ah. Zuwendung geknüpfte Bedingung veranlasste nun den [Minister, die Vor]rückung in die [ihm] zukommenden Quinquennalzulagen ohne Schmälerung der ihm Ag. zugestandenen Personalzulage von 1.000 fl. eintreten zu lassen, weil er sich sonst in den Bezugsansprüchen, wie sie ihm durch das Ausstellungsdekret zugesichert wurden, beeinträchtigt fände.

Der Minister bemerkt, dass er in der Bezugsbegünstigung für einen Professor der englischen Philologie vielleicht nicht so weit gegangen wäre, wie es durch die angeführten Zuwendungen geschehen sei. Andererseits müsse er aber betonen, dass die Beschränkung, welche für die Ah. Entschließung vom 1. Jänner 1878 beantragt worden war, nicht aktenmäßig sei, nämlich nicht mit der dem Dr. Schipper bei der Anstellung im Jahre 1876 gemachten Zusicherung der systemmäßigen Bezüge harmoniere. Nachdem daher Schippers neuerliche Bitte begründet sei und man nicht wortbrüchig werden könne, so habe er die Absicht gehabt, Se. Majestät au. zu bitten, die Ah. Entschließung vom 1. Jänner 1878 dahin interpretieren zu dürfen, dass Schipper während seiner Aktivität in die gesetzlichen Quinquennalzulagen vorzurücken habe, dass jedoch im Falle seiner Pensionierung von der Personalzulage per 1.000 fl. nur jener Teilbeitrag in die Pension anrechenbar sei, um welchen dieselbe noch die Summe der nach der Ah. Entschließung vom 1. Jänner 1878 erlangten Quinquennalzulagen übersteigt. [] Zustimmung des [Minis]terrates.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[9].

IV. Der Landesverteidigungsminister bringt mit Bezugnahme auf den in der Ministerkonferenz vom 31. Juli l. J. erstatteten Vortrag wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Einquartierungserleichterungen im galizischen Landtage zur Kenntnis, dass Minister Freiherr v. Ziemiałkowski gegen die beabsichtigte Einbringung des Entwurfes keine Einwendung erhoben habe und er (Landesverteidigungsminister) sonach hierzu die Ah. Ermächtigung Sr. Majestät eingeholt habe. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen[10].

---

7 *Anstellung Schippers über Vortrag des Ministers für Kultus und Unterricht Stremayr v. 10. 9. 1876 mit Ah. E. v. 26. 9. 1876,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3540/1876.

8 *Bewilligung durch Vortrag Stremayrs v. 30. 12. 1877 mit Ah. E. v. 1. 1. 1878,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 23/1878.

9 *Mit Vortrag v. 30. 8. 1882 erbat Conrad die Ermächtigung zur vom Ministerrat beschlossenen Auslegung der Ah. E. v. 1. 1. 1878, die ihm mit Ah. E. v. 3. 9. 1882 erteilt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3425/1882.

10 *Fortsetzung des MR. v. 31. 7. 1882/VII. Mit Vortrag Welsersheimbs v. 31. 7. 1882 wurde die Ermächtigung zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes in den galizischen Landtag beantragt, die Franz Joseph mit Ah. E. v. 18. 8. 1882 erteilte,* Ka., MKSM. 65–6/1–1/1882. *Der galizische Landtag beschloss, die jährliche Darlehenssumme auf 120.000 fl. zu verdoppeln,* Prot. Landtag Galizien 28. 9. 1882 (14. Sitzung) 233, *publiziert*

V. Der Ministerpräsident kommt abermals auf die Triester Verhältnisse zu sprechen. Nachdem bei der im Ministerrate vom 19. d. M. über die Vorkommnisse in Triest gepflogenen Besprechung[11] hinsichtlich des beabsichtigten Besuches Sr. Majestät Bedenken geäußert und auch die Bemerkung vorgebracht wurde, dass es entsprechend wäre, von hier aus jemanden nach Triest zu senden, um sich von der Situation zu überzeugen, habe er sich selbst veranlasst gesehen, Triest zu besuchen. Der Ministerpräsident habe dort mit verschiedenen Per[sonen beraten. Überein]stimmend [seien alle] der Meinung, dass [bei] dem ersten Bombenereignisse eine Reaktion eingetreten sei und dass jetzt auch schon aus materiellen Rücksichten alles zusammenwirken werde, damit keine weitere Störung mehr stattfinde. Was die Ah. Reise Sr. Majestät nach Triest anbelange, so wurde von allen Seiten betont, dass dieselbe höchst wünschenswert wäre, indem das Unterbleiben derselben einen Erfolg der Irredenten bedeuten würde. Man glaube, dass Se. Majestät mit dem größten Jubel empfangen werden würden und dass, soweit überhaupt menschliche Voraussicht möglich sei, der Ah. Person Sr. Majestät keinerlei Gefahr drohen werde. Dass bei diesem Anlasse irgendwo entfernt von dem Umkreise der Festlichkeit und des Aufenthaltes Sr. Majestät etwa eine Demonstration stattfinde, sei denkbar; indessen dürften sich die agitatorischen Kreise von der in solchem Falle über sie hereinbrechenden Wut der Bevölkerung fürchten. Der Ministerpräsident habe in spezieller Weise auch mit dem Podestà von Triest über die Verhältnisse gesprochen und demselben bei dieser Gelegenheit die Verpflichtung vorgehalten, die ihn als Podestà gegenüber der Dynastie, gegenüber der Regierung und gegenüber der Stadt Triest obliegen. In letzterer Beziehung habe er denselben insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass nicht bloß der Ruf der Stadt, sondern auch ihre materiellen Interessen infrage kommen und dass man unter solchen Verhältnissen nicht [] Bevölkerung, [weil man au]ch von allen Krei[sen] eine Unterstützung der Polizei zu erwarten berechtigt sei. Der Podestà habe versprochen, seinerseits allen Einfluss und alle Kraft aufzubieten und habe versichert, dass er dafür bürgen wolle, dass alles gut und ruhig ablaufen werde.

Der Ministerpräsident habe bereits Gelegenheit gehabt, Sr. Majestät die in Triest genommenen Eindrücke au. darzulegen[12]. Er habe sich hierbei erlaubt, die für und gegen den Ah. Besuch sprechenden Momente au. zur Erwähnung zu bringen, sich jedoch nicht für berufen erachtet, einen au. Antrag zu stellen. Se. Majestät haben indessen beschlossen, die Reise nach Triest zu unternehmen, und werden an der Ah. Reise auch Ihre Majestät die Kaiserin teilnehmen. Der Statthalter wurde nunmehr zur Feststellung des Programmes für den Ah. Besuch hierher berufen.

In Hinsicht auf den Festlichkeitsaufwand einerseits[13] und andererseits auch im Hinblick auf den polizeilichen Apparat würde es wünschenswert sein, wenn der gleichfalls beabsichtigte Besuch seitens des durchlauchtigsten Kronprinzen mit höchstdessen durchlauchtigster Gemahlin gleichzeitig mit dem Ah. Besuche Ihrer Majestäten erfolgte.

---

als Kundmachung des Landesausschusses v. 1. 12. 1882, Lgbl. Galizien Nr. 89/1882. *Einquartierungserleichterungen für Mähren wurden beraten in MR. I v. 23. 11. 1882/II und solche Erleichterungen für Böhmen in MR. v. 13. 12. 1882/X.*

11 *MR. I v. 19. 8. 1882/I.*

12 *Diese Darlegung scheint mündlich erfolgt zu sein, da sich kein entsprechender Vortrag in* Hhsta., Kab. Kanzlei *befindet.*

13 *Das Programm der Reise in* Ava., IM., Präs., Sig. 1, Karton 8, Stück 43, Zl. 4500/1882.

Der Handelsminister vertraut auf den Einfluss und das zugesicherte Einwirken des Podestà Bazzoni, den er für einen ehrlichen Mann halte. [Er würde die Anwesenheit] Sr. Majestät in [Triest] auch aus dem Grunde begrüßen, weil derselbe dazu beitragen dürfte, den großen Kreis der gutgestimmten italienischen Bevölkerung daselbst aus ihrer Mattherzigkeit aufzurütteln[14].

Der Ministerpräsident bringt neuerdings zur Sprache die schon in der Ministerkonferenz vom 19. d. M. erwähnte Angelegenheit des vom Statthalter für den Präsidenten der Triester Veteranenvereine Räcke gestellten Auszeichnungsantrages. Der Statthalter habe inzwischen wiederholt dringend gebeten, seinem Antrage zu willfahren, nachdem eine Auszeichnung Räckes allgemein erwartet werde, indem die ganze Stadt der Überzeugung sei, dass nur durch sein mutiges, kaltblütiges Vorgehen ein größeres Unglück verhütetet wurde. Der Ministerpräsident habe auch in Triest erfahren, dass Räcke in letzterer Zeit keineswegs mehr provokatorisch aufgetreten sei. Im Gegenteile habe Räcke durch seine erfolgreichen Bestrebungen zur Vereinigung der Veteranenvereine der drei Nationalitäten ein mäßiges und versöhnendes Vorgehen verraten. Unter diesen Umständen und um nicht das besondere hervorragende Moment der Auszeichnungswürdigkeit Räckes zu verwischen, wenn dessen Berücksichtigung etwa erst später nach der Ah. Reise Sr. Majestät und sohin im Zusammenhange mit einem allgemeinen Anlasse erfolgte, beabsichtige er jetzt schon Räcke [] [ge]wärtig zu hal[ten] und erbitte er sich zu diesem Vorhaben die Zustimmung des Ministerrates.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[15].

Der Ministerpräsident kommt endlich auf die in der Ministerkonferenz vom 19. d. M. vom Ackerbauminister erwähnte Anregung der Abhaltung eines internationalen Weinkongresses in Triest zu sprechen[16]. Nachdem Se. Majestät den Ah. Wunsch zu äußern geruht haben, dass derlei Unternehmungen, welche geeignet seien, das Ausstellungswerk zu beleben, nicht verhindert werden mögen, so glaubt der Ministerpräsident den Ackerbauminister ersuchen zu sollen neuerlich zu erwägen, ob die Sache nicht doch unterstützt werden könnte. Der Ackerbauminister bemerkt, dass er das fragliche Ansinnen bereits abgelehnt habe. Nach kurzer Diskussion wird unter Zustimmung des Ackerbauministers beschlossen, die Ablehnung vorläufig zu sistieren und die Angelegenheit in neuerliche Erwägung zu ziehen[17].

VI. Der Ministerpräsident teilt mit, dass der ägyptische General Della Sala, welcher ein Schreiben des Khediven an Se. Majestät überbracht habe, zu dem Zwecke hierher gekommen sei, um bei uns Gendar[men anzuwerben. Minister]präsident glaubt [zwa]r, dass die Anwerbung von Leuten, welche hier der Militärpflicht entsprochen haben, nicht gehindert werden könne, dass aber die Regierung kein Interesse habe, eine solche Anwerbung förmlich offiziell

---

14 *Die Kaiserreise begann am 8. 9. 1882 in Wien* – Wiener Zeitung (A.) v. 9. 9. 1882 – *und endete am 20. 9. 1882 in Gödöllő* – Wiener Zeitung (A.) v. 20. 9. 1882 – *der Aufenthalt in Triest selbst fand zwischen 17. und 19. 9. 1882 statt. Am 17. 9. 1882 fand ein Attentat auf Franz Joseph statt, das ihn jedoch verfehlte. Dazu siehe MR. v. 31. 10. 1882/III, besonders Anm. 18. Ordensverleihungen anlässlich der Kaiserreise wurden besprochen in MR. v. 14. 10. 1882/II.*

15 *Mit Vortrag v. 24. 8. 1882 erbat Taaffe die Verleihung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse an Räcke, die mit Ah. E. v. 29. 8. 1882 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3357/1882.

16 *MR. I v. 19. 8. 1882/I.*

17 *Falkenhayn hatte das Ansuchen des Statthalters in Triest, Pretis, bereits mit Schreiben (K.) v. 21. 8. 1882 ablehnend beantwortet* – Ava., AckM., Präs. 1186/1882. *Die* neuerliche Erwägung *fand in den Akten des Ministeriums keinen Niederschlag. In seiner Endabrechnung der bewilligten 200 fl. v. 1. 2. 1883 bezog sich Pretis nur auf das Schreiben Falkenhayns v. 21. 8. 1882,* Ava., AckM., Präs. 142/1883.

zu unterstützen und dass endlich eine eigentliche öffentliche Werbung nicht zulässig wäre. In diesem Sinne beabsichtigte der Ministerpräsident sich zu äußern. Der Ministerrat erklärt sich hiermit einverstanden[18].

Wien, am 23. August 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, 3. September 1882. Franz Joseph.

Nr. 413 Ministerrat, Wien, 5. September 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Ziemiałkowski; BdE. und anw. (Ziemiałkowski 5. 9.), Falkenhayn, Conrad, Pino; BdE. und abw. (Taaffe 7. 9.), Pražák, Welsersheimb, Dunajewski.

I. Bezüglich der Weigerung des Vorarlberger Landtages, die Mittel für die Abhaltung der Lehrerkonferenzen zu bewilligen. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Dompropst in Capodistria, Franz Petronio.

KZ. 84 – MRZ. 69

Proto[koll] des zu Wien am 5. September [1]882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski.

I. Der Minister für Kultus und Unterricht sieht sich veranlasst, neuerdings zur Sprache zu bringen die bereits in der Ministerkonferenz vom [17. Februar d. J.[1]] [] Landtages, die Mit[tel] für die Abhaltung der Lehrer[ko]nferenz zu bewilligen. Anlässlich der vom vorjährigen Landtage ausgesprochenen Verweigerung der bezüglichen Kredite pro 1882[2] wurde zufolge Beschlusses des Ministerrates vom 17. Februar d. J. unter vorläufiger Verschiebung der Abhaltung der Landeslehrerkonferenz auf das Jahr 1883 angeordnet, dass die Kosten für die abzuhaltenden Bezirkskonferenzen pro 1882 vorläufig vorschussweise aus dem den Ländern Tirol und Vorarlberg gemeinsamen Normalschulfonds zu bestreiten seien, dass jedoch der Landesvertretung bedeutet werde, dass sie verpflichtet sei, die Kosten für eine gesetzlich bestehende Einrichtung zu gewähren, widrigenfalls, wenn der Land[ta]g auch in Zukunft dieser [Pflicht] nicht eingedenk wäre, die entsprechenden Leistungen mit allen gesetzlichen Mitteln erzielt würden[3].

---

18 *Im Juni 1882 war es aufgrund der angespannten sozialen Situation in Alexandria zu einem Massaker an christlichen Europäern gekommen. Daher wollte der Khediv von Ägypten Europäer für eine spezielle Gendarmerie in Alexandria rekrutieren. Mit Schreiben an den Direktor der Kabinettskanzlei Adolph Braun v. 1. 7. 1882 hatte Sala um eine Audienz bei Franz Joseph angesucht, um das Schreiben des Khediven zu übergeben,* Hhsta., Nachlass Adolph Braun, Karton 9, Konvolut S, 9–1-6. *Das Schreiben des Khediven o. D., das das Außenministerium am 11. 7. 1882 erhalten hatte, in* Hhsta., PA. XXXI, Ägypt. Frage, Karton 29, fol. 326 v. *Das Schreiben Taaffe an Sala liegt in* Ava., Ministerratspräsidium *nicht ein. Zur Rekrutierungsreise Tankred Della Salas und der 1882 gebildeten europäischen Gendarmerie für Alexandria siehe* Gay du Borgeal, La Garde Européenne.

1 *Fortsetzung des MR. v. 17. 2. 1882/IV (liegt nicht ein).*

2 *Beschluss des Vorarlberger Landtages,* Prot. Landtag Vorarlberg 26. 10. 1881 (XI. Sitzung) 134.

3 *Laut Protokollbuch Schreiben des Statthalters in Tirol Widmann v. 14. 1. 1882, das mit Schreiben (in der Spalte Erledigung ist* zurück *vermerkt) v. 21. 2. 1882 beantwortet wurde, der entsprechende Akt* Ava., CUM., Unterricht, allg. Zl. 840/1882 *liegt nicht mehr ein.*

Nunmehr berichte der Statthalter, dass vorauszusehen sei, dass auch der diesjährige Landtag die Kosten für die Lehrerkonferenzen pro 1883 verweigern dürfte[4], weshalb der Statthalter um eine Weisung für die Haltung des Regierungskommissärs im Landtage bitte. Der Statthalter proponiere in dieser Beziehung, dass der Regierungsvertreter zunächst den Landtag eindringlichst an die ihm diesfalls gesetzlich obliegende Verpflichtung zu erinnern und dann zu erklären hätte, dass, nachdem für die Bedeckung der Konferenzkosten vorgesehen werden müsse, die Regierung bei der Weigerung des Landtages sich veranlasst sehen müsse, [diese mit Landeszu]schlägen ein[zutreiben] bzw. von [d]enselben in Abzug zu bringen, und dass ferner auf diesem Wege auch die Hereinbringung der pro 1882 aus dem Normalschulfonds vorschussweise bestrittenen Kosten für die Bezirkslehrerkonferenzen erfolgen müsse. Der Minister glaubt, dass bei der Sachlage und in Konsequenz des Ministerratbeschlusses vom 17. Februar d. J. nur im Sinne dieser Proposition des Statthalters vorgegangen werden könne.

Er wolle gerne zugeben, dass der Erfolg der Lehrerkonferenzen kein sehr bedeutender sei[a] und dass es vielleicht auch nicht notwendig wäre, die Bezirkslehrerkonferenzen alljährlich abzuhalten. Solche Erwägungen könnten aber nur den Anlass bieten, eine Ände[ru]ng des Gesetzes anzustre[ben.] Nachdem aber das Gesetz mit der gegenwärtigen Forderung besteht und solange es so besteht, gehe es absolut nicht an, dass die Landesvertretung durch Verweigerung der Mittel die Durchführung einer gesetzlichen Einrichtung unmöglich mache. Der Minister erbitte sich sonach die Zustimmung des Ministerrates zu dem oben proponierten Vorgehen beziehungsweise zur Instruierung des Regierungsvertreters in diesem Sinne.

Der Ackerbauminister und der Handelsminister erklären sich wegen Notwendigkeit der Versorge für die Durchführung der einmal bestehenden gesetzlichen Einrichtung für die Proposition des Ministers für Kultus und Unterricht, [indem auch erwider]t werden [möge,] dass es dem Landtage [f]reistehe, eine Änderung des Gesetzes zu beschließen, und dass die Regierung dann eine solche Abänderungsproposition gewiss in Erwägung ziehen werde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski spricht sich aus demselben Grunde für die Proposition des Ministers für Kultus und Unterricht aus und ist auch einer weiteren Erklärung im Sinne der Anschauung der beiden Vorredner nicht abgeneigt. Doch glaubt der Minister, dass, um den Landtag diesbezüglich nicht zu einer zu weit gehenden Aktion einzuladen, die fragliche weitere Erklärung präzise dahin zu formulieren wäre, dass gesagt werde: [„]Dem Landtage stehe a[ller]dings frei, hinsichtlich der Abhaltung der Lehrerkonferenzen Änderungen zu beschließen, welche eine Erleichterung der finanziellen Opfer für diese Einrichtung bewirken und werde die Regierung einen bezüglichen Antrag des Landtages gewiss in Erwägung ziehen."

Mit dieser Formulierung erklären sich auch die übrigen Minister einverstanden[5].

II. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Dompropst von Capodistria, Franz Petronio, in Anerkennung seines langjährigen ersprießlichen Wirkens für Kirche und Staat den Orden der Eiser-

---

[a] *Bleistiftnotiz Franz Josephs* Gewiss.

[4] *Schreiben des Statthalters Widmanns an Conrad v. 3. 9. 1882, der Akt laut Protokollbuch* AVA., CUM., Unterricht, allg., Zl. 15211/1882, *liegt nicht mehr ein.*

[5] *Das Schreiben Conrads an Widmann v. 13. 9. 1882, Akt (wie vor)* AVA., CUM., Unterricht, all., Zl. 15211/1882 *liegt nicht ein. Fortsetzung dieser Angelegenheit in MR. v. 21. 10. 1882/V.*

nen Krone [III. Klasse zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden] au. Vortrages die wesent[lich]sten Verdienstmomente mit, indem er insbesondere betont, dass es namentlich angesichts der Reise Sr. Majestät nach Istrien entsprechend wäre, diesen Mann zu berücksichtigen, welcher sich stets durch Treue und Anhänglichkeit an das Ah. Kaiserhaus bemerkbar gemacht habe. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

Wien, am 5. September 1882. Ziemiałkowski.
Gesehen 7. 9. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

Nr. 414 Ministerrat, Wien, 7. September 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. anw. (Taaffe 7. 9.), Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; BdE. abw. Falkenhayn, Welsersheimb (26. 9.).

I. Wegen der vom galizischen Landesausschusse beabsichtigten Einbringung eines Gesetzentwurfes im dortigen Landtage, betreffend die Zuerkennung einer Virilstimme im Landtage an den Rektor der Technischen Hochschule in Lemberg. II. Wegen Einbringung einer Regierungsvorlage im böhmischen Landtage, betreffend die Zuerkennung einer Virilstimme im Landtage an den Rektor der böhmischen Universität. III. Einbringung einer Regierungsvorlage im böhmischen Landtage wegen Abänderung der §§ 8 und 18 des Bezirksvertretungsgesetzes. IV. Einbringung einer Regierungsvorlage im niederösterreichischen Landtage betreffend Anordnungen für den Bau der Theater. V. Beantragung von Ah. Auszeichnungen für die Mitglieder der Jury der internationalen Kunstausstellung. VI. In Angelegenheit der Ernennung der Bezirksschulinspektoren in Krain. VII. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des § 3 des Landesgesetzes über die Anlegung der Grundbücher. VIII. Über die Wahrnehmungen des Ministers Dr. Pražák in Prag in Angelegenheit der Verordnung für die Staatsprüfungen in Prag. IX. Wegen Erlassung der Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Postsparkasse.

KZ. 85 – MRZ. 70

Proto[koll] des zu Wien am 7. September 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin [] [mit] welchem []let wird, dass der ga[l]izische Landesausschuss die Absicht habe, in der diesjährigen Landtagssession einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher dahin geht, durch eine Zusatzbestimmung zu § 3 des Landesstatuts für Galizien dem Rektor der k. k. Technischen Hochschule in Lemberg eine Virilstimme im Landtage zuzuerkennen. Die Sache wurde seit einigen Jahren wiederholt durch Petitionen angeregt. Der Statthalter spreche sich dahin aus, dass wegen der hervorragenden wissenschaftlichen Bedeutung der Technischen Hochschule die Zuerkennung einer Virilstimme an den Rektor derselben nicht unbillig erschiene. Der Statthalter ersucht, dass, falls seitens der Regierung dem Antrage in irgendeiner Richtung entgegentreten werden solle, ihm hierüber eine Weisung gegeben werden möge.

---

6 *Der Orden wurde mit Ah. E. v. 12. 9. 1882 über Antrag Conrads im Vortrag v. 7. 9. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3485/1882.

Referent teilt mit, dass, als im Jahre 1868 eine ähnliche Vertretung der Technischen Hochschule in Wien im niederösterreichischen Landtage seitens des Professorenkollegiums des Technischen Instituts angeregt wurde, die Regierung es ablehnte, aus ihrer Initiation diesfalls einen Schritt zu tun, indem es nicht zweckmäßig sei, Vertretungen dieser Art zu vervielfältigen und das historische Moment, welches den Universitäten diesfalls zur Seite stehe, für die technischen Anstalten[1] [] [gleic]hfalls im Jahre 1868 wurde von Graz die Substituierung der Virilstimme der Universität durch einen gewählten Vertreter derselben sowie die Bestellung eines gewählten Vertreters der Grazer Technischen Hochschule angeregt[2]. Darüber sprach sich der damalige Minister des Innern in folgender Weise aus: „Ein Beschluss auf Substituierung der Virilstimme der Universität durch einen gewählten Vertreter derselben hätte keinen prinzipiellen Widerstande von Seite der Regierung zu gewärtigen, eine Beseitigung der Virilstimmen überhaupt könnte jedoch dermal nicht der Ah. Sanktion [e]mpfohlen werden, mehr Aussicht auf Bestätigung hätte ein Beschluss auf eine Stimme der Technischen Hochschule in Graz.“ Referent teilt endlich mit, dass von Galizien aus früher einmal auch die Zuerkennung einer Virilstimme im Landtage für den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Krakau angeregt wurde, dass jedoch hierüber kein weiterer Schritt gemacht worden sei.

Der Ministerpräsident gibt seiner Anschauung dahin Ausdruck, dass bei dem Umstande, als es sich hier um eine vom Landesausschusse einzubringende Vorlage handle, konform der erwähnten in früheren analogen Fällen eingenom[menen] []en wäre. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski schließt sich der Anschauung des Ministerpräsidenten an und bemerkt, dass man bei dieser Stellungnahme sich j[e]do[c]h gew[ärtig halten] müsse, im Falle an[a]loger Anträge in anderen Landtagen ein gleiches Vorgehen zu beobachten.

Der Minister für Kultus und Unterricht hegt überhaupt Bedenken gegen die Ausdehnung des fraglichen Virilstimmrechtes über die Universitäten hinaus. Erstlich seien, wie die Erfahrungen belehren, die jährlich wechselnden Vertreter der Universitäten in den Landtagen ein wenig nütz[l]iches Element, sodass es praktisch nicht wünschenswert erscheint, eine Vermehrung dieser Elemente eintreten zu lassen. Die Exemplifikationen wären unvermeidlich, wenn einmal in einem Lande der Rektor der Technik zugelassen würde. Es kämen nicht nur alle Technischen Hochschulen in den andern Ländern mit derselben Forderung, die sodann gewährt werden müsste, in Wien würde auch die Ackerbauhochschule den gleichen Anspruch erheben können. In Prag wären sogar zwei Technische Hochschulen, die deutsche und die böhmische zu berücksichtigen. Bei den Universitäten bilde wenigstens das historische Moment eine innere [] Anstalten [üb]erkommenen Korporationsrechten handle, deren politischer Inhalt nunmehr in der Privatstimmberechtigung Ausdruck finde. Bei den technischen Anstalten treffe dies nicht zu. Es sei überhaupt nicht glücklich gewesen, letztere Hochschule zu nennen und so in die gleiche Linie mit den Universitäten zu stellen. Den technischen Anstalten fehle insbesondere auch der Charakter der Universitas, welcher sich in der Zusammenfassung mehrerer Fakultäten ausdrücke. Endlich gehen die Technischen Hochschulen in ihrer Gestaltung wieder einer Veränderung entgegen und dürften sich bald in Akademien für die einze[l]nen technischen Fächer auflösen. Wenn man daher nicht überhaupt das Prinzip der Vermehrung der Virilstimmen annehmen wolle, sei kein Grund und kein Anlass vorhanden, auch den technischen Anstalten eine Virilstimmvertretung einzuräumen.

---

1 *Ein entsprechender Antrag liegt in* AVA., IM., Präs., Sig. 31/Niederösterreich *nicht ein.*

2 *Ein entsprechender Antrag liegt in* AVA., IM., Präs., Sig. 31/Steiermark *nicht ein.*

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski kann keine Gefahr darin erblicken, wenn ein großer Landtag etwa um eine oder zwei Virilstimmen vermehrt werde. Das historische Moment könne nicht als das maßgebende angesehen werden. Man wollte mit der Zuerkennung der Virilstimmen an die Universitäten nur der Wissenschaft eine Vertretung einräumen. [] [gleic]hfalls Hochschul[en] und können sie von diesem Standpunkte aus wohl das gleiche Recht mit den Universitäten beanspruchen. Wenn sich die Technischen Hochschulen in Akademien auflösen sollten, so werden eben keine Hochschulen vorhanden sein und werde die Vertretung von selbst entfallen.

Der Finanzminister wäre dafür, vorerst anzuregen, dass die Virilstimme der Universität durch einen gewählten Vertreter derselben substituiert würde. Minister Dr. Pražák schließt sich der Anschauung des Ministerpräsidenten an, nachdem es für die Regierung entsprechender sei, einer derartigen Anregung, wenn sie vom Landtage selbst ausgehe, nicht entgegenzutreten. Für die Annahme des Antrages sei die für Verfassungsänderungen notwendige Majorität erforderlich[3]. Erstlich sei es immer zweifelhaft, ob diese Majorität erlangt werde. Dann aber, wenn sie vorhanden war, drücke der Beschluss einen so evidenten Wunsch des Landtages aus, dass es nicht zweckmäßig wäre, sich ihm entgegenzustellen. Der Minister besorgt übrigens nicht, dass im Falle der bezüglichen Änderung in Galizien die übrigen Landtage mit analogen Reformen sich beeilen dürften. Der Handelsminister erklärt sich einer Vermehrung der Vertretungsprivilegien der [] Korporat[ionen] abgeneigt und ist daher nur, wenn es vom politischen Standpunkte nicht wünschenswert erschiene, dem im Lemberg beabsichtigten Antrage entgegenzutreten, für das Gewährenlassen desselben.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird in Gemäßheit des Antrages des Ministerpräsidenten beschlossen, in strikter Erwiderung auf den Tenor der Anfrage des Statthalters demselben zu bedeuten, dass dem Antrage nicht entgegenzutreten sei[4].

II. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner über die Absicht des Ministerpräsidenten, im böhmischen Landtage eine Regierungsvorlage zur Abänderung des § 3 der Landesordnung einzubringen, dahingehend, dass auch dem Rektor der böhmischen Universität Prag eine Virilstimme im Landtage zuerkannt werde[5]. Der Ministerpräsident bemerkt, dass er bis jetzt mit der Sache hingehalten habe, weil er früher glaubte, annehmen zu können, dass die Universitätsfrage im Landtage nicht zur Sprache gebracht werden dürfte. Nachdem es aber jetzt sicher sei, dass die Universitätsangelegenheit schon aus Anlass der Prüfungsverordnung zur Diskussion kommen werde[6], so halte [] der Uni[versität] von vorneherein die Initiative

---

3 *Patent v. 26. 2. 1861* RGBL. Nr. 20/1861 *(Februarpatent), Beilage II o, § 38, 2. Abs.* Zu einem Beschlusse über beantragte Änderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Vierteilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Dritteilen der Anwesenden erforderlich.

4 *In* AVA., IM., Präs., Sig. 31/Galizien *gibt es für das Jahr 1882 keine Unterlagen. Ein entsprechendes Gesetz für Galizien wurde nicht sanktioniert.*

5 *Die Frage über den* Modus der Vertretung der Universität im Landtage *war bereits beraten worden in MR. v. 17. 2. 1882/V (liegt nicht ein). Am 14. 9. 1882 – also bevor mit Ah. E. v. 15. 9. 1882 Taaffes Vortrag v. 11. 9. 1882 in dieser Frage resolviert werden sollte, siehe dazu Anm. 7 dieses Protokolls – hatte der Statthalter in Prag, Kraus, Taaffe mitgeteilt, dass Oberstlandmarschall Karl Fürst zu Auersperg plane,* lediglich den Rektor der deutschen Karl-Ferdinands-Universität zur Theilnahme an den Verhandlungen des am 25. September d. J. zusammentretenden Landtages einzuladen, AVA., IM., Präs., Karton 933, Sig. 33/Böhmen, Zl. 4753/1882. *Siehe dazu MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

6 *Zur Frage der Prüfungsverordnung an der Prager Universität mit böhmischer Vortragssprache siehe Tagesordnungspunkt VIII dieses Protokolls.*

zu ergreifen. Es scheine dem stets festgehaltenen Grundsatze der Parität sowie der Billigkeit entsprechend, wenn die böhmische Universität hinsichtlich der Vertretung im Landtage der deutschen Universität gleichgestellt werde. Es dürfte gegen diese Proposition weder von deutscher noch von tschechischer Seite eine Einwendung erhoben werden.

Minister Dr. Pražák würde im Interesse der Darstellung der Einheit der Universität und um zu vermeiden, dass man die beiden Rektoren stets in gegenüberstehenden Lagern sehe, es für wünschenswerter halten, wenn die Regelung des Vertretungs[rec]htes so geschähe, dass die beiden in der Ausübung des Virilstimmrechtes von Jahr zu Jahr alternierten.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass man deutscherseits gegen die Alternierung sein würde, weil man darin eine Beschränkung der bisherigen Vertretung der deutschen Universität sähe. Der Minister für Kultus und Unterricht spricht sich entschieden für den vom Ministerpräsidenten proponierten Modus aus, nachdem es sich um zwei gleichartige Universitäten handle und die Einführung des Modus der Alternierung auch mehr Schwierigkeiten in sich begreife, indem zu diesem Behufe nach zweifacher Richtung hin, einer[seits] [] das bisherige [Vertre]tungsrecht modifiziert werden müsste. Der Handelsminister erklärt sich in demselben Sinne und glaubt namentlich, dass eine Beschränkung des bestehenden Rechtes nicht durchbringbar wäre.

Sonach erklärt sich der Ministerrat für die Einbringung der vom Ministerpräsidenten proponierten Vorlage[7].

III. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert namens des Ministerpräsidenten über die beabsichtigte Einbringung einer Regierungsvorlage im böhmischen Landtage betreffend die Abänderun[g] der §§ 8 und 18 des Bezirksvertretungsgesetzes für Böhmen[8]. Nach den Bestimmungen der §§ 8 und 18 des Bezirksvertretungsgesetzes ist für die Bemessung der Anzahl der Bezirksvertreter die Zahl der „einheimischen" Bevölkerung zugrunde zu legen. Nachdem bei der Methode der gegenwärtigen Volkszählung die Sicherstellung der „einheimischen" Bevölkerung nicht möglich erscheint[9], so werde mit dem Abänderungvorschlage beabsichtigt, der „einheimischen" Bevölkerung die „anwesende Bevölkerung" zu substituieren, womit man sich zugleich in Wirklichkeit auf den Boden der wahren Intention des Gesetzes stellt.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Einbringung der [] [ei]nverstanden[10].

---

7 *Mit Vortrag v. 11. 9. 1882 beantragte Taaffe die Ermächtigung zur Einbringung des entsprechenden Gesetzentwurfes, die mit Ah. E. v. 15. 9. 1882 erteilt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3511/1882. *Nach Annahme des Gesetzentwurfes durch den böhmischen Landtag* – Prot. Landtag Böhmen 3. 10. 1882 (VI. Sitzung) 92–97 – *wurde es mit Ah. E. v. 6. 10. 1882 über Vortrag Taaffes v. 5. 10. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3813/1882, *das Gesetz v. 6. 10. 1882 publiziert als* Lgbl. Böhmen Nr. 54/1882. *Die Problematik dieser Virilstimme beschäftigte den böhmischen Landtag besonders bei seiner Eröffnungssitzung, siehe dazu MR. v. II v. 29. 10. 1882/I.*

8 *Gesetz v. 25. 7. 1864,* Lgbl. Böhmen Nr. 27/1864. *Das Gesetz wurde zuletzt vorbesprochen in MR. I v. 5. 1. 1863/II,* Ömr. V/5, Nr. 307.

9 *Die Volkszählung v. 31. 12. 1880 hatte nur die* dauerhaft anwesende *Bevölkerung nach ihrer Herkunft gegliedert, nicht aber auch die* zeitlich abwesende *Bevölkerung, sodass nicht die einheimische, sondern nur die anwesende Bevölkerung für die einzelnen Gemeinden exakt angegeben werden konnte,* Die Ergebnisse der Volkszählung 1880, Bd. 1.

10 *Der entsprechende Vortrag Taaffes v. 10. 9. 1882 wurde mit Ah. E. v. 24. 9. im Sinne des Antrags resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3633/1882, *der Gesetzentwurf nach Annahme durch den böhmischen Landtag* – Prot. Landtag Böhmen 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 356 f. – *über Vortrag Taaffes v. 15. 11. 1882 mit Ah. E. v. 23. 11. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4385/1882 *und als* Lgbl. Böhmen Nr. 62/1882 *publiziert.*

IV. Der Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert namens des Ministerpräsidenten über die beabsichtigte Einbringung einer Regierungsvorlage im niederösterreichischen Landtage betreffend Anordnungen für den Bau der Theater. Diese Vorlage sei bestimmt, das Supplement zu bilden zu der vom Statthalter in Niederösterreich bezüglich der Theater erlassenen Verordnung[11], und harmoniere mit der Tendenz und der Richtung derselben, indem darnach für die Staatsbehörden der entsprechende Einfluss auch in Fragen der baulichen Zustände der Theater beansprucht wird.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass die Gesetzesvorlage notwendig sei, um nicht hinsichtlich der vom Staate beanspruchten Ingerenz in fraglicher Beziehung Kompetenzeinwendungen zu begegnen. Aus dieser Rücksicht und weil die diesfällige größere Strenge sich speziell nur den Wiener Verhältnissen anpasse, habe er es auch abgelehnt, die fragliche Theaterverordnung vom Ministerium des Innern aus zu erlassen. Wenn in Niederösterreich die Sache in der proponierten Weise geregelt sein werde, so wolle für die andern Länder der analoge Weg angeregt werden.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Einbringung der proponierten Regierungsvorlage einverstanden[12].

[V. Der Minister für Kultus und Unterricht] referiert über die [seiten]s des Präsidenten der internationalen Kunstausstellung in Wien neuerlich vorgebrachte Anregung auf Erwirkung Ah. Auszeichnungen für die beim Ausstellungswerke hervorragend beteiligten Persönlichkeiten[13]. Diesmal handle es sich um die Berücksichtigung der Mitglieder der Jury und beabsichtige der Minister behufs Würdigung der auf dem Gebiete der Kunst erworbenen Verdienste für Ah. Auszeichnungen au. zu beantragen und zwar direkte zwei Inländer, nämlich den
Professor der Akademie der bildenden Künste Heinrich v. Angeli[14] für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse und
den Professor Siegmund l'Allemand[15] für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens;
ferner im Wege des Ministeriums des Äußern folgende Ausländer und zwar:

---

11 *Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtum Österreich unter der Enns v. 1. 7. 1882* betreffend die Bedingungen zur Veranstaltung theatralischer Vorstellungen in neuen Theatergebäuden sowie Bedingungen für Einrichtung und Betrieb der Theater überhaupt und die Überwachung der genauen Einhaltung derselben, Lgbl. Niederösterreich Nr. 54/1882. *Diese Verordnung war eine Folge des Brandes des Ringtheaters, siehe dazu MR. v. 7. 5. 1882/I, Anm. 1.*

12 *Die Ermächtigung zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes in den niederösterreichischen Landtag erfolgte mit Ah. E. v. 20. 9. 1882 auf den Vortrag Taaffes v. 9. 9. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3583/1882. *Der Gesetzentwurf wurde angenommen,* Prot. Landtag Niederösterreich 19. 10. 1882 (9. Sitzung) 191*, und über Vortrag Taaffes v. 5. 12. 1882 sanktioniert mit Ah. E. v. 15. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4698/1882. *Publiziert wurde es als* Lgbl. Niederösterreich Nr. 68/1882. *Weitere Sicherheitsbestimmungen für Theater in anderen Kronländern wurde nur erlassen für Krain als Verordnung des k. k. Landespräsidenten für Krain v. 28. 10. 1882,* Lgbl. Krain Nr. 23/1882 *und für die Stadt Triest als Gesetz v. 12. 3. 1889,* Lgbl. Küstenland Nr. 10/1889. *Hingegen wurden in vielen Kronländern die Bauordnungen novelliert.*

13 *Auszeichnungsanträge anlässlich dieser Ausstellung kamen bereits zur Sprache in MR. II v. 27. 6. 1882/III.*

14 *Zu Heinrich v. Angeli siehe* Öbl. 1: 22.

15 *Zu Siegmund l'Allemand* Öbl. 4: 409.

aus Frankreich Léon Bonnat, Maler[16], Jules Lefebvre, Maler[17], Claude Gaillard, Maler und Kupferstecher[18], Viktor Reprich-Robert, Architekt[19], sämtliche vier für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens;
aus Belgien: Edmond de Schampheleer, Maler in Brüssel[20], Victor Lagye, Maler in Antwerpen[21], für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens; endlich
aus Deutschland: den Professor Carl Becker, Maler in Berlin[22], für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[23].

[VI. Der Minister für Kultus und Unterricht] [] der Ernennung der Bezirksschulinspektoren in Krain. Nachdem die Funktionsperiode der bisherigen Inspektoren abgelaufen ist, wurden vom Landesschulrate die Vorschläge für die Neuernennung erstattet. Dabei werden mit Ausnahme von zwei Persönlichkeiten, welche sich nicht bewährt haben, die bisherigen Inspektoren vorgeschlagen. Der Landespräsident, welcher im Landeschulrate nicht gegen den Vorschlag aufgetreten sei, nehme in einem Spezialberichte wider denselben Stellung und zwar kommen in diesem Berichte auch Darlegungen vor, welche seither auch in nationalen Blättern Krains Ausdruck gefunden haben.

In diesem Separatberichte wende sich der Landespräsident erstlich gegen einige der vorgeschlagenen Persönlichkeiten. Des [Wei]teren proponiere derselbe, mi[t] der Ernennung im Ganzen zu warten, bis der Landesschulrat neu gebildet sein werde, und von diesem sich einen neuerlichen Vorschlag erstatten zu lassen. Endlich bringe der Landespräsident einen Reformvorschlag dahingehend vor, dass anstatt der besonderen Inspektoren für jeden Schulbezirk für das ganze Land nur etwa drei Inspektoren kreiert würden, welche ausschließlich sich der Inspektion widmeten. Die Angelegenheit sei ein reiner Ressortgegenstand. Nachdem aber der Ministerpräsident aus politischen Rücksichten gewünscht habe, dass die Sache vor den Ministerrat komme, so bringe er sie hier zur Erörterung.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass nicht bloß der auch an ihn geleitete Spezialbericht des Landespräsidenten, sondern [] auf die [] Augenmerk zu len[ke]n. Es sei nämlich eine Deputation der nationalen Partei Krains bei ihm gewesen, um zu bitten, dass doch heuer der Landtag aufgelöst werden möge. Er habe die Willfahrung dieser Bitte nicht zusagen können. Aus der Unterredung mit den Deputationsmitgliedern habe er aber ersehen, dass

---

16 *Zu Léon Bonnat,* Saigne, Léon Bonnat.

17 *Zu Jules Lefebvre,* Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler 22: 554–555.

18 *Zu Claude Gaillard,* de Beaulieu (Pseudonym), Ferdinand Gaillard.

19 *Zu Victor Reprich-Robert,* Bazin, Histoire de l'histoire de l'art, 289, https://deu.archinform.net/arch/23206.htm *(Zugriff 25. 10. 2021).*

20 *Zu Edmond de Schampheleer,* Meyers großes Konversations-Lexikon 17: 690.

21 *Zu Victor Lagye,* Le dictionnaire des peintres belges 2: 611.

22 *Vermutlich der 1820 in Berlin geborene Carl (Ludwig Friedrich) Becker, zu ihm* Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler 3: 145–146.

23 *Über Kálnokys Vortrag v. 5. 10. 1882 wurden dann die für die Ausländer beantragten Orden mit Ah. E. v. 12. 10. 1882 verliehen. Dabei wurden einige der in MR. II v. 27. 6. 1882/III besprochenen Ordensanträge aufgewertet. Insgesamt wurden vom Franz-Joseph-Orden vier Komturkreuze mit, sieben ohne Stern und acht Ritterkreuze, sowie ein Orden der Eisernen Krone III. Klasse verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3842/1882. *Über Vortrag Conrads v. 12. 10. 1882 erhielten die hier genannten Inländer die beantragten Orden, außerdem sollte dem – in MR. II v. 27. 6. 1882/III erwähnten – Edmund Grafen Zichy v. Vásonykeő sowie der von ihm geleiteten Kommission von Conrad die Ah. Anerkennung ausgesprochen werden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3924/1882.

der Hauptbewegungsgrund des Auflösungswunsches der sei, dass in diesem Jahre die Funktionsperiode der Schulinspektoren ablaufe und dass, wenn unter der jetzigen Konstellation die neuen Inspektoren ernannt werden, durch sechs Jahre hindurch in dieser Beziehung nichts geändert werden könnte, wenn auch inzwischen der neue Landtag mit der gehofften veränderten Majorität gekommen sein werde. Deshalb muss der Ministerpräsident vor allem wenigstens wünschen, dass mit der Ernennung bis nach Schluss der heurigen Landtagssession gewartet würde.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt hinsichtlich seines Erledigungsvorhabens Folgendes: Was den Vorschlag des Landeschulrates anbelange, so stimme er insoferne mit dem Landespräsidenten überein, als auch er Persönlichkeiten, welche sich mit Agitation befassen, ausgeschlossen wissen wolle. Der Landespräsident wende sich direkte gegen drei vorgeschlagene Persönlichkeiten, nämlich gegen Linhart (für Gottschee), Sima (für Stein) und Baron Taufferer (für Littai). Ersteren beiden werde vom Landespräsidenten agitatorisches Vorgehen und taktloses, teilweise inkorrektes Benehmen vorgeworfen. [] [d]es Landespräsidenten] begründen, so wolle [er] (Minister für Kultus und Unterricht) Linhart und Sima fallen lassen.

Gegen Baron Taufferer werde seitens des Landespräsidenten namentlich geltend gemacht Taufferers geringe Bildung und dessen Stellung als politischer Parteimann. Der Minister muss dawider hervorheben, dass der Landesschulrat Taufferers bisherige Tätigkeit als Bezirksschulinspektor lobend anerkenne. Unter diesen Umständen über Taufferer hinausgehen, hieße daher einer Parteianimosität nachgeben. Der Minister glaube also, Taufferer ernennen zu sollen. Denn den wirklich begründeten Rücksichten werde durch Übergehen Linharts und Simas voll Rechnung getragen. Die weiteren Propositionen [des] Landespräsidenten könne er nicht in Betracht ziehen. Einen anderen Vorschlag vom neu ergänzten Landesschulrate einzuholen, würde ein Misstrauen gegen den jetzigen Landesschulrat bedeuten. Die endliche Reformproposition zu erörtern, sei jetzt kein Anlass vorhanden. Mit Rücksicht auf den vom Ministerpräsidenten ausgesprochenen Wunsch erklärt sich der Minister bereit, mit den Ernennungen bis nach Schluss der heurigen Landtagssession zu warten. Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Ministers für Kultus und Unterricht zur Kenntnis[24].

VII. Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák referiert über den vom galizischen Landtag[a] angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des § 3 des Lan[a]desgesetzes über Anlegung der Grundbücher[25]. Die proponierte Abänderung gehe dahin, zu ermöglichen, dass zwar mit Bewilligung der Statthalterei und des Landesausschusses, jedoch in sonstiger Beziehung ohne Beschränkung hinsichtlich des Umfanges oder der zu geschehenden Ausgleichung Grundstücke aus der Landtafel in die gewöhnlichen Grundbücher und umgekehrt Grundstücke aus den gewöhnlichen Grundbüchern in die Landtafel durch Zuschreibung zu den Gutskörpern daselbst übertragen werden können. Der diesfalls in der

---

[a–a] *Brandstelle ergänzt aus dem Titel des Tagesordnungspunktes.*

[24] *Die Vorschläge des Krainer Landesschulrates v. 28. 7. 1882 mit den Beilagen, laut Protokollbuch* AVA., CUM., Unterricht, Zl. 14446/1882, *liegen nicht mehr ein.*

[25] *Der vom galizischen Landtag angenommene Gesetzentwurf,* PROT. LANDTAG GALIZIEN 23. 10. 1881 (28. Sitzung) 815 ff., *der § 3 des Gesetzes v. 20. 3. 1874 abändern sollte,* LGBL. GALIZIEN Nr. 29/1874.

Gesetzgebung jetzt herrschende Gesichtspunkt sei der, dass eine Übertragung von Grundstücken in die Landtafel nur gegenüber einer von einer landtäflichen Liegenschaft vorgenommenen Abschreibung von [gl]eichem Belange geschehen könne.

Der Zweck der proponierten Änderung sei sonach der, die in dieser Weise bestehende Unbeweglichkeit zu brechen, wobei für den Vorschlag namentlich die Interessen der Kommassation geltend gemacht werden. Das Ministerium des Innern hege Bedenken gegen den Entwurf, weil durch denselben der bisher festgehaltene Grundsatz der Auseinanderhaltung des landtäflichen und nicht landtäflichen Besitzes wesentlich alteriert und eine Verrückung der Grundlagen des Wahlrechtes in die Vertretungskörper bewirkt würde. Für die Kommassationsrücksichten hätte aber das Kommassationsgesetz[26] zu sorgen.

Der Leiter des Justizministeriums bemerkt, dass er gegen die Grundtendenz des Entwurfes nicht Stellung nehmen könne. []th, []ge Stagn[a]t[i]on []maßen aufzuheben und die gegenseitige Übertragung der Besitztümer zu erleichtern, der vorliegende Entwurf gehe nun insoferne etwas zu weit, als er die Überzeugung nach beiden Seiten hin ganz unbeschränkt zulassen wolle. Wenn der Minister sich nicht veranlasst sehe, auf die Sanktionierung des Entwurfes anzutragen, so liege der Bestimmungsgrund hiefür hauptsächlich in dem Umstand, dass eben eine Reform des Agrarrechtes im Zuge sei, deren Tendenz auch dahin zu gehen scheine, zu verhüten, dass die bäuerlichen Besitzungen durch die landtäflichen Güter absorbiert werden und dass es nicht entsprechend wäre, dieser Reform durch ein solches Gesetz zu präjudizieren. Außerdem enthalte der Entwurf eine Bestimmung, welche aus gesetzestechnischen sowie aus Gründen gesetzgeberischer Kompetenz nicht akzeptiert werden können.

Der Finanzminister hält den Gesichtspunkt der Kommassierung für entscheidend. Bei der heutigen Rechtslage und nachdem die Grundzerstückelung erlaubt sei[27], habe die strenge Auseinanderhaltung der beiden Liegenschaftskategorien beziehungsweise die Aufrechterhaltung der Gleichgewichtslage keine Bedeutung mehr. Ohne die konkreten Bedenken gegen die jetzige Vorlage bestreiten zu wollen, sei er für das Prinzip derselben.

Der Minister für Kultus und Unterricht stellt sich wesentlich auf denselben Standpunkt, in[] [aufme]rksam macht, [dass] man einzelne Bestandteile eines, vielleicht in sich vollkommen arrondierten Besitztumes in verschiedenen Grundbüchern suchen müsse. Jedenfalls sollte der Grundsatz geltend werden müssen, dass gegenseitige Übertragungen, wo sie Arrondierungszwecken dienen, frei vorgenommen werden können.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski muss auf das gegen die Genehmigung einer solchen Abänderung sprechende politische Moment aufmerksam machen, nämlich auf die durch die freie Übertragbarkeit mögliche Verrückung des Wahlrechtes des Großgrundbesitzes. Durch Zuschreibung von bäuerlichen Liegenschaften zu den jetzt unter dem Wahlzensus stehenden Gütern könnten dann beliebig neue Wahlrechte für den Großgrundbesitz begründet werden[28]. Anderseits gewähre der geringste landtäfliche Besitz eine Virilstimme als Wahlmann in den Landgemeinden[29]. Es könnte also die freie Übertragbarkeit nur unter der Bedingung geschehen, dass dadurch die Wahlrechte nicht alteriert werden.

---

26 *Zu diesem siehe zuletzt MR. v. 21. 4. 1881/XII.*

27 *Dies wurde mit Gesetz v. 6. 2. 1869,* RGBl. Nr. 18/1869*, erlaubt, das beraten wurde in MR. v. 18. 5. 1868/V, MR. v. 28. 5. 1868/VII und MR. v. 1. 2. 1869/II (liegen nicht ein),* CMR. II Nr. 57, 66 *und* 175.

28 *§§ 8 und 9 der Landtagswahlordnung für Galizien, 2. Teil der Beilage II o des Patentes v. 26. 2. 1861 (Februarpatent), mit dem das Grundgesetz über die Reichsvertretung kundgemacht wurde,* RGBl. Nr. 20/1861.

29 *§ 14 der Landtagswahlordnung für Galizien, 2. Teil der Beilage II o des Patentes v. 26. 2. 1861 (Februarpatent), mit dem das Grundgesetz über die Reichsvertretung kundgemacht wurde,* RGBl. Nr. 20/1861.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antrage auf Nichtsanktionierung einverstanden[30].

VIII. Über Aufforderung des Ministerpräsidenten berichtet [der Leiter des Justizministeriums Minister Dr.] Pražák []mene [] [nächste Zweck der Reise sei der gewesen, sich über den Stand der dortigen Justizgebäude zu informieren[31]. Die diesfälligen Erfahrungen wolle er zum Gegenstande einer besonderen Verhandlung machen. Der Minister wurde dort auch von Mitgliedern der Rechten begrüßt, welche die Angelegenheit der Prüfungsverordnung für die Staatsprüfungen in Prag vorbrachten. Er habe den Herren erklärt, dass jetzt von einer Änderung der Verordnung auf die laut gewordenen Rekriminationen hin keine Rede sein könne.

Einer Deputation böhmischer Studierenden habe er in Betreff desselben Gegenstandes erklärt, dass die Studierenden nichts dagegen haben können, wenn ihnen Gelegenheit zur Erlernung [d]er deutschen Sprache gegeben werde[32]. Von den Studierenden wurde die Besorgnis ausgesprochen, dass infolge der Verordnung das juridische Studium sich für sie leicht etwa um ein Jahr verlängern dürfte. Der Minister konnte darauf nur erwidern, dass es demnach wünschenswert sei, dass die Studierenden sich die Sprache schon früher aneignen.

Auch eine Deputation der böhmischen Mitglieder der Prüfungskommission habe bei ihm in der Angelegenheit vorgesprochen und haben die Herren bedauert, über die Sache nicht einvernommen worden zu sein, und haben die Absicht ausgedrückt, ein Promemoria an den Minister für Kultus und Unterricht zu überreichen. Die Ansicht dieser Herren gehe dahin, dass das Hauptgewicht auf die prak[tischen Prüfungen] [] [Mini]ster habe die Herren [er]sucht, von der Einbringung eines Promemorias jetzt abzustehen, damit nicht von dieser Seite sich auch der Bewegung angeschlossen werde.

In der Unterredung, welche der Minister mit Rieger, Trojan, Jireček, Zeithammer und Mattuš[33] hatte, kamen diese Persönlichkeiten schließlich zu der Überzeugung, dass die Regierung die Prüfungsverordnung jetzt nicht ändern könne. Auch in diesem Kreise wurde die Ansicht vertreten, dass das Hauptgewicht auf die praktischen Prüfungen zu verlegen sei. Doch wurde zugleich die Notwendigkeit der Spracherlernung schon in der Mittelschule betont und versichert, dass ein bezügliches Gesetz für Realschulen im böhmischen Landtage angeno[m]men werden würde, wenn die böhmische Partei dort die Majorität hätte, zumal, wie diese Herren glauben, eine solche Vorlage nicht als Abänderung des Artikels 19 des Staats-

---

30 *Über Vortrag Pražáks v. 10. 9. 1882 wurde der Gesetzentwurf mit Ah. E. v. 16. 9. 1882 nicht sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3530/1882.

31 *Die Angelegenheit der Staatsprüfungen an der Prager Universitär mit böhmischer Vortragssprache kam zuletzt zur Sprache in MR. II v. 19. 8. 1882/XI. Zur Besprechung mit der Deputation der Stadt Prag wegen Erbauung eines Justizpalastes dort,* Prager Tagblatt v. 6. 9. 1882.

32 *Zu Pražáks Erklärung gegenüber den tschechischen Studenten siehe* Prager Tagblatt *v.* 6. 9. 1882 *und v.* 7. 9. 1882.

33 *Zu František Ladislav Rieger siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1018*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Rieger | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022); zu Alois Pravoslav Trojan siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1311 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Trojan | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022); zu Josef Jireček siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 532*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Jireček | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022); zu Antonín Otakar Zeithammer siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1462*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Zeithammer | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022); und zu Karel Mattuš siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 774*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Mattuš | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022).*

grundgesetzes angesehen und behandelt werden könnte. Anbelangend die Gymnasien habe Dr. Rieger sogar geglaubt, dass es anginge, eine entsprechende Verfügung auch ohne Gesetz zu machen, und zwar in der Weise, dass man alle diejenigen schulplanmäßig zur Erlernung der Sprache verhielte, deren gesetzliche Vormünder gegen diesen Zwang keine Einsprache erhöben. Die Herren haben übrigens erklärt, dass die jetzige Bewegung leider nicht zu unterschätzen sei.

Der Ministerpräsident bemerkt, er habe, auch durch den Statthalter von der Bedenklichkeit[34] []ob sich []t ge[wes]en [sei, wegen der] vom Minister Dr. Pražák [in] Prag ausgesprochenen Äußerungen, weil damit sicherlich der Bewegung ein Dämpfer aufgesetzt wurde. Es möge die Meinung des Statthalters immerhin begründet sein, dass etwas zur Besänftigung geschehen solle. Diese Frage wurde ja auch schon hier im Ministerrate besprochen[35]. Die Hauptsache aber sei, dass die Leute nunmehr wissen, dass die Regierung nicht in der Lage ist, die Verordnung zu ändern. Die bezüglichen Erklärungen haben nicht nur in Böhmen, sondern auch in anderen Ländern Eindruck gemacht. Es sei gut, dass man sehe, dass die Regierung bei dem bleibe, was sie verfügt habe. Man werde speziell umso [me]hr Interesse haben, die [Agi]tation einzudämmen, als man nun ersehen werde, dass die Regierung umso weniger auf eine Änderung eingehen werde, wenn dahin agitiert werde. Der Ministerpräsident glaubt daher, den Intentionen der Ministerkollegen zu entsprechen, wenn er dem Minister Dr. Pražák für sein taktvolles und mutiges Auftreten in Prag den Dank des Ministeriums ausdrücke. Die Minister stimmen in die Dankesdarbringung ein[36].

IX. Der Handelsminister bringt zur Kenntnis des Ministerrates, dass die Durchführungsverordnung zum Gesetze vom 28. Mai 1882 betreffend die Einführung der Postspar[kasse] [] [b]derselbe Sr. k. k. apost. Majestät zur Ah. Kenntnis unterbreiten und im Falle Se. Majestät Ag. geruhen werden, dieselbe genehmigen zu sollen[b] []derselben vor[] werde. Der Ministerrat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis[37].

Wien, am 7. September 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

---

b–b *Einfügung Pinos.*

34 *Treffen Taaffes mit dem Statthalter von Böhmen Kraus,* Prager Tagblatt v. 2. 9. 1882.

35 *MR. II v. 19. 8. 1882/XI.*

36 *Die Angelegenheit dieser Sprachverordnung wurde erneut beraten in MR. v. 26. 9. 1882/II.*

37 *Zum Postsparkassengesetz siehe MR. v. 23. 5. 1882/IX. Die Durchführungsverordnung wurde mit Vortrag Pinos v. 4. 10. 1882 Franz Joseph vorgelegt, der sie mit Ah. E. v. 10. 10. 1882 zu Kenntnis nahm*, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3827/1882. *Publiziert als Verordnung des Handelsministeriums v. 10. 10. 1882,* Rgbl. Nr. 163/1882. *Mit der Durchführungsverordnung ermächtigte Franz Joseph den Handelsminister,* mit der Personalbestellung für das Postsparkassenamt bis auf Weiteres in der von Ihnen angedeuteten Weise vorzugehen. *Die Besetzung dieser Stelle kam zur Sprache in MR. v. 28. 12. 1882/VI.*

Nr. 415 Ministerrat, Wien, 9. September 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 9. 9.), Ziemiałkowski, Pražák, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Bacquehem; BdE. und abw. Falkenhayn, Conrad, Welsersheimb (26. 9.).

I. Frage der Erlassung einer Sprachenverordnung für Schlesien. II. Wegen Ernennung des Leiters der Landesregierung in Schlesien, Hofrat Marquis de Bacquehem, zum Landespräsidenten in Schlesien. III. Erwirkung der Geheimen Ratswürde für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Franz Smolka. IV. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hofrat Franz Ritter v. Novák.

KZ. 86 – MRZ. 71

Protokoll des zu Wien am 9. September 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Behandlung die vom Leiter des Justizministeriums, [] [Erlassu]ng einer Sprachen[v]erordnung für Schlesien[1]. Der Ministerpräsident glaubt zwar, dass diese wichtige Frage in der heutigen Ministerkonferenz, in welcher drei Minister fehlen, nicht zur Schlussfassung zu bringen wäre, will jedoch eine vorläufige Erörterung deshalb aufnehmen, weil jetzt gerade der Leiter der Landesregierung von Schlesien hier sei und es zweckentsprechend erscheine, dessen Wahrnehmungen und Anschauungen über den Gegenstand zu vernehmen.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák referiert, indem er das aus der Anlage ersichtliche Schriftstück, nämlich die einleitenden Bemerkungen zur Erlassung einer Sprachenverordnung und den Entwurf eines Justizministerialerlasses zur [Re]gelung der Sprachenfrag[e] bei Gericht zur Verlesung bringt[a].

Der Minister bemerkt hiezu: Gegenüber der jetzt bestehenden Anordnung des Justizministerialerlasses vom 3. November 1851, wornach für ganz Schlesien die deutsche Sprache als die ausschließliche Gerichtssprache erklärt wurde[2], wäre nun der Sukkus der proponierten Anordnung folgender: In den rein deutschen Bezirken bliebe das jetzige Verhältnis, nur wären die Gerichte verpflichtet, Zuschriften der autonomen Behörden aus den anderen Bezirken auch in polnischer oder böhmischer Sprache anzunehmen. In den gemischten Bezirken wären Eingaben auch in polnischer und böhmischer Sprache sowie auch in den ein[sprachigen Bezirken Schlesiens wären] die Bescheide dar[übe]r nach Tunlichkeit in der Sprache der Eingabe hinauszugeben. Nur bei Grundrechtsbescheiden hätte die Erledigung durchwegs in deutscher Sprache aufrecht zu bleiben.

---

[a] *Der Entwurf des Justizministerialerlasses liegt dem Originalprotokoll samt Bemerkungen dazu als Beilage 1 bei.*

[1] *Die Sprachenverordnung (Abschrift) von Taaffe und von Justizminister Stremayr v. 19. 4. 1880 für Böhmen und Mähren* – Ava., JM., allg., Karton 903, Sig. I H I/3–30½, Zl. 5519/1882*, Verordnung der k. k. Minister des Innern und der Justiz v. 19. 4. 1880, für Böhmen* Lgbl. Böhmen Nr. 14*, für Mähren* Lgbl. Mähren Nr. 17*, beide ex* 1880*, besprochen in MR. I v. 18. 11. 1879/III, MR. v. 14. 4. 1880/I, MR. v. 3. 5. 1880/III und MR. v. 21. 5. 1880/XI (liegen alle nicht ein) – machte auch eine Regelung für Schlesien notwendig; zum Beginn dieser Beratungen im Justizministerium siehe* Ava., JM., allg., Karton 903, Sig. I H I/3–34, Zl. 6469/1882.

[2] *Der Akt mit dem Justizministerialerlass v. 3. 11. 1851 (Abschrift) in* Ava., JM., allg., Faszikel I S 9, Verzeichnis 13, Zl. 13470/1851*, liegt nicht mehr ein. Abschrift des Erlasses in* Ava., JM., allg., Faszikel I H I/3 (Schlesien), Zl. 15847/1882.

Bei Prozessen hätte, wenn sie in verschiedenen Sprachen geführt würden, das Erkenntnis deutsch zu erfolgen. Würde aber ein Prozess nur in einer der drei Sprachen geführt, so wäre das Erkenntnis darüber in der bezüglichen Sprache, allerdings auch nur nach Tunlichkeit auszufertigen. Der Minister glaubt, dass jedenfalls etwas geschehen müsse. Leider seien die Verhältnisse, insbesondere auch was die Ausstattung des Gerichtspersonals an[be]lange, solche, dass man noch nicht weiter gehen könne, während andererseits auf deutscher Seite wahrscheinlich auch dieses als zu viel befunden werden dürfte, daher möglicherweise niemand befriedigt sein dürfte.

Der Ministerpräsident fordert den Leiter der Landesregierung von Schlesien auf, seine Wahrnehmungen darzulegen, nachdem es vor Erlassung einer bestimmten Anordnung erforderlich sei zu wissen, ob überhaupt die Notwendigkeit hiezu vorhanden und ob der Moment geeignet sei.

Hofrat Marquis Bacquehem legt Folgendes dar: Er könne aufgrund sei[ner] [] [Anschau]ung teilen, dass [die p]roponierte Verordnung wahrscheinlich niemanden befriedigen würde. Zunächst würden die Polen und die Böhmen nicht vollkommen zufrieden gestellt sein. Er meine nämlich die leitenden Kreise und nicht die Masse der Bevölkerung. Denn die Bevölkerung selbst sei gemütlich und erwärme sich nicht aus sich heraus für solche Fragen, sondern müsse diesfalls immer erst aufgefordert werden, zufrieden oder unzufrieden zu sein. Die bezüglichen Kreise würden nicht zufrieden sein, weil die wesentlichsten Anordnungen der Verordnung nur „nach Tunlichkeit" zu vollziehen sind. Da die Richter wenig geneigt sein we[r]den, polnische und böhmische Bescheide hinauszugeben, so dürften alsbald darüber Beschwerden einlaufen und man würde dann entscheiden müssen, ob die Tunlichkeit vorhanden gewesen sei oder nicht. Beim Kreisgerichte Teschen sei z. B. nur ein der polnischen Sprache mächtiger Richter und seien die Richter überhaupt zumeist Böhmen. Man dürfte sohin bei anderssprachigen Erledigungen wieder das Böhmische vor dem Polnischen bevorzugen.

Größer aber würde die Verstimmung bei den Deutschen sein. Während einerseits vom Damoklesschwerte der Sprachenverordnung die Rede sei, hält man in deutschen Kreisen da[ran fest] [] [e]rlassen werde [soll,] glaubt namentlich auch deshalb nicht daran, weil man eine vollständige Durchführung der Sprachenfrage nicht für möglich erachtet. Die Deutschen werden sagen, dass seit dem Jahre 1849 immer nur deutsch amtiert worden sei. In der Tat habe er (Leiter der Landesregierung) auch gefunden, dass alles in deutscher Sprache amtiere.

Man werde die Stimme der maßgebenden autonomen Organe des Landes nicht übersehen können. Wie das Votum eines Landtages lauten würde, in welchem sich unter 30 Mitgliedern nur drei slawischer Nationalität befinden, sei klar. Das Votum des Landesausschusses, wenn er statt der Landesvertretung spräche, sowie das Votum sä[mt]licher Stadtvertretungen würde gegen die Sprachenverordnung sein. Alle Stadtvertretungen, also auch die Vertretungen der polnischen und böhmischen Städte, amtieren immer deutsch. So amtiere die böhmische Stadt Friedek durchgehends deutsch, obwohl nur zwei deutsche Vertreter in der Gemeindevertretung sitzen. Noch prononcierter sei die Gestaltung in den polnischen Städten. Teschen habe eine ganz deutsche Gemeindevertretung, in Jablunkau amtiere ein entschieden deutscher Bürgermeister. Wie wenig Wert die slawischen Gemeinden auf slawische Amtierung legen, gehe daraus hervor, dass die Gemeinden im ganzen Lande deutsch korrespondieren, obwohl sie nicht [] [au]ch in den ande[ren] Sprachen zu korrespondieren.

In den böhmischen Gegenden werden die Schriftstücke der Gemeindevorsteher meist von den Lehrern verfasst. Nur von zwei Gemeinden kommen an die Bezirkshauptmannschaft Troppau auch slawische Berichte. In den polnischen Gegenden seien es wieder die deutschen Beamten der erzherzoglichen Kammer[3], welche meist als Gemeindevorsteher fungieren, daher dort die Amtierung ausschließlich in deutscher Sprache geführt werde. Der Leiter der Landesregierung habe den ganzen polnischen Teil des Landes bereist und nirgends sei jemand mit einem Anliegen wegen der Sprachenfrage an ihn herangetreten.

Er halte zwar dafür, dass das von deutscher Seite häufig gebrauchte Argument, dass man in Schlesien nicht polnisch und nicht böhmisch, sondern nur sich an diese Sprachen anlehnende Dialekte spreche, nicht zutreffend sei. Hingegen scheine der gegen die Sprachenpetitionen erhobenen Einwand berechtigter zu sein. Man wisse, wie Petitionen zustande kommen. Die meisten dieser Petitionen stammen aus den Jahren 1870 und 1871[4]. Sooft aber ein bezügliches Promemoria hervortrat, erschien auch ein Gegenpromemoria.

Wenn also die Verordnung erschiene, so würden zunächst der Landtag oder der Länderausschuss, dann die Vertretungen sämtlicher Städte dagegen Stellung nehmen. Wahrschein[lich] [] [Gemein]den dem Pro[test] anschließen, Letztere wegen der Besorgnis, dass aus der Verordnung weiter[e] Konsequenzen für die Schulen gezogen werden dürften und die deutsche Sprache aus der Schule entfernt werden könnte. Auch die Bewegung im Kreise der deutschen Advokaten, die verlieren würden, könnte nicht unterschätzt werden. Endlich würde wieder die Absicht der Aufteilung Schlesiens zur Beunruhigung aller Kreise hinausgetragen werden. Als im Jahre 1870 von einem Zeitungsblatte die Nachricht der beabsichtigten Aufteilung Schlesiens gebracht wurde, entstand ein furchtbarer Lärm. Obgleich der Landespräsident erklärte, dass diese Nachricht keinerlei Begründung habe, konnte man sich nicht beruhigen, bis eine Deputation am Ah. Hoflager die volle Versicherung eingeholt hatte[5]. Er könne also nur sagen, dass die leitenden polnischen und böhmischen Kreise durch die Verordnung nicht vollkommen befriedigt sein würden und dass dieselbe bei den Deutschen eine arge Verstimmung hervorrufen würde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt: Wenn auch alles das, was der Leiter der Landesregierung vorgebracht habe, richtig sein möge, so bleibe der Regierung angesichts des Art. 19 des Staatsgrundgesetzes doch nichts übrig, als den Schritt zu machen, zumal es nicht anginge, in einem Gebiete, wo die böhmische und die polnische [Sprache] [] schon für das [Geb]iet der slowenischen Sprache ähnliche Anordnungen getroffen habe[6]. Der Schritt sei also jedenfalls notwendig und lange werde man damit auch keineswegs hinhalten können.

Der Handelsminister bemerkt, dass die Darlegungen des Leiters der Landesregierung auf ihn einen großen Eindruck gemacht haben. Gegen die Anordnungen selbst, welche mit dem Entwurfe des Leiters des Justizministeriums sowie zum Anschlusse daran mit dem Ent-

---

3 *Gemeint ist der Kameralbesitz der Linie Österreich-Teschen im Besitz Erzherzog Albrechts, die verwaltet wurde von der Erzherzoglichen Kameraldirektion in Teschen,* Die Kammer Teschen. Domäne Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Friedrich, Herzog von Teschen (Teschen 1898) 10.

4 *Zu den polnischen und tschechischen Forderungen in Schlesien 1871 siehe* Ava., IM., Präs., Karton 76, Sig. 3/Schlesien Nr. 35–39, 44 *und* 47, Zl. 1688, 1811, 1903, 2044, 2323, 2678 *und* 3289*; 30* Petitionen aus Schlesien in Betreff der Gleichberechtigung der Sprache *aus dem Jahr 1881 befinden sich in* Ava., Ministerratspräsidium, Zl. 974/1881.

5 *Zu den Petitionen, Schlesien als eigenes Kronland zu erhalten, siehe MR. II v. 30. 4. 1882/I, Anm. 2.*

6 *Zu den Regelungen bezüglich der slowenischen Sprache siehe MR. v. 17. 4. 1882/I.*

wurfe einer Verordnung des Ministeriums des Innern proponiert werden, und welche, was das Politikum anbelange, mit dem faktischen Vorgange in anderen sprachlich gemischten Gebieten harmonieren, [hät]te er keine Einwendung zu erheben. Was ihm aber bedenklich erscheine, das sei die Hinausgabe einer förmlichen Sprachenverordnung vom Zentrale aus und namentlich die Hinausgabe einer Verordnung mit den Argumenten, wie sie der Entwurf des Minister Dr. Pražák enthalte. Das, das äußerliche Momente, würde die Beunruhigung veranlassen. Er glaube, dass der Zweck vollkommen erreicht würde, wenn man die bezüglichen Anordnungen von hier aus lediglich intern als Norm für die danach sodann vom Oberlandesgerichtspräsidenten und bzw. vom Landespräsidenten zu betreffenden Verfügungen hinausgäbe. Jedenfalls wäre aber bis nach Ablauf der Landtagssession zu warten.

[Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák] [] für die Justiz[behö]rden eine lediglich Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten nicht genügen würde. Auch auf ihn haben die Auseinandersetzungen des Leiters der Landesregierung großen Eindruck gemacht. Trotzdem könnte er nicht damit einverstanden sein, dass nichts getan werde. Im Gegenteile, es sei notwendig, dass man vorgehe, weil sonst die Klagen nicht aufhören werden. Auch könne man nicht lange warten. Daher solle man, wenn auch nicht vor Ablauf des Landtages, so doch vor Eröffnung des Reichsrates vorgehen. Nach seinen Erfahrungen könne es übrigens mit der Kenntnis der polnischen Sprache in Schlesien nicht schlecht stehen.

Der Ministerpräsident bemerkt zum Hergange der Sache Folgendes: Vor Abschluss der Reichsratssession sei der Obmann des Polenklubs Grocholski bei ihm gewesen, um zu fragen, wie es bezüglich Schlesiens stehe und ob Aussicht vorhanden sei, dass die Regierung dort den Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes durchführe[7]. Er habe darauf erwidert, dass die Sache in Schlesien schwierig sei, weil dort nicht wie in Böhmen nur zwei, sondern drei Sprachen herrschen und weil dort bisher der entgegengesetzte Standpunkt eingenommen wurde, indem man seit 30 Jahren alles getan habe, um zu germanisieren. Jedoch habe er bemerkt, dass der jetzige Leiter der Landesregierung, welcher in fraglicher Beziehung nicht voreingenommen sei, das Land bereisen [] darauf die Re[gie]rung erwägen werde, wann und wie sie ihrer Verpflichtung nachkommen könne.

Nun habe der Leiter der Landesregierung seine Wahrnehmungen gemacht und hier vorgebracht. Daraus sei zu entnehmen, dass die Bevölkerung selbst keinen Wunsch nach einer Sprachenregelung habe, sondern die deutsche Amtierung über sich ergehen lasse. Der Standpunkt der Regierung könne nun keinesfalls der sein, die Leute etwa zu zwingen, dass sie polnisch oder böhmisch mit den Behörden verkehren, sondern die Regierung könne nur Anordnungen treffen, dass für denjenigen, welche in den anderen Sprachen verkehren wollen, dies möglich sei. Durch diese Ermöglichung komme sie ihrer Verpflichtung nach Art. 19 des Staatsgrundgesetzes nach.

Bezüglich der politischen Behörden wäre der Ministerpräsident mit der Anschauung des Handelsministers einverstanden, dass nur dem Landespräsidenten zur Verfügung seinerseits eine Instruktion gegeben werde. Bezüglich der Justizbehörden müsste jedoch jedenfalls eine Verordnung des Ministers erfließen. Doch glaube er, dass die Form dieser Verordnung noch in weitere reifliche Überlegung zu ziehen sein würde. Übereinstimmung glaube er da-

---

7 *Zu Grocholski siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 374 f., *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Grocholski | Parlament Österreich *(Zugriff 27. 2. 2023).*

hin konstatieren zu können, dass keinesfalls vor Ablauf der Landtagssession vorzugehen wäre. Es wird nun der aus der [Anlage ersichtliche Entwurf einer Vero]rdnung [f]ür den [Bere]ich der politischen Behörden vorgetragen[b].

Hofrat Marquis Bacquehem bemerkt hiezu, dass diese Verordnung wesentlich nur das enthalte, was schon jetzt in Gemäßheit der den Behörden gegebenen Weisungen beobachtet werde. Wenn daher diese Verordnung erlassen und nicht publiziert werde, so bleibe es diesfalls beim Alten. Er könne jedoch nicht unterlassen, zu bemerken, dass in Bielitz die Leute auf polnische Erlässe deutsch geantwortet haben. Nichtdeutsche Eingaben werden übrigens fast ausschließlich von polnischen und böhmischen Vereinen gemacht. Hinsichtlich des Justizgebietes sei unbillig, dass jetzt bei den Gerichten in Schlesien gar nichts [an]genommen werde, was nicht deutsch sei, keine Beilage, kein Dokument und nicht einmal ein Taufschein.

Minister Dr. Pražák betont, dass für die Justizbehörden jedenfalls und auch schon deshalb eine Ministerialverordnung erlassen werden müsste, weil es vor allem gelte, die frühere Ministerialverordnung vom Jahre 1851 aufzuheben. Was die Form anbelange, so habe er hinsichtlich des Oberlandesgerichtes Graz die Erfahrung gemacht, dass gerade erst die eingehende Begründung erfolgreich wirkte. Er wolle sich übrigens diesfalls Modifikationen unterwerfen. Weiters bemerkt der Minister, dass er auch einen anderen Entwurf vorbereitet habe, welcher sich lediglich auf []sprachigen Einga[ben be]schränkt. In einer weiteren kurzen Diskussion wird das im vorgetragenen Entwurfe aufgenommene Moment des Vorgehens „nach Tunlichkeit" ventiliert und die Anschauung zum Ausdrucke gebracht, dass dieser Rückhalt voraussichtlich alle Anordnungen, für welche er gelte, illusorisch machen dürfte. Minister Dr. Pražák erklärt sonach, dass er sich vorläufig auf eine Verordnung beschränken wolle, durch welche der Erlass vom Jahre 1851 aufgehoben und lediglich die Annahme von anderssprachigen Eingaben angeordnet werde[c].

Der Ministerpräsident findet diese Beschränkung für jetzt [a]ngemessen. Später, wenn man [e]inmal die Gerichtsstellen mit sprachkundigen Elementen besetzt haben werde, könne man dann leichter weitergehen[8].

II. Der Ministerpräsident erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, den Leiter der Landesregierung in Schlesien, Hofrat Marquis de Bacquehem[9], bei Sr. Majestät für die Ag. Ernennung zum Landespräsidenten von Schlesien au. vorzuschlagen. Hofrat Marquis Bacquehem habe sich bereits in die Verhältnisse eingearbeitet und sich während der Leitung bestens bewährt. Nachdem nun die Eröffnung []d [] des Chefs der [La]ndesregierung durch die definitive Eigenschaft jedenfalls gewinne, so glaube er, dass jetzt der Zeitpunkt für die definitive Ernennung gekommen sei. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[10].

---

b *Der Entwurf eines Erlasses des Ministerpräsidenten an den Leiter der schlesischen Landesregierung liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

c *Randbemerkung Pražáks* Ich habe dabei die weitere Beschlussfassung dem Ministerrate vorbehalten, indem ich versuchte, dermal noch einen Beschluss nicht zu fassen.

8 *Fortsetzung in MR. v. 26. 9. 1882/III. Zu dem hier angesprochenen Verordnungsentwurf siehe dort.*

9 *Die Leitung der Landesregierung in Schlesien war behandelt worden in MR. II v. 30. 4. 1882/I. In MR. v. 18. 4. 1879 war bereits eine Auszeichnung für Oliver Marquis de Bacquehm beraten worden, die er über Vortrag des gemeinsamen Finanzministers Leopold Friedrich Freiherr v. Hofmann v. 22. 4. 1879 mit Ah. E. v. 25. 4. 1879 erhalten hatte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1661/1879.

10 *Der mit Vortrag Taaffes v. 10. 9. 1882 beantragten Ernennung Bacquehems wurde mit Ah. E. v. 15. 9. 1882 zugestimmt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3512/1882.

III. Der Ministerpräsident referiert ferner über seine Absicht, für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Franz Smolka, eine Ah. Auszeichnung zu erwirken, nachdem Smolka nicht nur im Allgemeinen als Präsident stets vorzüglich gewirkt, sondern insbesondere auch vermöge seines [T]aktes von der Regierung viel Unangenehmes abgewendet und anderseits wieder durch seinen Einfluss zu Durchbringung mancher wichtiger Vorlage beigetragen habe. Mit Rücksicht auf die bezüglichen Präzedenzien könne als Art der Auszeichnung wohl nur die Verleihung der geheimen Ratswürde entsprechend erscheinen und sei für die Zuwendung einer solchen Berücksichtigung jetzt deshalb der entsprechende Moment, weil Smolka in der nächsten Delegation voraussichtlich als deren Präsident fungieren dürfte. Der Statthalter Graf Potocki habe sich gleichfalls für Berücksichtigung Smolkas auch in dieser Art ausgesprochen. []11

IV. Der Ministerpräsident referiert über die von dem gemeinsamen Ministerium beziehungsweise vom Reichsfinanzminister angeregte Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den bei der bosnischen Landesregierung verwendeten Hofrat Franz Ritter v. Novák anlässlich der Übernahme desselben in den dauernden Ruhestand. Der Ministerpräsident wolle auf die Anregung eingehen, jedoch in der Weise, dass er sich, was die Würdigung der Verdienste Nováks anbelange, lediglich auf den Reichsfinanzminister berufen und hierbei jedoch auch der Vorteile Erwähnung tun wolle, welche Novák schon [dur]ch seine nur für die Verwen[d]ung in Bosnien möglich erschienene Ernennung zum Hofrate und die Erwerbung des höheren Pensionsanspruches verlangt habe. Auch erscheine ihm die proponierte Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne zu hoch gegriffen, weshalb er nur auf die Ag. Verleihung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens au. antragen wolle. Zu diesem Vorgehen erbitte er sich die Zustimmung des Ministerrates. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung12.

Wien, am 9. September 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

---

11 *Smolka wurde über Vortrag Taaffes v. 11. 9. 1882 mit Ah. E. v. 16. 9. die geheime Ratswürde verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3538/1882.

12 *Mit Ah. E. v. 24. 9. 1882 erhielt Novák das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens über Vortrag Taaffes v. 14. 9. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3631/1882.

Nr. 416 Ministerrat, Wien, 14. September 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe (I–III), Ziemiałkowski (III); BdE. und anw. (Taaffe 14. 9.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Dunajewski (bei III), Pino; außerdem anw. Fidler; BdE. und abw. Conrad, Welsersheimb (26. 9.).

I. Erwirkung Ah. Auszeichnungen für politische Beamte anlässlich der Ereignisse in Dalmatien. II. Frage der Sicherstellung der Bahnstrecke Stryj–Munkács. III. In Angelegenheit des Fortbestandes deutscher Parallelklassen am Gymnasium in Wallachisch Meseritsch.

KZ. 87 – MRZ. 72

Protoko[ll] des zu Wien am 14. September 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I.[a] Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die vom Statthalter in Dalmatien anlässlich [der Ereignisse in Dalmatien] [] ge[stellten] Anträge auf E[rwirk]ung Ah. Auszeichnungen. Es wurden verschiedene Ressorts betreffende Anträge gestellt, von welchen der den Bischof von Spalato betreffende Antrag mittlerweile schon erledigt wurde[1], während andere noch der Schlussfassung der entsprechenden Ressortminister harren. Indem er heute die das Ressort des Ministeriums des Innern betreffenden Anträge für politische Beamte zur Verhandlung bringe, glaube er gleichwohl, dass es entsprechend sein werde, mit der Emanation aller mit den Vorgängen in Dalmatien im Zusammenhang stehenden Ah. Auszeichnungen und zwar für die verschiedenen Ressorts gleichzeitig vorzugehen. Des Zusammenhanges wegen bringe er sämtliche Anträge für Beamte hier vor, obwohl [es sich nur] zum Teile um Or[densan]träge handle.

Er habe an den bezüglichen Anträgen im Einvernehmen mit dem Statthalter Restringierungen vorgenommen und beabsichtigt er darnach hinsichtlich der nachstehenden, ursprünglichen Vorschlagsliste des Statthalters unter Beistimmung des Letzteren vorzugehen wie folgt:

1. Dr. Joseph Antonietti, k. k. Hofrat in Zara, dient 26 Jahre, vier Monate; beantragt für das Ritterkreuz des Leopoldordens. Die tüchtigen Leistungen Antoniettis seien nicht zu verkennen, doch stehe sein Wirken in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der Unterdrückung des dalmatinischen Aufstandes, daher für dessen Berücksichtigung jetzt der Zeitpunkt nicht vorhanden sei. Deshalb werde dieser Antrag fallengelassen.

2. Nicolaus v. Rendić, Statt[b]haltereirat und Leiter der Bezirkshauptmannschaft Ragusa, Ritter des Ordens der Eisernen Krone[b] III. Klasse dient 29 Jahre, fünf Monate; beantragt für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens. Rendić, der bei den fraglichen Anlässen eine sehr tüchtige Haltung und viel politischen Takt bewährt habe, verdiene eine besondere Berücksichtigung. Da aber das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens für einen Statthaltereirat doch zu hoch gegriffen erscheint und Rendić den Orden der Eisernen Krone III. Klasse schon besitze, so solle für denselben der Titel und Charakter eines Hofrates erwirkt werden.

---

a *Randbemerkung* (Der Finanzminister ist beim Beginne der Konferenz nicht anwesend).

b–b *Brandstelle ergänzt nach* Hof- und Staatshandbuch 1882, 506.

1 *Siehe hierzu MR. v. 17. 8. 1882/I.*

3. Emanuel v. Budisavljević, Bezirkshauptmann in Cattaro, Ritter des Franz-Joseph-Ordens, dient 26 Jahre, elf Monate; beantragt für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse. In Anbetracht der ganz [außerordentl]ichen und hingebungsvoll[en Leis]tungen Budisavljevićs und der mutigen Haltung desselben gehe der Ministerpräsident auf diesen Antrag ein.
4. Peter Todorović, Bezirkshauptmann in Zara, dient zehn Jahre, elf Monate; beantragt für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens. Da Todorović bei den Ereignissen nicht unmittelbar beteiligt gewesen sei, so erschiene es genügend, als ersten Grad einer Auszeichnung für denselben die Ah. Anerkennung zu erwirken.
5. Dr. Sigmund Freiherr v. Conrad, k. k. Bezirkshauptmann in Spalato, dient neun Jahre, zehn Monate; beantragt für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse. Bei Freiherrn v. Conrad fallen allerdings besondere Leistungen ins Gewicht, doch könne für [c]denselben das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens als[c] genügend erachtet werden.
6. Dr. Ambros Freiherr v. Maroičić, Bezirkskommissär und Vorstand des Statthaltereipräsidialbüros in Zara, dient drei Jahre, sieben Monate; beantragt für das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens. Mit Rücksicht auf die Reduzierung des den Baron Conrad betreffenden Antrages und die Rangstellung des Freiherrn v. Maroičič erscheine für denselben das goldene Verdienstkreuz mit der Krone entsprechend.
7. Georg Rukavina v. Liebstadt, provisorischer Bezirkskommissär, dient zwei Jahre, sieben Monate; beantragt für das goldene Verdienstkreuz mit der Krone. Für diesen erst sehr kurze Zeit dienenden Beamten genüge die Zuwendung der A[c]h. Anerkennung[c].
8. Oskar Jarabek, Bezirkskommissär in Cattaro, dient fünf Jahre, elf Monate; beantragt für das goldene Verdienstkreuz mit der Krone. Im Verhältnisse zu den vorausgegangenen Reduzierungen entspreche auch für Jarabek die Zuwendung der Ah. Anerkennung.
9. Dr. Bernhard Marcatti, Bezirkskommissär in Castelnuovo, dient 18 Jahre, elf Monate; beantragt für das goldene Verdienstkreuz mit der Krone. Nachdem Marcatti schon ein länger dienender Beamte sei, so gehe der Ministerpräsident auf den Antrag ein.
10. Narciß Blessić, Bezirkskommissär in Budua, dient acht Jahre, zwei Monate; beantragt für das goldene Verdienstkreuz mit der Krone. Der Ministerpräsident gehe [c]wegen des Mutes auf den Antrag ein, den der Genannte[c] bei der Unterdrückung des Aufstandes in Ober-Pobori erwiesen habe.
11. Peter Bonić; Bezirkssekretär; beantragt für das goldene Verdienstkreuz. Der Ministerpräsident akzeptiere diesen Antrag.

Sonach reduzieren sich die Ordensauszeichnungen auf einen Orden der Eisernen Krone III. Klasse und auf ein Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[2].

[c–c] *Brandstelle ergänzt nach* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3702/1882.

[2] *Der am 27. 9. 1882 von Taaffe erstattete Vortrag, in dem für insgesamt 35 Personen Auszeichnungen beantragt wurden (ein Orden der Eisernen Krone III. Klasse, zwei Ritterkreuze des Franz-Joseph-Ordens, ein Hofratstitel, fünf goldene Verdienstkreuze mit der Krone, vier goldene Verdienstkreuze, vier silberne Verdienstkreuze mit der Krone, elf Ah. Anerkennungen und sieben Remunerationen zwischen 40 und 500 fl.) wurde mit Ah. E. v. 2. 10. 1882 im Sinne des Antrages resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3702/1882. *Weitere Ordensauszeichnungen aus Anlass der Unterdrückung des Aufstandes in Süddalmatien kamen zur Sprache in MR. v. 26. 9. 1882 in den Tagesordnungspunkten V, XI und XIII.*

II. Der Handelsminister referiert in Angelegenheit der Herstellung der im militärischen [Interesse] geforderten Bahn[strecke] Stryj–Munkács. Als schon im vorigen Jahre die Herstellung dieser durch Galizien und Ungarn ziehenden Bahnstrecke ventiliert wurde[3], sei von ungarischer Seite im kurzen Wege ihm (Handelsminister) die Proposition gemacht worden, die Herstellung in der Weise zu bewerkstelligen, dass eine Gesellschaft diese Bahn im Vereine mit einigen entsprechenden Anschlusslinien als gemeinsame Bahn zur Herstellung und zum Betriebe gegen eine von beiden Staaten zu leistende Zinsengarantie übernehme. Er habe schon damals bemerkt, dass ein solches Projekt von der diesseitigen Regierung nicht angenommen werden könnte mit Rücksicht auf das nunmehr angenommene Prinzip des Staatsbaues[4] und weil es auch nicht möglich wäre, die Bewilligung [] Seite würde [] repliziert, dass die ungarische Regierung nur ein solches Projekt einer gemeinsamen Bahn annehmen könnte, da eine Herstellung der ungarischen Strecke als Staatsbau nicht möglich wäre.

Bei den nunmehr eingeleiteten offiziellen Verhandlungen wurde von der ungarischen Regierung der gleiche Standpunkt eingenommen. Der Bau der Strecke Stryj–Munkács solle nach dem Projekte der ungarischen Regierung der diesfalls hiezu bereiten ungarischen Nordostbahn-Gesellschaft in der vorerwähnten Modalität und gegen dem konzessioniert werden, dass dieser Gesellschaft die Strecke Lemberg–Stryj der Albrechtsbahn und Zagósz–Legenymihályi der Ersten Ungarisch-Galizischen Eisen[bahn] an die kgl. ung. [Sta]atsbahnstrecke Szerencs–Nyíregyháza–Debreczin bzw. Püspök–Ladány abgetreten werden[5].

Der Reichskriegsminister habe dieses Projekt als bei der Stellungnahme der ungarischen Regierung einzig zum Ziele führend der diesseitigen Regierung zur Annahme empfohlen und wurde er (Handelsminister) deshalb vom Ministerpräsidenten zur Abgabe seiner Äußerung hierüber aufgefordert. Andererseits wurden dem Handelsminister auch seitens des ungarischen Kommunikationsministers die auf dieses Projekt bezüglichen Propositionen gemacht[6].

Der Handelsminister könne heute offiziell nur dieselbe Anschauung vertreten, die er einem solchen Projekte gegenüber schon bei der ersten Anregung derselben ausgesprochen[7] [] ließe sich [nach den] in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen keineswegs mehr empfehlen. Die Sicherstellung überhaupt im Wege der Garantiezusicherung an eine Privatunternehmung stünde im Widerspruche mit dem jetzt zur Geltung gekommenen Systeme und würde vom Parlament niemals genehmigt werden. Endlich aber würde selbst abgesehen von diesen

---

3 *Diese Bahnlinie wurde vermutlich in MR. v. 26. 7. 1881/VII angesprochen, der sich mit dem Bau* der im militärischen Interesse gelegenen Anschlusslinien an die galizische Transversalbahn *beschäftigte. Sie war bereits 1872 im Zuge der Konzessionierung der Erzherzog-Albrechts-Bahn geplant, aber nicht gebaut worden. Siehe dazu MR. v. 19. 2. 1872/VI und MR. II v. 18. 3. 1872/VI,* Cmr. III/1 Nr. 47 *und* 59*, ebenfalls* Koch, Einleitung. Cmr. III/1, XXX.

4 *Zur Darstellung des Verhandlungsstandes siehe Schreiben (K.) Pinos an den Kriegsminister Bylandt v. 5. 4. 1882,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 406/1882*. Zur Politik zum Ausbau einer Staatseisenbahn siehe im Kapitel Infrastrukturpolitik dieser Einleitung.*

5 *Mitteilung o. D. des ungarischen Finanzministers Gyulá Szapáry,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1119/1882.

6 *Das Schreiben des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza an Bylandt v. 27. 6. 1882 sowie dessen Mitteilung an Taaffe v. 12. 7. 1882 (K.),* Ka., KM., Präs. 55–7/6/1882*; diese (Abschrift) leitete Ziemiałkowski im Auftrag Taaffes mit Schreiben v. 14. 7. 1882 Pino zur Stellungnahme weiter, das gemeinsam mit dem Schreiben des ungarischen Ministers für öffentliche Bauten und Kommunikation Pál Ordódy v. 31. 7. 1882 einliegt unter* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1119/1882.

7 *Antwort (K.) Pinos an Taaffe und Ordódy in seinen Schreiben v. 12. 8. 1882,* Ava., VA., HM. (III E), Präs. 1119/1882.

Momenten die Abtretung der zu bauenden Strecke und der übrigen zur Abtretung begehrten diesseitigen Strecken an eine ungarische Bahngesellschaft deshalb ganz unmöglich sein, weil dadurch den diesseitigen Verkehrsinteressen die empfindlichste Schädigung erwüchse, indem auf diese Weise die ungarische Verkehrspolitik die Handhabe erhielte, [durch Lah]mlegung des Ve[rkehrs auf den] galizischen Bahnen und namentlich der Transversalbahn den Verkehr von Osten her über Ungarn und nach der Richtung zur See auf dem kürzesten Wege über Fiume abzulenken. In Anbetracht dieser Umstände könne die diesseitige Regierung nur in der Weise auf die Herstellung der Bahn Stryj–Munkács eingehen, dass sie die galizische Teilstrecke als Staatsbau unter der Voraussetzung herstelle, dass auch von ungarischer Seite die Anschlusslinie gesichert werde.

In diesem Sinne habe er seine Äußerung an den Ministerpräsidenten erstattet und habe in gleicher Weise mit Zustimmung des Finanzministers[8] sich auch dem ungarischen Kommunikationsminister gegenüber ausgesprochen und Letzterem dabei zugleich erklärt, dass er [] des letzten Sessions[abschn]ittes eine Regierungsvorlage über die Herstellung der österreichischen Strecke als Staatsbau im Reichsrate einzubringen. Der Aufwand für die österreichische Strecke, hinsichtlich welcher au[ch bereits] die V[o]rarbe[iten] eingeleitet wurden, würde sich auf ca. sieben Millionen belaufen. Die ungarische Strecke dürfte auf sechs Millionen kommen. Nachdem das militärische Interesse die Herstellung der Bahn erheische und das ungarische Projekt nicht annehmbar erscheine, so gelte es eben, von unserer Seite in bestimmter Weise die Bereitwilligkeit der Herstellung unter obigen Voraussetzungen auszusprechen.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er den Standpunkt [des Handels]ministers teile [und] er daher beabsichtige, in diesem Sinne dem Reichskriegsminister zu antworten, erbitte er sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Behufe, um dem Reichskriegsminister zugleich zu erklären, dass die Regierung bereit sei, im Falle der Sicherung der ungarischen Teilstrecke noch im nächsten Sessionsabschnitte eine Vorlage über den Staatsbau der österreichischen Strecke im Reichsrate einzubringen. Die Zustimmung des Finanzministers hiezu müsse bei dem Einverständnisse desselben mit der Erklärung des Handelsministers präsumiert werden.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski hält auch die ungarische Proposition für ganz unannehmbar und wundert sich, dass Ungarn überhaupt nur eine derartige [] Stellungnahme []nden, indem er glaubt, dass unser bestimmtes Anerbieten der Bahnherstellung auf Staatskosten zugleich für Ungarn ein Kompelle bilden dürfte. Auch die übrigen Minister erklären ihre Zustimmung[9].

III.[d] Im Auftrag des Ministerpräsidenten referiert anstelle des abwesenden Ministers für Kultus und Unterricht Sektionschef Fidler über den mit dem Ah. Auftrage Sr. Majestät zur Beratung des Gegenstandes in der Ministerkonferenz herabgelangten au. Vortrag des Ministers für Kultus und Unter[richt] [] [deu]tscher Parallelklassen am [S]taatsgymnasium in Wal-

---

d *Randbemerkung* (Der Finanzminister erscheint in der Ministerkonferenz).

8 *Der Akt mit den Antworten an Taaffe und Ordódy ist vidiert mit* Gesehen im k. k. Finanzministerium, Wien am 16. August 1882, Dunajewski, AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1119/1882.

9 *Mit Schreiben Taaffes an Kriegsminister Bylandt v. 14. 9. 1882 teilte er diesem den oben beschlossenen Standpunkt der cisleithanischen Regierung mit,* KA., KM., Präs. 55–7/7/1882. *Fortsetzung der Frage in MR. 18. 2. 1883/III. Zur Geschichte dieser Linie siehe* KONTA, Geschichte der Eisenbahnen Österreichs, 350 f.

lachisch Meseritsch[10]. Das Gymnasium in Wallachisch Meseritsch wurde im Jahre 1871 als Untergymnasium mit böhmischer Unterrichtssprache gegründet. Später wurden über das Andringen der anderen Partei deutsche Parallelklassen auf Staatskosten errichtet. Im weiteren Verlaufe wurden auch an die deutschen Parallelklassen Obergymnasialklassen mit deutscher Unterrichtssprache gegen Erhaltung seitens der Gemeinde angeschlossen. In Rücksicht auf die dabei zur Darstellung gekommenen Verhältnisse sowie im Interesse der Entwicklung des blühenden böhmischen Gymnasiums wurde jedoch mit Ah. Entschließung vom 18. Februar 1880 die Erweiterung des böhmischen An[] Auflassung [der] auf Staatskosten erhaltenen deutschen Parallelklassen des Untergymnasiums angeordnet[11].

Die Bewegung, die infolge dieser Anordnung unter der deutschen Bevölkerung eintrat, veranlasste das Ministerium zu dem au. Antrage, die deutschen Parallelabteilungen des Untergymnasiums für das Schuljahr 1880/81, und zwar auf Kosten der Gemeinde, fortbestehen zu lassen, welcher au. Bitte auch willfahrt wurde[12]. Dieser Zustand wurde vom Ministerium in Anhoffung der nachträglichen Ah. Gutheißung auch für das Schuljahr 1881/82 belassen. Aufgrund der inzwischen [geführten] Verhandlung[en, nach]dem die Gemeinde die Bei[be]haltung der deutschen Parallelklassen des Untergymnasiums wünsche, jedoch nicht in der Lage sei, den ganzen Aufwand dafür zu bestreiten, wurde vom Statthalter im Einvernehmen mit dem Landesschulrate der Antrag gestellt, dass die deutschen Parallelklassen des Untergymnasiums gegen Bestreitung der sachlichen Bedürfnisse für dieselben seitens der Gemeinde definitiv belassen werden mögen, hingegen die bisher ausschließlich von der Stadtgemeinde erhaltenen deutschen Obergymnasialklassen definitiv aufzulassen wären. Im Sinne dieser Proposition habe nunmehr der Minister für Kultus und Unterricht einen au. Vortrag erstattet und um die Ah. Genehmigung gebeten, dass [] for[]te[]hen. Der Aufwand hiefür belaufe sich auf ca. 4.000 fl. jährlich.

Dieser au. Vortrag sei mit Ah. Anordnung vom 13. d. M. zur Beratung in der Ministerkonferenz herabgelangt. Die Sache sei dringend, da das Ministerium, nachdem der Beginn des neuen Schuljahres vor der Türe stehe, mit Anfragen bestürmt werde[e].

Beim Beginne der Diskussion wird von den Ministern übereinstimmend betont, dass es vor allem notwendig wäre, die Daten über die Frequenzverhältnisse zur Hand zu haben, um ein Urteil über die Belassung oder Nichtbelassung der deutschen Parallelklassen abge[ben zu kön]nen. Sektionschef Fidler bemerkt, dass er jetzt leider nicht in der Lage sei, diese Daten geben zu können, nachdem in dem Verhandlungsakte keine bezüglichen Erhebungen vorliegen.

Der Handelsminister, der Finanzminister, Minister Dr. Pražák und Minister Freiherr v. Ziemiałkowski sprechen übereinstimmend ihre Anschauung dahin aus, dass eine definitive Entscheidung ohne die Grundlage der Frequenzdaten nicht getroffen werden

---

[e] *Randbemerkung* (Der Ministerpräsident verlässt wegen des Erscheinens des kgl. ung. Ministerpräsidenten im Ministerratspräsidium die Konferenz und übernimmt Minister Freiherr v. Ziemiałkowski den Vorsitz).

[10] *Vortrag Conrads v. 6. 9. 1882, der mit der Ah. E. v. 13. 9. 1882 resolviert wurde* Ist im Ministerrathe vorzutragen und Mir dann erneut vorzulegen, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3508/1882.

[11] *Diese Ah. E. v. 18. 2. 1880 erfolgte auf Vortrag von Conrads Vorgänger Stremayr v. 14. 2. 1880,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 632/1880.

[12] *Die Beibehaltung der deutschen Parallelklassen wurde mit Ah. E. v. 19. 10. 1880 auf Vortrag Conrads v. 10. 9. 1880 ausgesprochen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3560/1880*, der Akt liegt nicht ein.*

könne. Indessen würde es jetzt unmittelbar vor Beginn des Schuljahres und wo schon Eintrittsanmeldungen geschehen sein mögen, nicht möglich sein, mit der Auffassung der fraglichen Parallelabteilungen vorzugehen, weshalb nichts übrigbleibe, als die [] vorau[sgese]tzt, [dass üb]erhaupt Einschreibungen daselbst stattfinden. Hingegen müsste getrachtet werden, dass die Entscheidung für weiter entsprechend frühzeitig im Laufe dieses Schuljahres getroffen werde.

Der Vorsitzende Minister Freiherr v. Ziemiałkowski resümiert sonach unter Zustimmung sämtlicher Minister die Anschauung des Ministerrates in Folgendem: „Es sei angesichts dessen, dass das nächstfolgende Schuljahr jetzt schon beginnt, an Se. Majestät die au. Bitte zu richten, Ag. gestatten zu wollen, dass die deutschen Parallelklassen des Untergymnasiums noch im Schuljahre 1882/83 bestehen bleiben. [f]Sobald jedoch[f] vom Minist[f]er für[f] Kultus und Unterricht die entsprechenden Daten über die Frequenz dieser Parallelklassen beschafft sein werden, solle vom Ministerrat über die definitive Austragung der Sache rechtzeitig[g] beschlossen und an Se. Majestät ein diesfälliger au. Vortrag erstattet werden."[13]
Wien, am 14. September 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

Nr. 417 Ministerrat, Wien, 26. September 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 26. 9.), Ziemiałkowski, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin; BdE. und abw. Falkenhayn, Conrad (mit Randbemerkung zu Punkt VIII).

I. Wegen Staatsunterstützung für Tirol und Kärnten anlässlich der Überschwemmungen. II. Über die Agitationen böhmischer Bezirksvertretungen gegen die Staatsprüfungsverordnung für Prag. III. Bezüglich einer etwaigen Interpellation im schlesischen Landtage wegen einer Sprachenverordnung für Schlesien. IV. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Reichsratswahlordnung. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Staatsanwalt Fabbrović in Ragusa. VI. Über das Memorandum Pobedonoszews in Sachen des Hochverratsprozesses gegen Hrabar und Genossen. VII. Resultat der Beratungen über den gemeinsamen Voranschlag pro 1883. VIII. Über das Ansuchen des Vereines „Narodni dom" in Laibach um Bewilligung einer Effektenlotterie. IX. Resultat der gemeinsamen Beratungen über die Durchführungsvorschrift zur Wehrgesetznovelle. X. Wegen der Beratung über einen Gesetzentwurf betreffend die ausnahmsweise Heranziehung der Ersatzreserve zur Dienstleistung im Frieden. XI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Bürgermeister Lipovatz in Cattaro und des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für

---

f–f *Brandstelle ergänzt nach Ministerratsbeschluss v. 14. 9. 1882 (Abschrift) in* Ava., CUM., allg., Faszikulatur 10D2 Mähren, Karton 2429, Zl. 15690/1882.

g *Einfügung Ziemiałkowskis.*

13 *Den erneuten Antrag Conrads v. 16. 9. 1882 auf provisorische Verlängerung des Unterstufengymnasiums für das Schuljahr 1882/82 genehmigte Franz Joseph mit Ah. E. v. 20. 9. 1882, indem er* Ihren weiteren Anträgen entgegen *sehe,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3605/1882. *Mit Vortrag v. 5. 4. 1883 beantragte dann Conrad die Aufhebung der deutschen Parallelklassen, was mit Ah. E. v. 15. 4. 1883 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1371/1883.

Landtagsabgeordneten Elias Račeta. XII. Wegen zeitwilliger Außerkraftsetzung der Getreidezölle an der Grenze Tirols gegen Italien. XIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für Telegrafendirektionssekretär Eberle in Zara und für den Reiseinspektor des Lloyd Bertoli.

KZ. 89 – MRZ. 73

Protokoll des zu Wien am 26. September 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin [über die Gewähr]ung v[o]n Un[terstütz]ungen aus Staatsmit[te]ln für die durch Überschwemmungen heimgesuchten Gemeinden von Tirol und Kärnten. Für Tirol wurde vom Statthalter die Gewährung einer Staatshilfe von 500.000 fl. beantragt[1] und wollte der Statt[ha]lt[er] [a]nf[än]glich diesen ganzen Betrag und später wenigstens davon den Betrag von 300.000 fl. als vollkommenes Geschenk gegeben wissen. Der Landespräsident von Kärnten beantrage einen Hilfsbetrag von 200.000 fl., von welchem 50.000 fl. als nicht zurückzuzahlende Unterstützungen zu gewähren wären[2].

Der Ministerpräsident proponiere für Tirol eine Staatshilfe von 500.000 fl., darunter 200.000 fl. zur geschenksweisen [Verwen]dung, für Kärnten e[ine S]taatshilfe von 200.000 fl., darunter 50.000 fl. zur geschenksweisen Verwendung. Wegen der Notwendigkeit einer schnellen Hilfeleistung soll die Gewährung dieser Unterstützungen im Wege einer kaiserlichen Verordnung aufgrund § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung ausgesprochen werden und schlage der Ministerpräsident für diese Verordnung den aus der Anlage ersichtlichen Entwurf vor[a]. Der Entwurf wird zur Verlesung gebracht.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass, wenn er in seiner Proposition hinsichtlich der geschenksweisen Zuwendung nicht so weit gehe, als es der Statthalter[3] und der Landeshaupt[mann] [] [, so weil] er [sich von] dem Gesichtspunkte leiten lasse, dass die Regierung bei einer Verfügung nach § 14 der Verfassung nicht mehr tun sollte, als unumgänglich notwendig sei. Wenn später die Reichsvertretung weiter gehen wollte, würde er von seinem Standpunkte aus nicht dagegen sein.

Der Ministerrat erklärt sich zum dem proponierten Vorgehen seine Zustimmung.

---

[a] *Entwurf der Kaiserlichen Verordnung nach § 14 liegt dem Originalprotokoll bei.*

[1] *Telegrafische Mitteilung des Statthalters in Innsbruck Widmann an Taaffe v. 17. 9. 1882,* Ava., IM., Präs. Karton 908, Sig. 28, Zl. 4767/1882. *Zu den Überschwemmungen siehe* Bericht und Anträge des Landes-Ausschusses über die im September und Oktober ds. Js. in Südtirol eingetretenen Elementar-Ereignisse, Prot. Landtag Tirol 22. 11. 1882 (1. Sitzung) Beilage 1, 1–7, *sowie* Sonklar Edler v. Innstaedten, Von den Überschwemmungen, 108–119. *Das oben genannte Schreiben Widmanns konnte in den Beständen des* Ava., IM., Präs. *nicht gefunden werden.*

[2] *Das entsprechende Schreiben des Landespräsidenten von Kärnten, Schmidt, konnte in den Beständen des* Ava., IM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

[3] *Schreiben (Abschrift) des Statthalters in Innsbruck, Widmann, an Taaffe v. 19. 9. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3917/1882.

Auch spricht sich der Ministerrat dahin aus, dass nachdem wegen der im Falle der Ah. Genehmigung für morgen bereits beabsichtigten Publikation der Verordnung die ausdrückliche Zustimmung der beiden im heutigen Ministerrate [nich]t anwesenden Minister nich[t] mehr eingeholt werden könne, dieselben doch als Unterzeich[n]er der Verordnung in die Publikation aufzunehmen seien[4].

II. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner namens des Ministerpräsidenten über einen Bericht des Statthalters in Prag betreffend Agitationen seitens der Bezirksvertretungen in Böhmen gegen die Verordnung für die Staatsprüfungen in Prag[5]. Von der Bezirksvertretung Königliche Weinberge wurde der Beschluss gefasst, an den Klub der böhmischen Abgeordneten ein Memorandum um Behebung der fraglichen Verordnung zu überreichen[6]. [] [Beschlu]sses [wurde] von der Bezirkshauptma[n]nschaft sistiert und beabsichtige der Statthalter diese Sistierung zu bestätigen.

Anderseits wurde vom Raudnitzer Bezirksausschusse eine an das Ministerium gerichtete Eingabe überreicht, mit welcher von der Bezirksvertretung unter Berufung auf § 52 des Bezirksvertretungsgesetzes[7] Anträge für eine von der gedachten Prüfungsverordnung abweichende Regelung des Prüfungswesens für die beiden Universitäten vorgebracht werden. Diesem Beschlusse der Bezirksvertretung glaubt der Statthalter in Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechtes nicht entgegentreten zu sollen, nachdem sich die Be[zirksver]tretung dabei auf [§] 52 des Bezirksvertretungsgesetzes stützt und weil mit Rücksicht auf die Bestimmung des Artikels 11 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Petitionsrecht) auch der Petition einer Bezirksvertretung an die Regierung nicht wohl entgegengetreten werden könnte. Auch besorge der Statthalter, dass die Sistierung eines Beschlusses solcher Art nur zur Steigerung der fraglichen Agitation beitragen dürfte. Referent weist darauf hin, dass § 52 des Bezirksvertretungsgesetzes für Böhmen in der betreffenden Stelle lautet: „Die Bezirksvertretung ist berechtigt, im Interesse des Bezirkes Anträge an die Regierung oder an die Landesvertretung [b]zu stellen.“[b] [] dass nach [§ 50 in] den Wirkungskreis [der Be]zirksvertretung ge[h]ören: „alle inneren die gemeinsamen Interessen des Bezirkes und seiner Angehörigen betreffenden Angelegenheiten.“ Mit Rücksicht hierauf beabsichtigt der Ministerpräsident, an den Statthalter die aus der Anlage ersichtliche Erledigung hinauszugeben[c]. Der Ministerpräsident bemerkt, dass er dieses sein Erledigungsvorhaben eben mit Rücksicht auf die im Hintergrunde der Sache stehenden Agitationen zur Kenntnis des Ministerrates bringe.

Der Ministerrat nimmt [die Mit]teilung zur Kenntnis[8].

---

b–b *Ergänzt nach dem Bezirksvertretungsgesetz für Böhmen v. 25. 7. 1864,* Lgbl. Böhmen Nr. 27/1864. § 52.

c *Entwurf eines Schreibens an den Statthalter liegt dem Originalprotokoll bei.*

4 *Noch am selben Tag erstattete Taaffe den Vortrag, der mit Ah. E. ebenfalls v. 26. 9. 1882 antragsgemäß resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3679/1882*, die kaiserliche Verordnung wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 130/1882. *Fortsetzung der Angelegenheit in MR. I v. 29. 10. 1882/I.*

5 *Fortsetzung des MR. v. 7. 9. 1882/VIII.*

6 *Das entsprechende Memorandum der Bezirksvertretung Königliche Weinberge liegt in* Ava., IM., Präs., Karton 304, Sig. 4/8 *nicht ein, ebenso die unten erwähnte Eingabe der Bezirksvertretung Raudnitz.*

7 *Das Gesetz v. 25. 7. 1864,* Lgbl. Böhmen Nr. 27/1864*, kam zur Sprache in MR. v. 20. 12. 1862/I,* Ömr. V/5, Nr. 303.

8 *Die Weisung Taaffes an den Statthalter in Prag Kraus konnte in* Ava., IM., Präs. *nicht gefunden werden. Fortsetzung diese Angelegenheit in MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

III. Sektionschef Freiherr v. Kubin bringt zur Mitteilung ein seitens des Landespräsidenten in Schlesien an den Ministerpräsidenten gerichtetes Ersuchen um entsprechende Weisungen für sein Benehmen in dem Falle, als im schlesischen Landtage eine dort vermutlich in Aussicht genommene Interpellation des Inhaltes, ob die in den Blättern auftauchende Nachricht, wornach die Regierung eine Sprachenverordnung für Schlesien zu erlassen beabsichtige, auf Wahrheit beruhe, an den Regierungsvertreter gerichtet werden sollte[9]. [] [Ministerpräsi]dent ha[be dem Landes]präsidenten [die W]eisung gegeben, dass er im Falle der Einbringung einer solchen Interpellation dieselbe dem Ministerium vorlegen und im Landtage erklären solle, dass er dies tun werde.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis[10].

IV. Der Ministerpräsident erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, nunmehr die Ah. Sanktion für den vom Reichsrate beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung eini[ger] Bestimmungen der Reichsratswahlordnung zu erwirken[11]. Der Ministerrat habe sich bei einer früheren Erwägung der Sanktionierungsfrage für das Zuwarten mit der Sanktion und namentlich auch aus dem Grunde erklärt, damit nicht beim früheren Perfektwerden des Gesetzes wegen der damit dekretierten Wahlrechtserweiterung aufgrund der diesfalls herrschenden Theorien die Anforderung der Auflösung des Reichsrates geltend gemacht werden könne.

Jetzt sei nun die Zeit schon so weit vorgerückt, dass niemand mit Fug die Reichsratsauflösung noch vor der bevorstehenden Session verlangen könne. Auf diese Weise sei das frühere Hauptbedenken gegen das [] Sanktions[erwirkung] nunmehr hinweggefal[len, we]shalb er den Zeitpunkt zur Stellung des bezüglichen au. Antrages gekommen erachte. Außerdem scheine es auch aus dem Grund entsprechend, jetzt vorzugehen, um einer sonstigenfalls zu gewärtigen Relevierung der Angelegenheit in den Landtagen vorzubeugen.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[12].

V. Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums referiert über die sein Ressort betreffende Auszeichnungsanregung des Statthalters in Dalmatien wegen der anläss[lich] der Vorgänge in Dalmatien erworbenen Verdienste und erbitte sich der Minister die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Staatsanwalt in Ragusa Richard Fabbrović in Anerkennung seines tüchtigen Wirkens bei der Unterdrückung der Unruhen und seiner sonstigen vorzüglichen Verwendung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[13].

---

9 *Eine Sprachenverordnung für Schlesien war zur Sprache gekommen in MR. v. 9. 9. 1882/I. Im Bestand* AVA., IM., Präs, Sig. 3 *liegen für das Jahr 1882 keine Unterlagen ein.*

10 *Fortsetzung in MR. v. 9. 10. 1882/II.*

11 *Fortsetzung des MR. v. 9. 6. 1882/III.*

12 *Mit Ah. E. v. 4. 10. 1882 sanktionierte Franz Joseph den mit Vortrag Taaffes v. 26. 9. 1882 unterbreiteten Gesetzentwurf,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3731/1882*, das Gesetz v. 4. 10. 1882 publiziert als* RGBL. Nr. 142/1882.

13 *Mit Vortrag Pražáks v. 29. 9. 1882 wurde Fabbrović der beantragte Orden mit Ah. E. v. 4. 10. 1882 verliehen,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 3732/1882.

VI. Minister Dr. Pražák als Leiter des Justizministeriums sieht sich veranlasst, bei dem Umstande, als die Angelegenheit der auf den in Lemberg abgeführten Hochverratsprozess [] [Hraba]r u[n]d Ge[nossen be]zugnehmenden Schrift[stück][14] des Oberprokurators der heiligen Synode in Petersburg, Pobedonoszew, soeben in den Blättern verhandelt und teilweise entstellt werde[15], den wahren Sachverhalt darüber dem Ministerrat mitzuteilen.

Es sei richtig, dass der Botschafter Graf Wolkenstein den aus der Anlage in Abschrift ersichtlichen Brief von Pobedonoszew erhalten und förmlich zur Übersendung an seine Regierung in Empfang genommen habe[d]. Dieser vom Botschafter an den Minister des Äußern übersendete Brief sei an ihn (Leiter des Justizministeriums) gelangt und wurde sodann im Justizministerium in Erwägung genommen, ob der Brief nicht dem Lemberger [Landes]gerichte, bei welchem eb[en d]amals die Prozessverhandlung stattfand, vorgelegt werden sollte. Bei Betrachtnahme des Schriftstückes sei der Minister zu der Anschauung gekommen, dass dasselbe in dieser Form zur Annahme und bzw. zur Verwendung vor Gericht nicht geeignet sei, weil es verletzende Anwürfe wider die Politik der Regierung und das Vorgehen ihrer Organe enthalte und die Regierung eines Staates solche Beleidigungen sich unter keinen Umständen gefallen zu lassen brauche. Hingegen erklärte sich der Leiter des Justizministeriums bereit, ein Schriftstück Pobedonoszews an das Gericht gelangen zu lassen, in welchem sich derselbe lediglich auf die Anführung der den Prozess []gen dar[] [be]schränkte.

[Nach]dem der Minister die[se]n Standpunkt annehmen zu müssen glaubte, wollte er es dahingestellt sein lassen, ob es überhaupt in Ordnung gewesen war, dass ein Botschafter ein Schriftstück wie das produzierte annahm. Infolge der erwähnten Stellungnahme seinerseits wurden nun im diplomatischen Wege Verhandlungen gepflogen, die das Resultat brachten, dass Pobedonoszew alle anschuldigenden Momente seiner ersten Schrift zurückzog und eine neue Darlegung produzierte[16], welche sich lediglich über die tatsächlichen Prozessmomente erging. Diese Schrift erst wurde dann dem Gerichte übergeben und ging dort vorüber, ohne einen besonderen [Eind]ruck zu machen.

Dies sei der wirkliche Hergang, während die Zeitungen die Dinge so darstellen, als ob die Schrift, welche zuerst vom Botschafter angenommen wurde, dem Gerichte übergeben worden wäre. Der Minister glaubt, dass eine öffentliche Berichtigung am Platze sein dürfte.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Ministers zur Kenntnis. Eine Berichtigung von Regierungs wegen wird für den Fall in Aussicht genommen, als etwa der Wortlaut des ersten Schreibens Pobedonoszews in die Öffentlichkeit gelangte[17].

---

d *Übersetzung des Schreibens Pobedonoszews an Wolkenstein liegt dem Originalprotokoll bei. Das Schreiben stammte v. 22. 6. 1882 (Julianischer Kalender 10. 6. 1882), siehe Bericht Wolkensteins v. 30. 6. 1882,* Hhsta., PA. XL, Liasse X Ruthenen-Prozess in Lemberg (gegen Olga Hrabar & Genossen) 1882, Nr. 49 I.

14 *Die Akten* Ava., JM., allg. Namensindex Strafsachen, Sig. VI, Bd. 625, Vz. 6, Zl. 2089, 2273 *und* 2887, *alle ex* 1882, *liegen nicht mehr ein. Zum Fall Hrabar siehe aber das Schreiben (Abschrift) des Statthalters in Lemberg Potocki an Taaffe v. 10. 2. 1882 und den Bericht (Abschrift) der Oberstaatsanwaltschaft in Lemberg an Potocki v. 3. 2. 1882,* Ava., CUM., neuer Kultus, Präs. 162/1882*, der Prozess war bereits am 29. 7. 1882 abgeschlossen worden, das Urteil, mit einem Freispruch für Hrabar, in* Die Presse v. 30. 7. 1882.

15 *Siehe dazu den Bericht* Neue Freie Presse. (A.) v. 26. 9. 1882*. Zu Konstantin Petrowitsch Pobedonoszew siehe* Simon, Konstantin Petrovič Pobedonoscev.

16 *Schreiben (Abschrift) Pobedonoszews v. 16. 7. 1882 (4. 7. 1882 nach Julianischem Kalender) an Wolkenstein, einliegend in Bericht Wolkensteins v. 16./4. 7. 1882,* Hhsta., PA. XL, Liasse X Ruthenen-Prozess in Lemberg (gegen Olga Hrabar & Genossen) 1882, Nr. 56 B.

17 *Eine sogenannte Richtigstellung erfolgte in der* Wiener Zeitung (M.) v. 28. 9. 1882.

[VII. Der Finanzmi]nister [berichtet] über das Resultat der [in] Budapest stattgehabten gemeinsamen Beratungen über den Voranschlag des ge[m]einsamen Staatshaushaltes für das Jahr 1883[18] und gibt darüber nächststehendes Resümee: Die Anforderungen der ge[mein]sam[en Regier]ung wären [ne]tto gerechnet über Abzug der eigenen etatmäßigen Einnahmen folgende:

Äußeres	3,550.000 fl.
Heer, und zwar Ordinarium	92,707.621 fl.
Extraordinarium	8,273.657 fl.
Kriegsmarine	9,366.224 fl.
Okkupationsauslagen des Kriegsministeriums	9,050.000 fl.
Reichsfinanzministerium	171.201 fl.
Pensionsetat	1,788.541 fl.
Oberster Rechnungshof	125.500 fl.
Summa	125,042.744 fl.

Diese Anforderung war im Ganzen um 5,030.565 fl. [größer] als wie die Be[wi]lligung pro 1882.

Geringere Anforderungen hat das Ministerium des Äußern und das Reichsfinanzministerium mit 64.718 fl. gestellt. Das erstere Ministerium namentlich, weil der Bau des Palais vollendet ist, wogegen aber die Auslagen für die Errichtung des Konsulates in Bombay dann einiger Teuerungszulagen für die Subalternbeamten bei der Botschaft in Konstantinopel, dem dortigen Konsulate und den Konsulaten in Ägypten zugewachsen sind.

Diese Etats w[u]rden einstimmig genehmigt.

Bezüglich der Mehransprüche ist Nachstehendes zu bemerken: Die Kriegsverwaltung er[] Heeres [ei]nen Abstrich von 251.256 fl. vorzunehmen und glaubt, diese Summe bei der Montursbeschaffung hereinbringen zu können. Den Rest der Überschreitung von 40.081 fl. kann sie nicht hereinbringen, da diese Summe daher rührt, dass der Bau des Garnisonsspitals Nr. 1 in Wien vollendet ist und die Entnahme von Geldern aus dem Militärspitalfonds zu diesem Zwecke für die Folge entfällt und demnach sich ihre eigenen Einnahmen schmälere. Selbstverständlich erscheint unter den Militärbauten für den gedachten Spitalbau kein Erfordernis mehr eingestellt.

Das Extraordinarium des [Heer]es war um 1,586.587 fl. höher gehalten als die Bewilligung pro 1882.

Im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium wurden folgende Reduktionen beschlossen.

Bei Titel 1 „Erfordernis für Sanitätsmateriale“ wurde die erste Dotierung der in Kriegsrüstung versetzten Plätze mit 20.000 fl. (erste Rate von 80.000 fl.) ausgeschieden,

bei Titel 2 „Waffenwesen“ wurde die fünfte Rate für die Beschaffung von verstärkten Gewehr- und Karabinerpatronen um 280.000 fl. ermäßigt, welcher Betrag in das Budget 1884 eingestellt werden wird; ferner wurde die erste Rate des Gesamterfordernisses von 450 fl. der Armierung der Sperrpunkte an der []5000 fl.

---

18 *GMR. v. 24. 9. 1882,* Hhsta., PA. XL, Karton 293, GMRZ. 306.

Bei Titel 5 „Bauten, Lit. c, Gebäude für Heeresanstalten“ wurde der Neubau eines Artilleriewohngebäudes in Felixdorf mit 68.000 fl., ferner der Neubau eines Pulvermagazines in Wiener Neustadt mit 22.500 fl. aus dem Voranschlage ausgeschieden.
Bei Titel 8 „Erste Bauraten“ war für die Rekonstruktion und den Neubau von Befestigungen in Tirol im Gesamterfordernisse von 1,000.000 fl. die erste Rate mit dem Betrage von 300.000 fl. veranschlagt. Diese Rate wurde um den Betrag von 200.000 fl. ermäßigt.
Ferner war für gleiche Zwecke in Cattaro mit ei[nem G]esamterfordernisse [v]on 500.000 fl. eine Rate mit 200.000 fl. veranschlagt. Diese Rate wurde um 100.000 fl. verringert.
Die Gesamtsumme der Abstriche am Extraordinarium beträgt somit 765.500 fl.

Von der eingangs erwähnten Überschreitung des Extraordinariums pro 1883 im Vergleiche mit dem Jahre 1882 erübrigen allerdings noch 821.087 fl., welche durch Reduktionen nicht hereinzubringen sind, insbesondere darum, weil zwei neue Titel zugewachsen sind, nämlich
Titel 14 „Einmaliges Erfordernis zur Durchführung der Heeresreform“ per 650.000 fl. und
Titel 15 „Mehrerfordernis für die in Süddalmatien zu Sicherung der Grenze auf die Dauer der außer[e]gewöhnlichen Verhältnisse erforderlichen[e] Trup[pen“] per 494.000 fl., gegen welche beiden Erfordernisse bei ihrer anerkannten Notwendigkeit sich nichts einwenden lässt.

Die Verwaltung der Kriegsmarine hat die Zusicherung gegeben, dass sie sich bemühen werde, den bei ihrem Etat sich ergebenden Mehraufwand von 308.395 fl., hauptsächlich bei den Schiffbauten, welche teils im Ordinarium, teils im Extraordinarium veranschlagt erscheinen, hereinzubringen. Bei den Okkupationsauslagen ließ sich nur die Krankenverpflegung um 62.000 fl. herabmindern.

Gegen die Mehransprüche des Pensionsetats per 36.000 fl. und des gemeinsamen Obersten [Rechn]ungshofes per 464 fl. wurde nichts erinnert, da diese Überschreitungen auf Gebührenvorschreibungen beruhen. Die Gesamtsumme der vorgenommenen Abstriche beträgt 1,387.151 fl., wovon auf die diesseitige Reichshälfte 68 6/10 % mit 951.585 fl. entfallen. Die ursprünglich mit 5,030.565 fl. höhere Anforderung des gemeinsamen Staatshaushaltes reduziert sich sonach auf 3,643.414 fl. und wird sich das Erfordernis des gemeinsamen Staatshaushaltes auf 123,645.593 fl. belaufen. Die Mitteilungen des Finanzministers werden vom Ministerrate zur Kenntnis genommen[19].

[VIII. Der Finanzminister berichtet über d]as Ansuchen [d]es Vereines „Narodni dom“ in Laibach um die Bewilligung zur Veranstaltung einer Effektenlotterie mit 100.000 Losen à 1 fl. zum Besten des Baufonds für ein ständiges Vereinshaus aller nationalen Vereine in Laibach[20]. Der Minister bemerkt, dass damit wieder eines jener Lotterieunternehmen begehrt werde, deren Einschränkung geboten erscheine. Der Minister habe auch gerade mit einem Erlasse vom 5. August d. J. angeordnet, dass in Hinkunft in dieser Beziehung vorsichtiger und stren-

---

[e–e] *Ergänzt nach Titel 15 des I. Beschlusses der Delegationen (Voranschlag des gemeinsamen Staatshaushalts)* Prot. Delegation RR 14. 11. 1883 (5. Sitzung) 189.

19 *Der Voranschlag der gemeinsamen Ministerien wurde den Delegationen vorgelegt und, nach deren Annahme, mit Ah. E. v. 18. 11. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3731/1882*, publiziert in der* Wiener Zeitung (M.) v. 5. 12. 1882*. Der Voranschlag für Cisleithanien wurde beraten in MR. v. 28. 10. 1882/I.*

20 *Ansuchen des Vereines Narodni dom konnte in den Beständen des* Fa., FM., Abt. I, II *und* III *nicht gefunden werden.*

ger vorzugehen sei[21]. Der Landespräsident stehe warm befürwortend für die Sache ein und führe diesfalls auch an, dass man im Jahre 1872 zu analogen Zwecken dem deutschen Vereine „Philharmonische Gesellschaft" in Laibach eine noch weiter gehende Lotterie [bew]illigt habe, weshalb die Verweigerung der jetzt angesuchten Bewilligung auf nationaler Seite Missstimmung hervorrufen könnte[22].

Ungeachtet dessen sei der Finanzminister nicht geneigt, in die Sache einzugehen, zumal es ihm untunlich erscheine, von den Direktiven, die er eben erst am 5. August l. J. gegeben habe, nach einigen Wochen selbst wieder abzugehen. Er bringe jedoch die Angelegenheit hier vor, indem er dem Ministerrate die Erwägung der etwaigen politischen Rücksichten anheimgebe.

Der Minister Dr. Pražák plädiert für die Bewilligung zumal auch in Mähren [f]einem slawischen Vereine, nämlich der Matice Besedního Domu in Brünn, dann früher schon dem deutschen Vereinshaus in Neutitschein[f] eine ähnliche Begünstigung gewährt wurde. Auch der Ministerpräsident glaubt, dass das Präzedens der [] Laibach [wegen der] analogen Begünstigung die Abweisung des vorliegenden Begehrens kaum möglich erscheinen lassen dürfte[g]. Nach weiterer kurzer Diskussion erklärt der Finanzminister, dass er die Konzession möglichst beschränken und dann die Angelegenheit zur weiteren maßgebenden Beurteilung an das Ministerium des Innern leiten wolle[23].

IX. Der Landesverteidigungsminister referiert über die in Budapest gepflogenen gemeinsamen Beratungen über die Durchführungsvorschrift zur von den beiderseitigen Reichsvertretungen beschlossenen Wehrgesetznovelle[24]. Der Minister betont, dass er, als er von Sr. Majestät berufen wurde, um in das Ministerium einzutreten, das erste Augenmerk auf die damals bereits eingebrachte Wehrgesetznovelle gerichtet habe[25]. Er hielt die Vorlage, die er vorfand, von Haus aus für sehr unvollkommen und vom allgemeinen wie vom speziell militärischen Standpunkte vieles zu wünschen lassend. Dieselbe wurde aber eben als das Summum des infolge langer und schwieriger Verhandlungen namentlich auch mit der kgl. ung. Regierung Erzielbaren dargestellt, für dessen Durchbringung nun auch die beiderseitigen Regierungen

---

f–f *Korrektur Pražáks aus* den slawischen Vereinen.

g *Anmerkung Conrads* Ich würde, insofern die Bewilligung der Lotterie als eine Billigung und Begünstigung des Unternehmens (Narodni dom) angesehen werden müsste, mich nach der Tendenz und Haltung der betreffenden Vereine und den bei der „slowenischen Bank" gemachten Erfahrungen unbedingt gegen die Bewilligung aussprechen müssen.

21 *Erlass des Finanzministers v. 5. 8. 1882 vermutlich in* Fa., FM., allg., Abt. II, Sig. 10/5, Zl. 24236/1882, *dieser Akt wurde skartiert.*

22 *Bewilligung eines Lotterieanlehens für die deutsche „Philharmonische Gesellschaft" in Laibach mit Schreiben des Finanzministers an die Landesregierung in Laibach v. 28. 5. 1872,* Fa., FM., allg., Bankale, Sig. 10.5, Zl. 13076/1872.

23 *Zum Quellenbefund siehe Anm. 20.*

24 *GMR. v. 24. 9. 1882 und GMR. v. 25. 9. 1882,* Hhsta., PA. XL, Karton 293, RMRZ. 307, 308.

25 *Die von Ziemiałkowski in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Regierungsvorlage – Vortrag Horsts v. 14. 4. 1880, Ah. E. v. 16. 4. 1880,* Ka., MKSM. 20–1/7–2/1880 – *zur Änderung mehrerer Paragrafen des Wehrgesetzes* – Prot. Reichsrat AH. 23. 4. 1880 (79. Sitzung) 2583 – *war beraten worden in MR. v. 26. 2. 1880/I, MR. v. 12. 4. 1880/VII, MR. v. 17. 11. 1880/XII, MR. v. 15. 10. 1881/VIII, MR. v. 22. 10. 1881/II und MR. v. 19. 12. 1881/II (liegen nicht ein).*

einstehen mussten[26]. Die hierseitigen Verhandlungen über die Vorlage und das Resultat derselben sowie die Schwierigkeiten, die sich für die Regierung behufs der Durchbrin[gung] []kte [ergeben,] seien dem Ministerrate bekannt.

Als die Frage der Sanktionierung hervortrat[27], wurde vom Reichskriegsministerium gewünscht, dass die Sanktionierung der beiderseitigen Entwürfe gleichzeitig erfolge; zugleich wollte auch die ungarische Regierung, dass vor der Sanktionserwirkung die Durchführungsverordnung festgestellt werde. Bei den Verhandlungen über die Feststellung dieser Verordnung wurden nun von der ungarischen Regierung Postulate gestellt, welche dahin gingen, den Wirkungskreis des Reichskriegsministerium zugunsten des Landesverteidigungsministeriums zu beschränken, Letzterem die entscheidende Stimme in Fragen über den Stand des Heeres einzuräumen, und die Interessen der Landwehr gegen jene des stehen[den] Heeres in erste Linie zu ste[lle]n.

Es wären dies Postulate von einem Standpunkte, den er als mit den Bestimmungen und dem Geiste der staatsrechtlichen Grundlagen und des Wehrgesetzes insbesondere im Widerspruch stehend erachten und deshalb bekämpfen müsste. Nach vielfältigen Verhandlungen wurde nun endlich bei den zuletzt unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät in Budapest gepflogenen gemeinsamen Beratungen hinsichtlich der die diesseitigen gesetzlichen Bestimmungen betreffenden Punkte eine Einigung in der Richtung erzielt, dass sich die Durchführung mit der vom Reichsrate beschlossenen Gesetzesfassung in Harmonie bringen lässt[28].

Der Minister bemerkt, dass die Erzielung dieses Resultates bei der Nachgiebigkeit von Seite der gemeinsamen gegenüber [den ungarischen Minister]n h[öch]st []t gewesen sei. Die diesseitigen Minister haben insbesondere betont, dass die österreichische Regierung, nachdem sie [h]im Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium[h] ihre ganze Kraft und ihre ganze Autorität zur Durchbringung der Novelle eingesetzt hatte, sie das Errungene nicht wieder mit der Durchführungsvorschrift fallen lassen könne. Was einzelne Punkte der Verordnung anbelange, so sei die vom Reichskriegsminister zugestandene Erleichterung der Qualifikation für den Einjährig-Freiwilligendienst, wonach das Vorhandensein der erforderlichen Vorbildung nicht mehr absolut an den Nachweis der Absolvierung wenigstens der unteren Mittelschulklassen geknüpft sein, sondern auch schon durch das Zeugnis über die Aufnahmsprüfung für eine diesfalls begünstigte Schule solle nachgewie[sen] werden können, keine gleiche Maßregel, weil sie zur Verschlechterung des ohnehin schon jetzt nicht durchwegs vorzüglichen Materials für Einjährig-Freiwillige führen müsse. Es sei indessen beschlossen worden, die Aufnahme der bezüglichen Bestimmungen in der gemeinsamen Durchführungsverordnung fallen zu lassen und die definitive Regelung der Frage des Wehrgesetzes, dem speziellen Einvernehmen der beiderseitigen Regierungen mit dem Reichskriegsministerium vorzubehalten.

Ein weiterer Punkt, gegen den er von seinem Ressortpunkte – nachdem der Reichskriegsminister zugestimmt – nicht habe eintreten können, sei der, wornach in Ungarn die vierte Altersklasse eventuell auch für den ausschließlichen Bedarf der Landwehr allein heranzuziehen [sei, wenn nach den Vorschriften und den Be]stimmungen für die Reichsratsländer

---

h–h *Einfügung Welsersheimbs.*

26 *Zur Behandlung des Wehrgesetzes im cisleithanischen Ministerrat siehe Anm. 6 in MR. v. 24. 6. 1882.*

27 *Der Gesetzentwurf war angenommen worden vom Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 14. 12. 1881 (181. Sitzung) 6387*, und vom Herrenhaus,* Prot. Reichsrat HH. 30. 3. 1882 (60. Sitzung) 911.

28 *Gemeint sind die in Anm. 24 genannten Sitzungen des gemeinsamen Ministerrates.*

die Einberufung nur kumulativ für den Bedarf des Heeres in erster und der Landwehr in zweiter Linie geschehen könne. Es werde auf diese Weise, und zwar – wie dies auch bei der gemeinsamen Beratung hervorgehoben wurde – gegen den Geist und die Absicht des Gesetzes ein wichtiges Prinzip alteriert.

Der Minister müsse mit Rücksicht auf diese beiden Punkte erklären, dass er für die Folgen derselben keine moralische Verantwortung trage und auch nicht übernehme. Schließlich erbittet sich der Minister die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für die Wehrgesetznovelle.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung.

Der Ministerpräsident [d]rückt für sich und in Namen der Ministerkollegen, welche sämtlich einstimmen, dem Landesverteidigungsminister den wärmsten Dank aus für dessen kräftiges und taktvolles Vorgehen in dieser Angelegenheit, indem bei der von anderer Richtung diesfalls eingenommenen Haltung das günstige Resultat in der Sache nur den Bemühungen und dem Vorgehen des Landesverteidigungsministers zu verdanke komme[i]. Der Landesverteidigungsminister dankt für die freundliche Anerkennung seitens der Ministerkollegen, indem er bemerkt, dass ihm diese zur Ermunterung für künftiges Streben gereichen solle[29].

X. Der Landesverteidigungs[minister] [] den Beratungen zur definitiven Feststellung eines Gesetzentwurfes über die ausnahmsweise Heranziehung der Ersatzreserve zur aktiven Dienstleistung im Frieden[30] und teilt dem Ministerrate den diesfälligen vom Reichskriegsministerium als Grundlage für die Beratungen proponierten aus der Anlage ersichtlichen Entwurf mit[j]. Die Tendenz des Entwurfes in der vorliegenden Gestalt erscheine billig und dürfte hoffentlich auch die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren erlangen. Vorläufig handle es sich nur darum, dem Reichskriegsministerium gegenüber zu erklären, auf die weitere Beratung über den Entwurf eingehen zu wollen, und bringe er daher die Absicht, dies zu tun, zur [Kennt]nis des Ministerrates.

Der Ministerrat nimmt die Eröffnung zur Kenntnis[31].

---

i *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* Sehr richtig.

j *Die Abschrift des Gesetzentwurfes liegt dem Originalprotokoll als Beilage 4 bei.*

29 *Die Wehrgesetznovelle wurde über Vortrag Welsersheimbs v. 27. 9. 1882 mit Ah. E. v. 2. 10. 1882 sanktioniert,* Ka., MKSM. 82–2/1/1882*, das Gesetz v. 2. 10. 1882 publiziert als* RGBl. Nr. 153/1882. *Die Durchführungsbestimmungen kamen erneut zur Sprache in MR. v. 28. 10. 1882/V. Das Wehrgesetz selbst wurde bei seiner Erneuerung erneut beraten in MR. v. 14. 3. 1888/VI, MR. v. 26. 3. 1888/VII und MR. v. 22. 4. 1888/II (liegen nicht ein). Über Vortrag Welsersheimbs v. 29. 3. 1888 wurde das Gesetz mit Ah. E. v. 3. 4. 1888* – Ka., MKSM. 72–9/1/1888 – *in den Reichsrat eingebracht und nach dessen Zustimmung mit Ah. E. v. 31. 5. 1888 auf Vortrag Welsersheimbs v. 16. 5. 1888 sanktioniert,* Ka., MKSM. 72–9/1–2/1888*; das Gesetz v. 31. 5. 1888,* RGBl. Nr. 77/1888.

30 *In MR. v. 7. 5. 1882/VIII war die Interpellation Max Mengers angesichts der Aufstände in der Herzegowina und in Süddalmatien beraten worden, zukünftig eine längere Verwendung von – den Wehrdienst abgeleistet habenden – Reservemannschaften zu vermeiden, da sie mitten aus ihren Berufen und Familien gerissen würden. Im Gegensatz waren Ersatzreservisten jüngere wehrpflichtige Männer, die in der Regel noch nicht vollständig ins Arbeitsleben integriert waren und noch unverheiratet waren.*

31 *Den aufgrund der ungarischen Kritikpunkte im Schreiben (Abschrift) des ungarischen Landesverteidigungsministers Gedeon Rádays v. 27. 8. 1882* – Ka., MfLV., Präs. 1687/1882 – *überarbeiteten Gesetzentwurf hatte Bylandt mit Schreiben v. 14. 9. 1882 Welsersheimb mitgeteilt. Entsprechend dem Ministerratsbeschluss teilte dieser mit Schreiben (K.) v. 30. 9. 1882 die Bereitschaft mit, in Verhandlungen mit dem Kriegsministerium und dem ungarischen Landesverteidigungsministerium einzutreten,* Ka., MfLV., Präs. 1792/1882*. Das Gesetz wurde nicht im Reichsrat eingebracht.*

XI. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich im Nachhange zu den in der letzten Ministerkonferenz vorgebrachten Auszeichnungsanträgen wegen anlässlich der Vorgänge in Dalmatien erworbener Verdienste, unter Berufung auf die damals angeführten allgemeinen Motive, die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Bürgermeister in Cattaro Thomas Lipovatz den Orden der Eisernen Krone III. Klasse und für den Landtagsabgeordneten Ilia Račeta das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. [Der Ministerrat erteilt seine] Zustimmung[32].

XII. Der Handelsminister bringt anschließend an die für Tirol gewährte Staatshilfe[33] zur Anregung, nunmehr auch für die Tiroler Grenze gegen Italien von Artikel VII des Einführungsgesetzes zum Zolltarife Gebrauch zu machen, wornach die Regierung im Einverständnisse mit der ungarischen Regierung ermächtigt ist, in Fällen schlechten Ernteausfalles im Inlande die Getreidezölle zeitweilig außer Kraft zu setzen[34]. Die Ernte sei in Südtirol durch die Überschwemmung vernichtet und könne man dort, nachdem die Eisenbahnverbindung vom Norden her für lange Zeit unterbrochen sei[35], nur aus Italien Getreide beziehen. [Da]s finanzielle Opfer würde nach dem Bedarfe eines Jahres gerechnet circa 1400 fl. betragen.

Zunächst wolle er das Einverständnis mit der ungarischen Regierung anstreben[36].

Der Finanzminister erklärt sich dahin, dass er in die Sache nicht eingehen könnte, bevor nicht die Behörden des Landes sich darüber ausgesprochen hatten, indem sich von hier aus die Notwendigkeit der Maßregel nicht beurteilen lasse. Nach kurzer Diskussion wird für den Vorgang in der Sache ins Auge gefasst, den Statthalter telegrafisch zu befragen, den Akt an den Finanzminister zu leiten und im Falle der entsprechen Äußerung des Statt[halters] [] die [un]g[a]ri[s]che Regierung zu begrüßen[37].

XIII. Der Handelsminister referiert über die sein Ressort betreffenden Auszeichnungsanregungen wegen anlässlich der Ereignisse in Dalmatien erworbener Verdienste und erbittet sich daher die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Telegrafendirektionssekretär Joseph Eberle in Zara und für den Reiseinspektor des Lloyd Jacob Bertoli je das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[38].

Wien, am 26. September 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

---

32 *Mit den in MR. v. 14. 9. 1882/I genannten Personen erhielt Lipovatz auf Vortrag Taaffes v. 27. 9. 1882 mit Ah. E. v. 2. 10. 1882 den beantragten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3702/1882.

33 *Siehe dazu Tagesordnungspunkt I dieses Protokolls.*

34 *Zum neuen Zolltarif siehe MR. v. 20. 5. 1882/I, Anm. 2.*

35 *Zum Beschluss, die unterbrochenen Eisenbahnstrecken zu begehen, siehe den Bericht des Zentralhilfskomitees* für die Überschwemmten in Tirol, Wiener Zeitung (A.) v. 24. 10. 1882.

36 *Das an den ungarischen Minister für Ackerbau, Gewerbe und Handel Kemény gerichtete Schreiben (K.) Pinos war bereits mit 25. 9. 1882 datiert,* Ava., HM. Präs. 1480/1882.

37 *Das Gesuch Widmanns v. 23. 9. 1882 um Aufhebung des Getreidezolls für den Import aus Italien nach Südtirol war bereits am 24. 9. 1882 im Handelsministerium präsentiert worden,* Ava., HM. Präs. 1480/1882. *Es wurde gemeinsam mit dem Schreiben an Kemény am 27. 9. 1882 von Dunajewski zustimmend vidiert. Fortsetzung in MR. v. 4. 11. 1882/I.*

38 *Diese beiden Ordensauszeichnungen wurden neben anderen Auszeichnungen mit Vortrag Pinos v. 30. 9. 1882 beantragt und mit Ah. E. v. 4. 10. 1882 angenommen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3740/1882.

Nr. 418 Ministerrat, Wien, 2. Oktober 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE und anw. (Taaffe 2. 10.), Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Wittek, Bayer, Huber[a]; BdE und abw. Ziemiałkowski (BdE. 15. 10.), Falkenhayn, Conrad.

I. Über die von der tschechischen Partei gewünschte Zusicherung hinsichtlich der Reform der Landtagswahlordnung für Böhmen. II. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend Beitragsleistung des Staates zur Murregulierung. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Wilhelm Schirnhofer. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landestierarzt Anton Langenbacher. V. Wegen der Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionsrates für den Hofsekretär des Verwaltungsgerichtshofes, Moriz v. Kempelen. VI. Über das Ansuchen des I. Niederösterreichischen Arbeiter-Consumvereines in Fünfhaus um Steuernachsicht. VII. Über das Ansuchen der Beamten in Karlsbad um Versetzung dieser Stadt in die II. Klasse der Aktivitätszulagen. VIII. Konvertierung der Prioritätsschuld der Elisabethbahn. IX. Änderung des Pferdestellungsgesetzes.

KZ. 91 – MRZ. 74

Protokoll des zu Wien am 2. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert [Sektionschef Freiherr v. Kubin über die in Angeleg]enheit der [Ref]orm der Landtagswahlordnung für Böhmen von Seite der tschechischen Partei gewünschten Zusicherungen[1] und bringt zur Verlesung die hier in Abschrift beiliegenden Schriftstücke als: den über den Gegenstand erstatten Bericht des Statthalters in Böhmen vom 30. September d. J. (Beilage 1), die von Seite der tschechischen Führer zur Einbringung vorbereitete Interpellation an die Regierung (Beilage 2), endlich den vom Statthalter proponierten Entwurf einer Beantwortung dieser Interpellation (Beilage 3)[b]. Der Ministerpräsident beabsichtige, dem Statthalter hierauf die aus der weiteren Anlage (Beilage 4) ersichtliche Antwort zu geben[c]. Referent trägt auch das [Konzep]t dieses Antwortsvorschlages vor.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er glaube, eben nicht anders vorgehen zu können, um der Lage der Verhältnisse, wie sie vom Statthalter selbst im Eingange seines Berichtes geschildert werde, entsprechend zu handeln. Denn wenn der Statthalter es als dringend geboten erachtet, den schon bis zum Exzess gesteigerten Furor teutonicus nicht weiter zu reizen, so erscheine es unmöglich, die Interpellation in der vom Statthalter vorgeschlagenen Weise zu beantworten, weil durch die Erklärung der aus einer sogestaltigen Antwort zu entnehmenden Absicht, den Landtag nach Ablauf dieser Session aufzulösen, der bestehenden Erbitterung gerade neue Nahrung zugeführt würde. Er wollte es nicht als ausgeschlossen betrachten, dass der Landtag nach dieser b[zw. nach dem] Beginne [der] nächsten Session aufgelöst werde. Aber es wäre höchst inopportun, weil provozierend, dies jetzt auszusprechen. Wenn anderer-

---

[a] *Der dem Finanzministerium zugeteilte Hofrat Carl Huber wurde irrtümlich nicht in die Anwesenheitsliste mit aufgenommen.*

[b] *Liegen dem Originalprotokoll als Beilagen 1 bis 3 bei.*

[c] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 4 bei.*

[1] *Fortsetzung des MR. v. 9. 6. 1882/III.*

seits auf Seite der Tschechen guter Wille vorhanden sei, so können sich dieselben mit einer Beantwortung nach der dem Statthalter diesfalls zu gebenden Weisung wohl zufrieden stellen.

Minister Dr. Pražák erklärt, dass er gegen die Proposition des Ministerpräsidenten nichts einzuwenden habe. Er glaube, dass die darnach zu erteilende Antwort befriedigen werde.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis und erklärt sich mit den dem Statthalter zu gebenden Weisungen einverstanden[2].

II. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner im Auftrage des Ministerpräsidenten als Leiters des Ministeriums des Innern über die Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die weitere Beitragsleistung des Staatsschatzes zu den Kosten der Regulierung des Murflusses[3]. In der diesjährigen Session des steiermärkischen Landtages wurde aufgrund einer Regierungsvorlage die Änderung des bestehenden Murregulierungsgesetzes dahin beschlossen, dass sich nunmehr der Regulierungsaufwand um 693.000 fl. erhöht[4]. Von diesem Aufwande habe nach dem bestehenden Maßstabe der Staat 277.200 fl. oder per Jahr von 1883 bis inklusive 1894 den Betrag von 23.100 fl. zu tragen. Um diese Beitragsleistung zu sichern, solle dieselbe, gleichwie es mit der bezüglichen frü[heren Landesgesetz] geschah, [mit ein]em Reichsgesetz festgestellt werden. Der Finanzminister und der Ackerbauminister haben ihre Zustimmung erklärt.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Einbringung des Gesetzentwurfes einverstanden[5].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Statthaltereirat bei der oberösterreichischen Statthalterei Wilhelm Schirnhofer anlässlich der Versetzung desselben in den dau-

---

2 *Mit Schreiben v. 2. 10. 1882 informierte Taaffe den Statthalter in Prag, Kraus, vom Ministerratsbeschluss,* Ava., IM., Präs., Karton 933, Sig. 31/Böhmen, Zl. 5107/1882. *Hier auch die anderen Unterlagen, die diesem Ministerratsprotokoll beigelegt wurden. Das Thema der Wahlreform für den böhmischen Landtag wurde erneut beraten in MR. v. 9. 10. 1882/I.*

3 *Die Murflussregulierung war bereits zur Sprache gekommen in MR. v. 12. 9. 1874/I, MR. I v. 13. 12. 1874/I und MR. v. 19. 3. 1875/III (liegen alle nicht ein); über Vortrag von Innenminister Lasser v. 19. 3. 1875 war der vom Reichsrat angenommene Gesetzentwurf mit Ah. E. v. 24. 3. 1875 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1109/1875 *und als Gesetz v. 24. 3. 1875 publiziert worden,* Rgbl. Nr. 36/1875. *Mit gleicher Ah. E. war auch der vom steiermärkischen Landtag beschlossene Gesetzentwurf sanktioniert worden,* Lgbl. Steiermark Nr. 17/1875.

4 *Beschluss in* Prot. Landtag Steiermark 4. 7. 1882 (14. Sitzung) 203.

5 *Mit Vortrag v. 6. 10. 1882 erbat Taaffe die Ermächtigung, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen, die mit Ah. v. 9. 10. 1882 erteilt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3836/1882. *Dies geschah (in das Abgeordnetenhaus) mit Schreiben Taaffes v. 16. 12. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 18. 12. 1882 (256. Sitzung) 8868. *Nach der Annahme durch das Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 10. 2. 1883 (264. Sitzung) 9113 f. – *und das Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 6. 3. 1883 (76. Sitzung) 1232 – *wurde der Gesetzentwurf über Vortrag Taaffes v. 1. 4. 1883 mit Ah. E. v. 5. 4. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1228/1883, *Gesetz publiziert als* Rgbl. Nr. 49/1883. *Gleichzeitig wurde auch der vom steiermärkischen Landtag genehmigte Gesetzentwurf – siehe Anm. 4 – sanktioniert, Gesetz v. 5. 4. 1883,* Lgbl. Steiermark Nr. 6/1883. *MR. I v. 15. 4. 1891/I (liegt nicht ein) beschäftigte sich erneut mit den Beitragsleistungen des Staatsschatzes zur Murflussregulierung; die vom steirischen Landtag und vom Reichsrat angenommenen Gesetzentwürfe wurden über Vortrag Taaffes v. 23. 8. 1891 mit Ah. E. v. 1. 9. 1891 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3661/1891 *und je als Gesetz v. 1. 9. 1891 publiziert,* Lgbl. Steiermark Nr. 36/1891 *bzw.* Rgbl. Nr. 137/1891.

ernden Ruhestand in Anerkennung seiner mehr als 40-jährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

IV. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den niederösterreichischen Landestierarzt Dr. Anton Langenbacher aus Anlass der Übernahme desselben in den dauernden Ruhestand in Anerkennung seines mehr als 42-jährigen eifrigen und ersprießlichen Wirkens auf dem Gebiete des öffentlichen Veterinärwesens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

[V. Der Minister]präsident [b]ringt mit Rücksicht darauf, dass es sich um eine Angelegenheit des dem Gesamtministerium unterstehenden Verwaltungsgerichtshofes handelt, zur Kenntnis des Ministerrates die vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes gegebene Anregung, für den rangältesten und mit der Führung der Präsidialgeschäfte betrauten Hofsekretär dieses Gerichtshofes, Moriz v. Kempelen, den Titel und Charakter eines Sektionsrates zu erwirken. Der Ministerpräsident beabsichtige bei der günstigen Schilderung Kempelens seitens des Präsidenten und in Anbetracht dessen, als für die Hofsekretäre des Verwaltungsgerichtshofes unter gewöhnlichen Umständen keine Avancementsaussichten vorhanden seien, in die Anregung einzugehen. Der Ministerrat nimmt [die] Absicht des Ministerpräsidenten genehmigend zur Kenntnis[8].

VI. Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung den im Ah. Auftrage Sr. Majestät an ihn (Ministerpräsidenten) geleiteten au. Vortrag des Finanzministeriums über das der Ah. Bezeichnung gewürdigte Gesuch des I. Niederösterreichischen Arbeiter-Consumvereines in Fünfhaus um Nachsicht der demselben für die Jahre 1875 bis inklusive 1878 nachträglich bemessenen Erwerb- und Einkommensteuer samt Verzugszinsen[9] . Der Akt sei an den Ministerpräsidenten zur Erstattung seiner Äußerung, eventuell nach Beratung in der Ministerkon[ferenz, gegebe]n worden. [Weil] er nach d[e]r Erwägung der obwaltenden im Akte dargelegten Verhältnisse seine persönliche Äußerung nur im Sinne des Antrages des Finanzministeriums würde abgeben können, es aber offenbar in der Ah. Intention Sr. Majestät gelegen scheine, dass der Gegenstand von allen Standpunkten gewürdigt werde, so lege er die Angelegenheit dem Ministerrate vor.

Hofrat Huber referiert wie folgt: Der I. Niederösterreichische Arbeiter-Consumverein in Fünfhaus besteht seit 1865, hat sich aufgrund des Genossenschaftsgesetzes in eine Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung umgestaltet, als welche er am 16. Juli 1875 registriert wurde. Bis zum Jahre 1878 blieb derselbe von der Steuerbemessungsbe[hörd]e unbehelligt,

---

6 *Der Orden wurde mit Ah. E. v. 13. 10. 1882 über Vortrag Taaffes v. 6. 10. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3869/1882.

7 *Auf Vortrag Taaffes v. 6. 10. 1882 wurde Langenbacher der genannte Orden mit Ah. E. v. 12. 10. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3852/1882.

8 *Taaffe erbat mit Vortrag v. 2. 10. 1882 die Charakter- und Titelverleihung, der Franz Joseph mit Ah. E. v. 9. 10. 1882 zustimmte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3826/1882.

9 *Mit Vortrag v. 10. 7. 1882 hatte Dunajewski die Abweisung des Gesuches beantragt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2767/1882. *Taaffe wurde am 16. 7. 1882 von der Ah. Anweisung verständigt,* eventuell nach Berathung in der Minister-Conferenz *zu dem Vortrag Stellung zu nehmen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korrespondenzakten, Zl. 761/1882. *Der entsprechende Akt, laut* Fa., FM., allg. Registraturabteilung III, Index 1882 Zl. 1257/1882*, liegt nicht ein.*

erst am 31. Juli 1878 wurde diese Genossenschaft vom ersten Semester 1874 angefangen in die Erwerbsteuer mit dem Tarifsatze von 52 fl. 50 kr. einbezogen und die Einkommensteuer für die Jahre 1875, 1876 und 1877 und am 25. Dezember 1878 auch jene für 1878 bemessen und vorgeschrieben.

Infolge des gegen diese Besteuerung erhobenen Rekurses wurde wahrgenommen, dass die Einkommenssteuer pro 1874 unterlassen wurde, die Einkommensteuer für dieses Jahr mit 1.739 fl. 95 kr. samt außerordentlichen Zuschlag mit 3.479 fl. 90 kr. ermittelt, von der Finanzlandesdirektion jedoch der Antrag gestellt von der nachträglichen Vorbeschreibung dieser Steuer Umgang zu nehmen, welchem Antrage das Finanzministerium mit dem Erlasse vom 23. Mai 1880 Z. 12719 die Zustimmung erteile; [] bewilligt [] die Steuern pro 1878 und 1879 in monatlichen Raten à 500 fl. einzuzahlen, wie dies bezüglich der Steuern pro 1874 in 1877 bereits mit dem Finanzministerialerlasse vom 16. Oktober 1879 Z. 29540 zugestanden worden war. Die Einkommensteuerbemessungen pro 1875 in 1878 wurden reasummiert, wornach sich die Vorschreibung um 2.765 fl. 16 kr. ordentliche Gebühr ermäßigte und zwar:
pro 1875 mit 3.616 fl. 85 kr.
pro 1876 mit 4.128 fl. 66 kr.
pro 1877 mit 4.784 fl. 94 kr.
pro 1878 mit 5.084 fl. 87 kr.
zusammen mit 17.615 fl. 32 kr.
pro 1879 mit 5.097 fl. 81 kr.
pro 1880 mit 4.510 fl. 75 kr.
pro 1881 mit 4.696 fl. 82 kr.
zusammen 1875 in 1881 mit 31.919 fl. 70 kr. bezifferte. Gegen die Reassummierungsergebnisse und gegen die Bemessung pro 1880 wurde nicht rekurriert, gegen jene pro 1881 ist ein Rekurs noch anhängig, infolgedessen sich pro [1882] ein Steuerabfall von 206 fl. 15 ½ kr. ergeben dürfte. Die Finanzlandesdirektion hat auch die Einzahlung der 1880er Steuern in Monatsraten à 500 fl. neben der Einzahlung der übrigen Rate und kurrenten Schuldigkeit am 18. Oktober bewilligt.

Auf die Vorschreibung pro 1875 in 1881 per 31.919 fl. 70 kr. wurden in der Zeit vom 18. Dezember 1878 bis 30. März 1882 an Steuern eingezahlt 18.324 fl. 25 kr., außerdem an Verzugszinsen bezüglich der Steuern pro 1875 in 1880 1720 fl. eingezahlt. Es verbleibt somit am 30. März 1882 Rückstand 13.595 fl. 45 kr. Seit 30. März müssen wenigstens sechs fällige Raten à 500 fl., zusammen 3.000 fl., gezahlt worden sein, wornach der Rückstand der Vorschreibung bis [heute sich auf 10.595 fl. 45] kr. [reduz]iert. Die Erwerbsteuer wurde infolge des Gesetzes 27. Dezember 1880[10], auf dessen Grundlage die Einkommensteuerbemessungen pro 1880 und 1881 erfolgten, vom 1. Jänner 1880 ganz abgeschrieben.

Erst am 21. Februar 1882 wurde das der Ah. Bezeichnung gewürdigte Gesuch um Nachsicht der Erwerb- und Einkommensteuer pro 1874 in 1878 und der Verzugszinsen eingebracht und damit begründet, dass die in diesen Jahren erzielten Verkaufsgewinne den damaligen Mitgliedern ohne Steuerabzug in gutem Glauben ausgefolgt wurden, diese Steuern jetzt zum Teile andere Mitglieder treffen, dem Vereine es nicht möglich sei, die Rückstände bis 1879 und die Steuern pro 1880 und 1881 zu decken, dessen ausgebreitete in das wirtschaft[lich]e

---

10 *Gesetz v. 27. 12. 1880,* RGBL. Nr. 151/1880, betreffend Abänderungen der Erwerb- und Einkommensteuergesetze und Vorschriften in ihrer Anwendung auf Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vorschußcassen.

Leben seiner Mitglieder tief eingreifende Tätigkeit beeinträchtigt, seine Existenz gefährdet werde. Die Bezirkshauptmannschaft Sechshaus und die Finanzlandesdirektion beantragten eine gleiche Behandlung, wie die dem Arbeiter-Consumvereine in Fünfhaus mit der Ah. Entschließung vom 7. April 1881 (5.537 fl.) zuteilgewordene, nämlich Nachsicht der Erwerb- und Einkommensteuer für 1874 und 1875 samt Verzugszinsen, welche Nachsichtgewährung zweifellos auch das vorliegende Gesuch hervorgerufen hat.

Diesen Anträgen, welche sich nur auf die äußerlichen Umstände stützten, dass es sich um zwei Konsumvereine handle und dass beiden die Steuern für mehrere Jahre nachträglich bemessen wurde, konnte das Finanzministerium nicht zustimmen. [Die Situ]ation [der] Arbeiter-Konsumvereine ist eine sehr verschiedene. Bei dem Arbeiter-Spar- und Consumverein in Fünfhaus handelte es sich um eine rückständige Steuer von 54.417 fl. 82 kr.; dieser Verein hatte zum Baue von Zinshäusern zur Zeit der Wohnungsnot bedeutende Darlehen aufgenommen und auch die Spareinlagen zu demselben verwendet und war in Gefahr, um nach eingetretener Krisis die gekündeten Spareinlagen und Darlehen zahlen zu können, die im Werte stark gesunkenen Wohngebäude mit großen Verluste hintangeben, ja selbst seinen Zahlungspflichten nicht gerecht werden und Konkurs eröffnen zu müssen; durch die ihm zuteilgewordene Steuernachsicht wurde dieser Verein und damit zahlreiche Existenzen vom gänzlichen Ruin gerettet und die gefährdete Steuerkraft [erha]lten.

Ganz anders ist jedoch die Lage des I. Niederösterreichischen Arbeiter-Consumvereines in Fünfhaus; derselbe ist ungeachtet der bedeutenden Zahlung an Steuern von 20.045 fl. 14 kr. und an Verzugszinsen per 1.720 fl. 89 kr. in der Zeit vom 18. Dezember 1878 bis 30 März 1882 in der Lage, seinen Mitgliedern, die sich im Jahre 1881 um 175 auf 3.375 vermehrten außer der 6 % Verzinsung der Einlagen noch die Dividenden von 31.000 fl. zuwenden, den Reservefonds von 30.273 fl. 57 kr. im Jahre 1880 auf 33.487 fl. 23 kr. vermehren zu können; er besitzt zwei Häuser im Werte von 23.400 fl. und 26.000 fl., hat drei Verkaufsstellen und macht einen jährlichen Umsatz von nahe einer halben Million. Derselbe ist sonach vollkommen zahlungskräftig, mit Hinblick auf den Reservefonds in der [Lage ohne Vernachlässi]gung sei[nes] Geschäftsbetr[ie]bs seiner Steuerpflicht vollkommen nachzukommen und bedarf sonach keiner Unterstützung. Ebensowenig zutreffend war die Berufung der Finanzlandesdirektion auf die vom Finanzministerium bewilligte Steuerabschreibung per 5.591 fl. 95 kr. beim Rudolfsheimer Spar- und Vorschuß-Verein; derselbe war gänzlich zugrunde gegangen; die einzelnen Mitglieder mussten erst 40, dann noch 80 % der Einlagen nachzahlen; dieser Steuerrückstand war uneinbringlich.

Da der I. Niederösterreichische Arbeiter-Consumverein bis zum Jahre 1864 gänzlich steuerfrei war, demselben auch die Einkommensteuer pro 1874 bereits erlassen wurde, derselbe auch seit 1880 die günstigere Steuerbehandlung nach dem Gesetze vom 27. Dezember 1880 genießt, die []ene Nachsicht der Steuern pro 1874 in 1878 auch zum Teile anderen Mitgliedern zu Gute käme, als jenen von welchen diese Steuer mittlerweile eingezahlt wurde, so wurde sich in dem über das Ah. bezeichnete Gesuch erstatteten au. Vortrag für die Abweisung des Gesuches um Nachsicht der Steuern, jedoch für die Bewilligung der Nachsicht der bezüglich der Steuerschuld für die Jahre 1874 in 1878 aufgelaufenen und berichtigten Verzugszinsen per 1.720 fl. 89 kr. bezüglich für deren Gutrechnung auf die Steuerschuld und für die Bewilligung der Abstattung des Steuerrückstandes bis Ende 1881 in Monatsraten à 500 fl. ausgesprochen und an Se. Majestät die au. Bitte gestellt, dem Finanzminister die Erledigung des Gesuches in diesem Sinne zu überlassen. [Er (Finanzminister)] wäre [nach] diesen

Verhältnissen nicht in der Lage, an dem nach seinem Erachten der Gerechtigkeit und Billigkeit gleich Rechnung tragenden Antrage eine Änderung vorzunehmen. Der Finanzminister erklärt, bei seinem Antrage bleiben zu müssen.

Der Handelsminister kann dem wohlbegründeten Antrage des Finanzministeriums nur vollkommen beistimmen. Er bemerkt, dass er die vielfach geschonten Konsumvereine überhaupt nicht so sehr berücksichtigungswürdig erachten könne, da er von der besonders wohltätigen Wirkung derselben keineswegs überzeugt sei. Auch die übrigen Minister erklären sich für den Antrag des Finanzministers[11].

VII. Der Ministerpräsident bringt ferner zur Verhandlung eine vom Finanzministerium an ihn (Ministerpräsidenten) geleitete, weil an das Ministerratspräsidium gerichtete Eingabe der Vorstände der Staatsbehörden in Karlsbad, mit welcher diese im eigenen und im Namen der ihnen unterstehenden Beamten eine Vorstellung einbringen gegen die Entscheidung des Finanzministeriums vom 25. November 1881 Z. 23819, womit das Ansuchen der in Karlsbad stationierten Beamten um Versetzung dieser Stadt aus der III. in die II. Klasse der Aktivitätszulagen zurückgewiesen wurde[12].

Der Finanzminister beleuchtet die Sachlage und den Standpunkt des Finanzministeriums in folgender Weise: Karlsbad wurde schon bei [] [Beamtengehalts]regulierungs[g]esetzes vom 15. April 1873, RGBl. Nr. 47, wiewohl es damals noch nicht 10.000 Einwohner zählte, gleich mehreren andern Kurorten in die III. Klasse der Aktivitätszulagen gereiht. Als nach der letzten Volkszählung sich die Bevölkerung von Karlsbad auf die Ziffer von 10.580 gehoben hatte und infolgedessen nunmehr im Sinne des erwähnten Gesetzes der Stadt Karlsbad die III. Klasse der Aktivitätszulagen normalmäßig zuzukommen hatte, sind die Vorstände der k. k. Behörden dieser Stadt eingeschritten, dass die Stadt Karlsbad nun mehr ausnahmsweise in die nächsthöhere, d. i. in die II. Klasse, eingereiht werde. Diesem Gesuche wurde mit dem Finanzministerialerlasse vom 25. November 1881 Nr. 23819 keine Folge gegeben, weil die in Karlsbad herrschenden Teue[rungsv]erhältnisse schon bei der ersten Reihung dieser Stadt in die III. Klasse der Aktivitätszulagen berücksichtigt worden sind und das Ergebnis der letzten Volkszählung, wonach Karlsbad schon auf Grundlage desselben in die III. Klasse zu reihen wäre, nicht zum Anlass genommen werden könne, um Karlsbad wieder in die nächst höhere (II.) Klasse zu reihen.

---

11 *In seinem Vortrag v. 8. 10. 1882 brachte Taaffe die im Ministerrat vertretene Position zum Gesuch des Arbeiterkonsumvereins zur Kenntnis, der darauf mit Ah. E. v. 13. 10. 1882 auf den Vortrag Dunajewskis v. 10. 7. 1882 diesem die Erledigung überließ,* Hhsta., Kab. Kanzlei, 3856/1882.

12 *Mit Schreiben Dunajewskis v. 25. 11. 1881 war das Ansuchen der Karlsbader Beamten abweislich beschieden worden,* Fa., FM., allg., Abt. I, Sig. 1, Zl. 23819/1881. *Die Mitteilung der Statthalterei in Prag über den Einspruch gegen diese Entscheidung der Karlsbader Beamten liegt nicht ein. Mit Schreiben (K.) Dunajewskis v. 8. 7. 1882 wurde die Eingabe an das Ministerratspräsidium weitergeleitet,* Fa., FM., Abt. I, Sig. 1, 13891/1882. *Der Einspruch der Beamten von Karlsbad beim Ministerratspräsidium konnte in* Ava., Ministerratspräsidium *und* Fa., FM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden. Mit Gesetz v. 15. 4. 1873,* Rgbl. Nr. 47/1873*, waren die Bezüge der aktiven Staatsbeamten geregelt worden und dabei Aktivitätszulagen eingeführt worden, die, nach vier Klassen gestaffelt, umso größer war, je mehr Einwohner die Stadt hatte. Wegen ihrer Durchführung war es zuletzt beraten worden in MR. v. 5. 5. 1873/VI. Aufgrund der Zunahme der Einwohner mehrerer Städte nach den Ergebnissen der Volkszählung 1880 wurden mehrere Städte von der vierten in die dritte Klasse gereiht, Verordnung des Gesamtministeriums v. 11. 1. 1882,* Rgbl. Nr. 8/1882*, und mit Bezug auf dieses Gesetz aufgrund spezieller Verfügungen auch Krems – Verordnung des Gesamtministeriums v. 22. 2. 1882,* Rgbl. Nr. 30/1882 –*, Komotau – Verordnung des Gesamtministeriums v. 11. 4. 1882,* Rgbl. Nr. 41/1882 – *und Žižkow – Verordnung des Gesamtministeriums v. 27. 9. 1882,* Rgbl. Nr. 146/1882.

Gegen diese Entschließung ist die vorliegende an das Ministerratspräsidium stilisierte Eingabe gerichtet. In dieser Eingabe wird zuvörderst darauf hingewiesen, dass das Finanzministerium zur Entscheidung dieser Angelegenheit nicht kompetent sein dürfte, da im § 10 des Gesetzes vom 15. April 1873 der Regierung vorbehalten ist, einzelne Orte aus der IV. in die III. und aus der III. in die II. Klasse zu reihen, unter dem Ausdrucke „Regierung[d“d] [nur das] Gesamt[mini]sterium verstanden werden könne. In meritorischer Beziehung wird ein Vergleich mit den Kurorten Franzensbad und Marienbad gezogen, welche beide Orte ebenso wie Karlsbad gleich ursprünglich in die III. Klasse gereiht wurden, und wird hervorgehoben, dass Franzensbad nach der letzten Volkszählung nur 2.389, Marienbad nur 2.009 Einwohner zählen, wogegen die Einwohnerzahl von Karlsbad sich auf 10.580 gehoben hat, also fast um 4.000 gestiegen ist. Außerdem wird auf die große Zahl der Kurgäste Karlsbads und auf die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse daselbst hingewiesen.

Was die angefochtene Kompetenz des Finanzministeriums betrifft, so war es seit dem Jahre 1873 Übung, dass Ansuchen um Versetzung einzelner [Orte i]n eine höhere Rangsklasse von den beteiligten Ministerien dem Finanzministerium zur Verfügung übermittelt wurden. Das Finanzministerium hat solche Ansuchen, wenn sich nicht etwa eine bessere Reihung als Folge der Richtigstellung der Bevölkerungsziffer ergeben hat, stets zurückgewiesen und auf andere, insbesondere Teuerungsverhältnisse nicht weiter Rücksicht genommen. Von diesen Verfügungen sind die Ministerien, welchen die betreffenden Beamten in letzter Linie unterstanden, im Wege der Einsicht verständigt worden. Immerhin muss aber zugegeben werden, dass, wenn die Regierung, d. i. das Gesamtministerium, Verordnungen über Änderungen in dem Schema der Aktivitätszulagen zu erlassen hat (RGBl. Nr. 8, 30, 41 ex 1882) es nur konsequent und der [Anwendung des] Gesetzes vom 15. April 1873, RGBl. Nr. 47 entsprechender wäre, wenn auch Zurückweisungen solcher angesuchter Änderungen vom Gesamtministerium ausgesprochen würde.

Was die meritorische Würdigung des vorliegenden Gesuches belangt, so dürfte festhaltend an dem bisherigen Grundsatz, wonach alle aufgrund der Teuerungsverhältnisse gestützten Eingaben um Reihung von Orten in eine höhere Klasse der Aktivitätszulagen stets zurückgewiesen wurden, auch auf die Bitte der Vorstände der Karlsbader k. k. Behörden nicht einzugehen sein, zumal sonst auch vielfältige Beispielsfolgerungen zu besorgen wären. In der Tat wurde mit Ausnahme von Hietzing und Penzing, welche beide Orte jedoch lediglich infolge ihrer Einbeziehung in den Polizei[rayon] von Wien[13] in die II. Klasse der Aktivitätszulagen aufgrund des Gesetzes versetzt wurden (RGBl. Nr. 8 ex 1882), bisher kein Ort aufgrund der Teuerungsverhältnisse aus der III. Klasse in die II. Klasse gereiht; daher durch die Willfahrung der Bitte der Karlsbader Staatsbeamten ein ganz neues und umso bedenklicheres Präzedenz geschaffen würde. Der Finanzminister könnte absolut nicht in eine Mehrauslage für Beamtenbezüge eingehen, nachdem die Gehalte in Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse vom Jahre 1873 geregelt wurden und die Preise seit 1873 nicht gestiegen seien. Die übrigen Minister stimmen in meritorischer Beziehung der Anschauung des Finanzministers bei.

[d–d] *Ergänzt aus Gesetz vom 15. 5. 1873,* RGBL. Nr. 47/1873, § 10.

[13] *Den Beamten der Städte des Polizeirayons von Wien standen ohne Rücksicht auf deren Einwohnerzahl Aktivitätszulagen nach der zweiten Klasse zu,* RGBL. Nr. 47/1873, Beilage c.

[Der Minister]präsident [muss] zur formellen Frage hervorheben, dass die Bestimmung des Gesetzes vom 15. April 1873, wornach mit dem Vollzuge desselben das Gesamtministerium beauftragt ist, sich wohl nicht auf die Intention der Aufstellung einer besonderen Durchführungskontrolle zurückzuführen, sondern einfach daraus erklären lassen dürfte, dass es sich bei dem Gesetze eben um die Beamtengehalte aller Ressorts handelte. Keinesfalls möchte er es aber als entsprechend und zulässig erachten, dass, wie dies im vorliegenden Falle begehrt werde, das Ministerratspräsidium bzw. das Gesamtministerium als höhere Instanz gegenüber der Entscheidung des Finanzministeriums fungiere. Um die Gesamtregierung in den diesbezüglichen Entscheidungen zum Aus[druc]k zu bringen, wären dieselben vom Finanzministerium entweder gestützt auf einen Ministerratsbeschluss oder auf das Einvernehmen mit den übrigen Ministerien zu erlassen. Über Antrag des Handelsministers einigen sich die Minister dahin, dass für die Zukunft die Form der Entscheidung seitens des Finanzministeriums „im Einvernehmen mit allen übrigen Ministerien" einzuhalten sei. Für den vorliegenden Fall wird beschlossen, die Erledigung dahin erfließen zu lassen, „dass es im Einvernehmen mit allen übrigen Ministerien bei der Entscheidung vom 25. November 1881 Z. 23819 zu verbleiben habe."[14]

VIII. Der Handelsminister referiert über die zwischen dem Handelsministerium und dem Finanzministerium schwebenden Verhandlungen wegen der Konvertierung der Prioritätsschuld der Kaiserin-Elisabeth-Bahn[15]. Vom Handelsministerium wurde eine Konvertierung der jetzt auf Silber in- und ausländischer Währung lautenden 5 %igen Prioritätsobligationen der Elisabethbahn in 4½%ige lediglich auf österreichische Währung Silber lautende Titres angeregt, um auf diese Weise die Kuponsstreitigkeiten und die vielerlei Schwierigkeiten, welche dieselben im Gefolge haben, aus der Welt zu schaffen. Die Verhandlungen darüber seien zwischen den beiden Ministerien so weit gediehen, dass in Wesenheit nur eine Differenz mehr bestehe, nämlich darüber, ob die Regierung behufs Erteilung der Zustimmung [zur] geplanten Konvertierung der gesetzlichen Ermächtigung bedürfe oder nicht. Während das Finanzministerium die diesfällige Betretung des Gesetzesweges für notwendig erachte, halte das Handelsministerium dieselbe nicht für erforderlich[16].

Ministerialrat Ritter v. Wittek legt zur Begründung der Anschauung des Handelsministeriums dar: Zur Verzinsung und Tilgung der jetzigen 5 %igen Prioritätsschuld per 81,834.800 fl. werde vom Jahre 1883 ab innerhalb 74 Jahren eine Annuität im mittleren Durchschnitte von 4,205.452 fl. erfordert. Tatsächlich sei jedoch das Verhältnis so, dass wegen der nach den bestehenden Tilgungsplänen erfolgenden raschen Tilgung der ältesten Anlehen jetzt und bis zum Jahre 1911, also durch 29 Jahre, eine Annuität [von] []869 fl. zu [lei]sten kommt und später dann die Annuitäten rasch abfallen. Nach dem Konvertierungsplane würde sich das 4½%ige Konvertierungsanlehen von gleicher Tilgungsdauer und

---

14 *Mit Schreiben Taaffes an Dunajewski v. 8. 10. 1882 wurde dieser autorisiert die Karlsbader Beamten entsprechend dem Ministerratsbeschluss zu informieren, was mit seinem Schreiben (K.) an das Prager Statthaltereipräsidium v. 15. 10. 1882 geschah,* FA., FM., Abt. I, Sig. 1, Zl. 31170/1882.

15 *Die Frage der Konversion der Prioritätsschuld der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn steht im Zusammenhang mit der Übernahme der Bahn in staatliche Verwaltung und der Verstaatlichung der Bahn. Siehe dazu zuletzt MR. v. 9. 11. 1880/IV. Bei der Prioritätsschuld handelt es sich um sogenannte Prioritätsaktien, die bei Auszahlungen vor normalen Aktien prioritär behandelt werden, die aber kein Stimmrecht beinhalten.*

16 *Zu den Verhandlungen zwischen Finanz- und Handelsministerium siehe* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 546, 1011 *und, mit der hier referierten Position Dunajewskis in dessen Schreiben an Pino v. 28. 9. 1882,* 1516, *alle ex* 1882.

mit einer kleinen Prämie, damit die auswärtigen Titelbesitzer sich leichter bereit erklären, auf rund 85 Millionen belaufen und die konstante Annuitätslast käme auf den Betrag von 3,980.475 fl.

Nachdem sonach mathematisch die Annuität nach Durchführung des Konvertierungsplanes sich geringer herausstelle als die jetzige, so glaube das Handelsministerium, dass eine gesetzliche Ermächtigung nicht erforderlich sei. Denn der § 8 des Übereinkommens mit der Elisabethbahn treffe diesfalls nicht zu, da die daselbst normierten Jahresbeiträge für Verzinsung und Amortisierung der Prioritäts[obli]gationen nur insolange, als die Einlösung durch den Staat nicht erfolgt, festgestellt seien, der Abschluss der Konvertierung aber nach § 14 des Übereinkommens mit der Einlösung zusammenfalle, in der Übergangsperiode mit dem im § 8 normierten Jahresbeiträgen vollständig das Auslangen gefunden werde und die Ermächtigung der Regierung bezüglich der im Einlösungsfalle zu übernehmende Prioritätsobligationenschuld durch Artikel I des Gesetzes vom 23. Dezember 1881 lediglich nur insoferne beschränkt, als die aus der zu übernehmenden Prioritätsobligationenschuld erwachsende Belastung nicht höher sein dürfe, als jene, welche der 5 %igen Verzinsung und Rückzahlung der damaligen Prioritätsobligationen entspricht.

[Min]isterialrat Bayer legt dar, dass das Finanzministerium sich gegenwärtig halten müsse, dass die erwähnten Bestimmungen auch so ausgelegt werden können, dass an dem Ausmaße der im § 8 des Übereinkommens fixierten Jahresleistung nach Artikel I Alinea 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1881 nur insoweit eine Änderung vorgenommen werden könne, als dieselbe durch den in diesem Alinea alternativ vorgeschriebenen Konvertierungsmaßstab in Reichsmark etwa hervorgerufen wurde und demnach jede andere Abänderung der im Übereinkommen normierten Grundlagen für die Annuitätenzahlungen des Staates der Zustimmung der legislativen Faktoren bedürfte. Aber abgesehen hievon könne die Voraussetzung der Argument[atio]n des Handelsministeriums, dass aus der Konvertierung keine größere Belastung erwachse, nicht als feststehend hingenommen werden. Es sei Tatsache, dass die Summe der 74 Annuitäten nach dem Konvertierungsplane um rund 51 Millionen mehr betrage als nach dem dem § 8 des Übereinkommens zugrunde liegenden Tilgungsplane. Denn wenn in den ersten 29 Jahren ca. 14 Millionen weniger zu zahlen kommen, so betrage dafür die Mehrzahlung in den folgenden 45 Jahren über 65 Millionen. Wenn gleichwohl die mathematische Berechnung des Handelsministeriums an sich richtig sei, so sei der praktische Erfolg derselben nicht ebenso sichergestellt. Die praktische Anwendbarkeit der Berechnungsmethode setze voraus, dass der Staat entweder die Ersparung der er[]gere, um [mit] dem so erz[ielte]n Fonds die späteren höheren Annuitäten zu decken, oder dass der Staat durch die vollen 74 Jahre die Kapitalien für die Annuitäten durch Schulden aufbringe. Erstere Voraussetzung treffe leider nicht zu, letztere könne aber nicht ohne weiters zugelassen werden. Jedenfalls sei der Effekt der Mehrbelastung sonach bei Beurteilung des Tilgungsplanes nicht ausgeschlossen.

Der Finanzminister anerkennt den nützlichen Zweck der Konvertierung, wenn dadurch die Kuponsstreite aus der Welt geschafft werden. Auch im finanziellen Interesse erscheine ihm ein Plan erwünscht, infolgedessen wenigstens in den nächsten Jahren geringere Annuitäten zu zahlen kommen. Er könnte keinesfalls zu einer so wesentlichen Änderung die Hand bieten, ohne hiezu vom Reichsrate die Ermächtigung erhalten zu haben. Man könnte sich sonst dem Vorwurfe der Verfassungsverletzung aussetzen, was gerade in einer finanziellen Frage von besonders empfindlicher Bedeutung wäre.

Der Handelsminister glaubt, gegenüber der diesfälligen kontroversen Auffassung einen Ausweg vorschlagen zu können, wornach die Konvertierung durchgeführt werden könnte, ohne dass eine Änderung in dem Übereinkommen bewirkt würde. Dies wäre in der Weise möglich, dass die Elisabethbahn zwar ermächtigt würde, die Konvertierung nach dem vorliegenden Plane vorzunehmen, dass aber die Staatsverwaltung trotzdem die in Gemäßheit der [Bestimmungen] nach dem Übereinkommen fixierten Annuitäten fortan leiste, sodass das Übereinkommen vollkommen intakt bliebe. Nur müsste bei diesem Modus eine Vorsorge dahin getroffen werden, dass die in den nächsten Jahren von den fixierten Zahlungsraten gegenüber der geringeren konstanten Annuität des Konvertierungsplanes verbleibenden Überschüsse in einen Fonds unter der Kontrolle bzw. Mitsperre des Staates hinterlegt werden. Auf diese Weise würde mit der Durchführung der Konvertierung der Vorteil der Beseitigung der Kuponsstreite erreicht und bliebe die Regelung des Übereinkommensverhältnisses des Staates zur Gesellschaft vorläufig in suspenso. Denn der Handelsminister möchte namentlich [aus d]em Grunde vermieden wissen, dass die Sache jetzt vor den Reichsrat komme, weil dies den Anlass böte, die ganze Aktion mit der Elisabethbahn neuerlich aufzuwühlen.

Der Finanzminister erklärt, dass er bereit sei, diesen Modus zu akzeptieren. Die Regierung würde dabei in der Lage sein, den Zeitpunkt, die Angelegenheit vor das Parlament zu bringen, selbst auswählen zu können. Minister Dr. Pražák ist mit der Anschauung des Finanzministeriums, dass zur Änderung der Annuitäten die gesetzliche Ermächtigung erforderlich wäre, einverstanden, hält aber auch dafür, dass es jetzt entsprechend sein würde, dem vom Handelsminister proponierten Ausweg [] [allerdi]ngs [dürfe] man seines Erachtens nicht verabsäumen, auch diesen Vorgang später in die Öffentlichkeit zu bringen.

Nach kurzer Diskussion wird das Resultat der Beratung vom Ministerpräsidenten dahin resümiert, dass, nachdem der Finanzminister mit dem vom Handelsminister proponierten Auswege in Prinzipe einverstanden sei, das Weitere in der Angelegenheit im schriftlichen Verkehre zwischen den beiden beteiligten Ministerien auszutragen sein werde[17].

IX. Der Landesverteidigungsminister bringt zur Sprache die Frage der Änderung des [Pferdest]ellungsgesetzes, welche vom [R]eichskriegsminister mit der Motivierung angeregt wurde, dass die dermaligen Gesetzesbestimmungen, namentlich bezüglich der Stellungsrepartition auf die verschiedenen Gebiete den militärischen Zweckmäßigkeitsanforderungen für den Mobilisierungsfall nicht entsprechen[18]. Da der Minister für Landesverteidigung über die bezüglichen Daten und Kalküls nicht verfügt, so sei er bisher nicht in der Lage, ein selbständi-

---

17 *Mit Schreiben (K.) Pinos an Dunajewski v. 3. 10. 1882 bekräftigte dieser seine Meinung, die Kuponfrage im Verordnungsweg zu erledigen,* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1516/1882. *Mit Berufung auf den Ministerrat nahm Dunajewski mit Schreiben v. 4. 10. 1882 die Auffassung Pinos an. Da die Verhandlungen mit der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn aber resultatlos verliefen, wurde die Angelegenheit am 19. 4. 1883 ad acta gelegt,* AVA., VA., HM. (III E), Präs. 1542/1882. *Die Angelegenheit wurde erst mit Gesetz v. 16. 3. 1890,* RGBL. Nr. 39/1890, *geregelt, beraten in MR. v. 25. 1. 1890/XI (liegt nicht ein).*

18 *Für Cisleithanien geregelt durch Gesetz v. 16. 4. 1873,* RGBL. Nr. 77/1873, betreffend die Deckung des Bedarfes an Pferden bei einer Mobilisierung für das stehende Herr und die Landwehr. *Den oben erwähnten Vortrag hatte Kriegsminister Bylandt am 4. 5. 1882 erstattet, den Franz Joseph mit Ah. E. v. 25. 5. 1882 zustimmend resolvierte* – KA., MKSM. 75–2/1/1882 – *und dem Kriegsminister den Auftrag erteilte, mit beiden Regierungen Verhandlungen aufzunehmen, damit diese den Gesetzentwurf in der nächsten Session ihren Parlamenten vorlegen könnten. Schreiben Bylandts an Welsersheimb v. 27. 9. 1882 mit den Anträgen Cisleithaniens und Ungarns* zur Verbesserung der Pferde-Stellungs-Gesetze vom Jahre 1873, KA., MfLV., allg., politischer Teil, Karton 3475, Faszikulatur 23 (Pferdestellung), Zl. 14241/IIa/1882.

ges fachmännisches Urteil darüber auszusprechen, inwieweit den obgenannten Erfordernissen durch praktische Einteilung und Maßnahmen innerhalb des gesetzlichen Rahmens nicht Genüge geleistet zu werden vermöchte.

Der Landesverteidigungsminister habe getrachtet, im Bereiche des eigenen Wirkungs-[kreises] []nde In[terpr]etation der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen der Kriegsverwaltung für den Entwurf des Stellungsplanes innerhalb des Gebietes der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder einen nur durch die praktische Grenze der Leistungsfähigkeit beschränkten Spielraum zu gewähren. Auch habe er sich von seinem Standpunkte zur Beratung der Änderungspropositionen bezüglich des Gesetzes bereit erklärt, wenn er sich auch nicht verhehlen konnte, dass die Hauptschwierigkeiten für eine allen militärischen Anforderungen entsprechende Pferdestellung im Mobilisierungsfalle in den – eben nicht zu ändernden – tatsächlichen staatlichen und statistischen Verhältnissen gelegen erscheinen. Die Hauptfrage des gesetzlichen Repartitionsmodus betref[fend ha]be Minister für [La]ndesverteidigung – gegenüber der ursprünglichen Proposition des Reichskriegsministers, die Repartition lediglich dem Einvernehmen der beiden Landesverteidigungsminister mit dem Kriegsminister anheimstellen zu lassen – schon im Interesse der vom Zustandekommen des Einvernehmens unabhängigen Sicherstellung des Gesamterfordernisses für die bewaffnete Macht – vorgeschlagen, grundsätzlich den dermalen gesetzlichen Repartitionsschlüssel nach der Zahl der vorhandenen Pferde für die beiden Staatsgebiete der Monarchie aufrechtzuhalten, im Gesetze aber die Möglichkeit auszusprechen, im Falle wichtiger militärischer Gründe eine entsprechend modifizierte Repartition mit Zustimmung der Regierung eintreten zu lassen. Der Minister für Landes[verteidigung habe dabei] eine [mögli]chst weitgehende Berücksichtigung der militärischen Interessen anzubahnen versucht, deren Erreichbarkeit bei den Vertretungskörpern noch zu konstatieren bliebe.

Wenn nun auch von Seite des Reichskriegsministeriums sowohl der im Rahmen des bestehenden Gesetzes gewährte Spielraum wie der letzte besprochene Gesetzesänderungsvorschlag des Landesverteidigungsministers als wesentlich militärische Fortschritte begrüßt wurden, so habe der Reichskriegsminister doch eine neue Proposition bezüglich des Repartitionsmodus gemacht, wonach im Gesetze als Grundsatz auszusprechen wäre, dass jeder Militärterritorialbezirk alles auch an Pferden aufbringen solle, was derselbe nach der jeweilig bestimmten Organisation und Ordre de bataille [Tru]ppen etc. zu mobilisieren [ha]be. Wenngleich die ganze Frage der Neufassung des Pferdestellungsgesetzes dermalen nur im Stadium der Vorverhandlung zwischen den drei militärischen Ressortministerien sich befinde und der Schlussfassung der Regierungen naturgemäß vorbehalten bleibe, so scheine es dem Minister für Landesverteidigung doch angemessen, bereits dermalen für die einzunehmende Haltung gegenüber einer so einschneidenden Prinzipienfrage eine allgemeine Direktive zu erlangen, umso mehr, als die Erfahrung zeige, dass von Ungarn der einseitige Standpunkt der Sonderinteressen nur zu häufig in den Vordergrund gestellt werde und die allseitigen, gemeinsamen und speziell militärischen Interessen auch im Reichskriegsministerium nicht [] [moc]hten. Der Minister für Landesverteidigung stelle es daher der Erwägung des Ministerrates anheim, ob die vom Reichskriegsminister proponierte prinzipielle Fassung von der k. k. Regierung für die parlamentarische Vertretung geeignet und Erfolg versprechend erscheine.

Nach kurzer Diskussion erklärt sich der Ministerrat dahin, dass vorbehaltlich des seinerzeitigen Ausspruches über die Einbringung der infrage stehenden Vorlage, der Landesverteidigungsminister ermächtigt werde, den vom Reichskriegsminister proponierten Modus als undurchführbar zu be[zei]chnen, weil derselbe im Reichsrate keinesfalls durchzubringen wäre[19].

Wien, am 2. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

Nr. 419 Ministerrat, Wien, 9. Oktober 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 9. 10.), Ziemiałkowski, Pražák, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Kubin; BdE. und abw. Falkenhayn, Conrad, Dunajewski.

I. Weiteres in Angelegenheit der von der tschechischen Partei im Prager Landtage beabsichtigten Interpellation wegen der Reform der Landtagswahlordnung für Böhmen. II. Beantwortung der im schlesischen Landtage eingebrachten Interpellationen wegen Erlassung einer Sprachenverordnung für Schlesien. Frage der Fassung einer bezüglichen Verordnung des Justizministeriums. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titular-Obertelegrafendirektor Anton Sponar v. Blinsdorf.

KZ. 92 – MRZ. 75

Protokoll des zu Wien am 9. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin über weitere Verhandlungen [in An]gelegenh[eit der] von der [tsch]echischen Partei im Prager Landtage beabsichtigten Interpella[t]ion wegen der Reform der Landtagswahlordnung für Böhmen, worüber dem Statthalter die im Ministerrate vom 2. d. M. genehmigten Informationen gegeben wurden[1]. Referent teilt den neuerlichen Bericht des Statthalters vom 7. d. M. mit (Beilage 1)[a].

Der Ministerpräsident beabsichtige hierauf, die aus der Beilage 2 ersichtliche Antwort zu geben[b]. Darnach bestehe eine Differenz zwischen der Proposition des Statthalters und der vom Ministerpräsidenten für notwendig erachteten Haltung in dem Punkte der unmittelbar nach der Interpellationseinbringung vom Statthalter abzugebenden Erklärung und weiters im Punkte der Akzentuierung [de]r mit der Interpellationsbean[t]wortung zu gebenden Zusicherung.

---

[a] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

[b] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

[19] *Diese Position teilte Welsersheimb Bylandt mit Schreiben (K.) v. 3. 10. 1882 mit,* Ka., MfLV., allg., politischer Teil, Karton 3475, Faszikulatur 23 (Pferdestellung), Zl. 14241/IIa/1882. *Fortsetzung dieser Frage in MR. v. 9. 1. 1883/IV.*

[1] *Fortsetzung des MR. v. 2. 10. 1882/I.*

Der Ministerrat erklärt sich mit der Anschauung des Ministerpräsidenten und sonach mit dem Inhalte der neuerlichen Weisungen an den Statthalter einverstanden[2].

II. Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert ferner Sektionschef Freiherr v. Kubin in Angelegenheit der Beantwortung der im schlesischen Landtage eingebrachten Interpellation wegen der Erlassung einer Sprachenverordnung für Schlesien[3] und teilt die aus den Beilagen 3 und 4 ersichtlichen Interpellationen mit[c]. [] [d]eutschen [Nationali]tät konkret [d]er Besorgnis vor einer Verord[n]ung über die Abänderung der Gerichtssprache Ausdruck gebe, spreche die Interpellation der drei slawischen Abgeordneten die Erwartung aus, dass die sprachliche Gleichberechtigung überhaupt zur Durchführung komme[4].

Der Ministerpräsident proponiere den aus der Beilage 5 ersichtlichen Entwurf einer Antwort auf diese Interpellationen[d]. Diese Antwort setzte voraus, dass jetzt eine Verordnung des Justizministeriums und zwar des Inhaltes erlassen werde, wie er in der Ministerkonferenz vom 9. September l. J. am Schlusse der damaligen Beratung vom Leiter des Justizministeriums in Absicht genommen wurde, nämlich dahingehend, dass den Ge[ric]hten verordnet werde, Eingaben auch in den beiden anderen Sprachen Schlesiens anzunehmen. Der Ministerpräsident betont, dass es demnach vor allem notwendig sei, hinsichtlich der vom Justizministerium zu erlassenden Verordnung ins Reine zu kommen.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák präsentiert den Entwurf einer Verordnung, vom dem er bemerkt, dass er denselben selbst noch nicht als endgiltig redigiert betrachten könne. Aus der Diskussion, die über diesen vorläufigen Vorschlag gepflogen wird, und an welcher sich der Ministerpräsident, Minister Freiherr v. Ziemiałkowski, der Handelsminister und Sektionschef Freiherr v. Kubin be[teiligen] [] A[nschau]ung, der [auc]h schließlich sämtliche Konfe[re]nzmitglieder beistimmen, dahin, dass der vom Justizministerium hinauszugebende Erlass sich wesentlich auf die Anordnung der Annahme anderssprachiger Eingaben bei den Gerichten sprachlich gemischter Bezirke beschränken, keine Motivierung und keine Andeutung der Inaussichtnahme weiter gehender Verfügungen enthalten solle.

Der Ministerrat beschließt, dass der in diesem Sinne abzufassende Erlass vom Justizministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern zu redigieren ist. Endlich erteilt der Ministerrat dem Entwurfe der Interpellationsbeantwortung seine Zustimmung[5].

---

c *Liegen dem Originalprotokoll als Beilagen 3 und 4 bei.*

d *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 5 bei.*

2 *Die Weisung Taaffes an den Statthalter in Prag, Kraus, die in Abschrift als Beilage 2 diesem Protokoll beiliegt, konnte weder in den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *noch in* Národní Archiv, PM. *und* PMT. *gefunden werden. Die Interpellation wurde von Rieger und Genossen gestellt in* Prot. Landtag Böhmen 17. 10. 1882 (XI. Sitzung) 183 f.*, und von Kraus im Sinne des Ministerratsbeschlusses in der letzten Sitzung beantwortet,* Prot. Landtag Böhmen 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 354 f. *Die Wahlreform des böhmischen Landtages kam erneut zur Beratung in MR. v. 19. 12. 1882/I.*

3 *Fortsetzung des MR. v. 26. 9. 1882/III.*

4 *Interpellation von Franz Müller und Genossen sowie Interpellation Georg Cienciala und Genossen,* Prot. Landtag Schlesien 6. 10. 1882 (7. Sitzung) 118 *und* 123.

5 *Die Interpellationen wurden vom schlesischen Landespräsidenten Bacquehem entsprechend dem Ministerratsbeschluss beantwortet,* Prot. Landtag Schlesien 21. 10. 1882 (17. Sitzung) 362. *Fortsetzung der Beratung des Textes der Sprachenverordnung in MR. I v. 10. 10. 1882/I.*

[III.] Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den mit Titel und Charakter eines Obertelegrafendirektors bekleideten Telegrafendirektor Anton Sponar v. Blinsdorf in Graz anlässlich der Versetzung desselben in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und sehr eifrigen Dienstleistung den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken. Der Handelsminister teilt zur Begründung mit, dass Sponar ohne sein Verschulden wegen der in den leitenden Behörden des Telegrafenwesens eingetretenen Reduzierung genötigt sei, in den Ruhestand zu treten, dass derselbe einschließlich zweier Kriegsjahre eine 47-jährige Dienstestätigkeit hinter sich habe, dass er bis zum Jahre [] [zulet]zt als Maj[or] im Generalstabe gedient habe und vom Jahre 1856 an im Telegrafendienste zuerst als Telegrafeninspektor in Triest, dann als Telegrafendirektor in Graz verwendet worden sei und in diesen Stellungen stets anerkennungswerte und erfolgreiche Dienste geleistet habe. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

Wien, am 9. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

Nr. 420 Ministerrat, Wien, 10. Oktober 1882 – Protokoll I

RS; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 10. 10.), Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Kubin; BdE. und abw. Falkenhayn, Dunajewski.

[I.] Entwurf einer Verordnung des Justizministeriums über den Gebrauch der Sprachen im Gerichtsverkehre in Schlesien.

KZ. 93 – MRZ. 76

Protokoll I des zu Wien am 10. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Leiter des Justizministeriums Minister Dr. Pražák referiert über die infolge [des Mini]sterratsbeschlusses vom gestrigen Tage vorgenommene Redigierung der über den Gebrauch der Sprachen im Gerichtsverkehre für Schlesien zu erlassenden Verordnung[1] und legt den aus der Anlage ersichtlichen Entwurf zur Genehmigung vor[a].

Der Minister für Kultus und Unterricht, der den früheren Verhandlungen über die Angelegenheit nicht beigewohnt hat, erklärt, dass er einer Anordnung in den Grenzen, wie sie der vorliegende Entwurf einhalte, nur vollkommen zustimmen könne, indem es gerecht und billig sei, in den gemischten Bezirken anderssprachige Eingaben anzunehmen und weiters die Anordnung, dass die gemischten Bezirke sich im mündlichen Verkehre mit den Parteien der diesen ver[bi]ndlichen Sprache zu bedienen haben, nur einer wirklichen Bedürfnisforderung entspreche. Es wird weiters noch Akt genommen von der Mitteilung des Ministers für Kultus

---

[a] *Liegt dem Originalprotokoll bei.*

[6] *Sponar erhielt mit Ah. E. v. 16. 10. 1882 auf Vortrag Pinos v. 11. 10. 1882 anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand den Orden der Eisernen Krone III. Klasse,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3909/1882.

[1] *Fortsetzung des MR. v. 9. 10. 1882/II.*

und Unterricht, dass sich in Schlesien 204 deutsche, 124 polnische, 113 böhmische und 22 utraquistische Volksschulen befinden und dass an den andersprachigen Schulen die deutsche Sprache durchwegs obligat ist.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem vom Leiter des Justizministeriums vorgelegten Verordnungsentwurfe einhellig einverstanden[2].

Wien, am 10. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

Nr. 421 Ministerrat, Wien, 10. Oktober 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe (I), Ziemiałkowski (I–II); BdE. und anw. (Taaffe 10. 10.), Ziemiałkowski, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Pino; außerdem anw. Ender, Wittek; BdE und abw. Falkenhayn, Dunajewski.

I. Frage der Konzessionierung der Eisenbahnlinie Klostergrab–Mulde als Lokalbahn. II. Wegen Bestätigung der Wahl des Dr. Haase zum Superintendenten der mährisch-schlesischen Superintendenz.

KZ. 94 – MRZ. 77

Protokoll II des zu Wien am 10. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Handelsminister bringt zur Sprache, dass anlässlich der innerhalb der Res[sorts] []ts abzuwickelnden Sanierung der Prag-Duxer Bahn die Frage der Neukonzessionierung der Bahnstrecke Klostergrab–Mulde zur Erörterung gebracht wurde. Die im Jahre 1872 für die Strecke Klostergrab–Mulde infolge gesetzlicher Ermächtigung erteilte Konzession sowie die damit gewährten Steuerbegünstigungen seien erloschen[1]. Nachdem nun jetzt die Konzessionierung behufs des Ausbaues der Strecke die Lokalbahn angestrebt werde, glaube das Handelsministerium, dass die Konzession von der Regierung in Gemäßheit des Lokalbahngesetzes vom 25. Mai 1880 erteilt werden könne, nachdem die Strecke unter Gesichtspunkte eines Lokalbahnunternehmens falle[2]. Es handle sich jetzt noch nicht um die Erwirkung der Konzessionskunde selbst, sondern [um] die Erörterung der Zu[lässigke]it der Konzessionierung nach dem Lokalbahngesetze überhaupt, nachdem der Finanzminister gewünscht habe, dass hierüber vorerst der Ministerrat befragt werde[3].

---

2 *Erlass des Justizministeriums (K. und Lithografie) an das Oberlandesgericht in Brünn v. 12. 10. 1882; gleichzeitig erging ein zweiter Erlass (K.) an das Präsidium des Oberlandesgerichtes in Brünn,* bei den Besetzungsvorschlägen dahin zu wirken, daß die Gerichte Schlesiens nach Thunlichkeit mit Personen besetzt werden, welche mit den erforderlichen Sprachkenntnißen ausgerüstet sind*,* Ava., JM, allg., Faszikel I H I/3 (Schlesien), Zl. 15847/1882*; Abschrift des erstgenannten Erlasses in* Ava., JM, Präs. 264/1882.

1 *Zur Konzession der Eisenbahnstrecke Klostergrab–Mulde siehe MR. v. 2. 6. 1872/VII.*

2 *Zum Lokalbahngesetz von 1880 siehe MR. II v. 10. 5. 1882/I, Anm. 2.*

3 *Mit seiner Einsichtnahmebestätigung in Akt* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 42, Karton 329, Zl. 32082/1882 *hatte Dunajewski um die Beratung im Ministerrat gebeten.*

Sektionschef Freiherr v. Ender bemerkt, dass das Finanzministerium die Ingerenz auch schon hinsichtlich der prinzipiellen Erörterung aufgrund der Durchführungsvorschrift zum Lokalbahngesetze in Anspruch nehmen zu können glaube, indem mit der Durchführung des Gesetzes vom 25. Mai 1880 der Handelsminister, der Minister des Innern und der Finanzminister betraut seien[4]. In materieller Beziehung habe das Finanzministerium das Bedenken, ob es sich hier in der Tat um eine Lokalbahn handle. Das Lokalbahngesetz enthalte keine Definition für die [Lokalbahn, es] werde dort im [Artike]l I nur von der „Konzessionierung neuer Lokalbahnen (Sekundärbahnen, Vizinalbahnen und dergl.)" gesprochen. In den Motiven finde sich aber die Hindeutung, dass es sich um Bahnen von „örtlicher Bedeutung" und „zur Befruchtung der Hauptbahnen" handle[5]. Die infrage stehende Strecke bilde nun die Fortsetzung einer Hauptbahn. Außerdem sei die Strecke bestimmt, die Prag-Duxer Bahn mit einer Bahn im Auslande in Verbindung zu bringen. Es frage sich deshalb, ob eine solche Bahn als Lokalbahn betrachtet werden könne.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er über besonderen Wunsch des Finanzministers zur Verhandlung dieses Gegenstandes den Sektionschef Freiherrn v. Ender als Vertreter [des F]inanzministeriums ein[gelad]en habe. Wie er wisse, gehe das Bedenken des Finanzministers auch dahin, ob es möglich sei, diese Strecke, welche früher als Teil einer Hauptbahn konzessioniert worden war, nunmehr als Lokalbahn zu konzessionieren.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass es vor der Erlassung des Lokalbahnengesetzes vom 25. Mai 1880 in Hinsicht auf die Konzessionierung keinen Unterschied zwischen Hauptbahn und Lokalbahn gab, indem für jede Erteilung einer Bahnkonzession die gesetzliche Ermächtigung eingeholt werden musste. Nachdem die frühere Konzession hinsichtlich der bezüglichen Strecke erloschen sei, handle es sich um ein ganz neues Objekt und könne man heute nicht mehr sagen, dass man es mit dem Teil einer Haupt[bahn zu tun habe,] sondern müs[se sich] lediglich fragen, ob auf dieser Strecke eine Lokalbahn überhaupt errichtet werden solle und könne. Der Umstand also, dass die Strecke einst den Teil einer Hauptbahn bildete, könne jetzt nach der Erlassung des Lokalbahngesetzes nicht mehr in Betracht kommen.

Der Minister für Kultus und Unterricht bedauert, dass das Lokalbahngesetz keine Definition der von demselben gemeinten Bahnen enthalte. Das mit dem Ausdrucke „Lokalbahnen" bezeichnete örtliche Moment sei keineswegs ausreichend zur Darlegung der Intention des Gesetzes. Entsprechender werde dieselbe erklärt mit der in parenthesi des Artikels I des Gesetzes gebrauchten Bezeichnung „Sekundärbahnen", als Bahnen von geringerer Bedeutung, für welche Erleichterun[gen] am Platze sind. Der Be[g]riff der Sekundärbahn müsse daher bei der Betrachtung der Sache in den Vordergrund gestellt werden, nicht der geografische Begriff der Lokalbahn[a].

Der Handelsminister bemerkt, dass das, was bei uns Lokalbahn heiße, eben nur dasjenige sei, was man im Auslande als Sekundärbahn bezeichne, in der Bedeutung, wie sie vom Vorredner betont wurde. Im Sinne dieser Auffassung sei man auch bisher bei der Handhabung des Lokalbahngesetzes vorgegangen. Bei der infrage stehenden Strecke handle es sich

---

[a] *Randbemerkung* (Der Ministerpräsident entfernt sich aus der Konferenz und übernimmt Minister Freiherr v. Ziemiałkowski den Vorsitz für die weiteren Verhandlungen).

[4] *Vollzugsklausel (Artikel X),* RGBL. Nr. 56/1880.

[5] *Gemeint ist die Begründung zum Lokalbahngesetz,* PROT. REICHSRAT AH. 29. 11. 1879 (20. Sitzung) Beilage 64.

nun um die Herstellung einer solchen Sekundärbahn. Die Anlage der Bahn solle die einer Sekundärbahn sein. Eine Bahn in der Länge von 13 Kilometern, welche wie projektiert eine Spitzkehre haben soll, []dent den [Charakt]er einer Sekundärbahn an sich. In Gemäßheit der früheren nun mehr erloschenen Konzession hätte die Strecke anders gebaut werden sollen. Die Strecke bilde wohl eine Fortsetzung der als Hauptbahn gebauten Prag-Duxer Bahn. Aber der Zweck und die Bedeutung der Bahn liege nicht darin, eben eine Fortsetzung der Hauptbahn zu sein, sondern ihre Aufgabe sei nach der Lage der Verhältnisse die, für die jetzt nicht prosperierende Hauptbahn eine Zufahrtsstraße zu bilden ([b]behufs der Förderung der Ausbeutung der nächst der herzustellenden Linie gelegenen industriellen Etablissements)[c].

Was endlich die Verbindung der herzustellenden Strecke mit einer Bahn im Auslande anbelange, so müsse er bemerken, dass die ausländische Bahn, an [welc]he der Anschluss geschehen so[ll], [a]uch nur eine Lokalbahn sei und dass unser Lokalbahngesetz die Verbindung einer Lokalbahn mit einer solchen im Auslande keineswegs ausschließe.

Minister Dr. Pražák glaubt, dass, nachdem die projektierte Strecke keine Hauptbahnrichtung verfolge und im Auslande wieder nur an eine Lokalbahn anschließe, der Konzessionierung nach dem Lokalbahngesetze kein Hindernis entgegenstehe.

Der Ministerrat beschließt, dass prinzipiell kein Hindernis obwalte, die Strecke Klostergrab–Mulde als Lokalbahn zu konzessionieren. Der Vorsitzende Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erinnert, dass es jedoch notwendig sein werde, vorher die Erlöschung der früheren Konzession [auszusprechen]. Der Handelsminister sagt die bezügliche Verfügung zu[6].

II. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die Neuwahl des Superintendenten der mährisch-schlesischen Superintendenz Augsburger Konfession. Die Presbyterien der betreffenden Kirchengemeinden repräsentieren 39 Wahlstimmen. Bei der am 27. August l. J. stattgehabten Wahl entfielen 23 Wahlstimmen, also mehr als die absolute Majorität, auf den evangelischen Pfarrer und Senior in Teschen Dr. Theodor Haase, acht Stimmen fielen auf Senior Szepessy in Zauchtl und fünf Stimmen auf Senior Trautenberger in Brünn, drei Stimmen wurden [ungül]tig erkannt. Somit wur[de] Dr. Haase zum Superintendenten gewählt.

Infolge der diesbezüglichen übereinstimmenden Anträge des evangelischen Oberkirchenrates und des Landeschefs in Schlesien sowie in Anbetracht des verdienstlichen Wirkens Haases auf kirchlichem Gebiete und im Schulwesen und endlich in Rücksicht auf dessen in sittlicher und sonstiger Beziehung bewährte tadellose Haltung habe der Minister bei Sr.

---

b *Klammer Einfügung Pinos.*

c *Klammer Einfügung Pinos mit der Randbemerkung* Die Bahn soll hauptsächlich dazu dienen, den Kohlentransport nach Sachsen zu führen und dadurch der Hauptbahn Transporte zuzuführen; es stelle sich dieselbe daher als eine eigentliche Kohlen-Schleppbahn dar, die auch zu Personen- u. Frachten-Transport benützt wird. Die eingeklammerte Stelle ist von mir nicht gesprochen worden, wohl aber auch meine Zustimmung.

6 *Mit der Kundmachung des Handelsministers v. 23. 10. 1882, zu der dieser mit Ah. E. v. 19. 10. 1882 über seinen Vortrag v. 13. 10. 1882 ermächtigt wurde* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3948/1882 –, *wurde die Konzession der Eisenbahnstrecke Klostergrab–Mulde v. 4. 9. 1872 für erloschen erklärt,* Rgbl. Nr. 149/1882. *Fortsetzung in MR. v. 12. 12. 1882/II.*

Majestät die Ah. Bestätigung der Wahl Haases au. beantragt[7]. Dieser au. Antrag sei mit der Ah. Weisung herabgelangt, die Angelegenheit im Ministerrate vorzutragen und dann wieder Sr. Majestät vorzulegen[8].

In dem au. Vortrage wurde auch an[gesprochen, daß] Haase als Reichs[rats]abgeordneter der Vereinigten Linken angehöre. Ob es die politische Parteistellung Haases als Abgeordneter oder der Umstand sei, dass ein Superintendent einem Bischofe gleichzuhalten komme, weshalb Se. Majestät den Vortrag der Angelegenheit in der Ministerkonferenz anzuordnen geruht haben, wisse er nicht anzugeben[d]. Er erbitte sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem au. Antrage auf die Ah. Bestätigung der Wahl Haases, da er diese Wahl als eine sehr zufriedenstellende betrachten müsse und auch kein anderer möglicher Kandidat für die Stellung vorhanden sei. Auch der Ministerpräsident als Minister des Innern habe [sich] zustimmend zu dem Bestä[tigu]ngsantrage ausgesprochen.

Ohne Diskussion erklärt der Ministerrat zu dem Antrage des Ministers für Kultus und Unterricht seine Zustimmung[9].

Wien, am 10. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 4. November 1882. Franz Joseph.

Nr. 422 Ministerrat, Wien, 14. Oktober 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 14. 10.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Über die Frage der Konzedierung eines rückzahlbaren Staatsbeitrages in Modifikation der Landtagsvorlage über die Regelung der Verhältnisse des galizischen Grundentlastungsfonds. II. Frage des Eingehens auf die Erwirkung von Ah. Auszeichnungen anlässlich der Ah. Reise Sr. Majestät nach Triest und der daselbst stattgehabten Gedenkfeier. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dechant in Neukirchen, Franz Juvančič. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Professor an der theologischen Lehranstalt in Laibach, Dr. Leonhard Klofutar. V. Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberlandesgerichtspräsidenten Joseph Freiherrn v. Schenk in Lemberg. VI. Aufstellung der Grenzregulierungskommission bezüglich des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal. VII. Über die vom Ackerbauminister vorgenommene Bereisung Dalmatiens.

KZ. 98 – MRZ. 78

---

d *Bleistiftnotiz Franz Josephs* Die prononcierte Parteistellung.

7 *Anzeige der Wahl Haases mit Schreiben des evangelischen Oberkirchenrates v. 9. 9. 1882 und dessen Beurteilung mit Schreiben des Leiters der Landesregierung für Schlesien Bacquehem v. 22. 9. 1882,* Ava., CUM., allg., Faszikulatur B9, Karton 24, Zl. 17631/1882.

8 *Conrad hatte mit Vortrag v. 1. 10. 1882 um Bestätigung der Wahl Haases gebeten. Die Ah. E. v. 7. 10. 1882 erhielt den erwähnten Auftrag* Ist im Ministerrathe vorzutragen und Mir dann wieder vorzulegen, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3764/1882.

9 *Auf Vortrag Conrads v. 11. 10. 1882 bestätigte Franz Joseph mit Ah. E. v. 16. 10. 1882 die Wahl Haases,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3905/1882.

Protokoll des zu Wien am 14. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung die Lage hinsichtlich der im galizischen Landtage eingebrachten Vorlage betreffend die Regelung [der Ver]hältnisse des galizi[s]chen Grundentlastungsfonds, worüber von den beiden Ministern, welche Mitglieder des galizischen Landtages sind, während ihrer Anwesenheit im Landtage Fühlung genommen wurde[1].

Der Finanzminister macht folgende Mitteilung: Mit der Regierungsvorlage werde nebst der Abschreibung der seither geleisteten Staatsbeiträge per 75,172.560 fl. zugleich die Anordnung proponiert, dass in Zukunft anstatt des bisherigen jährlichen Staatsbeitrages per 2,625.000 fl. zum galizischen Grundentlastungsfonds von jetzt bis zum Jahre 1897 eine nicht rückzahlbare Staatssubvention im Betrage von 2,100.000 fl. jährlich [gewä]hrt werden solle. Diese Verminderung der jährlichen Staatssubvention gegenüber dem bisherigen Staatsbeitrage bilde die Schwierigkeit.

Nach vielfachen Diskussionen in dem bezüglichen Landtagsausschusse kamen jedoch die maßgebendsten Persönlichkeiten über Folgendes überein: Es sei der nicht rückzahlbare Beitrag von 2,100.000 fl. zu akzeptieren, doch gegen dem, dass dem Lande bis zur Tilgung der Grundentlastungsschuld jährlich außerdem noch ein später rückzuzahlender Beitrag von 325.000 fl. vom Staate geleistet werde, weil es dem Land nicht möglich wäre, die gegenüber früher um 525.000 fl. vermehrte Leistung des Landes [dur]ch die hiefür erforderliche Erhöhung der Grundentlastungszuschläge (welche sieben Kreuzer vom Steuergulden ausmachte) zu decken, weiters gegen dem, dass mit Rücksicht darauf, dass die letzte Verlosung der Obligationen des westgalizischen Grundentlastungsfonds am 30. April 1898 stattfindet und die Ende Oktober 1897 verlosten Obligationen des ostgalizischen Fonds erst am 1. Mai 1898 zur Zahlung gelangen, der Staatsschatz auch noch für das Jahre 1898 dem Lande die Hälfte der Staatssubvention per 1,050.000 fl. gewähre.

Der Finanzminister erklärt, dass er den Eindruck gewonnen habe, dass die Regierungsvorlage, wie sie bestehe, absolut nicht durchzubringen wäre, weil die erforderliche [Erhöh]ung der Grundentlastungs[z]uschläge vom Landtage niemals zugegeben werden würde. Deshalb scheine es ihm notwendig, doch noch ein weiteres Zugeständnis zu machen, obwohl er obige Forderung als zu weit gehend erachte, und möchte der Finanzminister proponieren, dem Ansinnen wegen der Gewährung eines weiteren rückzahlbaren Staatsbeitrages von 325.000 fl. nachzugeben, jedoch das zweite Begehren bezüglich der Subvention für das Jahr 1898 abzulehnen, weil nach geschehener Tilgung der Grundentlastungsschuld die Erschwingung des für das Jahr 1898 noch erforderlichen Aufwandes dem Lande keine großen Schwierigkeiten machen könne.

Natürlich könnte, wenn sich der Ministerrat zu einer [Ko]nzession im Sinne seines Antrages bereit erklärte, bei dem jetzigen Stadium der Verhandlung keine förmliche Zusage gegeben, sondern nur im Wege des Statthalters eine vertrauliche Eröffnung der diesfälligen Bereitwilligkeit der Regierung gemacht werden, der jedoch zugleich beizufügen wäre, dass die Regierung hinsichtlich der Durchbringung im Reichsrate eine bindende Zusage nicht erteilen könnte, indem sie erst den Zusammentritt des Reichsrates abwarten müsse, um dort darüber mit der Majorität Fühlung zu nehmen. Schließlich legt der Finanzminister den auf den

---

1 *Fortsetzung des MR. v. 1. 7. 1882/I.*

Gegenstand bezüglichen ihm vom Ministerpräsidenten behufs des Referates übermittelten [Berich]t des Statthalters Grafen [Po]tocki vom 9. Oktober 1882 Zahl 181 dem Ministerratsprotokolle bei[a].

Minister Freiherr Ziemiałkowski schließt sich dem Antrage des Finanzministers an. Auch er habe in Lemberg den Eindruck gewonnen, dass es ohne eine weitere Konzession nicht gehen würde, zumal man anfänglich in die Regierungsvorlage gar nicht eingehen und die volle Summe des bisherigen Staatsbeitrages auch für die folgenden Jahre als Subvention haben wollte. Wenn man bedenke, dass im galizischen Landtage stets darauf hingewiesen werde, dass das Land nur ⅓ der Last zu tragen habe, während bei dem Umstande, als der Staatsbeitrag nicht die Hälfte des [Grundentlastu]ngserfordernisses per 5,700.000 fl. betrug, die Summe des Landesbeitrages das fragliche Drittel schon seither alljährlich um ca. 300.000 fl. überstieg, so scheine es begreiflich, dass man an den Landtag jetzt nicht mit der Zumutung herantreten könne, den Landeszuschlag um ein so beträchtliches Perzent zu erhöhen. Der Minister glaubt, dass wenn seitens der Regierung auf den rückzahlbaren Beitrag von 325.000 fl. eingegangen würde, man in Lemberg die weitere Anforderung schließlich fallen lassen dürfte. Immerhin würde bei der Konzedierung dieses Beitrages die Staatsleistung gegenüber jetzt um 200.000 fl. jährlich vermindert.

[Der] Ministerpräsident legt [so]hin die Sache dem Ministerrate zur Erwägung anheim. Wenn jetzt vom Landtage auf die Regierungsvorlage eigegangen werde, so erwachse aus der ganzen Aktion, zu der seit Jahren gedrängt wurde, wieder kein Resultat. Es gelte also zugleich, die Rückwirkungen in Erwägung zu ziehen, welche sich in diesem Falle für die politische Situation ergeben könnten. Was das formelle Vorgehen im Falle der Bereitwilligkeit des Ministerrates anbelange, so stimme er ganz der Ansicht des Finanzministers bei, dass der Erklärung des diesfälligen Entgegenkommens beizufügen sei, dass sich die Regierung damit nicht unbedingt gebunden erachten [könne, das auf dieser] Basis zustande gebrachte Übereinkommen sogleich auch im Reichsrate einzubringen, sondern bei dem Umstande, als sie sich in dieser wichtigen Frage einer Niederlage nicht aussetzen könnte, vorbehalten müsse, nach Fühlungnahme mit der Majorität den geeigneten Zeitpunkt für ihr Vorgehen auszuwählen.

In der Diskussion werden folgende Momente berührt: Auf die Frage des Ministers für Kultus und Unterricht, bis zu welcher Zeit die Rückerstattung der Summe der rückzahlbaren Beiträge erfolgen würde?, bemerkt der Finanzminister, dass die Rückzahlung der ca. 4,700.000 fl. betragenden [Sum]me nach Ablauf der Tilgungszeit, das ist nach 1897, leicht innerhalb zweier Jahre im Wege der Einhebung von Landeszuschlägen würde erfolgen können. Minister Freiherr v. Pražák regt an, ob nicht vielleicht doch eine Verzinsung der fraglichen rückzahlbaren Beiträge zu erzielen wäre. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski und der Finanzminister geben übereinstimmend ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, dass die Verzinsung gewiss nicht zu erreichen wäre, nachdem man ja anfänglich den Mehrbeitrag gleichfalls als Staatssubvention haben wollte.

Infolge der Anregung der Frage der Garantie für die [Rück]zahlung der [rü]ckzahlbaren Beiträge wird von Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski und vom Finanzminister übereinstimmend dargelegt, dass durch die mit dem Landesgesetze ausgesprochene Anerkennung der Schuld genugsame Garantie gegeben sei, indem man es dann in der Hand habe, eventuell durch Exekution auf die Landesumlage die Schuld hereinzubringen.

---

[a] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

Der Minister für Kultus und Unterricht regt an, ob nicht etwa mit der Verfügung der Abschreibung der bisherigen Beiträge per 75 Millionen so lange zuzuwarten wäre, bis die Rückzahlung der rückzahlbaren Beiträge erfolgt sei?

[Dem]gegenüber wird vom Ministerpräsidenten und den Ministern Freiherrn v. Ziemiałkowski und Freiherrn v. Pražák hervorgehoben, dass erstlich überhaupt das ganze Übereinkommen, wodurch eine Verhinderung der jährlichen Staatszuschüsse erzielt werde, auf der Abschreibung der früheren Beiträge basiere und dass die Möglichkeit einer Alterierung dieses Punktes vorausgesetzt, die Sache vom Garantiestandpunkte überflüssig wäre, weil die mit dem Landesgesetze ausgesprochene Verpflichtung für die Garantie vollkommen hinreiche.

Endlich beschließt der Ministerrat einhellig, auf den Antrag des Finanzministers einzugehen und den Bericht des Statthalters Grafen Potocki [vom] Ministerpräsidenten mit der aus der Anlage ersichtlich [Z]uschrift zu beantworten[b,2].

II. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die vom Statthalter in Triest bereits in drei Berichten vorgebrachten Auszeichnungsanregungen, welche bis jetzt – und die Sache dürfte noch nicht abgeschlossen sein – 118 Auszeichnungsanträge begreifen[3]. Es handle sich um Auszeichnungen aus Anlass der Gedenkfeier des Anschlusses Triests an das Ah. Kaiserhaus sowie aus Anlass der Ah. Reise Sr. Majestät durch das Küstenland[4]. Insoferne letzterer Anlass hiebei wesentlich infrage komme, würde es nicht angehen, die vorliegenden Anträge [nur für d]as Gebiet der Statthalter in Triest zu berücksichtigen, ohne zugleich auch in dieser Beziehung der Ah. Reise Sr. Majestät durch Kärnten zu gedenken[5] und von dorther ebenfalls entsprechende Anträge erlangt zu haben, weil die lediglich Berücksichtigung Triests und die Übergehung Kärntens bei den vorliegenden gleichen Anlässen bezüglich des letzteren Landes den Eindruck der Ah. Ungnade machen müsste und dies umso mehr, als auch in anderen Fällen aus Anlass der Ah. Reisen Auszeichnungsberücksichtigungen gewährt wurden. Er bringe daher heute die Frage der Auszeichnungsanträge für Triest nur prinzipiell zur Sprache, um, wenn der Ministerrat im Allgemeinen sich für das Eingehen darauf erkläre, sodann auch den Lan[despräsidenten von] Kärnten zur Stellung von Anträgen aufzufordern und mittlerweile eine Sichtung der umfangreichen Triester Anträge vorzunehmen, zu welch letzterem Behufe er die Einsetzung eines Ministerratskomitees proponiere.

Der Finanzminister erklärt sich vom allgemeinen Standpunkte gegen das Eingehen auf die Auszeichnungsanregungen für Triest. Die Triester Ausstellung, gegen welche er – wie er es auch im Ministerrate wiederholt betont hatte[6] – von vorneherein gewesen sei, stelle sich

---

b *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

2 *Fortsetzung in MR. v. 16. 1. 1883/I.*

3 *Die Vorbereitung dieser Reise kam gemeinsam mit den Ereignissen während der Triester Gewerbeausstellung zuletzt zur Sprache in MR. v. 23. 8. 1882/V. Die Auszeichnungsanträge des Statthalters im Küstenland Pretis konnten in* Ava., IM., Präs. *nicht gefunden werden.*

4 *Am 17. 9. 1882 fand ein Attentatsversuch auf Franz Joseph statt, das zwar den Monarchen verfehlte, dem jedoch zwei Personen zum Opfer fielen. Am Tag zuvor war ein parallel dazu von Guglielmo Oberdan (Wilhelm Oberdank) durchzuführendes Attentat aufgedeckt und Oberdan verhaftet worden,* Alexander, The Hanging of Wilhelm Oberdank.

5 *Der Aufenthalt Franz Josephs in Kärnten währte v. 8. 9. 1882 –* Wiener Zeitung (A.) v. 9. 9. 1882 *– bis 11. 9. 1882 –* Wiener Zeitung (A.) v. 11. 9. 1882.

6 *Vermutlich MR. v. 18. 6. 1881/VIII (liegt nicht ein). Erhalten ist Dunajewskis Position in MR. v. 26. 4. 1882/I, der sich mit der Frage eines Staatsvorschusses von 100.000 fl. für die Ausstellung beschäftigte.*

nunmehr beim Abschluss der Sache als ein verfehltes Werk dar. Er sehe von den Attentaten ab[7], weil man die Verbrechen einzelner nicht der ganzen Bevölkerung zu Last legen könne. Aber [seine] persönliche Überzeugung sei die, dass Österreich nach außen sich durch diese Ausstellung bloßgestellt habe sowie dass eben dieselbe den unmittelbaren Anlass zu den Vorkommnissen geboten habe, durch welche dem Auslande gezeigt wurde, dass wir in Triest eine schwache Seite haben. Der Finanzminister könnte höchstens zustimmen, dass man jene Beamten, welche zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Verhinderung von Attentaten gewirkten haben, berücksichtige. Im Übrigen aber wäre er dafür, die Auszeichnungsanregungen wenigstens für vorläufig ruhen zu lassen.

Der Landesverteidigungsminister schließt sich der Anschauung des Finanzministers an, indem die Verhältnisse in Triest und Istrien sehr viel zu wünschen [übrig lassen] c[]ng der [] der nicht geradezu[c] schlecht Gesinnten keine solche sei, um Anlass zu haben, mit weitgehenden Belohnungen vorzugehen. Denn er könne die patriotische Gesinnung nur dort vorhanden sehen, wo man bereit sei, seinen Patriotismus bei jeder Gelegenheit mit Wort und Tat zu bekennen. Er wäre daher höchstens dafür, einige Persönlichkeiten, welche sich durch dienstlichen Pflichteifer oder durch besonders patriotische Haltung hervorgetan haben, zu berücksichtigen und zwar dies zur Ermunterung für alle Übrigen.

Der Ministerpräsident bemerkt gegenüber dem Finanzminister, dass es sich in Triest nicht bloß um die Ausstellung gehandelt habe. Gälte es nur [dieser], so würde der Ministerpräsident auch gegen Auszeichnungen sein. Es komme aber hauptsächlich in Betracht die historische Gedenkfeier und die Ah. Reise Sr. Majestät. Die Feier hätte jedenfalls stattgefunden, wenn auch keine Ausstellung veranstaltet worden wäre, und bei solchen Gelegenheiten wurden immer Ah. Auszeichnung verliehen. Es würde daher höchst auffällig sein, wenn man anlässlich dieser Feier von allen Auszeichnungsberücksichtigungen absähe. Der Charakter der historischen Feier aber gestatte es wieder nicht, etwa bloß Beamte zu berücksichtigen. Das, was von den beiden Vorrednern angedeutet wurde, gebe jedoch gewiss Beweggrund ab, die Auszeichnungsanträge zu restringieren, was ihm sehr entsprechend scheine.

[Der Handelsmini]ster [st]ellt sich auf den Standpunkt des Ministerpräsidenten. Der Feier des historischen Momentes müsse man doch mit Gnadenzuwendungen gedenken und würde es böses Blut machen, wenn man dies nicht täte. Zugleich handle es sich auch um Elemente, auf welche man für die Zukunft rechnen müsse. Etwas anderes sei die Restringierung der umfangreichen Anträge.

Der Finanzminister bemerkt, er verkenne keineswegs die Bedeutung des historischen Momentes. Doch der Verlauf der Feier sei nicht so entsprechend gewesen. Die maßgebenden Elemente jener Klassen, welche den Reichtum der Stadt repräsentieren, haben sich kalt benommen. Diese Elemente sollten doch nicht berücksichtigt werden. Die Minister Freiherr v. Ziemiałkowski, Graf Falkenhayn, Freiherr v. Pražák und Freiherr v. Conrad erklären sich für die Anschauung des Ministerpräsidenten.

---

c–c *Korrektur Welsersheimbs aus* []ng der sogenannten Gutgesinnten und der nicht.

7 *Gemeint sind der Anschlag am 3. 8. 1882, siehe dazu MR. I v. 19. 8. 1882/I, und der Attentatsversuch von Donato Ragosa am 17. 9. 1882, der im Ministerrat nicht direkt angesprochen wurde. Das bevorstehende Todesurteil gegen den zweiten Attentäter Oberdan, der bereits am 16. 9. 1882 verhaftet worden war, kam zur Sprache in MR. v. 31. 10. 1882/III.*

Es wird sonach vom Ministerrate beschlossen, auf Auszeichnungen für Triest einzugehen, den Landespräsidenten von Kärnten zur Stellung von Anträgen aufzufordern und zur Sichtung der vom Statthalter in Triest vorgebrachten Anträge ein Komitee bestehend aus dem Ministerpräsidenten und den Minister Freiherrn v. Conrad und Freiherrn v. Pino einzusetzen[8].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Minister[rates zu dem Vorhaben,] für den Dechant und Pfarrer in Neukirchen, Ehrendomherrn Franz Jurančič, in Anerkennung seines 57-jährigen Wirkens in der Seelsorge das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[9].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Professor an der theologischen Diözesenlehranstalt in Laibach, Dr. Leonhard Klofutar, in Anerkennung seines langjährigen verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[10].

[V.] Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Präsidenten des Oberlandesgerichtes in Lemberg, Joseph Freiherrn v. Schenk, das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der nächste Anlass zu seinem Antrage sei, dass Freiherr v. Schenk, welcher bereits 46 Jahre diene, in einigen Tagen das zehnjährige Jubiläum in der Stellung eines Oberlandesgerichtspräsidenten begehe und ziehe der Minister dabei auch den Umstand in Betracht, dass bereits ein jüngerer Oberlandesgerichtspräsident mit dem Großkreuze des Franz-Joseph-Ordens dekoriert sei. Der Minister betont, dass [Sche]nk einer der ausgezeichnetsten Oberlandesgerichts-Präsidenten sei und dass er jetzt sehr schwer zu ersetzen wäre.

Der Finanzminister hat nichts gegen die Erwirkung der beantragten Auszeichnung einzuwenden, doch könnte der Minister für sich den Beweggrund hiefür nicht in dem Wunsche sehen, dass Schenk noch länger im aktiven Dienste verbleibe. Der Minister glaubt, dass es vielmehr gut wäre, wenn Schenk in Pension ginge. Derselbe sei jetzt schon etwas schroff und gereizt geworden und die Zustände der Gerichte in Ostgalizien lassen das Eingreifen einer jüngeren Kraft als erwünscht erscheinen.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski er[klärt] sich gleichfalls nicht aus dem Grunde, dass Schenk bewogen werde, noch länger zu bleiben, wohl aber aus dem Minister Freiherrn v. Pražák ausgeführten Gründen für die Auszeichnungsberücksichtigung. Er glaube übrigens, dass Schenk überhaupt nicht in Pension gehen wolle. Was die Gerichte in Ostgalizien anbelange, so leiden dieselben vor allem an Überbürdung, was notwendigerweise Übelstände zur Folge habe. Eine weitere Ursache sei die etwas zu nachsichtliche Behandlung der Disziplinarangelegenheiten seitens des Obersten Gerichtshofes.

Der Ministerrat erklärt zum Antrage des Leiters des Justizministeriums seine Zustimmung[11].

---

8 *Das Schreiben Taaffes an den Landespräsidenten Kärntens, Franz Schmidt v. Zabiérow, liegt im Bestand* Ava., IM., Präs., Sig. 43 *nicht ein. Fortsetzung in MR. v. 31. 10. 1882/II.*

9 *Mit Vortrag Conrads v. 18. 10. 1882 wurde Jurančič mit Ah. E. v. 24. 10. der Orden verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4016/1882.

10 *Klofutar erhielt den Orden mit Ah. E. v. 24. 10. 1882 über Vortrag Conrads v. 18. 10. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4015/1882.

11 *Der Vortrag Pražáks v. 15. 10. 1882 wurde mit Ah. E. v. 19. 10. 1882 im Sinne des Antrages angenommen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3959/1882.

[VI.] Der Ministerpräsident bringt zur Sprache das weitere Vorgehen in Angelegenheit des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal[12]. Nachdem seitens der ungarischen Regierung prinzipiell die Zugehörigkeit dieser provisorisch unter die Verwaltung des Banus gestellten Gebiete zu Krain anerkannt sei, handle es sich nunmehr um die der definitiven Lösung voranzugehende Grenzregulierung hinsichtlich derselben[13].

Es habe sich deshalb der ungarische Ministerpräsident an ihn wegen der Aufstellung der beiderseitigen Grenzregulierungskommissionen gewendet und habe der ungarische Ministerpräsident dabei zugleich mit[getei]lt, dass er an die Spitze der Kommission als Präsidenten den Grafen Anton Szécsen zu berufen und unter die Mitglieder der Kommission auch den betreffenden Obergespan aufzunehmen beabsichtige[14]. Indem es jetzt gelte, die diesseitige Kommission zu bestimmen, so wolle der Ministerpräsident diesfalls vorgehen und beabsichtige er, den Grafen Hohenwart, dem zugleich die Verhältnisse Krains besonders bekannt seien, als Präses zu berufen und unter die Mitglieder entsprechend auch den Landespräsidenten von Krain aufzunehmen.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung des Ministerpräsidenten genehmigend zur Kenntnis[15].

VII. Der Ministerpräsident gedenkt der vom Ackerbauminister vorgenommenen Bereisung Dalmatiens, welches hingebende mühevolle Unternehmen auch im Publikum einen guten Eindruck gemacht habe[16]. Der Ministerpräsident glaubt den Intentionen der Ministerkollegen zu entsprechen, wenn er in seinem Namen und im Namen aller übrigen Minister dem Ackerbauminister danke, dass er sich dieser mit vielen Beschwerden verbundenen Mühewaltung unterzogen habe. Zugleich richtet der Ministerpräsident an den [Acker]bauminister die Bitte, die bei dieser Bereisung gewonnen Erfahrungen den Ministern mitzuteilen.

---

12 *Die Frage der Grenze zwischen Cisleithanien und Ungarn und der Zugehörigkeit des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal zu Kroatien oder Krain war bereits zur Sprache gekommen in MR. v. 22. 1. 1881/IX, MR. v. 26. 4. 1881/V, MR. I v. 7. 6. 1881/I, MR. I v. 6. 7. 1881/II und MR. v. 14. 9. 1881/I (liegen alle nicht ein). Mit Gesetz v. 8. 6. 1871,* RGBL. Nr. 49/1871 *über den Quotenbeitrag Ungarns wegen der Übernahme der Militärgrenze in die ungarische bzw. kroatische Zivilverwaltung war für diese Gebiete eine Grenzregulierung gegenüber Krain und die Prüfung ihrer Ansprüche bestimmt worden. In dem in der Krain gelegenen Sichelburg und Marienthal waren in den 1530er Jahren Flüchtlinge aus den von Osmanen besetzten Gebieten zur Grenzverteidigung angesiedelt worden.* So entstand ein Stück Militärgrenze auf krainischem Boden*, Promemoria (Abschrift) des Sekretärs des historischen Vereins für Krain August Dimitz v. 9. 1. 1870,* AVA., IM. Präs., Karton 384, Sig. 9, Zl. 7141/1881*. Hier finden sich auch die* als Annex angeschlossenen älteren Akten des Krainer Guberniums stammend aus jenen vermischten Beständen, die im Jahre 1934 aus den Stellen des Bundeskanzleramtes übernommen wurden*, Akten aus den Jahren 1792–1848 und das oben zitierte Promemoria Dimitz'.*

13 *Am 6. 6. 1881 vereinbarten unter Vorsitz des Monarchen beide Ministerpräsidenten, dass Ungarn – unter Vorbehalt der legislativen Zustimmung die Ansprüche Cisleithaniens auf Sichelburg und Marienthal im Prinzip anerkenne, Vortrag Taaffes v. 2. 1. 1882, den Franz Joseph mit Ah. E. v. 8. 1. 1882 zur Kenntnis nahm,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 106/1882.

14 *Schreiben (Abschrift) Tiszas an Taaffe v. 17. 9. 1882,* AVA., IM. Präs., Karton 384, Sig. 9, Zl. 5624/1882.

15 *Mit Schreiben (K.) v. 19. 10. 1882 forderte Taaffe den Landeshauptmann in Laibach Winkler auf, neben Hohenwart die anderen Mitglieder der cisleithanischen Grenzregulierungskommission vorzuschlagen,* AVA., IM., Präs., Karton 384, Sig. 9, Zl. 4875/1882*. Bericht Taaffes mit Vortrag v. 14. 10. 1882, der mit Ah. E. v. 24. 10. 1882 zur Kenntnis genommen wurde,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 4012/1882*. Die Angelegenheit kam erneut zur Sprache in MR. v. 29. 4. 1885/II.*

16 *Die aus Anlass des Aufstandes in Süddalmatien unternommene Bereisung Dalmatiens von Falkenhayn fand zwischen 20. 9. und 13. 10. 1882 statt, Reiseprogramm in* AVA., AckM., Präs. 1271/1882.

Der Ackerbauminister erwidert, dass er nur seine Schuldigkeit getan habe, indem sein Ressort mehr als jedes andere eine unmittelbare Wahrnehmung der Verhältnisse erheische. Hinsichtlich der Mitteilung der vom Ackerbauminister gewonnen Eindrücke wird nach kurzer Diskussion über Proposition des Ministerpräsidenten der Vorgang in Aussicht genommen, dass der Ackerbauminister die sein Ressort betreffenden Wahrnehmungen in einem au. Vor[tra]ge Sr. Majestät unterbreite, hingegen die die übrigen Ressorts betreffenden Wahrnehmungen in ein im Ministerrate vorzubringendes Promemoria zusammenfasse[17].

Wien, am 14. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 423 Ministerrat, Wien, 21. Oktober 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 21. 10.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Hankiewicz.

I. Erlass einer Verordnung hinsichtlich des Vorganges beim Zusammentreffen von Ärialabzügen mit Privatforderungen bei der Exekution auf die Bezüge eines Beamten. II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Franz Stähling. III. Erwirkung des Sternes zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens für den Abt Leopold Wackařz. IV. Erwirkung des Franz-Joseph-Ordens für den Subprior Pater Karl v. Attlmayr. V. Verweigerung der Lehrerkonferenzkosten seitens des Vorarlberger Landtages. VI. Einbringung einer Regierungsvorlage im Reichsrate wegen Abänderung des Anhanges der Reichsratswahlordnung betreffend Wahlbezirke der Landgemeinden in Galizien anlässlich der Errichtung des Bezirksgerichtes Czarny-Dunajec. VII. Frage der Berechnung der Dauer einer Landtagsperiode anlässlich des Krainer Landtages. Frage der Auflösung des Krainer Landtages. VIII. Frage der Einberufung der Landtage von Triest und Dalmatien. IX. Frage der Stellung eines Amnestieantrages für im Auslande befindliche Stellungsflüchtige. X. Schließung des böhmischen Landtages. XI. Promemoria des Ackerbauministers über die in Dalmatien bezüglich der anderen Ressorts gewonnen Eindrücke.

KZ. 99 – MRZ. 79

Protokoll des zu Wien am 21. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Im Auftrage des Finanzministers referiert Ministerialrat Hankiewicz über die zur Ausführung des G[esetzes vo]m 21. April 1882, RGBl. Nr. 123, betreffend die Exekution auf die Bezüge der im öffentlichen Dienste stehenden Personen[1] zu erlassende Verordnung behufs Erzielung eines gleichmäßigen Vorganges bei der Behandlung der Einkommensteuer-,

---

17 *Die Wahrnehmungen in Dalmatien bezüglich seines Ressorts legte Falkenhayn mit Vortrag v. 21. 10. 1882 Franz Joseph vor, der den Bericht mit Ah. E. v. 27. 10. 1882 zur Kenntnis nahm,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4049/1882*; das Promemoria über die Erfahrungen in den anderen Angelegenheiten kam zur Sprache in MR. v. 21. 10. 1882/XI.*

1 *Das Gesetz v. 21. 4. 1882,* Rgbl. Nr. 123/1882 *war behandelt worden in MR. v. 9. 1. 1880/IV, MR. v. 24. 2. 1880/IV, MR. v. 30. 10. 1880/V, MR. v. 17. 2. 1882/XII, MR. v. 27. 3. 1882/IV und MR. v. 14. 4. 1882/VII (liegen alle nicht ein). Der Gesetzentwurf war über Vortrag von Justizminister Streit v. 10. 11. 1880 aufgrund der Ah. E. v. 22. 11. 1880* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ 4345/1880 – *mit Schreiben Streits v. 26. 11. 1880 in das Herrenhaus eingebracht* – Prot. Reichsrat HH 13. 12. 1880 (26. Sitzung) 292 – *und nach der Annahme*

Diensttax- und Besoldungsvorschussabzüge, dann der Abzüge zur Deckung der Ärarialforderungen und zur Ergänzung der Dienstkautionen im Falle des Zusammentreffens mit Privatforderungen. Referent legt den aus der Anlage ersichtlichen Verordnungsentwurf vor[a] und bemerkt, dass dem damit proponierten Vorgange von den übrigen Ministerien mit Ausnahme des Landesverteidigungsministeriums prinzipiell zugestimmt wurde[2]. Das Landesverteidigungsministerium vertrete einen prinzipiell abweichenden Stand[pun]kt dahin, dass Steuern, Diensttaxen und die Beträge zur Ergänzung der Dienstkaution nur von dem der Exekution unterliegenden Teile der Dienstbezüge hereinzubringen seien, sodass also mit Abzügen für diese Bestimmungen der zum eigenen Gebrauche freigelassene Gehaltsbetrag nicht belastet werde.

Der Landesverteidigungsminister legt vor, dass [b]er dafürhalte[b], dass sich die Forderungen, für welche die fraglichen Abzüge geschehen, unter die im ersten Absatze des § 9 des Gesetzes vom 21. April 1882 allgemein als im administrativen Wege einzubringende bezeichneten Forderungen subsummieren lassen, [c]welche nach dem Hofkammerdekrete vom 1. Dezem[ber] 1834 die Priorität vor allen Privatforder[un]gen haben, daher mit Letzteren nicht gleichzeitig konkurrieren sollen, und einen Abzug über das fixierte Existenzminimum nach dem Gesetze nur unter der Voraussetzung zulässig erscheinen lassen, dass der Gesamtabzug ausschließlich durch Forderungen solcher Natur und nicht auch mit durch Privatforderungen in Anspruch genommen werde[c]. Wenn er aber auch von der formellen Frage der bezüglichen Subsumption absehe und sich diesfalls dem Urteile des Justizressorts unterwerfen wolle, so glaube er, dass es dem Geiste des Gesetzes nicht entspreche, wenn das von demselben festgesetzte Existenzminimum [d]durch kumulierte Abzüge privater und[d] administrativer Natur, ohne dass nach den sonstigen Anordnungen des Gesetzes eine Notwendigkeit hiezu vorläge, geschmälert werde. [e]Ein derartiges Verfahren erscheine geeignet, nicht nur gesetzliche Umstände, sondern auch mannigfache Komplikationen in der Durchführung zu provozieren, und das Interesse der hievon betroffenen Staatsdiener willkürlich zu schädigen[e].

Ministerialrat Ritter v. Hankiewicz erwidert, dass unter den im ersten Absatze des § 9 gedachten Forderungen [nac]h dem strikten Inhalte der Bestimmung nur die aus dem Dienstverhältnisse entspringenden Ärarialforderungen verstanden werde können, für deren Einbringung im administrativen Wege die Anordnung des Hofkammerdekretes vom 1. Dezember 1834, JGS. Nr. 2675[3] bestehe. Unter die in diesem Hofdekrete näher bezeichneten Forderungen lassen sich aber Steuern, Taxen, Abzüge zur Ergänzung der Dienstkaution nicht subsummieren. Nicht in dem Sinne sei das Existenzminimum freigelassen worden, dass da-

---

a *Liegt dem Protokoll als Beilage 1 bei.*

b–b *Streichung Welsersheimbs aus* er diesen Gesichtspunkt aus dem Grunde vertreten zu müssen glaube, weil er dafürhalte.

c–c *Korrektur Welsersheimbs aus* welche Forderungen nach dem zweiten Absatze des § 9 nur von dem der Exekution unterliegenden Teile Abzüge geschehen können.

d–d *Korrektur Welsersheimbs aus* wieder durch Abzüge.

e–e *Einfügung Welsersheimbs.*

von beiden Häusern – Prot. Reichsrat AH 28. 3. 1882 (22. Sitzung) 7732 *und* Prot. Reichsrat HH 30. 3. 1882 (60. Sitzung) 913 f. – *über Vortrag Pražáks v. 15. 4. 1882 mit Ah. E. v. 21. 4. 1882 sanktioniert worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ 1569/1882.

2 *Siehe dazu die schriftlichen Stellungnahmen der Ministerien in* Fa., FM., allg., Abt. I, Sig. 25a, Zl. 30590/1882.

3 *Hofkammerdekret v. 1. 12. 1834 zufolge Ah. Entschließung v. 8. 8. 1834,* Jgs. Nr. 2675/1834.

von überhaupt kein Abzug mehr solle geschehen können, sondern nur in dem Sinne der Befreiung von der Exekution. Der von der Exekution freigelassene Teil könne re[lativ] beträchtlich genug sein, um Abzüge zuzulassen. Aber auch wenn man das eigentliche Minimum von 800 fl. ins Auge fasse, so müsse man bedenken, dass eine Reihe von Beamten eben nur in diesem oder in einem noch geringerem Gehaltsbezuge stehe und dass man bei der Anwendung des Standpunktes des Landesverteidigungsministeriums[f] von solchen Beamten weder Taxen noch Steuern einfordern könnte. Was speziell die Dienstkautionen anbelange, so müsse man bedenken, dass es sich hier um Abzüge handelt, welche für das Eigentum des Kautionserlegers geschehen, dass es nur eine Wohltat für den Kautionspflichtigen bedeutet, wenn man anstatt von vornherein den Erlag [der] Kaution zu fordern, dieselbe mittelst Abzügen erlegen lasse und dass dieser Vorgang ein besonderes Übereinkommen begreife.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass er der Anschauung des Vertreters des Finanzministeriums beistimme und die Deduktion des Landesverteidigungsministeriums nicht teilen könne.

Sektionschef Freiherr v. Kubin macht zu Punkt 3 des Verordnungsentwurfes aufmerksam, dass die Bestimmungen desselben nicht bloß hinsichtlich eigentlicher Ärarialforderungen, sondern auch hinsichtlich der Forderungen eines öffentlichen nicht eigentlich ärarischen Fonds werden zur Anwendung kommen müssen, [nac]hdem bei solchen Fondsanstalten – Redner weist beispielweise auf das Wiener Versatzamt hin – die Beamten der Behandlung nach dem für Beamte der Staatsanstalten bestehenden Normen unterstellt seien. Redner beantragt daher eine entsprechende Änderung der Stilisierung des Punktes 3 in Erwägung zu nehmen, um die erweiterte Anwendung zulässig erscheinen zu lassen, nachdem § 9 des Gesetzes dieser Ausdehnung nicht im Wege stehe und das Hofkammerdekret vom 1. Dezember 1834 nur die eigentlichen Ärarialforderungen im Auge habe.

Infolge dieser Anregung wird nach dem Antrage des Handelsministers die Abänderung der Stilisierung des Punktes 3 [sodan]n beschlossen, dass das Wort [„]Ärarial“ vor dem Worte „Forderungen“ sowie weiters die Anführung des Hofkammerdekretes vom 1. Dezember 1834 JGS. Nr. 2675 eliminiert werde. Die übrigen Bestimmungen des Verordnungsentwurfes werden nach der vorgelegten Fassung akzeptiert[4].

II. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Statthaltereirat der Statthalterei in Graz, Franz Stähling, in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und vorzüglichen Dienst-

---

f *Randbemerkung Welsersheimbs* Der Standpunkt des Landesverteidigungsministers wurde nicht richtig aufgefasst.

4 *Die Verordnung für den Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums wurde publiziert als Erlass des Finanzministeriums v. 21. 10. 1882,* betreffend den Vorgang bei der Behandlung der Einkommensteuer-, Diensttax- und Besoldungsvorschuß-Abzüge, dann der Abzüge zur Deckung von aus dem Dienstverhältnisse entspringenden Forderungen und zur Ergänzung der Dienstcautionen im Falle des Zusammentreffens mit Privatforderungen, Verordnungs-Blatt für den Dienstbereich des k. k. österreichischen Finanzministeriums, Jg. 1882, 497 f. *Die anderen cisleithanischen wie gemeinsamen Minister teilten Dunajewski die Umsetzung für ihren Amtsbereich mit,* Fa., FM., allg., Abt. I, Sig. 25a, Zl. 33326/1882.

leistung den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu [erw]irken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[5].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Abt des Zisterzienserstiftes in Hohenfurt, Leopold Wackařz, anlässlich der Feier des 25-jährigen Jubiläums seiner Abtwahl, in Anerkennung seiner verdienstlichen Tätigkeit den Stern zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte [des] diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über die von Sr. kaiserlichen Hoheit dem Herrn Erzherzog Wilhelm gegebene und ihm mittelst Ah. Handschreibens vom 28. September 1882 zur Antragstellung übermittelte Anregung wegen Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Subprior des Deutschen-Ordens-Priesterkonventes in Lana Pater Carl v. Attlmayr[7]. Auf Grundlage des vom Statthalter nach Einvernehmung des Fürstbischofes von Trient erstatteten Antrages, wornach Attlmayr einer Ah. Auszeichnung vollkommen würdig erscheint, beabsichtige der Minister für denselben anlässlich seines Priesterjubiläums in Anerkennung seines vieljährigen sehr ersprießlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[8].

V. Der Minister für Kultus und Unterricht teilt mit, dass laut eines an ihn eingelangten Telegrammes, der Vorarlberger [Lan]dtag abermals die Kosten für die Lehrerkonferenzen verweigert habe und dass vom Regierungsvertreter im Landtage die in der Ministerkonferenz vom 5. September 1882 genehmigte Erklärung betreffend die Hereinbringung dieser Kosten aus den eingezahlten Landeszuschlägen abgegeben wurde. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen[9].

VI. Im Auftrag des Ministerpräsidenten als Leiters des Ministeriums des Innern referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin über die Einbringung einer Regierungsvorlage im Reichs[rate betre]ffend die Abänderung der Bestimmungen des Anhanges zur Reichsratswahlordnung in Betreff der Wahlbezirke in Galizien d) Landgemeinden Z. 4. Es handle sich dabei lediglich darum, wegen der Errichtung eines neuen Bezirksgerichtes in Czarny-Dunajec, diesen Gerichtsbezirk in dem bezüglichen Anhange anzuführen. Die bisherigen Grenzen des fraglichen Wahlbezirkes bleiben unberührt. Der Ministerrat erklärt zur Einbringung der Vorlage seine Zustimmung[10].

---

5 *Den Orden beantragte Taaffe mit Vortrag v. 25. 10. 1882, der mit Ah. E. v. 1. 11. 1882 verliehen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4109/1882.

6 *Der Stern wurde entsprechend dem Antrag Conrads in Vortrag v. 26. 10. 1882 mit Ah. E. v. 1. 11. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4119/1882.

7 *Das Gesuch war mit Handschreiben v. 28. 9. 1882 Conrad weitergeleitet worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Kurrentbilette B19c/1882.

8 *Mit Ah. E. v. 27. 10. 1882 verlieh Franz Joseph Attlmayr den Orden auf Vortrag Conrads v. 22. 10. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4051/1882.

9 *Fortsetzung von MR. v. 5. 9. 1882/I; Ablehnung der Lehrerkonferenz und Erklärung des Regierungsvertreters* Prot. Landtag Vorarlberg 21. 10. 1882 (11. Sitzung) 109.

10 *Änderungen der Reichsratswahlordnung aufgrund der Neuregelung von Gerichtsbezirken kamen in der hier behandelten Periode bereits zur Sprache in MR. v. 26. 4. 1880/I (Gesetz v. 8. 6. 1880,* Rgbl. Nr. 68/1880*) und MR. v. 22. 1. 1881/IV (Gesetz v. 10. 4. 1881,* Rgbl. Nr. 36/1881*), beide Protokolle liegen nicht ein; nach-*

VII. Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin über die Frage der Dauer der Landtagsperiode des jetzigen Krainer Landtages. [D]er Landtag wurde im Juli [18]77 gewählt und trat am 12. September 1878 zusammen[11]. Würde die sechsjährige Periode vom Zeitpunkt der Wahl an gerechnet, so wäre dieselbe im Juli 1883 abgelaufen. Bei der Annahme des Beginnes der Periode jedoch vom Zeitpunkte des Zusammentrittes des neugewählten Landtages an würde die sechsjährige Periode erst am 11. September 1884 ablaufen. Die Frage wurde in einem Berichte des Landespräsidenten von Krain angeregt[12] und vertrete der Landespräsident darin die Ansicht, dass die Landtagsperiode vom Zeitpunkte der Wahl der Abgeordneten an zu berechnen sei, sodass demnach die jetzige Periode des Krainer Landtages mit Juli 1883 ende.

An diese Argumentation anknüpfend erörtere der Landespräsident die Frage der Vor[nahme der Wah]len, wobei er es wieder als geboten voraussetzt, dass die neue Landesvertretung bis zur Zeit der im Sommer künftigen Jahres stattfindenden Jubiläumsfeier des Anschlusses Krains an das Ah. Kaiserhaus, zu welcher Feier Se. Majestät nach Krain zu kommen beabsichtigen, schon vorhanden sein solle, um Sr. Majestät im Namen des Landes die Huldigung darzubringen[13]. Nachdem der Landespräsident glaubt, dass der ziemlich unmittelbar vor die Jubiläumsfeier fallende Zeitpunkt der natürlichen Endigung der Landesperiode zur Vornahme der Neuwahlen nicht geeignet sei, so beantragt der Landespräsident, den Landtag jetzt aufzulösen und die Neuwahlen noch in diesem Herbste vorzunehmen. Es handle sich vor allem, sich darüber auszusprechen, wie die [je]tzige Landtagsperiode zu berechnen sei.

Die Frage wurde bereits dreimal im Ministerrate erörtert. Das erste Mal geschah dies in der Konferenz vom 1. Juli 1876, wo der Ministerrat dem vom damaligen Minister des Innern Freiherrn v. Lasser vertretenen Standpunkte zustimmte, dass der Beginn jeder Landtagsperiode vom Tage des ersten Zusammentrittes des neugewählten Landtags an gezählt werde[14]. Das zweite Mal wurde derselbe Standpunkt in der Ministerkonferenz vom 4. Februar 1878 approbiert[15]. Das dritte Mal wurde die Frage in der Ministerkonferenz vom 1. April 1882

---

dem Franz Joseph mit Ah. E. v. 31. 10. 1882 den Vortrag Taaffes v. 21. 10. 1882 zustimmend resolviert hatte – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4095/1882 – *wurde der entsprechende Gesetzentwurf mit Schreiben Taaffes v. 24. 11. 1882 in den Reichsrat eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8472. *Der Reichsrat nahm den Entwurf an* – Prot. Reichsrat AH. 14. 12. 1882 (250. Sitzung) 8682 f., Prot. Reichsrat HH. 18. 1. 1883 (70. Sitzung) 1080. *Er wurde dann über Vortrag Taaffes v. 24. 10. 1883 mit Ah. E. v. 1. 2. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 406/1883*, und als Gesetz v. 1. 2. 1883 publiziert,* Rgbl. Nr. 15/1883.

11 *Die Auflösung des Krainer Landtages kam wegen der* Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten W. Pfeifer und Genossen betreffend die Auflösung des Landtages von Krain und die Ausschreibung der Neuwahlen *zur Sprache in MR. v. 19. 6. 1877/I (liegt nicht ein). Mit Patent v. 19. 5. 1877 war der Landtag aufgelöst und sofortige Neuwahlen angeordnet worden,* Rgbl. Nr. 39/1877*; mit drei weiteren Landtagen war er mit Patent v. 28. 8. 1878 für den 12. 9. 1878 einberufen worden,* Rgbl. Nr. 113/1878.

12 *Die Unterlagen im entsprechenden Bestand* Ava., IM., Präs. Sig. 31/Krain *liegen nicht ein.*

13 *Mit Schreiben v. 5. 3. 1882 und 29. 3. 1882 teilte der Landespräsident in Laibach Winkler den Wunsch des Landtages mit, den er unterstützte, aus Anlass der 600-jährigen Zugehörigkeit Krains zur Hausmacht des Kaiserhauses im Jahr 1883 eine Deputation ans Ah. Hoflager entsenden zu dürfen,* Ava., IM. Präs., Karton 31, Sig. 1/3 Huldigungsadressen, Zl. 2017/1882*; diesem Wunsch wurde über Vortrag Taaffes v. 6. 4. 1882 mit Ah. E. v. 13. 4. 1882 entsprochen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1467/1882.

14 *MR. v. 1. 7. 1876/I,* Funktionsdauer der Landtage. In Betreff der in diesem Jahre ihre sechsjährige Sitzungsperiode beendigenden Landtage *(liegt nicht ein).*

15 *MR. v. 4. 2. 1878/I,* wegen Vornahme der Neuwahlen für die Landtage, deren Legislaturperiode jetzt abgelaufen ist *(liegt nicht ein).*

mit Rücksicht auf die Dauer der Periode des jetzigen galizischen Landtages ventiliert[16]. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Finanzminister Dr. Ritter v. Dunajewski bemerkt, [dass der Beginn der L]an[d]tagsperiode nach dem Termine der ersten Einberufung anstatt nach dem Zeitpunkte seiner Wahl gegen das allgemeine konstitutionelle Prinzip verstoße und betont, dass bei der Möglichkeit einer verschiedenen Auslegung der bezüglichen Bestimmungen der Landtagsordnung die Sache auf jeden Fall zum Mindesten sehr zweifelhaft sei, weshalb von einer förmlichen Entscheidung der Frage abzusehen wäre. Vom Ministerpräsidenten wurde darauf erwidert, dass ein Anlass zu einer förmlichen Entscheidung nicht vorhanden sei, dass er aber von dem bisherigen Usus nicht abweichen möchte. Vom Ministerrate wurde die Absicht des Ministerpräsidenten beim bisherigen Vorgange zu bleiben, zur Kenntnis genommen.

Auch jetzt wolle der Minister[präsid]ent auf dem Standpunkte des bisherigen Usus der Berechnung der Landtagsperiode von dem Zeitpunkte des ersten Zusammentrittes des neugewählten Landtages an verbleiben und sich in diesem Sinne in der Erledigung an den Landespräsidenten aussprechen.

Der Finanzminister bemerkt, dass man eine solche Berechnung der Dauer einer parlamentarischen Periode, welche nirgends in Europa stattfinde und eine Ausnahme von dem diesfälligen allgemeinen Grundsatze der Berechnung nach der Mandatsdauer darstelle, wohl nur dann machen könnte, wenn sich das Gesetz in ganz bestimmter Weise dafür ausspräche, was aber seines Erachtens nicht der Fall sei.

Sektionschef Freiherr v. Kubin führt die bezüglichen, in den Landesstatuten aller Länder gleichlau[tende]n Bestimmungen der Landesverordnung an[17]. Im § 6 wird gesagt: „Die Funktionsdauer des Landeshauptmannes und dessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesetzt." Weiters heißt es im § 14: „Die Funktionsdauer der Mitglieder des Landesausschusses und der Ersatzmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich." Darnach sei stets nur von der „Funktionsdauer" und niemals von einer Mandatsdauer die Rede und die Funktionsdauer der Mitglieder eben werde, wie die Anführung in parenthesi besage, als die Landtagsperiode angesehen. Die Funktion der gewählten Mitglieder des Landtages beginne aber erst mit dem Zusammentritte des Landtages. Es spreche sich sohin das Gesetz ganz deutlich dafür aus, dass [die] Dauer der Periode vom er[s]ten Zusammentritte des neugewählten Landtages an zu berechnen sei.

Der Finanzminister bemerkt, es sei allerdings richtig, dass Funktion und Mandat an sich zwei verschiedene Begriffe seien, aber hier vereinigen sich beide in eine Würde, die des Abgeordneten. Die Bestimmung des § 6 lasse sich ebenso dahin interpretieren, dass die Funktionsdauer der gewählten Mitglieder als Mandatsträger auf sechs Jahre festgesetzt werde. Wenn man die Funktion des Abgeordneten nur in der Ausübung des Mandats im Landtage sehe, so könnte man schließlich auch zur Auslegung kommen, dass die Landtagsperiode so lange zu dauern habe, bis die Funktionszeitläufe der Abgeordneten und bzw. sonach die Tagungszeit[länge] des Landtages sich auf sechs Jahre summieren, wobei man dann, da die Funktion im Landtage jährlich höchstens einige Monate dauere, auf eine Periode von vielleicht 20 Jahren hinauskäme. Wie schon die hinsichtlich des jetzigen Krainer Landtages vorgebrachte Be-

---

16 *MR. v. 1. 4. 1882/I,* Frage der Bemessung der Dauer einer Landtagsperiode mit Rücksicht auf den *galizischen Landtag (liegt nicht ein).*

17 *Beilagen II (Landesstatute und Landtagswahlordnungen) zum Patent v. 26. 2. 1861 (Februarpatent),* RGBL. Nr. 20/1861.

rechnung zeige, würden nach der bisherigen Auslegungsweise bis zum natürlichen Ablaufe der Landtagsperiode die gegenwärtigen Mandate sieben Jahre und zwei Monate dauern. Der Finanzminister erklärt, dass er die Berechnung der Landtagsperiode vom Zeitpunkte des Zusammentrittes des Landtages an geradezu als einen Bruch der Landesverfassung betrachten müsste.

Der Handelsminister erklärt, dass er in Überein[stim]mung mit der Anschauung des Finanzministers die Berechnung der Periode nach der Mandatsdauer für die richtige halte.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erklärt sich für die bisherige Auslegung. Gegen die Anschauung des Finanzministers spreche wesentlich der Umstand, dass in § 6 der Landesordnung der Landeshauptmann und die gewählten Mitglieder hinsichtlich ihrer Funktionsdauer zusammengehalten seien. Nachdem nun der Landeshauptmann, der erst nach der Wahl ernannt werde, seine Funktion jedenfalls nicht früher als nach der Einberufung des Landtages beginnen könne, so sei klar, dass das Gesetz den Beginn der Funktionsdauer der gewählten Abgeordneten von dem Zeitpunkte des Zusammentrittes des Landtages an rechnen wolle. Anders sei das Verhältnis beim Reichsrate, aber hiefür bestehe die bestimmte gesetzliche Anordnung, dass die Abgeordneten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden und dass nach Ablauf dieser Wahlperiode Neuwahlen zu erfolgen haben.

Der Minister Freiherr v. Pražák und Freiherr v. Conrad erklären sich für die Anschauung des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski und weist Minister Freiherr v. Conrad insbesondere auch auf den Umstand hin, dass die Abgeordneten ihre Funktion nicht beginnen können, bevor sie nicht die Gelobung geleistet haben.

Der Ministerpräsident bemerkt, er wolle immerhin zugeben, dass die Frage zweifelhaft sei. Aber wenn hinsichtlich des Vorgehens in einer Verfassungsfrage zwei verschiedene Ansichten geltend gemacht werden, setze sich die Regierung der Gefahr eines Vorwurfes gewiss viel weniger aus, wenn sie bei dem seit einer Reihe von Jahren bestehenden Usus bleibe. Wenn er sich übrigens die Frage vorlege, ob es aus dem gegenwärtigen Anlasse notwendig sei, eine förmliche Entscheidung über die Berechnung der Landtagsperiode zu fällen, so müsse er sich antworten, dass zu einer solchen Entscheidung auch heute eine unbedingte Notwendigkeit nicht vorhanden sei, zumal ja, wie aus allem hervorleuchte, die eigentliche Intention des Landespräsidenten nur dahin gehe, die baldige Auflösung des jetzigen Landtages zu erwirken.

Nachdem die von ihm beabsichtigte Entscheidung über die vom Landespräsidenten vorgeschobene Prinzipienfrage zu Gegenbemerkungen Anlass gegeben habe, so lasse er diese Frage fallen und gehe auf die zweite Frage, auf die Frage über, ob der Krainer Landtag aufzulösen sei? Der Ministerpräsident gibt dem Ministerrate zu erwägen, ob es entsprechend wäre, den jetzigen Landtag noch weiter und auch das künftige Jahr fungieren zu lassen und ob es namentlich opportun wäre, bei Gelegenheit der erwähnten Jubiläumsfeier und der [Anw]esenheit Sr. Majestät in Krain noch den gegenwärtigen Landtag zu haben. Er als Minister des Innern hielte es nicht für entsprechend, diese Landesvertretung über jene Zeit hinaus und namentlich gelegentlich der Anwesenheit Sr. Majestät fungieren zu lassen.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass, wenn man die prinzipielle Frage nicht entscheiden wolle, die Auflösung des Landtages das einzige Auskunftsmittel sei. Daher erklärt er sich für die Auflösung. Der Ackerbauminister erklärt sich für die Auflösung. Der Handelsminister ist gleichfalls für die Auflösung. Es sei gut, auf diese Weise der prinzipiellen

Frage aus dem Wege zu gehen. Doch müsse er wünschen, dass, um nicht zu präjudizieren, derselbe Weg auch hinsichtlich aller anderen Landtage, welche sich in derselben Lage befinden, eingeschlagen werde.

Der Finanzminister erklärt sich mit der Auflösung des Krainer Landtages einverstanden. Anknüpfend an das vom Handelsminister Bemerkte weist der Minister darauf hin, dass die sechsjährige Wahlperiode des galizischen Landtages schon in diesem Monate zu Ende gehe, weshalb, um strenge genommen nicht zu präjudizieren, seines Erachtens, sofort und schon am morgigen Tage mit der Auf[lösun]g des galizischen Landtages vorzugehen wäre. Der Minister bemerkt, dass im galizischen Landtage alle Persönlichkeiten, mit welchen er über den Punkt der Dauer der Landtagsperiode gesprochen habe, seiner Meinung gewesen seien. Auch bereite man sich in Galizien bereits für die Neuwahlen vor.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er allerdings die Auflösung des galizischen Landtages in Aussicht nehme, nachdem man dort die Meinung der Berechnung der Landtagsperiode nach der Mandatsdauer zu teilen scheine[18]. Von anderen Landtagen sei diese Meinung noch nicht aufgetaucht. Der Minister glaubt übrigens, dass es wohl angehe mit der Auflösung des galizischen Landtages noch etwas zu warten, indem schließlich die Bedenken hinsichtlich der Präjudizierung des Prinzipes nicht gar so streng genommen werden dürften. Minister Freiherr v. Pražák und der Landesverteidigungsminister stimmen der Proposition der Auflösung des Krainer Landtages zu.

Der Minister für Kultus und Unterricht sieht nicht ein, welche inneren Gründe für die Auflösung des jetzigen Krainer Landtages sprechen sollen. Wenn er die vom Ministerpräsident hinsichtlich des Ah. Besuches Sr. Majestät gemachte Andeutung ins Auge fasse, so müsse er hervorheben, dass die [Haup]trepräsentanten des Landtages für den Empfang Sr. Majestät der Landeshauptmann Graf Thurn und dessen Stellvertreter Graselli[19] seien und dass auch der künftige Landtag in seiner Spitze kaum durch andere Persönlichkeiten würde repräsentiert sein können. Die Majorität des Landtages mache aber keineswegs heftige Opposition, sie sei gewiss viel milder als die Majorität im böhmischen Landtage und geriere sich durchaus nicht als à tout prix regierungsfeindlich.

Der Ministerpräsident bemerkt, es handle sich um die Frage, welche Partei die Majorität haben solle. Nach dem Ausfalle der letzten Handelskammerwahlen stehe es schon jetzt so, dass wenn [die] beiden jetzigen Abgeordneten der Handelskammer wegfielen, die nationale Partei die Majorität im Landtage hätte. Daher sei die Basis der gegenwärtigen Majorität an sich eine unnatürliche. Weiters sei die jetzige Verhältnislage eine solche, dass die Dinge auf die Schneide gestellt seien. Ein weiterer Beweggrund sei auch für ihn die für den künftigen Landtag vorgesehene Erledigung der Sichelburger Frage[20], wobei von Seite der jetzigen Majorität nicht, wohl aber nach der von der jetzigen Minorität geäußerten Anschauung eine gedeihliche Lösung zu erwarten sei. Endlich liege ein Hauptgrund für die Erlangung eines neuen Landtages darin, dass beabsichtigt sei, dass die [künfti]ge Landesvertretung Se. Majestät empfange.

---

18 *Der Bestand* AVA., IM., Präs., Sig. 31/Galizien *für das Jahr 1882 liegt nicht ein.*

19 *Zu Gustav Graf Thurn-Valsassina siehe* ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1291*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Thurn-Valsassina | Parlament Österreich *(Zugriff 21. 5. 2022) und zu Peter Graselli siehe* ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 366 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Graselli | Parlament Österreich *(Zugriff 21. 5. 2022).*

20 *Zur Sichelburger Frage siehe MR. v. 14. 10. 1882/VI.*

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass ihm darnach noch immer ein wesentlicher Grund für die Auflösung des Landtages nicht einleuchte. Die erwähnte Verhältnislage zwischen den Parteien sei schon seit Jahren vorhanden und könne daher jetzt für den Auflösungsakt nicht entscheidend sein. Desgleichen finden sich analoge Verhältnisse auch anderwärts, wie z. B. in der Triester Vertretung. Was aber die Sichelburger Angelegenheit anbelange, so sei er überzeugt, dass schließlich auch mit der jetzigen Vertretung ein erwünschtes Resultat erlangt werden würde. Der Minister [kö]nne nur betonen, dass die Auflösung auf einen großen Teil der Bevölkerung einen ungünstigen Eindruck machen würde. Seines Erachtens wäre eher eine Änderung in der Leitung der Regierungsangelegenheiten in Krain zu wünschen.

Vom Ministerrate wird beschlossen, die Auflösung des Krainer Landtages in Aussicht zu nehmen und wird als Zeitpunkt des Vorgehens mit der Maßregel Frühjahr 1883 ins Auge gefasst[21].

VIII. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert im Auftrage des Ministerpräsidenten über die Frage der Einberufung der [bezü]glich ihrer heurigen Tagung noch rückständigen Landtage von Triest und Dalmatien[22]. Bezüglich des Triester Landtages bemerke der Statthalter, dass, da keine wichtige Vorlage vorhanden sei, die Landtagstätigkeit sich auf wenige Sitzungen beschränken dürfte, und proponiere die Einberufung für die zweite Hälfte November oder für die Zeit der Weihnachtsferien des Reichsrates. Bezüglich des dalmatinischen Landtages hatte sich der Statthalter früher dahin geäußert, dass derselbe heuer entweder gar nicht oder sehr spät einberufen werden möge. Jetzt habe der Statthalter die Alternative fallen gelassen und wünsche, dass noch die Einberufung geschehe. Referent bemerkt, dass der jetzige Dalmatiner Landtag im November 1876 gewählt wurde und das erste Mal am 15. Jänner 1877 zusammentrat. Der Ministerpräsident habe mit Rücksicht auf die sonstige parlamentarische Zeiteinteilung als einzig noch entsprechenden Tagungstermin für beide Landtage die Zeit während der Weihnachtsferien des Reichsrates in Aussicht genommen. Nach den nunmehr anlässlich des Krainer Landtages vorgebrachten Erörterungen hinsichtlich der Präjudizierung der Frage der Berechnung der Landtagsperiode[23], müsse Referent aufmerksam machen, dass bei einer Tagung des dalmatinischen Landtages während der Zeit der Weihnachtsferien des Reichsrates die Tagungszeit desselben bereits in die Zeit nach Ablauf der Wahlperiode fiele.

Der Handelsminister und der Finanzminister halten es für wichtig, dass der Frage bei dieser Gelegenheit nicht präjudiziert werde und proponieren daher übereinstimmend, den dalmatinischen Landtag schon für den 2. November 1882 einzuberufen. Minister Freiherr v. Pražák macht darauf aufmerksam, dass die gleichzeitige Tagung des dalmatinischen Landtages mit der Tagung der Delegationen wegen der Frage der bosnischen Politik gefährlich erscheine. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski glaubt, dass man beim Dezembertermine bleiben könnte, indem man sich intern verwahrte, dass damit der Frage der Berechnung der Dauer der Landtagsperiode präjudiziert werde. Der Finanzminister erklärt, dass, wenn überhaupt die Einberufung erfolge, er nur für den Termin des 2. November 1882 sein könne. Der

---

21 *Fortgesetzt in MR. v. 22. 3. 1883/I.*

22 *Die Einberufung von Landtagen kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 23. 8. 1882/I, speziell die des Landtages von Dalmatien in MR. v. 26. 5. 1882/II.*

23 *Siehe dazu vorstehenden Tagesordnungspunkt.*

Ministerpräsident bemerkt, dass er in Anbetracht des vom Minister Freiherrn v. Pražák erwähnten Bedenkens, den Landtag jedenfalls lieber heuer gar nicht als für den 2. November einberufen wissen möchte.

Vom Ministerrate wird beschlossen, vom Statthalter in Dalmatien eine Äußerung abzuverlangen, mit der demselben zu gebenden Andeutung, dass, wenn der Statthalter nicht dafürhalten sollte, den Landtag [in] die Zeit der Weihnachtsferien des Reichsrates einzuberufen, die Einberufung heuer gar nicht zu geschehen haben dürfte. Für den Triester Landtag wird vom Ministerrate die Einberufung während der Zeit der Weihnachtsferien des Reichsrates in Aussicht genommen[24].

IX. Der Ministerpräsident referiert über eine Zuschrift des ungarischen Ministerpräsidenten vom 1. d. M., mit welcher derselbe seine Absicht mitteilt, für eine Anzahl ungarischer Untertanen, welche sich als Stellungsflüchtige im Auslande, insbesondere in Rumänien, befinden, bei Sr. Majestät die straffreie Rückkehr zu erwirken und zugleich um eine Eröffnung darüber ersucht, ob etwa auch wir uns bewogen fänden, hinsichtlich diesseitiger Untertanen, welche sich unter ähnlichen Verhältnissen im Auslande aufhalten, einen gleichen Antrag Allerhöchstenorts zu stellen. Der Ministerpräsident habe über die Angelegenheit den Landesverteidigungsminister befragt und habe sich dieser hinsichtlich eines hierseitigen ähnlichen Vorgehens negativ ausgesprochen[25]. Der [Mini]sterpräsident teilt dem Ministerrate die diesfällige aus der Anlage ersichtliche Antwort des Landesverteidigungsministers vom 10. d. M. mit[g]. Darnach beabsichtige der Ministerpräsident, falls der Ministerrat zustimme, dem ungarischen Ministerpräsidenten zu erwidern, dass die k. k. Regierung nach Erwägung der Angelegenheit im Ministerrate zu dem Schlusse gekommen sei, dass für sie kein Anlass zur Stellung eines ähnlichen Amnestieantrages vorhanden sei.

Der Landesverteidigungsminister fügt zu seiner Äußerung noch hinzu, dass uns auch die äußeren Anlässe und Anhaltspunkte zu einem analogen Antrage fehlen, da der k. k. Regierung keine Wünsche bezüglich einer solchen Generalaktion, wie dies wahrscheinlich in Ungarn der Fall gewesen sein dürfte, vorgebracht wurden.

Nach kurzer Diskussion über die Form der Antwort einigt sich der Ministerrat dahin, das in der Äußerung des Landesverteidigungsministers angeführte innere Motiv nicht auszusprechen und erklärt zu der aus der Anlage ersichtlichen Fassung der vom Ministerpräsidenten zu gebenden Antwort seine Zustimmung[h,26].

X. Der Ministerpräsident macht Mitteilung über die Verhandlungen in Bezug auf die Schließung des böhmischen Landtages[27]. In Rücksicht auf die Delegationsverhandlungen und um etwaigen Rekriminationen zu begegnen, dass die Regierung für den gehörigen Anschluss der parlamen[tari]schen Arbeiten nicht rechtzeitig Sorge trage, wurde dahin gewirkt,

---

g *Liegt dem Protokoll als Beilage 2 bei.*

h *Liegt dem Protokoll als Beilage 3 bei.*

24 *Die Beratung über die Frage der Einberufung des dalmatinischen Landtages und des Triester Gemeinderates (der gleichzeitig als Landtag bezeichnet wurde) wurde fortgesetzt in MR. I v. 23. 11. 1882/IV.*

25 *Das Schreiben (Abschrift) des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza v. 1. 10. 1882 teilte Taaffe mit Schreiben v. 5. 10. 1882 Welsersheimb mit der oben genannten Frage mit, die Welsersheimb mit Schreiben (K.) v. 10. 10. 1882 ablehnend beantwortete,* Ka., MfLV., Präs. 1944/1882.

26 *In den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidium *konnte die Antwort an Tisza nicht gefunden werden.*

27 *Zur Einberufung des Landtages zu seiner Sitzung 1882 siehe MR. v. 23. 8. 1882/I.*

dass die Landtage ihre Tätigkeit längstens bis 23. d. M. zum Abschluss bringen. Bezüglich der Schließung des böhmischen Landtages längstens bis 23. d. M. stellten sich Schwierigkeiten dar.

Der Oberstlandmarschall erklärte, dass er bis zu diesem Termine die Arbeiten nicht fertig bringen könne, dass er jedoch trotzdem schließen würde, wenn die Regierung einen diesfälligen besonderen Wunsch ausdrückte. Darauf wurde der Statthalter angewiesen, den Oberstlandmarschall namens der Regierung um die Schließung bis zum gedachten Termine zu ersuchen[28]. Nun aber erklärte der Oberstlandmarschall abermals, dass er bis dahin nicht schließen könne. Infolgedessen habe sich der Ministerpräsident die Ah. Anordnung Sr. Majestät zur Schließung des Landtages am 23. erwirkt[29]. Trotzdem biete sich wieder ein Anstand dar. Es solle noch der Antrag wegen Bewilligung einer Summe von 800.000 fl. für ein deutsches Sommertheater in Prag im Landtage verhandelt werden[30] und möchte deshalb der Oberstlandmarschall die Schließung erst am 24. vornehmen. Der Statthalter ersucht bei dieser Sachlage um eine Weisung.

In der kurzen Diskussion wird die Anschauung zum [Aus]druck gebracht, dass es mit Rücksicht auf die Ah. Schließungsanordnung sowie wegen des Beginnes der Delegationsverhandlungen jedenfalls bei der Schließung am 23. werde verbleiben müssen, dass jedoch deshalb die Erledigung des Theaterantrages immerhin vorgenommen werden könne, indem ja anstatt einer Sitzung am 24. noch eine Abendsitzung am 23. abgehalten werden könne. Nur der Finanzminister erklärt sich dahin, dass er die Durchpeitschung eines für das Land so kostspieligen Antrages nicht begünstigen möchte.

Vom Ministerrat wird beschlossen, den Statthalter [anzu]weisen, dass er den Oberstlandmarschall schriftlich ersuche, den Landtag im Folge Ah. Antrages am 23. zu schließen, doch ist zugleich dem Statthalter zur eigenen Wissenschaft zu bedeuten, dass die Abhaltung einer Abendsitzung am 23. selbstverständlich nicht ausgeschlossen ist[31].

XI. Der Ackerbauminister legt dem Ministerrate das aus der Anlage ersichtliche Promemoria über die während seiner Reise durch Dalmatien gewonnenen Eindrücke und gemachten Beobachtun[gen] über Gegenstände, welche die anderen Ressorts betreffen, vor[i,32].

---

i *Liegt dem Protokoll als Beilage 4 bei.*

28 *Schreiben des Statthalters in Prag Kraus an Taaffe v. 18. 10. 1882, das Taaffes aufgrund der Ah. Ermächtigung – siehe folgende Anm. – mit Telegramm v. 20. 10. 1882 beantwortete,* Ava., IM., Präs. Karton 933, Sig. 31/Böhmen, Zl. 5471/1882.

29 *Mit Telegramm v. 19. 10. 1882 an den Kaiser bat Taaffe, den böhmischen Landtag auch vor Beendigung seiner Aufgaben schließen zu dürfen, wozu er mit Ah. Telegramm (K.) v. 20. 10. 1882 ermächtigt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A. Ia, Zl. 1160/1882.

30 *Die Frage des deutschen Sommertheaters kam im Landtag nicht zur Sprache (siehe dazu die Ausführungen Kraus in MR. II v. 29. 10. 1882/I); hingegen hatte der Landtag zum Bau eines neuen Gebäudes des Deutschen Theaters 800.000 fl. bewilligt,* Prot. Landtag Böhmen 21. 10. 1882 (XV. Sitzung) 321–328.

31 *Mit Ah. Telegramm (K.) v. 21. 10. 1882 ermächtigte Franz Joseph Taaffe auf dessen Bitte im Telegramm v. 21. 10. 1882 den böhmischen Landtag* unter Berufung auf den Ah. Auftrag *zu schließen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Korr. A. Ia, Zl. 1168/1882. *Am 23. 10. 1882 schloss Oberstlandmarschall Carl Fürst zu Auersperg die Sitzung des böhmischen Landtages um 13:15 Uhr,* Prot. Landtag Böhmen 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 371. *Taaffe teilte mit Vortrag v. 26. 10. 1882 die Schließung mehrerer Landtage, darunter auch denjenigen von Böhmen mit, was Franz Joseph mit Ah. E. v. 1. 11. 1882 zur Kenntnis nahm,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4111/1882. *Die Schließung des böhmischen Landtages war nochmals Thema in MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

32 *Die Vorlage dieses Berichtes war beschlossen worden in MR. v. 14. 10. 1882/VII; besprochen wurde das Promemoria in MR. v. 4. 11. 1882/II.*

Wien, am 21. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 424 Ministerrat, Wien, 23. Oktober 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Ziemiałkowski; BdE. und anw. (Ziemiałkowski 23. 10.), Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Weigelsperg, David; BdE. und abw. Taaffe

I. Bezüglich der verfügten Auflösung der Handelskammer in Spalato. Fortführung der laufenden Geschäfte der Kammer durch das Präsidium derselben. II. In Angelegenheit der Abhaltung der naturhistorischen Vorprüfungen der Mediziner vor den Professoren der böhmischen philosophischen Fakultät in Prag.

KZ. 100 – MRZ. 80

Protokoll des zu Wien am 23. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski.

I. Der Handelsminister sieht sich veranlasst, die Angelegenheit der Auflösung der [Handelskammer in S]palato zur Sprache zu bringen. Die Auflösung der Kammer wurde vom Handelsminister im Sommer d. J. aus administrativen Gründen vorgenommen[1] und zwar musste, nachdem infolge der Auflösung der Gemeindevertretung von Spalato hinsichtlich des Ersatzes des aus der Gemeindevertretung gewählten Kammermitgliedes sich Schwierigkeiten ergeben hatten[2], worüber längere Zeit verging, mit der Auflösungsmaßregel vorgegangen werden, weil mittlerweile die gesetzliche Mandatsdauer der Mehrzahl der Kammermitglieder abgelaufen war. Gleichzeitig mit der Auflösungsverfügung wurde ein Regierungskommissär für die Leitung der Wahlangelegenheiten in der Person des Bezirkshauptmannes in Spalato ernannt. Der Bezirkshauptmann [handelt]e über die vom Han[dels]ministerium getroffene Ver[fü]gung hinaus und zog auch [di]e laufende Geschäftsführung der Kammer an sich.

---

1 *Erfolgte mit Schreiben (K.) Pinos an den Statthalter in Zara Jovanović v. 12. 6. 1882, gleichzeitig wurde auch die Leitung der Wahlkommission bestellt,* AVA., HM., allg., Karton 474, Sig. 4/E, Zl. 11535/1882.

2 *Die Gemeindevertretung Spalato war am 31. 10. 1880 aufgelöst worden, weil* die ökonomische Gebahrung der Gemeinde den Grundsätzen einer geregelten Vermögensverwaltung nicht entsprach*,* AVA., IM., allg., Karton 398, Sig. 11/Gemeindewahlen–Dalmatien, Zl. 18524/1880. *Rekurse gegen die Wählerliste verzögerten deren Erstellung, dann die Wahl einer neuen Gemeindevertretung, sodass die Wahl erst zwischen 19. und 22. 7. 1882 stattfand, Mitteilung mit Telegramm Jovanović' an Taaffe v. 22. 7. 1882,* AVA., IM., allg., Karton 398, Sig. 11/Gemeindewahlen–Dalmatien, Zl. 11641/1882. *Weitere Rekurse verhinderten dann die Anerkennung der Wahl, auch wenn sie abgewiesen wurden, siehe beispielsweise das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes v. 20. 9. 1882,* AVA., IM., allg., Karton 398, Sig. 11/Gemeindewahlen–Dalmatien, Zl. 16217/1882. *Durch die ständigen Rekurse war aber der* Zeitpunkt auch nicht annäherungsweise abzusehen, wenn die Konstituierung der neuen *Gemeindevertretung* erfolgen dürfte*, wie die Statthalterei in Zara in ihrem Schreiben v. 30. 3. 1882 an Pino ausführte; dadurch ergaben sich Schwierigkeiten bei der Neuwahl für den Vertreter Spalatos bei der Neuwahl der* Handels- und Gewerbekammer*,* AVA., HM., allg., Karton 474, Sig. 4/E, Zl. 11535/1882.

Gegen diesen Vorgang wurde beim Handelsminister Beschwerde geführt[3]. Mit § 13 des Handelskammergesetzes vom 29. Juni 1868[4] sei angeordnet, dass die Vorsteher der Kammer (der Präsident und Vizepräsident) solange fungieren, bis die Bestätigung der Neuwahl oder Wiederwahl von Seite des Handelsministers erfolgt ist. Darnach erscheine die Verfügung des Bezirkshauptmannes ungehörig und müsse der Handelsminister die Anordnung treffen, dass diese Verfügung zurückgenommen und die Fortführung der Geschäfte wieder dem Präsidium der Handelskammer übertragen werde. In einem früheren Falle der Auf[lösung] im [Ja]hre 1877[5] sei gleichfalls nach der Vorschrift des § 13 vorgegangen worden. Allerdings seien andere Auflösungsfälle vorgekommen, in welchen die Fortführung der Geschäfte von dem zur Leitung der Wahlen bestellten Regierungskommissär übernommen wurde. Doch geschah dies in diesen Fällen über besondere Anordnung der Regierung, während im vorliegenden Falle eine solche Anordnung nicht erfloss.

Sektionsrat Freiherr v. Weigelsperg bemerkt, dass einschließlich des vorliegenden Falles seit 20 Jahren vier Fälle von Handelskammerauflösungen vorgekommen sein. Zwei Fälle (1877 und 1882) betrafen die Kammer in Spalato und je ein Fall die Kammern in Linz und Rovereto. In den beiden letzterwähnten Fällen wurde [] die Fortführung der lau[fende]n Geschäfte vom Wahlkommis[sär] übernommen, doch sei hier [di]e bezügliche Verfügung deshalb notwendig gewesen, weil die berufenen Funktionäre selbst nicht weiter fungieren wollten.

Der Handelsminister bemerkt, dass in Spalato bezüglich der Handelskammer und wegen der Wahlen für dieselbe eine große Aufregung herrsche und dass man die Auflösung dahin kritisiere, dass dieselbe nicht aus administrativen Gründen, sondern zugunsten der kroatischen Partei erfolgt sei. Nachdem nun die Verhältnisse dort solche seien, dass jede Maßregel der Regierung als entweder zugunsten der einen oder der anderen Partei erflossen angesehen werde, so sei zu besorgen, dass wenn er jetzt die Herstellung des dem § 13 gemäßen Zustandes verfügt, diese Maßregel wieder als eine [] getroffe[ne] ausgelegt werde. Wegen des bei diesen Umständen der Sache anklebenden politischen Beigeschmackes bringe er dieselbe vor den Ministerrat.

Von Einfluss auf die Wahlen könne die beabsichtigte Verfügung nicht sein, weil dem Handelskammerpräsidium diesfalls keine Ingerenz zustehe und übrigens bereits die Wahlkommission ernannt sei, in welche der Statthalter durchwegs Mitglieder der slawischen Partei – welches zu weit gehende Zugeständnis gegen diese Partei dem Minister jedoch nicht ganz entsprechend scheine – berufen habe. Der Handelsminister beabsichtigt mit der Verfügung hinsichtlich der Herstellung des dem § 13 gemäßen Zustandes zugleich die Zusammensetzung der Wahlkommission zu genehmigen.

Der Minister für Kultus [und Unter]richt erklärt, dass er [mi]t der proponierten Verfü[gu]ng umso mehr einverstanden sei, als [di]e betreffende Bestimmung des Handelskammergesetzes in Übereinstimmung stehe mit den diesseitigen gesetzlichen Bestimmungen

---

3 *Beschwerde des alten Kammerpräsidenten v. 12. 10. 1882* – Ava., HM., allg., Karton 474, Sig. 4/E, Zl. 34108/1882 – *und mehrerer Kammermitglieder o. D.,* Ava., HM., allg., Karton 474, Sig. 4/E, Zl. 34120/1882.

4 *Das Gesetz v. 29. 6. 1868 über* die Organisierung der *Handels- und Gewerbekammern,* Rgbl. Nr. 85/1868*, war beraten worden in MR. v. 17. 4. 1868/VIII und MR. v. 23. 6. 1868/III (liegen beide nicht ein).*

5 *Vermutlich Auflösung der Handels- und Gewerbekammer in Laibach, deren Wahlordnung in MR. v. 18. 1. 1877/VII (liegt nicht ein) beraten wurde, publiziert als Kundmachung der k. k. Landesregierung in Krain v. 7. 2. 1877 aufgrund des Erlasses des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern v. 28. 1. 1877,* Lgbl. Krain Nr. 1/1877.

hinsichtlich der anderen autonomen Körperschaften[a], indem auch bei Auflösung von Gemeindevertretungen, Landtagen, der Gemeinde- und Landesausschuss in Funktion bleibt bis zur Neukonstituierung des Vertretungskörpers[a].

Vom Ministerrate wird mit Rücksicht darauf, dass der Gegenstand in den Kreis der selbständigen Ressortverfügung falle, das vom Handelsminister beabsichtigte Vorgehen genehmigend zur Kenntnis[6] genommen.

II. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert in Angelegenheit der Abhaltung der naturhistorischen Vorprüfungen der Mediziner an der [böhmischen philosophischen Fakultät in Pr]ag. Der Minister habe über die von ihm beabsichtigte diesfällige Regelung an Se. Majestät au. Vortrag erstattet. Der Vortrag sei aber mit dem Ah. Auftrage zurück herabgelangt, die Angelegenheit vorerst im Ministerrate vorzutragen[7].

Die fraglichen naturhistorischen Vorprüfungen werden von den Professoren der betreffenden Fächer der philosophischen Fakultät unter der Aufsicht des Dekans der medizinischen Fakultät abgehalten. Mit Rücksicht auf die Errichtung der philosophischen Fakultät an der böhmischen Universität in Prag[8] habe sich der Minister schon mit einem Erlasse vom 18. August l. J. dahin erklärt, dass die fraglichen Vorprüfungen in Hinkunft auch von den Professoren der betreffenden Fächer an der böhmischen philosophischen Fakultät [abgehalt]en werden können[9]. Dagegen wurde vom Deka[na]te der medizinischen Fakultät [e]ine Vorstellung erhoben, mit welcher die fraglichen Prüfungen für die medizinische Fakultät reklamiert werden und dargelegt werde, dass an der böhmischen Universität diese Vorprüfungen solange nicht abgehalten werden könnten, bis an derselben nicht auch eine böhmische medizinische Fakultät bestehen werde[10]. Der Standpunkt dieser Vorstellung habe keine Begründung, zumal der Minister ursprünglich wollte, dass die bezüglichen Prüfungen auch vor den Professoren der böhmischen philosophischen Fakultät bis zur Errichtung einer böhmischen medizinischen Fakultät in deutscher Sprache abzulegen seien.

Der über die Sache einvernommene Statthalter erkläre es als unvermeidlich, dass die Ab[haltung der Prüfun]gen [durch] die Professoren der böhmischen Fakultät in böhmischer Sprache zugelassen werde und proponiere der Statthalter deshalb die Vornahme einer Änderung der Bestimmungen über die Aufsicht bei diesen Prüfungen, wenn sie von den Professoren der böhmischen philosophischen Fakultät vorgenommen werden, dahin, dass, falls weder der Dekan noch der Prodekan der medizinischen Fakultät die zur Bildung eines Urteiles über die Prüfung erforderliche Kenntnis der böhmischen Sprache besitzen, ein dieser Sprache kundiges Mitglied der medizinischen Fakultät zur Ausübung der Aufsichtsfunktion zu

---

[a–a] *Einfügung Conrads.*

6 *Mit Schreiben (K.) Pinos an Jovanović v. 24. 10. 1882 (auf die Beschwerde der Kammermitglieder) wurde die Wahlkommission bestätigt und mit Schreiben vom selben Tag festgestellt, dass das bisherige Präsidium der aufgelösten Kammer die Amtsgeschäfte,* insbesondere den Verkehr mit den öffentlichen Behörden *fortführen solle,* Ava., HM., allg., Karton 474, Sig. 4/E, Zl. 34108 *und* 34120*, beide ex* 1882.

7 *Vortrag Conrads v. 12. 10. 1882, resolviert mit Ah. E. v. 22. 10. 1882,* diese Angelegenheit ist vorerst im Ministerrathe und Mir sodann neuerlich vorzulegen*,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 3986/1882.

8 *Zur Errichtung der Prager Universität mit böhmischer Vortragssprache siehe MR. v. 20. 5. 1882/IV, Anm. 6.*

9 *Schreiben Conrads v. 18. 8. 1882 (unter Erledigung* zurück *vermerkt) an die Prager Universitäten, laut Protokollbuch* Ava., CUM, Unterricht, allg., Zl. 12746/1882*, liegt nicht mehr ein.*

10 *Schreiben des Dekans der deutschen medizinischen Fakultät an das Kultus- und Unterrichtsministerium v. 18. 9. 1882,* Ava., CUM., Unterricht, allg., Karton 2974, Sig. 14 A Medizin in genere, Zl. 19324/1882.

wählen sei[11]. Der Minister glaubt jedoch, dass anstatt dieses Modus es entsprechender wäre, die erforderliche Änderung dahin zu statuieren, dass der Vorsitz bei diesen Prüfungen ausnahmsweise bis zur Akti[vierung de]r böhmischen medizini[schen] Fakultät dem Dekan der [böhm]ischen philosophischen Fakultät [üb]erlassen werde. Eine Änderung in dieser Weise sei zugleich eine geringere Alterierung der Ordnung des Rigorosenwesens und dürfte auch beide Fakultäten mehr befriedigen. Der Minister glaubt schließlich, bemerken zu sollen, dass er in dem au. Vortrage an Se. Majestät zur Begründung seines Standpunktes auch angeführt habe, „dass es nicht ratsam erscheint, den Utraquismus an der medizinischen Fakultät weitere Fortschritte machen zu lassen". Dieses Argument sei von ihm eben in Hinblick darauf gebraucht worden, dass die baldige Errichtung einer böhmischen medizinischen Fakultät wohl unvermeidlich erscheine. Wäre eine solche Kre[ierung] [] so würde er die Pflege des Utraquismus vielmehr ganz entsprechend finden.

Der Finanzminister bemerkt, dass die Funktion des Dekans bei diesen Vorprüfungen nur aus disziplinären Gründen wegen der Aufrechterhaltung der Ordnung bestehe und der medizinische Dekan in der Regel auch nicht imstande sein werde, selbst ein Urteil über die naturwissenschaftlichen Kenntnisse des Kandidaten zu fällen. Deshalb sei es gleichgiltig, ob der Dekan der medizinischen oder der der philosophischen Fakultät interveniere.

Der Ministerrat erklärt sich mit der vom Minister für Kultus und Unterricht [formulie]rten Modalität einver[stan]den[12].

Wien, am 23. Oktober 1882. Ziemiałkowski.
Gesehen. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 425 Ministerrat, Wien, 28. Oktober 1882

R.S.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 28. 10.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad (10. 11.), Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Staatsvoranschlag für 1883. Erörterung über Abstriche und Ersparungen in den Ressorts. II. Über einen au. Vortrag des Ministers für Kultus und Unterricht wegen Errichtung, Erweiterung und Subvention von Mittelschulen. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Finanzrat Joseph Topitsch. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Gebührenbefreiung für die Verhandlungen der Kirchen- und Pfarrergiebigkeiten in Krain. V. Verordnung behufs Durchführung der Bestimmungen der Wahlgesetznovelle über die Beschränkung der Auswanderung durch die Wehrpflicht.

KZ. 101 – MRZ. 81

---

11 *Schreiben des Statthalters in Böhmen Kraus an Conrad v. 4. 10. 1882,* Ava., CUM., Unterricht, allg., Karton 2974, Sig. 14 A Medizin in genere, Zl. 19324/1882.

12 *Conrad erbat mit Bezug auf den Ministerratsbeschluss mit Vortrag v. 4. 11. 1882 die Annahme seines Vortrages v. 12. 10. 1882, was mit Ah. E. v. 10. 11. 1882 genehmigt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4238/1882. *Die Frage der Errichtung der medizinischen Fakultät an der Prager Universität mit böhmischer Vortragssprache war Thema in MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

Protokoll des zu Wien am 28. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Finanzminister referiert über die Verhandlungen behufs der Feststellung des Staatsvoranschlages für 1883[1]. Die regelmäßigen Reduk[t]ionsverhandlungen mit den einzelnen Ressorts seien abgeschlossen bis auf die Verhandlungen mit den Ministerien für Unterricht und Justiz[2]. Wegen des Zeitdrängnisses glaubte er, den Abschluss der Spezialverhandlungen mit den letzterwähnten beiden Ressorts nicht mehr abwarten zu sollen, um die Budgetfrage vor den Ministerrat zu bringen, zumal er annehme, dass die Austragung seiner besonderen Ersparungsdesiderien sich erleichtern dürfte, wenn zugleich die Finanzlage überhaupt, die er heute vorführen wolle, vor Augen gehalten werde. Der Minister erwähnt von den Posten der speziellen Reduktionsverhandlung mit dem Unterrichtsministerium folgende:

Die Post von 131.000 fl. für Speziallehranstalten, unter denen [sich] besonders die Gewerbeschulen befinden, den Pauschalbetrag per 25.000 fl. für dieselben Zwecke, die Mehrauslagen für Volks- und Bürgerschulen in Triest, die Post für wissenschaftliche Reisen per 30.000 fl., welche gegenüber der vorjährigen Bewilligung um 5.000 fl. höher sei, obgleich außerdem ein besonderer Betrag per 5.000 fl. für Reisestipendien festgestellt wurde.

Gegen den Pauschalbetrag für Gewerbeschulen wende sich der Finanzminister insbesondere auch deshalb, weil ein „Pauschalbetrag" erstlich für ein Budget ein vager Begriff sei und weil anderseits solche Aufwendungen gemeiniglich nur die Keime für künftige fixe Belastungen des Budgets setzen. Gegen einen Mehraufwand für Volksschulen in Triest sprechen [d]oppelte Gründe. Erstlich sei es überhaupt eine Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen Kronländern, dass in Triest der Staat für eine Last aufkommt, die in den übrigen Ländern dem Lande zufällt. Zweitens lehren die politischen Erfahrungen über Triest, dass die Opferwilligkeit des Staates keine entsprechenden Früchte trägt, indem sie nicht jene Stimmung erzeugte, die man vom österreichisch-patriotischen Standpunkte zu erwarten berechtigt war[a,3]. Was die wissenschaftlichen Reisen anbelange, so sei der mit Recht bekrittelte geringe Erfolg derselben gewiss keine Aufmunterung, für diesen Zweck noch mehr auszulegen.

Bezüglich des Justizministeriums hebt der Finanzminister hervor, dass dessen Voranschlag für 1883 einen Mehr[auf]wand von 271.000 fl. aufweise. Davon entfallen allerdings 74.000 fl. an Mehrbezügen für Beamte infolge der Einrückung in höhere Gehaltsstufen. Indessen sei der Aufwand für Strafrechtspflege um 131.000 fl., der Aufwand für Justizbauten um 52.000 fl. gegenüber dem Vorjahre erhöht. Dies erwähne er über die noch nicht ausgetragenen Spezialverhandlungen.

Ohne weiters in Details eingehen zu wollen, müsse er betonen, dass es notwendig sei, in den Ressorts noch mehr Ersparungen vorzunehmen. Die Gründe hiefür leuchten ein aus der allgemeinen Lage der Finanzen. Nach der Voranschlagsübersicht betrage der Abgang für

---

[a] *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* nicht ganz richtig.

[1] *Über den Voranschlag des gemeinsamen Budgets pro 1883, der entsprechend seines Quotenbeitrages aus dem cisleithanischen Budget zu finanzieren war, hatte Dunajewski berichtet in MR. v. 26. 9. 1882/VII.*

[2] *Die entsprechenden Aktenzahlen mit den Verhandlungen mit den Ministerien sind in* FA., FM. Präs., Nummernbuch 1882 *ausgestrichen worden, d. h. sie wurden skartiert.*

[3] *Dunajewski spielte hier auf das Attentat auf Franz Joseph am 17. 9. 1882 bei seinem Besuch in Triest an, das erst im Zuge der Verurteilung Oberdans im Ministerrat zur Sprache kam, MR. v. 31. 10. 1882/III; ausführlich behandelt wurde hingegen das Bombenattentat in Triest anlässlich der Eröffnung der Gewerbeausstellung am 2. 8. 1882, siehe dazu MR. v. 19. 8. 1882/I, Anm. 3.*

1883 die Summe von 30,114.157 fl. Scheide man davon aus den Aufwand für Staatseisenbahnbauten per 20,300.000 fl., dann die Okkupationsauslagen mit 6,165.768 fl. und reduziere man endlich den Abgang noch um den anlässlich der Sanierung der Buschtĕhrader Bahn an den Staat rückzuzahlenden Betrag von 1,121.482 fl., so ergebe sich für die laufende Gebarung noch immerhin ein Abgang in dem Betrage vom 4,769.891 fl.

Dieser Betrag erhöhe sich jedenfalls um die pro 1880 für den gemeinsamen Staatshaushalt nachzuzahlende Summe von 2,046.449 fl.[4], ferner werde für die Evidenthaltung des Grundsteuerkatasters notwendig sein ein Nachtragskredit von 600.000 fl., endlich müssen für kleinere Nachtragskredite gerechnet werden 100.000 fl. [Dem]nach summiere sich das nach Ausscheidung von Staatseisenbahnbau- und Okkupationskredit verbleibende normale Defizit auf rund 7,500.000 fl., wobei die Zinsenlast, welche im Jahre 1883 zunächst in die Kombination eingezogen erscheine und der Rückschlag, welchen die Überschwemmungen in mehreren Ländern auf den Steuerertrag ausüben müssen[5], vorläufig nur mit einem Abschlage von 500.000 fl. bei der Grundsteuer in Berechnung gebracht wurde. Dies sei die Lage, trotzdem für 1883 sich eine Steigerung der Staatseinnahmen um 13,604.854 fl. ergebe. Die diesfalls präliminierten Mehreingänge verteilen sich auf: direkte Steuern mit 316.000 fl., indirekte Abgaben (ohne Zuckersteuer) mit 2,373.526 fl., [Post-] und Telegrafenwesen mit 694.760 fl., Staatseisenbahnbetrieb mit 364.314 fl., Zuckersteuer mit 379.280 fl., Zollmehrertrag mit 9,475.974

Die Unglücksfälle durch Überschwemmungen, die sich soeben wieder erneuern, dürften möglicherweise das Budget im Sinne der Erhöhung des Defizits alterieren. Bei der jetzt zu übersehenden Lage schon müsse pro 1883 ein Abgang von 32 bis 33 Millionen durch Kredit bedeckt werden. Angesichts dessen müsse der Finanzminister zunächst daran erinnern, dass die gegenwärtige Regierung wiederholt das Versprechen gegeben habe, das Möglichste zu tun, um die Beseitigung des Defizits zu erwirken.

Weiters könne er nicht unerwähnt lassen, dass er aus mündlichen Berichten der Finanzbeamten von einer in der Bevölker[ung] herrschenden Missstimmung vernommen habe, welche infolge der in der letzten Session beschlossenen Steuergesetze eingetreten sei[6]. Wenn eine solche Missstimmung auch keine wirkliche Gefahr in sich begreife, so müsse sie doch immer in Rechnung gezogen werden, insbesondere deshalb, weil der Eintritt von Ereignissen nicht unmöglich sei, welche den Staat veranlassen müssten, die Opferwilligkeit noch weiter und nicht bloß in finanzieller Beziehung allein in Anspruch zu nehmen[7].

---

4 *Die sich aus der Schlussrechnung für 1880 ergebende Nachtragsforderung des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes, zu der Cisleithanien die oben genannten 2,046.449 Gulden beizutragen hatte, war den Delegationen vorgelegt wurden,* Prot. Delegation RR. 25. 10. 1882 (1. Sitzung) 4*, und wurde von ihnen am 18. 11. 1882 gebilligt,* Prot. Delegation RR. (5. Sitzung) Anhang XIX, Beschluss IV. *Mit Ah. E. vom selben Tag erfolgte die Sanktion,* Wiener Zeitung (M.) v. 5. 12. 1882.

5 *Gemeint sind die Überschwemmungen besonders in Tirol und Kärnten im September, siehe dazu MR. v. 26. 9. 1882/I.*

6 *In der vorangegangenen Session waren im Rahmen des Wirtschaftsausgleichs mit Ungarn von 1878 die Erhöhungen der Verzehrungssteuern beschlossen worden, dazu siehe* Hölzl, Die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen 1: 177 ff. *Die Zuckersteuer war allerdings auch in der – seit 1879 – laufenden Session (1880) angehoben und die Petroleumsteuer 1882 überhaupt erst neu eingeführt worden.*

7 *Vermutlich bezieht sich diese Anspielung auf die unruhige Lage aufgrund der Ereignisse in Nord- und Ostafrika: Einmarsch französischer Truppen in Tunesien am 12. 5. 1881, Erwerbung Eritreas durch Italien, das Massaker an Europäern in Alexandria am 11. 6. 1882 – die darauf erfolgte Werbung einer europäischen Polizeitruppe kam zur Sprache in MR. v. 23. 8. 1882/VI –, Landung der Briten in Port Saïd am 29. 8. 1882 so-*

Die Lage des Geldmarktes sei momentan eine sehr schwierige. Die Papiere seien stark gesunken und sei nicht Aussicht auf ein baldiges Steigen derselben vorhanden[8]. Außer dieser allgemeinen, die Kreditoperation zur Defizitsbedeckung erschwerenden Lage müsse man auch in Rechnung [ne]hmen einem Mangel an Vertrauen in der Geschäftswelt deshalb zu begegnen, weil eben die Ausgleichung des Defizits nur einen sehr langsamen Fortgang nehme. Er müsse insbesondere betonen, dass nichts so sehr den Kredit eines Staates gefährde als das Vorhandensein eines steten Defizits in der laufenden Gebarung und müsse er erinnern, dass die Gefährdung des Kredites zugleich die Machtstellung des Reiches gefährde.

Aus allen diesen Gründen halte er eine weitere Einschränkung in der laufenden Gebarung für dringend geboten und stelle er daher das eindringliche Ersuchen, dass von den Aufwänden aller Ressorts zusammen noch ca. eine Million gestrichen werde. Der Finanzminister wolle sein Ressort nicht ausnehmen [und,] so schwierig es auch gerade bei diesem Ressort sei, trachten, noch einen Abstrich von etwa 300.000 fl. beim Finanzressort vorzunehmen. Mit der Reduzierung in den Ausgaben der Ressorts werde die Regierung am deutlichsten den ernstlichen Willen zeigen, dem Gleichgewichte zustreben zu wollen. Wenn man einmal das Gleichgewicht in der laufenden Gebarung erreicht haben werde, dann werde auch der Zeitpunkt gekommen sein, um die Kredite für Eisenbahnbauten auszuscheiden und auf besondere Titres zu basieren. Man werde diesen Modus dann vorteilhaft anwenden können, weil für die Kreditinanspruchnahme nicht mehr das Drängnis des augenblicklichen Bedürfnisses vorhanden sein werde.

Der Finanzminister muss [] Erwähnung tun, dass in der öffentlichen Meinung immer hervorgehoben werde, das Wachsen des Defizits sei hauptsächlich den Delegationen und ihrem Einflusse zuzuschreiben. Der Finanzminister habe nun aus einer von ihm angestellten Betrachtung der Bewegung der ordentlichen Ausgaben vom Jahre 1874 bis zum Jahre 1880 ersehen, dass in diesem Zeitraume die ordentlichen gemeinsamen Ausgaben um 2 ⅓% herabgegangen, hingegen die diesseitigen ordentlichen Verwaltungsauslagen um 2,56 % gestiegen seien. Man möge also auch dieses Moment in Beachtung nehmen.

Der Finanzminister erwähnt schließlich, dass auch der Pensionsetat und besonders für Gnadengaben sich heuer um ½ Million steigere und dass die Steigerung [wesen]tlich da[s] Justizressort betreffe. Der Finanzminister sei nicht in der Lage, anzugeben, in welchen Positionen die Abstriche behufs der von ihm erwünschten Gesamtreduzierung zu machen wären, muss aber eindringlichst bitten, dass die Ressortminister darauf eingehen, indem er überzeugt sei, dass sich die entsprechenden Posten finden lassen werden.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass er sich die zwingenden Gründe für die möglichste Sparsamkeit stets schon bei der ursprünglichen Feststellung des Ressortsvoranschlages gegenwärtig halte und dass er umso mehr von vorneherein geneigt sei, der tunlichsten Einschränkung das Wort zu reden, als er nach seinen Erfahrungen im Verwaltungsdienste [wo]hl wisse, wie schwer der kleine Mann die Steuerlast trage.

---

wie die Erweiterung des Zweibundes (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) durch die Aufnahme Italiens zum Dreibund am 20. 5. 1882, deren Ursache der Interessengegensatz Italiens mit Frankreich bei der Aufteilung Afrikas war.

8 *Die an der Wiener Börse gehandelte steuerfreie, mit 5 % verzinste Notenrente, deren Kurs am 27. 10. 1881 bei 93,65 stand* – Wiener Zeitung (M.) v. 28. 10. 1881 – *und am 5. 1. 1882 auf 94,70 gestiegen war* – Wiener Zeitung (M.) v. 6. 1. 1882 –, *verzeichnete am 26. 10. 1882 nur mehr einen Kurs von 92,* Wiener Zeitung (M.) v. 27. 10. 1882.

Das Unterrichtsbudget müsse sich indessen naturnotwendig steigern. Die Weiterentwicklung jedes Systems erfordere eine allmählige Aufwandsvermehrung. Der Geist der Zeit stellt von Jahre zu Jahr erhöhte Anforderungen an das Bildungswesen, schon die Vermehrung der Bevölkerung an sich erzeuge ein erhöhtes Bildungsbedürfnis und aus beiden Gründen ergebe sich die Notwendigkeit der Erhöhung des Lehrerstandes und der anderen Bildungsaufwände.

Was die vom Finanzminister bezüglich des Unterrichtsressorts speziell erwähnten Posten anbelange, so müsse er zunächst bemerken, dass heute keine Gattung von Schule eine Einschränkung der Mittel weniger vertrage als die Gewerbeschulen, [wesha]lb er am allerwenigsten die Behinderung der Entwicklung dieser Schulen zulassen möchte, welche im eigentlichen Sinne Schulen von produktiver Bedeutung seien. Während eine Anstalt wie die Wiener Hochschule für Bodenkultur, welche den verhältnismäßigen kolossalen Aufwand von 300.000 fl. jährlich erheische, in einem Jahre nur etwa vier Zöglinge der Praxis übergebe, leisten die Gewerbeschulen den Gewerbetreibenden wahrhaften Sukkurs und gehen die daselbst herangebildeten Kräfte reißend in die industriellen Etablissements ab, welch Letztere wieder vermöge der Bereicherung mit fachmännisch gebildeten Kräften in Aufschwung gebracht werden.

Der Minister beleuchtet die Wichtigkeit einiger Budgetposten dieses Gebietes und legt mit Berufung auf die vorerwähn[te] die Unmöglichkeit einer Reduzierung derselben dar. Hinsichtlich des erwähnten Pauschalbetrages bemerkt der Minister, dass derselbe nur zur Entwicklung bereits bestehender Gewerbeschulen verwendet werden solle. Von den Auslagen für wissenschaftliche Reisen wolle er sich einen Abstrich gefallen lassen. Was die Vermehrung der Volksauslagen für Triest anbelange, so bemerke er, dass die Schülerzahl 2.000 betrage und dass jetzt nur die notwendige Konsequenz der früheren Errichtung von Parallelklassen von der ersten Klasse aufgezogen werden müssen. Die Einschränkung könnte für die Zukunft dadurch geschehen, dass man mit Parallelabteilungen von unten an nicht mehr begänne.

Auf die Frage des Finanz[minist]ers, ob man diesfalls nicht das Land verhalten wolle, bemerkt der Minister für Kultus und Unterricht, dass er jetzt Verhandlungen dahin beabsichtige, dass von der Stadt wenigstens ein Pauschalbeitrag geleistet werde.

Der Finanzminister macht auf die eventuelle Möglichkeit der Streichung oder Reduzierung eines Baupostens per 25.000 fl. für die Czernowitzer Universität aufmerksam. Jedenfalls scheine es nach der Meinung des Finanzministers möglich, von der Baupost für das neue Wiener Universitätsgebäude einen Betrag abzustreichen. Nachdem man im vorigen Jahre eine Million bewilligt habe und kaum anzunehmen sei, dass dieser Betrag schon aufgewendet wurde, so dürfte 1883 der Betrag von 500.000 fl. genügen. Der Minister für Kultus und Unterricht will sich in dieser Beziehung informieren und dann, wenn der in Aussicht genommene Baufortschritt nicht beeinträchtigt erscheint, eine bezügliche Reduktion vornehmen.

Der Ministerpräsident macht aufmerksam auf die Erzielung von Ersparungen bei den Lehrerbildungsanstalten. Diese Anstalten waren in der ihnen gegebenen Ausdehnung entsprechend, als bei dem Übergange zum neuen Schulsysteme allerwärts neue Lehrkräfte in großer Anzahl benötigt wurden. Heute sei das Bedürfnis gedeckt und seien die Stellen durchwegs mit jungen Kräften besetzt. Für die Herstellung des nötigen Nachwuchses brauche man den großen Aufwand nicht mehr. Daher trete auch jetzt die Folge ein, dass die Lehrerinnen-

bildungsanstalten von den Familien[b] [schlicht und] einfach benützt werden, um den Kindern auf Kosten des Staates eine höhere Erziehung zuzuwenden[c]. Weiters macht der Ministerpräsident darauf aufmerksam, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die Ackerbauhochschule in Wien, an welcher nach der früheren Bemerkung des Ministers für Kultus und Unterricht ein Zögling auf 50.000 fl. zu stehen kommen, aufzuheben[d]. Der Finanzminister schließt sich diesen Anregungen des Ministerpräsidenten an.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass er sich eben mit der Frage der Reduzierung der Lehrerbildungsanstalten beschäftige. Man könne schon auch wegen der anderweitigen Unterbringung der Lehrkräfte dabei nur allmählig vorgehen. Schon sei jetzt der Vorgang eingeschlagen, dass an [e]den Lehrerinnenbildungsanstalten teilweise[e] nur jeder zweite Jahrgang eröffnet werde. Bei der Ackerbauhochschule dürfte die Einführung von Staatsprüfungen vielleicht bald zu einer solchen Klärung führen, woran sich weitere Schritte ohne Vorwurf knüpfen können.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, er halte den Wunsch und das Verlangen des Finanzministers, dass von dem laufenden Aufwande noch weitere ausgiebige Abstriche gemacht werden, für vollkommen gerechtfertigt. Doch könne er nicht damit einverstanden sein, dass man zu diesem Behufe kleinere Abstriche bei Aufwänden macht, die an und für sich notwendig sind. Er möchte vielmehr dafür den Weg betreten wissen, dass man jene Anstalten, welche nicht not[wendig] sind, aufhebt. Dahin gehören erstlich die Hochschule für Bodenkultur in Wien, ferner die Universität in Czernowitz, welche ein ganz künstliches Gewächs sei und keinem Bedürfnisse entspreche, weiters verschiedene entbehrliche Gymnasien namentlich in Mähren und Böhmen, endlich die Lehrerbildungsanstalten, von denen ohne jede Beeinträchtigung des Zweckes die Hälfte aufgelassen werden könnte[f]. Kleine Abstriche bei den notwendigen Gewerbeschulen haben keinen Zweck. Gehe man aber an die Beseitigung des Überflüssigen, so werde man dadurch nebst ausgiebiger Ersparung zugleich auch noch mehr Mittel für die notwendigen Anstalten erlangen.

Der Finanzminister formuliert seinen Wunsch dahin, dass vom Ressort des Unter[richtsministers] nach Ermessen des Ressortministers hinsichtlich der Verteilung noch ein Gesamtabstrich per 200.000 fl. vom jetzigen Stande des pro 1883 präliminierten Erfordernisses gemacht werde. Der Minister für Kultus und Unterricht sagt diesen Abstrich zu.

Es wird zur Verhandlung hinsichtlich des Justizressorts übergegangen. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt: In der Tat weise der Justizvoranschlag eine Steigerung von 271.000 fl. auf. Aber die Steigerung des Justizaufwandes sei natürlich. Alljährlich wachse die Bevölkerung, die Agenden vermehren sich, neue Gerichte müssen errichtet werden. Was speziell die vom Finanz[minister] zur Erwähnung gebrachte Vermehrung der Kosten der Strafrechtspflege anbelange, so könnte er hiebei absolut keinen Abstrich machen. Der präliminierte Aufwand lehne sich strikte an das Bedürfnis an. Wegen zu geringer Veranschlagung dieser Posten habe man im Jahre 1881 eine Überschreitung von 30.000 fl. gemacht und dürfte auch das Jahre 1882 eine beträchtliche Überschreitung ergeben. Ersparungen lassen sich allenfalls nur bei zwei Posten im Extraordinarium machen, näm-

---

b *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* sehr richtig

c *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* wichtig

d *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* wäre gewiss eine nützliche Maßregel, die der Forstverwaltung zugutekäme.

e–e *Korrektur Conrads aus* diesen Anstalten.

f *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* sehr richtig, auch einige technische Hochschulen.

lich bei Neubauten und bei der Anlegung der Grundbücher, wo die Ersparungen Hinausschiebungen bedeuten. In der Diskussion wird der Gesichtspunkt hervorgekehrt, dass sich bei Bauposten am zweckmäßigsten erste Raten streichen ließen.

Der Finanzminister möchte beim Justizressort noch einen Abstrich von 100.000 fl. vorgenommen wissen. Der Leiter des Justizministeriums erklärt sich bereit, bei Bauten 60.000 fl. und bei Anlage von Grundbücher 40.000 fl., sohin zusammen noch 100.000 fl., abzustreichen.

Der Finanzminister sagt, sonach wäre mit Einrechnung des vom Finanzressort noch zu machenden Abstriches per 300.000 fl. ein Gesamtabstrich von 600.000 fl. erzielt und blieben, um eine Million Abstrich voll zu machen, noch 400.000 fl. abzustreichen übrig, was die anderen Ressorts auf sich nehmen möchten.

Nach kurzer Diskussion erklären sich der Ackerbauminister und der Handelsminister jeder zu einem Gesamt[abstric]he von 100.000 fl. und der [Mi]nisterpräsident als Träger des Ressorts des Ministeriums des Innern zu einem Gesamtabstriche von 107.000 fl. bereit.

Der Landesverteidigungsminister erklärt, dass sein Ressort so knapp auf das notwendigste Bedürfnis präliminiert sei, dass er nicht in der Lage wäre, nur einen Kreuzer noch abzustreichen. Er verhehle sich nicht die traurige Lage der Finanzen. Er habe auch viel über die Lasten nachgedacht, welche der heutige Heeresaufwand dem Staate auferlege. Indessen sei es Tatsache, dass wir an Billigkeit der Organisation den anderen Staaten weit voran seien. Man könnte also nur durch Reduktion helfen. Dies aber sei eine Frage der auswärtigen Politik und der Verhältnisstellung zu den anderen Mächten, worüber [er] nicht zu [reflek]tieren brauche. Alle Mächte haben in den letzten Jahren Wehrkräfte vermehrt, selbst Italien sei uns nunmehr numerisch überlegen. Bei uns sei währenddem nur in der Entwicklung der Landwehr ein weiterer Schritt getan geworden und sei es gewiss verhältnismäßig sehr billig, eine Armee von mehr als 100.000 Mann Landwehr, von der man hoffen könne, dass sie im ernsten Momente eine wirkliche Unterstützung sein werde, um 3 ½ Millionen im Frieden erhalten zu können. Um dieses Werk können uns die anderen Staaten beneiden. Es war nur möglich, weil man sich auf das dringendst Notwendige beschränkte. Der Minister sei jetzt im Begriffe durch [g]organisatorische Maßregeln[g] eine Erhöhung der Leistungs[fähig]keit der Landwehr bewirken, hoffe aber dabei, das [h]seit Jahren ohnedies nicht erhöhte Budget für die nächste Zeit[h] stetig zu erhalten. Von der Landwehr lasse sich absolut nichts streichen.

Das Gendarmeriebudget müsse infolge des Andringens mehrerer Landeschefs auf Vermehrung der Posten eine Erhöhung erfahren. Der Finanzminister wollte nun, dass man in der Landwehr um den Betrag heruntergehe, um welchen das Gendarmeriebudget erhöht werden müsse. Dies sei unmöglich. Die beiden Budgetkapitel haben gar keinen Konnex miteinander. Nachdem die Landwehr keine Reduktion ertrage, müsste er also, falls es der Ministerrat wollte, in die Gendarmeriepostenvermehrung nicht eingehen. Es wird von dem Ansinnen eines weiteren Abstriches beim Landesverteidigungsministerium ab[ge]gangen.

[g–g] *Korrektur Welsersheimbs aus* eine Reorganisation.
[h–h] *Korrektur Welsersheimbs aus* Budget fortan.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski glaubt, hinsichtlich der Erzielung von Ersparungen im Allgemeinen auf das zurück kommen zu sollen, was er im verflossenen Jahre gelegentlich der Einsetzung der Ersparungskommission vorgebracht hatte[9], dass man nämlich rationelle und erfolgreiche Ersparungen nur durch eine Reorganisation der Verwaltung in allen Zweigen werden erreichen können. Der Minister macht in dieser Beziehung zunächst wieder auf die Abschaffung der dritten Instanzen für Rekursentscheidungen und auf die Steuereinhebung durch die autonomen Organe aufmerksam[10].

II. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert in An[gele]genheit der beabsichtigten Maßnahmen über die vorgebrachten Anregungen wegen Errichtung und Erweiterung von Staatsmittelschulen, dann wegen Übernahme und Subventionierung von Kommunalmittelschulen. Die in dieser Beziehung heuer bei ihm eingebrachten Anliegen bezogen sich auf 32 Anstalten. Nach einer eingehenden Sichtung der Anträge habe er unter Beachtung der Frequenzverhältnisse und einer entsprechenden Regionaleinteilung in Einvernehmen mit dem Finanzminister die Berücksichtigung von acht Petitionsfällen, womit pro 1883 eine Auslage von 26.500 fl. verbunden sein würde, ins Auge gefasst und an Se. Majestät wegen Ah. Genehmigung der beantragten Maßnahmen au. Vortrag erstattet. Hierüber sei von Sr. Majestät der Ah. Auftrag gegeben werden, „den Gegenstand vorerst im Ministerrate vorzutragen und dabei zu erwägen, ob der Zustand der Finanzen eine solche jährlich steigende Auslage für Mittelschulen gestatte und ob nicht etwa in Böhmen und ganz besonders in Mähren bei Überfüllung dieser Länder mit Mittelschulen, durch Auflassung weniger wichtiger solcher Schulen die Mehrkosten kompensiert werden könnten."[11]

Der Minister bemerkt, dass bei der Berücksichtigung der fraglichen Fälle nur das Allernotwendigste geschehe und dass überall, wo eingegriffen werden wolle, die Frequenzverhältnisse so bedeutend seien, dass etwas getan werden müsse. Die Notwendigkeit der endlichen Errichtung eines dritten [Gymna]siums in Krakau leucht[e ei]n, wenn man bedenkt, dass an beiden dortigen Gymnasien 40 Klassenabteilungen bestehen. Ebenso seien die Errichtungen in Kremsier und Smichow und die Erweiterung in Weißkirchen unvermeidlich. Für Deutschbrod, Taus und Časlau sollen nur bis auf Weiteres Subventionen gewährt bzw. erhöht werden. Was endlich Elbogen anbelange, so stelle die Gemeinde bei der Übernahme der Kommunalrealschule in die Verwaltung des Staates das Lehrgebäude samt Einrichtung, eine Turnhalle, Naturalquartier für den Direktor etc. bei und verpflichte sich außerdem zu einem Zuschusse jährlicher 10.000 fl. Der Minister wolle übrigens bezüglich Elbogen, wie er auch schon im au. Vortrage angedeutet habe, [] der Übernahme nur auf die Unterrealschule beschränken und glaube er, dass dann die Beiträge der Gemeinde zur Erhaltung so ziemlich ausreichen dürften.

Der Finanzminister bemerkt, dass er für die vorliegenden Fälle gegenüber der Geltendmachung dringender Bedürfnisse schließlich geglaubt habe, zustimmen zu müssen. Doch sei er auch der Anschauung, dass in Böhmen und Mähren sich zu viele, namentlich zu viele deutsche Mittelschulen befinden und dass es daher entsprechend sei, durch Aufhebung der überflüssigen Anstalten für die Mittel die notwendigen zu gewinnen. Minister Freiherr v. Pražák glaubt, dass es entsprechend und das beste Korrektiv wäre, [wen]n die Mittelschulen ganz aus dem Reichsbudget ausgeschieden und in die Landesbudgets übernommen würden.

---

9 *Zur Entstehung der Ersparungskommission siehe MR. v. 21. 6. 1882/XII, Anm. 27.*

10 *Fortsetzung der Budgetberatungen in MR. v. 31. 10. 1882/I.*

11 *Vortrag Conrads v. 12. 10. 1882, auf den am 25. 10. 1882 die oben zitierte Ah. E. erging,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4033/1882.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass durch die in Einleitung begriffenen Maßnahme der Aufhebung des Staatsuntergymnasiums zu Stražnitz und der Auflassung der deutschen Parallelklassen in der Unterabteilung des Staatsgymnasiums zu Wallachisch Meseritsch[12] beiläufig das wieder hereingebracht werden dürfte, was mittelst des infrage stehenden au. Antrages zur Aufwendung erbeten werde. Er erbitte sich daher zu seiner au. Antragstellung die Zustimmung des Ministerrates.

Der Ministerrat erklärt [] der Minister für Kultus und Unterricht sich zu einem Gesamtabstriche von 200.000 fl. vom Unterrichtsvoranschlage herbeigelassen habe und mit Rücksicht auf die hinsichtlich Stražnitz und Wallachisch Meseritsch in Aussicht genommenen Auflassungen seine Zustimmung[i,13].

III. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Finanzrat und Oberamtsdirektor Joseph Topitsch anlässlich der Pensionierung desselben in Anerkennung seiner mehr als 40-jährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. [De]r Ministerrat erklärt seine Zustimmung[14].

IV. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend die Stempel- und Gebührenbefreiung der Verhandlungen zur Durchführung der Ablösung der Giebigkeiten und Naturalleistungen für Kirchen und Pfarrer in Krain. Der Entwurf sei gleichlautend mit den diesfälligen die gleichen Ablösungen in anderen Ländern begünstigenden Gesetzen[15]. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[16].

---

i *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* Wäre ziffernmäßig auszuweisen.

12 *Zur Aufhebung der deutschen Parallelklassen im Gymnasium in Wallachisch Meseritsch siehe MR. v. 14. 9. 1882/III.*

13 *Der Antrag zur* Errichtung und Erweiterung einiger Staatsmittelschulen, Übernahme und Subventionierung von Kommunalmittelschulen und Auflassung des Staatsuntergymnasiums zu Straschnitz*, den Conrad mit Vortrag v. 4. 11. 1882 stellte, wurde mit Ah. E. v. 9. 11. 1882* vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Bewilligung *genehmigt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4217/1882.

14 *Topitsch wurde über Vortrag Dunajewskis v. 28. 10. 1882 mit Ah. E. v. 2. 11. 1882 das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4141/1882.

15 *Reichsgesetze* betreffend die Stämpel- und Gebührenbefreiung der Verhandlungen zur Durchführung der Ablösung der auf Realitäten haftenden Geldgiebigkeiten und Naturalleistungen für Kirchen, Pfarren und deren Organe *für einzelne Kronländer waren zuvor erlassen worden für Mähren, Gesetz v. 20. 3. 1874,* Rgbl. Nr. 23/1874 *(MR. v. 11. 1. 1874/VI, dieses wie auch die anderen hier zitierten Protokolle liegen nicht ein), für Galizien, Gesetz v. 3. 5. 1874,* Rgbl. Nr. 55/1874 *(MR. II v. 5. 1. 1874/VII, MR. v. 3. 3. 1874/II und MR. v. 9. 5. 1874/XXI), für Oberösterreich, Gesetz v. 11. 3. 1875,* Rgbl. Nr. 25/1875 *(MR. v. 17. 10. 1874/IX, MR. II v. 18. 1. 1875/III und MR. v. 7. 3. 1875/V) und für die Quarnerischen Inseln, Gesetz v. 11. 3. 1875,* Rgbl. Nr. 26/1875 *(MR. II v. 13. 12. 1874/XIV). Ein entsprechendes Gesetz für die Bukowina kam nicht zustande (Einbringung eines entsprechenden Reichsgesetzes besprochen in MR. v. 2. 10. 1876/III, dessen Zurückziehung in MR. 28. 11. 1877/I).*

16 *Mit Vortrag v. 26. 10. 1882 beantragte Dunajewski, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen. Nach der entsprechenden Ermächtigung mit Ah. E. v. 2. 11. 1882* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4142/1882 – *legte der Finanzminister ihn dem Abgeordnetenhaus mit Schreiben v. 22. 11. 1882 vor,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8472*. Der Gesetzentwurf wurde von beiden Häusern des Reichsrates* – Prot. Reichsrat AH. 8. 2. 1883 (263. Sitzung) 9078 f.*;* Prot. Reichsrat HH 17. 2. 1883 (73. Sitzung) 1151 – *angenommen und mit Ah. E. v. 3. 3. 1883 über Vortrag Dunajewskis v. 28. 2. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 797/1883*, Gesetz v. 3. 3. 1883 publiziert als* Rgbl. Nr. 33/1883.

[V.] Der Landesverteidigungsminister referiert über die Hinausgabe einer speziellen Anordnung zur Durchführung der im § 54 der Wehrgesetznovelle enthaltenen, die Auswanderung mit Rücksicht auf die Wehrpflicht beschränkenden Bestimmungen[17]. Der Gegenstand hatte bei der Beratung der fraglichen Bestimmung im Reichsrate[j] Anlass zu Debatten gegeben, wobei von ihm erklärt wurde, dass die Regierung von dem gesetzlichen Rechte nur einen durch die rationellsten Gründe gebotenen Gebrauch machen werde[18]. Er habe über die bezüglichen Verhältnisse die Landeschefs befragt und auf Grundlage der von denselben eingelangten Berichten beabsichtige er die aus der Anlage ersichtliche Verordnung zu erlassen[k], deren Hinausgabe gleichzeitig mit [der Publi]kation der Wehrgesetznovelle zu geschehen hätte.

Die Verordnung wird verlesen und wird der Inhalt derselben vom Ministerrate genehmigend zur Kenntnis genommen[19].

Wien, am 28. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 426 Ministerrat, Wien, 29. Oktober 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 29. 10.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Widmann, Kubin, Schrötter.

[I.] Weitere Maßnahmen der Regierung anlässlich der Unglücksfälle in Tirol.

KZ. 102 – MRZ. 82

Protokoll I des zu Wien am 29. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung die im Verfolge der früheren sowie anlässlich der neuerlichen durch Überschwemmung eingetretenen Unglücksfälle in Tirol notwendig gewordenen weiteren Maßnahmen der Regierung[1]. Über die Angelegenheit wurde heute im Ministerium des Innern unter Beiziehung des Statthalters eine Vorberatung abge-

---

j *Korrektur Welsersheimbs aus* Herrenhause.

k *Liegt dem Originalprotokoll bei.*

17 *Die Wehrgesetznovelle kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 26. 9. 1882/IX.*

18 *Debatte und Abstimmung über § 54* Prot. Reichsrat AH. 13. 12. 1881 (180. Sitzung) 6352–6367*, die Stellungnahme Welsersheimbs,* Prot. Reichsrat AH. 13. 12. 1881 (180. Sitzung) 6362 f.

19 *Die Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung v. 1. 11. 1882 wurde publiziert als* RGBl. Nr. 154/1882*, mit der zu § 54 geregelt wurde, Ersatzreservisten* sind bezüglich der Entlassung *aus dem Staatsverband* zum Zweck der Auswanderung gleich wie die Reservemannschaft zu behandeln*. Die mit der Wehrgesetznovelle in Zusammenhang stehende Landwehrgesetznovelle kam zur Sprache in MR. v. 18. 11. 1882/IV.*

1 *Zu den ersten Hilfsmaßnahmen wegen Überschwemmungen siehe MR. v. 26. 9. 1882/I. Nachdem das Telegrafenkorrespondenzbüro am 11. 10. 1882 aus Innsbruck berichtete,* daß eine momentane Gefahr für die einzelnen Ortschaften nicht mehr besteht – Wiener Zeitung (A.) v. 11. 10. 1882 – *hieß es am 27. 10. 1882:* Gestern gingen starke Regengüsse nieder, weßhalb die Gewässer neuerdings angeschwollen sind*,* Wiener Zeitung (A.) v. 27. 10. 1882.

halten[2]. Dabei wurde für zunächst als notwendig erkannt, a) dass sogleich eine Erweiterung der mit der kaiserlichen Verordnung vom 26. September d. J. angeordneten Hilfsaktion für Tirol vorgenommen werde[3], damit man in der Lage sei, der augenblicklichen Not durch Verabreichung entsprechender Unterstützungen abzuhelfen, b) dass dem Statthalter in Tirol eine Anzahl politischer Beamten und Baubeamten [zum zeit]weiligen Dienst zur [Verf]ügung gestellt werde, um die besonderen Geschäfte zu bewältigen, welche aus Anlass der Unglücksfälle für die Verwaltung in Tirol erwachsen sind. Ferner wurde für später nach Zusammentritt des Reichsrates die Einleitung einer größeren Aktion behufs der Schadensabhilfe ins Auge gefasst.

Sektionsrat Freiherr v. Kubin referiert, dass die Proposition des Ministerpräsidenten hinsichtlich des ersten Punktes der Maßnahmen dahin gehe, abermals im Wege kaiserlicher Verordnung nach § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung[4] die Unterstützungskation vom 26. September d. J. für Tirol in der Weise zu erweitern, dass der ganze für Tirol bewilligte Betrag von [a]500.[a]000 f. zur Verabfolgung nicht rückzuzahlender Unterstützungen verwendet werden könne. Auf die Frage des Handelsministers, weshalb nicht für Kärnten eine analoge Ausdehnung der Hilfsaktion bewerkstelligt werde, bemerkt der Ministerpräsident, dass von Kärnten erstlich kein diesfälliger Antrag vorliege und dass auch nach allen Berichten in Kärnten die Kalamität vergleichsweise nicht so bedeutend sei. Der Statthalter Freiherr v. Widmann kann aus Mitteilungen von Augenzeugen sowie auch aus teilweiser eigener Anschauung bestätigen, dass die Kalamität in Kärnten mit der in Tirol in gar keinen Vergleich zu stellen sei und dass nach der Be[stätigu]ng derer, welche die [beid]erseitigen Überschwemmungsgebiete überschaut haben, nicht nur das bei den Sammlungsverteilungen angenommene Schadensverhältnis von ¾ Tirol und ¼ Kärnten nicht zutreffend sei, sondern, dass es selbst schon zu hoch angenommen sein dürfte, wenn der Schaden Kärntens mit 1/20 zu dem Tirols veranschlagt werde. Der Ministerrat erklärt zur proponierten Erweiterung der Hilfsaktion für Tirol seine Zustimmung[5].

Sektionschef Freiherr v. Kubin bringt hinsichtlich des zweiten Punktes der sofortigen Maßnahme vor, dass nach der Darstellung des Statthalters zur Bewältigung der durch die Überschwemmungskalamität erwachsenen besonderen Verwaltungsarbeiten, für welche der Statthalter ein besonderes Büro einrichten müsse, unbedingt notwendig sei, das Beamtenpersonale durch einen Statthaltereirat und noch sechs andere Verwaltungsbeamte zu vermehren. Weiters erscheine es geboten, dem Statthalter an Baupersonale noch zwei Oberingenieure und zwei Ingenieure zur Verfügung zu stellen. Ob die wegen des außerordentlichen Anlasses für zeitweilig zu bestellenden Beamten in den betreffenden Stellungen als extra statum zu ernennen sein oder ob zweckmäßiger die Verwendung Beamter aus anderen Kronländern auf Diäten zu verfügen sein werde, wolle noch näherer Erwägung nach Einvernehmung mit

---

[a–a] *Brandstelle ergänzt nach der kaiserlichen Verordnung v. 26. 9. 1882, § 1,* RGBL. Nr. 130/1882.

[2] *Zur Vorberatung im Ministerium des Innern konnten in den Beständen des* AVA., IM., Präs. *keine Unterlagen gefunden werden.*

[3] *Zur Ah. E. v. 26. 9. 1882 siehe MR. v. 26. 9. 1882/I, Anm. 4.*

[4] *§ 14 des Gesetzes v. 21. 12. 1867,* RGBL. Nr. 141/1867*, der sogenannte Notverordnungsparagraf, auf dessen Basis die die Hilfe v. 26. 9. 1882 erlassen wurde.*

[5] *Mit Vortrag Taaffes v. 29. 10. 1882 wurden die beantragten Gelder mit Ah. E. v. 30. 10. 1882 bewilligt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, 3917/1882*, kaiserliche Verordnung v. 30. 10. 1882,* RGBL. Nr. 152/1882.

dem Finanzministerium vorbehalten bleiben. Der Finanzminister er[klä]rt vorbehaltlich der konkreten Verhandlung, dass er mit der beabsichtigten Maßregel prinzipiell einverstanden sei. Der Ministerrat erklärt zur proponierten Verfügung seine Zustimmung[6].

Sektionschef Freiherr v. Kubin bringt endlich zur Sprache die für weiters nach dem Zusammentritte des Reichsrates in Aussicht zu nehmende Aktion. Die durch die Überschwemmung in Tirol angerichteten Schäden werden auf mehr als 15 Millionen Gulden geschätzt. Wenn diese Schätzung auch zu hoch gegriffen sein dürfte, so habe man es sicherlich doch immer mit Schäden von vielen Millionen zu tun. Deshalb sowie in [Anb]etracht des Umstandes, dass die zerstörten Kommunikationen[7], welche große Summen repräsentieren, wiederhergestellt werden müssen, und weil es endlich auch notwendig erscheine, Abhilfen und Vorkehrungen in sonstiger baulicher Beziehung zu treffen, um nicht in nächster Zeit wieder in ähnliche Kalamitäten zu geraten, sei eine weitere größere Hilfsaktion unbedingt erforderlich.

Der Ministerpräsident denkt sich hiebei ein kombiniertes Vorgehen des Landes und des Staates. Nach den von den maßgebenden Landeskreisen geäußerten Absichten wolle das Land ein Hilfsanlehen aufnehmen, weshalb es jedenfalls notwendig sein werde, den Landtag zu diesem Behufe einzuberufen. Bei dieser Gelegenheit könnte nun der Landtag [demnac]h seine Wünsche für das [wei]tere Hilfseingreifen des Staates formulieren. Nach dem Erachten des Ministerpräsidenten dürfte die weitere Aktion des Staates voraussichtlich umfassen müssen: Die Gewährung eines nicht rückzahlbaren Beitrages zu Zwecken von Herstellungen und Regulierungen und ferners die Gewährung von Vorschüssen zu denselben Zwecken. Um die Sache in das richtige Geleise zu bringen, würde es daher zweckentsprechend sein, dass der Landtag im November etwa knapp nach Schluss der Delegationen einberufen würde und seine diesfälligen Beratungen noch vor Beginn der Reichsratssession beendete[8].

Der Statthalter Freiherr v. Widmann bemerkt, dass dies beiläufig den Erwartungen entspricht, welche [man] in den Landtagskreisen hege. Die Kreditoperation des Landes werde vor allem zu dem Zwecke geplant, um Subventionen zu erteilen für Bachregulierungen, Ufersicherungen, Herstellung von Wegen und Brücken, für welche Herstellungen die Gemeinden aufzukommen hätten, von denen jedoch bei den obwaltenden Umständen keinerlei Last übernommen werden könne. Anknüpfend an diesen Zweck dürfte nun der Landtag an die Regierung die Bitte stellen, dass der Staat erstlich gleichfalls mit einer Subventionssumme beispringe und dass er weiters über das, was ihm als Geschenk zu geben möglich ist, hinaus Vorschüsse aus Staatsmitteln gewähre. Bei der furchtbaren Ausdehnung der Zerstörungen werde ausgiebige Unterstützung notwendig [sein. So] müsste er dafür sein, [da]ss die in letzter Linie zu erteilenden Vorschüsse in unbestimmter Höhe festgesetzt und auf möglichst viele Jahre hinaus, wie seinerzeit in Böhmen, gewährt würden. Der Statthalter bemerkt ferner, dass er, was die Erhaltung der notleidenden Leute anbelange, mit dem nunmehr für Unterstützungen zu überlassenden Staatsbetrage per 500.000 fl. (110.000 fl. seien bereits erteilt), mit der Spende Sr. Majestät und mit den Sammlungseinläufen über den Winter hinauskommen zu können glaube.

---

6 *Zu diesem Punkt konnten in* AVA., IM., Präs. *und* allg. *keine Unterlagen gefunden werden.*

7 *Unter den zerstörten Kommunikationen sind besonders die Eisenbahnlinien zu verstehen. Fotos der Zerstörungen befinden sich in 23 Mappen in* AVA., VA., HM., allg. (III Ea), Karton 704.

8 *Zur Einberufung der außerordentlichen Sitzung des Tiroler Landtages siehe MR. v. 4. 11. 1882/I, Anm. 5.*

Der Finanzminister bemerkt, dass er prinzipiell der ins Auge gefassten Aktion nicht entgegen sei, doch halte er, was die Vorschüsse anbelange, den Vorgang seinerzeit in Böhmen nicht für ermunternd, da die Vorschüsse, [wel]che vom Staate direkte den Gemeinden gegeben werden, in der Regel nicht hereinzubringen seien[9]. Er müsste daher diesfalls für den Modus sein, dass die Vorschüsse dem Lande gegen dessen Haftung gegeben werden. Die proponierte Einberufung des Landtages und der Vorgang in der Weise, dass die Petita des Landtages bis zum Zusammentritte des Reichsrates vorliegen, scheine erwünscht, da es ihm zugleich finanztechnisch wichtig sei, den bezüglichen Kredit für das Jahre 1882 zu beanspruchen. Der Statthalter Freiherr v. Widmann hat gegen den Modus die Vorschüsse dem Lande gegen dessen Haftung zu geben nichts vorzubringen.

Der Ministerpräsident hält diesen Modus seinerseits [für ga]nz entsprechend. Doch er[inn]ert er daran, dass im Hinblicke hierauf und um nicht wegen der Haftungsfrage den Landtag später wieder einberufen zu müssen, Vorsorge zu treffen sein werde, dass der Landtag jetzt schon anlässlich seiner Petita auch über die Übernahme der fraglichen Haftung beschließe.

Nach kurzer Diskussion erklärt sich der Ministerrat prinzipiell mit der weiteren Hilfsaktion einverstanden und beschließt die Einberufung des Tiroler Landtages zu dem vom Ministerpräsidenten ins Auge gefassten Termine zum Behufe der Beratung der Landeskalamität, wobei zu veranlassen sein werde, dass der Landtag, im Falle er Staatsvorschüsse für den Notstand sich erbäte, er sich zugleich [zu] der Übernahme der Garantie des Landes bis zu einer gewissen Ziffer solcher Vorschüsse bereit erkläre[10].

Der Statthalter Freiherr v. Widmann erlaubt sich, bei dieser Gelegenheit vorzubringen, dass er in Südtirol von allen Seiten bestürmt wurde, zu befürworten, dass wegen des herrschenden Notstandes die zollfreie Einfuhr von Getreide aus Italien bewilligt werde. Der Handelsminister bemerkt, dass der Ministerrat infolge seiner Anregung sich für diese Begünstigung schon erklärt habe, dass aber von Seite der ungarischen Regierung, an welche er sich nach einer ersten abschlägigen Antwort bereits zum zweiten Male gewendet habe, die erforderliche Zustimmung noch [nicht er]langt werden konnte. [Er] hoffe indessen, dass Ungarn schließlich noch zustimmen werde[11].

Der Statthalter Freiherr v. Widmann bringt ferner das bei ihm vorgebrachte Anliegen zur Erwähnung, dass jene Grundparzellen, welche nunmehr durch die Überschwemmung vernichtet wurden, jetzt noch vor der schließlichen Feststellung des Grundsteuerkatasters eliminiert werden mögen. Der Finanzminister bemerkt, dass dort, wo das Grundstück vernichtet ist, die Steuerzahlung ja faktisch entfalle. Er sehe daher keinen Anlass den Abschluss der Grundsteuerarbeiten zu hindern, zumal dies Rückwirkungen auch auf die übrigen Provinzen äußern könnte[12].

---

9 *Mit Gesetz v. 25. 3. 1879 war die Rückzahlung der im Jahr 1872 wegen Überschwemmungen in Böhmen gewährten Staatskredite an Bezirke auf das Jahr 1888 verschoben worden,* RGBl. Nr. 53/1879*, beraten in MR. v. 15. 3. 1879/III (liegt nicht ein).*

10 *Diese größere Hilfsaktion kam erneut zur Sprache in MR. v. 4. 11. 1882/I.*

11 *Die zollfreie Einfuhr von Getreide hatte beraten MR. v. 26. 9. 1882/XII. Schreiben (K.) Pinos an den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza v. 27. 10. 1882,* AVA., HM., Präs. 1727/1882*. Die Angelegenheit kam in MR. v. 4. 11. 1882/I wieder zur Sprache.*

12 *Die Grundsteuer auf Basis des Franziszeischen Katasters war mit Gesetz v. 24. 5. 1869,* RGBl. Nr. 88/1869 *(zuletzt beraten in MR. v. 15. 5. 1869/VIII,* CMR. II, Nr. 225*), reformiert und dabei für Tirol mit den Regelungen der anderen Kronländer vereinheitlicht worden. Dieses Gesetz wurde in Hinblick auf die Schätzung*

Der Statthalter Freiherr v. Widmann bringt endlich vor, dass einige italienische Gemeinden Südtirols infolge der Kalamitäten auszuwandern gedenken und dass es wünschenswert sein dürfte, denselben, wenn sie nach Bosnien gingen, unter die Arme zu greifen. Auch von den Ministern wird eine diesbezügliche Unterstützung als wünschenswert angesehen[13].

Wien, am 29. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 427 Ministerrat, Wien, 29. Oktober 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 29. 10.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad (10. 11.), Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kraus.

[I.] Die Verhältnisse in Prag; Vorkommnisse im Landtage; Durchführung der Anordnungen bezüglich der Universität; Frage der Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät.

KZ. 104 – MRZ. 83

Protokoll II des zu Wien am 29. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung die letzten Vorgänge sowie überhaupt die Zustände in Prag und ladet [den Statthalter vo]n Böh[men] Frei[he]rrn v. Kraus ein, hierüber zu berichten. Der Statthalter Freiherr v. Kraus macht zunächst Mitteilung über die Vorkommnisse im böhmischen Landtage. Der Landtag habe mit einer Rücksichtlosigkeit, wenn er nicht sagen wolle Gewalttätigkeit des Oberstlandmarschalls begonnen. Denn obwohl damals schon beide Universitäten konstituiert und zwei Rektoren vorhanden waren, ließ der Oberstlandmarschall nur an den Rektor der deutschen Universität die Einladung zum Eintritte in den Landtag ergehen[1]. Der Statthalter, obwohl von dem Vorgange früher

---

der Steuerhöhe novelliert mit Gesetz v. 6. 4. 1879, RGBL. Nr. 54/1879 *(MR. v. 23. 3. 1878/III, MR. v. 11. 6. 1878/III und MR. v. 6. 4. 1879/VIII, liegen alle nicht ein) und Gesetz v. 28. 3. 1880,* RGBL. Nr. 34/1880 *(MR. v. 22. 10. 1879/V, MR. v. 1. 12. 1879/VI, MR. II v. 7. 12. 1879/IV, MR. v. 9. 12. 1879/I, MR. v. 12. 12. 1879/II, MR. I v. 23. 12. 1879/V, MR. v. 7. 1. 1880/I, MR. v. 9. 1. 1880/VI und MR. v. 23. 1. 1880/III, liegen alle nicht ein). Mit letzterem Gesetz wurde bestimmt,* die Steuerausgleichung nach den Ergebnissen des Reclamationsverfahrens hat längstens mit Ende Juni 1882 [...] stattzufinden*, eine Frist, die mit Gesetz v. 30. 3. 1881,* RGBL. Nr. 25/1881, *bis August 1882 erstreckt wurde (MR. v. 3. 1. 1881/II, MR. v. 23. 1. 1881/III, MR. I v. 5. 3. 1881/I und II sowie MR. v. 25. 3. 1881/VII, liegen alle nicht ein). Anhand der auf diesen drei Gesetzen aufbauenden Operaten beruhte der Gesetzentwurf zur Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters, beraten in MR. v. 4. 12. 1881/VI (liegt nicht ein). Im Entwurf waren wegen* Erderschütterungen (Erdrutschungen, Felsstürze), Abspülungen, Aenderungen im Laufe der Flüsse oder Ueberflutungen des Meeres *Reduktionen im Reinertrag oder der Steuerleistung vorgesehen; dieser Entwurf war Thema in MR. v. 24. 2. 1883/VIII.*

13 *Zur Auswanderung von Südtirolern nach Bosnien siehe MR. v. 4. 11. 1882/I, Anm. 7.*

1 *Die Frage der Virilstimme im böhmischen Landtag für die Rektoren der Prager Universitäten wurde beraten in MR. v. 7. 9. 1882/II. Mit Gesetz v. 6. 10. 1882,* LGBL. BÖHMEN Nr. 54/1882*, erhielt auch der Rektor der Prager böhmischen Universität eine Virilstimme im Landtag. Da bei der Eröffnungssitzung der Landtagssession 1882 dieses Gesetz also noch nicht bestand, sondern erst während der Session angenommen worden war, hatte nur der Rektor der deutschen Prager Universität ein Virilstimmenmandat erhalten. Gegen den Eintritt des Rektors der deutschen Universität beschwerte sich der Landtagsabgeordnete Prof. Kvíčala; der Oberstlandmarschall, der ehemalige Ministerpräsident Carl Fürst zu Auersperg, nahm diesen Protest jedoch nicht an,*

unterrichtet[2], hielt sich nicht berechtigt, einzugreifen, nachdem die Regierung der Ansicht war, dass es sich hiebei um eine noch un[klare Fra]ge handle. Richtig [wär]e es jedoch nach der Meinung [d]es Statthalters gewesen, wenn der Oberstlandmarschall wenigstens mit der Avisierung bis nach der Zuerkennung des Virilstimmrechtes an den zweiten Rektor gewartet hätte. In den tschechischen Kreisen, wo man durch den Vorgang sehr unangenehm berührt war, beabsichtigte man die Einbringung eines Protestes gegen diesen Vorgang jedoch nur, wie ihm (Statthalter) mitgeteilt wurde, um das Recht zu markieren und auszudrücken, dass die Handlungsweise des Oberstlandmarschalls taktlos gewesen sei. Die Verweigerung, schließlich auch die Niederlegung eines schriftlichen Protestes [a]zu gestatten[a], sei bekannt.

Im weiteren Verlaufe wickelten sich die Verhandlungen des Landtages friedlich ab. Selbst bei der Verhandlung über die [] deut[sche]n Theaters stimmten die Tschechen für die Forderung per 300.000 fl., obwohl man eine so hohe Forderung nicht erwartet hatte und darüber befremdet war[3]. Erst gegen den Schluss des Landtages hin wurde die Situation wieder gereizt. Am 17. Oktober äußerte sich der Oberstlandmarschall dem Statthalter gegenüber dahin, dass er den Landtag vor 26. oder 27. nicht würde schließen können, weil man nicht früher fertig werden könnte. Der Statthalter habe darauf erwidert, dass wegen der Delegationen die Schließung jedenfalls am 23. erfolgen müsste, worauf wieder vom Oberstlandmarschall bemerkt wurde, dass er auf seine Gefahr dies nicht tun könnte und mindestens noch am 24. Sitzung halten müsste, außer die Regierung würde [explizit die] Schließung wollen. [A]m 21. nun sei die Sache [e]rhellt worden durch die Ankündigung der Verhandlung über den Kredit für den Bau eines deutschen Sommertheaters. Wegen dieser Vorlage entstand eine enorme Gärung. Dem Statthalter wurde auch zugleich gemeldet, dass Bauern aus Leitmeritz sich in Prag herumtreiben und im deutschen Kasino Konventikel abhalten. Weiters erhielt er Andeutungen, woraus er entnehmen konnte, dass auch die deutschen Abgeordneten insbesondere die Abgeordneten der Landgemeinden sich wegen dieser Theatervorlage in großer Verlegenheit befänden.

Nach erlangter Instruktion ließ der Statthalter noch am 21. an den Oberstlandmarschall die schriftliche Mitteilung ergehen, dass infolge Ah. [Auftrags Sr. Majes]tät der Landtag am 23. zu schließen sei. Der Statthalter hatte für den 23. erwartet, dass möglicherweise für die Theatervorlage die Dringlichkeit beantragt und auch eine Abendsitzung abgehalten werden würde. Doch es stellte sich heraus, dass die Theatervorlage fallen gelassen worden war. Freilich ging aus der Haltung des Oberstlandmarschalls hervor, dass er über die Wendung der Dinge nicht befriedigt war. Am Beginn der Sitzung bemerkte derselbe nach von ihm angeordneter Vorlesung der Mitteilung des Statthalters vom 21., dass er selbstverständlich den Ah. Auftrag

---

[a–a] *Ergänzung, vom Protokollführer anscheinend vergessen.*

denn ein Protest könne nur erhoben werden gegen irgend etwas, was geschäftsordnungswidrig ist*, und das war in seinen Augen der Eintritt des Rektors der deutschen Universität jedoch nicht,* Prot. Landtag Böhmen 26. 9. 1882 (I. Sitzung) 6 f. *Zu den Vorkommnissen der Eröffnungssitzung siehe auch das hocheigenhändige Schreiben (K.) Kraus an Taaffe v. 28. 9. 1882,* Národní Archiv, PMT., Karton 15, g.P. 49/1882.

2 *Er nahm an der Sitzung teil.*

3 *Die Forderung für den Bau eines deutschen Theaters kam anlässlich der Frage der Schließung der böhmischen Landtagssession zur Sprache, MR. v. 21. 10. 1882/X. Zur Annahme durch den Landtag siehe dort Anm. 30.*

ausführen werde. Nach Erledigung der Tagesordnung schloss derselbe mit den bekannten kurzen Worten und machte dessen Be[nehmen] den Eindruck eines [un]feierlichen schroffen Abbrechens[4].

Der Handelsminister bemerkt, dass er heute mit dem Landtagsabgeordneten v. Streeruwitz gesprochen und dass ihm derselbe bemerkt habe, dass die Abgeordneten der deutschen Landgemeinden sehr froh darüber gewesen seien, dass die Theatervorlage nicht mehr vorgebracht wurde, indem die Annahme derselben eine große Missstimmung hervorgebracht hätte.

Der Ministerpräsident erteilt dem Statthalter weiters das Wort zur Berichterstattung über die Zustände und Desiderien bezüglich der böhmischen Universität[5]. Der Statthalter Freiherr v. Kraus bemerkt, dass die Universitäts[frage] [] deshalb die Aufmerksamkeit herausfordere, weil aus jedem auf die Universität bezugnehmenden Akte politisches Kapital geschlagen werde[6]. Nun sei aber die Sache noch lange nicht in das Geleise einer ruhig fortlaufenden Entwicklung gebracht. Eine Reihe von Konsequenzen des geschaffenen Verhältnisses sei noch zu ziehen und dort, wo Anordnungen über die Verhältnisstellung getroffen seien, müsse er in der Durchführung Anstände gewärtigen. Der Statthalter erinnert, dass er hinsichtlich der Insignien der Würdenträger der Universität Vorkehrungen treffen musste. Er besorgt Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchführung der Anordnung über die Benützung des Universitätsarchives von beiden Universitäten sowie hinsichtlich der Beobachtung der provisorischen [Regelun]g über die Benützung [der] für allgemeine Universitätszwecke bestimmten Räumlichkeiten. Zudem stehe man in Renitenzfällen Verhältnissen gegenüber, bei denen er sich fragen müsse, mittelst welcher Mittel die Befolgung der Anordnungen zu erreichen sei. Der Statthalter muss hinsichtlich der Stellung zu den Universitätsbehörden auch bemerken, dass dieselben ihre Beschwerden gegen Verfügungen der Statthalterei unmittelbar an das Ministerium für Kultus und Unterricht zu richten pflegen, sodass der Statthalter nicht wisse, ob diese oder jene Anordnung hingenommen oder ob dagegen Einsprache erhoben worden sei[7].

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, er sehe aus dem Ganzen nur – und dem widerspreche die heutige Mitteilung [] die Angelegenheiten im Begriffe seien, sich zu ordnen. Hinsichtlich der Insignien sei nun vorgesorgt. Die gemeinschaftliche Benützung des Archives sei angeordnet[8]. Würde sie Anständen unterliegen, so brauchte der Statthalter nur die Überwachung des Archives einer indifferenten Persönlichkeit anzuvertrauen, die für die Einhaltung der Anordnung Sorge zu tragen hätte. Hinsichtlich der Benützung der Aula sehe

---

4 *Ein Streitpunkt war die Frage, den Landtag erst am 24. statt am 23. 10. 1882 zu beenden, was die Regierung ablehnte, MR. v. 21. 10. 1882/X. Seine Unzufriedenheit mit diesem Entschluss zeigte Auersperg, indem er in seinem Schlussplädoyer festhielt* Über kaiserlichen Auftrag ist der *Landtag* heute zu schließen, womit er ein schnelles Ende findet und mehrfaches werthvolles Arbeitsmaterial der Kommissionen hinfällig wird, Prot. Landtag Böhmen 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 371.

5 *Hier ging es um die Staatsprüfungsverordnung der juridischen Fakultät der tschechischen Universität, die den Nachweis der deutschen Sprache vorschrieb; zuletzt beraten in MR. I v. 27. 6. 1882/I.*

6 *MR. II v. 19. 8. 1882/XI und 7. 9. 1882/VIII beschäftigten sich mit den Wünschen der Alttschechen zur Staatsprüfung, MR. v. 26. 9. 1882/II mit der* Agitation böhmischer Bezirksvertretungen gegen die Staatsprüfungsverordnung.

7 *Zur Frage, wie die Ministerien mit den landesfürstlichen Behörden kommunizieren, ob vermittels Statthalter bzw. Landmarschall oder direkt, siehe MR. v. 25. 6. 1896/I,* Cmr., V/1, Nr. 206.

8 *Das Archiv, die Bibliothek und – bis zum Studienjahr 1898/99 – der Botanische Garten blieben beiden Universitäten gemeinsam,* Die deutsche Karl-Ferdinands-Universität, 29.

er nach allem, was bisher schon geschehen, keine Schwierigkeit aufkeimen. Natürlich müsse die Lokalitätenfrage nur als provisorisch geordnet betrachtet werden. Die definitive Lösung werde sich erst ergeben, wenn ein neues Gebäude für die andere Universität hergestellt sein werde, bei welcher Inaussichtnahme er übrigens [empfehle,] dass es der Wahl zu über[lass]en sein würde, in welches Gebäude die deutsche und in welches die böhmische Universität einzöge. Was die in Renitenzfällen anzuwendenden Mittel anbelange, so habe er auf das Vorgehen bei etwaigen Anständen hinsichtlich des Archives schon hingewiesen. Im Übrigen stehe es dem Statthalter vermöge der Exekutivgewalt frei gegen ungehorsame Beamte mit Gehaltsperre vorzugehen und falls es sich um Kassen handelte, durch Abnahme der Schlüssel sich in die Möglichkeit der Verfügung über dieselben zu setzen. Bezüglich des Verkehres der akademischen Behörden aber wolle er die Anordnung einschärfen, dass sämtliche Eingaben an das Ministerium durch den Statthalter zu gehen haben und wolle er direkt einlangende Eingaben [] [Ausku]nft nicht annehmen und mit der entsprechenden Weisung zurücksenden.

Der Finanzminister glaubt auch, dass der Statthalter hinsichtlich der Durchführungsmittel nicht in Verlegenheit kommen könne. Seines Erachtens wäre der Statthalter auch in der Lage, einen widerspenstigen Beamten unter gleichzeitiger Anzeige an das Ministerium zu suspendieren. Der Statthalter Freiherr v. Kraus glaubt, dass am besten gewesen wäre, die ganze Universitätsangelegenheit durch einen besonderen Regierungskommissär durchzuführen. Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass ja bis jetzt alles, was angeordnet wurde, durch den Statthalter anstandslos durchgeführt worden sei.

[Der St]atthalter Freiherr v. Kraus [e]rlaubt sich ferner aufmerksam zu machen auf das Drängen zur Erweiterung der böhmischen Universität durch die Kreierung der medizinischen Fakultät an derselben[9]. Damit durch einen vorbereitenden Schritt in dieser Richtung auf die Stimmung besänftigend gewirkt werde, halte er es für entsprechend, dass vorläufig von ihm schon zur Anregung gebrachte Ernennungen von drei Professoren für drei praktisch-medizinische Lehrkanzeln vorgenommen werden. Es würde auf diese Weise für jetzt wenigstens eine Art Rumpffakultät geschaffen. Im Laufe der über die Anregung gepflogenen Diskussion stellt sich heraus, dass zwei der diesfalls zu ernennenden Persönlichkeiten bereits Profes[soren der] bestehenden medi[zi]nischen Fakultät sind und dass die vom Statthalter bei seinem bezüglichen Ernennungsantrage vertretene Intention der tschechischen Kreise dahin gehe, dass die Professoren bereits mit der Bestimmung für die böhmisch-medizinische Fakultät ernannt werden sollen.

Sonach bemerkt der Finanzminister, dass es ganz unmöglich sei, für eine Fakultät, welche noch gar nicht bestehe, Professoren zu ernennen, abgesehen davon, dass das Wirken eines Professors eines praktischen medizinischen Faches den Bestand der bezüglichen Klinik bzw. die Zuweisung einer solchen zur notwendigen Voraussetzungen habe. Wenn nun die fraglichen Professoren in der Weise, wie es gewünscht werde, ernannt würden, so [würden] dieselben an der deut[sch]en medizinischen Fakultät, welcher sie nicht zugehörten, nicht lehren und an der böhmischen medizinischen Fakultät gleichfalls nicht, weil eine solche Fakultät nicht existiert.

---

9 *Die Frage, wie mit Prüfungen für Hörer naturwissenschaftlicher Fächer der philosophischen Fakultät der böhmischen Universität umzugehen sei, da solche Prüfungen bei der Universität bisher von der medizinischen Fakultät abgenommen wurden, war beraten worden in MR. v. 23. 10. 1882/II.*

Der Minister für Kultus und Unterricht kann nur wiederholen, was bereits vom Vorredner bemerkt wurde. Ernennungen in der intendierten Weise hätten keinen Boden. Man könne jetzt für die diesfälligen böhmischen Wünsche nicht mehr tun, als Professoren mit der Bestimmung für böhmischen Vortrag an der jetzigen Fakultät zu ernennen und sei er daher auch bereit, diejenige der fraglichen drei Persönlichkeiten, welcher noch keine Professur bekleide, den Dr. Janovský, für eine solche Ernennung in Aussicht zu nehmen.

Der Ministerpräsident glaubt, [d]ass der Statthalter den [entsprech]enden Kreisen werde sagen können, dass man eben auf diese mögliche Weise für die böhmische Fakultät vorbereitend vorgehen wolle. Der Statthalter Freiherr v. Kraus erklärt sich bereit, darnach beschwichtigend einwirken zu wollen[10].

Wien, am 29. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 428 Ministerrat, Wien, 31. Oktober 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 31. 10.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Auerhammer; BdE. und abw. Conrad.

I. Wegen Einbringung des Staatsvoranschlages und Finanzgesetzentwurfes pro 1883. II. Auszeichnungsanträge anlässlich der Jubiläumsfeier in Triest und anlässlich der Ah. Reise Sr. Majestät durch das Küstenland und Kärnten. III. Frage der Justifizierung Oberdanks im Falle der Fällung des Todesurteiles über denselben.

KZ. 105 – MRZ. 84

Protokoll des zu Wien am 31. Oktober 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Finanzminister bringt zur Verhandlung den nunmehr nach Durchführung der [in] der Ministerkonferenz vom 28. d. M. beschlossenen weiteren Abstrichen zusammengestellten Staatsvoranschlag für 1883, zu dessen Einbringung er sich jetzt die Ah. Ermächtigung Sr. Majestät erbitten wolle[1]. Ministerialrat Ritter v. Auerhammer referiert, das Erfordernis werde mit 489,889.644 fl., die Bedeckung mit 460,218.810 fl. veranschlagt, wornach sich ein Abgang von 29,670.834 fl. ergebe.

Nachdem der für die diesseitigen Bedeckungsmittel in Betracht kommende Abgang des Jahres 1882 38,799.178 fl. betrage, so stelle sich der Abgang pro 1883 um 9,128.344 fl. geringer heraus als jener des Jahres 1882. Scheide man jedoch von den Abgangsbeträgen der Jahre 1882 und 1883 jene Aufwände, welche [ni]cht zur laufenden Gebarung gehören (als Eisenbahnbauten, Okkupationsauslagen etc.) aus, so verbleiben als Defizit der laufenden Gebarung pro 1882 19,737.765 fl., hingegen pro 1883 nur 4,326.548 fl., wornach sich das eigentliche Gebarungsdefizit 1883 um 14,734.865 fl. niedriger darstelle als jenes des Jahres 1882. Sodann wird vom Referenten behufs der näheren Darlegung der bei den einzelnen Positionen des Vor-

---

10 *Die Errichtung der tschechischen medizinischen Fakultät und die Ernennung ihrer Professoren kam erneut zur Sprache in MR. v. 19. 12. 1882/I.*

1 *Fortsetzung des MR. v. 28. 10. 1882/I.*

anschlages sich herausstellenden Änderungen gegenüber dem vorjährigen Budget der über die Einbringung des Staatsvoranschlages pro 1883 an Se. Majestät zu erstattende au. Vortrag zur Verlesung gebracht.

Während der Verlesung wird bezüglich des Fehlens einer Erfordernispost pro 1883 für Unter[stützung für] bedürftige Familien der nach dem Okkupationsgebiete Einberufenen vom Landesverteidigungsminister bemerkt, dass das bezügliche Erfordernis für 1883 keineswegs entfallen sei, dass er aber bisher nicht in der Lage gewesen sei, eine Post zu präliminieren, weil er vom Reichskriegsministerium erst die Mitteilung über die Zahl der verbliebenen Reservisten erwarte, um darnach den Aufwand berechnen zu können[2]. Er müsse sich also vorbehalten, den Aufwand im Wege eines Nachtragskredites zu begehren.

Nach schließlicher Mitteilung des Inhaltes des Finanzgesetzentwurfes seitens des Referenten wird ohne weitere Debatte vom Ministerrate die Zustimmung zur Einbringung des Staatsvoranschlages und des [Entwurf]es eines Finanzgesetz[es] pro 1883 ausgesprochen[3].

II. Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung die Anträge wegen Erwirkung von Ah. Au[sz]eichnungen anlässlich der Jubiläumsfeier in Triest sowie anlässlich Ah. Reise Sr. Majestät durch das Küstenland und durch Kärnten[4] und ersucht zunächst den Handelsminister namens des Ministerratkomitees über die Anträge des Statthalters in Triest zu referieren. Der Ministerpräsident muss voraus bemerken, dass das Komitee zufolge seiner Anregung hinsichtlich der Auszeichnungsanträge für Beamte von der Anschauung ausgegangen war, dass an Beamte aus dem [] Anlasse keine Auszeichnungen verliehen werden sollen, sondern dass es den betreffenden Ressortministern zu überlassen wäre, die bezüglichen Anträge allenfalls bei einer anderen passenden Gelegenheit in Berücksichtigung zu ziehen.

Der Handelsminister bringt vor: In der Ministerratssitzung vom 14. Oktober l. J., in welcher die Triester Auszeichnungsanträge besprochen wurden, lautete der bezügliche Beschluss, dass zwar Vorschläge wegen Auszeichnungen an Se. k. u. k. apost. Majestät erstattet werden sollen, jedoch nur im beschränkten Maße und nicht anlässlich der Ausstellung, sondern im Hinblick auf die Feier des vor 500 Jahren stattgehabten Anschlusses Triests an die österr[eichisc]he Monarchie und auf die Ah. Reise Sr. Majestät. Ferner wurde beschlossen, dass die Anträge des Statthalters von Triest in einem Ministerkomitee einer vorläufigen Beratung behufs Antragsstellung an den Ministerrat unterzogen werden sollen. Das gewählte Ministerkomitee, bestehend aus dem Ministerpräsidenten, dem Unterrichts- und dem Handelsminister, unterzog sich dieser Aufgabe und er (Handelsminister) wurde bestimmt, die Anschauungen des Komitees dem Ministerrate zur Kenntnis zu bringen.

Das Komitee ging bei seiner Beratung unter Festhaltung der gefassten Beschlüsse des Ministerrates von dem Grundsatze aus, in den hohen Auszeichnungen die größten Restriktionen walten zu lassen und nur in der Kategorie der [] etwas weitergehende Zugeständnisse zu gewähren. Der Handelsminister muss vorausschicken, dass von Auszeichnungen für Be-

---

2 *Zu den Unruhen in Süddalmatien und der Herzegowina, die die Einberufungen des Heeres notwendig gemacht hatten, siehe MR. v. 14. 4. 1882/IX.*

3 *Am 2. 11. 1882 erstattete Dunajewski den Vortrag zur Ermächtigung, den Staatsvoranschlag pro 1883 in den Reichsrat einbringen zu dürfen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4215/1882. *Fortsetzung der Angelegenheit in MR. v. 4. 11. 1882/V.*

4 *Fortsetzung des MR. v. 14. 10. 1882/II. In Triest ereignete sich am 17. 9. 1882 ein Attentat auf Franz Joseph, das selbst nicht im Ministerrat zur Sprache kam; siehe dazu aber dort Anm. 4. Die damals noch in Vorbereitung befindliche Reise Franz Josephs nach Triest war zuletzt besprochen worden in MR. v. 23. 8. 1882/V.*

amte, zwei Fälle ausgenommen, ganz abgesehen wurde. Er wolle mit den höchsten Auszeichnungen beginnen und nach unten weiter vorgehen, da in jeder Kategorie Persönlichkeiten ausgeschieden und in niedere Klassen versetzt wurden.

Der Statthalter schlägt vier Persönlichkeiten für den Orden der Eisernen Krone II. Klasse vor: den Präsidenten der Seebehörde Ritter v. Alber, den Präsidenten des österreichisch-ungarischen Lloyd Marcus Freiherrn v. Morpurgo, den Präsidenten der Triester Handelskammer Carl Reinelt[5], den Stadtrat Carl Karl Ritter [v. Ritt]meyer.

Das Komitee fand sich veranlasst, nur den Präsidenten der Handelskammer Carl Reinelt für den Orden der Eisernen Krone II. Klasse in Aussicht zu nehmen, einmal weil er der Vorstand der reichstreuesten Korporation in Triest ist und in dem vorliegenden Anlasse die größte Opferwilligkeit betätigt hat, dann weil er faktisch der hervorragendste Kaufherr in Triest ist.

Für den Präsidenten der Seebehörde, der Hofratsrang besitzt, erscheine diese Auszeichnung zu hoch. Baron Marcus Morpurgo besitze noch gar keinen österreichischen Orden und kann sich daher mit einer geringeren Auszeichnung begnügen. Dass er hohe ausländische Orden besitze, falle nicht ins Gewicht. Für Carl v. Rittmeyer, welcher Stadtrat ist, erscheine die Auszeichnung gleichfalls als zu hoch gegriffen zumal der Podestà eine geringere Auszeichnung erhalten solle.

Für den Freiherrnstand wurden vom Statthalter drei Personen vorgeschlagen: Marcus Ritter Morpurgo-Nilma in Triest, der Landeshauptmann Ritter v. Pajer in Görz, der Präsident der Handelskammer in Görz, Wilhelm Ritter v. Ritter-Záhony[6]. Dem Komitee erschien diese Auszeichnung für alle drei Personen zu hoch gegriffen und deren Verdienste mit geringeren Auszeichnungen hinreichend belohnt. Dagegen glaubt das Komitee dem Carl Ritter v. Rittmeyer, welchen der Statthalter für den Orden der Eisernen Krone II. Klasse vorschlägt für die Ver[leihu]ng des Freiherrnstandes vorschlagen zu sollen.

Für das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens beantragt der Statthalter: Dr. Richard Bazzoni, Podestà von Triest und Ritter v. Petke[7], technischen Direktor des Lloyd. Das Komitee fand es gerechtfertigt, dem Podestà von Triest diese Auszeichnung zuzuerkennen. Hingegen wurde Petke vom Komitee gestrichen, weil für denselben der beantragte Grad namentlich mit Rücksicht auf die Berücksichtigung des Podestà zu hoch gegriffen erscheine, Petke aber den Orden der Eisernen Krone III. Klasse bereits besitze. In diese Ordenskategorie fand die Kommission ferners folgende für höhere Auszeichnungen vorgeschlagene Persönlichkeiten einzureihen: den Präsidenten der Seebehörde Ritter v. Alber, wegen seiner allgemeinen Verdienstlichkeit, den Landeshauptmann von Görz Ritter v. Pajer als höchsten autonomen Repräsentanten des Kronlandes Görz, den Wilhelm v. Ritter, Präsidenten der Handelskammer Görz aus denselben Gründen. Für Marcus Ritter v. Morpurgo-Nilma fand das Komitee die Verleihung des Sternes zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens hinreichend.

---

5 *Zu Carlo Freiherrn v. Reinelt siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1003*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Reinelt | Parlament Österreich *(Zugriff 14. 4. 2022).*

6 *Zu Wilhelm Ritter Ritter v. Záhony siehe* Ritter v. Záhony, Chronik und Stammbaum.

7 *Friedrich Petke erscheint im* Hof- und Staatshandbuch 1883 *nur mit dem Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens* 285.

Für das Ritterkreuz des Leopoldordens wurde vom Statthalter (neben einem Beamten, welcher nach dem angewendeten allgemeinen Gesichtspunkte ausgeschieden wurde) Prinz Egon v. Hohenlohe-Waldenburg[8] vorgeschlagen. Das Komitee fand aber, dass sich [Prinz] Hohenlohe noch zu wenig [V]erdienste für eine solche Auszeichnung erworben habe.

Für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse schlägt der Statthalter von Triest dreizehn Personen vor. Das Komitee fand diese Zahl viel zu groß und fand, dass die Verdienste der vorgeschlagenen v. Eisner, Economo, Gentilomo, Emil Freiherrn v. Morpurgo, Freiherrn v. Sartorio, Dr. Tommasini, Dr. Volpi, Eugen Freiherrn v. Ritter, Theodor Grafen Latour nicht derart seien, um aus dem vorliegenden Anlasse dieselben mit einer so hohen Auszeichnung zu beteilen, und dies umso mehr, als dieselben noch gar keine österreichische Ordensdekorationen besitzen. Das Komitee einigte sich dahin, dass dieser Orden nur dem Vizepräsidenten der Handelskammer und Reichsratsabgeordne[t]en v. Vucetich[9] gegeben werden solle.

Außerdem sprachen sich die Komiteemitglieder dafür aus, dass [a]diese Auszeichnung[a] höchstens noch dem Eduard Strudthoff, Leiter der Schiffswerfte des Stabilimento Tecnico und dem Dr. Paul v. Bizzaro, Advokat in Görz gegeben werden könnte. Bei näherer Überlegung im Zusammenhalte mit den für die anderen ausgestrichenen Persönlichkeiten angeführten Verdienste komme der Handelsminister für sich zu dem Schlusse, dass der Orden der Eisernen Krone III. Klasse für die beiden letztgenannten Herren zu viel sei und dass Strudthoff ganz entfallen und Bizzaro, der noch keinen österreichische Orden hat, mit dem Franz-Joseph-Orden ausgezeichnet werden könnte. Was den Landeshauptmann[stell]vertreter in Parenzo Dr. [A]moroso betrifft, so war das Komitee der Ansicht, dass, obwohl Amoroso ein sehr geschickter Beamter der Landesverwaltung sei, doch in anderer Beziehung keine hinreichenden Anhaltspunkte vorhanden seien, um ihm die beantragte Auszeichnung des Eisernen Kronordens III. Klasse zu verleihen.

Für die Ah. Anerkennung schlägt der Statthalter sechs Personen vor. Das Komitee beantragt, mit Ausnahme des Baron Scrinzi[10], welcher bei der Fülle der über ihn bereits erflossenen Auszeichnungen hinreichenden Grund zur Loyalitätsbetätigung haben musste, die Vorschläge des Statthalters zu akzeptieren, wornach Vizepräsident des Stadtrates Ritter v. Dimmer, Joseph Freiherr v. Morpurgo[11], Major Ritter v. Catinelli, Dr. Maurovich, Podestà von Görz und Handelskammersekretär Bujatti die Ah. Anerkennung erhalten sollen. Diesen fünf Personen fügt das Komitee noch den Lloydpräsidenten Marcus Baron Morpurgo bei, der demnach

---

[a–a] *Diese Worte fehlen im Protokoll.*

[8] *Zu Egon Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente, 473 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst | Parlament Österreich *(Zugriff 17. 2. 2024).*

[9] *Johann Vucetich Edler v. Bielitz,* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1355 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Vucetich | Parlament Österreich *(Zugriff 15. 4. 2022).*

[10] *Zu Johann Baptist Freiherr Scrinzi v. Montecroce siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1127 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Scrinzi | Parlament Österreich *(Zugriff 15. 4. 2022).*

[11] *Zu Joseph Freiherr v. Morpurgo siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 816*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Morpurgo | Parlament Österreich *(Zugriff 15. 4. 2022).*

gleichfalls die Ah. Anerkennung erhalten solle. Dr. Maurovich musste, obgleich er nicht so außerordentliche Verdienste besitzt, wegen politischer Rücksichten als Podestà der Landeshauptstadt Görz jedenfalls berücksichtigt werden.

Die Verleihung des Adelsstandes wird vom Statthalter für Stadtrat Joseph Burgstaller den Handelsmann Johann Albori, den Schiffsreeder Blasius Verona in Triest und für den Bürgermeister in Valle, Thomas Bembo beantragt. [Das] Komitee stimmt diesem An[t]rage bezüglich Burgstallers und Alboris zu, lehnte jedoch die Adelsstandserhebung für Verona und Bembo ab.

Der Statthalter beantragt, 27 Ritterkreuze des Franz-Joseph-Ordens zu verteilen. Das Komitee fand sich veranlasst, diese Zahl auf zwölf zu reduzieren. Darunter sind zwei Stadträte von Triest, Spiridione Clescovich, Reeder, und Raphael Luzzatto, Realitätenbesitzer, ein Landesausschussbeisitzer und Gemeinderat von Görz Johann Gasser, drei Bürgermeister aus der Grafschaft Görz und Gradisca: Franz Malnig in Canale, Michael Trevisan in Monfalcone, Dr. Caspar Porenta in Farra, der Bürgermeister von Rovigno Dr. Matthäus Campitelli, [] Domherr und Pfarrer in Isola Johann Zamarin, und der Prior des Spitales der Barmherzigen Brüder in Görz, Johann Sobel, der Schiffsmäkler Wilhelm Tarabocchia in Triest, der Maler Raphael Astolfi in Triest, endlich der Vizedirektor des Lloydarsenales in Triest Robert Steyskal, ferner einigte sich das Komitee dahin, für den Bürgermeister in Valle in Istrien Thomas Bembo statt des Adelsstandes das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu beantragen, sodass im ganzen 13 Ritterkreuze des Franz-Joseph-Ordens verliehen werden würden.

Rücksichtlich der Verdienstkreuze glaube der Handelsminister nur summarisch vorgehen zu sollen. Goldene Verdienstkreuze mit der Krone beantragt der Statthalter 16. [Das] Komitee beantrage drei. [Z]wei in dieser Kategorie vorgeschlagene, der Handelsgärntner Maron und der Juwelier Petracco in Triest wurden vom Komitee zwar einer Berücksichtigung würdig erkannt, doch wurden dieselben vorläufig gestrichen, weil Maron bestimmt Ausländer ist und bei Petracco die Staatsbürgerschaft zweifelhaft ist. Bezüglich des Ersteren solle daher der Weg durch das Ministerium des Äußern betreten werden[12].

Goldene Verdienstkreuze werden vom Statthalter 20 beantragt. Das Komitee fand nur acht zu beantragen und aus der Kategorie goldenen Verdienstkreuze mit der Krone hieher noch zwei zu übertragen, sodass im Ganzen zehn entfallen würden. Silberne Verdienstkreuze mit der Krone will der Statthalter acht gegeben wissen. [Das] Komitee akzeptierte deren sechs. Was die Verdienstkreuze betrifft, bemerkte er, dass das Komitee alle jene Anträge für Aussteller verwarf, welche Ausstellungsmedaillen erhalten haben.

An sonstigen Auszeichnungen für Nichtbeamte werden vom Statthalter beantragt der Titel eines Oberbaurates für den Zivilingenieur Dr. Johann Righetti, für welchen jedoch das Komitee den Titel eines Baurates genügend erachtet. Ferner beantragt der Statthalter den Titel eines kaiserlichen Rates für zwei Personen. Das Komitee entschied sich für die Verleihung dieses Titels nur an den Stadtrat Eugen Richetti in Triest. Die Beantragung des Titels eines Rittmeisters ad honores für [Adolph] Ritter v. Boeckmann [vo]n Seite des Statthalters wurde vom Komitee verworfen als nicht in die hierortige Kompetenz fallend.

---

12 *Ein Vortrag zur Verleihung dieser Orden von Außenminister Kálnoky konnte im Bestand von* Hhsta., Kab. Kanzlei *nicht gefunden werden.*

Nach dieser Darstellung resümiere er wie folgt: Der Statthalter beantragte:

Verleihung von Orden	50
Verleihung von Verdienstkreuzen	46
Verleihung des Freiherrnstandes	3
Verleihung des Adelsstandes	4
Verleihung von Titeln	8
Verleihung des Rittmeisterscharakters	1
Verleihung von Ah. Anerkennungen	6
Zusammen	118

Darunter 31 sehr hohe Auszeichnungen.

Das Komitee reduzierte diese Anträge wie folgt

Verleihung von Orden und Ordensinsignien (Stern zum Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens)	22
Verleihung von Verdienstkreuzen	19
Verleihung des Freiherrnstandes	1
Verleihung des Adelsstandes	2
Verleihung von Titeln	2
Verleihung von Ah. Anerkennungen	6
Zusammen	52

Darunter nur zehn sehr hohe Auszeichnungen; es wurden also 66 Auszeichnungen gestrichen.

Außerdem erstatte der Statthalter noch einen Bericht bezüglich Auszeichnungen von nicht nach Triest und dem Küstenland zuständigen Ausstellern und andern um die Ausstellung verdienten Persönlichkeiten und empfiehlt dieselben der Aufmerksamkeit der Regierung behufs Beteilung mit Auszeichnungen, jedoch ohne konkrete Anträge rücksichtlich der Grade der Auszeichnungen zu stellen. Der Statthalter bezeichnet aus dieser Reichshälfte 28, aus Ungarn 48 Persönlichkeiten, welch Letztere ihm von dem ungarischen Ausstellungskommissär namhaft gemacht wurden; [fern]er wurden für ungarische [A]ussteller 3 Franz-Joseph-Ordens-Komturkreuze, 5 Franz-Joseph-Ordens-Ritterkreuze, 34 Ah. Anerkennungen, 6 goldene Verdienstkreuze vorgeschlagen. Ferner werden aus Kroatien neun respektive zehn Persönlichkeiten, welche von dort namhaft gemacht wurden und aus Bosnien eine Persönlichkeit als zur Auszeichnung geeignet bezeichnet. Der Handelsminister glaubt, dass auf diesen Vorschlag nicht einzugehen wäre, sondern dass es dem Ressortminister überlassen bleiben solle, im Laufe des Jahres die ihm aus allgemeinen Gründen einer Auszeichnung würdig erscheinenden Personen in Antrag zu bringen.

Für die ungarischen Ausstellungskommissäre Dr. Carl Herich und Professor Ladislaus Wagner [beantragte] der Statthalter je den Orden der Eisernen Krone II. Klasse; für den bosnischen Kommissär Franz Kirchmayer beantragte der Statthalter den Adelsstand. Er glaube,

dass für die ungarischen, kroatischen und bosnischen Ausstellungskommissäre doch etwas geschehen müsse und meine, dass diesbezüglich nach Ungarn resp. an das Ministerium des Äußern eine Anfrage zu stellen wäre[13].

Der Handelsminister bemerkt schließlich, dass der Statthalter von Triest, dem er über Ermächtigung des Ministerpräsidenten von den Reduktionen des Komitees Mitteilung gemacht hatte, sich keineswegs zufriedenstellend über die weitgehenden Abstriche ausgesprochen habe. Er behalte sich vor, bei der Durchberatung der Komiteeanträge die bezüglichen näheren Mit[teilun]gen zu machen.

Es wird in die Beratung der Komiteeanträge eingegangen:

a) Antrag auf Verleihung des Ordens der Eisernen Krone II. Klasse: Der Handelsminister bemerkt, dass der Statthalter in Triest namentlich für die Berücksichtigung des Marcus Freiherrn v. Morpurgo in dieser Kategorie eingetreten sei, weil der Lloyd, an dessen Spitze Marcus Freiherr v. Morpurgo stehe, sich bei dem letzten Anlasse in besonders hervorragender Weise betätigt habe, und daher eine nicht entsprechend hervorragende Berücksichtigung einer Art Bloßstellung gleichkäme. Der Finanzminister frägt, ob nicht mit der Berücksichtigung Reinelts in dieser Kategorie nachdem Reinelt nur Handelskammerpräsident sei, ein bedenkliches Präzendens für andere [Fälle] der Auszeichnung von Handelskammerpräsidenten geschaffen würde. Der Handelsminister bemerkt, dass bei Reinelt dessen besondere persönliche Stellung ins Gewicht falle. Übrigens habe die Sache bei Reinelt nicht weiter Konsequenzen, da derselbe unverheiratet sei. Der Ministerrat erklärt zum Komiteeantrage seine Zustimmung.

b) Antrag auf Verleihung des Freiherrnstandes: Der Handelsminister bemerkt, dass der für diese Kategorie vorgeschlagene Rittmeyer kinderlos sei, daher die Verleihung gleichfalls keine weiteren Konsequenzen habe. Der Ministerrat erklärt zum Komiteeantrage seine Zustimmung.

[c)] Antrag auf die Verleihung [de]s Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens: Der Handelsminister bemerkt, dass der Statthalter sich sehr für Petkes Berücksichtigung eingesetzt und gewünscht habe, dass demselben eventuell wenigstens die Ah. Anerkennung zugewendet werde, nachdem sich Petke anlässlich der Anwesenheit Sr. Majestät hervorragend betätigt habe.

Der Finanzminister erklärt sich gegen die Einbeziehung des Präsidenten Alber, nachdem derselbe ein Beamter sei. Der Handelsminister erwidert, dass das Komitee Alber deshalb aus diesem Anlasse einbezogen habe, weil es sich um die Würdigung der speziellen Verdienste derselben um die Ausstellung handle. Der von Alber eingerichtete Pavillon der [] bildete eines der hervorragendsten Objekte der Ausstellung. Der Finanzminister bleibt bei seinem Votum.

Der Handelsminister bemerkt bezüglich des vom Komitee für diese Kategorie beantragten Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Görz Wilhelm Ritter v. Ritter-Záhony, dass der Statthalter nach Kenntniserlangung von der im Komitee beschlossenen Streichung des Eugen Freiherrn v. Ritter-Záhony aus der Liste der für den Orden der Eisernen Krone III. Klasse Beantragten den dringenden Wunsch ausgesprochen habe, man möge doch lieber Letzteren für die beantragte Ordensauszeichnung berücksichtigen und anstatt dessen

---

13 *Mit Vortrag 15. 12. 1882 beantragte der ungarische Minister am Ah. Hoflager Béla Baron Orczy v. Orczi für die ungarischen Staatsbürger Auszeichnungen* anläßlich der Landesausstellung in Triest, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4816/1882.

eine Restringierung dahin vornehmen, dass für Wilhelm v. Ritter-Záhony nur die A[h.] Anerkennung erwirkt wer[de], nachdem Eugen Freiherr v. Ritter-Záhony die Seele der Veranstaltungen für den feierlichen Empfang Sr. Majestät im Görzer Gebiete gewesen sei.

Der Finanzminister bemerkt, dass er, nachdem es sich hier um die Wahl zwischen zwei Persönlichkeiten aus einer, wie bekannt, mit dem Statthalter in verwandtschaftlichen Beziehungen stehenden Familie handle, doch eher für die Berücksichtigung des Wilhelm v. Ritter-Záhony wäre, da dieser eine öffentliche Stellung bekleidete und man Ordensauszeichnungen nur für öffentliche Verdienste und nicht bloß für Veranstaltungen bei besonderen Gelegenheiten gebe. Der Handelsminister muss bestätigen, dass die Familie Ritter in verwandtschaftlichen Beziehungen zum Statthalter Freiherrn [de Pretis] stehe, dass aber die Ritter überhaupt sehr patriotisch gesinnt seien und dass namentlich die jüngeren Elemente der Familie für die Verbreitung des patriotischen Geistes eine rege Tätigkeit entwickeln[b]. Der Komiteeantrag bezüglich des Wilhelm Ritter-Záhony wird in suspenso belassen. Den übrigen Anträgen des Komitees für die vorstehende Kategorie stimmt der Ministerrat zu.

d) Antrag auf die Verleihung des Sternes zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens: Der Handelsminister hebt für die Berücksichtigung des Ritter v. Morpurgo-Nilma namentlich dessen Verwendung für den Vertrieb der Ausstellungslose hervor. Der Finanzminister ist gegen [die] Berücksichtigung, zumal [d]er Vertrieb der Lose doch nur ein Geschäft Morpurgos bildete. Der Landesverteidigungsminister schließt sich dem Votum des Finanzministers an. Die Majorität des Ministerrates erklärt sich für den Komiteeantrag.

e) Antrag auf Verleihung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse: Der Handelsminister bemerkt, dass für diese Kategorie nach dem Komiteeantrage eigentlich nur Vucetich feststehe. Nach dem von ihm bezüglich Strudthoff und Bizzaro Bemerkten erlaube er sich zu beantragen, dass diese Orden fallen gelassen und dass anstelle des Ersteren aus der Antragliste des Statthalters der Advokat und Grundbesitzer Dr. Anton v. [Volpi] und anstelle des Letzteren Eugen Freiherr v. Ritter-Záhony genommen werden. Für Volpi spreche, dass er sich bei den Wahlen stets bemüht habe und dass er als Istrianer für Istrien gezählt werden könne. Hinsichtlich Eugen Freiherrn v. Ritter-Záhony komme er auf das früher Erwähnte zurück und müsse er auch mitteilen, dass der Statthalter erklärt habe, dass, falls es sich in dieser Kategorie schließlich um die Wahl zwischen Bizzaro und Baron Ritter handelte, man leichter Bizzaro fallen lassen könnte. Der Handelsminister selbst muss nach seiner eigenen Erfahrung betonen, dass Bizzaro politisch gar niemals eingegriffen habe und dass dessen Verdienste auf archäologischem Gebiete und auf dem Gebiete der Wohltätigkeit entsprechend bei einer anderen Gelegenheit berück[sichtigt] werden können. Im Falle der Einreihung des Eugen Baron Ritter in diese Auszeichnungskategorie würde er gleichzeitig beantragen, für Wilhelm v. Ritter nur die Ah. Anerkennung zu erwirken.

Der Finanzminister bemerkt, dass er in dem Wunsche des Statthalters zumal bei den obwaltenden Beziehungen keinen genügenden Grund für die Berücksichtigung des Eugen Freiherrn v. Ritter finden könne. Er sei daher dafür, dass entweder Bizzaro genommen oder von dem Vorschlage einer dritten Persönlichkeit für die Kategorie abgesehen werde. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erklärt sich für Bizzaro. Der Ministerpräsident plädiert mit Rücksicht darauf, dass der Statthalter auf die Berücksichtigung des Baron Eugen Ritter besonderen Wert lege, sowie in Anbetracht des Umstandes, dass nicht nur überhaupt die Anträge, sondern auch die Berücksichtigungen reduziert werden, welche für die mit dem Statthal-

---

b *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* Sehr richtig.

ter in verwandtschaftlichen Beziehungen stehenden Personen beantragt wurden, dafür, dass Eugen Freiherr v. Ritter in diese Kategorie einbezogen werde. Die übrigen Minister schließen sich dem Antrage des Ministerpräsidenten an und werden sonach vom Ministerrate für die vorstehende Auszeichnungskategorie beantragt: Vucetich, Volpi und Freiherr v. Ritter-Záhony.

f) Antrag auf Verleihung der Ah. Anerkennung: [Der] Handelsminister proponiert im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten namens des Komitees in diese Kategorie nunmehr auch den Wilhelm v. Ritter-Záhony einzureihen, wornach der hinsichtlich desselben für die Kategorie der Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens gestellte Komiteeantrag entfalle. Sonach werden vom Komitee sieben Persönlichkeiten für die Ah. Anerkennung vorgeschlagen. Der Finanzminister hat nichts gegen die Einreihung des Wilhelm v. Ritter-Záhony einzuwenden, ist aber dafür den Markus Freiherrn v. Morpurgo zu streichen, und denselben ganz außer Berücksichtigung zu lassen. Der Ministerpräsident bemerkt, dass es untunlich wäre, den Lloydpräsidenten vollständig auszulassen. Er müsse daher die Einreihung des Markus Freiherrn v. Morpurgo wenigstens in diese Kategorie befürworten. Der Ministerrat erklärt sich für den Antrag des Komitees.

Ferner werden die Komiteeanträge auf Verleihung des Adels, auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens, auf Verleihung des Baurates- und des kaiserlichen Ratstitels, auf Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone, vom Ministerrate vollinhaltlich akzeptiert.

Bei der Beratung des Komiteeantrages auf die Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes wird [vom] Handelsminister hervorgehoben, dass das Komitee in diese Kategorie auch dem Titularsteuereinnehmer in Flitsch Franz Vittori und zwar deshalb ausnahmsweise einbezogen haben, weil es gelte, dessen ganz besondere Verdienste um die Hebung des Militär-Veteranenvereinswesens zu würdigen. Der Finanzminister erklärt, dass er gegen die Einbeziehung eines Beamten seines Ressorts Einsprache erheben müsse, nachdem es Sache des Finanzministers sei, die Berücksichtigung seiner Ressortsbeamten ins Auge zu fassen. Der Ministerrat beschließt, Vittori aus der Liste zu streichen und stimmt im Übrigen dem Antrage des Komitees bei.

Der Antrag des Komitees auf Verleihung des silbernen Verdienstkreuzes mit der Krone wird vom Ministerrat akzeptiert.

Sonach ergeben sich zufolge der Beschlüsse des Ministerrates für das Küstenland folgende Auszeichnungsanträge:

- 21 auf Verleihung von Orden;
- 18 auf Verleihung von Verdienstkreuzen;
- 1 auf Verleihung des Freiherrnstandes;
- 2 auf Verleihung des Adels;
- 2 auf Verleihung von Titeln;
- 7 von Verleihung der Ah. Anerkennung;
- zusammen 51 Anträge.

Der Ministerpräsident referiert über die vom Landespräsidenten in Kärnten aus Anlass der Ah. Reise Sr. Majestät gestellten Auszeichnungsanträge[14]. Es werden vorgeschlagen:

---

[14] *Der Ministerrat hatte in seiner Sitzung v. 14. 10. 1882/II beschlossen, den Landespräsidenten von Kärnten, Schmidt, aufzufordern, Auszeichnungsanträge zu stellen. Das Schreiben Schmidts liegt in* AVA., IM., Präs. Sig. 43 *nicht ein.*

[a.] für die Verleihung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens: Gabriel Ritter v. Jessernigg, Bürgermeister in Klagenfurt und Landeshauptmann-Stellvertreter in Kärnten, August Theodor v. Schütte, kgl. dänischer Oberjägermeister und Kammerherr, Gutsbesitzer in St. Andrä. Der Ministerpräsident wolle auf Jessernigg eingehen, hingegen v. Schütte für diesen Anlass streichen, weil derselbe Ausländer sei und die im Falle seiner jetzigen Berücksichtigung im Wege des auswärtigen Amtes zu pflegenden Verhandlungen die ganze Auszeichnungsaktion verzögern würden. Der Ministerrat erklärt sich mit dem vom Ministerpräsidenten hinsichtlich dieser Auszeichnungskategorie beabsichtigten Vorgehen einverstanden.
b. Für die Verleihung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse Carl Hillinger, Titularbergrat und Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Klagenfurt, Dr. Carl Ubl, Advokat und Landesausschuss[c]mitglied[c], Dr. Valentin Müller, Domscholaster und Direktor der theologischen Lehranstalt in Klagenfurt, Max Ritter v. Moro, Fabriksbesitzer in Viktring. Der Ministerpräsident findet die Berücksichtigung Hillingers, Müllers und Moros ganz entsprechend. Bezüglich des Dr. Ubl teilt der Ministerpräsident dem Ministerrate die aus der Anlage ersichtlichen Stellen einer Rede mit, welche Dr. Ubl in [der Si]tzung des kärntnerischen [L]andtages vom 12. Oktober 1882 in Angelegenheit der Schulfrage hielt[d,15]. Der Ministerpräsident hält sich verpflichtet, den Ministerrat hierauf aufmerksam zu machen und zu fragen, ob nicht Ubl in Anbetracht dieses Verhaltens zu streichen wäre. Der Ministerrat erklärt sich für die Streichung Ubls. Mit der Berücksichtigung der übrigen Persönlichkeiten der Liste ist der Ministerrat einverstanden.
c. Für die Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens: Franz Bögl, Güterinspektor in Tarvis, Cajetan Schnablegger, Landtagsabgeordneter in Tarvis, Dr. Bartholomäus Lewitschnigg, Dekanalpfarrer in Hermagor. Der Ministerpräsident wolle in diese Liste eingehen. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung.
Ferner werden vom Landespräsidenten für das goldene Verdienstkreuz mit der Krone sechs, für das goldene Verdienstkreuz sieben Persönlichkeiten und für das silberne Verdienstkreuz eine Persönlichkeit vorgeschlagen. Auch in diese Vorschläge wolle der Ministerpräsident eingehen.
Hingegen wolle er den Vorschlag wegen Verleihung des Forstratstitels an den herrschaftlichen Forstmeister Franz v. Lürzer in Wolfsberg zur besonderen Behandlung an das Ackerbauministerium leiten. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[16].

[III. De]r Ministerpräsident sieht [s]ich veranlasst in Bezug auf Triest noch zur Sprache zu bringen, dass der Statthalter Baron Pretis bei ihm (Ministerpräsidenten) bereits wiederholt die Ansicht vorgebracht habe, dass es mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Triest bedenklich

---

c–c *Ergänzung.*

d *Die Zeitung* Freie Stimme v. 23. 10. 1882 *mit der Rede Ubls liegt dem Originalprotokoll bei.*

15 *In seiner Rede in der Sitzung des kärntnerischen Landtages v. 12. 10. 1882 (10. Sitzung) begrüßte Ubl, dass die Volksschulgesetzgebung den Einfluss des* katholischen Clerus *reduzierte habe und merkte er kritisch an, dass* für Militärzwecke Gelder von noch viel riesigerem Betrage gefordert wurden, als für Schulzwecke, Freie Stimmen v. 23. 10. 1882.

16 *Im Sinne des Ministerratsbeschlusses erstattete Taaffe am 9. 11. 1882 seinen Vortrag, der von Franz Joseph mit der Modifikation mit Ah. E. v. 13. 11. 1882 annahm, dass der von Dunajewski als ein seinem Ministerium unterstehender Beamter für eine Auszeichnung ausgeschlossene Beamte Vittori von Franz Joseph wieder für das goldene Verdienstkreuz aufgenommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4267/1882. *Fortsetzung des Themas in MR. v. 15. 11. 1882/I.*

wäre, wenn an dem wegen der Bombenaffäre in strafprozessualischer Behandlung befindliche Oberdank das ihm vermutlich bevorstehende Todesurteil[17] auch vollzogen würde[18], indem zu besorgen stünde, dass dann aus dieser Persönlichkeit ein politischer Märtyrer geschaffen würde. Der Ministerpräsident habe die erste diesbezügliche briefliche Aussichtsäußerung des Statthalters Sr. Majestät vorgetragen, ohne irgendeine au. Antragstellung, zu welcher er sich nicht berufen hielt, daran zu knüpfen[19].

Nachdem nun der Statthalter neuerdings auf diesen Gegenstand zurückkomme und dringend wünsche, dass seine Bedenken und Besorgnisse als die des Statthalters in Triest zur Ah. Kenntnis Sr. Majestät gebracht werden, so halte er sich verpflichtet, die Angelegenheit dem Ministerrat mitzuteilen, wodurch auch Se. Majestät in die Lage kommen werden, von der wiederholten Anschauungsäußerung des Statthalters Kenntnis zu nehmen. Zu irgendeinem Antragsschritte könnte er sich in diesem Falle nicht und umso weniger berufen erachten, als bei der Lage der Dinge Se. Majestät im regelmäßigen Verlaufe hinsichtlich der Vollstreckung des Urteiles weder Kenntnis er[halte]n noch Ingerenz nehmen. Die persönliche Anschauung des Ministerpräsidenten über die Sache sei aber die, dass keine genügenden Gründe vorhanden seien, der Justiz nicht freien Lauf zu lassen.

Der Handelsminister erklärt, dass auf ihn, nach seiner Empfindung, der Gedanke einer Justifizierung Oberdanks einen peinlichen Eindruck mache. Bei der eigentümlichen Anschauungsart und der Verkettung jener verbrecherischen Elemente, mit denen Oberdank in Konnex gestanden zu sein scheint, sei zu besorgen, dass sich Leute fänden, welche glaubten, Oberdank, wenn er justifiziert werde, rächen zu müssen. Damit könnten aber, und nicht bloß allein bezüglich der Verhältnisse in Triest, Gefahren auftauchen, welche aus der ganzen bisherigen irredentistischen Bewegung nicht hervorgeleuchtet haben dürften. In Anbetracht und weil Oberdank auch durch die Verurteilung zu lebenslänglichem Kerker unschädlich gemacht werde, würde er es für unklug halten, dessen Justifizierung vorzunehmen. Außerdem schiene es ihm penibel, die Feier des 500-jährigen Anschlusses Triests an das Ah. Kaiserhaus mit einem Justifizierungsakte enden zu lassen.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák glaubt, dass das Ministerium ohne eine Aufforderung seitens Sr. Majestät nicht berufen erscheine, sich über die Sache auszusprechen. Allerdings ist der Minister überzeugt, dass, nachdem schon jetzt mit der Auslieferung der Komplizen [aus] Italien hingehalten werde, nach einer eventuellen Justifizierung Oberdanks sicherlich aus Italien niemand ausgeliefert werden dürfte[20].

---

17 *Nach § 335 des Militärstrafgesetzbuches war wegen Hochverrat obligatorisch* auf die Todesstrafe durch den Strang zu erkennen*, Patent v. 15. 1. 1855,* RGBL. Nr. 19/1855.

18 *Die Feier zum 500. Jahrestag der Zugehörigkeit Triests zur Habsburger Herrschaft sowie die Reise Franz Josephs dorthin kam gemeinsam mit den Ereignissen während der Triester Gewerbeausstellung zuletzt zur Sprache in MR. v. 23. 8. 1882/V, die aus diesem Anlass zu verleihenden Orden im vorstehenden Tagesordnungspunkt. Am 17. 9. 1882 verübte Donato Ragosa ein Attentat auf Franz Joseph, das diesen jedoch verfehlte, dem aber zwei Personen zum Opfer fielen. Ragosa konnte nach Italien entkommen, aber ein zweiter Attentäter, Guglielmo Oberdan (Wilhelm Oberdank) war bereits am Tag zuvor, am 16. 9., verhaftet worden; siehe dazu* ALEXANDER, The Hanging of Wilhelm Oberdank*; zu Oberdan* ÖBL. 7: 184.

19 *Es scheint ein mündlicher Vortrag gewesen zu sein, denn ein Hinweis auf einen entsprechenden Vortrag Taaffes findet sich in* HHSTA., Kab. Kanzlei *nicht.*

20 *Ragosa wurde in Udine der Prozess gemacht und er durch ein Geschworenengericht freigesprochen,* Brockhaus (14. Auflage) 9: 695 *(unter Stichpunkt Irredentisten).*

Der Landesverteidigungsminister glaubt, dass der einzelne Fall nicht so bedeutend sei, um daran solche Bedenken zu knüpfen. Wie immer der Fall ende, so werde er die Krankheit nicht[e] schlimmer machen. Wie er aber den Charakter der fraglichen Elemente kenne, halte er dafür, dass wirksam nur [f]systematisch, im Allgemeinen, bei jeder Gelegenheit[f] in der Weise vorgegangen werden könne, wenn die Feindseligen alle Strenge, hingegen die für den Staat Gesinnten volles Wohlwollen seitens der Regierung zu erwarten haben.

Der Finanzminister will sich nicht einlassen, da das Ministerium nicht berufen sei, einen Antrag zu stellen. Jedoch könne er nicht unterlassen zu bemerken, dass der Statthalter in einen ganz sonderbaren Widerspruch gerate, wenn er von der Justifizierung Oberdanks eine bedenkliche Rückwirkung auf die Verhältnisse in Triest besorge, während er andererseits für Triest eine so unverhältnismäßig große Zahl von Ah. Auszeichnungen beantrage[21], indem man sich dabei füglich fragen müsse, welche Bewandtnis es mit der patriotischen Gesinnung dort, wohin die Ah. Auszeichnungen fließen sollen, habe[22].

Wien, am 31. Oktober 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 429 Ministerrat, Wien, 3. November 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 3. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; BdE. und abw. Conrad.

I. Vorschlag wegen Ernennung des Bezirkshauptmannes Dr. Franz Lautner zum Regierungsrate und Polizeidirektor in Graz. II. Erwirkung von Ah. Ordensauszeichnungen für den kgl. preußischen geheimen Oberjustizrat Starke und für den großherzoglich badischen Geheimrat Ekert. III. Wegen Einbringung einer Kreditforderung behufs Vermehrung der Gendarmerie in Galizien und Böhmen. IV. Über den ungarischen Gesetzentwurf, betreffend die Einteilung ungarischer Truppenabteilungen in neu zu formierende österreichische Regimenter.

KZ. 106 – MRZ. 85

Protokoll I des zu Wien am 3. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für die in Erledigung [] [Regierung]srates und Polizeidirektors in Graz den Bezirkshauptmann der Bezirkshauptmannschaft Graz Dr. Franz Lautner au. vorzuschlagen. Der Ministerpräsident teilt dem Ministerrate den diesfalls zu erstattenden au. Vortrag mit und bemerkt, dass er umso lieber auf den Antrag des Statthalters zur Ernennung Lautners eingehe, als er einerseits in der eigentlichen Polizeibranche keine Persönlichkeit habe, welche für den Grazer Posten entsprechend wären und als es andererseits im Interesse gedeihlichen Zusammen-

---

e *Korrektur Welsersheimbs aus* weder besser noch.

f–f *Einfügung Welsersheimbs.*

21 *Siehe dazu den vorstehenden Tagesordnungspunkt.*

22 *Fortsetzung der Frage des Todesurteils für Oberdan in MR. v. 4. 11. 1882/IV.*

wirkens wünschenswert sei, den Polizeidirektorsposten mit einem Beamten zu besetzen, welcher das besondere Vertrauen des Statthalters genieße. [Der Ministerrat erklärt sei]ne Zustimmung[1].

II. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák beabsichtigt, im Wege des Ministeriums des Äußern, für den kgl. preußischen geheimen Oberjustiz- und vortragenden Rat im Justizministerium zu Berlin Wilhelm Starke und den großherzoglich badischen Geheimrat und Gefängnisdirektor in Freiberg Gustav Ekert Ah. Ordenszeichnungen zu erwirken. Diese beiden Persönlichkeiten haben sich um die österreichische Justizverwaltung besonders verdienstlich gemacht, indem sie die von Seite des Justizministeriums veranlassten Studien der Verhältnisse und der Einrichtungen des deutschen Gefängniswesens [] [e]rfolgreichsten Weise förderten. Zugleich handle es sich hiebei um zwei Persönlichkeiten, welche Autoritäten auf dem Gebiete des Gefängniswesens sind und durch ihre literarischen Leistungen auf diesem Gebiete hervorragen. Was den Grad der zu erwirkenden Auszeichnungen anbelange, so wolle der Minister sich dem Ministerium des Äußern gegenüber dahin ausdrücken, dass das Ministerium des Äußern die den Stellungen der beiden Persönlichkeiten entsprechenden Auszeichnungen erwirken möge, wolle jedoch andeuten, dass er für Starke etwa das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne und für Ekert das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens unvorgreiflich als angemessen erachte. Der Ministerrat erklärt [sich einverstanden][2].

III. Der Landesverteidigungsminister bringt zur Sprache die von den Statthaltern in Galizien und Böhmen gestellten Ansuchen um Vermehrung der Gendarmarie. Für Galizien werde die Notwendigkeit der Vermehrung begründet mit Hinweis auf die Grenzverhältnisse, die Rinderpestüberwachung und die sozialistische Bewegung[3], für Böhmen mit Hinweis auf die nationalen Zwistigkeiten, die sozialen Umtriebe und das Überhandnehmen des Landstreichertums[4]. Die begehrte Vermehrung würde für Galizien 58.000 fl., für Böhmen 18.000 fl., zusammen 76.000 fl. kosten. In dieser Summe seien jedoch auch die Aufstellungskosten per 16.000 fl. be[] des ersten Jahres treffen, dass in den folgenden Jahren der Gesamtaufwand sich nur auf 60.000 fl. beziffern würde[5]. Nachdem der Kredit nicht mehr in den Voranschlag pro 1883 aufgenommen werden konnte, müsste ein Nachtragskredit begehrt werden. Dass es ihm nicht möglich sei, der Anforderung des Finanzministers, den fraglichen Kredit durch einen anderweitigen Abstrich in seinem Budget zu kompensieren, zu entsprechen, habe er bei der Budgetverhandlung dargelegt[6]. Er gebe sohin zu erwägen, ob der Kredit begehrt werden oder ob es von der Vermehrung abkommen solle.

---

1 *Fortsetzung dieser Angelegenheit in MR. v. 18. 11. 1882/II.*

2 *Auf Vortrag von Außenminister Kálnoky v. 11. 1. 1883 wurde mit Ah. E. v. 15. 1. 1883 Starke das Komturkreuz mit Stern und Ekert das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 176/1883.

3 *Der Antrag der Statthalterei in Lemberg v. 19. 9. 1882* – Ka., MfLV., allg., Gendarmerie, Faszikulatur E-G 1: Gendarmerie Galizien, Zl. 14009/1882 – *liegt nicht mehr ein.*

4 *Schreiben des Statthalters in Prag Kraus v. 25. 9. 1882* – Ka., MfLV., allg., Gendarmerie, Faszikulatur E-G 1: Gendarmerie Böhmen, Zl. 14215/1882 – *liegt nicht mehr ein, Verweis darauf in Schreiben Kraus' v. 27. 9. 1882,* Ka., MfLV., allg., Gendarmerie, Faszikulatur E-G 1: Gendarmerie Böhmen, Zl. 14295/1882.

5 *Die entsprechende Kostenaufstellung in* Ka., MfLV., allg., Gendarmerie, Faszikulatur E-G 1: Gendarmerie Galizien, Zl. 14390/1882.

6 *Siehe dazu die Beratung über den Voranschlag pro 1883 in MR. v. 31. 10. 1882/I.*

Aus der Verhältnisübersicht über die Verteilung der Gendarmerie ergebe sich, dass sich für Galizien und Böhmen im Verhältnisse zu andern Län[dern] []otwir[] lasse. Allerdings könnten auch andere in ähnlichen Verhältnissen stehende Länder sich veranlasst sehen, gleichfalls eine entsprechende Vermehrung zu beanspruchen. Der hauptsächlichste Grund des Drängens nach Vermehrung der Gendarmerie liege darin, dass die Gemeinden [a]die ihnen übertragenen polizeilichen Pflichten[a] nicht erfüllen und wären also seines Erachtens die Gemeinden zu verhalten, dass sie, nachdem sie [b]einen so großen Wirkungskreis[b] haben, auch die entsprechenden Pflichten erfüllen.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass leider wegen der Untätigkeit der Gemeinden die Gendarmen auch zu Aufgaben (Lokalpolizei) verwendet werden müssen, zu denen sie nicht bestimmt sind. Es dürfte schließlich nichts anderes []egeln, dass die Gemein[de]n zu einer Beitragsleistung für die Gendarmerie verhalten werden[7]. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erklärt sich für die beanspruchte Vermehrung für beide Länder, nachdem dieselbe im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten sei und die Gemeinden eben faktisch nichts leisten. Auch der Handelsminister und Minister Freiherr v. Pražák erklären sich für die fragliche Vermehrung. Letzterer betont zugleich, dass es in Rücksicht auf die wiederholten verbrecherischen Anfälle gut wäre, auf den Reichsstraßen in der Umgebung von Wien mehr Gendarmen zur Verwendung zu bringen. Der Finanzminister muss in erster Linie wünschen, dass []n Abstrich aus einem andern Ressortposten hereingebracht würde. Er proponiert mit der Einbringung des Kredites jedenfalls noch vorläufig zu warten und allenfalls dann zu kommen, wenn etwa vom Finanzausschusse irgendwo Abstriche vorgenommen sein würden.

Der Ministerrat beschließt, dass mit der Einbringung des fraglichen Kredites vorläufig und bis zu einem geeigneten Zeitpunkte noch zuzuwarten sei[8].

IV. Der Landesverteidigungsminister bringt zur Sprache die für Ungarn im Gesetzeswege auszusprechende Bewilligung zur Einteilung ungarischer Truppenabteilungen in neu zu formierende österreichische Regimenter[9]. [] [N]ovelle enthalte die aparte [Be]stimmung (worüber eine analoge Anordnung in unserer Wehrgesetznovelle nicht vorkommt), dass die in das Heer eingereihten ungarischen Wehrpflichtigen mit alleiniger Ausnahme der Sanitätstruppe

---

[a–a] *Korrektur Welsersheimbs aus* ihre Pflicht.

[b–b] *Korrektur Welsersheimbs aus* eine so große Macht.

[7] *Mit Schreiben Taaffes v. 28. 9. 1882* – AVA., IM., Präs. 4987/1882 *liegt nicht ein – wurde der* Antrag der *Prager Statthalterei* der thunlichsten Berücksichtigung empfohlen, KA., MfLV., allg., Gendarmerie, Faszikulatur E-G 1: Gendarmerie Galizien, Zl. 14390/1882.

[8] *Mit Schreiben (K.) v. 29. 11. 1882 teilte Welsersheimb der Statthalterei in Prag mit, dass* die Entscheidung hierüber *(der Standesvermehrung in Böhmen um 30 Mann)* jedoch mit Rücksicht auf die augenblicklichen Finanzverhältnisse des Staates vertagt worden ist, KA., MfLV., allg., Gendarmerie, Faszikulatur E-G 1: Gendarmerie Böhmen, Zl. 17476/1882. *Die am Akt angegebene Folgezahl 18193/1882 liegt nicht ein. Fortsetzung dieser Angelegenheit im MR. v. 3. 4. 1883/VI.*

[9] *Diese Angelegenheit steht in Zusammenhang mit der Reorganisation des gemeinsamen Heeres; diese war mitgeteilt worden in MR. v. 24. 6. 1882/I. Aufgrund der Neueinteilung der Regimenter kam es auch zur Verlegung des Rekrutierungsbezirks einzelner Bataillone von einem Teil der Monarchie in den anderen. Die davon betroffenen Infanterie- und Jägerbataillone teilte Kriegsminister Bylandt in seinem Schreiben (K.) v. 17. 9. 1882 dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza mit,* KA., KM., Präs. 45–16/52/1882. *Von dem Gesetzentwurf wurde Welsersheimb mit Einsichtsakt Bylandts informiert,* KA., MfLV., Präs. 2191/1882. *Die Einbringung dieses Gesetzentwurfes in den ungarischen Reichstag war mit Ah. E. v. 2. 11. 1882 bewilligt worden – erwähnt im Vortrag Tiszas v. 4. 12. 1882, siehe dazu Anm. 10.*

ausschließlich nur in ungarische Heereskörper einzuteilen sind. Nachdem nun die Armeereform eine teilweise Einreihung von Elementen[c] ungarischer Truppenkörper in die neu zu formierenden österreichischen Regimenter erheische, so solle[d] zur Bewerkstelligung dieses Vorganges wegen der ihm entgegenstehenden Bestimmung des § 8 der ungarischen Novelle für Ungarn eine besondere gesetzliche Ermächtigung erwirkt werden.

Es wurde nun ein bezüglicher Gesetzentwurf für den ungarischen Reichstag verfasst, zu welchem das Reichskriegsministerium [] [erk]lärt habe und welcher post expeditionem dem Landesverteidigungsminister zur Einsicht mitgeteilt wurde. Der Landesverteidigungsminister teilt dem Ministerrate diesen aus der Anlage ersichtlichen Entwurf mit[e]. Wie aus dem Inhalte des Entwurfes zu ersehen, befasse sich derselbe nicht bloß mit der Einteilung ungarischer Elemente[f] in österreichische Regimenter, sondern gehe weiter, indem er (im § 2) auch auf das Dienen österreichischer Wehrpflichtiger in den in ungarische Truppenkörper umzuformierenden Regimentern reflektiere und eine förmliche Bewilligung für das Zusammendienen österreichischer Wehrpflichtiger mit den ungarischen in den ungarischen Truppenkörpern statuieren wolle[g].

[] [Ministe]rrat erstli[ch, we]il er glaube, dass mit einer auf das Wehrsystem bezughabenden Bestimmung bzw. mit einer diesfälligen Gesetzesproposition, wenn die Regelung konkret auch nur eine Reichshälfte betrifft, nicht einseitig, sondern nach Vereinbarung beider Regierungen und in Übereinstimmung vorzugehen sei und weil er beabsichtige, gegen dieses einseitige Vorgehen, insbesondere aber bezüglich des § 2 des Entwurfes Verwahrung einzulegen. Der Landesverteidigungsminister proponiert zu diesem Behufe sich in der aus der Beilage ersichtlichen Weise dem Reichskriegsministerium gegenüber auszusprechen[h].

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski glaubt, dass weiter zu gehen und geradezu zu verlangen [] eliminiert werde, indem es unzulässig scheine, durch die ungarische Legislative Bestimmungen über das militärische Dienen österreichischer Untertanen zu treffen. Der Handelsminister ist derselben Ansicht. Obgleich nicht geleugnet werden könne, dass der § 2 vom ungarischen Standpunkte aus sehr geschickt abgefasst ist, so begreife er doch eine Bewilligung des Dienens der österreichischen Wehrpflichtigen in den ungarischen Truppenkörpern in sich. Der Landesverteidigungsminister glaubt, dass deshalb in der Note an das Reichskriegsministerium nur die von ihm proponierte Verwahrung auszusprechen wäre, weil nicht unser Einverständnis eingeholt werde, sondern die Ange[legenheit] [] mitgeteilt w[e]rde. Etwas anderes wäre es, wenn Se. Majestät geruhten, über die Fassung eine Ah. Entscheidung zu treffen, wodurch der in der Verwahrung der k. k. Regierung gelegenen Intention entsprochen würde.

Der Ministerpräsident erklärt sich unter dieser Tendenz der Verwahrung mit dem Erledigungsvorhaben einverstanden, indem er betont, dass es sich bei der Bestimmung des § 2 um eine Anordnung handelt, welche bei der diesseitigen Gesetzeslage lediglich von Sr. Majestät als Ah. Kriegsherrn zu treffen ist.

---

c *Korrektur Welsersheimbs aus* Abteilungen.
d *Korrektur Welsersheimbs aus* müsse.
e *Der ungarische Gesetzentwurf liegt in deutscher Übersetzung dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*
f *Korrektur Welsersheimbs aus* Truppenabteilungen.
g *Bleistiftbemerkung Franz Josephs* § 2 ist auf meine Weisung aus dem Gesetzentwurfe gestrichen worden.
h *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

Der Ministerrat erklärt sonach zu der vom Landesverteidigungsminister proponierten Note seine Zustimmung[10].

Wien, am 3. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 430 Ministerrat, Wien, 3. November 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 3. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Hankiewicz; BdE. und abw. Conrad.

[I.] Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Stellung und den Wirkungskreis des Staatsrechnungshofes.

KZ. 108 – MRZ. 86

Protokoll II des zu Wien am 3. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Ministerpräsident ordnet an die Durchberatung des vom Finanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurfes [] [Oberst]en Rechnungshofes. Nachdem der Entwurf bereits in der Konferenz vom 24. Juni d. J. bis zu § 14 bzw. § 13 (neu) durchberaten wurde[1], so wird voraus die damalige Beratung rekapituliert. Als Grundlage für die Beratung in der Ministerkonferenz wurde vom Finanzministerium der Entwurf Beilage 1[a] vorgelegt. Der Entwurf Beilage 2 bildet die nach den Beschlüssen des Ministerrates festgesetzte Fassung[b]. Die Beratung am 24. Juni d. J. nahm folgenden Verlauf:

---

a *Der ursprüngliche Gesetzentwurf liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

b *Der Gesetzentwurf in der am 24. 6. 1882 überarbeiteten Fassung liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

10 *Schreiben (K.) Welsersheimbs an Bylandt v. 5. 11. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 2191/1882. *Der vom ungarischen Reichstag bewilligte Gesetzentwurf – der, nach den Referentenbemerkungen v. 18. 11. 1882 im k. k. Ministerium für Landesverteidigung, die* zum Ausdruck gebrachten Bedenken gegen den diesbezüglichen früheren Gesetz-Entwurf des *k. ung. LV. Ministeriums* durch Befristung des § 2 dieses früheren Gesetz-Entwurfes volle Rechnung getragen ist*,* Ka., MfLV., Präs. 2272/1882 – *wurde mit Ah. E. v. 7. 12. 1882 über Vortrag Tiszas v. 4. 12. 1882 sanktioniert,* Ka., MKSM. 38–3/29/1882*, publiziert als* Ga. XLII/1882.

1 *Dieser Gegenstand war zuvor beraten worden in MR. v. 20. 1. 1881/IV,* in Betreff einer Vorlage über die Organisierung des Obersten Rechnungshofes *und MR. v. 8. 2. 1882/I* in Angelegenheit des Gesetzentwurfes betreffend den Obersten Rechnungshof *(liegen beide nicht ein). Mit Schreiben (K.) von Dunajewskis Vorgänger Chertek v. 24. 9. 1879 wurde den anderen Ministerien ein vom Obersten Rechnungshof ausgearbeiteter Gesetzentwurf* über die Stellung und den Wirkungskreis des Obersten Rechnungshofes *weitergeleitet,* Fa., FM., Präs., Sig. 3.4.a, Karton 2984, Zl. 4411/1879. *Die Stellungnahmen der Ministerien, eine Zusammenfassung ihrer Positionen sowie ein Komiteeprotokoll v. 26. 1. 1882 in* Fa., FM., Präs., Sig. 3.4.a, Karton 3047, Zl. 777/1882*, Kommissionsprotokoll v. 16. und 17. 2. 1882 in* Fa., FM., Präs., Sig. 3.4.a, Karton 3047, Zl. 5990/1882. *Mit Schreiben (K.) v. 3. 3. 1882 teilte Dunajewski seinen Kollegen mit, dass er den ausgearbeiteten Gesetzentwurf* in der nächsten Ministerkonferenz vorzutragen gedenke*,* Fa., FM., Präs., Sig. 3.4.a, Karton 3047, Zl. 1118/1882. *Eine Behandlung dieses Gesetzentwurfes in MR. v. 24. 6. 1882 wurde nicht protokolliert.*

Vom Referenten Ministerialrat Ritter v. Hankiewicz wurde einleitend dargelegt, dass die Einbringung des infrage stehenden Reform[entwurfes], ab[ge]sehen von der Re-[f]ormbedürftigkeit des Gegenstandes, selbst deshalb notwendig erscheine, weil nicht nur bereits von dem früheren Ministerium die Einbringung einer Regierungsvorlage in Aussicht gestellt[2], sondern dies auch von dem jetzigen Ministerium ausdrücklich zugesagt worden war[3]. Der Reformwunsch des Reichsrates lehne sich offenbar an an die vom vorigen Abgeordnetenhause im März 1879 aus eigener Initiative beschlossene Vorlage, die aber als zu weitgehend von der Regierung nicht akzeptiert werden konnte[4].

Für die jetzige Vorlage wurden viele Gesichtspunkte des Elaborates vom Jahre 1879 [be]nützt, doch ließ man eine Reihe von Bestimmungen desselben fallen, welche, ohne vom Kontrollstandpunkte unbedingt [geb]oten zu sein, der Exekutive Hemmnisse bereiten müssten.

Zum Titel und zu den Artikeln 1 und 2 des vom Finanzministerium vorgelegten Entwurfes wurde vom Finanzminister selbst die aus dem Entwurfe 2 ersichtliche Abänderung beantragt. Der Finanzminister hält erstlich die Bezeichnung der Obersten Rechnungsbehörde als „Staatsrechnungshof" für entsprechender und will zugleich damit, so wie durch die von ihm proponierte, die Artikel 1 und 2 zusammenfassende, Stilisierung der Einleitungsbestimmung Ausdruck gegeben wissen, dass der Staatsrechnungshof, welcher sonach auf Grundlage des neuen Gesetzes „bestellt wird", als eine neue Behörde anstelle des jetzigen Obersten Rechnungs[hofes] [] [einzuf]ühren und daher [zur] Durchführung des Gesetzes eine Neuorganisation vorzunehmen sei. Dass dies geschehe, scheine wichtig, weil die Regierung damit in die Lage komme, eine Neubesetzung der Stellen vorzunehmen, wobei sie freie Hand hinsichtlich der Auswahl der Persönlichkeiten habe. Es sei aber gut, sich darüber schon im Gesetze deutlich auszusprechen.

Artikel 3 (neu 2) wurde gleichfalls über Anregung des Finanzministers selbst modifiziert.

---

2 *Im Jahr 1869 wurde eine gesetzliche Regelung des Obersten Rechnungshofes beraten, weil der mit kaiserlicher Verordnung v. 21. 11. 1866* – RGBl. Nr. 140/1866*, beraten in MR. v. 6. 10. 1865/II,* ÖMR. VI/2, Nr. 14 – *geschaffene Oberste Rechnungshof 1869 seine Agenden für die gemeinsamen Angelegenheiten an den neuen gemeinsamen Obersten Rechnungshof abgetreten hatte. In der Sitzung des MR. II v. 2. 7. 1869/VI* – CMR. II, Nr. 239 *(dem für diese Beratung 1869 einzig erhaltenen Protokoll) – hielt Finanzminister Brestel fest, dass vor der Regulierung des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes* vorerst die Stellung des *diesseitigen Rechnungshofes* den diesseitigen Ministerien gegenüber gesetzlich neu geregelt sein müsse*, die jedoch nicht zustande kam.*

3 *Am 26. 10. 1879 legten die Abgeordneten Heilsberg und Genossen einen Gesetzentwurf zur Regelung des Rechnungs- und Kontrolldienstes vor* – PROT. REICHSRAT AH. (6. Sitzung) Beilage 25 – *der vom Abgeordnetenhaus in erster Lesung einem Ausschuss zugewiesen wurde,* PROT. REICHSRAT AH. 11. 11. 1879 (12. Sitzung) 271 f. *Nach über einem Jahr interpellierte der Abgeordnete Fux, um über den Stand der Verhandlungen informiert zu werden,* PROT. REICHSRAT AH. 23. 3. 1881 (128. Sitzung) 4458 f.*, worauf der Ausschussvorsitzende Smarzewski die Auskunft erteilte, dass die Regierung selbst einen Gesetzentwurf bis Ostern 1880 vorlegen wollte, was aber nicht geschehen sei,* Prot. Reichsrat AH. 24. 3. 1881 (129. Sitzung) 4517 f. *Das Abgeordnetenhaus forderte darauf die Regierung in einer Resolution auf,* einen Gesetzentwurf über die Regelung des Rechnungscontroldienstes dem Reichsrathe mit thunlichster Beschleunigung vorzulegen*,* PROT. REICHSRAT AH. 28. 5. 1881 (163. Sitzung) 5899.

4 *Der vom Abgeordnetenhaus in dritter Lesung angenommene Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Rechnungs- und Kontrolldienstes,* PROT. REICHSRAT AH. 28. 3. 1882 (433. Sitzung) Beilage 948*. Die Haltung der Regierung zu diesem Gesetzesvorhaben des Abgeordnetenhauses wurde beraten in MR. v. 15. 3. 1879/X (liegt nicht ein).*

Zu Artikel 4 (neu 3) wurde vom Landesverteidigungsminister die vollständige Streichung des 3. Alineas beantragt. Der Landesverteidigungsminister erklärte, dass es ein falsches Prinzip sei, die Ah. Krone und bzw. die [c]verantwortliche[c] Exekutive hinsichtlich der Verfügung über die Staatsdiener zu beschränken, [c]welche derart bloß dem naturgemäßen Interesse einer entsprechenden Verwaltung gegenüber unabhängig, allen anderen Einflüssen (des Vorurteiles, der Parteilichkeit, des Gewinnes, der Intimidation etc.) aber umso mehr preisgegeben bleiben[c], und dass er daher, wie er die geschehene Anwendung dieses Prinzipes auf die Stellung der Richter lebhaft beklage, niemals zustimmen könnte, dass noch ein weiterer Schritt auf diesem falschen Wege gemacht werde. Vom Finanzminister wurde dagegen bemerkt, dass, wenn man eine Kontrolle haben wolle, der Kontrollierende von dem zu Kontrollierenden unabhängig gestellt sein müsse. Deshalb sei die Ausnahmsstellung des Präsidenten durch die Natur der Sache geboten. Auch würde es jetzt gar nicht möglich sein, einen Entwurf durchzubringen, welcher die [] nicht berücksichtigte. Schließlich wurde über übereinstimmende Motion des Ministerpräsidenten und des Handelsministers die aus dem Entwurfe 2 ersichtliche Fassung des 3. Alineas des Artikel 3 (neu) von der Majorität des Ministerrates akzeptiert, während der Landesverteidigungsminister bei seinem Votum auf Streichung dieses Alineas verblieb.

Die Artikel 5 bis 14 bzw. 4 bis 13 (neu) wurden nach dem Vorschlage lediglich mit den sinngemäßen Beziehungsabänderungen akzeptiert. Damit wurde die Beratung am 24. Juni d. J. abgebrochen.

[Minist]erialrat [Ritte]r v. Hankiewicz referiert nunmehr über Artikel 15 (neu 14) des Entwurfes. Derselbe legt dar, dass die Bestimmung des Alinea 2 dieses Artikels gegenüber der bereits jetzt bestehenden diesfälligen Anordnung insoferne weiter gehe, als für die Prüfung der Rechnungen angeordnet werden will, zu untersuchen, „ob das Zugeständnis von Nachsichten oder Abschreibungen in den Gesetzen und Verordnungen begründet ist", während jetzt nur von „Gesetzen" die Rede sei. Diese Erweiterung sei aber naturgemäß, weil tatsächlich bezügliche Anordnungen auf Verordnungen basiert seien und durch Verordnungen getroffen werden können.

Der Landesverteidigungs[minister wen]det sich überhaupt [ge]gen die Bestimmung, wornach dem Staatsrechnungshofe das Recht eingeräumt werden soll, zu prüfen, ob das Zugeständnis von Nachsichten oder Abschreibungen in den Gesetzen und Verordnungen begründet ist. Der Minister findet, dass eine Kontrolle dieser Art, die eine Überwachung des Ministers dahin, ob er in seiner Gestion die Gesetze befolgt, begreife, über die Bestimmung eines Rechnungshofes hinausgehe, indem ja der Minister anderen Faktoren verantwortlich sei.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass diese Art der Kontrolle kein Novum sei, sondern [d]seit jeher[d] geübt werde. Man würde mit deren Beseitigung ein Novum schaffen.

Der Finanzminister bemerkt: Abgesehen davon, dass diese Art [der] Kontrolle schon [e]ingeführt sei, sehe er weder etwas Bedenkliches noch Demütigendes darin, nachdem ja bei der Verwaltung öffentlicher Gelder die Absicht, sich innerhalb der gesetzlichen Linie zu halten, selbstverständlich sei. Im Gegenteile müsse es sogar dem Minister angenehm sein, sich auf die Kontrolle berufen zu können, wenn bei ihm Nachsichten angesucht werden, welche

---

[c–c] *Einfügung Welsersheimbs.*
[d–d] *Im Text* seither.

das Gesetz nicht erlaube. Dieser Punkt der Kontrolle sei namentlich deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil damit der etwaigen Gewährung von Steuernachsichten aus politischen Rücksichten ein Riegel vorgeschoben werde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski schließt sich ganz der Anschauung des Vorredners an und [] [d]em vom Landes[ve]rteidigungsminister be[r]ührten Momente der Verantwortlichkeit, dass ja mit der Beanständigung seitens des Obersten Rechnungshofes noch kein Verdikt ausgesprochen werde.

Ministerialrat Ritter v. Hankiewicz macht auf den nächstfolgenden Artikel des Entwurfes aufmerksam, wornach behufs der Austragung von derlei Anständen ein Vernehmen mit der betreffenden Zentralstelle und eventuell eine Verhandlung im Ministerrate stattzufinden habe, bevor die Sache zur Kenntnis des Reichsrates gebracht werden könne.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass diese Art der Kontrolle in der Mi[litä]rpraxis zu endlosen Streitigkeiten und Auseinandersetzungen zu führen geeignet sei, weil [e]in der umfassenden militärischen Praxis, namentlich bei kriegerischen Aktionen, vielerlei Vorkommnisse sich auf strikte Vorschriften überhaupt nicht basieren lassen[e]. Er wollte allenfalls die Kontrolle dahin zugeben, dass nicht direkte gegen ein Gesetz vorgegangen werde. Die Fassung der Bestimmung sei aber so gegeben, dass es dem Staatsrechnungshofe überlassen sei, überhaupt, also auch dann, wenn die Verletzung eines bestimmten Gesetzes nicht entgegengehalten werden könne, [c]meritorisch[c] zu beurteilen, ob der Vorgang in den Gesetzen und Verordnungen [f]vorgesehen sei und eventuell alles zu beanständen, was nicht ausdrücklich und buchstäblich vorgeschrieben stehe[f]. Der Landesverteidigungsminister beantragt daher, wenigstens den bezüglichen Passus [] dahin abzuän[de]rn, dass er laute: „ob das Zugeständnis von Nachsichten oder Abschreibungen nicht gegen die Gesetze und Verordnungen verstoße."

Der Handelsminister schließt sich diesem Abänderungsantrage an. Die übrigen Minister erklären sich für die Fassung der Proposition des Finanzministeriums. Es wird sonach Artikel 15 in der Fassung des Artikel 14 (neu) akzeptiert. Desgleichen wird Artikel 16, neu Artikel 15, akzeptiert.

Zu Artikel 17, neu 16, wird vom Handelsminister bemerkt, dass in Anbetracht der dem Staatsrechnungshofe nach Artikel [15, neu 14] zustehe[nden] weitgehenden Befugnisse es jedenfalls nicht mehr geboten erscheine und leicht zu Sekkaturen seitens eines untergeordneten Rechnungsbeamten führen könne, wenn man den Abgeordneten des Rechnungshofes in Erweiterung des bisherigen diesfälligen Befugnisses gestatte, sich nicht bloß über die Ordnungsmäßigkeit in der Geschäftsbehandlung, sondern auch in der „Gebarung" Überzeugung zu verschaffen und diesen Beamten sonach die Fällung eines Urteiles über letztere einräume.

Ministerialrat Ritter v. Hankiewicz glaubt, dass das diesfällige Eingehen in die Gebarung wohl nicht anders zu verstehen sei, als dass sich der betreffende Beamte überzeuge, ob die Aufzeichnungen in den Büchern mit den aktenmäßigen Anordnungen übereinstimmen.

Der Handelsminister [be]merkt, dass unter Eingehen in die Gebarung eben allgemein jene Befugnisse verstanden werden, welche nach der vorerwähnten Bestimmung dem Obersten Rechnungshofe zustehen. Nachdem man mit der allgemeinen Begriffsauslegung rechnen müsse, sei die Bestimmung bedenklich. Wenn man aber nur den vom Referenten gemeinten

---

[e–e] *Korrektur Welsersheimbs aus* man die betreffenden Verordnungen, welche die Grundlage einer bestimmten Praxis bilden, oft nicht zu finden wisse.

[f–f] *Korrektur Welsersheimbs aus* begründet sei.

engen Begriff im Auge habe, so brauche man den Ausdruck „Gebarung" gar nicht aufzunehmen. Dieser Anschauung schließt sich der Ministerrat an und wird daher Artikel 17 (neu 16) in der aus der Beilage 2 ersichtlichen Fassung angenommen[g]. Die Artikel 18 bis 23 bzw. 17 bis 22 neu [werden] ohne [Debatte] in der aus der Beilage 2 ersichtlichen Fassung akzeptiert.

Bei der Bestimmung des Artikels 24 (neu 23) wird über Anregung des Handelsministers und des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski die Anschauung zum Ausdruck gebracht, dass aus dieser lediglich die Beziehung der Zentralstellen zum Staatsrechnungshofe regelnden Bestimmung keineswegs eine Änderung der Anordnung gefolgert werden könne, wornach bei Kreditüberschreitungen mit dem Finanzministerium in das Vernehmen zu treten ist. Sonach werden Artikel 24, 25 und 26 bzw. Artikel 23, 24 und 25 neu ohne Debatte in der aus der Beilage 2 ersichtlichen Fassung akzeptiert.

[Schl]ießlich erteilt der Mini[s]terrat dem Finanzminister die Ermächtigung zur Einbringung des aus der Beilage 2 ersichtlichen Gesetzentwurfes[5].

Wien, am 3. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 431 Ministerrat, Wien, 4. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Kaiser; BdE. und anw. Taaffe (4. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Frage der Hilfeleistung für Tirol. II. Das Promemoria des Ackerbauministers über Dalmatien. III. Die Verhältnisse in Istrien (Steuerrückstände). Die Klagen der Flitscher wegen der Hausierbeschränkungen. IV. Frage der eventuellen Vollziehung des Todesurteiles an Oberdank. V. Staatsvoranschlag für das Jahr 1883. VI. Arbeitsprogramm für die nächste Reichsratssession.

KZ. 109 – MRZ. 87

Protokoll des zu Wien am 4. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

I. Se. k. u. k. apost. Majestät geruhen, die Unglücksfälle in Tirol zur Sprache zu bringen[1]. Se. Majestät haben aus den Ministerratsprotokollen ersehen, dass außer den Vorkehrungen für jetzt noch weitere Hilfsmaßnahmen für die Zukunft im Vereine mit dem Lande in Aussicht genommen wurden. Se. Majestät erachten, dass jedenfalls eine größere Aktion notwendig sein werde, damit ähnlichen Kalamitäten für die Zukunft vorgebeugt werden könne. Se. Majestät geruhen zu fragen, ob wegen der Herstellungen bereits Studien eingeleitet wurden.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass zwei höhere Baubeamte schon zur Vornahme von Studien abgeordnet wurden[2]. Einen umfassenden Plan für die erforderlichen Schutzbauten könne man jetzt noch nicht []ßen. Zunächst werde es gelten, auf das Allernotwendigste das

---

g *Die bereits unter Buchstabenanmerkung a erwähnte Beilage 2.*

5 *Fortsetzung in MR. v. 18. 11. 1882/V.*

1 *Fortsetzung des MR. I v. 29. 10. 1882/I.*

2 *Siehe dazu Anm. 6 des eben zitierten Ministerratsprotokolls.*

Augenmerk zu richten und eine Überschau über jene zerstörten Objekte zu erhalten, für deren Herstellung ohne Rücksicht auf die Konkurrenzqualität durch die Mittel des Landes im Vereine mit Beiträgen und Vorschüssen des Reiches gesorgt werden soll.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass das Dringendste die Herstellung der Kommunikationen sei, wofür man ohne Rücksicht auf die spezielle Konkurrenzpflicht aus den Gesamtmitteln werde aufkommen müssen.

Se. Majestät geruhen ferner die Frage der Unterstützung jener zu berühren, welche durch die Überschwemmung ihr Hab und Gut verlo[r]en haben, deren Grundstücke durch Gerölle völlig verschüttet wurden. Der Ministerpräsident glaubt, dass die bereits gewährten Hilfsgelder sowie die Eingänge aus den Sammlungen die für die Unterstützungen erforderlichen Mittel darbieten dürften. Der Ministerpräsident habe übrigens Einleitungen veranlasst, um die Sammlungen etwas mehr zu beleben[3].

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass es notwendig sein werde, vorher schon ein möglichst bestimmtes Programm der Aktion, welche der Tiroler Landtag zustande bringen soll, festgestellt zu haben, weil sich sonst der Landtag leicht in allgemeine Ideen verlieren könnte. [Der] Ministerpräsident bemerkt, dass schon anlässlich der hinsichtlich der bezüglichen Aktion des Landtages im Ministerrate gepflogenen Beratung dem Statthalter bedeutet wurde, sich mit dem Landeshauptmanne wegen der Einhaltung des besprochenen Planes ins Einvernehmen zu setzen[4].

Se. Majestät sehen also sonach voraus, dass der Landesausschuss schon die entsprechenden Vorlagen machen werde. Doch müssten sich die Verhandlungen des Landtages auf den Gegenstand der Katastrophe beschränken und auch darüber sich nicht allzu sehr ausdehnen. Der Ministerpräsident bemerkt, dass man nach der Verfassung nicht in der Lage sei, den Landtag nur für eine bestimmte Aufgabe unter ausdrücklicher Zweck[s]etzung einzuberufen. Indessen sei es in den bisherigen Fällen, wo die Einberufung tatsächlich nur wegen der Erledigung einer bestimmten Frage geschah, durch Vermittlung des Landeschefs stets gelungen, den außerordentlichen Landtag auf die betreffende Angelegenheit zu beschränken. Beim Tiroler Landtag dürfte dies sicherlich auch gelingen und glaube der Ministerpräsident, dass der Landtag in acht Tagen fertig werden könne. Die Einberufung hätte nach Schluss der Delegationen zu geschehen und könnte sodann die Angelegenheit gleich vor den Reichsrat gebracht werden[5].

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass die größere Arbeit allerdings erst im [Früh]jahr kommen werde. Der Ackerbauminister bemerkt, dass im Frühjahr noch eine Reihe von Schäden als Folge der jetzigen Ereignisse nachkommen dürfte. Der Minister habe die Statthalterei beauftragt, die alten Projekte über Forstschutzbauten, welche wegen Mangel an Mitteln zur Ausführung zurückgelegt wurden, jetzt wieder hervorzuheben, und beabsichtige er im Frühjahr einen Forsttechniker behufs der bezüglichen Studien nach Tirol zu senden. Die

---

3 *Mit Schreiben des Tiroler Statthalters Widmann an Taaffe v. 16. 9. 1882 hatte dieser um die Einleitung von Spendensammlungen in Cisleithanien und Ungarn gebeten. Taaffe setzte dies mit seinen Schreiben (K.) v. 22. 9. 1882* an sämtliche Landeschefs (mit Ausnahme jener von Tirol, Kärnthen und Galizien) *sowie an den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza um,* AVA., IM., Präs., Sig. 28/1, Karton 915, Zl. 4830/1882. *Unterlagen zur Einleitung der Intensivierung der Spendentätigkeit konnten hier nicht gefunden werden.*

4 *Dieser Punkt war mit Widmann bereits besprochen worden in MR. I v. 29. 10. 1882/I.*

5 *Auf Vortrag Taaffes v. 12. 11. 1882 wurde der Tiroler Landtag mit Ah. E. v. 13. 11. 1882 für den 22. 11. 1882 einberufen,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 4144/1882, *publiziert als Patent v. 13. 11. 1882,* RGBL. Nr. 158/1882. *Zur Einberufung des Kärntner Landtages aus Anlass dieses Unwetters siehe MR. v. 28. 12. 1882/I.*

Unglücksfälle weisen zugleich auf die Dringlichkeit einer Organisation der Forstschutzorgane hin, worüber er mit einer Vorlage an den Reichsrat zu kommen gedenke. Freilich gelte es dabei auch, die Finanzen in Anspruch zu nehmen[6].

Se. Majestät geruhen, die beabsichtigten Auswanderungen aus Südtirol nach Bosnien zu berühren und zu betonen, dass in diesem Falle das Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium zu pflegen sein würde. Denn die Sache dürfte sich wegen der komplizierten Besitzverhältnisse schwierig gestalten. Gewiss erhielte aber Bosnien mit diesem Zufluss sehr schätzenswerte Elemente. Der Ministerpräsident glaubt, dass die Leute vielleicht vorläufig als Arbeiter nach Bosnien gehen könnten, bis sich entsprechende Niederlassungsgelegenheiten ergeben. Übrigens werde es jetzt auch in Tirol selbst bei den Herstellungsbauten für die Leute Arbeit geben[7].

Se. Majestät geruhen, die Grundsteuerfrage und die Agi[t]ation wegen einer vor der endlichen Feststellung des Grundsteueroperates für Tirol vorzunehmenden Grundsteuerrevision zu berühren. Der Finanzminister bemerkt, dass es unbegründet und zugleich wegen der Rückwirkungen auf andere Länder untunlich wäre, den Abschluss des Grundsteuerwerkes zu suspendieren. Hinsichtlich der vernichteten Grundstücke werde ohne[hin] die Steuer abgeschrieben und was die Bonitätsalterierungen anbelange, so werde man allenfalls nach gewonnener Übersicht im nächsten Jahre mittelst eines Spezialgesetzes über die Revision des Katasters in Tirol helfen können[8].

Se. Majestät geruhen, die Angelegenheit der zeitweisen Aufhebung des Getreidezolles für Südtirol zur Erwähnung zu bringen und zu fragen, womit von Seite Ungarns die bisherige ablehnende Haltung motiviert werde[9]. Der Handelsminister bemerkt, man weise darauf hin, dass die Kalamität in dieser Beziehung doch nicht so groß sein dürfte und dass wohl auch vom Norden herein, wenn auch nicht durchwegs per Bahn, Getreide zugeführt werden könnte. Der Handelsminister hoffe übrigens, dass nunmehr, nachdem er die beantragte Einfuhrmenge gegenüber früher auf die Hälfte reduziert habe, die ungarische Zustimmung doch erfolgen dürfte. [D]er Finanzminister bemerkt, dass die ablehnende Haltung in gewisser Beziehung wohl begründet sei, indem nämlich von derlei Begünstigungen häufig nur die Händler profitieren, während die Konsumenten nach wie vor die hohen Preise bezahlen. Der Handelsminister muss betonen, dass die Kalamität eine wirklich außerordentlich große sei und dass in einem solchen Momente schon der Kontrast gegenüber der bis unlängst bestandenen Zollfreiheit empfindlich berühre. Es erschiene also auch schon des Eindruckes wegen unter diesen Umständen die Maßregel höchst wünschenswert. Se. Majestät wollen trachten, den ungarischen Ministerpräsidenten zur Zustimmung zu veranlassen[10].

---

6 *Diese Angelegenheit kam zur Sprache in MR. II v. 6. 4. 1883/IV.*

7 *Mit Erlass des gemeinsamen Finanzministeriums v. 19. 1. 1883 wurde die Landesregierung in Sarajewo zur Amtshandlung und Berichterstattung aufgefordert,* Arhiv Bosne i Hercegovine, GFM., Büro Bosnien-Herzegowina, Department I, Zl. 304/1883*, dessen Berichte über eine Rückführung und drei Ansiedler* Zl. 2239, 2447 *und* 2484*, alle ex* 1883.

8 *Dieser Punkt kam zur Sprache in MR. I v. 29. 10. 1882/I; siehe dort Anm. 12.*

9 *Zur Frage der Aufhebung des Getreidezolls für Südtirol siehe zuletzt MR. I v. 29. 10. 1882/I. Der ungarische Minister für Ackerbau, Industrie und Handel Kemény hatte mit Schreiben v. 3. 10. 1882 an Pino die Bitte um zollfreie Einfuhr von Getreide aus Italien nach Südtirol abgelehnt,* Ava., HM., allg. Karton 446, Sig. 4/C, Zl. 32680/1882.

10 *Dieser Punkt kam zur Sprache in MR. I v. 29. 10. 1882/I; siehe dort Anm. 11. In UMR. v. 7. 11. 1882,* Hhsta, Kab. Kanzlei, Ungarische Ministerkonferenzprotokolle (deutsche Übersetzung), KZ. XLIII/1882*, beschloss die ungarische Regierung, dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf zu unterbreiten. Dies teilte der*

[II.] Se. Majestät geruhen, zur Sprache zu bringen das vom Ackerbauminister dem Ministerrate vorgelegte Promemoria über die vom Ackerbauminister während seiner Reise durch Dalmatien empfangenen Eindrücke und gemachten Wahrnehmungen[11]. Se. Majestät empfehlen das Schriftstück der Aufmerksamkeit der übrigen Minister, wünschend, dass den darin niedergelegten Desiderien nach Möglichkeit Rechnung getragen werden möge. Es seien ungefähr dieselben Wahrnehmungen, welche schon von Sr. Majestät bei der Reise durch Dalmatien gemacht wurden[12] und hinsichtlich welcher damals wenig behufs Abhilfe geschehen sei. Se. Majestät hoffen daher, dass jetzt mehr getan werde. Auch erwarten Se. Majestät, dass der jetzige Statthalter besser und energischer eingreifen werde. Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass die Straßen in Dalmatien gut und in reichlicher Anzahl vorhanden seien. Der Ackerbauminister hebt hervor, dass bezüglich der Straßen noch auf den Inseln etwas geschehen müsste, damit die Leute ihre Produkte leichter bis an das Meeresufer transportieren können.

Auf die Ah. Bemerkung Sr. Majestät, dass hiefür wohl nicht der Staat sorgen könne, erwidert der Ackerbauminister, dass es erwünscht wäre, wenn wenigstens bei der Trassierung seitens des Staates geholfen würde.

Se. Majestät geruhen, als besonders wichtig zu betonen das auch im Promemoria des Ackerbauministers erwähnte Moment, dass Beamte aus anderen Kron[lä]n[dern] nach Dalmatien gesendet werden. Zugleich weisen Se. Majestät darauf hin, dass die Justizbranche keineswegs gut bestellt sei[13]. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass unter den jüngeren Leuten hoffnungsvolle Elemente heranwachsen. Se. Majestät finden jedoch diese Elemente wenig diszipliniert.

Se. Majestät geruhen die Wucherfrage in Dalmatien zu berühren. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass der Grund des beklagten Wuchers in den Besitzverhältnissen liege. Die Besitzer bewuchern die Kolonen. Gründlich werde man diesen Zuständen nur durch eine Lösung der agra[rische]n Frage beikommen können. Das Wuchergesetz[14] könnte allerdings helfen. Aber bei den obwaltenden Umständen werden die Fälle nicht leicht zur Anzeige gebracht. Er wolle übrigens die Staatsanwaltschaften zu entsprechendem strengen Einschreiten anweisen[15].

Se. Majestät geruhen, ferner das Desiderium wegen der Einführung des Tabakbaues in Dalmatien zur Erwähnung zu bringen und zu betonen, dass vom Standpunkte der Interessen des Landes ein diesfälliges Zugeständnis sehr bedeutsam wäre, zumal in den Nachbarländern auch der Tabakbau betrieben werde[16]. Der Finanzminister bemerkt, dass im verflossenen Jah-

---

ungarische Minister für Ackerbau, Industrie und Handel mit Schreiben v. 11. 11. 1882 Pino mit, Ava., HM. allg., Karton 446, Sig. 4/C, Zl. 37662/1882. *Diese Angelegenheit kam erneut zur Sprache in MR. v. 15. 11. 1882/XI.*

11 *Fortsetzung des MR. v. 21. 10. 1882/XI.*

12 *Franz Joseph bereiste Dalmatien im April und Mai 1875,* Schatzmayer, Die Kaiserreise durch Dalmatien.

13 *Die Position des Justizministeriums zu den Kritikpunkten Falkenhayns, die es zwar teilte, aber die Schwierigkeiten von deren Abstellung betonte, siehe* Ava., JM., Präs. 279/1882.

14 *Gesetz v. 28. 5. 1881,* Rgbl. Nr. 47/1881*; beraten in MR. v. 15. 3. 1879/IX, MR. v. 21. 3. 1879/II, MR. v. 10. 10. 1879/I, MR. v. 17. 1. 1881/VIII, MR. v. 20. 1. 1881/V, MR. v. 7. 5. 1881/III und MR. v. 24. 5. 1881/III (liegen alle nicht ein).*

15 *Erlass (K.) Pražáks an den Staatsanwalt in Zara Johann Bersa Edler v. Leidenthal v. 10. 11. 1882,* Ava., JM., allg., Faszikel I W 2 (Dalmatien), Zl. 17092/1882.

16 *Der Tabakanbau in Dalmatien wurde durch entsprechende Gesetze für Bosnien-Herzegowina – vorbereitende Maßnahmen in Erlass (Auszug) des gemeinsamen Ministeriums v. 10. 1. 1880,* Lgbl. Bosnien-Herzegowina 1878–1881, 3. Bd. 2. Abteilung, Seite 881 ff. *sowie Einführung in Kundmachung der Landesregierung*

re über die Frage des Tabakbaues eine Enquête abgehalten wurde, wobei man sich übereinstimmend ge[gen ei]ne Ausdehnung des Tabakbaues aussprach[17]. Darnach könne der Finanzminister nicht für ein neues Zugeständnis sein. Es werde beim Tabakbau viel defraudiert. Das Einkommen aus dem Tabak sei aber eine der einträglichsten Quellen des Staatseinkommens, an dem zu rütteln ihm bei der Lage der Finanzen ganz untunlich erscheine. Übrigens werde in Bosnien und in der Herzegowina sehr schlechter Tabak produziert[18].

III. Se. Majestät geruhen der sehr ärmlichen und außerdem noch durch Misswachs in den letzten Jahren heruntergekommenen Zustände in Istrien zu gedenken und den Ministern die wahrhaft traurige [Lage] in diesem Lande ans Herz [z]u legen[19]. Se. Majestät haben schon den Finanzminister wegen der enormen Steuerrückstände aufmerksam gemacht. Die Rückstände seien in vielen Gegenden so groß, dass an eine Abtragung derselben nicht zu denken sei, ohne dass die Leute zugrunde gehen. Der Finanzminister bemerkt, dass er schon das, was er für die einzelnen Fälle tun konnte, getan und eine sehr kulante Behandlung der Steuernachsichtgesuche angeordnet habe[20].

Der Handelsminister kann nach seinen als Statthalter im Küstenlande gemachten Erfahrungen nicht zurückhalten, zu bemerken, dass die in den diesfalls in Betracht kommenden südlichen Gegenden Istriens wohnende kroatische [] sehr nachlässig, faul und indolent sei und niemals an die Zukunft denke. In der Eigenschaft der Bevölkerung liege der Hauptgrund des chronischen Elends. Die Leute wurden hinsichtlich der Steuern immer kulant behandelt. Vor etwa 20 Jahren wurde von Sr. Majestät eine allgemeine Nachsicht der Steuerrückstände gewährt. Dies scheinen die Leute jetzt wieder anzustreben. Der Handelsminister könnte aber mit Rücksicht auf den erwähnten Charakter der Bevölkerung auf eine allgemeine Steuerabschreibung nicht einraten, weil sich die Leute dann für die Zukunft nur wieder auf die Gnade verlassen würden. Die Leute leiden deshalb mehr als anderswo an den Folgen von Missernten, weil sie immer nur dieselben zwei [Fol]gen von Feldfrüchten anbauen und weder an Vorsichten denken noch Fortschritte anwenden.

Se. Majestät sehen Sich ferner veranlasst, die auf der letzten Reise durch das Görzer Gebiet in Flitsch und in den oberen Gegenden von Görz überhaupt Sr. Majestät vorgetragenen Klagen über die bezüglich des Hausierwesens verfügten Einschränkungen zur Sprache zu bringen[21]. Die Leute baten um Abhilfe, indem sie erklärten, dass sie auf den Hausierer-

---

in Sarajewo v. 20. 1. 1880, Lgbl. Bosnien-Herzegowina 1878–1881, 3. Bd. 2. Abteilung, 883 f. – *und die Einbeziehung Dalmatiens in das allgemeine Zollgebiet – Gesetz v. 20. 12. 1879,* Rgbl. Nr. 137/1879 – *aktuell.*

17 *Siehe dazu mit einer entsprechenden Weisung an die Finanzlandesdirektion in Zara v. 13. 8. 1881* Fa., FM., allg., Registraturabteilung II, Sig. 9.1, Zl. 16823/1881.

18 *Die Mehrausgaben für den Ausbau der Gendarmerie in Dalmatien, die, wie der Anlass für diese Reise, eine Reaktion auf den Aufstand in Süddalmatien war, kam zur Sprache in MR. I v. 23. 11. 1882/III.*

19 *Eine entsprechende Eingabe der Hausierer des Gerichtsbezirkes Flitsch war mit Handschreiben v. 12. 9. 1882 Taaffe übergeben worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Kurrentbillete B 15c/1882.

20 *Der entsprechende Akt,* Fa., FM., allg. Abt. III, Sig. 19cb Zl. 3597/1882*, wurde skartiert. Das gesamte Küstenland hatte 1878 mit 1,7 Millionen fl. etwa 10 % an Rückständen direkter Steuern Cisleithaniens bei einem Bevölkerungsanteil von weniger als 2 %,* Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1878, VII/28 f.

21 *Mit der Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern und der Finanzen v. 23. 12. 1881,* Rgbl. Nr. 2/1882 *waren in ganz Cisleithanien die Bestimmungen für den Hausierhandel verschärft worden. In MR. II v. 27. 12. 1881/IX (liegt nicht ein) war dann die* Regelung des Hausierwesens und Einbringung eines Gesetzentwurfes *für den Reichsrat* betreffend die Kompetenz der Behörde bei Übertretungen des Hausiergesetzes *besprochen worden. Mit Vortrag v. 13. 1. 1882 hatte Pino erbeten,*

werb angewiesen seien[a]. Der Handelsminister bemerkt, dass, veranlasst durch viele Klagen der Kaufleute, eine nähere Regelung der Ausübung der Hausierbefugnisse notwendig [geworde]n [war]. Es [haben sich ge]wisse Übergriffe als Übung eingeschlichen. Namentlich wurde das Hausieren mit Fuhrwerken immer allgemeiner, sodass aus den Hausierern förmliche Marktfieranten wurden. Dieser Missbrauch wurde nun insbesondere eingeschränkt. Die Flitscher Hausierer sehen sich durch die Maßregel hart getroffen, weil dieselben sich durchwegs der Wagen bedienten. Es sei übrigens in dem Rahmen der bezüglichen Verordnung dafür vorgesorgt, dass dort, wo die Kraft des Hausierers nicht ausreicht, ein Wagen bewilligt werden könne. Man könnte allenfalls die Landeschefs anweisen, dass sie auch überhaupt in den Fällen, wo nachgewiesen die Hausierer nicht anders als mit Wagen hantieren können, ein Wagen bewilligt werde. Aber [ein] Privilegium für die Flitscher, dass dieselben mit Wagen hausieren können, wäre unmöglich, weil dann auch andere dasselbe fordern könnten. Der Ackerbauminister erklärt sich eher für eine möglichste Einschränkung des Hausierwesens, welches von schädlicher Wirkung für die materiellen Verhältnisse des Bauernstandes sei[22].

IV. Se. Majestät geruhen, zur Sprache zu bringen die vom Statthalter in Triest vorgebrachten Bedenken gegen eine allfällige Justifizierung Oberdanks[23]. Nachdem es sich hier um ein militärgerichtliches Urteil handle, hänge die Entscheidung nicht von Sr. Majestät ab[24]. Wegen der Skrupel des Statthalters wünschen jedoch Se. Majestät die Anschauung des Ministerrates zu hören. Se. Majestät haben bereits den Minister des Äußern befragt, ob die eventuelle Vollstreckung des Todesurteiles an Oberdank einen Einfluss auf die Beziehungen zu Italien haben könnte und habe der Minister des Äußern erwidert, dass diesfalls nicht der geringste Einfluss zu besorgen sei[25].

---

[a] *Korrektur aus* sonst, nachdem sie auf den Hausiererwerb angewiesen seien, zugrunde gehen müssten.

einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen, wozu er mit Ah. E. v. 22. 1. 1882 ermächtigt worden war, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 326/1882*. Darauf legte Pino den Gesetzentwurf mit Zuschrift v. 4. 2. 1882 dem Abgeordnetenhaus vor* – Prot. Reichsrat AH. 8. 2. 1882 (189. Sitzung) 6653*. Nach Zustimmung des Abgeordnetenhauses* – Prot. Reichsrat AH. 8. 2. 1883 (263. Sitzung) 9080 – *und des Herrenhauses* – Prot. Reichsrat HH. 6. 3. 1883 (76. Sitzung) 1232 – *unterbreitete Pino den Gesetzentwurf mit Vortrag v. 17. 3. 1882 zur Sanktion, die er mit Ah. E. v. 21. 3. 1882 erhielt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1042/1883*, das Gesetz v. 21. 3. 1883 publiziert als* Rgbl. Nr. 37/1883.

22 *Zur Aktenlage siehe Anm. 20. Über Vortrag Taaffes v. 2. 11. 1883 wurde mit Ah. E. v. 10. 11. 1883 ein weiteres Gesuch zum Hausierhandel im Gerichtsbezirk Flitsch abgelehnt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4133/1883.

23 *Fortsetzung des MR. v. 31. 10. 1882/III.*

24 *Bis 1912 gab es keine Militärstrafprozessordnung; sie wurde beraten in MR. I v. 23. 11. 1879/IV und MR. v. 27. 9. 1880/II (liegen beide nicht ein). Das Militärstrafprozessrecht beruhte in Österreich-Ungarn bis 1912 auf der* peinlichen Kriminalgerichtsordnung *v. 31. 12. 1768, die am 9. 4. 1769 vom Militär übernommen worden war. 1884 wurden die Bestimmungen mit ihren Änderungen herausgegeben als* Militärstrafprozessordnung, amtliche Zusammenstellung der über das Strafverfahren bei den Gerichten des stehenden Heeres und der Kriegsmarine bestehenden Gesetze und Vorschriften*, die aber nie amtlich publiziert wurden. Gerichtsherr – in dessen Namen Recht gesprochen wurde – war nicht der Monarch, sondern die jeweiligen Militärkommandanten, denen die Bestätigung der Urteile und die* Begnadigung innerhalb ihrer Begnadigungsrechte *zusteht,* Meyers großes Konversations-Lexikon 13: 828 ff. *Zur Militärgerichtsbarkeit siehe auch* Mischler – Ulbrich, Österreichisches Staatswörterbuch 3: 569–597*;* Wagner, Die k. (u.) k. Armee, 539–560*;* Moll, Militärgerichtsbarkeit.

25 *In einem Telegramm des Botschafters in Rom Ludolf v. 3. 11. 1882 teilte er Kálnoky das Verständnis der italienischen Regierung für die österreichisch-ungarische Situation angesichts der Irredenta mit, der Name Oberdans fiel in dem Telegramm hingegen nicht,* Hhsta., PA. XI, Karton 95, Berichte 1882, Telegramm Nr. 114, fol. 472 v.

Der Ministerpräsident bemerkt, er hatte sich erlaubt, diese Angelegenheit schon im Ministerrate zur Sprache zu bringen, um auf diesem Wege das wiederholt vorgebrachte Bedenken des Statthalters zur Ah. Kennt[nis] Sr. Majestät zu bringen. Der Ministerpräsident sei vom ersten Momente an der Ansicht gewesen, dass der Justiz freier Lauf zu lassen und kein Grund vorhanden sei, Gnade zu üben. Wenn der Statthalter besorge, dass im Falle der Justifizierung ein politischer Märtyrer geschaffen werde, so gebe der Ministerpräsident zu bedenken, dass, wenn man es wolle, der Märtyrer immer gegenüber jedem Akte der Justiz gefunden werden könne, also auch dann, wenn eine Verurteilung zu zwanzigjährigem oder lebenslänglichem Kerker erfolge.

Der Ministerpräsident halte dafür, dass gerade der Standpunkt der Milde in derlei Fällen verführe. Weil die Leute hoffen, begnadigt zu werden, begehen sie derlei todeswürdige Verbrechen. Der Ministerpräsident halte vielmehr den Standpunkt der Abschreckung für wirksam, er sei deshalb froh darüber, dass es noch strenge Gesetze gebe, um das Leben des Kaisers zu schützen, und wünsche er auch, dass sie durchgeführt werden. Der Ministerpräsident sei daher vom politischen Standpunkte aus gegen jedwede Einflussnahme und gehe dies im vorliegenden Falle umso leichter, als das Urteil die Ah. Bestätigung Sr. Majestät nicht bedürfe.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass es schwierig sei, ohne Kenntnis des Verhandlungsstandes sich auszusprechen, [da] man das Maß der Schuld nicht beurteilen könne. Er könne nur wie früher darauf hinweisen, dass im Falle der Hinrichtung sich die Verhältnisse bezüglich der Auslieferung der Verbrecher aus Italien noch viel schwieriger gestalten dürften, als es jetzt schon der Fall sei, indem man in Italien alle diesfälligen Verfolgungen vorwiegend vom politischen Standpunkte aus betrachte.

Der Handelsminister bemerkt, dass er sich schon bei der ersten Besprechung des Gegenstandes seinem Gefühle dahin Ausdruck zu geben erlaubt habe, dass er die Besorgnis äußerte, es könnte die Hinrichtung irgendeinen Racheakt veranlassen. Er schöpfe diese Besorgnis aus der Kenntnis jener Kategorie von Leuten, zu denen Oberdank gehöre. Wäre die Bombe wirklich geworfen worden, so sähe sich die Sache vielleicht anders an. Nachdem es aber nur beim Versuche geblieben ist und es auch nicht nachzuweisen sein wird, dass Oberdank die Bombe im gelegenen Falle auch geworfen hätte, so dürfte mit einer Verurteilung zu lebenslänglichem Kerker dem Gesetze genügt sein. Er betone, dass er nicht irgendeinen zu vermeidenden Eindruck auf die italienische Regierung oder auf den gutgesinnten Teil der Bevölkerung, endlich auch keinen Einfluss auf die Zustände in Triest besorge. Der Grund seines Bedenkens liege lediglich in der Besorgnis vor irgendeinem Racheakte.

[D]er Minister für Kultus und Unterricht schließt sich der Anschauung des Handelsministers doch mit der Reserve an, dass die Kenntnis der Verhandlung möglicherweise zu anderen Konklusionen führen könnte. Oberdank dürfte das Bestreben haben, sich zum politischen Märtyrer zu machen. Von unserer Seite sollte hingegen getrachtet werden, die Sache des politischen Charakters möglichst zu entkleiden. Auch bei den Auslieferungen ergeben sich deshalb Schwierigkeiten, weil man die Taten mit dem Nimbus politischer Verbrechen bekleide. Falle der politische Charakter von der Sache weg, betrachte man sie nicht als politisch, dann könne er sich es auch kaum denken, dass schon das Gericht in seinem Urteile so weit gehe.

Der Landesverteidigungsminister schließt sich vollkommen der Anschauung des Ministerpräsidenten an und kann nur wiederholen, dass keine Behandlungsweise dem italienischen Charakter mehr entspreche, als wenn man volle Strenge übe dort, wo sie verdient ist, und hingegen volles Wohlwollen walten lasse gegenüber den Anhängern der Regierung. Übrigens handle es sich hier dem Wesen der Sache nach nicht um einen inneren Feind, sondern um einen von außen hereingreifenden Ruhestörer.

Der Finanzminister bemerkt, es sei schwer sich auszusprechen, da man über das Maß des Verschuldens keine Klarheit habe. Wenn aber wirklich ein Verbrechen in der vor[aus]gesetzten Schwere vorliege, so möchte er zu bedenken geben, ob es gut sei, nachdem man den 500-jährigen Anschluss Triests an das Ah. Kaiserhaus mit einer solennen Feier beging, diese Feier mit einem so traurigen Nachakte schließen zu lassen. Der Ackerbauminister erklärt, dass es für ihn schwer sei, sich auszusprechen, da er weder den Umfang des Verbrechens noch die lokalen Verhältnisse kenne.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass auch er bei dem von ihm geäußerten Standpunkte selbstverständlich von der konkreten ihm nicht bekannten Prozesslage absehe. Er plädiere nur überhaupt dafür, dass der Justiz freier Lauf gelassen werde[26].

V. Se. Majestät geruhen, den Staatsvoranschlag für das Jahr 1883 an der Hand des darüber vom Finanzminister erstatteten Vortrages zur Sprache zu bringen. Se. Majestät geruhen hervorzuheben, dass, abgesehen von den nicht zu vermeidenden Nachtragskrediten, das Erfordernis pro 1883 sich um 8,357.443 fl. höher stelle als das Erfordernis des Vorjahres, woraus ersichtlich sei, dass mit den Aufwänden der Ressorts noch fortlaufend in die Höhe gegangen werde.

Der Finanzminister klärt auf, dass das fragliche Mehrerfordernis gegenüber dem Vorjahre zumeist von dem Mehraufwande für die Arlbergbahn und für Bahnbauten [übe]rhaupt herrühre[27]. Für die laufende Gebarung werde heuer nicht um vieles mehr begehrt. Doch sei es dringend geboten, endlich einmal dahin zu kommen, die laufende Gebarung aus den Einnahmen zu decken. Jetzt betrage das Defizit der laufenden Gebarung noch vier Millionen.

Se. Majestät geruhen, übergehend auf die Betrachtung der Erfordernisse der einzelnen Ressorts, im Allgemeinen zu bemerken, dass Ersparungen meist nur dort ersichtlich seien, wo dieselben zufällig z. B. durch Wegfall der Baupost für ein vollendetes Gebäude eintraten, nicht aber bei dauernden Aufwänden, wo Ersparungen ein Resultat wirklicher Einschränkung darstellen. Auch finden da und dort trotz des Wegfalles vorübergehender Aufwände noch Mehrerfordernisse statt.

Se. Majestät geruhen, hinsichtlich des Ministeriums des Innern den Mehraufwand für Straßen und Wasserbauten zu erwähnen. Der Ministerpräsident bemerkt, dass dieser Mehraufwand leider unvermeidlich sei.

---

26 *Nach* Ava., JM., allg., Namensindex Strafsachen, Sig. VI, Bd. 629, Vz. 8, Zl. 14682/1882 Oberdank Wilhelm fälschlich Rossi Johann, dessen Verhaftung wegen eines beabsichtigten neuerlichen Bombenattentates gegen Se. Majestät in Triest. *Nach dem in* Ava., JM., allg., Karton 3502 *einliegenden Steckzettel wurde der damit in Verbindung stehende Akt* Zl. 16759/1895 *samt Vorarkten am 11. 5. 1923 ausgehoben und liegt nicht ein. Maßnahmen gegen Triest wurden später beraten in MR. v. 21. 1. 1883/III. Oberdan wurde am 20. 12. 1882 hingerichtet,* Gatterer, Der Fall Guglielmo Oberdan.

27 *Zur im Bau befindliche Arlbergbahn siehe MR. v. 24. 6. 1882/III, Anm. 12; ein Nachtragskredit für sie kam zur Sprache in MR. v. 25. 11. 1882/V.*

Se. Majestät geruhen, belangend das Ressort des Landesverteidigungsministeriums zu fragen, wie es sich hinsichtlich des Kredites für die Unterstützung der Familien der Mobilisierten verhalte[28]? Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass für das laufende Jahr sich eine beträchtliche []überschreitung ergeben [dü]rfte. Der Kredit für 1883 konnte noch nicht eingestellt werden, weil er die Berechnung des Aufwandes nicht früher vornehmen könne, bis er nicht vom Reichskriegsministerium die Mitteilung über die Anzahl der für das künftige Jahr verbleibenden Reservisten erhalten haben werde. Der Minister bemerkt, dass leider der Ertrag der Militärtaxe bei uns viel zu wünschen übrig lasse. Die Ungarn haben von derselben Abgabe einen beträchtlichen Überschuss, während wir im ersten Jahre ein Defizit von 600.000 fl. hatten, der hauptsächlichste Grund sei, dass unser Minimalsatz mit 1 fl. zu niedrig gegriffen scheine und dass auch die Taxeintreibung durch die politischen Behörden manches zu wünschen übrig lasse. In Ungarn betrage der Minimalsatz 3 fl. und die Eintreibung geschehe dort durch die Finanzbehörden[29]. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass der Unterschied in der Eintreibung daher komme, dass die fragliche Gebühr in Ungarn eine Steuer, bei uns aber nur eine Taxe sei[30].

Se. Majestät geruhen, auf das Budget des Ministeriums für Kultus und Unterricht überzugehen. Dasselbe weise zwar ein Mindererfordernis auf, weil für den Bau der Wiener Universität gegenüber dem Vorjahre um 300.000 fl. weniger präliminiert werden. Hingegen werde für Mittelschulen ein Mehraufwand von 175.000 fl. beansprucht. Se. Majestät müssen erneut darauf dringen, dass hier endlich und zwar in der Weise gespart werde, dass die überflüssigen Anstalten aufgelassen werden. [Se. Ma]j[est]ät erinnern daran, dass der verstorbene Statthalter von Mähren[b], Baron Korb[31], eine Anzahl von Mittelschulen in Mähren als vollkommen überflüssig und daher reif zur Auflassung bezeichnet habe. Auch an Technischen Hochschulen bestehe ein Überfluss.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass nunmehr in Mähren die Auflassungen von Gymnasien in Strážnice und Wallachisch Meseritsch im Zuge seien[c]. Die Schwierigkeit bei den Mittelschulen sei die, dass diese Fragen leider immer mit politischen Fragen

---

b *Im Protokoll irrtümlich* Böhmen.

c *Bleistiftnotiz Franz Josephs* ??.

28 *Dieser Punkt kam zur Sprache in MR. v. 31. 10. 1882/I.*

29 *Zum Militärtaxgesetz v. 13. 6. 1880* – Rgbl. Nr. 70/1880 – *siehe MR. v. 4. 5. 1882/IX, Anm. 25. Das entsprechende Gesetz in Ungarn* Ga. XXVII/1880 betreffend die Militär-Befreiungstaxe.

30 *Diese Taxe, die von den nicht zum Wehrdienst eingezogenen Personen zu entrichten war, betrug in Cisleithanien 10 % der Steuerschuldigkeit einschließlich der Staatszuschläge; der Minimalsatz betrug 1 fl., der Höchstsatz 100 fl. (*Rgbl. Nr. 70/1880, § 3*); der Kreis der den Taxsätzen von 1 bis 3 fl. unterworfenen Personen wurde mit der Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung und des Finanzministeriums v. 15. 3. 1882 bestimmt,* Rgbl. Nr. 44/1882. *In Ungarn waren die Sätze nicht prozentual angegeben, sondern nach drei Kriterien definiert: 1. nach der Steuerbasis, 2. nach der Klasse der zu zahlenden Erwerbsteuer (die Taxbeträge reichten von 5 bis 100 fl.; in der II. und III. Klasse war die Steuerbasis für den Taxbetrag höher als in der IV. Klasse, sodass der Höchsttaxbetrag von 100 fl. bei der II. und III. Erwerbsteuerklasse ab einer Steuerbasis von über 3.000 fl. zu entrichten war, bei der IV. Klasse jedoch schon ab über 800 fl.) und 3. für die Taxbeträge von 3, 4 und 6 fl. anhand bestimmter aufgezählter Berufsgruppen mit geringeren Einkommen (*Ga. XXVII/1880, § 10*).*

31 *Zu Carl Freiherr v. Korb-Weidenheim, vom 12. 8. 1879 bis 26. 6. 1880 Handelsminister, danach bis zu seinem Tod am 15. 10. 1881 Statthalter von Mähren, siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 610 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Korb | Parlament Österreich *(Zugriff 18. 4. 2022).*

in Zusammenhang gebracht werden. So seien z. B. in Krain das slawische Gymnasium in Krainburg und das deutsche Gymnasium in Gottschee zwei sehr gering besuchte Gymnasien. Doch dürfte man aus politischen Gründen [a]n denselben kau[m r]ütt[el]n können. Was die Technische Hochschule in Brünn, auf welche reflektiert zu sein scheine, anbelangt, so bemerke er, dass dieselbe die immerhin beträchtliche Anzahl von 126 Schülern habe. Der Finanzminister bemerkt, dass diese Anstalt 86.000 fl. koste. Minister Freiherr v. Pražák glaubt, dass die Technische Hochschule in Brünn ganz gut aufgelassen werden könnte.

Se. Majestät geruhen zu bemerken, dass bei Technischen Hochschulen politische Fragen wohl nicht hineinspielen können. Se. Majestät erinnern weiters an die Notwendigkeit der Reduktion der Lehrerbildungsanstalten, nachdem wir bereits an einer Überproduktion von Lehrern leiden. [Auc]h [w]eisen Se. Majestät diesfalls auch auf die Hochschule für Bodenkultur hin. Se. Majestät haben niemals die Notwendigkeit einer besonderen Hochschule für Bodenkultur begreifen können.

Der Minister für Kultus und Unterricht erwartet sich von der Einführung von Staatsprüfungen an dieser Hochschule den Effekt einer solchen Abnahme der Hörerzahl, um dann an die Auflassung der Hochschule als solcher unter entsprechender Vorsorge für die Tradierung der Spezialdisziplinen an andere Anstalten schreiten zu können. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski gibt zu, dass es schwierig sei, mit der Schließung der einen oder der anderen Anstalt sofort vorzugehen. Doch hält er dafür, dass die Regierung beschließe, welche Anstalten aufgelassen werden sol[le]n, d[a]mit die vorzunehmende Aktion einmal bestimmt sei. Der Finanzminister bemerkt, dass ein diesfälliger Beschluss sehr geheim gehalten werden müsste, weil sonst die Regierung durch eine Menge von Deputationen wegen angeblicher Gefährdung der Interessen behelligt werden würde. Se. Majestät geruhen auszusprechen, dass diese Frage zur Entscheidung gebracht werden solle.

Se. Majestät geruhen, auf das Budget des Finanzministeriums überzugehen und zunächst Akt davon zu nehmen, dass im Etat der Grundsteuerregulierung nunmehr um 1 ½ Millionen weniger eingestellt wurden. Der Finanzminister bemerkt, [dass] allerdings pro 1883 ein Nachtragskredit von ca. 600.000 fl. für die Evidenthaltung des Grundsteuerkatasters notwendig sein werde.

Se. Majestät geruhen, bezüglich der Erhöhung der Post der Exekutionskosten bei den direkten Steuern zu fragen, ob denn eine bedeutende Vermehrung der Exekutionen eingetreten sei. Der Finanzminister bemerkt, dass es sich hiebei nur um eine bessere Verrechnung der Exekutionskosten handle.

Hinsichtlich der von Sr. Majestät berührten Post des Ersatzes der Verzehrungssteuerrestitutionen an Ungarn klärt der Finanzminister auf, dass die Erhöhung lediglich das Ergebnis der Verrechnung [n]ach dem Produktionsschlüssel sei[32]. Desgleichen erläutert der Finanzminister den Mehraufwand bei der Tabakerzeugung dahin, dass die Anschaffung von Vorräten notwendig sei und dass strenge genommen eigentlich für diesen Zweck noch mehr zu verwenden wäre.

---

32 *Im Wirtschaftsausgleich zwischen Cisleithanien und Ungarn von 1878 war beschlossen worden, dass die Restitution der bereits bezahlten Steuer für über die Außenhandelsgrenzen exportierte Verzehrungssteuergüter statt wie bisher nach dem Quoten- nach den Produktionsschlüssel von beiden Teilen der Monarchie zu finanzieren sei,* Hölzl, Die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen 1: 109–162.

Se. Majestät geruhen, auf das Erfordernis des Handelsministeriums überzugehen. Der Handelsminister bemerkt, dass, abgesehen von den Eisenbahnbauten und den Ausgaben für die Narentaregulierung, alle sonstigen Mehrerfordernisse seines Ressorts als die bei der Post und beim Staatseisenbahnbetrieb eine produktive Bedeutung haben, indem sie mit der Hebung der betreffenden Einnahmsquellen korrespondieren. Wäre [das] Budget von den Investitionen entkleidet, so würde er in der Verwaltung ein Mindererfordernis haben. Auf die Frage Sr. Majestät über den Fortgang der Narentaregulierung erwidert der Handelsminister, dass die Sache gut vorwärts gehe.

Bei der Berührung des Etats des Ackerbauministeriums seitens Sr. Majestät bemerkt der Ackerbauminister, dass die Mehraufwände des Ressorts durch entsprechende höhere Einnahmen aufgewogen werden.

Se. Majestät kommen nun zum Voranschlage des Justizministeriums und geruhen den Mehraufwand von 171.000 fl. hervorzuheben. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass die Steigerung des Justizetats naturnotwendig sei wegen der fortlaufend zunehmenden Geschäftsvermehrung. Eine teilweise Erleichterung dürfte durch die Ausscheidung der geringeren Viehseuchendelikte aus dem Wirkungskreise der Gerichte geschaffen sein. Zu helfen wäre allenfalls nur durch eine neue Organisierung mit geringeren Gehalten. Wenn er indessen die nachbarstaatlichen Verhältnisse ins Auge fasse, so sehe er, dass die Justiz in Preußen gerade noch einmal so viel koste als bei uns. Es sei daher auch eine politische Frage. Wenn die neue Zivilprozessordnung[33] geschaffen wäre, so könnte man vielleicht bei Adjunkten und Räten etwas herabgehen. [] und ohne eine Änderung der Gerichtsverfassung würde eine Reduzierung als Gehässigkeit aufgefasst werden. Jetzt lasse sich nur allenfalls bei Bauten sparen. Der Finanzminister glaubt, dass im Justizetat ausgiebige Ersparungen herzustellen wären. Der große Apparat wäre nicht erforderlich, wenn die Aktion der Schwurgerichte nicht so ausgedehnt und wenn im Zivilprozesse das mündliche Verfahren eingeführt wäre. Auch mache er z. B. aufmerksam, dass man oft einen gewöhnlichen Ehrenbeleidigungsprozess durch acht Tage hindurch verhandle. Vereinfachung tue durchwegs not. Desgleichen nehme man für die Untersuchung zu viele Verhaftungen vor. Der Hinweis auf Preußen stehe [nicht]. Preußen sei ers[tlic]h größer als die diesseitige Reichshälfte und wenn man dort auch große Gehalte habe, so sei der Steuerdruck kein so großer als hier. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, er habe auf Preußen namentlich wegen der sonstigen Ähnlichkeit der Verhältnisse hingewiesen. Bezüglich der Vermeidung der Untersuchungshaft und der Abkürzung der Zeit zwischen Anzeige und Anklage habe er schon entsprechenden Einfluss genommen. Mit dem neuen Strafgesetze[34] werden die Kosten des Strafverfahrens geringer werden. Jetzt sei die Strafe bei vielen Delikten noch zu hoch.

---

33 *Die Zivilprozessordnung war bereits 1869/70 beraten worden, siehe dazu MR. v. 28. 4. 1869/VI, Anm. 21,* Cmr. II, Nr. 219. *Sie kam noch zur Sprache in MR. II v. 3. 1. 1873/IX, MR. v. 16. 1. 1876/IX und MR. v. 2. 1. 1881/III (die beiden letzten Protokolle liegen nicht ein). Erwähnt wurde die Zivilprozessordnung später in MR. v. 11. 6. 1895/IX,* Cmr. V/1, Nr. 139.

34 *Die grundlegende Erneuerung des geltenden Strafgesetzes aus dem Jahre 1852, eingeführt mit Patent v. 27. 5. 1852,* Rgbl. Nr. 117/1852*, war schon lange in Diskussion, mehrere Entwürfe waren dem Reichsrat vorgelegt worden. Das Thema war beraten worden in MR. v. 30. 11. 1869/I, MR. v. 21. 11. 1870/IV* – Cmr. II, Nr. 297 *und* 475 *–, MR. v 18. 1. 1874/IX, MR. v. 17. 10. 1874/XI, MR. v. 11. 3. 1877/VII, MR. v. 2. 5. 1877/IV und MR. v. 25. 6. 1878/VI sowie im Zeitraum dieses Bandes MR. v. 24. 2. 1880/V, MR. v. 2. 2. 1881/VII und MR. v. 15. 10. 1881/V (alle Protokolle liegen nicht ein). Das Strafgesetz kam dann erneut in Verhandlung in MR. v. 25. 1. 1890/X (dieses liegt ein), MR. v. 13. 5. 1891/I, MR. v. 6. 6. 1891/IV und MR. II v. 13. 2. 1892/VII (die letzten drei Protokolle liegen nicht ein). Dazu siehe auch MR. v. 1. 3. 1895/I,* Cmr. V/1, Nr. 112.

Se. Majestät geruhen, das Hinaufgehen des Pensionsetats [in] Er[wä]hnung zu bringen. Der Finanzminister bemerkt, es werde sich vielleicht helfen lassen durch eine andere Sorge für die Ruhegenüsse der Witwen. Im Finanzministerium werde an einem solchen Plane gearbeitet. Übrigens gehe man bei der Bestimmung der Witwenpensionen für höhere Staatsbeamte oft sehr hoch hinauf.

Se. Majestät geruhen, die Erhöhung im Etat der Staatsschuld zur Erwähnung zu bringen. Der Finanzminister bemerkt, das Steigen der Zinsen sei eben die traurige Folge der jährlichen Defizite.

Se. Majestät geruhen, bei der Bedeckung hinsichtlich der Mehreinnahme von 3,3 Millio[n]en aus dem Tabakgefä[lle] zu fragen, ob eine solche Vermehrung gesichert sei. Der Finanzminister bestätigt die fortlaufende Steigerung des Tabakkonsums, die ein solches Mehrerträgnis sicher erwarten lasse.

Se. Majestät geruhen, bezüglich der Grundsteuer zu fragen, ob bei derselben auch infolge des Reklamationsverfahrens eine Reduzierung eingetreten sei. Der Finanzminister bemerkt, dass die diesfällige Reduzierung nicht wesentlich sei.

Nach Berührung der Ansatzpost für Petroleumsteuer, welche Se. Majestät nicht hoch finden, geruhen Se. Majestät noch bei der Mindereinstellung [] Verdienstgeldern für Sträflingsarbeiten zu verweilen und zu bemerken, dass Allerhöchstdieselben vielmehr geglaubt hätten, dass diese Verdienstgelder in Steigerung begriffen seien. Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass sich die Gewerbsleute immer über die Konkurrenz der Sträflingsarbeiten beklagen.

Se. Majestät geruhen zu fragen, ob für die Bedeckung des Defizits erst später gesorgt werden wolle. Der Finanzminister bejaht diese Frage.

Se. Majestät geruhen schließlich, mit Befriedigung Akt zu nehmen von der vom Finanzminister im Ministerrate vorgebrachten Darlegung, [wo]rnach die gemeins[a]men Auslagen nicht Schuld an der Vermehrung des Staatsaufwandes tragen. Nachdem sonach der innere Staatsaufwand das Gebiet sei, auf welches die Steigerungen fallen, so möge die Regierung bestrebt sein, hier das Möglichste zu tun und können daher Se. Majestät nur den dringenden Wunsch auf Vornahme von Ersparungen wiederholen[35].

VI. Se. Majestät geruhen endlich, das Arbeitsprogramm für die nächste Reichsratssession zur Sprache zu bringen. Der Ministerpräsident erwähnt zunächst die Bewilligung eines dreimonatlichen Finanzpro[viso]riums[36], dann die Beratung der Gewerbegesetzvorlage und des Kommassationsgesetzes[37].

---

35 *Den Vortrag Dunajewskis v. 2. 11. 1882 zur Einbringung des Voranschlages im Reichsrat resolvierte Franz Joseph am Tage dieses Ministerrates (4. 11. 1882),* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4215/1882. *Diese Einbringung erfolgte unmittelbar durch Dunajewski in das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8464–8470. *Der Reichsrat nahm den Entwurf Finanzgesetz an, Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 16. 3. 1883 (289. Sitzung) 9920*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 12. 4. 1883 (78. Sitzung) 1264*, und Franz Joseph sanktionierte es mit Ah. E. v. 16. 4. 1883 auf Vortrag Dunajewskis v. 13. 4. 1883,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1392/1883*, das Finanzgesetz v. 16. 4. 1883 publiziert als* Rgbl. Nr. 47/1883. *Die von Franz Joseph eingeklagten Einsparungen im Unterrichtsetat kamen zur Beratung in MR. v. 9. 11. 1882/X. Weil das Finanzgesetz Ende 1882 nicht beschlossen werden konnte, war ein Budgetprovisorium notwendig, das beraten wurde in MR. I v. 23. 11. 1882/I, das auch gleich im nächsten Tagesordnungspunkt angesprochen wurde.*

36 *In MR. I v. 23. 11. 1882/I wurde das Finanzprovisorium beraten.*

37 *Zum Kommassationsgesetzentwurf siehe MR. v. 21. 4. 1882/XII, Anm. 26. Er kam erneut auf die Tagesordnung in MR. v. 23. 5. 1883/IX.*

Der Finanzminister will einbringen erstlich einen Gesetzentwurf über den Staatsrechnungshof[38]. Nachdem von der jetzigen Regierung schon durch Chertek die Einbringung einer Regierungsvorlage zugesagt wurde, sei es nicht möglich, länger damit zurückzuhalten. Er habe jedoch keinen besonderen Wunsch, den Entwurf durchzubringen. Se. Majestät geruhen zu fragen, ob die Vorlage in Wirklichkeit eine Verbesserung beziele. Der Finanzminister bemerkt, ein wesentlicher Fortschritt läge darin, dass nach dem neuen [Ge]setze der Reichsrat schneller Kenntnis von den Kreditüberschreitungen erhielte. Ein weiterer Vorteil wäre der, dass bei der Neuorganisierung der Obersten Rechnungsbehörde die Regierung freie Hand bezüglich der Personalverhältnisse erhielte, welche jetzt viel zu wünschen übrig lassen[39].

Ferner beabsichtigt der Finanzminister, an die Durchführung der Reform der direkten Steuern zu schreiten und demgemäß Gesetzentwürfe über die Erwerbsteuer, Rentensteuer und Personaleinkommensteuer einzubringen. Se. Majestät geruhen zu fragen, ob man damit ausgiebige Mehreinnahmen zu erzielen hoffe. Der Finanzminister bemerkt, [dass] sehr bedeutende Einnahmen nicht mehr zu erreichen wären. Die Personaleinkommensteuer könnte indessen schon im ersten Jahre vier bis fünf Millionen einbringen. Damit wäre das Defizit für die laufende Gebarung gedeckt und bedürfte man des Kredites nur mehr für Investitionen[40].

Der Handelsminister beabsichtigt einen Gesetzentwurf wegen vorläufiger Verlängerung des Lokaleisenbahnengesetzes einzubringen, nachdem die Wirksamkeit dieses Gesetzes mit Ende 1882 aufhöre und es wegen des späten Zusammentrittes des Reichsrates nicht mehr möglich sei, die in Aussicht genommene Vorlage für ein neues verbessertes Gesetz noch in diesem Jahre durchzubringen[41].

Se. Majestät geruhen zu betonen, dass es notwendig sein werde, die bereits eingebrachten Eisenbahnvorlagen, insbesondere betreffend die Anschlussbahnen an die galizische Transversalbahn, dann die Bahnlinie Triest–Herpelje zur baldigen Erledigung zu bringen[42]. Desgleichen erinnern Se. Majestät an die Erledigung der eingebrachten volkswirtschaftlichen Vorlagen. Der Ministerpräsident bemerkt, dass man die Gewerbegesetzvorlage sogleich in Arbeit nehmen wolle[43]. Der Ackerbauminister bemerkt, dass man auch an ein Bruderladengesetz gehen wolle[44].

---

38 *Siehe dazu MR. v. 3. 11. 1882/I.*

39 *Diese Angelegenheit kam zur Sprache in MR. v. 18. 11. 1882/V.*

40 *Diese Steuern wurden besprochen in MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I.*

41 *Zum Ende 1882 auslaufenden Lokalbahngesetz vom 5. 5. 1880 siehe MR. II v. 10. 5. 1882/I, Anm. 2. Die Verlängerung des Ende des Jahres 1882 auslaufenden Gesetzes kam zur Sprache in MR. v. 15. 11. 1882/IX.*

42 *Die Abzweigungen der galizischen Transversalbahn kamen zuletzt zur Sprache in MR. v. 23. 5. 1882/XI; zur Bahnlinie Triest–Herpelje siehe MR. I v. 30. 4. 1882/III, Anm. 11.*

43 *Das Gewerbegesetz war zuvor besprochen worden in MR. v. 14. 1. 1880/V, MR. v. 26. 5. 1880/VII, MR. v. 23. 11. 1880/VIII, MR. v. 26. 11. 1880/VI, MR. v. 28. 11. 1880/III, MR. v. 29. 11. 1880/II, MR. v. 30. 1. 1882/V und MR. v. 8. 2. 1882/V (liegen alle nicht ein). Es kam erneut zur Sprache in MR. II v. 23. 11. 1882/I.*

44 *Das Bruderladegesetz kam erst zur Verhandlung in MR. v. 7. 12. 1886/VI, MR. v. 20. 3. 1887/X und MR. v. 9. 7. 1889/II (alle drei liegen nicht ein). Mit Ah. E. v. 19. 12. 1886 erhielt Falkenhayn auf seinen Vortrag v. 11. 12. 1886 die Ermächtigung, den Gesetzentwurf in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4821/1886*, der nach der Annahme durch Reichsrat über Vortrag Falkenhayns v. 23. 7. 1889 mit Ah. E. v. 28. 7. 1889 sanktioniert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2979/1889*; das Gesetz v. 28. 7. 1889 publiziert als* Rgbl. Nr. 127/1889. *Das Gesetz wurde in der Regierungszeit Taaffes mit Gesetz v. 17. 1. 1890,* Rgbl. Nr. 14/1890 – *MR. v. 2. 12. 1889/III (liegt nicht ein),* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4678/1889 *und* 247/1890 –*, Gesetz v. 30. 12. 1891,* Rgbl. Nr. 3 *ex* 1892 – *MR. v. 11. 6. 1891/I (liegt nicht ein),* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2529/

Minister Freiherr v. Pražák [erwä]hnt der Einbringung eines Unfallversicherungs-Gesetzentwurfes[45] sowie einer Aktiengesetznovelle[46], ferner habe er in Aussicht einen Gesetzentwurf betreffend die Schadloshaltung unschuldig Verurteilter[47]. Se. Majestät erachten, dass letzterwähnter Entwurf nicht sehr notwendig sein dürfte.

Der Landesverteidigungsminister hat eine Reihe von Vorlagen im Werke, deren Zustandebringung wünschenswert wäre. Fünf Gesetzentwürfe als: über die Heranziehung der Ersatzreserve[48], über die Witwen- und Waisenversorgung der vor dem Feinde Gefallenen[49], über Kriegsleistungen[50], über Pferdestellung[51], endlich über Festungsrayons[52] erheischen gemeinsame Behandlung. Dieselben seien sämtlich in Beratung begriffen und schweben jetzt teils in Ungarn, teils beim Reichskriegsministerium. Im eigenen Ressort des Landesverteidigungsministeriums seien seit langer Zeit fertig: die Entwürfe über den Landsturm[53] und die Schießstände[54] und die Landwehrnovelle[55]. Besonders wichtig wäre, dass die Regelung des Landsturmes und des Schießwesens bald erfolgte, um rechtzeitig die Organisation einzuleiten, weil, wenn man auch im äußersten Falle etwa das Institut des Landsturms nach § 14 der Verfassung[56] ins Leben rufen könnte, damit nicht viel geholfen wäre, wenn in der Sache nicht vorgearbeitet wurde. Ein [Lan]dsturmgesetz würde für [d]ie Provinzen in deren eigenem Interesse liegen, weil auch die Nachbarn solche Massenorganisationen haben, um das Land zu überschwemmen. Der Landesverteidigungsminister wisse nicht, inwieferne eine solche Gefahr nahe bevorstehe. Wäre die Gefahr bevorstehend, so müsste das Gesetz mit allen Mitteln durchgebracht werden und sei der Minister bereit, je eher dafür einzutreten. Im Übrigen sei die Einbringung dieser Gesetze eine auch von Faktoren außerhalb seines Ressorts abhängige Opportunitätsfrage[d].

---

d *Korrektur Welsersheimbs aus* werden. Im anderen Falle sei es gut, nicht gerade ein unmittelbares Drängnis zu haben.

1891 *und* 5262/1891 – *und mit dem aus der Initiative des Reichsrates hervorgegangenen Gesetz v. 17. 9. 1892,* RGBL. Nr. 178/1892 – *MR. II v. 9. 9. 1892/VII (liegt nicht ein),* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 4015/1892 – *novelliert.*

45 *Das Unfallversicherungsgesetz für Arbeiter kam zur Sprache in MR. v. 25. 2. 1883/IV.*

46 *Der MR. v. 13. 6. 1882/VIII hatte sich zuvor mit dem Aktiengesetz beschäftigt und beriet es erneut in MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I.*

47 *Diese Angelegenheit kam zur Sprache in MR. v. 9. 1. 1883/VIII.*

48 *Dieses Gesetz war bereits beraten worden in MR. v. 26. 9. 1882/X.*

49 *Bereits am 10. 6. 1882 war ein Gesetz zustande gekommen,* RGBL. Nr. 76/1882*, zuletzt beraten in MR. v. 4. 5. 1882/IX. Es war aber nur ein Provisorium mit minimalen Leistungen, das im Alleingang ohne Ungarn zustande gekommen war und nur als Übergang bis zum gemeinsam mit Ungarn verabschiedeten Gesetz gedacht war. Erneut stand die Angelegenheit in MR. I v. 7. 2. 1883/I auf der Tagesordnung.*

50 *Diese Angelegenheit war zuvor besprochen worden in MR. v. 30. 5. 1878/III, MR. v. 4. 7. 1878/II und MR. v. 13. 7. 1878/VI (liegen nicht ein) und wurde erneut behandelt in MR. I v. 7. 2. 1883/I.*

51 *Das Pferdestellungsgesetz beschäftigte MR. v. 2. 10. 1882/IX und danach MR. I v. 7. 2. 1883/I.*

52 *Dieses Thema kam im Ministerrat nicht zur Sprache.*

53 *Zur Behandlung des Landsturmgesetzes im Ministerrat siehe MR. v. 18. 11. 1882/VI, Anm. 25.*

54 *Die Schießstände waren besprochen worden in MR. v. 8. 10. 1880/VIII (liegt nicht ein) und wurden erneut erwähnt in MR. v. 18. 11. 1882/VI.*

55 *MR. v. 18. 11. 1882/VI behandelte die Landwehrnovelle.*

56 *§ 14 des Gesetzes v. 21. 12. 1867,* RGBL. Nr. 141/1867.

Was die Landwehrnovelle anbelange, so wäre es gut, dieselbe bald durchzubringen, weil damit im Ganzen innerhalb des Rahmens der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen[e] und innerhalb des jetzigen Aufwandes nur eine Reihe von Reformen in dem Sinne angebahnt würde, um die [Kriegswi]chtigkeit der La[nd]wehr zu erhöhen.

Se. Majestät geruhen zu betonen, dass das Pferdestellungsgesetz besonders wichtig sei. Auch die Schaffung eines Kriegsleistungsgesetzes wäre gut[f]. Sonach geruhen Se. Majestät, die Konferenz zu schließen.

Wien, am 4. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 432 Ministerrat, Wien, 9. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 9. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Die Ausschreitungen durch Zusammenrottungen am Neubau in Wien. II. Vereinbarungen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den bayerischen Bahninspektor Johann Pleninger. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Baurat Franz Hrubesch. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Anton Ritter v. Niebauer. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Anton Ritter v. Rinaldini. VII. Wegen Sanktionierung des galizischen Landesgesetzentwurfes betreffend die Hebung der Fischerei und des Istrianer Landesgesetzentwurfes betreffend die Wildschonung. VIII. Wegen Nichtsanktionierung des vom Istrianer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung eines Landeskulturrates. IX. Entscheidungen des Reichsgerichtes betreffend die Errichtung eines böhmischen Privatgymnasiums in Troppau durch den Verein „Matice Opavská“ und betreffend den Religionsunterricht in den slawischen Gemeinden Unterthemenau und Bischofswerth. X. Wegen Ersparungen im Unterrichtsetat.

KZ. 107 – MRZ. 88

Protokoll des zu Wien am 9. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die in den letzten Tagen hier am Neubau und in der Kaiserstraße stattgehabten Ausschreitungen[1]. Den äußern An[l]ass zu den Zusammenrottungen gab ab die wegen Haltens verbotener Bücher und Zeitschriften erfolgte Schließung der Schuhmachergewerkschaft am Neubau[2]. Doch schien die Sache organisiert zu sein, da sich mitten in den Haufen anständig gekleidete Persönlichkeiten befanden und von Damen,

---

[e] *Korrektur Welsersheimbs aus* gegenwärtigen gesetzlichen Einrichtung.

[f] *Streichung* Doch erscheine die diesfällige gesetzliche Regelung dringender für Ungarn, weil dort ohne strikte gesetzliche Vorschrift schwer etwas zu bewerkstelligen sei, während man hier eventuell auch mit Verordnungen auskommen könne.

[1] *Zu den Ereignissen siehe* Wiener Zeitung *von* (A.) v. 7. 11. 1882 *bis* (M.) v. 10. 11. 1882*, besonders ausführlich in* M. *und* A. v. 9. 11. 1882.

[2] *Siehe dazu* Wiener Zeitung (M.) v. 8. 11. 1882.

welche in Einspännern angefahren kamen, Zigarren verteilt worden sein sollen, auch bemerkte man eine solche Gruppierung der Ansammlung, dass sich am Rande der Haufen gegenüber den einschreitenden Wachen ganz junge Leute und Frauenzimmer befanden.

In den ersten drei Tagen der sich wiederholenden abendlichen Ansammlungen sei man möglichst vorsichtig und schonend behufs der Zerstreuung vorgegangen. Am ersten Tage []rte nur die Sicherheitswa[c]he, am zweiten Tage kam auch Militärassistenz dazu, am dritten Abende blieben Wachen und Militär möglichst lange im Hintergrund, wartend, ob die Leute sich nicht selbst zerstreuen werden, und schritten erst spät ein. Schon gestern wurden seitens der Polizei Warnungsplakate veröffentlicht. Heute sollen noch schärfere Proklamationen erlassen werden[3] und wurden zugleich die Behörden der Vororte zu entsprechendem Eingreifen behufs Warnung und Abhaltung aufgefordert[4]. Denn es sei notwendig, endlich mit aller Energie Stellung zu nehmen. Basiert darauf, dass die Leute gewarnt und auf die Folgen aufmerksam gemacht wurden, soll unter einem für heute auch eine größere Militärmacht konsigniert werden.

Von dem Erfolge der so für heute getroffenen Vorkehrungen soll das weitere Vorgehen abhängen. Träte noch nicht Ordnung ein, dann würde von morgen an jede Zusammenrottung mit dem verboten werden, dass die Aufrechterhaltung des Verbotes dem Militärkommandanten anheimgegeben werde, was dann das Einschreiten mit scharfen Waffen zur Folge hätte. Damit wäre man beim letzten Mittel der Ordnungsgewalt der Verwaltung angelangt. Nach Erschöpfung desselben träte an die Regierung die Aufgabe der Anordnung von Ausnahmsverfügungen heran.

Der Ministerpräsident glaubt übrigens nicht, dass es bis zum Äußersten kommen werde, sondern die heutigen Maß[nah]men bei einem energischen Zusammenwirken aller Organe ausreichen dürften, um der Sache ein Ende zu machen. Offenbar beabsichtigen die agitatorischen Elemente mit den Zusammenrottungen Beunruhigung und Angst in der Bevölkerung zu erregen und dürfte die Sache wohl auch im Konnexe mit der Wahlagitation gegen Dr. Kronawetter, den man von Seite seiner Gegner als Sozialisten hinstellte, gewesen sein[5]. Der Ministerpräsident habe heute einer Beratung unter Beiziehung des Statthalters, des Bürgermeisters und einiger Polizeiorgane beigewohnt[6], wo über die nächsten Maßnahmen beratschlagt wurde. Jetzt greife die Sache noch nicht über die Aktion der Verwaltung hinaus. Von den nächsten Vorgängen werde es aber abhängen, ob zu weiteren politischen Maßnahmen der Regierung geschritten werden müsse oder nicht. Der Ministerpräsident habe jedoch geglaubt, die Lage vorläufig schon dem Ministerrate zur Kenntnis bringen zu sollen.

---

3 *Der Inhalt der Plakate publiziert in* Wiener Zeitung (M.) v. 10. 11. 1882.

4 *Dies geschah mit Schreiben (K.) des Statthalters von Niederösterreich Possinger an die Bezirkshauptleute von Hernals und Sechshaus v. 9. 11. 1882,* Nöla., Statthalterei, Präs., Fasz. P 6 ad 46, Zl. 7720/1882.

5 *Zu Ferdinand Kronawetter siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 642*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Kronawetter | Parlament Österreich *(Zugriff 20. 4. 2022). Kronawetter hatte 1882 wegen eines verlorenen Ehrenbeleidigungsprozesses – siehe dazu* Wiener Zeitung *von* (A.) v. 15. 9. 1882 *bis* (M. *und* A.) v. 16. 9. 1882 *– sein Reichsratsmandat zurückgelegt, war aber bei der Nachwahl für seinen Bezirk (Josefstadt) erneut zur Wahl angetreten. Hier unterlag er am 8. 11. 1882 Franz Edlem v. Stourzh mit 602 gegen 795 Stimmen,* Wiener Zeitung (M.) v. 9. 11. 1882. *Kronawetter wurde erst 1885 erneut in den Reichsrat gewählt.*

6 *Ein Hinweis auf die erwähnte Beratung konnte in den Beständen des* Ava., IM., Präs *und* allg.*, im* Nöla., Statthalterei, Präs.*, im* Wstla., Sig. 1.5.2 (Präsidium, Präsidialbüro) *und in* Lpd Wien, Bibliothek und Archiv *nicht gefunden werden.*

In der kurzen Diskussion, welche sich an diese Mitteilung knüpft, erklären sich die Minister übereinstimmend für eine rasche und energische Unterdrückung der Ausschreitungen nach dem Grundsatze principiis obsta und betonen zugleich die Notwendigkeit auch eines scharfen Vorgehens gegen jene Journale (insbesondere Neue Freie Presse und Tagblatt), welche gegenüber der Sache eine teils unziemliche, teils provokatorische Haltung einnehme[7] und erklärt der Leiter des Justizministeriums, [dem S]taatsanwalte entsprechende [W]eisungen geben zu wollen[8].

Sonach wird die Mitteilung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen[9].

II. Der Handelsminister macht Mitteilung über das Resultat der mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft gepflogenen Verhandlungen bezüglich der von uns gestellten Bedingungen der Mitwirkung zur Perfektion des von der Gesellschaft mit der ungarischen Regierung über die künftigen gegenseitigen Beziehungen abgeschlossenen Präliminarvertrages[10]. Nach den in der Ministerkonferenz vom 1. Juni l. J. diesfalls beschlossenen Gesichtspunkten wurden an die Gesellschaft als Be[dingung] unseres E[inge]hens wesentlich vier Forderungen gestellt[11]:

1. Verzichtleistung auf die Staatsgarantie oder mindestens ein Zugeständnis hinsichtlich der Verminderung derselben;
2. die Zugestehung des Einlösungsrechtes hinsichtlich der diesseitigen Linien der Bahn schon vom Jahre 1895, also von jenem Zeitpunkte an, von welchem an es der ungarischen Regierung hinsichtlich der dortseitigen Linien zugestanden wurde;
3. Zugestehung von tarifarischen Begünstigungen im Interesse der diesseitigen Verkehrsverhältnisse;
4. eine Abänderung des Artikels 7 der Konzessionsurkunde dahin, dass in Zukunft nicht mehr sowohl Inländer als Ausländer, sondern nur Inländer (Staatsbürger der beiden Ländergebiete der Monarchie) im exekutiven [Eisenba]hndienste der Gesellschaft [sol]lten verwendet werden können.

Das Resultat der nunmehr mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft hierüber gepflogenen Verhandlungen sei derart, dass allen Forderungspunkten mit Ausnahme eines einzigen in Wesenheit entsprochen wurde und außerdem noch anderweitige Vorteile erreicht wurden[12]. Hinsichtlich der Garantiefrage wurde ein Verrechnungsmodus erzielt, wornach sich die aktuelle Garantie um rund 30.000 fl. verringern dürfte. Das Einlösungsrecht wurde ganz nach

---

7 *Siehe dazu den Artikel in der* Neuen Freien Presse v. 8. 11. 1882 *und* v. 9. 11. 1882 *und des* Neuen Wiener Tagblattes v. 8. 11. 1882.

8 *Die Weisung an die Staatsanwaltschaft konnte in den Beständen des* Ava., JM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

9 *In seinem Bericht (K.) v. 12. 11. 1882 an Taaffe leitete Possinger den Bericht der Wiener Polizeidirektion weiter. Nach dem Bericht hatten* am 10. November d. J. keine Ruhestörunen und größere Ansammlungen von Arbeitern mehr stattgefunden, Nöla., Statthalterei, Präs., Fasz. P 6 ad 46, Zl. 7804/1882. *Den Vortrag Taaffes v. 19. 11. 1882, mit der er über die* strafgerichtliche Aktion *auf die* staatgehabten Straßen-Excesse *in den Vororten Wiens berichtete, nahm Franz Joseph mit Ah. E. v. 22. 11. 1882 zur Kenntnis,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4384/1882 *und mit Vortrag v. 17. 12. 1882 teilte Pražák die Ergebnisse dieser* Strafverhandlungen *mit, Kenntnisnahme mit Ah. E. v. 21. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4811/1882.

10 *Fortsetzung des MR. II v. 1. 6. 1882/I.*

11 *Erlass des Handelsministeriums (K.) an die Staatseisenbahn-Gesellschaft v. 7. 6. 1882,* Ava., VA., HM (III E)., Präs.751/1882.

12 *Siehe dazu das letzte auffindbare Protokoll der Vertreter der Regierung und der Staatseisenbahn-Gesellschaft v. 11. 7. 1882. Aus diesem geht lediglich hervor, dass die Verhandlungen bis in den August verschoben wurden,* Ava., VA., HM (III E)., Präs. 751/1882.

dem Begehren zugestanden. Zugleich erklärte sich die Gesellschaft zur Intabulierung aller Anlehen auf sämtlichen Linien bereit. Den Anforderungen in tarifarischer Beziehung wurde von der Gesellschaft zugestimmt und werde [in der Sum]me solche [R]ege[lung] der Verhältnisse eintreten, dass ein Konkurrenzkampf mit den diesseitigen staatlichen Linien nicht stattfinde. Eine weitere Errungenschaft von besonderer Wichtigkeit sei, dass sich die Gesellschaft verpflichtete, die mährische Transversalbahn[13] auf eigene Kosten, und ohne eine Beitragsleistung des Staates hiezu, auszubauen. Das von der Staatsbahn-Gesellschaft dagegen verlangte Zugeständnis der Konzessionierung einiger Sekundärbahnen[14] könne umso leichter gewährt werden, als es nur vorteilhaft sei, wenn solche Konzessionen von größeren Bahnen erworben werden.

Was hingegen den Punkt der Abänderung des Artikels 7 der Konzessionsurkunde anbelange, so wollte die Gesellschaft unter keiner Bedingung darauf, und überhaupt nicht in eine Ände[rung de]r Bestimmung hinsichtlich [der] Staatsbürgerschaft der Beamten der Bahn, eingehen. Es wurde hervorgehoben, dass sich die Gesellschaft diesfalls auch der ungarischen Regierung gegenüber (welche, weiter gehend als wir, nur ungarische Staatsbürger angestellt wissen wollte) abwehrend verhalten habe, dass es unbillig wäre, einem französischen Konsortium, welches die Mehrzahl der Aktien besitze, zu verwehren, auch französische Beamte anzustellen, dass endlich tatsächlich die große Mehrzahl der Beamten Österreicher und nur eine geringe Anzahl Ausländer seien und es sich daher eigentlich nur darum handle, einige der leitenden Posten mit Ausländern besetzt zu behalten. Auch wurde von der Gesellschaft gegen die Forderung formell eingewendet, dass es sich bei den ganzen Ver[handlungen] nur [um] Statutenänderungen handle, während die Erfüllung der fraglichen Forderung eine Änderung der Konzessionsurkunde vom Jahre 1855 erheischte[15].

Der Handelsminister betont, dass die Gesellschaft lieber vom ganzen Übereinkommen abstehen, als in die Änderung des Artikels 7 eingehen würde. Nun müsse er aber hervorheben, dass die sonstigen in materieller Beziehung gewährten Zugeständnisse der Bahn sehr wertvoll und wichtig seien und dass ferner auch die ungarische Regierung das Zustandekommen der diesseitigen Vereinbarung wünsche, um zur Perfektionierung des ungarischen Präliminarvertrages kommen zu können. Unter diesen Umständen und nachdem die Sache so stehe, dass es gelte, entweder auf die Forderung der Abänderung des Arti[kels 7] der Konzessionsurkunde [ode]r auf das ganze Übereinkommen mit der Bahngesellschaft zu verzichten, erbitte er

---

13 *Zur mährischen Transversalbahn gehörten mehrere Lokalbahnen, so die Strecke Segen Gottes–Okřižko, deren Konzessionierung in MR. v. 12. 12. 1882/III beraten wurde und die Strecke Schimitz–Wlarapass, deren Konzessionserteilung an die Staatseisenbahn-Gesellschaft in MR. v. 17. 9. 1884/V zur Sprache kam.*

14 *Das Thema stand in MR. v. 23. 7. 1881/XIV (liegt nicht ein) auf der Tagesordnung; der Staatseisenbahn-Gesellschaft wurde die Konzession v. 19. 5. 1882 zum Bau der Lokalbahn Schwechat–Mannersdorf* – RGBL. Nr. 74/1882 *–mit Kundmachung des Handelsministeriums v. 14. 11. 1884 übertragen,* RGBL. Nr. 183/1884*; weiters erhielt sie die Bewilligung zum Bau weiterer Lokalbahnen mit der Konzessionsurkunde v. 6. 1. 1886,* RGBL. Nr. 19/1886*, beraten in MR. v. 30. 12. 1885/V (liegt nicht ein).*

15 *Statuten der Staatseisenbahn-Gesellschaft v. 1. 1. 1855, die nicht im Reichsgesetzblatt publiziert wurde, siehe* AVA., VA., HM. (1849–1859), Präs. 431/1855*; die Konzessionsurkunde (Abschrift) liegt in* AVA., VA., HM. (1849–1859), Präs. 170/1855. *Artikel 7 besagt, dass eine anonyme Aktiengesellschaft zu bilden sei,* an welcher Ausländer gleichmäßig und mit demselben Rechte wie Inländer theilnehmen können. Diese *Gesellschaft* ist nach den von dem Minister des Innern bereits genehmigten Statuten zu verwalten, die besoldeten Beamten der Gesellschaft und ihre Ingenieure können auch Ausländer sein, und sind als solche und insbesondere noch bezüglich der ihnen von der Gesellschaft übertragenen Dienstpflichten den oesterreichischen Gesetzen unterworfen.

sich die Entscheidung des Ministerrates. Der Handelsminister macht andererseits in Hinsicht auf die Bestimmung des Artikels 7 aufmerksam, dass im Reichsrate eine Interpellation eingebracht wurde, womit die Regierung aufgefordert wird, auf die Beseitigung der Anomalie, dass eine wichtige Bahn von Ausländern dirigiert werde, hinzuwirken[16].

Der Ministerpräsident glaubt, dass man bei der allfälligen Beantwortung der fraglichen Interpellation wohl füglich darauf hinweisen könnte, dass es sich bei der Frage um ein bereits im Jahre 1855 gewährtes Zugeständnis handle[17] und dass bei den jüngsten Verhandlungen []gesellschaft []fe nur die Statutenänderung betrafen, sich kein Anlass zu einer Abänderung der Konzessionsurkunde ergab.

Der Finanzminister betont den Wert der durch die übrigen Zugeständnisse erlangten Vorteile und bemerkt, dass die Forderung auf Abänderung des Artikels 7 der Konzessionsurkunde zwar prinzipiell gut sei, dass jedoch praktisch aus der Zulassung von Ausländern kein Schaden erwachse, zumal die Regierung in entscheidenden Momenten, wie im Falle eines Krieges, bedenkliche Bahnbedienstete entfernen könne.

Der Ministerrat beschließt, dass in Anbetracht der durch die materiellen Zugeständnisse der Bahngesellschaft gewährten Vorteile in das Übereinkommen [unt]er Verzicht auf die Forderung der Abänderung des Artikels 7 der Konzessionsurkunde einzugehen sei, jedoch mit dem, dass sich die Gesellschaft noch durch eine besondere Klausel verpflichtet, für den Fall der Gewährung eines die Abänderung des Artikels 7 betreffenden Zugeständnisses an Ungarn dasselbe Zugeständnis auch hierseits zu gewähren[18].

Der Handelsminister bemerkt schließlich, dass weder zu dem Übereinkommen, indem der Staat dabei kein Opfer bringe, sondern nur Vorteile erreiche, noch auch zur Statutenänderung behufs der Herstellung der dualistischen Organisation der Gesellschaft die Ingerenz des Reichsrates erforderlich sei. Gegen die proponierte Reorganisation bestehe vom Standpunkte des Handelsministeriums kein Bedenken mehr[19].

[III.] Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, im Wege des Ministeriums des Äußern für den kgl. bayerischen Bahninspektor in Kufstein, Johann Pleninger, in Rücksicht auf dessen entgegenkommendes, das Interesse des Grenzverkehres auf der Station Kufstein förderndes Benehmen das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[20].

---

16 *Interpellation der Abgeordneten Kronawetter und Genossen an Pino unter Punkt 5,* Prot. Reichsrat AH. 24. 5. 1882 (240. Sitzung) 8421.

17 *Die Interpellation Kronawetters und Genossen wurde nicht beantwortet.*

18 *Die* Frage des Erfordernisses der österreichischen Staatsbürgerschaft im Eisenbahndienste, speziell auch für die Angestellten der *österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft kam erneut auf die Tagesordnung in MR. v. 5. 2. 1890/X (liegt nicht ein).*

19 *Den Vortrag Pinos v. 13. 11. 1882* über das mit der *priv. österr. Staatseisenbahngesellschaft* abgeschlossene Protokollar-Übereinkommen *nahm Franz Joseph mit Ah. E. v. 1. 12. 1882 zur Kenntnis,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4503/1882. *Mit Schreiben (K.) v. 13. 12. 1882 teilte Pino die Zustimmung des Ministerrates zur Änderung der Statuten der Staatseisenbahn-Gesellschaft dem ungarischen Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikation Kémeny mit,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre 2, Karton 318, Zl. 41084/1882. *Vortrag des ungarischen Ministerpräsidenten v. 17. 12. 1882 zur Sanktionierung der vom ungarischen Reichstag angenommenen Gesetzentwürfe zur Inartikulierung des Gesetzentwurfes über den mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag, Ah. E. v. 18. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4725/1882*, publiziert als* Ga. XLV/1882. *In MR. v. 23. 5. 1891/VII und MR. v. 11. 6. 1891/VI (liegen beide nicht ein) wurde die Verstaatlichung dieser Bahnlinie beraten. Das nächste erhaltene Protokoll zu diesem Thema ist MR. v. 20. 4. 1895/II.*

20 *Pleninger erhielt mit anderen* Persönlichkeiten, welche sich anläßlich der letzten Ereignisse in Egypten um die dortige österr.-ung. Colonie verdient gemacht haben*, mit Ah. E. v. 15. 12. 1882 auf Vortrag Außenminister Kálnokys v. 10. 12. 1882 den beantragten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4713/1882.

IV. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Baurat bei der niederösterreichischen Statthalterei, Franz Hrubesch, [anlä]sslich seiner Pensionierung in Anerkennung seiner mehr als 40-jährigen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[21].

V. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Ministerialrat im Finanzministerium, Anton Ritter v. Niebauer, das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Minister hebt hervor, dass Niebauer zugleich die wichtigen Funktionen eines Regierungskommissärs bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und eines lf. Kommissärs an der Wiener Börse ausübe, dass derselbe im Referate des Münz- und Kreditwesens eine sehr anerkennungswürdige Tätigkeit entwickle und sich als Vertreter Österreichs an der internationalen Münzkonferenz ausgezeichnet habe. Der Ministerpräsident befürwortet den Antrag des Finanzministers. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[22].

VI. Der Ackerbauminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Ministerialrat im Ackerbauministerium, Anton Ritter v. Rinaldini, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung und insbesondere seines vorzüglichen [Wir]kens als Referent in Gesetz[ge]bungsangelegenheiten das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[23].

VII. Der Ackerbauminister erbittet sich und erhält die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom galizischen Landtage in vollkommener Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend einige Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern[24] und für den vom Istrianer Landtage in wesentlicher Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage beschlossenen Gesetzentwurf [bet]reffend die Schon[ung] des Wildes[25].

VIII. Der Ackerbauminister beabsichtigt, in Übereinstimmung mit dem Antrage des Statthalters die Nichtsanktionierung des vom Istrianer Landtage in wesentlicher Abänderung der diesfälligen Regierungsvorlage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung von Bezirksgenossenschaften der Landwirte und eines Landeskulturrates au. zu beantragen, und

---

21 *Den Vortrag Taaffes v. 15. 11. 1882, mit der die Auszeichnung für den Genannten beantragt wurde, resolvierte Franz Joseph zustimmend mit Ah. E. v. 21. 11. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4362/1882.

22 *Niebauer erhielt über Vortrag Dunajewskis v. 9. 11. 1882 mit Ah. E. v. 13. 11. 1882 den beantragten Orden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4272/1882.

23 *Über Vortrag Falkenhayns v. 15. 11. 1882 wurde der genannte Orden mit Ah. E. v. 21. 11. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4364/1882.

24 *Diese Angelegenheit wurde zuvor besprochen in MR. v. 14. 3. 1882/III (liegt nicht ein). Am 6. 10. 1881 war der Gesetzentwurf vom galizischen Landtag beschlossen worden*, Prot. Landtag Galizien (13. Sitzung) 249 f.*; Falkenhayn hatte in seinem Vortrag v. 20. 3. 1882 um die Nichtsanktionierung angesucht, dem Franz Joseph mit Ah. E. v. 27. 3. 1882 entsprach,* Hhsta., Kab. Kanzlei 1232/1882*; der Gesetzentwurf wurde überarbeitet* – Prot. Landtag Galizien 27. 9. 1882 (13. Sitzung) 203 – *und Falkenhayn suchte mit Vortrag v. 14. 11. 1882 um die Sanktionierung an, die mit Ah. E. v. 19. 11. 1882 erfolgte,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4344/1882. *Das Fischereigesetz für Galizien v. 19. 11. 1882 publiziert als* Lgbl. Galizien Nr. 57/1883*, durchgeführt mit der Verordnung des Statthalters v. 28. 6. 1883,* Lgbl. Galizien Nr. 58/1883.

25 *Der Gesetzentwurf, dessen Einbringung beraten worden war in MR. v. 25. 7. 1882/III, war vom Istrianer Landtag angenommen worden,* Prot. Landtag Istrien 31. 8. 1882 (VI. Sitzung) 59*. Er wurde über Vortrag Falkenhayns v. 14. 11. 1882 mit Ah. E. v. 18. 11. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4330/1882. *Das Wildschutzgesetz für Istrien v. 18. 11. 1882 publiziert als* Lgbl. Triest und Küstenländer Nr. 28/1882.

zwar könne er in die Genehmigung deshalb nicht einraten, weil die Änderungen des Landtages die Tendenz verfolgen, den Einfluss der Staatsverwaltung auf die Zusammensetzung und die Gebarung der zu bildenden Organismen in [so w]eitgehender Weise einzu[sc]hränken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[26].

IX. Der Minister für Kultus und Unterricht bringt zur Kenntnis des Ministerrates zwei Entscheidungen des Reichsgerichtes, welche das Ministerium für Kultus und Unterricht betreffen und bei welchem dieses sachfällig wurde. Die eine Entscheidung erfloss über eine Beschwerde des Vereines „Matice Opavská" in Troppau gegen die Abweisung des Gesuches derselben um die Be[w]illigung zur Errichtung eines Privatuntergymnasiums mit böhmischer Unterrichtssprache in Troppau[27]. Gegen die Erteilung der Bewilligung haben sich der Landesschulrat, der Landesausschuss und die Stadtvertretung von Troppau erklärt[28]. Vom Ministerium wurde das Gesuch im Grunde der kaiserlichen Verordnung vom 27. Juni 1850, RGBl. Nr. 309[29], abgewiesen, „weil Troppau nicht die geeignete Stadt zur Errichtung einer solchen Anstalt sei und weil die Barschaft des Vereines zur Errichtung einer solchen Anstalt nicht als ausreichend befunden wurde"[30].

Das Reichsgericht erkannte aber, dass durch die Entscheidung des Ministeriums ein staatsgrundgesetzlich gewährleistetes Recht verletzt worden sei. In den Entscheidungsgründen werde gesagt, dass das Motiv des Ministeriums, dass Troppau nicht die geeignete Stadt zu einer solchen Errichtung sei, unstichhältig sei, da das [Gesetz] die Beobachtung einer [ör]tlichen Rücksicht nicht vorschreibe. Hinsichtlich der Mittel aber sage das Reichsgericht, dass es aus dem Präliminare des Vereines die Überzeugung gewonnen habe, dass dessen materielle Mittel zu diesem Zwecke auf mindestens vier Jahre aller Wahrscheinlichkeit nach ausreichen werden. Endlich sage das Reichsgericht, dass das Ministerium nach § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 27. Juni 1850 für das Gedeihen von Privatlehranstalten keine Bürgschaft übernehme.

Der Minister wolle gelten lassen, dass das hinsichtlich der Örtlichkeit (Troppau) gebrauchte Motiv nicht haltbar sei. Hingegen müsse er betonen, dass die Beurteilung der Frage, ob die vorhandenen Mittel ausreichend seien, gewiss nicht einen Gegenstand der Rechtsentscheidung des Reichsgerichtes [bi]lden könne, sondern Sache der administrativen Erwägung

---

26 *Fortsetzung des Gegenstandes des MR. v. 21. 6. 1882/V. Der Gesetzentwurf war vom Landtag Istriens mit den oben genannten Änderungen angenommen worden* – Prot. Landtag Istrien 1. 9. 1882 (VII. Sitzung) 95. *Mit Ah. E. v. 21. 11. 1882 wurde das Gesetz im Sinne des Vortrages Falkenhayns v. 14. 11. 1882 nicht sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei 4365/1882. *Fortsetzung des Gegenstandes in MR. v. 25. 7. 1883/I (liegt nicht ein) und 21. 12. 1883/IV.*

27 *Erkenntnis v. 17. 10. 1882, Zl. 203/1882,* Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. österreichischen Reichsgerichtes, VI. Theil Nr. 265. *Siehe dazu auch* Ava., CUM., allg., Karton 2802, Faszikulatur 13 B 1: Mittelschulen, Schlesien, Troppau, Zl. 18021/1882.

28 *Schreiben des schlesischen Landesschulrates an das Ministerium für Kultus und Unterricht v. 1. 6. 1882,* Ava., CUM, Unterricht, allg., Karton 2802, Faszikulatur 13 B 1 Mittelschulen Schlesien Troppau, Zl. 9656/1882*; die Schreiben des Landesausschusses und der Stadt Troppau konnten in dem Faszikel nicht gefunden werden.*

29 *Kaiserliche Verordnung v. 27. 6. 1850,* wodurch ein provisorisches Gesetz über den Privatunterricht erlassen *wurde,* Rgbl. Nr. 309/1850.

30 *Erlass (K.) des Ministeriums für Kultus und Unterricht v. 23. 7. 1882,* Ava., CUM., Unterricht, allg., Karton 2802, Faszikulatur 13 B 1 Mittelschulen Schlesien Troppau, Zl. 9656/1882.

der Behörden sei. Ferner sei es unrichtig, dass die Behörde für solche Schulen, wenn sie Mittelschulen sind, keine Bürgschaft übernehme, indem der zitierte § 11 sich eben nicht auf Mittelschulen beziehe[31].

Die zweite Entscheidung erfloss über eine Beschwerde der Gemeinden Unterthemenau und Bischofswerth in Niederösterreich gegen einen Ministerialerlass wegen der Sprache der Erteilung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen dieser Gemeinden[32]. Nachdem durch eine Entscheidung des Reichsgerichtes im Jahre 1877 entschieden worden war, dass in den Gemeinden Ober- und Unterthemenau und Bischofswerth die slawische Sprache als landesüblich zu gelten habe[33], [wurde] gleichwohl mit den be[tr]effenden Gemeinden ein Lehrplan vereinbart, wornach neben der slawischen auch die deutsche Sprache als Unterrichtssprache angeordnet wird. Nachdem bezüglich des Religionsunterrichtes eine ausdrückliche diesfällige Vereinbarung nicht getroffen war, so ordnete später das Ministerium infolge erhobener Einwände hinsichtlich zweier der fraglichen Gemeinden an, dass der Religionsunterricht als ein integrierender Bestandteil des Volksunterrichtes wie dieser zu behandeln sei[34].

Diese Entscheidung wurde vom Reichsgerichte verworfen. Nachdem die aus dem Erkenntnisse des Reichsgerichtes zu ziehende Konsequenz der Erteilung des Religionsunterrichtes in böhmischer Sprache mit dem bereits an den bezüglichen [Sch]ulen bestehenden Zustan[d]e übereinstimme, so liege an der Sache nicht viel daran.

Der Minister habe geglaubt, diese Mitteilungen machen zu sollen, weil die Erkenntnisse des Reichsgerichtes Staub aufwirbeln dürften[35].

X. Der Ministerpräsident kommt auf die in den letzten Ministerkonferenzen wiederholt erörterten Ersparungen im Unterrichtsetat zurück[36] und glaubt, dass es entsprechend wäre, wenn der Minister für Kultus und Unterricht sich schon jetzt mit der Frage der aufzulassenden Mittelschulen und vielleicht auch mit der Frage der Auflassung der Hochschule für Bodenkultur beschäftigte[37].

Minister Freiherr v. Pražák be[mer]kt, dass man in Deutschland [ü]ber die Frage gestritten habe, ob der land- und forstwirtschaftliche Unterricht besser an Akademien oder an Hochschulen zu erteilen sei. Es scheine, dass man sich jetzt mehr dem Hochschulunterrichte

---

31 *§ 4 unterschied Privatschulen, die entweder berechtigt oder nicht berechtigt waren, den Namen eines Gymnasiums oder einer Realschule (Mittelschulen) zu führen. §§ 8 bis 11 bezogen sich auf* eine Privatlehranstalt, welche zwar in den Lehrgegenständen des Gymnasiums oder in denen der Realschule Unterricht ertheilt, ohne aber auf den Namen eines Gymnasiums oder einer Realschule Anspruch zu machen (§ 8)*,* RGBl. Nr. 309/1850.

32 *Erkenntnis v. 19. 10. 1882, Zl. 209/1877,* Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. österreichischen Reichsgerichtes, VI. Theil Nr. 269. *Mit dieser Angelegenheit hatte sich zuvor MR. v. 27. 2. 1876/IV beschäftigt (liegt nicht ein).*

33 *Erkenntnis v. 25. 4. 1877, Zl. 91/1877,* Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. österreichischen Reichsgerichtes, III. Theil Nr. 129.

34 *Der erwähnte Erlass des Kultus- und Unterrichtsministeriums an den niederösterreichischen Landesschulrat v. 11. 6. 1882, laut Protokollbuch* AVA., CUM, Unterricht, allg., Zl. 8413/1882*, liegt nicht mehr ein.*

35 *Zu den Diskussionen über die Auswirkung dieses Erkenntnisses des Reichsgerichtes siehe die Referentenbemerkungen v. 27. 10. 1882 sowie die Gegenbemerkung des Departments X v. 5. 11. 1882 sowie dessen Votum v. 14. 11. 1882, alle in* AVA., CUM, Unterricht, allg., Karton 4961, Faszikulatur 18 Niederösterreich (Bischofswarth), Zl. 18151/1882*. Die Angelegenheit der Errichtung von tschechischspachigen Schulen setzte sich in der Diskussion um Bewilligung der Komenskýschule in Wien fort; siehe dazu MR. v. 4. 12. 1882/II.*

36 *Fortsetzung des MR. v. 4. 11. 1882/V.*

37 *Zur Errichtung der Hochschule für Bodenkultur in Wien siehe MR. v. 12. 4. 1872/XII,* CMR. III/1, Nr. 69.

zuneige. Nirgends sei man jedoch auf den Gedanken gekommen, eine besondere Hochschule für Bodenkultur zu errichten. An Hochschulen sei ohnehin für die meisten einschlägigen Fächer vorgesorgt und braucht man höchstens für noch fehlende Doktrinen Lehrkanzeln zu errichten.

Der Finanzminister bestätigt die Darlegung des Vorredners. Man habe sich für die Erlernung der theoretischen Fächer an der ordentlichen Hochschule und dahin erklärt, dass für allfällige Spezialkurse Akademien bestehen können. Eine besondere Hochschule für [Bod]enkultur sei jedenfalls [über]flüssig. Auch passe die Charakterisierung als Hochschule hier ebenso wenig als bei den technischen Lehranstalten, da nur der Universitas litterarum die Bezeichnung und Stellung als Hochschule gebühre. Der Finanzminister macht ferner aufmerksam auf den Überfluss an technischen Anstalten und auf die Überflüssigkeit der medizinischen Fakultäten in Innsbruck und Graz, für so lange, als man für die medizinische Fakultät in Wien nicht einen Numerus clausus einführt[a].

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski macht aufmerksam auf das St.-Barbara-Konvikt in Wien, wo jeder Zögling auf 760 fl. zu stehen komme, während die Alumnen ebenso im Lemberger Alumnate Ausbildung erhalten können, wo ein Zögling nur 180 fl. koste.

Der Minister für Kultus [u]nd Unterricht bemerkt, dass er sich im Ganzen schon mit den Reduzierungen beschäftige, weist hinsichtlich der Hochschule für Bodenkultur auf den bereits wiederholt angedeuteten Weg der Einführung von Staatsprüfungen hin, bemerkt aber, dass an die Aufhebung von technischen Hochschulen man wohl nicht so leicht dürfte schreiten können[38].

Wien, am 9. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 433 Ministerrat, Wien, 15. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 15. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Ah. Genehmigung der Auszeichnungsanträge für das Küstenland und für Kärnten. II. Frage der Gestaltung des Verhältnisses der okkupierten Provinzen nach deren Annexion. III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Franz Rumler v. Aichenwehr. IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Dompropst Franz Sortschitsch. V. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Gebührenerleichterungen bei Konvertierung von

---

[a] *Bleistiftanmerkung Franz Josephs* richtig.

38 *Die Hochschule für Bodenkultur wurde nicht aufgelöst; sie besteht seit 1975 als Universität noch heute. 1883 wurde die Hochschule sogar um die Studienrichtung der Kulturtechnik ausgebaut.* Welan – Ebner, Die Universität für Bodenkultur, 34–37. *Mit Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ackerbauminister v. 8. 12. 1881* – RGBl. Nr. 1 *ex* 1882 – *waren die theoretischen Staatsprüfungen für das land- und forstwirtschaftliche Studium, mit einer ebensolchen Verordnung v. 20. 8. 1884* – RGBl. Nr. 145/1884 – *die theoretische Staatsprüfung für das kulturtechnische Studium eingeführt worden. Auch das griechisch-katholische St.-Barbara-Konvikt in Wien, dessen Auflösung nochmals besprochen wurde, MR. II v. 30. 6. 1893/I (liegt nicht ein), blieb wie die Technischen Hochschulen bestehen.*

Eisenbahn-Prioritätsobligationen. VI. Einbringungen eines Nachtragskredites des Finanzministeriums für das Jahr 1882. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Dr. Anton Meznik. VIII. Erwirkung der Ah. Genehmigung, dass Sektionschef v. Czedik Verwaltungsrat der Elisabethbahn bleiben dürfe. IX. Einbringung einer Vorlage betreffend Verlängerung des Lokaleisenbahnen-Gesetzes. X. Über die internationale Konvention betreffend das Eisenbahn-Transportrecht. XI. Verordnung über die zollfreie Einfuhr von Getreide nach Tirol.

KZ. 110 – MRZ. 89

Protokoll des zu Wien am 15. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Kenntnis, dass Se. Majestät die Gnade gehabt haben, die vom Ministerrate beschlossenen Auszeichnungsanträge für das Küstenland und [für Kärnten][1] [] Die Auszeichnungsliste [w]urde von Sr. Majestät nur durch eine Auszeichnung erweitert, indem Se. Majestät geruht haben, den vom Ministerratskomitee ursprünglich beantragten, vom Ministerrate aber über Antrag des Finanzministers mit Rücksicht auf die Beamtenstellung und behufs eventueller Würdigung bei einer anderen Gelegenheit ausgeschiedenen Titularsteuereinnehmer in Flitsch Franz Vittori in die Liste der mit dem goldenen Verdienstkreuze mit der Krone Bedachten aufzunehmen. Der Ministerpräsident beabsichtige, gleichzeitig mit der Erledigung dieser Angelegenheit den Ressortministern die bei diesem Anlasse nicht in Betracht gezogenen, Beamte betreffenden Auszeichnungsanträge zu übermitteln. [Der Mi]nisterrat ni[mmt] die Mitteilung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis[2].

II. Der Ministerpräsident referiert über das Resultat der in Angelegenheit der Gestaltung des Verhältnisses der okkupierten Provinzen stattgehabten gemeinsamen Konferenz, welcher die gemeinsamen Minister und die beiderseitigen Ministerpräsidenten und Finanzminister beiwohnten[3]. Alle Konferenzmitglieder waren darüber vollkommen einig, dass so bald als möglich die Annexion der beiden Provinzen geschehe. Sonach galt es der Frage, [w]ie die Verhältnisse nach geschehener Annexion sich gestalten sollen.

Diesfalls lagen der Konferenz [].

Erstlich ein Projekt des Ministerium des Äußern, welches dahin gehe, die beiden Provinzen zum Reichsland zu machen, ohne sie als solches zu bezeichnen[4]. Darnach wäre das bosnische Gesetz dahin zu ändern, dass alle Angelegenheiten der beiden Provinzen in den Wirkungskreis der Delegation zu fallen haben. Sodann wäre ein eigener Minister für die Provinzen zu ernennen, welcher allein für die Angelegenheiten derselben verantwortlich wäre.

---

1 *Fortsetzung des MR. v. 31. 10. 1882/II.*

2 *Ein entsprechendes Schreiben Taaffes liegt in* AVA., IM., Präs. Sig. 43 *nicht ein.*

3 *In dieser Angelegenheit tagten GMR. v. 23. 10. 1882, RMRZ. 309 und GMR. v. 24. 10. 1882, RMRZ. 310,* HHSTA., PA. XL, Karton 293. *An beiden Sitzungen nahmen jedoch die beiderseitigen Finanzminister nicht Teil, sodass es sich bei der hier genannten gemeinsamen Konferenz um eine Zusammenkunft außerhalb des Rahmens des gemeinsamen Ministerrates gehandelt hat. Ein Protokoll oder eine anderweitige Zusammenfassung dieses Treffens konnte in* PA. I, Karton 459, Liasse IX: Bosnien-Herzegowina *nicht gefunden werden, obwohl diese Angelegenheit Thema dieser Liasse ist. Zu der Sitzung des außenpolitischen Ausschusses der ungarischen Delegation v. 29. 10. 1882, an der Außenminister Kálnoky und der gemeinsame Finanzminister Kállay teilnahmen, siehe den Bericht in* WIENER ALLGEMEINE ZEITUNG v. 5. 11. 1882.

4 *Gemeint ist vermutlich der Entwurf eines Gesetzes für beide Teile der Monarchie vom Oktober 1882,* HHSTA., PA. I, Karton 459, Liasse IX: Bosnien-Herzegowina, fol. 23 v–26 v.

Das zweite, von der ungarischen Regierung vorgelegte Projekt proponiere eine Aufteilung des Okkupationsgebietes zwischen cis und trans[5]. Die diesfalls proponierte Aufteilung fasse aber nicht etwa eine Verteilung der beiden Provinzen als Ganzes ins Auge, [sondern] mache einen willkür[lic]hen Strich durch die Länder unter Zugrundelegung des Rechnungsschlüssels von 70 : 30.

Ein solcher Teilungsvorschlag habe in der Tat kein Analogon in der Geschichte von Länderteilungen. Als beim Ausgleiche eine Abteilung der Ländergebiete der Monarchie vorgenommen wurde, geschah die Teilung auf Basis der historischen Verhältnisse und dann erst wurde für die gemeinsame Beitragsleistung der Schlüssel von 70 : 30 Prozent ermittelt. Hier aber solle umgekehrt ohne Rücksicht auf historische oder ethnografische Momente lediglich nach dem Maßstabe des bestehenden Beitragsschlüssels zu den gemeinsamen Auslagen die Aufteilung eines Ländergebietes stattfinden. Vom ungarischen Ministerpräsidenten wurde zugleich her[vorgehoben, dass eine Einigung d]er beiden Regierungen über die zukünftige Behandlung der Länder geschehen sein müsste, bevor die Annexion eintrete.

Er (Ministerpräsident Graf Taaffe) nahm folgenden Standpunkt ein: Er ging davon aus, dass man selbstverständlich nicht nur überhaupt vor der Annexion über den nach Eintritt derselben herzustellenden Rechtszustand im Klaren sein müsse, sondern dass es, um die Aktion des Ministers des Äußern nicht zu hemmen und zu hindern bzw. von der Austragung der inneren staatsrechtlichen Auseinandersetzung abhängig zu machen, geboten sei, jetzt schon im Vorhinein wenigstens insoweit einig zu sein, dass man wisse, welches Verhältnis zu gelten habe, möge die Annexion wann immer eintreten. Mit []er [] [ha]be er die [Ve]reinbarung über ein Provisorium für den Fall proponiert, als beim Eintritte der Annexion eine Einigung über eine künftige Neugestaltung noch nicht erzielt wäre und habe er vorgeschlagen, dieses Provisorium dahin festzustellen, dass bis zu einer einvernehmlich vereinbarten definitiven Neugestaltung vorläufig das durch das bosnische Gesetz vom 22. Februar 1880 statuierte Verhältnis auch nach der Annexion weiter zu bestehen habe[6].

Der Ministerpräsident habe für das Provisorium außer dem Momente der sonstigen Abhängigstellung der äußern Aktion noch geltend gemacht, dass die Verhandlungen über eine definitive Neugestaltung wahrscheinlich lange dauern dürften, dass bei einem Projekte solcher Art, welches man [] [mü]sste, [e]ine Fühlungnahme auch mit maßgebenden Persönlichkeiten des Parlamentes unvermeidlich wäre und dass, da unter solchen Umständen die Verhandlungen leicht in die Öffentlichkeit transpirierten, es sich ereignen dürfte, dass der betroffene Staat sähe, wie man sich im Innern bereits mit den Konsequenzen eines Schrittes beschäftige, welcher noch bevorstehe.

Andererseits lasse sich für das gewählte Provisorium anführen, dass bei dem vorhandenen Verhältnisse einer bereits faktisch bestehenden Annexion und wo es sich nur mehr darum handle – geschehe dies durch Übertragung seitens des Sultans, geschehe dies durch Arrogati-

---

5 *Bei dem hier angesprochenen Projekt der ungarischen Regierung handelt es sich vermutlich um das vertrauliche Memorandum des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, das aber mit Jänner 1883 datiert ist,* Hhsta., PA. I, Karton 459, Liasse IX: Bosnien-Herzegowina, fol. 29 v–50 v.

6 *Mit dem* bosnischen Gesetz *waren die von Cisleithanien und Ungarn beschlossenen gesetzlichen Regelungen zur Verwaltung von Bosnien-Herzegowina gemeint, Gesetz v. 22. 2. 1880,* Rgbl. Nr. 18/1880*, in Ungarn* Ga. VI/1880*. Beraten in MR. I v. 17. 2. 1879, MR. I v. 26. 2. 1879/I, MR. v. 3. 3. 1879/I, MR. v. 10., 11. und 15. 3. 1879/I, MR. v. 23. 4. 1879, MR. v. 30. 4. 1879/II, MR. v. 1. 5. 1879/I, MR. v. 22. 8. 1879/IV, MR. II v. 27. 9. 1879/VII, MR. I v. 3. 10. 1879/I, MR. v. 8. 10. 1879/II, MR. v. 16. 10. 1879/VI, MR. v. 23. 10. 1879/II, MR. v. 11. 11. 1879/II, MR. v. 19. 11. 1879/I, MR. I v. 23. 11. 1879/I und MR. v. 27. 11. 1879/III (alle liegen nicht ein).*

on unter stillschweigender Zustimmung der Mächte –, die Souveränität des Kaisers über diese Länder herzustellen, mit dem Eintritte [einer solchen] rech[tl]ichen Annexion [kein]e unmittelbaren weiteren Verfügungen hinsichtlich der Gewaltausübung erheischt werden. Der Ministerpräsident bemerkt, dass seinem Provisoriumsvorschlage in der gemeinsamen Konferenz zugestimmt wurde. Weiters wurde die Prüfung der beiden erwähnten Entwürfe im Schoße des Ministeriums vorbehalten.

Der Finanzminister hat zur Darlegung des Ministerpräsidenten nichts hinzuzufügen. Er bemerkt, dass er gegenüber dem ungarischen Projekte geglaubt habe, betonen zu müssen, dass es sich bei einer Zuteilung von Ländergebieten nicht bloß um den Boden, der sich allerdings mathematisch zerteilen lasse, sondern wesentlich auch um den Menschen handle. Seine Meinung für die Zukunft sei die, dass es am besten wäre, [so weni]g als mög[lich n]ach der Annexion an der gegenwärtigen Sachlage zu ändern, weil jede andere Lösung, insbesondere aber die Aufteilung, mehr Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Der Minister für Kultus und Unterricht glaubt, der Zustimmung der Ministerkollegen versichert zu sein, wenn er zugleich auch in deren Namen dem Ministerpräsidenten für die Geltendmachung des dargelegten Standpunktes den wärmsten Dank ausdrücke. Er habe die Überzeugung, dass die Stellung der Länder als Reichsland den Erfolg der Okkupation beeinträchtigen würde. Was aber die Aufteilung anbelange, so brauche man zur Beleuchtung dieser Frage nur die Aspirationen bezüglich des Dreieinigen Königreiches[7] in Auge zu fas[sen. Wen]n Ungarn jetzt auch [n]ur auf einen Teil reflektiere, [s]o dürften die weiteren Absichten damit nicht aufgegeben sein und uns dürfte vielleicht der andere Teil von dem Dreieinigen Königreiche hinweggezogen werden[8]. Demnach halte er die vom Ministerpräsidenten für das Provisorium vertretene Idee für die allein erfolgreiche und diese Gestaltung als die einzige, welche zugleich den österreichischen Staatsgedanken zum richtigen Ausdruck bringe.

Vom Ministerrate wird die Mitteilung des Ministerpräsidenten zur befriedigenden Kenntnis genommen[9].

III. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr [v. Pražák erbittet sich die] Zu[s]timmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Ministerialrat im Justizministerium Franz Rumler Edlen v. Aichenwehr in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[10].

---

7 *Gemeint ist das Dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien, von dem Kroatien-Slawonien das sogenannte Nebenland Ungarns und Dalmatien ein Kronland in Cisleithanien waren.*

8 *Weder Ungarn noch Kroatien-Slawonien hatten die Vereinigung mit Dalmatien im Rahmen des zu Ungarn gehörenden Nebenlandes aufgegeben. So war das dalmatinische Wappen Bestandteil des ungarischen und des kroatisch-slawonisch(-dalmatinischen) Wappens.*

9 *Nach einer Audienz des Internuntius in Konstantinopel Calice am 30. 11. 1882 bei Franz Joseph fasste Calice die Position der Pforte in dieser Frage in seinem Schreiben (K.) an Kálnoky v. 2. 12. 1882 zusammen,* Hhsta., PA. I, Karton 459, Liasse IX B: Bosnien-Herzegowina, fol. 15 v–20 r. *Damit endet diese Liasse, die Annexion kam wieder zur Sprache in GMR. v. 26. 8. 1896/I,* Gmr. V, Nr. 3. *Die rechtliche Lage Bosnien-Herzegowinas blieb bis zur Annexion 1908 unverändert. Zur Annexion siehe GMR. v. 19. 8. 1908 und GMR. v. 10. 9. 1908,* Gmr. VI, Nr. 3 *und* 4 *sowie MR. v. 3. 10. 1908/I (liegt nicht ein). Zur Entwicklung der Verwaltung Bosnien-Herzegowinas innerhalb Österreich-Ungarns siehe mit weiterführender Literatur* Heuberger, Politische Institutionen.

10 *Der Orden wurde antragsgemäß auf den Vortrag Pražáks v. 15. 11. 1882 mit Ah. E. v. 20. 11. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ 4346/1882.

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Dompropst des Lavanter Domkapitels Franz Sortschitsch in Anerkennung seines berufseif[rigen] verdienstlichen Wir[ken]s den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[11].

V. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Gebührenerleichterungen bei Konvertierung von Eisenbahn-Prioritätsobligationen. Das Gesetz vom 11. Juni 1880[12], welches diesfällige Erleichterungen zugestand, sei bereits seit 31. Dezember 1881 erloschen. Nachdem die Verhältnisse, welche zu [diesem Gesetze den Grund lieferte]n, [n]och fortdauern und durch die Gebührenerleichterungen insbesondere auch Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über Verstaatlichung von Eisenbahnen beseitigt werden, so erscheine es notwendig, abermals ein solches Gesetz zu erlassen. Der jetzige Entwurf weiche von dem früheren Gesetze wesentlich darin ab, dass erstlich von der früheren Beschränkung, wornach die Begünstigung nur gewährt wurde, wenn bei der Konvertierung keine Verlängerung der Darlehensdauer eintrat[13], Umgang genommen, und dass weiters die Bestimmung, wornach die Begünstigung nur insoweit gewährt wurde, als die Gesamtkapitalssumme der neuen Obligationen nicht höher war als die der einzulösenden[14], dahin modifiziert werde, dass die Begünstigung auch auf [eine Erhöhun]g der Gesam[tkap]italssumme der neuen Obligationen ausgedehnt wird, welcher als Kapitalsprämie für die Konvertierung den Obligationenbesitzern gewährt bzw. überhaupt für die Konvertierung verwendet wird. Der Minister teilt den Wortlaut des Gesetzentwurfes mit.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[15].

VI. Der Finanzminister sieht sich veranlasst, für das laufende Jahr einen Nachtragskredit einzubringen, weil infolge der Zolltarifsänderungen und des Petroleumsteuergesetzes[16] eine Vermehrung der Finanzwache um 525 Mann vorgenommen werden musste, und hiefür sowie für die über [Anregun]g des Reich[skrieg]sministeriums, welches auf eine Verwendung der Finanzwache auch im Kriegsfalle reflektiere, hergestellte bessere Bewaffnung der Finanzwache, endlich für die Anschaffung einiger Finanzwachschiffe und eines zweiten Dampfschiffes für den Finanzküstendienst Auslagen erforderlich waren, für welche im Budget für 1882 nicht vorgesorgt war. Die Summe des sonach zu begehrenden Nachtragskredites für 1882 betrage 248.160 fl.

Der Ministerrat erklärt zur Einbringung dieses Nachtragskredites seine Zustimmung[17].

---

11 *Conrad erstattete den Vortrag am 18. 11. 1882, der mit Ah. E. v. 26. 11. 1882 in diesem Sinne resolviert wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4426/1882.

12 *Gesetz v. 11. 6. 1880,* RGBl. Nr. 81/1880*, beraten in MR. v. 27. 5. 1880/II (liegt nicht ein).*

13 *§ 1 dieses Gesetzes.*

14 *§ 1 dieses Gesetzes.*

15 *Der Bitte Dunajewskis in seinem bereits mit 9. 11. 1882 datierten Vortrag, diesen Gesetzentwurf in den Reichsrat einbringen zu dürfen, wurde mit Ah. E. v. 23. 11. 1882 entsprochen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4386/1882*; dies geschah mit Zuschrift Dunajewskis v. 29. 11. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8473*. Fortsetzung in MR. v. 17. 5. 1883/VI.*

16 *Zu diesen beiden Gesetzen siehe MR. v. 20. 5. 1882/I, Anm. 1 und 2.*

17 *Diese vom Ministerrat unterstützte Einbringung des Nachtragskredites in den Reichsrat hatte Dunajewski bereits mit Vortrag v. 14. 11. 1882 erbeten, dem mit Ah. E. v. 27. 11. 1882 zugestimmt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4439/1882*. Dies geschah mit Zuschrift Dunajewskis v. 29. 11. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8473*; Nach der Annahme durch den Reichsrat – Abgeordneten-*

VII. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, [für den Hofrat] beim Verwa[lt]ungsgerichtshofe und Reichsratsabgeordneten Dr. Anton Meznik in Anerkennung seiner besonders ausgezeichneten Leistungen als Mitglied der Zentralkommission für die Regelung der Grundsteuer sowie auch in Würdigung seiner bei andern Anlässen und namentlich als Berichterstatter über den Zolltarif im Abgeordnetenhause geleisteten guten Dienste das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[18].

VIII. Der Handelsminister bringt zur Sprache die Beziehungen des Sektionschefs Alois v. Czedik[19] zur Elisabeth-Westbahn. [Czed]ik [is]t Verw[altun]gsrat dieser Bahn und nachdem derselbe gegenwärtig in den definitiven Staatsdienst eingetreten sei[20], müsste er in Gemäßheit der Ah. Anordnung vom 5. November 1859[21] die Verwaltungsratsstelle niederlegen. Nun erscheine es aber im staatlichen Interesse förderlich, wenn Czedik fortan im Verwaltungsrate bleibe, weil er daselbst als Vertrauensmann der Regierung und wegen seines Einflusses bei einer Reihe von noch zu regelnden Verhältnissen gute Dienste leisten könne. Mit Rücksicht hierauf und weil bei den obwaltenden Verhältnissen eine Interessenkollision nicht eintrete und nachdem Czedik andererseits nachgewiesenermaßen seine Verwaltungsratsbezüge einem [wohltäti]gen Zwecke für Töch[ter] Bediensteter der Direktion des Staatseisenbahn-Betriebes widme, beabsichtige der Handelsminister, von Sr. Majestät die Ah. Genehmigung zu erbitten, dass Czedik gestattet werde, die Verwaltungsratsstelle beizubehalten.

Der Finanzminister würdigt die Gründe und findet nur, dass die Sache als Präzedenzfall allein nicht angenehm sei. Auch wäre es besser, wenn Czedik auf die Verwaltungsbezüge einfach resignierte.

Der Ministerrat erklärt zum Vorhaben des Handelsministers seine Zustimmung[22].

IX. Der Handelsm[i]nister erbittet sich, im Einverständnisse mit dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern, die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Verlängerung des Lokaleisenbahn-Gesetzes vom 5. Mai 1880[23] (welches am 31. Dezember 1882 erlösche) bis zum 31. Dezember 1884. Wie er bereits bei einem früheren Anlasse hervorgehoben habe[24], erscheine es wegen des Zeitdrängnisses

---

haus Prot. Reichsrat AH. 26. 1. 1883 (260. Sitzung) 8987*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 17. 2. 1883 (73. Sitzung) 1150 – *wurde das Gesetz auf Vortrag Dunajewskis v. 22. 2. 1883 mit Ah. E. v. 26. 2. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 726/1883*; Gesetz v. 26. 2. 1883,* Rgbl. Nr. 21/1883.

18 *Die von Dunajewski in seinem Vortrag v. 17. 11. 1882 beantragte Ordensverleihung erfolgte mit Ah. E. v. 22. 11. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4374/1882.

19 *Zu Alois Czedik v. Bründlsberg siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 175 f. – Kurzbiografie Czedik | Parlament Österreich *(Zugriff 24. 4. 1882).*

20 *Diese Angelegenheit war beraten worden in MR. v. 21. 6. 1882/IX.*

21 *Zu dieser Ah. Anordnung siehe besonders MK. v. 23. 10. 1859/III,* Ömr. IV/1, Nr. 47*, Anm. 4; das Thema wurde auch beraten in MK. v. 27. 10. 1859/I und – für den Spezialfall, ob Beamte Erwerbsunternehmen gründen dürfen – MK. v. 23. 2. 1860/I,* Ömr. IV/1, Nr. 51 *und* 115.

22 *Czedik erhielt über Vortrag Pinos v. 15. 11. 1882 mit Ah. E. v. 21. 11. 1882 die Bewilligung, trotz Staatsanstellung im Verwaltungsrat der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn bleiben zu dürfen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4369/1882.

23 *Zum Lokalbahngesetz von 1880 siehe MR. II v. 10. 5. 1882/I, Anm. 2. Zur Geschichte der Lokaleisenbahnen siehe* Kupka, Das Localbahnwesen.

24 *MR. v. 4. 11. 1882/VI.*

nicht möglich, jetzt mit dem bereits vorbereiteten Entwurfe eines neuen erweiterten Gesetzes zu kommen, weshalb vorläufig nichts übrigbleibe, als das bestehende Gesetz zu verlängern, um die Aktion im Lokaleisenbahnwesen nicht ins Stocken zu bringen.

[Der] Ministerrat erklärt [s]eine Zustimmung[25].

X. Der Handelsminister bringt zur Sprache die bereits bei einem früheren Anlasse dem Ministerrate mitgeteilten Verhandlungen der Berner Konferenz vom Jahre 1881 über ein internationales Eisenbahn-Transportrecht[26]. Von unserer Seite wurde damals zu der Konvention der Vorbehalt der Aufnahme einer den gegenseitigen Wagenübergang regelnden Bestimmung für den Fall einer Schlusssitzung gemacht, bei welcher auch die von anderen Staaten angemeldeten Vorbehalte ausgetragen werden sollten. Nun haben nacheinander die Staaten Schweiz, Italien und [N]iede[rlan]de [erklär]t, dass sie von ihren Vorbehalten abstehen und in die En-bloc-Annahme eingehen wollen, wenn auch wir auf unseren Vorbehalt verzichten[27].

Nachdem die ungarische Regierung für das Fallenlassen unseres Vorbehaltes unter diesen Umständen sei[28] und nachdem durch die Annahme der Konvention jedenfalls ein wesentlich fördernder Schritt im Transportwesen geschehe, so plädiere auch er für das Fallenlassen des fraglichen Vorbehaltes, zumal wir darauf hier auch umso leichter verzichten können, als die Frage des Wagenregulatives bei der heuer in Bern abgehaltenen Konferenz in Sachen der technischen Einheit im Eisenbahnwesen zur Sprache gebracht wurde und dort im künftigen Jahre zu verfol[gen sein] werde. Nach der vorliegenden Konvention werde übrigens schon die Exterritorialität der Wagen ausgesprochen.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Antrage des Handelsministers einverstanden. Zugleich wird über den Wunsch des Landesverteidigungsministers, dass dem Reichskriegsministerium Gelegenheit geboten werden möge, sich über den Inhalt der Konvention zu äußern, beschlossen, dass der bezüglichen Note an das Ministerium des Äußern beizufügen sei, dass es demselben überlassen bleibe, das Reichskriegsministerium behufs Geltendmachung allfälliger militärischer Anschauungen von der Konvention in Kenntnis zu setzen[29].

---

25 *Mit Vortrag Pinos v. 16. 11. 1882 wurde Franz Joseph gebeten, die Einbringung des Gesetzentwurfes in den Reichsrat zu bewilligen, was mit Ah. E. v. 24. 11. 1882 geschah,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4397/1882. *Zuschrift Pinos v. 1. 12. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8472. *Zustimmung des Reichsrates, Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8653*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 16. 12. 1882 (68. Sitzung) 1068. *Mit Ah. E. 26. 12. 1882 wurde dieser Gesetzentwurf sanktioniert, der mit Vortrag Pinos v. 21. 12. 1882 vorgelegt worden war,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4901/1882*; das Gesetz v. 26. 12. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 180/1882. *Die weitere Verlängerung nach 1884 wurde behandelt von MR. v. 5. 3. 1884/II.*

26 *Ein Ministerrat mit einem entsprechenden Tagesordnungspunkt fand 1880, 1881 und bis zu dieser Sitzung auch 1882 nicht statt. Die Ergebnisse der internationalen Eisenbahn-Transportrechtskonferenz vom 20. 9. bis 10. 10. 1881 wurde dem Außenministerium mit Schreiben des Schweizer Bundesrates v. 14. 10. 1881 mitgeteilt,* Hhsta., admin. Reg., F 34 S.R., Karton 360, Zl. 22–20/2–19/1881–1883.

27 *Die Nachfrage an Pino erfolgte mit Schreiben des Außenministeriums v. 13. 10. 1882, beruhend auf einer Anfrage (Abschrift) der Schweizer Gesandtschaft v. 9. 10. 1882,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 33986/1882.

28 *Mitteilung des ungarischen Ministers für öffentliche Arbeiten und Kommunikation Kemény an Pino v. 22. 10. 1882,* Ava., VA., HM. (III Ea), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 33986/1882.

29 *Fortsetzung in MR. v. 18. 11. 1882/III.*

XI. [D]er Hand[elsmini]ster bringt zur Sprache die nach nunmehr erlangter Zustimmung der ungarischen Regierung zu erlassende Verordnung über die zeitweilige Suspendierung der Getreidezölle bei der Einfuhr aus Italien nach Tirol[30]. Nach Feststellung der Fassung der Verordnung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium habe er, um in Tirol zu beruhigen, dem Statthalter hievon eine vorläufige telegrafische Mitteilung gemacht. Darauf habe der Statthalter heute erwidert, dass der Landesausschuss wolle, dass die Durchführung der zollfreien Einfuhr vom Lande in die Hand genommen werde[31].

Die Handelsminister glaube, dass kein Anstand obwalte, wenn [bei der] Dur[c]hführung von der [St]atthalterei einvernehmlich mit dem Landesausschusse vorgegangen werde, zumal auch das Land bei diesem Anlasse den 30 %igen Getreideaufschlag[32] dürfte aufheben müssen. Hingegen scheine es ihm aber nicht möglich, den Landtag auf die Durchführung dieser administrativen Maßregel Ingerenz nehmen zu lassen. Deshalb proponiere er, in die Verordnung die Bestimmungen aufzunehmen, „dass die Festsetzung der näheren Modalitäten des zollfreien Getreidebezuges durch die Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landesausschusse zu geschehen habe" und dass insbesondere auch „die Einfuhrsquantitäten für die auf die Einfuhr angewiesenen Gemeinden vom Präsidium der [Finanzlan]des[direk]tion im Einvernehmen mit dem Landesausschusse festzusetzen seien".

Aus einer Diskussion zwischen dem Finanzminister, dem Handelsminister, dem Ministerpräsidenten und Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski wird die Anschauung festgestellt, dass durch die Publizierung der Verordnung in der nunmehr vom Handelsminister proponierten Fassung keineswegs einer allenfallsigen Regelung der zollfreien Einfuhr in der Weise, dass der Landesausschuss allein die entsprechenden Getreidemengen durch Mittel des Landes ankaufe und weiter begebe, präjudiziert, hingegen durch die Erlassung [einer Ve]r[ord]nung ein Riege[l vo]rgeschoben werde, dass der Landtag seine Aktion weiter ausdehne als auf jene Agenden, welche ihm bei der Sache kompetenzmäßig zustehen, nämlich die eventuellen Beschlussfassungen über die Mittel zum Getreideankaufe und über die Aufhebung des Getreideaufschlages.

Der Ministerpräsident bemerkt noch, dass er überhaupt die Mitwirkung des Landesausschusses für die Durchführung einer solchen Anordnung nur wegen der obwaltenden besonderen Verhältnisse und weil das Land schon seine eigenen Getreideämter habe gerechtfertigt halte. Zugleich will der Ministerpräsident, dass der Statthalter s[ofor]t angewiese[n w]erde, keine weitergehende Einmischung des Landtages zuzulassen.

---

30 *Das Thema kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 4. 11. 1882/I. Zur ungarischen Zustimmung siehe dort Anm. 10.*

31 *Telegramm (K.) Pinos an den Statthalter in Innsbruck Widmann v. 13. 11. 1882,* Ava., HM., allg., Karton 446, Sig. 4/C, Zl. 37662/1882*; die oben erwähnte Erwiderung Widmanns konnte in diesem Bestand nicht gefunden werden.*

32 *Zur Geschichte des Tiroler Getreideaufschlags siehe* Astfalck, Der Tiroler Getreidezoll, 7–21*; er kam während der Wirtschaftsausgleichsverhandlungen mit Ungarn immer wieder zur Sprache, so in MR. v. 14. 5. 1877/VIII und MR. v. 11. 7. 1877/IV (liegen beide nicht ein). Er stand erneut auf der Tagesordnung in MR. v. 23. 12. 1894/XVI und MR. v. 28. 1. 1895/VIII (liegen nicht ein),* Cmr. V/1, Nr. 93 *und* 103*; das nächste erhaltene Protokoll des Ministerrates, in dem der Tiroler Getreideaufschlag zur Sprache kam, ist das von MR. v. 22. 2. 1895/VII,* Cmr. V/1, Nr. 111.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Verordnungsantrage des Handelsministers einverstanden[33].

Wien, am 15. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 434 Ministerrat, Wien, 18. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 18. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Steinbach.

I. Einberufung des Reichsrates. II. Neuerliche Antragsstellung wegen Besetzung des Polizeidirektorspostens in Graz. III. In Angelegenheit der Konvention über internationales Eisenbahntransportrecht. IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Einbeziehung von Liegenschaften in das fürstlich Thurn-und-Taxis'sche Haus- und Stammvermögen. V. Zum Gesetzentwurfe über den Staatsrechnungshof. Anregung einer Übergangsbestimmung. VI. Einbringung des Entwurfes einer Landwehrnovelle.

KZ. 111 – MRZ. 90

Protokoll des zu Wien am 18. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die Einberufung des Reichsrates[1]. Nachdem der Tiroler Landtag für den 22. d. M. ein[berufen und weite]r zu erw[ar]ten sei, dass der Landtag in acht Tagen mit seinen Beratungen zu Ende kommen werde[2], so könne man jedenfalls von Ablauf November an die Einberufung des Reichsrates in Aussicht nehmen. Der Ministerpräsident gibt demnach zur Erwägung anheim, ob der 2., 4. oder 5. Dezember als Einberufungstag des Reichsrates Sr. Majestät au. vorzuschlagen sei, indem er betont, dass jedenfalls schon wieder am 23. Dezember die Vertagung wegen der Weihnachten werde stattfinden müssen. Nach kurzer Diskussion erklärt sich der Ministerrat dafür, den 5. Dezember als Ein[berufun]gstag au. in Vorschlag zu bringen.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er nach Erhalt der Ah. Entschließung beabsichtige, den Einberufungstermin sofort kundzumachen, damit die Abgeordneten unterrichtet seien und damit namentlich auch der Tiroler Landtag sich darnach zu richten wisse[3].

---

33 *Mit Telegramm (K.) Pinos an Widmann v. 15. 11. 1882 teilte er den Ministerratsbeschluss mit,* AVA., HM., allg., Karton 446, Sig. 4/C, Zl. 37662/1882. *Die Verordnung des Ministeriums des Handels und der Finanzen v. 17. 11. 1882 wurde publiziert als* RGBL. Nr. 162/1882*, die Durchführungsbestimmungen als Kundmachung des k. k. Statthalters v. 29. 11. 1882,* LGBL. TIROL UND VORARLBERG Nr. 36/1882. *Die zollfreie Einfuhr hatte mit 17. 5. 1883 zu enden.*

1 *Zur Vertagung des Reichsrates siehe MR. v. 26. 4. 1882/XI, Anm. 20.*

2 *Zur Einberufung des Tiroler Landtages zu einer außerordentlichen Sitzung wegen der Flutkatastrophe siehe MR. v. 4. 11. 1882/I, Anm. 5.*

3 *Mit Vortrag Taaffes v. 18. 11. 1882 wurde die Einberufung des Reichsrates für den 5. 12. 1882 beantragt; aufgrund der Ah. E. v. 21. 11. 1882 wurde ein Handschreiben an Taaffe mit ebendiesem Inhalt erlassen,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 4382/1882. *Das Handschreiben v. 21. 11. 1882 publiziert in* WIENER ZEITUNG (M.) v. 23. 11. 1882.

II. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern kommt zurück auf den von ihm in der Ministerkonferenz vom 3. d. M. gestellten Antrag, den Bezirkshauptmann Dr. Franz Lautner für die Ernennung zum Regierungsrate und Polizeidirektor in Graz au. [vorzuschl]ag[en][4]. Er s[ei b]ei diesem Antrage von dem Gesichtspunkte ausgegangen, dass es entsprechend sei, Lautner vorzuschlagen, weil er dem Statthalter bekannt sei und dessen Vertrauen besitze.

Nun haben jedoch inzwischen die letzten Ereignisse in Wien[5], die bei denselben entwickelte Tätigkeit der Wiener Polizei und die bewährte Haltung ihrer Organe dem Ministerpräsidenten vor Augen geführt, dass es notwendig sei, auf die Beamten dieser Branche, welche einen angestrengten Dienst leisten müssen und dabei wenig Aussicht auf Vorwärtskommen haben, Rücksicht zu nehmen. Dieserhalb, sowie auch wegen des Umstandes, dass für die letzte Besetzung des Polizeipräsidentenspostens in Wien auf einen außerhalb der Polizeibranche stehenden Beamten gegriffen [werden] musste[6], sah sich der Mi[nist]erpräsident veranlasst, [v]on der Beantragung Lautners für den Grazer Polizeidirektorsposten wieder abzukommen und für diese Stelle den ältesten Polizeirat der Wiener Polizeidirektion, Regierungsrat Valentin Jenko in Aussicht zu nehmen. Jenko diene seit dem Jahre 1847, wurde durch viele Jahre bei den Polizeibehörden im lombardisch-venezianischen Königreiche verwendet und sei seit dem Jahre 1870 Polizeirat. Auch wurde er im Jahre 1879 für den Polizeidirektorsposten in Brünn und im Jahre 1882 für die Stelle eines Regierungsrates bei der Wiener Polizeidirektion als geeignet empfohlen. Der Statthalter in Steiermark habe sich schließlich auch mit der Beantragung Jenkos einver[standen] erklärt.

Der Handelsminister glaubt, dass mit Jenko, den er von der Dienstleistung im lombardisch-venezianischen Königreiche her kenne, eine gute Wahl getroffen werde. Er würde Jenko auch für den Triester Posten im Falle der Erledigung desselben geeignet halten. Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden, dass von der Beantragung Lautners abgegangen und dafür Jenko für den Polizeidirektorsposten in Graz au. vorgeschlagen werde[7].

III. Der Handelsminister kommt zurück auf den in der letzten Ministerkonferenz in Betreff [der Konv]ention über ein in[ter]nationales Eisenbahntrans[p]ortrecht infolge des Wunsches des Landesverteidigungsministers gefassten Beschlusses, wornach dem Reichskriegsministerium die Einsichtnahme in die Konvention ermöglicht werden solle[8]. Der Handelsminister habe nachher Bedenken über den Zweck einer solchen Mitteilung gefasst, nachdem die Konvention lediglich privatrechtliche Angelegenheiten betreffe und daher das Reichskriegsministerium zur Sache offenbar nichts würde zu sagen wissen. Infolgedessen habe er sich mit dem Landesverteidigungsminister im kurzen Wege über diese Sachlage ins Einvernehmen gesetzt und habe Letzterer [zu d]en vom Handelsminister gegebenen Aufklärungen das Verlangen der Mitteilung des Aktes an das Reichskriegsministerium fallengelassen.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, er habe den Konventionsentwurf durchgesehen und gefunden, dass der Inhalt desselben keinen Anlass gebe, um von militärischer Seite ein Bedenken geltend zu machen. Er habe dann nur noch die Frage gestellt, ob durch die

---

4 *Fortsetzung des MR. I v. 3. 11. 1882/I.*

5 *Siehe dazu MR. v. 9. 11. 1882/I über* die Ausschreitungen durch Zusammenrottungen am *Neubau in Wien*.

6 *Beraten in MR. I v. 1. 6. 1882/II.*

7 *Über Vortrag Taaffes v. 22. 11. 1882 wurde Valentin Jenko mit Ah. E. v. 28. 11. 1882 zum Polizeipräsidenten von Graz ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4458/1882.

8 *Fortsetzung des MR. v. 15. 11. 1882/X.*

Konvention das Recht des Staates, aus militärischen Rücksichten Aus- und Durchfuhrverbote was immer für Artikel zu erlassen, in irgendwelcher Weise beschränkt werde. Nachdem ihm vom Handelsminister darauf dargelegt wurde, dass das fragliche Recht nicht [tangiert we]rde, stehe er d[och zu dem][a], von seinem Standpunkte das ausdrückliche Verlangen zu stellen[a], dass die Sache dem Reichs[k]riegsministerium mitgeteilt werde.

Es wird sonach vom Ministerrate beschlossen, dass in der Note an das Ministerium des Äußern von einer Andeutung wegen der bezüglichen Mitteilung abzusehen sei[9].

IV. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák referiert über die Frage der Bewilligung zur Einbeziehung von Liegenschaften in das fürstlich Thurn-und-Taxis'sche Haus- und Stammvermögen. Mittelst Erlasses des Ministeriums des Innern vom 30. Juli 1859, RGBl. Nr. 145, erfolgte die Kundmachung der Ah. Kon[b]firmationsurkunde vom 31. März[b] 1859[10], womit Se. Majestät den zwei fürstlich Thurn-und-Taxis'schen Hausgesetzen die Ah. Bestätigung zu erteilen und neben anderen Zusätzen auch die Bestimmung beizufügen geruhten, dass für die Einbeziehung neuer Liegenschaften in den bisherigen Komplex des fürstlichen Haus- und Stammvermögens „von Fall zu Fall der landesherrliche Konsens im vorschriftsmäßigen Wege angesucht und erwirkt werden solle".

Nun wurde im vorigen Jahre von Seite des Chefs der fürstlich Thurn-und-Taxis'schen Gesamtvermögensverwaltung ein Ansuchen wegen Einbeziehung der seit dem Jahre 1859 in Böhmen neu erworbenen Liegenschaften in das fürstliche Haus- und Stammvermögen vorgebracht und wurde die bezügliche Eingabe von Sr. Majestät an den Minister[c]präsidenten[c] [zur Antragsprüfun]g herabgegeben[11]. Das Resultat der von Seite des Justizministeriums eingeleiteten Erhebungen gehe dahin, dass materiell gegen die angesuchte Einbeziehung kein Bedenken obwaltet. Jedoch seien hinsichtlich der Form des Vorganges die Ansichten der Gerichte

---

a–a *Einfügung Welsersheimbs.*

b–b *Brandstelle ergänzt aus dem Erlass des Ministeriums des Innern v. 30. 7. 1859,* RGBL. Nr. 145/1859.

c–c *Brandstelle ergänzt nach Schreiben Taaffes an Pražák v. 3. 10. 1881,* AVA., JM., allg., Faszikel V lit. B Thurn-Taxis, Zl. 16362/1881.

9 *Mit Schreiben (K.) v. 18. 11. 1882 teilte Pino dem Außenministerium die Zustimmung der Regierung mit, der internationalen Eisenbahn-Transportrechtskonvention vorbehaltlos beizutreten,* AVA., VA., HM. (III E), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 33986/1882*. Nachdem auch die französische Regierung – allerdings mit Vorbehalten – der Konvention prinzipiell zustimmte – Schreiben des Außenministeriums v. 26. 11. 1882 an Pino,* AVA., VA., HM. (III E), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 39653/1882 – *kommentierte dies Pino in seinem Schreiben (K.) v. 5. 12. 1882 an Pražák, durch den Beitritt Frankreichs sei* die s[einer]z[eit] von unserem Delegierten mit Geschick u[nd] Erfolg angestrebte Isolierung des deutschen Reiches in der That zur Wahrheit geworden und wird es nur noch von einem gleich umsichtigen Vorgehen bei der Schluss-Conferenz abhängen, die gewonnenen Resultate dauernd zu sichern*,* AVA., VA., HM. (III E), allg., Chiffre TF, Karton 336, Zl. 39653/1882*. Mit Schreiben (K.) v. 8. 8. 1883 gab Pino Kálnoky die Annahme der französischen Forderungen bekannt,* AVA., VA., HM. (III E), allg., Chiffre TF, Karton 362, Zl. 10657/1883*. Mit dem Thema beschäftigten sich noch MR. v. 7. 7. 1886/VII, MR. II v. 13. 6. 1888/II und MR. v. 23. 5. 1891/VI (liegen alle drei nicht ein). Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr v. 14. 10. 1890 wurde am 20. 9. 1892 in Bern ratifiziert und für Cisleithanien publiziert als* RGBL. Nr. 186 *ex* 1892.

10 *Erlass des Ministeriums des Innern v. 30. 7. 1859,* RGBL. Nr. 145/1859*, diese dazu MR. v. 7. 1. 1857/XI,* ÖMR. III/5, Nr. 383.

11 *Handschreiben an Taaffe v. 1. 10. 1881,* HHSTA., Kab. Kanzlei, Kurrentbilleten, 33/1881*; mit Schreiben v. 3. 10. 1881 forderte Taaffe Pražák zur Stellungnahme auf,* AVA., JM., allg., Faszikel V lit b Thurn-Taxis, Zl. 16392/1881.

nicht übereinstimmend. Das Oberlandesgericht in Prag sei der Ansicht, dass die Thurn-und-Taxis'schen Stammgüter als ein Fideikommiss im Sinne des ABGB. nicht angesehen werden können und dass die erbetene Einbeziehung lediglich einer Ah. Entschließung bedürfe[12].

Der Oberste Gerichtshof halte hingegen dafür, dass die fraglichen Güter ein Fideikommiss seien und demgemäß zur Einbeziehung neuer Realitäten in dieselben ein Reichsgesetz er[f]orderlich s[ei][13]. Der [Ob]erste [Ge]richtshof argumentiere nämlich, dass für die Fideikommisseigenschaft das hier zutreffende Kriterium des § 618 ABGB.[14] eines als unveräußerliches Gut der Familie erklärten Vermögens allein maßgebend sei, wenn auch einzelne Bestimmungen der hinsichtlich dieses Vermögens bestehenden gleichzeitig mit dem Erlasse vom 30. Juli 1859 publizierten Stiftungsanordnungen mit den übrigen Bestimmungen des AGBG. über Fideikommisse nicht vollkommen übereinstimmen. Auch weise der Oberste Gerichtshof darauf hin, dass sowohl in der Ah. Konfirmationsurkunde vom 31. März 1859 von der fürstlichen „Familienfideikommissstiftung" als auch in den Stiftungsdokumenten selbst wiederholt vom „Fideikommiss"-Vermögen gesprochen werde.

[Im Ju]stiz[minist]erium [kam die] Ansicht zur Geltung, dass [di]e fraglichen Güter nicht als ein Fideikommiss im Sinne des ABGB., sondern als Stammgüter einer Familie des hohen Adels anzusehen sind, welche namentlich in Betreff des Erbrechtes der Herrschaft des ABGB. entzogen sind. Hingegen erachtete man im Justizministerium, dass zur Einbeziehung jedenfalls der Gesetzesweg erforderlich sei, indem es sich darum handle, einer bestehenden Ausnahme vom ABGB. eine weitere Ausdehnung zu gewähren und hiezu in Ermanglung einer die Exekutive ermächtigenden gesetzlichen Bestimmung die Erlassung eines Spezialgesetzes notwendig sei, wie dies auch mittelst des Gesetzes vom 30. April 1873 in Betreff des Nach[d]lasses des jeweiligen Hauptes[d] des herzoglich Nassau'schen Hauses geschehen sei[15].

Der Gegenstand wurde in einem Ministerratskomitee bestehend aus den Ministern Freiherrn v. Ziemiałkowski, Freiherrn v. Conrad und ihm (Minister Freiherrn v. Pražák) vorberaten und habe sich das Komitee für die Betretung des Gesetzesweges erklärt. Infolgedessen proponiere der Minister die Einbringung des aus der Anlage ersichtlichen Gesetzentwurfes[e]. Der Minister hebt zugleich zur Beleuchtung der bezüglichen Ah. Auffassung hervor, dass Se. Majestät in einer Ah. Resolution vom laufenden Jahre über eine Eingabe von Vertretern vormals reichsständischer Familien zu erklären geruht haben, dass für die Regierung Sr. Majestät durch [f]die Auflösung des Deutschen Bundes[f] kein Anlass zur Änderung [d]er auf die Gerechtsame der vormals reichsständischen, nun mediatisierten Fürsten und Grafen bezüg-

---

d–d *Brandstelle ergänzt aus dem Gesetz v. 30. 4. 1873,* RGBL. Nr. 95/1873.

e *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

f–f *Brandstelle ergänzt nach Vortrag Kálnokys v. 1. 5. 1882,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 1791/1882.

12 *Stellungnahme des Oberlandesgerichtes in Prag v. 17. 10. 1882,* AVA., JM., allg., Faszikel V lit b Thurn-Taxis, Zl. 16739/1882.

13 *Schreiben des Zweiten Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Stremayr v. 18. 7. 1882,* AVA., JM., allg., Faszikel V lit b Thurn-Taxis, Zl. 11729/1882.

14 *§ 618 des* ABGB. *besagte,* Ein Fideikommiß (Familien-Fideikommiß) ist eine Anordnung, kraft welcher ein Vermögen für alle künftige, oder doch für mehrere Geschlechtsfolger, als ein unveräußerliches Gut der Familie erklärt wird.

15 *Gesetz v. 30. 5. 1873,* RGBL. Nr. 95/1873*, behandelt von MR. v. 24. 3. 1873/I.*

lichen österreichischen Gesetzgebung vorhanden ist und dass „eine Erweiterung derselben, wenn eine solche als geboten sich darstellen würde, nur im Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung ins Auge gefasst werden könnte“[16].

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass er nur von dem Gesichtspunkte ausgehend, dass es sich doch um ein Fideikommissvermögen handle, dem Gesetzeswege zugestimmt habe. Würde man das Vermögen nicht als Fideikommissvermögen ansehen, so müsste er in der Einschlagung des Gesetzesweges eine Verrückung des geltenden Rechtsstandpunktes erblicken, indem bei allen [andere]n sons[t] gebun[denen Ver]mögen, welche nicht Fideikommissvermögen sind, gesetzgeberische Akte nicht erforderlich sind und weise er auf Kirchenvermögen usw. hin. Die Ausnahme des Gesetzesrequisites bestehe nur in Gemäßheit des Gesetzes vom 13. Juni 1868 für die Fideikommisse[17].

Der Ministerpräsident erachtet auch, dass das Vermögen seinem wesentlichen Charakter nach ein Fideikommissvermögen sei und dass die von einem Fideikommiss im strengen Sinne des ABGB. abweichenden Stiftungsanordnungen begründet und gerechtfertigt seien durch die besondere Hausordnung der fürstlichen Familie. Auch scheine ihm in einer solchen Frage die Anschauung des Obersten Gerichtshofes maßgebend.

Der Finanzminister [sti]mmt nicht nur vollkommen der Anschauung bei, dass, wenn es sich um kein Fideikommissvermögen handelte, der Gesetzesweg ausgeschlossen wäre. Er kann aber für den vorliegenden Fall ein Gesetz auch dann nicht erforderlich erachten, wenn man selbst von der Anschauung ausgehe, dass das Vermögen ein Fideikommissvermögen sei. Nach § 627 des ABGB. werde für die Errichtung eines Fideikommisses die Einwilligung der „gesetzgebenden Gewalt“ erfordert[18]. Mit dieser Bestimmung stehe die Anordnung des Gesetzes vom 13. Juni 1868, wornach die Errichtung eines Fideikommisses nur durch ein Reichsgesetz geschehen könne, in Konkordanz. Nachdem jedoch mit der Ah. Konfirmationsurkunde vom 31. März 1859 angeordnet wurde, dass zu einer Er[weit]erung [d]es Thurn-und-Ta[xi]s'schen Stammvermögens der „landesherrliche“ Konsens erforderlich sei, so wurde damit vom Gesetzgeber hinsichtlich dieses Vermögens eine von der allgemeinen Bestimmung (§ 627 ABGB.) über Fideikommissvermögen abweichende Bestimmung getroffen, eine Ausnahme bezüglich der Einwilligung statuiert, indem diese ausdrücklich nur dem Landesherrn vorbehalten wurde. Das durch die Ah. Anordnung vom 31. März 1859 geschaffene Spezialgesetz wurde aber durch das Gesetz vom 13. Juni 1868 nicht alteriert. Da unter „landesherrlicher“ Genehmigung im Gegenhalte zur Genehmigung der gesetzgebenden Gewalt nur die Genehmigung Sr. Majestät verstanden werden könne, so sei für den Finanzminister klar, dass für die vorstehende Erweiterung nur der Ah. Konsens [Sr. Majestät] erforderlich sei.

---

16 *Mit Handschreiben v. 29. 7. 1874 war Außenminister Andrássy die Eingabe von Karl Egon Fürst zu Fürstenberg wegen Wahrung der Standesrechte der vormals reichsständigen Fürsten und Grafen übergeben worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, Kurrentbilleten B46c/1874. *Auf Vortrag Außenminister Kálnoky v. 1. 5. 1882 war am 7. 5. 1882 das oben genannte Handschreiben an Fürstenberg erlassen worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1791/1882.

17 *Gesetz v. 13. 6. 1868,* Rgbl. Nr. 61/1868, *besprochen in MR. v. 24. 1. 1868/IX, MR. v. 28. 1. 1868/XVII, MR. v. 13. 2. 1868/II, MR. v. 17. 2. 1868/IV und MR. v. 8. 6. 1868/IV (liegen alle nicht ein),* Cmr. II, Nr. 10, 11, 17, 19 *und* 67.

18 *§ 627 des* ABGB. *lautet* Ohne besondere Einwilligung der gesetzgebenden Gewalt kann kein Fideikommiß errichtet werden. Bey der Errichtung ist ein ordentliches, beglaubtes Verzeichniß aller zu dem Fideikommisse gehörigen Stücke zu verfassen, und gerichtlich aufzubewahren. Dieses Inventarium dient bey

Der Ministerpräsident bemerkt, dass man in der vorkonstitutionellen Zeit, wo die gesetzgebende Gewalt von Sr. Majestät allein ausgeübt wurde, keinen so strengen Unterschied in der Wahl der Ausdrücke hinsichtlich der Sr. Majestät vorbehaltenen Anordnungen zu machen pflegte, weshalb nicht anzunehmen sei, dass mit dem Ausdrucke „landesherrliche" Genehmigung in der Ah. Anordnung vom 31. März 1859 ein anderer Vorbehalt bezeichnet werden wollte, als der, welcher hinsichtlich der Fideikommisse überhaupt kraft der Bestimmung des ABGB. bestand.

Der Handelsminister ist für den Komiteeantrag, weil er das fragliche Vermögen für ein Fideikommiss, nur ausgestattet [mit] partik[ul]aren [Besitzu]ngen, ansehe und das Gesetz vom Jahre 1868 sich auf alle Vermögen, welche als Fideikommiss anzusehen sind, erstrecke. Der Ackerbauminister ist derselben Anschauung und hält dafür, dass der Gesetzgeber umso mehr alle Arten von Fideikommissen unter das Gesetz vom Jahre 1868 gestellt wissen wollte, als in diesem Gesetze kein Vorbehalt hinsichtlich der Fideikommisse mit Spezialbestimmungen gemacht wurde.

Der Landesverteidigungsminister ist zwar im Allgemeinen mit dem Finanzminister dahin einverstanden, dass man trachten solle, so weit als möglich die Rechte des Monarchen ungeschmälert aufrecht zu erhalten. Doch in diesem Falle habe er Bedenken, den Gesetzesweg auszuschließen, weil wahr[scheinl]ich bei sehr vielen Fidei[komm]issen sich besondere Bestimmungen vorfinden werden und das Gesetz vom Jahre 1868 alle Fideikommisse ohne irgendeine Ausschließung unter einen Hut gebracht habe. Deshalb glaube er, dass, wenn das fragliche Vermögen als Fideikommiss zu betrachten sei, der Gesetzesweg erforderlich sei.

Es erklärt sich sonach der Ministerrat für den Antrag des Komitees und für die Einbringung des proponierten Gesetzentwurfes[19].

V. Minister Freiherr v. Pražák sieht sich nach neuerlicher Durchlesung des vom Ministerrate beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend den Staatsrechnungshof[20] [v]eranlasst, darauf aufme[rk]sam zu machen, dass in dem Entwurfe mit keiner Bestimmung für den Übergang der Geschäfte vom jetzigen Obersten Rechnungshofe an den an dessen Stelle neu zu kreierenden Staatsrechnungshof Vorsorge getroffen sei. Er glaubt daher, dass es notwendig sein dürfte, eine solche Bestimmung noch in das Gesetz aufzunehmen oder für den Übergang durch ein besonderes Einführungsgesetz zu sorgen. Die Anregung des Ministers wird vom Ministerrate vorläufig zur Kenntnis genommen[21].

---

jeder Besitzveränderung und bey Absonderung des Fideikommisses von dem freyen Vermögen als Richtschnur. Für die Sicherheit des Fideikommisses hat das Gericht nach den besonderen Vorschriften zu sorgen.

19 *Auf Basis der Ah. E. v. 28. 11. 1882 über seinen Vortrag v. 22. 11. 1882* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4463/1882 – *brachte Pražák diesen Gesetzentwurf mit Zuschrift v. 5. 12. 1882 im Herrenhaus ein,* Prot. Reichsrat HH. 14. 12. 1882 (67. Sitzung) 1052*; nach Zustimmung von Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 18. 1. 1883 (70. Sitzung) 1080 f. – *und Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 21. 4. 1883 (301. Sitzung) 10367 – *wurde der Gesetzentwurf über Vortrag Pražáks v. 5. 5. 1883 mit Ah. E. v. 11. 5. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1733/1883*, das Gesetz v. 3. 5. 1883 publiziert als* Rgbl. Nr. 64/1883.

20 *Fortsetzung des MR. II v. 3. 11. 1882/I.*

21 *Ein Eingehen auf diesen Einwand Pražáks ist aus den Unterlagen des Finanzministeriums nicht ersichtlich. Mit Vortrag v. 9. 12. 1882 erbat Dunajewski den im MR. II v. 3. 11. 1882/I beschlossenen Gesetzentwurf unverändert – Gesetzentwurf* Prot. Reichsrat AH. 31. 3. 1883 (261. Sitzung) Beilage 636 – *in den Reichsrat einbringen zu dürfen, wozu er mit Ah. E. v. 24. 1. 1883 ermächtigt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4705/1882. *Mit Zuschrift Dunajewskis v. 28. 1. 1883 legte er dem Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf vor,* Prot. Reichsrat AH. 30. 1. 1883 (261. Sitzung) 8994. *Nach einigen Änderungen nahm das Abgeordnetenhaus*

VI. Der Landesverteidigungsminister bringt zur [Verha]ndlung den E[n]twurf [fü]r die Landwehrnovelle[22]. Der Minister erinnert, dass er bereits in der unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät stattgehabten Ministerkonferenz die im Werke stehenden militärischen Gesetzvorlagen angeführt und darunter auch auf die im Landesverteidigungsministerium bereits fertiggestellten Entwürfe über das Schießstandswesen, den Landsturm und die Landwehrnovelle hingewiesen habe[23]. Den bereits vom Ministerrat beratenen Gesetzentwurf über das Schießstandswesen[24] trage er Bedenken einzubringen, solange die nationalen Verhältnisse noch auf dem Standpunkte einer solchen Bewegung seien, bei der er aus der Organisierung des Schießstandswesens [So]rg[en] für [die Ordnung im] Frieden schöpfen müsste. Deshalb sehe er von diesem Entwurfe vorläufig ab. Die Bestimmungen über den Landsturm[25] sollen sich aber an die über die Landwehr anschließen, daher naturgemäß die Landwehrreform vorausgehen müsse.

Die Landwehr habe seit ihrem Bestehen große Fortschritte gemacht, sie sei mit dem notwendigsten Apparate versehen, um ihrer Aufgabe im Frieden sowie im Kriege zur Unterstützung des stehenden Heeres und zur inneren Verteidigung einigermaßen[a] genügen zu können. Sein Bestreben sei nun, die Kriegstüchtigkeit der Landwehr zu erhöhen. Er werde alles, was er zu diesem Zwecke zu organisieren gedenkt, in einer Denkschrift, die er dann mitteilen wolle, niederlegen, da aus der [Novelle] selbst der [Plan n]icht er[sich]tlich sei, weil er bei der Ver[f]assung des Entwurfes von dem Standpunkte ausgegangen sei, dass durch das Gesetz nur die allgemeinen Prinzipien und Pflichten aufzustellen, hingegen die organisatorischen Maßregeln der Durchführung vorzubehalten seien. Anstatt des organisatorischen Details wurde nur die Ziffer des Minimalstandes der Landwehr im Kriegsfalle in den Entwurf aufgenommen und zwar deshalb, weil, nachdem § 32 der neuen Bestimmung des Wehrgesetzes[26] für die eventuelle Berufung der vierten Altersklasse zur Stellung nebst der Einreihung des Kontingentes für das stehende Heer und für die Ersatzreserve noch jene für den Minimalergänzungsbedarf der Landwehr vorschreibe, eine ziffermäßig fixierte Grundlage für die Be[]g aufge[stellt wer]den musste. Der Minister müsse jedoch betonen, dass ein Mehranspruch an Arbeitskraft oder Geldmittel im Frieden gegenüber jetzt nicht gestellt werde. Etwas Apartes sei jedoch die Frage der Landwehrkavallerie, deren Neuorganisation allerdings einen Mehraufwand erheische. Doch wolle er mit dieser Organisationsfrage nicht früher kommen, bevor nicht die bezüglichen Mittel hiefür erlangt sein werden.

---

den Entwurf in dritter Lesung an, Prot. Reichsrat AH. 31. 3. 1884 (359. Sitzung) 12485, Beilage 849, *und wurde im Herrenhaus der vereinigenden politischen und finanziellen Kommission zugewiesen,* Prot. Reichsrat HH. 4. 4. 1884 (91. Sitzung) 1437 f.*, hier blieb er unerledigt,* Prot. Reichsrat HH. Index, Stichpunkt Staatsrechnungshof, 388*. Mit dem Thema befassten sich noch MR. v. 10. 3. 1886/II und MR. v. 10. 5. 1886/I (beide liegen nicht ein).*

22 *Der Landwehrgesetzentwurf wurde erwähnt in MR. v. 4. 11. 1882/VI. Er baute auf der Wehrgesetznovelle auf, die zuletzt beraten wurde in MR. v. 28. 10. 1882/V.*

23 *MR. v. 4. 11. 1882/VI.*

24 *MR. v. 8. 10. 1880/VIII (liegt nicht ein).*

25 *Diese Angelegenheit war beraten worden in MR. v. 12. 4. 1880/VIII, MR. v. 24. 9. 1880/I und MR. v. 8. 10. 1880/VIII (liegen nicht ein) sowie später noch in MR. I v. 7. 2. 1883/I.*

26 *Gesetz v. 2. 10. 1882 publiziert als* RGBl. Nr. 153/1882.

Nachdem dem Finanzminister seitens des Landesverteidigungsministers die Versicherung gegeben wurde, dass die Entwurfspropositionen keine neuen finanziellen Folgen nach sich ziehen, wird in die Detailberatung [des vom Land]esverteidig[ungsmin]ister samt Erläuterungen [u]nd einer übersichtlichen Darstellung der alten und der neuproponierten Bestimmungen vorgelegten Entwurfes eingegangen[g].

Die §§ 1 und 2 des Entwurfes werden ohne Debatte akzeptiert.

Zu § 3 wird vom Minister für Kultus und Unterricht zur Erwägung gebracht, weshalb beim Eintrittserfordernisse sub b keine nähere Bestimmung der „nötigen geistigen und körperlichen Eignung" gegeben werde.

Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass im jetzigen Gesetze unter Anziehung des § 16 des Wehrgesetzes nur noch die Bestimmung enthalten sei: [h]„geistige und körperliche Eignung,[h] [d]ann Körpergröße wie fü[r das s]tehende Heer". Das Wehrgesetz stelle aber für die körperliche Eignung nur das Maß der Minimalgröße des Körpers auf. Es geschah dies offenbar aus der Besorgnis, dass nicht etwa unter Zugrundelegung eines größeren Maßes Luxus getrieben werde. Die Stellungsergebnisse haben aber belehrt, dass es vielmehr umgekehrt erforderlich sei, zu erwägen, wie die Tauglichkeitsbedingungen zu restringieren seien, um das Materiale aufzubringen. In Anbetracht dessen und weil die [a]Bestimmung der[a] Tauglichkeit überhaupt ein administratives, nicht in das Gesetz hineingehöriges Moment sei, wurde die Bestimmung über die Minimalgröße hier eliminiert.

Über die weitere Frage des Ministers für Kultus und Unt[erricht, ob nicht,] nachdem die Aufnah[me in] die Landwehr auch als ein [R]echt angesehen werden müsse und nachdem eine Altersgrenze nicht gesetzt sei, auch etwa jemand, der bereits das 40. Lebensjahr überschritten hätte, in die Landwehr aufgenommen werden könnte, erwidert der Landesverteidigungsminister, dass dies allerdings geschehen könnte, wenn der Betreffende körperlich geeignet sei, dass aber die Beurteilung der Eignung Sache der Administration sei. Sonach wird § 3 des Entwurfes akzeptiert.

Desgleichen wird § 4 ohne Debatte akzeptiert.

Zu § 5 wird von Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski gefragt, wes[ha]lb die im jetzigen [Gesetze[27] g]ewährte Begünstigung einer mehrfachen Anrechnung der Dienstzeit für die im Frieden präsent Dienenden, nunmehr hinsichtlich der Mannschaft entfallen und nur mehr für die Unteroffiziere aufrechterhalten bleiben solle. Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass es sich nur um das erste Dienstjahr handle, welches nicht mehr mehrfach angerechnet werden solle. Grund der Änderung sei, weil durch die mehrfache Anrechnung und die damit erfolgte Verkürzung der Dienstzeit die Landwehr im Stande gelitten hatte. Denn es habe sich herausgestellt, dass man nicht so viel Materiale habe, als man anfänglich veranschlagte. Wegen des nicht ausreichenden Materiales sei auch die Heran[ziehung] der [vierten] Alters[klass]e für den Minimalergän[z]ungsbedarf der Landwehr vorgeschrieben worden. Wenn die gedachte Begünstigung bliebe, so hätte sie auch eine Beeinträchtigung der vierten Altersklasse zur Folge. Anderseits sei der Landwehrdienst so begünstigt, dass es wohl gerechtfertigt erscheine, wenigstens ein Jahr Präsenzdienst ohne ein besonderes Zugeständ-

---

g *Liegen dem Originalprotokoll als Beilagen 2, 3 und 4 bei.*

h–h *Brandstelle ergänzt aus § 5b des Gesetzes v. 13. 5. 1869,* RGBL. Nr. 68/1869.

27 *Gesetz v. 13. 5. 1869,* RGBL. Nr. 68/1869; *siehe dazu MR. v. 13. 5. 1869/II,* CMR. II, XXXVI f. *und* Nr. 224.

nis zu erlangen. Daher bleibe die Begünstigung nur für jene Unteroffiziere aufrecht, welche ihre Dienstzeit freiwillig über das erste Jahr verlängern und auch nur für den Fall, als sie nicht gegen anderweitige Begünstigungen weiter dienen. Sonach wird § 5 akzeptiert.

Desgleichen wird § 6 ohne Debatte akzeptiert.

Zu § 7 wird vom Finanzminister gefragt, ob für die Waffenübungen nicht nunmehr eine größere Last erwachsen werde. Der Landesverteidigungsminister betont, dass im Ganzen keine Erhöhung der Übungszeit eintrete. Neu sei die Aufhebung der Ausnahme der aus der Reserve in die Landwehrkavallerie übersetzten Mannschaften von den Waffenübungen. Doch das hänge mit der Kavallerieorganisation zusammen. Sonach wird § 7 akzeptiert.

Desgleichen werden die §§ 8, 9 und 10 ohne Debatte akzeptiert.

Über die zu § 11 gestellte Frage des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski, weshalb die [Fassun]g des gegenwärtigen [Gesetze]s über die Fahnen entfiel, klärt der Landesverteidigungsminister auf, dass die Landwehr keine Fahnen habe und dass seither auch im stehenden Heere die Fahnen bis auf die eine Regimentsfahne in jedem Regimente restringiert wurden. Sonach wird § 11 akzeptiert.

Zu § 12 klärt der Landesverteidigungsminister auf, dass die Bestimmung über den Bezirksfeldwebel in Abweichung von dem prinzipiellen Standpunkte deshalb in das Gesetz aufgenommen werden musste, weil sonst[a] die Bezüge des Bezirksfeldwebels nirgends gesetzlich geregelt wären. Aus einer kurzen Diskussion ergibt sich ferner die Anschauung, dass nach der Fassung des § 12 an dem jetz[i]gen [Umfa]nge [de]r Aufgaben und Pflichten des Bezirksfeldwebels keine Änderung eintrete. Sonach wird § 12 akzeptiert.

Ferner werden die §§ 13 und 14 ohne Debatte akzeptiert.

Zu § 15 bemerkt der Landesverteidigungsminister, dass er die bezüglichen weiteren Bestimmungen des korrespondierenden § 23 des gegenwärtigen Gesetzes deshalb nicht mehr aufgenommen habe, weil dieselben schon im Wehrgesetze stehen. Überhaupt macht der Landesverteidigungsminister aufmerksam, dass er, wie aus der vorgelegten übersichtlichen Darstellung der alten und neuen Bestimmungen zu ersehen sei, alle jene Bestimmungen des jetzigen Gesetzes in den Entwurf nicht mehr aufgenommen habe, [die bere]its im Weh[r]gesetze en[thalt]en und durch dasselbe bin[d]end sind. Sonach wird § 15 akzeptiert.

Zu § 16 bemerkt der Landesverteidigungsminister, dass bei der Aufnahme dieser Bestimmung die Wirksamkeit des bezüglichen[a] neuen Strafgesetzes vorausgesetzt wurde[28]. Deshalb schlage er unter den gegenwärtigen Umständen und unter der Voraussetzung, dass die Bestimmung durch das neue Strafgesetz wieder ausdrücklich aufgehoben werde – Minister Freiherr v. Pražák bestätigt, dass dies proponiert sei – vor, dass anstelle der vorliegenden Fassung des § 16 die Bestimmung des § 25 des Gesetzes vom 13. Mai 1869 mit der lediglichen Modifikation, dass anstatt des Ausdruckes: „Landwehroffiziere und Landwehrmänner“ der Ausdruck „Landwehr[i]personen[i]“ gewählt w[erde], als [] aufgenommen werde. Hiemit erklärt sich der Ministerrat einverstanden.

Zu § 17 gibt der Finanzminister zu bedenken, ob es denn entsprechend sei, den Wirkungskreis des Landesverteidigungsministers im Gesetze zu beschreiben, nachdem es bei uns als Grundsatz gelte, dass die Ressortverteilung lediglich Sache der Ah. Anordnung Sr. Majestät sei. Der Landesverteidigungsminister bemerkt, dass dieselbe Bestimmung auch schon

---

[i–i] *Brandstelle ergänzt aus dem Gesetz v. 24. 5. 1883,* RGBl. Nr. 87/1883.

[28] *Zum Strafgesetz siehe MR. v. 4. 11. 1882/VI, Anm. 34.*

im jetzigen Gesetze enthalten sei. Es sei jedenfalls notwendig (wie es im § 18 geschehe) den Wirkungskreis des Landwehroberkommandanten zu präzisieren, damit derselbe unabhängig gestellt werde von möglicher[weise a]us politische[n] Gründen [von] Seite eines[j] Landesverteidi[g]ungsministers auszuübenden Einflüssen. Wenn man aber den Wirkungskreis des Oberkommandanten durch das Gesetz feststelle, so sei es unerlässlich, im Gegenhalte auch den Wirkungskreis des Ministers zu präzisieren. Sonach wird § 17 akzeptiert.

Die §§ 18, 19 und 20 des Entwurfes werden ohne Debatte angenommen.

Der Landesverteidigungsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates, [a]vorbehaltlich der Ah. Genehmigung[a], zur Einbringung des aus der Anlage ersichtlichen Gesetzentwurfes, indem er bemerkt, dass er, um nicht – wie dies bei der [a]Einbringung der[a] Wehrgesetznovelle geschehen sei – Gelegenheit zum Platzgreifen von allerlei Einflüssen auf die Abgeordneten zu bieten, sich vorbehalte, mit dem Entwurfe nicht früher vor das Haus zu kommen, bis er nicht Sicherheit habe, dass er auch sogleich behandelt werde.

Der Ministerrat erteilt seine Zustimmung[29].

Wien, am 18. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 435 Ministerrat, Wien, 23. November 1882 – Protokoll I

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 23. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung eines Finanzprovisoriums für das erste Quartal 1883. II. Wegen Sanktionierung des vom mährischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Einquartierungserleichterungen. III. Bestreitung der wegen der Gendarmerievermehrung in Dalmatien erforderlichen Mehrauslagen für Gendarmeriebequartierung. IV. Frage der Einberufung der Landtage von Dalmatien und von Triest. V. Die Wünsche bezüglich der weiteren Hilfsaktion für Tirol.

KZ. 112 – MRZ. 91

Protokoll I des zu Wien am 23. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben der Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die [Fort]erhebung der Steuern und Abgaben und die Bestreitung des Staatsaufwandes in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1883.

Der Finanzminister wolle sich hiebei wie im Vorjahre lediglich auf das Finanzprovisorium beschränken und von der Erlangung der Ermächtigung zur Ausgabe von Tilgungsrente absehen, weil man in den ersten drei Monaten für die Zinsen auch aus der gewöhnlichen Gebarung aufkommen könne.

---

[j] *Korrektur Welsersheimbs aus* des.

[29] *Eine* übersichtliche Darstellung der alten und neuen Bestimmungen des Landwehrgesetzes *befindet sich in* Ka., MKSM. 12–3/1–1/1883*; in MR. v. 9. 1. 1883/V kam die* Modifikation für den Gesetzentwurf über die Landwehr *zur Sprache. Zum neuen Landwehrgesetz siehe* Wagner, Die k. (u.) k. Armee, 421 f.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[1].

II. Der Landesverteidigungsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates [zu d]er Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom mährischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf, womit Bestimmungen zur Erleichterung der Militäreinquartierungslast in der Markgrafschaft Mähren getroffen werden[2]. Der Entwurf stehe zwar, indem derselbe die Einzelnbequartierung gegenüber der gemeinsamen Einquartierung begünstige, auf einem Standpunkte, welcher dem Geiste des Einquartierungsgesetzes nicht entspricht. Nichtsdestoweniger wolle er auf die Sanktionierung einraten, weil das Land anderseits durch Kasernenbau die gemeinsame Bequartierung zu fördern bestrebt sei.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[3].

III. Der Landesverteidigungsminister bringt zur Sprache die Bestreitung der wegen der Gendarmerievermehrung in Dalmatien erforderlichen Mehrauslagen für die Gendarmeriebequartierung[4]. Vom Landesausschusse wird die geforderte Erhöhung des bezüglichen Bequartierungspauschales verweigert, wobei auch darauf hingewiesen wurde, dass die Gendarmierevermehrung nicht wegen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern wegen der Durchführung des Wehrgesetzes erfolgt sei[5]. Infolgedessen beantrage der Statthalter, die fraglichen Kosten auf den Staat zu übernehmen. Der Minister könne auf diesen Antrag nicht eingehen, weil das Land verpflichtet sei, weil ein Abgehen Exemplifikationen veranlassen würde und weil [auc]h für Dalmatien sowohl be[zü]glich Gendarmeriekasernenbauten als auch in anderer Beziehung vom Reiche viel getan werde[6]. Deshalb beabsichtigt der Landesverteidigungsminister, an den Statthalter den aus der Anlage ersichtlichen Erlass[a] zu richten, [b]welchen er zur Kenntnis des Ministerrates bringen zu sollen glaube, da er die Aufrechthaltung eines wichtigen Prinzipes betreffe, welche eventuell auch die Anwendung von Zwangsmitteln mit sich bringen könnte[b].

---

[a] *Der Entwurf des Erlasses liegt dem Originalprotokoll bei.*

[b–b] *Einfügung Welsersheimbs.*

1 *Weil das Finanzgesetz erst am 16. 4. 1883 sanktioniert wurde – siehe dazu MR. v. 4. 11. 1882/V, Anm. 35 – wurde das Budgetprovisorium über Vortrag Dunajewskis, datiert mit 21. 11. 1882, aufgrund der Ah. E. v. 29. 11. 1882* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4482/1882 – *mit Zuschrift Dunajewskis v. 2. 12. 1882 in das Abgeordnetenhaus eingebracht,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8472. *Fortsetzung in MR. v. 19. 12. 1882/XV.*

2 *Ein Einquartierungsgesetz für Galizien war zuletzt behandelt worden in MR. v. 23. 8. 1882/IV. Zum Rahmengesetz des Reichsrates, auf dem die Landesgesetze aufbauten, siehe dort im Kapitel Militärgesetze, c) Andere Militärgesetze dieser Einleitung. Annahme des Gesetzentwurfes in* Prot. Landtag Mähren 7. 10. 1882 (7. Sitzung) 78.

3 *Einen Tag vor diesem Ministerrat wurde der Gesetzentwurf über Vortrag Welsersheimbs v. 22. 11. 1882 mit Ah. E. v. 29. 11. 1882 sanktioniert,* Ka., MKSM. 65–6/2/1882*; das Gesetz v. 29. 11. 1882 publiziert als* Lgbl. Mähren Nr. 165/1882. *In MR. v. 13. 12. 1882/X kam das Bequartierungsgesetz für Böhmen auf die Tagesordnung.*

4 *Fortsetzung des MR. v. 21. 6. 1882/X. Mit Schreiben des Statthalters in Zara Jovanović v. 9. 11. 1882 wurden zusätzliche Gelder zum Bau der Gendarmeriekasernen beantragt,* Ka., MfLV., Präs. 2285/1882.

5 *Die Stellungnahme des Landesausschusses konnte in den Beständen des,* Ka., MfLV., Präs. *nicht gefunden werden.*

6 *Neben den Gendarmeriekasernen wurden auch die Kosten zur Wegherstellung von Cisleithanien übernommen, MR. v. 16. 5. 1882/IX.*

Die Mitteilung des Landesverteidigungsministers wird zur Kenntnis genommen[7].

IV. Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin über die Frage der Einberufung der Landtage von Dalmatien und von Triest[8]. Bezüglich Dalmatiens, wohin die Anfrage schon alternativ an [de]n Statthalter gestellt wurde, erklärte sich dieser dahin, dass die Einberufung heuer nicht notwendig sei. Demgemäß werde von der Einberufung des dalmatinischen Landtages für heuer abgesehen und seien mit Rücksicht hierauf die entsprechenden Verfügungen auch schon geschehen[9].

Bezüglich Triests antwortete der Statthalter anfangs dahin, dass die Zeit während der Weihnachtsferien des Reichsrates entsprechend sei. Zu weiteren Erwägungen biete jedoch Anlass ein neuerlicher Bericht des Statthalters, in welchem derselbe mitteile, dass er die Landtagseinberufung nachträglich mit dem Podestà besprochen und dieser erklärt habe, dass keine Vorlagen vorhanden seien, dass jedoch, wenn der Landtag einberufen werden [sollte, die Zeit] während der Weih[nach]tsferien geeignet wäre. Darnach stelle sich die Sache so, dass auch für Triest heuer allenfalls von der Einberufung abgesehen werden könnte[10].

Eine immerhin wichtige, wenngleich nicht absolut dringliche Vorlage würde sich ergeben können, wenn der in der letzten Session beratene, aber zur Ah. Sanktion nicht geeignete Entwurf einer Bauordnung für Triest wieder vorgelegt würde[11]. Die Sache sei allerdings vom Ministerium des Innern noch nicht erledigt, könnte jedoch bis zur fraglichen Zeit erledigt sein. Der Ministerpräsident beabsichtige daher, den Statthalter zu fragen, ob er glaube, dass wegen der Beratung dieser Vorlage der Landtag einzuberufen wäre. Widrigenfalls würde der Mini[sterpräsident vo]n der Einberufung für heuer absehen.

Der Handelsminister glaubt, dass, nachdem der Podestà selbst die Einberufung nicht wünsche wegen dieser Vorlage allein, die übrigens auch noch nicht parat sei und vielleicht bis zu den Weihnachtsferien noch nicht bereinigt sein könnte, die Einberufung nicht in Aussicht zu nehmen wäre.

Der Ministerrat erklärt sich mit der beabsichtigten Anfrage an den Statthalter einverstanden[12].

V. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die Anträge und bzw. Desiderien des Tiroler Landesausschusses in Bezug auf die Hilfsaktion für Tirol[13]. Nachdem zur [] [Landes]ausschussvorlagen vom Landtage bereits ein Ausschuss eingesetzt wurde und der Statthalter um Weisungen für seine Haltung bitte[14], so müsse jetzt die Regierung zu den Anträgen Stellung nehmen. Der Ministerpräsident proponiere zu diesem Behufe die Abhaltung einer Komiteeberatung und will heute dem Ministerrate nur in gedrängter Übersicht den Inhalt der Desiderien mitteilen.

---

7 *Gemeint ist vermutlich der Erlass (K.) Welsersheimbs an Jovanović v. 18. 11. 1882,* Ka., MfLV., Präs. 2285/1882.

8 *Fortsetzung des MR. v. 21. 8. 1882/VIII.*

9 *Zu Dalmatien 1882 gibt es in* Ava., IM., Präs., Sig. 31/Dalmatien *keine Unterlagen.*

10 *In* Ava., IM., Präs., Sig. 31/Küstenland *gibt es für 1882 keine Unterlagen.*

11 *Die Nichtsanktionierung der Bauordnung beriet MR. v. 28. 12. 1882/II.*

12 *Die Frage der Einberufung des Triester Gemeinderates (Landtages) wurde wieder beraten in MR. v. 13. 12. 1882/IV.*

13 *Fortsetzung des MR. v. 4. 11. 1882/I.* Bericht und Anträge des Landes-Ausschusses über die im September und Oktober ds. Js. in Südtirol eingetretenen Elementar-Ereignisse *v. 18. 11. 1882,* Prot. Landtag Tirol Beilage 1, 7–19.

14 *Die Anfrage des Statthalters Widmann konnte in den Beständen des* Ava., IM., Präs. *nicht gefunden werden.*

Sektionschef Freiherr v. Kubin teilt mit, dass nach dem Berichte des Statthalters sowie nach der gedruckten Landesausschussvorlage die Intentionen folgende seien:

- Der Landesausschuss erwartet, dass für Flussregulierungen und dringende Herstellungen Staatsbeiträge in der beiläufigen Summe von vier Millionen gewährt werden.
- Zweitens werde die Gewährung von unverzinslichen Staatsvorschüssen an Gemeinden, Konkurrenzen und Private gegen Haftung des Landes in dem Betrage von drei Millionen gewünscht.
- Endlich werde die Bitte auf Zuwendung einer weiteren sehr ausgiebigen, nicht zurückzuzahlenden Staatsaushilfe in Aussicht genommen. Nach dem Berichte des Statthalters gehe das diesfällige Desiderium dahin, ein weiteres Staatsgeschenk von fünf Millionen zu erbitten.
- Sodann werde besonders für Forstbauten ein Staatsbeitrag von 100.000 fl. erwartet.
- Es werden sonach Ansprüche auf eine weitere Leistung von zwölf Millionen seitens des Staates gemacht.
- Außerdem wolle das Land selbst ein Landesanlehen im [Betrage v]on drei Millionen ma[che]n, welche beabsichtigte Akti[o]n in einem bereits vorliegenden Gesetzentwurfe des Landesausschusses präzisiert sei.

Über Antrag des Ministerpräsidenten wird beschlossen, dass die Angelegenheit in einem Ministerratskomitee bestehend aus dem Ministerpräsidenten, dem Ackerbauminister, dem Finanzminister und dem Handelsminister unter eventueller Beiziehung der betreffenden Referenten zu beraten und darüber dem Ministerrate Bericht zu erstatten sei[15].

Wien, am 23. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 436 Ministerrat, Wien, 23. November 1882 – Protokoll II

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 23. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Weigelsperg.

I. Haltung gegenüber dem Ausschussantrage einer Gewerbegesetznovelle. II. Enquête über Invaliditätsversorgung.

KZ. 116 – MRZ. 92

Protokoll II des zu Wien am 23. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Handelsminister bringt zur Sprache die Reform der Gewerbeordnung bzw. die Frage der Haltung der Regierung gegenüber dem Antrage des Gewerbeausschuss[es] betreffend die Erlassung einer Novelle zum Gewerbegesetze[1]. Wie aus dem bezüglichen, hier anliegen-

---

15 *Zum Ministerratskomitee konnten in den Beständen des* AVA., Ministerratspräsidium *und* IM. Präs. *keine Unterlagen gefunden werden. Fortsetzung in MR. v. 25. 11. 1882/I.*

1 *Die vom Abgeordnetenhaus im Gewerbeausschuss verhandelte Reform der Gewerbeordnung kam bereits zur Sprache in MR. II v. 3. 10. 1879/II, MR. v. 8. 10. 1879/VI, MR. v. 10. und 11. 11. 1879/I, MR. v. 14. 1. 1880/V, MR. v. 26. 5. 1880/VII, MR. v. 27. 6. 1880/IV, MR. v. 23. 11. 1880/VIII, MR. v. 26. 11. 1880/VI, MR.*

den Entwurfe und dem Motivenberichte des Gewerbeausschusses hiezu hervorgehe[a], werde mit dem Antrage vorläufig eine Reform des I., II., III., IV. und VII. Hauptstückes der Gewerbeordnung beabsichtigt[2].

Über die Stellungnahme der Regierung im Ganzen und Großen zum Reformwerke in der vorliegenden Gestalt wurde schon in der Ministerkonferenz vom 30. Jänner l. J. beraten, als der Referentenentwurf vorlag, welcher in den prinzipiell entscheidenden Punkten die Grundlage des jetzigen Ausschussantrages bilde. Damals entschied sich schon der Ministerrat für das Eingehen auf eine Partialreform und er[klärte sic]h auch hinsichtlich der [mer]itorischen Propositionen für [ei]ne Haltung bei den Ausschussberatungen in dem Sinne, dass die Regierung zwar bei ihrem durch die Regierungsvorlage gekennzeichneten Stand[p]unkte verbleibe, dass sie jedoch schließlich sich nicht entgegenstellen würde, falls das Haus auf die Ausschusspropositionen einginge. Der Handelsminister hebt sonach nochmals als die Hauptpunkte des vorliegenden Reformvorschlages hervor die bereits in der Ministerkonferenz vom 30. Jänner l. J. besprochenen Punkte: die Einteilung der Gewerbe (§ 1) und die mit der Aufstellung der Kategorie der „handwerksmäßigen" Gewerbe im Zusammenhange stehende Forderung des Befähigungsnachweises (§ 24), dann die Genossenschaftseinrichtung (VII. Haupt[stück). Endlich] we[ist d]er Handelsminister auch auf die von der diesfälligen Regierungsproposition abweichende Bestimmung über die Schadloshaltung im Falle der Einstellung einer Betriebsanlage aus öffentlichen Rücksichten (§ 57 des Ausschussentwurfes) hin, wogegen er von seinem Standpunkte aus keine Einwendung zu erheben hätte. Der Handelsminister erbittet sich nunmehr die definitive Entscheidung des Ministerrates hinsichtlich der einzunehmenden Haltung.

Was zunächst den ersten Hauptpunkt, die Forderung des Befähigungsnachweises für eine Kategorie von als „handwerksmäßige" bezeichneten Gewerben, anbelange, so könne der Handelsminister mit Rücksicht auf das von ihm schon in der Ministerkonferenz vom 30. Jänner l. J. [Gesagte und mit Rück]sicht auf die [ern]euten diesfälligen Kundge[b]ungen aus den Gewerbekreisen und bei der auch nunmehr in früher anders denkenden Kreisen für die Richtung der Proposition eingetretenen Umstimmung nur erneut dafür plädieren, dass die Regierung darauf eingehe[3]. Er glaube, dass von den vielen und weitgehenden Forderungen

---

[a] *Der Bericht und der Motivenbericht des Gewerbeausschusses liegen dem Originalprotokoll als Beilagen 1 und 2 bei.*

v. 28. 11. 1880/III, MR. v. 29. 11. 1880/II, MR. v. 30. 1. 1882/V und MR. v. 8. 2. 1882/V (alle Protokolle liegen nicht ein). Aufgrund der Ah. E. v. 23. 11. 1879 (Vortrag von Handelsminister Korb v. 14. 11. 1879) – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4597/1879 *– hatte Korb mit Zuschrift v. 24. 11. 1879 eine Regierungsvorlage* betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung *dem Abgeordnetenhaus vorgelegt,* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1879 (17. Sitzung) 356. *Über Vortrag von dessen Nachfolger Kremer v. 1. 12. 1880 war mit Ah. E. v. 6. 12. 1880 die Zurückziehung dieses und stattdessen die Vorlage eines neuen Gesetzentwurfes* betreffend die Einführung einer Gewerbeordnung *beschlossen worden* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4646/1880 –*, die Kremer mit Zuschrift v. 16. 12. 1880 dem Abgeordnetenhaus eingebracht hatte,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) 3529.

[2] *Das zu novellierende Gewerbegesetz war eingeführt worden mit Patent v. 20. 12. 1859,* RGBl. Nr. 227/1859. *Siehe dazu MK. v. 29. 9. 1859/VI, besonders. Anm. 11,* Ömr. IV/1, Nr. 37.

[3] *Mit der* Kundgebung aus den Gewerbekreisen *waren die Beschlüsse des zweiten österreichischen Gewerbetages gemeint, der von 12. bis 14. 11. 1882 in Wien tagte; über ihn berichteten die Zeitungen, so* Wiener Zeitung (A.) v. 13. 11. 1882 *und* (M.) v. 14. 11. 1882.

der Gewerbetreibenden wenigstens der Befähigungsnachweis nicht würde abgeschlagen werden können und hielte er es bei der heutigen Lage der Dinge geradezu für unmöglich, diesfalls auf dem Standpunkte der Regierungsvorlage zu verbleiben[4].

Der Ministerpräsident betont, dass die Frage des Befähigungsnachweises wohl auch bei den Verhandlungen im Ministerrate, welche der Einbringung der Regierungsvorlage voran[gegangen, zwar an]g[enom]men wurde, dass man aber von der Anschauung ausging, dass die Sache noch nicht geklärt sei, weshalb es entsprechend erscheine, zuerst die Genossenschaften ins Leben treten zu lassen, um dann sicherer aufgrund des von denselben abgegebenen Gutachtens vorgehen zu können. Inzwischen, und während die Verhandlungen über die Vorlage schwebten, sei nun aber die diesfällige Anschauung der Gewerbekreise schon dezidiert an den Tag getreten. Damit wurde, wenn auch nicht in der vom Ministerrate in Aussicht genommenen Weise, doch tatsächlich das Votum der Praxis hinsichtlich der Einführung des Befähigungsnachweises erbracht. Man könne also sagen, dass nunmehr jene Konstatierung des Bedürfnisses eingetreten sei, in Erwartung welcher die Entscheidung im Schoße der Re[gierung früher in] suspenso be[lass]en wurde. Dazu komme, dass sich jetzt auch solche Kreise für den Befähigungsnachweis erklärt haben, welche nach ihrer sonstigen Anschauung prinzipiell dagegen sein müssten. Aus diesen Gründen müsse er sich jetzt für den Befähigungsnachweis aussprechen. Auch gebe er schließlich zu bedenken, dass, wenn die Regierung jetzt gegen die Forderung Front machen sollte, die Stellung im Abgeordnetenhause geradezu zu einer unmöglichen würde.

Minister Freiherr v. Pražák stützt sein Votum für das Eingehen auf den Befähigungsnachweis auf dieselben Gründe, welche vom Ministerpräsidenten angeführt wurden. Die Regierung wisse jetzt, wie die gewerbetreibenden Kreise über [di]e [F]rage denken. Die Forderung der Gewerbsleute gehe sogar weiter als die des Ausschusses, indem man die handwerksmäßigen Gewerbe durch das Gesetz selbst aufgezählt wissen wolle[5].

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski betont, dass nach den Emanationen des Gewerbetages allerdings die Frage, ob die gewerbetreibenden Kreise für den Befähigungsnachweis seien, ihre Lösung[b] erlangt habe.

Minister für Kultus und Unterricht beruft sich auf sein schon in der Ministerkonferenz vom 30. Jänner l. J. für den Befähigungsnachweis abgegebenes Votum und bemerkt, dass er sich darin durch die neuerlichen Emanationen des Gewerbetages bestärkt fühle. Die sehr

---

b *Eigentlich korrekt* Antwort.

4 *Der von der Regierung 1880 eingebrachte Gesetzentwurf* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) Beilage 253. *Das Gewerbegesetz von 1859* – Rgbl. Nr. 227/1859 – *und die eingebrachte Regierungsvorlage* – Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) Beilage 253 – *sahen keine Befähigungsnachweise zur Ausübung der Gewerbe vor, im Gegensatz zur Ausschussvorlage, die neben den bisherigen zwei Kategorien der freien und konzessionierten eine dritte der handwerksmäßigen Gewerbe einführte (§ 1), für die ein Befähigungsnachweis (§ 24) vorgesehen war,* Prot. Reichsrat AH. 6. 12. 1882 (244. Sitzung) Beilage 580.

5 *Die Regierungsvorlage wollte – wie bisher – nur* freie *und* conzessionierte Gewerbe *unterscheiden (§ 1),* Prot. Reichsrat AH. 26. 11. 1880 (101. Sitzung) Beilage 253*; der Gewerbeausschuss führte zusätzlich die Kategorie der* handwerksmäßigen Gewerbe *ein, die er folgendermaßen definierte:* Als handwerksmäßige Betriebe werden jene angesehen, bei denen es sich um Fertigkeiten handelt, welche die Ausbildung im Gewerbe durch Erlernung und längere Verwendung in demselben erfordern und für welche diese Ausbildung in der Regel ausreicht*,* Prot. Reichsrat AH. 6. 12. 1882 (244. Sitzung) Beilage 580*. Diese Bestimmung wollte nun der Gewerbetag erweitert wissen um den Zusatz* und welche als handwerksmäßige Gewerbe bei der Behörde angemeldet werden*,* Wiener Zeitung (A.) v. 13. 11. 1882.

weitgehenden For[derungen] de[s Gew]erbetages [war]en in Wesenheit ein Notschrei [d]es kleinen Gewerbes, welches von der Industrie erdrückt wurde und nun nach den Gründen suche, welche diese Lage verursacht haben mögen. Er könne jedoch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass in anderen Ländern, wie z. B. im südlichen Frankreich, das kleine Gewerbe floriere, ohne dass ein Befähigungsnachweis bestehe. Der Grund sei offenbar, dass dort das kleine Gewerbe schon genügsam gekräftigt war, als die Großindustrie hereinkam, und es daher dem Drucke dieser widerstehen konnte. Er betone dieses Moment, weil er glaube, dass für die Regierung bei der Zugestehung des Befähigungsnachweises wesentlich nur der Gesichtspunkt maßgebend sein könne, das kleine Gewerbe durch eine bessere Ausbildung zu kräftigen. Von diesem Ge[sichts]punkte a[us]gehend würde er es, wenn wir mit unseren Gewerbeschulen heute schon weit genug vorwärts wären, für angemessen halten, wenn der in Alinea 4 des § 24 der Vorlage erwähnte Nachweis der Befähigung durch ein Zeugnis über den mit Erfolg zurückgelegten Besuch einer gewerblichen Unterrichtsanstalt in die erste Linie der zu fordernden Nachweise der Befähigung gestellt würde und zwar in der Weise, dass die anderen Nachweisungen nur unter Umständen, etwa an Orten, wo sich keine Gewerbeschule befindet, anstelle des Schulzeugnisses treten könnten. Heute wäre allerdings eine solche allgemeine Bestimmung durch das Gesetz noch nicht möglich. Doch möchte er wünschen, dass in Gewärtigung der Entwicklung des Gewerbeschulwesens dieses Moment jetzt [schon die] Durchführung ins [Au]ge gefasst und sohin allenfalls im Verordnungswege auf die vorzugsweise Nachweisung der gewerblichen Schulausbildung aufmerksam gemacht würde, um auf diese Weise den Übergang zur künftigen Regelung in dem von ihm angedeuteten Sinne zu vermitteln.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski macht darauf aufmerksam, dass die Anschauung am letzten Gewerbetage gerade umgekehrt dahin ging, dass das Zeugnis der Gewerbeschule nicht als ausreichend zu betrachten und daher auch für solche, welche die Gewerbeschule absolviert haben, noch die Lehrzeit zu fordern sei. Er glaube, dass diesfalls auf die Anschauung der Praktiker mehr Gewicht zu legen sei.

Der Handelsminister würde sich dem Vorschlage des Ministers für Kultus und Unterricht zuneigen, wenn wir in entsprechender räumlicher Verteilung eine genügende Anzahl wirklicher Werkschulen besäßen, in welchen neben der theoretischen Ausbildung zugleich die genügende praktische Ausbildung erlangt würde. Solange dies nicht erreicht sei und namentlich auch solange nicht für die Ausbildung in den verschiedenen gewerblichen Richtungen gesorgt sei, müsste er Bedenken tragen, auch im Verordnungswege anzuordnen, dass die Schulausbildung vorausgestellt werde. Andererseits möchte er allerdings nicht wieder so weit gehen, als es der Gewerbetag forderte. Zur entsprechenden Zeit könne man ja eine Änderung der Bedingungen vornehmen.

[D]er Minister für Kultus [un]d Unterricht muss nur wiederholt betonen, dass die Regierung den Befähigungsnachweis gerechtfertigt nur zulassen könne als ein Mittel zur Hebung des kleinen Gewerbes und dass andere Gesichtspunkte wie Einschränkung der Konkurrenz usw. für sie nicht maßgebend sein können. Die Hebung werde aber nur stattfinden, wenn besser gearbeitet werde und die notwendige Vorbedingung einer besseren Arbeitsleistung sei die Erlangung einer theoretischen Fachbildung. Deshalb plädiere er für die Voranstellung der Schulausbildung.

Der Ackerbauminister ist mit Rücksicht auf den von ihm stets festgehaltenen Standpunkt dafür, dass die Regierung die Sache der Forderung des Befähigungsnachweises zur ihrigen mache.

Der Finanzminister erklärt, er habe nicht die vollkommene Sicherheit, dass mit dem Eingehen auf die Ausschussanträge etwas Gutes geschaffen werde. Was erstlich die formelle Seite der Bestimmungen des § 1 anbelange, so sei die Einteilung der Gewerbe in „a) freie Gewerbe oder b) konzessionierte Gewerbe oder c) handwerksmäßige Gewerbe" eine der Gesetzeslogik Gewalt antuende; denn die drei aufgeführten Kategorien basieren auf verschiedenen Einteilungsgründen. Der Einteilungsgrund für a) und b) sei ein öffentliches Rechtsverhältnis, für c) aber bilde den Einteilungsgrund lediglich ein gewerbliches Moment. Die Einteilung müsste doch logisch korrekt auf einen einheitlichen Grund basiert werden, wornach sie dann etwa zu lauten hätte: Die Gewerbe wer[den einge]teilt in a) unbedingt [fre]ie, oder b) bedingt freie [(]von dem Befähigungsnachweise abhängige) oder c) in konzessionierte. Ferner seien die Definitionen der konzessionierten und der handwerksmäßigen Gewerbe in den Alineas 2 und 3 des § 1 überflüssig, nachdem in den späteren Bestimmungen die Bedingungen für die Ausübung dieser Gewerbe normiert seien. Dies zur Form.

Was das Sachliche des Befähigungsnachweises anbelange, so könnte ihm eine Begründung jedenfalls nur von dem Gesichtspunkte aus gegeben werden, welchen Minister Freiherr v. Conrad hervorgekehrt habe. Wir haben leider bei allen unseren Reformen das Unglück, dass sie immer unter dem Drange politischer Verhältnisse entstehen und deshalb politisch gefärbt werden. So wurde im Jahre 1859 plötzlich über Nacht mit der neuen Gewerbeordnung die Gewerbefreiheit eingeführt[6], ohne dass der Übergang vorbereitet worden war, ohne dass man durch gewerblichen Unterricht Vorsorgen getroffen hatte. Die Folgen dieses Vorganges äußern sich nun in der Geltendwerdung einer ganz entgegengesetzten Strömung. Die Überzeugung des Finanzministers sei, dass der Grund des Niederganges des Gewerbes nicht in dem Mangel des Beschäftigungsnachweises liege. Die Gründe seien vielmehr die, dass das kleine Gewerbe schlechter arbeite, als es könnte, und dass die Gewerbsleute weniger sparen, als sie sollten, und andererseits dass die Industrie mit den natürlichen und vom Staate selbstverständlich nicht [zu] []den Faktoren einer [höhe]ren Arbeitsleistung und ei[n]er größeren Kapitalskraft auf das Kleingewerbe drücken. Der Finanzminister muss wohl zu erwägen geben, ob sich die Regierung nicht eine moralische Verantwortung für die künftige Entwicklung der Dinge auflade, wenn sie jetzt die Erwartung wachrufe, dass sich die Verhältnisse des Handwerkerstandes nunmehr bessern werden. Namentlich, wenn sich die Gesellschaft in einem wirklich leidenden Zustande befinde, scheine es dem Finanzminister doppelt erwägenswert, ob man solche Erwartungen wachrufen solle. Der von der Regierung bei der Einbringung ihrer Reformvorschläge bezüglich der Frage des Befähigungsnachweises eingenommene Standpunkt sei seines Erachtens jedenfalls besser gewesen. Man wollte damals, dass erst die Erfahrung nach Bildung der Genossenschaften abgewartet werden solle. Nun sage man freilich, die Erfahrung sei durch die Emanationen des Gewerbetages erbracht. Die Sache sei aber doch sehr verschieden. Etwas anderes sei ein Votum organisierter Genossenschaften, etwas anderes

---

6 *Die militärische Niederlage Österreichs bei Solferino und der Verlust der Lombardei 1859 machten politische Zugeständnisse notwendig, die das Ende des seit 1852 bestehenden Neoabsolutismus zur Folge hatten. Das Gewerbegesetz kam dabei den Interessen der Deutschliberalen entgegen; zur Bedeutung des Jahres 1859 für die Entwicklung Österreichs siehe* Ömr. IV/1, LXVIII ff.

ein Votum einer freien Versammlung Gewerbetreibender. Dann sprachen am Gewerbetage auch nur die Meister allein. Diese sprachen nicht für den Nachwuchs. Eine Repräsentanz der Interessen des Letzteren hätte sich vielleicht anders ausgesprochen.

Der Finanzminister kann endlich nicht unterlassen, des Widerspruches zu gedenken, welcher vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet darin liege, dass [man von] den Handwerkern [ein]en Befähigungsnachweis [f]ordere, hingegen für die Betreibung der Landwirtschaft, die gewiss auch ein schwieriges Handwerk sei, von einem solchen Nachweise absehen zu können glaube[7]. Allerdings müsse auch er zugeben, dass vom politischen Standpunkte aus die Lage der Regierung eine ganz unhaltbare werden würde, wenn sie der Forderung jetzt entgegenträte. Denn die Frage werde von den Freunden und den Gegnern der Regierung nur parteimäßig behandelt. Glaube die Regierung indessen, dass es gut sei, den Befähigungsnachweis einzuführen, dann möchte er aber raten, mit voller Entschiedenheit einzutreten. Denn nichts sei schlechter und gefährlicher, als wenn die Regierung, indem sie auf solche entscheidende Fragen eingeht, den Eindruck nur einer halben Geneigtheit mache.

Hinsichtlich der §§ 56 und 57 hat der Finanzminister keine prinzipielle Einwendung vorzubringen.

Nach einer kurzen Diskussion über eventuell vorzunehmende Stilisierungsänderungen konstatiert der Ministerpräsident, dass sich der Ministerrat für das Eingehen auf die Statuierung der Kategorie handwerksmäßiger Gewerbe mit der Erforderlichkeit des Befähigungsnachweises erklärt habe.

Der Handelsminister bemerkt nunmehr, dass er jedoch gegenüber den noch weitergehenden am Gewerbetage zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen jedenfalls an der Bestimmung des Alinea 7 [des § 1 de]s Entwurfes, wornach [die] Bezeichnung der handwerks[m]äßigen Gewerbe dem Verordnungswege vorbehalten werde, sowie ferner an der Bestimmung des Alinea 4 des § 1 des Entwurfes, wornach Handelsgewerbe und fabriksmäßig betriebene Unternehmungen von der Einreihung unter die handwerksmäßigen Gewerbe ausgenommenen bleiben sollen, unbedingt festhalten wolle. Höchstens möchte er, was letzteres Moment anbelange, zugeben, dass zu § 38 des Entwurfes eine Zusatzbestimmung aufgenommen werde, welche vorbeuge, dass nicht auf dem Umwege der Anmeldung eines Handelsgewerbes ein handwerksmäßiges Gewerbe betrieben werde.

Der Ministerrat erklärt sich mit der so proponierten Haltung einverstanden.

Sektionsrat Freiherr v. Weigelsperg legt nun mit Rücksicht auf die bereits in der Ministerkonferenz vom 30. Jänner d. J. gebrachte Auseinandersetzung den Standpunkt des Entwurfes hinsichtlich der Genossenschaften dar. Die Absicht der Regierung in der Vertretung der eigentlichen Gewerbsgenossenschaft, die Meister mit den Gehilfen zu vereinigen, wurde von allen Faktoren, die sich über die Frage aussprachen, als undurchführbar erklärt. Eine Parität hielt man für unmöglich, weil die Parität der Interessen nicht vorhanden sei. Eine Minoritätsvertretung der Gehilfen neben den Meistern würde Erstere nicht befriedigen und faktisch nur ein Element der Friedensstörung bilden. Kurz, man erkannte, dass die Ver-

---

7 *Das Patent v. 20. 12. 1859,* RGBL. Nr. 227/1859*, hielt unter Punkt V. a) fest, dass das Gewerbegesetz keine Anwendung finde auf* die land- und forstwirtschaftliche Production und ihre Nebengewerbe, soweit diese in der Hauptsache die Verarbeitung der eigenen Erzeugnisse zum Gegenstand haben*. Nachdem die Novelle des Gewerbegesetzes sich nicht auf die Landwirtschaft ausdehnen sollte, wirkte sich die Einführung eines Befähigungsnachweises auch nicht auf sie aus.*

einigung beider Elemente [an die]ser Stelle nur die Konti[nu]ität des Zwistes in der Genossenschaftsvertretung bedeuten würde. Deshalb werde jetzt proponiert, dass in der Genossenschaft zur Vertretung der allgemeinen Interessen des Gewerbes nur die Meister allein Platz nehmen, hingegen die Gehilfen eine besondere Versammlung zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen bilden sollen. Eine Vereinigung der Gehilfen und der Gewerbsinhaber solle nur stattfinden im Vorstande der Krankenkasse, welcher, entsprechend den höheren Beiträgen der Gehilfen, mit ⅔ aus Gehilfen und mit ⅓ aus Gewerbsinhabern zu bestehen hat, und weiters im schiedsgerichtlichen Ausschuss, welcher aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern aus dem Stande der Gewerbsinhaber und der Gehilfen zu bestehen hat und wo der jeweilige Obmann und dessen Stellvertreter von den Mitgliedern des Ausschusses abwechselnd aus den Meistern und aus den Gehilfen und zwar in der Weise zu wählen sind, dass die Meister die bezüglichen Funktionäre aus dem Kreise der Gehilfen und umgekehrt die Gehilfen aus dem Kreise der Meister wählen. Dieser Modus dürfte das Vertrauen beider Kreise gewinnen und scheine das paritätische Verhältnis an dieser Stelle namentlich beim Bestande der Forderung des Befähigungsnachweises deshalb wichtig, weil sich dann häufig Streitigkeiten über die Ausstellung des Arbeitszeugnisses ergeben dürften, bei welchen die Geltendmachung der Gesichtspunkte beider Interessenkreise gewiss dienlich sei.

Minister Freiherr v. Pražák [erinn]ert, dass bei diesem Ka[pi]tel der Regierungsstandpunkt [v]erlassen wurde, indem er der Ansicht sei, dass bei der Vereinigung beider Elemente in der Genossenschaftsversammlung namentlich unter der Bedingung der Teilnahme nur der schon etwas älteren Gehilfenelemente sich viel eher ein gedeihlicher Modus Vivendi hätte entwickeln können, als bei der lediglichen Vereinigung, ohne dass die gedachte Beschränkung gesetzt wäre, im Schiedsgerichtsausschusse auf einem Punkte, wo das Objekt des gemeinsamen Zusammenwirkens schon immer ein Streitgegenstand sei. Der Minister besorgt auch, dass dieses Kapitel bei den Verhandlungen im Parlamente Schwierigkeiten mache, indem wahrscheinlich nun von der Opposition für die Vertretung der Gehilfen eingestanden werden [d]ürfte. Er möchte daher für alle Fälle raten, bei diesem Kapitel nicht vorschnell die Zustimmung der Regierung zum Ausschussantrage zu erklären. Eventuell aber schiene es ihm wenigstens wünschenswert, noch die Bestimmung aufzunehmen, dass nur solche Gehilfen in den Schiedsgerichtsausschuss gewählt werden können, welche wenigstens drei Jahre als Gehilfen im Gewerbe tätig gewesen sind. Die Folge der Ausschließung der Gehilfen aus der Genossenschaftsversammlung dürfte wahrscheinlich die erneute Forderung nach Arbeiterkammern sein[8].

Der Handelsminister bemerkt, dass man sich schon in der Ministerkonferenz vom 30. Jänner l. J. für den im Ausschussentwurfe eingenommenen Standpunkt erklärt [habe. Er selb]st halte diesen [gegen]über der früheren An[sch]auung für einen Fortschritt. Für die Genossenschaftsversammlung fehle eben die Interessenidentität beider Elemente dort, aber wo die Gehilfen ihre Interessen haben, seien sie auch vertreten. Der Minister erwähnt noch, dass es im Falle, als die Opposition sich auf das Kapitel der Hilfsarbeiter würfe, gut wäre, zu sagen, dass die Regierung dieses Kapitel sowie das der Fabriksinspektoren in Behandlung zu

---

[8] *Arbeiterkammern kamen explizit zur Sprache in MR. v. 27. 2. 1888/IX und MR. I v. 7. 2. 1893/II (liegen nicht ein) sowie in MR. v. 14. 9. 1918/III,* Cmr. VIII/2, Nr. 245. *Das Thema der Arbeiterkammern wurde auch anlässlich der Diskussion um eine Wahlrechtsreform ab 1893 besprochen, siehe dazu MR. v. 4. 3. 1895,* Cmr. V/1, Nr. 113. *Zur Diskussion über die Errichtung von Arbeiterkammern im Kaisertum Österreich bzw. in Cisleithanien – als Pendant zu den Handels- und Gewerbekammern – siehe in* Prot. Konstituierende Nationalversammlung 1919/20, Beilage 736 *den Bericht des Ausschusses zur Vorbereitung der Kammergesetze.*

nehmen bereit sei. Die Voraussetzung für ersteres Kapitel wäre allerdings die Einbringung eines Gesetzes über die Haftpflicht bei Unfällen. Der Leiter des Justizministeriums Freiherr v. Pražák bemerkt, dass er ein solches Gesetz vorbereite und demnächst darüber dem Ministerrate Mitteilung machen werde[9].

Der Ministerrat erklärt sich bezüglich der Haltung gegenüber dem Entwurfe des Gewerbeausschusses dahin, dass von Seite der Regierung für die Forderung des Befähigungsnachweises eingetreten, den übrigen Propositionen des Entwurfes aber nicht entgegengetreten werde[10].

II. Der Handelsminister erbittet sich und erhält die prinzipielle Zustimmung des Ministerrates zur Veranstaltung einer Enquête behufs der Beratung der Prinzipien für Invaliditätsversorgung der Arbeiter und behält sich der Handelsminister vor, die bezüglichen der Enquête [vorzulegen]den Fragepunkte [dem] Ministerrate mitzuteilen[11].

Wien, am 23. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 26. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 437 Ministerrat, Wien, 25. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 25. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Hilfsaktion für Tirol. Instruktion für den Statthalter. II. Die vom niederösterreichischen Landtage beschlossene Loyalitätskundgebung anlässlich der Feier der 600-jährigen Herrschaft der Ah. Dynastie. III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Lloyd-Agenten Pius Terenzio und für den Lloyd-Kapitän Johann Verona. IV. Einbringung des Ge-

---

9 *Dies geschah in MR. v. 4. 12. 1882/III.*

10 *Nachdem der Gewerbeausschuss den Entwurf durchberaten hatte, begann am 6. 12. 1882 die zweite Lesung im Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 6. 12. 1882 (244. Sitzung) 8490 –*, das den Gesetzentwurf dann am 18. 12. 1882 in dritter Lesung annahm,* Prot. Reichsrat AH. 18. 12. 1882 (256. Sitzung) 8870*, womit er an das Herrenhaus weitergeleitet wurde; Fortsetzung in MR. v. 29. 1. 1883/IX.*

11 *Da im Bericht des Gewerbeausschusses des Abgeordnetenhauses eine* Reihe von Ministerialverordnungen in Aussicht genommen erscheint*, hatte Pino mit Schreiben (K.) v. 23. 8. 1882 Taaffe, Pražák und Conrad aufgefordert,* schon dermalen die Vorbereitung der betreffenden Verordnungsentwürfe in Antrag zu bringen*, da* die Abstimmung über die Ausschußbeschlüsse im *Plenum des Hauses* vielleicht von dem Inhalte der Ministerialverordnungen abhängig gemacht werden will*; unter diesen vorzubereitenden Verordnungen befand sich auch* 9.) Erlassung eines Normalstatutes für *genossenschaftliche Krankenkassen,* Ava., HM., allg., Sig 12/A, Zl. 27752/1882*. Unter derselben Aktenzahl ersuchte Pino mit Schreiben (K.) v. 27. 9. 1882 Taaffe und Conrad um* ehetunlichste *Bekanntgabe,* um hienach die im *HM.* in Aussicht genommene commissionelle Berathung baldmöglichst beginnen zu können*. In seiner Antwort v. 4. 10. 1882 teilte Taaffe mit, dass die vom Innenministerium vorzubereitenden Verordnungen* baldmöglichst übermittelt werden*; darauf bat Pino mit Schreiben (K.) v. 24. 11. 1882 erneut darum,* unverzüglich die in meiner eingangs citirten Note in Aussicht genommene Schlußberathung vornehmen zu können*,* Ava., HM., allg., Sig 12/A, Zl. 33207/1882*. Eine entsprechende Enquête in dieser Angelegenheit konnte in* Ava., HM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden. Mit Erlass Pinos an die Statthalter v. 18. 7. 1883 wurde zwar noch die Ausarbeitung der Normalstatuten für die Krankenkassen angekündigt, erste gedruckte Entwürfe liegen dem entsprechenden Akt jedoch bereits ein,* Ava., HM., allg., Karton 421, Sig. 12/A, Zl. 22037/1883. *In MR. v. 4. 12. 1882/III kam die Arbeiterunfallversicherung zur Sprache, die als Versicherungsfrage zum Justizministerium ressortierte.*

setzentwurfes betreffend die Bewilligung der Rekrutenkontingente. V. Einbringung eines Nachtragskredites für den Bau der Arlbergbahn pro 1882. VI. Rechtfertigung gegenüber dem Reichsrate der Verfügung der Einstellung der Geschwornengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro. VII. Au. Danksagungen für Ah. Auszeichnungen des Abtes Leopold Wakarz und des Dr. Carl Herrmann. VIII. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Einbringung des Schulgeldes. IX. Wegen Sanktionierung des vom kärntnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Erhöhung der Gehalte der Bürgerschullehrer. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für Maler Eduard Charlemont.

KZ. 113 – MRZ. 93

Protokoll des zu Wien am 25. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die gestern stattgehabte Komiteeberatung über die in Tirol bezüglich der Hilfsaktion gehegten Wünsche und [Ab]sichten[1]. Die Desiderien wurden dabei in eingehende Erwägung gezogen und wurde die Stellungnahme zur Angelegenheit so weit schon präzisiert, um dem Statthalter die nötigen Instruktionen zu erteilen, damit vom Landtage nicht Beschlüsse gefasst werden, welche dann der Regierung das Vorgehen erschweren.

Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert und teilt mit, dass aufgrund der Berichte des Statthalters sowie aufgrund des aus der Anlage ersichtlichen Berichtes und der daran anknüpfenden Anträge des Landesausschusses[a] in Beratung gezogen wurden folgende Punkte:

a. Die Frage der Beschließung eines Landesgesetzes, wornach ein Landesanlehen bis zum [Höchstb]etrage von drei Millionen [Gul]den zu 4 ½% verzinslich und in 50 Jahren aus den Mitteln des Getreideaufschlagsfonds[2] vom Jahre 1900 angefangen rückzahlbar, im Wege der Hinausgabe von Teilschuldverschreibungen kontrahiert werden soll (Punkt VI Alinea 1 der Anträge des Landesausschusses);

b. die Frage der Gewährung von Begünstigungen für dieses Landesanlehen (Punkt VI Alinea 2 der Anträge des Landesausschusses);

c. die Frage der Gewährung von unverzinslichen, frühestens vom Jahre 1890 an zurückzuzahlenden Staatsvorschüssen an Gemeinden, Konkurrenzen und Private im Mindestbetrage von drei Millionen Gulden, für deren Rückzahlung das Land dem Staate gegenüber die Haftung übernehmen will (zweites Desiderium des Alinea 2 des Punktes VII der Anträge des Landesausschusses);

d. die Frage der Staatsbeiträge zu den Flussregulierungen und Herstellungen, wobei erwartet werde, dass der Staat zu den fraglichen Kosten mit $\frac{3}{5}$ (gegenüber dem Lande mit dem Beitrage von $\frac{2}{5}$) konkurriere. Darunter sind begriffen: Regulierung der Etsch mit Einschluss der Eisackeinmündung (Punkt I der Anträge des Landesausschusses); dringende Schutzbauten in den der Statthaltereiabteilung Trient unterstehenden politischen Bezirken (Punkt II der

---

[a] *Der Bericht und die Anträge des Landesausschusses liegen dem Originalprotokoll als Beilage 1 und Subbeilage bei.*

[1] *Fortsetzung des MR. I v. 23. 11. 1882/V.*

[2] *Der Getreideaufschlag von Tirol wurde zuletzt erwähnt in MR. v. 15. 11. 1882/XI, Anm. 32. Da Ungarn während Wirtschaftsausgleichsverhandlungen regelmäßig dessen Abschaffung forderte und sich Cisleithanien seine Beibehaltung stets mit anderen Zugeständnissen erkaufen musste, bedeutete diese Zweckwidmung eine Unsicherheit in der Landeshaftung.*

Anträge des Landesausschusses); Drau- und Rienzregulierung, forstliche Schutzbauten und all[gemein]e Schutzbauten im Etsch- [und] Eisacktale (Punkt III der Anträge des Landesausschusses);
e. die Frage der Gewährung einer weiteren allgemeinen nicht zurückzuzahlenden Staatsaushilfe, worüber im Statthaltereiberichte gesagt werde, dass man diesfalls einen Betrag von fünf Millionen Gulden wünsche (erstes Desiderium des zweiten Alinea des Punktes VII der Anträge des Landesausschusses).

Das Komitee habe sich über die vorläufige Stellungnahme gegenüber diesen Punkten vollkommen geeinigt und proponiere daher der Ministerpräsident, auf Grundlage der Komiteebeschlüsse dem Statthalter in Tirol (in gleichzeitiger Erledigung des Sonderberichtes desselben) die aus der Anlage ersichtlichen Weisungen über die vorne angeführten Fragen zu geben[b]. Der Erlass wird zur Verlesung gebracht.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski gibt zu erwägen, ob nicht, indem man hier für Regulierungen von Flüssen und Bächen, welche nicht Staatsgewässer sind, die Hälfte der Kosten als Staatsbeitrag zugestehe, damit ein für andere künftige Fälle bedenkliches Präjudiz geschaffen werde, nachdem der Staat bei solchen Regulierungen bisher in der Regel nur mit ⅓ konkurrierte.

Sektionschef Freiherr v. Kubin macht darauf aufmerksam, dass bei den hier infrage stehenden Regulierungen das sonst übliche Drittel der Interessenten entfalle. Übrigens könne auch schon nach der von der Regierung eingebrachten Vor[lage be]treffend die Förderung [der] Landeskultur auf dem Gebiete des Wasserbaues der Staatsbeitrag unter Umständen bis auf die Hälfte der Kosten hinaufgehen.

Der Ackerbauminister bemerkt, dass der letzterwähnte eventuelle Konkurrenzmaßstab für Herstellungen im Quellengebiete angenommen werde und dort deshalb gerechtfertigt sei, weil solche Regulierungen entweder gar nicht oder nur zum geringsten Teile zum Vorteile der Adjazenten selbst gereichen, sondern der Nutzen der Herstellungen weit entfernt vom Regulierungsgebiete und häufig in andern Ländern empfunden werde.

Der Minister für Kultus und Unterricht regt an, ob nicht in Anbetracht des Umfanges der im Ganzen notwendig werdenden Hilfsaktion es entsprechend wäre, hinsichtlich derselben eine besondere Finanzoperation und zwar am besten im Vereine mit der vom Lande beabsichtigten Operation vorzunehmen.

Der Finanzminister hält eine solche Operation immerhin für möglich, bemerkt aber, dass der Zeitpunkt jetzt ungünstig sei und dass das diesfällige Zusammengehen mit dem Lande wohl auch lange Verhandlungen erheischen würde.

Der Ministerrat erklärt zur proponierten Instruktion an den Statthalter seine Zustimmung[3].

---

[b] *Die Abschrift des Erlasses des Ministers des Innern an den Statthalter von Tirol liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

[3] *Aus der Beilage 2 dieses Protokolls geht hervor, dass der Erlass an den Statthalter am 25. 11. 1882 abgesandt wurde. Mit Telegramm v. 26. 11. 1882 zeigte Widmann an, er* werde heute Nachmittags *dem Landtag* Bemerkungen des eben erhaltenen Erlasses 18011 über Entwurf des Anlehensgesetzes, dann über Modalitäten rückzahlbarer Staatsvorschüsse zur Berücksichtigung empfehlen, trage aber ernstliche Bedenken durch Mittheilung weiteren Inhaltes diese Erlasses bisheriges Ergebniß der Ausschußberathungen vollständig infrage zu stellen und damit erneute Diskussionen hervorzurufen, deren Folgen *ich* nicht vorhersehen kann*; mit Telegramm (K.) v. 27. 11. 1882 beharrte Taaffe auf der Ausführung seines Erlasses,* Ava., IM., allg. Karton 842, Sig. 28, Zl. 18289/1882. *Die letzte Sitzung des Landtages fand am 30. 11. 1882 statt,*

II. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache den in der Sitzung [des nied]erösterreichischen Landta[ge]s vom 23. Oktober 1882 über Antrag des Abgeordneten Freiherrn v. Villa-Secca gefassten Beschluss, wornach aus Anlass des 27. Dezember 1882, an welchem Tage sechs Jahrhunderte der glorreichen Herrschaft der Ah. Dynastie zum Abschlusse kommen, der Landmarschall und der Landesausschuss im Namen des Landes und der Bevölkerung Niederösterreichs Sr. k. u. k. apost. Majestät neuerdings das Gelöbnis der unwandelbaren Treue und unerschütterlichen Anhänglichkeit ehrfurchtsvollst unterbreiten sollen[4]. Der Landmarschall von Niederösterreich habe sich nun bei ihm angefragt, wie es sich hinsichtlich der au. Vorbringung der fraglichen Loyalitätskundgebung zu benehmen sein dürfte, ob eine au. Adresse Sr. Majestät zu unterbreiten oder zu diesem Behufe von Sr. Majestät eine Audienz zu erbitten wäre.

Der Ministerpräsident glaube, dass es nicht am Platz wäre, von seiner Seite in dieser Angelegenheit einen au. Antrag zu stellen und möchte er daher nur die Angelegenheit sowie die Anfrage des Landmarschalls zur Ah. Kenntnis Sr. Majestät bringen, damit Se. Majestät die Ah. Entscheidung fällen könne. Der Ministerpräsident wisse auch nicht, ob Se. Majestät zu dem betreffende Zeitpunkte in Wien sein werden, obgleich nach der Meinung des Ministerpräsidenten der Empfang einer bezüglichen Deputation nicht gerade auf den 27. Dezember zu fallen brauchte, sondern auch einige Tage früher stattfinden könnte, wenn die Ah. Entscheidung Sr. Majestät [in d]ieser Weise getroffen würde. In diesem Falle beabsichtigte auch der Erzbischof von Wien mit dem Episkopate der Kirchenprovinz Sr. Majestät die Huldigung darzubringen[5].

Ferner teilt der Ministerpräsident mit, dass der Fürsterzbischof von Wien behufs der würdigen kirchlichen Feier des erwähnten Gedenktages ein solennes Hochamt abzuhalten und hiezu wie bei den üblichen jährlichen Anlässen die Behörden einzuladen beabsichtige. Ein solches Vorhaben, sowie auch die feierliche Beteiligung der Beamten an der kirchlichen Feier, könne selbstverständlich keinem Anstande unterliegen. Doch wolle er auch hievon an Se. Majestät au. Meldung erstatten.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem vom Ministerpräsidenten beabsichtigten Vorgehen einverstanden[6].

Prot. Landtag Tirol 30. 11. 1882 (3. Sitzung) 2. *Mit Vortrag Taaffes v. 4. 12. 1882 zeigte er den Schluss des Tiroler Landtages an, was mit Ah. E. v. 10. 12. 1882 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4651/1882. *Den vom Landtag beschlossenen Gesetzentwurf über die Aufnahme eines Landesanlehens von drei Millionen Gulden legte Taaffe gemeinsam mit dem Beschluss des Landtages* wegen Übernahme der Haftung seitens des *Landtages* für die Rückzahlung der vom Staat erhofften Vorschüsse *mit Vortrag v. 14. 12. 1882 vor, die Franz Joseph mit Ah. E. v. 18. 12. 1882 genehmigte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4807/1882*, das Gesetz über das Landesanlehen publiziert als* Lgbl. Tirol und Vorarlberg Nr. 3 *ex* 1883. *Die Gesetzesvorlagen in dieser Angelegenheit für den Reichsrat wurden besprochen in MR. v. 29. 11. 1882/I.*

4 *Nach dem Sieg über Ottokar II. von Böhmen in der Schlacht auf dem Marchfeld 1278 konnte der erste habsburgische deutsche König Rudolf I. seine Söhne Albrecht und Rudolf am 27. 12. 1282 mit den Ländern der ausgestorbenen Babenberger – damit auch mit dem Herzogtum Österreich – belehnen. Aus Anlass dieses Jubiläums stellte der Abgeordnete Ludwig Freiherr v. Villa-Secca diesen Antrag,* Prot. Landtag Niederösterreich 23. 10. 1882 (13. Sitzung) 362.

5 *Die Schreiben des niederösterreichischen Landmarschalls Cajetan Freiherrn v. Felder und des Erzbischofs von Wien Cölestin Joseph Ganglbauer an Taaffe konnte in den Beständen des* Ava., Ministerratspräsidium *sowie in* IM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

6 *Mit Vortrag Taaffes v. 25. 11. 1882 teilte er Franz Joseph die besprochenen Angelegenheiten mit und mit Ah. E. v. 30. 11. 1882 wurde der Empfang einer Deputation am 27. 12. 1882 in Wien zugesagt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4491/1882. *Mit Ah. E. v. 14. 12. 1882 gestattete Franz Joseph auf Vortrag Taaffes v. 3. 12. 1882 eine Au-*

III. Der Ministerpräsident referiert über die vom Ministerium des Äußern ins Auge gefasste bzw. befürwortete Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Lloyd-Agenten in Port Saïd Pio Terenzio und für den Lloyd-Kapitän Johann B. Verona wegen der von diesen beiden Persönlichkeiten während der Ereignisse in Ägypten[7] im Interesse österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger bewiesenen sehr verdienstlichen Haltung. Nachdem die Statthalter von Triest und von Dalmatien die Auszeichnungswürdigkeit dieser beiden Persönlichkeiten bestätigen, [bea]bsichtige de[r] Ministerpräsi[dent] dem Ministerium des Äußern [z]u erklären, dass vom hierseitigen Standpunkte gegen deren Berücksichtigung kein Anstand obwalte und, dass man, nachdem es sich um im Auslande erworbene Verdienste handle, die diesfällige au. Vortragerstattung dem Ministerium des Äußern anheimstelle.

Der Handelsminister hat nur das Bedenken, ob nicht der proponierte Auszeichnungsgrad namentlich für Verona relativ zu hoch gegriffen sei, und hält er es für entsprechend, dass man sich diesfalls noch näher informiere. Es wird die nähere Information über diesen Punkt durch den Handelsminister vorbehalten und erklärt sich der Ministerrat mit der Erledigungsproposition für den Fall einverstanden, als von Seite des Handelsministers nicht bezüglich des Grades ein Gegenantrag vorgebracht werden würde[8].

IV. Der Landesverteidigungsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung zur Aushebung der Rekrutenkontingente im Jahre 1883 nach der aufgrund der Volkszählung vom 31. Dezember 1880 erfolgten und bereits mit dem Gesetze vom 16. Februar 1882, RGBl. Nr. 19, behufs der Rekrutenaushebung für 1882 genehmigten Feststellung[9]. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[10].

V. Der Handelsminister bringt vor, dass wegen der großen Fortschritte, die der Bau der Arlbergbahn genommen habe, ein Nachtragskredit von zwei Millionen [Gulde]n pro 1882 erforderlich sei. [N]achdem der Finanzminister mit der Einbringung der Nachtragskreditfor-

---

dienz Ganglbauers und der Bischöfe aus den 1282 erworbenen Gebieten, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4696a/1882. *Gleichzeitig forderte Franz Joseph – mit dem Originalprotokoll eingelegten und in diesem Band mit abgedruckten Bemerkungen – Taaffe auf, die Reden und Antworten während dieser Zeremonie vorzulegen, was mit Vortrag v. 10. 12. 1882 geschah. Der Vortrag wurde undatiert mit der Ah. E. ad acta gelegt,* Die Beilagen sind Mir am 26. in Wien wieder vorzulegen, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4696b/1882. *Zum Festgottesdienst und dem Empfang der Huldigungsdeputationen der Bischöfe, des nieder- und des oberösterreichischen Landtages, des Wiener Gemeinderates und der Universität Wien mit Reden und den Antworten Franz Josephs siehe* Wiener Zeitung (A.) v. 27. 12. 1882. *Der Bericht (K.) des Statthalters von Niederösterreich Possinger an Taaffe v. 28. und 30. 12. 1882 über die Kundgebungen in Niederösterreich,* Nöla., Statthalterei, Präs., Fasz. P 11, Zl. 8999/1882, *eingelegt* Zl. 8993/1882.

7 *Zu den Ereignissen in Ägypten siehe MR. v. 23. 8. 1882/VI, Anm. 18.*

8 *Mit Vortrag von Außenminister Kálnoky v. 10. 12. 1882 wurden neben anderen auch für Terenzio das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens und für Verona das goldene Verdienstkreuz mit Krone beantragt; diese wurden mit Ah. E. v. 15. 12. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4713/1882.

9 *Fortsetzung des MR. v. 15. 2. 1882/II (liegt nicht ein), Einbringung des Rekrutenkontingentgesetzes pro 1882 in den Reichsrat über Vortrag Welsersheimbs v. 31. 12. 1881 mit Ah. E. v. 6. 1. 1882,* Ka., MKSM. 82–1/1–1/1882 *und Sanktionierung nach Annahme durch den Reichsrat über Vortrag Welsersheimbs v. 15. 2. 1882 mit Ah. E. v. 16. 2. 1882,* Ka., MKSM. 82–1/1–2/1882, *das Gesetz v. 16. 2. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 19/1882. *Zur Kontingentsaufteilung der Rekruten auf Basis der Volkszählung 1880 siehe MR. v. 24. 6. 1882/I, Anm. 2.*

10 *Über Vortrag Welsersheimbs v. 26. 11. 1882 wurde mit Ah. E. v. 7. 12. 1882 die Einbringung eines Gesetzentwurfes für das Rekrutenkontingent pro 1883 in den Reichsrat bewilligt,* Ka., MKSM. 82–1/1–3/1882/1882. *Dies geschah mit Zuschrift Welsersheimbs v. 8. 12. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 9. 12. 1882 (246. Sitzung) 8575. *Fortsetzung in MR. v. 13. 12. 1882/IX.*

derung prinzipiell einverstanden sei, so erbitte sich der Handelsminister die Zustimmung des Ministerrates zur fraglichen Einbringung vorbehaltlich der hinsichtlich der näheren Modalitäten des Vorgehens mit dem Finanzminister zu treffenden Vereinbarung. Der Ministerrat erklärt unter diesem Vorbehalte seine Zustimmung[11].

VI. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák erinnert, dass in Gemäßheit der Bestimmung des Alinea 3 des § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die zeitweise Einstellung der Geschwornengerichte[12], die Regierung verpflichtet sei, die während der Vertagung des Reichsrates erlassene Verordnung des Gesamtministeriums vom 20. Juni 1882 RGBl. Nr. 77 betreffend die Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für den Kreisgerichtssprengel Cattaro in Dalmatien, dem Reichsrate unmittelbar nach dessen Zusammentritte unter Darlegung der Gründe der Verfügung vorzulegen[13].

Der Minister produziert die aus der Anlage ersichtlichen zum Zwecke der Vorlegung verfassten Gründe[c] und erbittet sich die Entscheidung des Ministerrates darüber, ob die Vorlegung durch den Ministerpräsidenten oder durch ihn (Leiter des Justizministeriums) [erfolgen] solle. Der Ministerpräsident hält es für entsprechend, dass die Vorlegung durch den Leiter des Justizministeriums erfolge, weil der Ressortminister die Verfügung zu vertreten habe.

Der Ministerrat erklärt sich für diesen Antrag und genehmigt die vorgelegten Gründe[14].

VII. Der Minister für Kultus und Unterricht erlaubt sich, im Wege des Ministerratsprotokolles zur Ah. Kenntnis Sr. k. u. k. apost. Majestät zu bringen den au. Dank des Abtes des Zisterzienserstiftes Hohenfurt Leopold Wackař für die demselben durch die Ag. Verleihung des Sternes zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens zuteilgewordene Ah. Auszeichnung[15],

---

[c] *Die* Gründe *zur Erlassung einer kaiserlichen Verordnung (Notverordnung) liegen dem Originalprotokoll als Beilage 3 bei.*

[11] *Der Bau der Arlbergbahn war zur Sprache gekommen in MR. v. 4. 11. 1882/V; siehe besonders auch MR. v. 24. 6. 1882/III, Anm. 12. Mit Ah. E. v. 2. 12. 1882 erhielt Dunajewski auf seinen Vortrag v. 27. 11. 1882 die Ermächtigung, den Nachtragkredit in den Reichsrat einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4518/1882. *Das Abgeordnetenhaus erhielt einen entsprechenden Gesetzentwurf mit Zuschrift Dunajewskis v. 4. 12. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8474. *Nach der Annahme durch beide Häuser – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 15. 12. 1882 (251. Sitzung) 8715 f.*; Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 18. 12. 1882 (69. Sitzung) 1072 – *legte Dunajewski den Gesetzentwurf mit Vortrag v. 22. 12. 1882 Franz Joseph vor, der ihn mit Ah. E. v. 26. 12. 1882 sanktionierte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. Nr. 4898/1882*; das Gesetz v. 26. 12. 1882 wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 181/1882. *Die Verstaatlichung der Vorarlberger Bahn kam zur Sprache in MR. v. 11. 1. 1884/VII.*

[12] *Gesetz v. 23. 5. 1873,* Rgbl. Nr. 120/1873. *Letzte Beratung des Gesetzes in MR. I v. 27. 5. 1873/II.*

[13] *Besprochen in MR. v. 13. 6. 1882/III.*

[14] *Mit Zuschrift Pražáks v. 27. 11. 1882 wurde die Verordnung des Gesamtministeriums zur Aufhebung der Geschworenengerichte in Süddalmatien v. 20. 6. 1882,* Rgbl. Nr. 77/1882*, dem Reichsrat zur nachträglichen Zustimmung vorgelegt,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8472*; Annahme durch den Reichsrat, Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 13. 12. 1882 (249. Sitzung) 8650, *Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 16. 12. 1882 (68. Sitzung) 1066*, wodurch die Verordnung vom Reichsrat bestätigt wurde. Siehe auch die Bemerkungen Franz Josephs und die Antwort Taaffes zu diesem Tagesordnungspunkt im Anschluss an dieses Protokoll. Die Verlängerung der Sistierung der Geschworenengerichte in Süddalmatien kam erneut auf die Tagesordnung in MR. v. 30. 4. 1883/X.*

[15] *Zur Ordensverleihung an Wackař siehe MR. v. 21. 10. 1882/III.*

ferner den au. Dank des am 16. d. M. an der deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag sub auspiciis Imperatoris zum Doktor der Rechte promovierten Carl Herrmann für die ihm hiedurch zuteilgewordene Ah. Auszeichnung[16].

VIII. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben der Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Bestimmung des Landesgesetzes vom 24. Februar 1873 über die Einbringung des [Schulgeld]es an [ö]ffentlichen Volks[schu]len[17]. Der Entwurf stimme in Wesenheit mit der hiefür eingebrachten Regierungsvorlage überein. Die einzige hievon prinzipiell abweichende Beschlussfassung des Landtages, wornach zur Entscheidung über Schulgeldbefreiungen anstatt der Gemeindebehörden die Schulbehörden kompetent erklärt werden, könne vom Regierungsstandpunkte aus nur als erwünscht betrachtet werden.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[18].

IX. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, die Ah. Sanktion zu erwir[k]en für den vom kärntnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Gehalte der Bürgerschullehrer (Abänderung des § 25[d] des Landesgesetzes vom 27. Oktober 1871)[19]. Prinzipiell walte gegen den Entwurf kein Anstand ob. Was aber die finanzielle Frage anbelange, so habe man sich schon jetzt, um die verhältnismäßig niedrig dotierten Lehrkräfte zu erhalten, veranlasst gesehen, denselben Personalzulagen zuzuwenden, sodass nach Einziehung der Letzteren der jährliche Mehraufwand nach dem Inslebentreten des Gesetzes sich nur auf 190 fl. belaufen würde.

Der Finanzminister bemerkt, dass, wenn nunmehr anstatt der Personalzulagen die Gehaltserhöhung eintrete, [doch d]er Einfluss hinsichtlich der [Pens]ionsbezüge in Betracht zu nehmen komme, wornach der finanzielle Effekt sich bedeutender darstellen dürfte. Der Minister gibt dies zu bedenken, namentlich mit Rücksicht auf die über Kärnten hereingebrochene Kalamität und den Umstand, dass die finanziellen Verhältnisse des Landes, welches nicht imstande sei, für die Grundentlastungsschuld aufzukommen, überhaupt schlechte seien. Im Allgemeinen hält es der Finanzminister für entsprechend, dass man bei Ländern, welche schlechte Finanzen haben, trachte, dort, wo es möglich sei, der Beschließung von neuen Aufwänden entgegenzutreten.

---

d *Im Originalprotokoll irrtümlich § 24.*

16 *Auf Vortrag Conrads v. 11. 7. 1882 war Herrmann diese Auszeichnung mit Ah. E. v. 19. 7. 1882 zuteilgeworden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2830/1882.

17 *Das Gesetz v. 24. 2. 1873,* Lgbl. Böhmen Nr. 16/1873*, war beraten worden in MR. v. 29. 1. 1873/V. Beschluss des böhmischen Landtages zur Abänderung der Regelung über das Schulgeld* Prot. Landtag Böhmen 20. 10. 1882 (XIV. Sitzung) 301.

18 *Der mit Vortrag Conrads v. 28. 11. 1882 vorgelegte Gesetzentwurf wurde mit Ah. E. v. 6. 12. 1882 sanktioniert –* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4589/1882 – *und publiziert als* Lgbl. Böhmen Nr. 76/1882.

19 *Gesetz v. 27. 10. 1871,* Lgbl. Kärnten Nr. 24/1871; *besprochen in MR. v. 23. 10. 1871/IX,* Cmr. II, Nr. 608; *Beschluss des Kärntner Landtages zur Abänderung der Gehalte der Bürgerschullehrer* Prot. Landtag Kärnten 7. 10. 1882 (7. Sitzung) 108.

Der Minister für Kultus und Unterricht bemerkt, dass das Land mit den beschlossenen Gehalten erst auf die Höhe der in anderen Ländern bereits bestehenden diesfälligen Gehalte hinaufkomme und daher die Erhöhung notwendig sei, weil sonst die tüchtigen Lehrkräfte auswärts gingen. Die faktische Mehrauslage sei minimal und das Gesetz würde jetzt nur auf das Lehrpersonale der einzigen Bürgerschule Kärntens in Klagenfurt Anwendung finden.

Der Ministerrat erklärt zum Vorhaben des Ministers für Kultus und Unterricht seine Zustimmung[20].

X. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den in Paris befindlichen österreichischen [Maler Eduard] Charlemo[n]t in [Ane]rkennung seiner vorzüglichen künstlerischen Leistungen das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[21].

Wien, am 25. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 437a Beiblatt zu Ministerrat, Wien, 25. November 1882

Dem Protokoll des Ministerrates v. 25. November 1882 einliegendes Beiblatt

Zu Punkt II dieses Protokolls ersuche ich Graf Taaffe, mir wegen Entgegennahme der beabsichtigten Loyalitätskundgebungen wegen etwaigen Reden und Antworten, bestimmt[e] Anträge zu stellen.

Zu Punkt VI mache ich auf meine Bemerk[ung] im beiligenden Exemplar der Gründe aufmer[ksam][1].

Ferner ersuche ich[a] um Aufklärung, ob und wa[nn] behufs Verlängerung der Wirksamkeit der Militär Gerichte in Süddalmatien, welche im[mer] noch sehr notwendig scheint, veranlasst wird.

Erhalten 30. 11. Taaffe.

Dem vorstehenden Ah. Auftrage zu Punkt II wurde mittelst der entsprechenden Erledigung über die von Sr. Majestät infolge des bezüglichen au. Vortrages erlassene Ah. Resolution nachgekommen.

---

a *Dieses Wort ist weggelassen worden.*

20 *Über Vortrag Conrads v. 28. 11. 1882 wurde der Gesetzentwurf mit Ah. E. v. 3. 12. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4537/1882, *publiziert als* Lgbl. Kärnten Nr. 20/1882.

21 *Der Orden wurde dem Genannten aufgrund der Ah. E. v. 4. 12. 1882 verliehen, der mit Vortrag Conrads mit Vortrag v. 28. 11. 1882 beantragt worden war,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4544/1882.

1 *Die in den Gründen, also der Rechtfertigung der kaiserlichen Verordnung, enthaltene Passage (Beilage 3 des Protokolls)* Durch die Monate Oktober 1881 zum Ausbruche gelangte aufständische Bewegung in mehreren Berggemeinden *Crivoscjes kommentierte Franz Joseph* Crivoscjes ist kein Land mit mehreren Gemeinden, sondern nur ein Theil der Gemeinde Risano.

Zu Folge der Ah. Bemerkung Sr. Majestät zu Punkt VI wurde in den Gründen für die Einstellung der Geschwornengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro auf Seite 6 vom Herrn Leiter des Justizministeriums die entsprechende Korrektur für die Vorlage in der Weise durchgeführt, dass anstatt der Worte: „in mehreren Berggemeinden Crivoscjes“ die Worte gesetzt wurden: „in mehreren zur politischen Gemeinde Risano gehörigen Fraktionen“[2].

Anbelangend die Verlängerung der Wirksamkeit der Militärgerichte in Süddalmatien wurde der bezügliche Beschluss des Ministerrates vom 29. November d. J. mit dem am 1. Dezember d. J. vorgelegten Ministerratsprotokolle zur Ah. Kenntnis Sr. Majestät gebracht.

Franz Joseph.
Wien am 2. Dezember 1882. Taaffe.

Nr. 438 Ministerrat, Wien, 29. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 29. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Über die vom Ministerpräsidenten in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses beabsichtigten Mitteilungen über den Notstand in Tirol. II. Verlängerung der Ausnahmsgerichtsbarkeit für Dalmatien. Einbringung eines bezüglichen Gesetzentwurfes. III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Klimesch. IV. Wegen Sanktionierung der vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwürfe betreffend die Basis der Volksschulumlagen auf die direkten Steuern. V. Wegen Nichtsanktionierung des vom Istrianer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend das Halten und Weiden von Ziegen. Einbringung eines bezüglichen neuen Entwurfes. VI. Betreffend die Vorsorge für die Bedeckung der Nachtragsforderung zu dem gemeinsamen Aufwande für das Jahr 1880.

KZ. 115 – MRZ. 94

Protokoll des zu Wien am 29. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt vor, dass er, um allen etwaigen Anfragen oder Anträgen seitens des Abgeordnetenhauses in Angelegenheit [des Tiro]ler [N]otstandes zuvorzukommen, die Absicht habe, gleich in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses, und zwar beim Beginne derselben, noch vor der Mitteilung der Einläufe sich das Wort zu erbitten und dem Hause eine entsprechende Darlegung über die Tiroler Katastrophe zu machen[1]. Er gedenke, dabei in der Weise vorzugehen, dass er zuerst eine übersichtliche Darstellung der Kalamitäten und der eingetretenen Schäden vorbringe, dann unter gleichzeitiger Produzierung der beiden Notstandsverordnungen[2] darlege, welche Verfügungen die Regierung behufs der Gewährung der dringendsten Hilfe bereits getroffen habe, endlich auf die mit der Einberufung des Tiroler Landtages im Zusammenhange stehenden weiteren Hilfsabsichten hinweise[3]. Zum Schlusse [beabsichtige] er einen Appell an [das] Haus des Sinnes zu richten, [d]ass die Regierung er-

---

2 *Der von Pražák geänderte Text in* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) Beilage 585.

1 *Fortsetzung des Themas der Naturkatastrophe in Tirol von MR. v. 25. 11. 1882/I.*

2 *Kaiserliche Verordnung v. 26. 9. 1882,* Rgbl. Nr. 130/1882 – *MR. v. 26. 9. 1882/I – und kaiserliche Verordnung v. 30. 10. 1882,* Rgbl. Nr. 152/1882 – *MR. v. 29. 10. 1882/I.*

3 *Diese vom Tiroler Landtag gestellten Hilfsforderungen waren besprochen worden in MR. v. 25. 11. 1882/I.*

warten zu können glaube, bei ihrer Hilfsaktion vom ganzen Hause, wie dies auch in früheren ähnlichen Fällen geschehen sei, die kräftigste Unterstützung zu erhalten. Er erbitte sich die Zustimmung des Ministerrates zu einem solchen Vorgehen, indem er sich vorbehalte, den näheren Inhalt der so beabsichtigten Ansprache im Ministerrate zur Verlesung zu bringen.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem Vorhaben des Ministerpräsidenten einverstanden[4].

II. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr [v.] Pražák referiert bezüglich der dem Reichsrate vorzulegenden kaiserlichen Verordnung vom 25. Juni 1882, RGBl. Nr. 82, wodurch die Geltung des Gesetzes vom 28. Februar 1882 betreffend die Einführung von Ausnahmsgerichten in Dalmatien bis Ende Dezember 1882 verlängert wurde[5]. Zugleich mit der Vorlage dieser Verordnung wolle er im Reichsrate auch den aus der Anlage ersichtlichen Gesetzentwurf[a] einbringen, welcher bezwecke, die fragliche Ausnahmsgerichtsbarkeit abermals und zwar bis Ende Juni 1883 zu verlängern. Der Minister teilt die aus der Beilage 2 ersichtlichen, dem Entwurfe beizugebenden „Erläuternden Bemerkungen"[b] mit, mit welchen die Gründe dargelegt werden, welche sowohl den Erlass der Verordnung vom [25. Juni] 1882 erheischten als [auc]h die weitere Verlänge[r]ung der Ausnahmsgerichtsbarkeit notwendig machen.

Auf eine Anfrage des Landesverteidigungsministers bemerkt Minister Freiherr v. Pražák, dass im Falle der Notwendigkeit einer weiteren Verlängerung vom Ende Juni 1883 ab, dieselbe anstandslos wieder mittelst einer kaiserlichen Verordnung erfolgen könne.

Der Ministerrat erklärt zu dem Vorhaben des Leiters des Justizministeriums seine Zustimmung.

Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass hiemit auch die dem Ackerbauminister in Ragusa überreichte und vom Ministerpräsidenten an den Leiter des Justizmini[ste]riums übermittelte Eingabe der Gemeindevertretung von Ragusa um die Einstellung der Wirksamkeit der Militärgerichte, in welcher Eingabe diese Ausnahmsgerichtsbarkeit als eine für Ragusa unnötige Maßregel dargestellt werde, ihre Erledigung finde[6].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Statthaltereirat und Vorstand des Rechnungsdepartements der Statthalterei in Brünn, Anton Klimesch, in Anerkennung sei-

---

a *Liegt dem Ministerratsprotokoll als Beilage 1 bei.*

b *Liegt dem Ministerratsprotokoll als Beilage 2 bei.*

4 *Fortsetzung in MR. v. 4. 12. 1882/I.*

5 *Über diese kaiserliche Verordnung beriet MR. v. 21. 6. 1882/VII. Mit ihr wurde die Ausnahmsgerichtsbarkeit verlängert, die mit Gesetz v. 22. 2. 1882,* RGBL. Nr. 22/1882*, eingeführt worden war; dazu siehe MR. v. 4. 5. 1882/II, Anm. 5.*

6 *Zur Reise Falkenhayns nach Dalmatien siehe zuletzt MR. v. 4. 11. 1882/II. Den Vortrag Pražáks v. 30. 11. 1882 resolvierte Franz Joseph mit Ah. E. v. 3. 12. 1882, indem er ihn ermächtigte, die kaiserliche Verordnung sowie einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Ausnahmsgerichtsbarkeit in Süddalmatien dem Reichsrat vorzulegen,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 4542/1882*; die Vorlage erfolgte mit Zuschrift Pražáks v. 4. 12. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* PROT. REICHSRAT AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8473. *Der Umfang der Militärgerichtsbarkeit wurde nicht geändert, Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und für Landesverteidigung v. 26. 12. 1882,* RGBL. Nr. 179/1882. *Fortsetzung in MR. v. 19. 12. 1882/XIV.*

ner 50-jährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung den Or[den] der Eisernen Krone III. Klasse [zu] erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrags die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[7].

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, die Ah. Sanktion zu erwirken für die vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung des § 53 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 5. April 1870[8] und betreffend die Abänderung des § 5 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 18. Dezember 1871[9]. Die beiden Gesetzentwürfe stellen hinsichtlich der Umlagen für Volksschulen die infolge der Änderung der Steuergesetze notwendig gewordene Bestimmung auf, dass nunmehr die fraglichen Umlagen auf die direkten Steuern einschließlich aller Staatszuschläge umzulegen sind. Außerdem ordne ersterer Entwurf an, dass die Deckung des Mehrbedarfes dann schon aus dem Landesfonds zu geschehen habe, wenn die Umlagsziffer bei Grund- und Gebäudesteuer 8 % und bei Erwerb- und Einkommensteuer 6 % übersteigen müsste. Gegen die Entwürfe walte kein Anstand ob.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[10].

[V. De]r Ackerbauminister be[ab]sichtigt, bei Sr. k. u. k. apost. Majestät au. zu beantragen, dass dem vom Istrianer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfe betreffend das Halten und Weiden von Ziegen die Ah. Sanktion nicht erteilt werde, und zwar aus dem Grunde, weil zufolge der vom Landtage vorgenommenen Abänderung des § 11 der Regierungsvorlage die Anwendbarkeit des Feldschutzgesetzes auf gewisse nicht besonders qualifizierte Übertretungen des vorliegenden Gesetzes ausgeschlossen würde, ohne dass zugleich für die fraglichen Übertretungen eine direkte Strafsanktion ausgesprochen erschiene[11]. Zugleich beabsichtige er, sich die Ah. Ermächtigung zur Einbringung eines neuen, die erwähnte, vom Landtage, in den bezüglichen Konsequenzen offenbar nicht beabsichtigte, Änderung korrigierenden Entwurfes zu erbitten.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[12].

---

7 *Über Vortrag Taaffes v. 2. 12. 1882 wurde der Orden mit Ah. E. v. 11. 12. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4661/1882.

8 *Gesetz v. 5. 4. 1870,* Lgbl. Niederösterreich Nr. 34/1870 – *MR. v. 21. 3. 1870/II (liegt nicht ein),* Cmr. II, Nr. 347; *zur Änderung dieses Gesetzes siehe* Prot. Landtag Niederösterreich 23. 10. 1882 (13. Sitzung) 330.

9 *Gesetz v. 18. 12. 1871,* Lgbl. Niederösterreich Nr. 44/1871 – *MR. II v. 14. 12. 1871/VII,* Cmr. III/1, Nr. 9; *zur Änderung dieses Gesetzes, die unmittelbar im Anschluss an den in der vorstehenden Anm. zitierten Beschluss erfolgte, siehe* Prot. Landtag Niederösterreich 23. 10. 1882 (13. Sitzung) 330.

10 *Die Gesetzentwürfe wurden mit Ah. E. v. 10. 12. 1882 über Vortrag Conrads v. 2. 12. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4652/1882*; das Gesetz* betreffend die Abänderung des § 53 des niederösterreichischen Landesgesetzes *v. 5. 4. 1870 publiziert als* Lgbl. Niederösterreich Nr. 64/1882 *und das Gesetz* betreffend die Abänderung des § 5 des niederösterreichischen Landesgesetzes *v. 18. 12. 1871 als* Lgbl. Niederösterreich Nr. 65/1882.

11 *Die Einbringung dieses Gesetzentwurfes war beraten worden in MR. v. 25. 7. 1882/II. Der Landtag nahm den Gesetzentwurf mit der hier besprochenen Änderung an in* Prot. Landtag Istrien 2. 9. 1882 (VIII. Sitzung) 102.

12 *Mit Ah. E. v. 10. 12. 1882 wurde über Vortrag Falkenhayns v. 2. 12. 1882 der Gesetzentwurf nicht sanktioniert und der Ackerbauminister gleichzeitig ermächtigt,* den rückfolgenden Gesetzentwurf über denselben Gegenstand *erneut einzubringen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4647/1882*. Dieser Gesetzentwurf wurde vom Istrianer Landtag in seiner nächsten Session angenommen* Prot. Landtag Istrien 2. 9. 1883 (VIII. Sitzung) 54 *und über Vortrag Falkenhayns v. 8. 11. 1883 mit Ah. E. v. 11. 11. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4145/1883*, publiziert als* Lgbl. Triest und Küstenländer 1851–1918 Nr. 11 *ex* 1884.

VI. Der Finanzminister teilt mit, dass nach den Delegationsbeschlüssen bezüglich des gemeinsamen Staatsaufwandes pro 1883 sich eine Herabminderung des Voranschlages für diesseits um 54.879 fl. ergebe[13], dass jedoch hingegen infolge der durch die Delegationen geschehenen Genehmigung des gemeinsamen Rechnungsabschlusses pro 1880 sich die Notwendigkeit der [] einer gemeinsamen [Nach]tragsforderung für das Jahr 1880 herausstelle[14], wovon auf die diesseitige Reichshälfte die Summe von 2,046.450 fl.[15] entfalle. Darnach werden gegenüber dem Präliminare die Kosten der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Auslagen für das Jahr 1883 um 1,991.571 fl. erhöht. Der Finanzminister beabsichtige, sich die Ah. Ermächtigung behufs der diesem Mehrerfordernisse entsprechenden Voranschlagsänderung zu erbitten und ersuche um die Zustimmung des Ministerrates zu diesem Vorhaben.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[16].

Wien, am 29. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 11. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 439 Ministerrat, Wien, 29. und 30. November 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 30. 11.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Huber.

[I.] Einbringung der Gesetzentwürfe über Erwerbsteuer, Aktiensteuer, Rentensteuer und Personaleinkommensteuer.

KZ. 117 – MRZ. 95

Protokoll des zu Wien am 29. und 30. November 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

[I.] Der Finanzminister bringt zur Verhandlung die Gesetzentwürfe a) über die Erwerbsteuer, b) über die Besteuerung der zur öffentli[c]hen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbsunternehmungen, c) über die Rentensteuer und d) über die Personaleinkommensteuer[1]. Der

---

13 *Der vom gemeinsamen Ministerrat den Delegationen vorzulegende gemeinsame Voranschlag pro 1883 war mitgeteilt worden in MR. v. 26. 9. 1882/VII. Beschluss I der Delegationen der XVII. Session (in Budapest 1882),* Prot. Delegation RR. 18. 11. 1882 (5. Sitzung) 181. *Beschluss II war das außerordentliche Heereserfordernis für Bosnien-Herzegowina, Beschluss III Nachtragsforderungen für das Budget 1882.*

14 *Beschluss IV der Delegationen der XVII. Session (in Budapest 1882),* Prot. Delegation RR. 18. 11. 1882 (5. Sitzung) 193.

15 *Entsprechend des Quotenschlüssels betrug der cisleithanische Anteil 68,6 % der gesamten Überschreitung.*

16 *Mit Vortrag v. 30. 11. 1882 teilte Dunajewski mit, die wegen der Überschreitung des gemeinsamen Budgets höheren Ausgaben in den Staatsvoranschlag pro 1883 der diesseitigen Reichshälfte einzubeziehen, was mit Ah. E. v. 5. 12. 1882 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4583/1882.

1 *Zum Steuergesetz der* zu öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbsunternehmen *(Aktienunternehmen) siehe zuletzt MR. v. 13. 6. 1882/VIII, zur Behandlung im Ministerrat siehe dort Anm. 18. Ein Vergleich der Entwürfe eines Aktiensteuergesetzes (das bisher in das Einkommensteuergesetz von 1849 integriert war) aus den Jahren 1868 und 1874 befindet sich in* Fa., FM., Präs, Fasz. 17 1/1, Karton 3056, Zl. 2787/1882*; ein Vergleich der Entwürfe eines Rentensteuergesetzes (das bisher in der 1849 eingeführten Einkommensteuer enthalten war) aus den Jahren 1863, 1864 und 1874 befindet sich in* Fa., FM., Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3056,

Finanzminister hebt einleitend hervor, dass an der Reform der direkten Steuern bereits seit zwei Dezennien von verschiedenen Finanzministern gearbeitet wurde. Nachdem nun endlich im Jahre 1881 die Reform der Grundsteuer[2] und im Jahre 1882 die der Gebäudesteuer[3] zur Durchführung gebracht wurde, wolle er mit der neuerlichen Einbringung obiger Entwürfe trachten, das Reformwerk dem Abschlusse zuzuführen[4]. Die Entwürfe stehen grundsätzlich auf der Basis der früheren Vorlagen und stimmen, einige Änderungen ausgenommen, auch im Detailinhalte mit denselben überein. Die vier Entwürfe müs[sen] als ein zusammenhängendes Ganzes und müssen auch die Steuererfolge derselben zusammenhängend betrachtet werden. Denn die Erwerbsteuer und die Aktiengesellschaftensteuer geben nach den Propositionen gegenüber den entsprechenden jetzigen Steuern ein Minus. Hingegen gebe die Rentensteuer ein beträchtliches Plus. Der Ertrag der Personaleinkommensteuer sei problematisch. Weil es sich um eine neue Steuer handle, wurde der Satz der Steuereinheit möglichst gering angenommen, um die Einbekennung zu erleichtern. Darnach berechne er für vorläufig den Ertrag auf nicht ganz vier Millionen[5].

Hofrat Huber erörtert die Prinzipien der Steuerentwürfe und betont, dass die drei erstbezeichneten Entwürfe auf dem Prinzipe der sich lediglich an den Ertrag haltenden Objektsbesteuerung, der Personaleinkommensteuer-Entwurf aber auf dem Prinzipe der an die subjektive Leistungsfähigkeit sich haltenden Einkommensteuer basiere. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, dass es entsprechend sei, radikale Abweichungen zu vermeiden, wurde für die Erwerbsteuer der I. Klasse, d. i. für die selbstständigen Erwerbsunternehmungen und Beschäftigungen, anschließend an den bisherigen Vorgang der Steuerbemessung, ein Tarif für die Beschäftigungshauptabteilungen und nach Ortskategorien abgestuft, jedoch nur mit Minimalsteuersätzen mit wenigen Modifikationen beibehalten. [De]m Tarife wurde jedoch [mi]t einer beschränkten Zahl von Klassen eine Skala für die Abstufungen des Ertrages mit Gegenüberstellung der für denselben entsprechenden Steuersätze beigefügt, welch letztere, auf einer mäßigen Progression beruhend, eine Erleichterung der Steuerlast für den genauer fassbaren Ertrag des Kleingewerbes gestatte und andererseits wieder ermögliche, den mittleren Ertrag der großen Unternehmungen verhältnismäßig zu treffen. Die Steuerperiode werde

---

Zl. 2837/1882*; ein Vergleich schließlich der Entwürfe zur Reform der Einkommensbesteuerung aus den Jahren 1863, 1864, 1868, 1874 und 1876 befindet sich in* Fa., FM., Präs., Fasz. 17 1/1, Karton 3056, Zl. 2904/1882. *Alle diese Entwürfe wurden in den Reichsrat eingebracht, ein Beschluss des Hauses erfolge aber in keinem Fall.*

2 *Zur Novellierung des Grundsteuergesetzes von 1869 siehe MR. I v. 29. 10. 1882/I, Anm. 12. Mit Gesetz v. 30. 3. 1881 –* Rgbl. Nr. 25/1881 *– wurden die in Gesetz v. 28. 3. 1880 –* Rgbl. Nr. 34/1880 *– bestimmten Fristen verlängert (zu beiden Gesetzen siehe die oben zitierte Anm.). Daneben wurde 1881 auch die Hauptsumme der Grundsteuer mit 37,5 Millionen Gulden festgelegt. Dieser Betrag sollte für 15 Jahre gelten, da die Steuerhöhe nur in diesen Zeitabständen revidiert werden sollte; Gesetz v. 7. 6. 1881,* Rgbl. Nr. 49/1881*, MR. v. 5. 2. 1881/VII und MR. v. 2. 6. 1881/VIII (liegen nicht ein).*

3 *Gesetz v. 9. 2. 1882,* Rgbl. Nr. 17/1882*, MR. v. 8. 11. 1880/IV, MR. 9. 3. 1881/II und MR. v. 4. 2. 1882/II (liegen alle nicht ein).*

4 *Die auf dieser Sitzung genannten vier Steuern waren die direkten Personalsteuern – im Gegensatz zur Grund- und Gebäudesteuer, den direkten Objektsteuern. Von diesen Personalsteuern waren neben einer Gebäudesteuer auch eine Renten- und eine Personaleinkommensteuer 1874 dem Reichsrat vorgelegt worden,* Prot. Reichsrat AH. 13. 2. 1874. (19. Sitzung) 595 *(beraten in MR. II v. 24. 2. 1873/XV und MR. v. 3. 2. 1874/II – Letzterer liegt nicht ein). Mit ihrer Rückziehung wurden 1876 neue Regierungsentwürfe der Erwerb-, Renten-, Aktiengesellschafts- und Personaleinkommenssteuer dem hohen Haus vorgelegt,* Prot. Reichsrat AH. 19. 10. 1876 (196. Sitzung) 6792 *(besprochen in MR. v. 12. 10. 1876/XI, liegt nicht ein). In beiden Fällen blieben die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus in der zweiten Lesung stecken.*

5 *Zu den Berechnungen der erwarteten Steuererträgnisse siehe Buchstabenanm. h dieses Protokolles.*

auf drei Jahre festgesetzt, sodass während dieser Zeit keine Erhöhung, wohl aber die Ermäßigung eintreten könne. Vom Billigkeitsstandpunkte aus wichtig sei die Festsetzung der quartalen Steuerfälligkeit gegenüber der bisherigen semestralen. Was endlich die Veranlagung der Erwerbsteuer anbelange, so werde dieselbe nach der jetzigen Proposition nicht, wie in den früheren Entwürfen, Kommissionen unter Intervenierung von durch die Steuerpflichtigen gewählten Mitgliedern, sondern den Steuerbemessungsbehörden aufgrund der Erklärungen der Steuerträger und Gutachten der Gemeindevorstände übertragen und nur für die Entscheidungen über Rekurse und Beschwerden bei den Finanzlandesbehörden die Mitwirkung von Kommissionen, deren Mitglieder von den Landtagen zu wählen sind, bestimmt.
Über den Entwurf betreffend die Besteuerung der Aktiengesellschaften hebt Referent hervor, dass dabei von der Besteuerung der Zinsen der in solchen Unternehmungen dauernd angelegten, fremden [Kapi]talien (Prioritätsobliga[tio]nen) durch den Schuldner Umgang genommen und deren Abrechnung bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage gestattet wurde, wogegen die fraglichen Kapitalszinsen in die Rentensteuer einbezogen werden. Die den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vorschusskassen nach dem Gesetze vom 27. Dezember 1880 gewährten Erleichterungen werden auch im vorliegenden Entwurfe in Wesenheit aufrecht erhalten[6].
Durch die Rentensteuer sollen nach dem Entwurfe namentlich die Zinsen von auf steuerpflichtige Realitäten sichergestellten Kapitalien, welche bisher der Besteuerung zwar gesetzlich durch das den Schuldnern gestattete Abzugsrecht, tatsächlich aber nur in den seltensten Fällen, unterlagen, sowie die Zinsen von an erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen dargeliehene Kapitalien, welche gleichfalls dem selten ausgeübten Abzugsrechte derselben unterlagen, bei den Zinsenberechtigten unmittelbar getroffen werden.
Der jetzige Entwurf über die Personaleinkommensteuer unterscheide sich von dem früheren diesfälligen Entwurfe wesentlich dadurch, dass das Ausmaß der Steuer nicht mittelst eines Kontingentes, sondern durch ein bestimmtes – für das erste Jahr im Gesetze mit 50 Kreuzern ausgesprochenes, für die folgenden Jahre durch das Finanzgesetz zu bestimmendes – Perzent normiert werde; dann durch die Bestimmung, dass zehn Perzent des Ertrages der Steuer den Landesfonds der einzelnen Länder zu Landeszwecken zugewiesen werden.

Zunächst wird in die [Det]ailberatung des Entwurfes über die Erwerbsteuer eingegangen. Vor dem Eingehen in die einzelnen Bestimmungen wird das mit den dem § 6 des Entwurfes beigegebenen Tarifen A) und B) proponierte Steuerausmaß in Diskussion gezogen.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass in beiden Tarifen das Progressivsystem angenommen werde. Er sei, wie er schon auch bei den früheren Anlässen es betont habe, gegen das Progressivsystem, weil es streng wissenschaftlich genommen nicht durchführbar sei. Denn, werde es konsequent angewendet, so komme man schließlich dahin, das ganze Einkommen zu sequestrieren. Tue man das aber nicht und höre bei einer bestimmten Grenze mit der Progression auf, so begehe man eine Willkürlichkeit, indem man das größere Vermögen gegenüber dem kleineren verhältnismäßig geringer besteuere. Sehe er aber von dem Prinzipe ab, so müsse er sich doch gegen die Art und Weise wenden, in welcher die Progression in den beiden vorliegenden Tarifen zur Anwendung komme.

---

6 *Gesetz v. 27. 12. 1880,* RGBL. Nr. 151/1880, *besprochen in MR. II v. 13. 12. 1880/I (liegt nicht ein).*

In der Tabelle A)[7] werde mit 3 % des Ertrages mit der Steuer begonnen, bei 5.000 fl. des Ertrages betrage die Steuer 6,20 %, bei 10.000 fl. nur 7,10 % und bei 50.000 fl. 7,82 %, also nicht ganz 8 %. Während sonach die Steigerung vom Anfange der Besteuerung bis zum Ertrage von 5.000 fl. 3,20 % betrage, betrage sie von 5.000 fl. bis 50.000 fl. nur 1,62 %, [also] nur etwas über 1 ½%. [Dar]aus folge, dass die progressive Steigerung der Steuer bei den höheren Bezügen eine verhältnismäßig viel geringere sei als bei den niederen Bezügen, während eigentlich das Verhältnis der Steigerung umgekehrt sein sollte. Noch auffallender sei die Aufstellung im Tarife A), wenn man damit die Sätze im Tarife B) vergleicht. Nach dem Tarife B) werde ein Jahresbezug von 20.000 fl. mit 10 %, d. i. mit 2.000 fl., besteuert, während nach dem Tarife A) ein Ertrag von 20.000 fl. nur mit 7,55 %, sohin mit 1.510 fl. besteuert werde. Die Begünstigung der Klasse A) gegenüber der Klasse B) in den höheren und mittleren Positionen sei aber umso weniger gerechtfertigt, als in der Klasse B) der ganze wirkliche Bezug unausweichlich getroffen werde, während bei der Klasse A) nur der mittlere Ertrag zur Basis genommen werde. Der Minister schlägt vor die Anwendung eines degressiven, mindestens bei beiden Klassen gleichmäßigen Systems, und zwar in der Weise, dass von 10 % bei 50.000 fl. in entsprechender, möglichst gleichmäßiger, Degression herabgegangen werde.

Der Finanzminister bemerkt, dass die Progressivsteuer eine Konsequenz der gegenwärtigen Strömung sei. Auch fordere man die Anwendung dieses Prinzipes gerade auf der rechten Seite des Hauses[8]. Es wäre also unmöglich, von demselben abzugehen. Die Aufgabe könne nur sein, so vorzugehen, um den Absurditäten dieses Prinzipes möglichst auszuweichen. Die Will[kür] sei hiebei unumgänglich, [die]selbe sei überhaupt immer vorhanden, wenn man einen bestimmten Zahlensatz aufstelle. Was das Verhältnis der Perzentuierung in den Tabellen anbelange, so erkläre sich der proponierte Vorgang vor allem aus dem steuerpolitischen Momente, dass die Masse der Steuerkraft eben in den kleineren Bezügen vorhanden ist und dass andererseits die Anzahl derer, welche von höheren Erträgen, z. B. von Erträgen über 20.000 fl., besteuert werden, eine sehr geringe ist. Zugleich müsse man darauf Bedacht nehmen, dass, je höher bei der Erwerbsteuer I. Klasse die Perzentuierung für die größeren Erträge ausfalle, desto schwerer richtige Einbekenntnisse zu bekommen seien. Endlich dürfe man durch die Progression auch die Kapitalsbildung nicht gefährden. Andererseits müsse wieder beachtet werden, dass der kleine Gewerbsmann nach der neuen Steuer gegenüber jetzt um vieles geringer belastet werde. Nach dem jetzigen Systeme komme bei diesem, bei einem Ertrage von 600 fl., die Steuer auf 60 fl., während er nach der Vorlage in Zukunft bei einem solchen Ertrage nur 19 fl. Steuer im Ganzen zahlen werde, weil ihn die Personaleinkommensteuer noch nicht trifft.

Der Ackerbauminister erklärt, dass er sich bei dem Momente beruhige, dass in der Tat der kleine Gewerbsmann nach den neuen Vorlagen geringer besteuert werde.

Der Landesverteidigungsminister erklärt sich für das [Prin]zip der Progression, teilt [je]doch insoferne die Anschauung des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski, als er es gleichfalls ungerechtfertigt findet, dass man in der I. Klasse schon mit 8 % aufhöre, während man in der II. Klasse bei dem Bezuge von 20.000 fl. schon 10 % [a]und darüber hinaus 12 %[a] normiere. Er schließt sich daher dem Antrage auf eine entsprechend gleichmäßige Perzentuierung in

---

[a–a] *Einfügung Welsersheimbs.*

[7] *Zur Skala der Tabelle (Tarif) A sowie dem Tarif B siehe Buchstabenanm. c dieses Protokolls.*

[8] *Siehe dazu* Kolmer, Parlament und Verfassung 3: 310 ff.

beiden Klassen an, zumal dann der durch ein Heruntergehen in der II. Klasse sich ergebende Ausfall durch das entsprechende Plus in der I. Klasse sich decken müsste. Als Maßstab des Vorgehens schlägt aber der Landesverteidigungsminister vor, dass nach der Tabelle A) von 5.000 fl. aufwärts bis zu 50.000 fl. gleichmäßig bis auf 12 % hinaufgegangen werde.

Der Handelsminister spricht sich dafür aus, dass in der Tabelle A) die perzentuelle Steigerung bis auf 10 % gebracht werde. Man würde damit, wenn auch der finanzielle Erfolg nicht wesentlich wäre, doch einen politischen Erfolg haben. Nach weiterer kurzer Diskussion wird über Antrag des Ministers Freiherrn v. Pražák beschlossen, die Motionen wegen Abänderung der Tarife dem Finanzminister ad referendum zu geben.

Bei der Beratung der einzelnen Paragrafen des Entwurfes wird zu § 4 a) 1), erster Absatz vom Ackerbauminister und vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski [übere]instimmend hervorgehoben, da[ss] die Worte „und zwar im Wege der Selbstbewirtschaftung" leicht zu irrigen Auslegungen Anlass geben könnten und daher zu streichen sein dürften. Denn, wenn, was natürlich sei, das Gesetz wolle, dass der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft – insoweit hiedurch lediglich der bereits von der Grundsteuer getroffene Ertrag erzielt wird – von der Erwerbsteuer befreit sei und nachdem andererseits für die eventuelle Erwerbsbesteuerung des Pächters ohnehin vorgesorgt sei, erscheine obiger beschränkender Beisatz gegenstandslos und daher überflüssig. Der Finanzminister will, um allfälligen irrigen Auslegungen in dieser Beziehung vorzubeugen, in den Motiven besonders hervorheben, dass der Grundbesitzer von dem Betriebe der Landwirtschaft keine Erwerbsteuer zu zahlen hat. Damit geben sich die Proponenten zufrieden.

Der zweite Absatz des Punktes 1), § 4 a), wird über Antrag des Finanzministers selbst gestrichen.

Zu § 5 a) wird vom Ackerbauminister auf die mindere Eignung der Gemeindevorsteher zur Abgabe eines Gutachtens über die Grundlage der Steuerbemessung hingewiesen. Der Finanzminister erwidert, dass der Gemeindevorsteher nicht zu umgehen sei, dass aber sein Gutachten auch nicht ausschlaggebend sei, indem ja bei Ermittlung die Beamten unter eventueller Mitwirkung von Sachverständigen tätig seien, und [dass auch] der Rekurs offenstehe. Die Entwurfsbestimmung wird akzeptiert.

Zu § 11 Alinea 3 wird vom Minister Freiherrn v. Pražák beantragt, dass behufs Vermeidung der mit der allgemeinen Anzeigepflicht der Dienstgeber verbundenen Vexaktionen zu der mit dieser Bestimmung geforderten Anzeige nur jene verpflichtet werden, welche steuerpflichtige Dienst- oder Lohnbezüge auszahlen. Der Antrag wird unter Zustimmung des Finanzministers akzeptiert.

Bei § 17 wird vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski bemerkt, dass es ihm entsprechend geschienen hätte, wenn bei beiden in Wesenheit gleichen Steuerklassen die Schuldigkeitsänderungen in gleichen Terminen und zwar bei beiden quartaliter eintreten würden. Der Minister stellt jedoch keinen Antrag.

Bei § 18 wird vom Finanzminister besonders darauf aufmerksam gemacht, dass darnach nunmehr die von der zweiten Instanz in der gemischten Kommission gefällte Entscheidung über Steuerrekurse endgiltig sein werde.

Zu § 22 wird vom Finanzminister hervorgehoben, dass bis jetzt die Haftung in den Steuergesetzen nicht normiert gewesen war. Ferner klärt Minister Freiherr v. Pražák auf, dass die unterschiedliche Normierung der Haftung hier und im Rentensteuergesetzentwurfe daher [rührt, da]ss sich die betreffen[den] Bestimmungen genau an die für die verschiedenen Fälle erflossenen gerichtlichen Entscheidungen anschließen.

Über Antrag des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski wird beschlossen, dass der zweite Satz des § 23 des Entwurfes auch in die drei anderen Gesetzentwürfe an betreffender Stelle aufzunehmen sei.

Der Handelsminister bemerkt, dass er im vorigen Jahre mittelst einer bezüglichen Gesetzesproposition beim Finanzministerium die Anregung gegeben habe zu einer Erwerbsteuerbesteuerung der Segelschiffe nach einer nach den Jahren des Schiffes, der allmählichen Abnützung desselben entsprechenden, absteigenden Skala und dass ihm vom Finanzministerium die Zusicherung gegeben wurde, dass dieser Anregung beim Erwerbsteuergesetze entsprochen werden solle[9]. Der Handelsminister sehe nun im Entwurfe eine diesfällige besondere Vorsorge nicht getroffen, wie auch in der Liste der Minimalsätze für besondere Unternehmungen des fraglichen Punktes nicht gedacht sei. Er frage deshalb, ob daher nicht doch das von ihm ursprünglich proponierte Spezialgesetz einzubringen wäre, welches ja mit der allgemeinen Erwerbsteuerregelung nicht im Widerspruche stünde. Hofrat Huber erwidert, dass man beim Bestande der dreijährigen Steuerperiode hinsichtlich der Steuerbemessung für die Segelschiffe von drei zu drei Jahre gradatim heruntergehen könne, indem ja die allmähliche Abnützung des [Schiffe]s nach den allgemeinen [Bestimm]ungen des Gesetzes in Rücksicht gebracht werden könne. Außerdem sei für Havarien durch das Gesetz vorgesorgt.

Sonach wird der Entwurf über die Erwerbsteuer mit vorläufiger in-suspenso-Belassung der Tarife A) und B) in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung[b] vom Ministerrate angenommen.

Ende der Beratung am 29. November 1882.

Konferenz am 30. November 1882

Der Finanzminister präsentiert infolge der ihm in der gestrigen Konferenz ad referendum gegebenen Anträge die aus der Anlage ersichtliche Umarbeitung der Tarife A) und B) zum Erwerbsteuergesetzentwurfe[c].

Die neu proponierten Tarife werden vom Ministerrate akzeptiert und erscheint sonach der Entwurf über die Erwerbsteuer im Ganzen angenommen.

Es wird sonach zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbsunternehmungen übergegangen.

Zu § 2 litt. c) wird über Antrag des Ministerpräsidenten behufs besserer Klarstellung der Bestimmung vor dem Worte „Vereine“ das Wort „Versicherungs-“ eingeschaltet.

---

[b] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

[c] *Liegen dem Originalprotokoll als Beilagen 2 und 3 bei.*

[9] *Der Gesetzentwurf* betreffend die Einhebung der Erwerb- und Einkommen-Steuer von den zum Betriebe der Schiffahrt zu See bestimmten Segel-Schiffe mit einem skalamäßigen Nachlaße*, den Pino mit Schreiben (K.) v. 22. 3. 1881 Dunajewski zukommen ließ in* Ava., HM., Präs 1656/1880*; die Skala selbst in* Ava., HM., Präs 1561/1880*; mit seiner Antwort an Pino v. 14. 9. 1881 sicherte Dunajewski für die Erwerbsteuernovelle zwar nicht die Berücksichtigung der Skala zu, aber dass* Segelschiffe je nach Maßgabe des als Basis der Besteuerung sich ergebenden Jahresertrages schon vom ersten Jahre ihres Bestandes weit geringere Steuersätze zu tragen haben würden*, als der Vorschlag Pinos vorgesehen hätte,* Ava., HM., Präs 1333/1881.

Bei § 3A)b) werden über Antrag des Ministers Freiherr v. Ziemiałkowski die Schlussworte: „Aus den bilanzmäßig nicht ausgewiesenen Erträgnissen“ aus dem [Entwurf] gestrichen, weil sie nur [eine] Wiederholung der schon im Absatze A) ausgesprochenen Norm ausdrücken.

Zu § 4 wird vom Minister Freiherr v. Ziemiałkowski mit Rücksicht auf den Umstand, dass bei der Erwerbsteuer das Progressivsystem angewendet sei und es sich bei der Aktiensteuer wesentlich um dasselbe Besteuerungsobjekt handle, nur mit dem Unterschiede, dass hier Gesellschaften und bei der Erwerbsteuer einzelne Personen die Steuersubjekte bilden, im Interesse der Gerechtigkeit beantragt, dass auch bei der Aktiensteuer eine progressive Besteuerung und zwar in der Weise statuiert werde, dass von 300 fl. Reinertrag aufwärts bis zu dem Reinertrage von 10.000 fl. die Steuer sich von dem für den kleinsten besteuerten Reinertrag per 300 fl. anzunehmenden Satze von 1 % bis auf 10 % steigere.

Der Finanzminister findet den Antrag nicht begründet, weil das Verhältnis gegenüber der Erwerbsteuer doch sehr verschieden sei. Die Erwerbsteuer sei eine eigentliche Ertragssteuer, bei welcher von drei zu drei Jahren der mittlere Ertrag besteuert werde. Die Aktiensteuer hingegen, wenn sie auch als Ertragssteuer benannt werde, sei in Wesenheit eine Einkommensteuer, durch welche alljährlich das wirkliche wechselnde Einkommen getroffen werden solle. Außerdem komme zu beachten, dass die Aktiengesellschaften von keiner weiteren Steuer betroffen werden, während die einzelnen, der Erwerbsteuer unterliegenden, Personen auch von [der Person]aleinkommensteuer [betr]offen werden.

Minister Freiherr v. Pražák wendet sich gleichfalls gegen den Abänderungsantrag, indem er betont, dass die Verschiedenheit des Besteuerungsmodus hier und bei der Erwerbsteuer ihre Rechtfertigung vor allem in den verschiedenen Grundlagen finde, auf welchen die Ermittlung des Reingewinnes bei den beiderseitigen Steuern basiere. Die Aktiengesellschaften seien mit der proponierten Besteuerung gegenüber jetzt begünstigt, da ihnen der Abzug der Zinsen der Passivkapitalien gestattet sei.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass die einzelnen Aktionäre auch der Personaleinkommensteuer unterliegen und dass die Erwerbsteuerpflichtigen sich gewiss auch die Passivzinsen abziehen werden. Der Antrag des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski wird verworfen.

Zu § 13 letztes Alinea wird vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski beantragt, die Bestimmung des letzten Satzes dieses Alineas dahin abzuändern, dass die Ordnungsstrafen in den Armenfonds jener Gemeinde zu fließen haben, „in welcher die Gesellschaft ihren Sitz hat“. Der Ministerrat erklärt sich für die Fassung des Entwurfes.

Sonach wird der Gesetzentwurf über die Besteuerung der zur Rechnungslegung verpflichteten Erwerbsunternehmungen in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung akzeptiert[d].

Es wird in die Bera[tun]g des Gesetzentwurfes über die Rentensteuer eingegangen.

Zu § 1 wird über Anfrage des Ministers Freiherrn v. Ziemiałkowski vom Referenten Hofrat Huber dargelegt, dass sich unter die Objekte der Steuer auch Pachtschillinge für Propinationsrechte und für Mühlverpachtungen reihen.

Zu § 5 wird vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski hervorgehoben, dass ihm nicht einleuchte, weshalb hinsichtlich der Höhe der Besteuerung ein Unterschied gemacht werde zwischen den Renten aus Zinsen von öffentlichen Schuldverschreibungen und Dividenden und zwischen den anderen, im § 1 angeführten, Renten, welche aus Zinsen von Privatdarle-

---

[d] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 4 bei.*

hen, aus Zinsen steuerfreier Gebäude etc. fließen. Der Minister beantragt daher, dass für alle der Rentensteuer unterliegenden Rentenbezüge eine gleiche Steuer, und zwar im Ausmaße von 10 %, normiert werde.

Der Finanzminister bemerkt, dass die Besteuerung von Obligationszinsen und Dividenden schon jetzt in demselben Ausmaße effektiv geschehe und hier der Steuer nicht zu entgehen und dieselbe nicht zu überwälzen sei. Anders sei es bei den übrigen Rentenbezügen. Für diese sei die Besteuerung in Wirklichkeit ein Novum. Deshalb rechtfertige es sich, mit einem niedrigeren Satze anzufangen. Insbesondere sei aber zu besorgen, dass bei der hauptsächlichsten Partie dieser [Steuer]klasse, bei den Zinsen [de]s Privatdarlehen, unter den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen im Falle eines höheren Satzes nach wie vor die Steuer ganz oder doch zum Teile auf den Schuldner überwälzt werde. Später und mit der Besserung der ökonomischen Verhältnisse dürfte man hinaufgehen können.

Der Landesverteidigungsminister bringt Folgendes vor. Er stelle keine Anträge mehr. Er könne den Finanzminister in seiner schwierigen Aufgabe nur unterstützen wollen. Der Standpunkt des Ministers für Landesverteidigung sei:
a) Trachten, die Besteuerung möglichst ergiebig zu machen, nicht nur, um laufende Erfordernisse zu decken, sondern auch Kredit für Kriegszeiten zu sparen.
b) Vorsorge zu treffen, dass die schwere Belastung der Steuerträger in einer Weise geregelt werde, damit nicht die Begünstigung der Herrschaft des Kapitalismus eine Bewegung fördere und zu Krisen führe, in welchen die bewaffnete Macht gegen die eigene Bevölkerung zur Bekämpfung einer Frage gebraucht werden müsste, welche durch Waffengewalt doch nimmermehr zu lösen sein wird.

Man möge dem Landesverteidigungsminister daher zugutehalten, wenn er in so wichtiger Frage auch über die Ressortgrenzen des bloßen Kartätschentums hinaus mit möglichst kurzen Worten seine Anschauungen lediglich prinzipiell zum Ausdrucke bringt. Der Landesverteidigungsminister begrüße das bei Erwerb- und Personaleinkommensteuer eingeführte System der Degression zugunsten der Vermögenslosen im kleinen arbeitenden [Volke], hätte dagegen eine [kräfti]ge Erhöhung der Erwerbsteuer nach obenzu für zweckmäßig und billig gehalten – Gleichstellung des Maximalperzentsatzes für beide Erwerbsteuerklassen wie des Satzes für die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbsunternehmungen auf 12 %. Er finde es nur entsprechend, wenn übrigens der Perzentsatz für das Einkommen, welches auf mit Risiko verbundene Arbeit – sei selbe physischer oder geistiger Natur – beruht, auf ein gewisses Maß beschränkt werde, welches hinter jenem wesentlich zurückbleibt, das den Besitz, den Genuss und die reine Spekulation treffen soll und kann.

Diesbezüglich vermag der Landesverteidigungsminister aber den Perzentsatz der Rentenbesteuerung nicht als entsprechend hoch und nicht als im Verhältnisse – namentlich zu der so extrem und vielfach auferlegten Grundsteuer zu erkennen, welch Letztere mit dem Besitze doch auch Arbeit involviert – und speziell auch die Begünstigung der Zinsen der Privatdarlehen, Schuldforderungen, Leibrenten etc. nicht zu billigen – trotz aller Argumente, welche der eben herrschende Kapitalismus dagegen ins Feld zu führen sucht. Er glaube, dass namentlich dem Einwande der Entziehung des Kapitals durch Mittel gesetzlicher Strenge und Kontrolle – wenn man sich dazu entschließen wollte – entgegenzuarbeiten wäre, und dass die Gefahr der Verscheuchung des Kapitals bei dem in Österreich verhältnismäßig zu den großen Kulturstaaten sehr hohen Zinsfuße bei einiger Steuererhöhung kaum hervorgerufen werden [kann], wenn die öffentlichen [Kred]itbedingungen sonst der Kapitalsanlage

günstig sind. Das lediglich spekulierende Kapital ist aber kein Vorteil für ein Land. Der Staatskredit könnte dabei nur sehr wirksam profitieren, wenn die nach dem Gesetze vom Jahre 1868 besteuerten Staatsobligationen[10] auf ein mindestens gleiches Niveau mit der sonstigen Rentensteuer gelangen, die steuerfreien Anlehen aber dadurch relativ umso mehr begünstigt blieben. Die im Allgemeinen auf ganz richtigen Prinzipien beruhende Personaleinkommensteuer kann nur dann als entsprechend sich erweisen, wenn die übrige direkte Besteuerung eine angemessen verteilte ist, sonst nur die Gebrechen und Härten derselben vergrößere, nachdem sie einfach ein allgemein gleicher Aufschlag auf sämtliche direkten Steuern ist, von welchen wieder die greifbaren, jetzt schon höheren allein voll getroffen würden.

Der Perzentsatz ist zwar dermalen gering – nach seiner Natur aber eben zur künftigen Schraube bestimmt – daher die ganze Steuer nur dann unbedenklich für die Zukunft ausgiebig anzuwenden sein wird, wenn durch deren Wirkung tatsächlich eine Ausgleichung der übrigen Verschiedenheiten der direkten Besteuerung in der Weise erfolgte, dass die diversen Einkommensquellen nur insoferne von dieser Steuer getroffen werden sollten, als dieselben nicht schon mit einem bestimmten Maximalperzentsatze besteuert wären. Auch die länderweise Zuwendung von zehn Perzent entspricht nicht dem Ausgleichungs[prinzi]pe, nach dem die reichen [Län]der wieder viel, die armen wenig bekommen werden.

Im Hinblicke auf manche schwere Gefahren, welche die Zukunft zu bergen scheint, habe er sich verpflichtet erachtet, in dieser schwerwiegenden Angelegenheit seine unmaßgeblichen Anschauungen auszusprechen, indem er nicht verkenne, dass andererseits Gründe politischer und parlamentarischer Natur vorliegen können, die die Verwirklichung idealer Prinzipien hindere, er aber am wenigsten den ununterbrochenen Gang der Staatsmaschine und die notwendige Aufbringung der Mittel hiefür zu hindern beabsichtigen kann und darf.

Bei der Abstimmung über den vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski zu § 5 gestellten Abänderungsantrag erklärt sich der Landesverteidigungsminister [a]zum Mindesten[a] für den Antrag, während die übrigen Minister sich dagegen erklären.

Nach einigen weiteren aufklärenden Erörterungen wird der Gesetzentwurf über die Rentensteuer in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung vom Ministerrate angenommen[e].

Es wird zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Personaleinkommensteuer übergegangen.

Zu § 3 stellt Minister Freiherr v. Ziemiałkowski den Antrag, das Einkommen aus Grund und Boden und aus Gebäuden von der Einbeziehung in das von der Personal[ein]kommensteuer zu tref[fe]nde Einkommen auszunehmen, weil der Grundbesitz mit einer Besteuerung von 22 1/10 % des Ertrages und der Häuserbesitz mit einer Besteuerung von 26 ⅓% des Ertrages im Verhältnisse zu den anderen direkten Steuern schon so hoch getroffen seien, dass es ungerecht erschiene, sie hier gleichfalls einzubeziehen. So legt der Minister z. B. dar, dass in der Erwerbsteuer auf einen Ertrag von 5.000 fl. nur eine Steuer von 330 fl. entfalle, während der gleiche Ertrag aus Grund und Boden mit 1.105 fl. besteuert werde.

---

[e] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 5 bei.*

[10] *Gesetz v. 20. 6. 1868* über die Umwandlung der verschiedenen Schuldtitel der bisherigen allgemeinen Staatsschuld, RGBL. Nr. 66/1868, *MR. v. 15. 3. 1868/VI (liegt nicht ein),* CMR. II, Nr. 29.

Der Ackerbauminister beantragt, den Grund- und den Häuserbesitz wenigstens insoferne zu berücksichtigen, als für das Einkommen aus demselben bei der Personaleinkommensteuer nur die Hälfte des Steuersatzes, welcher für die übrigen Einkommen gelten soll, angewendet werde.

Der Finanzminister bemerkt, dass die Exemtion des Grund- und Gebäudeeinkommens den Umsturz der ganzen Reform bedeuten würde und dass es in diesem Falle besser wäre, mit der Steuer gar nicht zu kommen. Es sei ganz ungerechtfertigt, den Ertrag aus einer Gewerbsunternehmung mit dem für die Veranlagung der Grundsteuer ermittelten Reinertrage von Grund und Boden in Vergleich zu ziehen, da bei Feststellung des Letzteren ganz andere Gesichtspunkte obwalten und der wirkliche Ertrag von der Steuergrundlage ein tatsächlich Verschiedenes sei. So könne er beispielshalber anführen, dass ein Grundbesitz, dessen Reinertrag für die Grundsteuer auf [] [beme]ssen sei, mit einem [Pa]chtzinse von 3.000 fl. jährlich verpachtet wurde. Ferner komme zu beachten, dass gewiss schon der ganze Bauernstand von der Personaleinkommensteuer befreit sein werde, weil kaum ein Bauernbesitztum ein Grundsteuerreinerträgnis von 600 fl. aufweisen werde. Auch die ganze Bedeutung und Aufgabe der Personaleinkommensteuer lasse prinzipielle Exemtionen gewisser Kategorien nicht zulässig erscheinen.

Der Minister für Kultus und Unterricht kann nur bedauern, dass der Finanzminister nicht in der Lage ist, in eine diesfällige Berücksichtigung des Grund- und Hausbesitzes einzugehen, da seiner Meinung nach trotz allem diese beiden Besitzkategorien schwerer als die übrigen getroffen werden. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski besorgt, dass ohne eine solche Berücksichtigung die Steuer nicht durchgehen dürfte. Der Finanzminister bemerkt, dass man allenfalls bei der Beratung im Hause, wenn sich die Dinge sonst schwierig gestalten sollten, zugeben könnte, dass etwa ¼ des steuermäßigen Grundeinkommens von der Personaleinkommensteuer eximiert werde.

Der Ministerrat erklärt sich sonach dafür, eine allfällige Änderung bei entsprechendem Anlasse während der Verhandlung im Hause in Erwägung zu nehmen.

Zu § 7 wird vom Minister Freiherrn v. Pražák angeregt, ob es nicht behufs der Beruhigung möglich wäre, die Steuereinheit von 50 Kreuzern wenigstens auf einige [Jahre] festzusetzen. Der Finanzminister bemerkt, dass es bei der dieser Steuer im Steuersysteme zukommenden Aufgabe ein Widerspruch wäre, die Steuereinheit auf mehrere Jahre festzusetzen.

Bei § 11 wendet sich der Ackerbauminister gegen den Apparat der Kommissionen zur Steuerveranlagung und weist auf die voraussichtlich großen Kosten eines solchen Apparates und auf die wenig ermutigenden Erfahrungen bei der Grundsteuer hin, wo es sich gezeigt habe, dass die Kommissionen nach unten hin Verwirrung veranlassen, nach oben hin aber keine Wirkung haben.

Der Finanzminister bemerkt, dass man bei der ersten Einführung und bis der Kataster fertig sein werde[11], der Kommissionen keinesfalls würde entraten könne, weil es sonst nicht möglich wäre, die Verhältnisse kennenzulernen. Ferner würde das Abgeordnetenhaus voraussichtlich auf diesem Apparat bestehen. Was die Kosten anbelange, so würde er schon trachten,

---

11 *Der in Rede stehende Kataster war die sogenannte Franzisko-Josephinische oder dritte Landesaufnahme 1869–1887; zu den Landesaufnahmen der Habsburgermonarchie siehe* Hofstätter, Beiträge zur Geschichte der österreichischen Landesaufnahmen.

sie möglichst einzuschränken. Auch habe es das Ministerium bei dieser Steuer leichter, als es bei der Grundsteuer ging, in der Hand, in die Kommissionen Elemente zu berufen, welche nicht Verlegenheiten bereiten.

Der Minister für Kultus und Unterricht und der Handelsminister können sich auch nicht für den Kommissionsapparat erwärmen, sehen aber ein, dass er hier kaum zu umgehen sei, und nehmen befriedigt Akt von der Absicht der geeigneten Vorsorge bei den Ernennungen.

Sonach werden die Ent[wu]rfsbestimmungen über die Kommissionen akzeptiert.

Zur Bestimmung des § 33 bemerkt der Finanzminister, dass es für den Bestand der Personaleinkommensteuer bei ihrer Aufgabe, für die Deckung der außerordentlichen Staatserfordernisse zu dienen, geradezu Lebensfrage sei, die willkürliche Belegung derselben mit Zuschlägen auszuschließen. Daher sollen den Ländern zugleich vorweg jene zehn Perzent gegeben werden, welche von den Landtagen nach den Landesordnungen selbstständig als Zuschlag der direkten Steuern beschlossen werden können.

Der Ackerbauminister bemerkt, dass man allerdings bei den Ländern den Zuschlag auf zehn Perzent beschränken könne, weil ein höherer Zuschlag die kaiserliche Genehmigung erheische. Schwieriger sei aber die Sache bei den Gemeinden, weil nach den Gemeindeordnungen diesfalls ein viel größerer Spielraum offen sei.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, man könne allerdings einem auf die Einhebung eines höheren als 10 %igen Zuschlages gehenden Landtagsbeschlusse die Genehmigung versagen, aber man könne dem Landtage nicht verbieten, einen höheren Zuschlag zu beschließen, weil die Landesordnung das Recht, auch höhere Zuschläge zu beschließen, einräume und die betreffende Bestimmung von Zuschlägen „zu den direkten landesfürstlichen Steuern“ überhaupt spreche, weshalb auch jede neue direkte Steuer an sich Zuschlagsobjekt werde. Der Minister beantragt daher, den zweiten Satz des § 33 [zu streiche]n.

Der Ministerrat erklärt sich für die Beibehaltung dieses Satzes in dem Entwurfe. Sonach wird vom Ministerrate der Entwurf über die Personaleinkommensteuer in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung akzeptiert[f].

Der Finanzminister teilt ferner dem Ministerrate die aus der Anlage ersichtliche Darstellung der veranschlagten Erträge der neu proponierten Steuern mit[g].

Schließlich wird vom Ministerrate die Bewilligung zur Einbringung der vier genehmigten Steuergesetzentwürfe erteilt[12].

Wien, am 30. November 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 26. Dezember 1882. Franz Joseph.

---

f *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 6 bei.*

g *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 7 bei.*

12 *Mit Vortrag v. 30. 11. 1882 erbat Dunajewski die Ermächtigung zur Einbringung der hier genannten vier Steuergesetze in den Reichsrat, die mit Ah. E. v. 4. 12. 1882 erteilt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4556/1882. *Dunajewski legte diese Gesetzentwürfe dem Abgeordnetenhaus mit Zuschrift v. 4. 12. 1882 vor,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8474. *Nach längerer Debatte erst wurden diese Vorlagen in der ersten Lesung dem Steuerausschuss zugewiesen,* Prot. Reichsrat AH. 19. 1. 1883 (258. Sitzung) 8925, *wo die Gesetzentwürfe steckenblieben. In einem späteren Anlauf gelang die Reform der Personalsteuern erst dem Gesetz der direkten Personalsteuern – Gesetz v. 25. 10. 1896,* Rgbl. Nr. 220/1896*; dazu siehe MR. v. 4. 3. 1895/VIII,* Cmr. V/1, Nr. 113. *Zur Diskussion über ein neues Aktiengesetz siehe MR. v. 13. 12. 1882/VIII.*

Nr. 440 Ministerrat, Wien, 4. Dezember 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 4. 12.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad, Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Steinbach.

I. Mitteilung an das Abgeordnetenhaus über die Überschwemmungskalamitäten in Tirol und Kärnten. II. Das Benehmen der niederösterreichischen Landesschulbehörde gegenüber der Entscheidung des Unterrichtsministeriums bezüglich der Errichtung einer böhmischen Privatschule in Wien. III. Gesichtspunkte für einen Entwurf über die Haftpflicht bei Unfällen in gewerblichen Unternehmungen.

KZ. 118 – MRZ. 96

Protokoll des zu Wien am 4. Dezember 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident teilt dem Ministerrate das aus der Anlage ersichtliche Konzept der dem Abgeordnetenhause über die Überschwemmungskalamitäten in Tirol und Kärnten zu machenden Eröffnung mit[a]. Der Ministerrat spricht seine Zustimmung aus[1].

II. Der Ministerpräsident bringt zur Erwähnung das Verhalten der Unterbehörden gegenüber der jüngst erflossenen Entscheidung des Unterrichtsministeriums, mit welcher die Errichtung einer böhmischen Privatschule in Wien bewilligt wurde[2]. Der Ministerpräsident war erstaunt, dass diese Angelegenheit, anstatt von der Statthalterei kurrent erledigt zu werden, vor den Landesschulrat gebracht wurde und dass daselbst der Referent [und die] Beamtenmitglieder dieser Behörden dem Beschlusse einer Vorstellung beitraten, welche den Charakter einer Remonstration gegen die Entscheidung des Ministers an sich trage[3]. Nach dem Erachten des Ministerpräsidenten könne die Regierung in Rücksicht auf die Aufrechthaltung ihrer Autorität ein solches Verhalten der untergeordneten Organe nicht hinnehmen, weshalb es ihm geboten erschiene, zunächst den Statthalter zur Rechtfertigung aufzufordern, und dass der Minister für Kultus und Unterricht in Erwägung nehme, in welcher Weise gegen die fraglichen Beamten vorzugehen sei.

Der Minister für Kultus und Unterricht kann den ganzen Vorgang, der übrigens mit argen Verstellungen in die Öffentlichkeit gedrungen sei[4], gleichfalls nur ernstlich beklagen. Anderseits müsse er allerdings hervorheben, dass eine Vorstellung des Landesschulrates an sich zulässig sei und dass zahlreiche diesfällige Präzedenzien vorhanden seien. Etwas anderes sei die Frage, ob hier überhaupt ein Gegenstand der Beschlussfassung des Landesschulrates vorgelegen sei, welche Frage er verneine. Mit der Vorstellung blieb sich der Landesschulrat

---

[a] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

[1] *Fortsetzung des MR. v. 29. 11. 1882/I. Mitteilung Taaffes im Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 5. 12. 1882 (243. Sitzung) 8461. *Fortgesetzt in MR. v. 12. 12. 1882/IV.*

[2] *Zur Frage der Errichtung privater Schulen mit tschechischer Unterrichtssprache in Niederösterreich siehe zuletzt MR. v. 9. 11. 1882/IX. Entscheidung Conrads v. 22. 11. 1882, laut Protokollbuch* Ava., CUM., allg., Unterricht, Zl. 19377/1882*, liegt nicht ein, ist aber publiziert in* Wiener Zeitung (A.) v. 30. 11. 1882.

[3] *Der Statthalter in Wien Possinger hatte mit Schreiben v. 3. 12. 1882 Conrad das Sitzungsprotokoll des niederösterreichischen Landesschulrates vorgelegt, der Akt, laut Protokollbuch* Ava., CUM., Unterricht, allg., 20656/1882*, liegt nicht ein. Der Beschluss des Landesschulrates publiziert beispielsweise in* Wiener Allgemeine Zeitung (Mittagsblatt) v. 1. 12. 1882.

[4] *Zu den Positionen siehe die Zeitungsschau in* Wiener Zeitung (A.) v. 1. 12. 1882.

jener Äußerung konsequent, welche er 14 Tage vorher gutächtlich gegen die Errichtung der fraglichen Schule ausgesprochen hatte[5]. Die Vorstellung sei in ihrem Tenor zahm gehalten. Selbstverständlich gehe der Minister darauf nicht ein. Er könne aber nicht umhin, [darauf a]ufmerksam zu machen, dass die ganze Sache, abgesehen von diesem Vorgange und abgesehen von der Demonstration der Gemeinde[6], ihre missliche Tragweite habe.

Nach der Lage des Gesetzes war es ganz unmöglich, die Errichtung der fraglichen Privatschule zu verweigern[7]. Dieser Umstand könne jedoch nicht behindern, zu erkennen, dass es von einem Vereine, hinter welchem kein Teil der Bevölkerung Wiens und auch nicht die böhmische Bevölkerung der Stadt stehe, sehr unklug gewesen war, ein solches Verlangen zu stellen. Denn als im vorigen Jahre anlässlich der vom Grafen Harrach vorgebrachten Motion Erhebungen eingeleitet wurden, stellte es sich heraus, dass die Eltern der böhmischen Kinder keine böhmischen Schulen wollen[8]. Gegenüber dieser Tatsache, ferner bei der in der Bevölkerung Wiens inveterierten Abneigung gegen das Tschechische, endlich angesichts der Konklusionen, welche von anderer Seite an den ersten Schritt geknüpft werden dürften, könne es, seines Erachtens, für die Regierung nicht gleichgiltig sein, wenn die an Loyalität ohne Vergleich dastehende Bevölkerung Wiens in einem ihrer empfindlichsten Gefühle verletzt werde. Deshalb war es wenig klug, wenig taktvoll und wenig freundlich für die Regierung, dass ein solches Verlangen gestellt wurde, dessen Konsequenzen nicht in der Linie der Friedensförderung liegen.

Minister Freiherr v. Pražák glaubt, es sei schwer, so vorweg über das Bedürfnis abzuurteilen. Er möchte nicht zuge[ben, dass] in Wien kein Bedürfnis nach böhmischen Schulen vorhanden sei, nachdem die böhmische Bevölkerung in Wien sehr groß sei und in Wirklichkeit gewiss das Doppelte der bei der Volkszählung ausgewiesenen Anzahl betrage[9]. Man habe sich über das diesfällige Bedürfnis früher immer getäuscht. Mit denselben Argumenten trat man gegen die Errichtung böhmischer Mittelschulen in Mähren auf und nun erweise sich das Gegenteil durch den zahlreichen Besuch dieser Anstalten[10]. Seines Erachtens wurde in Wien nur durch das Auftreten des Gemeinderates und des Landesschulrates eine Aufregung provoziert. Was das unbegreifliche Vorgehen des Letzteren anbelange, so sei auch er dafür, dass eingeschritten werde.

---

5 *Das Ansuchen des Komenskývereines um Errichtung einer Privatvolksschule im X. Wiener Gemeindebezirk an den Wiener Stadtschulrat o. D., das am 14. 7. 1882 vom Landesschulrat registriert wurde, liegt in* AVA., CUM., Unterricht allg., Karton 2808, Sig. 13B1, Fasz. Wien X. Bezirk „Komenský".

6 *Der Wiener Gemeinderat hatte in seiner Sitzung v. 1. 12. 1882 zwei Resolutionen beschlossen: mit allen gegen zwei Stimmen wurde der Antrag Lederer und Genossen angenommen, als Gemeinderat dem Votum des Landesschulrates* rückhaltlos zuzustimmen*, und einstimmig wurde der Antrag Baecher, Bauer und Genossen beschlossen, die Schulsektion zu beauftragen,* binnen kürzester Frist über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten*,* DIE PRESSE v. 2. 12. 1882.

7 *Kaiserliche Verordnung v. 27. 6. 1850,* wodurch ein provisorisches Gesetz über den Privatunterricht erlassen *wurde,* RGBL. Nr. 309/1850.

8 *Harrach hatte 1880 eine entsprechende Interpellation im Abgeordnetenhaus an die Regierung gestellt,* PROT. REICHSRAT AH. 18. 3. 1880 (62. Sitzung) 1930*; beraten in MR. v. 23. 4. 1880/XI (liegt nicht ein). Die Erhebungen konnten in* AVA., CUM., Unterricht, Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

9 *Die Volkszählung 1880 wies bei einer Gesamtbevölkerung Wiens von 632.100 an* böhmisch-mährisch-slowakischen *Einwohnern 25.186 aus,* Oesterreichische Statistik I, I. Teil, 2. Heft: 6.

10 *Die* Errichtung einer *Staatsrealschule mit böhmischer Unterrichtssprache* in der Landeshauptstadt Brünn *wurde beraten in MR. v. 25. 8. 1880/IV (liegt nicht ein).*

Der Finanzminister will die beiden Fragen, die Opportunität der Sache und das Benehmen der Unterbehörde, auseinandergehalten wissen. Gewiss war es, was Ersteres anbelange, nicht klug, vor Eröffnung des Parlamentes einen neuen Zündstoff hineinzuwerfen. Was das Benehmen der Unterbehörden anbelange, so teile der Finanzminister die Anschauung des Ministerpräsidenten und findet es namentlich unbegreiflich, dass die Sache vom Statthalter nicht kurrent erledigt wurde. Auch in verschiedenen anderen Zweigen der Verwaltung habe er gefunden, dass Beamte und auch einige Statthalter nicht jene Linie einhalten, welche ihnen der Amtseid auferlegt. Er wünsche, dass dieselben endlich zur Rechenschaft gezogen [w]erden.

Der Ackerbauminister schließt sich der Anschauung des Ministerpräsidenten an.

Der Handelsminister teilt die Meinung, dass der Verein mit seinem Ansuchen der Regierung keinen Dienst erwiesen habe. Was das Benehmen der Unterbehörde anbelange, so hätte der Landesschulrat eine Entscheidung wie die vorliegende, welche nach dem Gesetze nicht anders gefällt werden konnte, einfach zur Kenntnis nehmen müssen. Jedenfalls hätte es aber der Vorsitzende[11] in seiner Macht gehabt, jede Remonstration namentlich seitens der Beamten hintanzuhalten. Das Geringste, was zu geschehen habe, sei daher, dass der Statthalter zur Rechtfertigung über den ganzen Vorgang aufgefordert werde.

Der Minister für Kultus und Unterricht muss noch hervorheben, dass im niederösterreichischen Landesschulrate die Einrichtung besteht, dass jedes einlaufende Geschäftsstück zur Bearbeitung für die Sitzung einer Sektion zugewiesen wird, in welcher der Obmann der Sektion die Referatszuteilung vornimmt. Demzufolge komme der Vorsitzende des Landesschulrates gar nicht mehr in die Lage, den Referenten zu bestimmen oder auf das Referat Einfluss zu nehmen. Der Hauptfehler wurde also dadurch begangen, dass der Gegenstand nicht kurrent behandelt wurde. Der Umstand, dass er eben als Beratungsgegenstand in die [Verhandlu]ng gebracht wurde, mache die Mo[vier]ung einer Vorstellung und den Anschluss an dieselbe entschuldbar.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski ist dafür, dass der Statthalter wegen des Verschuldens der nicht kurrenten Behandlung zur Rechtfertigung aufgefordert werde.

Der Landesverteidigungsminister kann von seinem Standpunkte aus nur für das strengste Vorgehen gegenüber dem Benehmen der Unterbehörde sein. Der Minister ergreift diesen Anlass, um im Interesse der bewaffneten Macht sein Bedauern darüber auszudrücken, dass die nationale Bewegung im Unterrichtswesen immer weiter und weiter Platz greift und bereits bis in die Armee hineindringe, wo sie die größten Gefahren für die Einheit der Armee bringe. Er glaube daher, dass es dringende Aufgabe der Regierung sei, solchen Agitationen überhaupt[b], die sich im Kreise ihrer Organe abspielen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Ministerrat beschließt, dass seitens des Ministers für Kultus und Unterricht der Statthalter zur Rechtfertigung aufzufordern und dass von dem Resultate dem Ministerrate Mitteilung zu machen sei[12].

---

b *Einfügung Welsersheimbs.*

11 *Der Vorsitzende des niederösterreichischen Landesschulrates war Statthalter Possinger.*

12 *Das Schreiben Conrads v. 9. 12. 1882 in dieser Angelegenheit war an den niederösterreichischen Landesschulrat gerichtet, der – bereits zitierte – Akt* AVA., CUM., Unterricht, allg., Zl. 20656/1882 *liegt nicht ein. Der als Beilage 1 dieses Protokolls einliegende Entwurf dieses Erlasses von Conrad an Possinger konnte in den Be-*

III. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bringt zur Verhandlung die Gesichtspunkte für einen Gesetzentwurf über die Haftpflicht bei Unfällen [in ge]werblichen Unternehmungen[13]. Sektionsrat Dr. Steinbach bringt über die diesfälligen Gesichtspunkte die aus der Anlage ersichtliche Darlegung „Zur Haftpflichtfrage" vor[c].

Der Ackerbauminister hält die Unfallversicherung für eine Frage, die bei uns insoferne noch nicht reif für eine Regelung im Wege der Gesetzgebung sei, als in den Massen das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung noch nicht empfunden werde. Der Minister glaubt, dass sich die Regierung zu einer solchen Vorsorge umso mehr drängen lassen müsse, als sonst in den betreffenden Volkskreisen mit der Reform die Meinung erzeugt werden dürfte, dass man sie bis jetzt habe warten lassen auf etwas, das ihnen von jeher gebührte und man ihnen jetzt doch nur eine Abschlagszahlung darauf gewähre. Wenn man aber die Zeit gekommen erachte, um auf diese Weise darzulegen, dass der Staat eine Obsorge für die Sicherheit und den Unterhalt der Arbeiter zu treffen habe, so frage er, weshalb man auf dieser Linie nur bei einem Anlasse der Vorsorge stehen bleibe und nicht zugleich weitergehend auch die Invaliditätsversorgung überhaupt damit in Verbindung bringe, zumal die Versorgungsbedürftigkeit wegen Unglücksfällen nur ein sehr geringes Prozent der Invalidität darstelle. Er glaube also, dass, wenn man schon so vorgehe, man begründeter sich auf die gedachte breitere Basis zu stellen hätte.

Was den Modus des Vorgehens anbelange, so glaube er, dass es, anstatt sich diesfalls [an di]e deutsche Gesetzgebung an[zule]hnen[14], geeigneter wäre, das bei uns schon eingelebte und bewährte Institut der Bruderladen, welches die fraglichen Versorgungszwecke bei den Gewerkschaften schon jetzt nahezu vollkommen versieht, zum Vorbilde zu nehmen. Es könnten sich, analog wie bei den Gewerkschaften, für jede Fabrik oder für mehrere Fabriken zusammen Bruderladen bilden, bei welchen die Versicherung für Invalidität und Unfall zu geschehen hätte. Die Bruderladen hätten wegen der Freizügigkeit sich gegenseitig zu versichern. Allenfalls könnte in diesem Versicherungsverbande die Unfallsversicherung besonders und direkt bei der Zentralkasse geschehen. Bei der Bruderlade wäre bei der bestehenden Kontrolle durch die Teilnehmer keine besondere Vorsorge wegen Simulation usw. nötig. Eine solche Organisation schlösse nicht aus, dass die Beiträge der Arbeitsgeber auch gesetzlich geregelt würden. Indessen bemerke er schon jetzt, dass bei der Invalidenversorgung im Ganzen der Grund wegfalle, weshalb der Arbeitgeber bei der Unfallsversicherung allein mehr zahlen solle als der Arbeiter, da ja dann auch die Beiträge für Kranken- und Invalidenversorgung im Allgemeinen vom Besitzer gleichmäßig mitgetragen werden, was jedenfalls zweckmäßiger sei, als nur eine Invaliditätsursache allein herauszuziehen. Für alle Fälle sei aber keine Veranlassung vorhanden, die Bergarbeiter in die eventuelle allgemeine Unfallsversicherung einzubeziehen[15].

---

[c] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

ständen das AVA., CUM., Unterricht, Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden. Fortsetzung in MR. v. 19. 12. 1882/III, die Auflösung des niederösterreichischen Landesschulrates kam in MR. v. 19. 12. 1882/II, dem Tagesordnungspunkt davor, zur Sprache.*

[13] *Diese Frage in Bezug auf die Gewerbegesetznovelle kam zuletzt zur Sprache in MR. II v. 23. 11. 1882/II.*

[14] *Der am 4. 12. 1882 von Pino an das österreichisch-ungarische Konsulat in Berlin gerichteten Aufforderung, den deutschen Gesetzentwurf nebst Motiven zuzuschicken, entsprach das Konsulat mit Schreiben v. 30. 12. 1882,* AVA., HM., allg., Karton 641, Sig. 12/A, Zl. 207/1883.

[15] *In MR. v. 19. 10. 1883/I wurde die* Frage der Einbeziehung der Berg- und Salinenarbeiter in den Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter *besprochen.*

Der Handelsminister leugnet nicht, dass es gut wäre, wenn man alle Versorgungsarten zu gleicher Zeit regeln könnte, weil man damit zugleich der sozialen Frage ein kräftiges Paroli böte. Da jedoch die richtige Lösung eine Auseinanderhaltung der nach verschiedenen Gesichtspunkten zu regelnden Versorgungsarten erheische, so bleibe nichts übrig, als schrittweise vorgehen, weil man so eher vorwärtskomme, als wenn man eine Reform deshalb aufhalte, um eine andere daran anschließen lassen zu können. Die Krankenversorgung sei mit der Gewerbeordnung angebahnt[16] und bei den Fabriken schon vielfach in Angriff genommen. Nun müsse naturgemäß als Nächstes die Unfallsversicherung kommen. Die Invaliditätsversorgung werde sich dann als drittes Entwicklungsglied anzuschließen haben.

Was die Prinzipien für die Unfallsversicherung anbelange, so halte er das obligatorische System für richtig, ebenso den Wegfall des Beweises der Schuldlosigkeit, und möchte nur die evidente Bosheit als einen Ausschließungsgrund von der Versorgung gelten lassen. Die Beitragsleistung zur Versicherungsprämie hätte zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im Verhältnisse von ⅔ zu ⅓ zu stehen. Für die Versicherungsaktion halte er eine Konzentrierung nach gleichartigen Industrien für zweckmäßiger als nach gewissen Gebietsbezirken. Endlich möchte er jetzt schon angeregt wissen, dass in die Unfallsversicherung, wie dies in der Schweiz geschehe, [auch] die Berufskrankheiten ein[bez]ogen werden[17].

Der Minister für Kultus und Unterricht ist mit den Prinzipien des Justizministeriums einverstanden und wünscht nur, dass ein besonderes Augenmerk auch darauf gerichtet werde, dass der Fabriksbesitzer dafür haftbar gemacht werde, dass in der Fabrik jene Präventivvorkehrungen getroffen werden, durch welche Unfälle und akute Erkrankungen verhindert werden können.

Minister Freiherr v. Pražák hebt gegenüber den Ausführungen des Ackerbauministers hervor, dass gerade die Vorsorge für Unfälle in der ersten Linie der Forderungen der arbeitenden Kreise stehe und die Agitation für die fragliche Haftpflicht veranlasst durch die Zunahme des Maschinenbetriebes seit vielen Jahren vorbereitet sei. Auch bemerkt der Minister, dass es bisher keiner Gesetzgebung gelungen sei, alle Versorgungsfragen unter einem zu regeln. Wenn sich die Bergarbeiter mit der Bruderladenversorgung für alles zufriedengeben, so könne man sie ja ausnehmen.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, es handle sich um die Lösung sozialer Fragen. Bei den Schwierigkeiten, welche jede solcher Fragen darbietet, gestalte sich die Aufgabe viel schwieriger, wenn man mehrere dieser Fragen auf einmal zur Lösung bringen will. Außerdem komme zu beachten, dass der Unfall ein spezielles Versorgungsmoment bilde, während Krankheit [und I]nvalidität allgemein zu[tref]fende Momente seien, daher die Unfallsversorgung wegen ihrer speziellen Basis eine aparte Regelung erheische. Zu den Gesichtspunkten regt der Minister an, ob nicht auch der Maschinenbetrieb durch Tierkräfte einzubeziehen wäre und ob nicht auch für die Lage vorzusorgen wäre, wo landwirtschaftliche Arbeiter vorübergehend bei einer Maschine verwendet werden.

---

16 *Zur im Reichsrat in Verhandlung stehenden Novelle der Gewerbeordnung siehe zuletzt MR. II v. 23. 11. 1882/ I. Im Gesetz zum Patent v. 20. 12. 1859,* RGBL. Nr. 227/1859*, war in § 85 bestimmt worden:* Wenn mit Rücksicht auf die große Zahl der Arbeiter oder die Natur der Beschäftigung eine besondere Vorsorge für die Unterstützung der Arbeiter in Fällen der Verunglückung der Erkrankung nöthig erscheint, ist ein Unthernehmer verpflichtet, unter Beitragsleistung der Arbeiter entweder eine selbständige Unterstützungscasse dieser Art bei seinem Etablissement zu errichten, oder einer schon bestehenden beizutreten.

17 *Das Bundesgesetz der Schweiz v. 23. 3. 1877, zu ihm siehe die Ausführungen im Motivenbericht zum cisleithanischen Gesetzentwurf der Regierung in* PROT. REICHSRAT AH. 16. 12. 1880 (101. Sitzung) Beilage 253.

Sektionsrat Steinbach hält die beiden angeregten Spezialmomente erwägenswert für die Verfassung des Entwurfes. Es komme aber hiebei die Frage der Ausdehnung der Versicherung in Betracht zu nehmen. Referent kommt auf die Bruderladen zu sprechen, indem er betont, dass diese Organisation wohl für das konservative Element der Bergarbeiter ausreichen, keineswegs aber heute mehr eine Organisationsbasis für das bewegliche Arbeiterelement der anderen Industrien bilden könnte und es bei der herrschenden Anschauung auch nicht denkbar sei, dass sich die anderen Kreise damit begnügten.

Der Finanzminister erklärt sich mit den Gesichtspunkten des Justizministeriums vollkommen einverstanden. Für die spezielle Regelung der Unfallsversicherung spreche vor allem das vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski angeführte Moment. Die Invaliditätsversorgung sei zugleich eine Frage, welche schon in den Kreis der allgemeinen polizeilichen Armenversorgung hinübergreife und jedenfalls im Zusammenhange mit derselben werde ins Auge gefasst werden müssen.

[Vo]m Ministerrate werden die Prinzipien des Justizministeriums genehmigt und wird zugleich beschlossen, dass die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes darnach unter Mitwirkung der Ministerien der Justiz, des Innern, des Ackerbaues und des Handels zu geschehen habe[18].

Wien, am 4. Dezember 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 26. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 441 Ministerrat, Wien, 12. Dezember 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 12. 12.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák (bei IV), Conrad, Welsersheimb, Dunajewski (bei IV), Pino; außerdem anw. Kubin.

I. Verordnung zur Regelung des kleinen Veredlungsverkehres mit dem deutschen Zollgebiete. II. Wegen Konzessionierung der Lokalbahnlinie Klostergrab–Mulde. III. Wegen Konzessionierung der Lokalbahnlinie von Segen Gottes nach Okřižko. IV. Gesetzesvorlagen über die für Kärnten und Tirol aus Staatsmitteln zu gewährenden Hilfen.

KZ. 119 – MRZ. 97

Protokoll des zu Wien am 12. Dezember 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I.[a] Der Handelsminister referiert über die zu erlassenden Anordnungen betreffend den sogenannten kleinen Veredlungsverkehr. In dem Gesetze vom 24. Dezember 1881, wornach die Dauer des großen Appreturverkehres bis 31. Dezember 1882 festgesetzt wurde, sei hinsichtlich des kleinen Veredlungsverkehrs bestimmt, dass er bis auf Weiteres unverändert in Wirksamkeit zu erhalten sei[1].

---

[a] *Randbemerkung des Protokollführers* Minister Freiherr v. Pražák und der Finanzminister sind beim Beginne der Konferenz nicht anwesend.

[18] *Fortsetzung in MR. v. 25. 2. 1883/IV.*

[1] *§ 2 des Gesetzes v. 24. 12. 1881,* RGBl. Nr. 148/1881*, beraten in MR. v. 13. 6. 1881/III und MR. v. 19. 12. 1881/VI (liegen beide nicht ein). Das Gesetz, dessen Einbringung in den Reichsrat mit Vortrag Pinos v. 26. 11. 1881 beantragt und mit Ah. E. v. 1. 12. 1881 genehmigt worden war* – HHStA., Kab. Kanzlei 4562/1881 – *war nach der Annahme durch den Reichsrat über Vortrag Pinos v. 21. 12. 1881 mit Ah. E. v. 24. 12. 1881 sanktioniert worden,* HHStA., Kab. Kanzlei, KZ. 4917/1881.

Da es nunmehr mit der Auflassung des großen Veredlungsverkehres entsprechend erscheine, eine neue Regelung des kleinen Veredlungsverkehrs vorzunehmen, so wollte der Handelsminister in Übereinstimmung mit dem Finanzminister ursprünglich hiezu den Gesetzesweg betreten wissen, zumal das Gesetz vom 24. Dezember 1881 die Deutung zulasse, dass zu einer Änderung des bisherigen kleinen Verkehres eine gesetzliche Anordnung notwendig sei[2]. Die ungarische Regierung wollte sich aber zu einer [gesetzlich]en Regelung und zwar [wes]entlich aus dem Grunde nicht herbeilassen, weil sich im ungarischen Parlamente voraussichtlich ein günstiger Erfolg nicht erwarten ließe. Indessen erklärte sich die ungarische Regierung mit einer Regelung im Verordnungswege einverstanden[3]. Demnach proponiere er im Einvernehmen mit dem Finanzminister den Verordnungsweg und gelte es noch, die formelle Zustimmung der ungarischen Regierung zu dem verfassten Verordnungsentwurfe, wornach für den kleinen Verkehr gegenüber jetzt einige wegen der sonstigen Verkehrsumgestaltung notwendige Restriktionen eingeführt werden sollen, einzuholen.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[4].

II. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Konzession für die als Lokalbahn herzustellende Linie Klostergrab–Mulde, nachdem in der Ministerkonferenz vom 10. Oktober d. J. der Ministerrat sich für die Zulässigkeit der Konzessionierung dieser Linie als Lokalbahn ausgesprochen habe und die frühere hinsichtlich dieser Linie erteilte Konzession vom 4. September 1872 als erloschen erklärt wurde[5]. Die Frage hänge, wie gleichfalls schon in der Ministerkonferenz vom 10. Oktober l. J. dargelegt wurde, mit der Sanierung der Prag–Duxer Bahn zusammen. Die Beschaffung des Baukapitales per 3 ½ Millionen für die 16 Kilometer lange Strecke hänge zusammen mit der durch Ausgabe von Prioritäten über[haupt zu] beschaffenden Kapitali[en] für die Durchführung der Sanierung und sei der Termin für die Vollendung der Bahnstrecke auf zwei Jahre angesetzt. Die sonstigen Konzessionsbedingungen entsprechen im Allgemeinen den bei Lokalbahnen üblichen.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[6].

III. Der Handelsminister referiert mit Rücksicht auf das gelegentlich des Vertrages zur Regelung der Verhältnisse mit der Staatsbahngesellschaft zur Erwähnung gebrachte Zugeständnis über die beabsichtigte Erwirkung der Lokalbahnkonzession an die k. k. privilegierte österreichischen Staatseisenbahn-Gesellschaft für die Trasse von Segen Gottes über Namiest und Trebitsch nach Okřížko mit einer Abzweigung nach Groß Meseritsch, welche Linie das wichtigste Stück der mährischen Transversalbahn bilde[7]. Die Länge der Hauptlinie betrage 52,3 Kilometer, die Länge der Abzweigung 22,2 Kilometer, sodass sich die Gesamtlän-

---

2 *Die Regierung war durch § 2 dieses Gesetzes nur ermächtigt worden,* die gegenwärtig geltenden Bestimmungen [...] bis auf Weiteres unverändert in Wirksamkeit zu erhalten*, nicht aber auch, diese abzuändern.*

3 *Schreiben des ungarischen Ministers für Ackerbau, Gewerbe und Handel Széchenyi an Pino v. 1. 12. 1882,* Ava., HM., Sig. 4/c, Karton 446, Zl. 40376/1882.

4 *Den Entwurf der Verordnung des Gesamtministeriums teilte Pino Széchenyi mit Schreiben (K.) v. 12. 12. 1882 mit,* Ava., HM., Sig. 4/c, Karton 446, Zl. 40376/1882*. Fortsetzung in MR. v. 19. 12. 1882/XI.*

5 *Siehe dazu MR. II v. 10. 10. 1882/I, Anm. 6.*

6 *Über Vortrag Pinos v. 12. 12. 1882 wurde die Konzession zum Bau der beantragten Linien mit Ah. E. v. 23. 12. 1882 bewilligt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4848/1882*; Unterfertigung der Konzessionsurkunde mit Ah. E. v. 7. 1. 1883 auf Vortrag Pinos v. 28. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 66/1883*. Kundmachung der Konzessionsurkunde in* Rgbl. Nr. 2 *ex* 1883.

7 *Zur Staatseisenbahn-Gesellschaft siehe zuletzt MR. v. 9. 11. 1882/II.*

ge auf 74,5 Kilometer belaufe. Der Bautermin gehe bis 1. September 1885. Eine Kaution sei über Verlangen der Staatsverwaltung vorbehalten. Die effektiven Baukosten betragen für die Hauptlinie 4,418.000 fl., für die Abzweigung 929.000 fl. Sonach werde das Nominalanlagekapital auf 5,347.000 fl. veranschlagt. Die Geldbeschaffung geschehe durch Ausgabe von Obligationen der österreichischen Staatseisenbahn-Gesellschaft. Die Konzessionsbedingungen seien die üblichen; die Steuer- und Gebührenbefreiungen, die nach dem Lokalbahngesetze zu[zubilligenden. Für] besondere Konzes[sionserwerbu]ngen werden aufgestellt ein Péage für die Staatsverwaltung, sodann die sofortige Einlösbarkeit nach Bauvollendung gegen Übernahme der faktischen Kapitalslast, welche das 5 %ige Verzinsungs- und Tilgungserfordernis des effektiven Anlagekapitals nicht übersteigen darf, Kumulativeinlösung ab 1. Jänner 1895 nach dem Reinerträgnisse der sämtlichen österreichischen Linien der Gesellschaft, endlich besondere Rechnung unter Kontrolle der Staatsverwaltung.

Der Ministerrat erklärt zur Konzessionserwirkung seine Zustimmung[8].

IV.[b] Im Auftrage des Ministerpräsidenten referiert Sektionschef Freiherr v. Kubin über die im Reichsrate einzubringenden Vorlagen betreffend die für Kärnten und Tirol zu gewährenden, vom Ministerium des Innern proponierten Hilfen aus Staatsmitteln[9].

Die Vorlage für Kärnten begreife folgende Hilfen:

a) Die Überlassung des nach der kaiserlichen Verordnung vom 26. September l. J. für unverzinsliche Vorschüsse gewährten Betrages von 150.000 fl. zur Verabfolgung von nicht rückzahlbaren Unterstützungen[10].

b) Die Gewährung eines in fünf gleichen Jahresraten, vom Jahre 1886 angefangen, rückzahlbaren Darlehens von 50.000 fl. an das Land behufs der Herstellung von Landesobjekten.

c) Die Gewährung eines Betrages von 100.000 fl. behufs Erfolgung von Vorschüssen an Gemeinden und Einzelne gegen [Haftun]g des Landes und Rück[za]hlung in zehn gleichen Jahresraten, vom Jahre 1886 angefangen.

d) Eine Vorschussbeitragsleistung zu den auf 282.000 fl. veranschlagten Kosten der Gailregulierung im Ausmaße von $\frac{3}{5}$ der Kosten gegen dem, dass das Land die übrigen $\frac{2}{5}$ der Kosten übernehme.

Die Vorlage für Tirol begreife nachstehende Hilfen:

a) Die Gewährung eines Betrages in der Gesamtsumme von 582.000 fl. für die Regulierung der Etsch und die damit zusammenhängenden Regulierungen an der Eisackausmündung und an der neutralen Etschstrecke.

b) Eine Beitragsleistung von vier Millionen Gulden für Regulierungen und Herstellungen an anderen Flüssen und Wildbächen unter bestimmten Bedingungen für den Verwendungsvorgang und die Konkurrenzregelung und gegen die Bildung eines Regulierungsfonds.

c) Die Gewährung eines Betrages von drei Millionen Gulden zur Verabfolgung von Vorschüssen an Konkurrenzen, Gemeinden und Einzelne unter der Haftung des Landes und gegen Rückzahlung in 15 gleichen Jahresraten, vom Jahre 1886 angefangen.

---

b *Randbemerkung des Protokollführers* Minister Freiherr v. Pražák und der Finanzminister erscheinen in der Ministerkonferenz.

8 *Die Linie wurde vermittels Vortrag Pinos v. 12. 12. 1882 mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 konzessioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4945/1882 *und auf Vortrag Pinos v. 1. 1. 1883 mit Ah. E. v. 20. 1. 1883 ratifiziert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 237/1883. *Kundmachung in* Rgbl. Nr. 11/1883.

9 *Fortsetzung des MR. v. 4. 12. 1882/I.*

10 *Zur kaiserlichen Verordnung v. 26. 9. 1882,* Rgbl. Nr. 130/1882*, siehe MR. v. 26. 9. 1882/I.*

d) Die Gewährung eines Betrages von einer Million Gulden zur Verwendung für nicht rückzahlbare Unterstützungen sowie zu Aufforstungen.

Außerdem proponieren beide Vorlagen die Gewährung der Stempel- und Gebührenbefreiung für die mit der Hilfsaktion zusammenhängenden Geschäfte und proponiere insbesondere die Vorlage für Tirol die [gleich]e Begünstigung auch für [das] dortige Landesanlehen sowie die Begünstigung der Verwendung der Teilschuldverschreibungen des Landesanlehens zur Anlegung von Stiftungs- und Pupillengeldern sowie zu Kautionen. Referent bemerkt schließlich, dass vom Landtage Kärntens eine Haftung des Landes für die Vorschüsse nicht beschlossen wurde, weil während der Tagung des Landtages die Frage noch nicht vorlag. Deshalb dürfte, wie dies in anderen Fällen geschehen sei, man sich damit begnügen können, wenn sich der Landesausschuss nomine des Landtages für die Haftung erkläre[11].

Der Finanzminister erklärt, aus finanziellen Gründen in die vorgebrachten Propositionen, wornach für Kärnten und Tirol zusammen bei zehn Millionen Gulden beansprucht werden, nicht ganz eingehen zu können.

Was Kärnten anbelangt, so hat der Finanzminister nur zu beanständen, dass für die Regulierung des Gailflusses der Beitragsschlüssel von $\frac{3}{5}$ des Staates zu $\frac{2}{5}$ des Landes angenommen werden wolle, weil damit eine Präjudiz für andere künftige Fälle von derlei Beitragsleistungen geschaffen werden würde. Daher schlägt der Finanzminister vor, dass der Beitrag des Staates zur Gailregulierung mit der Hälfte der Kosten gegen Übernahme der anderen Hälfte seitens des Landes normiert werde.

Was Tirol anbelangt, so hat der Finanzminister gegen die Beitragsleistung zur Etschregulierung mit Rücksicht auf den schon bisher eingenommenen Konkurrenzmaßstab nichts zu erinnern. [Den] Beitrag per vier Millio[nen] Gulden für andere Flussregulierungen in Tirol will der Finanzminister zugeben, jedoch in der Weise verteilt wissen, dass für das Jahr 1883 ein Beitrag von 500.000 fl. und für die nächstfolgenden vier Jahre ein jährlicher Beitrag von 875.000 fl. erfolgt werde. Behufs der Erteilung von Vorschüssen hält der Finanzminister dafür, dass nur eine Summe von 1,500.000 fl. und zwar mit der Modalität zu gewähren sei, dass die Entnehmung von Vorschüssen auf den Zeitraum bis Ablauf des Jahres 1883 beschränkt werde, indem sich der Finanzminister hinsichtlich dieser Beschränkung auf die mit ihm übereinstimmende Anschauung des Landeshauptmannes von Tirol beruft[c]. Endlich erklärt der Finanzminister, für Unterstützungen nur auf einen Betrag von 500.000 fl. eingehen zu können. Mit den anderweitigen Propositionen der Entwürfe erklärt sich der Finanzminister einverstanden.

In der Diskussion wird nur Stellung genommen gegenüber der vom Finanzminister proponierten Beschränkung für die Entnehmung von Vorschüssen auf den Termin bis Ende 1883, und wird vom Referenten Sektionschef Freiherrn v. Kubin sowie vom Minister Freiherrn v. Ziemiałkowski und vom Ministerpräsidenten unter Hinweisung auf die Erfahrungen bei der analogen Hilfsaktion in Böhmen hervorgehoben, dass es unbedingt notwendig sei, einen längeren und mindestens einen dreijährigen Termin zu setzen, weil man bei

---

[c] *Randbemerkung Dunajewskis* Der Finanzminister hat die Beschränkung der Vorschüsse auf ein Jahr nur über nachdrücklichen Wunsch des Landeshauptmannes beantragt, und dabei bemerkt, dass vom Standpunkte seines Ressorts die Sache minder wichtig sei, weil, gerade nach den Erfahrungen in Böhmen zu schließen, die Hoffnung auf Rückzahlung eine sehr gewagte zu sein scheint. Dunajewski.

[11] *Eine entsprechende Zusicherung des Kärntner Landesausschusses konnte in dem Beständen des* AVA., Ministerratspräsidium *sowie* IM., Präs. *und* allg. *nicht gefunden werden.*

[so ausgedeh]nten Verheerungen, die erst allmählich nach Jahren repariert werden können, in den meisten Fällen nicht in der Lage sei, im Voraus den Aufwand zu ermitteln, insbesondere wird auch vom Ministerpräsidenten betont, dass die Anschauung des Landeshauptmannes von Tirol für diese Frage deshalb nicht als maßgebend angesehen werden könne, weil die Repräsentanz des Landes bei der vom Lande für die Vorschüsse übernommenen Haftung im Interesse der Verminderung des Risikos des Landes selbstverständlich wünsche, mit der Vorschussaktion bald fertig zu werden.

Der Ministerrat beschließt, dass für die Verabfolgung von Vorschüssen ein Termin von drei Jahren gesetzt werde, und erklärt sich in allen übrigen Punkten für die Anträge des Finanzministers, wornach sich für die beiden Entwürfe die aus der Anlage ersichtlichen Fassungen ergeben[d]. Der Ministerpräsident erhält die Ermächtigung des Ministerrates zur Einbringung dieser Entwürfe[12].

Wien, am 12. Dezember 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 26. Dezember 1882. Franz Joseph.

Nr. 442 Ministerrat, Wien, 13. Dezember 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 13. 12.) Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Welsersheimb (bei VIII–X), Dunajewski, Pino; außerdem anw. Steinbach; BdE. und abw. Conrad.

I. Erwirkung von Ah. Ordensauszeichnungen anlässlich der Beendigung der Grundsteuer-Regulierungsangelegenheit. II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kassendirektor Ignaz Jürschik. III. Erwirkung des Adels für den Privaten Vincenz Morawitz. IV. Nichteinberufung des Triester Landtages. V. Wegen der vom Minister des Äußern beabsichtigten Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten Ritter v. Keller. VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes über Arbeitszeit und Sonntagsruhe bei Bergarbeitern. VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Staatsbeitrag für die Etschregulierung von Gmund bis Masetto. VIII. Einbringung eines Aktiengesetzentwurfes. IX. Erklärung des Landesverteidigungsministers anlässlich der bei der Ausschussverhandlung über die Rekrutenkontingentsvorlage zur Sprache gebrachten Armeereorganisation. X. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über Einquartierungserleichterungen.

KZ. 120 – MRZ. 98

---

[d] *Beide Gesetzentwürfe liegen dem Originalprotokoll bei.*

[12] *Mit Vortrag v. 14. 12. 1882 beantragte Taaffe die Ermächtigung zur Einbringung der Gesetzentwürfe zur Staatsunterstützung für Tirol und Kärnten in den Reichsrat, die ihm mit Ah. E. v. 15. 12. 1882 erteilt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4759/1882. *Diese Einbringung erfolgte mit Zuschrift Taaffes v. 15. 12. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 15. 12. 1882 (251. Sitzung) 8715, *wurde aber mit seiner Zuschrift v. 3. 2. 1883 mit dem Hinweis wieder zurückgezogen, dass er* eine neue Vorlage einbringen werde, Prot. Reichsrat AH. (262. Sitzung) 9044. *Auszeichnungen aus Anlass der Unwetterkatastrophe in Tirol standen in MR. v. 22. 12. 1882 auf der Agenda der ersten beiden Tagesordnungspunkte, die Frage der Einberufung eines außerordentlichen Kärntner Landtages in MR. v. 28. 12. 1882/I; Fortsetzung in MR. v. 31. 1. 1883/V.*

Protokoll des zu Wien am 13. Dezember 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I.[a] Der Finanzminister beabsichtigt, anlässlich der Beendigung der Grundsteuer-Regulierungsangelegenheit behufs der Würdigung der bei der Bewältigung der diesfälligen Arbeiten erworbenen Verdienste einige Ah. Auszeichnungen au. zu beantragen[1] und zwar wolle er Ordensauszeichnungen erwirken für zwei Beamte, nämlich für den Stellvertreter des Vorsitzenden der Zentralkommission für die Regelung der Grundsteuer, geheimen Rat Sektionschef Carl Freiherrn v. Distler, das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens, und für den Referenten derselben Zentralkommission Ministerialrat Ignaz Mayer das Ritterkreuz des Leopoldordens, endlich für das Mitglied der Zentralkommission, den Reichsratsabgeordneten, Rentmeister des Chorherrenstiftes zu Reichersberg Gregor Doblhamer [d]as Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens.

Der Finanzminister verkenne nicht, dass die für Distler proponierte Auszeichnung mit Bezug auf dessen amtliche Rangsstellung eine ungewöhnlich hohe sei. Jedoch sei Distler in Rücksicht auf sein Dienstalter von 44 Jahren, sodann wegen seiner ungewöhnlichen Begabung, seines unermüdlichen Fleißes und seiner ganz außerordentlichen Pflichttreue eben einer solchen außerordentlichen Auszeichnung würdig und müsse der Finanzminister deshalb ausdrücklich hervorheben, dass mit diesem Antrage nicht irgendein Präzedenz für Beamte dieses Ranges geschaffen werden wolle. Der Ministerpräsident befürwortet die so proponierte besondere Berücksichtigung.

Der Ministerrat erklärt zu den vom Finanzminister beabsichtigten Anträgen seine Zustimmung[2].

II. Der Finanzminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den pensionierten Direktor der Finanzlandeskassa in Linz Ignaz Jürschik in Anerkennung seiner mehr als 44-jährigen vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[3].

III. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern beabsichtigt, für den Privaten Vincenz Morawitz in Wien in Anerkennung seines patriotischen und humanitären Wirkens die Verleihung des Adels zu erwirken, und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[4].

---

[a] *Randbemerkung des Protokollführers* (Der Landesverteidigungsminister ist beim Beginne der Konferenz nicht anwesend.)

1 *Ordensverleihungen an Mitglieder der Grundsteuer-Zentralkommission waren bereits in MR. v. 9. 6. 1882/VII und MR. v. 15. 11. 1882/VII beraten worden. Zur Novellierung des Grundsteuergesetzes von 1869 siehe MR. I v. 29. 10. 1882/I, Anm. 12 sowie MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I, Anm. 2.*

2 *In zwei Vorträgen v. 15. 12. 1882, in einem ersten für die Beamten Distler und Mayer, im zweiten für den Reichsratsabgeordneten Doblhamer, beantragte Dunajewski die angesprochenen Orden, die mit Ah. E. v. 19. 12. 1882 verliehen wurden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4781 *und* 4782*, beide ex* 1882.

3 *Den Orden erhielt Jürschik mit Ah. E. v. 21. 12. 1882 über Vortrag Dunajewskis v. 15. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4820/1882.

4 *Der mit Vortrag Taaffes v. 16. 12. 1882 beantragte Adel wurde mit Ah. E. v. 21. 12. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4809/1882.

IV. Der Ministerpräsident referiert über die Frage der Einberufung des Triester Landtages, indem er mitteilt, dass der Podestà von Triest unter Hinweisung auf den Abgang jeder Landtagsvorlage an den Statthalter in Triest die dringende Bitte gerichtet habe, zu vermitteln, dass es von der Einberufung des Triester Stadtrates zur landtäglichen Session für dieses Jahr sein Abkommen haben möge[5]. In Rücksicht hierauf rate der Statthalter darauf ein, von der Einberufung für heuer abzusehen. Der Ministerpräsident bemerke hiezu, dass bei Beginn der Reichsratssession Triester Reichsratsabgeordnete ihm vorgebracht hatten, dass es sehr erwünscht wäre, wenn heuer von der Landtagseinberufung abgesehen würde. Der Ministerpräsident habe dem gegenüber bemerkt, dass angesichts der Bestimmung der jährlichen Landtagseinberufung der Wunsch auf ein Abgehen hievon von kompetenter Seite aus[gespr]ochen werden müsste. Ein solches kompetentes Ansuchen liege nun mit der oberwähnten Bitte des Podestà vor. Der Ministerpräsident proponiert sonach, dass von der Einberufung des Triester Stadtrates zur landtäglichen Session für dieses Jahr abgesehen werde.

Der Ministerrat erklärt sich hiemit einverstanden[6].

V. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák referiert über die vom Ministerium des Äußern behufs der Erlangung der hierseitigen Zustimmung mitgeteilte Absicht, für den Vizepräsidenten des Wiener Oberlandesgerichtes Gustav Ritter v. Keller behufs Würdigung der von demselben durch seine 30-jährige Lehrtätigkeit als Professor der strafgerichtlichen Fächer an der Orientalischen Akademie erworbenen Verdienste den Orden der Eisernen Krone II. Klasse zu erwirken. Einer diesfalls beabsichtigten Berücksichtigung Kellers könne der Minister von seinem Standpunkte aus allerdings zustimmen, doch möchte er dem Ministerium des Äußern zugleich eröffnen, dass mit Rücksicht auf die Rangstellung Kellers der Orden der Eisernen Krone II. Klasse zu hoch gegriffen scheine und das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens als der angemessene Auszeichnungsgrad erachtet werde.

Der Ministerrat erklärt sich einverstanden[7].

[VI.] Der Ackerbauminister referiert über die von ihm beabsichtigte Einbringung einer Vorlage betreffend die Verwendung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, dann über die Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbaue und legt den aus der Anlage ersichtlichen Entwurf vor[b], welcher nach Beratungen mit Gewerken und Arbeitern des Bergfaches festgestellt wurde[8]. Der Minister erläutert die Entwurfsbestimmungen und hebt insbesondere hervor, dass unter der mit § 3 normierten „wirklichen Arbeitszeit" die Arbeitszeit mit Ausschluss der Ruhepausen gemeint sei.

Der Handelsminister erklärt sich mit dem Entwurfe einverstanden, muss jedoch darauf aufmerksam machen, dass, wenn jetzt für Bergarbeiter eine Arbeitszeit und die Einhaltung der Sonntagsruhe normiert werde, es in der Folge nicht möglich sein werde, einer Fest-

---

b *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

5 *Fortsetzung des MR. I v. 23. 11. 1882/IV. Da alle Unterlagen für 1882 in* Ava., IM., Präs., Sig. 31/Küstenland *fehlen, liegt auch das Schreiben des Podestà von Triest Bazzoni an Statthalter in Triest Pretis nicht ein.*

6 *Der Triester Gemeinderat bzw. Landtag wurde 1882 nicht einberufen. MR. v. 28. 12. 1882/I beriet noch über eine außerordentliche Sitzung des Kärtner Landtages wegen der Unwetterkatastrophe.*

7 *Die Anfrage des Außenministeriums v. 6. 12. 1882 beantwortete Pražák im Sinne des Ministerratsbeschlusses mit Schreiben (K.) v. 13. 12. 1882,* Ava., JM., Präs. 300/1882. *Daraufhin beantragte Kálnoky mit Vortrag v. 19. 12. 1882 für Keller das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens, das diesem mit Ah. E. v. 26. 12. 1882 verliehen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4869/1882.

8 *Zu den Ursachen dieses Gesetzentwurfes siehe MR. I v. 30. 4. 1882/III, Anm. 20.*

setzung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe auch hinsichtlich der übrigen Arbeiter auszuweichen, dass daher die Regierung, indem sie den vorliegenden Entwurf einbringe, sich damit zugleich schon für die gedachte weitere Reform engagiere. Der Handelsminister stimmt in Rücksicht auf diese Konsequenz, die er für sich akzeptiere, für die Einbringung der vom Ackerbauminister proponierten Vorlage und habe er das fragliche Moment hervorheben zu sollen geglaubt, um die ganze Tragweite des mit dieser Einbringung zu unternehmenden Schrittes klarzulegen.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Einbringung der vom [Acke]rbauminister proponierten Vorlage einverstanden[9].

VII. Der Ackerbauminister erbittet sich in Übereinstimmung mit den Ministerien des Innern und der Finanzen die Zustimmung des Ministerrates zur Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Sicherung des Staatsbeitrages per 200.000 fl. zu den im bezüglichen Landesgesetze[10] veranschlagten Kosten der Regulierung der Etsch von Gmund bis Masetto, nachdem hinsichtlich dieses Regulierungswerkes durch die diesjährigen Kalamitäten eine Alterierung nicht e[i]ntrete.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[11].

VIII.[c] Im Auftrage des Leiters des Justizministeriums referiert Sektionsrat Dr. Steinbach über die Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften[12]. Der Referent bringt über den Standpunkt des Ent-

---

c *Randbemerkung des Protokollführers* Der Landesverteidigungsminister erscheint in der Ministerkonferenz.

9 *Franz Joseph scheint die Zustimmung zur Einbringung des Gesetzentwurfes in den Reichsrat mündlich erteilt zu haben, ein entsprechender Vortrag liegt in* Hhsta., Kab. Kanzlei *nicht ein; sie erfolgte mit Zuschrift Falkenhayns v. 14. 12. 1882 an das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 15. 12. 1882 (251. Sitzung) 8714. *Dies teilte Falkenhayn mit Vortrag v. 22. 12. 1882 mit, der mit Ah. E. v. 27. 12. 1882 zur Kenntnis genommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei. KZ. 4924/1882. *Nach der Annahme des Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 13. 5. 1884 (369. Sitzung) 12803 – *und im Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 27. 5. 1884 (95. Sitzung) 1511– *wurde er über Vortrag Falkenhayns v. 13. 6. 1884 mit Ah. E. v. 21. 6. 1884 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2280/1884*; das Gesetz* über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, dann über die tägliche Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbaue *wurde publiziert als* Rgbl. Nr. 115/1884. *Die Sonntagsruhe im Gewerbebetrieb kam zur Sprache in MR. v. 9. 4. 1883/V,* Haltung gegenüber dem Referentenentwurfe des Gewerbeausschusses über die Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung*, das sich mit dem gewerblichen Hilfspersonal beschäftigte.*

10 *Annahme des Landesgesetzentwurfes – der nicht im Zusammenhang mit der Überschwemmung stand und bereits in MR. v. 2. 9. 1878/V, MR. II v. 17. 2. 1879/IV, MR. v. 17. 4. 1879/IV, MR. v. 22. 3. 1880/III und MR. v. 27. 5. 1880/I (liegen alle nicht ein) besprochen worden war – in* Prot. Landtag Tirol 17. 7. 1882 (13. Sitzung) 313.

11 *Über Vortrag Falkenhayns v. 17. 12. 1882 wurde die Einbringung des Gesetzentwurfes in den Reichsrat mit Ah. E. v. 22. 12. 1882 bewilligt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4832/1882*; Zuschrift Falkenhayns an das Abgeordnetenhaus v. 26. 12. 1882,* Prot. Reichsrat AH. 15. 1. 1883 (257. Sitzung) 8875. *Nach der Annahme des Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 10. 2. 1883 (264. Sitzung) 9114 – *und im Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 6. 3. 1883 (76. Sitzung) 1231– *wurde er über Vortrag Falkenhayns v. 5. 4. 1883 mit Ah. E. v. 9. 4. 1883 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 1290/1883*; das Gesetz publiziert als* Rgbl. Nr. 45/1883. *Mit selbem Vortrag und selber Ah. E. erfolgte auch die Sanktion des entsprechenden Landesgesetzes, publiziert als* Lgbl. Tirol und Vorarlberg Nr. 18/1883.

12 *Fortsetzung des Aktiengesetzes des MR. v. 13. 6. 1882/VIII und – unter anderen Steuergesetzen – MR. v. 29. und 30. 11. 1882/I. Die diesen Gegenstand betreffenden Unterlagen befinden sich in* Ava., JM., allg., Sig. I P 2.

wurfes sowie über die Hauptunterschiede desselben von der früheren im Jahre 1874 eingebrachten Regierungsvorlage[13] die in dem hier abschriftlich beiliegenden au. Vortrage niedergelegten Momente vor[d].

In der Diskussion über den Entwurf wird zu Artikel 185 a) Punkt 5 vom Handelsminister beantragt, die etwas zu drakonische und anderseits für den Zweck der Anordnung nicht notwendige Bestimmung, dass der Erneuerungsfonds[e] „durch alljährliche bare Rücklagen" zu bilden sei, zu eliminieren.

Der Ministerrat beschließt, dass im Punkt 5 die Worte „durch alljährliche bare Rücklagen" gestrichen werden.

Der Finanzminister erklärt, dass er dem Entwurfe im Ganzen zustimme, wenngleich es bei der noch gegenüber dem früheren Entwurfe eingetretenen Verschärfung der Strafbestimmungen vielleicht schwer werden dürfte, ehrliche und tüchtige Leute für das Amt des Aufsichtsrates zu gewinnen. Im Speziellen müsse jedoch der Finanzminister einige Erwägung vorbringen.

Im § 6 (Pagina 46) scheint dem Finanzminister der Ausdruck „zur Ausgabe von Schecks" nicht ganz zutreffend zu sein, da den Scheck jener ausgebe, welcher ihn ausstelle, eine Aktiengesellschaft aber dazu, dass sie über ein Guthaben, welches sie bei einem Dritten hat, verfügt, offenbar keiner Konzession bedürfe. Der Finanzminister gibt daher zu erwägen, ob die Bestimmung nicht besser so zu lauten hätte: „zur Übernahme von Geldeinlagen, über welche mittelst Schecks verfügt werden soll".

Sektionsrat Dr. Steinbach bemerkt, dass in der Mehrzahl der Fälle es nicht zutreffe, dass gegenüber einem Institute nur gegen Geldeinlagen mittelst Schecks verfügt werde. Daher wäre auch die vom Finanzminister proponierte Fassung nicht entsprechend. Es sei überhaupt schwer, beim Mangel eines Scheckgesetzes die Sache genau zu umschreiben. [De]nn die Ausgabe von Scheckblanketten an die Bewilligung zu knüpfen, gehe auch nicht an, weil die Blankettenausgabe keinen juristischen Akt bilde.

Nach einer kurzen Diskussion über diesen Punkt wird vom Ministerrat unter Zustimmung des Finanzministers beschlossen, die diesfalls im § 6 gebrauchte Fassung vorläufig zu belassen und dann, wenn sich die Ministerien der Justiz und der Finanzen über eine klarere Bestimmung geeinigt haben sollten, diese bei der Ausschussberatung von befreundeter Seite als Abänderungsproposition zu § 6 movieren zu lassen.

Zu Artikel 226 a) bemerkt der Finanzminister, dass er am liebsten das mit diesem Artikel normierte Klagerecht des Aktionärs auf Ausscheidung aus der Gesellschaft gänzlich eliminiert wissen möchte. Erstlich sei der Weg des Austrittes durch den Verkauf der Aktie gegeben. Dann liege eine große Gefahr darin, dass jemand durch eine grundlose Klage unter Veröffentlichung des Klageschrittes einer Gesellschaft unberechenbaren Schaden zufügen könne und

---

d *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

e *Brandstelle ergänzt nach § 185 a, Punkt 5 des dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzentwurfes,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1882 (254. Abend-Sitzung) Beilage 616.

13 *Der in MR. v. 11. 1. 1874/IV, MR. v. 18. 1. 1874/VIII (liegen beide nicht ein) beratene Gesetzentwurf war in das Abgeordnetenhaus mit Zuschrift von Justizminister Glaser v. 25. 1. 1874 eingebracht worden,* Prot. Reichsrat AH. 16. 1. 1874 (13. Sitzung) 433. *Er wurde in dritter Lesung vom Abgeordnetenhaus angenommen* – Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1874 (98. Sitzung) 3488 – *und im Herrenhaus in der ersten Lesung der volkswirtschaftlichen Kommission zugewiesen,* Prot. Reichsrat HH. 19. 12. 1874 (25. Sitzung) 396*; hier blieb der Gesetzentwurf aber stecken. Noch MR. v. 23. 11. 1876/II beschäftigte sich mit* der weiteren Beratung des Aktiengesetzes in der *Herrenhauskommission*.

dass bei diesen Umständen mit den Klagen aus Erpressungsabsichten gedroht werden könnte. Endlich liege ein Widerspruch darin, dass, wenn – wie Alinea 1 des Artikels 226 a) voraussetzt – die Unmöglichkeit, den Zweck der Gesellschaft zu erreichen, wirklich bewiesen wird, nur auf die Abfertigung des Klägers und nicht auf die Auflösung der Gesellschaft erkannt werden könne. Halte man aber das Klage[re]cht aufrecht, dann müssten wenigstens die Kautelen gesetzt werden, dass der Kläger mindestens den zehnten Teil des Aktienkapitales besitze und dass für unbegründete Klagen sehr empfindliche Mutwillensstrafen angedroht werden. Ferner gibt der Finanzminister auch zu bedenken, dass für die Art der Ermittlung des Anteiles zum Zwecke der Abfertigung nicht vorgesorgt sei und dass es auch nicht richtig scheine, den Kläger nach dem Vermögensstande zur Zeit der Klage abzufertigen.

Sektionsrat Dr. Steinbach bemerkt, dass man bei der Aufhebung des Konzessionswesens notgedrungen etwas tun müsse, um die Rechte der einzelnen Aktionäre zu kräftigen. Es bleibe diesfalls nur die Wahl zwischen der Einräumung der Klage auf Auflösung der Gesellschaft oder der Einräumung der Klage auf Ausscheidung. Gegen erstere Klage habe sich das Finanzministerium bei den Verhandlungen über den Entwurf mit Recht gewendet, weil es nicht angehe, dem einzelnen Aktionär das Schicksal der ganzen Gesellschaft in die Hand zu geben. Die Klage des Aktionärs auf Ausscheidung sei auch in Frankreich, England und Nordamerika zulässig und treffe es gewiss nicht immer zu, dass der Austritt mittelst Verkaufes zum selben Ziele zu führen geeignet sei wie die Erhebung der Klage, weil beim Zustande einer gegründeten Klage die Aktien unverkäuflich sein werden. Die Gefahr unbegründeter Klagen sei allerdings vorhanden. [Abe]r mutwillige Klagen lassen sich überhaupt nicht hindern und werde es gewiss wesentlich von der Situation der Gesellschaft abhängen, ob erhobene Klagen auf ihren Kredit Einfluss nehmen. Erpressungsanlass sei aber deshalb nicht vorhanden, weil der Kläger nur seinen Aktienbetrag verlangen könne.

Was die eventuell proponierten Kautelen anbelange, so wäre die Bedingung des Besitzes des zehnten Teiles des Aktienkapitales allerdings passend bei der Klage auf Auflösung der Gesellschaft. Bei der Klage auf Ausscheidung würde aber eine solche Bedingung den ganzen Zweck dieses Klagerechtes, den Schutz des kleinen Aktionärs, vereiteln. Die Setzung einer Mutwillenstrafe ginge hingegen ganz gut an. Die Ermittlung des Anteiles behufs der Abfertigung mache bei der bestehenden Buchführung technisch keine Schwierigkeiten. Was die Bestimmung der Abfertigung nach dem Vermögensstande zur Zeit der Klage anbelange, so wäre es nach den Grundsätzen des Zivilprozesses nicht möglich, eine andere Bestimmung zu treffen.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák muss selbst zugeben, dass die Klage ihre Bedenken habe, indem dabei namentlich auch die Gläubiger durch Verringerung des Aktienkapitales geschädigt werden können. Andererseits sei jedoch die Bestimmung wieder so, dass die Klage schwer durchzuführen sein werde. Von seinem Standpunkte aus wäre ihm allerdings die öffentliche Klage lieber gewesen.

Der Handelsminister hofft [si]ch nicht viel von der Wirksamkeit der Ausscheidungsklage, will sie aber vor allem deshalb belassen wissen, weil sie der Forderung nach Kräftigung des Rechtes der Aktionäre Ausdruck gibt.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird vom Ministerrate beschlossen, die Bestimmung des Artikels 226 a) zu belassen und nur mit der Bestimmung zu ergänzen, „dass Aktionäre, welche die Klage offenbar mutwillig erhoben haben, von dem erkennenden Gerichtshofe mit einer Geldstrafe von 50 bis 1.000 fl. belegt werden können“.

Der Finanzminister wendet sich ferner gegen die im Artikel 185 a) gegenüber dem früheren Entwurfe neu aufgenommene Bestimmung für die Aufstellung der Bilanz, indem er betont, dass bei Sachen, welche einen Börse- oder Marktpreis haben, der Kurs den wahren Wert ausmache und andererseits auf die Mühe der Eruierung des Selbstkostenpreises und auf die Bedenken hinweist, welche bei der Veröffentlichung der Geschäftsgeheimnisse einer Bank hervortreten. Der Minister möchte deshalb den Absatz 1 nur auf Sachen, welche keinen Markt- oder Börsenpreis haben, beschränkt wissen, wobei aber beizufügen wäre, dass an dem Selbstkostenpreise eine der Besitzdauer entsprechende Abschreibung zu machen sei.

Sektionsrat Dr. Steinbach bemerkt, dass die Kaufleute in der Weise bilanzieren, dass sie den Kurs nur rechnen, wenn der Selbstkostenpreis höher als der Kurs ist, hingegen den Selbstkostpreis annehmen, wenn er niedriger als der Kurs ist. [Es] gelte nun, mit der Entwurfsbestimmung die Aktiengesellschaften zu zwingen, dass sie so vorgehen wie die Kaufleute. Insbesondere solle auf diese Weise dem Kursmachen per 31. Dezember ein Riegel vorgeschoben werden. Darum wohne in der Bestimmung auch ein wichtiges politisches Moment inne. Die Besorgnis hinsichtlich der Veröffentlichung der Geschäftsgeheimnisse treffe aber nicht zu, weil die Sache nicht in die Öffentlichkeit komme.

Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass man der Regierung einen Vorwurf machen würde, wenn sie diese Bestimmung nicht aufnähme.

Der Handelsminister und Minister Freiherr v. Ziemiałkowski plädieren für die Beibehaltung der Entwurfsbestimmung, wobei Minister Freiherr v. Ziemiałkowski insbesondere auf das Bedenkliche des Vorgehens hinweist, dass Gesellschaften behufs der Bilanzierung den Kurs hinauftreiben und auf der so gewonnenen Basis die Dividenden verteilen, worauf dann einige Tage später der verhältnismäßig niedrigere Kurs wieder zur Erscheinung tritt.

Der Ministerrat erklärt sich für die Aufrechthaltung der Bestimmungen des Artikels 185 a) des Entwurfes.

Der Finanzminister berührt endlich noch die Bestimmung des Artikels 173, wornach für Bankunternehmungen der Mindestbetrag einer Aktie mit 500 fl. normiert werde. Diese Bestimmung involviere eine Erschwerung der Bankgründungen, was für jetzt ganz entsprechend sei. Indessen wolle er zu erwägen geben, ob [nicht] im Hinblicke auf die Zu[k]unft, in welcher vielleicht neue Bankgründungen notwendig werden könnten, diese Bestimmung eine Begünstigung der jetzt bestehenden auf kleineren Aktien gegründeten Bankgesellschaften begreife. Der Finanzminister gibt zu überlegen, ob nicht vielleicht ein Betrag angenommen werden könnte, welcher dem Werte von 1.000 Francs gleichkomme.

Sektionsrat Dr. Steinbach betont, dass mit der Bestimmung dieses Nominalbetrages bewirkt werden solle, dass Bankaktien nicht von den kleinen Leuten, sondern nur von solchen gekauft werden, welche vom Bankgeschäfte etwas verstehen und den bezüglichen Verhältnissen näherstehen. Allerdings erscheinen dabei jetzt bestehende Bankgesellschaften begünstigt. Aber wenn man auf dieses Moment Gewicht legen wollte, so könnte man überhaupt niemals eine Beschränkung setzen.

Der Handelsminister plädiert mit Rücksicht auf das vom Referenten Angeführte für die Beibehaltung der Entwurfsbestimmung, indem er betont, dass, wenn sich die Notwendigkeit neuer Bankgründungen ergeben werde, sich auch das Geld dazu in den berufenen Kreisen finden werde. Überhaupt ist der Handelsminister der Anschauung, dass sich die Regierung zu Erleichterungen allenfalls nur durch das Votum des Parlamentes drängen lassen solle.

Der Ministerrat erklärt sich für die Beibehaltung der Bestimmungen des Artikels 173 des Entwurfes.

Sonach wird vom Minister[rat]e der Entwurf in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung angenommen[f] und wird die Zustimmung zur Einbringung desselben erteilt[14].

IX. Der Minister für Landesverteidigung bringt dem Ministerrate zur Kenntnis, dass aus Anlass der Verhandlung der Rekrutenkontingentsvorlage im Wehrausschusse des Abgeordnetenhauses von Seite mehrerer Abgeordneten der Opposition die Armeereorganisation zur Sprache gebracht worden sei[15].

Der Minister sei auf eine Diskussion dieser Frage nicht eingegangen, indem er den Standpunkt der k. k. Regierung dahin präzisierte, dass dieselbe vom Reichskriegsminister die Erklärung entgegengenommen habe, die Armeereorganisation werde weder eine Erhöhung des ordinären Budgets sowie des gesetzlichen Rekrutenkontingents noch Gesetzesänderungen notwendig machen, und dass der Regierung, nach Beantwortung dieser die Vertretungskörper berührenden Fragen, unter Aufrechthaltung der ihr zukommenden gesetzlichen Verantwortlichkeit, eine Ingerenz in die Durchführung des bezüglichen Rechtes der Krone nicht zukomme, wofür der Reichskriegsminister die Verantwortung übernommen und vor dem Forum der Delegationen die Gelegenheit zur Vertretung gehabt habe[16].

Der Minister habe überdies auf die Bestimmungen des § 13 des Wehrgesetzes hingewiesen, welche im gegebenen Falle eine meritorische Infragestellung der Rekrutenkontingents[vorl]age ausschließen, und auf die unverzögerte Votierung derselben Gewicht gelegt. Für den möglichen Fall, dass dieselben Fragen auch bei der Behandlung im Plenum des Abgeordnetenhauses aufzuwerfen gesucht werden sollten, gedenke der Minister – wenn der Ministerrat hiemit einverstanden sei – auf demselben Standpunkte zu verharren und, wenn nicht notwendig, in die Debatte gar nicht einzutreten, nachdem die schließliche Votierung der Rekrutenkontingente wohl nicht zweifelhaft erscheint[17].

---

f *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 3 bei.*

14 *Nach zustimmender Ah. E. v. 15. 12. 1882 auf den Vortrag Pražáks v. 13. 12. 1882* – Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4777/1882 – *brachte er mit Zuschrift v. 16. 12. 1882 den Gesetzentwurf in das Abgeordnetenhaus ein,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1882 (254. Abendsitzung) 8812. *Der Gesetzentwurf wurde in der ersten Lesung einem eigenen Ausschuss zugewiesen,* Prot. Reichsrat AH. 15. 1. 1883 (257. Sitzung) 8878. *Eine Interpellation erkundigte sich zum Stand der Ausschussberatungen,* Prot. Reichsrat AH. 29. 1. 1885 (390. Sitzung) 13555*, die am selben Tag mit einer Schilderung der bisherigen Verhandlungen beantwortet wurde und mit der Aussage schloss,* daß ein oberflächliches und unüberlegtes Beschließen eines Actiengesetzes eine weit größere Gefahr und ein weit größerer Schaden wäre, als die Verzögerung des Zustandekommens eines guten Actiengesetzes*,* Prot. Reichsrat AH. 29. 1. 1885 (390. Sitzung) 13573.

15 *Fortsetzung des MR. v. 25. 11. 1882/IV. Die Armeereorganisation war zuvor beraten worden in MR. v. 24. 6. 1882/I.*

16 *Die Heeresorganisation sprach Kriegsminister Bylandt an in* Prot. Delegation RR. 10. 11. 1882 (2. Sitzung) 10 f.

17 *Die Rede des Abgeordneten* Josef Schöffel – Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1882 (253. Sitzung) 8770 – *machte eine Stellungnahme Welsersheimbs am 16. 12. 1882 doch notwendig, in der er den hier mitgeteilten Standpunkt vertrat,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1882 (253. Sitzung) 8773.

Die Mitteilung des Landesverteidigungsministers wird vom Ministerrate genehmigend zur Kenntnis genommen[18].

X. Der Landesverteidigungsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Ah. Sanktion für den vom böhmischen Landtage beschlossenen, im Allgemeinen den Intentionen des Einquartierungsgesetzes entsprechenden Gesetzentwurfe, betreffend Bestimmungen behufs gleichmäßiger Verteilung der Last der bleibenden und Erleichterung der Last der vorübergehenden Militäreinquartierung.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[19].

Wien, am 13. Dezember 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 20. Jänner 1883. Franz Joseph.

Nr. 443 Ministerrat, Wien, 19. Dezember 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 19. 12.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad 7. 1. 1883, Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Verhandlungen mit den Führern der böhmischen Partei über die Frage der Auflösung des Landtages von Böhmen und über die Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät in Prag. II. In Angelegenheit der Aufforderung zur Vornahme von Neuwahlen für den niederösterreichischen Landesschulrat. III. Über die Rechtfertigung des Statthalters in Niederösterreich in Angelegenheit des Vorganges des niederösterreichischen Landesschulrates gegenüber der Entscheidung über die Errichtung einer böhmischen Privatschule im X. Bezirke Wiens. IV. Wegen Nichtsanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Heranziehung der Eisenbahnunternehmungen zur Normalschulfonds-Landesumlage. V. Erwirkung der Ah. Genehmigung für die vom Krainer Landtage pro 1883 beschlossene Einhebung der Normalschulfonds-Landesumlage. VI. Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Änderung der Umlagsperzente für die Aufbringung der Schulerfordernisse. VII. Erwirkung des Adels für den Universitätsprofessor Dr. Johann Pazdiera. VIII. Au. Dank des sub auspiciis Imperatoris zum Doktor der Rechte promovierten Hermann Mayr. IX. In Angelegenheit der Volksschulgesetznovelle. Haltung der Bischöfe im Herrenhause. Änderung der Regierungsproposition. X. Wegen Konzessionierung einer Lokalbahn von Bistritz nach Wallachisch Meseritsch. XI. Verordnung über den Appreturverkehr. XII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberbaurat Julius Lott. XIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksrichter Albin Turzański. XIV. Verordnung über die Ausdehnung der Ausnahmsgerichtsbarkeit in Dalmatien. XV. Sanktionierung des Finanzprovisoriums.

---

18 *Das Abgeordnetenhaus,* Prot. Reichsrat AH. 16. 12. 1882 (254. Abend-Sitzung) 8812 f.*, und das Herrenhaus,* Prot. Reichsrat HH. 18. 12. 1882 (69. Abend-Sitzung) 1073 f.*, votierten das Rekrutenkontingent pro 1883, das darauf von Welsersheimb mit Vortrag v. 20. 12. 1882 zur Sanktion Franz Joseph vorgelegt wurde, der diese mit Ah. E. v. 23. 12. 1882 erteilte,* Ka., MKSM. 82–1/1–4/1882*, das Gesetz v. 23. 12. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 1 *ex* 1883.

19 *In MR. I v. 23. 11. 1882/II war das mährische Bequartierungsgesetz zur Sprache gekommen. Dieser Gesetzentwurf für Böhmen war angenommen worden,* Prot. Landtag Böhmen 23. 10. 1882 (XVI. Sitzung) 362*. Er war über Vortrag Welsersheimbs v. 25. 12. 1882 mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 sanktioniert worden,* Ka., MKSM. 65–6/3/1882*, publiziert als Gesetz v. 28. 12. 1882,* Lgbl. Böhmen Nr. 78/1882.

KZ. 121 – MRZ. 99

Protokoll des zu Wien am 19. Dezember 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident macht Mitteilung über eine mit den Führern des Český klub stattgehabte Unterredung infolge des von den betreffenden Herren geäußerten Wunsches, mit der Regierung in Fühlung zu treten und über die gegenwärtige Situation Aufklärungen zu erhalten[1]. Der beim Ministerpräsidenten stattgehabten Unterredung wohnten Fürst Carl Schwarzenberg, Graf Clam, Dr. Rieger, Dr. Zeithammer[2] und weiters auch die Minister Freiherr v. Pražák und Ritter v. Dunajewski bei. Vom Ministerpräsidenten wurde den Herren die Notwendigkeit dargelegt, dass die Majorität und bzw. die böhmische Partei die Regierung weiters unterstütze, zugleich jedoch auch bedeutet, dass es für die Regierung Gewissenspflicht sei, zu wissen, ob sie dieser Unterstützung sicher sei, bevor sie an Se. Majestät gewisse Anträge stelle, welche zur Befriedigung der Desiderien [der] böhmischen Partei führen [s]ollen.

Im Sinne dieses Standpunktes wurde zunächst die Frage der Auflösung des böhmischen Landtages in Erörterung genommen. Dabei wurde vom Ministerpräsidenten dargelegt, dass beim Bestande der gegenwärtigen Wahlordnung durch die Neuwahlen nur dann eine konservative Majorität erreicht werden könnte, wenn die Regierung dieselbe mache. Könne aber ein konservativer Landtag nur mithilfe der Regierung zustande gebracht werden, so sei die Regierung auch berechtigt zu fordern, und wolle sie dies, dass die Majorität dann ihre Stellung im Landtage nicht missbrauche, damit nicht wieder in Umkehr des jetzigen Verhältnisses die Deutschen von den Tschechen unterdrückt werden. Die Herren haben die Lage anerkannt und die Zusicherung gegeben, dass sie ihre Majorität im Landtage nicht missbrauchen werden. Auch haben sie eingesehen, dass ihre Partei ohnehin in keinem Falle eine ¾-Majorität würde erlangen können[3].

Weiters wurde den Herren gesagt, dass die Regierung bereit sei, dann im neuen Landtage eine der bezüglichen Abänderung der Reichsratswahlordnung analoge Vorlage wegen Änderung des Wahlmodus aus dem Großgrundbesitze einzubringen, wobei jedoch der Ministerpräsident nicht unterlassen habe, zugleich daran zu erinnern, dass durch eine solche Wahlordnungsabänderung die Lage der Majorität für Weiteres etwas gefährdeter sein würde[4].

---

1 *Die Forderungen der Tschechen kamen zuletzt zur Sprache in MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

2 *Zu Carl Fürst zu Schwarzenberg siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1124, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Schwarzenberg | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022), zu Heinrich Jaroslav Graf Clam-Martinitz siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 158*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Clam-Martinic | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022), zu František Ladislav Rieger siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1018*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Rieger | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022) und zu Antonín Otakar Zeithammer siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1462*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Zeithammer | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022).*

3 *Die ¾-Majorität wurde bestimmt in der Landesordnung für Böhmen, Beilage in Patent v. 26. 2. 1861,* Rgbl. Nr. 20/1861 *(Februarpatent),* Beilage II/I, § 38.

4 *Die Frage einer Änderung der Wahlordnung für Böhmen kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 9. 10. 1882/I. Zur Wahlreform des Reichsrates siehe MR. v. 26. 9. 1882/IV. Mit dieser Reform war in der Kurie des großen Grundbesitzes der Wahlkörper der Besitzer von nicht mit dem Fideikomissbande behafteten land- oder lehntäflichen Güter von einem – Wahlordnung für Böhmen Beilage in Patent v. 26. 2. 1861,* Rgbl. Nr. 20/1861 *(Februarpatent),* Beilage II/I*, beibehalten mit Gesetz v. 2. 4. 1873,* Rgbl. Nr. 41/1873, § 1 – *auf fünf*

Zu diesem Gegenstande wurde endlich auch der Zeitpunkt der Landtagsauflösung ins Auge gefasst[5]. Da die Herren [erk]lärten, dass es ihnen in[s]besondere wichtig sei, aus dem neugewählten Landtage einen neuen Landesausschuss zu erhalten, so wurde als zweckentsprechend erkannt, derart vorzugehen, dass bald nach der Neuwahl auch der Landtag zusammentreten könne. Deshalb wurde in Aussicht genommen, den Landtag erst nach Schluss der Reichsratssession aufzulösen, wornach etwa sechs Wochen später der neugewählte Landtag zusammentreten könnte. Die spätere Auflösung des Landtages habe auch für die Regierung den Vorteil, dass die Partei gezwungen erscheine, die Regierung jetzt zu unterstützen. Andererseits dürfte man sich in diesem Ausblicke beeilen, mit den Reichsratsverhandlungen früher fertig zu werden[6].

Als weitere Frage wurde die Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät zur Erörterung gebracht[7]. Von Seite der Parteiführer wurde diesfalls insbesondere mit Rücksicht auf die Neuwahlen für den Landtag betont, dass es notwendig sei, dass durch das Vorgehen der Regierung in dieser Frage für die Alttschechen gegenüber den Jungtschechen Stimmung gemacht werde[8]. Nach langer Diskussion kam man zu dem Schlusse, dass von der Regierung die Geneigtheit erklärt wurde, sofort eine Kommission in Prag einzusetzen, welche die entsprechenden Erhebungen über die Möglichkeit der Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät vom Schuljahre 1883/84 an pflegen solle, und dass, falls sich diese Kommission für die Zulässigkeit der Errichtung zu jenem Zeitpunkte ausspräche, die Regierung auch eine entsprechende Vorsorge für [den] erforderlichen Kredit tref[f]en wolle, dies jedoch nicht früher, als bis das Budget für 1883 seine Erledigung gefunden haben werde[9].

Der Finanzminister hat zur Darlegung des Ministerpräsidenten nichts hinzufügen und bemerkt nur, dass er einen Nachtragskredit für die böhmische medizinische Fakultät keinesfalls vor der Erledigung des Budgets einbringen wolle, einerseits aus dem Grunde, um ein Kompelle für die schnelle Erledigung des Budgets zu haben und andererseits, um nicht, solange das Budget noch in Schwebe sei, sich einer allenfallsigen politischen Kreditforderung etwa von Seite einer anderen Partei auszusetzen.

Minister Freiherr v. Pražák bringt aus der fraglichen Besprechung auch noch zur Erinnerung die daselbst vorgebrachten Desiderien wegen Übernahme noch einiger Mittelschulen, worauf der Ministerpräsident eine bestimmte Formulierung der diesfälligen Wünsche begehrt habe und sich von den Herren die entsprechende nähere Darlegung der auf die Mittelschulen bezugnehmenden Wünsche vorbehalten wurde. Der Minister teilt ferner mit, dass Dr. Rieger mit den Resultaten der fraglichen Besprechung den Český klub beruhigt habe.

Wahlkörper – Gesetz v. 4. 10. 1882, RGBL. Nr. 142/1882, Art. I, § 2 – *vermehrt worden, ohne die Anzahl der gewählten Abgeordneten der Kurie des Großgrundbesitzes zu vermehren (23). Hingegen beriet MR. v. 29. 4. 1885/III die Nichtsanktionierung eines Gesetzentwurfes des böhmischen Landtages zur Normierung des Wahlzensus in der Kurie der Städte und der Landgemeinden auf 5 fl. bei den böhmischen Landtagswahlen.*

5 *Die Frage der Auflösung des böhmischen Landtages war angesprochen worden in MR. v. 2. 10. 1882/I.*

6 *Die – frühzeitige – Auflösung des böhmischen Landtages kam erneut zur Sprache in MR. v. 28. 3. 1883/I und MR. v. 17. 5. 1883/I.*

7 *Zur Errichtung einer eigenen tschechischen medizinischen Fakultät siehe MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

8 *Die Probleme, die die radikaleren Forderungen der Jungtschechen für die Alttschechen bedeuteten, wurden erwähnt in MR. II v. 19. 8. 1882/XI.*

9 *Zum Staatsvoranschlag pro 1883 und seiner Erledigung siehe MR. v. 4. 11. 1882/V, Anm. 35. Der Nachtragskredit für die medizinische Fakultät für die Universität in Prag mit böhmischer Unterrichtssprache wurde dann beraten in MR. v. 21. 2. 1883/I.*

Der Ministerpräsident ersucht nun den Minister für Kultus und Unterricht, seine Anschauung über die zu bestellende Kommission und die sonstigen etwaigen Vorkehrungen hinsichtlich der Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät darzulegen.

Der Minister für Kultus und [Unte]rricht bemerkt, dass bei [i]hm die Wünsche wegen der Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät in zwei Richtungen angeregt wurden. Der Statthalter wollte, wie sich der Ministerrat erinnern werde, dass vorläufig mit der Ernennung einiger Professoren vorgegangen werde, was man als nicht für tunlich erkannt habe, solange die Fakultät selbst nicht bestehe[10]. Nun glaube er doch, dass man mit den proponierten Ernennungen in der Weise würde vorgehen können, dass die Rechtswirksamkeit der jetzt zu geschehenden Ernennungen von der Errichtung der medizinischen Fakultät an datiere. Von Seite der Führer der tschechischen Partei trat man hingegen mit dem bestimmten Ansinnen heran, dass er sich von Sr. Majestät die Errichtung der medizinischen Fakultät vom Schuljahre 1883/84 erbitte und dass zu diesem Zwecke sodann jetzt schon ein Kredit von bestimmter Höhe begehrt werde. Er habe darauf erklärt, dass er außer Stande sei, so vorzugehen, weil er es vermeiden möchte, nur eine mesquine Schöpfung herzustellen und behufs der Kreierung einer würdigen Fakultät doch erst vorbereitende Maßnahmen zu treffen wären, behufs deren Einleitung er allerdings sich die Ah. Ermächtigung erbitten und dann auch trachten wolle, dass vom nächsten Schuljahre an wenigstens schon die Möglichkeit geboten wäre, das praktische Rigorosum[a] abzulegen. Daraufhin wurde von Dr. Rieger die Kommissionsidee vorgebracht. Der Minister sei bereit, auf die Bestellung der Kommission – oder er möchte es entsprechender [ein] Komitee nennen – einzuge[h]en und zu Mitgliedern dafür die bereits vorhandenen zwei böhmischen Professoren und die beiden noch zu ernennenden Professoren zu bestimmen. Zugleich wolle er den Hofrat Langer, welcher eben wegen einer anderen Angelegenheit nach Prag gehe, beauftragen, sich bei dieser Gelegenheit auch für die infrage stehende Erhebung zu bemühen. Die Hauptsache werde die Lokalitätenfrage sein und werde es sich darum handeln, ob die vorhandenen Lokalitäten ausreichen oder ob ein Neubau herzustellen sei. Vielleicht lasse sich ein Medium finden, wornach der Neubau hinausgeschoben und sich vorläufig mit einer Einmietung begnügt werden könne. Jedenfalls möchte er einen mesquinen Anfang vermieden wissen.

Der Finanzminister muss eindringlich davor warnen, dass von ämtlicher Seite die Initiative zu Neubauten ergriffen werde, zumal eine medizinische Fakultät mehrere verschiedene Gebäude brauche und es in der nächsten Zeit absolut unmöglich wäre, den durch eine solche Initiative rege gemachten Hoffnungen zu entsprechen. Auch haben die Herren selbst bemerkt, dass die Lokalitätenfrage in den ersten Jahren keine großen Schwierigkeiten machen dürfte, da viele leerstehende Räumlichkeiten vorhanden seien. Der Minister macht insbesondere aufmerksam, dass z. B. der Anatomiesaal ganz gut von den beiden Fakultäten zu verschiedenen Stunden benützt werden könne. Kurz, es sei notwendig, dass man sich auf die nackten Bedürfnisse beschränke. Mit der Ernennung der Pro[fessoren] unter der proponierten Modalität sei er einverstanden. Notwendig sei, dass entsprechend der gemachten Zusage die Kommission sogleich aktiviert werde.

---

[a] *Korrektur Conrads aus* das theoretische Rigorosum.

[10] *Siehe dazu MR. II v. 29. 10. 1882/I.*

Der Ministerrat erklärt sich mit der proponierten Vorgangsweise und insbesondere auch mit der Anschauung des Finanzministers einverstanden und spricht sich für die sofortige Veranlassung der Einsetzung der Kommission aus[11].

II. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache den aus der Anlage ersichtlichen, vom Statthalter in Niederösterreich an den Minister für Kultus und Unterricht erstatteten und auch ihm (Ministerpräsidenten) vom Statthalter zur Kenntnis gebrachten Bericht, betreffend die Frage der Vornahme der Neuwahlen zur Ergänzung des niederösterreichischen Landesschulrates[b,12]. Der Ministerpräsident frägt, welche Weisung der Minister für Kultus und Unterricht zu geben beabsichtige.

Der Minister für Kultus und Unterricht hält es für entsprechend, jetzt eine Aufforderung an den Landesausschuss nicht zu richten, sondern zu warten, bis die Gemeinde Wien gewählt haben werde[13], indem dann mit den Wahlen des Gemeinderates ein Präzedenz für den Landesausschuss geschaffen würde. Die Sache habe auch noch eine andere Tragweite, indem jetzt zugleich die Funktionsperiode des Landesschulrates zu Ende gehe. Der Landesausschuss, der die Vorschläge für [die M]itglieder aus dem Kreise der Fachmänner zu machen habe, habe übrigens diese Vorschläge für die nächste Periode bereits erstattet[14]. Darnach werde primo loco des Vorschlages neben den bisherigen Mitgliedern Kolbe und Mayer als neu Professor Hartel vorgeschlagen[15], welcher, vom Minister diesfalls eigens befragt, erklärt habe, jedenfalls der Ernennung Folge zu leisten. Wenn demnach die Mitglieder aus dem Fachkreise eintreten, so habe man auch für die neue Periode eine entsprechende Versammlung geschaffen und könne die weitere Entwicklung abwarten. Er ersuche daher zugleich um die Zustimmung zur Ernennung der vorgeschlagenen Mitglieder aus dem Fachkreise.

Der Ministerrat erklärt hiezu sowie zu dem Zuwarten bezüglich der Aufforderung an den Landesausschuss seine Zustimmung[16].

III. Der Minister für Kultus und Unterricht macht ferner Mitteilung über die eingelangte Rechtfertigung des Statthalters in Angelegenheit des Vorganges des niederösterreichischen Landesschulrates gegenüber der Entscheidung des Ministeriums betreffend die dem Ver-

---

b *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 1 bei.*

11 *Viktor Janovský wurde zum außerordentlichen Professor für Dermatologie und Syphilis gemeinsam mit den anderen vorgesehenen Professoren der medizinischen Fakultät der Universität in Prag mit böhmischer Vortragssprache über Vortrag Conrads v. 29. 12. 1882 mit Ah. E. v. 6. 1. 1883 ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 51/1883. *Die Errichtung dieser Fakultät war Thema in MR. v. 3. 3. 1883/III.*

12 *Siehe dazu auch MR. v. 4. 12. 1882/II. Wegen der Frage der Komenskýschule in Wien – siehe den folgenden Tagesordnungspunkt – waren die Wiener Stadtschulräte zurückgetreten. Zudem lief Ende Dezember die dreijährige Funktionsdauer des niederösterreichischen Landesschulrates aus.*

13 *Jedes Jahr wurde ein Drittel der 120 Gemeinderatsmitglieder neu gewählt, Kundmachung der k. k. Statthalterei und Kreisregierung von Niederösterreich v. 20. 3. 1850,* Lgbl. Niederösterreich Nr. 21/1850, § 40. *Die Wahlen 1883 fanden vom 12. bis 16. 3. 1883 statt,* Wiener Communal-Kalender NF 12 (1884), 338.

14 *Den Vorschlag der Fachmänner für den Landesschulrat des Landesausschusses teilte der Statthalter von Niederösterreich Possinger Conrad mit Schreiben v. 14. 11. 1882 mit,* Ava., CUM., Präs. 15/1883.

15 *Joseph Kolbe war für das Realschulwesen, Laurenz Mayer für das Volksschulwesen und Wilhelm Hartel für die Gymnasien in den Landesschulrat nominiert worden,* Ava., CUM., Präs. 1358/1882.

16 *Erlass (K.) Conrads an Possinger v. 29. 12. 1882 wegen der Nachwahlen für die zurückgetretenen Wiener Stadtschulräte,* Ava., CUM., Präs. 1490/1882. *Mit Vortrag v. 29. 12. 1882 schlug Conrad die Fachmänner des Landesschulrates nach dem Beschluss des Ministerrates vor, der mit Ah. E. v. 4. 1. 1883 angenommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 33/1883.

eine Komenský bewilligte Errichtung einer böhmischen Privatvolksschule im X. Bezirke Wiens[17]. Der Statthalter wurde von ihm (Minister für Kultus und Unterricht) aufgefordert, sich zu rechtfertigen nach zwei Richtungen hin, nämlich: a) dahin, weshalb nicht die einfach kur[rent]e Erledigung der Sache vor[g]enommen wurde, b) dahin, weshalb nicht der Plenarbeschluss des Landesschulrates auf Einbringung einer Vorstellung vom Statthalter als gesetzwidrig sistiert wurde. Denn der Minister sei der Ansicht, dass zu einer Antragsstellung im Landesschulrate wegen mangels des Hinzutrittes neuer tatsächlicher Momente kein Anlass und ferner, nachdem es sich wesentlich um eine Entscheidung grundsätzlicher Natur handelte, zu einer Vorstellung keine Berechtigung vorhanden und dass der Beschluss des Landesschulrates deshalb als gesetzwidrig zu betrachten war, weil er die Ablehnung involvierte, sich der Entscheidung des Ministeriums zu fügen.

Der Statthalter rechtfertige sich in einer langen Auseinandersetzung wesentlich dahin, dass er ursprünglich den Gegenstand für die kurrente Erledigung bestimmt hatte, dass er aber nach der Geschäftsordnung des niederösterreichischen Landesschulrates der ausdrücklichen Forderung des betreffenden Sektionsobmannes, die Sache behufs Stellung eines Antrages zur Beratung ins Plenum zu bringen, nicht entgegentreten konnte, dass ferner durch das Gesetz nicht ausgeschlossen sei, an jede im Landesschulrate verhandelte Angelegenheit einen Antrag zu knüpfen, dass endlich nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes und nach der übereinstimmenden Praxis nicht nur des niederösterreichischen Landesschulrates, sondern auch der Landesschulräte anderer Länder gegenüber dem Beschlusse des Landesschulrates eine Vorstellung gegen die Ministerialentscheidung einzubringen, von dem Sistierungs[recht des] Vorsitzenden kein Gebrauch gemacht werden konnte, abgesehen davon, dass es sich bei dieser Entscheidung um eine Privatangelegenheit handelte. Der Minister findet die Rechtfertigung keineswegs ganz zureichend und beabsichtige er daher daraufhin, den Statthalter die aus der Anlage ersichtliche Erledigung hinauszugeben[c], damit durch diesen Erlass dem Statthalter eingebunden werde, welche Haltung die Regierung in etwaigen künftigen Fällen erwarte.

Der Ministerrat erklärt sich mit dieser Erledigung einverstanden[18].

---

[c] *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 2 bei.*

[17] *Fortsetzung des MR. v. 4. 12. 1882/II. Siehe auch den vorstehenden Tagesordnungspunkt.*

[18] *Weder die Rechtfertigung Possingers noch die Erledigung, die in Abschrift aber als Beilagen 1 und 2 diesem Protokoll beiliegen, konnten in den Beständen* Ava., CUM., Unterricht, Präs. *und* Unterricht, allg. *gefunden werden. Die Schule wurde am 16. 9. 1883 eröffnet,* Valeš, Der Schulverein Komenský, 29. *Zum weiteren Widerstand des niederösterreichischen Landesschulrates siehe den an ihn gerichteten Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht v. 25. 10. 1884,* Ava., CUM., Unterricht, allg., Karton 2808, Faszikulatur 13 B 1 Volksschulen Wien, Zl. 7914/1884. *Die Frage des Öffentlichkeitsrechtes der Komenskýschulen kam zur Sprache in MR. II v. 7. 2. 1894/I (liegt nicht ein) und die Frage der Errichtung öffentlicher Volksschulen mit tschechischer Unterrichtssprache in Wien in MR. v. 28. 1. 1895/I,* Cmr. V/1, Nr. 23 *und* 103. *MR. v. 13. 9. 1909/XI (liegt nicht ein) beschäftigte sich mit* Gesuche der Vereine „Freie Schule" und „Komenský" in Wien um Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung der von ihnen gegen die verfügte Schließung ihrer Vereinsschulen in Wien und Unterthemenau eingebrachten Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshofe.

IV. Der Minister für Kultus und Unterricht referiert über den vom Landtage für Krain beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Artikel VI und VII des Landesgesetzes vom 19. Dezember 1874 über die Regelung der Volksschulkonkurrenz in Krain[19]. Nach den für Krain bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sorge die Gemeinde Laibach apart für die Bedürfnisse ihrer Volksschulen, während für die Bestreitung der Bedürfnisse der übrigen Volksschulen Krains durch die Einhebung von Zuschlägen für den Normalschulfonds gesorgt werde. Von der Einhebung der letzteren Zuschläge sei die Stadt Laibach, da diese eine eigene Schulumlage habe, ausgenommen. Gleich wie die Personalsteuerträger in Laibach werden auch die Eisenbahnunternehmungen in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 8. Mai 1869[20] nur zur Schul[erhaltung] für die Stadt Laibach [he]rangezogen.

Der vorliegende Entwurf bezwecke nur eine Abänderung dieses Verhältnisses dahin, dass in Zukunft die Eisenbahnunternehmungen Krains von der Normalschulfonds-Landesumlage anstatt von der Schulumlage für die Stadt Laibach getroffen werden sollen und dass von dem durch die diesfällige Belegung der Eisenbahnunternehmungen erzielten Umlagsergebnisse 60 % in den Normalschulfonds fließen und 40 % für die Schulerfordernisse in Laibach verwendet werden sollen, wornach die Stadt Laibach in ihren Schuleinkünften nicht geschmälert würde, während die Eisenbahnunternehmungen in Krain an Schulumlagen jährlich über 9.000 fl. mehr zu zahlen hätten. Dieser Vorgang werde damit motiviert, dass ja der Zweck des Reichsgesetzes vom 8. Mai 1869 gerade darin liege, den Ländern ein dem Erwerbe der Eisenbahnunternehmungen aus den einzelnen Ländern entsprechendes Steuerobjekt zu bieten. Die Richtigkeit dieser Tendenz immerhin zugegeben, stimme er doch mit dem Finanzminister in der Anschauung überein, dass der mit dem Entwurfe proponierte Vorgang unzulässig, weil den Besteuerungsgrundsätzen widersprechend sei. Denn nach § 3 Absatz 3 des Reichsgesetzes vom 8. Mai 1869 sei die auf das Land Krain entfallende Erwerb- und Einkommensteuer der Eisenbahnen in der Landeshauptstadt Laibach vorzuschreiben. Demnach seien die Eisenbahngesellschaften als Steuerträger der Stadt Laibach anzusehen und da Zuschläge gleichmäßig, das ist, [dass die] in einer Gemeinde [vor]geschriebenen Steuern einer und derselben Art nach einem gleichen Ausmaße umgelegt werden müssen, so können die Eisenbahngesellschaften nicht anders behandelt werden als die übrigen Steuerträger der Landeshauptstadt. In Rücksicht darauf sehe er sich veranlasst, die Nichtsanktionierung des Entwurfes au. zu beantragen, indem er bemerke, dass ja das Land seinen Zweck durch die Aufhebung der Exemtion Laibachs von der allgemeinen Normalschulfonds-Umlage erreichen könne. Der Finanzminister bezieht sich für seine Zustimmung zum Antrage auf die vorne erwähnten Momente bezüglich der Unzulässigkeit der Entwurfsproposition.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[21].

---

19 *Gesetz v. 19. 12. 1874,* Lgbl. Krain Nr. 37/1874*, beraten in MR. 20. 10. 1874/I (liegt nicht ein), betreffend die Aufhebung des Schulgeldes und die Änderung der §§ 45 und 46 des Gesetzes v. 29. 4. 1873 (*Lgbl. Krain Nr. 21/1873*). Die Änderung dieses Gesetzes war vom Krainer Landtag angenommen worden,* Prot. Landtag Krain 3. 10. 1882 (XI. Sitzung) 176.

20 *Gesetz v. 8. 5. 1869 betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahnunternehmungen,* Rgbl. Nr. 61/1869.

21 *Mit Vortrag v. 14. 1. 1883 beantragte Conrad die Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfes, dem mit Ah. E. v. 20. 1. 1883 entsprochen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 237/1883.

V. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Genehmigung für den vom Krainer Landtage gefassten Beschluss wegen Einhebung einer 17 %igen Normalschulfonds-Landesumlage für 1883, nachdem die Bemessung der Umlage dem Bedarfe entsprechend sei. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[22].

VI. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet [sich die] Zustimmung des Minister[rat]es behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Artikel 18, 19 und 28 des Landesgesetzes vom 2. Mai 1873 über die Errichtung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen[23]. Die infrage stehenden Abänderungen bezwecken lediglich die infolge der geänderten Steuerbasis notwendig gewordene Änderung der Umlagsperzente. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[24].

VII. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den ordentlichen Professor der Statistik und der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde an der Universität in Innsbruck, Dr. Johann Pazdiera, anlässlich seiner Pensionierung, in Anerkennung seiner pflichteifrigen und vorzüglichen lehrämtlichen Tätigkeit den Adel zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[25].

VIII. Der Minister für Kultus und Unterricht erlaubt sich auf diesem Wege zur Ah. Kenntnis Sr. k. u. k. apost. Majestät zu [bringen] den au. Dank des an der Grazer Universität sub auspiciis Imperatoris zum Doktor der Rechte promovierten Hermann Mayr für die demselben zuteil gewordene Ah. Gnade Sr. Majestät[26].

IX. Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die Haltung in Bezug auf die Volksschulgesetz-Novelle, worüber er mit dem Kardinal Fürst Schwarzenberg[27] eine Unterredung gehabt habe[28]. Der Ministerpräsident habe dem Kardinal erklärt, dass es auch im Interesse der Regierung liege, die Novelle bald fertig zu bringen, und dass es sehr bedauerlich wäre, wenn jetzt die neu gewählte Herrenhauskommission weiter und über den Standpunkt der Regierungsvorlage hinausginge, weil dann die Sache erstlich schon im Herrenhause selbst schwierig werden würde und man auch im Abgeordnetenhause auf neue Schwierigkeiten stoßen dürfte. Der

---

22 *Der Beschluss des Krainer Landtages* Prot. Landtag Krain 26. 9. 1882 (VII. Sitzung) 98. *Mit Vortrag v. 1. 1. 1883 legte Taaffe den Landtagsbeschluss vor, der mit Ah. E. v. 5. 1. 1883 angenommen wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 57/1883*; publiziert als Kundmachung des k. k. Landespräsidiums in Krain v. 13. 1. 1883* Lgbl. Krain Nr. 5/1883.

23 *Gesetz v. 2. Mai 1873,* Lgbl. Galizien Nr. 250/1873*, behandelt in MR. v. 24. 4. 1873/III.*

24 *Conrad lege den vom galizischen Landtag angenommenen Gesetzentwurf* – Prot. Landtag Galizien 14. 10. 1882 (25. Sitzung) 520 – *mit Vortrag v. 21. 12. 1882 Franz Joseph vor, der ihn mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 sanktionierte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4851/1882*, publiziert als* Lgbl. Galizien Nr. 2 *ex* 1883.

25 *Entsprechend dem Antrag im Vortrag Conrads v. 25. 12. 1882 wurde dem Genannten mit Ah. E. v. 2. 1. 1883 der österreichische Adel verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 5034/1882.

26 *Hermann Mayr war mit Ah. E. v. 21. 11. 1882 auf Vortrag Conrads v. 14. 11. 1882 diese Auszeichnung zuerkannt worden,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4363/1882.

27 *Zu Kardinal Friedrich Fürst zu Schwarzenberg siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1122, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Schwarzenberg | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022).*

28 *Fortsetzung des MR. v. 7. 5. 1882/VII.*

Kardinal habe zugesichert, dahin zu wirken, dass die Bischöfe keine Anträge zur Novelle einbringen und dass von ihrer Seite nur sich darauf beschränkt werde, bei der Plenarverhandlung ihren prinzipiellen Standpunkt zu wahren. Jedoch habe der Kardinal betont, dass es behufs der Erzielung einer solchen Haltung der Bischöfe und um es denselben zu ermöglichen, für die Novelle zu stimmen, unbedingt notwendig sei, dass die §§ 1, 2 und 5 der Novelle entfallen bzw. die Bestimmun[gen de]r entsprechenden Para[g]rafen des Gesetzes vom 14. Mai 1869 unverändert bleiben, damit die Bischöfe, welche im Jahre 1869 bei der Beschließung der Reichs-Volksschulgesetzes nicht mitwirkten, nicht in die Lage kommen, durch ein Stimmen für die §§ 1, 2 und 5 die in diesen Paragrafen ausgedrückten Prinzipien zu billigen[29].

Der Minister für Kultus und Unterricht teilt mit, dass auch heute in der Volksschulgesetz-Kommission des Herrenhauses, welche sich nach Einlangung der Austrittserklärung der der Linken angehörigen Mitglieder mit der verbliebenen Anzahl von acht Mitgliedern unter Erwählung des Grafen Belcredi[30] zum Obmanne konstituierte, durch den Erzbischof Ganglbauer[31] namens der Bischöfe jener Standpunkt vorgebracht wurde, welchen der Kardinal Schwarzenberg dem Ministerpräsidenten dargelegt habe. Der Minister habe keinen Anstand dagegen zu erheben, dass dem Wunsche der Bischöfe willfahrt und die §§ 1, 2 und 5 der Vorlage fallengelassen werden. Es wäre nur allenfalls zu trachten, dass der übrigens bereits in der Unterrichtsordnung aufgenommene Änderungszusatz zu § 5, betreffend die Anordnung der Überwachung der religiösen Übungen durch die Lehrer, an einer anderen Stelle des Entwurfes eingeschaltet werde.

Der Ministerrat erklärt sich gleichfalls mit der sogestaltigen Modifikation der Vorlage einverstanden und wird weiters hinsichtlich des formellen Vorganges beschlossen, [dass die] Regierung nach der [be]züglichen Beantragung der Eliminierung im Ausschusse erkläre, dass sie der Eliminierung der §§ 1, 2 und 5 der Vorlage zustimme[32].

X. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates behufs der Erwirkung der Ah. Konzession für eine Lokalbahn von Bistritz nach Wallachisch Meseritsch. Konzessionswerber sei die Kremsierer Eisenbahn. Die Trasse gehe von der Station Bistritz in nordöstlicher Richtung über Przikas, Komarno, Kunowitz, Lauczka, Branek, Politz nach Wallachisch Meseritsch bzw. Krasna. Die Länge der Linie betrage 27 Kilometer. Als Bautermin sei bestimmt ein Jahr vom Tage der Konzessionserteilung. Das Kapital werde beschafft durch Aktien der Kremsierer Bahngesellschaft im Nominalbetrage von 1,800.000 fl. zum Minimalkurse von 90 %. Die effektiven Baukosten betragen 1,627.444 fl. Konzessionsbedingungen seien die üblichen, die Steuer- und Gebührenbefreiungen die nach dem Lokalbahngesetze zulässigen. Als besondere Konzessionsbedingungen werden gesetzt:

---

29 *Die Änderung der Novelle gegenüber dem Gesetz v. 14. 5. 1869,* RGBl. Nr. 62/1869*, sah die Klassifizierung in Volks- und Bürgerschulen vor, § 2, dass* Schulen und Erziehungsanstalten für nicht vollsinnige und für sittlich verwahrloste schulpflichtige Kinder*, die von Staat, Bezirk oder Gemeinde ganz oder teilweise erhalten wurden, sowie Fabriksschulen* der Jugend ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich *sein sollten, § 5 schließlich sollte es der Schulleitung zur Pflicht gemacht werden,* bei den ordnungsmäßig festgesetzten religiösen Übungen durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses sich zu betheiligen*,* PROT. REICHSRAT HH. 24. 1. 1882 (52. Sitzung) Beilage 189.

30 *Zu Richard Graf v. Belcredi siehe* ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 65, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Belcredi | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022).*

31 *Zu Cölestin Ganglbauer siehe* ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 327*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Ganglbauer | Parlament Österreich *(Zugriff 11. 5. 2022).*

32 *Fortsetzung in MR. v. 22. 12. 1882/VIII.*

1. Verpflichtung, der Staatsverwaltung die Mitbenützung der neuen Strecke sowie der alten Linien der Kremsierer Bahn für den Verkehr zwischen den im Staatsbetriebe stehenden Bahnen einzuräumen,
[2. Ver]pflichtung zur Überlassung des Betriebes an den Staat (auch in Ansehung sämtlicher Linien) mit dem Rechte der freien Tarifsbestimmung gegen Vergütung der Selbstkosten auf Konzessionsdauer.
3. Vereinbarung mit der Österreichischen Lokalbahn-Gesellschaft wegen Verkehrsteilung mit der Lokalbahn Pohl–Wallachisch Meseritsch–Wšetin.

Zweck und Bedeutung der projektierten Lokalbahn sei zunächst die Einbeziehung von Walachisch Meseritsch und dessen Hinterlandes in das Eisenbahnnetz nach südlicher und südwestlicher Richtung gegen Wien. Für die Folge – im Falle der weiteren Fortsetzung – erscheint die projektierte Bahn als Mittelglied einer wichtigen Bahnverbindung zwischen den westlichen Ländern und dem galizischen Bahnnetze.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[33].

XI. Der Handelsminister bringt zur Kenntnis, dass die mittelst Verordnung im Einverständnisse mit der ungarischen Regierung beabsichtigte Regelung des kleinen Appreturverkehres mit dem deutschen Zollgebiete nunmehr doch nicht möglich erscheint, weil die ungarische Regierung schließlich auch einer solchen verordnungsweisen Anordnung nicht zugestimmt habe[34]. Unter diesen Umständen, und da eine Verlängerung des großen Appreturverkehres nicht mehr geboten sei, bleibe nichts übrig, als einfach die Konsequenzen der Verordnung des Gesamt[d]ministeriu[m]s vom 30. De[zem]ber 1881, RGBl. Nr. 151[35], zu ziehen und anzuordnen bzw. zu erinnern, dass der Appreturverkehr aufgrund von Erlaubnisscheinen nunmehr aufhöre (Endaustritt mit 31. Dezember 1882, Endfrist des Wiedereinganges 30. Juni 1883) und dass der ohne Erlaubnisschein zulässige kleine Veredlungsverkehr aufrecht, jedoch hinsichtlich der Wiedereinfuhr an die Bestimmungen der Verordnung vom 28. Juni 1881 gebunden bleibe[36]. Er beabsichtige, die diesfälligen Anordnungen mit einer im Vereine mit dem Finanzministerium zu erlassenden Verordnung hinauszugeben.

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[37].

---

d *Brandstelle ergänzt aus Gesetz v. 30. 12. 1881,* RGBL. Nr. 151/1881.

33 *Über Vortrag Pinos v. 19. 12. 1882 wurde die Konzession zum Bau der beantragten Linien mit Ah. E. v. 14. 1. 1883 bewilligt,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 163/1883*; Unterfertigung der Konzessionsurkunde mit Ah. E. v. 23. 1. 1883 auf Vortrag Pinos v. 18. 1. 1883,* HHSTA., Kab. Kanzlei, KZ. 299/1883*. Kundmachung der Konzessionsurkunde in* RGBL. Nr. 12/1883.

34 *Fortsetzung des MR. v. 12. 12. 1882/I. Schreiben mit der Ablehnung des ungarischen Ministers für Ackerbau, Gewerbe und Handel an Pino v. 16. 12. 1882,* AVA., HM., allg., Sig. 4/C, Karton 446, Zl. 41955/1882.

35 *Die Verordnung des Gesamtministeriums v. 30. 12. 1881,* RGBL. Nr. 151/1883 *erfolgte auf Basis des Gesetzes v. 24. 12. 1881,* RGBL. Nr. 148/1881.

36 *Die Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels v. 28. 6. 1881,* RGBL. Nr. 67/1881 *erfolgte auf Basis des Gesetzes v. 16. 6. 1881,* RGBL. Nr. 65/1881; *verlängert mit Gesetz v. 24. 12. 1881,* RGBL. Nr. 148/1881; *umgesetzt mit der Verordnung des Gesamtministeriums v. 30. 12. 1881,* RGBL. Nr. 151/1881.

37 *Die Regelung erfolgte mit Kundmachung der Ministerien der Finanzen und des Handels v. 19. 12. 1882,* RGBL. Nr. 174/1882*, indem* die zollfreie Wiedereinfuhr an die Erfüllung der dießbezüglichen Anordnungen [...] gebunden *blieb.*

XII. Der Handelsminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Direktor der Direktion der Staatseisenbahn-Bauten Oberbaurat Julius Lott in Anerkennung seiner verdienstlichen, insbesondere der beim Baue der Arlbergbahn bewährten hervorragenden Leistungen den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[38].

XIII. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Bezirksrichter Albin Turzański in Lubaczów in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistun[gen] im Geschäfte der Grundbuchsanlegung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[39].

XIV. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák macht Mitteilung über die Absicht der Erwirkung der Ah. Sanktion für den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Ausnahmsgerichtsbarkeit in Dalmatien und erbittet sich zugleich die Ermächtigung nach Erlangung der Ah. Sanktion die aus dem anliegenden Entwurfe ersichtliche Verordnung hinauszugeben, womit angeordnet werden solle, dass sich die Ausnahmsgerichtsbarkeit nach wie vor auf die Gebiete der Bezirkshauptmannschaften Cattaro, Metković und Ragusa zu erstrecken habe[e].

Der Ministerrat erklärt sich einverstanden[40].

XV. Der Ministerrat nimmt zur Kenntnis die Mitteilung des Finanzministers über die Erwirkung der Ah. Sanktion für den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung des Finanzprovisoriums für das erste Quartal 1883[41].

Wien, am 19. Dezember 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 20. Jänner 1883. Franz Joseph.

---

e *Liegt dem Originalprotokoll als Beilage 3 bei.*

38 *Über Vortrag Pinos v. 19. 12. 1882 wurde der Orden mit Ah. E. v. 25. 12. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4876/1882.

39 *Turzański erhielt neben anderen Beamten des Oberlandesgerichtssprengels Lemberg den Orden mit Ah. E. v. 26. 12. 1882 über Vortrag Pražáks v. 20. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4906/1882.

40 *Fortsetzung des MR. v. 29. 11. 1882/II. Zur Vorlage der kaiserlichen Verordnung und eines Gesetzentwurfes zur Verlängerung der Ausnahmsgerichtsbarkeit in Süddalmatien an den Reichsrat, siehe dort Anm. 5. Nach ihrer Bestätigung durch den Reichsrat – Abgeordnetenhaus* Prot. Reichsrat AH. 13. 12. 1882 (249. Sitzung) 8651*, Herrenhaus* Prot. Reichsrat HH. 16. 12. 1882 (68. Sitzung) 1065 – *machte das Gesamtministerium diese Bestätigung der kaiserlichen Verordnung am 23. 12. 1882 kund* – Rgbl. Nr. 177/1882 – *und legte Pražák den Gesetzentwurf mit Vortrag v. 16. 12. 1882 Franz Joseph vor, der ihn mit Ah. E. v. 24. 12. 1882 sanktionierte,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4860/1882*, das Gesetz v. 24. 12. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 178/1882.

41 *Fortsetzung des MR. v. 23. 11. 1882/I. Das am 5. 12. 1882 in den Reichsrat eingebrachte Budgetprovisorium wurde nach Bewilligung durch das Abgeordnetenhaus* – Prot. Reichsrat AH. 11. 12. 1882 (247. Sitzung) 8579 – *und das Herrenhaus* – Prot. Reichsrat HH. 14. 12. 1882 (67. Sitzung) 1058 – *mit Ah. E. v. 17. 12. 1882 aufgrund des Vortrages Dunajewskis v. 15. 12. 1882 sanktioniert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4776/1882*, das Gesetz v. 17. 12. 1882 publiziert als* Rgbl. Nr. 171/1882. *Ein Budgetprovisorium für den Monat April kam zur Sprache in MR. v. 3. 3. 1883/I.*

Nr. 444 Ministerrat, Wien, 22. Dezember 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 22. 12.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad (7. 1. 1883), Welsersheimb, Dunajewski, Pino.

I. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Landeshauptmann in Tirol Dr. Ritter v. Rapp und des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Landesausschussbeisitzer Dr. Friedrich Graf. II. Über weitere Auszeichnungsanträge für Tirol aus Anlass der Katastrophe. III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Ministerialsekretäre Sagasser und Fischbach. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hilfsämter-Direktionsadjunkten Altmann. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Eduard Verida. VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberinspektor Moriz Pfeiffer. VII. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen aus Anlass der Ausstellungen in Sidney und Melbourne. VIII. Bezüglich der Schulgesetznovelle im Herrenhause.

KZ. 122 – MRZ. 100

Protokoll des zu Wien am 22. Dezember 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern referiert über die vom Statthalter in Tirol gegebene Anregung, für den Landeshauptmann in Tirol Dr. Franz Ritter v. Rapp-Heidenburg und für den Beisitzer des Tiroler Landesausschusses Dr. Friedrich Graf in Anerkennung ihres verdienstlichen Wirkens im Allgemeinen und insbesondere in Würdigung ihrer hervorragenden und hingebungsvollen Leistungen anlässlich der diesjährigen Katastrophe in Tirol Ah. Auszeichnungen zu erwirken[1]. Der Ministerpräsident teilt aus dem diesfalls erstatteten Berichte des Statthalters die näheren für die Berücksichtigung sprechenden Verdienstmomente mit.

Bezüglich des für Dr. v. Rapp zu wählenden Auszeichnungsgrades weise der Statthalter darauf hin, dass der frühere Landeshauptmann Dr. v. Grebmer[2] mit dem Komturkreuze des Franz-Joseph-[Ordens] und der unmittelbare Vor[gä]nger Rapps Hofrat v. Fedrigotti[3] mit dem Orden der Eisernen Krone II. Klasse ausgezeichnet wurde. In Rücksicht hierauf glaube der Statthalter für den Fall, als letzterer Grad, auf welchen die außerordentlichen Verhältnisse bei der Ernennung sowie beim Rücktritte Fedrigottis nicht ohne bestimmenden Einfluss gewesen waren, für Rapp nicht in Aussicht genommen werden wollte, sich in der Mitte zwischen jenen beiden Auszeichnungen halten und sohin das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne beantragen zu sollen. Der Ministerpräsident müsse, was Rapp anbelange, hervorheben, dass er als Statthalter in Tirol das Wirken Rapps kennengelernt habe und daher aus eigener Erfahrung wisse, welche wichtigen Dienste derselbe der Regierung geleistet habe. Speziell müsse der Ministerpräsident erwähnen, dass Dr. v. Rapp gerade anlässlich der im Jahre 1876 stattgehabten Auflösung des Tiroler Landtages, wornach Rapp nicht wieder

---

1 *Zur* diesjährigen Katastrophe*, dem Unwetter in Tirol, siehe zuletzt MR. v. 12. 12. 1882/IV.*

2 *Zu Eduard v. Grebmer zu Wolfsthurn, Landeshauptmann in Tirol 1869–1871 siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 368*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Grebmer | Parlament Österreich *(Zugriff 12. 5. 2022).*

3 *Zu Wilhelm Freiherr Bossi-Fedrigotti v. Belmonte, 1877–1881 Landeshauptmann in Tirol, siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 107*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Fedrigotti | Parlament Österreich *(Zugriff 12. 5. 2022).*

zum Landeshauptmanne ernannt wurde, der Regierung die besten Dienste erwies, indem er den Statthalter von den Absichten des Landtages verständigte, wodurch es der Regierung ermöglicht wurde, rechtzeitig die entsprechenden Maßregeln gegen die Demonstration des Landtages zu ergreifen[4]. Deshalb, sowie in Rücksicht auf die anlässlich der heurigen Katastrophe entwickelte verdienstliche Tätigkeit Rapps gehe der Ministerpräsident gerne auf die Anregung des Statthalters ein.

Was den Grad der zu erwirkenden Ah. Auszeichnung [anbela]nge, so schließe er sich dem Antrage des Statthalters auf die Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne an, obgleich er bei der besonderen Verdienstlichkeit und weiter bei dem Umstande, dass Rapp ohnehin kinderlos sei, auch den Orden der Eisernen Krone II. Klasse für zulässig hielte. Jedenfalls aber könnte nicht unter den Antrag des Statthalters herabgegangen werden, nachdem der unmittelbare Vorgänger in der Würde des Landeshauptmannes, v. Fedrigotti, mit dem Orden der Eisernen Krone II. Klasse ausgezeichnet wurde.

Für Dr. Graf beabsichtige er, sich gleichfalls an den Antrag des Statthalters anschließend, den Orden der Eisernen Krone III. Klasse zu erwirken.

Der Ministerrat erklärt zu den vom Ministerpräsidenten beabsichtigten Anträgen seine Zustimmung[5].

II. Der Ministerpräsident bringt ferner zur Sprache einen zweiten Bericht des Statthalters in Tirol, womit derselbe aufgrund der Darstellungen der Unterbehörden behufs Anerkennung verdienstlicher Leistungen anlässlich der Katastrophe sowie in Würdigung hervorragender Betätigung bei der Hilfsaktion eine Anzahl Ah. Auszeichnungen moviere, und zwar beantrage der Statthalter zu erwirken: Den Ausdruck der Ah. Zufriedenheit für zwei Hilfsvereine und fünf Persönlichkeiten, darunter auch für die Präsidentin des patriotischen Frauenhilfsvereines in Bozen, Leopoldine Freiin v. Waideck[6], dann das goldene Verdienstkreuz mit der Krone für drei Persönlichkeiten, das goldene Verdienstkreuz gleichfalls für drei Persönlichkeiten, da[s] silberne Verdienstkreuz mit der Krone für zwei Persönlichkeiten und endlich das silberne Verdienstkreuz für zwei Persönlichkeiten.

Der Ministerpräsident beabsichtigt, auf diesen Antrag für jetzt nicht einzugehen. Derselbe scheine ihm für eine allgemeine Auszeichnungsaktion aus Anlass der Katastrophe etwas verfrüht, dann seinem Inhalte nach zu karg bemessen und auch, was die Verteilung nach den Gebieten anbelange, nicht entsprechend gleichmäßig. Ferner müsste man bei einem allgemeinen Auszeichnungsvorgehen auch die Beamten, von denen sich viele sehr hervorgetan haben – Bezirkshauptmann Lantschner sei infolge der Dienstesanstrengungen gestorben – ausgiebiger berücksichtigen. Endlich komme bei dem vorliegenden Antrage noch die formelle Schwierigkeit in Betracht zu nehmen, dass es nicht gut anginge, wenn der Freiin v. Waideck bloß einfach mit anderen die Ah. Zufriedenheit ausgedrückt würde, während andererseits doch wieder kein solcher Anlass vorliege, um hier mit einem Ah. Handschreiben, wie dies

---

4 *Beraten in MR. v. 27. 2. 1876/V,* Information des Statthalters von Tirol in der Angelegenheit der Ministerialverordnung wegen Bildung der Protestantengemeinden in Innsbruck und Meran und für sein Verhalten gegenüber einem eventuellen Proteste der Landtagsmajorität dagegen *(liegt nicht ein).*

5 *Über Vortrag Taaffes v. 23. 12. 1882 bekamen mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 Rapp den Orden der Eisernen Krone II. Klasse und Graf den Orden der Eisernen Krone III. Klasse verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4953/1882. *Siehe zu Auszeichnungen wegen des Unwetters in Tirol auch den folgenden Tagesordnungspunkt.*

6 *Zur Freiin v. Waideck siehe* Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich 52: 147.

vor einiger Zeit bei einer anderen Gelegenheit gegenüber der Gräfin v. Meran geschah[7], vorzugehen. Der Ministerpräsident möchte also mit der Sache jetzt noch zuwarten und später den Statthalter auffordern, einen neuerlichen wohl erwogenen Antrag mit gleichzeitiger entsprechender Rücksichtnahme auf die Beamten zu stellen.

Hiemit erklärt sich der Ministerrat einverstanden.

Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák bemerkt, dass auch ihm ein Auszeichnungsantrag aus Anlass der Katastrophe für den Bezirksrichter in Welsperg vorliege und dass er mit Rücksicht auf das soeben Vorgebrachte auch mit dieser Angelegenheit zuwarten wolle[8].

III. Der Ministerpräsident beabsichtigt, für die Ministerialsekretäre im Ministerium des Innern Julius Sagasser und Rudolph Fischbach in Anerkennung ihrer vorzüglichen Dienstleistung je das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken, und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[9].

IV. Der Ministerpräsident beabsichtigt, für den Hilfsämterdirektionsadjunkten im Ministerium des Innern, kaiserlichen Rat Franz Altmann, anlässlich seiner Pensionierung in Anerkennung seiner mehr als 47 Jahre umfassenden treuen und vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine [Zus]timmung[10].

V. Der Handelsminister beabsichtigt, für den mit dem Geschäfte des hydrotechnischen Dienstes im Handelsministerium betrauten Hofrat Eduard Verida in Anerkennung seiner vorzüglichen, bereits über 40 Jahre dauernden Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[11].

VI. Der Handelsminister beabsichtigt, für den Oberinspektor der Buschtěhrader Bahn Moriz Pfeiffer in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens und namentlich in Würdigung seiner anlässlich der Sanierungsverhandlungen mit dieser Bahn der Regierung geleisteten guten Dienste das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[12].

---

7 *Siehe dazu MR. v. 21. 6. 1882/XI.*

8 *Die Angelegenheit wurde erneut in MR. v. 9. 1. 1883/II besprochen.*

9 *Mit Ah. E. v. 31. 12. 1882 wurden den Genannten über Vortrag Taaffes v. 25. 12. 1882 die beantragten Orden verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 5008/1882.

10 *Der Orden wurde Altmann über Vortrag Taaffes v. 25. 12. 1882 mit Ah. E. v. 2. 1. 1883 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 5041/1882.

11 *Über Vortrag Pinos v. 24. 12. 1882 wurde Verida mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 das Ritterkreuz des Leopoldordens verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4955/1882.

12 *Über Vortrag Pinos v. 24. 12. 1882 wurde der Orden mit Ah. E. v. 28. 12. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4956/1882.

VII. Der Handelsminister beabsichtigt, aus Anlass der für unsere Industrie sehr erfolgreich gewesenen Ausstellungen in Sidney und Melbourne einige Ah. Auszeichnungen zu erwirken[13]. Zunächst kommen diesfalls zwei Inländer zu berücksichtigen, deren Bestrebungen sowohl die Beschickung der Ausstellungen seitens Österreichs [als] auch die dabei erzielten Erfolge wesentlich zu verdanken seien; es seien dies der Präsident des Exportvereines und Präses der österreichischen Kommission für die gedachten Ausstellungen Franz Wilhelm und der als österreichischer Ausstellungskommissär bei beiden Ausstellungen verwendet gewesene Kaufmann Victor Schönberger[14]. Für Ersteren, welcher bereits mit dem Ritterkreuze des Franz-Joseph-Ordens und mit dem Orden der Eisernen Krone III. Klasse ausgezeichnet sei, wolle er die besondere Ah. Anerkennung, für Letzteren, welcher schon im Jahre 1873 mit dem Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens dekoriert wurde, den Adel erwirken.

Außerdem wolle er im Wege des Ministeriums des Äußern für einige Ausländer, welche sich durch die Förderung unserer Interessen verdient gemacht haben, Ah. Auszeichnungen erwirken, und zwar:
das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Generalexekutivkommissär der Weltausstellung in Sidney Sir Patrick A. Jennings in Sidney[15], für den Generalexekutivkommissär der Weltausstellung in Melbourne J. J. Casey in Melbourne[16], für den diplomatischen Generalagenten der Kolonie New South Wales am Hofe Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland und Präsidenten der australischen Ausstellungskommission in London Sir Daniel Cooper in London[17].
Das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens für den Generalsekretär der Weltausstellung in Melbourne George Collins Levey in Melbourne[18].
[D]as Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens für den Generalsekretär der Weltausstellungskommission Augustus Morris in Sidney, für den österreichisch-ungarischen Konsul in Melbourne Louis Thonemann[19].
Das goldene Verdienstkreuz mit der Krone für den Regierungschemiker und Vorstand der internationalen Jury J. Cosmo Newbery in Melbourne, für den Repräsentanten der sächsischen Handelskammern und Präsidenten der internationalen Jury bei den Weltausstellungen in Sidney und Melbourne M. F. Bahse in Leipzig[20].

Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[21].

---

13 *Die Frage einer* Staatsunterstützung für die Beteiligung an der *Weltausstellung in Melbourne wurde beraten in MR. v. 19. 1. 1880/II und einen Nachtragskredit hierzu in MR. v. 22. 3. 1880/VI (liegen nicht ein). Der Antrag auf die Auszeichnungen im Schreiben der Österreichischen Weltausstellungskommission für Melbourne 1880 v. 20. 3. 1882,* Ava., HM., Präs. 889/1882.

14 *Zu Victor Schönberger siehe* Öbl. 11: 53 f.

15 *Zu Sir Patrick Alfred Jennings siehe* Australian Dictionary of Biography 4: 532.

16 *Zu James Joseph Casey siehe* Australian Dictionary of Biography 3: 3176.

17 *Zu Sir Daniel Cooper* Australian Dictionary of Biography 3: 3253.

18 *Zu George Collins Levey siehe* Australian Dictionary of Biography 5: 4014.

19 *Zu Augustus Morris siehe* Australian Dictionary of Biography 5: 4250 *und zu Louis Thonemann* Familie Thonemann *(Zugriff 12. 5. 2022).*

20 *Zu James Cosmo Newbery siehe* Australian Dictionary of Biography 5: 4291 *und zu Moritz Ferdinand Bahse siehe* Bahse, Moritz Ferdinand, active 1834–... | Items | National Library of New Zealand | National Library of New Zealand (natlib.govt.nz) *(Zugriff 12. 5. 2022).*

21 *Mit Vortrag Pinos v. 24. 12. 1882 wurde mit Ah. E. v. 30. 12. 1882 Wilhelm und den Mitgliedern der Weltausstellungskommission die Ah. Anerkennung ausgesprochen und Schönberger der Adelsstand verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 4983/1882. *Die Ordensanträge an Ausländer leitete Pino mit Schreiben (K.) v. 24. 12. 1882 an Kálnoky weiter,* Ava., HM. Präs. 889/1882. *Über dessen Vortrag v. 2. 6. 1883 erhielt ausschließlich Bahse*

VIII. Der Ministerpräsident bringt in Angelegenheit der Schulgesetznovelle zur Kenntnis des Ministerrates, dass er sich mit dem Kardinal Schwarzenberg auf Basis des in der letzten Ministerkonferenz beschlossenen Regierungsstandpunktes nunmehr vollständig auseinandergesetzt habe und dass demnach der glatte Verlauf der Angelegenheit im Herrenhause gesichert erscheine.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis[22].

Wien, am 22. Dezember 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 20. Jänner 1883. Franz Joseph.

Nr. 445 Ministerrat, Wien, 28. Dezember 1882

RS.; P. Jaeger; VS. Taaffe; BdE. und anw. (Taaffe 28. 12.), Ziemiałkowski, Falkenhayn, Pražák, Conrad (7. 1. 1883), Welsersheimb, Dunajewski, Pino; außerdem anw. Kubin, Gniewosz.

I. Frage der Einberufung des kärntnerischen Landtages aus Anlass der Hilfsaktion wegen der Überschwemmungskalamität. II. Wegen Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend eine Bauordnung für Triest. III. Frage der Ernennung von Herrenhausmitgliedern. IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Titularhofrat Hermann Loebl. V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Staatsanwaltsubstituten Dr. Anton Schneider-Swoboda. VI. Wegen Ernennung des Fürsten Adolf Schwarzenberg zum Präsidenten des Beirates des Postsparkassenamtes. VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Karl Peyrer. VIII. Au. Huldigung der Hochschule für Bodenkultur anlässlich des Jubiläums des Ah. Kaiserhauses. IX. Erwirkung der Geheimen Ratswürde für den Fürsterzbischof Eder. X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Advokaten Dr. Heinrich v. Billing. XI. Wegen Unterstellung der griechisch-orientalischen Kirchengemeinden in Wien unter die Metropolie Czernowitz.

KZ. 123 – MRZ. 101

Protokoll des zu Wien am 28. Dezember 1882 abgehaltenen Ministerrates unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.

I. Der Ministerpräsident bringt zur Verhandlung die Frage der über Anregung der kärntnerischen Landwirtschaftsgesellschaft und infolge des Ansuchens des kärntnerischen Landesausschusses vom Landespräsidenten beantragten Einberufung des kärntnerischen Landtages zu einer außerordentlichen Session während der Dauer der jetzigen Reichsratsferien[1] behufs der Verhandlung über die durch die neuerliche Überschwemmung im Oktober l. J.

---

von Franz Joseph mit Ah. E. v. 6. 6. 1883 eine Auszeichnung, aber statt des goldenen Verdienstkreuzes mit Krone das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens, Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 2118/1883*, wovon das Außenministerium das Handelsministerium mit Schreiben v. 10. 6. 1883 in Kenntnis setzte,* Ava., HM., Präs. 1016/1883.

22 *Fortsetzung des MR. v. 19. 12. 1882/IX und Fortsetzung über die Behandlung dieses Gesetzes im Herrenhaus in MR. v. 21. 1. 1883/II.*

1 *Beide Häuser des Reichsrates traten am 18. 12. 1882 zu ihrer letzten Sitzung des Jahres und am 15. 1. 1883 zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. In* Ava., IM., Präs. *und* allg. *gibt es für das Jahr 1882 keine Unterlagen zu* Landtag, Kärnten.

eingetretenen Kalamitäten[2]. Der Ministerpräsident sei der Ansicht, dass auf diesen Antrag nicht einzugehen wäre, und will den diesfälligen Standpunkt des Ministeriums des Innern zur Darlegung bringen.

Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert: Hinsichtlich der Hilfsaktion für Kärnten bilde der jetzt vorliegende Antrag auf die Einberufung des Landtages bereits das zweite Verhandlungsstadium seit der [ursprün]glichen Hilfsvorlage[3]. Gleich [n]ach der Einbringung des Entwurfes wurde vom kärntnerischen Landesausschusse vorgebracht und vom Landespräsidenten unterstützt die Bitte, dass erstlich dem Lande für die Herstellung von Landesobjekten anstatt des mit der Vorlage in Aussicht genommen Darlehens von 50.000 fl. ein solches von 100.000 fl. gewährt werden möge, da das diesfällige ursprüngliche Darlehensbegehren des Landtages auf 50.000 fl. vor dem Eintritte der weit verheerenderen Oktoberüberschwemmung gestellt gewesen sei, zweitens dass wegen der äußerst beschränkten Mittel des Landes für die Gailregulierung derselbe Maßstab der Staatsbeitragsleistung wie für die Etschregulierung, nämlich mit der Übernahme von □ der Kosten eintrete, anstatt wie es die Vorlage proponiere, mit der Hälfte der Kosten. Die Erfüllung des letzteren Desideriums würde eine Vermehrung des Staatsvorschusses um ca. 28.000 fl. erheischen. Über diese beiden Desiderien wurde vom Ministerium des Innern die Verhandlung mit dem Finanzministerium eingeleitet. Mittlerweile langte nun das vorliegende Ansuchen wegen Einberufung des Landtages ein.

Dasselbe scheine veranlasst durch den Eindruck, welchen die mit der bezüglichen Vorlage für Tirol proponierte Hilfeleistung machte, indem man sich in Kärnten gleichsam stiefmütterlich behandelt sehe. Insbesondere scheine in Kärnten der Umstand zu berühren, dass für dort nicht auch so wie für Tirol eine Hilfe für Vorsichts- und Abwehrbauten in Aussicht genommen wurde. Als Programm für die gewünschte Landtagsaktion werde unter [Ein]beziehung der vorerwähnten Desiderien aufgestellt:

1. Übernahme der Haftung für die nach der Regierungsvorlage zu gewährenden Vorschüsse an Gemeinden und Einzelne.

Referent bemerkt hiezu, dass übrigens der Landesausschuss bereits sub spe rati die Haftung übernommen habe.

2. Ansuchen um Erhöhung des Darlehens für Herstellung der Landesobjekte von 50.000 fl. auf 100.000 fl.
3. Ansuchen um Beteiligung des Staates mit □ an der Gailregulierung.
4. Hilfsaktion bezüglich der auf zwei Millionen veranschlagten Drauregulierung in Kärnten unter Anteilnahme des Landes und der Adjazenten.
5. Hilfsaktion hinsichtlich der Einbeziehung der auf 1,800.000 fl. veranschlagten Wildbachverbauungen in die Drau- und Gailregulierung.
6. Forestale Maßnahmen.

Referent bemerkt, dass den mit den Punkten 4, 5 und 6 angeregten weiteren mit der Vorlage für Kärnten noch nicht vorgesehenen, auf rund vier Millionen zu veranschlagenden Hilfsaktionen die Begründung an sich nicht abgesprochen werden könne und dass es insbesondere einleuchte, dass die förmliche Regulierung der Drau in Tirol ohne gleichzeitige

---

2 *Die Unwetterkatastrophe, die neben Kärnten besonders auch Tirol betroffen hatte, kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 12. 12. 1882/IV. Für die dadurch notwendig werdenden Landesgesetze war der Tiroler Landtag zu einer außerordentlichen Session einberufen worden, siehe dazu zuletzt MR. v. 25. 11. 1882/I.*

3 *In MR. v. 26. 9. 1882/I war die erste staatliche Unterstützung für die Überschwemmungen im September beraten worden, die dem Reichsrat vorzulegenden Gesetzentwürfe für Kärnten in MR. v. 12. 12. 1882/I.*

Regulierung derselben in Kärnten die Gefahren für Kärnten nur erhöhen würde. Indessen sei es klar, dass es sich hiebei um Aktionen handle, welche nicht unmittelbar ins Werk gesetzt zu werden brauchen, weil sie auch nicht sogleich verwirklicht werden können und dass daher wegen dieser Aktionen, welche zeitig genug auch vom nächsten ordentlichen Landtage [beh]andelt werden können, die jetzige Einberufung eines außerordentlichen Landtages nicht notwendig erscheine. Hinsichtlich der Desiderien sub 2 und 3, welche, wie früher erwähnt, auch den Gegenstand einer aparten Anregung bilden, könnte aber, falls das Finanzministerium einer diesfälligen weitergehenden Berücksichtigung zustimmte, auch ohne Landtag geholfen werden, durch eine unter Zustimmung der Regierung im Ausschusse vorzunehmende Modifikation der Regierungsvorlage. In Anbetracht dieser Erwägungen und nachdem sich die Regierung mit der Haftungserklärung des Landesausschusses hinsichtlich der Vorschüsse begnügen könne, entfalle, vom Standpunkte des Ministeriums des Innern aus, jeder dringende Anlass zur Einberufung des Landtages.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass er neben diesen Erwägungen auch noch die Besorgnis, dass vom Landtage jetzt ungemessene Forderungen gestellt werden könnten und endlich den Umstand in Betracht ziehe, dass die Einberufung des Landtages zu dem gewünschten Termine vom 8. Jänner 1883 an möglicherweise nötigen dürfte, den Wiederzusammentritt des Reichsrates in unerwünschter Weise hinauszuschieben. Andererseits müsse er aber doch wieder zu bedenken geben, dass es schwer wäre, das Einberufungsansinnen abzuschlagen, ohne zugleich hinsichtlich der gegenüber der Regierungsvorlage vorgebrachten Desiderien irgendein Zugeständnis zu machen. Deshalb müsse der Ministerpräsident den Finanzminister ersuchen, sich [jet]zt schon wenigstens im Allgemeinen darüber auszusprechen, ob von seiner Seite ein Entgegenkommen gegenüber den neuerlichen Desiderien Kärntens zu erwarten sei, damit das erforderliche Substrat gegeben werde, um sich klar zu machen, ob zur Einberufung zu schreiten sei oder nicht.

Der Finanzminister erklärt, dass er vorbehaltlich der Prüfung und Bestimmung hinsichtlich der Details nicht abgeneigt sei, für Kärnten noch ein mäßiges Plus zuzugestehen. Selbstverständlich denke er dabei nur an eine Erhöhung der bereits mit der Regierungsvorlage in Aussicht genommenen Hilfsposten, indem es ihm jetzt absolut unmöglich wäre, hinsichtlich der neuangeregten weitgehenden Hilfsaktionen irgendein Zugeständnis zu machen. Aber auch wenn er in eine mäßige Erhöhung der schon proponierten Posten eingehe, so könne er dies nur unter der Voraussetzung tun, dass von den Ministerien keine anderen Nachtragskredite mehr begehrt werden. Denn sonst sähe er sich in der ganzen Aktion für 1883 gestört, da er bei den gegenwärtigen schlechten Geldverhältnissen und wegen der reservierten, weil offenbar durch die andauernden Defizite eingeschüchterten Haltung des Geldmarktes die zur Abgangsbedeckung aufzunehmende Anlehenssumme auf ein möglichst geringes Maß beschränken und trachten wolle, so weit als es nur immer gehe, durch die Verwendung der Kassabestände aufzukommen[4].

Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Finanzministers sprechen sich sämtliche Minister [daf]ür aus, dass von der jetzigen [E]inberufung des Landtages abgesehen werde. Weiters wird infolge der Anregung des Ministers für Kultus und Unterricht, welcher der Ministerpräsident beitritt, in Aussicht genommen, nach der erfolgten Einigung über die jetzt noch zu machenden weiteren Zugeständnisse die Ablehnung der Einberufung in der Weise zu motivieren, dass erstlich auf diese Zugeständnisse, dann auf den ungünstigen Zeitpunkt für die

[4] *Zu den Diskussionen um das Budget siehe zuletzt MR. v. 4. 11. 1882/V.*

begehrte Tagung und endlich darauf hingewiesen werde, dass die nach nunmehr geschehener Erfüllung der dringenden Desiderien noch bestehenden Hilfsabsichten auch der späteren ordentlichen Landtagssession vorbehalten bleiben können[5].

II. Sektionschef Freiherr v. Kubin referiert ferner über die Absicht des Ministerpräsidenten, die Nichtsanktionierung zu beantragen für den vom Triester Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend eine Bauordnung für Triest, nachdem der Entwurf in einer Reihe von Bestimmungen teils nicht sachgemäße, teils so unklare Anordnungen enthalte, dass es nach der übereinstimmenden Anschauung der Ministerien des Innern und der Justiz ganz untunlich wäre, denselben in dieser Gestalt zu genehmigen. Die Minister verzichten auf eine detaillierte Darlegung der Mängel des von den beiden Fachministerien geprüften Entwurfes und erklären zu dem Vorhaben des Ministerpräsidenten ihre Zustimmung[6].

[III.] Der Ministerpräsident bringt zur Sprache die Frage der Ernennung von Herrenhausmitgliedern behufs der Ausfüllung der seit dem vorigen Jahre entstandenen Lücken[7]. Durch Ableben seien vier Mitglieder, darunter zwei Galizianer (Graf Krasicki und Baron Romaszkan[8]), in Abfall gekommen. Weiters sei auf ein Erscheinen des schwererkrankten Baron Hein nicht mehr zu rechnen[9]. Der Ministerpräsident glaubt, dass bei der geänderten Situation im Herrenhause für die jetzt vorzunehmenden Ernennungen als Gesichtspunkte anzunehmen wären: erstens, dass mit der Anzahl der Ernennungen nicht um vieles weiter gegangen werde, als die Zahl der entstandenen Lücken betrage, da es bei dem jetzigen Zustande einer gesicherten Regierungsmajorität nicht entsprechend wäre, die Opposition ohne Not zu reizen; zweitens, dass nicht gerade Männer gewählt werden, welche prononciert zur Parteirichtung der Rechten gehören, sondern, dass es genüge, solche zu ernennen, von denen man eben nur versichert sei, dass sie mit der Regierung gehen werden. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, glaube der Ministerpräsident, dass etwa sechs Persönlichkeiten zu ernennen sein dürften, wobei jedoch aus Galizien, obgleich zwei Galizianer in Abfall gekommen seien, nur eine Persönlichkeit zu nehmen wäre, weil sonst bei einer so geringen Anzahl von Ernennungen eine überwiegende Berücksichtigung Galiziens leicht Anstoß erregen könnte. Für die aus Galizien zu wählende Persönlichkeit wolle er sich insbesondere den Rat [der] beiden Minister aus Galizien erbitten, da er selbst keinen diesfälligen Kandidaten im Auge habe.

Von anderen Persönlichkeiten schlage er vor:

---

5 *Den Landtag von Kärnten rief man nicht zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Die Frage der* Modifizierung der Hilfsvorlage für *Kärnten wurde beraten in MR. v. 5. 1. 1883/I (liegt nicht ein). Den entsprechenden Vortrag zur Modifikation des Gesetzes für die Hilfsleistungen für Kärnten erstattete Taaffe am 6. 1. 1883, genehmigt mit Ah. E. v. 10. 1. 1883,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 112/1883. *Das nächste zum Thema der Flutkatastrophe in Tirol und Kärnten vorliegende Protokoll ist MR. v. 31. 1. 1883/I.*

6 *Die Bauordnung war vom Triester Gemeinderat beschlossen worden* Prot. Landtag Triest 20. 10. 1881, 114. *Der Vortrag Taaffes v. 15. 1. 1883, mit dem die Nichtsanktionierung des Gesetzes beantragt wurde, wurde in diesem Sinne mit Ah. E. v. 21. 1. 1883 resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 268/1883.

7 *Die Ernennung von Herrenhausmitgliedern kam zuletzt zur Sprache in MR. v. 12. 11. 1881/I (liegt nicht ein).*

8 *Zu Kazimir Graf Krasicki siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 630*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Krasicki | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022) und zu Mikołaj Freiherr v. Romaszkan* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1035*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Romaszkan | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

9 *Franz Freiherr v. Hein* – Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 436, a*uf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Hein | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022) – lebte noch bis 1890.*

1. Sektionschef v. Czedik. Für denselben sei vor allem seine Fachqualität als Eisenbahnfachmann entscheidend. Czedik habe dem Ministerpräsidenten schriftlich die Versicherung gegeben, dass er nicht gegen die Regierung vorgehen werde[10].
2. Präsident der Triester Handelskammer Reinelt. Derselbe würde ein Repräsentant des unbedingt loyalen Elementes von Triest und der Regierung vollkommen ergeben sein[11].
3. Theodor Maria Freiherr v. Risenfels, Großkomtur des Deutschen Ordens, Gutsbesitzer. Der Ministerpräsident proponiere diese Persönlichkeit, welche für wirtschaftliche Fragen eine gute Akquisition wäre, insbesondere auch aus dem Grunde, um damit dem von Seite Sr. kaiserlichen Hoheit dem Herrn Erzherzog Wilhelm ihm (Ministerpräsidenten) schon seit längerer Zeit und wiederholt nahegelegten Wunsche zu entsprechen, ein Mitglied des Deutschen Ordens in das Herrenhaus zu berufen, woselbst dieser Orden jetzt gar nicht vertreten sei, während der Malteserorden zwei Mitglieder im Herrenhause habe[12].
4. General der Kavallerie Graf Grünne[13].

Es werden zunächst diese vier Vorschläge in spezielle Beratung gezogen. Bezüglich Czedik ergreift der Handelsminister das Wort, um die Nominierung dieser Persönlichkeit zu unterstützen. Der Handelsminister [bem]erkt, dass Czedik auch ihm [sc]hriftlich und mündlich die Zusicherung gemacht habe, in allen wichtigen Fragen mit der Regierung zu gehen und dass derselbe weiters erklärt habe, sich im Herrenhause keiner Partei anzuschließen und überhaupt jene Haltung beobachten zu wollen, welche der Handelsminister von ihm fordern werde. Nach alledem und insbesondere bei der in Händen der Regierung befindlichen schriftlichen Haltungserklärung könne der Minister nicht zweifeln, dass Czedik das versprochene Benehmen einhalten würde. In Rücksicht hierauf sowie in Anbetracht der fachmännischen Qualitäten Czediks, endlich, weil die Regierung Czedik in mancher Beziehung zum Danke verpflichtet sei, müsse er dessen Berufung wärmstens befürworten. Nachdem Czedik im Abgeordnetenhause füglich nicht mehr bleiben könne und auch nicht bleiben wolle, würde die Ernennung zum Herrenhausmitgliede seine Wünsche befriedigen und die Regierung gewänne eine Persönlichkeit, welche ihr im Herrenhause gute Dienste leisten könne[14].

Minister Freiherr v. Pražák will nicht entgegentreten, muss aber bemerken, dass mit Czedik keineswegs eine verlässliche Persönlichkeit für das Herrenhaus gewonnen würde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski erklärt sich für die Berufung Czediks wegen der fachmännischen Qualitäten desselben, nachdem es im Herrenhause an Eisenbahnfachmännern mangle.

Der Minister für Kultus und Unterricht glaubt auch, dass die Regierung mit Czedik keinen verlässlichen Partisan gewinnen würde, nachdem, wie aus [der] ganzen Laufbahn Czediks [h]ervorgehe, dessen Haupttriebfeder die Befriedigung des Ehrgeizes sei. Nichtsdes-

---

10 *Zu Czedik siehe zuletzt MR. v. 15. 11. 1882/VIII.*

11 *Zu Carlo Freiherr v. Reinelt siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1003, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Reinelt | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

12 *Zu Theodor Maria Freiherr v. Risenfels siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1022 f., *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Risenfels | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

13 *Karl Graf Grünne, 1850–1859 Vorstand der Militärkanzlei Seiner Majestät; zu ihm siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 384, *auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Grünne | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

14 *Schilderung seiner Erinnerungen an seine Ernennung zum Herrenhausmitglied,* Czedik, Zur Geschichte der Ministerien 1: 338.

toweniger ist der Minister für den Vorschlag, weil Czedik ein Mann von vielen Kenntnissen sei und speziell in Eisenbahnfragen sowie auch in Schulfragen eine tüchtige Arbeitskraft abgeben könne.

Sonach erklärt sich der Ministerrat mit der Nominierung Czediks einverstanden.

Über Reinelt bemerkt der Handelsminister, dass derselbe zu jenen Persönlichkeiten zähle, welche vermöge ihrer eminent dynastischen Gesinnung immer mit der Regierung gehen, daher allerdings mit jeder Regierung. Das Ministerium würde also immer auf Reinelts Stimme rechnen können. Reinelt sei ein Kaufherr, welcher in Triest eine hervorragende Position einnehme, er sei ein echter kaufmännischer Aristokrat und ein vollkommen integrer Charakter. Jedenfalls würde Reinelt die Stelle im Herrenhause ebenso entsprechend ausfüllen, als dies seinerzeit durch Reyer[15] aus Triest geschah.

Der Minister für Kultus und Unterricht kann nur mit aller Wärme diesen Vorschlag befürworten. Es gebe in Triest keine Persönlichkeit, welche so ungeteilte Achtung genieße wie Reinelt.

Der Ministerrat erklärt sich mit der Nominierung Reinelts einverstanden.

Bezüglich des Freiherrn v. Risenfels bemerkt der Handelsminister, dass derselbe ein sehr ehrenwerter und in landwirtschaftlichen [Frag]en bewanderter Mann sei. Der Gesinnung nach sei derselbe ultrakonservativ. Der Handelsminister hielte dessen Berufung für entsprechend.

Der Ministerpräsident möchte bezüglich des Freiherrn v. Risenfels vor dessen definitiver Beantragung sich noch vorbehalten, bei Sr. kaiserlichen Hoheit dem Herrn Erzherzoge Wilhelm anzufragen, ob Höchstderselbe mit der Berufung eben dieses Mitgliedes des Deutschen Ordens einverstanden sei.

Der Ministerrat erklärt sich unter dem Vorbehalte des bezüglichen Einverständnisses Sr. kaiserlichen Hoheit mit der Nominierung des Freiherrn v. Risenfels einverstanden.

Desgleichen erklärt sich der Ministerrat mit der Nominierung des Generals der Kavallerie Grafen Grünne einverstanden.

Somit erscheinen die Vorschläge des Ministerpräsidenten erschöpft.

Hinsichtlich einer weiteren Berufung an fünfter Stelle wird von den Ministern übereinstimmend die Notwendigkeit betont, einen geeigneten Juristen zu nominieren. Es werden in der bezüglichen Diskussion einige Namen genannt. Doch einigt man sich schließlich dahin, die Auswahl einer in diese Kategorie fallenden Persönlichkeit einer späteren Erwägung vorzubehalten.

Endlich gibt der Ministerpräsident zu erwägen, welche Persönlichkeit aus Galizien zu wählen wäre. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski schlägt, ausgehend von [dem] Gesichtspunkte, dass es entsprechend wäre, einen auch für die Kommissionarbeiten verwendbaren Mann zu wählen, vor, aus Galizien den Gutsbesitzer Ritter v. Polanowski[16] zu nehmen. Der Minister bemerkt, dass Polanowski aus einer seit 400 Jahren reich begüterten Familie stamme, sehr vermögend, Besitzer einer Musterwirtschaft auf seinem Familiengute sei, die allgemeine Achtung im Lande genieße und sich auch durch seine Wirksamkeit im Landtage, dann als

---

15 *Konstantin Freiherr v. Reyer war von 1861 bis zu seinem Tod 1875 Mitglied des Herrenhauses gewesen,* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1010*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Reyer | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

16 *Zu Stanisław Ritter v. Polanowski siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 945*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Polanowski | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

Bezirksvertretungsobmann und durch Gründung von Schulen besondere Verdienste um das Land erworben habe. Polanowski würde insbesondere in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, aber auch wegen seiner sonstigen Bildung und vermöge seiner Erfahrungen in anderen Fragen nützlich wirken können.

Der Ministerpräsident bemerkt, dass ihm auch der Gutsbesitzer Geheimrat Popiel[17] bezeichnet worden sei. Minister Freiherr v. Ziemiałkowski bemerkt, dass Popiel eine sehr prononcierte Persönlichkeit sei.

Der Finanzminister bemerkt, dass er weder gegen die Wahl Polanowskis noch gegen die Popiels etwas einzuwenden hätte, da beide in ihrer Art ausgezeichnete Leute seien. Der Finanzminister wisse nur aus Äußerungen Popiels, dass es demselben damals, als er mit der Geheimratswürde ausgezeichnet wurde, lieber gewesen wäre, wenn er anstatt dessen in das Herrenhaus berufen worden wäre.

Der Ministerpräsident bemerkt ferner, dass er vom Reichsratspräsidenten Smolka dies[f]alls auch auf den Dr. Ritter v. Czajkowski[18] mit dem Bedeuten aufmerksam gemacht worden sei, dass sich Czajkowski im Falle seiner Ernennung auch ganz in Wien niederlassen würde.

Minister Freiherr v. Ziemiałkowski und der Finanzminister bemerken übereinstimmend, dass Czajkowski jedenfalls viel unbedeutender als die beiden vorerwähnten Persönlichkeiten sei.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird beschlossen, den Statthalter um seine Äußerung über Polanowski und Popiel hinsichtlich der eventuellen Berufung des einen oder des andern in das Herrenhaus mit dem ausdrücklichen Bedeuten zu befragen, dass jedenfalls nur eine dieser beiden Persönlichkeiten berufen werden könnte[19].

IV. Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Titularhofrat und Vorstand des Präsidialbüros bei der Statthalterei in Lemberg Hermann Loebl in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken. Der Ministerpräsident bemerkt, dass die Angelegenheit schon im Februar l. J. angeregt wurde, dass er sie aber habe ruhen lassen, weil damals kurz vorher zwei andere Beamte der Statthalterei, Zaleski[20] und Badeni[21], ausgezeichnet wurden. Nun scheine der Zeitpunkt angemessen, um diesen

---

17 *Zu Michael Popiel siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 951*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Popiel | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

18 *Vermutlich Johann Ritter v. Czajkowski, er wurde 1895 ins Herrenhaus berufen, zu ihm* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 173 f.*, auf der Homepage des Parlaments* Kurzbiografie Czaykowski | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022).*

19 *Die Anfrage an den Statthalter in Galizien Potocki liegt in* Ava., Ministerratspräsidium*, sowie* IM., Karton 1011, Sig. 34 *nicht ein. Die Angelegenheit wurde erneut beraten in MR. v. 5. 1. 1883/III (liegt nicht ein). Über Vortrag Taaffes v. 8. 1. 1883 wurden mit Ah. E. v. 12. 1. 1883 allerdings nur fünf neue Herrenhausmitglieder ernannt, darunter die hier genannten Personen und Polanowski als die Wahl aus Galizien,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 129/1883*. Ursache, dass nur fünf und nicht die hier beschlossenen sechs neuen Herrenhausmitglieder beantragt wurden, dürfte die Genesung Heins gewesen sein.*

20 *Philipp Ritter v. Zaleski,* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 2: 1448 f.*,* Kurzbiografie von Zaleski | Parlament Österreich *(Zugriff 9. 5. 2023).*

21 *Kasimir Graf Badeni, Ministerpräsident 1895–1897,* Öbl. 1: 42 f.

verdienten Beamten, dessen Beförderung zum wirklichen Hofrate systemmäßig nicht möglich sei, [ein]e neuerliche Anerkennung zuzuwenden. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[22].

V. Der Leiter des Justizministeriums Minister Freiherr v. Pražák erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Staatsanwaltsubstituten in Prag Dr. Anton Schneider-Swoboda in Anerkennung seiner vorzüglichen Verwendung und insbesondere seiner hervorragenden Tätigkeit bei den Sozialistenprozessen in Prag das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[23].

VI. Der Handelsminister eröffnet seine Absicht, anlässlich des jetzt zu bestellenden Beirates des Postsparkassenamtes für die Ernennung zum Präsidenten dieses Beirates den Fürsten Adolph Schwarzenberg Sr. Majestät vorzuschlagen, nachdem sich Fürst Schwarzenberg ihm gegenüber zur Übernahme dieser Stelle bereiterklärt habe. Der Ministerrat erklärt sich mit dem Vorhaben des Handelsministeriums einverstanden[24].

VII. Der Ackerbauminister erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben für den eben jetzt sehr schwer krank darniederliegenden Ministerialrat im Ackerbaumi[nis]terium Carl Peyrer in Anerkennung seiner bereits 40-jährigen vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopoldordens zu erwirken und teilt aus dem Inhalte des diesfalls zu erstattenden au. Vortrages die wesentlichsten Verdienstmomente mit. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[25].

VIII. Der Minister für Kultus und Unterricht erlaubt sich auf diesem Wege, zur Ah. Kenntnis Sr. k. u. k. apost. Majestät zu bringen den Ausdruck der au. Huldigung der Vertretung der Hochschule für Bodenkultur anlässlich des 600-jährigen Jubiläums des Ah. Kaiserhauses[26].

IX. Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Fürsterzbischof von Salzburg Franz Albert Eder die Würde eines Geheimen Rates zu erwirken, eine Berücksichtigung, welche wegen der hohen kirchlichen Stellung sowie wegen des verdienstlichen Wirkens des Fürsterzbischofs gerechtfertigt

---

22 *Taaffes Vortrag v. 6. 1. 1883 wurde mit Ah. E. v. 14. 1. 1883 im Sinne des Antrages resolviert,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 155/1883.

23 *Dem Antrag Pražáks auf Verleihung des Ordens v. 29. 12. 1882 wurde mit Ah. E. v. 3. 1. 1883 entsprochen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 23/1883.

24 *Die Erlassung einer Durchführungsverordnung des Postsparkassengesetzes war beraten worden in MR. v. 7. 9. 1882/IX. Mit Vortrag Pinos v. 5. 1. 1883 wurde Schwarzenberg mit Ah. E. v. 9. 1. 1883 zum Präsidenten der Postsparkasse ernannt,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 104/1883. *Die Ausführungsbestimmungen zu den Grundzügen für die Organisation des Postsparkassenamtes wurden behandelt in MR. v. 30. 6. 1883/VIII (liegt nicht ein).*

25 *Peyrer erhielt den Orden über Vortrag Falkenhayns v. 28. 12. 1882 mit Ah. E. v. 28. 12. 1882,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 5019/1882.

26 *Während der Budgetdebatte war über die Schließung der Hochschule für Bodenkultur nachgedacht worden, zuletzt in MR. v. 9. 11. 1882/X. Zu den Huldigungsfeierlichkeiten anlässlich des 600-jährigen Jubiläums siehe MR. v. 25. 11. 1882/II, Anm. 6.*

erscheine. Der Ministerpräsident befürwortet das Antragsvorhaben, indem er überzeugt sei, dass eine solche Auszeichnung des Fürsterzbischofs in der ganzen Diözese freudigst begrüßt werden würde. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[27].

[X.] Der Minister für Kultus und Unterricht erbittet sich die Zustimmung des Ministerrates zu dem Vorhaben, für den Advokaten Dr. Heinrich v. Billing in Wien in Anerkennung seiner durch Kunstförderung sowie durch Wirken auf dem Gebiete des Schulwesens erworbenen Verdienste das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu erwirken. Der Ministerrat erklärt seine Zustimmung[28].

XI. Der Minister für Kultus und Unterricht bringt zur Sprache die von ihm beabsichtigte Verfügung wegen Unterstellung der griechisch-orientalischen Kirchengemeinden in Wien unter den Metropoliten in Czernowitz. Der Minister erinnert, dass infolge des Ausgleiches die früher unter den Metropoliten in Karlowitz vereinigt gewesene griechisch-orientalische Kirche in Österreich insoferne getrennt wurde, als für die diesseitige Reichshälfte eine besondere Metropolie mit dem Sitze des Metropoliten in Czernowitz errichtet wurde[29]. Da bei dieser Gelegenheit der Unterstellung der eine besonders autonome Stellung genießenden griechisch-orientalischen Kirchengemeinden in Wien und Triest (je zwei Gemeinden in jeder dieser Städte) unter die neue Metropolie nicht ausdrücklich gedacht wurde, so sollen jetzt die diesbezüglichen Verfügungen und zwar zunächst für die beiden Wiener Gemeinden getroffen werden, weil für Triest noch weitere Erhebungen im Zuge seien.

[Minist]erialrat Ritter v. Gniewosz referiert und gibt zunächst eine kurze Darlegung der Privilegien der beiden griechisch-orientalischen Kirchengemeinden zur Heiligen Dreifaltigkeit und zum Heiligen Georg in Wien, woraus hervorgeht, dass den Gemeinden gestattet wurde, ihre Priester zu wählen und selbstständig die Verwaltung zu führen und dass sie nur gehalten wurden, dem Patriarchen (in Karlowitz) Gelegenheit zu bieten, die geistliche Jurisdiktion des Pfarrers anzuerkennen. Referent teilt mit, dass vom Metropoliten von Czernowitz die förmliche Unterstellung der Gemeinden unter die Metropolie aus kanonischen und kirchlich-hierarchischen Gründen beansprucht wurde. Infolgedessen wurden die Gemeinden einvernommen und erklärte sich die Gemeinde zur Heiligen Dreifaltigkeit für die Unterstellung gegen Wahrung ihrer sonstigen Autonomie, während die Gemeinde zum Heiligen Georg sich aufgrund ihrer Privilegien gegen jede Unterstellung verwahrte und auch geltend machte, dass sie vermöge derselben Rechtsbasis nicht verpflichtet werden könne, zu ihren Seelsorgern nur österreichische Staatsbürger zu bestellen.

Es sei jedoch klar, dass heutzutage nicht mehr jene Privilegien, sondern die Staatsgrundgesetze die Grundlage des rechtlichen Bestandes der fraglichen Kirchengemeinden bilden, woraus folgt, dass sich dieselben denjenigen Verfügungen fügen müssen, welche nach den

---

27 *Zu Franz Albert Eder siehe* Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1: 247, Kurzbiografie Eder | Parlament Österreich *(Zugriff 13. 5. 2022). Die Würde wurde Eder mit Ah. E. v. 3. 1. 1883 über Vortrag Conrads v. 29. 12. 1882 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 13/1883.

28 *Der Orden wurde über Vortrag Conrads v. 29. 12. 1882 mit Ah. E. v. 3. 1. 1883 verliehen,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 14/1883.

29 *Errichtung der Metropolie Czernowitz,* Brusanowski, Rumänisch-orthodoxe Kirchenordnungen, 203 f. *Die Erhebung des Bistums Czernowitz zur Metropolie wurde beraten in MR. I v. 24. 7. 1871/III und MR. v. 10. 9. 1871,* Cmr. II, Nr. 580 *und* 595*, der* Antrag auf Ernennung des Diözesan-Administrators *Theophil*

bestehenden Gesetzen und Anordnungen für alle Bekenner der griechisch-orientalischen Kirche gelten. Darnach könne erstens die [Unt]erstellung unter die Metropolie Czernowitz in gleicher Weise, wie dieselbe gegenüber der früheren Metropolie in Karlowitz bestand, in einfacher Konsequenz der territorialen Ausscheidung angeordnet werden, weiters können aber auch die jetzigen Satzungen der fraglichen Kirchengemeinden hinsichtlich der Bestellung der Seelsorger und der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten in Hinkunft nur insoweit aufrecht bleiben, als ihnen die allgemeinen geltenden Gesetze nicht entgegenstehen. Zu den nach diesen Grundsätzen zu treffenden Verfügungen beabsichtige der Minister für Kultus und Unterricht die Ah. Ermächtigung Sr. Majestät einzuholen.

Referent bemerkt schließlich, dass ein Einvernehmen mit Ungarn über diese Frage aus dem Grunde nicht mehr notwendig erscheint, weil bereits bei der Ausscheidung der griechisch-orientalischen Kirche der diesseitigen Länder aus der früheren gemeinsamen Metropolie in Übereinstimmung der beiderseitigen Regierungen das Territorialprinzip anerkannt wurde und in diesem Falle nur eine Konsequenz aus der bestehenden Vereinbarung gezogen werde.

Der Ministerrat erklärt sich mit dem vom Minister für Kultus und Unterricht beabsichtigten Vorgehen einverstanden[30].

Wien, am 28. Dezember 1882. Taaffe.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 20. Jänner 1883. Franz Joseph.

Bendella zum griechisch-orientalischen Metropoliten in Czernowitz *kam zur Sprache in MR. II v. 6. 11. 1873/III und die* Besetzung des Stuhles des griechisch-orientalischen Erzbischofes in Czernowitz *in MR. v. 6. 3. 1880/I (alle liegen nicht ein).*

30 *Mit Vortrag Conrads v. 31. 12. 1882 wurde die Unterstellung der beiden Wiener griechisch-orientalischen Gemeinden unter die Metropolie Czernowitz beantragt, der mit Ah. E. v. 19. 3. 1883 zugestimmt wurde,* Hhsta., Kab. Kanzlei, KZ. 121/1883. *Die Frage der beiden Triester griechisch-orthodoxen Kirchengemeinden wurde im Ministerrat nicht mehr besprochen; siehe* Ransmayr, Untertanen des Sultans oder des Kaisers, 194–220.

ANHANG

CHRONOLOGISCHES GESAMTVERZEICHNIS DER EDIERTEN PROTOKOLLE UND DOKUMENTE (17. FEBRUAR 1879–28. DEZEMBER 1882)

Im folgenden Verzeichnis sind nur die erhaltenen, im vorliegenden Band edierten Protokolle bzw. Tagesordnungspunkte angeführt. Jene Sitzungen und Tagesordnungspunkte, deren Protokolle nicht erhalten sind, werden nur im Textteil vermerkt.

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
204	Wien 9. 11. 1880	IV. Verhandlungen wegen Erwerbung der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn für den Staat	75
286	Wien 2. 7. 1881	I. In Angelegenheit der Prager Exzesse	109
288	Wien 3. 7. 1881	I. In Angelegenheit der Prager Ereignisse	113
289	Wien 4. 7. 1881	I. In Angelegenheit der Prager Ereignisse. Frage der Wahl eines Statthaltereileiters	116
290	Wien 5. 7. 1881	I. In Angelegenheit der Prager Ereignisse. Antrag auf die Ernennung des FML. Kraus zum Leiter der Statthalterei in Prag	119
294	Wien 8. 7. 1881	I. In Angelegenheit der Prager Ereignisse	124
378	Wien 14. 4. 1882	IX. Die Kreditforderungen für die militärischen Vorkehrungen im Süden. Bedeckung des Erfordernisses für Unterkunftsbauten und Wegherstellungen in Dalmatien X. Bezüglich der moralischen Unterstützung der elektrischen Ausstellung	156
379	Wien 17. 4. 1882	I. Zur Regelung der Sprachenfrage in den slowenischen Gebietsteilen des Oberlandesgerichtssprengels Graz II. Frage der Einstellung der Schwurgerichte in Dalmatien III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberlandesgerichtsrat Hypolit Kufelkowski IV. Stand der Verhandlungen bezüglich der Zolltarifsvorlage V. Zugestehung der einjährigen Freiwilligen-Dienstzeit für die Hörer der Tierarzneischule in Lemberg	158
380	Wien 21. 4. 1882	I. Wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Veräußerung des alten Generalkommandogebäudes auf der Freyung in Wien II. Wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Gebührenbehandlung der Spielkarten und Kalender gegenüber Bosnien III. Besetzung des Bischofsitzes in Leitmeritz IV. Besetzung des Bischofsitzes in Brünn V. Erwirkung des Adels für den Advokaten Dr. Burghard Joseph Barth in Wien VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den französischen Vizekonsul in Makri, Ippolito Casilli VII. Einbringung von Nachtragskrediten für das Unterrichtsressort pro 1882 VIII. In Angelegenheit der Korrespondenz mit dem Präsidenten des Reichsgerichtes wegen der Anzeigeerstattung über die Erledigung von Mitgliederstellen beim Reichsgerichte IX. Eröffnung	162

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
		an den Minister des Äußern hinsichtlich der Frage der Rückwirkung der Einführung von Zollnachlässen für Importe zur See auf die Beziehungen zu Deutschland X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberinspektor Karl Wessely und den Inspektor Wilhelm Edlen v. Thomann der Elisabeth-Westbahn XI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Josephs-Ordens für den Zivilingenieur Karl Pfaff XII. Haltung in Bezug auf die vom Ausschusse beabsichtigte Amendierung des Kommassationsgesetzentwurfes	
381	Wien 26. 4. 1882	I. Frage der Gewährung eines Staatsvorschusses von 100.000 fl. für die Triester Ausstellung à conto der Einnahmen derselben II. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Gewährung eines zeitweiligen Privilegienschutzes für die Objekte der Elektrizitätsausstellung III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die zeitliche Befreiung von der Erwerb- und Einkommensteuer für den Schifffahrtsbetrieb zur See mit im Inlande erbauten Dampfern IV. Erwirkung des Freiherrnstandes für den Gutsbesitzer Peter Petrinó V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bürgermeister von Korneuburg, Franz Johann Kwizda VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Baurat Paul Wasserburger VII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Bezirkshauptmann in Saaz, Staathaltereirat Adolf Spulak VIII. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Anrechnung der Dienstzeit als Unterlehrer bei Berechnung der Dienstalterszulagen der Lehrer IX. Bezüglich der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes betreffend die Ausschließung des Taufzwanges bei Kindern konfessionsloser Eltern X. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Vizepräsidenten der Länderbank, August Ritter v. Skéne XI. Bezüglich des Zeitpunktes der Einberufung der Landtage	169
382	Wien 30. 4. 1882	I. Über den Vorschlag wegen Besetzung des Bistums Brünn II. Über den Vorschlag wegen Besetzung des Bistums Leitmeritz III. Bezüglich der vom Reichsrate in diesem Sessionsabschnitte noch zu erledigenden Angelegenheiten	175
383	Wien 30. 4. 1882	I. Wegen Besetzung beziehungsweise Versehung der Stelle eines Landespräsidenten in Schlesien II. Wegen Sanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Einhebung einer Musik- und Verschönerungstaxe in Mödling III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Dr. Ferdinand Zirkel	181
384	Wien 4. 5. 1882	I. In Angelegenheit der Unruhen in Pobori II. Frage der Verlängerung der Wirksamkeit der Ausnahmsgerichte in Dalmatien III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Rechnungsrat Adolf Wallek IV. Genehmhaltung des vom Statt-	183

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
		halter in Dalmatien erlassenen Verbotes des Tragens fremdländischer Abzeichen. Frage der Mitteilung polizeilicher Ausnahmsanordnungen an den Reichsrat V. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom dalmatischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Sicherstellung der Zahlung von Gemeindeschulden VI. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Einbringung von Forderungen an Gemeinden und Konkurrenzverbände VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Zugestehung der politischen Exekution für die galizische Landesbank VIII. Au. Dank anlässlich der Inaugurierung des Kreisgerichtes in Wadowice IX. Zur Frage der Versorgung der Witwen und Waisen der vor dem Feinde gefallenen Militärs	
385	Wien 5. 5. 1882	I. Einbringung des Bedeckungsgesetzes für die von den Delegationen bewilligten neuerlichen Okkupationskredite	189
386	Wien 7. 5. 1882	I. Vorgehen beim Ringtheaterprozesse in Bezug auf die Beurteilung der öffentlichen Organe II. Frage der Zulassung ungarischer Papiere zu Geschäftskautionen und Pflegschaftsanlagen III. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Gebührenbefreiung für die galizischen Landesanleihen zur Subvention für den Bau der Transversalbahn und zu Konvertierungszwecken IV. Wegen Eliminierung des Artikels III aus dem Gesetzentwurfe betreffend die Bedeckung des außerordentlichen Delegationskredites V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Pfarrer in Georgswalde, Franz Schubert VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den ordentlichen Professor an der Wiener Universität, Dr. Wilhelm Hartel VII. Bezüglich der Stellungnahme zu § 48 der Schulgesetznovelle mit Rücksicht auf Galizien VIII. Über die im Abgeordnetenhause gestellte Anfrage wegen fortdauernder Verwendung der Reservemannschaften im Süden IX. Über den anlässlich des Aufstandes in Pobori angeregten Bau einer verteidigungsfähigen Gendarmeriekaserne in jener Gegend X. Bericht des Statthalters in Dalmatien über die Behandlung der Crivoscie und der geflüchteten Einwohner derselben (Güterkonfiszierung und Entziehung des Landwehrprivilegiums) XI. Wegen Regenerierung des griechisch-katholischen Basilianerordens in Galizien XII. Wegen Einberufung des vorbereitenden Kirchenkongresses der griechisch-orientalischen Erzdiözese der Bukowina	190
387	Wien 10. 5. 1882	I. Zur Frage der vom Statthalter in Dalmatien proponierten Konfiszierung der Güter der Crivoscianer. Erörterung der möglichen Maßnahmen	199
388	Wien 10. 5. 1882	I. Wegen Konzessionierung der Lokalbahnen Libáň–Bąków und Krupa–Kolleschowitz II. Einbringung eines Nachtragskredites per 150.000 fl. für die Technische Hochschule in Wien	202

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
389	Wien 16. 5. 1882	I. Über die Art und Weise der Bauvergebung der galizischen Transversalbahn II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirkshauptmann Johann Schaffus III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landestierarzt Wenzel Czech und für den Bezirksrat Dr. Alois Smita IV. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landesgerichtsrat Alois Kürschner und für den Stiftshofmeister Prior Gerhard Schirnhofer V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Einverleibung von Realitäten in das fürstlich Schwarzenberg'sche Sekundogenitur-Fideikommiss VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend den Verkauf des Gebäudes des Ackerbauministeriums und die Erbauung eines neuen Amtsgebäudes VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Regelung der Gewinnungsrechte an Erdharzen in Galizien und in der Bukowina VIII. Einbringungen eines Gesetzentwurfes betreffend die provisorische Versorgung der Hinterbliebenen der vor dem Feinde gefallenen Mannschaften IX. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung der Kredite für Gendarmeriekasernbauten und Wegherstellungen in Dalmatien	204
390	Wien 20. 5. 1882	I. Eventuelle Ermächtigung behufs der Erwirkung der Ah. Sanktion für die Gesetzentwürfe betreffend die Petroleumsteuer und den allgemeinen Zolltarif II. Wegen Sanktionierung des Gesetzesentwurfes betreffend die Abänderung der strafrechtlichen Bestimmungen der Tierseuchengesetze III. Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten v. Zallinger und Genossen betreffend den Zinsfuß der Hypothekardarlehen der Sparkassen IV. Regelung der Sprache der Staatsprüfungen bei der Staatsprüfungskommission in Prag	212
391	Wien 23. 5. 1882	I. Erbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung der Aufnahme eines Lotterieanlehens für die Gesellschaft vom Roten Kreuze II. In Angelegenheit der Instruierung des Statthalters in Dalmatien bezüglich der Behandlung der Bewohner der Crivoscie III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Realschuldirektor Schulrat Johann Stástny in Prag IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Advokaten und Professor an der Handelsakademie in Triest, Dr. Clemens Lunardelli V. Konzessionierung der Lokalbahn Bisenz–Gaya VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Handelsgeschäftsinhaber Gottlieb Bondy in Prag VII. Erwirkung des Adels für den pensionierten Zentralinspektor der Carl-Ludwig-Bahn, Maximilian Luschka VIII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Eisenbahndirektor Regierungsrat Max Pichler IX. Bezüglich Sanktionserwirkung für die noch pendenten, das Ressort des Handelsministeriums betreffenden Gesetzentwürfe X. Vorgang bezüglich der Sanktionserwirkung für vom Reichsrate unverändert beschlossene Regierungsentwürfe XI. Frage der Erledigung der Vorlage betreffend die Herstellung der Abzweigungen der galizischen Transversalbahn	216

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
392	Wien 26. 5. 1882	I. Maßnahmen für die künftige Behandlung der Crivoscie. Diplomatische Intervention bezüglich einer Ansiedlung der Crivoscianer in Montenegro. Anwendung des § 46 des Wehrgesetzes auf die stellungsflüchtigen Süddalmatiner II. Frage der Einberufung des dalmatinischen Landtages und der Wahl des Tagungsortes desselben	220
393	Wien 30. 5. 1882	I. Frage der künftigen Behandlung der Bewohner der Crivoscie II. Über den Antrag des Leiters des Justizministeriums auf die Ernennung des Landesgerichtsrates Michael Pithey zum Oberlandesgerichtsrate in Czernowitz III. Ah. Anerkennung des Wirkens des Ministeriums	227
394	Wien 1. 6. 1882	I. Bezüglich des Antrages des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes auf die Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Hofrat Ritter v. Schönwald II. Wegen Ernennung des Hofrates Ritter v. Krticzka zum Polizeipräsidenten in Wien III. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Senatspräsidenten Ritter v. Krenn IV. Erwirkung des Großkreuzes des Leopoldordens für den Fürsterzbischof von Wien, Cölestin Ganglbauer V. Anzeige über Sanktionierungserwirkung für die Gesetzentwürfe: betreffend das Lotterieanlehen für die Gesellschaft vom Roten Kreuze und betreffend die Legalisierungserleichterungen	233
395	Wien 1. 6. 1882	I. Über den zwischen der ungarischen Regierung und dem Pariser Komitee der Staatseisenbahn-Gesellschaft hinsichtlich der Staatseisenbahn vereinbarten Präliminarvertrag	235
396	Wien 9. 6. 1882	I. Wegen Nichtsanktionierung des vom dalmatinischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend eine Bauordnung für Dalmatien II. Wegen Nichtsanktionierung des vom Görzer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über Verteilung der Gemeindegründe von Bainsizza San Lorenzo III. Intention bezüglich des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Reichsratswahlordnung. Zuwarten bezüglich der Sanktionierung. Einbringung eines analogen Entwurfes im böhmischen Landtage IV. In Angelegenheit des projektierten Unionvertrages zum Schutze des industriellen Eigentums V. Neuerliche Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend Hebung der Fischerei im steiermärkischen Landtage VI. Neuerliche Einbringung einer Regierungsvorlage im Vorarlberger Landtage betreffend landwirtschaftliche Bezirksgenossenschaften und den Landeskulturrat VII. Erwirkung Ah. Auszeichnungen für mehrere Mitglieder der Grundsteuer-Zentralkommission VIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Prokuristen Moriz Dub IX. Bestellung des Regierungskommissärs für den Bukowinaer griechisch-orientalischen Kirchenkongress X. Über einen vom Salzburger Landtage im Jahre 1880 beschlossenen Gesetzentwurf betreffend Erleichterung der Schulpflicht XI. Verordnung über die Ablegung der theoretischen Staatsprüfungen in deutscher und böhmischer Sprache in Prag	241

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
397	Wien 13. 6. 1882	I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Brünner Stadtrat, Joseph Wolf II. Erwirkung des Titels und Charakters eines Senatspräsidenten für den Rat des Verwaltungsgerichtshofes, Joseph Friedrich Ritter v. Ott III. Einstellung der Geschworenengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dechant und Pfarrer, Ludwig Theuille V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Abt Norbert Sychrawa VI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Sektionsrat Viktor Freiherrn v. Kalchberg VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Generalsekretär der Rudolfsbahn, Ludwig Ritter v. Nunnenmacher VIII. Bezüglich eines offiziösen Kommuniqués hinsichtlich des Aktiengesetzentwurfes	250
398	Wien 21. 6. 1882	I. Erwirkung je des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für die Landesausschussbeisitzer in Prag, Ottokar Zeithammer und Dr. Johann Volkelt II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Obersanitätsrat Dr. Schneller III. Teilnahme der leitenden Beamten in Eger an dem zu Ehren v. Pleners veranstalteten Bankette IV. Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Ministerialrat Dr. v. Blumfeld im Ackerbauministerium V. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend Errichtung landwirtschaftlicher Bezirksgenossenschaften und eines Landeskulturrates im Istrianer Landtage VI. Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberlandesgerichtspräsidenten Freiherrn v. Streit VII. Verlängerung der Militärgerichtsbarkeit in Dalmatien VIII. Anordnung wegen Annahme ungarischer Wertpapiere für Geschäftskautionen IX. Wegen Ernennung des pensionierten Sektionschefs Alois v. Czedik zum Sektionschef extra statum im Handelsministerium und Präsidenten der Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb in Wien X. In Angelegenheit der Gendarmerieunterkunftsbauten in Dalmatien XI. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen für Mitglieder der Gesellschaft vom Roten Kreuze XII. Erteilung von Auskünften über die Geschäftsverhältnisse der Ministerien an die Ersparungskommission	256
399	Wien 24. 6. 1882	I. Mitteilung über eine geplante Heeresorganisation II. Wegen Besetzung zweier Senatspräsidentenstellen am Obersten Gerichtshofe III. Wegen Übernahme der Vorarlberger Bahn in den Staatsbetrieb	264
400	Wien 26. 6. 1882	I. Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionschefs für den Ministerialrat Ferdinand Ritter v. Erb II. Mitteilung über die Verhandlung des Handelsministers mit dem Bischofe von Linz bezüglich der Dotation des Linzer Bistums III. In Angelegenheit der Wiener Stadtbahn	267
401	Wien 27. 6. 1882	I. Über die zu erlassende Verordnung wegen der sprachlichen Anforderungen bei den Staatsprüfungen in Prag	274

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
402	Wien 27. 6. 1882	I. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den zweiten Bürgermeister-Stellvertreter in Salzburg, Dr. Peter Poschacher II. Au. Dank des Abtes Sychrawa für die Ah. Auszeichnung mit dem Ritterkreuze des Leopoldordens III. Erwirkungen von Ah. Auszeichnungen für fremdländische Ausstellungskommissäre bei der Internationalen Kunstausstellung IV. Konzessionierung mehrerer Lokalbahnen V. Wegen Herstellung eines ärarischen Postgebäudes neben dem Hauptzollamte in Wien	278
403	Wien 1. 7. 1882	I. Über die Regelung der Verhältnisse der galizischen Grundentlastungsfonds II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberingenieur der Staatseisenbahn-Gesellschaft Anton Feldbacher	283
404	Wien 10. 7. 1882	I. Wegen Einberufung des Landtages in der Bukowina für die ersten Tage des Monats August II. In Angelegenheit der Bestätigung der Wahl des Dr. Richard Bazzoni als Podestà in Triest III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Direktor des Zentraltaxamtes, Hofrat Georg Zimmermann	288
405	Wien 12. 7. 1882	I. Entwurf einer neuen Marktordnung für den Wiener Zentralviehmarkt zu St. Marx, nebst dem diesfalls mit der Länderbank abzuschließenden Übereinkommen II. Verleihung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Ministerialrat Ritter v. Schauenstein im Ackerbauministerium anlässlich seiner Pensionierung	290
406	Wien 19. 7. 1882	I. Antrag auf Nichtsanktionierung des vom Salzburger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Landesgesetzes vom 25. Oktober 1877, womit die §§ 6 und 7 des Landesgesetzes vom 17. Jänner 1870 zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes an den öffentlichen Volksschulen abgeändert wurden II. Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Dechant des Wyschehrader Kapitels, Johann Berkowetz	294
407	Wien 25. 7. 1882	I. In Angelegenheit der Marktordnung für den Wiener Viehzentralmarkt zu St. Marx, insbesondere wegen des mit der Länderbank abzuschließenden Übereinkommens wegen Errichtung und Haltung der Fleischkassa II. Regierungsvorlage für den Istrianer Landtag betreffend das Halten und Weiden von Ziegen III. Regierungsvorlage für den Istrianer Landtag über die Schonung des Wildes IV. Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an die Oberbergkommissäre Christian Mlady und Ludwig Jaroljmek V. In Betreff der Konzessionierung der Lokalbahn (mit elektrischem Betriebe) von Mödling nach Vorderbrühl, eventuell Hinterbrühl VI. In Betreff der Konzessionierung einer Lokalbahn von Wittmannsdorf nach Ebenfurth VII. Mitteilung über den Stand der Stadtbahnfrage VIII. Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an den Rechnungsrat Johann Winkler	296

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
408	Wien 31. 7. 1882	I. Einberufung der Landtage von Istrien, Galizien und Krain II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dr. Josef Wurzel in Jungbunzlau und für den Landesrechnungsdirektor Carl Bachmann in Prag III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dr. Franz Ladinser in Linz IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Gemeinderäte Matzenauer, Boschan und Streit, für den Magistratsrat Peyfuss und für den Polizeioberkommissär Mitteis in Wien V. Erwirkung des Freiherrnstandes für den Großgrundbesitzer Adolf Ritter v. Seidler VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes im niederösterreichischen Landtage betreffend Vertilgung von Unkräutern und Pilzträgern VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes im galizischen Landtage betreffend Einquartierungserleichterungen VIII. Urlaubsabwesenheit und Vertretung des Landesverteidigungsministers	303
409	Wien 17. 8. 1882	I. Erwirkung der Würde eines Geheimen Rates für den Bischof in Spalato, Marcus Calogerà II. Vorschlag wegen Besetzung des erledigten Bischofsstuhles von Parenzo-Pola III. Au. Dank der Stadtvertretung Reichenberg wegen des Neubaues für die Staatsgewerbeschule daselbst und au. Dank des Fürstbischofs von Breslau, Dr. Herzog, anlässlich der Installation in die hierländigen Bistumstemporalien IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Akademiedirektor Dr. Alwens in Graz V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Rechnungsrat Joseph Pizzala in Wien VI. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die griechisch-katholischen Pfarrer Nicolaus Lewicki und Zeno Ritter v. Korczak-Korytyński VII. Wegen Ernennung des außerordentlichen Professors an der böhmischen Technischen Hochschule in Prag, Dr. Johann Lambl, zum ordentlichen Professor VIII. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Leopoldordens für die Hofräte am Obersten Gerichtshofe, Dr. Johann Scholz und Alexander v. Achbaur	306
410	Wien 19. 8. 1882	I. Die Vorkommnisse in Triest und die zu ergreifenden Maßnahmen	310
411	Wien 19. 8. 1882	I. Über die Aufteilung der bis Ende 1867 erteilten Ärarialvorschüsse an Grundentlastungsfonds II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kontrollor der Staatsschuldenkassa, August Müller III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Gymnasialdirektor Schulrat Dr. Hermann Pick IV. Wegen Sanktionierung des vom steiermärkischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Maßregeln zur Hebung der Fischerei V. Wegen Nichtsanktionierung des vom Vorarlberger Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 2 des Landesgesetzes über die Teilbarkeit der Grundstücke VI. Wegen der Dienstübernahme des Finanzrates Schindler in das Ressort des Ackerbauministeriums VII. Regelung der Dotation des Linzer Bistums VIII. Frage der Ernennung der Hofsekretäre beim Verwaltungsgerichtshof IX. Regelung der Disziplinarbe-	315

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
		handlung der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes X. Frage der Ausscheidung der theologischen Fakultät der Universität Prag zu einer selbstständigen Anstalt XI. Wünsche der Alttschechen in Bezug auf die Prüfungsverordnung für die Prager Universität	
412	Wien 23. 8. 1882	I. Wegen Einberufung weiterer acht Landtage II. Wegen Nichtsanktionierung des vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die öffentliche Armenpflege in den Gemeinden III. Wegen Regelung der Bezüge des Universitätsprofessors Dr. Schipper IV. Bezüglich der Einbringung des Gesetzentwurfes über Einquartierungserleichterungen im galizischen Landtage V. Die Verhältnisse in Triest. Reise Sr. Majestät dahin. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für Wilhelm Räcke. Frage der Abhaltung eines internationalen Weinkongresses in Triest VI. Anwerbungsabsichten des ägyptischen Generals Della Sala	325
413	Wien 5. 9. 1882	I. Bezüglich der Weigerung des Vorarlberger Landtages, die Mittel für die Abhaltung der Lehrerkonferenzen zu bewilligen II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Dompropst in Capodistria, Franz Petronio	330
414	Wien 7. 9. 1882	I. Wegen der vom galizischen Landesausschusse beabsichtigten Einbringung eines Gesetzentwurfes im dortigen Landtage betreffend die Zuerkennung einer Virilstimme im Landtage an den Rektor der Technischen Hochschule in Lemberg II. Wegen Einbringung einer Regierungsvorlage im böhmischen Landtage betreffend die Zuerkennung einer Virilstimme im Landtage an den Rektor der böhmischen Universität III. Einbringung einer Regierungsvorlage im böhmischen Landtage wegen Abänderung der §§ 8 und 18 des Bezirksvertretungsgesetzes IV. Einbringung einer Regierungsvorlage im niederösterreichischen Landtage betreffend Anordnungen für den Bau der Theater V. Beantragung von Ah. Auszeichnungen für die Mitglieder der Jury der internationalen Kunstausstellung VI. In Angelegenheit der Ernennung der Bezirksschulinspektoren in Krain VII. Wegen Nichtsanktionierung des vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des § 3 des Landesgesetzes über die Anlegung der Grundbücher VIII. Über die Wahrnehmungen des Ministers Dr. Pražák in Prag in Angelegenheit der Verordnung für die Staatsprüfungen in Prag IX. Wegen Erlassung der Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Postsparkasse	332
415	Wien 9. 9. 1882	I. Frage der Erlassung einer Sprachenverordnung für Schlesien II. Wegen Ernennung des Leiters der Landesregierung in Schlesien, Hofrat Marquis de Bacquehem, zum Landespräsidenten in Schlesien III. Erwirkung der Geheimen Ratswürde für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Franz Smolka IV. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hofrat Franz Ritter v. Novák	342

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
416	Wien 14. 9. 1882	I. Erwirkung Ah. Auszeichnungen für politische Beamte anlässlich der Ereignisse in Dalmatien II. Frage der Sicherstellung der Bahnstrecke Stryj–Munkács III. In Angelegenheit des Fortbestandes deutscher Parallelklassen am Gymnasium in Wallachisch Meseritsch	348
417	Wien 26. 9. 1882	I. Wegen Staatsunterstützung für Tirol und Kärnten anlässlich der Überschwemmungen II. Über die Agitationen böhmischer Bezirksvertretungen gegen die Staatsprüfungsverordnung für Prag III. Bezüglich einer etwaigen Interpellation im schlesischen Landtage wegen einer Sprachenverordnung für Schlesien IV. Wegen Sanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Reichsratswahlordnung V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Staatsanwalt Fabbrović in Ragusa VI. Über das Memorandum Pobedonoszews in Sachen des Hochverratsprozesses gegen Hrabar und Genossen VII. Resultat der Beratungen über den gemeinsamen Voranschlag pro 1883 VIII. Über das Ansuchen des Vereines „Narodni dom“ in Laibach um Bewilligung einer Effektenlotterie IX. Resultat der gemeinsamen Beratungen über die Durchführungsvorschrift zur Wehrgesetznovelle X. Wegen der Beratung über einen Gesetzentwurf betreffend die ausnahmsweise Heranziehung der Ersatzreserve zur Dienstleistung im Frieden XI. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Bürgermeister Lipovatz in Cattaro und des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für Landtagsabgeordneten Elias Račeta XII. Wegen zeitwilliger Außerkraftsetzung der Getreidezölle an der Grenze Tirols gegen Italien XIII. Erwirkung Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für Telegrafendirektionssekretär Eberle in Zara und für den Reiseinspektor des Lloyd Bertoli	353
418	Wien 2. 10. 1882	I. Über die von der tschechischen Partei gewünschte Zusicherung hinsichtlich der Reform der Landtagswahlordnung für Böhmen II. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate betreffend Beitragsleistung des Staates zur Murregulierung III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Wilhelm Schirnhofer IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Landestierarzt Anton Langenbacher V. Wegen der Erwirkung des Titels und Charakters eines Sektionsrates für den Hofsekretär des Verwaltungsgerichtshofes, Moriz v. Kempelen VI. Über das Ansuchen des I. Niederösterreichischen Arbeiter-Consumvereines in Fünfhaus um Steuernachsicht VII. Über das Ansuchen der Beamten in Karlsbad um Versetzung dieser Stadt in die II. Klasse der Aktivitätszulagen VIII. Konvertierung der Prioritätsschuld der Elisabethbahn IX. Änderung des Pferdestellungsgesetzes	364
419	Wien 9. 10. 1882	I. Weiteres in Angelegenheit der von der tschechischen Partei im Prager Landtage beabsichtigten Interpellation wegen der Reform der Landtagswahlordnung für Böhmen II. Beantwortung der im schlesischen Landtage eingebrachten Interpellationen wegen	375

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
		Erlassung einer Sprachenverordnung für Schlesien. Frage der Fassung einer bezüglichen Verordnung des Justizministeriums III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Titular-Obertelegrafendirektor Anton Sponar v. Blinsdorf	
420	Wien 10. 10. 1882	I. Entwurf einer Verordnung des Justizministeriums über den Gebrauch der Sprachen im Gerichtsverkehre in Schlesien	377
421	Wien 10. 10. 1882	I. Frage der Konzessionierung der Eisenbahnlinie Klostergrab–Mulde als Lokalbahn II. Wegen Bestätigung der Wahl des Dr. Haase zum Superintendenten der mährisch-schlesischen Superintendenz	378
422	Wien 14. 10. 1882	I. Über die Frage der Konzedierung eines rückzahlbaren Staatsbeitrages in Modifikation der Landtagsvorlage über die Regelung der Verhältnisse des galizischen Grundentlastungsfonds II. Frage des Eingehens auf die Erwirkung von Ah. Auszeichnungen anlässlich der Ah. Reise Sr. Majestät nach Triest und der daselbst stattgehabten Gedenkfeier III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Dechant in Neukirchen, Franz Juvančič IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Professor an der theologischen Lehranstalt in Laibach, Dr. Leonhard Klofutar V. Erwirkung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberlandesgerichtspräsidenten Joseph Freiherrn v. Schenk in Lemberg VI. Aufstellung der Grenzregulierungskommission bezüglich des Sichelburger Distriktes und der Gemeinde Marienthal VII. Über die vom Ackerbauminister vorgenommene Bereisung Dalmatiens	381
423	Wien 21. 10. 1882	I. Erlass einer Verordnung hinsichtlich des Vorganges beim Zusammentreffen von Ärialabzügen mit Privatforderungen bei der Exekution auf die Bezüge eines Beamten II. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Franz Stähling III. Erwirkung des Sternes zum Komturkreuze des Franz-Joseph-Ordens für den Abt Leopold Wackařz IV. Erwirkung des Franz-Joseph-Ordens für den Subprior Pater Karl v. Attlmayr V. Verweigerung der Lehrerkonferenzkosten seitens des Vorarlberger Landtages VI. Einbringung einer Regierungsvorlage im Reichsrate wegen Abänderung des Anhanges der Reichsratswahlordnung betreffend Wahlbezirke der Landgemeinden in Galizien anlässlich der Errichtung des Bezirksgerichtes Czarny-Dunajec VII. Frage der Berechnung der Dauer einer Landtagsperiode anlässlich des Krainer Landtages. Frage der Auflösung des Krainer Landtages VIII. Frage der Einberufung der Landtage von Triest und Dalmatien IX. Frage der Stellung eines Amnestieantrages für im Auslande befindliche Stellungsflüchtige X. Schließung des böhmischen Landtages XI. Promemoria des Ackerbauministers über die in Dalmatien bezüglich der anderen Ressorts gewonnen Eindrücke	388

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
424	Wien 23. 10. 1882	I. Bezüglich der verfügten Auflösung der Handelskammer in Spalato. Fortführung der laufenden Geschäfte der Kammer durch das Präsidium derselben II. In Angelegenheit der Abhaltung der naturhistorischen Vorprüfungen der Mediziner vor den Professoren der böhmischen philosophischen Fakultät in Prag	399
425	Wien 28. 10. 1882	I. Staatsvoranschlag für 1883. Erörterung über Abstriche und Ersparungen in den Ressorts II. Über einen au. Vortrag des Ministers für Kultus und Unterricht wegen Errichtung, Erweiterung und Subvention von Mittelschulen III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Finanzrat Joseph Topitsch IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes im Reichsrate wegen Gebührenbefreiung für die Verhandlungen der Kirchen- und Pfarrergiebigkeiten in Krain V. Verordnung behufs Durchführung der Bestimmungen der Wahlgesetznovelle über die Beschränkung der Auswanderung durch die Wehrpflicht	402
426	Wien 29. 10. 1882	I. Weitere Maßnahmen der Regierung anlässlich der Unglücksfälle in Tirol	411
427	Wien 29. 10. 1882	I. Die Verhältnisse in Prag; Vorkommnisse im Landtage; Durchführung der Anordnungen bezüglich der Universität; Frage der Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät	415
428	Wien 31. 10. 1882	I. Wegen Einbringung des Staatsvoranschlages und Finanzgesetzentwurfes pro 1883 II. Auszeichnungsanträge anlässlich der Jubiläumsfeier in Triest und anlässlich der Ah. Reise Sr. Majestät durch das Küstenland und Kärnten III. Frage der Justifizierung Oberdanks im Falle der Fällung des Todesurteiles über denselben	419
429	Wien 3. 11. 1882	I. Vorschlag wegen Ernennung des Bezirkshauptmannes Dr. Franz Lautner zum Regierungsrate und Polizeidirektor in Graz II. Erwirkung von Ah. Ordensauszeichnungen für den kgl. preußischen geheimen Oberjustizrat Starke und für den großherzoglich badischen Geheimrat Ekert III. Wegen Einbringung einer Kreditforderung behufs Vermehrung der Gendarmerie in Galizien und Böhmen IV. Über den ungarischen Gesetzentwurf betreffend die Einteilung ungarischer Truppenabteilungen in neu zu formierende österreichische Regimenter	430
430	Wien 3. 11. 1882	I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Stellung und den Wirkungskreis des Staatsrechnungshofes	434
431	Wien 4. 11. 1882	I. Frage der Hilfeleistung für Tirol II. Das Promemoria des Ackerbauministers über Dalmatien III. Die Verhältnisse in Istrien (Steuerrückstände). Die Klagen der Flitscher wegen der Hausierbeschränkungen IV. Frage der eventuellen Vollziehung des Todesurteiles an Oberdank V. Staatsvoranschlag für das Jahr 1883 VI. Arbeitsprogramm für die nächste Reichsratssession	438
432	Wien 9. 11. 1882	I. Die Ausschreitungen durch Zusammenrottungen am Neubau in Wien II. Vereinbarungen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den bayerischen Bahninspektor Johann Pleninger IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Baurat Franz	452

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
		Hrubesch V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Anton Ritter v. Niebauer VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Anton Ritter v. Rinaldini VII. Wegen Sanktionierung des galizischen Landesgesetzentwurfes betreffend die Hebung der Fischerei und des Istrianer Landesgesetzentwurfes betreffend die Wildschonung VIII. Wegen Nichtsanktionierung des vom Istrianer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung eines Landeskulturrates IX. Entscheidungen des Reichsgerichtes betreffend die Errichtung eines böhmischen Privatgymnasiums in Troppau durch den Verein „Matice Opavská“ und betreffend den Religionsunterricht in den slawischen Gemeinden Unterthemenau und Bischofswerth X. Wegen Ersparungen im Unterrichtsetat	
433	Wien 15. 11. 1882	I. Ah. Genehmigung der Auszeichnungsanträge für das Küstenland und für Kärnten II. Frage der Gestaltung des Verhältnisses der okkupierten Provinzen nach deren Annexion III. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Franz Rumler v. Aichenwehr IV. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Dompropst Franz Sortschitsch V. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Gebührenerleichterungen bei Konvertierung von Eisenbahn-Prioritätsobligationen VI. Einbringungen eines Nachtragskredites des Finanzministeriums für das Jahr 1882 VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Dr. Anton Meznik VIII. Erwirkung der Ah. Genehmigung, dass Sektionschef v. Czedik Verwaltungsrat der Elisabethbahn bleiben dürfe IX. Einbringung einer Vorlage betreffend Verlängerung des Lokaleisenbahnen-Gesetzes X. Über die internationale Konvention betreffend das Eisenbahn-Transportrecht XI. Verordnung über die zollfreie Einfuhr von Getreide nach Tirol	460
434	Wien 18. 11. 1882	I. Einberufung des Reichsrates II. Neuerliche Antragsstellung wegen Besetzung des Polizeidirektorspostens in Graz III. In Angelegenheit der Konvention über internationales Eisenbahntransportrecht IV. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Einbeziehung von Liegenschaften in das fürstlich Thurn-und-Taxis'sche Haus- und Stammvermögen V. Zum Gesetzentwurfe über den Staatsrechnungshof. Anregung einer Übergangsbestimmung VI. Einbringung des Entwurfes einer Landwehrnovelle	468
435	Wien 23. 11. 1882	I. Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung eines Finanzprovisoriums für das erste Quartal 1883 II. Wegen Sanktionierung des vom mährischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend Einquartierungserleichterungen III. Bestreitung der wegen der Gendarmerievermehrung in Dalmatien erforderlichen Mehrauslagen für Gendarmeriebequartierung IV. Frage der Einberufung der Landtage von Dalmatien und von Triest V. Die Wünsche bezüglich der weiteren Hilfsaktion für Tirol	477

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
436	Wien 23. 11. 1882	I. Haltung gegenüber dem Ausschussantrage einer Gewerbegesetznovelle II. Enquête über Invaliditätsversorgung	480
437	Wien 25. 11. 1882	I. Hilfsaktion für Tirol. Instruktion für den Statthalter II. Die vom niederösterreichischen Landtage beschlossene Loyalitätskundgebung anlässlich der Feier der 600-jährigen Herrschaft der Ah. Dynastie III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Lloyd-Agenten Pius Terenzio und für den Lloyd-Kapitän Johann Verona IV. Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung der Rekrutenkontingente V. Einbringung eines Nachtragskredites für den Bau der Arlbergbahn pro 1882 VI. Rechtfertigung gegenüber dem Reichsrate der Verfügung der Einstellung der Geschwornengerichte im Kreisgerichtssprengel Cattaro VII. Au. Danksagungen für Ah. Auszeichnungen des Abtes Leopold Wakarz und des Dr. Carl Herrmann VIII. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Einbringung des Schulgeldes IX. Wegen Sanktionierung des vom kärntnerischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Erhöhung der Gehalte der Bürgerschullehrer X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für Maler Eduard Charlemont	487
437a	Wien 25. 11. 1882	Beiblatt zu Ministerrat, Wien, 25. November 1882	494
438	Wien 29. 11. 1882	I. Über die vom Ministerpräsidenten in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses beabsichtigten Mitteilungen über den Notstand in Tirol II. Verlängerung der Ausnahmsgerichtsbarkeit für Dalmatien. Einbringung eines bezüglichen Gesetzentwurfes III. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Statthaltereirat Klimesch IV. Wegen Sanktionierung der vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzentwürfe betreffend die Basis der Volksschulumlagen auf die direkten Steuern V. Wegen Nichtsanktionierung des vom Istrianer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend das Halten und Weiden von Ziegen. Einbringung eines bezüglichen neuen Entwurfes VI. Betreffend die Vorsorge für die Bedeckung der Nachtragsforderung zu dem gemeinsamen Aufwande für das Jahr 1880	495
439	Wien 29. 11. 1882 30. 11. 1882	I. Einbringung der Gesetzentwürfe über Erwerbsteuer, Aktiensteuer, Rentensteuer und Personaleinkommensteuer	498
440	Wien 4. 12. 1882	I. Mitteilung an das Abgeordnetenhaus über die Überschwemmungskalamitäten in Tirol und Kärnten II. Das Benehmen der niederösterreichischen Landesschulbehörde gegenüber der Entscheidung des Unterrichtsministeriums bezüglich der Errichtung einer böhmischen Privatschule in Wien III. Gesichtspunkte für einen Entwurf über die Haftpflicht bei Unfällen in gewerblichen Unternehmungen	509

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
441	Wien 12. 12. 1882	I. Verordnung zur Regelung des kleinen Veredlungsverkehres mit dem deutschen Zollgebiete II. Wegen Konzessionierung der Lokalbahnlinie Klostergrab–Mulde III. Wegen Konzessionierung der Lokalbahnlinie von Segen Gottes nach Okřižko IV. Gesetzesvorlagen über die für Kärnten und Tirol aus Staatsmitteln zu gewährenden Hilfen	514
442	Wien 13. 12. 1882	I. Erwirkung von Ah. Ordensauszeichnungen anlässlich der Beendigung der Grundsteuer-Regulierungsangelegenheit II. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Kassendirektor Ignaz Jürschik III. Erwirkung des Adels für den Privaten Vincenz Morawitz IV. Nichteinberufung des Triester Landtages V. Wegen der vom Minister des Äußern beabsichtigten Erwirkung einer Ah. Auszeichnung für den Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten Ritter v. Keller VI. Einbringung eines Gesetzentwurfes über Arbeitszeit und Sonntagsruhe bei Bergarbeitern VII. Einbringung eines Gesetzentwurfes wegen Staatsbeitrag für die Etschregulierung von Gmund bis Masetto VIII. Einbringung eines Aktiengesetzentwurfes IX. Erklärung des Landesverteidigungsministers anlässlich der bei der Ausschussverhandlung über die Rekrutenkontingentsvorlage zur Sprache gebrachten Armeereorganisation X. Wegen Sanktionierung des vom böhmischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes über Einquartierungserleichterungen	518
443	Wien 19. 12. 1882	I. Verhandlungen mit den Führern der böhmischen Partei über die Frage der Auflösung des Landtages von Böhmen und über die Errichtung der böhmischen medizinischen Fakultät in Prag II. In Angelegenheit der Aufforderung zur Vornahme von Neuwahlen für den niederösterreichischen Landesschulrat III. Über die Rechtfertigung des Statthalters in Niederösterreich in Angelegenheit des Vorganges des niederösterreichischen Landesschulrates gegenüber der Entscheidung über die Errichtung einer böhmischen Privatschule im X. Bezirke Wiens IV. Wegen Nichtsanktionierung des vom Krainer Landtage beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Heranziehung der Eisenbahnunternehmungen zur Normalschulfonds-Landesumlage V. Erwirkung der Ah. Genehmigung für die vom Krainer Landtage pro 1883 beschlossene Einhebung der Normalschulfonds-Landesumlage VI. Erwirkung der Ah. Sanktion für den vom galizischen Landtage beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Änderung der Umlagsperzente für die Aufbringung der Schulerfordernisse VII. Erwirkung des Adels für den Universitätsprofessor Dr. Johann Pazdiera VIII. Au. Dank des sub auspiciis Imperatoris zum Doktor der Rechte promovierten Hermann Mayr IX. In Angelegenheit der Volksschulgesetznovelle. Haltung der Bischöfe im Herrenhause. Änderung der Regierungsproposition X. Wegen Konzessionierung einer Lokalbahn	526

Nr.	Ort/Datum	Gegenstand	Seite
		von Bistritz nach Wallachisch Meseritsch XI. Verordnung über den Appreturverkehr XII. Erwirkung des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Oberbaurat Julius Lott XIII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Bezirksrichter Albin Turzański XIV. Verordnung über die Ausdehnung der Ausnahmsgerichtsbarkeit in Dalmatien XV. Sanktionierung des Finanzprovisoriums	
444	Wien 22. 12. 1882	I. Erwirkung des Komturkreuzes des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne für den Landeshauptmann in Tirol Dr. Ritter v. Rapp und des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse für den Landesausschussbeisitzer Dr. Friedrich Graf II. Über weitere Auszeichnungsanträge für Tirol aus Anlass der Katastrophe III. Erwirkung je des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für die Ministerialsekretäre Sagasser und Fischbach IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Hilfsämter-Direktionsadjunkten Altmann V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Hofrat Eduard Verida VI. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Oberinspektor Moriz Pfeiffer VII. Erwirkung von Ah. Auszeichnungen aus Anlass der Ausstellungen in Sidney und Melbourne VIII. Bezüglich der Schulgesetznovelle im Herrenhause	537
445	Wien 28. 12. 1882	I. Frage der Einberufung des kärntnerischen Landtages aus Anlass der Hilfsaktion wegen der Überschwemmungskalamität II. Wegen Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfes betreffend eine Bauordnung für Triest III. Frage der Ernennung von Herrenhausmitgliedern IV. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Titularhofrat Hermann Loebl V. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Staatsanwaltsubstituten Dr. Anton Schneider-Swoboda VI. Wegen Ernennung des Fürsten Adolf Schwarzenberg zum Präsidenten des Beirates des Postsparkassenamtes VII. Erwirkung des Ritterkreuzes des Leopoldordens für den Ministerialrat Karl Peyrer VIII. Au. Huldigung der Hochschule für Bodenkultur anlässlich des Jubiläums des Ah. Kaiserhauses IX. Erwirkung der Geheimen Ratswürde für den Fürsterzbischof Eder X. Erwirkung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens für den Advokaten Dr. Heinrich v. Billing XI. Wegen Unterstellung der griechisch-orientalischen Kirchengemeinden in Wien unter die Metropolie Czernowitz	541

REGISTER

Unterschiedliche Schreibweisen der Ortsnamen in den Protokollen wurden vereinheitlicht. Im Register sind in Klammern alle Schreibungen in den Originalprotokollen und die heutige Namensform beigefügt, sofern diese von der historischen amtlichen abweicht. Die Schreibung der Personennamen folgt den Staatshandbüchern und den Militärschematismen. Die Schlagworte jener Sitzungen und Tagesordnungspunkte, deren Protokolle nicht erhalten sind, wurden in das Register nicht aufgenommen. Die Anmerkungsziffer findet im Registereintrag keine Berücksichtigung. Es wird auf die Suchfunktion in der gleichzeitig erscheinenden digitalen Edition verwiesen.

Abdülhamid II., Sultan des Osmanischen Reiches
– Bosnien-Herzegowina 462
Abgaben *siehe* Steuerwesen
Abgeordnetenhaus
– Aktiengesetzausschuss 525
– Alttschechen (Národní strana, Nationalpartei) XIII, XXXVI f., CXV, 122, 324, 340, 355, 528
– Anleihen, nichtstaatliche 464
– Approvisionierung 291
– Arbeiterkammern 487
– Ausschuss über die Zivilprozessordnung 180
– Außenhandel LXVIII, 161, 178, 212
– Ausstellungen 171 f., 220
– Auszeichnungen 347, 465
– Banken 188, 213, 220
– Bergwesen 208 f., 212
– Besitzverhältnisse 168, 207, 410, 473
– Bewaffnete Macht, gesamte CI, 477
– Dualismus CVI
– Eigentum, öffentliches 163, 207
– Einberufungen 541
– Eisenbahnausschuss LXXV ff., 178, 220
– Eisenbahnlinien 192, 203, 300, 492
– Eisenbahnwesen LXXII, LXXVI f., 178 f., 220, 466
– Ernennungen 232, 319, 545
– Finanzausschuss 432
– Finanzpolitik XVIII, LXXXIII, LXXXV f., 286, 449, 478, 495, 509, 518, 536
– Finanzwesen 203 f., 217, 235
– Fortschrittsklub XIII
– Genderfragen XLIV
– Gewerbe, produzierendes 521
– Gewerbeordnung LXI, CXXXV f.
– Gewerberecht LIII, LV ff., 480 ff., 487
– Hohenwart-Klub XIII–XVI, XXXIII, LXXVI, XCVI, CXVI
– Jungtschechen (Národní strana svobodomyslná, Freisinnige Nationalpartei) XIII, XXXVI, CXV, 324 f., 528
– Justizausschuss 180
– Justizwesen LXIV, 184, 492, 536
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVIII, 495, 509, 518, 521, 541
– Kirche, römisch-katholische LII, 268, 318, 533
– Klub der Liberalen XIII
– Klub, böhmischer XIII, XV, XXIII, XXX, XXXIV, XXXVII, XCVI, CXVI, 317, 527 ff.
– Kommassationsausschuss 168
– Kurie der Landgemeinden XXII
– Kurie der Städte XVI, XXII f.
– Landwirtschaft LVIII, LXIII f., 213, 291
– Landwirtschaftlicher Ausschuss 246
– Lebenslauf, Minister XVI, XVIII
– Liechtenstein'scher Klub LXXVI, 220
– Militär XCVI ff., C ff., 163, 179, 184, 188 f., 194, 209 f., 360 f., 491, 525 f., 536
– Ministerrat 233
– Nationalitätenfrage XXX, XXXIX
– Notverordnungen CXVIII
– Personalpolitik 319
– Polenklub XIII, XV ff., XXXIII, L, LXXI, XCVI, CXVI, 193 f., 205, 345
– Privatrecht 180, 235
– Rechnungskontrolle CXXXII, 435, 473
– Regierung Adolph Auersperg XI, XX

– Regierung Taaffe (1879–1893) XII f., XV, XIX f., XXII, CXIV, CXVI, CXXXIV ff.
– Regierungsbildung, Versuch XII f.
– Revolution, Aufstand CXVIII, 184, 186, 193 f., 211, 492, 536
– Schifffahrt LXXXI, 365
– Soziale Lage 443
– Sozialpolitik LIII, LV, LVII, LXI f., 487, 507 f., 521
– Sprachenfrage 214
– Sprachenpolitik XXX, XXXIII f.
– Staatsbahnsystem CXXXVI
– Staatseigentum, öffentliches 282 f.
– Steuerausschuss LXXXIII, 508
– Steuerwesen LXXXIII, LXXXV f., 164, 212, 499, 501, 507 f.
– Tschechen XX
– Universitäten, Hochschulen XXXIV, 214
– Unruhe, Streik CXIV, CXVI, CXXV, 125
– Unterrichtswesen 167, 510
– Vereinigte Deutsche Linke 381
– Verfassungspartei CXIV, 111, 114 f.
– Verkehrswesen XVIII, 172
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVI
– Verwaltungsgerichtshof 319
– Volksschulen XLIII f., XLVI, 178, 510, 533
– Wahlen XIII, CXXV
– Wahlreform XXII, 243 f.
– Wehrausschuss CI f., 188 f., 210, 525
– Wirtschaftsunternehmen 522, 525
– Wucher LX f.
– Zolltarifausschuss LXVIII, 161
– Zollwesen 464 f.
– Zusammensetzung XIII
Achbaur, Alexander Edler v.
– Auszeichnungen 309 f.
Achenbach, Andreas
– Auszeichnungen 279
Ackerbauministerium
– Adel 428
– Approvisionierung 293, 297
– Auszeichnungen 258, 293, 428, 457, 548
– Bergwesen 209
– Eigentum, öffentliches 207
– Ernennungen 317
– Finanzpolitik LXXXIX, XCIII, 448
– Landwirtschaft 293, 298
– Lebenslauf, Minister XVI
– Personalpolitik 317
– Revolution, Aufstand 388
– Sozialpolitik LXII, 514
Adel
– Verleihung 166, 172, 219, 234, 304 f., 421, 423 ff., 427, 519, 533, 540
Afrika
– Finanzpolitik 405
Agram *siehe* Zagreb
Ägypten
– Auszeichnungen 456, 491
– Gendarmerie, europäische 329 f.
Albanien
– Revolution, Aufstand 223, 228
Alber v. Glanstätten, August Ritter
– Auszeichnungen 421, 425
Albori, Johann
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Albrecht I., römisch-deutscher König
– Feierlichkeiten 490
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
Albrecht, Erzherzog von Österreich
– Sprachenpolitik 344
Alesani, Hieronymus Freiherr v.
– Einberufungen 288 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 197 f., 248
– Personalpolitik XXVII
Alexander II., Zar von Russland
– Attentat CXXVI
Alexandria
– Ägypten 330
– Finanzpolitik 404
Alter, Vincenz
– Auszeichnungen 247
Altmann, Franz
– Auszeichnungen 539
Alwens, Friedrich
– Auszeichnungen 308
Amoroso, Andreas
– Auszeichnungen 422
Andrássy v. Csik-Szent-Király und Krasznа-Horka, Gyula (d. Ä.) Graf
– Besitzverhältnisse 472
– Bosnien-Herzegowina CV
– Eigentum, öffentliches 163
– Eisenbahnwesen 240
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV
Angeli, Heinrich v.
– Auszeichnungen 336

Angelics, German
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 549
Anleihen, nichtstaatliche
– Eisenbahnlinien 464
– Stempel, Gebühren LIX
Annexion
– Bosnien-Herzegowina CVII f.
Antivari (Bar)
– Schifffahrt LXXX
Antwerpen
– Ausstellungen 337
– Auszeichnungen 337
Approvisionierung
– Fleischversorgung 291, 293, 297 f.
Arbeiterkammern
– Gewerberecht 486
Arbeitervertretungen
– Schuhmachergewerkschaft, Neubau CXXV, 452
Archive
– Allgemeines Verwaltungsarchiv (Wien) CXXXVII
Arlberg
– Eisenbahnlinien 267
Armee
– Lebenslauf, Minister XIX
– Verkehrswesen XIX
Arneth, Alfred Ritter v.
– Volksschulen XLV
Astolfi, Raphael
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Attentat
– 500-Jahrfeier Habsburger Herrschaft in Triest CXXI f., CXXXIII, 310, 314, 328 f.
– Auszeichnungen CXXIII f., 329, 384, 386, 420, 428, 461
– Gemeindetat (Landtat), Triest CXXIV
– Hinrichtungen CXXII f., CXXXIII, 428, 430, 443, 445
– Märtyrer CXXIV
– Nationalitätenfrage CXII, CXXI, CXXIV
– Russland CXXVI
– Statthalter Küstenland CXXIII
Attlmayr, Carl v.
– Auszeichnungen 391
Auersperg, Adolph Fürst zu
– Auszeichnungen 233
– Ernennungen 120, 319 f.
– Finanzpolitik XCIII
– Personalpolitik XXV, XXVII
– Regierung Stremayr XIII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII
– Sprachenpolitik XXIX
– Unruhe, Streik 120
Auersperg, Carl (Carlos) Fürst v.
– Ernennungen XX
– Landtag, Böhmen XXXIX, 334
– Regierung Taaffe (1879–1893) XX, XXVIII
– Schließungen XXXIX, 398, 415 ff.
Auflösungen
– Gemeinderat Wien 110
– Handels- und Gewerbekammer, Spalato 399, 401
– Landtag, Böhmen 527
Ausgleich, österreichisch-ungarischer *siehe auch* Ausgleich, wirtschaftlicher; Dualismus
– Kirche, griechisch orthodoxe (griechisch nicht unierte) L f., LIII
Ausgleich, wirtschaftlicher *siehe auch* Ausgleich, österreichisch-ungarischer; Dualismus
– Ausgleich 1878 XI
– Außenhandel LXVIII
– Bosnien-Herzegowina CVIII
– Getreideaufschlag, Tiroler 467, 488
– Petroleumsteuer XII
– Schifffahrt LXXXI
– Zollpolitik LXV, LXVIII
Außenhandel
– Beziehungen, internationale LXVIII
– Bosnien-Herzegowina CVIII
– Erdöl, Petroleum 212
– Freihandelspolitik LXV
– Handelsvertrag, Deutsches Reich LXV f., 167
– Handelsverträge LXVII
– Importregulierung LXVII f.
– Schutzzollpolitik LXV, LXVII
– Zolltarif LXVII, 161, 178
Außenpolitik
– Kirchenpolitik XLIX, L
Ausstellungen
– Elektrizitätsausstellung 1882, München 171
– Elektrizitätsausstellung 1883, Wien 158, 172
– Gewerbeausstellung 1882, Triest LXXXIX ff., CXXI, 169, 171, 219, 310, 312, 384, 403, 425, 429
– Kunstausstellung im Künstlerhaus, I. Internationale 279 f., 336 f.

– Privilegienschutz 158, 171
– Vorschuss 169, 171, 219
– Weinkongress, Triest 313, 329
– Weltausstellung 1873, Wien 171
– Weltausstellung 1878, Paris 244
– Weltausstellung 1879/80, Sidney 540
– Weltausstellung 1880/81, Melbourne 540
– Weltausstellungskommission 540
Auswanderung
– Naturkatastrophen 414, 440
Auszeichnungen
– Ah. Anerkennungen 540
– Attentat 314, 384, 386, 420, 428, 461
– Eiserne Krone Orden XXV, 123, 160, 173 f., 193, 219, 234, 247, 255 ff., 261, 290, 304, 329, 332, 336 f., 348 f., 366, 377, 391, 421 f., 424 ff., 428, 464, 497, 520, 536 ff., 540
– Franz-Joseph-Orden CVI, 166, 168, 173 f., 185, 193, 206, 218 f., 234, 247, 251, 254 f., 258, 261, 278 ff., 288, 293 f., 296, 299, 302 ff., 308, 316, 336 f., 347 ff., 356, 363, 366, 386, 391, 410, 421–428, 431, 456 f., 491, 494, 519 f., 536–541, 548 f.
– geheimer Rat 123, 307, 347, 548
– Genderfragen CXXVIII
– Grundsteuerregulierung 247, 519
– Kaiserreisen 384, 386, 420, 428, 461
– Kärnten CXXIV
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) L
– Küstenland CXXIII f.
– Leopoldorden 183, 234, 247, 254, 278, 290, 310, 348, 422, 457, 463, 465, 519, 539, 547 f.
– Leopoldordens, Prälat des 234
– Revolution, Aufstand 363
– Sternkreuzorden CXXVIII
– Sub auspiciis Imperatoris 492 f., 533
– Titel und Charakter 233, 251, 267 f., 366
– Überschwemmungen CXXVIII, 537, 539
– Verdienstkreuze CXXVIII, 349, 423 f., 427 f., 461, 491, 540 f.
– Weltausstellung 1879/80, Sidney 540
– Weltausstellung 1880/81, Melbourne 540

Bach, Alexander Freiherr v.
– Finanzpolitik 286
Bachmann, Carl
– Auszeichnungen 303
Backofen an der Iser (Bakov nad Jizerou)
– Eisenbahnlinien 202
Bacquehem, Oliver Marquis de
– Ernennungen 119 f., 182, 346
– Kirche, evangelische 380 f.
– Personalpolitik XXV ff.
– Sprachenpolitik XXXI, 343–346, 356, 376
– Staatsbedienstete CVI f.
– Unruhe, Streik 119 f.
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVI f.
Badeni, Kasimir Graf
– Auszeichnungen 547
– Sprachenpolitik XXXI
Baecher, Wilhelm
– Volksschulen 510
Bahse, Moritz Ferdinand
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Bainsizza San Lorenzo (Bate)
– Gemeindewesen 242
Bakov nad Jizerou *siehe* Backofen an der Iser
Bale *siehe* Valle
Banken *siehe auch* Oesterreichisch-ungarische Bank
– Allgemeine Sparkassa und Leihanstalt, Linz 304
– Anglo-Österreichische Bank 304
– Bankhaus S. M. von Rothschild 247
– Errichtungen 187 f.
– Erste Österreichische Sparkasse 283
– Gründungen LIII, LXV
– Länderbank, Österreichische LXIV f., 174, 203, 291 ff., 297 f.
– Landesbank, Galizische 187
– Postsparkasse, Österreichische LXV, 219, 341, 548
– Société de l'Union générale LXV, 291
– Unionbank 174
– Wiener Bank-Verein 268
– Zinsen 213
Bar *siehe* Antivari
Barták, Josef
– Unruhe, Streik CXVI
Barth Edler v. Wehrenalp, Burghard
– Adel 166
Bate *siehe* Bainsizza San Lorenzo
Bauer, Franz
– Kirche, römisch-katholische 165, 175 ff.
Bauer, Joseph
– Volksschulen 510

Baumgartner, Andreas
– Finanzwesen 216
Bauten
– Justizgebäude, Prag 340
– Revolution, Aufstand 156, 158
– Sicherheitswesen 157 f.
– Theater, allgemein 336
Bauwesen
– Bauordnung 242, 544
– Stadtbauamt, Wien LXXIX, 301 f.
Bazzoni, Richard
– Attentat CXXI f., 313, 328 f.
– Auszeichnungen 421
– Einberufungen 479, 520
– Kaiserreisen 313
– Wahlen CXXI, 289 f.
Beamte *siehe* Staatsbedienstete
Becker, Carl
– Auszeichnungen 337
Bekenntnis, ohne
– Kindererziehung LI, 174
– Taufe LI, 174
Belcredi, Richard Graf v.
– Auszeichnungen 251, 366
– Disziplinarordnung CXXXI
– Ernennungen CXXX, 319, 321
– Verwaltungsgerichtshof 322 f.
– Volksschulen 534
Belgien
– Ausstellungen 279
– Auszeichnungen 279
Belrupt-Tissac, Carl Graf
– Auszeichnungen 247
Bembo, Thomas
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Bendella, Theophil
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L, 550
Bergwesen
– Arbeitszeitregulierung CXXXV, 520 f.
– Bergbehörde 208 f.
– Bergpolizei 209
– Bosnien-Herzegowina CVI
– Erdöl, Petroleum LXXXVI f., 207, 209, 212
– Kohlenwerk, Herrndorf 203
– Schacht, Döllinger 299
Berkowetz, Johann
– Auszeichnungen 296
Berlin
– Ausstellungen 280, 337
– Auszeichnungen 280, 337
Bern
– Eisenbahnwesen LXXIX f., 466, 470
Bersa Edler v. Leidenthal, Johann
– Revolution, Aufstand 252 f., 441
Bertoli, Jacob
– Auszeichnungen 363
Besitzverhältnisse
– Besitzänderungen 168
– Fideikommiss 206 f., 470, 473
– Grundentlastung 410
– Stempel, Gebühren 410
Beust, Friedrich Ferdinand Graf v.
– Vertrag, internationaler 244
Bewaffnete Macht, gesamte *siehe auch* Militär
– Armeekorps C
– Bewaffnete Macht, allgemein LXXXI f., 161
– Feldvikariat, apostolisches 162
– Festungsrayons 451
– Garnisonsspital Nr. 1, Wien 358
– Generalkommando, Prag CXII, 112, 119
– Generalkommando, Wien 207
– Heer, gemeinsames XCVI, XCVIII f., CII, 264, 266, 358, 361 f., 432, 474 ff., 511
– Infanterie XCIX, 266, 432, 434
– Kavallerie 161
– Kriegsmarine XCVI, CII, 264, 358 f.
– Landsturm, k. k. CI f., CIV, 451, 474 f.
– Landwehr (Honvéd), kgl. ung. 361 f.
– Landwehr, k. k. XCVII f., CII ff., CXX, 224 f., 408, 451 f., 474, 476 f.
– Landwehrkavallerie 474, 476
– Sanitätstruppe XCIX
– Telegrafenbüro des Generalstabes 162
Bewegungen, politische
– Deutschliberale XI–XV, XVIII f., XXIII, XXXIX, LIII, CXIV ff., CXXXVI f., 121, 484
– Sozialdemokratie CXXV
Bezirksgenossenschaften
– Landwirtschaft LX
Bezirksgerichte
– allgemein LXIV
– Czarny-Dunajec 391
– Flitsch 442 f.
– Stein XXXII, 159
Bezirkshauptmannschaften
– Cattaro CXVII f., 184 ff., 222 f., 536

– Graz 430
– Hernals 453
– Königliche Weinberge 355
– Metković CXVIII, 184, 186, 536
– Ragusa CXVIII, 184, 186, 348, 536
– Sechshaus 368, 453
– Troppau 344
Bezirksvertretungen
– Bezirksausschuss, Raudnitz 355
– Budweis 247
– Königliche Weinberge 355
– Raudnitz 355
Bibus, Peter
– Auszeichnungen 261, 263
Bielitz (Bielsko, heute Teil von Bielsko-Biała)
– Sprachenpolitik 346
Bielsko *siehe* Bielitz
Bildungseinrichtungen
– Akademie der Wissenschaften, Krakau 333
– Orientalische Akademie 520
Bildungswesen
– Lehrerbildungsanstalt, Klagenfurt 494
– Lehrerbildungsanstalten, allgemein LXXXVIII
– Lehrerkonferenz 330 f.
– Normalschulfonds 330 f., 532
Billing v. Gemmen, Heinrich Edler
– Auszeichnungen 549
Bischofswart (Hlohovec)
– Schulen, höhere 459
– Unterrichtswesen 459
Bisenz (Bzenec)
– Eisenbahnlinien 282
Bismarck, Fürst Otto v.
– Gewerberecht LIV
– Kirche, römisch-katholische LIII
Bistritz am Holstein (Bystřice pod Hostýnem)
– Eisenbahnlinien 534
Bizzaro, Paul Anton v.
– Auszeichnungen 422, 426
Blažek, Gabriel
– Landtag, Böhmen 334
Blažewicz, Theokist
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L
Blumfeld, Ferdinand Edler v.
– Auszeichnungen 258
Bocche di Cattaro (Bucht von Kotor)
– Revolution, Aufstand CXX
Boeckmann, Adolph Ritter v.
– Auszeichnungen 423
Bögl, Franz
– Auszeichnungen 428
Böhmen
– Abgeordnetenhaus XX, 243
– Ackerbauministerium 317
– Auflösungen 527
– Auszeichnungen L
– Bauten 341
– Besitzverhältnisse 470
– Einberufungen 175
– Eisenbahnwesen LXXVIII
– Ernennungen 117, 182, 317
– Finanzpolitik LXXXVIII, XCIII, 407, 413 f., 517
– Katastrophen, Unglücksfälle 413 f., 517
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) L
– Landwirtschaft LX, 305
– Lebenslauf, Minister XIX
– Militär 328, 478, 526
– Nationalitätenfrage XXXIX, L
– Personalpolitik 317
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIII, XX, XXII, XXVIII, CXII, CXXXIV, 527
– Regierungsbildung, Versuch XIII
– Schließungen 398, 415
– Schulen, höhere 409
– Sicherheitswesen 431 f.
– Sprachenfrage XXXVII, 275, 341, 355
– Sprachenpolitik XXX, XXXIV, XL, 342, 345
– Universitäten, Hochschulen XXXVII, 275
– Unruhe, Streik 114, 117, 125
– Unterrichtspolitik XCIII
– Unterrichtswesen XL
– Verkehrswesen XIX
– Verwaltung, politische 335, 355
– Volksschulen XLIV
– Wahlreform XXII, 364, 375, 527
Bolmarčić, Johann Quirin
– Kirche, römisch-katholische 307
Bondy, Gottlieb
– Auszeichnungen 218 f.
Bonnat, Léon
– Auszeichnungen 337
Borrosch, Alois
– Finanzpolitik 286

Boschan, Georg
– Auszeichnungen 304
Bosnien-Herzegowina
– Adel 424
– Annexion CVII, 461, 463
– Ausgleich, wirtschaftlicher CVIII f.
– Außenhandel LXVII, 178
– Auswanderung 415, 440
– Auszeichnungen 260, 299, 347, 424
– Bauten 156 f.
– Bergwesen CVI, 209
– Bosnien-Herzegowina XXVI, CIV ff., CX f., 182, 347, 440, 442, 461 ff.
– Dualismus CV f., CVIII f.
– Einwanderung 415, 440
– Eisenbahnwesen LXXX, CX
– Finanzpolitik LXXXII, LXXXIV, XCIII, 420, 498
– Finanzwesen 178
– Justizwesen CVI
– Kaiserreisen 441 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle 415, 440
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) CX
– Militär XII, LXXXIV, C, CII f., CXI, 188, 194, 210, 264 f., 362
– Ministerratsprotokolle CXXXVIII
– Muslime CX
– Okkupation XII
– Personalpolitik XXVI
– Regierung Adolph Auersperg XII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII, CXII, CXXXV
– Regierungsbildung, Versuch XII
– Revolution, Aufstand CII, CXVI f., CXIX f., 156 f., 178, 189, 194, 223, 228, 230, 441 f.
– Roten Kreuz, Österreichische Gesellschaft vom 260
– Staatsbedienstete CVI
– Staatsgebiet CIV
– Steuerwesen LXXXIV, CIX, 163 f.
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CIV–CVII
– Zentralstellen CIV f.
– Zollgebiet LXVIII, CVIII f.
– Zollwesen CIX
Bossi-Fedrigotti v. Belmonte, Wilhelm Freiherr
– Auszeichnungen 537 f.
Botschaften *siehe* Missionen in auswärtigen Staaten
Bovec *siehe* Flitsch
Brajići
– Revolution, Aufstand 194
Branek (Branky)
– Eisenbahnlinien 534
Branky *siehe* Branek
Braun, Adolph Ritter v.
– Ägypten 330
Breisky, August
– Universitäten, Hochschulen XXXVII
Breslau
– Gewerberecht 308
– Kirche, römisch-katholische 308
Brestel, Rudolf
– Rechnungskontrolle 435
Brno *siehe* Brünn
Brody
– Zollgebiet LXVIII
Bruck, Karl Ludwig Freiherr v.
– Finanzpolitik 286
Brünn (Brno)
– Ernennungen 469
– Kirche, evangelische 380
– Kirche, römisch-katholische LIII, 165, 176
Brüssel (Bruxelles)
– Ausstellungen 279, 337
– Auszeichnungen 279, 337
– Eisenbahnlinien 218, 282
– Finanzpolitik LXXXVI
– Steuerwesen LXXXVI
Bruxelles *siehe* Brüssel
Bucht von Kotor *siehe* Bocche di Cattaro
Budapest
– Dualismus 236 ff.
– Eisenbahnwesen 236 ff.
– Finanzwesen 358
– Militär XCVII, 360 f.
Budisavljević v. Predor, Emanuel Edler
– Revolution, Aufstand 260
Budva
– Auszeichnungen 349
– Revolution, Aufstand 349
Budwiński, Adam Freiherr v.
– Ernennungen 319
Bujatti, Eduard
– Auszeichnungen 422
Bukowina
– Bergwesen 207

– Besitzverhältnisse 410
– Ernennungen 231 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 198, 248
– Lebenslauf, Minister XVII
– Militär CIII
– Nationalitätenfrage XVII
Bulgarien
– Eisenbahnwesen LXXX
Bunton, James C.
– Eisenbahnwesen LXXVIII f., 268 f., 274
Bürgermeister
– Podestà, Triest 289, 311, 313
– Wien 291
Bürgerministerium
– Landtag, Niederösterreich 333
– Virilstimmen 333
Burgstaller, Joseph
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Bylandt-Rheydt, Arthur (d. Ä.) Graf v.
– Dualismus XCIX
– Eisenbahnlinien 350 f.
– Eisenbahnwesen LXXVI
– Militär 161, 210, 362, 373, 375, 432, 434, 525
– Revolution, Aufstand CXIX, 156 f., 218, 228
– Unruhe, Streik 111
Bystřice pod Hostýnem *siehe* Bistritz am Holstein
Bzenec *siehe* Bisenz

Calice, Heinrich Freiherr v.
– Bosnien-Herzegowina 463
Calogerà, Marcus
– Auszeichnungen 307, 348
Campitelli, Matteo
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Canale d'Isonzo (Kanal ob Soči)
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Capodistria (Koper)
– Auszeichnungen 331
Carl Ludwig, Erzherzog von Österreich
– Attentat CXXI, 310
– Finanzwesen 216
Casey, James Joseph
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Casilli, Ippolito
– Auszeichnungen 166
Časlau (Čáslav)
– Schulen, höhere 409
Čáslav *siehe* Časlau
Castelnuovo (Herceg Novi)
– Auszeichnungen 349
– Revolution, Aufstand 349
Catinelli, Maximilian Ritter v.
– Auszeichnungen 422
Cattaro (Kotor)
– Auszeichnungen 349, 363
– Finanzwesen 359
– Grenzen CXXXII
– Justizwesen CXVIII, 160, 252 f.
– Militär CXVIII
– Revolution, Aufstand CXVIII, 160, 252 f., 349, 363
Černivci *siehe* Czernowitz
Charlemont, Eduard
– Auszeichnungen 494
Charvátská Nová Ves *siehe* Oberthemenau
Cheb *siehe* Eger in Böhmen
Chertek, Emil
– Finanzpolitik XVII, LXXXIII, LXXXVI, 450
– Lebenslauf, Minister XVII
– Rechnungskontrolle 434, 450
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
– Steuerwesen LXXXIII, LXXXVI
Chlumecký, Johann Ritter v.
– Eisenbahnwesen LXXIV
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
Chrášťany u Prahy *siehe* Chrastian
Chrastian (Chrášťany u Prahy)
– Eisenbahnlinien 202
Chuchle *siehe* Kuchelbad
Cienciala, Georg
– Sprachenpolitik 376
Cieszyn *siehe* Teschen
Cisleithanien
– Finanzpolitik 498
– Finanzwesen 359
– Vertrag, internationaler 244
Clam-Martinitz, Heinrich Jaroslav Graf v.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) CX
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIV, 527
– Sprachenfrage XXXVI, 324

– Wahlreform XXIV
Clescovich, Spiridione
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Colloredo-Mannsfeld, Hieronymus Graf v.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
Conrad v. Eybesfeld, Sigmund Freiherr
– Adel 166, 533
– Attentat CXXIII f., 312, 314
– Auflösungen 400 f.
– Außenhandel 178
– Ausstellungen 170
– Auszeichnungen 193, 218, 234, 251, 254, 262, 278 f., 296, 307 f., 314, 316, 331 f., 336, 386, 391, 464, 492 ff., 533, 548 f.
– Bekenntnis, ohne LI
– Besitzverhältnisse 471 f.
– Bewaffnete Macht, gesamte 475
– Bosnien-Herzegowina 463
– Einberufungen 175, 543
– Eisenbahnlinien 379
– Eisenbahnwesen 80, 241, 272
– Ernennungen 182, 545 f.
– Feierlichkeiten 548
– Finanzpolitik LXXXVIII f., XCI, 383 f., 405 ff., 460
– Finanzwesen 203
– Gewerberecht LVI f., 307 f., 482 ff.
– Grundbücher 339
– Katastrophen, Unglücksfälle 489
– Kirche, evangelische 380 f.
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII ff., L, 196 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L, 197, 247 f., 550
– Kirche, römisch-katholische LII f., 164 ff., 307, 317
– Landtag, Böhmen 335
– Lebenslauf, Minister XVII ff.
– Legislaturperioden CXXXIII, 394 ff.
– Nationalitätenfrage XVII, XLVIII, L
– Notverordnungen CXXVII
– Personalpolitik XXIV, XXVI
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, CXXXVI, CXXXVIII, 529 f.
– Revolution, Aufstand 190, 200, 224, 226, 229
– Schließungen 417 ff.
– Schulen, höhere 409 f., 458
– Sozialpolitik 487, 513
– Sprachenfrage XXXV f., 214 f., 250, 275 ff., 324
– Sprachenpolitik XL ff., 377
– Steuerwesen 507 f.
– Universitäten, Hochschulen XXXIV, XXXVII f., 309, 323, 326 f., 401 f., 417 ff., 529
– Unruhe, Streik 113 f.
– Unterrichtswesen XL f., 167, 330 f., 338
– Verkehrswesen XVIII
– Vertrag, internationaler 246
– Virilstimmen 333
– Volksschulen XLIII–XLVI, 173, 248, 294, 296, 493 f., 497, 509, 511, 532 ff.
– Wahlen 530
Conrad, Sigmund Freiherr v.
– Auflösungen 399 f.
– Auszeichnungen 385
– Legislaturperioden 394
– Revolution, Aufstand 217, 221 f., 224, 260
– Schulen, höhere 351
Cooper, Sir Daniel
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Crivoscie
– Revolution, Aufstand CXX, 195, 199, 217, 221, 223 f., 226–230
Czajkowski, Johann Ritter v.
– Ernennungen 547
Czartoryski, Constantin Fürst
– Ernennungen XX
– Regierung Taaffe (1879–1893) XX
Czech, Wenzel
– Auszeichnungen 206
Czedik v. Bründlsberg, Alois
– Eisenbahnwesen LXXI
– Ernennungen XXII, 259 f., 545 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII
– Staatsbedienstete 465
Czernowitz (Černivci)
– Ausgleich, österreichisch-ungarischer L
– Einberufungen 288 f.
– Ernennungen 231 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L, 198, 248, 549
– Personalpolitik XXVII

Dahlen v. Orlaburg, Hermann Freiherr
– Auszeichnungen 299

Dalmatien
– Außenhandel 161, 178, 212
– Auszeichnungen 260, 348, 356, 363
– Bauten 156 ff.
– Bauwesen 242
– Bergwesen 212
– Bosnien-Herzegowina 463
– Einberufungen 479
– Ernennungen 117
– Finanzpolitik 420
– Finanzwesen 178, 359
– Gemeinden 187
– Grenzen CXXXII
– Justizwesen CXVIII, 160, 184 f., 252 ff., 258, 492, 496, 536
– Kaiserreisen 441 f.
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVI
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L
– Kirche, römisch-katholische XLVI
– Militär CII f., 184 f., 188, 194, 210, 254, 258, 265, 362, 496, 536
– Personalpolitik XXVI
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXII, CXXXV
– Revolution, Aufstand CII, CXVII–CXX, 156 ff., 160, 178, 183 ff., 189, 194 f., 201, 211, 221, 224 ff., 228 ff., 252 ff., 258, 348, 363, 387 f., 398, 441 f., 492, 496, 536
– Roten Kreuz, Österreichische Gesellschaft vom 260
– Sicherheitswesen 157 f., 478
– Sprachenpolitik XXIX f.
– Steuerwesen 212
– Unruhe, Streik 117
– Volksschulen XLVI
– Zollgebiet LXVIII
Dänemark
– Ausstellungen 280
– Auszeichnungen 280
de Rongé, Pierre-Jean
– Auszeichnungen 279
Deiters, Heinrich
– Auszeichnungen 280
Delegationen
– Annexion CVII
– Außenhandel 178
– Bauten 157
– Finanzpolitik LXXXII, XCII, 404, 498
– Finanzwesen 178, 359
– Revolution, Aufstand CXIX, 157, 178, 190
– Sicherheitswesen 157
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVII
Della Bona, Johann
– Auszeichnungen 391
Della Sala, Tankred
– Ägypten 329 f.
Demel, Franz
– Kirche, römisch-katholische 164, 177
Dětenice *siehe* Jettenitz
Deutschbrod (Havlíčkův Brod)
– Schulen, höhere 409
Deutsches Reich
– Ausgleich, wirtschaftlicher LXVIII
– Außenhandel LXVI, LXVIII, 167
– Ausstellungen 279, 337
– Auszeichnungen 279, 337
– Eisenbahnwesen LXXIX f.
– Finanzpolitik 405, 459
– Gewerberecht LIV
– Landwirtschaft 459
– Regierung Taaffe (1879–1893) LXVIII
– Schifffahrt LXXXI
– Sozialpolitik LIV
– Vertrag, internationaler 244 f.
– Zollwesen LXVI
Dimitz, August
– Grenzen CXXXII
Dimmer, Franz
– Auszeichnungen 422
Distler, Carl Freiherr v.
– Auszeichnungen 519
Disziplinarordnung
– Verwaltungsgerichtshof CXXXI
Doblhamer, Gregor
– Auszeichnungen 519
Dobrovice *siehe* Dobrowitz
Dobrowitz (Dobrovice)
– Eisenbahnlinien 202 f.
Dolní Bousov *siehe* Unter Bautzen
Domažlice *siehe* Taus
Donje Ledenice
– Revolution, Aufstand 222
Dreieiniges Königreich (Kroatien, Slawonien, Dalmatien)
– Bosnien-Herzegowina 463
Dualismus *siehe auch* Ausgleich, österreichisch-ungarischer; Ausgleich, wirtschaftlicher
– Bosnien-Herzegowina CV f., CVIII f.

– Eisenbahnlinien 350 f.
– Eisenbahnpolitik LXXII f., 77, 236, 241, 454, 456
– Grundentlastung 315 f.
– Militär XCIX, C, CIV, 432, 434
Dub, Moriz
– Auszeichnungen 247
Dubrovnik *siehe* Ragusa
Duchcov *siehe* Dux
Dumba, Nicolaus
– Auszeichnungen 280
Dumoulin, Johann Freiherr v.
– Unruhe, Streik CXIII, 111
Dunajewski, Julian Ritter v.
– Anleihen, nichtstaatliche 464
– Annexion CVII
– Approvisionierung 293
– Attentat CXXI ff., 312, 430
– Außenhandel 161
– Ausstellungen 169
– Auszeichnungen 174, 247, 262, 290, 384 ff., 410, 425–428, 457, 465, 519
– Banken 213
– Bauten 158
– Besitzverhältnisse 410, 472
– Bewaffnete Macht, gesamte 475 f.
– Bosnien-Herzegowina 463
– Dualismus 315
– Eigentum, öffentliches 162 f., 207
– Einberufungen 396, 543
– Eisenbahnlinien 192, 255, 378, 492
– Eisenbahnwesen LXX ff., 78, 238, 241, 271, 273, 456
– Ernennungen 547
– Feierlichkeiten CXXI, CXXXIV
– Finanzpolitik XVII f., LXXXIII–LXXXVI, LXXXVIII–XCI, XCIII f., 287, 382 f., 403, 406 ff., 419 f., 449, 460, 477 f., 498, 536
– Finanzwesen 191 f., 216 f., 235, 263, 358, 360
– Gewerberecht LVI, 484
– Grundbücher 339
– Hoheitssymbole XCV
– Kaiserreisen 312
– Katastrophen, Unglücksfälle XC, CXXVIII, 363, 413 f., 489
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 196
– Kirche, römisch-katholische LII, 318
– Lebenslauf, Minister XVII ff.
– Legislaturperioden CXXXIII, 393, 395
– Personalpolitik XXVIII
– Rechnungskontrolle 434, 436, 473
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, CXXXVI, CXXXVIII, 527
– Revolution, Aufstand 158, 190, 193, 201
– Schifffahrt 365
– Schließungen 398, 418
– Schulen, höhere 409
– Sicherheitswesen 432
– Sozialpolitik 514
– Sprachenfrage XXXVI, 215, 249, 277, 325
– Sprachenpolitik XXXIII, XL, 160
– Staatsbedienstete 257, 369, 390, 465
– Steuerwesen LXXXIII–LXXXVI, 164, 212, 369, 498, 501–505, 507 f.
– Universitäten, Hochschulen XXXVII f., 309, 324, 402, 418
– Unruhe, Streik 118, 122
– Unterrichtswesen XL, 166
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVII
– Virilstimmen 334
– Volksschulen 493, 511
– Zollwesen 464 f.
Düsseldorf
– Ausstellungen 279 f.
– Auszeichnungen 279 f.
Dux (Duchcov)
– Auszeichnungen 299

Ebenfurth
– Eisenbahnlinien 300
Eberle, Joseph
– Auszeichnungen 363
Economo, Johann A.
– Auszeichnungen 422
Edelmann, Johann
– Sprachenpolitik 345
Eder, Franz Albert
– Auszeichnungen 548 f.
Eger in Böhmen (Cheb)
– Personalpolitik XXVIII
– Staatsbedienstete 257 f.
Egger, Franz
– Auszeichnungen 261, 263
Eigentum, öffentliches
– Verkauf 162 f., 207
Einberufungen
– Gemeinderat (Landtag), Triest 396 f., 479, 520

– Landtag, Bukowina 288 f.
– Landtag, Dalmatien 396 f., 479
– Landtag, Kärnten 541, 544
– Landtage 303, 325 f.
– Reichsrat 468
Einwanderung
– Bosnien-Herzegowina 414, 440
Eisenbahnlinien
– Arlbergbahn LXXIII f., 75 f., 267, 445, 491 f., 536
– Bahnen, bosnische CX
– Bauvergabe 204 f.
– Bisenz–Gaya Bahn 218, 282
– Bistritz–Wallachisch Meseritsch Bahn 534 f.
– Böhmische Nordbahn 189
– Bosanski Brod–Zenica Bahn CIX
– Brünn–Rossitz Bahn LXXII
– Buschtěhrader Eisenbahn 202, 404, 539
– Commercialbahnen, Böhmische 202
– Dniester-Bahn 219
– Donauuferbahn LXXIX, 270
– Dualismus 350 f.
– Eisenbahnlinien, allgemein 532
– Erste Ungarisch-Galizische Eisenbahn LXXV, 219, 236, 350
– Erzherzog-Albrecht-Bahn LXX, 350
– Finanzierung 192
– Galizische Carl-Ludwig-Bahn 219
– Gisela-Bahn 76
– Grybów–Zagórz Bahn LXXIV
– Innsbruck–Landeck Bahn 267
– Istrianer Bahn 204
– Kaiser-Ferdinands-Nordbahn LXXIX, 180, 218, 238, 270, 282
– Kaiser-Franz-Josephs-Bahn 189, 270
– Kaiserin-Elisabeth-Westbahn LXX f., CXXXVII, 75–80, 167 f., 174, 259 f., 270, 371 ff., 465
– Karlstadt–Agram Bahn 240
– Kaschau–Oderberger Bahn LXXIX
– Klostergrab–Mulde Bahn 378 ff., 515
– Kobidlno–Libáň Bahn 202
– Köln–Minden Bahn 77
– Konzessionen 202 f., 218, 255, 280, 282, 299, 302, 378, 380, 515 f., 534 f.
– Kremsierer Eisenbahn 534 f.
– Kremstalbahn 178
– Kronprinz-Rudolf-Bahn LXX, 75, 79, 255
– Krupa–Kolleschowitz Bahn 202 f.
– Lemberg–Stryjer Bahn 350
– Libáň–Bąków Bahn 203
– Liesing–Kaltenleutgeben Bahn 281, 300
– Linz–Budweiser Bahn 76
– Lokaleisenbahngesellschaft, Österreichische 280 f., 535
– Magdeburg–Halberstadt Bahn 77
– Mährische Grenzbahn LXXIX
– Mödling–Hinterbrühl Bahn 299 f.
– Munkács–Bátyú Bahn 351
– Munkács–Stryjer Bahn 350 f.
– Nachtragskredite 491 f.
– Neu Szöny–Bruck Bahn 237 f.
– Österreichische Nordwestbahn 202, 270
– Pilsen–Priesener Bahn LXXIX
– Pohl–Wallachisch Mesertisch–Wsetin Bahn 280 f., 535
– Prag–Dux Bahn 378 ff., 515
– Privatbahnen, allgemein LXX
– Püspök–Ladány Bahn 350
– Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft 77
– Saybusch–Czacza Bahn LXXVI, 178, 206, 220, 350, 450
– Saybusch–Neusandec Bahn LXXIV
– Schimitz–Wlarapass Bahn 455
– Schwechat–Mannersdorf Bahn 455
– Segen Gottes–Okřižko Bahn 455, 515
– Société générale des chemins de fer économiques, Brüssel 218, 282
– St. Pölten–Leobersdorf Bahn 75
– St. Pölten–Traismauer Bahn 282
– Staatsbahn, Niederösterreichische 75, 300
– Staatsbahnen, österreichische LXXIII, 259, 267, 282, 288, 300, 404, 448, 454 ff., 515 f., 535
– Staatseisenbahn-Gesellschaft, Österreichisch-ungarische LXIX, LXXII f., 236–241, 300, 454 ff., 515
– Staatseisenbahn-Gesellschaft, Pariser Komitee 236
– Stanislau–Husiatyn Bahn LXXIV
– Stryj–Beskid Bahn LXXVI, 351
– Subventionen LXXIX
– Sucha–Podgórze Bahn 178, 206, 220, 350, 450
– Südbahn LXIX f., LXXIII, LXXIX, 75, 219, 240, 270, 281, 299
– Südwestbahn, niederösterreichische LXX
– Szerencs–Nyíregyháza–Debreczin Bahn 350
– Tarnów–Leluchówer Bahn 219
– Theißbahn 77

– Tramwaygesellschaft, Wiener 272
– Transversalbahn, Böhmisch-mährische LXXIX, 178, 455, 515
– Transversalbahn, Galizische LXXIV ff., LXXXVII, 178, 192, 204–207, 220, 236, 350 f., 450
– Trentschin–Sillein Bahn 239
– Triest–Herpelje Bahn LXXVII, 179, 450
– Turnau–Kralup–Prager Bahn 202
– Ungarischen Nordostbahn-Gesellschaft LXXVI, 350
– Verkehrsinspektion, Wien 168
– Verwaltungsrat (Westbahn) 77
– Vorarlberger Bahn LXXIII f., 75, 267, 492
– Waagtalbahn 237
– Wiener Stadtbahn LXXVIII f., 268–274, 301 f.
– Wiener Stadtbahn-Projekt Bunton-Fogerty 269
– Wiener Verbindungsbahn 270
– Wien–Bruck Bahn 237
– Wien–Salzburg–Passau Bahn 76
– Wien–Triest Bahn LXIX
– Wittmannsdorf–Ebenfurth Bahn 300
– Zagósz–Legenymihályi Bahn 350
– Zenica–Sarajewo Bahn CIX
Eisenbahnwesen
– Abgeordnetenhaus 178 f.
– Anleihen, nichtstaatliche LXXI f.
– Bauprojekte LXXIII–LXXIX, LXXXI, CIX ff., 220, 268, 274
– Bosnien-Herzegowina CVI, CIX ff.
– Direktion der Staatseisenbahnbauten 536
– Direktion für den Staatseisenbahnbetrieb LXXI, 259 f., 267, 465
– Eisenbahnpolitik LXIX
– Erdöl, Petroleum LXXXVI f.
– Ernennungen LXXI, LXXIX
– Konzessionen LXIX, LXXIII
– Lokalbahngesetz LXXVII f., 450, 465 f.
– Militär LXXVIII
– Organisation LXXI
– Privatbahnsystem LXIX, LXXIII, LXXVII
– Privilegium LXXIX
– Prozess LXXV
– Schulden, nichtstaatliche LXXIX
– Staatsbahnen 259 f.
– Staatsbahnsystem LXIX–LXXIII, LXXV ff., 75, 80, 236, 241, 454, 456
– Steuerbefreiungen LXXIX
– Straßen LXXIX
– Tarife LIX
– Transportrecht, internationales 466, 469 f.
– Vertrag, internationaler LXXIX f.
– Verzehrungssteuern LXXIII
Eiserner Ring
– Eisenbahnwesen LXXVI
– Finanzpolitik LXXXV
– Opposition CXXXVII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XV, XIX, XXIII, CXVI, CXXXIV ff.
– Regierungsparteien CXXXVII
– Sprachenpolitik XXXIII
– Steuerwesen LXXXV
– Unruhe, Streik CXVI
– Wahlreform XXIII
Eisner, Jakob Edler v.
– Auszeichnungen 422
Ekert, Gustav
– Auszeichnungen 431
Elbogen
– Schulen, höhere 409
Elbogen, Gustav Adolph
– Unruhe, Streik CXIV
Elisabeth, Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn
– Attentat CXXII, 328
– Auszeichnungen 167
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIII
Ender v. Mallenau, Moriz, Ritter
– Eisenbahnlinien 379
Engerth, Wilhelm Ritter v.
– Eisenbahnwesen 269
Entlassungen
– Statthaltereivizepräsident, Böhmen 122
Erb, Ferdinand
– Auszeichnungen 267 f.
Eritrea
– Finanzpolitik 404
Ernennungen *siehe auch* unter den Kirchen
– Ackerbauministerium 317
– Gerichtshof, Oberster CXXXI
– Herrenhaus XX ff., 544, 547
– Kompetenzen 167
– Landesgericht, Czernowitz 230, 232
– Landespräsident, Schlesien 181 f., 346
– Polizeidirektor, Graz 430 f., 469
– Polizeipräsident, Wien 234
– Präsident der Österreichischen Postsparkasse 548

– Reichsgericht CXXX, 167
– Schulinspektoren 337 f.
– Sektionschef, Handelsministerium 259 f.
– Statthalter, Böhmen 117, 119 f., 122
– Technische Hochschule, Prag, tschechische 309
– Verwaltungsgerichtshof CXXX f., 319, 321
– Volksschullehrer 294, 296
Errichtungen
– Justizwesen 188
Ewens, Alexander
– Eisenbahnwesen 268

Fabbrović, Richard
– Auszeichnungen 356
Falkenhayn, Franz Graf v.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXI
– Volksschulen XLV
Falkenhayn, Julius Graf v.
– Approvisionierung 291, 297 f.
– Attentat CXXIII, 314, 329
– Ausstellungen 314, 329
– Auszeichnungen 206, 258, 293, 299, 385, 457, 548
– Bergwesen 209
– Besitzverhältnisse 473
– Eigentum, öffentliches 207
– Eisenbahnlinien 450
– Eisenbahnwesen 80, 240, 273
– Ernennungen 117, 120
– Finanzpolitik 408, 450
– Gewerberecht LVI, 484
– Jagd und Fischerei 299, 457
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI, 489, 521
– Kirche, römisch-katholische LII, 164, 177
– Landtage 458
– Landwirtschaft LVIII, 178, 246, 298 f., 305, 316, 497
– Lebenslauf, Minister XVI, XIX
– Legislaturperioden 394
– Notverordnungen CXXVII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, LX, CXXXVI
– Revolution, Aufstand CXX, 201, 230, 387 f., 398, 441
– Schifffahrt 365
– Sozialpolitik LXI f., 512, 520 f.
– Sprachenfrage 215
– Steuerwesen 501 f., 507 f.
– Unruhe, Streik 117, 120
– Unterrichtswesen 331
– Volksschulen XLV, 511
Farra d'Isonzo
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Favoriten
– Sprachenpolitik XLI
Feierlichkeiten
– 500-Jahrfeier Habsburger Herrschaft in Triest CXXI, CXXIV, CXXXIII
– 600-Jahrfeier Habsburger Herrschaft in Krain CXXXIII f.
– 600-Jahrfeier Habsburger Herrschaft in Österreich CXXXIV, 490, 548
– Hinrichtungen CXXXIV
Feldbacher, Anton
– Auszeichnungen 288
Felder, Cajetan Freiherr v.
– Eisenbahnwesen 269
– Feierlichkeiten 490
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
Felixdorf
– Finanzwesen 359
Fellner v. Feldegg, Heinrich Freiherr
– Auszeichnungen 233
Ferretich, Franz Anian
– Kirche, römisch-katholische 307
Fethiye *siehe* Makri
Fidler, Karl
– Unruhe, Streik 113
Finanzlandes-, Finanzdirektionen
– Finanzlandesdirektion Innsbruck 467
– Finanzlandesdirektion Prag XXVIII
– Finanzlandesdirektion Wien 367 f.
– Finanzlandesdirektion Zara 442
– Finanzlandeskassen 519
Finanzministerium
– Ackerbauministerium 317
– Adel 427
– Approvisionierung 291
– Ausgleich, wirtschaftlicher 468
– Auszeichnungen 290, 427, 457
– Dualismus 237
– Einberufungen 542 f.
– Eisenbahnlinien 379
– Eisenbahnwesen LXXI, 237, 465
– Ernennungen 317
– Finanzpolitik LXXXVII, XCIII f., 284 f., 405, 408, 413, 446 f., 449

– Finanzwesen 217, 263
– Katastrophen, Unglücksfälle 413, 467 f., 521, 542 f.
– Personalpolitik 317
– Rechnungskontrolle 434 f., 437 f., 473
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, LXXI
– Revolution, Aufstand 222
– Schließungen 418
– Soziale Lage 442
– Sozialpolitik 508
– Staatsbedienstete 369–373, 390
– Steuerwesen 164, 366–369, 503, 508
– Tirol 468
– Universitäten, Hochschulen 418
– Wirtschaftsunternehmen 522 f.
– Zollwesen 535
Finanzministerium, gemeinsames
– Auswanderung 440
– Einwanderung 440
– Finanzwesen 358
– Geldwesen XCIV
– Katastrophen, Unglücksfälle 440
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV
– Zentralstellen CV
Finanzministerium, Ungarn
– Steuerwesen 164
Finanzpolitik
– 500-Jahrfeier Habsburger Herrschaft in Triest LXXXIX, CXXI
– Ausgaben LXXXII, LXXXVII, XCI, XCIII
– Ausgleich, österreichisch-ungarischer XCII, XCIV
– Ausgleich, wirtschaftlicher LXXXVII
– Budeget, gemeinsames 498
– Budget XVIII, LXXXI f., 403, 409, 419 f., 445, 449
– Budgetprovisorium 449, 477 f., 536
– Defizit LXXXIX f., XCIII f.
– Einnahmen LXXXII, LXXXVII
– Eisenbahnwesen LXXXVII, 445
– Ersparungskommission 408
– Finanzministerium LXXXVII, LXXXIX
– Gesetzgebung XCII f.
– Grundentlastung XC f., 283, 288
– Grundentlastungsfonds 382, 384
– Handelsministerium LXXXVII
– Justizetat 403, 407 f., 448
– Justizministerium LXXXIX
– Militär LXXXI
– Ministerium für Kultus und Unterricht LXXXVIII f.
– Ministerratspräsidium LXXXVIII
– Naturkatastrophen XC, 404, 411, 415, 438, 440, 479 f., 488 f., 495 f., 509, 516, 518
– Sicherheitsetat 408
– Unterrichtsetat 403, 405 ff., 446 f., 459 f.
– Unterrichtspolitik XCIII
– Verteidigungsetat 408, 445
Finanzwesen *siehe auch* Rechnungshof, gemeinsamer Oberster; Rechnungshof, Oberster
– Anleihen, nichtstaatliche 216 f., 235, 359 f.
– Ausgleichsfonds, Westgalizischer 190
– Budget 263
– Budget, gemeinsames 178, 358 f.
– Ersparungskommission XCIII f., 181, 263, 409
– Finanzlandes-, Finanzdirektionen *siehe dort*
– Finanzverwaltung 217, 247
– Landesfonds, allgemein 500
– Landesfonds, Dalmatien 157
– Landesfonds, Galizien 305
– Landesfonds, Niederösterreich 497
– Nachtragskredite 203
– Steuerwesen *siehe dort*
– Versatzamt, Wien 390
– Wertpapiere 259
– Wertpapiere, ungarische 191 f.
Fiscali, Ferdinand
– Auszeichnungen 247
Fischbach, Rudolph
– Auszeichnungen 539
Fiume (Rijeka)
– Dualismus 351
– Eisenbahnlinien 351
– Eisenbahnwesen LXXVII
– Zollgebiet LXVIII
Flitsch (Bovec)
– Adel 427
– Attentat 461
– Auszeichnungen 427, 461
– Soziale Lage 442 f.
Fluck v. Leidenkron, Maximilian
– Attentat 313
Fogerty, Josef
– Eisenbahnwesen LXXVIII f., 268 ff., 274
Folliot de Crenneville, Franz Graf
– Auszeichnungen 234
Förster, Heinrich
– Gewerberecht 308

– Kirche, römisch-katholische LIII
Forstwesen
– Forstschutz LXIII
Franco, Hieronymus
– Kirche, römisch-katholische 307
Frankreich
– Außenhandel LXVII
– Ausstellungen 279, 337
– Auszeichnungen 166, 279, 337
– Eisenbahnwesen LXXIII, LXXIX, 75, 470
– Finanzpolitik 405
– Gewerberecht 483
– Wirtschaftsunternehmen 523
Františkovy Lázně *siehe* Franzensbad
Franz Joseph, Kaiser von Österreich und König von Ungarn
– Ägypten 329
– Annexion CVII
– Attentat CXXII ff., 311–314, 328 f., 429, 444
– Ausstellungen 329
– Auszeichnungen CXXIV, 172, 233 f., 261, 268, 278, 288, 294, 296, 299, 302, 308, 329, 332, 384 f., 420, 425 ff., 461, 492, 533
– Besitzverhältnisse 470–473
– Bewaffnete Macht, gesamte 474, 476
– Bosnien-Herzegowina 463
– Eigentum, öffentliches 163
– Einberufungen 288 f., 468
– Eisenbahnwesen LXXII, LXXV f., LXXX
– Ernennungen XX, XXII, CXXX f., 118 f., 122, 234, 319 ff., 346, 546, 548
– Feierlichkeiten 490, 548
– Finanzpolitik XVIII, LXXXI, LXXXVIII, XCIII, 286, 419 f.
– Gewerberecht LIII, LVII, 307
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIII f.
– Kaiserreisen 312 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVII, CXXIX, 413
– Kirche, evangelische 381
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII, XLIX
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) LI, 197 f., 550
– Kirche, römisch-katholische 164 f.
– Landwirtschaft LXIII, 497
– Lebenslauf, Minister XV, XVIII f.
– Legislaturperioden 392, 394 f.
– Loyalitätskundgebungen 188
– Militär XCVII, XCIX, CI, 265, 327, 360 f., 397, 433, 525
– Nationalitätenfrage XLIX
– Okkupation XII
– Personalpolitik XXV, XXVII
– Regierung Adolph Auersperg XII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII, XIX f., XXII ff., CXXXVI, 527, 529
– Revolution, Aufstand CXX, 157, 190, 193, 254, 388
– Schifffahrt LXXXI
– Schließungen XXXIX, 398, 416
– Schulen, höhere 351, 409
– Sozialpolitik LXII
– Sprachenfrage XXXVI
– Sprachenpolitik XL
– Staatsbedienstete CVI, 465
– Steuerwesen 212, 366, 368
– Universitäten, Hochschulen XXXIII f., XXXVII, 326 f., 401 f., 529
– Unruhe, Streik CXII ff., 109, 111–114, 116, 118 f., 122
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVI f.
– Volksschulen XLVI, 295 f.
– Wahlen 311
– Wahlreform XXIII f.
Franzensbad (Františkovy Lázně)
– Staatsbedienstete 370
Frari, Cajetan
– Revolution, Aufstand 252
Freiberg
– Auszeichnungen 431
Friedek *siehe* Frýdek
Frind, Anton
– Kirche, römisch-katholische 177
Frind, Wenzel
– Kirche, römisch-katholische 177
Frýdek (Friedek)
– Sprachenpolitik 343
Fuchs, Eduard
– Auszeichnungen 261 ff.
Fünfhaus (heute Teil von Wien)
– Steuerwesen 366, 368
Fürstenberg, Friedrich Egon Landgraf zu
– Kirche, römisch-katholische 175 ff.
Fürstenberg, Friedrich Landgraf
– Kirche, römisch-katholische 165
Fürstenberg, Karl Egon III. Fürst zu
– Besitzverhältnisse 472

Fux, Johann
– Rechnungskontrolle 435

Gaillard, Claude
– Auszeichnungen 337
Galizien
– Abgeordnetenhaus CXXXVI, 243
– Außenpolitik XLIX, L
– Auszeichnungen L, 308
– Banken 187 f.
– Bergwesen 207 ff.
– Besitzverhältnisse 410
– Dualismus 350
– Eisenbahnlinien 205, 350, 535
– Eisenbahnwesen LXXIV, LXXVI, LXXVIII f.
– Ernennungen XXII, 232, 544, 546 f.
– Feierlichkeiten CXXXIII
– Finanzpolitik XC f., 284–287, 382 f.
– Grundbücher 339
– Jagd und Fischerei 457
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVI, XLVIII f., L, 196, 308
– Kirche, römisch-katholische XLVI
– Kirchenpolitik XLIX, L
– Landtag, Niederösterreich 333
– Landtag, Steiermark 333 f.
– Landtage 457
– Landwirtschaft LX
– Lebenslauf, Minister XVI
– Legislaturperioden CXXXIII, 395
– Militär CIII, 478
– Nationalitätenfrage XLVIII f., L
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII, CXXXVI
– Sicherheitswesen 431 f.
– Sprachenpolitik XXIX
– Universitäten, Hochschulen 332
– Virilstimmen 332 ff.
– Volksschulen XLV ff.
– Wahlen 391
Ganglbauer, Cölestin Joseph
– Auszeichnungen 234
– Feierlichkeiten 490 f.
– Volksschulen 534
Gasser, Johann
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Gaudenzdorf
– Eisenbahnlinien 281
Gautsch v. Frankenthurn, Paul Freiherr
– Finanzpolitik LXXXIX
– Sprachenpolitik XXXI
Gaya (Kyjov)
– Eisenbahnlinien 218, 282
Gedon, Lorenz
– Auszeichnungen 280
Geldwesen
– Baknoten XCIV f.
– Banken *siehe dort*
– Börse, Wiener 217, 457
– Bosnien-Herzegowina CVIII
– Hoheitssymbole XCIV f.
– Nationalitätenfrage XCV
– Papiergeld XCIV f.
Gemeinden *siehe auch* Verwaltung, politische
– Gemeindeabgaben 186 f.
Gemeinderat (Landtag), Triest
– Gemeinderat Triest, allgemein CXXI, CXXIV, 175, 226, 289, 311–314, 326, 396 f., 479, 520, 544
– Partei der Patrioten (Gemeinderat Triest) CXXI, 311, 313
– Società del Progresso (Partei der Progressionisten), Gemeinderat Triest CXXI, 169, 311
– Stadtratsdelegation, Triest 313
Gemeinderäte
– Äußerste Linke (Wiener Gemeinderat) CXV, 109
– Czernowitz 232
– Gemeinderat (Landtag), Triest *siehe dort*
– Korneuburg 172
– Linke (Wiener Gemeinderat) CXV
– Prag XXXIV, 110
– Ragusa 496
– Reichenberg 307
– Spalato 399
– Troppau XLI, 458
– Vereinigte Linke (Wiener Gemeinderat) CXV
– Wien XX, XLII, LXXVIII f., CXIV f., 110, 114, 269, 271–274, 301 f., 304, 491, 510, 530
– Wirtschaftspartei (Wiener Gemeinderat) CXV
Gemeindeverwaltung, Wien
– Eisenbahnlinien 301
Gemeindewesen
– Besitzverhältnisse 242 f.

Gendarmerie *siehe* Sicherheitswesen
Genderfragen
– Auszeichnungen CXXVIII
– Volksschulen XLIV
Generalstab
– Auszeichnungen 377
Gentilomo, Oskar
– Auszeichnungen 422
Gentz, Wilhelm
– Auszeichnungen 280
Georgswalde (Jiříkov)
– Auszeichnungen 193
Gerichtshof, Oberster
– Adel 234
– Auszeichnungen 183, 234, 309 f., 386
– Besitzverhältnisse 471 f.
– Disziplinarordnung CXXXI
– Ernennungen CXXX f., 230, 266, 319 ff.
– Finanzpolitik 409
– Justizwesen 159 f., 253
– Kompetenzen CXXX
– Personalpolitik 319 ff.
– Rechnungskontrolle 473
– Revolution, Aufstand 253
– Sprachenpolitik XXXII f., 159 f.
– Verwaltungsgerichtshof 319–322
Gesetze *siehe* unter dem Gesetzesthema
Gesetzgebung
– Bosnien-Herzegowia CVI
Gewerbe, produzierendes
– Arbeitszeiregulierung 520
Gewerbeausschuss
– Abgeordnetenhaus CXXXV
– Arbeiterkammern 487
– Gewerbeordnung LXI
– Gewerberecht LIV f., LVII, 480 ff., 487
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXXXV
– Sozialpolitik LIV, LXI, 487
Gewerbeordnung
– Sozialpolitik LVII, LXI f., CXXXV
Gewerberecht
– Arbeiterkammern 486
– Genossenschaften LV ff.
– Reform LIII ff., LVII, 480, 487
– Schulwesen LVI, 307
– Soziale Fürsorge 326
Gilm, Albert, v.
– Auszeichnungen 539
Gindely, Anton
– Sprachenfrage 275
Gindicelli, Henri
– Auszeichnungen 279
Giskra, Carl
– Landtag, Niederösterreich 333
– Virilstimmen 333
Glaser, Julius
– Ernennungen 231 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
– Wirtschaftsunternehmen 522
Glavina, Johann Nepomuk
– Kirche, römisch-katholische 307
Gmund (Monte)
– Katastrophen, Unglücksfälle 521
Gödöllő
– Attentat 329
– Kaiserreisen 329
Gollmayr, Andreas
– Kirche, römisch-katholische 307
Gołuchowski Graf v. Gołuchowo, Agenor (d. Ä.)
– Bergwesen 208
Gönyű
– Eisenbahnlinien 300
Gorizia *siehe* Görz
Gornje Ledenice
– Revolution, Aufstand 222
Gornji Pobori *siehe* Superiori Pobori
Görz (Gorizia)
– Adel 421 ff.
– Auszeichnungen 421 ff.
Görz-Gradiska
– Adel 421, 423, 426
– Auszeichnungen 421, 423, 426
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI
– Soziale Lage 442
Gottschee (Kočevje)
– Ernennungen 338
– Unterrichtswesen 338
Graf, Friedrich
– Auszeichnungen 537 f.
Granitsch, Georg
– Finanzwesen 235
– Privatrecht 235
Graselli, Peter
– Legislaturperioden 395
Graz
– Ackerbauministerium 317
– Auszeichnungen 377
– Ernennungen 317, 430, 469
– Personalpolitik 317

Grebmer zu Wolfsthurn, Eduard v.
– Auszeichnungen 537
Grégr, Julius
– Unruhe, Streik CXVI
Grenzen
– Militärgrenze CXXXII, 387
– Staatsgebiet CXXXII
– Triest CXXXII
Greuter, Joseph
– Unruhe, Streik 180
Grocholski, Kasimir Ritter v.
– Sprachenpolitik 345
Grognet d'Orleans, Wilhelm
– Eigentum, öffentliches 162
Groh, Johann
– Volksschulen XLIII
Groß Meseritsch (Velké Meziříčí)
– Eisenbahnlinien 515
Großbritannien
– Auszeichnungen 167
– Eisenbahnwesen 271 f.
– Wirtschaftsunternehmen 523
Grundbücher
– Anlegung 338, 340
– Galizien 338, 340
Grundentlastung *siehe* Besitzverhältnisse
Grundentlastungsfonds
– Grundentlastungsfonds, allgemein 315
– Grundentlastungsfonds, galizische (ost- und west-) XC, 175, 283–286, 288, 315, 382
Grundrechte *siehe* Justizwesen
Grüner, Ignaz
– Ernennungen 122 f.
– Personalpolitik XXV f.
– Unruhe, Streik CXIV, 111, 113, 115 f., 121 ff.
Grünne, Carl Graf v.
– Ernennungen 545 f.
Gymnasien, tschechische
– Sprachenpolitik XL

Haase, Theodor
– Kirche, evangelische 380 f.
Habietinek, Carl
– Ernennungen CXXX f., 266
Habsburg, Familienereignisse
– Hochzeiten CXXIX
– Silberhochzeiten CXXXIII
Handels- und Gewerbekammern
– Eger XXVIII, 257
– Görz 421, 425
– Handels- und Gewerbekammern, allgemein LV, 400, 486
– Handelskammern, Sachsen 540
– Klagenfurt 428
– Laibach 400
– Linz 400
– Rovereto 400
– Spalato 399 ff.
– Triest 421 f., 545
– Wien 300
Handelsangelegenheiten
– Genossenschaften LV, LVII, 485 f.
– Gewerbetag LVI, 481–485
– Gewerbeverein, Niederösterreich 168, 273
– Handels- und Gewerbekammern *siehe dort*
– Handelsgericht, Wien 291
– Schifffahrt *siehe dort*
– Wirtschaftsunternehmen *siehe dort*
– Zollgebiet, deutsches 535
– Zollgebiet, österreich-ungarisches 163
Handelsministerium
– Approvisionierung 291
– Auflösungen 399
– Ausgleich, wirtschaftlicher 468
– Ausstellungen 541
– Auszeichnungen 255, 539, 541
– Banken LXV
– Dualismus LXXII, 78, 236–239, 454 ff.
– Eisenbahnlinien 301, 378
– Eisenbahnwesen LXX ff., LXXVIII, LXXX, 78, 236–239, 260, 269 f., 274, 454 ff.
– Ernennungen 260, 548
– Finanzpolitik LXXXVII, 448
– Gewerberecht LIII
– Katastrophen, Unglücksfälle 363, 468
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
– Personalpolitik XXVII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, LXX
– Soziale Lage 442
– Sozialpolitik 487, 514
– Staatsbedienstete 371 f.
– Tirol 468
– Vertrag, internationaler 245 f.
– Zollwesen 535
Handelsministerium, Ungarn
– Vertrag, internationaler 245
Harrach zu Rohrau und Thannhausen, Johann Nepomuk Graf v.
– Volksschulen 510

Hartel, Wilhelm August
– Auszeichnungen 193
– Wahlen 530
Hasner v. Artha, Leopold Ritter
– Kirche, römisch-katholische LII, 268, 318
Hausner, Otto
– Eisenbahnwesen LXXI
Havlíčkův Brod *siehe* Deutschbrod
Heilsberg, Joseph Friedrich
– Rechnungskontrolle 435
Hein, Franz Freiherr v.
– Ernennungen XXII, 544, 547
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII
Heinrich VII., Prinz Reuß zu Köstritz
– Vertrag, internationaler 245
Heirowsky, Carl
– Auszeichnungen 247
Hellquist, Carl Gustav
– Auszeichnungen 279
Herbst, Eduard
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIV
– Wahlreform XXIV
Herceg Novi *siehe* Castelnuovo
Herich, Carl
– Adel 424
– Auszeichnungen 424
Hermagor
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
Hermann, Carl
– Staatsbedienstete 257
Hernals (heute Teil von Wien)
– Auszeichnungen 168
Herrenhaus
– Abgeordnetenhaus XXI, CXXXV, 178, 243
– Adressdebatte XX
– Adresskommission XX
– Approvisionierung 291
– Arbeiterkammern 487
– Außenhandel 178, 212
– Ausstellungen 171 f., 220
– Banken 188, 220
– Bergwesen 212
– Besitzverhältnisse 168, 207, 473
– Eigentum, öffentliches 163, 207
– Einberufungen 175, 541
– Eisenbahnlinien 192, 203, 492
– Eisenbahnwesen LXXVI, 178 f., 220, 466
– Ernennungen XX ff., 319, 544–547
– Finanzpolitik XVIII, 449, 536
– Finanzwesen 204, 217, 235
– Genderfragen XLIV
– Gewerbe, produzierendes 521
– Gewerbeordnung LXI
– Gewerberecht LIII, LVII, 487
– Grundentlastungskommission 286
– Grundsteuerkommission XXI, 317
– Gruppe der Linken im Herrenhaus 534
– Gruppe der Rechten im Herrenhaus XLV, 544
– Justizwesen LXIV, 184 f., 492, 536
– Katastrophen, Unglücksfälle 521, 541
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVI
– Kirche, römisch-katholische XLVI, LII f., 533 f., 541
– Kommission, finanzielle 474
– Kommission, politische 474
– Kommission, volkswirtschaftliche 522
– Landwirtschaft LXIII f., 213, 291
– Lebenslauf, Minister XV–XIX
– Militär XCVII f., CI, CIII, 163, 184 f., 188, 210, 361, 526, 536
– Nationalitätenfrage XVII f.
– Personalpolitik XXV, 319
– Privatrecht 180, 235
– Rechnungskontrolle CXXXII, 474
– Regierung Adolph Auersperg XX
– Regierung Taaffe (1879–1893) XX ff., XXVIII, CXXXV
– Revolution, Aufstand 184 ff., 193, 211, 492, 536
– Schifffahrt LXXXI, 365
– Soziale Lage 443
– Sozialpolitik LXI, 521
– Sprachenfrage 214
– Sprachenpolitik XXXIV
– Staatsbedienstete 388
– Steuerwesen XXI, 164, 212
– Universitäten, Hochschulen XXII, XXXIV, 214
– Unterrichtskommission XLV f., 193, 533 f.
– Unterrichtswesen 167
– Vereinskommission 255, 292
– Verkehrswesen XIX, 172
– Verwaltungsgerichtshof 319
– Volksschulen XLIII–XLVI, 178, 194, 533 f., 541
– Volksschulgesetze XXI
– Wirtschaftsunternehmen 522

– Wucher LXI
– Zollwesen 465
Herrmann, Carl
– Auszeichnungen 493
Herrndorf (Kněževes u Rakovníka)
– Eisenbahnlinien 202
Herzog, Robert
– Gewerberecht 308
– Kirche, römisch-katholische LIII
Herzogenburg
– Eisenbahnlinien 282
Hietzing (heute Teil von Wien)
– Eisenbahnlinien 281
– Eisenbahnwesen 270
– Staatsbedienstete 370
Hillinger, Carl
– Auszeichnungen 428
Hinterbrühl
– Eisenbahnlinien 299
Hlohovec *siehe* Bischofswart
Hnilice małe
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII ff.
Hochenburger, Viktor Ritter v.
– Wucher LXI
Hoffmeister, Camille
– Unruhe, Streik 121
Hofmann, Alois
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXVI
– Unruhe, Streik CXIV ff., 121
Hofmann, Leopold Friedrich Freiherr v.
– Ernennungen 346
Hoheitssymbole
– Wappen XCIV f.
Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst, Egon Prinz zu
– Auszeichnungen 422
Hohenwart zu Gerlachstein, Carl Graf
– Abgeordnetenhaus XIII
– Finanzpolitik XCIII f.
– Finanzwesen 263
– Grenzen CXXXII, 387
– Landwirtschaft LVIII
– Personalpolitik XXV
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII
Hormuzaki, Eudoxiu Freiherr v.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 197
Horst, Julius
– Finanzpolitik 285
– Militär XCVI ff., 188, 360
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, XX
Hrabar, Olga
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII f., 357
– Nationalitätenfrage XLVIII
Hranice na Moravě *siehe* Mährisch Weißkirchen

Hrubesch, Franz
– Auszeichnungen 457
Hübner, Alexander
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXI
Hye v. Glunek, Anton Freiherr
– Volksschulen XLV

Innsbruck
– Auszeichnungen 538
– Finanzpolitik 411
– Katastrophen, Unglücksfälle 411, 538
Isola (Izola)
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Istrien (Markgrafschaft)
– Adel 426
– Attentat 385
– Auszeichnungen 332, 385, 426
– Jagd und Fischerei 457
– Kaiserreisen 385
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI
– Landtage 457
– Landwirtschaft LX, LXIII, 298
– Regierung Taaffe (1879–1893) LXIII
– Soziale Lage 442
– Zollgebiet LXVIII
Italien
– Attentat CXXII, 429, 443 f.
– Außenhandel LXVII
– Eisenbahnwesen LXXIX, 466
– Ernennungen 120
– Finanzpolitik 404 f., 408
– Justizwesen 429, 443 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVII, 363, 414, 440, 467
– Lebenslauf, Minister XVI
– Unruhe, Streik 120
Izola *siehe* Isola

Jablůnka *siehe* Jablunka
Jablunka (Jablůnka)
– Eisenbahnlinien 281

Jablunkau (Jablunkov)
– Sprachenpolitik 343
Jablunkov *siehe* Jablunkau
Jagd und Fischerei
– Binnenfischerei LXIII, 457
– Jagd LXIII, 299
Janovský, Viktor
– Regierung Taaffe (1879–1893) 530
– Schließungen 419
– Universitäten, Hochschulen XXXVII, 419
Jaroljmek, Ludwig
– Auszeichnungen 299
– Staatsbedienstete CVI
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVI
Jarosch v. Adlershort, Procop Ritter
– Unruhe, Streik 125
Jenkins, Eduard
– Eisenbahnwesen 268
Jenko, Valentin
– Ernennungen 469
Jennings, Sir Patrick Alfred
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Jessernigg, Gabriel Ritter v.
– Auszeichnungen 428
Jettenitz (Dětenice)
– Eisenbahnlinien 202
Jireček, Joseph
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L
– Sprachenfrage 340
Jiříkov *siehe* Georgswalde
Johann, Erzherzog von Österreich
– Auszeichnungen 261
Josefstadt
– Unruhe, Streik CXXVI
– Wahlen CXXVI
Joseph II., römisch-deutscher Kaiser
– Kirche, römisch-katholische LII
Jovanović, Stephan Freiherr v.
– Auflösungen 399 ff.
– Auszeichnungen 307, 348, 356, 491
– Bauten 158
– Einberufungen 326, 396 f., 479
– Ernennungen 117 f., 120
– Landtage 226
– Personalpolitik XXVI
– Revolution, Aufstand CXVII, CXIX f., 158, 183–186, 194 f., 199, 201 f., 211, 217, 221–224, 226 f., 229 f., 252, 254, 260, 441
– Sicherheitswesen 478 f.
– Unruhe, Streik 117–120
Jungbunzlau (Mladá Boleslav)
– Auszeichnungen 303
Jurančič, Franz
– Auszeichnungen 386
Jürschik, Ignaz
– Auszeichnungen 519
Justizministerium
– Approvisionierung 293, 297
– Auszeichnungen 356, 431, 463, 539
– Bauwesen 544
– Bergwesen 209
– Besitzverhältnisse 470 f.
– Disziplinarordnung CXXXI
– Errichtungen 188
– Finanzpolitik XCIII, 403, 405, 407 f., 448
– Finanzwesen 192, 259
– Justizwesen 160, 184, 191, 252 ff., 258 f., 492, 496, 536
– Kaiserreisen 441
– Katastrophen, Unglücksfälle 191, 539
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 357
– Landwirtschaft 293, 317
– Loyalitätskundgebungen 188
– Militär 184, 258 f., 496, 536
– Revolution, Aufstand 184, 186, 221, 225, 230, 252 ff., 258 f., 441, 492, 496, 536
– Sozialpolitik 487, 513 f.
– Sprachenpolitik XXXI f., XLI, 160, 342, 376, 378
– Staatsbedienstete 389
– Wirtschaftsunternehmen 521 f.
Justizpalast
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
Justizwesen *siehe auch* Gerichtshof, Oberster; Reichsgericht; Verwaltungsgerichtshof
– Advokatenkammern *siehe dort*
– Bezirksgerichte *siehe dort*
– Bosnien-Herzegowina CV f.
– Gerichte, allgemein XXXII, XLI, 227
– Geschworenengerichte CXVIII, 158, 160, 252 ff., 429, 492
– Hinrichtungen CXXII f., 428, 430, 443, 445
– Kreisgerichte *siehe dort*
– Landesgerichte *siehe dort*
– Militärgerichtsbarkeit CXVII f., 184 f., 254, 258 f., 496, 536

– Oberlandesgerichte *siehe dort*
– Ringtheaterprozess 191
– Sprache, slowenische 159 f.
– Staatsanwaltschaften *siehe dort*
– Überlastung LXIV
– Zivilgerichte 222

Kaiserebersdorf
– Eisenbahnlinien LXXIX
– Eisenbahnwesen LXXIX
Kaiserreisen
– Dalmatien 1875 441
– Triest 1882 CXII, CXXI, CXXIV, 311 ff., 328 f., 384, 386, 420, 428
Kalchberg, Victor Freiherr v.
– Auszeichnungen 255
Kállay, Benjamin
– Bosnien-Herzegowina 461
Kallina v. Urbanow, Franz Ritter
– Personalpolitik XXIV
Kálnoky v. Köröspatak, Gustav Graf
– Annexion CVII
– Attentat 443
– Außenhandel LXVIII, 161, 167
– Ausstellungen 158, 540
– Auszeichnungen 166, 168, 337, 423, 431, 456, 491, 520
– Besitzverhältnisse 472
– Bosnien-Herzegowina 461, 463
– Eisenbahnwesen 178, 470
– Ernennungen 232
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVIII, 197
– Kirche, römisch-katholische 175 ff.
– Revolution, Aufstand CXX, 184, 227–230
– Sprachenfrage 275 ff.
– Vertrag, internationaler 244 f.
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVII
Kaltenleutgeben
– Eisenbahnlinien 281
Kamiński, Ignaz Ritter v.
– Eisenbahnlinien 205
– Eisenbahnwesen LXXV f.
Kamnik *siehe* Stein in Krain
Kanal ob Soči *siehe* Canale d'Isonzo
Karlovy Vary *siehe* Karlsbad
Karlsbad (Karlovy Vary)
– Personalpolitik XXV
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXIII
– Staatsbedienstete 369 f.
– Unruhe, Streik CXIII, 116
Kärnten
– Adel 428
– Attentat CXXIV, 384, 420, 461
– Außenhandel 212
– Auszeichnungen CXXIV, 384, 420, 428, 461
– Bergwesen 212
– Einberufungen 542 ff.
– Eisenbahnwesen LXXIX
– Finanzpolitik XVIII, 404, 412, 509, 516 ff.
– Kaiserreisen 384, 420
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI f., 354, 412, 509, 516 ff., 542 ff.
– Lebenslauf, Minister XVIII
– Staatsbedienstete CVII
– Steuerwesen 212
– Verkehrswesen XVIII
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVII
– Volksschulen 493 f.
Katastrophen, Unglücksfälle
– Auszeichnungen CXXVIII, 537, 539
– Bauordnung CXXIX
– Erbschaftsgebühren CXXIX
– Flussregulierungen 521
– Getreide 363, 414, 440, 467 f.
– Grundsteuer 414, 440
– Kosten CXXVI f.
– Landtag, Kärnten 541, 544
– Landtag, Tirol CXXVII
– Missernte CXXVI, CXXX
– Nationaltheater, tschechisches CXXIX f.
– Personalpolitik CXXIX
– Ringtheaterbrand CXXVIII f., 191
– Ringtheaterprozess CXXIX
– Überschwemmungen XC, CXXVI f., 354 f., 411, 415, 438, 440, 479 f., 488 f., 495 f., 509, 516, 518
– Umweltschutz CXXVII f.
– Zolltarif CXXVII, 363, 414, 440, 467 f.
Kazbunda, Karel
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
Keller, Gustav Ritter v.
– Auszeichnungen 520
– Ernennungen 266
Kemény v. Magyargyerőmonostor, Gábor Freiherr
– Außenhandel 161
– Ausstellungen 171
– Eisenbahnlinien 350 f.

– Eisenbahnwesen 237 ff., 456, 466
– Katastrophen, Unglücksfälle 363, 440 f.
– Vertrag, internationaler 245 f.
Kempelen, Moriz, v.
– Auszeichnungen 366
Kiowsky, Augustin
– Kirche, römisch-katholische 165 f., 175 ff.
Kirche, evangelische
– Kirchengemeinden, evangelische 538
– Mährisch-Schlesische Superintendenz Augsburger Konfession 380
– Oberkirchenrat, evangelischer 380 f.
Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte)
– Auszeichnungen XLIX, L, 308
– Basilianerorden (Ordo Sancti Basilii Magni) XLVIII f., L, 196 f., 308
– Entlassungen XLIX
– Generalseminar, Lemberg 460
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) XLVII, L
– Kirche, römisch-katholische XLV
– Konfessionswechsel XLVII f., L, 357
– Nationalitätenfrage XLVIII
– Novizenkloster Dobromil, Basilianerorden XLVIII f., 196
– Orden, geistliche XLVIII f., 196 f.
– Prozess XLVII f., 357
– St. Barbara-Konvikt, Wien 460
– Volksschulen XLVII
Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte)
– Bistum Cattaro, griechisch-orthodoxes (griechisch nicht uniertes) L
– Bistum Zara, griechisch-orthodoxes (griechisch nicht uniertes) L
– Bosnien-Herzegowina CX
– Eingemeindungen LI, 549 f.
– Errichtung, Erzbistum L
– Erzbistum Belgrad, griechisch-orthodoxes (griechisch nicht uniertes) CX
– Erzbistum Czernowitz, griechisch-orthodoxes (griechisch nicht uniertes) L f., 197, 247, 288, 549 f.
– Erzbistum Karlóca, griechisch-orthodoxes (griechisch nicht uniertes) CX, 550
– Erzbistum Sarajewo, griechisch-orthodoxes (griechisch nicht uniertes) CX
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII, L
– Kirchengemeinde Dreifaltigkeit und des Heiligen Spyridon in Triest, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 550
– Kirchengemeinde Heilige Dreifaltigkeit in Wien, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) LI, 549 f.
– Kirchengemeinde Heiliger Georg in Wien, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) LI, 549 f.
– Kirchengemeinde Heiliger Sava in Wien, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) LI
– Kirchengemeinde San Nicolò dei Greci in Triest, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 550
– Patriachat Konstantinopel CX
– Religionsfonds, griechisch-orthodoxe 198
– Synode L f., LIII, 197 f., 247 f.
Kirche, römisch-katholische
– Auszeichnungen 296
– Beziehungen, internationale LIII, 308
– Bistum Breslau, römisch-katholisches LIII, 308
– Bistum Brünn, römisch-katholisches 165, 175 f.
– Bistum Leitmeritz, römisch-katholisches 177
– Bistum Linz, römisch-katholisches 268, 318
– Bistum Parenzo-Pola, römisch-katholisches 307
– Deutscher Orden 545 f.
– Deutsch-Ordens-Priesterkonvent, Lana 391
– Diözesanlehranstalt in Klagenfurt, Theologische 428
– Domkapitel, Brünn 165
– Domkapitel, Lavant 464
– Einkommen, Geistlichkeit LI f., 268, 317, 319
– Ernennungen LII f., 164, 166, 175, 177, 307 f.
– Erzbischöfliches Seminar, Prag 176
– Erzbistum Salzburg, römisch-katholisches 549
– Erzbistum Wien, römisch-katholisches CXXXIV, 490
– Gesellschaft Jesu (Jesuiten) XLVIII f., L, 196 f.
– Karlskirche, Wien 302
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLV
– Kollegialkapitel, Wyschehrad 296

– Konsistorium, Brünn 176
– Kreuzherrenorden mit dem roten Stern 164
– Malteserorden 545
– Prämonstratenserstift, Selau 254, 278
– Religionsfonds, oberösterreichischer LI, 268
– Stift Lilienfeld 206
– Stift Mattsee 294
– Stift Reichersberg 519
– Teilungen LIII
– Theologischen Diözesenlehranstalt, Laibach 386
– Volksschulen XLIV, 533 f., 541
– Zentralseminar, Görz 307
– Zisterzienserstift Hohenfurt 391, 492
Kirchen, Religionen *siehe auch* unter den Kirchen; Muslime; Bekenntis, ohne
Kirchenpolitik
– Außenpolitik XLIX, L
Kirchmayer, Franz
– Adel 424
– Auszeichnungen 424
Kisch, Ergon Erwin
– Unruhe, Streik 109
Klagenfurt am Wörthersee
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
– Volksschulen 494
Kleinasien
– Auszeichnungen 166
Klier, Franz
– Unruhe, Streik 125
Klimesch, Anton
– Auszeichnungen 496
Klofutar, Leonhard
– Auszeichnungen 386
Kněževes u Rakovníka *siehe* Herrndorf
Kočevje *siehe* Gottschee
Kochanowski, Anton
– Einberufungen 289
Kolbe, Joseph
– Wahlen 530
Kolešovice *siehe* Kolleschowitz
Kolleschowitz (Kolešovice)
– Eisenbahnlinien 202
Kolmer, Gustav
– Finanzpolitik LXXXIV, XCIV
– Steuerwesen LXXXIV
Komárno *siehe* Komarno
Komarno (Komárno)
– Eisenbahnlinien 534
Kompetenzen
– Reichsgericht CXXX
– Verwaltungsgerichtshof CXXX
Konstantinopel
– Eisenbahnwesen LXXX
Konsulate *siehe* Missionen in auswärtigen Staaten
Kopenhagen
– Ausstellungen 280
– Auszeichnungen 280
Koper *siehe* Capodistria
Kopp, Joseph
– Eisenbahnwesen LXXV
Korb v. Weidenheim, Carl Freiherr
– Auszeichnungen 255
– Eisenbahnwesen LXXVII
– Finanzpolitik 446
– Gewerberecht LIII f., 481
– Personalpolitik XXIV
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, XX, CXXXV
Korczak-Korytyński, Zeno Ritter v.
– Auszeichnungen 308
Kotor *siehe* Cattaro
Kozłowski, Sigmund Ritter v.
– Eisenbahnwesen LXXIV
Krain
– Besitzverhältnisse 410
– Ernennungen 337
– Feierlichkeiten CXXXIII f.
– Finanzpolitik 447
– Grenzen CXXXII, 387
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
– Legislaturperioden CXXXIII, 392, 394, 396
– Unterrichtswesen 337
– Volksschulen 532
Krakau (Kraków)
– Schulen, höhere 409
– Unruhe, Streik CXXV
– Unterrichtswesen 166
Kraków *siehe* Krakau
Krasicki, Kazimir Graf
– Ernennungen 544
Krasna (Krásno, Krásno nad Bečvou, heute Teil von Valašské Meziříčí)
– Eisenbahnlinien 280, 534
Krásno *siehe* Krasna
Krásno nad Bečvou *siehe* Krasna
Kraus, Alfred Freiherr v.
– Auszeichnungen 218 f., 256, 278, 296, 303

– Ernennungen 119 f., 122 f.
– Kirche, römisch-katholische 164 f., 177
– Landtag, Böhmen 334
– Personalpolitik XXV f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIII f., 529
– Schließungen XXXIX, 398, 415–419
– Sicherheitswesen 431
– Sprachenfrage XXXV, 214 f., 341
– Staatsbedienstete 257 f.
– Universitäten, Hochschulen XXXVII, 309, 323, 401 f., 417 ff., 529
– Unruhe, Streik CXIV, 114, 119 f., 122 f., 125
– Verwaltung, politische 355
– Wahlreform XXIII f., 364 f., 375 f.
Kreisgerichte
– allgemein LXIV
– Cattaro CXVIII, 224, 252 ff., 492
– Ragusa 224, 254
– Spalato 254
– Teschen 343
– Wadowice 188
Kremer v. Auenrode, Alfred Ritter
– Eisenbahnwesen 75, 79
– Gewerberecht LIV, 481
– Lebenslauf, Minister XVIII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV f., CXXXV
– Verkehrswesen XVIII
Krems
– Eisenbahnlinien 282
Kremsier (Kroměříž)
– Schulen, höhere 409
Krenn, Eduard Ritter v.
– Auszeichnungen 234
– Ernennungen 266
Kriegs-Au, Adolph Freiherr v.
– Finanzpolitik XVII, LXXXIII
– Lebenslauf, Minister XVII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
– Steuerwesen LXXXIII
Kriegsgericht
– Attentat CXXII
– Justizwesen CXXII
Kriegsministerium
– Ausstellungen 158
– Bauten 157 f.
– Bewaffnete Macht, gesamte CIV, 433, 451
– Dualismus 433
– Eigentum, öffentliches 162
– Eisenbahnwesen LXXVIII, LXXX, 466, 469 f.
– Finanzpolitik LXXXII, 420, 446, 451
– Finanzwesen 358
– Militär LXXVIII, XCVIII, CIV, 162, 361 f., 374, 433, 451
– Revolution, Aufstand 157 f., 195, 218, 223, 225, 228
– Sicherheitswesen 157 f.
– Zollwesen 464
Krk *siehe* Veglia
Kroatien-Slawonien
– Adel 424
– Auszeichnungen 424
– Bosnien-Herzegowina 463
– Grenzen 387
Krohn, Pietro
– Auszeichnungen 280
Kroměříž *siehe* Kremsier
Kronawetter, Ferdinand
– Eisenbahnwesen 456
– Unruhe, Streik 453
– Wahlen CXXV f.
Kronländer, allgemein
– Militär CIII
Krticzka v. Jaden, Carl Ritter
– Ernennungen 234
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX
Krupá *siehe* Krupa
Krupa (Krupá)
– Eisenbahnlinien 202
Kübeck zu Kübau, Guido Freiherr
– Ernennungen 430 f., 469
– Unruhe, Streik 110
Kubin, Gustav
– Bauwesen 242, 544
– Einberufungen 325, 396, 479, 542
– Ernennungen 117
– Gemeinden 186 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle 354, 412 f., 480, 488 f., 516
– Kultureinrichtungen 336
– Landtag, Böhmen 334
– Legislaturperioden 392 f.
– Revolution, Aufstand 185, 200, 221
– Schifffahrt 365
– Sprachenpolitik 356, 376
– Staatsbedienstete 390
– Unruhe, Streik 117
– Verwaltung, politische 335, 355

– Virilstimmen 332
– Wahlen 391
– Wahlreform 364, 375
Kuchelbad (Chuchle, heute Teil von Prag)
– Ernennungen 121
– Personalpolitik XXV
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXIV
– Unruhe, Streik CXII, CXIV, 109, 121, 125
Kufelkowski, Hypolit
– Auszeichnungen 160
Kufstein
– Auszeichnungen 456
Kukawski, Leopold
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII
Kultureinrichtungen
– Akademie der bildenden Künste 336
– Akademie der bildenden Künste, Berlin 280
– Bauordnung 336
– Det Kongelige Teater (Königlich Dänisches Theater) 280
– Hilfskomitee für die beim Brande des Ringtheaters Verunglückten 304
– Kunstgenossenschaft, Allgemeine Deutsche 279 f.
– Landestheater, Deutsches, Prag 398, 416
– Národní divadlo (Tschechisches Nationaltheater) CXXIX f., 261
– Philharmonische Gesellschaft, Laibach 360
– Real Academia de Bellas Artes de San Fernando (Königliche Akademie der Schönen Künste von San Fernando) 279
– Ringtheater, Wien CXXVIII f., 191, 304, 336
– Sommertheater, deutsches, Prag 398, 416
– Theater, allgemein CXXIX, 336
– Theatersicherheitskommission 304
Kunewald (Skoronice)
– Eisenbahnlinien 282
Kunovice u Valašského Meziříčí *siehe* Kunowitz

Kunowitz (Kunovice u Valašského Meziříčí)
– Eisenbahnlinien 534
Kunst und Kultur
– Kultureinrichtungen *siehe dort*
Kurie des Großgrundbesitzes
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII ff.
– Wahlreform XXII ff.
Kürschner, Alois
– Auszeichnungen 206
Kurtaxen
– Landtag, Niederösterreich 182 f.
Küstenland
– Adel 424, 427
– Attentat CXXI, CXXIII f., 384, 420, 461
– Auszeichnungen CXXIV, 384, 420, 424, 427, 461
– Eisenbahnwesen LXXVIII
– Feierlichkeiten CXXI
– Kaiserreisen 384, 420
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI
– Soziale Lage 442
– Sprachenpolitik XXIX, XXXIII
Kvíčala, Johann
– Landtag, Böhmen XXXIX
Kwizda, Franz Johann
– Auszeichnungen 173
Kyjov *siehe* Gaya

Ladinser, Franz
– Auszeichnungen 304
Lafenestre, Georges
– Auszeichnungen 279
Lagye, Victor
– Auszeichnungen 337
Laibach (Ljubljana)
– Adel 219
– Finanzwesen 359 f.
– Volksschulen 532
Lainz
– Eisenbahnlinien 281
Lambl, Johann
– Personalpolitik XXVII
– Universitäten, Hochschulen 309
Landesausschüsse
– Böhmen XXVIII, 528
– Bukowina 208, 289
– Dalmatien CXX, 478
– Galizien XCI, 192, 208, 328, 332 f., 338, 382
– Istrien 258
– Kärnten 517, 541 ff.
– Niederösterreich 305, 490, 530
– Schlesien XLI, 194, 343 f., 458
– Tirol 354, 439, 467, 479 f., 488 f., 537
Landesgerichte
– allgemein LXIV
– Czernowitz 230
– Lemberg 357

Landesverteidigungsministerium, Ungarn
– Bewaffnete Macht, gesamte 434
– Dualismus 434
– Militär 264, 362, 434
Landesverwaltungen
– Kärnten XXVI, 120
– Krain 360, 400
– Schlesien XXVI, CVII, 181, 342, 346
Landtag, Böhmen
– Abgeordnetenhaus 243 f.
– Alttschechen (Národní strana, Nationalpartei), Landtag 340, 364 f., 375, 417
– Auflösungen 527 f.
– Bauten 340
– Einberufungen 325 f.
– Kurie des Großgrundbesitzes, Böhmen 527 f.
– Lebenslauf, Minister XV
– Legislaturperioden 393, 395
– Militär 526
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIII f., XXVIII, 527 f.
– Schließungen XXXIX, 397 f., 415 ff.
– Sprachenfrage 340, 355
– Universitäten, Hochschulen XXXIII, XXXVIII f., 334 f., 415 ff., 528
– Verwaltung, politische 335, 355
– Virilstimmen XXXVIII f., 334 f., 415
– Volksschulen 493
– Wahlreform XXIII f., 364 f., 375 f., 527 f.
Landtag, Bukowina
– Bergwesen 208
– Einberufungen 175, 288 f., 303
– Finanzpolitik XVIII
– Landtage 226
– Lebenslauf, Minister XVIII
– Verkehrswesen XVIII
Landtag, Dalmatien
– Attentat CXXIV
– Bauwesen 242
– Einberufungen 175, 288, 326, 396 f., 479
– Gemeinden 186 f.
– Landtage 226
– Revolution, Aufstand CXX
Landtag, Galizien
– Bergwesen 208 f.
– Dualismus 315
– Einberufungen 175, 289, 303, 325
– Ernennungen 546
– Finanzpolitik XVII f., XCI, 284 f., 287 f., 382 f.
– Grundbücher 338
– Jagd und Fischerei 457
– Landtag, Niederösterreich 333
– Landtag, Steiermark 333 f.
– Landtage 457
– Landwirtschaft 315
– Lebenslauf, Minister XVI ff.
– Legislaturperioden 393, 395
– Militär 305 f., 327
– Nationalitätenfrage XVII f.
– Universitäten, Hochschulen 332
– Virilstimmen 332 ff.
– Volksschulen 533
Landtag, Görz und Gradisca
– Einberufungen 175
– Finanzpolitik XVIII
– Gemeindewesen 242 f.
– Lebenslauf, Minister XVIII
– Verkehrswesen XVIII
Landtag, Istrien
– Einberufungen 174 f., 289, 303, 325
– Jagd und Fischerei 299, 457
– Landtage 457 f.
– Landwirtschaft 258, 298 f., 457 f., 497
Landtag, Kärnten
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
– Einberufungen 325, 520, 541–544
– Finanzpolitik 439, 517 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle 439, 517 f., 541–544
– Volksschulen 493
Landtag, Krain
– Einberufungen 175, 289, 303, 325, 396
– Ernennungen 337 f.
– Feierlichkeiten CXXXIII f.
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
– Lebenslauf, Minister XVII
– Legislaturperioden CXXXIII, 392–396
– Nationalitätenfrage XVII
– Unterrichtswesen 337 f.
– Volksschulen 532 f.
Landtag, Mähren
– Einberufungen 325
– Lebenslauf, Minister XVI
– Militär 478
Landtag, Niederösterreich
– Bauten 336

– Einberufungen 325
– Feierlichkeiten CXXXIV, 490 f.
– Gemeinden 187
– Gewerberecht 326
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX
– Kultureinrichtungen 336
– Kurtaxen 182
– Landwirtschaft 305
– Lebenslauf, Minister XVII
– Nationalitätenfrage XVII
– Soziale Fürsorge 326
– Virilstimmen 333
– Volksschulen 173, 497
Landtag, Oberösterreich
– Einberufungen 325
– Feierlichkeiten 491
– Lebenslauf, Minister XVI
Landtag, Salzburg
– Einberufungen 325
– Ernennungen 294 f.
– Volksschulen XLIII, 248, 294 f.
Landtag, Schlesien
– Einberufungen 325
– Kirche, römisch-katholische LIII
– Sprachenpolitik 343 ff., 356, 376
Landtag, Steiermark
– Einberufungen 175
– Landwirtschaft 246, 316
– Schifffahrt 365
– Virilstimmen 333
Landtag, Tirol
– Ausgleich, wirtschaftlicher 467, 489 f.
– Ausschuss für die Überschwemmungsangelegenheiten 479
– Auszeichnungen 537 f.
– Einberufungen 174 f., 468, 542
– Finanzpolitik XC, 413 f., 439, 479, 488, 495, 517
– Katastrophen, Unglücksfälle XC, CXXVII, 413 f., 439, 467, 479, 488 ff., 495, 517, 537 f., 542
– Tirol 467, 489 f.
Landtag, Vorarlberg
– Einberufungen 175, 325
– Landwirtschaft 246 f., 316
– Unterrichtswesen 330 f., 391
Landtage
– allgemein XX, XXXIX, LVIII, LX, LXIII, CXXXIII, 174, 294 f., 392, 396, 398
– Einberufung 226
– Fischerei 457
– Jagd 457
– Landeschefs *siehe dort*
– Landtagskommissäre *siehe dort*
– Landwirtschaft 457 f.
Landwirtschaft
– Besitzänderungen LVIII, 178, 316 f.
– Feldschutz LXIII, 305
– Fischerei 246, 316
– Genossenschaften 457 f.
– Grundentlastung LVIII, 315 f.
– Hochschule für Bodenkultur 459 f.
– Interessenvertretung 246 f., 258, 457 f.
– Korporationen LIX f.
– Landeskulturrat LX
– Landeskulturrat, Böhmen LX
– Landeskulturrat, Istrien 258, 457
– Landeskulturrat, Vorarlberg 246
– Landwirtschaftsgesellschaft, Istrien 258
– Landwirtschaftsgesellschaft, Kärnten 541
– Melioration LIX
– Schulwesen LIX
– Seuchen LVIII, LXIII f., 213, 291
– soziale Lage LVII f.
– Viehzucht LXIII, 298 f., 497
Langenbacher, Anton
– Auszeichnungen 366
Langer, Carl
– Regierung Taaffe (1879–1893) 529
– Universitäten, Hochschulen 529
Langer, Joseph
– Unruhe, Streik 115
Lantschner, Joseph
– Auszeichnungen 538
Lapenna, Alois Freiherr v.
– Ernennungen 266
Lasser v. Zollheim, Joseph Freiherr
– Approvisionierung 291
– Finanzpolitik 286
– Landwirtschaft LXIII
– Legislaturperioden 392
– Schifffahrt 365
Latour, Theodor Graf
– Auszeichnungen 422
Lauczka (Loučka u Valašského Meziříčí)
– Eisenbahnlinien 534
Lautner, Franz
– Ernennungen 430, 469

Lazarini, Oscar Freiherr v.
– Eisenbahnlinien 218, 282
Lederer, Moriz
– Volksschulen 510
Lefebvre, Jules
– Auszeichnungen 337
Legislaturperioden
– 600-Jahrfeier Habsburger Herrschaft in Krain CXXXIII
– Landtage CXXXIII, 392, 396
Leipzig
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Leitmeritz (Litoměřice)
– Kirche, römisch-katholische LIII, 164, 177
– Landtag, Böhmen 416
– Schließungen 416
– Universitäten, Hochschulen 416
Lemayer, Carl Freiherr v.
– Auszeichnungen 251
Lemberg (Lwów, L'viv)
– Ernennungen 182, 231
– Finanzpolitik 383
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 357
– Landtag, Steiermark 334
– Personalpolitik XXVII
– Virilstimmen 334
Leo XIII., Papst
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLIX, 197
Leopold II., König der Belgier
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXX
Lešná *siehe* Löschna
Lettis, Franz
– Revolution, Aufstand 252
Levey, George Collins
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Levitschnigg, Bartholomäus
– Auszeichnungen 428
Lewicki, Nikolaus
– Auszeichnungen 308
Libáň *siehe* Liban
Liban (Libáň)
– Eisenbahnlinien 202
Liberec *siehe* Reichenberg
Lienbacher, Georg
– Außenhandel 178
– Ernennungen 167
– Regierung Taaffe (1879–1893) XV, XXII
– Unruhe, Streik CXXIV
– Volksschulen XLIII f.
– Wahlreform XXII
Liesing (heute Teil von Wien)
– Eisenbahnlinien 281
Linhart, Wilhelm
– Unterrichtswesen 338
Linz
– Auszeichnungen 519
– Eisenbahnlinien 281
– Ernennungen 182
– Personalpolitik XXVI
Lipovatz, Thomas
– Auszeichnungen 363
Litija *siehe* Littai
Litoměřice *siehe* Leitmeritz
Littai (Litija)
– Ernennungen 338
– Unterrichtswesen 338
Ljubljana *siehe* Laibach
Lobkowitz, Georg Christian Fürst v.
– Regierung Taaffe (1879–1893) LX
Lodron-Laterano, Caspar Graf zu
– Personalpolitik XXV
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXI
Loebl, Hermann
– Auszeichnungen 547
Lombardo-Venetien
– Ernennungen 469
– Gewerberecht 484
London
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Lorenz, Franz
– Staatsbedienstete 257
Löschna (Lešná)
– Eisenbahnlinien 280
Lott, Julius
– Auszeichnungen 536
Loučka u Valašského Meziříčí *siehe* Lauczka
Loyalitätskundgebungen
– Hochschule für Bodenkultur 548
– Justizwesen 188
Lubaczów
– Auszeichnungen 536
Ludolf, Emanuel Graf
– Attentat 443
Lunardelli, Clemens
– Auszeichnungen 218

Lürzer, Franz v.
– Auszeichnungen 428
Luschka, Maximilian
– Adel 219
Luzzatto, Raphael
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
L'Allemand, Siegmund
– Auszeichnungen 336
L'viv *siehe* Lemberg
Lwów *siehe* Lemberg

Madrid
– Ausstellungen 279
– Auszeichnungen 279
Mähren
– Auszeichnungen L
– Besitzverhältnisse 410
– Eisenbahnwesen LXXVIII
– Ernennungen 181
– Finanzpolitik LXXXVIII f., XCIII, 407, 446
– Finanzwesen 360
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) L
– Lebenslauf, Minister XIX
– Militär 328, 478
– Nationalitätenfrage L
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXXXIV
– Schulen, höhere 409
– Sprachenpolitik XXX, XXXIV, XL, 342
– Unterrichtspolitik XCIII
– Unterrichtswesen XL, 510
– Verkehrswesen XIX
– Volksschulen 510
Mährisch Weißkirchen (Hranice na Moravě)
– Eisenbahnlinien 280
– Schulen, höhere 409
Mailand (Milano)
– Lebenslauf, Minister XVII
– Nationalitätenfrage XVII
Maine *siehe* Maini
Maini (Maine)
– Revolution, Aufstand 194
Makri (Fethiye)
– Auszeichnungen 166
Malfèr, Viktor
– Finanzpolitik XC
– Katastrophen, Unglücksfälle XC
Malnig, Franz
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Marchfeld
– Feierlichkeiten 490
Mariánské Lázně *siehe* Marienbad
Marienbad (Mariánské Lázně)
– Staatsbedienstete 370
Marienthal (Marijindol)
– Grenzen CXXXII, 387
Marijindol *siehe* Marienthal
Maron
– Auszeichnungen 423
Marx Freiherr v. Marxberg, Wilhelm
– Ernennungen 234
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX
– Unruhe, Streik 109
Masetto
– Katastrophen, Unglücksfälle 521
Mattuš, Karel
– Sprachenfrage 340
Matzenauer, Joseph
– Auszeichnungen 304
Mauer (heute Teil von Wien)
– Eisenbahnlinien 281
Maurovich, Joseph
– Auszeichnungen 422 f.
Mayer, Ignaz
– Auszeichnungen 519
Mayer, Laurenz
– Wahlen 530
Mayr, Hermann
– Auszeichnungen 533
Mecklenburg
– Gewerberecht LIV
– Sozialpolitik LIV
Meidling
– Eisenbahnwesen 270
Melbourne
– Adel 540
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Menger v. Wolfensgrün, Max
– Militär 362
– Revolution, Aufstand 194
– Volksschulen XLIV
Meran (Merano)
– Auszeichnungen 538
– Katastrophen, Unglücksfälle 538
– Lebenslauf, Minister XVI

Meran, Anna Gräfin v.
– Auszeichnungen 261 ff., 539
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVIII
Merano *siehe* Meran
Mezník, Anton
– Auszeichnungen 465
Milano *siehe* Mailand
Militär
– Angehörige Mobilisierter CI
– Ärzte XCVIII, CIII
– Auswanderung XCVIII
– Bewaffnete Macht, gesamte *siehe dort*
– Bosnien-Herzegowina CX f.
– Einjährig-Freiwillige XCVII f., 161 f.
– Eisenbahnwesen LXXVIII
– Ergänzungsbezirke XCIX
– Ersatzreserve XCVII f., 194, 265 f., 362, 411, 451, 474
– Heeresorganisation XCVI, XCIX, C, 264, 266, 432, 434, 525 f.
– Infanterie XCIX
– Invalidenversorgung C f., CIII
– Kriegsleistungsgesetz 451 f.
– Kriegsmarine XCVII
– Kriegsopfer C, CII
– Militär, allgemein 163, 265, 453
– Militärgeichtsbarkeit CXVII f., 184 f., 254, 258 f., 496, 536
– Militärgerichte XVI, CXVIII, 119, 184 f., 201, 222, 227 f., 252, 259, 536
– Militärkanzlei Sr. Majestät 119, 545
– Militärobergericht CXIV, 119, 122
– Militärspitalsfonds 358
– Militärstrafprozessordnung CIII
– Militärtaxe C ff., 210
– Militärtaxfonds CI f., 210
– Militär-Tierarzneiinstitut 162
– Mobilisierung CIII, 194
– Okkupation XII, LXXXIV
– Okkupationsfeldzug XCV, C
– Okkupationskorps, bosnisches 265
– Pensionswesen C, CIII
– Pferdebedarf CIII, 373, 375, 451 f.
– Rekrutenkontingente 491
– Reservisten C ff., 265
– Revolution, Aufstand CII
– Schießstandswesen CIII, 451
– Staatsbedienstete CIII
– Staatseigentum 162 f.
– Stellung XCVII
– Stellungsflüchtlinge 397
– Unterbringung CIII, 305 f., 327, 478, 526
– Verluste C
– Veteranenverein, Triest 310, 314, 329
– Volksschullehrer CIII
– Wehrgesetz XCVI ff., C, 360, 362, 411
– Wehrkreis, Cattaro CXVI f., 199
– Wehrkreis, Ragusa CXVII, 199
– Wehrpflicht XCVIII f., C, CIII
– Witwen, Waisen C ff., 179, 188 f., 210, 451
Militärgerichtshof
– Eigentum, öffentliches 162
– Militär 162
Militärgrenze
– Grenzen CXXXII
Ministerium der Finanzen *siehe* Finanzministerium
Ministerium der Justiz *siehe* Justizministerium
Ministerium des Äußern
– Adel 423, 425
– Annexion CVII
– Außenhandel 167
– Ausstellungen 158, 280, 336, 540 f.
– Auszeichnungen 166, 168, 280, 336, 423, 425, 431, 456, 491, 520, 540 f.
– Bosnien-Herzegowina 461
– Eisenbahnwesen 466, 470
– Finanzwesen 358
– Revolution, Aufstand 200, 226, 228
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVII
Ministerium des Innern
– Approvisionierung 291 ff., 297
– Auszeichnungen 206, 267, 303 f., 348, 366, 539
– Bauten 336
– Bauwesen 242, 544
– Besitzverhältnisse 470
– Einberufungen 325, 479, 542 f.
– Eisenbahnwesen 465
– Ernennungen 117
– Finanzpolitik XCIII, 284, 408, 411, 445, 516
– Finanzwesen 360
– Gemeindewesen 242
– Grundbücher 339
– Justizwesen 184, 496
– Katastrophen, Unglücksfälle 411, 516, 521, 542 f.
– Kultureinrichtungen 336
– Landwirtschaft 292 f., 298, 305
– Militär 184, 496

– Regierung Stremayr XIII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII
– Regierungsbildung, Versuch XII
– Revolution, Aufstand 184 ff., 199 f., 217, 348, 496
– Schifffahrt 365
– Soziale Lage 442
– Sozialpolitik 487, 514
– Sprachenpolitik XXXI, 345, 376
– Universitäten, Hochschulen 332
– Unruhe, Streik 117
– Virilstimmen 332
– Wahlen 289, 391
Ministerium für Kultus und Unterricht
– Auszeichnungen 251
– Bekenntnis, ohne LI, 174
– Finanzpolitik LXXXVIII, XCIII, 403, 406 f., 446
– Kirche, römisch-katholische 268
– Militär 161
– Regierung Stremayr XIII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
– Schließungen 417 f.
– Schulen, höhere 352, 458 f.
– Sprachenpolitik XLI, 352
– Universitäten, Hochschulen XXXIV, 327, 417 f.
– Unruhe, Streik 113
– Unterrichtswesen 166, 458 f., 509
– Volksschulen 509
Ministerium für Landesverteidigung
– Bewaffnete Macht, gesamte 434, 451, 474
– Dualismus 434
– Finanzpolitik 408, 446, 451
– Justizwesen 184, 496
– Militär XCVIII, 184, 361, 434, 451, 496
– Revolution, Aufstand 184, 221, 496
– Staatsbedienstete 389 f.
Ministerrat
– Belobigung 232 f.
– Wirkungskreis 219 f.
Ministerrat, gemeinsamer
– Annexion CVIII
– Auszeichnungen 347
– Bosnien-Herzegowina CV, 461, 463
– Eigentum, öffentliches 163
– Finanzpolitik XCII, 498
– Finanzwesen 358 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) CX
– Militär 163
– Muslime CX
– Revolution, Aufstand CXIX, 211
– Steuerwesen 163
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV, CVIII
– Zentralstellen CV
– Zollwesen LXVI
Ministerratspräsidium
– Staatsbedienstete 369 ff.
Ministerratsprotokolle
– Erhaltungszustand CXXXVII f.
– Justizpalastbrand CXXXVII f.
Missionen in auswärtigen Staaten
– Botschaft im Osmanischen Reich 358
– Generalkonsulat, Berlin 512
– Generalkonsulat, Konstantinopel 358
– Konsulat, Bombay 358
– Konsulate in Ägypten 358
Mitteilungen, offizielle
– Telegrafenkorrespondenzbüro 411
Mitteis, Robert
– Auszeichnungen 304
Mladá Boleslav *siehe* Jungbunzlau
Mlady, Christian
– Auszeichnungen 299
Mödling
– Eisenbahnlinien 299
– Kurtaxen 182
Mohammedaner *siehe* Muslime
Mohelnice *siehe* Müglitz
Monfalcone
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Monte *siehe* Gmund
Montenegro
– Außenhandel LXVII
– Bauten 158
– Revolution, Aufstand CXVII, CXIX, 158, 183, 201, 223 f., 226, 228 ff.
– Schifffahrt LXXX
– Sicherheitswesen 158
Montona (Motovun)
– Kirche, römisch-katholische 307
Morariu Andriewicz, Sylvester
– Einberufungen 289
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) L, 549
Morawitz, Vincenz
– Adel 519

Moro, Max Ritter v.
– Auszeichnungen 428
Morpurgo de Nilma, Marcus Ritter
– Adel 421
– Auszeichnungen 421, 426
Morpurgo, Emil Freiherr v.
– Auszeichnungen 422
Morpurgo, Joseph Freiherr v.
– Auszeichnungen 422
Morpurgo, Marcus Freiherr v.
– Auszeichnungen 421 f., 425, 427
Morris, Augustus
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Motovun *siehe* Montona
Müglitz (Mohelnice)
– Kirche, römisch-katholische 165
Müller, August
– Auszeichnungen 316
Müller, Franz
– Sprachenpolitik 376
Müller, Morton
– Auszeichnungen 279
Müller, Valentin
– Auszeichnungen 428
München
– Ausstellungen 171, 279 f.
– Auszeichnungen 279 f.
– Eisenbahnlinien 281
Munkács–Csapp Bahn
– Eisenbahnwesen LXXVI
Muslime
– Bosnien-Herzegowina CX

Náměšť nad Oslavou *siehe* Namiest
Namiest (Náměšť nad Oslavou)
– Eisenbahnlinien 515
Nationalitätenfrage
– Geldwesen XCV
– Sprachenfrage XVII, CXXXV
– Staatssprache XXX
– Universität Prag, Teilung XXXIX
– Unterdrückung XLVIII f., L
Neu Sandez (Nowy Sącz)
– Finanzpolitik XVII
– Lebenslauf, Minister XVII
– Nationalitätenfrage XVII
Neubau (heute Teil von Wien)
– Ernennungen 469
– Unruhe, Streik CXXV, 452
– Wahlen CXXV
Neunkirchen
– Auszeichnungen 386
New South Wales
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Newald, Julius Ritter v.
– Auflösungen 110
– Unruhe, Streik 109 f.
Newbery, James Cosmo
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Niebauer, Anton Ritter v.
– Auszeichnungen 457
Niederlande, Königreich
– Eisenbahnwesen LXXIX, 466
Niederösterreich
– Adel 304
– Auszeichnungen 290
– Bauten 336
– Eisenbahnwesen LXXVIII f.
– Feierlichkeiten CXXXIV, 490 f.
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX
– Kultureinrichtungen 336
– Militär CIII, 306
– Schulen, höhere 459
– Unterrichtswesen 459, 509
– Volksschulen 509
Nikola I., Fürst von Montenegro
– Revolution, Aufstand 228
Nopsca, Franz Freiherr v.
– Auszeichnungen 167
Nordafrika
– Finanzpolitik 404
Norddeutscher Bund
– Außenhandel LXVI
Norwegen
– Ausstellungen 279
– Auszeichnungen 279
Nöttig, Carl
– Kirche, römisch-katholische 176
Notverordnungen
– Justizwesen CXVIII
– Überschwemmungen CXXVI f.
Novák, Franz Ritter v.
– Auszeichnungen 347
Nowy Sącz *siehe* Neu Sandez
Nunnenmacher Ritter v. Röllfeld, Ludwig
– Auszeichnungen 255

Obercrivoscie
– Revolution, Aufstand 222
Oberdan, Gugliemo (Oberdank, Wilhelm)
– Attentat CXXII ff., 429 f., 443 ff.
– Auszeichnungen 384 f.
– Feierlichkeiten CXXXIV
– Finanzpolitik 403
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
Oberlandesgerichte
– allgemein 259
– Brünn XXXI, 378
– Graz XXXII, CXXXIV, L, 159 f., 346
– Lemberg 231 f., 386, 536
– Prag 471
– Triest XXXII, CXXXIV, L
– Wien 266, 520
Oberösterreich
– Besitzverhältnisse 410
– Eisenbahnwesen LXXVIII
– Feierlichkeiten CXXXIV
– Finanzpolitik XVIII
– Gewerberecht 326
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
– Lebenslauf, Minister XVI, XVIII
– Soziale Fürsorge 326
– Staatsbedienstete CVII
– Verkehrswesen XVIII
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CVII
Oberthemenau (Charvátská Nová Ves, heute Teil von Břeclav)
– Schulen, höhere 459
– Unterrichtswesen 459
Obertrum am See
– Ernennungen 294 f.
– Volksschulen 294 f.
Oesterreichische Nationalbank *siehe* Oesterreichisch-ungarische Bank
Oesterreichisch-ungarische Bank *siehe* Oesterreichische Nationalbank
– Ausgleich, wirtschaftlicher CVIII
– Auszeichnungen 174, 457
– Geldwesen XCIV f., CVIII
– Hoheitssymbole XCV
– Zollgebiet CVIII
Okříško *siehe* Okrzischko
Okříšky *siehe* Okrzischko
Okrzischko (Okříško, Okříšky)
– Eisenbahnlinien 515
Olmütz (Olomouc)
– Kirche, römisch-katholische 165
– Universitäten, Hochschulen 324
Olomouc *siehe* Olmütz
Opava *siehe* Troppau
Opposition
– Deutschliberale CXXXVI f.
Orahovac
– Justizwesen CXVII
– Militär CXVII
– Revolution, Aufstand CXVII, 185
Orczy v. Orczi, Béla Freiherr
– Adel 425
– Auszeichnungen 425
Ordódy v. Ordód und Rozsonmiticz, Pál
– Eisenbahnlinien 350
– Eisenbahnwesen LXXII, 236, 241
Osmanisches Reich (Türkei)
– Ausgleich, wirtschaftlicher CIX
– Bosnien-Herzegowina CIV, 462 f.
– Eisenbahnwesen LXXX
– Militär CXI
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CIV
– Zollgebiet CIX
– Zollwesen CIX
Ostafrika
– Finanzpolitik 404
Österreich (Habsburgermonarchie vor 1804)
– Ausstellungen 169
Österreich, (Erz-) Herzogtum
– Feierlichkeiten 490
Österreich, Erste Republik
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
Österreich, Kaisertum
– Eisenbahnwesen LXIX, LXXIII
Österreichisches Staatsarchiv
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
Österreich-Ungarn
– Vertrag, internationaler 244 f.
Ostgalizien
– Auszeichnungen 386
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVIII
– Nationalitätenfrage XLVIII
Ott, Joseph Friedrich Ritter v.
– Auszeichnungen 251
Ottokar Přemysl II., König von Böhmen
– Feierlichkeiten 490

Pajer v. Monriva, Alois Ritter
– Adel 421
– Auszeichnungen 421

Parenzo (Poreč)
– Adel 422
– Auszeichnungen 422
Paris
– Ausstellungen 279
– Auszeichnungen 279, 494
– Vertrag, internationaler 244
Patzelt, Thomas Ritter v.
– Ernennungen 266
Pazdiera, Johann
– Adel 533
Pejacsevich de Veröcze, Ladislaus Graf
– Grenzen 387
Penzing (heute Teil von Wien)
– Staatsbedienstete 370
Perchtoldsdorf
– Eisenbahnlinien 281
Personalpolitik
– Disziplinierung XXVII f.
– Ernennungen XXVII, 317, 319, 321
– Karriere XXVI f.
– Landeschefs XXIV ff., XXVIII
Petke, Friedrich
– Auszeichnungen 421, 425
Petracco
– Auszeichnungen 423
Petrinó, Peter
– Adel 172
Petronio, Franz
– Auszeichnungen 331
Peyfuss, Carl
– Auszeichnungen 304
Peyrer, Carl
– Auszeichnungen 548
Pfaff, Carl
– Auszeichnungen 168
Pfeiffer, Moriz
– Auszeichnungen 539
Philippović v. Philippsberg, Joseph, Freiherr
– Unruhe, Streik 119
Pichler, Max
– Auszeichnungen 219
Pick, Hermann
– Auszeichnungen 316
Pino v. Friedenthal, Felix Freiherr
– Approvisionierung 298
– Attentat CXXIII f., 313, 329, 429
– Auflösungen 399 ff.
– Außenhandel LXVIII, 161, 167
– Ausstellungen 158, 169–172, 540
– Auszeichnungen 168, 255, 288, 363, 377, 385 f., 420, 425 ff., 491, 536, 539
– Banken LXV, 188, 341
– Besitzverhältnisse 473
– Einberufungen 396, 479
– Eisenbahnlinien 192, 203 f., 206, 218, 267, 280 ff., 299–302, 350, 378 ff., 491, 515 f., 534 f.
– Eisenbahnwesen LXX–LXXX, 76, 80, 178 f., 220, 236, 239 ff., 271 ff., 454, 456, 465 f., 470
– Ernennungen XXII, 118 ff., 231 f., 259, 469, 545 f., 548
– Feierlichkeiten CXXXIV
– Finanzpolitik LXXXIX f., 408
– Finanzwesen 204
– Gewerbe, produzierendes 520
– Gewerberecht LVI, 480, 483, 485 f.
– Kaiserreisen 313
– Katastrophen, Unglücksfälle 363, 412, 414, 440 f., 467 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 198, 248
– Kirche, römisch-katholische LII, 165, 177, 268, 307, 318 f.
– Landtag, Böhmen 335
– Lebenslauf, Minister XVIII f.
– Legislaturperioden 394
– Militär 433
– Personalpolitik XXIV–XXVII
– Rechnungskontrolle 437 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XV, XXII, CXXXVI, CXXXVIII
– Revolution, Aufstand 200, 223, 230
– Schifffahrt LXXXI
– Schließungen 417
– Sicherheitswesen 432
– Soziale Lage 442 f.
– Sozialpolitik LXI f., 487, 512 f., 520
– Sprachenfrage 215, 250
– Sprachenpolitik 344
– Staatsbedienstete 371, 390, 465
– Staatseigentum, öffentliches 283
– Steuerwesen LIX, 212, 369, 502 f., 508
– Universitäten, Hochschulen 309
– Unruhe, Streik 110, 115, 118 ff., 122
– Unterrichtswesen 331
– Verkehrswesen XVIII f., 172
– Virilstimmen 334
– Volksschulen 511

– Zollwesen 514, 535
Pithey, Michael
– Ernennungen 231 f.
– Lebenslauf, Minister XVIII
– Personalpolitik XXVII
– Verkehrswesen XVIII
Pitter, Bernhard
– Personalpolitik XXVIII
– Staatsbedienstete 257 f.
Pizzala, Joseph
– Auszeichnungen 308
Plener, Ernst Edler v.
– Personalpolitik XXVIII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIV
– Staatsbedienstete 257
– Wahlreform XXIV
Pleninger, Johann
– Auszeichnungen 456
Pobedonoszew, Konstantin Petrowitsch
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII f., 357
– Nationalitätenfrage XLVIII
Pobori
– Revolution, Aufstand 183, 194
Pogačar, Johann Chrysostomus
– Kirche, römisch-katholische 307
Pohl (Polom u Hranic)
– Eisenbahnlinien 280
Polanowski, Stanisław Ritter v.
– Ernennungen 546 f.
Polen
– Volksschulen 194
Police u Valašského Meziříčí *siehe* Politz
Politz (Police u Valašského Meziříčí)
– Eisenbahnlinien 534
Polizei *siehe* Sicherheitswesen
Polom u Hranic *siehe* Pohl
Popelka, Adolph
– Ernennungen 266
Popiel, Michael
– Ernennungen 547
Poreč *siehe* Parenzo
Porenta, Caspar
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Port Saïd
– Auszeichnungen 491
– Finanzpolitik 404
Poschacher, Peter
– Auszeichnungen 278
Possinger v. Choborski, Ludwig Freiherr
– Auflösungen 110
– Auszeichnungen 290
– Feierlichkeiten 491
– Kultureinrichtungen 336
– Sprachenpolitik XLI f.
– Unruhe, Streik 109 f., 118, 453 f.
– Volksschulen 509, 511, 530 f.
– Wahlen 530
Post-, Telegrafenwesen
– Post- und Telegrafenverwaltung, Generaldirektion Österreich 158
– Postanstalten 271, 282 f., 448
Poštorná *siehe* Unterthemenau
Potocki, Alfred Graf
– Auszeichnungen 308, 347
– Ernennungen XXII, 547
– Finanzpolitik 288, 382 ff.
– Jagd und Fischerei 457
– Katastrophen, Unglücksfälle 439
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII ff., 196, 357
– Nationalitätenfrage XLVIII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII
– Sicherheitswesen 431
– Virilstimmen 332, 334
Prag (Praha)
– Auflösungen 111
– Auszeichnungen 218, 261, 303, 548
– Bauten 340 f.
– Eisenbahnlinien 280
– Ernennungen 117 f., 120 ff.
– Habsburg, Familienereignisse CXXIX
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX
– Kirche, römisch-katholische 164, 175 f.
– Landtag, Böhmen 416
– Landtag, Steiermark 333
– Personalpolitik XXV, XXVII f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXII ff., 528 f.
– Roten Kreuz, Österreichische Gesellschaft vom 261
– Schließungen XXXIX, 398, 415 f.
– Sprachenfrage XXXVI, 213, 248, 275 f., 340 f., 355
– Universitäten, Hochschulen XXXVI, XXXVIII, 213, 248, 275 f., 324, 416, 528 f.
– Unruhe, Streik CXII ff., 109, 111, 113–118, 120 ff., 124 f.
– Verwaltung, politische 355

– Virilstimmen 333
Praha *siehe* Prag
Prater
– Auszeichnungen 168
Pražák, Alois Freiherr v.
– Approvisionierung 293
– Attentat CXXIII, 313, 429, 444
– Ausstellungen 170
– Auszeichnungen 160, 183, 234, 258, 262, 309 f., 356, 385 f., 431, 463, 520, 536, 539, 548
– Banken LXV, 187 f.
– Bergwesen 209
– Besitzverhältnisse 206 f., 470 f., 473
– Bewaffnete Macht, gesamte 476
– Disziplinarordnung CXXXI
– Einberufungen 396 f.
– Eisenbahnlinien 380
– Eisenbahnwesen LXXX, 80, 240, 272, 470
– Ernennungen CXXX f., 117, 120, 167, 182, 230 ff., 266, 319, 545
– Finanzpolitik LXXXVIII, 383 f., 407 f., 447 ff., 451, 459
– Finanzwesen 192, 235, 360
– Gewerberecht LVI, 482, 486 f.
– Grundbücher 338
– Justizwesen 451
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX, 191, 516
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII f.
– Kirche, römisch-katholische LII, 164 f., 176 f., 318
– Landtag, Böhmen XXXVIII, 335
– Landwirtschaft LXIV, 213
– Lebenslauf, Minister XV ff., XIX
– Legislaturperioden 394 f.
– Loyalitätskundgebungen 188
– Nationalitätenfrage XVII, XLVIII
– Personalpolitik XXVI f.
– Privatrecht 180, 235
– Rechnungskontrolle 473
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV f., CXXXIV, CXXXVIII, 527 f.
– Revolution, Aufstand CXVIII, 160, 184 f., 199, 225, 227, 229 f., 252, 441, 492, 496, 536
– Schulen, höhere 409, 528
– Sicherheitswesen 432
– Sozialpolitik LXI, 487, 512 f.
– Sprachenfrage XXXVI f., 215, 249, 277, 325, 340
– Sprachenpolitik XXXI f., XL ff., 159 f., 342, 345 f., 376 f.
– Staatsbedienstete 389 f.
– Steuerwesen 502 ff., 507
– Universitäten, Hochschulen XXXVIII, 324
– Unruhe, Streik 110, 112, 115, 117 f., 120, 125, 454
– Virilstimmen 334
– Volksschulen 510
– Wahlreform 365
– Wucher LXI
– Zollwesen 514
Presse
– Presse, einzelne Zeitungen *siehe dort*
Presse, einzelne Zeitungen
– Deutsche Zeitung 111
– Narodni listy CXII, CXVI
– Neue Freie Presse XXX, XXXIV, XLVIII, CXXI, CXXV, 122, 454
– Neues Wiener Tagblatt LXXIII, 125, 454
– Pester Lloyd CXV, 111, 312
– Prager Tagblatt CXIV f.
– Prager Zeitung 114
– Wiener landwirtschaftliche Zeitung CXXVI
– Wiener Zeitung CXXXIV, 114, 125
Pretis-Cagnodo, Sisinio Freiherr v.
– Adel 421, 423 f.
– Attentat CXXII ff., 311 f., 314, 328 f., 428 ff., 443 f.
– Ausstellungen 171, 314, 329
– Auszeichnungen 314, 329, 384, 386, 420–427, 491
– Einberufungen 396, 479, 520
– Kaiserreisen 312
– Kirche, römisch-katholische 307
– Landtage 457
– Lebenslauf, Minister XVIII
– Personalpolitik XXIV
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII, XIV
– Verkehrswesen XVIII
– Wahlen 289, 311
Preußen
– Außenhandel LXVI
– Finanzpolitik 448
– Kirche, römisch-katholische LIII
Příkazy *siehe* Przikas
Privat-, Familienbesitz

– Kameraldirektion in Teschen, Erzherzogliche 344
– Schwarzenberg'scher Sekundogenitur-Fideikommiss, fürstlich 206
– Thurn und Taxis'scher Feideikommiss 471
Privateisenbahngesellschaften
– Eisenbahnwesen LXXI, LXXIII
Privatrecht
– Beglaubigungen LIX, 180, 235
– Konkursrecht 180
– Todeserklärung 180
– Zivilprozessordnung 180
Privatschulen
– Komenskýschule (Wien X) XLI f., 459, 509 f., 530 f.
– Privatschulen, allgemein XL f., 459, 509 f.
Przikas (Příkazy, Valašské Příkazy)
– Eisenbahnlinien 534
Purkersdorf
– Unruhe, Streik CXXIV
Pusswald, Karl Freiherr v.
– Ausstellungen 171
– Personalpolitik XXVII

Quarnerische Inseln
– Besitzverhältnisse 410
– Zollgebiet LXVIII

Račeta, Elias
– Auszeichnungen 363
Räcke, Wilhelm
– Attentat 310, 314, 329
– Auszeichnungen 314, 329
Ráday v. Ráda, Gedeon Graf
– Militär 362
Radlberg
– Eisenbahnlinien 282
Ragosa, Donato
– Attentat CXXII, 429
– Auszeichnungen 385
Ragusa (Dubrovnik)
– Auszeichnungen 166, 356
– Justizwesen 160, 252, 496
– Militär 496
– Revolution, Aufstand 160, 252, 496
Ragusa (Politischer Bezirk)
– Revolution, Aufstand CXVII
Rainer Ferdinand, Erzherzog von Österreich
– Bergwesen 208
Rapp v. Heidenburg, Franz Ritter
– Auszeichnungen 537 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI, 354, 439
Rechnungshof, gemeinsamer Oberster
– Finanzpolitik 404
– Finanzwesen 358 f.
– Rechnungskontrolle 435
Rechnungshof, Oberster
– Auszeichnungen 233
– Rechnungskontrolle CXXXII, 434 f., 437
Rechnungskontrolle
– Reform CXXXI f., 434, 438, 473
– Staatsrechnungshof 434, 438, 449, 473
Regierung Adolph Auersperg
– Ausgleich, wirtschaftlicher CVIII
– Außenpolitik XLIX
– Bosnien-Herzegowina CIV
– Eisenbahnwesen LXIX f., LXXIV, CIX
– Entlassungen XI f.
– Ernennungen 231 f., 321
– Finanzpolitik LXXXVI
– Herrenhaus XIX f.
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLIX
– Kirchenpolitik XLIX
– Landwirtschaft LXIII
– Lebenslauf, Minister XVI ff.
– Militär XII
– Nationalitätenfrage XVII, XLIX
– Okkupation XII
– Opposition CXXXVII
– Personalpolitik XXVII, 321
– Regierung Taaffe (1879–1893) XX
– Regierungsparteien CXXXVII
– Sprachenpolitik XXIX
– Steuerwesen LXXXVI
– Verkehrswesen XVIII
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CIV
– Verwaltungsgerichtshof 321
– Volksschulen XLV
– Zollgebiet CVIII
Regierung Belcredi
– Universitäten, Hochschulen XXXIII
Regierung Buol-Schauenstein
– Finanzpolitik 286
Regierung Hohenwart
– Ernennungen CXXXI
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII
– Regierungsbildung, Versuch XII

Regierung Potocki
– Lebenslauf, Minister XV
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII
– Regierungsbildung, Versuch XII
Regierung Stremayr
– Ausgleich, wirtschaftlicher CVIII
– Eisenbahnlinien LXXIX
– Entlassung XIII f.
– Ernennungen XIII, XX
– Landwirtschaft LVIII, LXIII
– Lebenslauf, Minister XV
– Milirärpolitik CIV
– Militär XCVI
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, XX, CIV
– Schifffahrt LXXXI
– Wucher LXI
– Zollgebiet CVIII
Regierung Taaffe (1868–1870)
– Kirche, römisch-katholische LII
– Rechnungskontrolle 435
Regierung Taaffe (1879–1893)
– Abgeordnetenhaus XXI, CXXXIV ff.
– Ausgleich, wirtschaftlicher CVIII
– Außenhandel LXVI, LXVIII, 212
– Außenpolitik L
– Auszeichnungen L
– Banken LXV
– Bergwesen 212
– Bosnien-Herzegowina CXXXV
– Defizit CXXXV
– Dualismus LXXII
– Einkommensbesteuerung CXXXV
– Eisenbahnpolitik LXX f.
– Eisenbahnwesen LXIX–LXXIII, LXXVI f.
– Ernennung XIV
– Ernennungen XX ff.
– Fazit CXXXVIII
– Finanzpolitik XVII, LXXXI f., LXXXIV, LXXXVII, XCI
– Gegner, politische XXVIII
– Gewerbeordnung LVII, CXXXV f.
– Gewerberecht LIV–LVII
– Herrenhaus XX ff.
– Herrenhauspräsidium XX
– Jagd und Fischerei 299
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVII
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII f., L
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) LI
– Kirchenpolitik L
– Krise CXIV ff.
– Landtag, Böhmen 417
– Landwirtschaft LVIII, LXIII f.
– Lebenslauf, Minister XVII, XIX
– Militär XCVI f., C, CXXXIV f.
– Militärpolitik CIV
– Ministerrat 233
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
– Nationalitätenfrage XVII, L, CXXXV
– Opposition CXXXVII
– Personalpolitik XXIV f., XXVII f.
– Rechnungskontrolle 435
– Regierung Stremayr XIV, CIV
– Regierungsparteien XV, XIX, XXIV, CXXXVII
– Regierungspolitik XII f., XV, CXXXIV, CXXXVI f.
– Regierungsumbildung XIV f.
– Reichsrat LX, CXXXIV
– Revolution, Aufstand CXII, CXIX f.
– Schifffahrt LXXXI
– Schließungen XXXIX, 417
– Sozialpolitik LIV f., LVII, LXII, CXXXV
– Sprachenfrage XXXVI
– Sprachenfragen CXXXIV
– Sprachenpolitik XXIX f., XXXII f., XXXV, XLII
– Staatsbahnsystem CXXXVI
– Staatsgebiet CIV
– Staatsnotwendigkeiten CXXXV
– Statsbahnsystem CXXXV
– Steuerwesen LXII, LXXXII, LXXXIV, 212
– Umbildung XIV
– Universität Prag, Teilung CXXXIV
– Universitäten, Hochschulen XXI, XXXIII, XXXVI, 417
– Unruhe, Streik CXII–CXVI, CXXV
– Unterrichtswesen CXXXIV, 510
– Verkehrswesen XIX
– Volksschulen XLIV f., 510
– Wahlreform XXIII f., CXXXIV
– Wirtschaftspolitik LIII, LVII, LXII, CXXXV
– Wucher LX
– Wuchergesetz CXXXIV
– Zollgebiet CVIII
– Zusammensetzung XIV

Regierung Windisch-Grätz
– Lebenslauf, Minister XVI
Regierung, Cisleithanien
– Ackerbauministerium 317
– Adel 424
– Annexion CVIII
– Approvisionierung 292 f., 297 f.
– Attentat 313, 328, 429 f.
– Auflösungen 110 f.
– Ausgleich, wirtschaftlicher 489
– Außenhandel 212
– Außenpolitik XLIX
– Ausstellungen 158, 170
– Auszeichnungen 166, 290, 424, 537 f.
– Bauten 157 f., 340
– Bergwesen 208, 212
– Bewaffnete Macht, gesamte 433
– Bosnien-Herzegowina CV
– Dualismus 79, 236 ff., 240 f., 315 f., 350 f., 433
– Eisenbahnlinien 302, 350 f.
– Eisenbahnwesen LXX f., 79, 236 ff., 240 f.
– Ernennungen CXXX, 120, 317, 320 f.
– Finanzpolitik 383, 413
– Gewerberecht 481 f.
– Justizwesen 253, 429 f., 492
– Kaiserreisen 313, 328
– Katastrophen, Unglücksfälle 363, 413, 489, 537 f.
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLIX, 357
– Kirche, römisch-katholische 268
– Kirchenpolitik XLIX
– Kompetenzen CXXX
– Landtag, Böhmen 416
– Landwirtschaft 292 f., 315 f.
– Militär XCVIII, 179, 194, 210, 361, 373, 433, 525
– Nationalitätenfrage XLIX
– Personalpolitik 317, 320 f.
– Regierung Adolph Auersperg XX
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, XX, LXX
– Revolution, Aufstand 157 f., 194, 202, 221, 225, 253, 492
– Schließungen 416
– Sicherheitswesen 157 f.
– Sozialpolitik 513
– Sprachenfrage 340, 355
– Sprachenpolitik 345
– Staatsbedienstete 370 ff.
– Steuerwesen 212
– Tirol 489
– Universitäten, Hochschulen 332, 416
– Unruhe, Streik 110 f., 116, 120, 453
– Unterrichtswesen 530 f.
– Vertrag, internationaler 245
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV, CVIII
– Verwaltung, politische 355
– Verwaltungsgerichtshof 320 f.
– Virilstimmen 332
– Volksschulen 530 f.
– Wahlreform 364
– Zentralstellen CV
– Zollwesen 515, 535
Regierung, Ungarn
– Annexion CVII
– Außenhandel 161, 212
– Bergwesen 212
– Bosnien-Herzegowina CV, 462
– Dualismus LXXII, 77, 236–241, 315 f., 350, 454 f.
– Eisenbahnlinien 300, 350
– Eisenbahnwesen LXXII, 77, 236–241, 454 f., 466
– Grenzen 387
– Katastrophen, Unglücksfälle 363, 414, 440, 467
– Landwirtschaft 315 f.
– Militär XCVIII, CII, 179, 188, 210, 360 f., 373
– Revolution, Aufstand 190
– Steuerwesen 163, 212
– Vertrag, internationaler 245
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV, CVII
– Zentralstellen CV
– Zollwesen LXVII, 515, 535
Regierungen, ausländische
– Bundesrat, Schweiz 466
– Regierung, Frankreich 279, 470
– Regierung, Italien 240, 443 f.
– Regierung, Montenegro 200, 223
– Regierung, Osmanisches Reich LXXXI
– Regierung, Russland 357
Regierungen, Deutsches Reich, Reich und Länder
– Reichsjustizamt, Deutsches Reich 431
– Reichsregierung, Deutsches Reich 245

Regierungsbildung, Versuch
– Pretis v. Cagnodo, Sisinio Freiherr de XII
Regierungsmitglieder, Cisleithanien
– Ministerpräsident 167
Regierungsparteien
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXXXVII
Reichenberg (Liberec)
– Unterrichtswesen 167
Reichsgericht
– Ernennungen CXXX f., 167, 266
– Präsident 167
– Schulen, höhere 458 f.
– Sprachenpolitik XXIX, XLI
– Unterrichtswesen 458 f.
– Volksschulen 194
Reichsrat, Parlament *siehe auch* Abgeordnetenhaus; Delegation des Reichsrates; Herrenhaus
– Abgeordnetenhaus 178, 243
– Anleihen, nichtstaatliche 464
– Approvisionierung 291
– Attentat CXXI
– Ausgleich, wirtschaftlicher 490
– Außenhandel 178, 212
– Ausstellungen 170 ff.
– Banken 188
– Bauten 157
– Bergwesen 207, 209, 212
– Besitzverhältnisse 206 f., 410
– Bosnien-Herzegowina 462
– Dualismus 80, 350 f., 456
– Eigentum, öffentliches 162 f., 207
– Einberufungen 174 f., 396 f., 468, 479, 542 f.
– Eisenbahnlinien 192, 350 f., 450 f., 492
– Eisenbahnwesen LXXIV, LXXVII, 80, 178 f., 220, 450, 456, 466
– Ernennungen CXXX, 167, 232
– Feierlichkeiten CXXI
– Finanzpolitik XVIII, LXXXII ff., XC, XCII, CXXI, 284 f., 382 f., 412 ff., 420, 439 f., 448–451, 496, 516, 518, 536
– Finanzwesen 178, 217, 235
– Gewerbe, produzierendes 521
– Gewerbeordnung LVII, LXI
– Gewerberecht LIII, 486
– Jagd und Fischerei LXIII
– Justizwesen CXVIII, 184 f., 254, 492, 496, 536
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI f., 354, 412 ff., 439 f., 490, 496, 516, 518, 521, 542 f.
– Kompetenzen CXXX
– Landwirtschaft LXIII f., 213, 246, 291
– Lebenslauf, Minister XVI, XVIII
– Legislaturperioden 394
– Militär CIII, 162 f., 179, 184 f., 188, 194, 210, 361 f., 375, 411, 478, 491, 496, 536
– Ministerrat 219 f., 232 f.
– Notverordnungen CXVIII, CXXVI
– Privatrecht 180, 235
– Rechnungskontrolle 435, 437, 450
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIII, XXVIII, LVII, LX, LXIII, CXXXIV, 527
– Revolution, Aufstand CXVIII f., 157, 178, 184 ff., 190, 194, 211, 225 f., 254, 492, 496, 536
– Schifffahrt 365
– Sicherheitswesen 157
– Soziale Lage 442 f.
– Sozialpolitik LXI f., 508, 513, 521
– Sprachenfrage 214
– Sprachenpolitik XXXII, 345
– Staatsbedienstete 372 f., 389
– Steuerwesen LXXXII ff., 164, 212, 499, 508
– Tirol 490
– Universitäten, Hochschulen XXXIV, XXXVIII, 214, 324
– Unruhe, Streik 180
– Unterrichtswesen 167, 511
– Verkehrswesen XVIII, 172
– Volksschulen XLIII, 511
– Wahlen 391
– Wahlreform XXIII, 356, 527
– Wirtschaftsunternehmen 524
– Wucher LXI
– Zollwesen 464, 514
Reichstag, Österreich
– Lebenslauf, Minister XVI
Reichstag, Ungarn (ab 1867)
– Ausstellungen 172
– Bewaffnete Macht, gesamte 432 ff.
– Dualismus XCIX, 241, 432 ff., 456
– Eisenbahnwesen 241, 456
– Finanzpolitik XCII
– Katastrophen, Unglücksfälle 440
– Militär XCVII, XCIX, 432 ff.
– Revolution, Aufstand 190
– Zollwesen 515
Reinelt, Carlo Freiherrn v.
– Auszeichnungen 421, 425
– Ernennungen 545 f.

Renney v. Herszény, Orestes
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 197 f.
Reprich-Robert, Viktor
– Auszeichnungen 337
Reschauer, Heinrich
– Eisenbahnwesen LXXVII
Reservefonds
– Steuerwesen 368
Revolution, Aufstand *siehe auch* Unruhe, Streik
– Auszeichnungen 348 f., 363
– Bauten CXIX, 194 f., 211, 260
– Beziehungen, internationale CXIX f., 199, 202, 221, 226 f., 230
– Budget, gemeinsames 189 f.
– Flüchtlinge CXIX f., 199, 202, 221, 226 f., 230
– Geschworenengerichte CXVIII, 160, 252, 254, 492
– Grundrechte CXVIII
– Kosten CXVIII f., 192 f.
– Landtag Dalmatien CXX
– Militär 194
– Militärgerichtsbarkeit CXVII f., 184 f., 254, 258 f., 496, 536
– Personalpolitik CXVII
– Reise CXX, 387 f., 398, 441 f.
– Statthalter Dalmatien CXVII
– Strafen 195, 199, 202, 217 f., 221, 226 f., 230
– Straßen CXIX
– Unterdrückung CII, 178, 183–186
– Wehrgesetz CXII, CXVI, CXX, 156, 158
Reyer, Constantin Freiherr v.
– Ernennungen 546
Richetti, Eugen Ritter v.
– Auszeichnungen 423
Rieger, František Ladislav
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIII f., CXVI, 527 ff.
– Schulen, höhere 528
– Sprachenfrage 340 f.
– Universitäten, Hochschulen XXXIII, XXXVIII, 529
– Unruhe, Streik CXV f., 121
– Wahlreform XXIII f., 376
Rieger, Libussa
– Unruhe, Streik CXVI
Rieger, Marie
– Unruhe, Streik CXVI
Righetti, Johann
– Auszeichnungen 423
Rijeka *siehe* Fiume
Rinaldini, Anton Ritter v.
– Auszeichnungen 457
– Besitzverhältnisse 168
Risan *siehe* Risano
Risano (Risan)
– Justizwesen CXVII
– Militär CXVII
– Revolution, Aufstand CXVII, 185
Risenfels, Theodor Freiherr v.
– Ernennungen XXII, 545 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII
Ritter v. Záhony, Wilhelm Ritter
– Adel 421
– Auszeichnungen 421, 425 ff.
Ritter Záhony, Eugen Freiherr v.
– Auszeichnungen 422, 425 ff.
Rittmeyer, Carl
– Adel 421, 425
– Auszeichnungen 421, 425
Rizy, Theobald Freiherr v.
– Ernennungen 266
Robie, Jean Baptiste
– Auszeichnungen 279
Rodaun
– Eisenbahnlinien 281
Rodich, Gabriel Freiherr v.
– Personalpolitik XXVI
– Revolution, Aufstand CXVII
Romaszkan, Mikołaj Freiherr v.
– Ernennungen 544
Roten Kreuz der Länder der heiligen ungarischen Krone, Verein vom
– Auszeichnungen 262
– Roten Kreuz, Österreichische Gesellschaft vom 262
Roten Kreuz, Österreichische Gesellschaft vom
– Auszeichnungen CXXVIII, 260–263
– Finanzwesen 216 f., 235
– Genderfragen CXXVIII
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVIII
Rovigno (Rovinj)
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
– Landwirtschaft 258
Rovinj *siehe* Rovigno
Rudigier, Franz Joseph

– Kirche, römisch-katholische LI f., 268, 317 ff.
Rudolf I., römisch-deutscher König
– Feierlichkeiten 490
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
Rudolf II., Herzog von Österreich und Steiermark, Graf von Habsburg
– Feierlichkeiten 490
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
Rudolph, Kronprinz und Thronfolger von Österreich, Prinz von Ungarn
– Attentat 328
– Auszeichnungen 261
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXIX f.
– Schließungen XXXIX
– Unruhe, Streik CXIII, 111
Rumänien, Königreich
– Militär 397
Rumler v. Aichenwehr, Franz Edler
– Auszeichnungen 463
Russland
– Attentat CXXVI
– Zollgebiet LXVIII

Sagasser, Julius
– Auszeichnungen 539
Salvi, Jacob
– Revolution, Aufstand 252 f.
Salzburg (Kronland)
– Ernennungen 294 f.
– Landwirtschaft LX
– Volksschulen 294 f.
Salzburg (Stadt)
– Auszeichnungen 278, 548
Sanitätswesen *siehe* Gesundheitswesen
Sarajevo *siehe* Sarajewo
Sarajewo (Sarajevo)
– Eisenbahnwesen CIX
– Ernennungen 120
– Militär 264
– Personalpolitik XXVI
– Unruhe, Streik 120
Sarnicki, Clemens
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVIII, 196
Sartorio, Peter Freiherr v.
– Auszeichnungen 422
Schaffus, Johann
– Auszeichnungen 206
Schampheleer, Edmond
– Auszeichnungen 337
Schauenstein, Anton
– Auszeichnungen 293 f.
Schenk, Joseph Freiherr v.
– Auszeichnungen 386
– Ernennungen 231 f.
– Personalpolitik XXVII
Schifffahrt
– Abgaben LXXXI
– Ausgleich, wirtschaftlicher LXXXI
– Dampfschifffahrtsgesellschaft des Österreichischen Lloyd 310
– Flussregulierungen 365
– Flussschifffahrt LXXXI
– Häfen LXXX
– Österreichischer Lloyd LXXXI, 363, 421, 423, 425, 491
– Schiffe LXXXI
– Seeleute LXXXI
– Subvention LXXXI
– Vertrag, internationaler LXXX f.
– Zentralseebehörde, Triest 421
Schindler, Carl
– Ernennungen 317
Schindler, Joseph
– Schließungen 415
Schipper, Jacob
– Universitäten, Hochschulen 326 f.
Schirnhofer, Gerhard
– Auszeichnungen 206
Schirnhofer, Wilhelm
– Auszeichnungen 365
Schlachta, Carl
– Unruhe, Streik 121
Schlesien
– Auszeichnungen L
– Ernennungen 181 f., 346
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) L
– Kirche, römisch-katholische LIII
– Lebenslauf, Minister XIX
– Nationalitätenfrage L
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXXXIV
– Sprachenpolitik XXXI, XLI, 342–346, 356, 376 ff.
– Verkehrswesen XIX
Schließungen
– Landtag, Böhmen XXXIX, 397 f., 415

Schmerling, Anton Ritter v.
– Auszeichnungen 234, 309
– Ernennungen 266
– Sprachenpolitik 159 f.
Schmeykal, Franz
– Unruhe, Streik 114 f.
Schmid, Ferdinand
– Militär CXI
Schmidt v. Zabierów, Franz
– Attentat CXXIV
– Auszeichnungen CXXIV, 384, 386, 427
– Einberufungen 541 f.
– Katastrophen, Unglücksfälle 354, 439
– Personalpolitik XXV
Schnablegger, Cajetan
– Auszeichnungen 428
Schneid v. Treuenfeld, Josef Ritter
– Sprachenpolitik XXXII, 159
Schneider-Swoboda, Anton
– Auszeichnungen 548
Schneller, Hans
– Militär CXI
Schneller, Joseph
– Auszeichnungen 257
Schöbel, Emanuel Johann B.
– Kirche, römisch-katholische 164 f., 177
Schöller, Paul, Rit. v.
– Eisenbahnlinien 300
Scholz, Johann
– Auszeichnungen 309 f.
Schönberger, Victor v.
– Adel 540
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Schönborn, Friedrich Graf v.
– Auszeichnungen 251
– Kirche, römisch-katholische 165
Schönburg-Hartenstein, Alexander Fürst
– Ernennungen XX
– Regierung Taaffe (1879–1893) XX
Schönwald v. Bingenheim, Joseph Ritter
– Auszeichnungen 233
Schubert, Franz Joseph
– Auszeichnungen 193
Schubert, Otto Ritter v.
– Ernennungen 266
Schulen, höhere
– Akademie für Handel und Industrie, Graz 308
– allgemein XL, LXXXVIII, 161, 410
– deutsche LXXXVIII
– Finanzierung 409 f., 528
– Gymnasien, allgemein XL, LXXXVIII, 409
– Gymnasium, Wallachisch Meseritsch, tschechisches XL f., LXXXIX, 352, 410, 446
– Kommunalgymnasium, Freiberg, tschechisches LXXXIX
– Obergymnasium, Salzburg 316
– Obergymnasium, Spalato XLII
– Oberrealschule, Prag, tschechische 218
– Oberrealschule, Spalato XLII
– Oberrealschule, Städtische, Elbogen 409
– Parallelklassen 351, 353
– Privatschulen 458 f.
– Realobergymnasium, Brody XLII
– Staatsgewerbeschule, Reichenberg 167, 308
– Staatsgymnasium, Freiberg LXXXIX
– Staatsrealgymnasium, Krainburg 447
– Staatsrealschule, Brünn, tschechische 510
– Staatsuntergymnasium, Gottschee 447
– Staatsuntergymnasium, Stražnitz XLI, 410
– tschechische XL
Schulräte
– Bezirksschulrat, Wien 510, 530
– Bezirksschulräte XLII
– Landesschulrat, Krain 337 f.
– Landesschulrat, Mähren 352
– Landesschulrat, Niederösterreich XLI f., 459, 509–512, 530 f.
– Landesschulrat, Schlesien XLI, 458
– Landesschulräte, allgemein XX
Schütte, August Theodor v.
– Auszeichnungen 428
Schwarz, Carl Freiherr v.
– Eisenbahnwesen LXXV
Schwarzenberg, Adolph Fürst zu
– Banken LXV
– Ernennungen 548
Schwarzenberg, Carl (III.) Fürst zu
– Besitzverhältnisse 206
– Regierung Taaffe (1879–1893) 527
Schwarzenberg, Carl Prinz
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXIV
– Wahlreform XXIV
Schwarzenberg, Friedrich Fürst zu
– Auszeichnungen 296
– Kirche, römisch-katholische 164 f., 176
– Universitäten, Hochschulen XXXVIII, 323 f.
– Volksschulen XLVI, 533 f., 541

Schwaz
– Auszeichnungen 254
Schweden
– Ausstellungen 279
– Auszeichnungen 279
Schweiz
– Eisenbahnwesen LXXIX, 75 f., 466
– Sozialpolitik 513
Scrinzi v. Montecroce, Johann Baptist Freiherr
– Auszeichnungen 422
Seeham
– Ernennungen 294 f.
– Volksschulen 294 f.
Segen Gottes (Zastávka)
– Eisenbahnlinien 515
Seidler, Adolph
– Adel 304
– Auszeichnungen 304
Sembratowicz, Joseph
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLIX, L, 196 f.
– Nationalitätenfrage L
Semčice *siehe* Semčitz
Semčitz (Semčice)
– Eisenbahnlinien 202
Serbien
– Außenhandel LXVII
– Eisenbahnwesen LXXX
Sichelburg *siehe* Žumberak
Sicherheitswesen
– Bauten 157 f.
– Gendarmerie 157 f., 431 f., 442, 478 f.
– Polizeidirektion, Graz 469
– Polizeidirektion, Prag CXII, CXIV ff., 112, 122
– Polizeidirektion, Triest 312 f., 328
– Polizeidirektion, Wien CXXIX, 234, 453 f., 469
– Polizeirayon, Wien 370
– Sicherheitswache, Wien CXXIX, 191, 453
Sillein (Žilina)
– Dualismus 237
– Eisenbahnwesen 237
Sima, Johann
– Unterrichtswesen 338
Skene, August v.
– Auszeichnungen 174
Skoronice *siehe* Kunewald
Sluka, Carl
– Auszeichnungen 261, 263
Smarzewski, Seweryn Ritter v.
– Rechnungskontrolle 435
Smichov *siehe* Smichow
Smichow (Smichov, heute Teil von Prag)
– Schulen, höhere 409
Smita, Alois
– Auszeichnungen 206
Smolka, Franz
– Auszeichnungen 347
– Ernennungen 547
– Finanzpolitik 286
Sobel, Johann
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Solferino
– Gewerberecht 484
Sortschitsch, Franz
– Auszeichnungen 464
Soziale Fürsorge
– Armenfonds, allgemein 504
– Armenpflege 326
– Gewerbeinspektoren LIV f., LXI, CXXXV
– Gewerbeordnung 326
– Sozialversicherungen *siehe dort*
– Spital der Barmherzigen Brüder, Görz 423
– Unfallversicherung 450
Soziale Lage
– Hausierhandel 442 f.
Sozialpolitik
– Arbeiterunfallversicherung 487, 512, 514
– Arbeitszeiregulierung CXXXV, 520 f.
– Arbeitszeit LXII
– Frauen-, Kinderarbeit LXII, CXXXV, 520 f.
– Sozialgesetzgebung LIII ff., LVII, LXI f.
– Sozialversicherungen LXI
– Steuerwesen LXII f., 505
Sozialversicherungen
– Arbeiterunfallversicherungen LXI, 487, 512
– Hilfskassen, gewerbliche LIV f., CXXXV
– Krankenkassen LVII, 487, 513
Spalato (Split)
– Auflösungen 399 f.
– Auszeichnungen 307, 349
– Justizwesen 160, 252
– Landtage 226
– Revolution, Aufstand CXX, 160, 252, 349
Spanien
– Außenhandel LXVII
– Ausstellungen 279

– Auszeichnungen 279
Sparkassen *siehe* Banken
Speising
– Eisenbahnlinien 281
Spens-Booden, Emanuel Freiherr v.
– Auszeichnungen 247
Spizza (Sutomore)
– Grenzen CXXXII
Split *siehe* Spalato
Sponar v. Blinsdorf, Anton
– Auszeichnungen 377
Sprachenfrage
– Bezirksvertretungen 355
– Schulen, höhere XLII
– Universitäten, Hochschulen XXXV ff., 213, 215, 248, 250, 275, 278, 324 f., 340 f.
Sprachenpolitik
– Amtssprache XXIX f., XXXIII, 342, 346, 356, 376 ff.
– Amtssprache, äußere XXIX–XXXIII, 159 f.
– Amtssprache, innere XXIX
– Böhmen XXX f.
– Budget XL f., 351, 353
– Dalmatien XXIX
– Galizien XXXIII
– Grundrechte XXVIII ff., XXXIII, XXXIX f., XLIII
– Kärnten XXXI ff.
– Krain XXXI ff.
– Küstenland XXXII
– Mähren XXX f.
– Nationalitätenfrage XLII f.
– Petroleumsteuer XXXIV f.
– Privatschulen XLI f.
– Schlesien XXXI
– Schulräte XLI f.
– Schulwesen XXIX, XL, XLIII
– Sprachkenntnisse, deutsche XXIX, XL, XLII f.
– Steiermark XXXI ff.
Spulak, Adolph
– Auszeichnungen 173
Sremski Karlovci
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 549
St. Andrä im Lavanttal
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
St. Petersburg
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 357
St. Pölten
– Eisenbahnlinien 282
Staatsanwaltschaften
– Oberstaatsanwaltschaft, Lemberg XLVII, 357
– Oberstaatsanwaltschaft, Prag CXIII, 115, 125
– Oberstaatsanwaltschaft, Zara 160, 253
– Staatsanwaltschaft, Prag 115
– Staatsanwaltschaft, Wien 109, 115, 118
– Staatsanwaltschaften, allgemein LXIV, 441
Staatsbedienstete
– Beamtengehälter 369, 371, 388, 390
– Bosnien-Herzegowina CVI f.
– Disziplinierung 257
– Privatwirtschaft 465
Staatseigentum, öffentliches
– Bauten 282 f.
Staatsgebiet
– Erweiterung CIV
Staatsschuldenkassa
– Auszeichnungen 316
Staatsverwaltung, ungarische
– Dualismus 237
– Eisenbahnwesen 237
Stadlauer Brücke
– Eisenbahnlinien LXXIX
– Eisenbahnwesen LXXIX
Stählin, Carl Ritter v.
– Verwaltungsgerichtshof 322
Stähling, Franz
– Auszeichnungen 390
Starke, Wilhelm
– Auszeichnungen 431
Šťastný, Johann
– Auszeichnungen 218
Statistik
– Direktion für die administrative Statistik 308
Statthaltereien
– allgemein 487
– Brünn 496
– Dalmatien, Präsidialbüro 349
– Graz 390
– Innsbruck 467
– Lemberg XLVII, 338, 431, 547
– Linz 120, 365

– Prag XXV f., CXIII f., CXVI, CXXV, 109, 111–119, 121 f., 180, 257, 369, 371, 417, 432
– Statthaltereiabteilung, Trient 488
– Temesvár XVII
– Wien LXXVIII, 187, 269, 291, 302, 457, 509
– Zara XXV, CXVII f., 187, 399
Steiermark
– Auflösungen 110
– Landtag, Niederösterreich 333
– Landtag, Steiermark 333
– Landwirtschaft 305
– Unruhe, Streik 110
– Virilstimmen 333
Stein in Krain (Kamnik)
– Ernennungen 338
– Unterrichtswesen 338
Steinbach, Emil
– Gewerberecht LIV
– Sozialpolitik LXI, 512, 514
– Wirtschaftsunternehmen 521
Stejskal, Franz Ritter v.
– Unruhe, Streik CXIII f., CXVI, 121 f., 124
Stephanie, Kronprinzessin von Österreich, Prinzessin von Ungarn
– Attentat 328
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXX
Steuerwesen
– Börse LXXXIV
– Bosnien-Herzegowina CVIII f., 163 f.
– Brandweinsteuer LXXXVII
– Einkommensbesteuerung LXXXIII ff., 450, 498, 508
– Eisenbahnwesen LXXXVI f.
– Erdöl, Petroleum 212
– Fleischsteuer LXXXVII
– Gebäudesteuer LXXXIII f., 499
– Gebühren, Stempel CIX, 163 f.
– Grundsteuer LXXXII f., LXXXVII, 499
– Grundsteuer-Zentralkommission 247, 519
– Herrenhaus XXI
– Kreditvereine LIX f., 366, 369
– Kunstweinsteuer LXXXVII
– Petroleumsteuer LXXXVI
– Stempel, Gebühren LIX f., LXXXVII
– Steuern, direkte LXII
– Vererbung LIX
– Vertrag, internationaler LXXXV f.
– Verzehrungssteuern LXXXV
– Zentralkommission für die Regelung der Grundsteuer 465, 519
– Zentraltax- und Bemessungsamt, Wien 290
– Zuckersteuer LXXXV f.
Steyskal, Robert
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Stourzh, Franz Edler v.
– Unruhe, Streik 453
– Wahlen CXXVI
Strážnice *siehe* Stražnitz
Stražnitz (Strážnice)
– Finanzpolitik 446
– Schulen, höhere 410
Streer Ritter v. Streeruwitz, Adolph
– Auszeichnungen 247
– Schließungen 417
Streit, Andreas
– Auszeichnungen 304
Streit, Moritz Freiherr v.
– Auszeichnungen 258
– Eisenbahnwesen 80
– Privatrecht 180
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV f.
– Staatsbedienstete 388
Stremayr, Carl Edler v.
– Besitzverhältnisse 471
– Dualismus CV
– Ernennungen XX
– Finanzwesen 235
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLIX, L
– Lebenslauf, Minister XVII
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
– Nationalitätenfrage XVII, L
– Privatrecht 235
– Regierung Stremayr XIII f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV, XX, CXXXIV
– Schulen, höhere 352
– Sprachenpolitik XXXI, 342
– Universitäten, Hochschulen 327
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV
– Volksschulen XLIII
– Wucher LXI
Strk, Andreas
– Kirche, römisch-katholische 307
Strudthoff, Eduard
– Auszeichnungen 422, 426

Studnička, Franz
– Universitäten, Hochschulen XXXVII
Stupnicki-Saturnus, Johann Ritter v.
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 197
Suchanek
– Auszeichnungen 261, 263
Suchdol nad Odrou *siehe* Zauchtl
Süddeutschland
– Eisenbahnwesen 75 f.
Südtirol (Welschtirol, Trentino)
– Auswanderung 415, 440
– Einwanderung 415, 440
– Finanzpolitik XVIII
– Katastrophen, Unglücksfälle 354, 363, 414 f., 440
– Lebenslauf, Minister XVIII
Summer, Alexander Freiherr v.
– Ernennungen 181
– Personalpolitik XXIV, XXVI
Summer, Josepha Freifrau v.
– Ernennungen 181
Superiori Pobori (Gornji Pobori, heute Teil von Pobori)
– Auszeichnungen 349
– Revolution, Aufstand 349
Šust, Johann
– Kirche, römisch-katholische 307
Sutomore *siehe* Spizza
Sychrava, Norbert Ernest
– Auszeichnungen 254, 278
Sydney
– Adel 540
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Szapáry v. Szapár, Muraszombat und Széchyszi-get, Gyula Graf
– Dualismus 315 f.
– Eisenbahnlinien 350
– Finanzwesen 191 f.
– Hoheitssymbole XCV
Széchényi v. Sárvár und Felsővidek, Pál Graf
– Zollwesen 535
Szécsen v. Temerin, Anton
– Grenzen 387
Szende v. Keresztes, Béla
– Militär CII, 179, 210, 264
Szepessy, Johann
– Kirche, evangelische 380
Szeps, Moriz
– Eisenbahnwesen LXXIII
Szlávy v. Érkenéz und Okány, József
– Steuerwesen 164

Taaffe, Eduard Graf
– Abgeordnetenhaus 243
– Adel 172, 305, 519
– Ägypten 329 f.
– Annexion CVII f.
– Approvisionierung 292 f., 297 f.
– Attentat CXXI–CXXIV, 310, 314, 328 f., 429
– Auflösungen 110, 399
– Außenhandel 161, 167, 178
– Auszeichnungen CXXIV, 172 f., 185, 206, 233, 251, 255 ff., 261 ff., 267, 278 ff., 290, 302, 304, 329, 348, 363, 365 f., 384 ff., 390 f., 420, 426 ff., 457, 461, 491, 496, 537 ff., 547 ff.
– Banken 187, 213
– Bauten 158
– Bauwesen 544
– Bergwesen 208
– Besitzverhältnisse 470, 472 f.
– Bosnien-Herzegowina 462
– Dualismus CV
– Eigentum, öffentliches 163
– Einberufungen 174 f., 288 f., 303, 326, 397, 468, 520, 541, 543 f.
– Eisenbahnlinien 202, 255, 302, 351, 379, 450
– Eisenbahnwesen LXXIX, 179, 273, 456
– Ernennungen XX ff., CXXX f., 118, 120, 122 f., 167, 181 f., 231 f., 234, 430, 469, 544, 546 f.
– Feierlichkeiten 490 f.
– Finanzpolitik XVIII, LXXXVIII, XCIII f., 283, 288, 382 ff., 406, 408, 450, 459
– Finanzwesen 360
– Gemeinden 187
– Gewerberecht LVI, 482, 485
– Grenzen CXXXII, 387
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIV
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVI, CXXVIII f., 191, 354, 411–414, 439, 467, 479 f., 488 ff., 495, 509
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII, XLIX, L

– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) CX
– Kirche, römisch-katholische LII, 164 ff., 176 f., 318
– Kultureinrichtungen 336
– Kurtaxen 182 f.
– Landtag, Böhmen XXXVIII, 334 f.
– Landwirtschaft LVIII, LXIV, 213
– Lebenslauf, Minister XV–XIX
– Legislaturperioden CXXXIII, 392, 394 f.
– Militär XCVI f., 362, 397, 433
– Ministerrat 219
– Ministerratsprotokolle CXXXVII
– Nationalitätenfrage XVII, XLIX, L
– Opposition CXXXVII
– Personalpolitik XXIV–XXVIII
– Rechnungskontrolle 434, 436
– Regierung Stremayr XIII f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XII–XV, XIX–XXIV, XXVIII, LIII, LX, CXV f., CXXXIV
– Revolution, Aufstand CXX, 158, 184 ff., 195, 199, 201 f., 211, 217, 221, 223 f., 226–230, 254, 387 f., 492
– Schließungen XXXIX, 397 f., 415 ff., 419
– Sicherheitswesen 432
– Soziale Fürsorge 326
– Soziale Lage 442 f.
– Sozialpolitik 487
– Sprachenfrage XXXVI, 250, 275, 277, 324, 341
– Sprachenpolitik XXXI, XLII, 342 f., 345 f., 376
– Staatsbedienstete 257, 369, 371
– Steuerwesen LIX, 503
– Universitäten, Hochschulen 323, 417, 419
– Unruhe, Streik CXIII–CXVI, CXXV, 109–116, 118–125, 180, 452, 454
– Unterrichtswesen 337
– Verkehrswesen XVIII
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV, CVII f.
– Verwaltung, politische 355
– Virilstimmen 333
– Volksschulen XLIV, XLVI, 533, 541
– Wahlen CXXV, 290, 392
– Wahlreform XXIII f., 356, 364, 375 f.
Tarabocchia, Wilhelm
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Tarvis
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
Tauferer, Beno
– Sprachenpolitik XXXII
– Unterrichtswesen 338
Taufik Pascha, Muhammad
– Ägypten 329 f.
Taus (Domažlice)
– Schulen, höhere 409
Temnitschka, Joseph Ritter v.
– Unruhe, Streik 125
Terenzio, Pius
– Auszeichnungen 491
Teschen (Těšín, Cieszyn)
– Kirche, evangelische 380
– Sprachenpolitik 343 f.
Těšín *siehe* Teschen
Teuschl, Josef Michael
– Schifffahrt LXXXI
Thessaloniki
– Eisenbahnwesen LXXX
Theuille, Ludwig
– Auszeichnungen 254
Thomann, Wilhelm Edler v.
– Auszeichnungen 168
Thömmel, Gustav, Freiherr v.
– Revolution, Aufstand CXIX, 183 f., 223, 228
Thöneman, Louis
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Thünen, Johann Heinrich v.
– Gewerberecht LIV
Thurn-Valsassina, Gustav Graf
– Legislaturperioden 395
Tierarzneischule in Lemberg
– Militär 161
Tinti, Carl Freiherr v.
– Auszeichnungen 261 ff.
Tirol
– Ausgleich, wirtschaftlicher 467, 488 f.
– Außenhandel 212
– Auswanderung 440
– Auszeichnungen 537 f.
– Bergwesen 212
– Einberufungen 174, 542, 544
– Einwanderung 440
– Eisenbahnwesen LXXVIII

– Finanzpolitik LXXXIII, XC f., 404, 411–414, 438 f., 479 f., 488, 495, 509, 516 ff.
– Finanzwesen 359
– Getreideaufschlag, Tiroler 467, 488
– Katastrophen, Unglücksfälle XC, CXXVI ff., 354, 363, 411–414, 438 ff., 467, 479 f., 488 f., 495, 509, 516 ff., 537 f., 542, 544
– Landwirtschaft LX, 258
– Militär 306
– Steuerwesen LXXXIII, 212
– Tirol 467, 488 f.
– Unterrichtswesen 330
Tisza v. Borosjenő, Kálmán
– Ausstellungen 172
– Bosnien-Herzegowina 462
– Eisenbahnlinien 350
– Eisenbahnwesen 456
– Grenzen 387
– Katastrophen, Unglücksfälle 414, 439 f.
– Militär XCVII, XCIX, 397, 432, 434
– Steuerwesen 212
Toldt, Carl
– Universitäten, Hochschulen XXXVII, 401 f.

Tomek, Wenzel Wladiwoj
– Schließungen 416
Tommasini, Anton Ritter v.
– Auszeichnungen 422
Tonkli, Joseph
– Sprachenpolitik XXXII
Topitsch, Joseph
– Auszeichnungen 410
Traismauer
– Eisenbahnlinien 282
Trautenberger, Gustav
– Kirche, evangelische 380
Trauttmannsdorff, Ferdinand Graf v.
– Ernennungen XX
– Regierung Taaffe (1879–1893) XX
Třebíč *siehe* Trebitsch
Trebitsch (Třebíč)
– Eisenbahnlinien 515
Trenčín *siehe* Trentschin
Trentino *siehe* Südtirol
Trentschin (Trenčín)
– Dualismus 237
– Eisenbahnwesen 237
Trevisan, Michael
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Triest (Trieste)
– Adel 421, 423 f.
– Attentat CXXI f., CXXXIII, 310–314, 328 f., 384 ff., 420 f., 428 ff., 444 f.
– Ausstellungen 169 ff., 219, 314, 329
– Auszeichnungen 314, 329, 377, 384 ff., 420 f., 423 f.
– Banken 219
– Bauwesen 544
– Einberufungen 479
– Ernennungen 469, 545 f.
– Feierlichkeiten CXXI, CXXXIII f.
– Finanzpolitik XVIII, LXXXIX, 403, 406
– Grenzen CXXXII
– Habsburg, Familienereignisse CXXXIII
– Justizwesen 428 ff., 444 f.
– Kaiserreisen 311 ff., 328 f., 384 ff., 420 f.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 549
– Kirche, römisch-katholische 307
– Lebenslauf, Minister XVII f.
– Nationalitätenfrage XVII
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXII
– Verkehrswesen XVIII
– Wahlen 311
– Zollgebiet LXVIII
Trieste *siehe* Triest
Trojan, Alois Pravoslav
– Sprachenfrage 340
Troppau (Opava)
– Auszeichnungen 206
– Schulen, höhere 458
– Sprachenpolitik XLI
– Unterrichtswesen 458
Tubino y Oliva, Francesco Maria
– Auszeichnungen 279
Tulln
– Eisenbahnlinien 282
Tunesien
– Finanzpolitik 404
Turka (Tyrka)
– Auszeichnungen 308
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 308
Türkei *siehe* Osmanisches Reich
Turżański, Albin
– Auszeichnungen 536
Tyrka *siehe* Turka

Ubl, Carl
– Auszeichnungen 428
Uble *siehe* Ubli
Ubli (Uble)
– Revolution, Aufstand 222
Udine
– Attentat 429
– Justizwesen 429
Uherské Hradiště *siehe* Ungarisch Hradisch
Uhl, Eduard
– Eisenbahnlinien 301
– Eisenbahnwesen 274
– Unruhe, Streik 453
Ungarisch Hradisch (Uherské Hradiště)
– Auszeichnungen 206
Ungarn
– Adel 424 f.
– Ausgleich, wirtschaftlicher XI f., LXV, LXVIII, LXXXI, CVIII, 467, 488
– Außenhandel LXVI ff., 161
– Auszeichnungen 424 f.
– Bewaffnete Macht, gesamte CIV, 432 f., 451
– Bosnien-Herzegowina 462 f.
– Dualismus LXXII, XCIX, CIV ff., CIX, 77, 236, 238–241, 315, 350 f., 432 f., 456
– Eisenbahnlinien 300, 350 f.
– Eisenbahnwesen LXXII f., LXXV f., LXXIX, 76 f., 236, 238–241, 456
– Finanzpolitik LXXXV ff., XCII, 404, 439, 446 f., 451
– Grenzen CXXXII, 387
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVII, 414, 439 f., 467, 488
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 550
– Landwirtschaft 315
– Lebenslauf, Minister XVI
– Militär XCVI–XCIX, CI, CIV, 264 f., 305, 361, 373 f., 397, 432 f., 451
– Regierung Adolph Auersperg XI f.
– Regierung Stremayr CIV
– Regierung Taaffe (1879–1893) LXVIII, CXXXV
– Revolution, Aufstand 190
– Schifffahrt LXXXI
– Steuerwesen LXXXV ff., CIX, 163
– Tirol 467, 488
– Vertrag, internationaler 244 f.
– Verwaltung, Bosnien-Herzegowina CV f.
– Zollgebiet LXVIII, CVIII f.
– Zollwesen LXVI
Unger, Joseph
– Ernennungen CXXX, 167
– Regierung Stremayr XIII
Universitäten, Hochschulen
– Ernennungen 309
– Handels- und Nautische Akademie, Triest 218
– Herrenhaus XXI
– Hochschule für Bodenkultur (Wien) LXXXVIII f., CXXXIV, 333, 406 f., 447, 459 f., 548
– Medizinische Fakultät, deutsche Universität Prag XXXVII, 401, 418
– Medizinische Fakultät, tschechische Universität Prag XXXVII f., XLVII, XCIII, 401 f., 418 f., 528 ff.
– Medizinische Fakultät, Universität Graz 460
– Medizinische Fakultät, Universität Innsbruck 460
– Medizinische Fakultät, Universität Prag XXXVII f., 401 f., 418 f.
– Medizinische Fakultät, Universität Wien 460
– Philosophische Fakultät, tschechische Universität Prag XXXVII, 401 f., 418
– Philosophische Fakultät, Universität Prag XXXVII
– Professorengehälter 326 f.
– Prüfungsordnungen XXXV ff., 213, 215, 248, 250, 275, 278, 324 f., 340 f.
– Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, tschechische Universität Prag XXXV, XXXVII, XL, CXXXVI, 417
– Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, Universität Prag XXXV, 214
– Sprachenfrage XXIX, XXXIII–XXXVII, XXXIX, 213, 215, 248, 250, 275, 278, 324 f., 340 f.
– Sprachenfragen 401 f.
– Staatsprüfungskommission, Universität Prag 214 f., 249, 340
– Studentencorps Austria, akademisches XXV, CXII, 109
– Studentenverbindungen, allgemein CXII
– Technische Hochschule, Brünn, LXXXVIII f., 447
– Technische Hochschule, Graz 333
– Technische Hochschule, Lemberg 332, 334
– Technische Hochschule, Prag, deutsche 333

– Technische Hochschule, Prag, tschechische XXVII, CXIII, 309, 333
– Technische Hochschule, Wien 203, 333
– Technische Hochschulen, allgemein LXXXVIII, 460
– Teilungen 417 f.
– Theologische Fakultät, deutsche Universität Prag XXXVIII
– Theologische Fakultät, Olmütz 324
– Theologische Fakultät, tschechische Universität Prag XXXVIII
– Theologische Fakultät, Universität Prag XXXVIII, 323 f.
– Theologische Universität, Prag XXXVIII
– Universität, Czernowitz LXXXVIII f., 406 f.
– Universität, Graz 333, 533
– Universität, Innsbruck 533
– Universität, Krakau XVII
– Universität, Prag XXI, XXXIII f., LXXXVI, CXII f., CXVI, CXXXIV, 109, 113 f., 165, 214, 323, 334, 401, 417 f.
– Universität, Prag, deutsche XXXIV, XXXVIII f., 277, 323, 334 f., 415–418, 493
– Universität, Prag, tschechische XXXIII–XXXIX, XLII, CXXXV, 213 ff., 249, 275 ff., 324 f., 334 f., 340, 401, 415, 417 f.
– Universität, Wien 193, 326, 446, 491
– Universitäten, allgemein CXXXIII
– Universitätsarchiv, Prag 417
– Virilstimmen XXXVIII f., 332, 335, 415
Unruhe, Streik *siehe auch* Revolution, Aufstand
– Arbeiter CXXIV f., 452, 454
– Bergarbeiter 180
– Grundrechte 116
– Militär CXII f.
– Nationalitätenfrage CXII, CXVI, 109, 112 f., 115 f., 118 f., 122, 124 f.
– Personalpolitik CXIII f.
– Presserecht 109 f.
– Prozess CXIII
– Studenten CXII, CXVI, CXXIV
– Untersuchung 125
– Vereine CXXIV
– Wahlen CXXV f.
Unter Bautzen (Dolní Bousov)
– Eisenbahnlinien 202
Untercrivoscie
– Revolution, Aufstand 222
Unterrichtspolitik
– Finanzpolitik XCIII
Unterrichtswesen
– Bildungswesen *siehe dort*
– Budget XL f.
– Gewerbeschulen LVI f.
– Lehrerkonferenz 330 f., 391
– Lehrertag, allgemeiner österreichischer XLIII
– Nachtragskredite 166 f.
– Privatschulen *siehe dort*
– Schulen, höhere *siehe dort*
– Schulinspektoren 337 f.
– Schulräte *siehe dort*
– Sprachenfrage 458 f., 509, 511, 530 f.
– Universitäten, Hochschulen *siehe dort*
– Volksschulen *siehe dort*
Unterthemenau (Poštorná, heute Teil von Břeclav)
– Schulen, höhere 459
– Unterrichtswesen 459, 531
– Volksschulen 531
USA
– Wirtschaftsunternehmen 523

Valašské Meziříčí *siehe* Wallachisch Meseritsch
Valašské Příkazy *siehe* Przikas
Valle (Bale)
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Vannutelli, Serafino
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVIII
Vatikan
– Außenpolitik XLIX
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLIX
– Kirchenpolitik XLIX
– Kurie, Römische XLIX, 196 f., 268, 317 ff.
– Nationalitätenfrage XLIX
Vatikanstadt
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVIII
Veglia (Krk)
– Kirche, römisch-katholische 307
Veit, Joseph
– Personalpolitik XXVIII
– Staatsbedienstete 257 f.
Velké Meziříčí *siehe* Groß Meseritsch

Venedig (Venezia)
– Attentat 310
– Lebenslauf, Minister XVII
– Nationalitätenfrage XVII
Venezia *siehe* Venedig
Vereine
– Akademický čtenářský spolek (Akademischer Leseverein) CXIII
– Arbeiter-Consumverein, I. Niederösterreichischer (Neuhaus, Wien) LX, 366–369
– Arbeiter-Spar- und Consumverein (Fünfhaus) 368
– Deutscher Verein, Wien CXXIV
– Frauenhilfsverein in Bozen, patriotischer CXXVIII, 538
– Kasino in Prag, Deutsches 416
– Kaufmännischer Verein, Eger 257
– Komenský-Verein XLI f., 510 f., 531
– Matice Opavská (Troppauer Matica) XLI, 458
– Narodni dom (Volkshaus), Laibach 359
– Rudolfsheimer Spar- und Vorschuß-Verein 368
– Vorschusskassen, Kreditvereine LIX
Verida, Eduard
– Auszeichnungen 539
Verkehrswesen
– Eisenbahnwesen *siehe dort*
– Erwerb-, Einkommensteuer 172
– Schifffahrt *siehe dort*
– Staatsbahnsystem XVIII
Verona, Blasius
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Verona, Johann B.
– Auszeichnungen 491
Vertrag, internationaler
– Patentrecht 244, 246
Vertretungen in Österreich-Ungarn, ausländische
– Gesandschaft in Wien, Schweizer 466
Verwaltung
– Föderalisierung LXXXIX
Verwaltung, Bosnien-Herzegowina
– Ausgleich, wirtschaftlicher CVIII
– Bezirksamt Wisoko CX
– Dualismus CVIII
– Kommission, bosnische CIV ff.
– Zollgebiet CVIII
Verwaltung, politische *siehe auch* Gemeinderat (Landtag), Triest; Statutarstädte
– Bezirksämter *siehe dort*
– Bezirkshauptleute *siehe dort*
– Bezirkshauptmannschaften *siehe dort*
– Bezirksvertretungen 335, 355, *siehe dort*
– Bürgermeister *siehe dort*
– Gemeinden XC f., CXXXII
– Gemeinderäte *siehe dort*
– Landesausschüsse 325, *siehe dort*
– Landesverwaltungen *siehe dort*
– Landtage *siehe dort*
– Statthaltereien *siehe dort*
– Wahlen *siehe dort*
Verwaltung, Ungarn
– Sichelburg, Distrikt 387, 395 f.
Verwaltungsgerichtshof
– Auflösungen 399
– Auszeichnungen 251, 366, 465
– Bekenntnis, ohne LI, 174
– Disziplinarordnung CXXXI
– Disziplinierung 321, 323
– Ernennungen CXXX, 319 ff.
– Kompetenzen CXXX
– Personalpolitik 319 ff.
– Sprachenpolitik XXIX
– Unterrichtswesen 531
– Volksschulen 531
Vetter von der Lilie, Felix Graf
– Finanzpolitik LXXXV f.
– Steuerwesen LXXXV f.
Victoria, Königin von Großbritannien und Irland
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Vidulich, Franz Ritter v.
– Schifffahrt LXXXI
– Verkehrswesen 172
Viehofen
– Eisenbahnlinien 282
Viktring
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
Villa-Secca, Roderich Freiherr v.
– Feierlichkeiten 490
Vittori, Franz
– Auszeichnungen 427 f., 461
Vlkoš u Kyjova *siehe* Wlkosch
Vogelsang, Karl Freiherr v.
– Gewerberecht LIV

Volkelt, Johann
– Auszeichnungen 256
Volksschulen
– Abgeordnetenhaus XLVI
– allgemein XLIII, XLVII, L, 534
– Einfluss, konfessioneller XLIV ff.
– Finanzierung 493, 497, 532 f.
– Genderfragen XLIV
– Herrenhaus XLIV ff., 533 f., 541
– Landtag Salzburg XLIII f.
– Lehrergehälter 173, 493 f.
– Lehrpersonal 294, 296
– Lemberg, ruthenische XLII
– Privatschulen 509, 511, 530 f.
– Reichsrat XLIV
– Schulpflicht XLIII ff., XLVII, 248
– Volksschulgesetze XLIII, XLVII, 178, 193 f., 533 f., 541
Volpi, Anton v.
– Auszeichnungen 422, 426 f.
Vorarlberg
– Auszeichnungen 247
– Finanzpolitik LXXXIII
– Landwirtschaft LX
– Steuerwesen LXXXIII
– Unterrichtswesen 330
Vorderbrühl
– Eisenbahnlinien 299
Vracov *siehe* Wrazow
Vsetín *siehe* Wsetin
Vucetich Edler v. Bielitz, Johann
– Auszeichnungen 422, 426 f.

Wackař, Leopold
– Auszeichnungen 391, 492
Wadowice *siehe* Wadowitz
Wadowitz (Wadowice)
– Errichtungen 188
– Loyalitätskundgebungen 188
Wágner, Ladislaus, v.
– Adel 424
– Auszeichnungen 424
Wahlbezirke
– Wahlbezirk, Czarny-Dunajec 391
– Wahlbezirk, Neuhaus 453
Wahlen
– Abgeordnetenhaus XIII
– Deutschliberale XIII
– Gemeinderat (Landtag), Triest CXXI, 311
– Landesschulrat, Niederösterreich 530
– Podestà (Bürgermeister), Triest 289 f.
– Streik CXXV f.
– Wahlbezirke 391
Wahlreform
– Abgeordnetenhaus XXII f., 356
– Landtag, Böhmen XXIII f., 364 f., 375 f., 527
Waideck, Leopoldine Freiin v.
– Auszeichnungen 538
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVIII
Wallachisch Meseritsch (Valašské Meziříčí)
– Eisenbahnlinien 281, 534 f.
– Schulen, höhere 352, 410
– Sprachenpolitik 352
Wallek, Adolf
– Auszeichnungen 185
Waręż (Warjasch)
– Auszeichnungen 308
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 308
Warjasch *siehe* Waręż
Wasserburger, Paul
– Auszeichnungen 173
Webapplikation *siehe* mrp.oeaw.ac.at
Weber v. Ebenhof, Philipp Freiherr
– Ernennungen 117, 122
– Personalpolitik XXV f.
– Universitäten, Hochschulen 309
– Unruhe, Streik CXIII, 111, 113, 116 f., 122, 125
Weeber, August
– Regierung Taaffe (1879–1893) CXXXIV
– Sprachenpolitik XXXII
– Wucher LX
Weigelsperg, Béla Freiherr v.
– Auflösungen 400
– Gewerberecht 485
Weinlich, Johannes Nepomuk
– Kirche, römisch-katholische 165
Welschtirol *siehe* Südtirol
Welsersheimb, Zeno Graf Welser v.
– Attentat CXXIII, 430
– Auszeichnungen 262, 385, 426
– Bauten 158
– Besitzverhältnisse 473
– Bewaffnete Macht, gesamte 452, 474–477
– Dualismus XCIX
– Eisenbahnwesen LXXVI, LXXX, 220, 241, 466, 469 f.
– Finanzpolitik LXXXIV, 408, 420, 451 f.

– Finanzwesen 217
– Kirche, römisch-katholische 164 f., 177
– Lebenslauf, Minister XIX
– Legislaturperioden 395
– Militär XCVIII f., CI–CIV, 161, 179, 188, 210, 264, 305, 327, 360, 362, 373, 397, 411, 432 f., 451, 478, 491, 525 f.
– Rechnungskontrolle 436 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
– Revolution, Aufstand CXIX, 158, 183 ff., 194 f., 199–202, 211, 218, 223 ff., 230, 260, 496
– Sicherheitswesen 431 f., 478
– Sozialpolitik LXII
– Sprachenfrage XXXVI, 249
– Staatsbedienstete 389 f.
– Steuerwesen LXXXIV, 501, 505
– Urlaube 306
– Volksschulen 511
Wendelin, Rziha
– Auszeichnungen 247
Wessely, Carl
– Auszeichnungen 168
Widmann, Bohuslav, Freiherr v.
– Auswanderung 415
– Auszeichnungen 391, 537 ff.
– Finanzpolitik XC
– Katastrophen, Unglücksfälle XC, CXXVI ff., 354, 363, 411–415, 439, 467 f., 479 f., 488 f.
– Landwirtschaft 316
– Militär 306
– Unterrichtswesen 330 f.
Wien
– Adel 166, 519
– Approvisionierung 297 f.
– Attentat 311, 329
– Ausstellungen 171
– Auszeichnungen 173, 258, 288, 290, 304, 549
– Bauten 336
– Dualismus 237
– Eisenbahnlinien 218, 281, 300 f., 535
– Eisenbahnwesen LXXI, 75, 237, 259, 269, 271–274
– Ernennungen 118, 234, 259, 469, 547
– Feierlichkeiten 490
– Finanzpolitik 406
– Gewerberecht LVI
– Kaiserreisen 329
– Katastrophen, Unglücksfälle CXXVII
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 198, 549
– Kultureinrichtungen 336
– Kurtaxen 182
– Landtag, Steiermark 333
– Revolution, Aufstand 221
– Sicherheitswesen 432
– Staatseigentum, öffentliches 283
– Stadtbauamt LXXIX
– Unruhe, Streik CXXIV f., 115, 118, 454
– Unterrichtswesen 509 f., 531
– Urlaube 306
– Virilstimmen 333
– Volksschulen 509 f., 531
– Wahlen 311, 530
Wien (Fluss)
– Eisenbahnwesen LXXVIII, 269, 272
Wiener Neustadt
– Finanzwesen 359
Wilczek, Johann Graf
– Ausstellungen 158
Wilhelm, Erzherzog von Österreich
– Auszeichnungen 391
– Ernennungen XXII, 545 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII
Wilhelm, Franz
– Adel 540
– Ausstellungen 540
– Auszeichnungen 540
Winkler, Andreas Freiherr v.
– Finanzwesen 360
– Grenzen 387
– Kultureinrichtungen 336
– Legislaturperioden CXXXIII, 392 f.
– Unterrichtswesen 337 f.
Winkler, Johann
– Auszeichnungen 302
Winterholler, Gustav
– Auszeichnungen 251
Wirtschaftsunternehmen
– Aktiengesetz 450, 521, 525
– Baugesellschaft, Wiener 268 f.
– Erneuerungsfonds 522
– Exportverein 540
– Firma Schwarz 205
– Glasfabrik Krasna 280 f.
– Kohn'sche Fabrik 281
– Lokomotivfabrik Krauß & Comp. 281
– Patentschutz, Internationale Union 244 f.

– Sandsteinbruch, Přilep 203
– Schlachthaus, Gumpendorf 270, 302
– Stabilimento Tecnico Triestino 422
– Thonet'sche Fabriken 281
– Wiener Fleischmarktkassa 291 ff., 297 f.
– Zentralviehmarkt St. Marx, Wien LXIV f., 291, 297
– Zuckerfabrik, Dobrowitz 202 f.
– Zuckerfabrik, Kolleschowitz 203
Wittek, Heinrich Ritter v.
– Dualismus 77
– Eisenbahnwesen 77 f., 236, 239, 270
Wlkosch (Vlkoš u Kyjova)
– Eisenbahnlinien 282
Wodzicki, Ludwig Graf
– Approvisionierung 291
– Banken LXV
Wolf, Joseph
– Auszeichnungen 251
Wolfsberg
– Adel 428
– Auszeichnungen 428
Wolkenstein-Trostburg, Anton Graf
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII f., 357
– Nationalitätenfrage XLVIII
Wolkenstein-Trostburg, Leopold Johann Baptist Graf
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) 357
Wrazow (Vracov)
– Eisenbahnlinien 282
Wsetin (Vsetín)
– Eisenbahnlinien 281
Wucher
– Regulierung LX f.
Wurmbrand-Stuppach, Ladislaus Gundaker Graf
– Sprachenpolitik XXX
Wurzel, Joseph A.
– Auszeichnungen 303

Zachariewicz v. Lwigród, Julian Ritter
– Virilstimmen 332
Zadar *siehe* Zara
Zágráb *siehe* Zagreb
Zagreb (Zágráb, Agram)
– Lebenslauf, Minister XVII
– Nationalitätenfrage XVII
Zaleski, Philipp Ritter v.
– Auszeichnungen 547
– Ernennungen 182
Zallinger-Stillendorf, Franz v.
– Banken 213
Zamarin, Johann
– Adel 423
– Auszeichnungen 423
Zara (Zadar)
– Auszeichnungen 348 f., 363
– Ernennungen 117
– Justizwesen 160
– Landtage 226
– Revolution, Aufstand CXX, 160, 348 f.
– Unruhe, Streik 117
Zastávka *siehe* Segen Gottes
Zauchtl (Suchdol nad Odrou)
– Kirche, evangelische 380
Zdański, Franz
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) XLVII
Zeithammer, Antonín Otakar
– Abgeordnetenhaus 243
– Auszeichnungen 256
– Regierung Taaffe (1879–1893) XXII, XXIV, 527
– Sprachenfrage 340
– Wahlreform XXII, XXIV
Zentralstellen
– Bosnien-Herzegowina CIV f.
Zhishman, Joseph Ritter v.
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 248
Zichy zu Zich und Vásonykeö, Edmund Graf
– Auszeichnungen 279 f., 337
Ziemiałkowski, Florian
– Approvisionierung 293
– Attentat CXXIII
– Ausstellungen 170
– Auszeichnungen 261 f., 308, 385 f., 426
– Besitzverhältnisse 471
– Bewaffnete Macht, gesamte 475 f.
– Einberufungen 396
– Eisenbahnlinien 351, 379 f.
– Eisenbahnwesen 79, 240, 273
– Ernennungen 117, 120, 182, 231, 545 ff.
– Finanzpolitik XVII, LXXXVIII f., XCI, 283, 285, 287 f., 383 f., 407, 409, 446 f., 460
– Gewerberecht LVI, 482 f.

– Grundbücher 339
– Katastrophen, Unglücksfälle 467, 489
– Kirche, griechisch-katholische (griechisch-unierte) L, 197
– Kirche, griechisch-orthodoxe (griechisch nicht unierte) 198
– Kirche, römisch-katholische 164 f.
– Lebenslauf, Minister XVI f., XIX
– Legislaturperioden 394
– Militär XCVIII, 306, 327, 433
– Nationalitätenfrage L
– Personalpolitik XXVI
– Rechnungskontrolle 437 f.
– Regierung Taaffe (1879–1893) XIV
– Revolution, Aufstand 195, 201, 224 f.
– Sicherheitswesen 432
– Sozialpolitik 513 f.
– Sprachenfrage 250
– Sprachenpolitik XXXIII, XL, 159 f., 344, 376
– Steuerwesen 500–504, 506 ff.
– Unruhe, Streik 117, 120, 122
– Unterrichtswesen XL, 331
– Verwaltung LXXXIX
– Virilstimmen 333 f.
– Volksschulen 194, 511
Žilina *siehe* Sillein
Zimmermann, Georg
– Auszeichnungen 290
Zirkel, Ferdinand
– Auszeichnungen 183
Zoll- und Handelsbündnis zwischen Österreich und Ungarn
– Dualismus 237 f.
– Eisenbahnwesen 237 f.
Zollämter
– Hauptzollamt, Wien 282, 302
Zollgebiet
– Bosnien-Herzegowina CIV, CVIII f.
– Erweiterung LXVIII
Zollwesen
– Bosnien-Herzegowina CVIII
– Finanzwache 464
– Veredlungsverkehr LXVI f., 514 f., 535
– Zolltarif 464
Zorn, Alois
– Kirche, römisch-katholische 307
Zsumberk *siehe* Žumberak
Žumberak (Zsumberk, Sichelburg)
– Grenzen CXXXII

DIE MINISTERRATSPROTOKOLLE ÖSTERREICHS UND DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE 1848–1918

1. Serie: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867
In der Nachfolge des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts herausgegeben vom Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Einleitungsband: Ministerrat und Ministerratsprotokolle 1848–1867. Behördengeschichtliche und aktenkundliche Analyse von Helmut Rumpler (Wien 1970).
Abt. I: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848 (Wien 1996).
Abt. II: Das Ministerium Schwarzenberg, 1848–1852, 5 Bände (Wien 2002–2013).
Abt. III: Das Ministerium Buol-Schauenstein, 1852–1859, 7 Bände (Wien 1975–2015).
Abt. IV: Das Ministerium Rechberg, 1859–1861, 3 Bände (Wien 2003–2009).
Abt. V: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, 1861–1865, 9 Bände (Wien 1977–1997).
Abt. VI: Das Ministerium Belcredi, 1865–1867, 2 Bände (Wien 1971–1973).

2. Serie: Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918
Herausgegeben vom Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Band I: 1867–1871, 2 Bände (Budapest 1999–2011).
Band II: 1872–1879.
Band III: 1879–1883.
Band IV: 1883–1895 (Budapest 1993).
Band V: 1896–1907 (Budapest 1991).
Band VI: 1908–1914 (Budapest 2011).
Band VII: 1914–1918 (Budapest 1966).

3. Serie: Die Protokolle des cisleithanischen Ministerrates 1867–1918
Herausgegeben im Auftrag des Institute for Habsburg and Balkan Studies an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften von Franz Adlgasser und Anatol Schmied-Kowarzik

Band I: 1867 (Wien 2018).
Band II: 1868–1871 (Wien 2022).
Band III: 1871–1879 (Teilbd. 1 Wien 2022, Teilbd. 3 in Vorbereitung).
Band IV: 1879–1893 (Teilbd. 1 Wien 2024).
Band V: 1893–1900 (Teilbd. 1 in Vorbereitung).
Band VI: 1900–1911.
Band VII: 1911–1914.
Band VIII: 1914–1918 (Teilbd. 1 Wien 2023, Teilbd. 2 in Vorbereitung).

Digitale Edition
Hingewiesen wird auf das Online-Angebot unter *mrp.oeaw.ac.at*. Über die Webapplikation können sämtliche bisher edierten Sitzungsprotokolle und Tagesordnungspunkte eingesehen und durchsucht werden. Ein Kalender und zahlreiche Registerfunktionen ergänzen die digitale Edition.
TEI-XML-Daten zu sämtlichen bisher veröffentlichten Bänden stehen unter CC-BY-Lizenz zum Download zur Verfügung: DOI 10.5281/zenodo.4568291.

Der vorliegende Band IV/1 der Reihe „Die cisleithanischen Ministerratsprotokolle“ umfasst die Zeit zwischen Februar 1879 und Dezember 1882. Von den 445 Protokollen mit 2.165 Tagesordnungspunkten haben 68 beschädigte Originalprotokolle (April bis Dezember 1882) den Justizpalastbrand überstanden. Mit zusätzlich sechs Abschriften liegen 74 Protokolle mit 385 Tagesordnungspunkten (17,7 %) vor.

Die Zeit war geprägt durch den vergeblichen Versuch der deutsch-liberalen Opposition, das Ministerium Taaffe zu Fall zu bringen, weshalb die Regierung von den konservativen Kräften des Abgeordnetenhauses abhängig wurde. Die großen Themen des Ministerrates waren die Erneuerung des Wehrgesetzes, die Integration des gerade okkupierten Bosnien-Herzegowina in die Doppelmonarchie, die ethnische Teilung der Prager Universität, die Reichsvolksschulgesetznovelle, die Wahlreform von 1882, die Reform der Gewerbeordnung und die neue Infrastrukturpolitik mit dem Wechsel vom Privatbahn- zum Staatsbahnsystem. Die letzten Protokolle dieses Bandes enthalten den Beginn der Sozialgesetzgebung. Vier Ereignisse, zu denen viele Tagesordnungspunkte erhalten sind, waren die Kuchelbader Schlacht, der Aufstand in Süddalmatien gegen das Wehrgesetz, die Kaiserreise nach Triest mit dem Attentatsversuch sowie die darauffolgende Hinrichtung Guglielmo Oberdans und schließlich die verheerenden Überschwemmungen in Südtirol.

Auch wenn dieser Band von der Zerstörung des Justizpalast gezeichnet ist, so erzählen die erhaltenen Protokolle doch auch viel von der Tätigkeit der Regierung Taaffe in ihren ersten Jahren.

ISBN 978-3-7001-9546-7

9 783700 195467

Made in Europe